Entscheidun... des Reichsgerichts in Strafsachen

Germany. Reichsgericht

Digitized by Google

Digitized by Google

JUG
JC.
1-35.

Generalregister

zum

ersten bis fünfunddreißigsten Bande

der von den Mitgliedern des Reichsgerichts und der Reichsanwaltschaft herausgegebenen

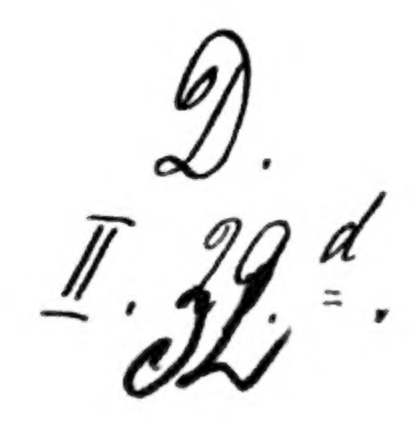
Entscheidungen des Reichsgerichts

in Strafsachen.

Bearbeitet

von

D. Suppes.


D. II. 32. d.

Leipzig,
Verlag von Veit & Comp.
1903

Digitized by Google

Druck von Metzger & Wittig in Leipzig.

Digitized by Google

Vorwort.

Das Generalregister besteht aus: I. einem systematischen Register; II. einem alphabetischen Register; III. einem Gesetzesverzeichnisse; IV. einer Übersicht, wie sich die Entscheidungen nach Zeit und Senaten auf die 35 Bände verteilen.

Zu I. In dem systematischen Register sind die Entscheidungen mit Angabe ihres Inhalts nach den grundlegenden Gesetzesnormen aufgeführt. Von den in Betracht kommenden Gesetzen stehen voran das Strafgesetzbuch, die Konkursordnung, die Strafprozeßordnung und das Gerichtsverfassungsgesetz des Deutschen Reichs. Hiernach folgen in chronologischer Ordnung zuerst die reichsrechtlichen, dann die landesrechtlichen Gesetzesnormen. Bei letzteren sind die Bundesstaaten in alphabetischer Ordnung aufgeführt. Nur in einzelnen Fällen — so insbesondere bei der Reichsgewerbeordnung, dem Handelsgesetzbuche, den Reichsstempelgesetzen, dem Patentgesetze, dem Krankenversicherungsgesetze, dem Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetze — sind mit Abweichung von der chronologischen Ordnung das ursprüngliche Gesetz und die Novellen zusammengestellt. Bei welchen Gesetzen dies zutrifft, ergibt sich aus dem Gesetzesverzeichnisse. Die Allegierung der Entscheidungen in dem systematischen Register ist in der Weise eingerichtet, daß durch die an die Spitze gestellte römische Zahl der erkennende Senat, dann — mit Angabe von Tag und Monat in Bruchform und mit Weglassung der Jahrhundertzahl — das Datum und zuletzt Band und Seite der Entscheidung bezeichnet sind. Fettgedruckt ist die den Band bezeichnende Zahl. Die Entscheidungen der vereinigten Strafsenate sind mit „Pl.“, die vom vereinigten II. und III. Strafsenate erlassenen mit „II, III“, die der Feriensenate mit „Fer.“ bezeichnet. Wenn in dem systematischen Register eine Gesetzesnorm überhaupt vorkommt, sind unter dieser auch diejenigen Entscheidungen aufgenommen, in welchen die Gesetzesnorm nur beiläufig berührt ist. Allein insoweit die Gesetzesnorm nur beiläufig berührt, nicht grundlegend ist, sind die Entscheidungen ohne Inhaltsangabe am Schlusse des betreffenden Abschnitts nur nach Band und Seite allegiert.

Zu II. Das alphabetische Register soll im wesentlichen dazu dienen, die Orientierung in dem systematischen Register zu erleichtern. Nach Tunlichkeit ist deshalb auf das systematische Register verwiesen. Wo in dem alphabetischen Register einfach auf eine Gesetzesnorm Bezug genommen wird, hat dies die Bedeutung einer Verweisung auf den einschlagenden Abschnitt des systematischen Registers. Zur Raumersparnis ist die bezügliche Gesetzesnorm regelmäßig nur mit ihrem Datum aufgeführt, auch ist bei den neueren Gesetzen die Jahrhundertzahl (18, 19) weggelassen, Tag und Monat in Bruchform angegeben. Wenn bei der Verweisung nichts

Digitized by Google

anderes vermerkt ist, geht sie auf die in dem systematischen Register aufgeführten **reichsrechtlichen** Gesetzesnormen. Die der Verweisung auf eine Gesetzesnorm in Klammern beigefügten Zahlen bezeichnen die Nummern, unter welchen die einschlagenden Entscheidungen in dem systematischen Register unter der angegebenen Gesetzesnorm vorkommen. Insoweit in dem alphabetischen Register statt Bezugnahme auf das systematische Register unmittelbar auf die einschlagende Entscheidung verwiesen wird, bezeichnet die fettgedruckte Zahl den Band, die zweite Zahl die Seite, wo sich die Entscheidung findet.

Bei der alphabetischen Ordnung sind die Doppelvokale ä, ö, ü den Vokalen a, o, u gleichgestellt, j als ein besonderer Buchstabe behandelt.

Zu III. Das **Gesetzesverzeichnis** enthält alle in den Entscheidungen berührten inländischen Gesetzesnormen in der zu I angegebenen Ordnung.

Die für die Entscheidungen **grundlegenden** Gesetzesnormen sind in dem systematischen Register aufgeführt, und in dem Gesetzesverzeichnisse ist in dieser Beziehung bei Allegierung der betreffenden Gesetzesnorm auf die einschlagende Stelle des systematischen Registers verwiesen. Insoweit aber nach dem angegebenen Gesichtspunkte eine Gesetzesnorm in dem systematischen Register zu berücksichtigen war, sind in dem letzteren, wie schon zu I erwähnt, auch die Entscheidungen vermerkt, in welchen die bezügliche Gesetzesnorm nur beiläufig berührt ist. Nur dann, wenn eine Gesetzesnorm in dem systematischen Register gar nicht vorkommt, sind in dem Gesetzesverzeichnisse bei Aufführung der betreffenden Gesetzesnorm die sie berührenden Entscheidungen angegeben. Dabei ist mit der fettgedruckten Zahl auf den Band, mit der zweiten Zahl auf die Seite verwiesen.

Zu IV. Eine **chronologische Zusammenstellung** sämtlicher Entscheidungen ist für überflüssig erkannt, weil in jedem Bande die darin enthaltenen Entscheidungen am Schlusse chronologisch aufgeführt sind. Die kurze Übersicht unter IV gibt aber Aufschluß, in welchem Bande man eine dem Datum nach bekannte Entscheidung zu suchen hat.

Leipzig, im Mai 1903.

P. Huppes.

Erklärung der wesentlichsten Abkürzungen.

A.D.H.G.B. = Handelsgesetzbuch nach der Publikation durch Bundesgesetz vom 5. Juni 1869. B.Ges. = Gesetz des Norddeutschen Bundes. B.G.Bl. = Bundes-Gesetzblatt des Norddeutschen Bundes. Centr.Bl. = Centralblatt für das Deutsche Reich. C.P.O. = Civilprozeßordnung. E.G.C.P.O. = Einführungsgesetz zur Civilprozeßordnung. E.G.G.V.G. = Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetze. E.G.St.G.B. = Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuche. E.G.St.P.O. = Einführungsgesetz zur Strafprozeßordnung. G.S. = Preußische Gesetz-Sammlung. Ges. = Gesetz. G.V.G. = Gerichtsverfassungsgesetz. Gew.O. = Reichsgewerbeordnung. H.G.B. = Handelsgesetzbuch. J.M.Bl. = Justizministerialblatt. K.O. = Konkursordnung. Pr.A.L.R. = Allgemeines Landrecht für die Preußischen Staaten. Reg.Bl. = Regierungsblatt. R.Ges. = Reichsgesetz. R.G.Bl. = Reichs-Gesetzblatt. s. — s. o. — s. u. = siehe — siehe oben — siehe unten. St.G.B. = Strafgesetzbuch. St.P.O. = Strafprozeßordnung. v. = „von“ oder „vom“. Ver. = Verordnung. V.Bl. = Verordnungsblatt. V.Z.G. = Vereinszollgesetz.

Digitized by Google

Systematisches Register.

Digitized by Google

I. Reichsrecht.

A. Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich.

Einführungsgesetz vom 31. Mai 1870.

1. Sind die Landesgesetzgebungen befugt, bezüglich derjenigen Materien, welche durch das St.G.B. nicht berührt sind, Bestimmungen zu treffen, welche von den im Allgemeinen Teile des St.G.B.'s enthaltenen Bestimmungen abweichen, insbesondere über Verjährung und Strafumwandlung? III. 1/5 80. **2**, 33. § 2

2. Inwieweit sind partikularrechtliche Vorschriften, welche das öffentliche Anpreisen von Arzneimitteln, öffentlich betriebene Quacksalberei u. dgl. verbieten, neben den reichsgesetzlichen Normen noch in fortdauernder Geltung? III. 13/2 93. **23**, 428; I. 25/5 82. **6**, 329; I. 28/11 87. **16**, 359.

3. Inwieweit können durch landesgesetzliche Polizeiverordnungen Strafbestimmungen in Bezug auf Gegenstände des sog. Polizeistrafrechts erlassen werden, welche bereits im St.G.B. aus dem Gesichtspunkte von Übertretungen teilweise Regelung gefunden haben? I. 2/11 82. **7**, 201.

4. Unter welchen Voraussetzungen ist anzunehmen, daß eine Materie Gegenstand des St.G.B.'s ist.? Welche Bedeutung haben in dieser Beziehung die im Reichstage ausgesprochenen Ansichten? Sind die gegen die Beeinträchtigung des freien Bietens bei öffentlichen Versteigerungen gerichteten landesgesetzlichen Bestimmungen durch das St.G.B. aufgehoben? I. 27/3 84. **10**, 220; I. 18/3 95. **27**, 106.

5. Sind die Strafandrohungen gegen eigenmächtige Selbsthülfe durch das St.G.B. beseitigt? II. 3/10 82. **7**, 63.

6. Sind Bestimmungen, wodurch Vorbereitungshandlungen zum Betruge mit Strafe bedroht werden, noch in Geltung? III. 7/2 89. **19**, 13; III. 4/12 80. **3**, 84.

7. Sinn des Ausdruckes „besondere Vorschriften" in Abs. 2. — Sind die akademischen Gesetze über die Studentenduelle durch § 2 aufgehoben? III. 2/6 80. **1**, 443.

8. Inwieweit ist das württembergische Gesetz über die Wirtschaftsabgaben vom 9. Juli 1827 in Kraft geblieben? I. 21/11 98. **31**, 354.

9. Greift die Bestimmung in Abs. 2 auch Platz, soweit die Gesetzgebung durch Art. 35 der Reichsverfassung ausschließlich dem Reiche zugewiesen ist? III. 1/12 98. **31**, 362.

Digitized by Google

10. Gehören zu den in Kraft bleibenden besonderen Vorschriften des Landesstrafrechts auch die Vorschriften über Verjährung der Zuwiderhandlungen gegen Steuergesetze? I. 25/3 97. **30**, 31.

11. Sind durch die Vorschriften in Teil II. Abschn. 7 St.G.B.'s alle partikularrechtlichen Strafbestimmungen, welche die Aufrechterhaltung und den Schutz der öffentlichen Ordnung betreffen, als beseitigt anzusehen? III. 12/3 94. **25**, 288.

12. Sind besondere Vorschriften des Landesstrafrechts über die unbefugte Aneignung von Fallwild durch § 292 St.G.B.'s beseitigt? III. 4/2 89. **19**, 49.

13. Sind durch die Strafbestimmungen in Teil II. Abschn. 6 u. 7 St.G.B.'s die Materien des Widerstands gegen die Staatsgewalt und der Verletzung der öffentlichen Ordnung erschöpfend geordnet? I. 21/9 93. **24**, 313.

14. Wird die Vorschrift des § 158 V.Z.G.'s durch die Bestimmungen in §§ 73. 74 St.G.B.'s berührt? IV. 3/5 87. **16**, 58.

S. zu diesem § auch **7**, 368; **9**, 357; **14**, 124; **15**, 140; **17**, 202; **18**, 191. 241; **20**, 209; **21**, 391; **22**, 121; **24**, 124; **25**, 55; **26**, 48; **33**, 273.

§ 3 1. Tragweite der Bestimmung bezüglich einer dadurch herbeigeführten Änderung in der Strafsanktion von Landesgesetzen. III. 13/3 80. **1**, 274.

2. Greift die Bestimmung Platz bei stillschweigender Verweisung auf ein aufgehobenes Gesetz? I. 13/10 83. **9**, 137.

S. zu § 3 auch **18**, 191.

§ 6 1. Inwieweit sind Straftaten, welche ein neben dem Reichsstrafgesetzbuche in Kraft gebliebenes preußisches Gesetz mit Strafe bedroht, als Übertretungen anzusehen? IV. 27/11 85. **13**, 93.

2. Bezieht sich Abs. 1 auf Maßnahmen, die in Strafgesetzen vorgesehen sind, aber nicht den Charakter von Strafen haben? II. 18/2. 87. **15**, 305; I. 25/11 95. **28**, 45.

S. zu §§ 5. 6 auch **7**, 201.

§ 7 Über Verjährung der Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über den Handel mit denaturiertem Branntwein s. Branntweinsteuergesetz v. 24. Juni 1887.

Strafgesetzbuch.

Einleitende Bestimmungen.

§ 1 1. Kann durch Landesgesetz einer Straftat trotz der Bedrohung mit einer das in Abs. 3 vorgesehene Maß überschreitenden Strafe die Eigenschaft als Übertretung beigelegt werden? I. 28/6 86. **14**, 247.

Digitized by Google

2. Kommen bei der Einteilung der Straftaten nach § 1 im Gesetze vorgesehene mildernde Umstände oder das jugendliche Alter des Täters in Betracht? I. 22/11 80. **3**, 52; I. 25/1 83. **8**, 177.

3. Entscheidet bei Straftaten, hinsichtlich deren die Strafe nach Lage des Einzelfalles zu bemessen ist (Höhe des defraudierten Betrages), die konkrete Beschaffenheit über die Qualifikation als Vergehen oder Übertretung? I. 26/9 81. **5**, 23.

S. zu § 1 auch **13**, 93; **15**, 396; **19**, 234.

Abs. 1. 1. Können zur Feststellung eines gewohnheitsmäßig begangenen Delikts Handlungen herangezogen werden, welche vor der Gesetzeskraft des das Delikt mit Strafe bedrohenden Gesetzes begangen sind? II. 24/1 82. **5**, 369. **§ 2**

Abs. 2. 2. Einfluß der Veränderung eines Strafgesetzes auf die Beurteilung einer unter der Geltung des alten Gesetzes begangenen Straftat, wenn die Aburteilung erst unter der Herrschaft des neuen Gesetzes erfolgt. II. 6/2 80. **1**, 191.

3. Welches Strafgesetz ist anzuwenden, wenn der Tatbestand des Delikts aus einer Mehrheit von einzelnen Tätigkeitsakten besteht und während der Vornahme dieser einzelnen Akte die Gesetzgebung gewechselt hat? III. 29/9 80. **2**, 337; II. 13/6 02. **35**, 288.

4. Kann die Vorschrift des Abs. 2 zur Anwendung kommen, wo die mildere Strafbestimmung des neuen Gesetzes nicht auf einer Änderung der Rechtsanschauung über die Strafbarkeit der Tat beruht? II. 12/1 86. **13**, 249. Vgl. II. 20/5 90. **20**, 407.

5. Welche Grundsätze sind maßgebend für die Beantwortung der Frage, welches der verschiedenen Gesetze das mildeste ist? I. 8/3 00. **33**, 187.

6. Ist bei Anklagen wegen Konkursvergehen die mit dem 1. Januar 1900 eingetretene Änderung der Vorschriften über die zur Buchführung verpflichteten Personen und über die Verpflichtung zur jährlichen Bilanzziehung als eine Änderung des Strafgesetzes anzusehen? I. 1/3 00. **33**, 184. II. 7/12 00. **34**, 37.

7. Ist Abs. 2 anwendbar bei Strafgesetzen, die von vornherein nur auf eine gewisse Dauer berechnet sind? IV. 7/4 99. **32**, 110; III. 15/1 91. **21**, 294.

8. Findet die Bestimmung Anwendung bei einer dem Strafgesetze nicht angehörigen Vorschrift, deren Verletzung durch das Strafgesetz mit Strafe bedroht ist? IV. 28/6 98. **31**, 225; IV. 14/6 87. **16**, 171. II. 29/12 91. **22**, 290; III. 9/2 81. **4**, 4.

9. Findet die Bestimmung Anwendung bei Änderung der gesetzlichen Vorschriften über Verjährung? III. 26/6 99. **32**, 247.

10. Anwendbarkeit in Bezug auf das Verhältnis der Strafbestimmungen des preuß. Stempelgesetzes vom 31. Juli 1895 zu den Strafbestimmungen des älteren Stempelgesetzes. I. 10/6 97. **30**, 147.

11. Kann gegenüber der Anschuldigung, eigene Sachen dem Pfandgläubiger weggenommen zu haben, eine inzwischen in Kraft getretene civilrechtliche Norm, welche die weggenommenen Sachen von dem bisher

Digitized by Google

darauf lastenden gesetzlichen Pfandrechte befreit, mit Beziehung auf § 2 die Strafbarkeit ausschließen? III. 25/2 95. **27**, 98; II. 15/2 01. **34**, 157.

12. Kann der Revisionsrichter Gesetzesbestimmungen, die erst nach Erlaß des angegriffenen Urteils verkündet sind, berücksichtigen? I. 15/2 92. **22**, 347.

13. Über Anwendung des § 307 preuß. R.O. auf frühere Straffälle. III. 20/10 80. **2**, 402.

S. weiter zu § 2: **35**, 338.

§ 3 1. Was ist Handlung, und wann ist dieselbe im Auslande begangen? I. 3/2 81. **3**, 316; IV. 24/6 84. **11**, 20; III. 13/3 80. **1**, 274; IV. 14/1 87. **15**, 221.

2. Ort der begangenen Tat in dem Falle, wenn die Tätigkeit des Täters sich teils im Inlande, teils im Auslande vollzogen hat. II. u. III. 12, 19/5 84. **10**, 420; I. 30/12 89. **20**, 169.

3. Unter welchen Voraussetzungen sind landesverräterische Mitteilungen an eine fremde Regierung als in dem Gebiete des Deutschen Reiches begangene strafbare Handlungen anzusehen? II. u. III. 11/2 86. **13**, 337.

4. Wann ist ein Delikt im Auslande begangen? Ist die Hehlerei im Inlande begangen, wenn die gestohlenen Gegenstände im Auslande mit dem Bewußtsein des Diebstahls angekauft sind, die Mitwirkung zur Weiterveräußerung aber im Inlande erfolgt? I. 15/3 80. **1**, 279.

5. Ist die im Auslande betätigte Beihülfe zu einer im Inlande begangenen Haupttat als eine im Gebiete des Deutschen Reiches verübte strafbare Handlung anzusehen? III. 18/3 89. **19**, 147; IV. 24/6 84. **11**, 20; I. 30/12 89. **20**, 169.

6. Ist die im Inlande verübte Beihülfe zu einer im Auslande von einem Ausländer begangenen Haupttat als eine im Gebiete des Deutschen Reiches begangene strafbare Handlung anzusehen? Inwieweit kommt es bei Anwendung der deutschen Strafgesetze auf derartige Teilnahmehandlungen darauf an, ob die Haupttat nach ausländischem Strafrechte straflos, verjährt, oder ihre Strafverfolgung aus sonstigen Gründen ausgeschlossen ist? III. 14/6 83. **9**, 10.

7. Ist für die Frage nach dem Begehungsorte der zur Vollendung einer Straftat erforderliche Erfolg von Bedeutung? I. 25/9 84. **11**, 245.

8. Ist der Bankerutt schon allein deshalb, weil das Konkursverfahren im Inlande eröffnet ist, als im Inlande begangen anzusehen? II. 20/9 87. **16**, 188.

9. Ist die im Inlande geleistete Beihülfe zu einem Delikte gegen ausländische Zollgesetze strafbar? Sind Delikte gegen ausländische Zollgesetze in Deutschland strafbar, wenn die begangene Handlung an sich die Tatbestandsmerkmale des Betrugs erfüllen würde? III. 12/4 86. **14**, 124. Vgl. III. 17/11 92. **23**, 300.

10. Ist die Wohnung eines fremden Gesandten mit Rücksicht auf die Fiktion der Exterritorialität als Ausland zu betrachten? II. 26/11 80. **3**, 70.

11. Nach welchen Grundsätzen bestimmt sich die Staatshoheit auf den die Landesgrenze bildenden Gewässern, sowie auf den über solche führenden Brücken? I. 3/1 84. **9**, 370.

12. Kann ein Ausländer, der im Inlande zum Zwecke der Erpressung briefliche Drohungen an einen im Auslande wohnenden Ausländer richtet, im Inlande bestraft werden? I. 6/5 97. **30**, 98.

13. Ist eine im Auslande betätigte Anstiftung zu einer im Inlande begangenen Zolldefraude als eine im Inlande verübte strafbare Handlung anzusehen? I. 14/6 94. **25**, 424.

14. Nach welchem Rechte ist eine auf einem deutschen Schiffe „auf hoher See" verübte Tat zu bestrafen? IV. 21/10 92. **23**, 266.

15. Wo ist der Begehungsort von Straftaten, welche auf fremden Handelsschiffen in deutschen Häfen verübt werden? I. 22/4 80. **2**, 17.

16. Schließt § 17 des deutsch-österreichischen Zollkartells die Bestrafung eines Österreichers wegen Übertretung der deutschen Zollgesetze aus? III. 27/2 90. **20**, 290.

17. Inwieweit ist im Strafverfahren gegen einen Ausgelieferten auf das im Auslieferungsstaate geltende Strafrecht Rücksicht zu nehmen? I. 7/5 00. **33**, 271; III. 10/5 02. **35**, 254.

S. zu § 3 auch **23**, 155.

1. Muß die Eigenschaft des Angeklagten als Deutscher durch den Geschworenenspruch festgestellt werden? Wie ist die Voraussetzung der Nr. 3 bei dem Schwurgerichte festzustellen? I. 30/4 98. **31**, 122; I. 14/1 86. **13**, 229. § 4

2. Ist Neutral-Moresnet im Sinne der Nr. 3 Ausland? Fer. 10/8 98. **31**, 259.

3. Ist in dem Falle der Nr. 3 das Civilrecht des Auslandes maßgebend, wenn die Strafbarkeit der Tat im Inlande von der Beurteilung eines civilrechtlichen Verhältnisses abhängt? I. 1/4 95. **27**, 135.

4. Kann eine von einem Deutschen im Auslande begangene, nach deutschen Strafgesetzen als Verbrechen oder Vergehen strafbare Handlung im Inlande auch dann bestraft werden, wenn dieselbe durch die Gesetze des Ortes, an welchen sie begangen worden, zwar mit Strafe bedroht, aber unter einen anderen strafrechtlichen Gesichtspunkt gestellt ist? I. 9/1 82. **5**, 424; I. 3/1 84. **9**, 370.

5. Inwieweit unterliegen Zolldelikte, welche auf einer jenseit der Grenze belegenen deutschen Zollstation begangen worden, der Beurteilung durch deutsche Gerichte? II. 19/3 86. **13**, 410.

6. Ist der von einem Deutschen außerhalb der Zoll- und Landesgrenze gemachte Versuch, eine eingangszollpflichtige Ware mit Hinterziehung des Zolls einzuführen, strafbar? III. 29/4 89. **19**, 192.

7. Welche Behörde des Auslandes ist zur Stellung des im Schlußsatze der Nr. 3 erforderten Antrags auf Strafverfolgung zuständig? IV. 30/9 87. **16**, 216.

8. Erleiden die in § 4 aufgestellten Grundsätze in Bezug auf sog. Staatsdelikte eine Modifikation? III. 15/2 83. **8**, 53.

9. Was ist unter „Handlung" im Sinne der Nr. 3 zu verstehen? IV. 14/1 87. **15**, 221.

10. Über Ort der Begehung s. im übrigen noch § 3.

11. Bedarf es der Feststellung, daß die im Auslande begangene Handlung eines Deutschen auch durch die Gesetze des Tatortes mit Strafe bedroht ist, in Ansehung der Bezirke der deutschen Konsulargerichtsbarkeit, insbesondere Chinas? Fer. 25/7 94. **26**, 97.

S. zu § 4 auch **1**, 279; **3**, 316; **9**, 10; **4**, 271; **22**, 341.

§ 5 1. Genügt es zu Nr. 1, wenn die vom ausländischen Gerichte rechtskräftig erkannte Strafe nur teilweise vollzogen ist? II. 15/11 87. **16**, 319.

2. Ist im Falle der Nr. 2 der Zeitpunkt, zu welchem im Inlande die Strafverfolgung begonnen hat, oder der Zeitpunkt, zu welchem die Aburteilung erfolgt ist, entscheidend? III. 8/2 92. **22**, 341.

3. Über Frist, Form und Ort des nach Nr. 3 erforderlichen Strafantrags. II. 9/4 95. **27**, 161.

S. zu § 5 auch **9**, 10; zu § 6: **9**, 370; **13**, 410.

§ 7 Nach welchen Grundsätzen ist die im Auslande vollzogene Strafe auf die im Inlande zu erkennende Strafe anzurechnen, wenn a) die Auslandsstrafe zugleich wegen anderer Handlungen erkannt ist, b) die ausländische Strafart dem inländischen Strafsysteme fremd ist? IV. 17/12 01. **35**, 41.

S. zu § 7 auch **16**, 319.

§ 8 Greift die Definition auch Platz bei landesgesetzlichen Strafvorschriften? II. 24/2 80. **1**, 219.

§ 10 Von welchem Zeitpunkte an sind die zum Dienste einberufenen Personen des Beurlaubtenstandes Mitglieder des aktiven Soldatenstandes? I. 21/4 92. **23**, 81.

§ 11 1. Kann die von einem Landtagsabgeordneten in Ausübung seines Berufs getane, an sich beleidigende Äußerung, wenn von dem Abgeordneten wegen einer beleidigenden Erwiderung Strafantrag gestellt wird, gemäß § 199 St.G.B.'s zur Kompensation benutzt werden? III. 5/3 81. **4**, 14.

2. S. weiter Art. 30 der Reichsverfassung v. 16/4 71.

§ 12 1. Was ist unter wahrheitsgetreuen Berichten zu verstehen? Begründet die irrtümliche Annahme, daß ein wahrheitsgetreuer Parlamentsbericht vorliege, Straffreiheit? IV. 6/11 88. **18**, 207.

2. S. weiter Art. 22 der Reichsverfassung v. 16/4 71.

S. zu § 12 auch **28**, 45.

Erster Teil.

Von der Bestrafung der Verbrechen, Vergehen und Übertretungen im allgemeinen.

Erster Abschnitt (§§ 13—42).

Strafen.

1. Verhältnis zu den Strafen des Militärstrafgesetzbuches. II. 1/4 87. **15**, 396; I. 4/4 87. **15**, 382; I. 8/4 95. **27**, 157.

2. Können die Civilgerichte auf Arreststrafe erkennen? III. 5/12 87. **16**, 433.

Können in verschiedenen Erkenntnissen gegen eine Person zusammen mehr als 15 Jahre Zuchthaus erkannt werden, auch wenn die zuerst erkannten 15 Jahre Zuchthaus noch unverbüßt sind? II. 5/4 81. **4**, 53. § 14

S. zu § 16: **5**, 442; **10**, 22; **16**, 159; **17**, 38; zu § 18: **13**, 93; **16**, 159; **17**, 38.

1. Darf die Freiheitsstrafe nach Bruchteilen eines Monats berechnet werden? I. 21/12 83. **10**, 22. § 19

2. Bleibt die Vorschrift des Abs. 2 außer Anwendung in den Fällen, in welchen eine Gefängnisstrafe in Zuchthaus umzuwandeln ist? III. 13/4 81. **4**, 161.

3. Wie hoch ist eine Freiheitsstrafe im Minimalbetrage zu bemessen, wenn nach dem Gesetze auf 1/4 eines Monats erkannt werden muß? I. 13/2 82. **5**, 442.

4. Über Anwendung des Abs. 2 in Fällen des § 74 St.G.B.'s: s. dort.

S. zu § 19 auch **11**, 272; **16**, 159.

1. Wie berechnet sich nach § 21 das Strafminimum im Falle des § 157 Abs. 2 St.G.B.'s? I. 30/5 81. **4**, 267. § 21

2. Berechnung der Umwandlung. I. 11/1 83. **8**, 76.

S. zu § 21 auch **8**, 385; **11**, 158; **15**, 143.

1. Kann bei dem Versuche eines Vergehens auf eine Geldstrafe von weniger als 3 ℳ erkannt werden? III. 28/6 88. **18**, 125. § 27

2. Kann auf Grund eines strafrechtlichen Nebengesetzes auf eine Geldstrafe von weniger als 1 ℳ erkannt werden? III. 9/6 87. **16**, 159.

S. zu § 27 auch **17**, 38.

1. Verfahren bei Umwandlung einer neben Zuchthaus erkannten Geldstrafe. III. 2/4 94. **25**, 233. § 28

2. Ist bei der gemäß § 78 St.G.B.'s erfolgten Verurteilung zu mehreren Geldstrafen jeder einzelnen eine Freiheitsstrafe zu substituieren? II. 27/1 82. **5**, 371.

3. Findet die Bestimmung in Abs. 2 auch bei gleichzeitiger Umwandlung mehrerer wegen Vergehen erkannter Geldstrafen von nicht über 600 ℳ Anwendung?

Kann eine wegen Defraudation indirekter Steuern erkannte Geldstrafe in Preußen nur in Gefängnis-, oder auch in Haftstrafe umgewandelt werden? I. 2/1 83. **7**, 368.

4. Kann nach Abs. 2 auf Haft auch dann erkannt werden, wenn in einem Spezialgesetz (Gewerbeordnung § 146) Geldstrafe und im Unvermögensfalle Gefängnis angedroht ist? II. 3/1 88. **17**, 38.

5. Hat die nach §§ 11. 16 des bayr. Gesetzes vom 16. November 1867 ausgesprochene „Geldsumme" den Charakter einer Geldstrafe, und ist die eventuelle Umwandlung auszusprechen? I. 9/10 84. **11**, 139.

S. zu § 28 auch **19**, 234; **23**, 1.

§ 29 1. Muß im Urteile der der Umwandlung zu Grunde gelegte Maßstab angegeben werden? Kann die substituierte Freiheitsstrafe auch nach Monaten bemessen werden? I. 27/11 84. **11**, 272.

2. Darf, wenn als ordentliche Strafe Gefängnis, bei dem Vorhandensein mildernder Umstände aber Geldstrafe angedroht und auf diese erkannt ist, bei der Umwandlung der Geldstrafe das bei Nichtannahme mildernder Umstände zulässige Maß der Gefängnisstrafe überschritten werden?

Welcher Maßstab ist in dem Falle des Schlußsatzes des Abs. 2 bei der Umwandlung des Restes einer teilweise beigetriebenen Geldstrafe anzuwenden? II. 3/10 84. **11**, 132.

3. Wie ist die auf Grund eines strafrechtlichen Nebengesetzes erkannte Geldstrafe von weniger als 1 *M* umzuwandeln? III 9/6 87. **16**, 159.

S. zu § 29 auch **4**, 368; **17**, 38.

§ 31 Gehören zu den in § 31 genannten öffentlichen Ämtern die von Anstalten und Korporationen öffentlichrechtlicher Natur verliehenen Ämter, insbesondere die kirchlichen Ämter? I. 13/3 84. **10**, 199.

S. zu § 31 auch **4**, 421.

§ 32 1. Kann bei Annahme mildernder Umstände neben der Gefängnisstrafe auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden, wenn als ordentliche Strafe wahlweise Zuchthaus oder Gefängnis angedroht ist? IV. 5/6 94. **25**, 408.

2. Gilt der Satz, daß nur bei einer Gefängnisstrafe von mindestens 3 Monaten auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden darf, auch da, wo die Aberkennung obligatorisch ist? I. 6/5 89. **19**, 203.

3. Ist die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte eine Strafe im Sinne des § 245 St.G.B.'s, sodaß die zehnjährige Frist für die Berechnung des Rückfalls erst von der Verbüßung an läuft? I. 23/9 86. **14**, 413.

S. zu §§ 32. 34 auch **14**, 298; **21**, 264; **30**, 159.

§ 35 1. Kann neben der Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auch die Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter ausgesprochen werden? IV. 12/12 90. **21**, 264.

2. Kann wegen Bestechung die Nebenstrafe des § 35 ausgesprochen werden, auch wenn die erkannte Hauptstrafe die Dauer von drei Monaten nicht erreicht? I. 14/6 97. **30**, 159.

§ 37 Ist die auf Grund des § 37 erfolgte Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte eine Strafe, welche die Voraussetzungen des Rückfalls enthält? III. 7/7 90. **21**, 35.

Kann die Zulässigkeit der Polizeiaufsicht bei der Beurteilung, welches § 38
von mehreren Gesetzen mit ungleicher Strafandrohung das schwerere sei, berücksichtigt werden? I. 22/12 87. **17**, 193.

S. zu § 38 auch **11**, 158.

1. Können Jagdgerätschaften eingezogen werden, wenn dann lediglich feststeht, daß sie demnächst zu Jagdvergehen würden benutzt werden? I. 20/5 95. **27**, 248. § 40

2. Können bei einer nur durch Verkauf fertiger Apparate begangenen Patentverletzung auch die Werkzeuge eingezogen werden, die zur Herstellung der Apparate gebraucht worden sind? I. 20/5 95. **27**, 245.

3. Ist eine landesgesetzliche Bestimmung, nach welcher der Angeklagte zum Ersatze des Werts eines nicht beizubringenden Konfiskandums verurteilt werden soll, mit den Bestimmungen des Strafgesetzbuchs über Konfiskation verträglich? I. 7/12 82. **7**, 311; I. 2/7 88. **18**, 43.

4. Was ist erforderlich für den Übergang des Eigentums konfiszierter Gegenstände auf den Fiskus? II. 7/1 87. **15**, 164; I. 2/7 88. **18**, 43; IV. 8/7 90. **21**, 54.

5. Erfordert die in § 40 vorgesehene Einziehung, auch soweit zur Begehung eines Verbrechens oder Vergehens bestimmte Gegenstände in Frage kommen, die Vollendung oder wenigstens den Versuch der betreffenden Straftat? IV. 7/10 87. **16**, 268.

6. Unterliegen die Gelder, die ein Buchmacher zur Auszahlung der Wettgewinne auf den Rennplatz mitbringt, der Einziehung gemäß § 40? II. 30/9 92. **35**, 391.

7. Ist für die Frage, wem einzuziehende Gegenstände gehören, der Zeitpunkt der Tat, oder des Urteils entscheidend? II. 24/5 87. **16**, 114.

S. zu § 40 auch **8**, 349; **17**, 311; **19**, 1; **22**, 15. 351; **25**, 165.

1. Über den Sinn des § 41 vgl. § 42. § 41

2. Ist in § 41 nur eine polizeiliche Präventivmaßregel vorgesehen, oder handelt es sich dabei um ein Strafübel? II. 30/9 81. **5**, 101; I. 25/9 84. **11**, 119; II. 28/5 86. **14**, 161; II. 20/4 88. **17**, 311.

3. Verhältnis zu § 40. Können die in beiden Paragraphen vorgesehenen Maßnahmen nebeneinander ausgesprochen werden? Wie ist die in § 41 vorgesehene Maßnahme auszusprechen? II. 20/4 88. **17**, 311.

4. Ist die Prüfung der Frage, ob die in § 41 Abs. 3 vorgesehene Ausscheidung der strafbaren Stellen einer nur teilweise strafbaren Schrift geboten war, noch in der Revisionsinstanz zulässig? III. 16/2 81. **4**, 87.

1. S. zu § 42 zugleich § 477 St.P.O. § 42

2. Kann § 42 im Bereiche des Nahrungsmittelgesetzes Anwendung finden? I. 11/5 82. **6**, 296; I. 21/12 82. **7**, 428.

3. Setzt die Anwendung voraus, daß alle objektiven Tatbestandsmerkmale des in Frage kommenden Delikts vorliegen? III. 17/6 97. **30**, 194; I. 21/12 82. **7**, 428.

4. Inwieweit ist für die nach § 42 selbständig zu erkennende Einziehung von Gegenständen, die zur Begehung eines Verbrechens oder Vergehens bestimmt waren, erforderlich, daß der Tatbestand einer Straftat wirklich vorliegt? IV. 7/10 87. **16**, 268.

5. Setzt die Strafbarkeit des Inhalts einer Abbildung im Sinne des § 41 den Nachweis der Schuld einer bestimmten Person voraus? I. 18/12 99. **33**, 17.

6. Ist auf eine Anklage aus § 184 St.G.B.'s, wenn der Angeklagte aus subjektiven Gründen freigesprochen wird, die Unbrauchbarmachung der für unzüchtig erkannten Schrift auszusprechen? II. 24/2 99. **32**, 53. III. 16/2 81. **4**, 87.

7. Ist die Einziehung der zur Tat gebrauchten Werkzeuge auch dann zulässig, wenn der Täter wegen Unzurechnungsfähigkeit außer Verfolgung gesetzt wird? I. 15/10 96. **29**, 130.

8. Kann § 42 Anwendung finden, wenn dem Täter der Schutz des § 193 St.G.B.'s zugebilligt wird? II. 19/2 97. **29**, 401.

9. Können die §§ 40. 42 zur Anwendung kommen, wenn der Eigentümer nicht Täter oder Teilnehmer der Straftat ist? Kann ein dem Maler gestohlenes und mit falscher Autorenbezeichnung versehenes Bild bei dem gutgläubigen Besitzer auf Grund der §§ 40. 42 eingezogen werden? I. 8/3 94. **25**, 165.

10. Kann auf die in § 40 vorgesehene Einziehung erkannt werden, wenn der Gegenstand dem freigesprochenen Angeklagten gehört? I. 15/2 92. **22**, 351.

11. Kann es nach ergangenem freisprechenden Wahrspruche in dem nämlichen Verfahren zu einer Einziehung in Gemäßheit des § 42 kommen? Von wem ist die dafür gebotene Feststellung zu treffen? I. 12/7 80. **2**, 220; I. 4/7 89. **19**, 371.

12. Ist bei Antragsvergehen das Verfahren nach § 42 nur dann zulässig, wenn die Verfolgung der Straftat von dem Antragsberechtigten beantragt worden ist? I. 25/9 84. **11**, 119.

13. Kann nach § 42 auf Einziehung von Jagdgerät erkannt werden, welches ein unbekannter Täter bei unberechtigtem Jagen bei sich geführt hat, welches aber nicht erweislich dem unbekannten Täter gehört? III. 11/2 89. **19**, 45.

14. Darf ein Verfahren zur Einziehung von Gegenständen gemäß §§ 40. 42 noch stattfinden, nachdem in einem vorausgegangenen Strafverfahren gegen den Täter bereits auf eine Strafe erkannt ist? II. 25/5 83. **8**, 349.

15. Kann im Falle des sog. objektiven Verfahrens auf die Unbrauchbarmachung auch solcher Exemplare einer Schrift erkannt werden, welche bei einem Buchhändler vorgefunden sind, der früher wegen Verbreitung dieser Schrift angeklagt, aber freigesprochen worden war? II. 30/9 81. **5**, 101.

16. Hat das Gericht zu untersuchen, ob die Verfolgung oder Verurteilung einer bestimmten Person ausführbar ist oder nicht? III. 5/4 83. **8**, 238.

17. Ist die Unbrauchbarmachung einer Druckschrift im objektiven Verfahren auch dann zulässig, wenn die Strafverfolgung gegen eine bestimmte Person verjährt ist? IV. 15/10 86. **14**, 382.

18. Ist die Konfiskation eines Gegenstandes, in Bezug auf welchen eine Zolldefraudation begangen worden, im Wege des objektiven Strafverfahrens zulässig? I. 27/4 91. **21**, 431.

19. Ist es durch § 42 in das freie Ermessen der Gerichte gestellt, ob auf die in §§ 40. 41 vorgeschriebenen Maßnahmen zu erkennen ist? IV. 31/1 96. **28**, 122.

20. Kann aus der in einem früheren Strafverfahren gegen bestimmte Angeklagte erfolgten Ablehnung des Antrags, die Einziehung als Nebenstrafe auszusprechen, gegenüber dem später im objektiven Verfahren gestellten Antrage auf Einziehung der entschiedenen Sache hergeleitet werden? III. 19/9 95. **27**, 352.

S. zu §§ 40—42 auch **11**, 414; **12**, 198; **13**, 19; **14**, 161; **15**, 235; **16**, 114; **19**, 427.

Zum ersten Abschnitt. Buße.

1. Siehe § 231 St.G.B.'s; Gesetz, betr. Urheberrecht an Schriftwerken, vom 11. Juni 1870 und §§ 443. 444 St.P.O.

2. Rechtlicher Charakter der Buße. Welchen Einfluß hat für den Anspruch auf Buße ein zwischen dem Täter und dem Verletzten abgeschlossener Vergleich? I. 19/11 98. **31**, 334.

3. Darf auf die an den Verletzten zu erlegende Buße in der Form einer Rente erkannt werden? IV. 24/2 88. **17**, 178.

4. Darf eine vom Angeklagten außergerichtlich an den Nebenkläger gezahlte Entschädigung bei Bemessung der Buße berücksichtigt werden, und kann dies insbesondere auch dann geschehen, wenn die Entschädigung nicht vom Angeklagten selbst, sondern von einer Versicherungsgesellschaft gezahlt wurde, bei welcher Angeklagter den Verletzten gegen Unfall versichert hatte? I. 29/11 83. **9**, 223.

5. Inwieweit ist bei der Frage, ob auf Buße zu erkennen ist, das freie richterliche Ermessen entscheidend? I. 6/12 97. **30**, 367; III. 1/7 82. **7**, 12.

6. Setzt der Anspruch auf Buße gegen mehrere bei der Tat Beteiligte voraus, daß der Haupttäter bekannt sei? III. 1/7 82. **7**, 12.

7. Kann bei der Idealkonkurrenz aus § 73 St.G.B.'s ein Bedenken gegen die Zuerkennung einer Buße entnommen werden? II. 22/5 85. **12**, 223.

S. über Buße auch **5**, 251.

Zweiter Abschnitt (§§ 43—46).

Versuch.

1. Ist der Versuch mit untauglichen Mitteln strafbar? Pl. 24/5 80. **1**, 439; I. 27/2 88. **17**, 158; I. 9/11 93. **24**, 382; I. 21/6 00. **33**, 321. § 43

2. Ist strafbar, wer mit Kenntnis des wahren Sachverhältnisses einen anderen zum Versuche mit untauglichen Mitteln angestiftet oder dabei Hülfe geleistet hat? II. 29/5 88. **17**, 377; I. 17/2 87. **15**, 315.

3. Sind die an einem neugeborenen Kinde zwecks Tötung vorgenommenen Handlungen auch als Versuch straflos, wenn das Kind bereits tot zur Welt gekommen ist? I. 10/6 80. **1**, 451.

4. Kann eine Frauensperson, die nicht schwanger ist, sich des strafbaren Versuchs der Abtreibung schuldig machen? III. 30/3 83. **8**, 198; I. 14/3 01. **34**, 217.

5. Kann der Versuch eines Betrugs begangen werden gegen eine zur Zeit der betrügerischen Veranstaltungen noch gar nicht existierende Person? I. 9/7 88. **18**, 82.

6. Gehört zum Versuche, daß mit der Ausführung wenigstens einer der Handlungen, die zum Tatbestande des beabsichtigten Delikts gehören, der Anfang gemacht ist? Inwiefern findet der Satz bei Diebstahl mittels Einsteigens Anwendung? II. 19/10 83. **9**, 81.

7. Wann kann bei Reaten, deren Tatbestand sich aus mehreren Handlungen zusammensetzt, wie Urkundenfälschung, ein Anfang der Ausführung als vorliegend angenommen werden? I. 2/10 82. **7**, 54.

8. Liegt ein Versuch gegen § 140 Nr. 1 St.G.B.'s vor, wenn ein Wehrpflichtiger, um sich dem Eintritte in den Dienst des stehenden Heeres zu entziehen, die Heimat verlassen und in einem Hafenorte sich mit einem Passagierbillet zur Überfahrt nach Amerika versehen hat? III. 20/11 80. **3**, 136.

9. Was gehört zum Versuche strafbaren Feilhaltens gesundheitsgefährlicher Nahrungsmittel? III. 15/2 82. **6**, 46.

10. Was gehört zum Tatbestande versuchter schwerer Kuppelei? Muß ein Anfang der Ausführung der Unzucht gemacht worden sein? III. 18/10 82. **7**, 118.

11. Was gehört zum Versuch der Doppelehe? Genügt, daß die Verlobten nach bewirktem Aufgebote den Standesbeamten um Vollziehung des Akts der Eheschließung angegangen haben? III. 15/10 83. **9**, 84.

12. Liegt ein Versuch der Urkundenfälschung vor, wenn die Handlung des Täters, welcher eine falsche Urkunde durch Holzdruck anfertigen wollte, nur bis zur Herstellung des Holzstockes und Anfertigung eines Probedrucks vorgeschritten ist? III. 17/12 85. **13**, 212.

13. Was gehört zum Versuche der Verbreitung falschen Geldes im Sinne des § 147 St.G.B.'s? IV. 20/5 87. **16**, 111.

14. Ist der Versuch eines betrüglichen Bankerutts möglich, bevor eine Zahlungseinstellung erfolgt? I. 9/11 85. **13**, 41.

15. Finden die Grundsätze vom Eventualvorsatz auch auf den nur versuchten Betrug Anwendung? II. 29/3 89. **19**, 90.

16. Unter welchen Voraussetzungen kann der eventuelle Dolus die Beihülfe zum Versuche der Abtreibung begründen? I. 28/3 87. **16**, 25.

17. Ist der zu einem strafbaren Versuche erforderliche Entschluß auch dann vorhanden, wenn derselbe nur für den Fall des noch ungewissen künftigen Eintritts bestimmter tatsächlicher Voraussetzungen gefaßt ist? IV. 27/5 87. **16**, 133.

18. Liegt der Tatbestand eines mit einem vollendeten Delikte ideal konkurrierenden Versuches vor, wenn der Täter den Erfolg der zur

Vollendung gekommenen Tat direkt, den Erfolg der im Versuchsstadium gebliebenen dagegen nur eventuell gewollt hat? II. u. III. 22/12 84. **12**, 64.

19. Konkurriert ein Verbrechen des Diebstahlsversuchs mit Mundraub, wenn der Täter, um Geld ꝛc zu stehlen, sich zur Nachtzeit in ein bewohntes Gebäude eingeschlichen, dort aber nur einen Mundraub ausgeführt hat? I. 22/4 97. **30**, 67.

20. Fassung der den Geschworenen vorzulegenden Frage bei dem Versuche des Totschlags: III. 6/7 99. **32**, 253; III. 16/1 02. **35**, 70.

S. zu § 43 auch **3**, 249. 262; **4**, 279; **5**, 125. 145; **6**, 167; **7**, 95. 116; **8**, 164; **9**, 3; **10**, 11; **11**, 37. 72; **12**, 353; **13**, 8; **14**, 293; **15**, 56. 281; **19**, 234; **20**, 56; **21**, 14; **24**, 91; **25**, 5. 254; **28**, 144; **30**, 56; **31**, 251; **32**, 1.

1. Ist bei Festsetzung der Versuchsstrafe von einem Strafmaße auszugehen, welches für den Fall der Vollendung angemessen sein würde? II. 13/6 02. **35**, 282. § 44

2. Wie kommt Abs. 2 zur Anwendung, wenn das Gesetz das vollendete Verbrechen wahlweise mit lebenslänglicher oder zeitiger Zuchthausstrafe bedroht? III. 24/11 87. **16**, 400.

3. Kann bei der Bemessung der Versuchsstrafe unter das im Gesetze für die betreffende Strafart bestimmte Mindestmaß heruntergegangen werden? I. 13/2 82. **5**, 442.

4. Über Anwendung des § 44 in Bezug auf Geldstrafen, die neben der Freiheitsstrafe für das vollendete Delikt angedroht sind, s. § 45.

S. zu § 44 auch **2**, 261; **7**, 1; **2**, 383; **12**, 64; **11**, 158.

1. Kann auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht erkannt werden, wenn bei einem Diebstahlsversuche auf Grund des § 44 St.G.B.'s Gefängnis statt Zuchthausstrafe ausgesprochen wird? III. 30/10 84. **11**, 158. § 45

2. Kann beim Versuch auf andere Nebenstrafen als die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte und die Zulässigkeit von Polizeiaufsicht erkannt werden? Ist die in § 263 St.G.B.'s neben Gefängnisstrafe angedrohte Geldstrafe eine solche Nebenstrafe? II. 14/5 89. **19**, 234; III. 12/11 85. **13**, 76.

1. Unter welcher Voraussetzung wird der Versuch durch freiwilligen Rücktritt straflos? Kann Abs. 2 bei einem durch Drohung verübten Versuche der Erpressung Anwendung finden? I. 27/9 94. **26**, 77; II. 12/3 80. **1**, 306. § 46

2. Hat nach Nr. 1 Straflosigkeit einzutreten, wenn jemand zum Zwecke des Stehlens in eine fremde Wohnung eindringt, aber sein Vorhaben aufgibt, weil die vorgefundenen Sachen seinen Erwartungen nicht entsprechen? IV. 13/6 93. **24**, 222.

3. Sind die in § 46 aufgeführten Tatumstände negative Tatbestandsmerkmale oder Strafausschließungsgründe? Kann ein faktischer Irrtum des Täters, durch welchen er veranlaßt wurde, von der Vollendung der

beabsichtigten Straftat abzustehen, als ein von seinem Willen unabhängiger Umstand im Sinne der Nr. 1 angesehen werden? II. 17/6 81. **4**, 290.

4. Ist in Schwurgerichtssachen auf Grund des § 46 Nr. 1 eine besondere Frage zu stellen? II. 25/11 87. **16**, 347.

5. Ist es strafhaft, in der durch das unvermutete Erscheinen eines Dritten veranlaßten Abstandnahme von der begonnenen Ausführung eines Diebstahls keinen freiwilligen Rücktritt vom Versuche im Sinne der Nr. 1 zu erkennen? IV. 8/7 87. **16**, 182.

6. Ist Straflosigkeit des Versuchs anzunehmen, wenn eine Schwangere ein Abtreibungsmittel, um es zu verschlucken, in den Mund genommen, des widerlichen Geschmacks wegen aber wieder ausgespieen hat? IV. 31/1 02. **35**, 102.

7. Wann liegt die die Straflosigkeit des Versuchs bei tätiger Reue ausschließende Entdeckung der Handlung im Sinne der Nr. 2 vor? Wird die Straflosigkeit dadurch ausgeschlossen, daß nur die nicht mitschuldige Ehefrau des Täters die Handlung entdeckt hatte? Wie ist in diesem Falle die Frage in Schwurgerichtssachen zu stellen? III. 8/12 80. **3**, 93.

8. Hat die nach § 46 Nr. 1 eintretende Straflosigkeit eines mittels Einbruchs verübten Diebstahls auch die Straflosigkeit der durch den Einbruch verübten Sachbeschädigung zur Folge? IV. 29/10 86. **15**, 12.

9. Ist ein Betrugsversuch mit dem Abschlusse der Täuschungshandlungen als beendigt anzusehen, falls die Absicht des Täters dahin geht, den Getäuschten zur Zahlung einer Nichtschuld zu vermögen?

Kommt bei Abwendung des zur Vollendung einer Straftat gehörigen Erfolgs als „eigene Tätigkeit" im Sinne der Nr. 2 auch die vom Täter veranlaßte Tätigkeit eines Beauftragten in Betracht? II. 12/11 86. **15**, 44.

10. Finden auf den Rücktritt von dem Unternehmen, einen anderen zum Meineide zu verleiten, die Strafbefreiungsgründe für den Rücktritt vom Versuche Anwendung? II. 29/4 84. **10**, 324.

11. Ist Nr. 1 anwendbar, wenn ein Zeuge seine anfänglich wider besseres Wissen gemachte Aussage vor dem Schlusse seiner Vernehmung wahrheitsgemäß berichtigt? Hat in einem solchen Falle derjenige, welcher zu der ursprünglich falschen Aussage angestiftet hat, auf Straflosigkeit Anspruch? III. 15/3 86. **14**, 19.

12. Kommt bei dem Versuche der freiwillige Rücktritt des Täters auch dem Gehülfen zu statten? II. 6/6 82. **6**, 341; I. 13/1 81. **3**, 249.

S. zu § 46 auch **13**, 1; **17**, 158; **22**, 363.

Dritter Abschnitt (§§ 47—50).

Teilnahme.

a) Kausalzusammenhang.

1. Wann kann eine menschliche Handlung als Ursache eines schädigenden Erfolges bezeichnet werden? III. 29/3 82. **6**, 146.

2. Genügt es zur Herstellung des Kausalzusammenhangs, daß die Handlung des Täters sich unter den Faktoren befunden hat, auf die der

Erfolg der Ursache zurückzuführen ist, und daß die Wirksamkeit des Tuns durch eine fremde Kausalität nicht unterbrochen worden ist? III. 28/9 81. **5**, 29.

3. Steht im Falle des § 222 St.G.B.'s der Annahme des Kausalzusammenhangs entgegen, daß der Tod erst durch eine konkurrierende Fahrlässigkeit des Verletzten herbeigeführt worden ist? I. 12/4 80. **1**, 373; II. 2/5 82. **6**, 249; II. 13/10 91. **22**, 173.

4. Kann Kausalzusammenhang vorliegen zwischen der ungenügenden Beaufsichtigung eines am Selbstmordtriebe leidenden Geisteskranken durch die Wärter und dem Tod des Geisteskranken, den er sich in einem unbewachten Zeitpunkt selbst beibringt? III. 18/12 82. **7**, 332.

5. Wird die Strafbarkeit für den verursachten Erfolg dann beseitigt, wenn er auch ohne die eigene Tätigkeit eingetreten wäre? I. 1/2 92. **22**, 325.

6. Genügt es auf dem Gebiete der Fahrlässigkeitsdelikte zur Annahme der Kausalität, daß das schuldhafte Handeln auch nur eine der mehreren ursachlichen Bedingungen des eingetretenen rechtswidrigen Erfolges geschaffen hat? Ist eine Handlung dann nicht als kausal anzusehen, wenn der Erfolg auch ohne dieselbe eingetreten wäre? III. 20/12 86. **15**, 151.

7. Verlangt im Falle des § 222 St.G.B.'s die Kausalität der Verletzung und des Todes, daß der Tod eintreten mußte, oder genügt, daß der Tod Folge der Verletzung ist? I. 2/6 81. **4**, 243.

8. Ist im Falle des § 218 St.G.B.'s Kausalzusammenhang zwischen dem Unternehmen der Abtreibung und dem Tode der Frucht erforderlich, und wann liegt er vor? III. 9/7 81. **4**, 380.

9. Liegt der im § 224 St.G.B.'s vorausgesetzte Kausalzusammenhang zwischen Körperverletzung und Geisteskrankheit vor, wenn die Mißhandlung bei dem Verletzten zunächst nur eine heftige Gemütsbewegung hervorrief und erst infolge dieser die Geisteskrankheit ausbrach? IV. 12/3 95. **27**, 93.

10. Ist im Falle des § 227 St.G.B.'s der Tod eines Menschen durch einen von mehreren gemachten Angriff verursacht, wenn bei dem Angriffe einer der Angreifenden ums Leben kommt? Wann liegt in diesem Falle Kausalzusammenhang vor? II. 2/11 83. **9**, 148.

11. Kann — außer dem Falle der Mittäterschaft — die Ursache des zu einer bestimmten Zeit erfolgten Todes einer Person gleichzeitig auf die Handlungen mehrerer zurückgeführt werden? III. 20/12 88. **19**, 141.

12. Ist bei der Erpressung Kausalzusammenhang zwischen der durch die Drohung herbeizuführenden Handlung eines anderen und dem seitens des Drohenden angestrebten Vermögensvorteile erforderlich, und wann liegt dieser Kausalzusammenhang vor? III. 26/2 81. **3**, 426; III. 8/1 83. **8**, 5; II. 3/4 94. **25**, 254.

13. Wann liegt beim Betrug Kausalzusammenhang zwischen der falschen Vorspiegelung und dem Irrtum vor? III. 23/2 81. **3**, 392.

14. Welcher Kausalzusammenhang ist beim Betrug zwischen Täuschung

und Vermögensbeschädigung erforderlich? III. 12/4 94. **25**, 244; III. 29/11 94. **26**, 239.

15. Ist beim Betrug Kausalzusammenhang zwischen der Irrtumserregung und dem beabsichtigten Vermögensvorteil erforderlich? III. 21/12 81. **5**, 277.

16. Setzt der Tatbestand des § 210 Nr. 3 K.O. einen Kausalzusammenhang zwischen der Unterlassung der Bilanzziehung und der Zahlungseinstellung voraus? I. 26/6 82. **7**, 391.

17. Wann sind, abgesehen von eigentlichen Omissivdelikten, Unterlassungen, die einen rechtsverletzenden Erfolg herbeiführen, strafbar? I. 14/2 84. **10**, 100.

18. Liegt Freiheitsberaubung durch Unterlassung vor, wenn jemand einen Raum, ohne zu wissen, daß sich jemand darin befindet, verschließt und ihn dann nicht wieder öffnet, nachdem er von dem Sachverhalt Kenntnis erhalten hat? II. 20/10 93. **24**, 339.

b) Täterschaft.

19. Mittelbare Täterschaft durch Benutzung eines Gehülfen. IV. 18/3 98. **31**, 80; IV. 14/1 96. **28**, 109.

20. Ist Täterschaft anzunehmen, wenn jemand strafunmündige Kinder zur Begehung einer objektiv strafbaren Handlung bestimmt? I. 28/5 94. **25**, 397; III. 12/4 82. **6**, 186; II. 6/6 82. **6**, 336.

21. Unter welchen Voraussetzungen wird die Täterschaft durch Benutzung einer anderen Person als Werkzeug begründet? III. 17/1 80. **1**, 146; IV. 18/3 98. **31**,80.

22. Wie ist die Tat des Anstifters rechtlich zu qualifizieren, wenn der Angestiftete nicht mit dem vollen dem Anstifter innewohnenden Dolus gehandelt hat? III. 8/12 80. **3**, 95.

23. Unter welchen Voraussetzungen kann der Drucker einer unzüchtigen Schrift als Täter des Vergehens des § 184 Nr. 1 St.G.B.'s angesehen werden? IV. 4/7 02. **35**, 317.

c) Teilnahme an der Straftat eines anderen.

24. Kann jemand als Täter und zugleich als Anstifter zur Beihülfe zu der von ihm verübten Tat bestraft werden? IV. 31/5 95. **27**, 273.

25. Können Anstiftung und Mittäterschaft in Idealkonkurrenz mit einander treten? II. 13/11 94. **26**, 198.

26. Ist die Annahme sachlichen Zusammentreffens von Anstiftung zu einem Delikte mit Anstiftung (einer anderen Person) zur Beihülfe bei demselben Delikte zulässig? I. 4/10 00. **33**, 401.

27. Zur rechtlichen Beurteilung der Fälle, wenn sich jemand an einem Delikte in verschiedenen Formen mitschuldig macht. III. 5/5 84. **10**, 406. Vgl. III. 5/3 88. **17**, 227.

28. Teilnahme einer Nichtmilitärperson an militärischen Delikten. III. 5/4 94. **25**, 234: II. 1/4 87. **15**, 396; I. 8/4 95. **27**, 157.

29. Ist eine im Ausland betätigte Anstiftung bezw. Beihülfe zu einem im Inlande begangenen Delikte eine im Inlande begangene Straftat? I. 14/6 94. **25**, 424.

30. Teilnahme an sog. delictis propriis von seiten Dritter. I. 9/1 96. **28**, 100; III. 19/10 85. **13**, 52; III. 12/10 93. **24**, 286; II. 26/2 97. **29**, 419.

31. Kann strafbare Teilnahme angenommen werden, obwohl die Schuld des Haupttäters wegen Mangels des subjektiven Tatbestandes verneint wird? III. 28/1 89. **18**, 419.

32. Ist strafbare Teilnahme (Anstiftung oder Beihülfe) zu einer nach § 52 St.G.B.'s straflosen Tat möglich? I. 22/12 98. **31**, 395.

33. Inwieweit können die Vorschriften über strafbare Teilnahme Anwendung finden auf Personen, zu deren besonderem Schutze die einzelnen Strafvorschriften erlassen sind? II. 30/11 88. **18**, 273.

34. Finden die Bestimmungen der §§ 47—49 St.G.B.'s auch auf die in Spezialgesetzen vorgesehenen strafbaren Handlungen Anwendung? Ist die Beihülfe in den Fällen der sog. notwendigen Teilnahme strafbar? II. 27/4 83. **8**, 294.

35. Merkmale der verschiedenen Arten der Teilnahme. III. 29/11 79. **1**, 110.

36. Kann über verschiedene Arten der Teilnahme den Geschworenen eine alternativ gestellte Frage vorgelegt werden? Fer. 26/8 85. **12**, 347.

37. Liegt strafbare Anstiftung oder Beihülfe vor, wenn jemand einen anderen wissentlich zu dem Unternehmen einer strafbaren Handlung mittels untauglicher Mittel bestimmt, oder demselben zur Förderung seines deliktischen Unternehmens untaugliche Mittel verschafft hat? I. 17/2 87. **15**, 315; II. 29/5 88. **17**, 377.

38. Kann der Täter sich der Teilnahme an einer Begünstigung seiner eigenen Tat schuldig machen? I. 7/4 81. **4**, 60.

39. Finden die allgemeinen Grundsätze über Teilnahme auf das Vergehen des § 211 K.O. von 1877 auch dann Anwendung, wenn die Teilnahme von dem begünstigten Gläubiger begangen worden ist? I. 27/1 81 **4**, 1; II. 12/11 80. **2**, 439; II. 10/2 82. **5**, 435.

40. Kann der Ankauf bereits verwendet gewesener Versicherungsmarken als Beihülfe zur Veräußerung bestraft werden? II. 4/6 01. **34**, 273.

41. Über die Frage, wann gewerbs- oder gewohnheitsmäßige Verübung bei den einzelnen Teilnehmern der Tat anzunehmen ist. Pl. 18/4 94. **25**, 266; II. 22/6 94. **26**, 3.

42. S. zugleich die einzelnen §§ 47. 48. 49. 50.

S. ferner über Teilnahme **22**, 51.

1. Begriff der Mittäterschaft. Feststellung der Voraussetzungen der gemeinschaftlichen Ausführung einer Straftat. III. 17/12 81. **5**, 306; III. 11/1 83. **8**, 42; I. 15/1 80. **1**, 145; I. 6/12 80. **3**, 142. § 47

2. Kann in dem Falle, wenn zwei Personen bei derselben Tat als Täter beteiligt sind, bei dem einen Mittäterschaft angenommen, bei dem anderen verneint werden? I. 30/6 92. **23**, 196.

3. Unterschied von Mittäterschaft und Beihülfe. III. 18/3 86. **14**, 28; III. 12/5 80. **2**, 160; I. 7/1 81. **3**, 181.

4. In welcher Weise muß jemand zur Ausführung einer Straftat mitgewirkt haben, um als Mittäter angesehen zu werden? Muß der Mittäter ein Merkmal des Tatbestandes erfüllt haben? Kann eine bloß intellektuelle Mitwirkung und eine Mitwirkung bei der Vorbereitung der Straftat genügen? Kann in der Anwesenheit bei der Ausführung ein Akt der Mitverübung gefunden werden? III. 10/1 87. **15**, 295; II. 16/10 83. **9**, 75; III. 12/5 80. **2**, 160; I. 7/1 81. **3**, 181; III. 19/12 94. **26**, 345; III. 7/1 95. **26**, 351; III. 9/3 96. **28**, 304; III. 18/3 86. **14**, 28; II. 17/5 81. **4**, 177; IV. 3/12 01. **35**, 13.

5. Wieviel Personen müssen, damit Mittäterschaft angenommen werden kann, bei der Tat mitgewirkt haben? I. 4, 11/7 87. **16**, 173.

6. Erfordernisse der Mittäterschaft bezüglich der Unterschlagung einer den Mittätern gemeinschaftlich anvertrauten Sache. I. 13/1 81. **3**, 268.

7. Was gehört zur Mittäterschaft bei einem Vergehen gegen § 10 Nr. 1 des Nahrungsmittelgesetzes? I. 17/1 81. **3**, 269. **3**, 273.

8. Können die Mittäter nach verschiedenen Strafgesetzen verurteilt werden? I. 9/1 96. **28**, 100; II. 13/2 85. **12**, 8.

9. Kann Mittäterschaft angenommen werden, wenn dieselben Straffälle auf der Seite des einen Täters eine Mehrheit selbständiger Handlungen, auf der Seite des anderen ein fortgesetztes Vergehen bilden? IV. 14/12 00. **34**, 47.

10. Ist der verantwortliche Redakteur einer Zeitung, gegen den neben dem Verfasser eines Artikels wegen Beleidigung Anklage erhoben wird, als Mittäter im Sinne des § 47 anzusehen? I. 15/11 83. **9**, 186.

11. Sind die Täter einer gemeinschaftlich begangenen Körperverletzung sämtlich für die Folgen verantwortlich, welche erwiesenermaßen nur durch die Tätigkeit eines einzelnen von ihnen hervorgerufen worden sind? Was ist erforderlich zur Annahme einer gemeinschaftlich verübten Körperverletzung? IV. 7/5 86. **14**, 119; IV. 6/3 96. **28**, 245.

12. Bedingt die Annahme einer gemeinschaftlichen Körperverletzung notwendig die Anwendung desselben Strafgesetzes gegen die Mittäter, oder kann der eine aus § 223a, der andere bei vorliegendem Excesse aus § 224 St.G.B.'s verurteilt werden? II. 9/1 91. **21**, 267.

13. Unter welchen Voraussetzungen sind in dem Falle, wenn mehrere die gemeinschaftliche Ausführung einer Straftat verabredet haben, aber erst von einem der Genossen eine Versuchshandlung verübt und die weitere Ausführung der Tat unterblieben ist, die übrigen Genossen für die Versuchshandlung verantwortlich zu machen? III. 7/5 83. **9**, 3.

14. Kann der Mittäter eines Diebstahls in Bezug auf die gestohlene Sache eine Hehlerei begehen? I. 1/7 01. **34**, 304.

15. Rücktritt eines Komplottanten vor Beginn der Ausführung der Straftat (Einbruchsdiebstahl). III. 9/3 96. **28**, 304.

16. Kann in Schwurgerichtssachen die Frage alternativ auf Täterschaft oder Mittäterschaft gestellt werden? Fer. 26/8 85. **12**, 347.

17. S. auch S. 18 (Nr. 24ff.).

S. zu § 47 weiter **4**, 322; 408; **8**, 406; **18**, 191; **19**, 213; **21**, 78; **23**, 388; **24**, 304; **31**, 407.

§ 48

1. S. auch S. 18 (Nr. 24 ff.).

2. Ist Anstiftung zu einem Fahrlässigkeitsdelikte möglich? I. 20/6 92. **23**, 175.

3. Ist rechtsgrundsätzlich Anstiftung nur bei Delikten mit dem tatbestandlichen Erfordernisse des Vorsatzes möglich? II. 2/11 97. **30**, 292; II. 19/3 92. **22**, 427. Vgl. III. 15/1 94. **25**, 38.

4. Liegt eine strafbare Anstiftung oder Täterschaft vor, wenn jemand strafunmündige Kinder zu Begehung einer objektiv strafbaren Handlung verleitet? I. 28/5 94. **25**, 397.

5. Ist der Angeklagte als Anstifter oder als Täter einer schweren Urkundenfälschung zu bestrafen, wenn er eine nach § 268 St.G.B.'s strafbare Urkundenfälschung intendiert, der zu der Urkundenfälschung Bestimmte mit dem in § 267 a. a. O. vorgesehenen Dolus gehandelt hat? III. 8/12 80. **3**, 95.

6. Inwiefern ist Anstiftung zu einer Straftat durch mehrere auf den Täter einwirkende Personen denkbar? II. 16/4 86. **14**, 92; I. 7/12 85. **13**, 121.

7. Muß die Anstiftung auf die Verübung einer bestimmten Straftat gerichtet sein? III. 29/11 79. **1**, 110.

8. Ist Anstiftung zu einem fortgesetzten Delikte, insbesondere zu einem fortgesetzten Betruge denkbar? II. 8/1 95. **26**, 361.

9. Inwieweit muß sich in der Vorstellung des Anstifters die auszuführende Tat, insbesondere hinsichtlich der Person des zu Verletzenden konkretisiert haben? II. 14/5 01. **34**, 327.

10. Erfordert die Verurteilung wegen Anstiftung die gleichzeitige Feststellung der Begehung der Haupttat? IV. 4/1 87. **15**, 178.

11. Wie ist der Tatbestand strafbarer Anstiftung bei Verurteilung des Haupttäters in einem separaten Verfahren festzustellen? IV. 25/10 89. **20**, 12; III. 9/7 81. **4**, 367.

12. Erfordert der Tatbestand strafbarer Anstiftung die Feststellung eines vom Anstifter angewendeten Mittels zur vorsätzlichen Bestimmung des Täters, oder genügt die Feststellung, der Anstifter habe den Täter zur Begehung der Straftat vorsätzlich bestimmt? Wie ist in Schwurgerichtssachen die Frage über Anstiftung zu fassen? III. 25/6 83. **9**, 22; III. 10/1 87. **15**, 304.

13. Was gehört zur Feststellung des Anstiftervorsatzes, speziell bei Kuppelei und bei Diebstahl mittels Anwendung eines falschen Schlüssels? III. 9/7 81. **4**, 367; IV. 25/10. 89. **20**, 12; II. 23/9 81. **5**, 17.

14. Über Anstiftung zum Zweikampf. III. 29/10 81. **5**. 140.

15. Ist die im Auslande betätigte Anstiftung zu einer im Inlande begangenen Zolldefraude als eine im Inlande verübte Straftat anzusehen? I. 14/6 94. **25**, 424.

16. Unter welchen Voraussetzungen begründet der Widerruf der Anstiftung die Straflosigkeit des Anstifters? III. 20/2 90. **20**, 259.

17. Begeht der Anstiftende auch in dem Falle, wenn seine Tätigkeit eine einheitliche war, dadurch doch so viele strafbare Handlungen, als

er selbständige strafbare Handlungen herbeigeführt hat? II. 30/3 83. **8**, 153; II. 9/12 81. **5**, 227.

18. Darf der Anstifter, welcher bei der Ausführung Beihülfe leistet, wegen Anstiftung und Beihülfe in realer Konkurrenz bestraft werden? III. 1/5 80. **2**, 145.

19. Kann Anstiftung zum Diebstahl in dem Falle angenommen werden, wenn eine Reihe von Diebstählen vorliegt, die in Ansehung des Haupttäters als Bestandteile eines fortgesetzten Delikts angesehen sind, der Dieb aber seitens des der Anstiftung Beschuldigten nur zur Ausführung einzelner Diebstähle bestimmt worden ist, welche nicht beim Beginne seiner deliktischen Tätigkeit, sondern erst in einem späteren Stadium derselben vorgekommen sind? IV. 13/11 00. **34**, 5.

20. Kann sich ein Nichtbeamter der Anstiftung eines Beamten zu der in § 348 Abs. 1 St.G.B.'s vorgesehenen Straftat schuldig machen? I. 22/6 82. **6**, 414.

21. Kann der Anstifter zu einer strafbaren Handlung zugleich Hehler bezüglich der vom Täter durch dieselbe erlangten Sache sein? II. 30/12 81. **5**, 282; II. 19/6 83. **8**, 371; I. 4/7 89. **19**, 354.

22. Kann die vor Begehung einer Straftat erfolgte Erteilung der Zusage, eine Begünstigungshandlung vorzunehmen, auch als Anstiftung strafbar sein? III. 10/1 87. **15**, 295.

23. Liegt Anstiftung unter realem Zusammentreffen mit Begünstigung vor, wenn der Begünstiger den Täter zu der Tat durch die vor Begehung derselben gegebenen Zusage der Begünstigung vorsätzlich bestimmt hat? III. 3/11 87. **16**, 374.

24. Ist Beihülfe zur Anstiftung rechtlich denkbar? I. 8/7 86. **14**, 318.

S. zu § 48 auch **3**, 140. 162; **4**, 252. 377; **5**, 275; **8**, 229; **9**, 137; **12**, 122; **13**, 234; **14**, 19. 102; **17**, 202; **22**, 106; **25**, 8. 234.

§ 49 1. S. auch S. 18 (Nr. 24ff.).

2. Was gehört zur strafbaren Beihülfe. Kann sie von jemandem begangen werden, der nicht Täter des betreffenden Delikts sein kann? Kann sie dadurch begangen werden, daß der Täter in seinem deliktischen Entschlusse bestärkt wird? I. 8/4 95. **27**, 157; I. 10/5 83. **8**, 267.

3. Können Vorbereitungshandlungen als Beihülfe zur Tat angesehen werden? Kann Beihülfe dadurch verübt werden, daß dem Täter ein Gegenstand überlassen wird, der ihn bei Begehung der Tat unkenntlich machen soll? I. 10/5 83. **8**, 267; II. 25/11 87. **16**, 350.

4. Gehört in Schwurgerichtssachen zur Fragestellung über Beihülfe, daß neben den im Gesetze enthaltenen Merkmalen auch die Tatsachen spezialisiert werden, worin die Beihülfe durch Rat und Tat gefunden wurde? I. 22/4 80. **1**, 391.

5. Enthält es einen wesentlichen Mangel, wenn die den Geschworenen über Beihülfe vorgelegte Frage dahin gefaßt wird, ob der Angeklagte

dem Haupttäter „bei" Begehung der Straftat wissentlich Hülfe geleistet hat? II. 25/11 87. **16**, 350.

6. Kann Beihülfe schon vor der Entschließung des Täters zur Tat geleistet werden? I. 26/3 96. **28**, 287.

7. Ist Beihülfe zu einer Straftat noch möglich, solange diese noch nicht beendet ist, oder ist sie mit Vollendung der Tat ausgeschlossen? II. 8/11 92. **23**, 292.

8. Kann der nach der Vollendung eines Diebstahls dem Diebe zum Zwecke der Sicherung des Gestohlenen geleistete Beistand als Beihülfe zu dem Diebstahle aufgefaßt werden? I. 25/1 83. **8**, 177.

9. Über Beihülfe zu dem Vergehen gegen § 137 St.G.B.'s. II. 18/1 81. **3**, 255.

10. Über Beihülfe zu Delikten, zu deren Tatbestand mehrere zusammentreffende Akte gehören. — Schließt die Strafnorm des § 212 K.O. vom 10. Februar 1877 die Annahme einer Beihülfe zu einem durch § 209 Nr. 1 u. 2 a. a. O. begründeten betrüglichen Bankerotte aus? I. 17/1 84. **9**, 430.

11. Über Beihülfe zum Zweikampfe. III. 29/10 81. **5**, 140; III. 18/1 86. **13**, 265.

12. Kann Hülfeleistung durch Tat auch in Unterlassen und Nichtverhindern gefunden werden? IV. 21/10 84. **11**, 153.

13. Ist die Kausalität der geleisteten Hülfe für den Erfolg der Tat Voraussetzung der Strafbarkeit? I. 20/4 82. **6**, 169.

14. Voraussetzungen der Beihülfe in subjektiver Beziehung. Kann Eventualdolus genügen? Inwieweit muß der Wille des Gehülfen auf das Zustandekommen des respektiven Delikts gerichtet sein? I. 28/3 87. **16**, 25; IV. 23/11 94. **26**, 225; II. 30/10 99. **32**, 354.

15. Inwieweit ist Beihülfe strafbar, falls die vom Täter ausgeführte oder versuchte Tat mit der vom Gehülfen wissentlich unterstützten sich nicht deckt? IV. 7/10 90. **21**, 93; I. 7/7 84. **11**, 118.

16. Genügt es zum Dolus, wenn der Gehülfe nur im allgemeinen weiß, daß er strafbare Handlungen bestimmter Art fördert, über die Modalitäten der Ausführung aber nicht unterrichtet ist? III. 9/4 81. **4**, 95; II. 15/2 98. **31**, 35.

17. Inwieweit setzt die Strafbarkeit der Beihülfe voraus, daß dem Gehülfen die Person des Täters bekannt war? III. 26/6 84. **11**, 87.

18. Worin besteht die Verschiedenheit von Beihülfe und Mittäterschaft? I. 7/1 81. **3**, 181; II. 16/10 83. **9**, 75.

19. Gibt es eine Beihülfe zu einem Fahrlässigkeitsdelikte? I. 5/12 83. **10**, 8.

20. Beihülfe zum einfachen Bankerotte s. K.O.

21. Ist eine Beihülfe zur Anstiftung möglich? I. 8/7 86. **14**, 318.

22. Läßt sich Beihülfe zur Beihülfe konstruieren mit der Wirkung einer wiederholten Reduktion der für die Haupttat bestimmten Strafe? III. 17/11 92. **23**, 300.

23. Welche Feststellung erheischt die Verurteilung wegen Beihülfe zu einer im Inlande verübten, gegen den Haupttäter aber im Auslande

abgeurteilten Tat? Ist die rechtliche Charakterisierung, welche das ausländische Gericht der Haupttat gegeben hat, von Relevanz? I. 22/6 99. **32**, 239.

24. Liegt strafbare Beihülfe in der Beistandleistung zu einer Tat, welche wegen Unzurechnungsfähigkeit des Täters nicht bestraft werden kann? III. 16/6 84. **11**, 56.

25. Gibt es einen Versuch der Beihülfe? Kann ein solcher insbesondere gefunden werden in der Beihülfe zu einer Tat, welche wegen Unzurechnungsfähigkeit des Täters nicht bestraft werden kann? III. 7/7 84. **11**, 37; III. 16/6 84. **11**, 56.

26. Kann die Tätigkeit des Gehülfen, welcher zu einer einheitlichen Straftat durch mehrere selbständige Tätigkeitsakte Beihülfe leistet, als eine Mehrheit von Beihülfeleistungen aufgefaßt werden? III. 7/7 84. **11**, 37.

27. Können mehrere zu verschiedenen selbständigen Vergehen geleistete Hülfshandlungen zu einer Handlung zusammengefaßt werden, oder kann eine einmalige zu verschiedenen selbständigen Vergehen gewährte Hülfe als ein Delikt der Beihülfe charakterisiert werden? III. 9/4 81. **4**, 95.

28. Wie ist die Strafe des Gehülfen im Verhältnisse zu derjenigen des Haupttäters auszumessen und wie bei einem nur versuchten Delikte? I. 25/10 80. **2**, 383.

29. Kann für den Gehülfen eine Ermäßigung der für den Haupttäter vorgesehenen Strafe eintreten, wenn diese in der Einziehung eines Gegenstandes besteht? II. 8/5 83. **8**, 279.

30. Darf der Anstifter, welcher bei der Ausführung Beihülfe leistet, wegen Anstiftung und Beihülfe in realem Zusammentreffen bestraft werden? III. 1/5 80. **2**, 145; III. 3/11 87. **16**, 374.

31. Schließt die Freisprechung des Haupttäters von der Anklage des Versuchs auf Grund des § 46 Nr. 1 St.G.B.'s die Verurteilung des der Beihülfe zu diesem Versuche Angeklagten aus? I. 13/1 81. **3**, 249; II. 6/6 82. **6**, 341.

32. Macht sich der Bevollmächtigte des Gläubigers, der für diesen vom Schuldner eine dem § 211 K.O. von 1877 zuwiderlaufende Sicherung oder Befriedigung annimmt, schon dadurch der Beihülfe zu dem Vergehen des § 211 a. a. O. schuldig? IV. 31/1 90. **20**, 214.

33. Kann derjenige, welcher dem Täter ein zur Begehung der Kontrebande benötigtes Werkzeug im Auslande zum Zwecke der Benutzung auch bei und nach Überschreitung der Grenze überläßt, wegen Beihülfe bestraft werden? I. 30/12 89. **20**, 169.

S. zu § 49 auch **1**, 270; **2**, 261; **4**, 302; **8**, 229; **9**, 161; **12**, 64; **13**, 76; **16**, 114; **17**, 59. 384; **20**, 275; **21**, 14. 291; **22**, 2; **27**, 316; **28**, 164; **29**, 6.

§ 49 a 1. Worin besteht das Wesen des Delikts? Verhältnis zur Anstiftung und Beihülfe. I. 16/4 83. **8**, 229.

2. Genügt zum Tatbestande die Aufforderung zur **Beihülfe** zu einem Verbrechen? IV. 9/12 92. **23**, 352.

3. Hängt die Strafbarkeit der **Aufforderung** zu einem Verbrechen davon ab, daß der Aufgeforderte die Aufforderung als solche erkannt hat? IV. 4/6 97. **30**, 142.

4. Kann die **Annahme** einer Aufforderung als vorliegend angesehen werden, auch wenn die Annahme dem Auffordernden noch nicht kundgegeben ist? Kann § 49a Platz greifen, wenn der Aufgeforderte zur Ausführung der ihm angesonnenen Tat geschritten ist? IV. 25/9 94. **26**, 81.

5. Unterliegt die Anwendung des § 49a Bedenken, wenn von dem Auffordernden die Begehung des Verbrechens, zu dem er auffordert, von einer Bedingung abhängig gemacht wird? II. 13/11 94. **26**, 199.

6. Kann der zu einem Verbrechen Auffordernde sich darauf berufen, daß er die Tat, zu welcher er aufgefordert hat, als ein Verbrechen nicht gekannt habe? II. 31/1 90. **20**, 198.

7. Findet § 49a Abs. 2 Anwendung auf den, welcher das nicht ernstlich gemeinte Erbieten eines anderen zur Begehung eines Verbrechens in dem Glauben annimmt, es sei ernstlich gemeint? III. 31/3 80. **1**, 338.

8. Was ist unter einer lediglich mündlich ausgedrückten Aufforderung zu verstehen? Ist die an eine Schwangere gerichtete mündliche Aufforderung zur Abtreibung ihrer Leibesfrucht strafbar, wenn derselben gleichzeitig die Abtreibungsmittel gegeben werden? II. 12/11 80. **3**, 30.

9. Liegt der Tatbestand des § 49a auch dann vor, wenn die Tat, zu deren Begehung aufgefordert wird, im Falle der Begehung nur auf seiten des Auffordernden, nicht aber auf seiten des Aufgeforderten sich als Verbrechen darstellt? Fer. 29/8 99. **32**, 267.

10. Was bedeutet der Ausdruck: „an die Gewährung von Vorteilen irgend welcher Art geknüpft"? Fer. 29/8 99. **32**, 267; III. 24/1 84. **10**, 3; I. 24/3 87. **15**, 359.

11. Können auch solche Vorteile in Betracht kommen, welche erst durch die Begehung des beabsichtigten Verbrechens verwirklicht werden sollen? III. 24/1 84. **10**, 3.

12. Greift § 49a Platz, wenn die Handlung, zu der aufgefordert wird, erst durch die Begehung gegen Belohnung den Charakter eines Verbrechens annimmt, und die Begehung gegen Belohnung dem Aufgeforderten in der Aufforderung angesonnen wird? II. 9/10 88. **18**, 145; IV. 22/11 95. **28**, 23.

13. Erfordert die Anwendung des Abs. 3 die Feststellung, daß das Versprechen eines Vorteils von seiten des zur Begehung eines Verbrechens Auffordernden geeignet war, den Willen des Aufgeforderten zu beeinflussen? I. 2/1 82. **6**, 2; I. 24/3 87. **15**, 359.

14. Ist ein bei der Aufforderung zu einem Verbrechen gegebenes „Darangeld" als Gewährung von Vorteilen zu betrachten? I. 23/2 82. **6**, 67.

15. Ist in dem Versprechen der Ehe die Gewährung eines Vorteils im Sinne des § 49a zu finden? I. 25/11 80. **3**, 63.

16. Ist die Aufforderung zu einem Verbrechen „an die Gewährung von Vorteilen geknüpft“, wenn der Auffordernde dem Aufgeforderten lediglich verspricht, dafür zu sorgen, daß das zu begehende Verbrechen unentdeckt bleibe, und eventuell ihm zur Flucht behülflich zu sein? Fer. 27/8 91. **22**, 94.

17. Unter welchen Voraussetzungen ist das lediglich mündliche Erbieten zur Begehung eines Verbrechens strafbar? III. 21/1 95. **26**, 420.

18. Kann aus dem Charakter des Verbrechens des § 219 St.G.B.'s ein Bedenken gegen die Anwendbarkeit des § 49a bei erfolgloser Aufforderung zur Begehung jenes Verbrechens entnommen werden? IV. 22/11 95. **28**, 23.

19. Können bei der Aufforderung eines Beamten zu einer Verletzung seiner Dienstpflicht, welche zugleich ein Verbrechen begründen würde, die §§ 49a und 333 St.G.B.'s ideell konkurrieren, oder liegt Gesetzeskonkurrenz vor? I. 26/2 85. **12**, 54; I. 3/12 83. **9**, 261; I. 3/3 81. **3**, 390.

20. Ist die Aufforderung, einen Menschen durch Beschwörungen oder Sympathiemittel zu töten, aus § 49a strafbar? I. 21/6 00. **33**, 321.

S. zu § 49a auch **15**, 396; **32**, 31.

§ 50 1. Über die Nichtanwendbarkeit des § 50 bei strafbegründenden Umständen. II. 19/6 91. **22**, 51.

2. Strafbarkeit der Teilnahme einer Nichtmilitärperson an militärischen Delikten. III. 5/4 94. **25**, 234.

3. Gehören die Begriffsmerkmale der Gewerbs- und Gewohnheitsmäßigkeit zu den persönlichen Eigenschaften und Verhältnissen, welche nach § 50 nur demjenigen Täter oder Teilnehmer zuzurechnen sind, bei denen sie vorliegen? Pl. 18/4 94. **25**, 266; I. 9/1 93. **23**, 378; II. 20/5 81. **4**, 184.

4. Ist § 217 St.G.B.'s auf die uneheliche Mutter anwendbar, wenn sie bei der Tötung ihres Kindes nur als Gehülfin eines anderen handelt? III. 8/5 80. **2**, 153.

5. Wird durch die in der Person des Gehülfen vorhandene Rückfälligkeit im Sinne des § 244 St.G.B.'s die erhöhte Strafbarkeit des Gehülfen begründet? I. 23/9 80. **2**, 261.

6. Hat der Anstifter zum Meineide einen Anspruch darauf, daß ihm die dem Meineidigen gewährte Herabsetzung der Strafe aus § 157 Nr. 1 St.G.B.'s auch zu teil werde? Fer. 10/8 81. **4**, 377; Fer. 29/7 91. **22**, 106.

7. S. auch S. 18 (Nr. 24 ff.).

S. ferner zu § 50 noch **6**, 414.

Vierter Abschnitt (§§ 51—72).

Gründe, welche die Strafe ausschließen oder mildern.

1. Basieren die in §§ 51 flg. aufgeführten Strafausschließungsgründe auf einem gemeinschaftlichen Prinzipe? III. 16/6 84. **11**, 56.

2. Unterliegen nach den Prinzipien des St.G.B.'s auch juristische Personen einer Bestrafung? Kann dies landesrechtlich statuiert werden? III. 26/5 87. **16**, 121; I. 8/12 94. **26**, 300.

3. Strafrechtliche Haftung der Vertreter juristischer Personen für Verletzung der von letzteren zu befolgenden Vorschriften s. Gew.O. § 151.

4. Ist objektive Rechtswidrigkeit eine allgemeine Voraussetzung der Strafbarkeit? II. 19/2 97. **29**, 401; II. 24/6 87. **16**, 150; II. 8/11 81. **5**, 151.

5. Inwieweit wird die Rechtswidrigkeit des Eingriffs in ein fremdes Rechtsgut durch die Einwilligung der betreffenden Person ausgeschlossen? II. 19/2 97. **29**, 398; III. 22/2 82. **6**, 61; I. 15/11 80. **2**, 442 (I. 9/11 93. **24**, 369; Pl. 8/2 96. **28**, 200).

1. Was ist der Sinn des Ausdrucks: „eine strafbare Handlung ist nicht vorhanden"? Kann die Unterstützung einer nach § 51 straflosen Tat als Beihülfe gestraft werden? III. 16/6 84. **11**, 56; II. 10/6 90. **21**, 14; I. 15/10 96. **29**, 130. § 51

2. Ist im Sinne des § 259 St.G.B.'s eine Sache mittels einer strafbaren Handlung erlangt, wenn der Handelnde zur Zeit der Begehung der Handlung in einem Zustande der in § 51 bezeichneten Art sich befunden hat? II. 17/1 02. **35**, 73.

3. Genügen zur Freisprechung auf Grund des § 51 Zweifel an der Willensfreiheit des Täters? I. 23/10 90. **21**, 131.

4. Ist in Schwurgerichtssachen über das Vorhandensein der Voraussetzungen des § 51 eine besondere Frage zu stellen? I. 15/1 80. **1**, 70; I. 27/6 81. **4**, 400.

5. Was ist unter einer die freie Willensbestimmung ausschließenden Bewußtlosigkeit zu verstehen? Genügt zur Begründung der Straflosigkeit, daß die freie Willensbestimmung nur zu der speziellen Tat nicht vorgelegen hat? I. 16/1 82. **5**, 338.

6. Begriff von krankhafter Störung der Geistestätigkeit. I. 30/11 81. **7**, 425.

7. Kann eine auf anderen Gründen, als den in § 51 vorgesehenen, beruhende Unfähigkeit der freien Willensbestimmung die Anwendung des § 51 begründen? II. 14/12 86. **15**, 97.

8. Ist das Vorhandensein einer Fahrlässigkeit notwendig zu verneinen, wenn der Täter zur Zeit, als der rechtswidrige Erfolg eintrat, sich in einem die freie Willensbestimmung ausschließenden Zustande der Bewußtlosigkeit befunden hat? II. 8/3 92. **22**, 413.

1. Ist die Tat des Genötigten im Falle der Nötigung durch Drohung anders zu beurteilen, als im Falle der Nötigung durch Gewalt? § 52

Ist Anstiftung oder Beihülfe zu einer nach § 52 straflosen Tat möglich? I. 22/12 98. **31**, 395.

2. Begriff von Pflegeeltern im Sinne des Abs. 2. IV. 11/12 85. **13**, 148; II. 25/2 96. **28**, 230. Vgl. II. 17/12 80. **3**, 124; I. 27/4 82. **6**, 233.

3. Einfluß des B.G.B.'s auf den Begriff von „Pflegeeltern". IV. 15/2 01. **34**, 161.

4. Wird durch das Eheversprechen eines Verheirateten ein Verhältnis von „Verlobten" begründet? II. 12/5 93. **24**, 155. (I. 1/4 86. **14**, 7.)

5. Sind unter Verlobten nur die zu verstehen, welche ein civilrechtlich gültiges Verlöbnis abgeschlossen haben? III. 28/1 84. **10**, 117. III. 30/12 01. **35**, 49.

6. Was ist unter Verschwägerten zu verstehen? Stehen die Ehemänner zweier Schwestern im gegenseitigen Verhältnisse von Angehörigen? I. 13/12 86. **15**, 78.

7. Erlischt das vermöge Schwägerschaft in auf- und absteigender Linie nach § 52 Abs. 2 bestehende Angehörigkeitsverhältnis durch den Tod des das Verhältnis begründenden Ehegatten? I. 1/12 81. **5**, 200.

8. S. auch St.P.O. § 51, St.G.B. § 174.

9. Bildet der Gehorsam eines Untergebenen gegen einen widerrechtlichen Befehl seines Dienstvorgesetzten eine Amtspflicht und demgemäß einen Schuldausschließungsgrund im Sinne des § 52? II. 4/7 82. **6**, 432.

§ 53 1. Kann Notwehr geübt werden gegen den Angriff eines Unzurechnungsfähigen oder eines in unvermeidlichem Irrtum Handelnden? II. 19/2 95. **27**, 44.

2. Sind die Bestimmungen in §§ 227 flg. B.G.B.'s von Einfluß auf das Recht der Notwehr? I. 17/6 01. **34**, 295.

3. Inwieweit kann Notwehr geübt werden gegen einen im Notstande gemachten Angriff auf fremdes Eigentum? I. 5/5 92. **23**, 116.

4. Kann Notwehr geübt werden gegen die Vollstreckung obrigkeitlicher Anordnungen? II. 26/1 92. **22**, 300; II. 27/2 94. **25**, 150.

5. Inwieweit ist Notwehr gegen Beleidigungen möglich? I. 14/12 96. **29**, 240.

6. Ist Notwehr zulässig gegen begonnene und weiter drohende beleidigende Angriffe, welche ein Geistlicher sich gelegentlich der Predigt erlaubt, und ist in diesem Falle Bestrafung aus § 167 St.G.B.'s ausgeschlossen? I. 24/11 90. **21**, 168.

7. Kann ein die Notwehr zulassender Angriff darin gefunden werden, daß ein Mieter über die bedungene Zeit hinaus in der Wohnung verbleibt? III. 6/6 89. **19**, 298.

8. Über Notwehr gegen widerrechtliche Pfändung. I. 13/1 81. **3**, 222.

9. Kann die Notwehr auch in Gestalt eines Angriffes erfolgen? Wird das Recht der Notwehr dadurch ausgeschlossen, daß der Angegriffene in der Lage ist, sich dem Angriffe durch die Flucht zu entziehen? II. 13/5 87. **16**, 69.

10. Kann bei sog. putativer Notwehr ein strafloser Exzeß im Sinne des Abs. 3 vorkommen? IV. 2/12 90. **21**, 189.

11. Ist im schwurgerichtlichen Verfahren eine Nebenfrage über Notwehr oder straflose Überschreitung derselben zu stellen? III. 1/12 84. **11**, 277.

12. Kann das Einsperren des Angreifers eine zulässige Form der Notwehr bilden?

Kann die Notwehr gegen einen rechtswidrigen Angriff auf Sachen des Dienstherrn auch durch dessen beauftragte Dienstboten ausgeübt werden? II. 10/4 83. **8**, 210.

13. Inwiefern schützt der Einwand der Notwehr gegen eine Anklage aus § 227 Abs. 1 St.G.B.'s? III. 27/11 80. **3**, 236.

Selbsthülfe.

14. Ist Selbsthülfe gegenüber einem Beamten gestattet, der in rechtmäßiger Amtsausübung obrigkeitliche Befehle zur Ausführung bringt? II. 26/1 92. **22**, 300.

15. Unter welchen Voraussetzungen ist Selbsthülfe gegen Hausfriedensbruch zulässig? Ist die Einsperrung ein geeignetes Mittel der Selbsthülfe? II. 28/11 82. **7**, 259.

16. Wird durch vertragsmäßige Gestattung der Selbsthülfe die Anwendung der Gewalt als eines Nötigungsmittels straffrei? II. 3/10 82. **7**, 63.

17. Wann gestattet das französische Recht Selbsthülfe? Inwieweit wird die Widerrechtlichkeit einer Nötigung beseitigt, wenn die Bedrohung mit einem Vergehen zur Abwehr eines rechtswidrigen Angriffs erfolgte? I. 30/11 99. **32**, 391.

18. Wie weit reicht die Möglichkeit einer die Widerrechtlichkeit der Nötigung ausschließenden Selbsthülfe? Kann diese durch Wegnahme solcher Sachen geübt werden, die nach dem Gesetze der Zwangsvollstreckung nicht unterliegen? I. 3/5 00. **33**, 248.

19. Kann nach preuß. A.L.R. die Vernichtung einer fremden Urkunde erlaubte Selbsthülfe sein? II. 24/6 87. **16**, 150.

20. Übt der Eigentümer eines Grundstücks eine nach § 859 B.G.B.'s zulässige Selbsthülfe aus, wenn er eine vor mehr als Jahresfrist in Unterstellung seiner Genehmigung auf seinem Grundstücke aufgerichtete und von ihm seither geduldete Stange einer öffentlichen Fernsprechanlage absägt? I. 15/4 01. **34**, 249.

21. Kann der Jagdberechtigte, der einen anderen bei unbefugter Jagdausübung auf seinem Jagdgebiete antrifft, diesem kraft Selbsthülferechts das Gewehr abnehmen? IV. 14/10 02. **35**, 403.

22. Kann der irrige Glaube, zur Selbsthülfe berechtigt zu sein, als Schuldausschließungsgrund gelten? II. 24/6 87. **16**, 150; III. 6/6 89. **19**, 298; II. 26/1 92. **22**, 300; II. 27/2 94. **25**, 150.

Ist gegen einen im Notstande gemachten Angriff auf fremdes Eigen- § 54
tum Notwehr zulässig? I. 5/5 92. **23**, 116.

1. Enthält die Unverfolgbarkeit von Personen, die zur Zeit der § 55
Tat noch nicht 12 Jahre alt waren, einen persönlichen Strafausschließungsgrund, oder wird dadurch das Vorhandensein einer strafbaren Handlung an sich ausgeschlossen? Ist strafbare Teilnahme an den Handlungen solcher Personen möglich? Ist Hehlerei in Bezug auf die von solchen

Personen entwendeten Sachen möglich? III. 12/4 82. **6**, 186; III. 6/6 82. **6**, 336; IV. 22/5 94. **25**, 366.

2. Können bei Feststellung Bandenschmuggels Kinder unter 12 Jahren als Mittäter in Betracht kommen? III. 29/4 89. **19**, 192.

S. zu § 55 auch **18**, 116; **20**, 46.

§ 56 1. Was ist unter der zur Erkenntnis der Strafbarkeit erforderlichen Einsicht zu verstehen? IV. 1/2 00. **33**, 108; III. 18/1 82. **5**, 394; II. 14/12 86. **15**, 97. Vgl. III. 8/2 82. **6**, 22.

2. Setzt die Verurteilung eines relativ Strafunmündigen die ausdrückliche Feststellung voraus, daß er die zur Erkenntnis der Strafbarkeit erforderliche Einsicht besessen hat? Ist die Feststellung nach Abs. 1 oder Abs. 2 des § 266 St.P.O. zu treffen? III. 12/1 81. **3**, 198; I. 12/5 98. **31**, 161; I. 3/10 96. **29**, 98; III. 15/2 00. **33**, 166.

3. Ist die Zurechnungsfähigkeit ausgeschlossen durch den bei einem relativ Unmündigen vorliegenden Zustand, in welchem derselbe unfähig erscheint, sich durch sittliche oder rechtliche Motive bestimmen zu lassen? II. 14/12 86. **15**, 97.

4. Wird, damit ein relativ Strafunmündiger wegen eines qualifizierten Delikts bestraft werden kann, verlangt, daß er nicht bloß die zur Erkenntnis der Strafbarkeit seiner Handlung erforderliche Einsicht besessen habe, sondern auch die Einsicht, welche erforderlich war, um zu erkennen, daß seine Handlung vermöge der Qualifikation schwerer strafbar sei? III. 18/1 82. **5**, 394; I. 26/4 94. **25**, 319.

5. Kann, wenn der Täter zwar nicht die zur Erkenntnis der Strafbarkeit der Tat nach § 176³ St.G.B.'s, dagegen die zur Erkenntnis der Strafbarkeit nach § 240 a. a. O. erforderliche Einsicht besessen hat, bei Nichtverurteilung aus § 176 eine Verurteilung aus § 240 eintreten? I. 18/12 84. **11**, 387.

6. Bedeutung der nach § 56 Abs. 2 zu treffenden Entscheidung. Ist von den Gerichten zu entscheiden, ob die Anstalt, in die der Angeklagte zu bringen ist, eine Erziehungs- oder eine Besserungsanstalt sein soll? Ist die Entscheidung revisibel? III. 30/9 82. **7**, 180.

7. Berechnung des entscheidenden Lebensalters. III. 16/12 01. **35**, 37.

S. zu § 56 auch **31**, 232.

§ 57 1. S. über die einschlagenden Fragen § 56.

2. Zur Begriffsbestimmung der zur Bestrafung eines noch nicht 18 Jahre alten Angeklagten erforderlichen Einsicht. IV. 1/2 00. **33**, 108.

3. Wie ist die in § 57 vorgesehene Strafe festzusetzen bei Delikten, für die als Geldstrafe das Vielfache eines bestimmten Betrags angedroht ist? III. 24/3 80. **1**, 334; III. 5/12 87. **16**, 417.

4. Wie ist die Strafe zu bestimmen bei einem unter mildernden Umständen verübten Delikt? I. 20/3 82. **6**, 98.

5. Wie ist die Strafe bei einem versuchten Delikte zu bestimmen? I. 12/6 82. **7**, 1.

6. Welche Behandlung erheischt die Behauptung, es liege ein besonders leichter Fall vor? Erscheint die Unterlassung der Feststellung über eine solche Behauptung als die Verletzung einer Rechtsnorm? II. 10/2 82. **6**, 25.

7. Ist der Verweis einer Kriminalstrafe, deren Vollstreckung den Rückfall begründet? I. 14/10 86. **14**, 421; III. 20/9 88. **18**, 116.

8. Wie ist der Verweis zu vollziehen? Kann eine Ersatzzustellung zum Beweise der schriftlichen Erteilung genügen? I. 26/1 93. **23**, 403; Fer. 30/7 98. **31**, 282.

9. Kann gegen einen noch nicht 18 Jahre alten Angeklagten bei dem Zusammentreffen mehrerer Handlungen, die mit zeitigen Freiheitsstrafen bedroht sind, auf mehr als zehnjähriges Gefängnis erkannt werden? I. 10/11 87. **16**, 282

10. Welche Grenzen sind für die Festsetzung einer nach § 57 zu bestimmenden Strafe maßgebend, wenn es sich um ein Verbrechen handelt, wofür als Regelstrafe Zuchthaus nicht unter 10 Jahren oder lebenslängliches Zuchthaus angedroht ist? IV. 27/2 00. **33**, 181.

11. Wie ist für den noch nicht 18 Jahre alten Täter die Strafe des Meineids bei den in §§ 157, 158 St.G.B.'s vorgesehenen Milderungsgründen zu berechnen? I. 22/11. 83. **9**, 245.

12. Kann gegen einen Angeklagten, welcher zur Zeit der Tat das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hatte, auf die dauernde Unfähigkeit, als Zeuge oder Sachverständiger eidlich vernommen zu werden, erkannt werden? I. 29/6 82. **6**, 416.

S. zu § 57 auch **3**, 52; **24**, 411; **31**, 232.

Muß im Falle der Verurteilung eines taubstummen Angeklagten ausdrücklich festgestellt werden, daß er die zur Erkenntnis der Strafbarkeit erforderliche Einsicht besessen hat? IV. 2/12 92. **23**, 351. § 58

(Dolus, Fahrlässigkeit.) § 59

1. Bezieht sich § 59 auf strafbare Handlungen jeder Art ohne Rücksicht auf die der Strafbestimmung unterliegenden Erwägungen? II. 25/9 96. **29**, 73; II. 12/10 80. **2**, 321; IV. 13/10 85. **12**, 431.

2. Was sind Tatumstände im Sinne des § 59? II. 15/2 83. **8**, 104; II. 31/1 90. **20**, 198.

3. Was gehört zum gesetzlichen Tatbestande im Sinne des § 59? III. 3/3 84. **10**, 234.

4. Wann ist Nichtkenntnis von Tatumständen, welche zum gesetzlichen Tatbestande gehören, anzunehmen? I. 28/4 84. **10**, 337.

5. Welche Rechtsirrtümer bewegen sich außerhalb der strafrechtlichen Satzung und unterstehen demzufolge dem § 59? III. 28/9 91. **22**, 141; II. 16/4 80 **1**, 368; I. 27/5 81. **4**, 233.

6. Inwiefern kann die irrige Annahme, zur Selbsthülfe berechtigt zu sein, als Schuldausschließungsgrund gelten? II. 27/2 94. **25**, 150; III. 6/6 89. **19**, 298.

7. Kann die irrige Annahme, der Obrigkeit gegenüber zur Selbsthülfe oder Selbstverteidigung befugt zu sein, die Strafbarkeit aus § 113 St.G.B.'s ausschließen? II. 26/1 92. **22**, 300.

8. Bildet die irrige Meinung eines wegen Vergehens gegen § 173 Abs. 2 St.G.B.'s Angeklagten, der Begriff der Schwägerschaft setze ein durch eheliche Geburt begründetes Verhältnis voraus, das Nichtkennen eines Tatumstandes im Sinne des § 59? I. 19/2 85. **12**, 275.

9. Wird die Strafbarkeit des gewerbsmäßigen Glücksspiels im Sinne des § 284 St.G.B.'s dadurch ausgeschlossen, daß der Täter auf Grund einer polizeilichen Erlaubnis sich dazu für befugt angesehen hat? IV. 12/2 97. **29**, 376.

10. Fällt für den Veranstalter einer Lotterie die Unkenntnis der landesgesetzlichen Verordnung, worin die zuständigen Behörden für die Erteilung der Erlaubnis zur Veranstaltung öffentlicher Lotterien bestimmt sind, unter § 59? I. 22/11 80. **3**, 49.

11. Wird durch den irrigen Glauben eines Jagdberechtigten, einen in seinem Reviere befindlichen fremden Hund töten zu dürfen, Bestrafung wegen Sachbeschädigung ausgeschlossen? IV. 26/3 89. **19**, 209.

12. Kann bei Amtsdelikten der Irrtum eines Beamten über seine Amtseigenschaft Straflosigkeit begründen? III. 9/1 93. **23**, 374.

13. S. im übrigen bei den einzelnen Strafbestimmungen, inwiefern der subjektive Tatbestand durch Irrtum ausgeschlossen sein kann.

14. Kann im Hinblick auf § 59 gegen den Begünstiger § 5 des preuß. Forstdiebstahlgesetzes zur Anwendung kommen, obwohl die Haupttat als Diebstahl im Sinne des § 242 St.G.B.'s charakterisiert ist? IV. 21/10 98. **31**, 285.

15. Kann die vom Täter erst nach V e r ü b u n g der Tat erlangte Kenntnis von Merkmalen der Strafbarkeit bei Feststellung des subjektiven Tatbestandes in Betracht kommen? I. 27/5 89. **19**, 287.

16. Kommt § 59 demjenigen zu gute, welcher aus Irrtum angenommen hat, daß das begangene Delikt nur auf Antrag verfolgbar sei? II. 1/7 81. **4**, 346.

17. Kommt es — abgesehen von der Bestimmung des Abs 2 — bei dem nach § 59 zu berücksichtigenden Irrtum auf dessen Entschuldbarkeit an? II. 16/4 80. **1**, 368; III. 15/3 82. **6**, 85.

18. Wird der zur Strafbarkeit gehörige Dolus durch die Nichtkenntnis des Strafgesetzes, der als Teile desselben zu betrachtenden gesetzlichen Vorschriften oder der allgemeinen Regeln des Strafrechts ausgeschlossen? II. 12/3 89. **19**, 87; II. 6/7 86. **14**, 286; II. 6/5 81. **4**, 124; III. 25/9 80. **2**, 268.

19. Unentschuldbarkeit des Irrtums über den Inhalt des Strafgesetzes speziell bei Steuerkontraventionen. IV. 3/2 85. **12**, 103; II. 17/4 83. **8**, 182.

20. Wird der Dolus durch das Fehlen des Bewußtseins von der Rechtswidrigkeit der angenommenen Handlung ausgeschlossen? Inwieweit ist dieses Bewußtsein festzustellen? II. 12/3 89. **19**, 87; II. 24/6 87. **16**, 150; II. 22/10 80. **2**, 376. Vgl. mit I. 29/1 80. **1**, 88; III. 25/9 80.

Digitized by Google

2, 268; I. 19/2 85. **12**, 275; I. 17/1 87. **15**, 158; I. 2/5 87. **16**, 83; IV. 13/5 90. **20**, 393; II. 11/3 92. **22**, 416; I. 1/12 94. **26**, 265.

21. Unterschied von Vorsatz, Absicht, Zweck. III. 23/12 81. **5**, 314.

22. Wo ist Eventualdolus zur Erfüllung des subjektiven Tatbestandes ausreichend? IV. 12/10 97. **30**, 270.

23. Zum Begriffe des Eventualdolus. III. 7/12 99. **33**, 4; II. 8/12 93. **25**, 5; I. 13/4 91. **21**, 420; I. 24/11 87. **16**, 363; III. 6/6 85. **12**, 297; III. 3/3 84. **10**, 234; II. 8/1 84. **9**, 417; II. 21/11 82. **7**, 279.

24. Inwiefern muß das Nichtvorhandensein des Eventualdolus besonders erörtert werden? III. 3/3 84. **10**, 234; IV. 26/3 89. **19**, 209.

25. Unter welchen Voraussetzungen ist der Dolus ausgeschlossen durch die irrige Unterstellung, daß die Handlung durch Notwehr geboten sei? IV. 2/12 90. **21**, 189; III. 6/6 89. **19**, 298.

26. Schließt die Unterstellung eines nicht bestehenden Züchtigungsrechts die Strafbarkeit einer verübten Körperverletzung aus? III. 9/4 81. **4**, 98; IV. 2/1 00. **33**, 32; I. 15/1 00. **33**, 72.

27. Kann die Verletzung, welche durch Abirrung verursacht wird, als eine gewollte angerechnet werden? I. 14/2 81. **3**,384; II. 28/9 80. **2**, 335.

28. Schließt ein bloßer Irrtum über die Person des Verletzten den Dolus aus? I. 25/4 89. **19**, 179; I. 29/12 88. **18**, 337.

29. Ist insoweit, als die objektiven Deliktsmerkmale im Strafgesetze als gleichwertig behandelt werden, auch bezüglich des Täterwillens eine alternative Feststellung ausreichend? II. 3/6 02. **35**, 285.

30. Ist fahrlässiges Zuwiderhandeln gegen ein Strafverbot nur strafbar, wenn dies im Gesetze ausdrücklich vorgesehen ist? I. 25/11 97. **30**, 354; I. 11/6 91. **22**, 43; I. 27/5 81. **4**, 233; III. 28/4 80. **2**, 140.

31. Ist Fahrlässigkeit zur Bestrafung von Zuwiderhandlungen gegen polizeiliche Normen ausreichend? II. 15/2 95. **27**, 31.

32. Begriff der Fahrlässigkeit. Wie ist das Maß der zu fordernden Aufmerksamkeit festzustellen? Inwieweit ist auf die tatsächlichen Verhältnisse des einzelnen Falles in Beziehung auf die Vorhersehbarkeit und die Wahl der Verhütungsmittel Rücksicht zu nehmen? II. 12/2 92. **22**, 357; II. 30/6 85. **12**, 317; I. 17/1 84. **9**, 422; III. 28/4 80. **2**, 140; III. 15/2 82. **6**, 41.

33. Liegt unter allen Umständen eine Fahrlässigkeit vor, wenn eine Handlung vorgenommen wurde, welche einen rechtswidrigen Erfolg verursacht hat, dessen möglichen Eintritt der Handelnde vorhersehen konnte? IV. 23/3 97. **30**, 25.

34. Kann die Annahme einer Fahrlässigkeit lediglich darauf gestützt werden, daß die Handlung oder Unterlassung, welche den rechtswidrigen Erfolg herbeigeführt hat, gegen eine polizeiliche Verordnung verstoße, oder daß sie eine unvorsichtige gewesen sei? I. 2/12 80. **3**, 208.

35. Über die zur Fahrlässigkeit gehörige Vorhersehbarkeit. Kommt es darauf an, daß die konkrete Art und Weise des Eintritts des rechts-

widrigen Erfolgs vorhergesehen werden konnte? III. 22/2 83. **8**, 66; III. 14/2 87. **15**, 345; III. 29/3 82. **6**, 146; III. 18/2 89. **19**, **51**.

36. Kommt für den Tatbestand der fahrlässigen Tötung etwas darauf an, daß erfahrungsgemäß der tödliche Erfolg nur bei Personen von bestimmter Körperbeschaffenheit einzutreten pflegt, aber eine Person getötet worden ist, die diese Körperbeschaffenheit nicht hatte? I. 20/2 02. **35**, 131.

37. Inwieweit ist die Vorhersehbarkeit nach dem Kausalitätsverlaufe des gegebenen Falles zu beurteilen? I. 16/11 96. **29**, 219; I. 4/5 93. **24**, 417.

38. Unter welchen Voraussetzungen kann bei Fahrlässigkeitsdelikten das Erfordernis einer bis zum Erfolg reichenden Vorhersehbarkeit auch da bejaht werden, wo eine oder einzelne Zwischenursachen nicht vorhersehbar waren? IV. 11/1 01. **34**, 91.

39. Müssen die Urteilsgründe sich darüber aussprechen, ob der Angeklagte den rechtswidrigen Erfolg als mögliche Folge seines Verhaltens vorhersehen konnte? II. 2/5 82. **6**, 249.

40. Unter welchen Voraussetzungen ist derjenige, in dessen Auftrag von einem Dritten eine Handlung vorgenommen wird, für ein hierbei von dem Beauftragten fahrlässig begangenes Delikt gleichfalls strafrechtlich verantwortlich? I. 7/3 89. **19**, 204.

41. Liegt eine strafbare Fahrlässigkeit nicht vor, wenn der Täter zu der Zeit, als der rechtswidrige Erfolg eintrat, sich in einem Zustande von Bewußtlosigkeit befand, durch welche seine freie Willensbestimmung ausgeschlossen war? II. 8/3 92. **22**, 413.

42. Kann die Verletzung einer ausschließlich auf einer bestehenden strafrechtlichen Norm beruhenden Rechtspflicht durch Unterlassung zur Herstellung des Tatbestandes eines Fahrlässigkeitsvergehens verwertet werden? III. 21/3 88. **17**, 260.

43. Kann in dem Falle, wenn die Unterlassung einer Pflicht mehrere zeitlich getrennte Unfälle zur Folge gehabt hat, eine „Mehrheit“ von Fahrlässigkeitsvergehen angenommen werden? II. 1/11 87. **16**, 290.

44. Unter welchen Voraussetzungen ist dem Verwalter eines Fabriketablissements der durch Nichtanbringung von Schutzvorrichtungen eingetretene rechtswidrige Erfolg zur Fahrlässigkeit zuzurechnen? Ist die Zurechnung ausgeschlossen, wenn die Anbringung von Schutzvorrichtungen nicht ohne Störung des Betriebs möglich war? Enthält das Verbieten der Herstellung von Schutzvorrichtungen seitens des Eigentümers einen Entschuldigungsgrund für den Verwalter? I. 5/12 83. **10**, 6.

45. Kann sich der Unternehmer einer der behördlichen Genehmigung unterstehenden gewerblichen Anlage gegen den Vorwurf, daß er es fahrlässigerweise unterlassen habe, eine zur Sicherheit der Arbeiter erforderliche Schutzvorrichtung herzustellen, mit dem Einwande schützen, daß die ihm erteilte Konzessionsurkunde die Herstellung einer solchen Vorrichtung nicht vorgesehen habe? IV. 3/7 88. **18**, 73.

46. Fahrlässiges Handeln eines Apothekers durch Abgeben unmäßiger Mengen opiumhaltiger Arznei: III. 12/7 02. **35**, 332.

47. Können mehrere Personen neben einander bezüglich eines ohne ihren Willen eingetretenen Erfolgs als fahrlässige Täter bestraft werden? I. 5/12 83. **10**, 8.

48. Inwieweit kann eine Strafe ausgesprochen werden ohne die Feststellung von Dolus oder Fahrlässigkeit? IV. 3/12 97. **30**, 363; II. 25/9 96. **29**, 73; II. 7/1 91. **21**, 259; III. 20/11 82. **7**, 240; II. 17/4 83. **8**, 182; I. 4/6 83. **8**, 390. **8**, 414.

49. Ist die Verletzung von Steuergesetzen strafbar, wenn das Fehlen jeden Verschuldens nachgewiesen ist? I. 23/6 02. **35**, 309.

1. Darf die in einer anderen Untersuchung vom Angeklagten erlittene Untersuchungshaft nach der rechtskräftigen Erledigung dieser Untersuchung bei der demnächstigen Festsetzung einer Gesamtstrafe dem Angeklagten angerechnet werden, wenn derselbe wegen der neuen Untersuchung im Untersuchungsgefängnisse zurückgehalten worden ist? I. 7/7 98. **31**, 244. § 60

2. Unter welcher Voraussetzung ist die Anrechnung der Untersuchungshaft zulässig, wenn der Angeklagte nicht wegen des Delikts, das zur Verfügung der Untersuchungshaft geführt, sondern wegen eines real konkurrierenden Delikts verurteilt worden ist? III. 19/6 97. **30**, 182; II. 21/1 81. **3**, 264.

3. Ist die erlittene Untersuchungshaft als antizipierte Strafhaft auf die Strafe anzurechnen? I. 28/9 96. **29**, 75.

4. Muß bei der Anrechnung der Untersuchungshaft auf eine erkannte Zuchthausstrafe das Wertverhältnis von Gefängnis- und Zuchthausstrafe beobachtet werden? I. 3/1 87. **15**, 143.

5. Ist nach Fällung des Urteils noch die Anordnung einer Aufrechnung der Untersuchungshaft zulässig? II. 22/11 81. **5**, 173.

6. Begründet ein Verstoß gegen § 60 eine materiellrechtliche Verletzung? I. 12/11 83. **9**, 244; I. 3/1 87. **15**, 143.

7. Gilt die in einem Urteile erfolgte Aufrechnung der Untersuchungshaft als Strafverbüßung im Sinne der §§ 245. 264 Abs. 3 St.G.B.'s auch schon vor dem Zeitpunkte der Rechtskraft dieses Urteils? I. 16/5 81. **4**, 230.

8. Muß der Antrag auf Anrechnung der Untersuchungshaft, wenn ihm nicht stattgegeben wird, in den Urteilsgründen erwähnt werden? II. 9/5 02. **35**, 234.

S. zu § 60 auch **8**, 385.

1. Haben die Vorschriften über den Strafantrag einen materiellrechtlichen oder prozessualen Charakter? Gehört die Frage, ob ein rechtzeitiger Strafantrag vorliegt, zur Schuldfrage? II. 4/4 82. **6**, 161; I. 12/7 80. **2**, 221; III. 31/12 79. **1**, 43; III. 2/2 85. **12**, 34. § 61

2. Kann in Schwurgerichtssachen die Frage, ob der gebotene Strafantrag vorliegt, von dem Gerichtshofe ohne Eintritt in die Verhandlung erledigt werden? I. 12/7 80. **2**, 221.

3. Muß die Frage, ob ein Strafantrag vorliegt, in der Hauptverhandlung zur Erledigung gebracht werden? I. 16/6 81. **4**, 264.

4. Ist die Rechtswirksamkeit eines „zu Protokoll" bei der Staatsanwaltschaft angebrachten Antrags von der Beobachtung irgend welcher Förmlichkeiten abhängig? III. 30/4 85. **12**, 173.

5. Wird der in der Erhebung einer Privatklage wegen Beleidigung liegende Strafantrag dadurch beeinträchtigt, daß ein Sühneattest nicht beigefügt war? II. 4/3 81. **3**, 373.

6. Inwiefern enthält die Zurücknahme einer Privatklage zugleich eine Zurücknahme des Strafantrags und eine Beschränkung des Rechts der Staatsanwaltschaft zur Verfolgung des betreffenden Delikts? II. 20/4 83. **8**, 207.

7. Wird ein formell genügender Strafantrag unwirksam durch den Nachweis, daß der Wille des Erklärenden nicht auf Stellung des Antrags gerichtet war? I. 3/11 92. **23**, 273.

8. Was erfordert der Strafantrag hinsichtlich der Bezeichnung des Täters bei einem absoluten, und was bei einem relativen Antragsdelikte? I. 6/6 98. **31**, 168.

9. Ist der Richter befugt, wenn der Strafantrag die Handlung nur unter einem bestimmten rechtlichen Gesichtspunkte bezeichnet, dieselbe auch von einem anderen Gesichtspunkte zu prüfen? Was ist unter dem Begriff der „Handlung" nach § 61 zu verstehen? III. 8/10 81. **5**, 97; III. 17/12 81. **5**, 268; III. 22/4 82. **6**, 309.

10. Erheischt der Strafantrag eine Bezeichnung der zu verfolgenden Personen? I. 27/4 82. **6**, 212; II. 19/9 82. **7**, 35.

11. In welcher Weise ist ein wegen eines Preßerzeugnisses gestellter Strafantrag zu substanziieren? I. 20/2 93. **24**, 12; I. 27/4 82. **6**, 212.

12. Auslegung des Strafantrags, welcher gegen eine bestimmte Person gerichtet ist, wenn demnächst eine andere Person als Täter ermittelt wird. II. 19/9 82. **7**,35.

13. Enthält die Strafanzeige, die jemand als Bevollmächtigter eines anderen erstattet, von selbst einen Strafantrag im eigenen Namen, wenn mit der angezeigten Handlung ein den Bevollmächtigenden verletzendes Delikt ideell konkurriert? II. 28/12 00. **34**, 70.

14. Liegt ein wirksamer Strafantrag vor, wenn der Verletzte zwar eine Anzeige wegen der begangenen Tat erhoben, hierbei aber keine Kenntnis davon besessen hatte, daß Angehörige von ihm an der Tat beteiligt sind? I. 8/3 94. **25**, 176.

15. Ist der gegen eine bestimmte Person wegen Beleidigung durch die Presse gestellte Strafantrag dem Beschuldigten gegenüber wirksam, wenn dieser zwar anderweit eine gleiche Kundgebung veröffentlicht hat, für das in dem Strafantrage bezeichnete Preßerzeugnis aber nicht verantwortlich ist? III. 17/1 95. **26**, 373.

16. Begriff und Wirksamkeit eines bedingten Strafantrags: II. 16/4 86. **14**, 96; III. 1/4 82. **6**, 152; II. 19/9 82. **7**, 35.

17. Wird die Wirksamkeit eines Strafantrags beeinträchtigt durch einen Vorbehalt, welcher die Zurücknahme des Antrags unter bestimmten Voraussetzungen in Aussicht stellt? II. 7/12 80. **3**, 89.

18. Wird bei Antragsdelikten durch einen von dem Verletzten ausgesprochenen Verzicht auf den Strafverfolgungsantrag die nachherige Stellung dieses Antrags ausgeschlossen? I. 13/1 81. 3, 221.

19. Kann bei Antragsdelikten eine Strafverfolgung wirksam eingeleitet werden vor Stellung des Strafantrags? Unterbrechen die unter solchen Verhältnissen vorgenommenen richterlichen Handlungen die Verjährung?

Wie verhält sich die Verjährung zum Ablaufe der Antragsfrist? I. 13/2 82. 6, 37.

20. Berechnung der Antragsfrist. I. 22/12 79. 1, 40.

21. Was ist zur „Kenntnis von der Handlung" im Sinne des § 61 erforderlich? I. 7/2 84. 10, 141; IV. 15/2 95. 27, 34.

22. Wessen Kenntnis ist für den Beginn der Antragsfrist entscheidend, wenn das Antragsrecht einem Vereinsvorstande kompetiert? II. 27/5 02. 35, 267.

23. Wie ist bei absoluten Antragsvergehen die Antragsfrist zu berechnen, wenn an der Tat mehrere Personen beteiligt sind und der Antragsberechtigte von deren Beteiligung nach und nach Kenntnis erlangt hat? Pl. 2/1 84. 9, 390.

24. Läuft die Antragspflicht von dem Zeitpunkte an, in welchem der Antragsberechtigte von der Person und der Tätigkeit des Gehülfen Kenntnis erhält, wenn ihm erst nach jenem Zeitpunkte die Haupttat bekannt wird? II. 30/1 94. 25, 106.

25. Beginnt für den Verletzten, der während der seinem gesetzlichen Vertreter laufenden Antragsfrist das 18. Lebensjahr vollendet, von diesem Zeitpunkte an eine neue dreimonatige Antragsfrist? I. 4/12 93. 24, 427.

26. Wann beginnt der Lauf der Strafantragsfrist bei Verletzung eines Geisteskranken? I. 3/10 95. 27, 366.

27. Antragsfrist bei Ehebruch s. St.G.B. § 172.

28. Wann beginnt die Antragsfrist bei einem Vergehen gegen § 301 St.G.B.'s? III. 18/2 82. 6, 47.

29. Ist ein von einem Generalbevollmächtigten gestellter Strafantrag verspätet, wenn zwar nicht der Machtgeber, wohl aber der Generalbevollmächtigte länger als 3 Monate vor der Antragsstellung von der Tat und der Person des Täters Kenntnis gehabt hat? II. 24/3 82. 6, 119.

30. Wann beginnt der Lauf der Antragsfrist bei einem fortgesetzten Delikte? II. 27/5 02. 35, 267; IV. 18/3 87. 15, 370. Vgl. III. 29/1 81. 3, 326. III. 3/3 84. 10, 204.

31. Was ist bei Berechnung der Antragsfrist unter der Kenntnis von der „Handlung" zu verstehen, wenn diese Handlung in getrennte Begehungsakte auseinanderfällt? III. 7/12 81. 5, 190.

32. Liegt dem Antragsteller der Nachweis der Rechtzeitigkeit des Antrags ob? Wie ist die Rechtzeitigkeit festzustellen? I. 15/1 85. 11, 397; III. 2/2 85. 12, 34.

33. Wann gilt ein Strafantrag als „schriftlich" angebracht? Ist der von einer Behörde niedergeschriebene und von dem Antragsteller

unterzeichnete Strafantrag als ein bei der betreffenden Behörde „schriftlich“ angebrachter Antrag anzusehen? I. 28/6 80. **2**, 125; I. 28/6 80. **2**, 253.

34. Kann von der fehlenden Unterschrift des Antragstellers als für die „Schriftlichkeit“ unwesentlich abgesehen werden? II. 29/3 81. **3**, 442.

35. Kann der Strafantrag für schriftlich gestellt erachtet werden, wenn er im mündlichen Auftrage des Berechtigten von einem Dritten nicht bloß geschrieben, sondern auch mit der Namensunterschrift des Berechtigten versehen worden ist? II. 24/2 82. **6**, 69.

36. Ist ein Strafantrag wirksam, welcher bei Beamten des Polizei- und Sicherheitsdienstes mündlich angebracht wird, wenn diese für Hülfsbeamte der Staatsanwaltschaft erklärt sind? II. 23/11 80. **3**, 55.

37. Wer ist als der zum Antrage Berechtigte anzusehen? IV. 16/4 89. **19**, 250; II. 24/3 82. **6**, 119.

38. Haben civilrechtliche Dispositionsbeschränkungen Einfluß auf Ausübung des Rechts zum Strafantrag? I. 20/3 84. **10**, 210.

39. Ist bei ehelicher Gütergemeinschaft die Ehefrau ohne Zustimmung des Ehemanns zum Strafantrage berechtigt wegen einer nach § 289 St.G.B.'s strafbaren Wegnahme einer Sache, die für eine zum gemeinschaftlichen Vermögen gehörige Mietforderung haftet? IV. 21/12 00. **34**, 64.

40. Ist der Generalbevollmächtigte zur Stellung eines Strafantrags für den verletzten Auftraggeber berechtigt? II. 20/4 80. **1**, 387.

41. Unter welchen Voraussetzungen ist der mit einer Vermögensverwaltung Betraute zur Stellung eines Strafantrags namens des Auftraggebers berechtigt? IV. 22/2 89. **19**, 7.

42. Können der zum Gebrauche einer Sache persönlich Berechtigte und der Schadensersatzpflichtige den Strafantrag wegen Beschädigung der Sache stellen? II. 12/3 80. **1**, 306; III. 22/6 81. **4**, 326.

43. Ist im Gebiete der preuß. Vormundschaftsordnung vom 5. Juli 1875 der Nachlaßpfleger befugt, wegen eines in Beziehung auf den Nachlaß begangenen Delikts Strafantrag zu stellen? II. 16/2 83. **8**, 112.

44. Kann wegen eines vom Mieter begangenen Vergehens gegen § 289 St.G.B.'s der im Zwangsverfahren bestellte Sequester auf Strafverfolgung antragen, wenn der Mietvertrag, auf dem das verletzte Recht des Vermieters beruht, vor Einleitung des Zwangsversteigerungsverfahrens abgeschlossen war? III. 12/12 92. **23**, 344.

45. Ist der Konkursverwalter berechtigt, wegen eines die Konkursmasse verkürzenden, vor der Konkurseröffnung begangenen Vergehens gegen § 288 St.G.B.'s auf Strafverfolgung anzutragen? Wann beginnt die Frist für den zu stellenden Strafantrag? IV. 4/3 02. **35**, 149; IV. 26/10 00. **33**, 433.

46. Findet bezüglich des zur Strafverfolgung erforderlichen Antrags eine Stellvertretung im Willen des Antragsberechtigten in der Art statt, daß der Generalbevollmächtigte den Strafantrag aus eigener Entschließung stellen darf? Bleibt der Generalbevollmächtigte zur Stellung des Straf-

antrags befugt, wenn der Vollmachtgeber inzwischen geisteskrank geworden ist? III. 1/5 80. **2**, 145; I. 2/7 85. **12**, 327; II. 27/5 02. **35**, 267.

47. Wer ist zur Stellung des Strafantrags nach § 370 Abs. 2 St.G.B.'s berechtigt, wenn die unter § 370 Nr. 5 fallende Entwendung an einem Gegenstande begangen ist, welcher sich in einem Eisenbahnzuge behufs Beförderung befindet?

Welches von mehreren Betriebsämtern ist in einem solchen Falle zur Vertretung des verletzten Eisenbahnfiskus berechtigt?

Ist es für die Berechtigung zum Strafantrage von Bedeutung, wenn die Entwendung durch einen Eisenbahnbetriebsbeamten verübt ist und wenn dieser einem einzelnen der verschiedenen Betriebsämter untersteht? I. 23/9 89. **19**, 378.

48. Ist zur Legitimation eines Dritten, welcher namens des Berechtigten einen Strafantrag stellt, eine schriftliche Vollmacht erforderlich? II. 21/3 81. **3**, 425; IV. 22/2 89. **19**, 7.

49. Kann ein von einem Nichtberechtigten gestellter Strafantrag durch die nach Ablauf der Antragsfrist erklärte Genehmigung des Berechtigten wirksam werden? Sind über die Begründung eines behaupteten Rechts zum Strafantrage nach Ablauf der Antragsfrist Erhebungen zulässig? I. 2/7 85. **12**, 327.

50. Sind die Bestimmungen über vermutete Vollmacht auf die Stellung von Strafanträgen anwendbar? III. 17/6 82. **7**, 4.

51. Ist der Prokurist einer offenen Handelsgesellschaft als solcher berechtigt, in Vertretung der Gesellschaft Strafantrag zu stellen? III. 13/12 86. **15**, 144.

52. Über Vertretung des Antragsberechtigten bei Delikten, welche sich auf immaterielle Interessen beziehen. I. 8/12 90. **21**, 231.

53. Ist das Recht auf Strafantrag vererblich? III. 9/6 84. **11**, 53.

54. Kann der Strafantrag der verletzten Staatsanwaltschaft von den ersten Staatsanwalt zu seinen eigenen Akten gestellt werden? I. 16/6 81. **4**, 264.

55. Ist bei fehlendem Strafantrage das Verfahren als zur Zeit unstatthaft einzustellen? Welche Bedeutung kommt einem solchen Urteile zu? II. 31/5 81. **4**, 211.

56. Über das Zusammentreffen eines nur auf Antrag zu verfolgenden Delikts mit einem ohne Antrag zu verfolgenden. II. 30/11 88. **18**. 273; II. 15/6 00. **33**, 339.

57. Über Strafantragsberechtigung s. auch §§ 65. 194. 196.

S. weiter **1**, 44; **2**, 62; **3**, 385; **5**, 274; **11**, 119; **13**, 126; **15**. 75; **18**, 101.

Greift § 62 in anderen Fällen, als bei dem gleichzeitigen Nebeneinanderbestehen mehrerer Antragsberechtigten Platz? III. 7/12 81. **5**, 190. § 62

1. Sind unter „Beteiligten" auch die Personen zu verstehen, welche ohne den zur Teilnahme nach §§ 47—49 St.G.B.'s erforderlichen Dolus zur Herbeiführung des rechtswidrigen Erfolgs mitgewirkt haben? § 63

Greift die Bestimmung des § 63 Platz, wenn es zur Verfolgung des im Strafantrage Genannten keines Antrags bedurfte, wohl aber gegenüber den anderen Beteiligten ein solcher nötig war? II. 19/11 89. **20**, 54; II. 20/2 00. **33**, 161.

2. Begriff des „Beteiligten" im Falle des Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes. III. 24/3 98. **31**, 93.

3. Kann das Gericht auf Grund des § 63 die Verhandlung gegen einen der bei einem Antragsvergehen Beteiligten ablehnen, wenn nicht gegen die übrigen die öffentliche Klage erhoben ist? IV. 5/7 92. **23**, 202.

4. Greift bei relativen Antragsvergehen der Grundsatz der Unteilbarkeit des Strafantrags bezüglich mehrerer in gleichem Verhältnisse zu dem Verletzten stehenden Personen Platz? IV. 17/1 88. **17**, 246.

5. Erstreckt sich der gegen den Täter eines fortgesetzten Delikts gestellte Strafantrag auch auf die dem Strafantrage zeitlich nachgefolgten Begünstigungs- und Beihülfehandlungen? III. 5/3 88. **17**, 227.

6. Verliert der ausdrücklich gegen eine bestimmte Person gerichtete Strafantrag seine Wirkung bezüglich anderer Beteiligter, wenn die Person, gegen welche der Antrag gerichtet ist, demnächst nicht schuldig befunden wird? III. 17/12 81. **5**, 268; II. 19/9 82. **7**, 35.

7. Kann die Erklärung des Antragstellers, gegen einzelne Beteiligte Strafantrag nicht stellen zu wollen, Rechtswirkung äußern? III. 1/4 82. **6**, 152.

S. zu § 63 auch **9**, 186. 390; **22**, 55; **28**, 175.

§ 64 1. Wirkung der Zurücknahme des Strafantrags in Fällen der Idealkonkurrenz, wenn eine der konkurrierenden Straftaten die Zurücknahme ausschließt, die andere nicht. I. 5/10 99. **32**, 280.

2. Muß die Zurücknahme des Strafantrags in der für die Stellung des Strafantrags vorgeschriebenen Form geschehen? II. 26/1 83. **8**, 79.

3. Kann der Strafantrag zurückgenommen werden, wenn bereits ein auf Strafe lautendes Urteil verkündet war, jedoch vom Revisionsgerichte aufgehoben worden ist? II. 12/11 80. **2**, 420.

4. Erleiden die Bestimmungen in § 64 im Privatklageverfahren durch die Vorschriften in § 431 St.P.O. eine Änderung? II. 20/4 83. **8**, 207; IV. 21/5 89. **19**, 284.

5. Kann ein wegen Beleidigung gestellter Strafantrag nach der Verkündung des Urteils, durch welches die betreffende Handlung als falsche Anschuldigung bestraft worden, wirksam zurückgenommen werden, sodaß in dem wiederaufgenommenen Verfahren eine Strafe wegen Beleidigung ausgeschlossen ist? I. 4/12 82. **8**, 175.

6. Setzt Abs. 2 eine Handlung voraus, welche nicht bloß wegen des persönlichen Verhältnisses zu dem Verletzten einen Strafantrag erheischt? I. 19/12 81. **5**, 274.

7. Äußert die gesetzliche Zulassung der Zurücknahme des Strafantrags auch Wirkung bezüglich der Begünstigung des in Betracht kommenden Delikts? I. 13/2 96. **28**, 125.

S. auch **6**, 152. 161; **9**, 186. 390; **22**, 256.

1. Kann in Preußen das Vormundschaftsgericht einem unmündigen Kinde, dessen Vater wegen einer dem Kinde zugefügten Körperverletzung die Stellung des Strafantrags verweigert, einen hierzu legitimierten Pfleger bestellen? I. 2/11 93. **24**, 372. § 65

2. Unter welchen Voraussetzungen kann einem Bevormundeten nach der preußischen Vormundschaftsordnung vom 5. Mai 1875 zur Stellung eines Strafantrags ein Pfleger bestellt werden? Welches Gericht ist zuständig, und ist die Wirksamkeit der Bestellung von der Zuständigkeit abhängig? II. 3/5 81. **4**, 145.

3. Kann nach dem B.G.B. einem unter elterlicher Gewalt des Vaters stehenden Kinde ein Pfleger bestellt werden zwecks Anbringung eines vom Vater pflichtwidrig unterlassenen Strafantrags? Inwieweit ist die Gesetzmäßigkeit der Bestellung vom Strafrichter zu prüfen? IV. 23/12 01. **35**, 47.

4. Kann derjenige, welcher die Volljährigkeit erreicht hat, den während seiner Minderjährigkeit von seinem Altersvormunde gestellten Strafantrag zurücknehmen? III. 19/11 91. **22**, 256.

5. Wer ist der Verletzte im Sinne des § 65? II. 16/4 80. **1**, 370.

6. Ist für die Frage, wer als „gesetzlicher Vertreter“ zum Strafantrage berechtigt ist, das Landesrecht maßgebend? Unter welchen Voraussetzungen kann bei Lebzeiten des Vaters die eheliche Mutter als gesetzliche Vertreterin ihres Kindes angesehen werden? Was gilt in dieser Beziehung nach bayrischem Landrecht? Erleidet das Antragsrecht des gesetzlichen Vertreters durch § 195 St.G.B.'s eine Einschränkung? I. 8/10 85. **12**, 415.

7. Ist im Geltungsbereiche des preußischen Landrechts und der preußischen Vormundschaftsordnung die uneheliche Mutter gesetzliche Vertreterin ihres Kindes? II. 16/4 80. **1**, 370.

8. Steht nach bayrischem Landrechte der unehelichen Mutter ein Antragsrecht wegen Mißhandlung ihres Kindes zu? Welches Recht gilt in dieser Richtung in der Provinz Schwaben? I. 5/2 91. **21**, 314.

9. Ist nach bremischem Rechte die uneheliche Mutter als die zu Strafanträgen berechtigte gesetzliche Vertreterin ihres Kindes anzusehen? III. 28/6 88. **18**, 65.

10. Wird der vom Vormunde eines unehelich geborenen Kindes gegen den Ehemann der Mutter des Kindes wegen Mißhandlung des letzteren gestellte Strafantrag hinfällig, wenn der Ehemann nachweist, daß das Kind von ihm erzeugt und daher durch nachfolgende Ehe legitimiert ist? II. 14/1 87. **15**, 176.

11. Erlischt das Antragsrecht des Vaters wegen einer an seinem Kinde begangenen Körperverletzung mit dem Tode dieses Kindes? I. 20/2 02. **35**, 131; I. 26/11 85. **13**, 115.

12. Erlischt die Legitimation des Vormunds zur Stellung des Strafantrags mit der Beendigung der Vormundschaft? II. 3/5 81. **4**, 145.

13. Kann der Umstand, daß der gesetzliche Vertreter pflichtwidrig den Strafantrag unterläßt, das Erlöschen des Antragsrechts durch Zeitablauf hindern? III. 7/12 81. **5**, 190.

14. Ist der Vormund a) eines wegen Geistesschwäche Entmündigten, b) eines nach § 1906 B.G.B. unter vorläufige Vormundschaft Gestellten nach § 65 Abs. 2 zur Stellung des Strafantrags berechtigt? IV. 18/1 01. **34**, 98.

15. Wann hat jemand das 18. Lebensjahr vollendet? III. 16/12 01. **35**, 37.

16. Über Strafantragsberechtigung s. auch §§ 61. 194. 196.

§ 66 1. Gehören die Bestimmungen über Verjährung der Strafverfolgung dem materiellen Rechte an? Hat das Revisionsgericht bei materieller Revisionsbeschwerde auch zu prüfen, ob Verjährung eingetreten ist? Hat das Revisionsgericht bei der Prüfung, ob die Verjährung unterbrochen ist, den Inhalt der Untersuchungsakten zu berücksichtigen? Ist im Falle der Verjährung auf Freisprechung zu erkennen? III. 8/10 85. **12**, 434.

2. Kann eine erst nach Verkündung des Instanzurteils eingetretene Verjährung der Strafverfolgung in der Revisionsinstanz geltend gemacht werden? IV. 24/6 92. **23**, 184.

3. Kann die dem Haupttäter gegenüber eingetretene Verjährung Einfluß äußern auf die Verfolgbarkeit der Mittäter, Teilnehmer oder Gehülfen? III. 14/6 83. **9**, 10.

S. zu § 66 auch **4**, 216; **6**, 37. 381; **8**, 310. 362.

§ 67 1. Müssen für den Beginn der Verjährung, wenn neben der Betätigung des Willens für das Vorhandensein des Deliktsbegriffs noch weitere Umstände erfordert werden, auch diese vorliegen? Wann beginnt die Verjährung der Anstiftung? Wann die der intellektuellen Urkundenfälschung? II. 30/12 81. **5**, 282; II. 5/12 90. **21**, 228; II. 2/11 83. **9**, 152.

2. Beginn der Verjährung bei fahrlässiger Brandstiftung, wenn die den Brand später herbeiführende Handlung schon ein Vergehen gegen § 330 St.G.B.'s enthielt. IV. 30/11 94. **26**, 261; II. 2/11 83. **9**, 152. (Vgl. II. 5/12 90. **21**, 228.)

3. Beginn der Verjährung des einfachen Bankerutts. II. 15/2 81. **3**, 350; I. 26/6 82. **7**, 391.

4. Beginn der Verjährung einer nach § 351 St.G.B.'s strafbaren Amtsunterschlagung. I. 11/5 82. **6**, 294.

5. Wann beginnt bei Steuerhinterziehungen durch Nichtanmeldung bezw. Nichtzahlung innerhalb einer gesetzlich bestimmten Frist die Verjährung? I. 4/6 83. **8**, 390.

6. Wann beginnt die Verjährung der Zuwiderhandlung gegen § 14 des bayrischen Haussteuergesetzes vom 15. August 1828? I. 4/6 83. **8**, 414.

7. Beginn der Verjährung von Dauervergehen, speziell des Vergehens gegen § 140 Nr. 1 St.G.B.'s: I. 28/9 91. **22**, 161; I. 18/2 97. **29**, 391.

8. Beginn der Verjährung einer Zuwiderhandlung gegen die gewerbepolizeiliche Vorschrift der polizeilichen Meldung jugendlicher Arbeiter: I. 21/12 83. **9**, 353.

9. Beginnt der Lauf der Verjährung aus einem Gesetze, welches die Herstellung eines gewissen Zustands unter Strafe stellt, mit Aufhebung dieses Zustandes, oder mit Beendigung der denselben herstellenden Handlung? I. 14/2 81. **3**, 382. Vgl. IV. 29/3 92. **22**, 435.

10. Beginn der Verjährung bei einem sog. fortgesetzten Delikte. III. 3/3 84. **10**, 203; I. 2/4 94. **25**, 206; II. 27/5 02. **35**, 267.

11. Wann beginnt die Verjährung der Handlung des Hehlers, welcher für den Dieb gestohlene Sachen verwahrt? I. 19/6 82. **6**, 412.

12. Über die Verjährung bei dem Vergehen des Wuchers. IV. 5/5 99. **32**, 143.

13. Wann beginnt die Verjährung eines Vergehens gegen § 169 St.G.B.'s? IV. 1/12 00. **34**, 24.

14. Beginnt die Verjährung des Ehebruchs mit der eingetretenen Rechtskraft des Ehescheidungsurteils? IV. 8/2 87. **15**, 261.

15. Sind die Bestimmungen des § 57 St.G.B.'s von Einfluß auf die Verjährung? I. 22/11 80. **3**, 52.

16. Verjähren die nur mit Geldstrafe bedrohten Vergehen stets in 3 Jahren? II. 27/1 80. **1**, 167.

17. Besteht neben der in § 164 V.Z.G.'s angeordneten dreijährigen Verjährungsfrist eine dreimonatige Verjährungsfrist für diejenigen Defraudationen, welche nur mit Geldstrafe bis zu 150 ℳ bedroht sind? I. 7/1 86. **13**, 223.

18. Welche Verjährungsfristen gelten für die Strafverfolgung wegen Verletzung des Patentrechts? I. 1/10 94. **26**, 129.

19. Ist es für Anwendung der Bestimmungen für die Verjährung maßgebend, wenn eine Straftat durch Landesgesetze als Übertretung charakterisiert ist? I. 4/1 94. **25**, 54.

20. Verjährung der nach den besonderen Vorschriften des Landesstrafrechts strafbaren Verletzungen der Steuergesetze. I. 25/8 97. **30**, 31.

21. Eintritt der Verjährung durch Ablauf der Verjährungsfrist nach Verkündung des Instanzurteils: IV. 24/6 92. **23**, 184.

22. Was bedeutet der Ausdruck „begangene Handlung" in Abs. 4? Wann beginnt die Verjährung einer Erpressung, wenn die Drohung in einer Druckschrift enthalten war? II. 3/4 00. **33**, 230.

23. Über Verjährung von Preßdelikten s. Preßgesetz v. 7. Mai 1874 § 22.

24. Über Verjährung von Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über den Handel mit denaturiertem Branntwein s. Branntweinsteuergesetz vom 24. Juni 1887.

S. zu § 67 auch **4**, 216; **6**, 371; **8**, 310. 362; **9**, 10. 291; **14**, 247; **23**, 407.

1. In welcher Weise muß die richterliche Handlung, um als Unter- § 68
brechungsakt zu wirken, die Straftat bezeichnen? Ist es nötig, daß der Unterbrechungsakt außerhalb der Behörde wirksam geworden ist? II. 26/10 97. **30**, 300.

2. Kommt es darauf an, daß der betreffende richterliche Akt äußerlich nicht sowohl durch den Zweck der Überführung des Täters, als durch

nebensächliche Beweggründe, die Fortschaffung gerichtlicher Asservate 2c veranlaßt worden ist?

Ist die Zuständigkeit des handelnden Richters und, wenn dieser auf Ersuchen tätig geworden ist, die Zuständigkeit oder Legitimation der ersuchenden Instanz von Bedeutung? III. 12/1 85. **11**, 364.

3. Wird durch eine richterliche Handlung, welche wegen der begangenen Tat gegen den Täter gerichtet ist, die Verjährung auch dann unterbrochen, wenn die richterliche Handlung die Tat nicht aus demjenigen Gesichtspunkte verfolgte, aus welchem sie später vom erkennenden Gerichte zur Strafe gezogen wurde? I. 16/3 93. **24**, 77; III. 19/10 85. **13**, 57.

4. Kann durch einen richterlichen Akt, welcher auf die Tötung eines Menschen Bezug hat, die Verjährung der in § 367 Nr. 1 St.G.B.'s vorgesehenen Straftat unterbrochen werden? IV. 7/12 86. **15**, 107.

5. Wer ist „Richter" im Sinne des § 68? Wird die Verjährung unterbrochen durch Maßregeln des Vorsitzenden, welche die Ermöglichung der Anberaumung einer anderweiten Hauptverhandlung bezwecken? I. 23/10 93. **24**, 340.

6. Ist in solchen Rechtsgebieten, in denen landesgesetzlich Richter nur durch ständig angestellte Richter vertreten werden können, die von einem dem Amtsgerichte zur Beschäftigung überwiesenen Gerichtsassessor im Auftrage des dieserhalb ersuchten Amtsrichters bewirkte Vernehmung des Beschuldigten geeignet, eine die Verjährung unterbrechende richterliche Handlung darzustellen? III. 11/3 86. **13**, 408.

7. Inwieweit ist in Preußen der einem Amtsgerichte zur unentgeltlichen Beschäftigung überwiesene nicht als Hülfsrichter bestellte Gerichtsassessor zur Vornahme richterlicher Handlungen befugt? I. 27/5 86. **14**, 153.

8. Wird durch eine Reproduktionsverfügung die Verjährung unterbrochen? II. 6/2 91. **21**, 308.

9. Wird durch den Beschluß vorläufiger Einstellung des Verfahrens wegen Abwesenheit des Angeschuldigten die Verjährung unterbrochen? I. 7/3 95. **27**, 81; II. 6/2 91. **21**, 308.

10. Unterbricht die im Administrativverfahren auf Requisition der Verwaltungsbehörde vorgenommene richterliche Handlung die Verjährung? IV. 11/5 86. **14**, 134; I. 14/1 89. **18**, 401.

11. Wird die Verjährung unterbrochen durch eine auf Requisition der Staatsanwaltschaft vom Civilprozeß- oder Vormundschaftsrichter erteilte Auskunft? IV. 8/12 96. **29**, 234.

12. Wird bei Antragsdelikten die Verjährung unterbrochen durch richterliche Handlungen, welche vor Stellung des Strafantrags vorgenommen worden sind? I. 13/2 82. **6**, 37.

13. Unterbrechen bei idealer Konkurrenz eines Offizialdelikts mit einem Antragsdelikte die wegen des Offizialdelikts vorgenommenen richterlichen Handlungen die Verjährung der Strafverfolgung des Antragsdelikts, und zwar auch in dem Falle, wenn der Strafantrag des Verletzten erst zu einer Zeit gestellt wurde, in welcher die Verjährungsfrist

bezüglich des Antragsdelikts bereits abgelaufen war? III. 8/10 00. **33**, 426.

14. Wird die Verjährung unterbrochen durch richterliche Handlungen, welche mit Verletzung der Bestimmung des Art. 31 der Reichsverfassung gegen ein Reichstagsmitglied vorgenommen werden? IV. 24/6 92. **23**, 184; IV. 9/6 93. **24**, 205.

15. Kann eine gegen noch unbekannte Personen wegen einer Straftat gerichtete Handlung des Richters die Verjährung unterbrechen? I. 27/4 82. **6**, 212.

16. Wird die Verjährung dadurch, daß eine Person bei ihrer Vernehmung als Zeuge sich der Tat schuldig bekennt, gegenüber dieser Person unterbrochen? I. 24/11 79. **1**, 231.

17. Unterbricht eine gegen den subsidiarisch Haftbaren gerichtete Handlung des Richters die Verjährung auch gegenüber dem Hauptschuldigen, und umgekehrt eine gegen den Hauptschuldigen gerichtete Handlung die Verjährung auch gegenüber dem subsidiarisch Haftbaren? III. 7/6 83. **8**, 362.

18. Wirkt die gegen einen Teilnehmer gerichtete Handlung des Richters als Akt der Unterbrechung der Verjährung auch gegenüber anderen Teilnehmern an der Straftat? I. 24/3 81. **4**, 216.

19. Wird durch die gegen einen Beschuldigten gerichtete Handlung des Richters die Verjährung auch gegenüber dem Mitbeschuldigten unterbrochen? III. 19/10 85. **13**, 57.

20. Wird die Verjährung wegen einfachen Bankerutts durch eine auf den Verdacht des betrüglichen Bankerutts sich beziehende richterliche Handlung unterbrochen, wenn in beiderlei Beziehung dieselbe Zahlungseinstellung in Betracht kommt? II. 22/1 97. **29**, 344.

21. Über Unterbrechung der Verjährung durch ein Verfahren nach Art. 145 des bayrischen Gebührengesetzes vom 6. Juli 1892. I. 7/2 98. **31**, 9.

22. Ist die Strafverfolgung von Übertretungen verjährt, wenn der Verhandlungstermin auf länger als 3 Monate hinaus bestimmt und in der Zwischenzeit eine Unterbrechungshandlung nicht geschehen ist? II. 25/5 83. **8**, 310.

23. Beginnt mit dem Tage der Unterbrechung eine neue Verjährung? III. 19/10 85. **13**, 57; IV. 24/6 92. **23**, 184.

24. Kann der Revisionsrichter bei Prüfung der Frage, ob eine Unterbrechung der Verjährung vorliegt, auf den Inhalt der Akten eingehen? III. 9/10 85. **12**, 434.

(Frühere Fassung.) § 69

1. Kann hinsichtlich der Feststellung der Haftbarkeit des nach § 1 des Branntweinsteuergesetzes vom 8. Juli 1868 subsidiar Haftbaren gesagt werden, daß die Einleitung des Strafverfahrens von einer Umfrage abhängig sei? III. 25/5 82. **6**, 381.

2. Wird durch das Verlangen des Reichstags, daß das gegen ein Reichstagsmitglied schwebende Strafverfahren für die Dauer der Session

aufgehoben werde, der Lauf der Verjährung unterbrochen und ein Ruhen derselben herbeigeführt? Kann in solchem Falle die Verjährung durch eine auf Fortsetzung des Verfahrens gerichtete Handlung des Richters unterbrochen werden? IV. 24/6 92. **23**, 184.

(Fassung des Gesetzes vom 26. März 1893.)

3. Setzt das Ruhen der Verjährung nach Satz 1 voraus, daß die Genehmigung zur Verfolgung eines Reichstagsmitgliedes bei dem Reichstage vergeblich nachgesucht worden ist? II. 15/2 95. **27**, 10; III. 25/10 00. **33**, 410.

4. Kann die durch Gesetz vom 26. März 1893 eingetretene Änderung auf ältere Straffälle Anwendung finden? III. 26/6 99. **32**, 247.

5. Über den Einfluß eines nach Art. 145 des bayrischen Gebührengesetzes vom 6. Juli 1892 eingeleiteten Verfahrens auf die Verjährung. I. 7/2 98. **31**, 9.

S. zu § 69 auch **8**, 310; **15**, 261; **27**, 385.

Fünfter Abschnitt (§§ 73—79).

Zusammentreffen mehrerer strafbarer Handlungen.

§ 73 1. Über die Frage, ob ideale oder reale Konkurrenz anzunehmen ist s. auch § 74.

2. Ist ohne eine Mehrheit natürlicher Tätigkeitsakte die Annahme mehrerer juristisch selbständiger Handlungen möglich? IV. 11/7 90. **21**, 63.

3. Findet § 73 auch auf Fälle des sog. gleichartigen Zusammentreffens Anwendung? I. 1/7 80. **2**, 255.

4. Ist im Falle der Verletzung mehrerer Personen durch dieselbe fahrlässige Handlung Idealkonkurrenz anzunehmen? I. 1/7 80. **2**, 255.

5. Kann eine Mehrheit von Fahrlässigkeitsdelikten angenommen werden, wenn die Unterlassung einer Pflichterfüllung mehrere zeitlich getrennte Körperverletzungen zur Folge gehabt hat? II. 1/11 87. **16**, 290.

6. Kann eine gegen eine Person durch einen Akt verübte Körperverletzung zugleich als vorsätzliche Mißhandlung und als fahrlässige Körperverletzung angesehen werden? II. 27/5 87. **16**, 129.

7. Zur Frage, ob verschiedene Straftaten durch eine und dieselbe Handlung, oder durch mehrere selbständige Handlungen begangen sind. IV. 28/4 99. **32**, 137; III. 21/5 81. **4**, 187.

8. Begriff „einer und derselben Handlung". Zusammentreffen von Mundraub und Versuch schweren Diebstahls. I. 22/4 97. **30**, 67.

9. Ist für die Annahme der Einheitlichkeit einer Straftat entscheidend, daß die einzelnen Akte einen und denselben allgemeinen Zweck verfolgen, und ist es nicht notwendig, daß die den objektiven Tatbestand der Verletzung mehrerer Strafgesetze bildenden Handlungen wenigstens teilweise zusammenfallen? III. 12/10 99. **32**, 384.

10. Führt der Umstand, daß der Täter mehrere Zwecke verfolgt, zur Annahme einer Mehrheit von Straftaten? II. 12/2 01. **34**, 134.

11. Steht der Annahme von Idealkonkurrenz entgegen, daß das

eine der konkurrierenden Delikte früher vollendet war, als das andere? IV. 23/2 94. **25**, 147.

12. Kann ein Delikt, das den Verletzungsvorsatz erheischt (Tötung), mit einem solchen, das nur den Gefährdungsvorsatz erfordert (Aussetzung), ideell konkurrieren? II. 27/4 94. **25**, 321.

13. Können durch Veröffentlichung derselben Druckschrift oder durch Abfassung und Übersendung eines Schriftstücks verschiedene selbständige Beleidigungen begangen werden? II. 2/1 00. **33**, 46; I. 5/1 91. **21**, 276; III. 16/3 81. **3**, 433; II. 12/2 01. **34**, 134.

14. Steht die Urkundenfälschung aus § 268 St.G.B.'s mit dem durch die gefälschte Urkunde verübten Betruge in realer oder idealer Konkurrenz? III. 3/12 79. **1**, 111.

15. Unter welchen Voraussetzungen bildet das Gebrauchmachen von mehreren gefälschten Urkunden zum Zwecke der Täuschung nur ein Delikt? III. 11/11 86. **15**, 290.

16. Liegt der Tatbestand eines mit einem vollendeten Delikte ideell konkurrierenden Versuchs eines Delikts vor, wenn der Täter den Erfolg der zur Vollendung gekommenen Tat direkt, den Erfolg der im Versuchsstadium gebliebenen dagegen nur eventuell gewollt hat? II, III. 22/12 84. **12**, 64.

17. Kann der in einer Einheitshandlung begangene versuchte schwere und vollendete einfache Diebstahl unter den Gesichtspunkt der idealen Konkurrenz gestellt werden? III. 13/1 87. **15**, 281.

18. Über Konkurrenz bei Beteiligung an einer Straftat in verschiedenen Formen s. o. 3. Abschn. Nr. 25—27 S. 18, § 48 Nr. 18, 23 S. 22.

19. Unter welchen Voraussetzungen kann hinsichtlich eines Delikts Täterschaft und Anstiftung ideell konkurrieren? IV. 28/1 98. **30**, 429.

20. Inwieweit verlieren bei einem gewerbs- oder gewohnheitsmäßig verübten Delikte die Einzelhandlungen ihre Selbständigkeit? IV. 4/7 93. **24**, 243; II. 23/1 83. **8**, 16.

21. Unter welchen Voraussetzungen kann eine Mehrheit von Tätigkeitsakten, von denen an sich jeder allein schon den gesetzlichen Tatbestand eines Delikts zur Erscheinung bringt, zu e i n e r Handlung im strafrechtlichen Sinne zusammengefaßt und als einheitliches Delikt beurteilt werden? III. 10/12 83. **9**, 344; I. 17/1 84. **9**, 426; III. 28/1 84. **10**, 53; III. 3/3 84. **10**, 203; III. 20/10 94. **26**, 175; I. 23/12 01. **35**, 45.

22. Durch welche Merkmale unterscheidet sich der Fall des fortgesetzten Vergehens von dem Falle der Realkonkurrenz? II, III. 19/12 87. **17**, 103.

23. Was gehört zur Feststellung der Einheitlichkeit des Vorsatzes bei dem fortgesetzten Delikte? III. 4/11 86. **15**, 23.

24. Ist für die Feststellung einer einheitlichen fortgesetzten Straftat Einheitlichkeit des Entschlusses ausreichend? II. 27/11 91. **22**, 235; II. 30/3 94. **25**, 230; III. 28/1 84. **10**, 53.

25. Erfordernis der Einheit des verletzten Rechtsguts für die Annahme eines fortgesetzten Delikts. — Inwiefern kann bei der Verletzung verschiedener Personen durch einen von mehreren gemeinschaftlich gegen

eine Menschenmenge unternommenen Angriff gleichartige Idealkonkurrenz angenommen werden? IV. 12/2 95. **27**, 20.

26. Unter welchen Voraussetzungen kann bei mehrmaliger Übertretung der gegen das sog. Trucksystem gerichteten Strafbestimmungen Realkonkurrenz angenommen werden? III. 21/1 86. **13**, 285; IV. 13/1 85. **12**, 102.

27. Kann eine Mehrzahl zeitlich aufeinander folgender Mißhandlungen derselben Person als eine fortgesetzte Körperverletzung angesehen werden, wenn die einzelnen Mißhandlungen teils in einfachen, teils in gefährlichen Körperverletzungen bestehen? II. 13/5 98. **31**, 150.

28. Kann die von dem Täter vor dem Eigentumserwerbe begonnene und nachher fortgesetzte Devastation eines Gebäudes als eine und dieselbe, die §§ 305. 288 St.G.B.'s verletzende Handlung aufgefaßt werden? III. 25/3 95. **27**, 122.

29. Kann eine Reihe strafbarer Handlungen zu einem fortgesetzten Delikte zusammengefaßt werden, wenn einzelne in der Mitte der Reihe liegende Straffälle bereits früher bestraft sind? I. 17/3 90. **20**, 316.

30. Bedarf bei dem zeitlichen Auseinanderliegen der einzelnen Handlungen die Annahme der Realkonkurrenz — statt einer fortgesetzten Straftat — einer besonderen Begründung? III. 21/1 86. **13**, 285.

31. Nach welchen Grundsätzen ist die Teilnahme Dritter an der Verübung einzelner an sich selbständiger Einzeldelikte zu beurteilen, wenn diese Einzeldelikte bezüglich des Haupttäters als Bestandteile eines fortgesetzten Delikts angesehen worden sind? III. 5/3 88. **17**, 227; IV. 13/11 00. **34**, 5.

32. Schließt die Feststellung, daß mit der nach und nach ausgeführten Wegnahme verschiedener Getreidemengen ein fortgesetztes Vergehen des Diebstahls begangen sei, die Annahme aus, daß ein Dritter zu einer Zeit, wo das fortgesetzte Vergehen noch nicht abgeschlossen war, betreffs einzelner der gestohlenen Getreidemengen sich der Hehlerei schuldig gemacht habe? IV. 22/6 97. **30**, 163.

33. Wie ist die Annahme einer einheitlich fortgesetzten Zolldefraudation und einer zu diesem fortgesetzten Delikte einheitlich geleisteten Beihülfe zu begründen? III. 17/11 92. **23**, 300.

34. Kann zwischen zwei zeitlich auseinanderliegenden Handlungen, wenn jede den Tatbestand eines Delikts erfüllt, Realkonkurrenz angenommen werden, wenn die eine zum Zweck der anderen verübt wird? II. 3/10 82. **7**, 60.

35. Kann eine einheitliche Tat angenommen werden, wenn in mehreren aufeinanderfolgenden Nächten mit denselben Menschen das Vergehen widernatürlicher Unzucht verübt wird? I. 10/6 80. **1**, 450.

36. Wird die Selbständigkeit der einzelnen Zuwiderhandlungen gegen § 135 Abss. 2 u. 4 der Gewerbeordnung in der Fassung des Gesetzes vom 17. Juli 1878 schon durch jeden Tag der Überbeschäftigung begrifflich begründet? I. 16/3 82. **6**, 111.

37. Über die Möglichkeit idealer Konkurrenz und deren Wirkung

in einzelnen Fällen s. im übrigen die Strafbestimmungen über die einschlagenden Delikte.

38. Zum Begriffe von Gesetzeskonkurrenz. IV. 26/6 96. **29**, 11; IV. 6/3 88. **17**, 202; IV. 15/10 86. **14**, 384; I. 3/12 83. **9**, 261.

39. Wo ist Gesetzeskonkurrenz, wo Idealkonkurrenz anzunehmen? IV. 23/2 94. **25**, 147.

40. Ist bei dem in § 179 St.G.B.'s vorgesehenen Verbrechen die Annahme einer ideell konkurrierenden Beleidigung wegen Gesetzeskonkurrenz ausgeschlossen? IV. 2/6 93. **24**, 201. Vgl. IV. 16/4 89. **19**, 250.

41. Muß bei idealer Konkurrenz die Verurteilung wegen der verschiedenen Delikte in der Urteilsformel ausgesprochen werden? II. 8/3 95. **27**, 86. Vgl. II. 17/5 81. **4**, 179.

42. Liegt Rückfall vor, wenn jemand in einem früheren Urteile der betreffenden Straftat schuldig erkannt, das die Tat pönalisierende Gesetz jedoch mit Rücksicht auf § 73 St.G.B.'s bei der Strafbestimmung nicht zur Anwendung gekommen ist? III. 15/10 88. **18**, 193.

43. Unterliegt die Anwendung des die schwerste Strafe androhenden Gesetzes einer Beschränkung mit Rücksicht auf das für ein ideell konkurrierendes Delikt vorgesehene Strafminimum? III. 15/10 88. **18**, 193; II. 2/11 88. **18**, 174; I. 10/11 87. **16**, 301; III. 8/2 83. **8**, 84. Vgl. I. 3/3 81. **3**, 390.

44. Darf im Falle der idealen Konkurrenz auf eine Nebenstrafe erkannt werden, welche in dem die schwerste Strafe androhenden Gesetze nicht vorgesehen ist? I. 5/1 82. **5**, 420.

45. Darf auf die in § 200 St.G.B.'s vorgesehene Publikationsbefugnis oder auf die in § 15 bezw. § 16 Abs. 1 des Nahrungsmittelgesetzes vorgesehene Einziehung bezw. öffentliche Bekanntmachung erkannt werden, wenn gemäß § 73 St.G.B.'s die Strafbestimmungen für Beleidigung, bezw. die Strafbestimmungen des Nahrungsmittelgesetzes nicht zur Anwendung zu kommen haben? I. 7/4 81. **4**, 218; Pl. 17/4 82. **6**, 180; III. 3/3 84. **10**, 206; I. 24/1 95. **26**, 406.

46. Kommt bei der Frage, welches Gesetz die schwerste Strafe androht, immer nur in Betracht, welches Gesetz in thesi die Verhängung der schwersten Strafe gestattet? Ist Geldstrafe gegenüber der Freiheitsstrafe stets als die mildere Straftat anzusehen? IV. 22/10 97. **30**, 284; II. 2/11 88. **18**, 174; I. 10/11 87. **16**, 301. Vgl. I. 3/3 81. **3**, 390.

47. Ist bei der Entscheidung darüber, welches Gesetz die schwerste Strafe androhe, auf die von einem der einschlagenden Gesetze für den Fall mildernder Umstände zugelassene außerordentliche Strafe Rücksicht zu nehmen? IV. 22/10 97. **30**, 284.

48. Aus welchem Gesetze ist die Strafe zu bemessen, wenn beide verletzte Gesetze Gefängnisstrafe androhen, das eine ausschließlich, aber mit einem minderen Höchstbetrage, das andere zwar mit einem höheren Höchstbetrage, aber alternativ unter Zulassung von Geldstrafe?

Kommen bei Bestimmung des Gesetzes, welches die schwerste Strafe androht, nur die Hauptstrafen oder auch die Nebenstrafen in Betracht? II. 7/3 93. **24**, 58; I. 5/1 82. **5**, 420.

49. Kann bei der Beurteilung, welches von mehreren Gesetzen mit ungleicher Strafandrohung das schwerere sei, die Zulässigkeit der polizeilichen Aufsicht berücksichtigt werden? I. 22/12 87. **17**, 193.

50. Welches Gesetz ist das die schwerste Strafart androhende, wenn bei gleichen Hauptstrafen in dem einen Gesetz Geldstrafe, in dem anderen Zulässigkeit von Polizeiaufsicht als Nebenstrafe vorgesehen ist? IV. 5/12 99. **32**, 439.

51. Aus welchem Gesetze ist im Falle der Idealkonkurrenz einer nach § 186 St.G.B.'s strafbaren öffentlichen Beleidigung mit einem Vergehen gegen § 183 a. a. O. die Strafe zu bemessen? II. 19/1 83. **7**, 437.

52. Welches Gesetz kommt bei idealer Konkurrenz eines Vergehens gegen § 289 St.G.B.'s mit einem solchen gegen § 223 a. a. O. zur Anwendung? II. 12/3 86. **13**, 399.

53. Wird bei idealer Konkurrenz zweier Straftaten durch die Aburteilung der einen auch die spätere Verfolgung der zweiten Straftat ausgeschlossen? Gilt dies namentlich auch dann, wenn die zweite Straftat nur auf Antrag verfolgt werden darf? I. 23/12 80. **3**, 210; I. 3/3 81. **3**, 385; I. 17/11 92. **23**, 307.

54. Kann dann, wenn ein Antragsdelikt mit einem anderen ohne Antrag der Strafverfolgung unterliegenden Delikte ideell konkurriert, wegen des Antragsdelikts ohne einen Strafverfolgungsantrag Verurteilung eintreten? II. 30/11 88. **18**, 273.

55. Äußert die ideale Konkurrenz Einfluß auf die Verjährung der konkurrierenden Straftaten? Wie ist dies insbesondere bei der Konkurrenz eines Gewerbepolizeivergehens mit einem Steuervergehen? IV. 30/11 94. **26**, 261; II. 23/6 82. **6**, 371; I. 30/10 95. **27**, 403. Vgl. II. 2/11 83. **9**, 152.

56. Wie muß die Fragestellung an die Geschworenen beschaffen sein, wenn nach dem Eröffnungsbeschlusse ein Fall idealer Konkurrenz vorliegt? II. 20/3 91. **21**, 405.

57. Wie ist die Fragestellung an die Geschworenen in Bezug auf mildernde Umstände bei Idealkonkurrenz einzurichten? II. 30/3 86. **14**, 8.

Kollektivdelikte, Gewohnheits- und Gewerbsmäßigkeit.

58. Kann der wegen Verübung eines Kollektivdelikts Verurteilte demnächst noch weiter verfolgt werden wegen eines Delikts, welches durch eine unter das Kollektivdelikt fallende Tat verübt ist? I. 23/3 96. **28**, 283; III. 17/3 92. **23**, 7; III. 12/7 82. **7**, 32.

59. Können von den einzelnen Akten eines zur Anklage stehenden Kollektivdelikts nur einige abgeurteilt und andere durch Vertagung der Hauptverhandlung zur besonderen Aburteilung verwiesen werden? IV. 21/10 98. **31**, 286.

60. Gehören die Gewohnheitsmäßigkeit und die Gewerbsmäßigkeit des Handelns zu den persönlichen Eigenschaften, welche nach § 50 St.G.B.'s nur dem zuzurechnen sind, bei welchem sie vorliegen? Pl. 18/4 94. **25**, 266; II. 20/5 81. **4**, 184.

61. Zum Begriffe der die Strafbarkeit begründenden oder erhöhenden Gewohnheitsmäßigkeit: IV. 1/12 99. **32**, 394; II. 24/1 82. **5**, 369. Zugleich s. St.G.B. §§ 180. 260. 302d.

62. Schließt die Annahme eines fortgesetzten Delikts die Annahme gewohnheitsmäßigen Handelns aus? IV. 2/7 01. **34**, 310.

63. Können für Feststellung der Gewohnheitsmäßigkeit Handlungen verwertet werden, welche den Tatbestand des betreffenden Strafgesetzes erfüllen, aber vor dessen Geltung vorgekommen sind? II. 24/1 82. **5**, 369.

64. Zum Begriffe der Gewerbsmäßigkeit. II. 29/9 85. **12**, 388; I. 9/1 93. **23**, 378. Zugleich s. St.G.B. §§ 260. 302d.

65. Können für Feststellung der Gewerbsmäßigkeit Handlungen verwertet werden, welche verjährt oder bereits bestraft oder vor Erlaß des betreffenden Strafgesetzes vorgekommen sind? I. 23/1 82. **5**, 397; II. 24/1 82. **5**, 369.

66. Inwiefern kommt die an die Gewerbsmäßigkeit geknüpfte erhöhte Strafbarkeit bei dem Gehülfen zur Geltung? II. 22/6 94. **26**, 3.

67. Über das prozessuale Verfahren, wenn wegen eines gewerbs- oder gewohnheitsmäßigen Delikts Voruntersuchung geführt worden ist, bei Eröffnung des Hauptverfahrens sich aber ergibt, daß Gewerbs- oder Gewohnheitsmäßigkeit nicht vorliegt. III. 19/1 93. **23**, 392.

1. Zur Frage, in welchen Fällen eine Mehrheit von Straftaten, in welchen eine einheitliche Straftat anzunehmen ist, s. § 73. § 74

2. Kann in dem Falle, wenn der Hehler den Dieb durch die Zusage der Abnahme der zu stehlenden Sache angestiftet hat, reale Konkurrenz zwischen Hehlerei und Anstiftung zum Diebstahl angenommen werden? IV. 1/12 99. **32**, 394.

3. Darf bei Festsetzung einer Gesamtstrafe das höchste Maß der Freiheitsstrafen überschritten werden, wenn dasselbe schon durch die Höhe der für eine der konkurrierenden Straftaten verwirkten Strafe erreicht wird? I. 10/11 87. **16**, 282.

4. Wie ist die Gesamtstrafe zu bilden aus zwei Einzelstrafen, von denen die eine nur in einem Tage Gefängnis besteht? IV. 4/6 97. **30**, 141.

5. Bleibt die Vorschrift, daß die Dauer der Zuchthausstrafe nur nach vollen Monaten bemessen werden darf, außer Anwendung in den Fällen, in welchen nur mit Zuchthausstrafe bedrohte und zu bestrafende Verbrechen konkurrieren? I. 20/1 83. **8**, 26.

6. Über Straffestsetzung bei realer Konkurrenz mehrerer nach § 157 St.G.B.'s strafbarer Verbrechen des Meineids. II. 15/4 98. **31**, 106.

7. Müssen die Entscheidungsgründe die Höhe der arbitrierten Einzelstrafen ersehen lassen? I. 20/9 80. **2**, 235.

8. Bleiben in dem Falle, wenn bei einer ausgesprochenen Gesamt-

strafe auf ein eingelegtes Rechtsmittel die Verurteilung wegen einzelner Straftaten aufgehoben wird, die übrigen Einzelstrafen als solche regelmäßig bestehen, und sind sie nur aufzuheben, wenn angenommen werden muß, daß die Strafbemessung durch die vorliegende Realkonkurrenz beeinflußt worden ist? Pl. 18/4 94. **25**, 297; IV. 30/10 94. **26**, 167; III. 8/5 93. **24**, 149; III. 23/4 81. **4**, 140. Vgl. I. 20/9 80. **2**, 235.

9. Begründet ein Verstoß gegen die Vorschriften des § 74 eine Verletzung des materiellen Rechts? II. 2/12 81. **5**, 186.

10. Über die Fragestellung im schwurgerichtlichen Verfahren bei Annahme real konkurrierender Straftaten. II. 22/1 97. **29**, 327.

S. außer den zu § 73 besprochenen Entscheidungen zu § 74 auch: **1**, 25. 111. 279; **2**, 145; **3**, 311; **4**, 53. 77. 161; **5**, 227; **6**, 132. 283. 366; **7**, 229. 298; **8**, 62; **10**, 198. 392. 406; **11**, 37. 355; **13**, 22; **14**, 32. 145. 174; **16**, 58. 437; **17**, 62; **20**, 326; **22**, 234.

§ 78 1. Gilt bei Umwandlung der Geldstrafe in Haft die in § 78 Abs. 2 St.G.B.'s festgesetzte Grenze des Höchstbetrages von 3 Monaten auch für die Fälle, in welchen die Geldstrafen wegen Vergehen erkannt sind? II. 27/1 82. **5**, 371.

2. Ist bei Bemessung der Freiheitsstrafe, welche im Unvermögensfall an die Stelle mehrerer für real konkurrierende Zollvergehen ausgeworfene Geldstrafen treten soll, der gesetzliche Höchstbetrag durch § 162 des Vereinszollgesetzes auf ein Jahr oder durch § 78 auf zwei Jahre Gefängnis begrenzt? III. 3/7 90. **21**, 44.

3. Gelangt bei der für den Unvermögensfall erforderlichen Umwandlung einer Geldstrafe, die mittels Zusammenrechnung mehrerer für verschiedene selbständige Handlungen ausgeworfener Einzelstrafen festgesetzt worden ist, § 29 Abs. 2 St.G.B.'s oder nur § 78 Abs. 2 daselbst zur Anwendung? III. 9/7 81. **4**, 367.

S. zu § 78 Entsch. zu § 74, sowie **3**, 431; **7**, 368; **32**, 11.

§ 79 1. Darf der Richter, welcher in der Lage ist, eine rechtskräftig erkannte Freiheitsstrafe und eine von ihm verhängte Freiheitsstrafe zu einer Gesamtstrafe zu vereinigen, dies gemäß § 79 zu tun ablehnen? II. 20/2 83. **8**, 62; II. 22/6 80. **2**, 198.

2. Darf die Festsetzung der Gesamtstrafe einem nach § 492 St.P.O. einzuleitenden Verfahren vorbehalten werden, wenn das früher ergangene Urteil noch nicht rechtskräftig ist? III. 6/7 81. **5**, 1; I. 5/10 99. **32**, 277.

3. Steht der Anwendung des § 79 entgegen, daß zur Zeit der früheren Verurteilung äußere Umstände vorlagen, wegen deren die damals schon begangene Straftat nicht Gegenstand der Verurteilung sein konnte? I. 6/11 82. **7**, 298.

4. In welcher Form ist gemäß § 79 eine Gesamtstrafe festzusetzen? Inwieweit hat die teilweise Verbüßung der früher erkannten Strafe Berücksichtigung zu finden? II. 20/2 83. **8**, 62; I. 17/5 83. **8**, 385.

5. Kann der Richter, welcher gemäß § 79 auf eine Gesamtstrafe

zu erkennen hat, geeigneten Falls die früher versäumte Festsetzung von Einzelstrafen nachholen? II. 20/2 83. **8**, 62.

6. Ist § 79 zur Anwendung zu bringen, wenn vor der nunmehr auszusprechenden Strafe mehrere Strafen erkannt worden waren, bezüglich deren die geboten gewesene Bildung einer Gesamtstrafe nicht stattgefunden hatte? I. 1/11 86. **15**, 29.

7. Muß bei Anwendung des § 79 dann, wenn in der rechtskräftig vorliegenden Entscheidung bereits auf eine Gesamtstrafe erkannt war, die anderweit zu erkennende Strafe notwendig in einer Erhöhung der bereits vorliegenden Gesamtstrafe bestehen? III. 13/5 82. **6**, 283.

8. Was ist unter „Begehung vor der früheren Verurteilung" zu verstehen? Ist die Verkündung der ersten verurteilenden Entscheidung maßgebend? I. 10/1 81. **3**, 213.

9. Welches von mehreren in derselben Strafsache ergehenden Urteilen ist dafür entscheidend, ob zur Zeit der Verurteilung eine gegen den Angeklagten früher erkannte Strafe verbüßt war? II. 3/2 99. **32**, 7.

10. Wie ist die Strafe zu berechnen, wenn gleichzeitig mit Straftaten, welche vor einer früher erfolgten Verurteilung begangen wurden, solche zur Aburteilung gelangen, welche erst nachher verübt worden sind? Wie ist die Gesamtstrafe zu bilden, wenn das frühere Urteil eine Mehrheit von Straftaten zum Gegenstande hatte, von denen ein Teil bereits mit noch früher abgeurteilten nach § 79, der andere nach § 74 zur Bildung von Gesamtstrafen geführt hatte? III. 5/4 81. **4**, 53; I. 29/10 88. **18**, 333; I. 1/6 93. **24**, 185.

11. Unter welchen Umständen kann von Anwendung des § 79 Abstand genommen werden? IV. 14/5 01. **34**, 267.

12. Ist auf eine Gesamtstrafe zu erkennen, wenn ein früheres Urteil zufolge Rechtsmittels aufgehoben ist, nachträglich eine zweite Verurteilung wegen derselben Tat stattgefunden hat und nunmehr die Aburteilung wegen einer Straftat erfolgt, welche nach der ersten, aber vor der zweiten früheren Verurteilung begangen ist? III. 5/4 00. **33**, 231.

S. zu § 79 auch **4**, 161; **8**, 82; **31**, 244.

Zweiter Teil.

Von den einzelnen Verbrechen, Vergehen und Übertretungen und deren Bestrafung.

Zum ersten bis vierten Abschnitt (§§ 80—104).

Sind die bezüglichen Materien so geregelt, daß für landesgesetzliche Bestimmungen kein Raum bleibt? I. 17/11 87. **16**, 340.

Erster Abschnitt (§§ 80—93).

Hochverrat und Landesverrat.

Kommt dem Gehülfen zu einem Mordversuche im Sinne des § 80 die in § 49 Abs. 2 St.G.B.'s vorgesehene Strafmilderung zu? II, III. 22/12 84. **12**, 64. § 80

S. zu § 80 auch **5**, 215.

§ 81 Fällt der Krieg als Mittel zur Erreichung der in Nr. 3 angegebenen Zwecke unter den Begriff der Gewalt im Sinne der Nr. 3? Verhältnis des § 81 Nr. 3 zu § 87. Was sind vorbereitende Handlungen zu dem durch Krieg auszuführenden hochverräterischen Unternehmen? II, III. 18/6 87. **16**, 165.

S. zu §§ 81. 82 auch **5**, 215; **3**, 26.

§ 85 1. Was gehört zum Tatbestande des Verbrechens? Welchen Sinn hat die Verweisung auf § 82? II, III. 5/12 81. **5**, 215.

2. Was ist unter „Verbreitung von Schriften" zu verstehen? II, III. 5/10 82. **7**, 113.

S. zu § 85 auch **9**, 292; **16**, 245.

§ 86 Begriff einer ein hochverräterisches Unternehmen vorbereitenden Handlung. II, III. 21/10 81. **5**, 60; II, III. 18/6 87. **16**, 165.

§ 87 Verhältnis zu dem Verbrechen des Hochverrats, insbesondere der in § 81 Nr. 3 vorgesehenen Straftat. II, III. 18/6 87. **16**, 165.

§ 92 1. Ist § 92 neben dem Gesetze gegen den Verrat militärischer Geheimnisse vom 3. Juli 1893 noch vollständig in Geltung? II, III. 16/12 93. **25**, 45.

2. Was ist zu verstehen unter „Nachrichten, deren Geheimhaltung einer anderen Regierung gegenüber für das Wohl des Deutschen Reiches erforderlich ist"? Was gehört zum subjektiven Tatbestande des in Nr. 1 vorgesehenen Verbrechens? II, III. 19/5 84. **10**, 420.

3. Was sind Urkunden im Sinne der Nr. 2? II. 8/11 80. **2**, 425.

4. Unter welchen Voraussetzungen sind landesverräterische Mitteilungen an eine fremde Regierung als in Deutschland begangen anzusehen? II, III. 11/2 86. **13**, 337.

S. zu § 92 auch **17**, 103.

Zweiter Abschnitt (§§ 94—97).

Beleidigung des Landesherrn.

§ 94 Ist der Kaiser in Elsaß-Lothringen Landesherr im Sinne des § 94? I. 17/4 84. **10**, 312; I. 26/4 88. **17**, 334.

S. zu § 94 auch **6**, 25.

§ 95 1. Inwieweit ist in der Kritik einer zur Eröffnung des Reichstags gehaltenen Thronrede eine Kritik der Person des Kaisers zu erkennen?

Wird die Majestätsbeleidigung dadurch ausgeschlossen, daß die angegriffene Regierungshandlung unter Verantwortlichkeit eines Ministers erfolgt ist? I. 15/6 99. **32**, 236.

2. Über das subjektive Schuldmoment (Eventualdolus) bei der Majestätsbeleidigung: IV. 12/10 97. **30**, 270; III. 23/6 80. **2**, 213.

3. Kann eine Majestätsbeleidigung in Angriffen gefunden werden, die sich dem Wortlaute nach gegen Vorfahren des Monarchen richten? IV. 7/2 96. **28**, 171.

4. Ist der Begriff der Beleidigung (§ 185 St.G.B.'s) anwendbar? I. 15/12 92. **23**, 347.

5. Wird die Strafbarkeit durch einen Wahrheitsbeweis ausgeschlossen? III. 23/6 80. **2**, 213.

6. Findet auf Majestätsbeleidigungen § 193 St.G.B.'s Anwendung? Unter welchen Voraussetzungen kann in einem Zeitungsberichte über eine öffentlich verhandelte Majestätsbeleidigung eine abermalige Verübung dieses Delikts gefunden werden? II. 4/10 81. **5**, 46; II. 25/1 89. **18**, 382.

7. Ist die Feststellung, der Angeklagte habe lediglich in Verfolgung seiner Gerechtsame gehandelt, vereinbar mit der Annahme des zur Majestätsbeleidigung gehörigen Vorsatzes?

Kann Majestätsbeleidigung verübt werden durch die Anführung von Handlungen, welche der Monarch vor seinem Regierungsantritt und außerhalb seiner landesherrlichen Stellung vorgenommen haben soll? III. 21/5 83. **8**, 338.

8. Inwiefern liegt in der Weitergabe einer beleidigenden Druckschrift eine Majestätsbeleidigung, wenn durch die Weitergabe lediglich die Erfüllung einer Vertragspflicht bezweckt wird? III. 17/3 80. **1**, 321.

S. zu § 95 auch **3**, 433; **4**, 218. 271.

1. S. § 97. § 96

2. Sind die Mitglieder des preußischen Königshauses für Elsaß-Lothringen als Mitglieder des landesherrlichen Hauses zu betrachten? I. 17/4 84. **10**, 312; I. 26/4 88. **17**, 334.

S. zu § 96 auch **6**, 25.

1. S. § 96. § 97

2. Von welchen Voraussetzungen ist die Eigenschaft als „Mitglied des landesherrlichen Hauses" abhängig? Hört die Eigenschaft auf mit der Erlangung der Souveränität über einen außerdeutschen Staat? mit der Übernahme der Regentschaft in einem anderen deutschen Bundesstaate? Wirkt die bei dem Beleidiger vorliegende Nichtkenntnis jener Eigenschaft schuldausschließend? III. 28/9 91. **22**, 141; IV. 16/9 92. **23**, 239.

S. zu § 97 auch **8**, 338.

Dritter Abschnitt (§§ 98—101).

Beleidigung von Bundesfürsten.

Was gehört zum Tatbestande der hier unter Strafe gestellten Beleidigungen? Kann der Täter den Schutz des § 193 St.G.B.'s in Anspruch nehmen? In welcher Form ist die zur Verfolgung nötige Ermächtigung des Beleidigten zu erteilen? II. 25/1 89. **18**, 382.

Fünfter Abschnitt (§§ 105—109).

Verbrechen und Vergehen in Beziehung auf die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte.

§ 105 1. Begriff des „Unternehmens". III. 4/6 83. **8**, 354.

2. Ist der Bundesrat eine gesetzgebende Versammlung? III. 14/12 82. **7**, 382.

§ 107 Sind auch Gemeindewahlen „in Ausübung staatsbürgerlicher Rechte" vorgenommen? I. 9/11 82. **7**, 223.

§ 108 1. Ist der Begriff einer „Wahlhandlung" ausgeschlossen, wenn bei dem Geschäfte ein Unberechtigter als Protokollführer mitgewirkt hat? II. 23/6 82. **6**, 351.

2. Was ist unter der Herbeiführung eines unrichtigen Ergebnisses der Wahlhandlung zu verstehen? II. 20/10 82. **7**, 144; I. 6/10 81. **5**, 49.

3. Ist ein unrichtiges Ergebnis einer Wahlhandlung nur dann herbeigeführt, wenn durch falsche Zählung Mehrung oder Minderung der Stimmzettel oder ähnliche äußerliche Einwirkung auf das formale Zahlenverhältnis dieses alteriert wird, oder ist jener Erfolg auch dann erreicht, wenn die Zulassung von Stimmen Unberechtigter bewirkt und hierdurch das Ergebnis der Wahlhandlung beeinflußt wird? I. 31/1 84. **10**, 60.

4. Was ist unter „Wahlhandlung" zu verstehen? Unterschied zwischen „Herbeiführung eines unrichtigen Ergebnisses der Wahlhandlung" und „Verfälschung des Ergebnisses der Wahlhandlung". III. 2/6 90. **20**, 420.

5. Kann das Begriffsmerkmal „vorsätzlicher Herbeiführung eines unrichtigen Ergebnisses der Wahlhandlung" dadurch erfüllt werden, daß ein versehentlich in die Wahllisten eingetragener, an sich unberechtigter Wähler von dem Stimmrechte Gebrauch macht? III. 6/4 91. **21**, 414.

§ 109 1. Was gehört zum Tatbestande? Ist dazu ein zweiseitiges Abkommen, die Zahlung eines Entgeltes und die Abgabe der Stimme erforderlich? Bedarf es der Feststellung, daß die Übereinkunft auf die Ausübung des Wahlrechtes gegen die Überzeugung des Wählers gerichtet sei? I. 9/4 88. **17**, 296; I. 3/4 82. **6**, 194; I. 15/11 83. **9**, 197.

2. Gehört zum Tatbestande mehr, als daß der vom Käufer gewährte Vorteil für die Stimmabgabe geleistet ist? Fehlt der Vorteil, wenn das Gewährte Ersatz für Reisekosten und verlorenen Arbeitsverdienst ist? I. 6/11 84. **11**, 218.

S. zu § 109 auch **17**, 101.

Sechster Abschnitt (§§ 110—122).

Widerstand gegen die Staatsgewalt.

Ist der Verbrechensbegriff des Widerstands gegen die Staatsgewalt in Teil II Abschn. 6 St.G.B.'s mit Ausschluß jeder landesgesetzlichen

Anordnung geregelt? I. 21/9 93. **24**, 313; I. 20/2 88. **17**, 134; I. 17/11 87. **16**, 340.

1. Was erfordert die „Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesetze oder rechtsgültige Verordnungen oder die von der Obrigkeit innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen"? Worin liegt der Unterschied der Tatbestände von § 110 und § 111? Begriff der Öffentlichkeit. III. 15/3 84. **10**, 296; IV. 3/12 89. **20**, 63; III. 4/12 90. **21**, 192; II. 19/4 81. **4**, 106; II. 28/9 83. **9**, 71. **§ 110**

2. Zum Begriffe der obrigkeitlichen Anordnungen im Sinne des § 110. Sind darunter auch solche Anordnungen zu verstehen, welche, wenn auch an alle Bewohner eines Ortes, doch auf einen speziellen Fall gerichtet sind? II. 29/5 83. **8**, 321; II. 7/6 89. **19**, 308; III. 4/12 90. **21**, 192.

3. Was gehört zur „Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesetze"? I. 1/6 93. **24**, 189; IV. 27/10 91. **22**, 185.

4. Fällt die Aufforderung zum Ungehorsam gegen bürgerliche Gesetze unter § 110? IV. 3/12 89. **20**, 63; IV. 3/12 89. **20**, 150; II. 28/1 91. **21**, 299; I. 15/1 91. **21**, 304.

5. Fällt die Aufforderung, den Vorladungen der Polizeibehörden in Untersuchungssachen keine Folge zu leisten, aus dem Grunde, weil die Verpflichtung keine erzwingbare ist, nicht unter § 110? I. 30/9 80. **2**, 281.

6. Inwieweit kann die öffentlich vor einer Menschenmenge geschehene Aufforderung, einen zum Teil unter Verletzung der Kündigungsfristen begonnenen Arbeitsausstand fortzusetzen, das Tatbestandsmerkmal der Aufforderung zum Ungehorsam gegen das Gesetz erfüllen? III. 2/2 91. **21**, 355.

7. Kann die an vorläufig in die Heimat beurlaubte Rekruten gerichtete Aufforderung, nach ihrem Eintritt in das Heer die sozialdemokratischen Lehren unter ihren Kameraden zu verbreiten, den Tatbestand des § 110 erfüllen? II. 8/11 95. **27**, 406.

8. Bedingt die „Aufforderung v o r einer Menschenmenge", daß die Aufforderung an die Menge in ihrer Gesamtheit oder an einzelne der Anwesenden gerichtet ist?

Ist die Aufforderung zum Ungehorsam gegen ein Gesetz straffrei, wenn sie nicht zur Kunde solcher Personen gelangt, welchen das Gesetz eine Verpflichtung zum Gehorsam auferlegt?

Kommt es darauf an, ob die Aufforderung von Erfolg war oder nicht? II, III. 21/10 81. **5**, 60; II. 8/11 95. **27**, 406.

9. Über den Begriff von Menschenmenge s. § 125.

10. Was ist unter „Verbreitung von Schriften" zu verstehen? II, III. 5/10 82. **7**, 113; 10/10 87. **16**, 245. Fer. 10/9 97. **30**, 224.

11. Kann in der Übersendung einer Schrift mit dem Auftrage, von dem Inhalte Kenntnis zu nehmen und Vervielfältigungen von Person zu Person weiterzugeben, eine Verbreitung der Schrift im Sinne des § 110 gefunden werden? II. 28/9 83. **9**, 71.

12. Über den Begriff von öffentlichem Anschlagen und Ausstellen s. § 184.

13. Kommt dem, der öffentlich zum Ungehorsam gegen eine von der Obrigkeit innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnung aufgefordert hat, die irrige Annahme, daß die Obrigkeit für ihre Anordnung nicht zuständig gewesen sei, zustatten? II. 10/2 85. **12**, 6.

14. Können die Tatbestände der §§ 110 u. 111 konkurrieren? II. 19/4 81. **4**, 106.

S. zu § 110 auch **9**, 292.

§ 111 1. S. § 110.

2. Erfordernis des subjektiven Tatbestands. II. 8/11 95. **27**, 406.

3. Welchen Tatbestand erfordert § 111? Umfaßt die „strafbare Handlung" auch eine nach Landesgesetz strafbare Tat? Kann das in Abs. 1 vorgesehene Delikt ideell konkurrieren mit dem in § 17 Abs. 2 der preuß. Verordnung über das Vereinswesen vom 11. März 1850 mit Strafe bedrohten Tat? I. 20/6 92. **23**, 172.

4. Verhältnis zu § 110 St.G.B.'s. Kann in der Aufforderung zu unerlaubtem Kollektieren der Tatbestand des § 111 gefunden werden? Ist der Begriff des Kollektierens ausgeschlossen, wenn der Zweck der bezüglichen Geldsammlung auf Befriedigung eigennütziger Interessen gerichtet ist? III. 4/12 90. **21**, 192.

5. Begriff von „strafbarer Handlung" im Sinne des § 111. II. 19/4 81. **4**, 106.

6. Macht sich der, der im Sinne des § 111 zu einer strafbaren Handlung auffordert, mehrerer Straftaten schuldig, wenn infolge der Aufforderung mehrere strafbare Handlungen begangen werden? Unterschied des in § 111 vorgesehenen Delikts von Anstiftung. II. 21/12 80. **3**, 145.

§ 112 1. Gehören die vorläufig in die Heimat beurlaubten Rekruten zu den Personen des Soldatenstandes im Sinne des § 112? Ist unter „dem Befehle des Oberen" nur ein Befehl in Dienstsachen oder auch ein Dienstbefehl zu verstehen? II. 8/11 95. **27**, 406. (I. 15/12 94. **26**, 314.)

2. Über die Begriffe von „auffordern" „anreizen" s. §§ 110. 130.

§ 113 a) Zur Vollstreckung von Gesetzen rc berufene Beamte.

1. Über Beamteneigenschaft s. § 359 St.G.B.'s.

2. Gehören hierher nur die eigentlichen Vollstreckungsbeamten? Kann ein Richter berufen sein, eine von ihm selbst oder einem anderen Richter getroffene Anordnung zu vollstrecken? III. 17/1 87. **15**, 227; III. 14/11 95. **28**, 19.

3. Was ist unter Vollstreckung zu verstehen? Ist ein Amtsrichter, der auf Antrag der Staatsanwaltschaft einen Zeugen zu vernehmen hat, als ein Beamter anzusehen, der zur Vollstreckung von Gesetzen und Anordnungen der Verwaltungsbehörden berufen ist? I. 24/6 86. **14**, 259.

4. Kann der Direktor einer Königlich sächsischen Fortbildungsschule

als ein Beamter gelten, der zur Vollstreckung von Gesetzen ꝛc berufen ist? III. 14/11 95. **28**, 19.

5. Kann ein bayrischer Volksschullehrer in Beziehung auf Ausübung des Züchtigungsrechts gegenüber Sonntagsschülern hierher gerechnet werden? I. 22/1 94. **25**, 89.

6. Gehören im Geltungsbereiche der preußischen Kreisordnung die dem Amtsvorsteher untergeordneten Amtsdiener zu den in § 113 bezeichneten Beamten? II. 29/4 02. **35**, 210.

7. Ist § 113 unanwendbar, wenn der betreffende Beamte entgegen gesetzlichen Bestimmungen vor erreichter Volljährigkeit angestellt worden ist? I. 3/6 80. **2**, 82.

8. Ist der Widerstand, welchen ein Deutscher im Auslande der dort bestehenden Staatsgewalt geleistet hat, beim Vorhandensein der Voraussetzungen des § 4 Nr. 3 St.G.B.'s nach § 113 strafbar? III. 15/2 83. **8**, 53.

b) Rechtmäßige Amtsausübung.

9. Handelt der Vollstreckungsbeamte, der bei einer seinem pflichtmäßigen Ermessen überlassenen Tätigkeit sich innerhalb der ihm angewiesenen Grenzen hält, in rechtmäßiger Amtsausübung, auch wenn er sich in einem tatsächlichen Punkte irrt? III. 19/11 81. **5**, 208; III. 5/11 81. **5**, 295; II. 23/6 82. **6**, 400; IV. 23/6 93. **24**, 217; IV. 22/1 01. **34**, 104.

10. Ist bei der Aburteilung einer Anklage aus § 113 vom Richter nachzuprüfen, ob für die Vornahme einer Beschlagnahme oder Durchsuchung durch einen Hülfsbeamten der Staatsanwaltschaft das Erfordernis der Gefahr im Verzuge vorgelegen hat? I. 1/12 92. **23**, 334.

11. Handelt ein Beamter in rechtmäßiger Amtsausübung, wenn er bei ausreichender Prüfung der obwaltenden Umstände die Überzeugung hätte gewinnen *müssen*, daß zu dem von seinem pflichtmäßigen Ermessen abhängig gemachten amtlichen Einschreiten ein Anlaß nicht vorlag? I. 30/6 94. **26**, 22.

12. Befindet sich ein Beamter in der rechtmäßigen Ausübung seines Amts bei Vornahme einer Amtshandlung, die ihm im konkreten Falle von seinem Vorgesetzten verboten worden war? I. 18/3 98. **31**, 76.

13. Kann eine Beschlagnahme, Haussuchung oder Verhaftung, auch wenn die in der Strafprozeßordnung für eine solche Maßnahme getroffenen Bestimmungen nicht gewahrt sind, nicht doch als Maßnahme der Präventivpolizei ihre Rechtfertigung finden? II. 2/2 80. **1**, 93; III. 13/4 81. **4**, 101; I. 29/9 84. **11**, 101; I. 16/11 85. **13**, 44.

14. Kann eine objektiv rechtswidrige Amtshandlung den Charakter einer rechtmäßigen dadurch erlangen, daß der Beamte irrtümlicherweise sie dafür hält? III. 5/11 81. **5**, 295; II. 24/10 84. **11**, 175.

15. Genügt für das Tatbestandsmerkmal der rechtmäßigen Amtsausübung die Feststellung, daß der Beamte sich nach pflichtmäßigem Ermessen zu der Handlung, bei der ihm Widerstand geleistet worden, für berechtigt gehalten habe? IV. 26/11 97. **30**, 348.

16. Ist es zur Annahme der rechtmäßigen Amtsausübung eines Vollstreckungsbeamten ausreichend, daß dieser den Befehl einer im allgemeinen zu solchem Befehle zuständigen Behörde in gesetzlicher Weise zur Ausführung gebracht hat? I. 1/11 80. **2**, 411; I. 16/11 93. **24**, 389.

17. Handelt ein den Befehl seines Vorgesetzten ausführender Exekutivbeamter in rechtmäßiger Amtsausübung, wenn der Vorgesetzte mit der Erteilung des Befehls sich nicht innerhalb seiner Zuständigkeit bewegt hat? IV. 27/11 96. **29**, 199.

18. Ist es für die Anwendung des § 113 geboten, daß die Amtshandlung, der Widerstand entgegengestellt worden ist, sich als Ausfluß einer Amtsgewalt darstellt? Befindet sich ein Gemeindediener in rechtmäßiger Amtsausübung, wenn er im Auftrag eines preußischen Amts- und Gemeindevorstehers Ortsarme in eine zur Unterbringung solcher seitens der Gemeinde gemietete Wohnung einsetzt? II. 27/11 94. **26**, 291.

19. Von welchen Voraussetzungen hängt es ab, ob die Beobachtung gewisser Vorschriften eine wesentliche ist, die Nichtbeobachtung also die Amtsausübung als eine unrechtmäßige erscheinen läßt? II. 2/1 83. **7**, 370; I. 6/2 88. **17**, 122.

20. Für welche Fälle erfordert die preuß. Allg. Gerichtsordnung I. 24 § 68 für die rechtmäßige Amtsausübung des Exekutors die Zuziehung von Zeugen? Unterschied von gesetzlichen und reglementären Vorschriften. II. 27/1 80. **1**, 165.

21. Umfaßt § 113 auch den gewaltsamen Widerstand gegen die Amtshandlung eines Beamten, welche dieser im Auftrage seines Dienstvorgesetzten allein vornahm, jedoch nur unter Mitwirkung des Dienstvorgesetzten oder eines anderen Beamten vorzunehmen befugt war? (Haussuchung. Amtsdiener.) II. 5/12 79. **1**, 26.

22. Über die Zulässigkeit der Zwangsgestellung durch die Polizeibehörden. III. 22/11 83. **9**, 433; II. 19/3 86. **13**, 426; III. 27/4 91. **22**, 5.

23. Unter welchen Voraussetzungen ist behufs Ergreifung einer Person das Eindringen in die Wohnung eines Dritten gestattet? II. 24/9 80. **2**, 262; II. 7/11 98. **31**, 307.

24. Sind in Preußen die Polizeibehörden befugt, polizeilich noch nicht kontrollierte Dirnen, welche der gewerbsmäßigen Unzucht verdächtig sind, im sittenpolizeilichen Interesse zum Polizeibureau sistieren zu lassen?

Unter welchen Modalitäten ist die Durchsuchung von sog. Absteigequartieren, Schlupfwinkeln gewerbsmäßiger Unzucht statthaft? II. 11/1 81. **3**, 185.

25. Dürfen Polizeibeamte, welche beauftragt sind, eine Person zwangsweise zu gestellen, in Preußen sich zu dem Zwecke in die Wohnung eines Dritten begeben? — Unterschied zwischen Zwangsgestellung und vorläufiger Festnahme. II. 23/3 80. **1**, 331.

26. Fällt das in dem preußischen Gesetze zum Schutze der persönlichen Freiheit vom 12. Februar 1850 enthaltene Verbot des Eindringens in eine fremde Wohnung zur Nachtzeit hinweg, wenn das Ansuchen zum

Eintreten von einer außerhalb der Wohnung befindlichen Person gestellt wird? II. 3/2 80. **1**, 94.

27. Darf ein Polizeibeamter einen auf frischer Tat Betroffenen vorläufig festnehmen, wenn er dessen Angaben über Namen und Wohnung mißtraut? I. 2/5 95. **27**, 198.

28. Darf ein Polizeibeamter eine auf frischer Tat betroffene, aber nicht fluchtverdächtige Person unter Ablehnung der Prüfung der angebotenen Legitimation zur Verfügung des weiteren der Polizeibehörde vorführen? IV. 5/4 95. **27**, 153.

29. Darf ein Polizeibeamter eine Person, die er auf der Straße wegen einer dort soeben begangenen Straftat angehalten hat, behufs Vornahme näherer Untersuchungen zwangsweise zur Polizeiwache sistieren? II. 11/7 99. **32**, 269.

30. Befindet sich in Preußen ein Gendarm bei einer von ihm aus eigener Entschließung veranlaßten, den Vorschriften der § 94 flg. St.P.O. unterliegenden Beschlagnahme in der rechtmäßigen Ausübung seines Dienstes? II. 24/10 84. **11**, 175.

31. Handelt in Preußen der Gendarm, welcher von zuständiger Stelle beauftragt ist, eine polizeiliche Anordnung durch Zwangsmittel durchzusetzen, in rechtmäßiger Amtsausübung, wenn er die zu erzwingende Handlung bei Weigerung des Verpflichteten durch einen Dritten ausführen läßt und dann behufs Einziehung der Kosten den Verpflichteten der Polizeibehörde vorführt? II. 17/9 92. **23**, 226.

32. Befinden sich Grenzzollbeamte in rechtmäßiger Amtsausübung, wenn sie sich behufs Wahrnehmung ihrer dienstlichen Funktionen auf uneingefriedete Privatgrundstücke begeben, ohne in der Verfolgung flüchtiger Defraudanten begriffen zu sein? IV. 14/10 87. **16**, 248.

33. Unter welchen Voraussetzungen ist eine auf Grund des § 126 B.Z.G.'s ohne Beobachtung der im allgemeinen vorgeschriebenen Förmlichkeiten vorgenommene Haussuchung eine rechtmäßige Amtshandlung? IV. 23/6 93. **24**, 218.

34. Befindet sich ein Zollbeamter in rechtmäßiger Amtsübung, wenn er eine im Grenzzollbezirke betretene Person, die sich weigert, ein in einem Tragkorbe befindliches, lose in Papier eingeschlagenes Paket selbst zu öffnen, behufs Revision dieses Packets zwangsweise zur nächsten Dienststelle sistiert? III. 28/10 95. **28**, 1.

35. Welche Widerstandsleistung macht nach § 679 C.P.O. vom 30. Januar 1877 die Zuziehung von Zeugen notwendig? Liegt da, wo die gesetzliche Vorschrift, Zeugen zu einer Vollstreckungshandlung zuzuziehen, nicht beobachtet wird, eine rechtmäßige Amtsausübung vor? I. 16/11 93. **24**, 389; II. 2/1 83. **7**, 370; I. 15/6 85. **12**, 261.

36. Befindet sich der Gerichtsvollzieher in rechtmäßiger Amtsausübung, wenn er zum Zwecke einer Pfändung die Taschen in den Kleidern am Leibe des Schuldners zwangsweise durchsucht? II. 15/10 87. **16**, 218.

37. Befindet sich der Gerichtsvollzieher in rechtmäßiger Amtsausübung, wenn er auf Grund einer einstweiligen Verfügung, durch welche

die Wegnahme von Sachen angeordnet ist, wider Willen eines dritten Inhabers die Sachen mit Gewalt fortnehmen will? Ist hierbei ein Irrtum des Gerichtsvollziehers und eine falsche Deklaration des Vollstreckungsgerichts von Bedeutung? I. 19/11 94. **26**, 249.

38. Befindet sich der Gerichtsvollzieher in rechtmäßiger Amtsausübung, wenn er im Auftrage des betreibenden Gläubigers eine im Gewahrsam eines zur Herausgabe nicht bereiten Dritten befindliche Sache durch Besitznahme pfändet? I. 11/3 89. **19**, 69.

39. Inwiefern befindet sich ein Gerichtsvollzieher in rechtmäßiger Amtsausübung, wenn er zwar prozessualische Normen der Zwangsvollstreckung nicht einhielt, jedoch nach dem ihm zustehenden Ermessen annahm und nach den Umständen des Falls sich überzeugt halten durfte, dem Gesetze gemäß zu verfahren? III. 5/11 81. **5**, 295.

40. Setzt die Rechtmäßigkeit der Amtsausübung bei Pfändung von Nahrungsmitteln voraus, daß der Vollstreckungsbeamte sich vor der Pfändung durch Schätzung des vorhandenen Vorrates davon überzeugt, daß dem Schuldner noch die auf zwei Wochen erforderlichen Nahrungsmittel verbleiben? III. 19/11 81. **5**, 208.

41. Entbehrt die Amtshandlung des Gerichtsvollziehers des Charakters der Rechtmäßigkeit, wenn er bei der Ausführung einer Zwangsvollstreckung Sachen pfändet, welche als unentbehrlich der Pfändung nicht unterworfen sind? IV. 16/4 89. **19**, 164.

42. Mit welchem Zeitpunkte beginnt die Vollstreckungshandlung des zu einer Zwangsvollstreckung berufenen Beamten? III. 30/4 91. **22**, 227; I. 16/11 93. **24**, 389.

43. Inwieweit sind die einzelnen Vollstreckungshandlungen selbständige Akte der Amtsausübung? IV. 8/11 89. **20**, 35.

44. Bedingt die Vorschrift der zur preußischen Verordnung vom 7. September 1879, betreffend das Verwaltungszwangsverfahren, ergangenen Anweisung vom 15. September 1879, daß die Bekanntmachung der Versteigerung drei Tage vorher zu erfolgen hat, die Rechtmäßigkeit der Vornahme der Versteigerung? I. 6/2 88. **17**, 122.

45. Erfordert die rechtmäßige Amtsausübung eines preußischen Fischereiaufsehers, daß derselbe die Abzeichen eines solchen trägt? Örtliche Zuständigkeit desselben. IV. 13/2 94. **25**, 112.

46. Können Gefangene dazu angehalten werden, sich den Bertillonschen Messungen zu unterwerfen und sich photographieren zu lassen? IV. 2/6 99. **32**, 199.

47. Über die Befugnisse der exekutiven Polizei zum Einschreiten gegen Angehörige des Militärs: IV. 13/11 96. **29**, 180.

c) Widerstandsleistung, Angriff.

48. Genügt, daß der Beamte während der rechtmäßigen Amtsausübung angegriffen wird, oder muß ein Widerstand gegen den Vollstreckungsakt intendiert sein? I. 2/11 85. **13**, 105.

49. Von welcher Beschaffenheit muß die einen Gegenstand der Widerstandleistung bildende Tätigkeit sein? Kann in einem bloß passiven Verhalten ein Widerstand gefunden werden? II. 12/7 81. **4**, 374.

50. Unter welchen Voraussetzungen enthält der Widerstand gegen die Wegführung durch einen Vollstreckungsbeamten das Begriffsmerkmal des Widerstands durch Gewalt? I. 1/11 80. **2**, 411.

51. Ist eine alternative Feststellung in Bezug auf Widerstand und tätlichen Angriff zulässig? III. 8/1 96. **28**, 98.

52. Kann in dem Einschließen eines Vollstreckungsbeamten behufs Verhinderung der Amtshandlung eine Gewalt gefunden werden? IV. 5/11 95. **27**, 405 (II. 29/11 95. **28**, 32).

53. Setzt der Begriff des tätlichen Angriffs gegen Beamte einen Erfolg, ein Berühren des Körpers des Angegriffenen, voraus? I. 18/11 82. **7**, 301.

54. Ist Selbsthülfe gegenüber einem Beamten gestattet, der in rechtmäßiger Amtsausübung obrigkeitliche Befehle zur Vollstreckung bringt? II. 26/1 92. **22**, 300.

d) Absatz 3: Zur Unterstützung zugezogene &c.

55. Wird für die Anwendung des Abs. 3 die Rechtmäßigkeit der Dienstausübung vorausgesetzt? II. 24/10 84. **11**, 175.

56. Was gehört zu der Feststellung, daß eine Privatperson zur Unterstützung eines Beamten zugezogen worden ist? IV. 23/3 99. **32**, 246.

57. Ist der Vollstreckungsbeamte in der Wahl der zu seiner Unterstützung zuzuziehenden Personen beschränkt? I. 10/7 93. **25**, 253.

58. Ist die Anwendung des Abs. 3 durch die gleichzeitige Anwendung des Abs. 1 bedingt? Verhältnis des Abs. 3 zu § 117 St.G.B.'s im Falle eines Widerstandes gegen die zur Unterstützung eines Forstbeamten Zugezogenen. II. 15/1 97. **29**, 310.

e) Subjektiver Tatbestand.

59. Muß der Täter wissen, daß die Person, gegen welche sein Widerstand oder sein Angriff gerichtet ist, die Eigenschaft eines Beamten hat? III. 30/10 80. **3**, 14.

60. Gehört zum subjektiven Tatbestande das Bewußtsein des Täters von der Rechtmäßigkeit der Amtsausübung? I. 1/12 92. **23**, 334; III. 30/10 80. **3**, 14; II. 5/11 80. **2**, 423. Vgl. III. 3/12 79. **1**, 169.

f) Verhältnis zu anderen Straftaten.

61. Über das Verhältnis zu § 114 St.G.B.'s: IV. 8/11 89. **20**, 35; I. 12/5 81. **4**, 143; II. 4/2 81. **3**, 334.

62. Kann das Vergehen gegen § 113 mit dem gegen § 240 St.G.B.'s ideell konkurrieren? II. 18/1 98. **31**, 3.

S. zu § 113 auch **2**, 306. 398; **10**, 106; **16**, 275; **22**, 420; **23**, 357.

§ 114

1. Gebiet der Anwendbarkeit s. § 113.

2. Begriff von Behörde. Ist der Notar im Geltungsbereiche der preuß. Allg. Gerichtsordnung eine Behörde? Pl. 14/11 88. **18**, 246.

3. Über Behörden s. weiter §§ 156. 196 St.G.B.'s und § 255 St.P.O.

4. Sind Offiziere Beamte im Sinne des § 114? Was erfordert das Tatbestandsmerkmal der Amtshandlung? II. 16/6 96. **29**, 15.

5. Kann die Zeugnisablegung eines Beamten über amtliche Wahrnehmungen als eine Amtshandlung aufgefaßt werden? I. 24/9 88. **18**, 350.

6. Kann § 114 zur Anwendung kommen, wenn es sich um einen der in § 113 gedachten Beamten und um eine in Vollstreckung begriffene Amtshandlung handelt? II. 4/2 81. **3**, 334; IV. 8/11 89. **20**, 35.

7. Verhältnis zu § 113. I. 12/5 81. **4**, 143.

8. Verhältnis zu § 117. III. 31/1 01. **34**, 113.

9. Kann auch eine an sich berechtigte Handlung Gegenstand der Drohung sein? IV. 8/11 89. **20**, 35.

10. Ist Idealkonkurrenz mit dem Vergehen gegen § 240 St.G.B.'s möglich? II. 18/1 98. **31**, 3.

11. Genügt es zur Annahme eines strafbaren Unternehmens der Nötigung durch Drohung, wenn sich der Dolus des Drohenden auf das Bewußtsein von der abstrakten Möglichkeit der Vornahme einer gewissen Amtshandlung seitens des Bedrohten beschränkt? IV. 5/3 01. **34**, 206.

S. zu § 114 auch **22**, 227.

§ 115 1. Über die verschiedenen Begriffsmerkmale s. § 125, speziell für den Begriff von „Zusammenrottung" auch § 122.

2. Über den Begriff der „Öffentlichkeit" einer Zusammenrottung. III. 19/2 91. **21**, 370; IV. 14/3 90. **20**, 298.

3. Können die Tatbestände des § 115 Abs. 1 und des § 125 Abs. 1 St.G.B.'s ideell konkurrieren? IV. 26/6 96. **29**, 11.

S. zu § 115 auch **9**, 370.

§ 116 1. Wann ist ein Platz ꝛc als ein öffentlicher anzusehen? IV. 17/6 90. **21**, 13; III. 19/2 91. 21, 370.

2. Welche Beamte sind zu der in § 116 gedachten Aufforderung zuständig? III. 15/3 82. **6**, 91; I. 12/10 85. **12**, 426.

3. Muß die Aufforderung, sich zu entfernen, an die versammelte Menschenmenge gerichtet sein? IV. 21/11 85. **13**, 66; I. 12/10 85. **12**, 426.

4. Verlangt die Anwendung des § 116, daß auch nach der dritten Aufforderung zur Entfernung noch eine Menschenmenge versammelt geblieben ist? I. 12/10 85. **12**, 426.

5. Welcher Vorsatz gehört zur Strafbarkeit? Gehört zum subjektiven Tatbestande die Kenntnis von der dreimaligen Aufforderung? III. 15/3 82. **6**, 91; IV. 12/11 85. **13**, 66.

6. Setzt der Tatbestand voraus, daß der Täter die dreimalige Aufforderung selbst gehört hat, oder genügt die auf andere Weise erlangte Kenntnis der Tatsache, daß die Aufforderung, sich zu entfernen, dreimal erlassen ist? III. 6/11 90. **21**, 154.

§ 117 1. Über einzelne Begriffsmerkmale s. § 113.

a) Forst- oder Jagdbeamte.

2. Inwiefern genießen in Preußen die von Privatwaldeigentümern ꝛc angestellten Forstschutzleute die Rechte von Beamten im Sinne des § 117?

II. 1/10 80. **2**, 306; II. 3/6 81. **4**, 214; II. 19/2 84. **10**, 106; III. 20/11 84. **11**, 321.

3. Ist ein preußischer Forstreferendar vermöge seiner Dienststellung zu der Ausübung des Forstschutzes berechtigt und verpflichtet? III. 23/12 85. **13**, 215.

4. Sind in Bayern die Forstpraktikanten als solche Forst- und Jagdbeamte? I. 15/11 97. **30**, 343.

b) Waldeigentümer, Forst- oder Jagdberechtigte, bestellte Aufseher.

5. Ist Jagdberechtigter im Sinne des § 117 auch der, welcher in einer der sechs östlichen preußischen Provinzen die Jagd in einem Gemeindebezirke auf Grund eines lediglich mit dem Gemeindevorsteher abgeschlossenen Jagdpachtkontraktes ausübt? IV. 18/6 89. **19**, 327.

6. Unter welchen Voraussetzungen ist im Geltungsbereiche der preußischen Landgemeindeordnung vom 3. Juli 1891 der Pächter eines gemeinschaftlichen Jagdbezirkes als Jagdberechtigter im Sinne des § 117 anzusehen? II. 9/10 94. **26**, 144.

7. Von welchen Voraussetzungen macht § 117 die Eigenschaft eines von dem Waldeigentümer, dem Forst- oder Jagdberechtigen bestellten Aufsehers abhängig? II. 25/4 84. **10**, 333.

8. Kann in Preußen von einem Forstschutzbeamten ein Aufseher mit der Wirkung bestellt werden, daß auf einen dem letzteren geleisteten Widerstand § 117 Anwendung findet? II. 15/1 97. **29**, 310.

9. Findet auf den Widerstand, welcher einem von einem anhaltischen Hülfsjäger zu seiner Unterstützung bestellten Aufseher geleistet ist, § 117 Anwendung? III. 19/11 00. **34**, 10.

10. Erfordert die Strafbarkeit des einem bestellten Aufseher geleisteten Widerstandes, daß der Aufseher amtlich beeidigt ist? III. 20/11 84. **11**, 321; III. 15/1 85. **11**, 421.

c) Rechtmäßige Amtsausübung.

11. Was ist unter der Amtsausübung eines Forstbeamten im Sinne des § 117 zu verstehen? Kann sich auch ein von Forstbeamten gemieteter Waldarbeiter — namentlich nach § 9 des preußischen Feld- und Forstpolizeigesetzes vom 1. April 1880 — des Widerstands gegen den Forstbeamten schuldig machen? I. 1/11 81. **5**, 413.

12. Inwieweit sind Amtshandlungen von Forstschutzbeamten durch § 117 geschützt? Greift § 117 Platz, wenn einem Forstschutzbeamten, der Hülfsbeamter der Staatsanwaltschaft ist, bei einer Durchsuchung Widerstand geleistet wird? Kann § 117 Anwendung finden, wenn einem Forstschutzbeamten bei einer bis ins Haus fortgesetzten Nacheile Widerstand geleistet wird? II. 13/12 92. **23**, 357; III. 15/5 80. **2**, 167.

13. Befindet sich der Forstschutzbeamte in der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes, wenn er in Verfolgung der Spuren eines wahrgenommenen Forstfrevels einen Verdächtigen, sei es auch außerhalb des Forstes, aufsucht und zur Rede stellt? Ist das Recht der Befragung bedingt davon, daß seine Anwendung zur Aufklärung des Sachverhaltes objektiv notwendig ist? I. 26/10 93. **24**, 344.

14. Befindet sich in Preußen ein beeidigter Privatforstaufseher in der rechtmäßigen Ausübung seines Amts, wenn er aus eigener Entschließung eine Durchsuchung der Wohnung des Forstdiebes vornimmt, um die zur Begehung des Forstdiebstahles geeigneten Werkzeuge in Beschlag zu nehmen? IV. 29/1 86. **13**, 270.

15. Befindet sich ein preußischer Forsthüter in rechtmäßiger Ausübung seines Amtes, wennn er außerhalb seines Schutzbereiches jagdpolizeiliche Funktionen vernimmt? II. 1/10 80. **2**, 306; II. 8/12 82. **7**, 272; II. 19/2 84. **10**, 106; II. 5/4 89. **19**, 101.

16. Ist der im Geltungsgebiete des Ausschreibens des Kurfürstlich hessischen Staatsministeriums vom 1. Juni 1822 angestellte Königliche Forstbeamte berechtigt, außerhalb des ihm zugewiesenen Schutzbezirkes jagdpolizeiliche Funktionen vorzunehmen? I. 17/3 90. **20**, 344.

17. Ist in Württemberg ein von einem Jagdberechtigten bestellter und von der Staatsbehörde beeidigter Aufseher befugt, eine Person, die er für verdächtig hält, sie werde eine strafbare Handlung gegen das Jagdrecht begehen, in Ausübung der Präventivpolizei auf den Besitz von Jagdgeräten zu untersuchen? I. 14/6 97. **30**, 155.

18. Darf der Jagdpächter im Königreich Sachsen den Forstschutzbeamten hindern, das zum Forste gehörige Jagdrevier mit geladenem Gewehr zu betreten? Fällt der bei solcher Gelegenheit dem Forstschutzbeamten geleistete Widerstand unter § 117? III. 30/10 80. **3**, 14.

d) Rechtmäßige Rechtsausübung.

19. Fällt unter den Tatbestand des § 117 auch derjenige Widerstand, welcher den Berechtigten bei Ausübung ihres Jagdrechts entgegengesetzt wird? III. 29/5 80. **2**, 170; II. 7/1 90. **20**, 156.

20. Steht unter dem Schutze des § 117 nur die Ausübung einer speziell dem Waldeigentümer 2c als solchem, nicht die Ausübung einer allgemein jedem Staatsbürger — wie z. B. nach § 127 St.P.O. — gleichmäßig zustehenden Befugnis? II. 5/4 89. **19**, 101; I. 19/6 90. **21**, 10.

21. Findet der Grundsatz, daß die Ausübung des Amtes, auch wenn der Beamte in einer sein Ermessen leitenden tatsächlichen Voraussetzung irrt, noch nicht als eine unrechtmäßige anzusehen ist, auch auf die von einem Waldeigentümer 2c bestellten Aufseher Anwendung? II. 23/6 82. **6**, 400; III. 3/12 79. **1**, 112; II. 7/1 90. **20**, 156. Vgl. IV. 15/3 87. **15**, 356.

22. Ist der Widerstand gegen Waldeigentümer, Forst- oder Jagdberechtigte, bezw. die von diesen bestellten Aufseher auch dann aus § 117 strafbar, wenn die den Forstschutz bezweckende Handlung außerhalb der zu schützenden Forst vorgenommen wurde? II. 5/4 89. **19**, 101; I. 19/6 90. **21**, 10.

23. Über die Befugnis des vom Jagdberechtigten bestellten Aufsehers, den bei Verübung eines Jagdfrevels Betroffenen festzuhalten, um ihn zum Zwecke der Ermittelung und vorläufigen Beschlagnahme von Überführungsstücken einer körperlichen Untersuchung zu unterziehen.

kann die Befugnis hierzu aus einem ihm zustehenden Pfändungsrechte hergeleitet werden? (Art. 89 E.G. zum B.G.B.) IV. 15/2 01. **34**, 154.

24. Befindet sich nach dem preußischen Landrechte der Jagdberechtigte in der rechtmäßigen Ausübung seines Rechts, wenn er einem auf frischer Tat betroffenen, ihm bekannten Jagdfrevler das Gewehr, bezw. Jagdgerät abpfändet? III. 16/10 90. **21**, 203.

25. Befindet sich in Preußen der Waldeigentümer, bezw. der Forst- oder Jagdberechtigte, bezw. der angestellte Privataufseher in rechtmäßiger Rechtsausübung, wenn er gegenüber einer Person, die bei einem Holzfrevel oder Jagdvergehen betreten wird, die zur Begehung des Frevels geeigneten Werkzeuge, bezw. das Jagdgewehr in Beschlag nimmt? III. 20/11 84. **11**, 321; I. 21/1 92. **22**, 302.

26. Unter welchen Voraussetzungen ist im Geltungsbereiche des preußischen Landrechts der von dem Jagdberechtigten bestellte Aufseher berechtigt, den von ihm verfolgten Jagdfrevler zum Zwecke der Feststellung und vorläufigen Beschlagnahme von Überführungsstücken einer Revision zu unterziehen? II. 4/2 81. **3**, 336.

27. Unter welchen Voraussetzungen kann ein Privatjagdaufseher in Preußen einem von ihm betroffenen Jagdfrevler das Gewehr wegnehmen? IV. 18/6 89. **19**, 327.

28. Welche Maßregeln darf der von einem Waldeigentümer bestellte Aufseher gegen einen auf frischer Tat betroffenen Forstfrevler ergreifen? Darf er denselben mit Gewalt aus dem Forste entfernen? II. 1/3 95. **27**, 70.

29. Befindet sich in Württemberg ein Waldeigentümer oder ein von ihm bestellter Privatforstaufseher in rechtmäßiger Ausübung seiner Befugnisse, wenn er bei Betretung einer Person auf einem Forstdiebstahle in dem Privatwalde die zur Begehung des Forstdiebstahles gebrauchten und bestimmten Werkzeuge, die der Täter bei sich führt, in Beschlag nimmt? I. 23/1 88. **17**, 69.

30. Gibt § 227 B.G.B.'s dem Jagdberechtigten, der auf seinem Jagdgebiete einen anderen bei unbefugter Jagdausübung antrifft, die Befugnis, kraft Selbsthülferechts dem Betretenen das Gewehr wegzunehmen? IV. 14/10 02. **35**, 403.

e) Widerstandsleistung, Angriff.

31. Setzt der Tatbestand, auch insoweit er auf einen tätlichen Angriff Bezug hat, eine rechtmäßige Amts- oder Rechtsausübung voraus? III. 30/10 80. **3**, 14.

32. Kann in dem Unternehmen der Einsperrung ein tätlicher Angriff im Sinne des § 117 gefunden werden? II. 29/11 95. **28**, 32.

33. Ist eine alternative Feststellung in Bezug auf Widerstand und tätlichen Angriff zulässig? III. 8/1 96. **28**, 98.

34. Setzt der Widerstand gegen einen Beamten eine vorherige Tätigkeit des Beamten voraus, welche durch Gewalt oder Bedrohung mit Gewalt gehindert werden soll, und welcher Beschaffenheit muß die Tätigkeit sein? II. 12/7 81. **4**, 374.

f) Subjektiver Tatbestand.

35. Unterliegen Widerstandshandlungen gegen einen Waldeigentümer der Bestrafung auf Grund des § 117, wenn dem Täter das Bewußtsein davon fehlt, daß der Waldeigentümer sich in der rechtmäßigen Ausübung eines Rechts zum Forstschutze befindet? Genügt zur Feststellung des erforderlichen Bewußtseins dolus eventualis? II. 7/1 90. **20**, 156; II. 1/3 95. **27**, 70.

36. Ist der Dolus des gegen eine Amtsausübung Widerstand Leistenden ausgeschlossen durch die irrige Meinung, in der Ausübung eines ihm zustehenden Rechts rechtswidrig von dem Beamten beeinträchtigt zu sein? III. 30/10 80. **3**, 14.

g) Erschwerende Momente des Absatzes 2.

37. Begriff von „Drohung mit Schießgewehr". II. 17/4 96. **28**, 314.

38. Ist zur Bedrohung mit Schießgewehr unbedingt erforderlich, daß das zur Drohung gebrauchte Schießgewehr geladen war? III. 25/10 83. **9**, 176.

39. Was ist unter dem Ausdruck „Gewalt an der Person" zu verstehen? Gehört dazu, daß eine Einwirkung auf die Person erfolgt ist? II. 28/6 87. **16**, 172; I. 18/11 82. **7**, 301.

h) Verhältnis zu anderen Straftaten.

40. Können die Vergehen des § 117 und des § 114 St.G.B.'s ideell konkurrieren? III. 31/1 01. **34**, 113.

S. zu § 117 auch **2**, 82; **8**, 42; **12**, 261; **33**, 224.

§ 118 1. Bezieht sich § 118 ausschließlich auf § 117 St.G.B.'s? I. 13/4 92. **23**, 69.

2. Was versteht § 118 unter Körperverletzung? II. 1/7 84. **11**, 24.

§ 119 Kann Gemeinschaftlichkeit der Begehung angenommen werden, wenn gegen einen Angeklagten „tätlicher Angriff", gegen den anderen „Widerstand durch Gewalt oder Bedrohung" festgestellt wird? III. 8/1 96. **28**, 98.

S. zu § 119 auch **8**, 42.

§ 120 1. Was ist unter vorsätzlicher Befreiung eines Gefangenen zu verstehen? IV. 16/11 00. **34**, 8.

2. Begriff von „Gefangenen". Fallen Personen, welche infolge eines gerichtlichen Vorführungsbefehls zu einem Termine transportiert werden, unter den Begriff? IV. 1/5 85. **12**, 162; IV. 19/1 86. **13**, 254; I. 12/10 85. **12**, 426.

3. Sind die infolge obervormundschaftlicher Anordnung zu Zwangserziehung in eine Erziehungsanstalt Verbrachten als Gefangene anzusehen? I. 8/11 86. **15**, 39.

4. Sind in Untersuchungshaft Befindliche auch während ihres Aufenthalts in einer Krankenanstalt Gefangene? I. 20/6 89. **19**, 330.

5. Wann ist die Selbstbefreiung als vollendet anzusehen? Ist intellektuelle Beihülfe zur Selbstbefreiung für den Tatbestand ausreichend? II. 16/1 94. **25**, 65.

6. Ist die von einem Gefangenen ausgehende Anstiftung dazu, ihn zu befreien oder ihm zur Selbstbefreiung behülflich zu sein, als Anstiftung strafbar? I. 29/11 80. **3**, 140.

7. Wie verhält sich der Tatbestand der Gefangenenbefreiung zu dem der Begünstigung? III. 20/11 82. **7**, 244.

1. Über die Begriffe von „entweichen lassen" und „Befreiung befördern" s. § 347. § 121

2. Schließt der von zuständiger Behörde einem Bediensteten erteilte Auftrag, Gefangene zu begleiten, die Ermächtigung in sich, in dringenden Fällen mit Ausführung geeigneter Anordnung einen anderen zu beauftragen, und wird dieser durch die Übernahme des Auftrags zu dessen Vollzug wirksam verpflichtet? I. 25/9 82. **7**, 103.

3. Sind die in eine Krankenanstalt verbrachten Gefangenen während des Aufenthalts daselbst der Beaufsichtigung des Krankenwärters unterstellte Gefangene? I. 20/6 89. **19**, 330.

4. Über Begriff von „Gefangener" s. § 120.

1. Zur Begriffsbestimmung des in Abs. 2 gedachten „gewaltsamen Ausbruchs". IV. 22/10 95. **27**, 397. § 122

2. Erfordert der Tatbestand eines in Zusammenrottung von Gefangenen „mit vereinten Kräften" unternommenen Ausbruchs, daß jeder der Beteiligten mit seinen Körperkräften unmittelbar an den Ausbruchshandlungen mitgewirkt hat, oder genügt die Teilnahme an der Zusammenrottung mit dem Bewußtsein der von einem für alle zwecks Ausführung des gemeinsamen Unternehmens begangenen Ausbruchshandlung? III. 18/12 86. **15**, 217; II. 20/1 88. **17**, 47.

3. Erfordert der Begriff des Zusammenrottens die Vereinigung von mehr als zwei Gefangenen?

Unter welchen Voraussetzungen geht der komplottmäßige gewaltsame Ausbruch in den Tatbestand des „gewaltsamen Ausbruchs mit vereinten Kräften nach erfolgter Zusammenrottung" über? I. 22/10 85. **13**, 17; II. 1/6 80. **2**, 80.

4. Inwiefern kann in dem Gebrauche eines Nachschlüssels ein auf einen gewaltsamen Ausbruch gerichtetes Unternehmen der Gefangenen gefunden werden? II. 20/1 88. **17**, 47.

5. Über den Begriff von „Gefangener" s. § 120.

6. Gehört zum Begriffe des Zusammenrottens ein räumliches Zusammensein? III. 25/9 80. **3**, 1.

Siebenter Abschnitt (§§ 123—145 a).

Verbrechen und Vergehen wider die öffentliche Ordnung.

§ 123 a) Wohnung, Geschäftsräume, befriedetes Besitztum, zum öffentlichen Dienste bestimmte abgeschlossene Räume.

1. Bilden in einem von mehreren bewohnten Hause die zur gemeinschaftlichen Benutzung bestimmten Räumlichkeiten (Vorplatz, Treppe) einen Bestandteil der Wohnung? Inwiefern kann durch widerrechtliches Verweilen in diesen Räumlichkeiten Hausfriedensbruch begangen werden? III. 10/12 79. **1**, 121.

2. Kann ein Schiff als Wohnung, oder insoweit es nicht als solche in Betracht kommt, als Geschäftsraum oder befriedetes Besitztum angesehen werden? Können einzelne Räume eines Schiffes sich als Geschäftsräume darstellen? II. 22/1 86. **13**, 312.

3. Was ist unter „befriedetem Besitztum“ zu verstehen? Kann ein Besitztum als befriedet nur dann angesehen werden, wenn es äußerlich zu einem bewohnten Hause gehört? IV. 3/12 89. **20**, 150; II. 12/12 84. **11**, 293.

4. Ist ein Straßenbahnwagen ein „Geschäftsraum“ oder ein „befriedetes Besitztum“? III. 16/11 99. **32**, 371.

5. Findet § 123 Anwendung auf den Gefangenen, welcher aus einer ihm nicht zum Aufenthalt angewiesenen Zelle des Gefängnisses auf Auffordern des Gefängnisaufsehers sich nicht entfernt? IV. 18/2 96. **28**, 192.

b) Widerrechtliches Eindringen.

6. Bilden die in § 123 vorgesehenen beiden Alternativen — widerrechtliches Eindringen, unbefugtes Verweilen — verschiedene Tatbestände in der Weise, daß eine Hinweisung auf die Veränderung des rechtlichen Gesichtspunkts notwendig wird, wenn der Verurteilung eine nicht im Eröffnungsbeschlusse erwähnte Alternative zu grunde gelegt werden soll? II. 11/10 89. **19**, 401.

7. Was ist für den Begriff des widerrechtlichen Eindringens wesentlich? IV. 3/12 89. **20**, 150.

8. Ist bei dem Bestehen eines beschränkten Rechts zum Betreten einer fremden Wohnung dieses Betreten ein rechtswidriges, wenn es außerhalb der bestehenden Berechtigung erfolgt? I. 24/11 79. **1**, 21.

9. Ist der Tatbestand des Hausfriedensbruchs ausgeschlossen, wenn den Eindringenden ein unbeschränktes Recht zum Aufenthalt in der Wohnung zusteht, der Eintritt in die Wohnung aber nicht zur Geltendmachung jenes Rechts, sondern zur Erreichung eines anderen rechtswidrigen Zwecks erfolgt?

Kann die von ihrem Ehemanne getrennt wohnende Ehefrau einen Hausfriedensbruch in der Wohnung ihres Ehemanns begehen? III. 4/2 82. **6**, 14.

10. Schließt eine beschränkte Befugnis zum Betreten bestimmter Räume den Tatbestand des Hausfriedensbruchs aus, wenn die Ermächtigung überschritten wird?

Von wem kann das Hausrecht in einer Wohnung gewahrt werden? Kann dies von Dienstboten geschehen?

Erfordert der Begriff des „Eindringens“ die Überwindung eines Hindernisses oder den Eintritt gegen den kundgegebenen Willen des Berechtigten?

Wann ist das Eindringen widerrechtlich? Inwiefern ist die Verfolgung eines unerlaubten Zweckes für das Tatbestandsmerkmal des widerrechtlichen Eindringens von Bedeutung? I. 16/4 85. **12**, 132.

11. Macht sich der Ehemann, der gegen das Verbot der mit seiner Genehmigung ein selbständiges Erwerbsgeschäft betreibenden Ehefrau die zum Gewerbebetriebe derselben dienenden Räumlichkeiten betritt, des Hausfriedensbruchs schuldig? IV. 10/10 02. **35**, 395.

12. Ist der Vermieter kraft des ihm zustehenden Pfandrechts an den Illaten des Mieters zum Betreten der Wohnung und der Geschäftsräume desselben befugt? IV. 29/3 87. **15**, 391.

13. Unter welchen Voraussetzungen liegt Hausfriedensbruch vor bei dem Eindringen in eine dem Publikum zugängliche öffentliche Wirtschaftslokalität? III. 18/6 81. **4**, 322.

14. Inwiefern wird durch die Zustimmung der Ehefrau dem wider den Willen des Ehemanns erfolgten Eindringen in dessen Wohnung der Charakter der Widerrechtlichkeit genommen? IV. 17/3 96. **28**, 269.

c) Sich nicht entfernen auf Aufforderung des Berechtigten beim Verweilen ohne Befugnis.

15. Bedeutung des Ausdrucks „ohne Befugnis“. IV. 22/12 85. **13**, 189.

16. Macht sich derjenige, welcher nicht unbefugt in eine Wohnung eingetreten ist, eines Hausfriedensbruchs schuldig, wenn er nach der ersten Aufforderung des Berechtigten, sich zu entfernen, noch länger in der Wohnung verweilt, oder bedarf es dazu noch einer zweiten Aufforderung? II. 30/9 81. **5**, 109.

17. Macht sich des Hausfriedensbruchs derjenige schuldig, welchem zur Erreichung eines bestimmten Zweckes das Betreten einer fremden Wohnung und das Verweilen in derselben gestattet worden war, insofern er, bevor der Zweck erreicht ist, auf die Aufforderung des Berechtigten sich nicht aus der Wohnung entfernt? I. 20/10 87. **16**, 225.

18. Macht sich des Hausfriedensbruchs schuldig, wer eine ihm precario eingeräumte Wohnung auf Aufforderung nicht verläßt? III. 18/1 83. **8**, 44.

19. Liegt Hausfriedensbruch vor, wenn von seiten des Hauseigentümers an den Wohnungsberechtigten mit Grund die Kündigung der Wohnung und die Aufforderung zur Räumung ergeht, derselben aber nicht ohne weiteres Folge geleistet wird? II. 24/2 80. **1**, 222.

20. Macht sich der Vermieter eines befriedeten Besitztums, welcher sich den freien Eintritt daselbst vorbehalten hat, des Hausfriedensbruchs schuldig, wenn er zum Zweck der Begehung einer das Vertragsrecht des Mieters verletzenden Handlung in den Mietraum eingetreten ist und mit

der vertragswidrigen Handlung begonnen hat, auf die Aufforderung des Mieters aber sich nicht entfernt? II. 6/5 81. **4**, 124.

21. Unter welchen Voraussetzungen macht sich ein Dienstbote durch die Nichtbefolgung der Aufforderung des Dienstherrn, dessen Besitztum zu verlassen, des Hausfriedensbruchs schuldig? IV. 22/12 85. **13**, 189; II. 27/4 80. **1**, 398.

22. Inwiefern fällt dem Handwerksgesellen bei Nichtbefolgung der Aufforderung des Arbeitgebers zum Verlassen der Geschäftsräume, — demjenigen, welchem ein Wohnungsrecht eingeräumt ist, bei Nichtbefolgung der Aufforderung des Eigentümers zum Verlassen der Wohnung ein Hausfriedensbruch zur Last? III. 12/11 81. **5**, 235.

23. Über Hausfriedensbruch durch unbefugtes Verweilen in einem öffentlichen Wirtslokale: III. 18/6 81. **4**, 322.

24. Hat der Einberufer einer Versammlung, welchem ein Gastwirt in seinem Gasthause eine Räumlichkeit für die Versammlung zur Verfügung gestellt hat, in dieser Räumlichkeit das Hausrecht auszuüben? II. 19/5 93. **24**, 194.

d) Subjektiver Tatbestand.

25. Was erfordert der zur Strastat gehörige Dolus? I. 24/11 79. **1**, 21.

26. Inwiefern kann durch Irrtum der Dolus ausgeschlossen sein? II. 6/5 81. **4**, 124; III. 6/6 89. **19**, 298.

27. Ist das Bewußtsein der Widerrechtlichkeit des Eindringens oder Verweilens erforderlich und vom Tatrichter festzustellen? III. 18/1 83. **8**, 44; II. 30/9 81. **5**, 109.

28. Wird der Tatbestand des Hausfriedensbruchs dadurch ausgeschlossen, daß dem widerrechtlichen Eindringen in die Wohnung ꝛc eines anderen eine diebische Absicht zu grunde lag? I. 1/5 84. **11**, 166.

e) Strafverfolgungsantrag. Erschwerende Umstände des Absatzes 3. Konkurrenz.

29. Ist die Ehefrau berechtigt, Strafantrag wegen Hausfriedensbruchs zu stellen, wenn sich der Hausfriedensbruch auf die Wohnung des Ehemanns bezog? Gilt dies insbesondere dann, wenn der Ehemann innerhalb der Antragsfrist ohne Stellung des Strafantrags gestorben ist? III. 9/6 84. **11**, 53.

30. Was versteht § 123 Abs. 3 unter Waffen? Genügt schon das Beisichtragen? III. 18/1 83. **8**, 44.

31. Kommt es für den Erschwerungsgrund des Versehenseins mit Waffen auf den Augenblick des widerrechtlichen Eindringens, oder auf das sich daran unmittelbar anschließende widerrechtliche Verweilen an? III. 18/3 97. **30**, 78.

32. Ist der Erschwerungsgrund gegeben, wenn nach dem widerrechtlichen Eindringen der Täter eine Waffe ergreift, um sich in dem unberechtigten Verweilen zu erhalten? III. 4/5 85. **12**, 183.

33. Ist der Hausfriedensbruch von einer mit Waffen versehenen Person nur dann verübt, wenn dem anderen Teil das Vorhandensein der Waffen erkennbar geworden ist? IV. 17/3 96. **28**, 269; III. 18/3 97. **30**, 78.

34. Findet Abs. 3 auch Anwendung auf Beamte, welche im Dienste Waffen zu tragen verpflichtet sind und in Ausübung oder in Veranlassung der Ausübung ihres Amts einen Hausfriedensbruch begehen? III. 23/11 99. **32**, 402.

35. Liegt ein von mehreren gemeinschaftlich begangener Hausfriedensbruch nur dann vor, wenn er von mehreren Personen als Miturhebern oder Mittätern begangen war? III. 9/10 80. **3**, 7.

36. Kann gemeinschaftlicher Hausfriedensbruch auch durch unbefugtes Verweilen begangen werden? III. 18/6 81. **4**, 322; I. 6/11 82. **7**, 395.

37. Über Konkurrenz von Straftaten, die der Eingedrungene während seines widerrechtlichen Verweilens verübt. IV. 28/4 99. **32**, 137.

38. Können die Tatbestände des § 123 Abs. 3 und des § 342 St.G.B.'s ideell konkurrieren? III. 23/11 99. **32**, 402.

S. zu § 123 auch **7**, 259; **19**, 72.

Was gehört in subjektiver Beziehung zum Tatbestande des Vergehens? Wie unterscheidet sich dasselbe vom Hausfriedensbruch? IV. 12/3 89. **19**, 72. § 124

1. Was ist unter einer zusammengerotteten Menschenmenge zu verstehen? I. 6/3 90. **20**, 303; II. 23/10 83. **9**, 143. § 125

2. Was ist unter Teilnahme zu verstehen? Genügt hierfür die bloße Anwesenheit? Steht der Feststellung der Teilnahme entgegen, daß bloße Neugierde der Beweggrund war? Wann liegt Teilnahme an einer Zusammenrottung auch ohne ausdrückliche Verabredung vor? IV. 16/5 90. **20**, 403; IV. 20/5 90. **20**, 405; I. 3/1 84. **9**, 370; III. 3/2 82. **5**, 377.

3. Setzt die Anwendung des Abs. 1 voraus, daß Personen oder Sachen beschädigt wurden? Was ist unter dem Begehen mit vereinten Kräften zu verstehen? I. 29/11 97. **30**, 391; III. 3/2 82. **5**, 377.

4. Ist ideale Konkurrenz mit dem Vergehen gegen § 115 Abs. 1 St.G.B.'s möglich? IV. 26/6 96. **29**, 11.

1. Was ist unter Störung des öffentlichen Friedens zu verstehen? Setzt die Strafbarkeit das Bewußtsein des Drohenden voraus, daß die Drohung geeignet sei, den öffentlichen Frieden zu stören? I. 2/10 82. **7**, 393. § 126

2. Über die Begriffsmerkmale s. weiter §§ 130. 130a.

Begriff des „sich anschließen" in Abs. 2; muß der sich mit Anschließende selbst Waffen tragen? I. 29/11 97. **30**, 391. § 127

1. Begriff von „Verbindung". Was gehört zur „Teilnahme" an einer solchen? IV. 17/10 93. **24**, 328; III. 23/12 85. **13**, 273; II. 8/11 87. **16**, 294; I. 22/12 87. **17**, 193. Vgl. I. 1/5 82. **6**, 215. § 128

2. Muß die Verbindung auf einen strafbaren Zweck gerichtet sein? II. 4/4 02. **35**, 177.

3. Berücksichtigt § 128 den Zweck der Verbindung? IV. 15/4 92. **35**, 195.

4. Wird der Tatbestand des § 128 dadurch ausgeschlossen, daß die in Deutschland bestehende Verbindung, deren Dasein in Deutschland von der Staatsregierung geheim gehalten werden soll, zugleich im Auslande besteht und dort nach Dasein, Verfassung und Zweck nicht geheim gehalten werden soll? II, III. 18/6 87. **16**, 165.

5. Über Konkurrenz mit hochverräterischem Unternehmen: II, III. 21/10 81. **5**, 60; II, III. 18/6 87. **16**, 165.

§ 129 1. Was ist „Teilnahme an einer Verbindung"? s. St.G.B. § 128.

2. Was ist erforderlich für die Feststellung, daß durch eine Verbindung die Verhinderung der Vollziehung von Gesetzen bezweckt wird? IV. 2/1 85. **11**, 350.

3. Bezeichnet § 129 mit dem Ausdrucke „durch ungesetzliche Mittel" nur den Gebrauch an sich strafbarer Mittel, oder hat das Gesetz eine weitere Bedeutung? I. 28/3 89. **19**, 98.

4. Findet § 129 Anwendung auf einen Verein, welcher bei einer Reichstagswahl für einen Kandidaten Stimmen zu werben bezweckt, wenn dieser Verein vorsätzlich die landesgesetzlich vorgeschriebene Anzeige seiner Versammlungen unterläßt? II. 8/11 87. **16**, 294.

§ 130 1. Was ist unter Anreizung zu Gewalttätigkeiten in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zu verstehen? II. 17/4 88. **17**, 309; III. 10/11 80. **2**, 431.

2. Zum Begriffe der „Gefährdung des öffentlichen Friedens". III. 7/1 95. **26**, 349.

3. Ist zur Annahme einer Gefährdung des öffentlichen Friedens die naheliegende Möglichkeit, daß es zu Gewalttätigkeiten zwischen verschiedenen Klassen der Bevölkerung habe kommen können, erforderlich? I. 22/12 86. **15**, 116.

4. Über „öffentlicher Friede" s. auch § 130a.

5. Kann ein nicht zum äußerlichen Ausdrucke gebrachter Gedanke für die Feststellung des Tatbestands des § 130 verwertet werden? I. 1/6 93. **24**, 189.

6. Kann in der Übersendung einzelner Exemplare einer Druckschrift an eine Sortimentsbuchhandlung zwecks buchhändlerischen Vertriebs eine öffentliche Anreizung im Sinne des § 130 gefunden werden, ohne daß es auf die Feststellung ankommt, ob und an wen die Exemplare tatsächlich vertrieben worden sind? II. 22/5 96. **28**, 387.

7. Zum Begriffe von „Klassen der Bevölkerung". Genügt eine Unterscheidung nach Merkmalen, welche nur in der Vorstellung des Täters vorhanden sind und in der geschichtlichen Entwicklung keine Grundlage finden? II. 29/6 94. **26**, 63; I. 30/1 02. **35**, 96.

8. Begründet die Verschiedenheit der Religion „verschiedene Klassen der Bevölkerung"? II. 10/11 99. **32**, 352.

9. Können Bestandteile der Bevölkerung mit Beziehung auf ihre verschiedene nationale Abstammung als „verschiedene Klassen der Bevölkerung" angesehen werden? II. 10/11 99. **32**, 352; IV. 14/6 98. **31**, 185; II. 17/4 88. **17**, 309.

10. Genügt die Feststellung, es sei zu Gewalttätigkeiten gegen die „Regierung" oder gegen die „Regierenden" angereizt worden, zur Begründung dafür, daß „verschiedene Klassen der Bevölkerung" zu Gewalttätigkeiten angereizt worden seien? III. 4/1 92. **22**, 293.

11. Erfordert § 130, daß die Absicht des Täters auf die Gefährdung des öffentlichen Friedens und auf die Herbeiführung von Gewalttätigkeiten zwischen verschiedenen Bevölkerungsklassen gerichtet ist, oder genügt zu seiner Anwendung ein vorsätzliches Anreizen? II. 8/1 84. **9**, 417; IV. 14/6 98. **31**, 185.

12. Kann das Vergehen des § 130 mit Verübung groben Unfugs ideell konkurrieren? IV. 14/6 98. **31**, 185.

13. Ist bei öffentlich gehaltenen Reden der Kreis der Personen, die für den Begriff der Friedensgefährdung in Betracht kommen, auf die Zuhörer zu beschränken?

Kommt es für diesen Begriff nur auf die Empfindungen der angereizten Bevölkerungsklasse an? II. 31/5 01. **34**, 268.

1. Zur Auslegung des § 130a. Begriff der Staatsangelegenheiten. **§ 130a**
Gehören die Reichstagswahlen dazu? IV. 11/12 85. **13**, 169.

2. Kann der Tatbestand darin gefunden werden, daß eine in unanfechtbarer Weise beendigte Wahl zum Gegenstande der Erörterung gemacht wird? I. 21/10 95. **27**, 429.

3. Was sind Angelegenheiten des Staates im Sinne des § 130a, und was ist eine den öffentlichen Frieden gefährdende Weise der Erörterung von solchen? I. 7/2 89. **18**, 406.

4. Ist die Annahme, ein Religionsdiener habe in Ausübung seines Berufes öffentlich Angelegenheiten des Staates in einer Weise erörtert, welche die Absicht, zu Gewalttätigkeiten unmittelbar oder mittelbar anzureizen, ausschließt, geeignet, das Tatbestandsmerkmal der „Friedensgefährdung" in objektiver oder subjektiver Beziehung zu beseitigen? III. 17/12 88. **18**, 314.

S. zu § 130a auch **16**, 245

1. Was ist unter Tatsachen im Sinne des § 131 zu verstehen? **§ 131**
Sind auch im Inneren des Menschen sich vollziehende Vorgänge, wie Beweggründe, Absichten, Ziele dahin zu rechnen? I. 9/10 93. **24**, 300; IV. 14/11 93. **24**, 387; IV. 13/10 91. **22**, 158; II. 29/11 87. **16**, 368.

2. Trifft § 131 auch zu bei Behauptung von Tatsachen, welche sich auf erdichtete Anordnungen der Obrigkeiten beziehen? IV. 5/10 97. **30**, 263.

3. Was ist unter „verächtlich machen" zu verstehen? Inwiefern

unterscheidet sich der Tatbestand des § 131 von demjenigen des § 101 preuß. St.G.B.'s? II. 23/1 80. **1**, 161.

4. Begriff von Staatseinrichtungen. Kann der Reichstag dahin gerechnet werden? Ist der Begriff anwendbar auf die Regierung, sofern damit ein abstrakter Begriff bezeichnet wird? II. 5/1 97. **29**, 318.

5. Fällt unter den Begriff „Staatseinrichtungen" auch die Gesamtheit der in einem Staate bestehenden Einrichtungen?

Kann die Behauptung, daß Pflichtverletzungen von Beamten oder Behörden begangen seien, als gegen Staatseinrichtungen gerichtet angesehen werden? IV. 5/10 97. **30**, 263.

6. Ist unter „Staatseinrichtung" auch das Rechtsinstitut des Privateigentums zu verstehen? III. 5/10 91. **22**, 253.

7. Umfaßt die Verbotsnorm des § 131 alle dem deutschen Inlande angehörigen Staatseinrichtungen? III. 2/3 91. **21**, 394.

8. Sind unter „Anordnungen der Obrigkeit" auch solche Anordnungen zu verstehen, welche nur einen einzelnen Fall oder eine einzelne Person betreffen? II. 21/6 81. **4**, 297.

9. Können als obrigkeitliche Anordnungen auch Unterlassungen in Betracht kommen? IV. 5/10 97. **30**, 263.

10. Können behördliche Anweisungen, welche sich lediglich auf den inneren dienstlichen Geschäftsverkehr beziehen, als „Anordnungen der Obrigkeit" im Sinne des § 131 angesehen werden? III. 2/6 92. **23**, 151.

11. Wird für den Tatbestand vorausgesetzt, daß sich der Angriff gegen die zur Zeit der Tat bestehende Regierungsgewalt richtet? II. 29/11 87. **16**, 368.

Zu § 131 s. auch **24**, 313.

§ 132 1. Was erfordert der objektive und subjektive Tatbestand des Vergehens? IV. 29/11 95. **27**, 418.

2. Kann durch Zusendung eines nicht mit dem Namen eines Richters unterschriebenen Zahlungsbefehls an den Schuldner das Vergehen begangen werden? IV. 17/6 92. **23**, 205.

3. Was gehört zur Ausübung eines öffentlichen Amts durch Nichtbeamte? III. 7/7 80. **2**, 292.

4. Verstößt ein Beamter gegen § 132, wenn er eine Handlung vornimmt, die nur kraft eines anderen öffentlichen Amts vorgenommen werden darf? IV. 19/2 89. **18**, 430.

5. Unterliegt der Auktionator der Strafbestimmung des § 132, wenn er eine Versteigerung vornimmt, für deren Vornahme er nicht angestellt ist? I. 28/3 88. **17**, 291.

6. Unter welchen Voraussetzungen macht sich ein nicht öffentlich bestellter Fleischbeschauer durch die Ausstellung eines Attestes über das Ergebnis seiner Untersuchung eines Vergehens aus § 132 schuldig? II. 20/9 81. **4**, 421.

7. Kann die Vornahme einer Amtshandlung darin gefunden werden, daß eine Privatperson als solche einer anderen im Einverständnisse mit derselben außergerichtlich zur Bekräftigung der Wahrheit einer Be-

hauptung den Eid in Form des § 61 St.P.O. abnimmt? III. 13/6 01. **34**, 288.

8. Gehören kirchliche Ämter zu den öffentlichen Ämtern, deren Anmaßung nach § 132 strafbar ist? I. 13/3 84. **10**, 199.

9. Wie ist die den Geschworenen vorgelegte Frage zu fassen, wenn der Eröffnungsbeschluß dem Angeklagten Zuwiderhandlung gegen beide Alternativen des § 132 zur Last legt? II. 10/3 99. **32**, 85.

S. zu § 132 auch **26**, 13.

1. Kann das Vergehen auch von demjenigen begangen werden, dem die Sache amtlich übergeben ist? Können die Tatbestände von § 133 und § 348 Abs. 2 St.G.B.'s ideell konkurrieren? I. 8/11 80. **2**, 425; II. 9/6 85. **12**, 247. § 133

2. Ist eine unbewegliche Sache als Objekt des Vergehens denkbar? II. 22/6 80. **2**, 118.

3. Können auch Register, welche keine Urkunden sind, Gegenstand des Vergehens sein? II. 25/11 82. **7**, 252.

4. Stehen Urkunden, welche im Wege der Ersatzzustellung gemäß § 181 C.P.O. (1898) der Ehefrau des Adressaten durch einen Beamten übergeben, von dieser aber dem Adressaten nicht ausgehändigt, sondern vernichtet sind, unter dem strafrechtlichen Schutze des § 133? III. 12/12 01. **35**, 28.

5. Wann ist eine Sache „amtlich übergeben“ oder „amtlich aufbewahrt“ im Sinne des § 133? Ist der Regel nach das Tatbestandsmerkmal als gegeben anzunehmen, wenn ein Organ der Staatsgewalt über einen Gegenstand amtlich verfügt hat in einer Weise, die erkennen läßt, daß die Eigenschaft desselben als eines der Verfügung der Staatsgewalt vorbehaltenen fortzudauern hat? I. 15/5 84. **10**, 387; IV. 19/5 96. **28**, 379.

6. Ist unter „amtlicher Übergabe“ nur eine Übergabe kraft eines Staats- oder öffentlichen Amts zu verstehen? IV. 12/1 97. **29**, 321.

7. Ist ein Schriftstück einem Beamten auch dann noch „amtlich übergeben“, wenn der Beamte das Schriftstück einem anderen unter der Auflage der Rücklieferung behändigt hat? II. 28/6 89. **19**, 319.

8. Greift § 133 Platz, wenn jemand eine Postkarte aus der Sammeltasche des Postboten vorsätzlich beiseite schafft? II. 13/11 91. **22**, 204.

9. Hört die amtliche Aufbewahrung eines Gegenstandes dadurch auf, daß die amtliche Eigenschaft des Beamten, in dessen Aufbewahrung der Gegenstand gekommen ist, erlischt? IV. 10/1 96. **28**, 107.

10. Fällt die Entwendung von Gegenständen, welche zum Verbrauche der betreffenden Amtsstelle bestimmt sind, unter § 133? I. 13/11 93. **24**, 385.

11. Gehört die für den Adressaten bestimmte Abschrift einer Zustellungsurkunde, solange sie in den Händen des zustellenden Postboten sich befindet, zu den „amtlich übergebenen Gegenständen“ im Sinne des § 133? II. 19/10 00. **33**, 413.

12. Was ist unter „Beiseiteschaffen“ zu verstehen? Gehört dazu notwendig ein positives Handeln?

Ist eine Urkunde von einem Beamten dadurch beiseite geschafft, daß er die Urkunde, von gleichzeitig in amtlichen Einlauf gelangten Aktenstücken abgesondert, geschäftsordnungswidrig behandelt und einem Vorgesetzten verheimlicht hat? II. 9/6 85. **12**, 247; II. 13/2 85. **12**, 67; I. 28/2 84. **10**, 189.

13. Kann sich jemand einer Beiseiteschaffung dadurch schuldig machen, daß er den Verwahrer eines Gegenstandes durch Täuschung zur freiwilligen Herausgabe desselben veranlaßt? II. 13/2 85. **12**, 67.

14. Kann das Durchstreichen von Worten auf einer Urkunde als ein Beschädigen der Urkunde im Sinne des § 133 angesehen werden? II. 28/6 89. **19**, 319.

15. Was erfordert der subjektive Tatbestand des § 133? Ist die Anwendung des § 133 ausgeschlossen durch die irrige Meinung des Täters, daß die Bestimmung von Akten zum Einstampfen den Begriff der amtlichen Aufbewahrung aufhebe? I. 10/11 92. **23**, 283.

16. Ist die Anwendung des § 133 ausgeschlossen durch die irrige Meinung des Täters, vermöge öffentlichen Rechts oder aus einem anderen Grunde zur Verfügung über die bezügliche Urkunde berechtigt zu sein? II. 29/10 95. **27**, 401; II. 19/10 00. **33**, 413.

17. Liegt gewinnsüchtige Absicht in dem Sinne des Abs. 2 nicht vor, wenn der Täter die Akten nicht als solche zur Erlangung eines Gewinnes verwenden, sondern sie nur als altes Papier (Makulatur) verwerten wollte? IV. 12/2 92. **22**, 331.

18. Über die identischen Begriffsmerkmale s. zugleich § 348 Abs. 2. S. zu § 133 auch **17**, 103.

§ 135 Zum Begriffe „öffentliches Zeichen der Autorität“. II. 10/5 98. **31**, 143.

§ 136 1. Erfordert der Tatbestand das Bewußtsein des Täters, daß er unbefugt ein amtliches Siegel erbricht, ablöst oder beschädigt? II. 11/12 94. **26**, 308.

2. Ist die Anwendung des § 136 davon abhängig, daß der Beamte das Siegel in Ausübung der durch sein Amt begründeten Befugnisse angelegt hat? II. 13/2 83. **8**, 35; III. 27/4 91. **22**, 5.

3. Kann der zur Anwendung des § 136 erforderliche amtliche Verschluß durch die Anlegung von Siegelmarken bewirkt werden? III. 22/12 80. **3**, 286.

4. Ist das Abreißen einer sog. Pfändungsanzeige, in welcher die gepfändeten Gegenstände bezeichnet sind, und welche, mit dem Dienstsiegel des Gerichtsvollziehers versehen, am Verwahrungsorte der Pfandobjekte angebracht ist, aus § 136 zu bestrafen? I. 24/1 89. **18**, 388.

5. Ist die Beseitigung amtlicher Siegelmarken, welche der mit der Vornahme der Zwangsvollstreckung beauftragte Gerichtsvollzieher ange-

legt hat, straflos, wenn der Vorschrift des § 750 C.P.O. zuwider mit der Zwangsvollstreckung vor Zustellung des Urteils begonnen worden ist? IV. 18/10 01. **34**, 398.

1. Gehören zu den in § 137 erwähnten Sachen auch Forderungen? Pl. 8/3 93. **24**, 40; I. 8/12 81. **5**, 204. Vgl. II. 8/5 85. **12**, 184. § 137

2. Ist bei der Pfändung einer Hypothekforderung der Hypothekurkunde als Zubehör der Forderung die Eigenschaft einer in Beschlag genommenen körperlichen Sache beizulegen? II. 28/4 93. **24**, 161; II. 22/12 82. **7**, 360.

3. Kann in der bei Pfändung eines Anspruchs auf Herausgabe einer beweglichen körperlichen Sache gemäß § 746 C.P.O. vom 30. Januar 1877 getroffenen Anordnung, die Sache an einen vom Gläubiger zu beauftragenden Gerichtsvollzieher herauszugeben, eine Verstrickung der Sache gefunden werden? IV. 2/6 93. **24**, 202; Vgl. I. 16/11 82. **7**, 292.

4. Genügt zur Annahme einer unter dem Schutze des § 137 stehenden Pfändung, daß der vollziehende Beamte in abstracto zur Pfändung befugt und örtlich zuständig war? IV. 14/12 94. **26**, 287; I. 3/1 84. **9**, 403.

5. Gehört zum Tatbestande des § 137, daß die der Verstrickung entzogene Sache durch eine rechtmäßige Amtshandlung des zuständigen Beamten gepfändet war? IV. 16/4 89. **19**, 164.

6. Kommt der Schutz des § 137 einer Pfändung zu, welche der Gerichtsvollzieher vorgenommen hat in der nach pflichtmäßigem Ermessen gewonnenen Überzeugung, daß die Voraussetzungen der Pfändung gegeben seien? II. 6/2 94. **25**, 108.

7. Inwieweit wird die Anwendung des § 137 dadurch ausgeschlossen, daß es an den gesetzlichen Voraussetzungen für die Pfändung der der Verstrickung entzogenen Gegenstände gefehlt hat, oder daß bei der Pfändung gesetzliche Vorschriften nicht beobachtet worden sind? I. 3/1 84. **9**, 403; I. 27/5 89. **19**, 287.

8. Welchen Einfluß übt die Verletzung civilprozessualer Vorschriften, insbesondere der §§ 671. 808. 815 C.P.O. vom 30. Januar 1877 bei der durch einen Gerichtsbeamten ausgeführten Beschlagnahme eines Grundstücks auf die Feststellung des Tatbestandes des § 137? IV. 25/5 86. **14**, 151.

9. Sind Sachen wirksam gepfändet, bezüglich deren der Gerichtsvollzieher nur erklärt hat, daß er sie mit Beschlag belege und die Wegschaffung verbiete, ohne die Formen der Pfändung anzuwenden? Kann in einem solchen Falle die Beiseiteschaffung Bestrafung nach § 137 zur Folge haben? II. 21/4 82. **6**, 227; III. 28/9 81. **5**, 35; I. 16/11 82. **7**, 292. Vgl. I. 16/9 80. **2**, 230.

10. Erfordernisse des Pfändungsvollzugs nach § 712 C.P.O. vom 30 Januar 1877. Begriff des „Ersichtlichmachens". IV. 1/11 99. **32**, 316; I. 25/10 88. **18**, 163.

11. Ist die Fortdauer der Wirkung einer rechtsgültigen Pfändung von Beobachtung der in § 712 C.P.O. vom 30. Januar 1877 vorgeschriebenen Maßregeln bedingt? III. 17/10 87. **16**, 273; I. 25/10 88. **18**, 163.

12. Können auf Grund eines erwirkten allgemeinen Arrestbefehls auf dem Stamm stehende Bäume vom Gerichtsvollzieher rechtswirksam mit Beschlag belegt werden? II. 4/1 81. **3**, 174.

13. Ist das Recht der Verwaltungsbehörden, unbestrittene Forderungen des Fiskus aus privatrechtlichen Titeln selbst zur Exekution zu bringen, durch § 4 E.G. zur C.P.O. vom 30. Januar 1877 beseitigt? III. 31/1 87. **15**, 323.

14. Erfordert die Beschlagnahme von Überführungsstücken nach Maßgabe der §§ 94 flg. St.P.O., um eine Verstrickung im Sinne des § 137 herzustellen, eine Besitzergreifung seitens der Behörde, oder genügt dazu eine bloße Beschlagnahmeverfügung? IV. 19/6 88. **18**, 71.

15. Ist in einer ehrengerichtlichen Untersuchung wider einen Rechtsanwalt der Untersuchungsrichter zu Beschlagnahmen zuständig? II. 13/6 84. **10**, 425.

16. Ist im Geltungsbereiche des preußischen Landrechts ein Polizeibeamter befugt, ein im Marktverkehr angetroffenes Nahrungsmittel, welches gesundheitsschädlich erscheint, zum Zwecke näherer Untersuchung in Beschlag zu nehmen? Sind dabei die Vorschriften der St.P.O. über die Beschlagnahme maßgebend? II. 23/10 83. **9**, 121.

17. Über Wirksamkeit der Beschlagnahme, welche der von einem Tierschutzverein mit Genehmigung der Staatsbehörde angestellte Hundefänger ausgeführt hat: II. 19/3 97. **30**, 29.

18. Ist ein Hund als in Beschlag genommen anzusehen, wenn auf Grund einer Polizeiverordnung ein von der Polizeibehörde angestellter Händefänger den Hund abfängt und in einen der Behörde gehörigen Raum verbringt? IV. 12/2 92. **22**, 364.

19. Wird durch ein nach österreichischem Civilprozeßrechte erlassenes „Verbot auf fahrende Güter" eine Beschlagnahme im Sinne des § 137 begründet? IV. 17/2 93. **24**, 10.

20. Sind Grenzzollbeamte und Gendarmen zuständig für die Beschlagnahme von Gegenständen, welche einem Einfuhrverbote zuwider aus dem Auslande nach Preußen eingeführt worden sind? IV. 4/7 90. **21**, 47.

21. Schließt das gemäß § 156 V.Z.G.'s eingetretene Eigentum des Staates an der beschlagnahmten Sache das Fortbestehen einer Beschlagnahme und damit die Anwendbarkeit des § 137 aus? II. 4/5 86. **14**, 112.

22. Liegt das Vergehen des § 137 vor, wenn ein von der Polizei aus sanitätspolizeilichen Gründen vergrabener Gegenstand von dritten Personen wieder ausgegraben und in Besitz genommen wird? IV. 25/3 87. **15**, 388.

23. Enthält die Eröffnung des Konkurses eine unter dem Strafschutze des § 137 stehende Beschlagnahme der zur Konkursmasse gehörigen Sachen? II. 6/7 86. **14**, 286.

24. Ist in dem Erlasse eines allgemeinen Veräußerungsverbots nach § 98 K.O. vom 10. Februar 1877 an sich schon eine Verstrickung im Sinne des § 137 zu erblicken? III. 5/12 89. **20**, 244.

25. Ist die Erklärung des Konkursverwalters, daß er eine im Besitze des Gemeinschuldners befindliche Sache für die Konkursgläubiger mit Beschlag belege, geeignet, eine Beschlagnahme im Sinne des § 137 herbeizuführen? II. 19/3 89. **19**, 85.

26. Über die nach preußischem Rechte durch die Einleitung der Subhastation eintretende Beschlagnahme des Grundstücks, der Früchte und Pertinenzien. II. 16/4 80. **1**, 368; II. 9/3 83. **8**, 113.

27. Dauer der infolge der Subhastation eingetretenen Beschlagnahme eines Grundstücks. II. 9/3 83. **8**, 113; IV. 18/3 98. **31**, 80.

28. Über den Umfang der nach preußischem Rechte durch Einleitung der Zwangsverwaltung eines Grundstücks eintretenden Beschlagnahme. II. 10/4 96. **28**, 307; IV. 19/5 96. **28**, 379.

29. Ist in Preußen auch außer dem Falle der Subhastation, Sequestration und Administration eine Beschlagnahme von Gebäuden im Sinne des § 137 möglich? II. 2/4 80. **1**, 287; III. 5/12 89. **20**, 244.

30. Können in Bayern bewegliche Gegenstände, die als Zubehör von Grundstücken im Hypothekenbuche eingetragen und verpfändet sind, vor der Beschlagnahme der Grundstücke im Subhastationsverfahren rechtswirksam gepfändet werden? I. 26/10 96. **29**, 123.

31. Was ist erforderlich, um in Bayern die Eigenschaft beweglicher Gegenstände als Zubehörstücke von Liegenschaften durch Privatwillen zu begründen? I. 18/6 83. **8**, 422.

32. Ist es widerrechtlich im Sinne des § 137, wenn der Vermieter vermöge seines Pfandrechts an den Illaten des Mieters zu den letzteren gehörige Gegenstände, welche an einen dritten Gläubiger verpfändet worden sind, zu seiner eigenen Sicherung beiseite schafft?

Erfordert das Vergehen des § 137, daß durch das Beiseiteschaffen verstrickter Gegenstände dem Gläubiger ein Schaden erwachsen ist? II. 16/3 83. **8**, 117.

33. Wann ist das Beiseiteschaffen einer verstrickten Sache vollendet? II. 18/1 81. **3**, 255.

34. Kann die Entziehung von Sachen aus der Verstrickung dadurch bewirkt werden, daß an Stelle der vom Gerichtsvollzieher gepfändeten Sachen andere untergeschoben werden und der Gerichtsvollzieher zur Versteigerung der letzteren veranlaßt wird? IV. 14/1 87. **15**, 205.

35. Ist es ein Entziehen aus der Verstrickung, wenn jemand Sachen, welche ihm gepfändet, aber in seinem Gewahrsam belassen sind, bei Verlegung des Wohnsitzes an den neuen Wohnort mitnimmt? II. 12/2 89. **18**, 410.

36. Kann ein Gerichtsvollzieher die von einem anderen Gerichtsvollzieher in einer anderen Streitsache gepfändeten Gegenstände dadurch der Verstrickung entziehen, daß er die Gegenstände unter Nichtachtung der früheren Pfändung nochmals pfändet? III. 12/4 83. **8**, 256.

37. Was ist für den subjektiven Tatbestand des Vergehens notwendig? Ist Eventualdolus ausreichend? II. 13/6 84. **10**, 425.

38. Inwiefern ist der Dolus durch die irrige Annahme, daß eine Verstrickung nicht wirksam erfolgt sei oder ihre Wirksamkeit verloren habe, als ausgeschlossen anzusehen? II. 11/12 94. **26**, 308; II. 6/2 94. **25**, 108; I. 27/5 89. **19**, 287; II. 6/7 86. **14**, 286; II. 13/6 84. **10**, 425; II. 16/4 80. **1**, 368; I. 11/3 80. **1**, 272.

39. Kann der Käufer gepfändeter Gegenstände, welcher sich dieselben ohne Wissen, daß sie inzwischen gepfändet wurden, vom Verkäufer, in dessen Gewahrsam sie belassen waren, übergeben ließ, demnächst aber von der Pfändung Kenntnis erhielt und gleichwohl die Objekte verbrauchte, wegen Pfandbruches oder Teilnahme an solchem bestraft werden? I. 27/5 89. **19**, 287.

40. Können die Tatbestände von § 137 und § 288 St.G.B.'s ideell konkurrieren? II. 10/1 88. **17**, 42.

41. Können die Tatbestände von § 137 und § 133 St.G.B.'s ideell konkurrieren? IV. 19/5 96. **28**, 379.

S. zu § 137 auch **2**, 318.

§ 138 1. Greift die Strafbestimmung auch Platz, wenn unwahre Tatsachen als Entschuldigung vorgeschützt werden, um die Wiederaufhebung der wegen Pflichtversäumnis verhängten Ordnungsstrafe zu erwirken? IV. 19/1 97. **29**, 316; I. 21/2 89. **18**, 442.

2. Können die Tatbestände der §§ 138 und § 263 St.G.B.'s ideell konkurrieren? I. 21/2 89. **18**, 442.

§ 139 1. Ist im Verfahren vor dem Schwurgerichte die Stellung einer Hülfsfrage über den Tatbestand des § 139 St.G.B.'s deshalb ausgeschlossen, weil das Hauptverfahren nur wegen Anstiftung zu dem bezüglichen Verbrechen eröffnet und die Eröffnung wegen Vergehens gegen § 139 a. a. O. abgelehnt worden war? I. 4/11 95. **28**, 12.

2. Kann bei einer Untersuchung gegen zwei Personen wegen gemeinschaftlicher vorsätzlicher Brandstiftung die Anklage gegen einen der Mittäter auf Nichtanzeige von der Brandstiftung des anderen Mittäters als auf eine im Sinne des § 263 St.P.O. identische Tat ausgedehnt werden? III. 5/4 86. **14**, 78.

3. Greift die dem Anzeigepflichtigen in § 139 gelassene Wahl, ob er die Anzeige der Behörde oder der durch das Verbrechen bedrohten Person machen will, bei Kenntnis eines jeden der dort genannten Verbrechen Platz, insbesondere bei Kenntnis von dem Vorhaben des Inbrandsetzens eines zu gottesdienstlichen Versammlungen bestimmten Gebäudes? II. 4/1 84. **9**, 384.

4. Inwiefern muß die durch § 139 auferlegte Pflicht zur Anzeige des auf die Begehung eines gemeingefährlichen Verbrechens gerichteten Vorhabens auch noch nach dessen Vollendung erfüllt werden? I. 7/6 86. **14**, 214.

5. Trifft die Vorschrift des § 139 auch denjenigen, welcher eine Straftat mit einem anderen verabredet hat, ohne an der Ausführung sich zu beteiligen? III. 25/9 80. **3**, 1.

6. Trifft die Anzeigepflicht auch die nahen Angehörigen desjenigen, der eins der in § 139 bezeichneten Verbrechen beabsichtigt? III. 15/5 80. **2**, 57.

S. zu § 139 auch **18**, 191; **21**, 78.

1. Einfluß der sog. Bancroft'schen Verträge (norddeutsch-amerikanischen Vertrags vom 22. Februar 1868 rc) auf die Bestrafung eines nach Nordamerika ausgewanderten Deutschen wegen Verletzung der Wehrpflicht: I. 18/2 97. **29**, 391; III. 20/1 96. **28**, 127. § 140

2. Über Verjährung des Vergehens des Abs. 1: S. Reichsmilitärgesetz vom 2. Mai 1874.

3. Ist das Vergehen des § 140 Nr. 1 ein Dauervergehen? Wann ist die Einleitung des Verfahrens zulässig? I. 28/9 91. **22**, 161.

4. Über Erlöschen der Militärpflicht durch Verlust der Staatsangehörigkeit s. Gesetz über die Erwerbung und den Verlust der Bundes- und Staatsangehörigkeit vom 1. Juni 1870.

5. Über Bedeutung des § 11 des Reichsmilitärgesetzes vom 2. Mai 1874 für die Militärpflicht s. dort.

6. Ist die zum Tatbestande des § 140 Nr. 1 gehörige „Absicht" gleichbedeutend mit „Vorsatz"? I. 15/10 00. **33**, 399; IV. 1/11 84. **11**, 380.

7. Kann in der Handlungsweise eines Wehrpflichtigen, welcher in der Absicht, sich dem Eintritte in den Dienst des stehenden Heeres zu entziehen, die Heimat verlassen, seine Reise bis zu einem Hafenorte fortgesetzt und sich daselbst mit einem Passagierbillet zur Überfahrt nach Amerika versehen hat, an welcher er sodann durch seine Verhaftung gehindert ist, ein Versuch gefunden werden? III. 20/11 80. **3**, 136.

8. Inwieweit greift bei dem Vergehen des § 140 der Grundsatz „ne bis in idem" Platz? II. 25/3 81. **3**, 437.

9. Über das bei Anklagen aus § 140 stattfindende besondere Verfahren s. § 472 St.P.O. (**2**, 351 und **10**, 152).

S. zu § 140 auch **12**, 125; **26**, 427; **28**, 24; **30**, 326.

1. Gehören die vorläufig in die Heimat beurlaubten Rekruten zu den deutschen Soldaten im Sinne des § 141? § 141

Wird der der Beförderung der Desertion Angeklagte entschuldigt durch den Mangel der Wissenschaft, daß der Desertierte deutscher Soldat war? I. 15/12 94. **26**, 314.

2. Kann ein zu einer militärischen Übung einberufener Reservist Desertion begehen, auch wenn seine persönliche Wiedereinstellung in den Truppenteil nicht erfolgt ist? I. 21/4 92. **23**, 81.

3. Wann ist die Desertion vollendet? I. 3/2 81. **3**, 375.

6*

4. Wann wird das Verbrechen der Desertion durch eigenmächtige Entfernung des Fahnenflüchtigen von der Truppe oder Dienststellung vollendet?

Hat die Desertion die Natur eines dauernden Verbrechens und ist mithin eine Beförderung derselben auch noch möglich, nachdem der Fahnenflüchtige sich von der Truppe oder Dienststellung entfernt hat?

Begriff der Entfernung. III. 1/2 82. **6**, 7.

5. Verlangt § 141 zur Vollendung der vorsätzlichen Verleitung zum Desertieren und zur Vollendung der vorsätzlichen Beförderung der Desertion, daß die Desertion selbst vollendet sei?

Kann ein Versuch der vorsätzlichen Beförderung der Desertion dann vorliegen, wenn die Desertion selbst bloß versucht worden ist? I. 10/11 81. **5**, 125.

6. Kann ein Versuch der vorsätzlichen Beförderung der Desertion auch dann vorliegen, wenn seitens desjenigen, dessen Desertion befördert werden sollte, nicht einmal ein Versuch der Desertion vorhanden ist? I. 13/4 82. **6**, 167.

7. Kann eine Beförderung der Desertion auch in einer vor der Desertion erfolgten Belehrung oder Auskunft über Schritte, welche nach Ausführung der Desertion durch den Deserteur vorzunehmen seien, liegen? I. 20/1 81. **3**, 280.

§ 142 1. Erfordert § 142 die Herbeiführung einer absoluten Untauglichkeit zur Erfüllung der Wehrpflicht? III. 5/4 83. **8**, 214.

2. Ist der Wehrpflichtige, welcher sich durch Zufügung einer ersichtlich in kurzer Zeit vorübergehenden Gesundheitsstörung vorsätzlich für eine vierzehntägige Reserveübung dienstunfähig macht, nach § 142 zu bestrafen? IV. 15/5 00. **33**, 280.

§ 143 1. Ist in der Vorspiegelung von Symptomen hochgradiger Kurzsichtigkeit die Anwendung „auf Täuschung berechneter Mittel" zu finden? IV. 4/12 96. **29**, 218.

2. Was versteht § 143 unter „auf Täuschung berechneten Mitteln"? Was heißt „sich teilweise entziehen"? Fer. 26/7 83. **9**, 88.

S. zu § 143 auch **33**, 280.

§ 145 S. Kaiserl. Verordn. vom 7. Januar 1880.

§ 145a Was gehört zum Tatbestande des in § 145a vorgesehenen Vergehens? IV. 29/6 00. **33**, 329.

Achter Abschnitt (§§ 146—152).

Münzverbrechen und Münzvergehen.

§ 146 Ist der Tatbestand der Falschmünzerei und Münzfälschung ausgeschlossen, wenn der Zweck des Täters nicht dahin geht, die Falschstücke

in Verkehr zu bringen, sondern nur dahin, dieselben als echtes Geld im Rechtsverkehre vorzuzeigen? II. 28/5 86. **14**, 161.

S. zu § 146 auch **23**, 50.

1. Welchen Begriff verbindet § 147 mit „nachgemachtem Gelde“? Setzt § 147 voraus, daß derjenige, welcher nachgemachtes Geld „sich verschafft“, die Unechtheit desselben gekannt hat? I. 27/3 82. **6**, 142. § 147

2. Setzt die Anwendung des § 147 gegen den, welcher nachgemachtes oder verfälschtes Geld sich verschafft und solches in Verkehr bringt, voraus, daß derselbe das Geld als echtes in Verkehr gebracht habe? II. 30/4 80. **1**, 408.

3. Setzt der Tatbestand des § 147 voraus, daß das nachgemachte oder verfälschte Geld, welches der Täter sich verschafft hat, kein ausländisches, sondern deutsches Geld sei? II. 11/7 82. **6**, 441.

4. Was ist zum Tatbestande des Versuchs zur Verbreitung falschen Geldes im Sinne des § 147 erforderlich? IV. 20/5 87. **16**, 111.

5. Liegt reale Konkurrenz mehrerer Münzverbrechen vor, wenn jemand falsches Geld, das er sich auf einmal verschafft hat, in Teilbeträgen ausgibt? I. 4/12 79. **1**, 25.

S. zu § 147 auch **14**, 161.

1. Unterliegen ausländische Prämienpapiere mit falschem Stempel der Einziehung im objektiven Strafverfahren? I. 11/4 92. **23**, 50. § 152

2. Ist nach § 152 alles nachgemachte oder verfälschte Geld einzuziehen, oder nur solches Geld, welches Gegenstand eines der in §§ 146. 147 bezeichneten Verbrechen war?

Darf im sog. objektiven Verfahren auf Einziehung nachgemachten oder verfälschten Geldes erkannt werden, wenn in demselben die Person des Fälschers ermittelt, dieser aber in einem vorausgegangenen Verfahren rechtskräftig freigesprochen ist? II. 28/5 86. **14**, 161.

Neunter Abschnitt (§§ 153—163).

Meineid.

1. Kann sich des Verbrechens jemand schuldig machen, der nach gesetzlicher Bestimmung zum Eide nicht zugelassen werden durfte? S. unten § 154 und St.P.O. § 56. § 153

2. Über Eidesleistung durch einen dazu Unfähigen s. unten § 156.

3. Über den Begriff des „auferlegten Eides“. Ist der bei der Verklarung von den zugegangenen Personen der Schiffsbesatzung nach Art. 493 Abs. 2 H.G.B.'s von 1869 zu leistende Eid ein auferlegter Eid? III. 29/4 89. **19**, 218.

4. Ist es auf die Strafbarkeit des wissentlich falsch geleisteten Parteieids von Einfluß, daß dieser nach den Vorschriften des Civilprozesses unzulässig war? I. 1/11 81. **5**, 124.

5. Kann § 153 Anwendung finden bei wahrheitswidriger Ableistung eines Kompromißeides? III. 8/10 81. **5**, 94.

6. Bedarf es für die Verurteilung nach § 153 der ausdrücklichen Feststellung, daß die Leistung des Eides vor einer zur Abnahme von Eiden zuständigen Behörde erfolgt ist? Fer. 9/9 87. **16**, 186.

7. Ist ein wissentlich falscher Eid, den ein Ausländer vor dem bei der inländischen Regierung beglaubigten Gesandten seines Heimatsstaates ableistet, als im Inlande geleistet strafbar? II. 26/11 80. **3**, 70.

8. Ist die konkrete Zuständigkeit der betreffenden Behörde zur Abnahme des Eides notwendig? II. 19/1 97. **29**, 337. S. auch unten § 156.

9. Kommt es für die Strafbarkeit darauf an, daß der falsch beschworene Umstand irgendwie von Bedeutung war? II. 29/4 84. **10**, 338.

10. Ist auch bei einer Schätzung eine falsche Eidesleistung möglich? IV. 11/12 96. **29**, 247.

11. Macht sich der den Offenbarungseid gemäß § 711 C.P.O. vom 30. Januar 1877 leistende Schuldner einer falschen Eidesleistung schuldig, wenn er in das eidlich bekräftigte Verzeichnis ihm nicht gehörige Vermögensgegenstände aufnimmt? IV. 15/11 95. **27**, 417.

12. Über die Fragestellung im schwurgerichtlichen Verfahren. III. 11/6 81. **4**, 313.

13. Über den Versuch des Meineids s. unten § 154.

14. Sind es zwei selbständige Straftaten, wenn ein geleisteter Offenbarungseid, welcher die Versicherung richtig erfolgter Angabe des Vermögens und das Versprechen, das etwa noch aufzufindende getreu angeben zu wollen, enthält, sowohl nach der assertorischen als der promissorischen Seite verletzt wird? II. 12/4 81. **4**, 76.

§ 154 1. Ist die Anwendung dadurch ausgeschlossen, daß die eidliche Vernehmung unzulässig war, insbesondere gegen § 56 St.P.O. verstieß? II. 14/11 93. **25**, 30; III. 26/3 81. **4**, 32; I. 23/2 80. **1**, 217. S. auch § 156.

2. Kann ein Zeuge durch wissentliche Ablegung einer dem Gesetze nicht entsprechenden Beteuerungsformel sich des Versuchs eines Meineids schuldig machen? I. 27/3 93. **24**, 91.

3. In welchem Zeitpunkte wird der Meineid vollendet, der in wissentlicher Verletzung des vor der Vernehmung als Zeuge in einer Strafsache geleisteten Eides besteht? I. 21/4 92. **23**, 86; III. 15/3 86. **14**, 19; IV. 15/1 92. **22**, 363.

4. Inwiefern finden die Vorschriften des § 46 St.G.B.'s über Straflosigkeit des Versuchs Anwendung? IV. 15/1 92. **22**, 363.

5. Führt es zur Aufhebung des Urteils, wenn in der den Geschworenen vorgelegten Frage das Merkmal „vor einer zur Abnahme von Eiden zuständigen Behörde“ nicht aufgenommen ist? I. 9/2 91. **21**, 321.

6. Inwieweit kann in dem wissentlichen Verschweigen eines erheblichen Tatumstandes das Verbrechen des § 154 gefunden werden? III. 23/11 82. **7**, 321.

7. Kann sich ein Zeuge eines Meineids schuldig machen durch falsche Beantwortung einer seine Vorbestrafung betreffenden Frage? III. 5/5 80. **2**, 44.

8. Umfaßt der Eid des Sachverständigen auch die richtige Beantwortung der Personalfragen? I. 17/2 90. **20**, 235; II. 31/3 85. **12**, 128. Vgl. I. 8/5 82. **6**. 267.

9. Über Begriff von „Behörde", „zuständige Behörde" s. unten § 156.

10. Über Verklärungseid s. § 153.

S. zu § 154 auchh **8**, 177; **10**, 338.

1. Ist eine Versicherung unter Berufung auf den in derselben Angelegenheit geleisteten Eid im Sinne der Nr. 2 auch dann anzunehmen, wenn prozeßrechtlich nicht dasselbe Vorverfahren oder dasselbe Hauptverfahren vorliegt? III. 3/5 97. **30**, 130; IV. 15/5 88. **17**, 409. § 155

2. Findet eine Bestrafung aus Nr. 3 statt, wenn ein Beamter, der in einer Disziplinaruntersuchung vernommen wird, ein falsches Zeugnis unter Berufung auf seinen Diensteid ablegt? IV. 24/1 94. **25**, 96.

3. Ist den Mitgliedern der bürgerlich religiösen Gemeinde Kornthal in Württemberg der Gebrauch einer Beteuerungsformel an Stelle des Eides gestattet? I. 27/3 93. **24**, 91.

4. Kommt für die Form der Versicherung auf den früher geleisteten Eid etwas darauf an, ob der frühere Eid promissorisch, oder assertorisch geleistet war? II. 28/3 82. **6**, 145.

5. Genügt es, wenn ein ein- für allemal beeideter Sachverständiger von dem Vorsitzenden auf den allgemein geleisteten Eid hingewiesen worden ist? II. 10/12 80. **3**, 100.

1. Inwieweit wird die Strafbarkeit durch mangelnde Einsicht in das Wesen der eidesstattlichen Versicherung ausgeschlossen? III. 18/11 95. **28**, 87. § 156

2. Begriff und Inhalt einer eidesstattlichen Versicherung. II. 28/12 86. **15**, 126.

3. Ist der Tatbestand des Vergehens gegeben, wenn ein Rechtsanwalt die schriftliche eidesstattliche Versicherung seines Mandanten, welche nach dem Willen dieses nur zum Vorhalte an den Gegner benutzt werden sollte, dem Gerichte überreicht? III. 4/12 99. **32**, 435.

4. Wird die Strafbarkeit der falschen Versicherung an Eidesstatt durch die Zulässigkeit der Abnahme einer solchen Versicherung in der betreffenden Angelegenheit bedingt? I. 13/11 82. **7**, 275. Vgl. II. 25/6 80. **2**, 123.

5. Unter welchen Voraussetzungen ist eine Behörde zur Abnahme einer Versicherung an Eidesstatt zuständig? Wird die Zuständigkeit im konkreten Falle oder nur nach dem Gegenstande der Versicherung an sich vorausgesetzt? II. 11/12 85. **13**, 161; II. 28/12 88. **18**, 309; Pl. 23/10 89. **19**, 414; II. 29/10 95. **28**, 8. Vgl. II. 25/6 80. **2**, 123.

6. Zur Bestimmung des Begriffs von „Behörde". Ist der Notar im Geltungsbereiche der preußischen Allgemeinen Gerichtsordnung eine Behörde?

Ist die auf Grund des § 3 Abs. 2 Satz 2 des preußischen Gesetzes vom 12. März 1869, betr. die Ausstellung gerichtlicher Erbbescheinigungen, zum notariellen Protokolle aufgenommene Erklärung im Sinne des § 156 eine vor einer zuständigen Behörde abgegebene eidesstattliche Versicherung? Pl. 14/11 88. **18**, 246; IV. 24/2 88. **17**, 341.

7. Ist die Versicherung an Eidesstatt im Strafprozesse ein zulässiges Beweismittel, um eine tatsächliche Behauptung glaubhaft zu machen, und das zur Entscheidung berufene Gericht hiernach eine zur Abnahme solcher Versicherungen zuständige Behörde?

Fällt die wissentlich falsche Abgabe einer Versicherung an Eidesstatt auch dann unter den § 156, wenn sie in einem Strafverfahren bei dem Gerichte eingereicht wird, um die Aussetzung der Strafvollstreckung nach Maßgabe des § 400 Abs. 2 St.P.O. zu erlangen? II. 29/10 95. **28**, 8.

8. Kennt die Strafprozeßordnung Versicherungen an Eidesstatt im Sinne des § 156 seitens eines Zeugen? I. 27/3 93. **24**, 91.

9. Ist die Versicherung an Eidesstatt im Civilprozesse ein zulässiges Beweismittel, um eine tatsächliche Behauptung glaubhaft zu machen, und der Prozeßrichter hiernach eine zur Abmachung solcher Versicherungen zuständige Behörde? Pl. 23/10 89. **19**, 414; II. 5/12 82. **7**, 287.

10. Ist der Richter, dem eine Behauptung gemäß § 266 C.P.O. vom 30. Januar 1877 glaubhaft zu machen ist, zur Abnahme einer von der Partei selbst ihm entgegengebrachten Versicherung an Eidesstatt zuständig? IV. 21/2 90. **20**, 241.

11. Kann der Tatbestand des § 156 dadurch begründet werden, daß dem Prozeßrichter behufs der Vorhaltung an eine schwurpflichtige Partei eine wissentlich falsche eidesstattliche Versicherung überreicht wird? IV. 29/9 91. **22**, 267.

12. Ist § 156 anwendbar bei Entgegennahme einer Versicherung an Eidesstatt behufs Entscheidung über einen bei Gericht angebrachten Antrag, der eine Glaubhaftmachung nicht erheischt? II. 10/6 92. **23**, 170.

13. Sind die preußischen Universitäten, die Landesuniversität zu Rostock und die einzelnen Fakultäten dieser Universitäten Behörden und zur Abnahme einer Versicherung an Eidesstatt über die Autorschaft der ihnen von Bewerbern um die Doktorwürde eingereichten Dissertationen zuständig? II. 9/3 88. **17**, 208.

14. Inwieweit sind die Standesbeamten zur Abnahme eidesstattlicher Versicherung zuständig? II. 28/12 88. **18**, 309; II. 11/12 85. **13**, 161.

15. Über eidesstattliche Versicherungen im preußischen Erbeslegitimationsverfahren. II. 6/3 88. **17**, 185; II. 24/2 88. **17**, 341; Pl. 14/11 88. **18**, 246; II. 22/11 90. **21**, 220.

16. Fällt die falsche eidesstattliche Versicherung der Richtigkeit des vom Vater behufs Auseinandersetzung mit seinen Kindern gelegten Inventars unter den § 156? II. 2/12 87. **16**, 372.

17. Ist es durch die preußische Vormundschaftsordnung ausgeschlossen, daß der Vormund die Richtigkeit des von ihm aufgestellten Inventars vor dem Vormundschaftsrichter an Eidesstatt versichert? I. 13/11 82. **7**, 275.

18. Sind die preußischen Gerichtskassen als Vollstreckungsbehörden zur Abnahme eidesstattlicher Versicherungen zuständig? II. 7/11 93. **24**, 377.

19. Über eidesstattliche Versicherungen bei preußischen Erbschaftssteuerämtern. IV. 11/12 96. **29**, 247; I. 13/11 79. **1**, 99.

20. Über eidesstattliche Versicherungen vor den zur Feststellung der Einkommensteuer berufenen preußischen Behörden. I. 17/4 82. **6**, 196; III. 24/5 86. **14**, 170; II. 19/2 89. **18**, 414.

21. Setzt die Strafbarkeit einer falschen Versicherung an Eidesstatt voraus, daß sie von der zur Abnahme zuständigen Behörde erfordert worden ist?

Wird die Zuständigkeit der Behörde dadurch ausgeschlossen, daß die Abgabe der Versicherung unaufgefordert erfolgt, während sie von der Behörde nach dem Gesetze erst in Ermangelung anderer Beweismittel gefordert werden darf? III. 24/5 86. **14**, 170.

22. Findet auf wissentlich falsche Steuerdeklarationen, welche nach dem mecklenburg-schwerinschen Kontributionsedikte vom 8. Juni 1886 unter Versicherung an Eidesstatt abgegeben worden, die Strafbestimmung des § 156 Anwendung? III. 13/7 91. **22**, 121.

23. Über die identischen Tatbestandsmerkmale s. noch § 163.

1. Straffestsetzung bei realer Konkurrenz mehrerer nach § 157 strafbarer Meineide. II. 15/4 98. **31**, 106. **§ 157**

2. Darf die den Geschworenen über die Voraussetzungen des § 157 vorzulegende Nebenfrage spezialisiert werden? III. 7/10 95. **27**, 369.

3. Greift die in Nr. 1 vorgesehene Strafermäßigung nur Platz, wenn der Täter wußte, daß die Angabe der Wahrheit eine Strafverfolgung gegen ihn nach sich ziehen könne? II. 3/6 92. **23**, 149.

4. Hat der Anstifter aus der Person des Angestifteten auf die in Nr. 1 vorgesehene Strafermäßigung Anspruch? Kann gegenüber dem Anstifter die Bestimmung in Nr. 1 analog zur Anwendung kommen? Fer. 29/7 91. **22**, 106; Fer. 10/8 81. **4**, 377.

5. Ist es ein unbedingtes Erfordernis, daß „die an sich verwirkte Strafe", welche zu ermäßigen ist, in den Urteilsgründen ausdrücklich bemessen worden? Fer. 28/7 84. **11**, 42.

6. Wie ist bei den in §§ 157. 158 vorgesehenen Milderungsgründen die Strafe des Meineids für den relativ Strafunmündigen zu berechnen? I. 22/11 83. **9**, 245.

7. Ist bei einem Zusammentreffen der in §§ 157. 158 vorgesehenen Strafmilderungsgründe eine mehr als einmalige Ermäßigung der ordentlichen Meineidsstrafe zulässig? II. 12/10 83. **9**, 74.

8. Kann die in § 157 vorgesehene Strafmilderung Einfluß auf die Gerichtszuständigkeit äußern? I. 25/1 83. **8**, 177.

9. Findet § 157 Anwendung bei Leistung eines Parteieides? I. 1/11 81. **5**, 124.

10. Muß im Falle des § 157 Abs. 2 auf Zuchthausstrafe erkannt werden?

Wie ist die im Falle des § 157 Abs. 2 zu erkennende Gefängnisstrafe zu bemessen? I. 30/5 81. **4**, 267.

11. Enthält § 157 Nr. 1 einen aus § 295 St.P.O. der Entscheidung der Geschworenen unterliegenden Strafminderungsgrund?

Kann der Antrag, den Geschworenen eine desfallsige Nebenfrage vorzulegen, von dem Gerichte aus § 296 St.P.O. abgelehnt werden, weil § 157 Nr. 1 auf das konkrete Sachverhältnis nicht anwendbar sei? I. 27/4 80. **1**, 423.

S. zu § 157 auch **1**, 217.

§ 158 1. Erfordernisse der Strafermäßigung zufolge Widerrufs: s. St.G.B. § 163 Abs. 2.

2. Ist bei einem Zusammentreffen der in §§ 157. 158 St.G.B.'s vorgesehenen Milderungsgründe eine mehr als einmalige Ermäßigung der regelmäßigen Meineidsstrafe statthaft? II. 12/10 83. **9**, 74.

3. Über die Berechnung der Strafe für den relativ Strafunmündigen im Falle des § 158: I. 22/11 83. **9**, 245.

§ 159 1. Zur Begriffsbestimmung der §§ 159. 160: IV. 14/12 86. **15**, 148.

2. Was gehört zum Tatbestande des Unternehmens der Verleitung zum Meineide, und welche Merkmale müssen in die Fragen an die Geschworenen aufgenommen werden? III. 12/11 79. **2**, 283.

3. Darf Freisprechung erfolgen, wenn in der von den Geschworenen verneinten, die unternommene Verleitung zur Begehung eines Meineids betreffenden Schuldfrage als Meineid nur die Abgabe eines falschen, nicht eines wissentlich falschen eidlichen Zeugnisses bezeichnet ist? IV. 1/3 89. **19**, 96.

4. Welches sind die Voraussetzungen des „Unternehmens", einen anderen zum Meineide zu verleiten, sowohl in objektiver Beziehung als hinsichtlich des Dolus? III. 4/6 83. **8**, 354.

5. Kann das Unternehmen der Verleitung zum Meineide in der Aufforderung gefunden werden, bei einer Aussage als Zeuge eine Tatsache zu verschweigen, wenn der Zeuge danach nicht ausdrücklich gefragt werde? III. 23/11 82. **7**, 321.

6. Muß der Verleitende dem zu Verleitenden bestimmte Tatsachen angeben, welche dieser wider Wahrheit bezeugen soll? Bedarf es der Feststellung konkreter Tatsachen, auf deren wahrheitswidrige Bezeugung die Absicht des Verleitenden gerichtet gewesen sei? III. 16/11 83. **9**, 280.

7. Bedarf es der Feststellung, daß die Leistung des erstrebten Meineids objektiv möglich war? IV. 4/2 87. **15**, 259.

8. Kann ein Unternehmen der Verleitung zum Meineide vorliegen, wenn der zugemutete Eid wirklich wissentlich falsch geleistet worden ist? Fer. 25/8 92. **23**, 223.

9. Liegt das Unternehmen der Verleitung eines anderen zur Begehung eines Meineids vor, wenn der Täter ohne Erfolg einen anderen zu bestimmen sucht, daß dieser einen Dritten zur Begehung eines Meineids verleite? II. 9/11 80. **3**, 26.

10. Ist die Handlung desjenigen, welcher einen Zeugen zu einer ursprünglich falschen, aber vor dem Schlusse der Vernehmung berichtigten Aussage vorsätzlich bestimmt hat, als Anstiftung zum Meineide, oder als Unternehmen der Verleitung zum Meineide zu beurteilen? III. 15/3 86. **14**, 19.

11. Finden auf den Rücktritt von dem Unternehmen, einen anderen zum Meineide zu verleiten, die Strafbefreiungsgründe für den Rücktritt vom Versuche Anwendung? II. 29/4 84. **10**, 324.

12. Ist bei der Verurteilung aus § 159 zugleich auf die dauernde Unfähigkeit des Verurteilten, als Zeuge oder Sachverständiger eidlich vernommen zu werden, zu erkennen? I. 10/6 80. **2**, 93.

13. Ist die Anwendung des § 159 ausgeschlossen, wenn das Unternehmen den Erfolg hatte, einen fahrlässigen Falscheid herbeizuführen? I. 14/11 01. **34**, 431.

S. auch **35**, 136.

1. Ist zum Tatbestande die Leistung des objektiv unrichtigen Eides seitens des Verleiteten erforderlich? IV. 5/6 85. **12**, 254. § 160

2. Kann eine Verurteilung wegen Verleitung zur Ableistung eines falschen Eides erfolgen, wenn der Eid wissentlich falsch geschworen ist? I. 29/1 85. **11**, 418.

3. Greift § 160 auch bei einem aus Fahrlässigkeit falsch geleisteten Eide Platz? I. 2/4 94. **25**, 213.

4. Wie ist bei einer Anklage aus § 160 im schwurgerichtlichen Verfahren die Frage zu fassen? II. 18/10 92. **23**, 251.

5. Kann § 160 Anwendung finden gegen den, welcher einen anderen zur Unterzeichnung eines eine eidesstattliche Versicherung enthaltenden Schriftstücks durch Täuschung über den Inhalt des Schriftstücks verleitet? IV. 18/6 01. **34**, 298. Vgl. IV. 14/12 86. **15**, 148.

1. Kann gegen den Anstifter die Ausschließung vom Eide überhaupt und insbesondere dann erkannt werden, wenn der Meineidige von dieser Strafe gesetzlich frei war? Fer. 10/8 81. **4**, 377. § 161

2. Findet § 161 Abs. 1 auch im Falle des Versuchs und der Beihülfe Anwendung? III. 12/13 85. **13**, 76.

3. Findet § 161 Abs. 1 auch gegen den relativ Strafunmündigen Anwendung? I. 29/6 82. **6**, 416.

4. Bezieht sich § 161 Abs. 1 auch auf die in § 159 vorgesehene Straftat? I. 10/6 80. **2**, 93.

§ 162 Über gleichzeitige Verletzung des assertorischen und des promissorischen Teils eines Offenbarungseides. II. 12/4 81. **4**, 76.

§ 163 a) Absatz 1.

1. Über die korrespondierenden Tatbestandsmerkmale f. §§ 153—156.

2. Kann die wahrheitswidrige Ableistung eines Kompromißeides als fahrlässiger Falscheid bestraft werden? III. 8/10 81. **5**, 94.

3. Ist die Bestrafung wegen fahrlässigen Falscheides ausgeschlossen, wenn der Umstand, in welchem von der Wahrheit abgewichen ist, gar keine Bedeutung hat? II. 29/4 84. **10**, 338.

4. Worin besteht bei dem Falscheide die Fahrlässigkeit? III. 11/6 81. **4**, 313.

5. Worin besteht die fahrlässige Verschuldung bei dem Zeugeneide? Kann Fahrlässigkeit darin erkannt werden, daß ein Zeuge vor seiner Vernehmung von dem Gegenstande der letzteren Kenntnis erhalten und es unterlassen hat, trotz der ihm gebotenen Gelegenheit durch Benutzung eigenhändiger Aufzeichnungen, Erkundigung bei Dritten oder ähnlicher Hülfsmittel sein Gedächtnis aufzufrischen? III. 16/2 83. **8**, 108.

6. Ist die Strafbarkeit von einem bestimmten Grade der Verschuldung abhängig? II. 30/6 85. **12**, 317.

7. Unter welchen Voraussetzungen ist eine objektiv falsche Zeugenaussage auf eine fahrlässige Verletzung der Eidespflicht zurückzuführen? Begründung des subjektiven Schuldmoments bei Verurteilung wegen fahrlässigen Falscheides. II. 2/10 94. **26**, 133; IV. 16/2 94. **25**, 122; IV. 8/1 92. **22**, 297.

8. Ist ein fahrlässiger Falscheid bei einer wissentlich falsch abgegebenen Zeugenaussage denkbar? II. 2/4 97. **30**, 53.

9. Kann in der falschen Beantwortung einer auf eine Vorbestrafung des Zeugen gerichteten Frage ein fahrlässiger Falscheid gefunden werden? III. 5/5 80. **2**, 44.

10. Kann eine Verurteilung wegen fahrlässigen Falscheides erfolgen, wenn Jemand bei seiner Vernehmung als Zeuge die Frage, ob er wegen „Meineids“ bestraft sei, eidlich verneint hat, obwohl er wegen „fahrlässigen Meineids“ aus § 163 bestraft worden war? II. 14/4 99. **32**, 118.

11. Kann ein Überzeugungs- oder Glaubenseid aus Fahrlässigkeit falsch geschworen werden? II. 27/2 85. **12**, 58; III. 7/10 82. **7**, 185.

12. Kann ein in Gemäßheit des § 711 C.P.O. vom 30. Januar 1877 geleisteter Offenbarungseid aus Fahrlässigkeit falsch geschworen werden?

Ist der Schuldner im Zwangsvollstreckungsverfahren verpflichtet, auch solche Forderungen in das von ihm vorzulegende Vermögensverzeichnis aufzunehmen, welche von einer vorgängig zu machenden Gegenleistung abhängig, bezw. auch solche, welche nach § 749 C.P.O. der Pfändung nicht unterworfen sind? II. 21/4 82. **6**, 205.

13. Hat der Schuldner in seinem gemäß § 711 C.P.O. vom 30. Januar 1877 vorzulegenden Vermögensverzeichnisse vor Leistung des

Offenbarungseides seine Beteiligung an einer offenen Handelsgesellschaft anzugeben? I. 13/3 93. **24**, 74.

14. Inwiefern kann ein Rechtsirrtum bei Leistung des Offenbarungseides als Fahrlässigkeit zugerechnet werden? IV. 28/5 95. **27**, 267.

15. Kann ein fahrlässiger Falscheid als vorliegend angenommen werden, wenn jemand bei Leistung des Offenbarungseides ihm nicht gehörige Vermögensstücke in das vorzulegende Verzeichnis aufgenommen hat? IV. 15/11 95. **27**, 417.

16. Kann der Offenbarungseid in der durch § 260 B.G.B.'s vorgeschriebenen Fassung aus Fahrlässigkeit falsch geschworen werden?

Welche Bedeutung ist hierbei der Versicherung einer „so vollständigen Angabe, als er dazu imstande sei" beizulegen? IV. 8/10 01. **34**, 400.

17. Kann in der Unterzeichnung eines eine eidesstattliche Versicherung enthaltenden Schriftstücks die fahrlässige falsche Abgabe einer solchen gefunden werden, wenn der Unterzeichner das Schriftstück nicht gelesen hat und auch nicht weiß, daß dasselbe eine Versicherung an Eidesstatt enthält? IV. 18/8 01. **34**, 298; II. 5/12 90. **21**, 198. Vgl. IV. 14/12 86. **15**, 148.

18. Wann liegt eine fahrlässige falsche eidesstattliche Versicherung im preußischen Erbeslegitimationsverfahren vor? II. 6/3 88. **17**, 185.

19. Ist die im preußischen Erbeslegitimationsverfahren von dem Erben abgegebene eidesstattliche Versicherung, daß ihm andere gleich nahe oder nähere Erben nicht bekannt seien, eine falsche, wenn andere erbberechtigte Personen vorhanden sind, deren Existenz dem die Versicherung abgebenden Erben bekannt, deren Erbberechtigung ihm aber unbekannt ist? II. 22/11 90. **21**, 220.

20. Über falsche eidesstattliche Versicherung der Richtigkeit des nach dem preußischen Erbschaftssteuergesetze vom 30. Mai 1873 zu legenden Inventars. I. 13/11 79. **1**, 99.

21. Wie ist die den Geschworenen über fahrlässigen Falscheid vorzulegende Frage zu fassen? II. 29/10 80. **2**, 408.

b) Absatz 2.

22. Kann die Vorschrift auf den falsch geschworenen Parteieid angewendet werden? I. 25/4 87. **16**, 29.

23. Was versteht § 163 Abs. 2 unter Widerruf? II. 7/11 82. **7**, 154.

24. Erfordert der Widerruf eine bestimmte Form? Ist der Vorschrift nur genügt, wenn inhaltlich das direkte Gegenteil des früher Ausgesagten erklärt wird? II. 4/7 93. **24**, 259.

25. Muß der Widerruf einer aus Fahrlässigkeit falsch abgegebenen eidesstattlichen Versicherung, um Straflosigkeit herbeizuführen, vom Täter bei der betreffenden Behörde persönlich und unmittelbar erklärt werden? IV. 15/2 96. **28**, 162.

26. Bei welcher Behörde hat der Widerruf zu erfolgen? IV. 15/1 97. **29**, 303.

27. Kann innerhalb eines staatsanwaltschaftlichen Ermittelungsverfahrens die vor einem Amtsgerichte abgegebene falsche eidliche Zeugenaussage wirksam gegenüber einem von der Staatsanwaltschaft beauftragten Gendarmen widerrufen werden? I. 7/11 01. **34**, 422.

28. Greift § 158, bezw. § 163 Abs. 2 Platz bei dem vor der Strafkammer erklärten Widerrufe einer falschen eidlichen Aussage, welche vor einem in der Voruntersuchung requirierten Amtsgerichte abgegeben war? I. 15/11 83. **9**, 333.

29. Ist für die Frage, ob eine falsche Aussage und deren Widerruf bei derselben Behörde abgegeben sind, lediglich die organisatorische Einheit der Behörde maßgebend? Greift der Strafausschließungsgrund Platz, wenn in demselben Ermittelungsverfahren die vor dem einen Amtsgerichte abgegebene falsche Aussage vor einem anderen Amtsgerichte widerrufen wird? II. 5/4 95. **27**, 148.

30. Genügt die Anbringung des Widerrufs bei der Staatsanwaltschaft, wenn die falsche Aussage in einer Strafsache bei Gericht abgegeben worden ist? II. 17/6 90. **21**, 8.

31. Bei welcher amtlichen Stelle ist der Widerruf einer behufs Erlangung einer Erbbescheinigung gemäß § 3 des preußischen Gesetzes über die Ausstellung gerichtlicher Erbbescheinigungen vom 12. März 1869 vor einem Notare zu Protokoll gegebenen fahrlässig falschen Versicherung an Eidesstatt zu erklären, um die Straflosigkeit herbeizuführen? IV. 24/2 88. **17**, 341.

32. Wann ist im Sinne des § 163 Abs. 2 eine Anzeige gegen den Täter als erfolgt anzusehen? III. 5/10 81. **5**, 92.

33. Was ist unter „Einleitung einer Untersuchung" im Sinne des § 163 Abs. 2 zu verstehen? II. 17/6 90. **21**, 8.

34. Liegt in der wörtlichen Aufnahme sich widersprechender Auslassungen eines Zeugen in das Protokoll die Einleitung einer Untersuchung? II. 7/11 82. **7**, 154.

35. Was gehört zur Annahme, daß aus der falschen Aussage noch kein Nachteil erwachsen sei? IV. 15/1 97. **29**, 303.

36. Ist im Sinne des § 163 Abs. 2 St.G.B.'s ein Rechtsnachteil aus der falschen Aussage entstanden, wenn infolge derselben gegen einen anderen Anklage wegen einer schwereren als der von ihm wirklich begangenen Straftat erhoben worden ist? IV. 13/4 88. **17**, 307.

37. Ist im Sinne des § 163 Abs. 2 ein Rechtsnachteil aus der falschen Aussage schon dann entstanden, wenn der Gläubiger mit Rücksicht auf den Inhalt eines mit dem Offenbarungseide bekräftigten unvollständigen Vermögensverzeichnisses aus eigener Entschließung von weiteren Schritten behufs seiner Befriedigung Abstand genommen hat, obgleich er dieselben aus den in dem Verzeichnisse aufgeführten Vermögensgegenständen ohne Schwierigkeit hätte erlangen können? IV. 1/10 89. **19**, 408.

38. Über die Befugnis der Behörden zu Abnahme eidesstattlicher Versicherungen s. § 156.

Zehnter Abschnitt (§§ 164—165).

Falsche Anschuldigung.

1. Ist der wesentliche Charakter des Vergehens darin zu suchen, daß durch die falsche Anschuldigung die Behörden zu einer sachlich nicht gerechtfertigten Strafverfolgung veranlaßt werden können? IV. 23/12 92. **23**, 371. § 164

2. Was ist unter „Behörde" im Sinne des § 164 zu verstehen? Gehören die exekutiven Organe der Sicherheitspolizei, Schutzleute, Gendarmen ꝛc zu den „Behörden" in obigem Sinne? III. 8/1 83. **8**, 5.

3. Inwiefern ist die bei einer Bezirkspolizeiwache gemachte Anzeige als Anzeige bei einer „Behörde" zu betrachten? IV. 24/3 99. **32**, 95.

4. Unter welchen Voraussetzungen genügt die bei dem untergeordneten Organe einer Behörde gemachte Anzeige? IV. 22/2 95. **27**, 51.

5. Ist der Kommandant einer braunschweigischen Gendarmeriestation eine Behörde im Sinne des § 164?

Unter welcher Voraussetzung wird das Vergehen durch Weitergabe der Anzeige seitens des Gendarmen an die Strafverfolgungsbehörde vollendet? IV. 28/9 00. **33**, 383.

6. Wann tritt bei einer dem Gendarm gemachten Anzeige die Vollendung des Vergehens ein? I. 4/3 01. **34**, 203.

7. Was gehört zum Begriffe „eine Anzeige machen"? Inwieweit können insbesondere verantwortliche Auslassungen polizeilich oder gerichtlich vernommener Beschuldigter zur Herstellung des Tatbestandsmerkmals geeignet sein? III. 15/3 83. **8**, 162.

8. Kann eine Anzeige in der Form eines bei der Staatsanwaltschaft eingereichten fälschlich angefertigten Geständnisses des zu Unrecht Beschuldigten gemacht werden? II. 22/9 82. **7**, 47.

9. Setzt das Vergehen des § 164 eine genaue Bezeichnung der zur Anzeige gebrachten strafbaren Handlung voraus? Kann sich der Anzeigende darauf berufen, daß seine Denunziation dem Denunziaten nicht notwendig eine strafbare Handlung zur Last gelegt habe, da die zur Anzeige gebrachte Handlung vermöge eines Strafausschließungsgrundes straflos gewesen sein könne? III. 16/10 80. **3**, 228.

10. Erfordert der Tatbestand des § 164, daß die Anzeige die in derselben angezeigte Tat als eine strafbare erscheinen läßt? III. 27/9 90. **21**, 101. Vgl. III. 25/2 80. **1**, 229.

11. Ist der Begriff der Verletzung einer Amtspflicht im Sinne des § 164 nur gegeben bei Verletzung des durch das Amt direkt auferlegten Pflichten, oder auch bei einem unwürdigen Verhalten des Beamten außer dem Dienste? IV. 22/12 99. **33**, 29.

12. Ist § 164 anwendbar bei der Anzeige einer nur mit Ordnungsstrafe bedrohten Handlung? IV. 7/3 99. **32**, 77.

13. Ist der Beruf des Offiziers ein amtlicher und die Verletzung der Berufspflicht des Offiziers die Verletzung einer Amtspflicht im Sinne des § 164? II. 21/2 90. **20**, 268.

14. Ist ein Offizier a. D. als solcher Beamter, und enthält ein standeswidriges Verhalten desselben die Verletzung einer Amtspflicht im Sinne des § 164? IV. 31/1 02. **35**, 99.

15. Liegt der Tatbestand des § 164 schon dann vor, wenn die Tatsache, in welche die Beschuldigung der Begehung einer strafbaren Handlung eingekleidet worden (Erzählung des Beschuldigten von der Begehung der Straftat), wissentlich unwahr behauptet worden ist, oder ist erforderlich, daß der Beschuldigte die Straftat nicht begangen hatte und dies dem Anzeigenden bekannt war? III. 21/4 87. **16**, 37.

16. Liegt der Tatbestand der falschen Anschuldigung vor, wenn der Angezeigte eine strafbare Handlung der Art, wie sie ihm zur Last gelegt ist, begangen, der Anzeigende aber wider besseres Wissen den Sachverhalt entstellt vorgetragen hat? II. 16/10 85. **13**, 12; II. 14/5 95. **27**, 229; III. 9/3 96. **28**, 253.

17. Ist aus § 164 strafbar, wer einen anderen beschuldigt, bei der eidlichen Vernehmung als Zeuge über verschiedene Tatumstände wissentlich falsch ausgesagt zu haben, wenn die Beschuldigung objektiv im vollen Umfange unbegründet ist, der Anzeigende auch wußte, daß der Beschuldigte über mehrere jener Tatumstände wahr ausgesagt hatte, bezüglich der übrigen dagegen des Glaubens war, daß der Beschuldigte ein bewußt falsches Zeugnis abgelegt habe? III. 30/5 96. **28**, 391.

18. Inwiefern kann das Vergehen des § 164 durch eine sonst wahrheitsgemäße Anzeige von einer an sich strafbaren Handlung des Angezeigten mittels geflissentlichen Verschweigens solcher Tatumstände begangen werden, welche die Strafbarkeit der angezeigten Tat ausschlossen oder wieder aufhoben? I. 2/11 82. **7**, 207; IV. 29/3 87. **15**, 391; III. 23/9 89. **19**, 386; IV. 23/12 92. **23**, 371.

19. Ist eine Beschuldigung als wider besseres Willen erhoben anzusehen, wenn der Anzeigende von der Unwahrheit der Beschuldigung nicht überzeugt war, ihm aber doch die Überzeugung von der Wahrheit derselben fehlte? II. 18/9 88. **18**, 88; IV. 10/10 99. **32**, 302.

20. Was ist neben dem Bewußtsein von der Unwahrheit der erhobenen Beschuldigung zur Erfüllung des subjektiven Tatbestands notwendig? Genügt das Bewußtsein, daß für den Angezeigten die Gefahr einer Strafverfolgung herbeigeführt werde? III. 25/2 80. **1**, 229; III. 15/3 83. **8**, 162.

21. Ist die Strafbarkeit ausgeschlossen durch das Bewußtsein des Anzeigenden, daß eine Verurteilung des fälschlich Beschuldigten nicht erfolgen werde? II. 22/9 82. **7**, 47.

22. Ist der Tatbestand dadurch ausgeschlossen, daß der Zweck der wissentlich falschen Anzeige Beseitigung eines gegen den Anzeigenden ergangenen Strafurteils ist? I. 3/4 84. **10**, 274.

23. Inwieweit kann dolus eventualis zur Erforderung des subjektiven Tatbestandes genügen? II. 18/9 88. **18**, 88.

24. Ist als ein „eingeleitetes Verfahren" im Sinne des Abs. 2 bloß das gerichtliche, oder auch das von der Staatsanwaltschaft eingeleitete Ermittelungsverfahren anzusehen?

Ist ein derartiges Verfahren der Staatsanwaltschaft, sofern letztere auf Grund der Ermittelungen einer Anzeige keine Folge zu geben beabsichtigt, erst dann als beendet anzusehen, wenn die Staatsanwaltschaft die Einstellungsverfügung ausdrücklich erlassen und den Antragsteller davon benachrichtigt hat? II. 17/4 83. **8**, 184.

25. Wie ist zu verfahren, wenn in einer Strafsache, deren Entscheidung gemäß § 190 St.G.B.'s für eine erhobene Privatklage präjudiziell ist, zugleich Anklage wegen einer durch die Privatklage verübten falschen Anschuldigung erhoben worden ist? IV. 5/7 98. **31**, 231.

26. Findet die Vorschrift des Abs. 2 in der Revisionsinstanz Anwendung? IV. 11/1 95. **26**, 365.

27. Über Konkurrenz mit Urkundenfälschung. II. 22/9 82. **7**, 47.

28. Können die Tatbestände des § 164 und des § 187 St.G.B.'s ideell konkurrieren? Kann die in gutem Glauben bei einer Behörde gemachte Anzeige das Vergehen des § 186 St.G B.'s enthalten? I. 29/6 96. **29**, 54.

Ist die öffentliche Bekanntmachung der Verurteilung gemäß § 165 Teil der Strafe? Geht die Befugnis zur Bekanntmachung auf die Erben des Verletzten über, wenn derselbe vor dem Urteile verstorben ist? Kann dieselbe in diesem Falle dem Verletzten zugesprochen werden? Muß die Art und die Frist der Bekanntmachung vom Tatrichter bestimmt werden? II. 17/5 87. **16**, 73. § 165

Elfter Abschnitt (§§ 166—168).

Vergehen, welche sich auf die Religion beziehen.

1. Über die identischen Tatbestandsmerkmale s. auch § 167. § 166

2. Was versteht § 166 unter „Gott"? II. 3/3 82. **6**, 77.

3. Erfordert die Gotteslästerung eigentliche Schimpfreden, oder ist die zu ihrem Tatbestande gehörige Roheit der Ausdrucksweise überall anzunehmen, wo das freche Bestreben, zu Verehrendes herabzuwürdigen, einen offenkundigen Ausdruck gefunden hat? III. 17/6 97. **30**, 194.

4. Kann eine „Gotteslästerung mittels beschimpfender Äußerungen", sowie eine „Beschimpfung einer Religionsgesellschaft" auch durch Behauptung ehrenrühriger Tatsachen verübt werden? Nimmt der Glaube an die Wahrheit der Behauptung den Charakter der Beschimpfung? II. 2/6 96. **28**, 403.

5. Ist die Öffentlichkeit der Handlung notwendig deshalb ausgeschlossen, weil sie innerhalb eines bestimmten Personenkreises stattgefunden hat? I. 23/11 91. **22**, 241.

6. Wird dadurch, daß eine Äußerung in einer nur von Vereinsmitgliedern besuchten und nur diesen zugänglichen Versammlung eines Vereins geschieht, schlechthin deren Öffentlichkeit im Sinne des § 166 ausgeschlossen? III. 5/1 91. **21**, 254.

7. Ist Öffentlichkeit einer Äußerung ausgeschlossen, wenn diese zwar in einer öffentlichen Wirtschaft getan wird, aber einerseits innerhalb

eines geschlossenen Kreises, den mehrere Personen auf Grund besonderer Einladung durch persönliche Beziehungen zueinander bilden, andererseits derart, daß andere Personen die Äußerung nicht hören konnten? I. 17/3 02. **35**, 159.

8. Erfordert der Tatbestand der Gotteslästerung, daß durch die Lästerung ein Ärgernis mindestens einer Person wirklich gegeben worden, oder genügt, daß die Lästerung objektiv geeignet war, ein Ärgernis zu geben? II, III. 10/10 87. **16**, 245.

9. Über die Begriffe „öffentlich" und „Ärgernis geben" s. weiter § 183 St.G.B.'s.

10. Was ist unter dem Begriffe des „Beschimpfens" einer christlichen Kirche oder mit Korporationsrechten bestehenden Religionsgesellschaft zu verstehen? III. 11/3 82. **6**, 88.

11. Begriff von „Beschimpfen". Kann eine Beschimpfung auch durch die Behauptung an sich schimpflicher Tatsachen ausgesprochen werden? I. 5/11 98. **31**, 305.

12. Zum Begriff von „Beschimpfung". Enthält die Einkleidung eines an sich „harmlosen" Vortrages in die äußere Form einer kirchlichen Einrichtung unter allen Umständen eine Beschimpfung dieser letzteren? I. 21/2 84. **10**, 146.

13. Liegt in der Abgabe eines sog. Pflichtexemplars an die Polizeibehörde oder der Aushändigung von Exemplaren von seiten des Druckers an den Verfasser eine Verbreitung der Druckschrift in dem Sinne, daß dadurch eine darin enthaltene Beschimpfung einer christlichen Kirche als öffentlich begangen angesehen werden kann? II. 28/9 80. **2**, 270.

14. Kann das Merkmal der öffentlichen Beschimpfung kirchlicher Einrichtungen durch die Presse schon in der vom Verleger an einen Abnehmer erfolgten Überlassung von Exemplaren der Druckschrift gefunden werden? III. 23/12 81. **5**, 354.

15. Bildet das Judentum in Preußen eine Religionsgesellschaft im Sinne des § 166? II. 3/3 82. **6**, 77.

16. Was ist unter dem Begriffe der „christlichen Kirchen" und ihrer „Einrichtungen" zu verstehen? Kann eine partikulare Landeskirche als „eine der christlichen Kirchen" und ein Konfirmationsschein als eine „Einrichtung" derselben bezeichnet werden? III. 3/12 81. **5**, 188.

17. Was versteht § 166 unter „Einrichtungen" einer der christlichen Kirchen oder anderer mit Korporationsrechten bestehender Religionsgesellschaften? I. 8/11 80. **2**, 428.

18. Kann darin, daß schmähende Angriffe gegen den Kapitalismus in der Form der „zehn Gebote" gekleidet worden sind, die Beschimpfung einer Einrichtung der christlichen Kirchen und der jüdischen Religionsgesellschaft gefunden werden? III. 4/2 95. **26**, 435.

19. Kann der Tatbestand des § 166 in beschimpfenden Äußerungen gegen die Kanzel einer Kirche gefunden werden? IV. 10/7 94. **26**, 39.

20. Gehört die geistliche Amtstracht zu den Gebräuchen bezw. Einrichtungen der christlichen Kirche? III. 11/3 82. **6**, 88.

21. Inwieweit kann in der Beschimpfung einzelner Lehren oder einzelner hervorragender Männer eine Beschimpfung christlicher Kirchen gefunden werden? Genügt die Beschimpfung Luthers als „Stifters" der lutherischen Kirche, um den Tatbestand eines beschimpfenden Angriffes gegen die lutherische Kirche rechtlich zu begründen? III. 8/11 83. **9**, 158.

22. Kann in Angriffen auf die Christusverehrung und den Marienkultus die Beschimpfung von Einrichtungen einer der christlichen Kirchen gefunden werden? I. 8/11 80. **2**, 428.

23. Kann in der Beschimpfung der Ausstellung eines einzelnen als Reliquie verehrten Gegenstandes die Beschimpfung des Reliquienkultus als eines Gebrauchs oder einer Einrichtung der katholischen Kirche gefunden werden? I. 20/2 93. **24**, 12; IV. 24/11 91. **22**, 238.

24. Sind beschimpfende Äußerungen gegen den Priesterstand als Beschimpfungen des Priestertums — einer Einrichtung der katholischen Kirche — anzusehen? Begriff des Beschimpfenden im Gegensatze zum Frivolen. IV. 8/6 95. **27**, 284.

25. Ist das Institut der kirchlich approbierten Orden eine Einrichtung der katholischen Kirche? Hat jeder einzelne der approbierten Orden die Bedeutung einer kirchlichen Einrichtung? II. 27/3 00. **33**, 221.

26. Gehören die bei katholischen Beerdigungen üblichen Formen nnd Gebete zu den in § 166 bezeichneten Gebräuchen? I. 28/4 98. **31**, 133.

27. Kommt es für die Frage, ob der Angriff auf ein kirchliches Dogma als eine Beschimpfung der Kirche selbst zu betrachten ist, darauf an, ob das Dogma gegen landesgesetzliches Verbot ohne Genehmigung der Landesregierung publiziert worden ist? Unter welchen Voraussetzungen ist in der Beschimpfung eines solchen Dogmas eine Beschimpfung der Kirche zu finden? I. 1/12 94. **26**, 294.

28. Was gehört zum objektiven und subjektiven Tatbestande der Verübung beschimpfenden Unfugs in einer Kirche? I. 9/5 92. **23**, 103.

29. Bedeutung des Ausdrucks „zu religiösen Versammlungen bestimmter Ort". II. 2/6 99. **32**, 212.

30. Ist ein Unfug schon deshalb, weil er an einem zu religiösen Versammlungen bestimmten Orte verübt ist, als ein beschimpfender anzusehen? I. 9/1 99. **31**, 410.

31. Ist schon die der Gottesverehrung gewidmete Örtlichkeit als solche gegen beschimpfenden Unfug geschützt? Bedeutung des Ausdrucks „in einem zu religiösen Versammlungen bestimmten Orte". II. 12/1 97. **29**, 334.

32. Sind die öffentlichen Straßen, durch welche sich herkömmlich kirchliche Prozessionen bewegen, während der betreffenden Zeit „zu religiösen Versammlungen bestimmte Orte"? I. 9/4 96. **28**, 303.

1. Über die identischen Tatbestandsmerkmale s. auch § 166. § 167

2. Begriff einer „im Staate bestehenden" Religionsgesellschaft. III. 11/7 98. **31**, 237.

3. Sind die öffentlichen Ortsstraßen, durch welche sich herkömmlich kirchliche Prozessionen bewegen, während der betreffenden Zeit „zu religiösen Versammlungen bestimmte Orte"? I. 9/4 96. **28**, 303.

4. Ist eine dem bestehenden Ritus der evangelischen Kirche entsprechende Bestattungszeremonie eine „gottesdienstliche Verrichtung"? Inwieweit ist ein Begräbnisplatz „ein zu religiösen Versammlungen bestimmter Ort" und eine Feststellung über diesen Punkt notwendig? II. 14/6 95. **27**, 296.

5. Begriff von „gottesdienstlichen Verrichtungen". Kann unter Umständen die Einführung eines Kirchenvorstehers dahin gerechnet werden? Was gehört zur „vorsätzlichen" Störung? II. 28/6 92. **23**, 199.

6. Was ist unter Störung des Gottesdienstes zu verstehen? I. 19/4 88. **17**, 316.

7. Ist es für den Tatbestand der Störung des Gottesdienstes erforderlich, daß im Augenblicke der Erregung von Lärm oder Unordnung gerade ein Akt des Geistlichen selbst stattfindet, oder daß der Akt des Geistlichen sich in dem regelmäßigen Rahmen der von ihm vorzunehmenden Funktion hält? I. 17/1 84. **10**, 42.

8. Gehört zum Tatbestande der Verhinderung oder Störung des Gottesdienstes, daß die störende Handlung in der Kirche vorgenommen wird? I. 8/12 81. **5**, 258; III. 23/2 81. **3**, 397.

9. Wird die Strafbarkeit durch eine Berechtigung zu der an sich den Gottesdienst störenden Handlung ausgeschlossen? IV. 5/4 87. **16**, 15.

10. Ist die Strafbarkeit dadurch ausgeschlossen, daß die Störung des Gottesdienstes durch berechtigte Verteidigung gegen einen beleidigenden Angriff herbeigeführt wird? I. 24/11 90. **21**, 168.

11. Ist die am Grabe eines Mitglieds der „Gemeinde der evangelischen Gemeinschaft" unter Mitwirkung eines Predigers dieser Gemeinde vollzogene Beerdigungsfeier eine gottesdienstliche Verrichtung einer im Staate bestehenden Religionsgesellschaft? Ist der Schutz des § 167 dann zu versagen, wenn der fungierende Prediger einer Polizeiverordnung dadurch zuwidergehandelt hat, daß er zu der Leichenrede nicht die Genehmigung des zuständigen Kirchengeistlichen eingeholt hat? IV. 14/5 01. **34**, 264.

§ 168 1. Verhältnis zum preußischen Feld- und Forstpolizeigesetze v. 1. April 1880. II. 27/10 96. **29**, 138; I. 26/10 82. **7**, 190.

2. Enthält das unbefugte Herausnehmen einer Leiche aus der noch offenen Gruft, in der sie beigesetzt war, das Zerstören eines Grabes? IV. 28/1 96. **28**, 139.

3. Setzt die Verübung beschimpfenden Unfugs an einem Grabe voraus, daß das Grab als solches das körperliche Angriffsobjekt der den Unfug darstellenden Handlung bildet? II. 28/11 90. **21**, 178.

4. Was gehört zum Begriffe der Beschädigung eines Grabes im Sinne des § 168? II. 12/3 85. **12**, 168.

Zwölfter Abschnitt (§§ 169—170).

Verbrechen und Vergehen in Beziehung auf den Personenstand.

1. Ist der Tatbestand dadurch ausgeschlossen, daß zur Zeit der Handlung, in der die Unterdrückung rc gefunden wird, die betreffende Person nicht mehr lebt? Kann ein doppeltes Vergehen gegen § 169 angenommen werden, wenn ein unter falschem Namen in das Geburtsregister eingetragenes Kind nach dem Tode unter dem gleichen Namen auch zum Eintragen in das Sterberegister angemeldet wird? Werden durch die Bewirkung eines falschen Eintrags über Geburt und Tod eines Kindes im Standesregister Vergehen gegen § 169 und § 271 St.G.B.'s in idealer Konkurrenz verübt? IV. 16/3 94. **25**, 188. § 169

2. Kann, nachdem der Personenstand eines Kindes durch einen falschen Eintrag in das Geburtsregister verändert worden, noch Beihülfe zu dem Vergehen des § 169 durch spätere Handlungen geleistet werden? II. 8/11 92. **23**, 292.

3. Ist der Tatbestand gegeben, wenn jemand unwahrerweise die Vaterschaft zu einem unehelichen Kinde anerkennt und die Anerkennung in das Geburtsregister eintragen läßt? Gilt dies auch für das rheinische Recht? Ist die Strafbarkeit ausgeschlossen durch die irrige Meinung des Anerkennenden, zur Anerkennung nach dem Civilrechte befugt zu sein? III. 19/2 91. **21**, 411; I. 10/11 79. **1**, 9.

4. Wird dadurch, daß die Mutter eines unehelichen Kindes der Pflegschaftsbehörde eine Mannsperson fälschlich als Vater des Kindes bezeichnet und der Bezeichnete sich in einem gerichtlichen Protokolle unwahrerweise zur Vaterschaft bekennt, eine Veränderung des Personenstandes auch mit Rücksicht auf die Vorschriften des bayrischen Landrechtes begründet? I. 7/12 85. **13**, 129.

5. Enthält es eine Veränderung des Personenstandes eines unehelichen Kindes, wenn dasselbe als eheliches bei dem Standesregister angemeldet und daraufhin als solches eingetragen wird? II. 1/10 80. **2**, 303.

6. Enthält es eine Veränderung des Personenstandes eines unehelichen Kindes, wenn bei der Anmeldung desselben zum standesamtlichen Geburtsregister seine ebenfalls außerehelich geborene Mutter nicht nach dem ihr hiernach zukommenden Geschlechtsnamen, sondern nach demjenigen des Ehemanns ihrer Mutter bezeichnet wird und dementsprechend die Eintragung erfolgt? IV. 27/9 89. **19**, 405.

7. Was versteht das Gesetz unter „verändern", was unter „unterdrücken" des Personenstandes? Können beide Alternativen ideell konkurrieren? Wann ist jede derselben vollendet? I. 7/2 84. **10**, 86.

8. Wann beginnt die Verjährung eines Vergehens gegen § 169? Kann das Vergehen durch Unterlassungen fortgesetzt werden? IV. 1/12 00. **34**, 24.

9. Begründet die uneheliche Vaterschaft einen Personenstand des Kindes? I. 11/11 01. **34**, 427.

S. zu § 169 auch **2**, 15.

§ 170 Über das Verhältnis des Vergehens des § 170 zu einem Betrug, welcher durch Täuschung über die Vermögensverhältnisse behufs Verleitung zur Eheschließung verübt wird. II. 21/5 86. **14**, 137.

Dreizehnter Abschnitt (§§ 171—184).

Verbrechen und Vergehen wider die Sittlichkeit.

§ 171 1. Formelle Erfordernisse einer Eheschließung taubstummer Personen. II. 20/1 99. **31**, 439.

2. Verliert eine bestehende Ehe, welche formell gültig geschlossen ist, wenn ihr materiell die rechtlichen Voraussetzungen fehlen, ihre Geltung erst durch rechtskräftiges Urteil? II. 17/10 82. **7**, 133.

3. Über den zur Straftat gehörigen Dolus. Inwieweit wird derselbe durch Irrtum ausgeschlossen? III. 15/10 83. **9**, 84; I. 31/3 81. **4**, 38.

4. Was gehört zum strafbaren Versuche? Ist ein Anfang der Ausführung schon darin zu finden, daß nach bewirktem Aufgebote die Verlobten den zuständigen Standesbeamten angehen, den Akt der Eheschließung zu vollziehen? III. 15/10 83. **9**, 84.

5. Über den Grund der in Abs. 3 getroffenen Bestimmung über Verjährung. IV. 8/2 87. **15**, 261.

§ 172 1. Wodurch wird das Vergehen des Ehebruchs tatbestandlich abgeschlossen? I. 6/11 82. **7**, 298.

2. Muß auch dann, wenn die Ehe wegen dringender Vermutung der Verletzung ehelicher Treue geschieden ist, vom Strafrichter zur Verurteilung wegen Ehebruchs wirkliche Verübung eines solchen festgestellt werden?

Gilt bei der angegebenen Sachlage die Ehe als wegen Ehebruchs geschieden? II. 8/10 86. **14**, 352; II. 16/12 81. **5**, 266; IV. 13/6 90. **21**, 21.

3. Genügt es zur Bestrafung wegen Ehebruchs, wenn die Ehe im Gebiete des rheinisch-französischen Rechts wegen schwerer Beleidigungen gemäß Art. 231 Code civil geschieden wurde und in dem Ehescheidungsurteile unter diesen Beleidigungen der „ehebrecherische Verkehr“ zwischen den betreffenden Personen angeführt ist? I. 21/3 94. **25**, 199.

4. Ist die Strafverfolgung wegen Ehebruchs nur dann statthaft, wenn wegen des *nämlichen* Ehebruches die Ehescheidung erfolgt ist? I. 1/6 82. **6**, 334; II. 28/12 86. **15**, 122.

5. Kann Bestrafung auch wegen des Ehebruchs erfolgen, welcher erst in dem nicht die Trennung der Ehe aussprechenden, sondern nur die Berufung zurückweisenden Urteile zweiter Instanz des Ehescheidungsprozesses als Ehescheidungsgrund festgestellt worden ist? IV. 13/6 90. **21**, 21.

6. Ist der Umstand, daß die Ehe wegen des Ehebruchs geschieden ist, Tatbestandsmerkmal, oder Bedingung der Verfolgbarkeit? Kommt die Prüfung dem Revisionsrichter zu? Haben die Geschworenen darüber zu

entscheiden? I. 28/9 91. **22**, 135; II. 28/12 86. **15**, 122; IV. 8/2 87. **15**, 261; III. 7/6 86. **14**, 202.

7. Kann in der Untersuchung wegen Ehebruchs die — im vorausgegangenen Ehescheidungsverfahren nicht geltend gemachte — Tatsache der Einwilligung des anderen Ehegatten zu der Begehung des Ehebruchs als ein die Strafbarkeit der Tat oder das Strafantragsrecht des anderen Ehegatten ausschließendes Moment in Betracht kommen? III. 7/6 86. **14**, 202.

8. Kann der Ehegatte, der selbst den anderen zum Ehebruche angestiftet hat, auf Bestrafung antragen? II. 6/2 94. **25**, 119.

9. Beginnt die Frist zur Stellung des Strafantrags schon mit der Kenntnis der Tatsachen, welche die Rechtskraft begründen, oder erst mit dem Zeitpunkte, in dem dem Antragsberechtigten die Rechtskraft zum Bewußtsein gekommen ist? IV. 9/10 94. **26**, 116; I. 23/3 80. **2**, 62; III. 3/1 80. **1**, 44.

10. Über den Beginn der Verjährung. IV. 8/2 87. **15**, 261.

1. Ist die Schwägerschaft im Sinne des Abs. 2 als fortbestehend § 173
anzunehmen, wenn die Ehe, welche die Schwägerschaft begründet hat, durch Richterspruch aufgelöst worden ist? I. 5/5 94. **25**, 337.

2. Kommt es darauf an, ob die Ehe, welche die Schwägerschaft begründet hat, durch den Tod des einen Ehegatten aufgelöst ist? II. 22/4 84. **10**, 302.

3. Ist außereheliche Geburt zur Begründung des Verwandtschafts- bezw. Schwägerschaftsverhältnisses ausreichend? IV. 31/1 90. **20**, 239; II. 21/9 80. **2**, 239.

4. Ist immisiso seminis zur Vollendung des Delikts nötig? S. § 177 (Nr. 3).

5. Schließt die aus Irrtum über das eherechtliche Verbot eingegangene Ehe mit der Tochter der verstorbenen Frau die Bestrafung aus § 173 aus? I. 10/11 81. **5**, 159.

6. Bildet die irrige Meinung, es setze der Begriff der Schwägerschaft ein durch eheliche Geburt begründetes Verhältnis voraus, ein Nichtkennen eines Tatumstandes im Sinne des § 59 St.G.B.'s, oder einen Strafrechtsirrtum? I. 19/2 85. **12**, 275.

7. Ist ein Irrtum darüber, daß die Schwägerschaft nach Auflösung der sie begründenden Ehe fortdauert, ein bloß zivilrechtlicher Irrtum? IV. 8/11 01. **34**, 418.

8. Enthält Abs. 4 einen persönlichen Strafausschließungsgrund, oder ist das vollendete 18. Lebensjahr ein positives Tatbestandsmerkmal? Sind noch nicht 18 Jahre alte Verwandte und Verschwägerte absteigender Linie als Teilnehmer des Delikts anzusehen? III. 23/9 89. **19**, 391.

9. Wann hat jemand das 18. Lebensjahr vollendet? III. 16/12 01. **35**, 37.

S. zu § 173 auch **3**, 64; **7**, 307; **12**, 292.

Digitized by Google

§ 174 1. Vornahme unzüchtiger Handlungen, objektive und subjektive Erfordernisse s. § 176.

Nr. 1.

2. Was ist unter Vormund zu verstehen? Gehören dahin die in Landesgesetzen als Vormund bezeichneten Personen, deren Funktion sich auf die Verwaltung oder Beaufsichtigung des Vermögens eines dritten beschränkt? III. 9/12 86. **15**, 72.

3. Besteht nach Bamberger Landrecht auch nach der Verehelichung der Mündel das Vormundschaftsverhältnis zwischen dieser und dem Vormunde im Sinne des § 174 Nr. 1 fort? I. 6/2 96. **28**, 168.

4. Fällt der Vater-Vormund des badischen Landrechtes unter § 174 Nr. 1? I. 27/3 99. **32**, 103.

5. Über den Begriff von Pflegeeltern. I. 11/2 84. **10**, 95; IV. 11/12 85. **13**, 148; I. 10/4 90. **20**, 357; IV. 29/3 95. **27**, 129; II. 25/2 96. **28**, 230. Vgl. II. 17/12 80. **3**, 124; I. 27/4 82. **6**, 233.

6. Einfluß des B.G.B.'s auf den Begriff Pflegeeltern. IV. 15/2 01. **34**, 161.

7. Ist für die Frage, ob dem Stiefvater gegenüber der Stieftochter die Eigenschaft eines Pflegevaters zukommt, der Umstand von Bedeutung, daß landesgesetzlich eine wechselseitige Alimentationsverbindlichkeit besteht? IV. 6/10 96. **29**, 89.

8. Fallen Stiefeltern, welche mit ihren bei ihnen in Pflege befindlichen Stiefkindern unzüchtige Handlungen vornehmen, unter den Begriff von „Pflegeeltern"? I. 25/11 80. **3**, 64.

9. Ist der Stiefvater, welcher zugleich Adoptivvater ist, wenn er mit der Stieftochter den Beischlaf vollzieht, aus § 174 Nr. 1 zu bestrafen?

Schließt die Volljährigkeit der Adoptivtochter die Strafbarkeit aus? I. 22/6 85. **12**, 292.

10. Ist als unzüchtige Handlung eines Stiefvaters mit der Stieftochter nur der Beischlaf nach § 173 Abs. 2 auch dann zu beurteilen, wenn der Stiefvater gerichtsseitig als Vormund über die Stieftochter bestellt war, oder findet unter dieser Voraussetzung § 174 Nr. 1 über Strafbarkeit unzüchtiger Handlungen überhaupt Anwendung? I. 4/12 82. **7**, 307.

11. Kann die Stellung eines Pfarrers gegenüber einem seine Christenlehre besuchenden Mädchen als das Verhältnis eines Geistlichen zur Schülerin im Sinne des § 174 Nr. 1 betrachtet werden? I. 17/11 84. **11**, 271.

12. Unter welchen Voraussetzungen kann angenommen werden, daß im Sinne des § 174 Nr. 1 das Verhältnis von „Lehrer" zu „Schüler" vorhanden ist? II. 2/11 00. **33**, 423; III. 31/3 84. **10**, 345.

13. Ist der Lehrherr gegenüber den in seiner häuslichen Gemeinschaft lebenden minderjährigen Lehrlingen im Sinne des § 174 Nr. 1 als Lehrer oder Erzieher anzusehen? IV. 29/3 95. **27**, 129.

14. Fällt ein Kaufmann, welcher mit seinem minderjährigen, bei ihm in Wohnung und Kost befindlichen Handlungslehrlinge unzüchtige Handlungen vornimmt, unter die Strafbestimmung Nr. 1? IV. 2/7 01. **34**, 311.

15. Hat der Wirt gegenüber den in seiner häuslichen Gemeinschaft lebenden Kellnerlehrlingen die Stellung eines Lehrers oder Erziehers? I. 2/3 99. **32**, 59.

16. Zum Begriff von Erzieher.

Kann ein Waisenhausvater als solcher angesehen werden?

Ist der Begriff zutreffend bei dem, welchem eine jugendliche Person zur Zwangserziehung überwiesen ist? Ist es mit dem Wesen der Zwangserziehung unverträglich, daß die jugendliche Person die Leistungen eines Dienstboten übernommen hat? IV. 10/7 96. **29**, 49; I. 20/6 98. **31**, 203; I. 27/4 82. **6**, 233.

Nr. 2 und 3.

17. Begriff von „Beamten" im Sinne des § 174. Ist in diesem Sinne ein Gefangenentransporteur auf Grund des ihm von der Behörde erteilten Auftrags zu einem Transporte als Beamter zu betrachten? I. 22/12 81. **5**, 418.

18. Kommt dem als „Hausvater" einer kommunalen Armenanstalt Angestellten, der wesentlich nur dem Wirtschaftsbetriebe vorzustehen hat, eine die Anwendung des § 174 rechtfertigende Beamteneigenschaft zu? III. 20/3 93. **24**, 83.

19. Ist ein Krankenwärter in einer (provinzialständischen) Irrenanstalt als eine Medizinalperson oder als ein Beamter im Sinne von Nr. 3 bezw. Nr. 2 anzusehen? Fer. 24/8 98. **31**, 246.

20. Wie sind die Grenzen der Obhut in § 174 Nr. 2 zu bestimmen? II. 4/6 89. **19**, 255.

21. Sind die Gefangenen in den Amtsgefängnissen von Elsaß-Lothringen der Obhut des als Gefängnisvorsteher bestellten Amtsrichters anvertraut? I. 8/7 95. **27**, 343.

S. zu § 174 auch **19**, 391.

1. Was erfordert der Tatbestand der widernatürlichen Unzucht? I. 20/9 80. **2**, 237. § 175

2. Ist der Begriff der widernatürlichen Unzucht zwischen Personen männlichen Geschlechts auf die Fälle der Päderastie oder der immissio seminis in einen Körperteil eines anderen Mannes zu beschränken? II. 23/4 80. **1**, 395.

3. Fällt die von Personen männlichen Geschlechts verübte wechselseitige Onanie unter den § 175? II. 25/4 82. **6**, 211.

4. Macht sich nach § 175 auch strafbar, wer den Geschlechtsteil eines Schlafenden in seinen Mund einführt? I. 3/2 90. **20**, 225.

5. Liegt darin, daß ein Mann das männliche Glied eines anderen in den Mund nimmt und daran saugt, eine beischlafsähnliche Handlung, die auf seiner Seite den objektiven Tatbestand des § 175 erfüllt?

Was ist in subjektiver Beziehung zum Tatbestande des § 175 erforderlich? Muß insbesondere auch die zur Unzucht mit einem anderen

Manne sich nur hingebende Mannsperson zur Erregung oder Befriedigung ihres eigenen Geschlechtstriebes gehandelt haben?

Ist eine solche Mannsperson, die nicht in eigener wollüstiger Absicht handelt, in Bezug auf das Vergehen gegen § 175 als selbständiger Täter oder nur als Gehülfe zu betrachten? II. 29/3 01. **34**, 245.

6. Was ist in objektiver Beziehung zur Erfüllung des Begriffes der von Menschen mit Tieren begangenen widernatürlichen Unzucht erforderlich? II. 15/11 92. **23**, 289.

7. Erfordert der Tatbestand der widernatürlichen Unzucht mit Tieren eine Vereinigung der Geschlechtsteile, bezw. Verschiedenheit des Geschlechts des Menschen und des Tieres? Gehört zum Tatbestande überhaupt Erreichung des Geschlechtsgenusses durch Samenerguß? I. 13/1 81. **3**, 200.

§ 176 1. Begriff von unzüchtiger Handlung. Objektive und subjektive Erfordernisse der „Vornahme unzüchtiger Handlungen". II. 23/12 95. **28**, 77.

2. Setzt die Vornahme unzüchtiger Handlungen eine Berührung des Körpers, insbesondere der Geschlechtsteile voraus? II. 17/3 82. **6**, 116; III. 21/10 89. **20**, 30; II. 26/5 91. **22**, 33.

Nr. 1.

3. Ist der Tatbestand gegeben, wenn jemand eine ohne sein Mitverschulden von dritten Personen gegen eine Frauensperson verübte Vergewaltigung dazu benutzt, an der Wehrlosen unzüchtige Handlungen vorzunehmen? III. 11/11 95. **27**, 422.

4. Kann ein freiwillig aufgegebener Notzuchtsversuch als Verbrechen gegen § 176 Nr. 1 bestraft werden? Fer. 25/8 92. **23**, 225.

5. Über ideale Konkurrenz des Verbrechens des § 176 Nr. 1 mit Beleidigung. IV. 2/6 93. **24**, 201.

Nr. 2.

6. In welchem Verhältnisse steht der Begriff „Geisteskrankheit" in § 176 Nr. 2 zu dem in § 51 St.G.B.'s gebrauchten Ausdrucke „krankhafte Störung der Geistestätigkeit"?

Kann unter Geisteskrankheit im Sinne des § 176 Nr. 2 auch Blödsinn fallen?

Ist zur Anwendung des § 176 Nr. 2 neben der Feststellung der Geisteskrankheit der Frauensperson noch die Feststellung geboten, daß diese sich in einem willenlosen oder bewußtlosen Zustande befunden habe?

Schließt ein äußerlich als Einwilligung zum Beischlafe erscheinendes Verhalten einer geisteskranken Frauensperson den Begriff des Mißbrauchs zum Beischlafe aus? I. 30/11 81. 7, 425.

7. Was gehört zur Vollendung des Beischlafs? S. § 177 (Nr. 3).

Nr. 3.

8. Setzt § 176 Nr. 3 voraus, daß der Täter männlichen Geschlechts sei? Umfaßt der Begriff der „Vornahme unzüchtiger Handlungen"

auch die Duldung der Beischlafsvollziehung von seiten einer Frauensperson? III. 14/2 84. **10**, 158.

9. Können Personen unter 14 Jahren das Verbrechen des § 176 Nr. 3 begehen? III. 18/12 82. **7**, 352.

10. Setzt die Anwendung des § 176 Nr. 3 die Zeugungsfähigkeit des Täters voraus? I. 23/1 90. **20**, 181.

11. Was versteht § 176 Nr. 3 unter der Verleitung zur Duldung, bezw. zur Verübung unzüchtiger Handlungen? II. 4/12 94. **26**, 278; III. 21/10 89. **20**, 30.

12. Gehört es zum Wesen der am eigenen Körper vorgenommenen unzüchtigen Handlung, daß sie an dem entblößten Körper vorgenommen wird? II. 12/10 00. **33**, 429.

13. Kommt es bei der Verleitung eines Kindes zur Verübung rc unzüchtiger Handlungen darauf an, daß das Kind die Unzüchtigkeit erkannt hat? II. 26/5 91. **22**, 33.

14. Erfordert der subjektive Tatbestand des in Nr. 3 vorgesehenen Verbrechens Kenntnis des Täters von dem Alter des mißbrauchten Kindes? Was gehört zur Annahme des Eventualdolus? I. 28/4 84. **10**, 337; I. 13/4 91. **21**, 420.

15. Ist der Versuch der Verleitung einer Person unter 14 Jahren zur Duldung unzüchtiger Handlungen rechtlich möglich? IV. 20/9 98. **31**, 251.

16. Können die Tatbestände des § 176 Nr. 3 und des § 240 St.G.B.'s ideell konkurrieren? I. 18/12 84. **11**, 387.

17. Wie ist zu § 176 Nr. 3 die den Geschworenen vorzulegende Frage zu fassen? III. 1/7 85. **12**, 337.

1. Ist ideale Konkurrenz mit Beleidigung möglich? IV. 2/6 93. **24**, 201. **§ 177**

2. Bestrafung des Versuchs bei freiwilliger Aufgabe s. St.G.B. § 176.

3. Erfordert die Vollendung des Verbrechens die immissio seminis? Kann das Verbrechen an einem vierjährigen Kinde begangen werden? I. 17/3 81. **4**, 23.

Ist im Falle der Verleitung einer Ehefrau zur Gestattung des Beischlafs durch Erregung eines Irrtums, in welchem sie den Beischlaf für einen ehelichen hielt, der Ehemann zur Stellung des Strafantrags berechtigt? **§ 179**

Kann bei einem nur vom Ehemann gestellten Strafantrage Verurteilung des Täters wegen Beleidigung erfolgen? IV. 16/4 89. **19**, 250.

1. Begriff von „Unzucht". I. 29/5 84. **11**, 4. **§ 180**

2. Ist Beischlaf unter Verlobten Unzucht im Sinne des § 180? I. 2/11 82. **8**, 172.

3. Ist der Tatbestand der Kuppelei bedingt durch die Strafbarkeit der beförderten Unzucht? III. 13/5 82. **6**, 286; II. 14/6 81. **4**, 252; I. 29/1 80. **1**, 88.

4. Was ist unter Vorschubleistung zur Unzucht durch „Vermittelung“, durch „Verschaffung von Gelegenheit“ zu verstehen? II. 17/10 84. **11**, 149; I. 1/2 90. **20**, 201; I. 23/9 80. **2**, 258; III. 15/5 80. **2**, 164.

5. Kann auch in einer intellektuellen Einwirkung eine Vorschubleistung zur Unzucht erblickt werden?

Macht sich jemand einer Vorschubleistung schon dadurch schuldig, daß er prostituierte Frauenspersonen in seine Wohnung aufnimmt? I. 23/4 83. **8**, 236.

6. Kann in der Vermittelung des Eintritts einer Person in ein Prostitutionshaus oder in der Vermittelung des Übertritts von Lohndirnen aus einem Bordell in das andere ein Vorschubleisten gefunden werden? IV. 25/3 87. **15**, 361.

7. Ist der Tatbestand auch gegeben, wenn nur die eine der beiden Personen zur Unzuchtsverübung bereit war, die Bereitwilligkeit der anderen aber erst durch die getroffenen Veranstaltungen herbeigeführt werden sollte? II. 29/10 97. **30**, 321.

8. Erfordert der Begriff des Vorschubleistens, daß die Unzucht tatsächlich verübt oder daß ein Zustand herbeigeführt worden ist, welcher unmittelbar, ohne das Hinzutreten sonstiger Umstände oder Tätigkeiten, die Begehung der Unzucht ermöglichte? IV. 25/3 87. **15**, 361; III. 15/5 80. **2**, 164.

9. Inwiefern kann dem Diener in einer Bordellwirtschaft zur Last gelegt werden, daß er der Unzucht Vorschub leiste? I. 19/10 96. **29**, 108.

10. Liegt strafbare Kuppelei in dem Verkaufe eines Hauses an eine Prostituierte, wenn dem Verkäufer bewußt war, daß die Käuferin das Haus zum Betriebe gewerbsmäßiger Unzucht benutzen und durch solche den Kaufpreis aufbringen werde. I. 8/5 93. **24**, 165.

11. Inwiefern kann in Unterlassungen ein Vorschubleisten gefunden werden? II. 6/5 87. **16**, 49; III. 18/10 82. **7**, 118.

12. Hat der Ehemann die Verpflichtung, seine Ehefrau vom Betriebe der Gewerbsunzucht zurückzuhalten? II. 9/2 92. **22**, 332.

13. Begriff des Tatbestandsmerkmals des Eigennutzes. Erfordert dasselbe die Erstrebung eines Vermögensvorteils, oder kann es auch durch Erstrebung eines anderen materiellen Nutzens erfüllt werden? IV. 3/5 87. **16**, 56.

14. Genügt zur Annahme des Eigennutzes, daß der Kuppler durch die Aussicht auf einen künftigen, noch von ungewissen Voraussetzungen abhängigen Vermögensvorteil zu seiner Handlungsweise bestimmt wird? I. 27/10 83. **9**, 129.

15. Ist ein Handeln aus Eigennutz rechtsgrundsätzlich nur da anzunehmen, wo ein das gewöhnliche Maß übersteigender Nutzen erstrebt wird? IV. 10/7 94. **26**, 40.

16. Unter welchen Voraussetzungen kann in dem bloßen Vermieten einer Wohnung an Prostituierte Kuppelei aus Eigennutz gefunden werden? III. 15/2 94. **25**, 142.

Digitized by Google

17. Über den zur Straftat gehörigen Dolus. III. 18/10 82. **7**, 118; I. 19/10 96. **29**, 108.

18. Ist der Betrieb einer polizeilich geduldeten Bordellwirtschaft als Kuppelei strafbar? I. 29/1 80. **1**, 88.

19. Ist an der Kuppelei strafbar beteiligt, wer selbst die Unzucht verübt hat? I. 13/4 92. **23**, 69; III. 13/5 82. **6**, 286.

20. Kann wegen Anstiftung zur Kuppelei bestraft werden, wer zur Beförderung des von ihm gewollten Unzuchtsbetriebs einen anderen bestimmt hat? II. 14/6 81. **4**, 252; IV. 25/10 89. **20**, 12; IV. 22/5 94. **25**, 369.

21. Wird bei einer Mehrheit von Fällen der Kuppelei aus Eigennutz die Annahme einer Realkonkurrenz mehrerer Vergehen der Kuppelei aus Eigennutz durch die in ihnen sich bekundende Gewohnheitsmäßigkeit der Kuppelei ausgeschlossen? Ist es statthaft, in mehreren Handlungen des Vorschubleistens zur Unzucht mehrere real konkurrierende Vergehen der Kuppelei aus Eigennutz in idealer Konkurrenz mit einem Vergehen der gewohnheitsmäßigen Kuppelei zu erblicken? I. 21/12 83. **10**, 22; II. 10/11 82. **7**, 229.

22. Kann die durch eine fortgesetzte Handlung verübte Kuppelei als eine gewohnheitsmäßige angesehen werden? IV. 2/7 01. **34**, 310.

23. Verhältnis der in § 180 und § 181 vorgesehenen Straftaten zu einander. III. 1/3 82. **6**, 132.

24. Konkurrenz von Kuppelei mit einem von dem Bordellwirte verübten Gewerbesteuervergehen. I. 31/5 86. **14**, 174.

S. zu § 180 auch **24**, 243.

(Ursprüngliche Fassung.) **§ 181**

1. Über identische Tatbestandsmerkmale s. § 180.

2. Über das Verhältnis zu § 180. III. 1/3 82. **6**, 132.

3. Begriff von „hinterlistigen Kunstgriffen". Kommt es für den Tatbestand der Nr. 1 auf den Erfolg der Bemühungen an? IV. 26/1 92. **22**, 311.

4. Sind unter „Eltern" in Nr. 2 die Stiefeltern mitzuverstehen? III. 6/5 82. **6**, 338.

5. Steht ein uneheliches Kind zu dem Ehemanne seiner Mutter in einem Verhältnisse, welches die Verkuppelung des Kindes durch den Ehemann als schwere Kuppelei qualifiziert? II. 7/1 91. **21**, 257.

6. Kann in Bayern eine Ehefrau, die der Unzucht ihrer Tochter durch Unterlassung verhindernden Einschreitens Vorschub geleistet hat, sich mit Erfolg auf den Mangel einer rechtlichen Befugnis zu solchem Einschreiten berufen? I. 29/5 97. **30**, 125.

7. Setzt § 181 Nr. 2 voraus, daß eine von den bei dem Unzuchtsbetriebe beteiligten Personen als Objekt der Unzucht anzusehen ist und diese Person zu dem Schuldigen in einem Verhältnisse der in Nr. 2 angegebenen Art steht?

Wird § 181 Nr. 2 gegen die Mutter in ihrem Verhältnisse zu einem großjährigen und selbständigen Sohne unanwendbar? II. 6/5 87. **16**, 49.

8. Unter welchen Voraussetzungen wird im Sinne von § 181 Nr. 2 Unzucht „mit" einer Person getrieben? II. 20/4 94. **25**, 287.

9. Setzt der Tatbestand des § 181 Nr. 2 voraus, daß objektiv Unzucht getrieben worden ist? III. 18/10 82. **7**, 118; IV. 22/5 94. **25**, 369.

10. Was gehört zum Tatbestande des Versuchs des Verbrechens des § 181 Nr. 2? Muß mit der Verübung der Unzucht begonnen sein? III. 18/10 82. **7**, 118.

11. Ist derjenige, der selbst die unzüchtige Handlung vorgenommen hat, wegen Anstiftung zur Kuppelei strafbar, wenn er einen anderen zu zu der nach § 181 Nr. 2 strafbaren Beförderung der Unzucht angestiftet hat? IV. 22/5 94. **25**, 369.

12. Nach welchem Gesetze ist der Teilnehmer an einer schweren aus § 181 Nr. 2 zu ahndenden Kuppelei zu bestrafen, wenn er selbst zu den Personen, mit welchen die Unzucht getrieben ist, in einem der dort bezeichneten Verhältnisse nicht steht? II. 19/6 91. **22**, 51.

13. Über Zusammentreffen von Vergehen der Kuppelei der in § 180 bezeichneten Art mit schwerer Kuppelei. III. 1/3 82. **6**, 132.

S. zu § 181 auch **23**, 69.

§ 181a (Novelle vom 25. Juni 1900.)

1. Stellt § 181a mit dem Worte „Zuhälter" ein Merkmal der strafbaren Handlung auf? IV. 4/1 01. **34**, 72.

2. Verhältnis des § 181a zu § 180.

Zur Bestimmung der Begriffe „Ausbeutung" und „Förderlich sein": IV. 4/1 01. **34**, 74.

3. Findet die erste Alternative des § 181a Abs. 1 auf den erwerbsunfähigen und der Armenunterstützung bedürftigen Verlobten der Prostituierten Anwendung? IV. 8/3 01. **34**, 212.

4. Zur Bestimmung des Begriffs „Zuhälter". Verhältnis des Zuhälters zum Kuppler. II. 10/1 02. **35**, 56.

5. Was ist unter „Lebensunterhalt" im Sinne des § 181a zu verstehen? II. 28/1 02. **35**, 92.

§ 182 1. Steht ein unzüchtiges Verhalten, wozu der Verführer selbst den Anlaß gegeben hat, der Annahme der Unbescholtenheit entgegen? II. 5/12 99. **32**, 437.

2. Was ist unter „verführen" zu verstehen? III. 23/3 82. **6**, 135.

3. Setzt die Anwendung des § 182 voraus, daß von dem verführten Mädchen ein ernstlicher Widerstand geleistet wurde und zur Überwindung eine erhebliche Anstrengung erforderlich war? I. 11/2 84. **10**, 95.

4. Steht der unehelichen Mutter der Antrag auf Strafverfolgung zu? II. 7/12 80. **3**, 89.

5. Sind nur Vater und Mutter gemeinschaftlich, oder auch jeder von ihnen allein zum Strafantrage berechtigt? IV. 25/9 88. **18**, 101.

6. Wie ist das 16. Lebensjahr zu berechnen? III. 16/12 01. **35**, 37.

7. Kann das Vergehen in Bezug auf dasselbe Mädchen in Realkonkurrenz oder als sog. fortgesetztes Vergehen begangen werden? I. 23/12 01. **35**, 45.

1. Zum Begriffe von unzüchtiger Handlung. II. 12/10 00. **33**, 429. § 183

2 Sind unter unzüchtigen Handlungen im Sinne des § 183 nur Handlungen in der engeren Bedeutung, oder auch mündliche Äußerungen zu verstehen? II. 6/5 81. **4**, 130.

3. Müssen die unzüchtigen Handlungen eine geschlechtliche Beziehung haben? II. 30/10 82. **7**, 168.

4. Ist zur Anwendung des § 183 die bezweckte Erregung der Geschlechtslust erforderlich? I. 22/9 92. **23**, 233.

5. Begriff der „Öffentlichkeit" in § 183.

Reicht dafür aus, daß die Handlung an einem öffentlichen Orte vorgenommen worden ist? II. 22/2 81. **3**, 361; I. 12/7 80. **2**, 196; II. 10/2 80. **1**, 199.

6. Setzt der Begriff der Öffentlichkeit voraus, daß Personen, welche von der unzüchtigen Handlung selbst nicht umfaßt werden, derselben beiwohnen dergestalt, daß sie sie bemerken konnten, wenn sie ihre Aufmerksamkeit darauf richteten? II. 22/11 87. **16**, 345.

7. Was ist unter „Ärgernis geben" zu verstehen? I. 12/7 80. **2**, 196.

8. Genügt es für den Begriff des Ärgernisgebens, daß jemand an dem nicht unzüchtigen Teile eines Vorgangs mit Rücksicht auf den von ihm unterstellten Zusammenhang Ärgernis genommen hat? I. 20/4 95. **27**, 182.

9. Kann in der öffentlichen Ausstellung objektiv nicht unzüchtiger Schriften eine unzüchtige, öffentliches Ärgernis gebende Handlung gefunden werden? III. 17/1 95. **26**, 370.

S. zu § 183 auch **7**, 437.

a) Absatz 1 in der Fassung vor der Novelle vom 25. Juni 1900. § 184

1. Ist zur Annahme der Unzüchtigkeit von Schriften ꝛc nötig, daß sie zur Erregung geschlechtlicher Lüsternheit geeignet sind? II. 20/9 98. **31**, 260.

2. Ist die Wirkung der Darstellung auf das sittliche Gefühl für den Begriff des Unzüchtigen entscheidend?

Verschiedenheit der Wirkung künstlerischer Darstellungen und solcher, die des künstlerischen Interesses entbehren. II. 10/12 97. **30**, 378.

3. In welchem Maße muß das Scham- und Sittlichkeitsgefühl in geschlechtlicher Beziehung verletzt werden, um die Feststellung der Unzüchtigkeit zu rechtfertigen? Ist eine „gröbliche" Verletzung notwendig? Muß bei der Feststellung der Unzüchtigkeit einer Schrift berücksichtigt

werden, auf welches Lesepublikum dieselbe berechnet ist? II. 24/11 99. **32**, 418.

4. Kann bei Entscheidung der Frage, ob eine Schrift rc unzüchtig ist, von den objektiven Umständen ganz abgesehen und die Feststellung des Unzüchtigen lediglich darauf gegründet werden, daß bei dem Verkaufen oder Verbreiten unzüchtige Zwecke verfolgt werden? III. 6/11 93. **24**, 365.

5. Ist der objektive Inhalt unzüchtiger Abbildungen nur in dem zu finden, was sie zur unmittelbaren Anschauung bringen? II. 21/2 02. **35**, 133.

6. Begriff von „unzüchtigen Schriften". Objektiver und subjektiver Tatbestand des in § 184 Abs. 1 vorgesehenen Vergehens. IV. 22/3 95. **27**, 114; III. 19/2 83. **8**, 128; III. 16/2 81. **4**, 87; II. 13/1 93, **23**, 388.

7. Nach welchen Gesichtspunkten ist die Frage der Unzüchtigkeit zu beurteilen, wenn ein Werk in Bruchstücken veröffentlicht wird? II. 16/10 96. **29**, 133.

8. Welche Gesichtspunkte sind maßgebend für die Beantwortung der Frage, ob eine Abbildung unzüchtig ist? I. 15/1 91. **21**, 306.

9. Ist für den Begriff einer unzüchtigen Abbildung entscheidend, daß durch dieselbe nicht „bei einem erwachsenen Normalmenschen" das Scham- und Sittlichkeitsgefühl verletzt wird? I. 18/12 99. **33**, 17.

10. Notwendigkeit der Prüfung der Unzüchtigkeit einer Abbildung mit Beziehung auf das Werk, zu dem sie gehört. II. 20/9 98. **31**, 260.

11. Begriff des Anschlagens oder Ausstellens. Wird hierbei eine Mehrheit von Abbildungen rc erfordert?

Fällt eine unzüchtige Abbildung an einer Hauswand deshalb nicht unter § 184, weil sie erst durch das Anzeichnen, nicht schon vorher, fertiggestellt ist? III. 24/11 84. **11**, 282.

12. Unter welchen Voraussetzungen können nach § 184 Schriften als „verbreitet" angesehen werden? III. 22/10 83. **9**, 292.

13. Erfüllt es den Begriff des „Ausstellens" im Sinne des § 184, wenn ein Buch unzüchtigen Inhalts im Schaufenster des Buchladens so ausgelegt wird, daß nur der an sich unanstößige Titel, nicht aber der unzüchtige Inhalt der Wahrnehmung zugänglich ist? III. 18/10 86. **14**, 397. Vgl. IV. 11/6 01. **34**, 285.

14. Finden auf das Verhältnis des Verfassers einer unzüchtigen Schrift zu dem Verleger, welchem die äußere Tätigkeit des Verbreitens obgelegen hat, die allgemeinen Grundsätze über Teilnahme Anwendung? II. 13/1 93. **23**, 388.

15. Über das Verhältnis zu § 183 St.G.B.'s. III. 17/1 95. **26**, 370.

16. Ist der Ausspruch eines Strafurteils, daß eine bestimmte Schrift nicht unzüchtigen Inhalts sei, in dem Sinne der Rechtskraft fähig, daß der Freigesprochene wegen späteren Verbreitens derselben Schrift nicht mehr verurteilt werden kann? II. 30/9 81. **5**, 101.

b) Absatz 2 nach Fassung vor der Novelle vom 25. Juni 1900 (= § 184 b nach der Novelle vom 25. Juni 1900).

17. Erfordert der Tatbestand Mitteilungen über unzüchtige Handlungen, durch welche das Scham- und Sittlichkeitsgefühl verletzt wird? I. 12/3 91. **21**, 396.

18. Ist es in dem Falle, daß die wegen Gefährdung der Sittlichkeit erfolgte Ausschließung der Öffentlichkeit sich nicht auch auf die Verkündung der Urteilsgründe erstreckt hat, nach § 184 Abs. 2 zulässig, aus den publizierten Gründen öffentlich Mitteilungen zu machen, selbst wenn diese geeignet sind, Ärgernis zu erregen? IV. 28/10 90. **21**, 135.

19. Erfordert der Tatbestand, daß der Täter sich bewußt ist, seine Mitteilungen seien geeignet, Ärgernis zu erregen? IV. 14/2 93. **24**, 4.

c) Fassung der Novelle vom 25. Juni 1900.

20. Unter welchen Voraussetzungen kann der Drucker einer unzüchtigen Schrift als Täter des Vergehens des § 184 Nr. 1 angesehen werden? IV. 4/7 02. **35**, 317.

21. Besteht ein begrifflicher Unterschied zwischen einer „öffentlichen" Ankündigung oder Anpreisung und einer solchen „dem Publikum gegenüber"? (Nr. 3.)

Ist nach Nr. 3 strafbar, wer in einem Wirtshause den Gästen verschlossene Couverts mit Anpreisung von Mitteln zur Verhütung der Empfängnis verkauft? I. 3/1 01. **34**, 81.

22. Zu den durch die Strafgesetznovelle vom 25. Juni 1900 herbeigeführten Änderungen des § 184. IV. 11/6 01. **34**, 285.

23. Wie ist der Begriff der Ankündigung unzüchtiger Schriften zum Zwecke der Verbreitung zu verstehen? Sind als angekündigt nur diejenigen Bestandteile eines öffentlich zum Bezuge angebotenen Buches anzusehen, worauf die in der Ankündigung verwendete Bezeichnung des Buches hinweist? IV. 9/7 01. **34**, 317.

24. Nach welchen Gesichtspunkten entscheidet sich, ob ein Gegenstand zu unzüchtigem Gebrauche „bestimmt" ist? I. 23/9 01. **34**, 365; II. 6/6 02. **35**, 277.

25. Verhältnis des § 184 Nr. 3 zu früheren Polizeiverordnungen gleichen Inhalts. II. 6/6 02. **35**, 277.

Vierzehnter Abschnitt (§§ 185—200).

Beleidigung.

1. Kann jemand, abgesehen von dem Falle des § 189, durch eine ehrverletzende Äußerung über eine für tot erachtete Person sich einer Beleidigung schuldig machen? I. 5/7 94. **26**, 33.

2. Können, abgesehen von den §§ 196. 197, juristische Personen, Korporationen und andere Personenmehrheiten als solche beleidigt werden, oder kann eine Beleidigung in dieser Richtung nur angenommen werden, insoweit die einzelnen durch den Kollektivbegriff bezeichneten Personen durch die ehrverletzende Äußerung betroffen werden? II. 12/4 81. **4**, 75; II. 7/1 81. **3**, 246.

3. Kann eine Handelsgesellschaft unter ihrer Firma beleidigt werden und den Antrag auf Strafverfolgung stellen? III. 31/1 80. **1**, 178.

4. Inwiefern kann gegen eine Mehrheit von Personen, die unter einer Kollektivbezeichnung zusammengefaßt werden, eine Beleidigung verübt werden? Kommt es hierbei darauf an, daß der Täter an die einzelnen unter die Kollektivbezeichnung fallenden Personen gedacht hat? Muß sich der Täter der Möglichkeit einer Beziehung seiner ehrverletzenden Äußerung auf die betreffenden Personen bewußt gewesen sein?

Kann bei einer Kollektivbezeichnung die Beleidigung einer einzelnen darin einbegriffenen Person auch dann angenommen werden, wenn die Absicht des Beleidigers bestimmt zum Ausdrucke gelangt ist, diese Person von dem durch die Äußerung betroffenen Kreise auszunehmen? II. 7/1 81. **3**, 246; II. 3/11 82. **7**, 169; II. 3/7 83. **9**, 1; II. 26/10 88. **18**, 167; IV. 14/6 98. **31**, 185; II. 2/1 00. **33**, 46; II. 30/9 92. **23**, 246.

5. Kann bei beschimpfenden Kundgebungen gegen die in verschiedenen preußischen Provinzen mit Einwohnern polnischer Abkunft im Gemenge lebenden Deutschen eine gegen die letzteren mit Wahl einer Kollektivbezeichnung verübte Beleidigung angenommen werden? IV. 14/6 98. **31**, 185.

6. Wer ist in dem Falle, wenn die Kundgebung eine Mehrheit von Personen derartig kennzeichnet, daß auf jeden zu der Mehrheit Gehörenden der Verdacht unehrenhaften Handelns geworfen wird, als beleidigt und strafantragsberechtigt anzusehen? I. 25/10 80. **3**, 12; II. 30/9 92. **23**, 246.

7. Gehört zum Tatbestande der Beleidigung, daß der Beleidigte sich des ehrenkränkenden Charakters der gegen ihn gerichteten Kundgebung bewußt geworden ist?

Greift der Satz volenti non fit injuria Platz, wenn eine Person wegen mangelnder geistiger Reife nicht weiß, worum es sich handelt? II. 19/2 97. **29**, 398; II. 2/5 84. **10**, 372.

8. Kann ein Geisteskranker beleidigt werden? I. 3/10 95. **27**, 366.

9. Kann je nach Verhältnissen und Absicht auch in einer an sich nicht ehrverletzenden Kundgebung eine Beleidigung gefunden werden? I. 22/4 80. **1**, 390.

10. Inwieweit unterliegt die Feststellung des Vorhandenseins einer Beleidigung der Nachprüfung des Revisionsrichters? III. 16/3 81. **3**, 433.

11. Ist der Tatbestand einer Beleidigung gegeben, wenn der Absender des an einen Untersuchungsgefangenen gerichteten Briefes den für einen dritten beleidigenden Inhalt nur zur Kenntnis des Adressaten bringen wollte, der Brief aber ohne Aushändigung an den Adressaten entgegen der Vorschrift des § 148 St.P.O. eröffnet worden ist? II. 13/11 94. **26**, 202.

12. Ist es für die Strafbarkeit des Verfassers eines beleidigenden Zeitungsartikels unter der Voraussetzung, daß die Veröffentlichung an einem bestimmten Orte vom Verfasser gewollt und ins Werk gesetzt worden ist, von rechtlicher Bedeutung, ob die Veröffentlichung gerade durch die

vom Verfasser namhaft gemachten Zeitungen erfolgt ist? II. 14/12 94. **26**, 340.

13. Sind Beleidigungen in Berichten über öffentliche Gerichtsverhandlungen straflos? I. 20/11 79. **1**, 19.

14. Inwiefern wird durch die Veröffentlichung ehrverletzender Kundgebungen in der nämlichen Druckschrift eine Mehrheit von Beleidigungen verübt? II. 2/1 00. **33**, 46; I. 5/1 91. **21**, 276.

15. Kann in der Abfassung und Übersendung eines Schriftstückes, dessen Inhalt für eine und dieselbe Person im Sinne teils des § 186, teils des § 185 St.G.B.'s beleidigend ist, der Tatbestand mehrerer selbständiger Vergehen der Beleidigung gefunden werden? II. 12/2 01. **34**, 134.

16. Wann ist eine Tatsache geeignet, jemand verächtlich zu machen? (§§ 186. 187.) IV. 14/2 02. **35**, 126.

17. Über die Straffreiheit aus Art. 22 der Reichsverfassung vom 16. April 1871 s. dort.

18. Über Feststellung des Vorsatzes der Beleidigung bei ehrverletzenden Äußerungen in einer periodischen Druckschrift s. Preßgesetz vom 7. Mai 1874 § 20.

S. zu diesem Abschnitt auch **24**, 269.

1. Inwiefern kann in einer ehrverletzenden Kritik, welche der Be- § 185
hauptung wahrer Tatsachen angereiht wird, eine Beleidigung im Sinne des § 185 gefunden werden? II. 2/1 00. **33**, 50.

2. Hat der Richter, wenn er von der zur Anklage gebrachten Beleidigung aus § 186 freispricht, noch in eine Erörterung darüber einzutreten, ob nicht eine aus § 185 strafbare Beleidigung übrig bleibt? III. 13/10 80. **2**, 379.

3. Findet auf die Beleidigung einer Behörde durch Behauptung ehrenrühriger Tatsachen § 185 Anwendung, wenn die Beleidigung nicht zur Kenntnis anderer außerhalb der Behörde stehender Personen gelangt ist? III. 30/11 82. **7**, 285.

4. Was gehört zum subjektiven Tatbestande des Vergehens? Genügt zur Annahme des Nichtvorhandenseins des erforderlichen Dolus, daß der Täter im Scherze gehandelt hat? II. 16/12 81. **5**. 239; II. 2/1 00. **33**, 50; III. 13/4 85. **12**, 140.

5. Über Konkurrenz mit dem Vergehen des § 153 Gew.-Ordn. III. 2/10 84. **11**, 128.

6. Kann das Vergehen ideell konkurrieren mit einem Verbrechen gegen § 177 oder § 176 Nr. 1 St.G.B.'s? IV. 2/6 93. **24**, 201.

7. Über den Unterschied der Tatbestände der §§ 185 u. 186. IV. 7/7 96. **29**, 40.

8. S. weiter die Entscheidungen an der Spitze dieses Abschnitts (S. 113).

S. zu § 185 auch **1**, 260; **4**, 218; **10**, 149. 229; **14**, 327; **15**, 9; **19**, 250 (vgl. **24**, 201); **19**, 284.

1. Wesen des in § 186 vorgesehenen Vergehens und Unterschied § 186
von demjenigen des § 185. IV. 7/7 96. **29**, 40.

2. Was ist unter „Tatsachen" zu verstehen? III. 17/10 98. **31**, 281; II. 9/1 80. **1**, 52. (S. auch § 131 Nr. 1, S. 75.)

3. Fallen unter den Begriff von Tatsachen auch allgemeine Urteile, welche zwar durch tatsächliche Vorgänge veranlaßt sind, aber konkrete Handlungen der Beleidigten selbst nicht zum Gegenstande haben? II. 2/5 02. **35**, 227.

4. Enthält die in Beziehung auf einen Kaufmann gemachte unwahre Behauptung, er sei zahlungsunfähig geworden, eine aus § 186 strafbare Beleidigung? II. 1/10 80. **2**, 309.

5. Ist die Nichterweislichkeit der behaupteten ehrenrührigen Tatsache ein Tatbestandsmerkmal? Erfordert die Verurteilung aus § 186 das Bewußtsein des Täters, daß die behaupteten ehrenrührigen Tatsachen nicht erweislich seien? III. 23/9 89. **19**, 386; II. 28/9 83. **9**, 150; I. 30/10 82. **8**, 171; I. 2/11 82. **7**, 207; III. 13/10 80. **2**, 379; II. 27/4 94. **25**, 355.

6. Genügt für die Annahme der Wahrheit der behaupteten Tatsache, daß die letztere im Wesen der Sache sich als richtig ergeben hat? III. 7/4 80. **2**, 2.

7. Darf der Wahrheitsbeweis abgelehnt werden, weil das Vorhandensein einer Beleidigung aus der Form oder aus den Umständen hervorgehe und danach eine Bestrafung aus § 185 gerechtfertigt sei? III. 11/2 80. **1**, 260.

8. Kann es auf den Wahrheitsbeweis Einfluß äußern, daß das Strafverfahren über die Delikte, welche den Gegenstand der üblen Nachrede bilden, von der Staatsanwaltschaft eingestellt worden ist? I. 22/12 79. **1**, 40.

9. Darf die Abstimmung so erfolgen, daß über die Nichterweislichkeit der behaupteten ehrenrührigen Tatsache besonders abgestimmt wird? III. 13/10 80. **2**, 379.

10. Zum Begriffe von „behaupten" und „verbreiten". Gehört zur Beleidigung durch Verbreitung die Absicht, daß die Mitteilung an weitere Kreise gelange? Fer. 10/9 97. **30**, 224; II. 8/3 98. **31**, 63.

11. Über Beleidigung durch Verbreitung von Gerüchten? II. 17/11 91. **22**, 221.

12. Kann es für den Tatbestand des § 186 genügen, daß die Behauptung der ehrenrührigen Tatsache nur dem Beleidigten gegenüber geschehen ist? III. 29/6 81. **4**, 401; IV. 7/7 96. **29**, 40; III. 30/11 82. **7**, 285.

13. Gehört zur Strafbarkeit die Absicht zu beleidigen? II. 27/4 94. **25**, 355.

14. Subjektives Schuldmoment bei dem Vergehen des § 186. Mangel des Bewußtseins des Täters, daß seine Äußerung auf den Verletzten bezogen werden könne. IV. 26/10 88. **18**, 167.

15. Kann ein Einwand gegen die Verurteilung aus § 186 daraus entnommen werden, daß die in Bezug auf eine individuell erkennbar gemachte Person aufgestellte Behauptung ehrenrühriger Tatsachen in einer Personenverwechselung ihren Grund habe? IV. 7/7 96. **29**, 44.

16. Kann die in gutem Glauben gemachte Anzeige bei einer Behörde das Vergehen des § 186 enthalten? I. 29/6 96. **29**, 54; II. 7/1 90. **20**, 164; I. 8/12 79. **1**, 233; II. 16/1 80. **1**, 80.

17. Über ideale Konkurrenz der Tatbestände des § 186 u § 183. II. 19/1 83. **7**, 437.

18. Über den Begriff von „öffentlich" s. § 183 (S. 111).

19. Über „Verbreitung durch Schriften" s. § 110 Nr. 10, 11 (S. 57).

20. S. weiter die Entscheidungen an der Spitze dieses Abschnittes (S. 113).

S. zu § 186 auch **5**, 211; **8**, 175; **15**, 15; **16**, 139; **20**, 33; **21**, 250.

1. Kann das Vergehen ideell konkurrieren mit dem Vergehen gegen § 7 des Gesetzes zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbes? I. 14/3 98. **31**, 84. § 187

2. Können die Tatbestände der §§ 164 u. 187 St.G.B.'s ideell konkurrieren? I. 29/6 96. **29**, 54.

3. Findet auf die Beleidigung einer Behörde durch Behauptung ehrenrühriger Tatsachen § 187 Anwendung, wenn die Beleidigung zwar zur Kenntnis der mehreren die Behörde bildenden, nicht aber auch anderer außerhalb der Behörde stehenden Personen gelangt ist? III. 30/11 82. **7**, 285.

4. Ist bei einer wider besseres Wissen aufgestellten Behauptung ehrenrühriger Tatsachen die Berufung auf § 193 zulässig? I. 10/10 81. **5**, 56; IV. 19/3 01. **34**, 222.

5. Über die Würdigung des unternommenen Wahrheitsbeweises. III. 7/4 80. **2**, 2.

6. Zum Begriffe „wider besseres Wissen". IV. 10/10 99. **32**, 302.

7. Über den Begriff von „öffentlich" s. § 183 (S. 111).

8. Über „Verbreitung durch Schriften" s. § 110 Nr. 10, 11 (S. 57).

9. S. weiter die Entscheidungen an der Spitze dieses Abschnittes (S. 113).

S. zu § 187 auch **5**, 211; **20**, 33.

Über Buße s. den Anhang zu Teil I Abschn. 1, S. 13, sowie § 231. § 188

1. Wie ist zu verfahren, wenn in einer Strafsache, deren Entscheidung gemäß § 190 für eine wegen Beleidigung erhobene Privatklage präjudiziell ist, zugleich Anklage wegen einer durch die Erhebung der Privatklage verübten falschen Anschuldigung angebracht worden ist? IV. 5/7 98. **31**, 231. § 190

2. Wird durch die Erklärung der Staatsanwaltschaft, eine öffentliche Klage nicht erheben zu wollen, in Bezug auf die strafbare Handlung, welche den Gegenstand der übeln Nachrede bildet, die Führung des Wahrheitsbeweises ausgeschlossen? I. 22/12 79. **1**, 40.

1. Findet die Vorschrift in der Revisionsinstanz Anwendung? IV. 11/1 95. **26**, 365. § 191

2. Greift § 191 Platz bei Einleitung eines Disziplinarverfahrens? II. 9/5 84. **10**, 381.

3. Erfordert § 191 zu seiner Anwendung einen besonderen Antrag des Angeklagten, wenn die stattgefundene Anzeige bei der Behörde gerichtsbekannt geworden war? I. 26/2 85. **12**, 53.

4. Kann die Entschließung der Staatsanwaltschaft, öffentliche Klage nicht erheben zu wollen, auf die Zulässigkeit des Wahrheitsbeweises Einfluß äußern? I. 22/12 79. **1**, 40.

§ 192 1. Darf die Erhebung des Wahrheitsbeweises deshalb abgelehnt werden, weil sich mit Rücksicht auf Form der Äußerung oder die begleitenden Umstände jedenfalls eine Bestrafung aus § 185 rechtfertige? III. 11/2 80. **1**, 260.

2. Muß der Richter, wenn er wegen geführten Wahrheitsbeweises die aus § 186 erhobene Anklage für nicht begründet erkennt, noch in eine Erörterung über Anwendbarkeit des § 185 eintreten? III. 13/10 80. **2**. 379.

3. Über die Frage, ob aus der Form xc, das Vorhandensein einer Beleidigung hervorgehe, s. § 193.

§ 193 1. Greift § 193 Platz bei anderen Straftaten als Beleidigungen im Sinne des Teils II Abschn. 14, insbesondere bei Vergehen gegen das Gesetz zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbes, bei Majestätsbeleidigungen, Beleidigungen von Bundesfürsten? II. 8/3 98. **31**, 63; II. 4/10 81. **5**, 46; II. 25/1 89. **18**, 382. Vgl. III. 21/5 83. **8**, 338.

2. Findet § 193 Anwenduug bei allen Arten der in Teil II Abschn. 14 pönalisierten Beleidigungen, insbesondere auch bei einer wider besseres Wissen aufgestellten Behauptung ehrenrühriger Tatsachen? I. 10/10 81. **5**, 56; IV. 7/6 87. **16**, 139.

3. Worin ist der rechtliche Grund der in § 193 statuierten Straflosigkeit ehrverletzender Äußerungen zu suchen? II. 19/2 97. **29**, 401; IV. 7/6 87. **16**, 139; II. 5/11 86. **15**, 15; III. 17/1 80. **1**, 83. Vgl. II. 16/3 80. **1**, 317; II. 30/4 80. **1**, 406.

4. Sind die Voraussetzungen für Anwendung des § 193 von Amts wegen zu prüfen? Wann muß diese Prüfung in dem Urteile erkennbar gemacht werden? III. 16/6 80. **2**, 181; II. 21/9 80. **2**, 251; III. 29/1 81. **3**, 328; III. 16/3 81. **3**, 433.

5. Welche Stimmenmehrheit ist nötig zur Verneinung des Vorhandenseins der Voraussetzungen für Anwendung des § 193? II. 16/1 80. **1**, 80.

6. Inwiefern ist die Feststellung des Vorhandenseins der Voraussetzungen für Anwendung des § 193 nicht bloß tatsächlicher Natur? III. 17/1 80. **1**, 83.

7. Was ist unter „Äußerungen zur Ausführung oder Verteidigung von Rechten und rechtlichen Interessen“ zu verstehen? III. 15/6 81. **4**, 316.

8. Zum Begriffe von „berechtigten Interessen": IV. 28/10 96. **29**, 147; IV. 25/9 94. **26**, 76; II. 29/6 94. **26**, 18; I. 9/1 93. **23**, 422; IV. 11/11 92. **23**, 285; I. 23/5 92. **23**, 144; II. 5/11 86. **15**, 15; II. 27/4 94. **25**, 355.

9. Inwiefern können Interessen Dritter als „berechtigte Interessen" angesehen werden? IV. 9/4 97. **30**, 41; II. 27/4 94. **25**, 355. IV. 16/1 94. **25**, 67. Vgl. II. 1/11 81. **5**, 121.

10. Inwiefern kommt bei der Frage, ob für die Wahrnehmung berechtigter Interessen Dritter der Schutz des § 193 zu gewähren ist, einem von dem Beteiligten erteilten Auftrage Bedeutung zu? IV. 9/4 97. **30**, 41; II. 21/9 80. **2**, 251; III. 24/12 79. **1**, 128.

11. Können Interessen, welche dem Rechte oder den guten Sitten zuwiderlaufen, als „berechtigte Interessen" angesehen werden? IV. 25/9 94. **26**, 76.

12. Kommt der Schutz des § 193 jedem zu statten, der „berechtigte Interessen" wahrzunehmen glaubt, oder nur demjenigen, welcher aus einem nach § 59 St.G.B.'s zu beachtenden Irrtume von der Annahme ausging, daß die Voraussetzungen vorhanden seien, unter denen ein berechtigtes Interesse anzuerkennen ist? II. 27/4 94. **25**, 355; II. 30/6 82. **6**, 405; IV. 7/2 96. **28**, 171.

13. Hat die Presse bei Besprechung öffentlicher Vorkommnisse einen bevorzugten Anspruch auf den Schutz des § 193? IV. 11/11 92. **23**, 285; IV. 9/4 97. **30**, 41; II. 27/4 94. **25**, 355; IV. 16/1 94. **25**, 67; IV. 2/6 93. **24**, 223; II. 13/10 93. **24**, 304; II. 5/11 86. **15**, 15; II. 16/12 81. **5**, 239.

14. Kann bei einer gemeinschaftlich verübten Tat dem einen Täter der Schutz des § 193 zuerkannt, dem anderen abgesprochen werden? IV. 13/10 93. **24**, 304; II. 29/6 94. **26**, 18.

15. Schließt die Eigenschaft des verantwortlichen Redakteurs einer periodischen Druckschrift, gleichviel, ob dessen strafrechtliche Verantwortlichkeit für den beleidigenden Inhalt der Druckschrift als Urheber der Veröffentlichung nach den allgemeinen Strafgesetzen, oder als Täter nach § 20 Abs. 2 des Preßgesetzes in Anspruch genommen wird, an sich die unmittelbare Anwendbarkeit des § 193 aus? Pl. 6/6 91. **22**, 65.

16. Über Anwendung des § 193 bei Veröffentlichung gerichtlicher Entscheidungen und Berichten über öffentliche Gerichtsverhandlungen. II. 24/5 89. **19**, 238; II. 28/1 81. **3**, 303; I. 20/11 79. **1**, 19.

17. Kommt dem, welcher bei einer Behörde eine falsche Strafanzeige im Glauben an deren Richtigkeit gemacht hat, in jedem Falle gegenüber einer Anklage aus § 186 der Schutz des § 193 zu? II. 7/1 90. **20**, 164; I. 8/12 79. **1**, 233; II. 16/1 80. **1**, 80; I. 29/6 96. **29**, 54; IV. 12/3 01. **34**, 216.

18. Kann in einer wissentlich falschen Anzeige die Wahrnehmung eines berechtigten Interesses gefunden werden? Kann in einem derartigen Falle die irrtümliche Annahme eines berechtigten Interesses als Strafausschließungsgrund wirksam sein? IV. 19/3 01. **34**, 222.

Digitized by Google

19. Sind die in einer nicht erweislich wahren Strafanzeige enthaltenen, an sich ehrenkränkenden Äußerungen notwendigerweise sämtlich deshalb strafbar, weil bei einer der Äußerungen die Absicht zu beleidigen aus der Form erhellt? II. 19/12 90. **21**, 250.

20. Kommt es bei der Würdigung des aus § 193 hergeleiteten Einwands auch darauf an, ob der Beschuldigte annehmen konnte, daß er berechtigte Interessen wahrzunehmen berufen sei? III. 21/5 94. **25**, 363; II. 27/4 94. **25**, 355; II. 6/11 85. **13**, 38; II. 30/6 82. **6**, 405.

21. Kommt einer zur Rechtsverteidigung &c gemachten Äußerung Straflosigkeit schon dann nicht zu, wenn sie zugleich durch andere Motive veranlaßt worden ist? I. 5/12 89. **20**, 100; II. 7/1 90. **20**, 164.

22. Wann ist die Feststellung zulässig, daß eine Äußerung nicht zur, sondern bei Wahrnehmung berechtigter Interessen gemacht worden sei? I. 29/6 96. **29**, 54.

23. Bezieht sich § 193 auch auf öffentliche Interessen? Kann bei einem zum Betriebe von Wahlangelegenheiten gebildeten Komitee Wahrnehmung berechtigter Interessen angenommen werden, wenn das Komitee eine vermeintlich versuchte Wahlbeeinflussung in der Presse zur Sprache bringt? II. 29/6 94. **26**, 18.

24. Kann der Einwand eines Zeitungsredakteurs, er habe die inkriminierte Äußerung als Gemeindeangehöriger zur Wahrnehmung von Interessen der Gemeinde getan, aus dem Grunde zurückgewiesen werden, weil es sich dabei nicht um individuelle Interessen handele? III. 21/5 94. **25**, 363.

25. Findet § 193 Anwendung auf die dem Kartellträger von dem Herausforderer erteilte Information? II. 16/6 96. **29**, 15.

26. Kann jemand, der einem Beamten für eine in dessen Amt einschlagende an sich nicht pflichtwidrige Handlung ein Geschenk angeboten hat, gegenüber einer dieserhalb erhobenen Anklage wegen Beleidigung den Schutz des § 193 in Anspruch nehmen? IV. 17/6 98. **31**, 194.

27. Anwendung des § 193 in dem Falle, wenn wegen Bedrohung mit Beleidigung Anklage aus § 240 St.G.B.'s erhoben ist. III. 20/3 84. **10**, 361; II. 30/6 82. **6**, 405.

28. Kann der Schutz des § 193 für eine Berichtigung im Sinne des § 11 des Preßgesetzes der beteiligten Person und dem Redakteur gewährt worden? III. 9/10 80. **3**, 40.

29. Zum Verständnisse des Ausdrucks „ähnliche Fälle" in § 193. IV. 6/4 97. **30**, 39.

30. Erheischt § 193 immer einen ausdrücklichen Ausspruch, ob das Vorhandensein einer Beleidigung nicht aus Form oder Umständen hervorgehe? II. 29/6 94. **26**, 18.

31. Was ist der Sinn der Vorschrift, daß eine zur Wahrnehmung berechtigter Interessen gemachte ehrverletzende Äußerung, wenn das Vorhandensein der Beleidigung aus der Form hervorgeht, zu strafen ist? I. 29/6 82. **6**, 420.

32. Genügt zur Versagung des Schutzes § 193 die Feststellung, daß die Grenzen sachlicher Erörterung überschritten worden seien? II. 16/3 80. **1**, 317.

33. Genügt zur Versagung des Schutzes, daß sich aus Form oder Umständen das Bewußtsein von dem beleidigenden Inhalte der Äußerung angebe? I. 5/12 89. **20**, 100.

34. Bedeutung des Ausdrucks „Vorhandensein einer Beleidigung". Genügt eine unter Beibehaltung dieses Ausdrucks getroffene Feststellung? II. 30/4 80. **1**, 406; II. 16/3 80. **1**, 317.

35. Wann ist anzunehmen, daß das Vorhandensein einer Beleidigung aus der Form hervorgehe? Wie ist die bezügliche Feststellung zu treffen? III. 29/1 81. **3**, 328; IV. 10/6 90. **21**, 1.

36. Kann aus der Form eines unter Anklage gestellten Preßartikels die Absicht zu beleidigen entnommen werden, wenn der Artikel im Urteile zwar als eine „Wiederholung" eines in einer anderen Zeitung erschienenen beleidigenden Artikels bezeichnet wird, den Wortlaut der beleidigenden Äußerung aber nicht enthält? I. 22/2 00. **33**, 170.

37. Können als Umstände, aus denen das Vorhandensein einer Beleidigung hervorgeht, Umstände verwertet werden, welche mit der inkriminierten Äußerung nicht in einem zeitlichen Zusammenhange stehen? II. 7/11 90. **21**, 157.

38. Kann bei dem Vergehen des § 186, wenn die ehrenrührigen Äußerung zur Ausführung von Rechten getan wurden, die dem Angeklagten bewußte Unerweislichkeit seiner Behauptungen als ein begleitender Umstand, der das Vorhandensein einer Beleidigung angebe, verwertet werden? IV. 7/6 87. **16**, 139.

39. Was sind „Umstände, unter denen eine Äußerung geschehen ist"? II. 8/1 01. **34**, 80.

40. Ist anonymen Anzeigen der Schutz des § 193 allgemein versagt? II. 5/2 92. **22**, 329.

41. Läßt sich die Berufung des Angeklagten auf Verfolgung eines rechtlichen Interesses bei einer in öffentlicher Volksversammlung gemachten ehrverletzenden Äußerung mit der Begründung zurückweisen, daß der Volksversammlung die Eigenschaft einer berechtigten Instanz für die Verfolgung jenes Interesses fehle? II. 3/2 82. **5**, 379.

42. Ist der Ausdruck „Form der Äußerung oder Umstände, unter welchen sie geschah", limitativ aufzufassen? III. 15/6 81. **4**, 316.

43. Bedarf es auch für den Fall, daß sich aus der Form der Äußerung die Absicht zu beleidigen ergibt, zur Bestrafung wegen Beleidigung der Feststellung des objektiven Tatbestandes einer solchen? IV. 5/4 92. **23**, 40.

44. Was erfordert der subjektive Tatbestand der Beihülfe zu einer Beleidigung, deren Vorhandensein im Sinne des § 193 aus der Form der Äußerung oder den begleitenden Umständen abgeleitet ist? IV. 12/6 96. **29**, 6.

45. Ist bei einer schwurgerichtlichen Verhandlung über eine Anklage wegen Beleidigung den Geschworenen eine besondere Frage darüber vor-

zulegen, ob der Angeklagte zur Wahrung berechtigter Interessen gehandelt habe? I. 27/9 83. **9**, 105.

§ 194 1. Kann bei der Beleidigung, welche den Teilhabern einer Handelsgesellschaft zugefügt wird, der Strafantrag von der Handelsgesellschaft gestellt werden? III. 31/1 80. **1**, 178.

2. Steht im Falle der Beleidigung einer kollektiven Einheit jedem einzelnen Mitgliede derselben ohne weiteres die Berechtigung zum Strafantrage zu? I. 16/6 81. **4**, 264.

3. Über die Strafantragsberechtigung im Falle einer beleidigenden Kundgebung gegenüber einer kollektiven Mehrheit von Personen. I. 25/10 80. **3**, 12; II. 30/9 92. **23**, 246.

4. Folgt aus der strafrechtlichen Verantwortlichkeit des Redakteurs einer Zeitung seine Berechtigung zum Strafantrage wegen beleidigender Angriffe gegen die von ihm redigierte Zeitung? IV. 4/12 85. **13**, 126.

5. Über die Form des Strafantrags wegen einer gegen einen preußischen Minister begangenen Beleidigung. I. 8/12 90. **21**, 231.

6. Über Wirksamkeit und Zurücknahme des gestellten Strafantrags s. §§ 61. 64 (S. 35, 40).

S. zu § 194 auch **20**, 415; **22**, 256.

§ 195 (Fassung vor Einführung des B.G.B.'s.)

1. Erleidet die Antragsberechtigung des gesetzlichen Vertreters durch § 195 eine Einschränkung? I. 8/10 85. **12**, 415.

2. Kann der Vater den Strafantrag auch noch in dem Falle stellen, daß das an seinem Körper verletzte Kind — nicht infolge der erlittenen Körperverletzung — bereits gestorben war? I. 26/11 85. **13**, 115.

3. Ist der Ehemann berechtigt, wegen Beleidigungen, welche seiner Ehefrau zugefügt sind, auch nach deren Tod auf Bestrafung anzutragen? II. 9/12 79. **1**, 29.

4. Sind die Bestimmungen des preußischen Landrechts I. 13 § 119 flg. über vermutete Vollmacht auf die Stellung von Strafanträgen anwendbar? III. 17/6 82. **7**, 4.

S. zu § 195 auch **19**, 250.

§ 196 1. Findet § 196 auch auf ausländische Beamte Anwendung? I. 31/3 81. **4**, 40.

2. Kann aus § 196 ein besonderes Vergehen der Verletzung der Amts- und Dienstehre hergeleitet werden? III. 2/5 95. **27**, 193; III. 8/12 80. **3**, 244.

3. Sind unter den in § 196 genannten Behörden auch kirchliche Behörden zu verstehen? IV. 5/7 92. **23**, 202.

4. Sind städtische Sparkassenverwaltungen in Preußen beleidigungsfähige Behörden? I. 1/5 82. **6**, 247.

5. Sind die im Königlich preußischen Hofdienste Angestellten Beamte im Sinne des § 196? II. 13/1 91. **21**, 381.

6. Ist die Anwendung des § 196 ausgeschlossen, wenn die Anstellung des Beamten mit Verletzung gesetzlicher Vorschriften erfolgt ist? I. 3/6 80. **2**, 82.

7. Kommt es für die Anwendung des § 196 darauf an, ob der Beamte bei der gegen ihn verübten Beleidigung sich in rechtmäßiger Ausübung seines Amts befunden hat? II. 11/1 81. **3**, 185.

8. Wann liegt eine in Beziehung auf den Beruf begangene Beleidigung vor? I. 5/7 94. **26**, 34; II. 6/3 94. **25**, 157; II. 23/1 91. **21**, 336.

9. Liegt eine Beleidigung des Beamten in Beziehung auf seinen Beruf vor, wenn die inkriminierte Äußerung dahin geht, daß der Beamte wegen einer außeramtlichen Handlung für seines Amtes unwürdig zu halten sei? III. 8/12 80. **3**, 244.

10. Sind Beleidigungen gegen einen Beamten, die sich auf ein von diesem als Sachverständigen in einem Civilprozesse abgegebenes Gutachten beziehen, schon wegen des Zusammenhangs seiner Vernehmung mit seinen Berufserfahrungen als in Beziehung auf seinen Beruf begangen anzusehen? I. 21/9 99. **32**, 273.

11. Unter welchen Voraussetzungen ist die Beleidigung eines Religionsdieners als in Beziehung auf dessen Beruf begangen anzusehen? II. 16/6 85. **12**, 267.

12. Ist eine gegen ein Mitglied der bewaffneten Macht verübte Beleidigung nur dann in Beziehung auf dessen Beruf begangen, wenn sie eine dienstliche Tätigkeit desselben zum Gegenstande hat? II. 24/2 85. **12**, 49.

13. Kommt es für das Antragsrecht des Vorgesetzten darauf an, ob der Angeklagte der Beziehung der Beleidigung auf den Beruf sich bewußt war? II. 6/3 94. **25**, 157; I, 25/4 95. **27**, 176.

14. Muß bei einer schwurgerichtlichen Verhandlung über die Anklage wegen Beleidigung einer Behörde in die Fragestellung aufgenommen werden, daß die Beleidigung in Beziehung auf den Beruf begangen ist? I. 13/12 86. **15**, 85.

15. Ist in dem Falle, wenn eine kollektive Einheit beleidigt worden ist, auch jedes einzelne Mitglied ohne weiteres zum Strafantrage berechtigt? I. 16/6 81. **4**, 264; I. 2/1 83. **7**, 404.

16. Was ist erforderlich für den Begriff eines amtlichen Vorgesetzten im Sinne des § 196? Kommt es auf das Bestehen einer Disziplinargewalt an? II. 7/1 81. **3**, 246; I. 7/4 81. **4**, 220; IV. 28/5 86. **14**, 182; I. 30/1 88. **17**, 81; II. 23/1 91. **21**, 336; I. 26/11 96. **29**, 273.

17. Ist bei dem in gesetzlicher Form angebrachten Strafantrage einer kollegialischen Behörde die Loyalität der Beschlußfassung zu prüfen? IV. 16/5 93. **24**, 179.

18. Greift die Antragsberechtigung des Vorgesetzten Platz bei einem verabschiedeten Beamten, insbesondere bei einem verabschiedeten Offizier? III. 2/5 95. **27**, 193.

19. Kann der Vorgesetzte eines Beamten wegen Beleidigung desselben Strafantrag stellen, wenn die Beleidigung nach dem Tode des Beamten stattgefunden hat? I. 26/11 85. **13**, 95.

20. Hat der frühere oder der gegenwärtige Vorgesetzte den Strafantrag zu stellen, wenn der beleidigte Beamte noch vor Stellung des Strafantrags versetzt worden ist? I. 25/2 89. **19**, 23.

21. Nach welchen Grundsätzen bestimmt sich bei einem mehrfachen Unterordnungsverhältnisse die Zuständigkeit des Vorgesetzten zur Stellung des Strafantrags? I. 21/9 82. **7**, 79; I. 28/11 96. **29**, 211; I. 7/4 81. **4**, 220.

22. Ist wegen der einem Forstschutzbeamten zugefügten Beleidigung der vorgesetzte Forstbeamte strafantragsberechtigt, auch wenn die Beleidigung auf die Tätigkeit des Beleidigten als Hülfsbeamten der Staatsanwaltschaft Bezug hatte? II. 13/12 92. **23**, 357.

23. Kann bei Beleidigung einer Behörde von dieser Privatklage erhoben werden? I. 7/11 92. **23**, 293.

24. Kann der Kommandant einer Festung Strafantrag stellen, wenn die in der Festung stationierten Offiziere in Bezug auf ihren Beruf beleidigt werden? II. 7/1 81. **3**, 246.

25. Steht bei Beleidigungen, welche gegen Leiter oder Lehrer einer evangelischen Sonntagsschule in Bezug auf ihre Berufstätigkeit begangen sind, den Konsistorien der älteren preußischen Provinzen das Strafantragsrecht zu? II. 27/5 81. **4**, 205.

26. Wer ist im Sinne des § 196 im Geltungsbereiche der preußischen Kreisordnung Vorgesetzter eines Amtsvorstehers rücksichtlich seiner polizeilicher Maßnahmen, der Kreisausschuß oder der Landrat? I. 7/4 81. **4**, 220.

27. Inwieweit kann in Preußen der aufsichtsführende Amtsrichter gegen den Willen des unmittelbar beteiligten Richters wegen Beleidigung Strafantrag stellen? I. 2/1 83. **7**, 404.

28. Kann in Württemberg der mit der allgemeinen Dienstaufsicht beauftragte Amtsrichter im Falle einer gegen die richterlichen Beamten des Amtsgerichts in Beziehung auf ihren Beruf verübten Beleidigung als Vorgesetzter der Beleidigten Strafantrag stellen? I. 17/3 84. **11**, 163.

29. Ist in Preußen die Generalkommission oder deren Präsident der amtliche Vorgesetzte der von der ersteren ernannten Kommissare? IV. 28/5 86. **14**, 182.

30. Ist der preußische Kriegsminister amtlicher Vorgesetzter der dem preußischen Heere angehörenden Personen im Sinne des § 196? II. 10/12 86. **15**, 75.

31. Ist der preußische Kriegsminister befugt, wegen Beleidigung der Angehörigen des deutschen ostasiatischen Expeditionskorps Strafantrag zu stellen? II. 2/5 02. **35**, 227.

32. Ist das bayerische Gesamtstaatsministerium eine Behörde, und wer hat für dasselbe Strafantrag zu stellen? I. 13/12 86. **15**, 85.

33. Ist in Bayern wegen Beleidigung eines Amtsgerichts in dessen Eigenschaft als Behörde der mit der allgemeinen Dienstaufsicht über

dasselbe betraute Richter zur Stellung des Strafantrags berechtigt? I. 20/1 87. **15**, 212.

34. Kann in der preußischen Rheinprovinz der Landrat den Strafantrag wegen Beleidigung eines städtischen Bürgermeisters stellen? I. 30/1 88. **17**, 81.

35. Inwiefern ist in Preußen der einem Amtsgerichte zur unentgeltlichen Beschäftigung überwiesene Gerichtsassessor zur Stellung des Strafantrags wegen einer gegen das Amtsgericht begangenen Beleidigung befugt? IV. 27/1 88. **17**, 88.

36. Ist bei Beleidigung eines preußischen Schöffengerichts der Landgerichtspräsident zur Stellung des Strafantrags berechtigt? III. 16/5 89. **19**, 260.

37. Ist im Geltungsbereiche der preußischen Städteordnung für die Rheinprovinz vom 15. Mai 1856 der Bürgermeister der amtliche Vorgesetzte der Bezirksvorsteher im Sinne des § 196? I. 27/11 90 **21**, 202.

38. Ist im Geltungsbereiche der preußischen Kreisordnung der Amtsvorsteher bezüglich polizeilicher Angelegenheiten amtlicher Vorgesetzter des Gemeindevorstehers und als solcher nach § 196 zur Stellung des Strafantrags berechtigt? II. 23/1 91. **21**, 336.

39. Wer ist in Preußen der Vorgesetzte des Landrats im Sinne des § 196? I. 20/4 91. **21**, 430.

40. Sind die Kreissynoden in den acht älteren preußischen Provinzen als Behörden im Sinne des § 196 und die Konsistorien als deren amtliche Vorgesetzte anzusehen? IV. 5/7 92. **23**, 202.

41. Ist im Geltungsbereich der preußischen Städteordnung vom 30. Mai 1853 der Bürgermeister amtlicher Vorgesetzter des Magistratskollegiums? IV. 16/5 93. **24**, 179.

42. Können die Großherzoglich hessischen Landgerichtspräsidenten wegen Beleidigungen, die gegen Amtsrichter in dem betreffenden Landgerichtsbezirke verübt werden, Strafantrag stellen? I. 23/10 93. **24**, 340.

43. Ist der Vorsteher eines preußischen Eisenbahnbetriebsamtes befugt, wegen einer Beleidigung, die gegen einen bei dem Betriebsamte beschäftigten Hülfsarbeiter in Beziehung auf den Beruf verübt wird, Strafantrag zu stellen? IV. 30/3 94. **25**, 205.

44. Befindet sich ein preußischer Referendar in Ausübung seines Berufs, wenn er während der Beschäftigung bei einem Amtsgerichte als der von dem Amtsrichter für eine arme Partei bestellte Vertreter für diese in einem Rechtsstreite auftritt? I. 25/4 95. **27**, 176.

45. Ist in Bayern neben dem Civilvorgesetzten auch der militärische Vorgesetzte eines Gendarmen zum Strafantrage auf Grund des § 196 berechtigt? I. 28/11 96. **29**, 211.

46. Ist nach bayerischer Gemeindegesetzgebung ein Magistratsrat als Mitglied eines für bestimmte Geschäfte gebildeten Ausschusses ein dem Magistrate untergeordneter Beamter? I. 26/11 96. **29**, 273.

47. Wer ist der amtliche Vorgesetzte, der bei Beleidigungen des nach dem preußischen Einkommensteuergesetze bestellten Vorsitzenden der Veranlagungskommission, bezw. des Vorsitzenden der Berufungskommission

zum Strafantrage berechtigt ist? IV. 4/6 97. **30**, 171; IV. 13/5 02. **35**, 236.

S. zu § 196 auch **7**, 382; **14**, 327.

§ 197 1. Ist der Bundesrat eine politische Körperschaft, bezw. eine gesetzgebende Versammlung? Kommt es auf die Identität der Mitglieder an? Wie ist die Ermächtigung des Bundesrats zu beweisen? Gehört dazu die Gegenzeichnung des Reichskanzlers? III. 14/12 82. **7**, 382.

2. Gehört eine Stadtverordnetenversammlung zu dem in § 197 gedachten politischen Körperschaften?

Kann die erteilte Ermächtigung wieder zurückgezogen werden?

Form der zu erteilenden Ermächtigung. I. 15/1 00. **33**, 66.

§ 198 1. Äußert die Vorschrift Einfluß auf das Verfahren? I. 22/10 96. **29**, 116.

2. Verhältnis zu § 428 St.P.O. Wird die Frage der Zulässigkeit einer Widerklage durch § 198 berührt? I. 17/10 81. **5**, 133.

3. Was ist unter wechselseitigen Beleidigungen zu verstehen? Kommt es auf den ursächlichen Zusammenhang an? II. 4/6 80. **2**, 87.

§ 199 1. Macht die Berufung auf § 199 einen Ausspruch des Urteils im Sinne des § 266 Abs. 2 St.P.O. notwendig? I. 24/11 98. **31**, 347; II. 1/5 88. **17**, 346; III. 3/12 79. **1**, 112.

2. Ist Kompensation mit einer an sich nach § 11 St.G.B.'s der strafrechtlichen Verfolgung entzogenen Äußerung eines Landtagsabgeordneten zulässig? III. 5/3 81. **4**, 14.

3. Greift § 199 auch bei Beleidigungen durch die Presse statt?

Erübrigt ein Eingehen auf den aus § 193 St.G.B.'s erhobenen Einwand, wenn die Bestimmung des § 199 für platzgreifend erachtet wird? III. 16/6 80. **2**, 181.

4. Worin ist die legislatorische Basis der Bestimmung des § 199 (233) zu suchen?

Erheischt die Anwendung ein widerrechtliches Handeln auf beiden Seiten?

Kommt dem Umstande Bedeutung zu, daß dem zuerst Angegriffenen der Ausschluß der Widerrechtlichkeit des gegen ihn gerichteten Angriffs nicht bekannt war? III. 23/9 82. **7**, 100.

S. zu 199 auch **13**, 421.

§ 200 1. Hat das Zusprechen der Publikationsbefugnis einen pönalen Charakter? Ist die Vollstreckung zu bewirken wie bei einer Strafe? Darf auf Publikationsbefugnis erkannt werden, wenn die Beleidigung mit einem anderen Delikte konkurriert, für welches eine härtere Strafe angedroht ist? Pl. 17/4 82. **6**, 180; I. 27/5 86. **14**, 153; I. 7/4 81. **4**, 218.

2. Ist bei einem gemäß § 196 St.G.B.'s von dem amtlichen Vorgesetzten gestellten Strafantrage die Publikationsbefugnis dem amtlichen Vorgesetzten zuzusprechen? II. 24/9 86. **14**, 327.

3. Greift § 200 Platz bei einer gemäß § 21 des Preßgesetzes vom 7. Mai 1874 gegen den verantwortlichen Redakteur auszusprechenden Verurteilung? IV. 2/2 86. **13**, 319.

4. Beschränkt sich die dem Beleidigten nach Abs. 1 zuzusprechende Publikationsbefugnis auf die Publikation nur der Urteilsformel mit Ausschluß der Urteilsgründe? III. 17/10 89. **20**, 1.

5. Über die Form der Bekanntmachung in dem Falle, wenn zugleich wegen eines anderen Delikts verurteilt worden ist. I. 25/4 95. **27**, 176; II. 25/11 92. **23**, 325.

6. Ist in Abs. 2 nur eine zusätzliche Verschärfung der in Abs. 1 vorgesehenen Publikation zu erkennen? III. 17/10 89. **20**, 1; I. 27/5 86. **14**, 153.

7. Muß auch im Falle des Abs. 2 im Urteile auf die Publikationsbefugnis erkannt werden? I. 27/5 86. **14**, 153.

8. Ist es bei einer in einer Zeitung erfolgten Beleidigung ausgeschlossen, aus Zweckmäßigkeitsgründen für die Bekanntmachung des Urteils durch dieselbe Zeitung eine andere Stelle zu bestimmen, als die, in welcher die Beleidigung ausgesprochen war? II. 3/2 82. **5**, 381; I. 27/5 86. **14**, 153.

9. Hindert die Bestimmung in Abs. 2, die Bekanntmachung auch noch durch ein anderes Blatt als die Zeitung, in welcher die Beleidigung verübt ist, zuzulassen? II. 24/9 86. **14**, 327.

10. Geht die Publikationsbefugnis auf die Erben über? Kann in dem Falle des Abs. 2, wenn der Beleidigte den Antrag auf öffentliche Bekanntmachung des künftigen Urteils gestellt hat, die Publikationsbefugnis ihm zugesprochen werden, auch wenn er den Erlaß des Urteils nicht mehr erlebt hat? II. 17/5 87. **16**, 73.

11. Wem ist bei der Beleidigung einer Behörde die Publikationsbefugnis zuzusprechen, wenn der alleinige Repräsentant der Behörde, welcher den Strafantrag gestellt hat, inzwischen verstorben ist? II. 21/9 00. **33**, 396.

12. Über „Verbreitung von Schriften" s. § 110 Nr. 10, 11 (S. 57).

Fünfzehnter Abschnitt (§§ 201—210).

Zweikampf.

1. Ist für den Begriff des Zweikampfes wesentlich, welche Veranlassung er gehabt hat? § 201

Unterschied zwischen Zweikampf und Kampfspiel. I. 10/7 82. **7**, 29.

2. Ist der Begriff der „Tödlicheit" der Waffen nach der Beschaffenschaffenheit der Waffen (abstrakt) oder nach den Umständen des einzelnen Zweikampfes zu bestimmen? I. 20/7 82. **7**, 29; Pl. 6/3 83. **8**, 87.

3. Ist nur in § 201 oder auch in den folgenden Bestimmungen lediglich der Zweikampf „mit tödlichen Waffen" behandelt? Sind Ver=

letzungen in einem Zweikampf mit nicht tödlichen Waffen als Körperverletzungen zu betrachten? III. 2/6 80. **1**, 443; III. 22/2 82. **6**, 61; Pl. 6/3 83. **8**, 87.

4. Können geschliffene Schläger „tödliche Waffen" sein? III. 2/6 80. **1**, 443; III. 22/2 82. **6**, 61; I. 20/7 82. **7**, 29; Pl. 6/3 83. **8**, 87.

5. Ist die Ernstlichkeit der Herausforderung ausgeschlossen, wenn der Herausfordernde von vornherein die Absicht hatte, dem Zweikampf auszuweichen? Müssen bei der Herausforderung bereits die tödlichen Waffen erwähnt werden? IV. 18/9 91. **22**, 139.

6. Ist Konkurrenz von Herausforderung zum Zweikampf mit diesem selbst möglich? II. 20/9 81. **4**, 408.

§ 203 1. Wird durch die Erwartung des Kartellträgers, die Herausforderung werde nicht angenommen werden, dessen Strafbarkeit beseitigt? III. 12/11 91. **22**, 218.

2. Wird die in § 203 erwähnte Tätigkeit zu einer Beihülfe zum Zweikampf, wenn dieser dann wirklich stattfindet? I. 4/12 84. **11**, 279.

§ 204 1. Bewirkt die nach Ablehnung des Zweikampfes erfolgte Zurückziehung der Herausforderung Straflosigkeit der Herausforderung? I. 28/4 81. **4**, 113.

2. Liegt „freiwilliges Aufgeben" vor, wenn die Parteien zunächst durch äußere Einwirkung an dem Zweikampfe gehindert werden und dann sich aussöhnen? II. 20/10 85. **13**, 1.

3. Wann ist der Zweikampf als „begonnen" anzusehen? II. 20/9 81. **4**, 408.

4. Gestattet das freiwillige Abstehen auch nur *einer* Partei vom Zweikampfe die Anwendung des § 204? I. 4/3 01. **34**, 200; II. 23/5 02. **35**, 260.

§ 205 1. Liegt vollendeter Zweikampf vor, wenn beide Teile in der Absicht, fehl zu schießen, ihren Schuß abgeben, ihre dahingehende Absicht aber dem Gegner unbekannt war? II. 11/11 90. **21**, 146.

2. Begriffe „Zweikampf", „tödliche Waffen" s. § 201.

3. Kann die Mitwirkung bei einem Ehrengericht Anstiftung oder Beihülfe zum Zweikampfe sein? III. 29/10 81. **5**. 140; III. 18/1 86. **13**, 265.

§ 209 1. Ist der, der im Auftrage des Herausgeforderten mit dem Beauftragten des Herausforderers die Bedingungen des Zweikampfes feststellt, Sekundant im Sinne des § 209? IV. 6/1 94. **25**, 81.

2. Findet § 209 Anwendung auf einen Kartellträger, der *vor* Überbringung der Herausforderung den Zweikampf zu verhindern bemüht war? II. 20/3 88. **17**, 243.

3. Schließt die sofortige Ablehnung der Herausforderung durch den Herausgeforderten die Anwendung des § 209 für den Kartellträger aus? III. 12/11 91, **22**, 218.

Kann in der Überbringung einer den Zweikampf notwendig bedingenden Äußerung eine „Anreizung" zum Zweikampf im Sinne des § 210 liegen? I. 5/11 88. **18**, 239. § 210

Sechzehnter Abschnitt (§§ 211—222).

Verbrechen und Vergehen wider das Leben.

1. Von welchem Zeitpunkte an ist ein „Mensch" im Sinne des § 211 vorhanden? Sind die strafrechtlichen Begriffe „Mensch" und „menschliche Frucht" mit den entsprechenden civilrechtlichen Begriffen identisch? II. 8/6 80. **1**, 446; I. 29/9 83. **9**, 131. Vgl. I. 5/11 94. **26**, 178. § 211

2. Fassung der den Geschworenen vorzulegenden Frage beim Morde. III. 30/4 83. **8**, 276.

3. Fassung der den Geschworenen vorzulegenden Frage beim Mordversuche. III. 22/1 81. **3**, 295.

4. Fassung der den Geschworenen vorzulegenden Fragen, wenn Mord und Totschlag in Frage kommen. I. 15/2 86. **13**, 344; IV. 24/5 87. **16**, 126. Fer. 24/8 98. **31**, 253; I. 17/11 98. **31**, 332. Vgl. II. 4/1 84. **9**, 401.

5. Kann Mordversuch mit einem Verbrechen gegen § 5 des Sprengstoffgesetzes vom 9. Juni 1884 ideell konkurrieren? II. 9/7 97. **30**, 216.

6. Ist Idealkonkurrenz zwischen den §§ 211 und 214 denkbar? Inwieweit ist es zulässig, im schwurgerichtlichen Verfahren neben einer den Tatbestand des Mordes umfassenden Schuldfrage noch einzelne Tatbestandsmerkmale des in § 214 vorgesehenen Verbrechens in Frage zu stellen? III. 17/9 85. **12**, 364.

7. Können die Verbrechen des § 211 und des § 251 St.G.B.'s ideell konkurrieren? II. 17/6 81. **4**, 287.

S. zu § 211 auch **20**, 171; **21**, 78.

Fassung der den Geschworenen vorzulegenden Frage bei dem Versuche des Totschlags. III. 6/7 99. **32**, 253; III. 16/1 02. **35**, 70. § 212

S. über Tatbestandsmerkmale auch § 211.

1. Bezieht sich § 213 auch auf den Totschlagsfall des § 214? IV. 13/3 94. **25**, 178. § 213

2. Über die Fragestellung im schwurgerichtlichen Verfahren bei einer Anklage aus § 213. I. 21/6 00. **33**, 323.

3. Ist die Reizung zum Zorn ein besonders hervorgehobener mildernder Umstand auch im Sinne von § 297 St.P.O.? Kann im Falle der Annahme einer Reizung zum Zorn auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden? IV. 8/6 86. **14**, 298.

1. Enthält § 214 den Tatbestand eines eigenartigen Verbrechens? I. 11/6 85. **12**, 250. § 214

2. Fassung der den Geschworenen vorzulegenden Frage im Falle des § 214. I. 19/5 81. **4**, 231; III. 13/4 92. **23**, 78.

3. Fassung der den Geschworenen vorzulegenden Fragen, wenn es sich um Mord und das Verbrechen des § 214 handelt. III. 17/9 85. **12**, 364.

4. Ist für das Verbrechen des § 214 die Annahme mildernder Umstände nach § 213 zulässig? IV. 13/3 94. **25**, 178.

§ 216 1. Enthält § 216 den Tatbestand eines eigenartigen Vergehens oder nur einen die Strafbarkeit des Mordes oder des Totschlags mindernden Umstand? Kann die in Ausführung des Versuchs eines Vergehens gegen § 216 verübte Körperverletzung als solche bestraft werden? I. 15/11 80. **2**. 442; 9/11 93. **24**, 369; Pl. 8/2 96. **28**, 200.

2. Enthält § 216 einen die Strafbarkeit des Mordes oder des Totschlags mindernden Umstand im prozessualen Sinne? Fassung der den Geschworenen vorzulegenden Fragen. I. 11/6 85. **12**, 251; II. 11/1 95. **26**, 363; Pl. 8/2 96. **28**, 200.

§ 217 1. Enthält § 217 den Tatbestand eines eigenartigen Verbrechens? Fassung der den Geschworenen vorzulegenden Fragen, wenn Mord, Totschlag und Kindesmord in Frage kommen? III. 2/1 90. **20**, 171.

2. Ist § 217 auf eine uneheliche Mutter anwendbar, wenn sie bei der Tötung ihres Kindes nur als Gehülfin eines anderen handelte? III. 8/5 80. **2**, 153.

3. Kann Kindesmord mit Aussetzung ideell konkurrieren? II. 27/4 94. **25**, 321.

4. S. über Merkmale noch § 211.

S. zu § 217 auch **12**, 409.

§ 218 1. Bis zu welchem Zeitpunkt ist eine Frucht vorhanden, gegen die eine Abtreibung möglich ist, von welchem Zeitpunkt an ein Mensch, gegen den sich nur ein Tötungs- oder Körperverletzungsverbrechen richten kann? II. 8/6 80. **1**, 446; I. 29/9 83. **9**, 131; I. 5/11 94. **26**, 178.

2. Genügt zum Tatbestand der ersten Alternative des § 218 Abs. 1 der vorzeitig bewirkte Abgang der Frucht, oder ist erforderlich, daß durch Bewirkung des vorzeitigen Abgangs der Tod der Frucht oder des etwa lebend zur Welt gekommenen Kindes herbeigeführt wird? Kausalzusammenhang zwischen dem Unternehmen der Abtreibung und dem Tod der Frucht. III. 9/7 81. **4**, 380.

3. Stellt die Lockerung einer Frucht in der Gebärmutter eine Abtreibung dar? II. 15/4 90. **20**, 367.

4. Kann eine Frauensperson, die nicht schwanger ist, sich des strafbaren Versuchs der Abtreibung schuldig machen? III. 30/3 83. **8**, 198; I. 14/3 01. **34**, 217.

5. Ist der Versuch auch dann strafbar, wenn die zur Herbeiführung des beabsichtigten Erfolgs angewandten Mittel gar nicht geeignet waren, den beabsichtigten Zweck zu erfüllen? Pl. 24/5 80. **1**, 439.

6. Kann sich jemand durch Teilnahme an dem Versuch einer Schwangeren, ihre Frucht abzutreiben, einer Mittäterschaft aus § 218 Abs. 1 schuldig machen? II. 26/2 97. **29**, 419.

7. Kann sich jemand dadurch, daß er einer Schwangeren die Abtreibungsmittel ohne Entgelt verschafft, der Mittäterschaft an der Abtreibung oder dem Abtreibungsversuch der Schwangeren schuldig machen, oder nur einer Beihülfe dazu? I. 11/3 80. **1**, 270.

8. Unter welchen Voraussetzungen kann der eventuelle Dolus die Beihülfe zum Versuch der Abtreibung begründen? I. 28/3 87. **16**, 25.

9. Ist Anstiftung der Schwangeren zur Abtreibung strafbar, auch wenn die Abtreibung in den Grenzen des Versuchs geblieben ist? III. 1/12 80. **3**, 162.

10. Findet Abs. 1 des § 218 gegen die Schwangere Anwendung, die darein gewilligt hat, daß ein anderer die Mittel zur Abtreibung bei ihr anwendet? III. 25/2 80. **1**, 263; IV. 19/6 96. **29**, 10.

11. Ist im Falle des § 218 Abs. 3 die Mitwirkung der Schwangeren stets als Mittäterschaft anzusehen, oder kann sie auch als Beihülfe zu der durch den Dritten bewirkten Abtreibung aufgefaßt werden? II. 21/2 96. **28**, 164.

12. Kann der, der bei einer geisteskranken Schwangeren auf ihr Verlangen Abtreibungsmittel ohne Erfolg angewendet hat, aus § 218 Abs. 3 gestraft werden? II. 10/6 90. **21**, 14.

13. Kann § 218 Abs. 3 angewandt werden, wenn die Abtreibung nur versucht ist? Fällt die in § 218 Abs. 3 gekennzeichnete Tätigkeit dann, wenn die Abtreibung nur versucht worden ist, als Beihülfe zum Abtreibungsversuch der Schwangeren unter die §§ 49, 218 Abs. 1? II. 24/6 81. **4**, 302.

14. Über Straflosigkeit des Versuchs wegen freiwilligen Rücktritts s. § 46 Nr. 6 S. 16.

15. Über das Verhältnis der Strafbestimmungen in § 218 Abs. 3 und in § 219 zueinander. I. 30/5 92. **23**, 147.

S. zu § 218 auch **12**, 409; **15**, 315; **16**, 184; **17**, 377; **34**, 327.

1. Kann § 219 angewandt werden, wenn die Abtreibung nur versucht ist? Fällt die in § 219 gekennzeichnete Tätigkeit dann, wenn die Abtreibung nur versucht worden ist, als Beihülfe zum Abtreibungsversuch der Schwangeren unter die §§ 49, 218 Abs. 1? I. 9/2 80. **1**, 194; II. 24/6 81. **4**, 302. § 219

2. Liegt strafbare Anstiftung zum Verbrechen des § 219 vor, wenn die Abtreibung nur versucht worden ist? III. 1/12 80. **3**, 162.

3. Ist es für die Anwendung des § 219 von Bedeutung, ob die Schwangere als Täterin oder Gehülfin des begangenen Verbrechens zu beurteilen ist? III. 10/4 80. **1**, 350; I. 13/7 87. **16**, 184.

4. Inwieweit bilden das Tatbestandsmerkmal „gegen Entgelt" prozessualisch einen die Strafbarkeit der Tat des § 218 Abs. 3 erhöhenden Umstand? I. 30/5 92. **23**, 147.

§ 220 1. Ist § 220 anwendbar, wenn eine geisteskranke Schwangere die Anwendung von Abtreibungsmitteln verlangt hatte? II. 10/6 90. **21**, 14.

2. Begründet die festgestellte Beihülfe zu einer vermeintlichen Abtreibung seitens einer Schwangeren die Bestrafung aus § 220? I. 22/11 88. **18**, 229.

S. zu § 220 auch **16**, 184.

§ 221 1. Kann eine starke Angetrunkenheit als Krankheit im Sinne des § 221 aufgefaßt werden? I. 9/1 82. **5**, 393.

2. Ist zur Anwendung des § 221 im Falle des Aussetzens das Bestehen einer rechtlichen Verpflichtung des Täters zu Schutz und Fürsorge erforderlich? IV. 20/5 98. **31**, 165.

3. Kann eine Aussetzung in dem Niederlegen auf offener Straße gefunden werden? I. 23/10 82. **7**, 111.

4. Kann eine Aussetzung darin liegen, daß eine Mutter sich aus der Nähe ihres Kindes entfernt, als sie gerade fremde Hülfe eintreten sieht? III. 21/4 80. **2**, 15.

5. Ist zur Anwendung des § 221 im Falle des Verlassens in hülfloser Lage eine unmittelbar auf gesetzlicher Vorschrift beruhende Verpflichtung zur Obhut und Fürsorge erforderlich, oder genügt eine durch Vertrag übernommene Pflicht? Wird die Strafbarkeit des Verlassens in hülfloser Lage dadurch ausgeschlossen, daß der Hülflose sich gegen die weitere Fürsorge ablehnend verhält? II. 17/4 83. **8**, 205.

6. Kann Verlassen in hülfloser Lage darin liegen, daß jemand sich von seinem Wohnort und seiner Familie entfernt, dieser jede Unterstützung verweigert und hierdurch seine gebrechliche Ehefrau und Kinder von einigen Jahren in Nahrungsnot versetzt? I. 21/2 84. **10**, 183.

7. Kann Verlassen in hülfloser Lage auch in einem bloßen Vorenthalten der erforderlichen Fürsorge gefunden werden, oder ist dazu eine örtliche Trennung vom Hülfsbedürftigen erforderlich? II. 12/6 83. **8**, 343.

8. Kann Aussetzung und Kindesmord ideell konkurrieren? Fassung der an die Geschworenen zu richtenden Frage, wenn beide Mischtatbestände des § 221 in Frage kommen. II. 27/4 94. **25**, 321.

9. Kann Aussetzung und Unterdrückung des Personenstandes im Sinne von § 169 ideell konkurrieren? I. 7/2 84. **10**, 86.

§ 222 1. Über die Begriffe von „Mensch" und „menschliche Frucht" s. § 211.

2. Über Fahrlässigkeit s. § 59 Nr. 31 flg. S. 33; desgl. über Kausalzusammenhang §§ 47—50 S. 16.

3. Über aberratio ictus s. § 59 Nr. 27 S. 33, § 223 Nr. 19 S. 135.

4. Bildet die Lebensfähigkeit des Getöteten ein Erfordernis des Tatbestandes? I. 21/10 80. **2**, 404.

5. Fällt fahrlässige Tötung eines unehelichen Kindes in oder gleich nach der Geburt unter § 222? II. 17/6 81. **4**, 290.

6. Kann § 222 Anwendung finden, wenn nur eine Körperverletzung als mögliche Folge des Tuns vorausgesehen werden konnte, dieses aber dann nicht nur eine Körperverletzung, sondern den Tod zur Folge hat? I. 19/3 96. **28**, 272.

7. Kann durch eine Handlung, welche als vorsätzliche Körperverletzung wegen mangelnder Rechtswidrigkeit nicht strafbar ist, das Vergehen des §2 22 verübt sein? I. 10/1 93. **23**, 381.

8. Kann in dem Falle, daß der Tod des fahrlässig Verletzten erst durch dessen Weigerung, den Rat des zugezogenen Arztes zu befolgen, herbeigeführt worden ist, die fahrlässig zugefügte Verletzung als Todesursache betrachtet werden? II. 13/10 91. **22**, 173.

9. Kann die Selbstentleibung eines Geisteskranken seinen Wärtern als fahrlässige Tötung zugerechnet werden? III. 18/12 82. **7**, 332.

10. Ist zur Anwendung des Abs. 2 erforderlich, daß die Gefahr nur bei besonderen Kenntnissen und Erfahrungen im Amt, Beruf oder Gewerbe erkennbar war? I. 12/7 94. **26**, 54.

11. Ist zur Anwendung des Abs. 2 erforderlich, daß der Täter bei Vornahme der fahrlässigen Handlung in seinem Amt, Beruf oder Gewerbe tätig war, oder genügt es, daß die Handlung in den Kreis der Amts-, Berufs- oder Gewerbshandlungen fällt? Ist Abs. 2 anwendbar, wenn die fahrlässige Handlung durch bindende Instruktionen von dem Berufe des Täters ausgeschlossen war? II. 25/10 81. **5**, 75.

12. Kommt bei Anwendung des Abs. 2 auch ein verbotener Gewerbebetrieb in Betracht? I. 8/4 95. **27**, 167.

13. Ist eine Hebamme, die die Geburtshülfe ohne das in § 30 der Gewerbeordnung vorgesehene Prüfungszeugnis ausübt, zu Aufmerksamkeit besonders verpflichtet? II. 14/1 87. **15**, 181.

14. Ist die Anwendung des Abs. 2 auf solche Arten von Ämtern, Berufen, Gewerben beschränkt, die eine besondere Ausbildung oder Kunstfertigkeit voraussetzen? I. 2/12 80. **3**, 84.

15. Ist unter Amt ein ordnungsmäßig übertragenes öffentliches Amt zu verstehen? IV. 26/2 92. **22**, 418.

16. Ist bei einem Patron, der als solcher in Preußen Vorsitzender des Schulvorstandes ist, eine besondere Verpflichtung zur Aufmerksamkeit zufolge Amts oder Berufs als gegeben anzunehmen? I. 17/11 83. **9**, 204.

17. Sind die Eltern durch „Beruf" zur Erziehung der Kinder verpflichtet? I. 9/2 82. **6**, 24.

18. Inwieweit ist ein Dienstmädchen kraft seines Berufs zur Aufmerksamkeit besonders verpflichtet? II. 3/7 97. **30**, 222.

19. Verpflichtet der Beruf eines Landwirts zu besonderer Aufmerksamkeit beim Lenken von Fuhrwerken?

Muß die fahrlässige Handlung, um Abs. 2 anwendbar zu machen, in Ausübung des Berufs begangen sein? III. 11/2 80. **1**, 203.

20. Kann die Bedienung von Kunden unter Benutzung des Fahrrades zu dem Gewerbebetriebe eines Fleischers gerechnet werden?

Haftet ein Gewerbetreibender auch außerhalb seines Gewerbebetriebes für Außerachtlassung derjenigen Aufmerksamkeit, zu welcher er vermöge seines Gewerbes besonders verpflichtet ist? I. 22/12 00. **34**, 65.

21. Kann in der Vermietung von Räumen die Ausübung eines Gewerbes gefunden werden, welches zur Aufwendung von Aufmerksamkeit besonders verpflichtet? II. 4/5 97. **30**, 106; IV. 16/6 99. **32**, 233.

22. Ist ein Gewerbsmeister bei Ausübung des Züchtigungsrechtes gegen seinen Lehrling kraft seines Gewerbes zur Aufmerksamkeit besonders verpflichtet? III. 30/11 96. **29**, 226.

23. Ist der verantwortliche Leiter einer Fabrik, wenn er gewisse nur mittelbar zum Betriebe gehörige Verrichtungen unberufenerweise selbst ausführt oder im einzelnen anordnet, kraft Gewerbes zur Aufmerksamkeit besonders verpflichtet? III. 25/10 88. **18**, 204.

24. Ist der Eigentümer eines Grundstückes, der auf diesem eine Fabrik errichten will, kraft seines Gewerbes zur Aufmerksamkeit besonders verpflichtet, wenn er zwecks Erbauung der Fabrik eine Scheune durch einen von ihm beauftragten Techniker abbrechen läßt? I. 27/4 96. **28**, 318.

25. Ist im Falle der Tötung mehrerer Personen durch dieselbe fahrlässige Behandlung ideale oder reale Konkurrenz anzunehmen? I. 1/7 80. **2**, 255.

26. Über das Verhältnis zu § 14 des Nahrungsmittelgesetzes. III. 15/2 82. **6**, 41.

27. Über das Verhältnis zu dem Vergehen des § 316 Abs. 2 St.G.B.'s. III. 22/2 83. **8**, 66.

S. zu § 222 auch **6**, 64.

Siebenzehnter Abschnitt (§§ 223—233).

Körperverletzung.

§ 223 1. Von welchem Zeitpunkt an kann ein Kind Objekt einer Körperverletzung sein? I. 5/11 94. **26**, 178. S. weiter § 211.

2. Erheischt die Körperverletzung eine die Störung des körperlichen Wohlbefindens hervorrufende Einwirkung auf den Körper, und ist jede derartige Einwirkung ausreichend? Ist eine mittelbare Einwirkung genügend? Kann in dem Abschneiden des Bartes eine Körperverletzung gefunden werden? I. 2/7 96. **29**, 58.

3. Erfordert die körperliche Mißhandlung einen Eindruck auf das Empfindungsvermögen des Objektes? II. 16/4 89. **19**, 136.

4. Kann eine Körperverletzung in dem durch einen Schrecken hervorgerufenen körperlichen Mißbehagen gefunden werden? IV. 11/4 99. **32**, 113.

5. Ist die nur vorübergehende Verschlimmerung der Krankheit eine Beschädigung der Gesundheit? I. 20/5 89. **19**, 226.

6. Kann eine Körperverletzung dadurch verübt werden, daß der zu Verletzende durch rechtswidrige Einwirkung auf seinen Willen bestimmt

wird, selbst etwas zu tun, was eine Beschädigung seiner Gesundheit zur Folge hat? IV. 30/11 94. **26**, 242.

7. Inwiefern wird durch das Hetzen eines Hundes auf einen Menschen eine vorsätzliche Körzerverletzung begangen? II. 1/6 83. **8**, 315.

8. Inwiefern kann eine Körperverletzung durch eine Unterlassung verübt werden? I. 14/2 84. **10**, 100.

9. Ist die an einem Einwilligenden begangene Körperverletzung strafbar? I. 15/11 80. **2**, 442; III. 22/2 82. **6**, 61; I. 9/11 93. **24**, 369. Pl. 8/2 96. **28**, 200.

10. Über den Ausschluß strafbarer Körperverletzung durch das Schülern gegenüber bestehende Züchtigungsrecht s. § 340 Nr. 5—20.

11. Hat nach preußischem Recht der Ehemann ein Züchtigungsrecht gegenüber der Ehefrau? IV. 18/9 85. **12**, 368.

12. Hat nach der preußischen Gesindeordnung vom 8 November 1810 die Dienstherrschaft ein Züchtigungsrecht gegenüber dem Gesinde? I. 12/4 80. **2**, 7.

13. Kann das elterliche Züchtigungsrecht auf andere übertragen werden? IV. 2/1 00. **33**, 32.

14. Kann nach elsaß-lothringischem Rechte der Religionsdiener minderjährige Teilnehmer am Gottesdienste züchtigen? I. 1/2 90. **20**, 371.

15. Über das Züchtigungsrecht der an Privatschulen im Großherzogtum Hessen angestellten Lehrer. I. 4/2 01. **34**, 118.

16. Was erfordert der zur Körperverletzung gehörige Vorsatz? III. 24/9 94. **26**, 61.

17. Welcher Vorsatz gehört zur Straftat? Ist der nötige Vorsatz gegeben, wenn jemand einem anderen eine geringe Gesundheitsbeschädigung zufügt, um ein vorhandenes Leiden zu lindern? Handelt eine Hebamme mit dem gebotenen Bewußtsein der Rechtswidrigkeit, wenn sie den Vorschriften der Hebammeninstruktion zuwiderhandelt? IV. 30/3 94. **25**, 227.

18. Welche rechtlichen Gesichtspunkte sind maßgebend für die Strafbarkeit oder Straflosigkeit von Körperverletzungen, die von Ärzten zum Zwecke des Heilverfahrens bei operativen Eingriffen begangen werden? III. 31/5 94. **25**, 375.

19. Kann die Verletzung, welche durch Abirrung verursacht wird, als eine gewollte angerechnet werden? I. 14/2 81. **3**, 384; II. 28/9 80. **2**, 335.

20. Inwiefern besteht zwischen dem Irrtum in der Person und der Aberration eine rechtliche Verschiedenheit? I. 25/4 89. **19**, 179.

21. Unter welchen Voraussetzungen wird durch die irrtümliche Annahme eines bestehenden Züchtigungsrechts der Tatbestand einer strafbaren Körperverletzung ausgeschlossen? III. 9/4 81. **4**, 98; IV. 2/1 00. **33**, 32; I. 15/1 00. **33**, 72.

22. Zusammenfassen einfacher Körperverletzungen (§ 223) mit gefährlichen zu einer Straftat. Einfluß auf das Erfordernis des Strafantrags. II. 13/5 98. **31**, 150.

23. Können Körperverletzung und Nötigung ideell konkurrieren? Kann in einem solchen Falle, wenn Strafantrag wegen Körperverletzung nicht gestellt ist, aus § 240 auf Strafe erkannt werden? II. 15/6 00. **33**, 339.

S. zu § 223 auch **7**, 199; **8**, 207; **13**, 399; **14**, 119; **16**, 129; **27**, 19.

§ 223a 1. Über das Verhältnis der in § 223a bezeichneten — gefährlichen — Körperverletzungen zu den in § 223 und § 224 vorgesehenen. Greift § 255 St.P.O. bei gefährlichen Körperverletzungen Platz? Kann ohne Hinweis auf die Veränderung des rechtlichen Gesichtspunktes aus § 223 verurteilt werden, wenn das Hauptverfahren auf Grund des § 223a eröffnet worden war? I. 5/2 80. **1**, 188; I. 2/11 82. **7**, 199.

2. Über den Begriff „mittels eines Messers". Genügt ein zugeklapptes Messer? IV. 18/6 97. **30**, 176.

3. Über den Begriff von „gefährlichen Werkzeugen". II. 8/7 81. **4**, 397.

4. Muß dem gefährlichen Werkzeuge die Eigenschaft eines beweglichen Gegenstandes beiwohnen? Ist ein Gegenstand als das Mittel der Verletzung auch dann anzusehen, wenn die zu verletzende Person mit dem Gegenstande in eine die Verletzung herbeiführende Beziehung gebracht wird? I. 2/11 93. **24**, 372.

5. Kann bei dem Hetzen eines Hundes auf einen Menschen eine Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeugs, oder eine solche mittels lebensgefährlicher Behandlung angenommen werden? II. 1/6 83. **8**, 315.

6. Begriff von hinterlistigem Überfall. I. 31/5 80. **2**, 74.

7. Über den Begriff von Gemeinschaftlichkeit s. § 47 S. 19.

8. Über den Begriff einer „das Leben gefährdenden Behandlung". Kommt es darauf an, daß die Mißhandlung lebensgefährliche Wirkungen gezeigt hat, oder genügt es, daß sie solche zu bewirken geeignet war? III. 14/6 82. **6**, 396; I. 19/1 84. **10**, 1; I. 14/2 84. **10**, 101.

9. Was ist für die Annahme einer das Leben gefährdenden Behandlung in subjektiver Hinsicht erforderlich? III. 12/3 88. **17**, 279; I. 14/2 84. **10**, 101; I. 14/6 80. **2**, 106.

10. Ist bei einer Körperverletzung mittels eines gefährlichen Werkzeugs und mittels einer das Leben gefährdenden Behandlung das Bewußtsein des Täters von der Gefährlichkeit des Werkzeugs und von der Behandlung als einer das Leben gefährdenden eine Voraussetzung für Anwendung des § 223a? III. 29/9 80. **2**, 278.

11. Genügt für die Annahme einer mittels einer Waffe verübten Körperverletzung, daß der Täter bewußterweise von einer Waffe Gebrauch gemacht hat? Ist ein Irrtum über die Beschaffenheit der Waffe von Bedeutung? III. 24/9 94. **26**, 61.

12. Bedarf es eines Hinweises auf die Veränderung des rechtlichen Gesichtspunktes, wenn aus § 223a wegen eines anderen als des in dem Eröffnungsbeschlusse bezeichneten Qualifikationsmoments verurteilt werden soll? IV. 18/6 97. **30**, 176; III. 15/6 85. **12**, 379.

13. Über das Zusammentreffen einfacher Mißhandlungen im Sinne des § 223 und Mißhandlungen mittels gefährlichen Werkzeugs bei einer fortgesetzten Straftat. II. 13/5 98. **31**, 150.

14. Können die Tatbestände des § 223a und des § 340 St.G.B.'s ideell konkurrieren? II. 22/5 85. **12**, 223. Vgl. II. 4/7 82. **6**, 433.

15. Konkurriert das von einer Militärperson verübte Vergehen der Körperverletzung mittels einer Waffe ideell mit dem militärischen Vergehen des rechtswidrigen Gebrauchmachens von der Waffe (§ 149 Mil.=St.G.B.'s)? I. 20/2 90. **20**, 308.

S. zu § 223a auch **5**, 306; **6**, 61; **8**, 87; **9**, 426; **14**, 119. 360; **21**, 267.

1. Was ist unter dem Verlieren eines wichtigen Gliedes des Körpers zu verstehen? II. 9/6 82. **6**, 346; I. 15/11 80. **3**, 33. **§ 224**

2. Fällt Schädelverletzung mit Substanzverlust unter § 224? I. 3/3 81. **3**, 391.

3. Wann ist das Sehvermögen verloren? Ist dies schon dann anzunehmen, wenn eine Erblindung in sicherer Aussicht steht? Ist es anzunehmen, wenn die Möglichkeit offen gelassen ist, daß die Sehkraft des Auges durch eine Operation wiederhergestellt werden könne? IV. 4/5 86. **14**, 118; I. 25/3 86. **14**, 4; II. 6/3 95. **27**, 80.

4. Was ist unter „Verfallen in Lähmung" und „dauernder Entstellung in erheblicher Weise" zu verstehen? Können diese Tatbestandsmerkmale durch die Konstatierung der „Entstellung" oder „Lähmung" einzelner Gliedmaßen erfüllt werden? I. 8/12 90. **21**, 223; I. 23/2 82. **6**, 65; III. 1/2 82, **6**, 4.

5. Liegt eine dauernde wesentliche Entstellung auch dann vor, wenn die vorhandene äußere Verunstaltung durch künstliche Mittel verdeckt werden kann? II. 1/10 86. **14**, 344.

6. Über den Begriff des „Siechtums". III. 9/4 85. **12**, 127.

7. Liegt Kausalzusammenhang zwischen Körperverletzung und Geisteskrankheit vor, wenn die Körperverletzung zunächst eine heftige Gemütsbewegung hervorgerufen hat und die Geisteskrankheit erst infolge der letzteren zum Ausbruche gekommen ist? IV. 12/3 95. **27**, 93.

8. Ist es von Einfluß auf den Tatbestand des § 224, ob ein zur Zeit der Tat bereits vorhandener krankhafter Zustand des Verletzten, ohne welchen der schwere Erfolg nicht herbeigeführt sein würde, dem Täter bekannt und dieser den eingetretenen schweren Erfolg vorauszusehen imstande war? III. 28/9 81. **5**, 29.

9. Ist ein strafbarer Versuch der in § 224 vorgesehenen Tat denkbar? Fer. 11/8 83. **9**, 67.

S zu § 224 auch **1**, 188; **14**, 119.

Ist ein Versuch der in § 225 vorgesehenen Tat denkbar? Fer. 11/8 83. **9**, 67. **§ 225**

1. Kann bei einer Körperverletzung mit tödlichem Erfolge noch § 223a St.G.B.'s in Betracht kommen? I. 15/12 94. **26**, 312. **§ 226**

2. Kann bei Annahme mildernder Umstände (§ 228) auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden? IV. 5/6 94. **25**, 408.

3. Über Kausalität s. § 224.

§ 227 1. Liegt der Strafbestimmung eine Präsumtion der Verschuldung der Körperverletzung zu grunde, oder ist lediglich die Beteiligung an der Schlägerei oder dem Angriffe mit Strafe bedroht? I. 20/2 99. **32**, 33.

22. Was ist unter Beteiligung an einer Schlägerei zu verstehen? I. 17/10 81. **5**, 170; I. 3/1 84. **9**, 370.

3. Was heißt „nicht ohne sein Verschulden in eine Schlägerei hineingezogen werden"? III. 27/11 80. **3**, 236; II. 15/10 97. **30**, 281.

4. Kann § 227 keine Anwendung finden gegen den, dessen Beteiligung an der Schlägerei anfänglich eine unverschuldete war und erst im späteren Verlaufe eine verschuldete geworden ist? II. 15/10 97. **30**, 281.

5. Inwiefern ist trotz mehrerer Abschnitte nur eine Schlägerei anzunehmen? Welchen Einfluß hat dieses Verhältnis auf die Feststellung der Beteiligung? III. 27/11 80. **3**, 236.

6. Kommt es für die Strafbarkeit der Beteiligung an einem nach Zeit und Ort sich als ein einheitlicher Akt darstellenden Raufhandel darauf an, ob die Beteiligung des einzelnen dieserhalb Angeklagten erst zu einem Zeitpunkte geschehen ist, wo der Tod oder die schwere Körperverletzung eines Menschen bereits verursacht war?

Ist der Kausalzusammenhang zwischen der Beteiligung und dem eingetretenen Erfolge von Bedeutung?

Kommt es darauf an, ob der Beteiligte zu der Partei des Getöteten oder schwer Verletzten gehörte? III. 15/6 83. **8**, 369; II. 2/11 83. **9**, 148.

7. Ist der ursachliche Zusammenhang des Todes oder der schweren Körperverletzung mit dem Raufhandel überall da anzunehmen, wo ohne den Raufhandel der Erfolg nicht eingetreten wäre? Macht es einen Unterschied, ob der Angreifer oder der Angegriffene, oder ein Dritter verletzt worden ist?

Ist die Strafbarkeit aus § 227 deshalb ausgeschlossen, weil der Verstorbene oder der schwer Verletzte sich die Verletzung bei der Verteidigung selbst zugezogen hat? IV. 11/11 84. **11**, 237.

8. Ist auch der, welcher selbst die schwere Körperverletzung erlitten hat, aus § 227 strafbar? I. 20/2 99. **32**, 33.

9. Inwiefern schützt der Einwand der Notwehr gegen eine Anklage aus § 227? III. 27/11 80. **3**, 236.

10. Besteht zwischen der aus § 227 strafbaren Beteiligung an einer Schlägerei und einer bei der Schlägerei verübten Körperverletzung Idealkonkurrenz?

Kann einem nicht ohne sein Verschulden in eine Schlägerei Hineingezogenen bezüglich der von ihm darin begangenen Körperverletzung der

Strafausschließungsgrund der Notwehr zur Seite stehen? I. 20/2 99. **32**, 33.

S. zu § 227 auch **13**, 3.

1. Ist der Versuch des in Abs. 1 vorgesehenen Verbrechens im Falle der relativen Untauglichkeit des angewendeten Mittels strafbar? I. 9/11 93. **24**, 382. **§ 229**

2. Begriff des „Giftes" und „anderer Stoffe, welche die Gesundheit zu zerstören geeignet sind".

Über den zum Verbrechen erforderlichen subjektiven Tatbestand. I. 14/1 84. **10**, 178.

1. Über Fahrlässigkeit s. § 59 Nr. 31—47 S. 33, auch § 222 Nr. 5—9 S. 133, über „Körperverletzung" § 223. **§ 230**

2. Über aberratio ictus s. § 59 Nr. 27, 28 S. 33 u. § 223 Nr. 19 S. 135.

3. Kann eine Verurteilung wegen fahrlässiger Körperverletzung erfolgen, wenn der Tod die Folge der Fahrlässigkeit war? I. 19/3 96. **28**, 272.

4. Was versteht § 230 unter Körperverletzung?

Kann eine gegen eine Person durch einen Akt verübte Körperverletzung zugleich als vorsätzliche Mißhandlung und als fahrlässige Körperverletzung angesehen werden? II. 27/5 87. **16**, 129.

5. Kann ein Lehrer durch vorsätzlich ausgeführte Schläge eine fahrlässige Körperverletzung begehen? I. 4/2 01. **34**, 118.

6. Über fahrlässige Körperverletzung durch Überschreitung des Züchtigungsrechts des Lehrers, insbesondere in Bayern. I. 24/11 81. **5**, 193.

7. Strafbemessung im Falle idealer Konkurrenz des § 316 St.G.B.'s. II. 7/3 93. **24**, 58.

8. Kann darin, daß ein Hauseigentümer bei eintretender Dunkelheit die Treppenflur seines Hauses zu beleuchten unterläßt, eine Fahrlässigkeit gefunden werden, durch welche die infolge der Dunkelheit eingetretene Körperverletzung eines anderen verursacht ist? II. 19/10 86. **14**, 362.

9. Fahrlässige Körperverletzung von seiten eines Apothekers durch Abgabe unmäßiger Mengen opiumhaltiger Arznei. III. 12/7 02. **35**, 332.

10. Ist die Ausführung einer an sich erlaubten gewerblichen Arbeit, durch die eine Körperverletzung verursacht worden, dem Unternehmer unter allen Umständen auch dann als Fahrlässigkeit zuzurechnen, wenn er die für das Leben und die Gesundheit der Arbeiter der Regel nach notwendigen Schutzmaßregeln nur aus bestimmten, für berechtigt erachteten Gründen anzubringen unterlassen hat? I. 5/7 00. **33**, 346.

11. Verhältnis des § 230 zu § 14 des Nahrungsmittelgesetzes. III. 15/2 82. **6**, 41.

12. Kann dann, wenn die Unterlassung einer Pflicht mehrere zeitlich getrennte Körperverletzungen zur Folge gehabt hat, eine Mehrheit von fahrlässigen Körperverletzungen angenommen werden? II. 1/11 87. **16**, 290.

13. Über den Begriff von Amtspflicht 2c s. § 222 Nr. 10—24 S. 133.

S. zu § 230 auch **5**, 74; **17**, 303; **20**, 54.

§ 231 1. Siehe Abschnitt „Buße" im Anhang zu Teil I, Abschnitt 1, S. 13.

2. Kann im Falle einer durch eine Schlägerei verursachten schweren Körperverletzung eine Buße gefordert werden? I. 6/12 97. **30**, 367.

3. Kann eine Ortskrankenkasse als Nebenklägerin auftreten, um auf Grund des § 57 des Krankenversicherungsgesetzes den Anspruch des Verletzten auf Buße geltend zu machen? I. 30/3 96. **28**, 301.

4. Ist bei einer fahrlässigen Körperverletzung in landwirtschaftlichen Betrieben ein Anspruch auf Buße deshalb zurückzuweisen, weil der Verletzte eine Unfallversicherungsrente bezieht? III. 20/3 93. **24**, 82.

5. Ist der bei seiner gewerblichen Tätigkeit durch eine Fahrlässigkeit des Betriebsunternehmers verletzte Arbeiter berechtigt, neben der ihm nach dem Unfallversicherungsgesetze zustehenden Entschädigung von dem Betriebsunternehmer ferner noch eine Buße zu fordern? III. 20/11 93. **24**, 397.

6. Stellt sich die Buße, auf welche in Fällen der Körperverletzung erkannt werden kann, nur als eine Entschädigung für Vermögensnachteile dar? I. 7/3 87. **15**, 352.

7. Sind mehrere Angeklagte wegen einer durch ihre Fahrlässigkeit herbeigeführten Körperverletzung unter solidarischer Haftung zur Buße zu verurteilen? I. 29/11 83. **9**, 223.

8. Kann auch im Falle der im Amte zugefügten vorsätzlichen Körperverletzung neben der Strafe auf eine an den Verletzten zu erlegende Buße erkannt werden? II. 22/5 85. **12**, 223.

S. zu § 231 auch **9**, 124.

§ 232 1. Ist Zurücknahme des Strafantrags zulässig, wenn zwar nicht der Täter, aber der Begünstiger ein Angehöriger des Verletzten ist? I. 13/2 96. **28**, 125.

2. Sind die Voraussetzungen für die in § 230 Abs. 2 vorgesehene Strafschärfung und die Voraussetzungen für Entbehrlichkeit des Strafantrags nach § 232 Abs. 1 die gleichen? II. 25/10 81. **5**, 74.

3. Kann die Pflicht der Eltern zur Erziehung ihrer Kinder als eine Berufspflicht im Sinne des § 232 aufgefaßt werden? I. 9/2 82. **6**, 24.

4. Kann in Preußen der Patron als Vorsitzender des Schulvorstandes sich der Übertretung einer Amts- oder Berufspflicht im Sinne des § 232 schuldig machen?

Begründet die Feststellung der Übertretung einer Amtspflicht nach § 232 stets auch die Anwendung des § 340 St.G.B.'s? I. 17/11 83. **9**, 204.

5. Über Begriff von Amtspflicht 2c s. weiter § 222 Nr. 10—24 S. 133.

6. Ist ein Strafantrag nötig, wenn leichte und gefährliche Körperverletzungen als ein fortgesetztes Delikt aufgefaßt werden? II. 13/5 98. **31**, 150.

S. zu § 232 auch **8**, 207; **13**, 115; **15**, 176.

1. Macht die Berufung auf § 233 einen Ausspruch des Urteils im Sinne des § 266 Abs. 2 St.P.O. nötig? I. 24/11 98. **31**, 347; II. 1/5 88. **17**, 346; III. 3/12 79. **1**, 112. § 233

2. Greift § 233 auch bei den in § 223a bezeichneten Körperverletzungen Platz? IV. 12/10 86. **14**, 360.

3. Greift § 233 auch bei dem unter § 340 fallenden Beamtendelikt Platz? II. 4/7 82. **6**, 432.

4. S. zu § 233 weiter § 199.

Achtzehnter Abschnitt (§§ 234—241).

Vergehen und Verbrechen wider die persönliche Freiheit.

Über Bedeutung von „List" und über Konkurrenz mit § 169 s. § 235. § 234

1. Muß die angewendete Gewalt nach der Absicht des Täters das Mittel zum Zwecke der Entziehung gewesen sein? IV. 27/11 96. **29**, 199. § 235

2. Was ist unter „Entziehen" zu verstehen? Unter welchen Voraussetzungen kann dies auch in einer Unterlassungshandlung gefunden werden? I. 27/4 93. **24**, 133.

3. Ist im Geltungsbereiche des Code civil die Anwendung des § 235 in Bezug auf ein uneheliches Kind davon abhängig, daß das Kind von der Mutter anerkannt war? I. 23/11 93. **24**, 415.

4. In welchem Umfange kann ein Elternteil gegen den anderen das Delikt des § 235 begehen? I. 15/10 91. **22**, 166.

5. Was ist unter „List" zu verstehen? Gehört dazu eine Täuschung oder doch ein auf Täuschung gerichtetes Verhalten? II. 27/1 88. **17**, 90; IV. 28/1 87. **15**, 340.

6. Gehört zum Tatbestande, daß der Minderjährige einer anderen Gewalt unterworfen werde?

Ist der Minderjährige strafbar, der sich durch List ꝛc den Eltern oder dem Vormund entzieht?

Unterschied zwischen der dem Minderjährigen zur Selbstentziehung geleisteten Beihülfe von der Täterschaft des § 235.

Verhältnis zu den in §§ 236. 237 vorgesehenen Delikten. II. 30/11 88. **18**, 273.

7. Kann es als „Entziehung" angesehen werden, wenn eine minderjährige Person noch vor der Verpflichtung des ihr bestimmten Vormunds in das Ausland geschafft wird?

Wem gegenüber müssen List, Drohung oder Gewalt angewendet werden?

Wie lange dauert die Entziehung fort? IV. 28/1 87. **15**, 340.

8. Kann der Tatbestand des § 235 bezw. § 234 mit demjenigen des § 169 ideell konkurrieren? I. 7/2 84. **10**, 86.

1. Können die Tatbestände der §§ 235 u. 236 ideell konkurrieren? II. 30/11 88. **18**, 273. § 236

2. Im übrigen s. § 237.

§ 237 1. Gehört zur Entführung, daß die Frauensperson aus der Ortschaft, wo sie verweilt, an einen außerhalb derselben gelegenen Ort gebracht wird? Ist Annahme von Entführung ausgeschlossen, wenn die Verwandten, bei denen die Entführte zeitweilig verweilt, die Entführung nicht verhindert, insbesondere den Ort, wohin die Entführte gebracht worden ist, gekannt haben? III. 20/2 97. **29**, 404.

2. Erfordert das Begriffsmerkmal „entführt" den eigenen Akt der Entfernung der Frauensperson von deren Aufenthaltsort? I. 6/5 89. **19**, 159.

3. In welchen Handlungen ist eine „Entführung" enthalten? Wird diese dadurch ausgeschlossen, daß die Frauensperson selbst physisch bei dem Gelangen an den anderen Ort mittätig war, und erfordert sie, daß ein Wegbringen unmittelbar aus der von der Frauensperson mit ihren Eltern bewohnten Räumlichkeit erfolgte?

Schließt der Umstand, daß Mißhandlungen einen Beweggrund für die Einwilligung der Frauensperson zu ihrer Entführung oder für die Handlungsweise des Entführenden waren, aus, daß die Handlungsweise des letzteren den Zweck verfolgte, die Frauensperson zur Ehe zu bringen? I. 8/5 82. **6**, 292.

4. Was ist unter dem gesetzlichen Merkmale „um sie zur Unzucht oder zur Ehe zu bringen" zu verstehen? III. 17/11 87. **16**, 391; I. 6/5 89. **19**, 159.

5. Können die Tatbestände von § 237 u. § 235 ideell konkurrieren? II. 30/11 88. **18**, 273.

§ 238 Ist § 238 auf andere als die in §§ 236. 237 vorgesehenen Straftaten zu beziehen? II. 30/11 88. **18**, 273.

§ 239 1. Was ist unter „Einsperren" zu verstehen? III. 7/7 80. **2**, 292; II. 28/11 82. **7**, 259.

2. Wird da, wo der Täter der anderen Person die Möglichkeit, sich aus dem Raum zu entfernen, durch ein erkennbares Hindernis genommen hat, der Tatbestand des § 239 dadurch ausgeschlossen, daß die Person zunächst nicht den Willen hatte, fortzugehen, und als sie sich entfernen wollte, das Hindernis beseitigt wurde? I. 9/4 00. **33**, 234.

3. Liegt ein „Einsperren" vor, wenn der Eingesperrte sich ohne besondere Beschwerlichkeiten entfernen kann? II. 10/4 83. **8**, 210.

4. Inwieweit kommt bei dem Begriffe des Einsperrens in Betracht, daß der betreffenden Person ein Mittel, freien Austritt zu erlangen, unbekannt war? I. 7/10 95. **27**, 360.

5. Kommt es für den Tatbestand des § 239 auf die Dauer der Freiheitsberaubung an? III. 7/7 80. **2**, 292; II. 28/11 82. **7**, 259.

6. Unter welchen Voraussetzungen kann eine Freiheitsberaubung durch eine Unterlassung verübt werden? II. 20/10 93. **24**, 339.

7. Kann in der vorläufigen Festnahme durch einen Nichtbeamten eine Beraubung des Gebrauchs der persönlichen Freiheit gefunden werden? III. 7/7 80. **2**, 292.

Digitized by Google

8. Kann auch bei einem Rechte zur Einsperrung durch Überschreiten der Grenzen des Rechts eine widerrechtliche Freiheitsberaubung verübt werden? I. 13/2 88. **17**, 127.

9. Ist die Freiheitsberaubung als eine rechtswidrige anzusehen, wenn jemand durch Täuschung eines Beamten diesen zu einer zwangsweisen Sistierung veranlaßt, welche der Beamte, wenn ihm der wahre Sachverhalt mitgeteilt worden wäre, vorzunehmen berechtigt gewesen wäre? II. 19/3 86. **13**, 426.

10. Was erfordert im Unterschiede von Nötigung der Deliktsbegriff vorsätzlicher, widerrechtlicher Freiheitsberaubung zur Erfüllung der objektiven und subjektiven Merkmale? III. 26/4 82. **6**, 231.

11. Kommt für das Merkmal der Vorsätzlichkeit der mit der Einsperrung verfolgte Zweck in Betracht?

Kann das Einsperren eines anderen als Notwehr oder berechtigte Selbsthülfe gestattet sein? II. 28/11 82. **7**, 259; II. 10/4 83. **8**, 210.

12. Ist eine objektiv unberechtigte Festnahme als Freiheitsberaubung strafbar, wenn der Festnehmende sie zur Festnahme für berechtigt hält? I. 11/5 85. **12**, 194.

13. Hat das Vergehen der Freiheitsberaubung den Charakter eines Dauerdelikts? IV. 23/2 94. **25**, 147.

14. Ist Idealkonkurrenz mit dem Vergehen gegen § 240 St.G.B.'s möglich? III. 17/10 98. **31**, 301; IV. 23/2 94. **25**, 147.

15. Kann Einsperrung sich als erlaubte Selbsthülfe gegen Hausfriedensbruch darstellen? II. 28/11 82. **7**, 259.

1. Über „Drohung", „Gewalt" und „Nötigung" s. § 253, auch § 241. § 240

2. Fällt unter „Nötigung durch Gewalt" auch eine Handlung, welche sich nicht gegen die Person, sondern ausschließlich gegen Sachen richtet? Unter welchen Voraussetzungen kann eine zunächst gegen Sachen gerichtete Gewalt zugleich als gegen die Person gerichtet angesehen werden? III. 5/1 81. **3**, 179; II. 1/12 82. **7**, 269; III. 15/6 83. **9**, 58; II. 30/10 85. **13**, 49; III. 2/12 86. **15**, 138; II. 9/4 90. **20**, 354.

3. Muß die zur Nötigung angewendete Gewalt eine unwiderstehliche sein? II. 30/10 85. **13**, 49; II. 1/12 82. **7**, 269.

4. Fällt unter den Begriff der Nötigung durch Gewalt nur die vis compulsiva oder auch die vis absoluta? II. 23/9 81. **4**, 429; III. 19/6 80. **2**, 287; I. 17/6 80. **2**, 184.

5. Kann Nötigung durch Gewalt verübt werden ohne Aufwendung physischer Kraft und mittels Unterlassung? II. 30/10 85. **13**, 49.

6. Setzt die Nötigung mittels Gewalt zu einer Duldung eine Einwirkung auf den Willen des Genötigten voraus, vermöge deren er in die zu erduldende Handlung einwilligt? III. 6/5 81. **4**, 124.

7. Erfordert die Nötigung durch Bedrohung Ernstlichkeit der Drohung? Genügt es, daß die Drohung auf den Bedrohten den Eindruck einer ernstlich gemeinten machen konnte und der Drohende sich dieser Eigenschaft bewußt war? III. 24/12 79. **2**, 286.

8. Findet § 240 dann keine Anwendung, wenn sich die Bedrohung

mit einem Verbrechen oder Vergehen gegen eine Person unter 14 Jahren richtet? I. 18/12 84. **11**, 387.

9. Kann Nötigung durch Ankündigung eines von einem Dritten auszuführenden Verbrechens oder Vergehens verübt worden? Ist dies auch dann zutreffend, wenn der Nötigende seinen Einfluß auf die Ausführung der angedrohten Straftat schon vor der Drohung selbst ausgeübt hat? I. 20/6 95. **27**, 307.

10. Liegt eine Drohung vor, wenn ein von einem Dritten zu begehendes Verbrechen oder Vergehen in Aussicht gestellt wird, aus der Kundgebung aber erhellt, daß der Kundgebende nicht in der Lage ist, auf den Willen des Dritten einzuwirken? II. 28/4 93. **24**, 151.

11. Über Nötigung durch Androhung einer beleidigenden Kundgebung. (Auskunfts- und Schuldeneinziehungsbureaus.) Inwieweit kann dabei der Schutz des § 193 St.G.B.'s in Anspruch genommen werden? II. 30/6 82. **6**, 405; III. 20/3 84. **10**, 361.

12. Ist es zum Tatbestande der Nötigung erforderlich, daß die Gewalt oder Drohung gegen den zu Nötigenden selbst gerichtet war, oder kann auch eine gegen einen Dritten gerichtete Gewalt oder Drohung genügen? II. 17/1 88. **17**, 82.

13. Ist für die Strafbarkeit der Nötigung entscheidend, daß zur Erreichung des wenn auch erlaubten Zwecks ein gesetzlich reprobiertes Mittel angewendet worden ist? II. 21/10 79. **1**, 5; III. 24/12 79. **2**, 286; III. 5/1 81. **3**, 179; III. 10/5 83. **8**, 302; I. 11/5 85. **12**, **194**.

14. Ist in der Bedrohung mit einer objektiv sich als Verbrechen oder Vergehen darstellenden Handlung auch dann eine strafbare Nötigung zu finden, wenn sie zwecks Abwendung eines rechtswidrigen Angriffs oder in Ausübung erlaubter Selbsthülfe erfolgt ist? I. 13/1 81. **3**, 222; I. 11/5 85. **12**, 194; III. 10/5 83. **8**, 302; II. 1/3 95. **27**, 70; I. 30/11 99. **32**, 391.

15. Ist es widerrechtliche Gewaltandwendung, wenn jemand, der zur Sicherung eines Schadensersatzanspruchs das Recht der Pfändung hat, behufs Sicherung seines Anspruchs den Schadenszufüger zur Duldung der Wegnahme von Geld nötigt? IV. 28/3 96. **28**, 298.

16. Wie weit kann nach dem B.G.B. eine die Widerrechtlichkeit ausschließende Selbsthülfe geübt werden? Kann sie durch Wegnahme solcher Sachen geübt werden, die nach dem Gesetze der Zwangsvollstreckung nicht unterliegen? I. 3/5 00. **33**, 248.

17. Wird durch die vertragsmäßige Gestattung der Selbsthülfe die Anwendung von Gewalt als Nötigungsmittel straffrei? II. 3/10 82. **7**, 63.

18. Inwieweit ist nach französischem Rechte Selbsthülfe gestattet? I. 30/11 99. **32**, 391.

19. Unter welchen Voraussetzungen kann der Mieter durch Gewalt den Vermieter zur Freigabe von Sachen nötigen, welche der letztere in der irrigen Annahme, sie seien dem gesetzlichen Pfandrechte des Vermieters unterworfen, bei der Räumung der Wohnung zurückhält? IV. 15/3 89. **19**, 75.

20 Inwiefern kann der Dolus durch die irrige Annahme einer Berechtigung zur Selbsthülfe ausgeschlossen sein? II. 27/2 94. **25**, 150; III. 6/6 89. **19**, 298.

21. Können die Tatbestände des § 240 und des § 176 Nr. 3 ideell konkurrieren? I. 18/12 84. **11**, 387.

22. Können die Vergehen der §§ 239. 240 in Idealkonkurrenz begangen werden? IV. 23/2 94. **25**, 147; III. 17/10 98. **31**, 301.

23. Ist Idealkonkurrenz zwischen § 240 und § 153 Gew.O. ausgeschlossen? I. 20/6 95. **27**, 307; II. 16/11 97. **30**, 359.

24. Ist Idealkonkurrenz mit den Vergehen gegen §§ 113. 114 St.G.B.'s möglich? II. 18/1 98. **31**, 3.

25. Besteht Gesetzeskonkurrenz zwischen § 17 Nr. 2 des preußischen Feld- und Forstpolizeigesetzes vom 1. April 1880 und § 240 bezw. § 43 St.G.B.'s? I. 10/10 82. **7**, 116.

26. Verhältnis der Tatbestände der Nötigung und der Freiheitsberaubung zueinander. III. 26/4 82. **6**, 231.

27. Können die Vergehen der Nötigung und der Körperverletzung ideell konkurrieren? II. 15/6 00. **33**, 339.

1. Zum Begriffe der Bedrohung (im Gegensatz zu einer bloßen Verwünschung). III. 16/3 99. **32**, 102. **§ 241**

2. Gibt es bedingte Drohungen? I. 23/1 90. **20**, 180.

3. Setzt die Anwendung des § 241 voraus, daß der Drohende das Verbrechen als ein von ihm selbst zu begehendes in Aussicht stelle? III. 30/11 81. **5**, 214; I. 20/6 95. **27**, 307.

4. Bedarf bei Bedrohung eines anderen mit der Begehung eines Verbrechens die Art des angedrohten Verbrechens einer ausdrücklichen Feststellung? III. 22/6 81. **4**, 326.

5. Gehört zum Begriffe der Bedrohung, daß der Wille des Täters darauf gerichtet ist, in dem Bedrohten Furcht vor Verwirklichung der Drohung hervorzurufen? Ist auch der wirkliche Eintritt dieser Folge ein Tatbestandserfordernis? I. 24/2 81. **4**, 10.

Neunzehnter Abschnitt (§§ 242—248).

Diebstahl und Unterschlagung.

a) Fremde bewegliche Sache. **§ 242**

1. Kann eine nicht körperliche Sache, speziell Elektrizität Gegenstand eines Diebstahls sein? I. 1/5 99. **32**, 165; IV. 20/10 96. **29**, 111.

2. Kann Leuchtgas Gegenstand eines Diebstahls sein? I. 2/10 84. **11**, 117.

3. Inwiefern kann an Bestandteilen eines Gebäudes ein Diebstahl begangen werden? III. 1/10 81. **5**, 42.

4. Werden herrenlose Tiere damit, daß sie in eine vom Okkupationsberechtigten hergestellte Fangvorrichtung geraten, Eigentum des letzteren und somit ein Gegenstand, an dem Diebstahl möglich ist? II. 9/5 99. **32**, 161; II. 1/12 96. **29**, 216.

5. Wird durch Wegnahme des Wildes, das sich in fremdem Jagdgebiete in einer durch einen **Unberechtigten** aufgestellten Schlinge gefangen hatte und dort verendet war, Diebstahl begangen? I. 25/4 92. **23**, 89.

6. Unter welchen Voraussetzungen ist ein Diebstahl zu erkennen in der unbefugten Wegnahme von frei herumfliegenden Tauben? III. 11/6 85. **12**, 308; IV. 12/2 86. **13**, 341; II. 28/2 90. **20**, 271.

7. — von Wild in einem Wildparke oder eingezäunten Gehege? II. 9/11 94. **26**, 218; III. 16/4 83. **8**, 273.

8. — von Fischen in Fischteichen? II. 5/2 84. **10**, 78.

9. — von gezähmten, aber ihrem Herrn entlaufenen Tieren? II. 13/2 91. **21**, 341.

10. Kann die unbefugte Entnahme von Wasser aus einer städtischen Wasserleitung als Diebstahl angesehen werden? II. 11/5 86. **14**, 121.

11. Kann der Finder eines Schatzes an Bestandteilen desselben einen Diebstahl begehen? IV. 15/11 98. **31**, 317; I. 17/11 79. **1**, 16.

12. Unter welchen Voraussetzungen wird durch Vermischung des Geldes verschiedener Eigentümer Miteigentum begründet? Fer. 30/7 94. **26**, 43.

13. Unter welchen Voraussetzungen hat nach dem preußischen Landrechte die Erklärung des Besitzers einer beweglichen Sache, sich des Besitzes zu Gunsten eines anderen zu entschlagen, bei Annahme dieser Erklärung die Rechtswirkung der körperlichen Übergabe? IV. 8/11 98. **31**, 321.

14. Inwiefern begeht der Uferbesitzer durch die Wegnahme von Weiden, welche auf einer durch die strombauliche Anlage entstandenen Anlandung gewachsen sind, einen Diebstahl? IV. 25/1 89. **18**, 436.

15. Kann der Miteigentümer an der gemeinschaftlichen Sache einen Diebstahl begehen und insbesondere die Ehefrau bei allgemeiner Gütergemeinschaft an einer gütergemeinschaftlichen Sache? II. 12/4 81. **4**, 83.

16. Inwiefern wird nach gemeinem Rechte durch rechtswidrige Aneignung von Nachlaßsachen Diebstahl verübt? III. 17/3 84. **10**, 257.

17. Ist durch das B.G.B. bezüglich der Voraussetzungen, unter denen ein Diebstahl an Nachlaßsachen angenommen werden kann, eine Änderung eingetreten? II. 19/4 01. **34**, 252.

18. Kann der Dieb an der in Gemeinschaft mit einem anderen entwendeten Sache durch Wegnahme aus dem Mitgewahrsame seines Diebsgenossen nochmals einen Diebstahl begehen? III. 2/2 85. **11**, 438.

19. Begeht der im Frachtbriefe bezeichnete Empfänger des Frachtguts, welcher die Fracht und Nachnahme noch nicht bezahlt hat, einen Diebstahl, wenn er den Frachtbrief dem Frachtführer gegen dessen Willen wegnimmt? I. 13/2 99. **32**, 22.

20. Über Eigentumsverhältnisse s. zugleich unten § 246 Nr. 2 ff. S. 156.

b) Gewahrsam eines anderen.

21. Ist Gewahrsam mehr, als ein bloß faktischer Zustand? Gehört dazu die Kenntnis von dem physischen Vermögen, mit Ausschließung anderer über die Sache zu verfügen?

Ist es Diebstahl, wenn Gegenstände, welche in Diensträumlichkeiten einer Behörde behufs Verzollung niedergelegt sind, aus ihrem Behälter herauskommen und in den Räumen umherliegen, von Beamten der Behörde zwecks Zueignung genommen werden? II. 18/1 81. **3**, 201.

22. Begeht der Mieter eines Gebäudes Diebstahl, wenn er sich Bestandteile des gemieteten Gebäudes rechtswidrig zueignet? III. 1/10 81. **5**, 42.

23. Begeht der Mieter eines möblierten Zimmers durch rechtswidrige Zueignung einer mitvermieteten beweglichen Sache Diebstahl? II. 18/2 81. **3**, 358.

24. Begeht der Inhaber einer Wohnung durch rechtswidrige Zueignung der einem früheren Mitbewohner gehörigen und von diesem mit der Absicht späterer Ansichnahme zurückgelassenen Sache Diebstahl? I. 24/5 80. **2**, 64.

25. Begeht jemand, dem von einem anderen unter Zurückbehaltung des Schlüssels eine Sache anvertraut ist, Diebstahl, wenn er mit gewaltsamer Eröffnung des ihm übergebenen Behälters dessen Inhalt sich zueignet? II. 13/12 81. **5**, 222; I. 10/2 02. **35**, 115.

26. Befindet sich der mit dem Transporte eines Gegenstandes betraute Knecht im Gewahrsam des Gegenstandes? II. 7/12 81. **5**, 218.

27. Begründet die rechtswidrige Zueignung von Sachen, welche sich auf einem gestrandeten, von der Besatzung verlassenen Schiffe befinden, den Tatbestand des Diebstahls? III. 7/2 84. **10**, 84.

28. Fällt Personen, welche in einem Ladengeschäfte als Verkäufer für Rechnung des Prinzipals angestellt sind, wenn sie sich Waren aus den Geschäftsvorräten des Prinzipals zueignen, Diebstahl zur Last? I. 5/4 80. **2**, 1.

29. Kann Diebstahl angenommen werden, wenn eine in einem Ladengeschäfte angestellte Person die von ihr selbst für den Geschäftsherrn in Empfang genommenen Gelder sich zueignet? III. 3/5 97. **30**, 88.

30. — wenn eine solche Person Stücke aus dem Warenlager des Geschäftsherrn wegnimmt und darauf im Laden selbst einer anderen Person unentgeltlich übergibt? IV. 20/6 90. **21**, 16.

31. Ist die Aneignung van Baumaterialien seitens des die Verwendung beaufsichtigenden Vorarbeiters Diebstahl? II. 30/11 96. **29**, 209.

32. Hat ein Förster kraft der ihm anvertrauten Obhut den Gewahrsam der Walderzeugnisse, oder verübt er an geschlagenem Holze durch rechtswidrige Zueignung Diebstahl? II. 2/12 81. **5**, 180; II. 24/9 86. **14**, 305.

33. Begeht der Eigentümer oder Pächter eines Grundstücks, der auf dem Halme gepfändete und versteigerte Früchte dieses Grundstücks sich rechtswidrig zueignet, einen Diebstahl? I. 13/4 92. **23**, 71; IV. 3/6 90. **20**, 428.

34. Inwiefern begeht der Käufer einer gegen Barzahlung verkauften Sache einen Diebstahl, wenn er sich ohne Zahlung mit der Sache entfernt? I. 5/1 80. **1**, 289.

35. Begeht einen Diebstahl, wer sich die im Gewahrsame eines Geisteskranken befindliche Sache mit des letzteren Zustimmung aneignet? III. 19/6 80. **2**, 332.

36. Diebstahl an Nachlaßsachen: s. Nr. 16, 17 S. 146.

37. Wer ist der Verletzte, wenn Gewahrsamsinhaber und Eigentümer der gestohlenen Sache verschiedene Personen sind? II. 1/7 81. **4**, 346.

38. Über Gewahrsam s. weiter § 246 Nr. 38ff. S. 159.

c) Wegnahme.

39. Ist der Diebstahl durch die in der Absicht rechtswidriger Zueignung geschehene Wegnahme vollendet? II. 11/5 86. **14**, 121.

40. Ist damit, daß jemand in einem fremden Getreidespeicher Getreide behufs rechtswidriger Zueignung in Säcke eingefüllt hat, ein vollendeter Diebstahl verübt? Findet § 243 St.G.B.'s Anwendung, wenn der Täter demnächst behufs Fortschaffung des Getreides eine verschlossene Tür erbricht? I. 21/10 95. **27**, 395; III. 9/7 85. **12**, 353.

41. Liegt eine Wegnahme darin, daß jemand eine ihm zugängliche fremde bewegliche Sache einem Dritten verkauft und diesem zur Abholung überweist? IV. 17/10 90. **21**, 110.

d) Dolus, Absicht rechtswidriger Zueignung.

42. Enthält die Wegnahme der bei dem Diebe beschlagnahmten gestohlenen Sache aus dem amtlichen Gewahrsam seitens des Diebes einen zweiten Diebstahl? I. 11/10 80. **2**, 318.

43. Begeht einen Diebstahl, wer die beschlagnahmte und damit nach § 156 V.Z.G.'s Eigentum des Staates gewordene Sache in Unkenntnis von dem Verlust seines Eigentums wieder in Besitz nimmt? II. 4/5 86. **14**, 112.

44. Liegt Diebstahl vor, wenn jemand eine Sache nur in der Absicht wegnimmt, die Sache einem Dritten zu entziehen und diesen dadurch an seinem Vermögen zu schädigen? I. 11/11 84. **11**, 239; I. 10/2 02. **35**, 115.

45. Liegt rechtswidrige Zueignung vor, wenn der Täter bei der Wegnahme einer Sache lediglich beabsichtigte, sie wegzuwerfen bezw. zu vernichten? I. 12/7 02. **35**, 355.

46. Wird durch die Wegnahme einer fremden Sache zum Zwecke der Verpfändung Diebstahl begangen? I. 7/1 84. **9**, 382; III. 3/7 84. **11**, 68.

47. Gehört das Motiv der Gewinnsucht zum subjektiven Tatbestande? Ist es diebische Zueignung, wenn jemand, der eine bestimmte Menge fungibeler Sachen zu beanspruchen hat, diese dem Schuldner wider dessen Willen fortnimmt? III. 5/3 94. **25**, 172; I. 17/6 80. **2**, 184.

48. Ist die zum Diebstahle gehörige Absicht der rechtswidrigen Zueignung ausgeschlossen, wenn der Gläubiger seinem Schuldner eine Sache wegnimmt, um sich damit wegen seiner Geldforderung bezahlt zu machen, oder wenn er die Sache wegnimmt, um sie als Pfand für seine Forderung zu haben? IV. 10/3 85. **12**, 88; I. 9/2 80. **1**, 193.

49. Liegt diebische Zueignung vor, wenn bei der Wegnahme einer fremden Sache zum Zwecke ihres Gebrauchs der Täter ohne die Absicht handelt, eine nur zur Zuständigkeit des Eigentümers gehörige Verfügung zu treffen? (Wegnahme von Biermarken durch den Kellner zur Täuschung bei der Abrechnung.) I. 23/2 93. **24**, 22.

50. Wird Diebstahl begangen durch Wegnahme eines Sparkassenbuchs in der Absicht rechtswidriger Einziehung der Spareinlage oder eines Teilbetrags? III. 29/10 94. **26**, 151; III. 7/3 91. **22**, 2; I. 1/5 85. **10**, 369. (S. auch § 246 Nr. 61 S. 161.)

51. Wann ist der Diebstahl an einem Sparkassenbuche zwecks Erhebung der Spareinlage vollendet? Wie ist eine hierbei gewährte Unterstützung — als Beihülfe oder als Begünstigung — zu beurteilen? III. 7/3 91. **22**, 2.

52. Kann mit dem Diebstahle an einem Sparkassenbuche die zum Zwecke der Erhebung der Spareinlage verübte Urkundenfälschung als zweite Straftat konkurrieren? I. 1/5 84. **10**, 369.

53. Ist der Tatbestand des gemeinen Diebstahls ausgeschlossen, wenn der Dieb in der Absicht, einen Mundraub zu begehen und in dem irrtümlichen Glauben, die entwendete Sache sei zum Verzehren auf der Stelle geeignet, einen Gegenstand wegnimmt, welcher sich unter § 370 Nr. 5 St.G.B.'s nicht subsumieren läßt? III. 4/12 80. **3**, 165.

e) Verhältnis zu anderen Strafgesetzen.

54. Über Entwendung von Feld- und Walderzeugnissen, Mineralien, Eßwaren rc s. auch die betr. Spezialgesetze.

55. Objektiver Umfang des preußischen Feld- und Forstpolizeigesetzes vom 1. April 1880 in Beziehung auf Feldentwendungen im Verhältnisse zu Diebstählen?

Können Entwendungen von Blumen rc von Gräbern eines Kirchhofs unter § 18 des Gesetzes vom 1. April 1880 subsumiert werden? I. 26/10 82. **7**, 190.

56. Ist Entwendung von Torf in Preußen als Diebstahl strafbar? II. 27/6 90. **21**, 27.

57. Ist in Preußen die Entwendung geernteter Feldfrüchte, welche sich zu dauernder Aufbewahrung auf dem Felde befinden, als Diebstahl strafbar? II. 7/2 82. **5**, 385; II. 2/11 83. **9**, 163.

58. Sind in Preußen Baumstümpfe, welche zu Merkzeichen hergerichtet sind, ohne vom Boden getrennt worden zu sein, Gegenstand eines Forstdiebstahls? II. 5/10 83. **9**, 72.

59. Unter welche Strafbestimmung fällt in Preußen die Entwendung stehender Weidenruten von Anpflanzungen auf Anlandungen der Flußufer? IV. 25/10 89. **20**, 11.

60. Ist in Preußen die Entwendung der Stücke einer zerbrochenen Einfriedigung als Diebstahl strafbar? II. 11/1 95. **26**, 367.

61. Ist in Preußen das Abhauen und Entwenden von Ästen bereits gefällter Bäume im Walde, mit deren Zubereitung noch nicht begonnen worden, ordentlicher Diebstahl? IV. 1/6 94. **25**, 393.

62. Kann in Preußen das unberechtigte Wegnehmen von Kohlen aus der Halde eines im Betrieb befindlichen Kohlenbergbaues eigentlicher Diebstahl sein? IV. 2/10 88. **18**, 188.

63. Wann ist nach der bayerischen Forstgesetzgebung die Entwendung von gefälltem Holze als Diebstahl zu bestrafen? I. 4/3 86. **13**, 383.

64. Ist in Bayern die Entwendung von Weinbergpfählen als gemeiner Diebstahl zu bestrafen? I. 27/9 88. **18**, 128.

65. In welchem Verhältnisse steht der gemeine Diebstahl zu dem sog. Mundraube? Wie ist bei Zweifeln, ob die eine oder die andere Straftat vorliegt, die Stimmabgabe zu leiten? III. 28/1 82. **5**, 404.

66. Über Idealkonkurrenz von Diebstahl mit dem Vergehen gegen § 133 St.G.B.'s. II. III. 19/12 87. **17**, 103.

67. Über Idealkonkurrenz von Diebstahl mit einem Vergehen gegen § 9 des Sprengstoffgesetzes vom 9. Juni 1884: IV. 8/12 84. **13**, 145.

68. Kann der Dieb einer Urkunde sich durch deren Vernichtung einer zweiten Straftat schuldig machen? IV. 15/1 02. **35**, 64.

69. Ist bei vorliegendem Tatbestande des Raubes ideale Konkurrenz dieses Verbrechens mit Diebstahl denkbar? III. 29/4 82. **6**, 243.

70. Über das Zusammentreffen der Tatbestände des § 242 und des § 272 Nr. 1 St.G.B.'s. II. 26/1 83. **8**, 79.

71. Über Konkurrenz von Anstiftung zum Diebstahle mit Hehlerei s. St.G.B. § 259 Nr. 46, 47 S. 173.

72. Über Konkurrenz mit Mundraub s. § 370 Nr. 5.

S. zu § 242 auch **8**, 177; **9**, 60; **16**, 182; **24**, 222; **34**, 5.

§ 243 1. Kann der in einer Einheitshandlung begangene versuchte schwere und vollendete einfache Diebstahl unter den Gesichtspunkt des idealen Zusammentreffens gestellt werden? III. 13/1 87. **15**, 281.

2. Ist alternative Feststellung der unter verschiedenen Nummern aufgeführten Erschwerungsgründe zulässig? IV. 8/4 92. **23**, 47.

Nr. 2.

a) Allgemeines.

3. Von welchen Umständen hängt es ab, ob dann, wenn aus einem zum Zwecke der Verübung von Mundraub (§ 370 Nr. 5) erbrochenen Behältnisse andere Sachen als Nahrungs- oder Genußmittel entwendet sind, ein einfacher oder ein schwerer Diebstahl anzunehmen ist?

Erfordert die Annahme eines Diebstahls mittels Einbruchs 2c, daß der Einbruch 2c zum Zwecke des beabsichtigten Diebstahls vorgenommen worden ist? Pl. 7/7 86. **14**, 312; II. 25/3 81. **3**, 440. (III. 19/3 81. **3**, 423.)

4. Erfordert die Anwendung der Nr. 2, daß die gestohlene Sache nach der Wegnahme aus dem Gebäude weggebracht worden ist? Ist die Anwendung ausgeschlossen, wenn der Täter Eigentümer oder Bewohner des Gebäudes ist? I. 29/11 97. **30**, 388; I. 11/1 83. **7**, 419.

5. Ist bei dem widerrechtlichen Eindringen in eines anderen Wohnung in diebischer Absicht Annahme Hausfriedensbruchs ausgeschlossen? I. 1/5 84. **11**, 166.

6. Ist der Versuch eines Diebstahls mittels Einbruchs, wenn derselbe mit Rücksicht auf § 46 Nr. 1 St.G.B.'s nicht als Diebstahlsversuch gestraft werden kann, auch nicht als Sachbeschädigung strafbar? IV. 29/10 86. **15**, 12.

7. Kann § 243 Nr. 2 Anwendung finden, wenn der Dieb ohne erschwerende Umstände in einen Getreidespeicher gelangt ist, dort Getreide in Säcke gefaßt hat, aber sodann, um es fortschaffen zu können, eine verschlossene Tür erbrechen mußte? I. 21/10 95. **27**, 395.

b) Gebäude, umschlossener Raum.

8. Zum Begriff von „Gebäude" und „umschlossener Raum". Inwiefern gehört zum Begriffe des umschlossenen Raums die Ununterbrochenheit des Verschlusses? Kann der Umstand, daß zu einem rings umschlossenen Raume eine zeitweise offenstehende Tür führt, dem Raume die Eigenschaft des Umschlossenseins entziehen? III. 12/3 81. **3**, 411; III. 25/4 81. **4**, 164; II. 28/11 82. **7**, 262; II. 19/3 86. **13**, 423; II. 19/2 84. **10**, 103; I. 8/4 86. **14**, 226; II. 5/5 99. **32**, 141.

9. Kann ein Bergwerksschacht für ein Gebäude oder einen umschlossenen Raum angesehen werden? III. 12/3 81. **3**, 411.

10. Fällt der zeitweilig zum Wohnen und Übernachten dienende Wagen eines Puppenspielers unter den Begriff eines Gebäudes oder umschlossenen Raumes? III. 25/4 81. **4**, 164.

11. — ein Taubenschlag, der auf einem in der Erde befestigten Posten angebracht ist? II. 28/11 82. **7**, 262.

12. — eine Bude, welche in ihrem baulichen Zusammenhange auf den Platz ihrer Aufstellung transportiert worden und deren Umschließung mit dem Erdboden nicht in feste Verbindung gesetzt ist? II. 19/2 84. **10**, 103.

13. — das Innere einer nicht in den Erdboden eingefügten, sondern auf demselben aufgestellten, verschlossenen hölzernen Geschirrhütte? I. 8/4 86. **14**, 226.

14. — ein Schiff oder eine verschlossene Schiffskajüte? III. 24/9 81. **4**, 433; III. 7/6 83. **8**, 364; Fer. 11/9 00. **33**, 371.

15. — ein umzäumtes Wildgehege? III. 16/4 83. **8**, 273; II. 9/11 94. **26**, 218.

c) Einbruch.

16. Gehört zum Diebstahle mittels Einbruchs, daß der Einbrecher in das Gebäude oder den umschlossenen Raum eingedrungen ist? IV. 25/9 96. **29**, 70.

17. Zum Begriffe der Gewaltanwendung beim Einbruche und Erbrechen von Behältnissen. III. 10/12 85. **13**, 200.

18. Ist der Begriff des Einbruches auch da gegeben, wo der aufgehobene Zusammenhang der Umschließung des Raumes, aus welchem gestohlen worden, lediglich durch das Gesetz der Schwere und nicht durch irgend welche zerstörte oder beschädigte Bindemittel hergestellt wird? I. 21/10 80. **2**, 371.

19. Liegt Einbruch vor, wenn zum Zwecke des in einer Scheune

verübten Diebstahls die Flügel des Scheunentors mittels Gewalt auseinandergebogen worden sind und durch die so hergestellte Spalte Eintritt in das Gebäude genommen ist? II. 5/7 81. **4**, 353.

20. Kann ein gewaltsames Öffnen im Inneren eines Gebäudes als Einbruch angesehen werden? II. 18/5 97. **30**, 122.

d) Einsteigen.

21. Tatbestandserfordernisse des Einsteigens. Liegen diese vor, wenn kein Steigen, sondern ein Hindurchkriechen durch eine Öffnung stattgefunden hat? III. 21/1 86. **13**, 257; III. 12/4 82. **6**, 186.

22. Wann liegt ein mittels Einsteigens ausgeführter Diebstahl aus einem Gebäude oder umschlossenen Raume vor? Kann ein Einsteigen in ein Gebäude dann nicht angenommen werden, wenn der auf dem ordnungsmäßigen Wege in das Gebäude gelangte Dieb zu einer verschlossenen Abteilung dieses Gebäudes sich mittels einer zum Eingange nicht bestimmten Öffnung Eingang verschafft? Wann ist ein, wann eine Mehrheit von Gebäuden als vorliegend anzunehmen? II. 5/5 99. **32**, 141; II. 18/5 97. **30**, 122; II. 16/1 83. **8**, 102; I. 23/2 80. **1**, 216; I. 13/2 02. **35**, 120.

23. Liegt ein Einsteigen von außen vor, wenn der Dieb in einem Gebäude, welches an das Gebäude, aus dem er stiehlt, angebaut ist, in die Höhe steigt und dann durch eine nicht zum Eingang bestimmte Öffnung in das Gebäude gelangt, aus dem er stiehlt? I. 20/12 80. **3**, 173.

24. Liegt ein Einsteigen vor, wenn der Eintritt durch eine hierzu bestimmte Öffnung genommen wird? II. 5/7 81. **4**, 353.

25. Ist die Sache anders aufzufassen, wenn der Dieb sich zum Eintritte einer Öffnung bediente, die bestimmungsgemäß den Zugang zu einem anderen einzelnen Raume vermittelte, nicht aber den Eintritt in das betreffende Gebäude überhaupt? I. 15/6 82. **6**, 350.

26. Kann ein Einsteigen angenommen werden, wenn nicht irgend ein den Eintritt erschwerendes Hindernis zu überwinden ist? I. 15/6 82. **6**, 350; III. 12/4 82. **6**, 187; III. 21/1 82. **13**, 257; IV. 24/1 90. **20**, 209.

27. Erfordert Diebstahl durch Einsteigen ein Betreten des Gebäudes oder umschlossenen Raumes, aus welchem gestohlen wird? III. 14/5 81. **4**, 175.

28. Greift die Bestimmung in Nr. 2 Platz, wenn jemand einen ohne strafbaren Vorsatz handelnden Dritten in das Gebäude oder den umschlossenen Raum einsteigen läßt und durch dessen Vermittelung von außen her die Wegnahme der Sache bewirkt? 21/3 93. **24**, 86.

29. Was ist bei dem Diebstahle mittels Einsteigens erforderlich, um anzunehmen, daß mit einer zum Tatbestande gehörigen Handlung der Anfang gemacht worden ist? II. 19/10 83. **9**, 81.

e) Erbrechen eines Behältnisses.

30. Zum Begriffe von „Behältnis“. Kann ein Bilderrahmen als solches gelten? I. 1/7 97. **30**, 207.

31. Ist ein einzelner umschlossener Raum im Inneren eines Gebäudes als ein „umschlossener Raum“ oder als ein „Behältnis“ zu betrachten? I. 23/2 80. **1**, 216.

32. Ist das Auftrennen eines Bettstückes behufs Entwendung von Federn als das Erbrechen eines Behältnisses anzusehen? III. 5/12 89. **20**, 165.

33. Ist es erforderlich, daß das von dem Diebe erbrochene Behältnis sich vollständig innerhalb der Außenwände des Gebäudes befindet? Können Gas- und Wasserleitungsröhren als Behältnisse angesehen werden? Muß das Behältnis fremdes Eigentum sein? Greift der bezügliche Erschwerungsgrund auch dann Platz, wenn das Behältnis gestohlen und außerhalb des Gebäudes erbrochen ist? I. 29/11 97. **30**, 388; I. 2/10 84. **11**, 117; III. 3/11 84. **11**, 208; I. 11/1 83. **7**, 419.

34. Über „Erbrechen“ s. Nr. 16ff. S. 151.

Nr. 3.

35. Setzt der Erschwerungsgrund einen Verschlußmechanismus voraus, dessen ordnungsmäßige Eröffnung mittels eines Schlüssels oder eines dazu bestimmten Werkzeugs zu bewirken ist? Liegt der Erschwerungsgrund vor, wenn vom Diebe einer auf der Innenseite einer Türe vorgeschobener einfacher Riegel von außen mittels eines Werkzeugs zurückgeschoben wird? III. 10/12 85. **13**, 200.

36. Ist der Erschwerungsgrund nur gegeben, wenn die Öffnung des Verschlusses vom Schlüsselloche aus erfolgt? III. 8/6 95. **27**, 285.

37. Greift die Bestimmung Platz bei Eröffnung des Schlosses durch Verbindung des Schlüssels mit einem anderen Werkzeuge? II. 16/2 97. **29**, 388.

38. Was ist unter Anwendung „falscher Schlüssel“ zu verstehen? III. 21/9 81. **4**, 414.

39. Ist ein verloren gegangener, aber wieder aufgefundener Schlüssel, wenn er hierauf zur Eröffnung des Schlosses, für das er angefertigt war, behufs Verübung eines Diebstahls benutzt wird, als „falscher Schlüssel“ anzusehen? II. 23/9 81. **5**, 17.

40. Hört ein Schlüssel auf, ein „falscher Schlüssel“ zu sein, wenn der Eigentümer des bezüglichen Behältnisses selbst den Schlüssel regelmäßig zur Eröffnung des Behältnisses benutzt hat, obwohl er in Wirklichkeit für ein anderes Schloß bestimmt, dem Eigentümer des Behältnisses nur zufällig zugänglich war und ihm nicht gehörte? III. 22/4 82. **6**, 157.

41. Ist ein Schlüssel, welcher zur Eröffnung einer verschließbaren Räumlichkeit bestimmt war, aber bei der demnächst erfolgten Vermietung der Räumlichkeit von dem Eigentümer ohne Wissen des Mieters zurückbehalten ist, ein „falscher Schlüssel“? II. 30/1 85. **11**, 436.

42. Sind Haken den falschen Schlüsseln gleich zu achten, wenn der Hauseigentümer selbst in deren zeitweise Verwendung zum Öffnen der betreffenden Türe eingewilligt hat? II. 18/2 81. **3**, 360.

43. Ist der sog. Automatendiebstahl (Entwendung von Gegenständen aus Automaten mittels Einwurfs von Metallplatten ꝛc anstatt Geldmünzen) als schwerer Diebstahl anzusehen? I. 20/12 00. **34**, 45.

44. Über die auch zu dem Erschwerungsgrunde Nr. 2 erforderlichen Merkmale s. dort S. 150ff.

Nr. 4.

45. Was ist unter „Abschneiden oder Ablösen der Befestigungs- oder Verwahrungsmittel“ zu verstehen? Wird das Tatbestandsmerkmal erfüllt durch das Zerschneiden eines Getreide enthaltenden Sackes? III. 9/11 81. **5**, 157.

46. Erfordert das „Ablösen der Befestigungsmittel“ eine die Integrität derselben verletzende Gewalt? III. 25/3 82. **6**, 177.

47. Zum Begriffe „Befestigungsmittel“. IV. 18/11 02. **35**, 431.

48. Gehört der vom Fuhrmanne auf die Reise mitgenommene Futtersack zum Reisegepäck desselben? II. 27/6 82. **6**, 394.

49. Ist ein Aufbinden auch als ein „Ablösen“ anzusehen? I. 26/4 83. **8**, 287.

50. Was gehört zum Begriffe eines „Gegenstandes der Beförderung“? I. 17/9 85. **13**, 243.

51. Greift der Erschwerungsgrund Platz bei einem Diebstahle mittels Abstreifens des Bindfadens, mit welchem ein in einem Postgebäude befindliches, der Post zur Beförderung übergebenes Paket verschlossen war? I. 27/4 91. **21**, 429.

52. Liegt ein „Ablösen von Verwahrungsmitteln“ vor, wenn die Tür eines verschlossenen Kastenwagens durch bloßes Drücken ohne Anwendung von Gewalt geöffnet wird? II. 4/1 95. **26**, 360.

53. Ist die Annahme des Erschwerungsgrundes ausgeschlossen, wenn der Verübungsort sich im Privateigentum befindet und nur vorübergehend an das Publikum freigegeben ist? III. 19/2 91. **21**, 370; Fer. 11/9 00. **33**, 371.

54. Ist die offene See eine Wasserstraße im Sinne des § 243 Nr. 4? III. 8/1 00. **33**, 57.

55. Unter welchen Voraussetzungen ist ein Flußhafen als eine Wasserstraße anzusehen? Fer. 11/9 00. **33**, 371.

Nr. 5.

56. Erfordert die Anwendung des Erschwerungsgrundes das Bewußtsein des Täters, daß er Waffen bei sich führe? Ist außer diesem Bewußtsein auch eine wenigstens eventuell auf den Gebrauch der Waffen gerichtete Absicht notwendig? II. 24/2 85. **12**, 69; I. 7/12 96. **29**, 228.

Nr. 6.

57. Was erfordert die Verbindung mehrerer zur fortgesetzten Begehung von Raub oder Diebstahl? Welche Anzahl von Personen gehört dazu? Ist die Annahme einer solchen Verbindung dadurch ausgeschlossen, daß der Zweck der Verbindung dem Orte oder der Zeit nach begrenzt ist? II. 20/3 94. **25**, 421; I. 11/7 87. **16**, 173; III. 13/12 83. **9**, 296.

58. Begriff der „Mitwirkung“ mehrerer zum Diebstahle. II. 20/3 94. **25**, 421.

Nr. 7.

59. Ist die Annahme des Tatbestandsmerkmals ausgeschlossen, wenn sich der Dieb zur Nachtzeit eingeschlichen und sofort nach dem Einschleichen gestohlen hat? Fer. 11/8 80. **2**, 223; II. 6/5 81. **4**, 127.

60. Schließt, wenn das Einschleichen in ein bewohntes Gebäude zum Zwecke der Ausführung eines Diebstahls erfolgte, das außerdem vorhandene Bestehen eines erlaubten Zwecks zum Betreten des Gebäudes die Annahme des Erschwerungsgrundes aus? I. 28/5 83. **8**, 412.

61. Ist die Annahme „diebischer Absicht“ ausgeschlossen durch die Feststellung, daß die ursprüngliche beim Einschleichen vorhanden gewesene Absicht nur auf Mundraub gerichtet gewesen sei? III. 20/12 83. **9**, 297. (Pl. 7/7 86. **14**, 312.)

62. Gehört zum Tatbestande des Einschleichens notwendig die Beseitigung oder Umgehung vorhandener oder durch die Umstände gebotener Sicherungsmittel? III. 25/1 82. **5**, 400; I. 7/4 84. **10**, 280.

63. Was ist unter „Nachtzeit“ zu verstehen? I. 23/12 80. **3**, 209.

64. Liegt der Straferschwerungsgrund vor, wenn ein Mitbewohner des Gebäudes sich darin in diebischer Absicht verborgen hatte? I. 23/10 99. **32**, 310.

65. Begriff von „umschlossener Raum“. I. 13/2 02. **35**, 120.

1. Sind die in § 244 vorkommenden Ausdrücke „Dieb“ rc, „Diebstahl“ rc auch auf die Teilnahme und den Versuch zu beziehen? I. 28/2 98. **31**, 40; II. 8/6 83. **8**, 317; I. 23/9 80. **2**, 261. **§ 244**

2. Was wird unter Vorbestrafung als „Dieb“ verstanden? Ist es von Bedeutung, daß das frühere Urteil die Straftat nicht als Diebstahl bezeichnet hatte und von einer Polizeibehörde erlassen war? Ist in der Vorbestrafung auf Grund des § 477 des vormaligen badischen Strafgesetzbuchs vom 6. März 1845 eine Bestrafung wegen Diebstahls zu erkennen? I. 7/6 83. **8**, 418.

3. Enthält der Verweis eine nach § 244 zu beachtende Vorstrafe? Welche Bedeutung kommt dem Umstande zu, daß der Verweis vor Rechtskraft des ihn aussprechenden Urteils erteilt worden ist? III. 20/9 88. **18**, 116; I. 14/10 86. **14**, 421.

4. Ist die auf Grund des § 37 St.G.B.'s erfolgte Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte eine den Rückfall begründende Strafe? III. 7/7 90. **21**, 35.

5. Ist eine vom Militärgerichte auf Grund des § 138 des Militärstrafgesetzbuchs vom 20. Juni 1872 ausgesprochene Verurteilung wegen Diebstahls geeignet zur Begründung der Rückfallsstrafe? III. 27/3 84. **10**, 330.

6. Ist eine auf Grund des § 45 der preuß. Feldpolizeiordnung vom $\frac{\text{1. Nov. 1847}}{\text{13. April 1856}}$ erfolgte Bestrafung wegen Wegnahme von Feldfrüchten in gewinnsüchtiger Absicht geeignet zur Begründung der Rückfallsstrafe? II. 19/10 80. **2**, 354.

7. Kann die vor Begründung des Deutschen Reichs in Bayern wegen Diebstahls erfolgte Vorbestrafung in einem anderen Bundesstaate die Annahme des Rückfalls begründen? III. 12/6 90. **21**, 19.

8. Gilt die in einem Urteile ausgesprochene Anrechnung der erlittenen Untersuchungshaft auf die erkannte Strafe als Strafverbüßung im Sinne der §§ 244. 245. 264 St.G.B.'s auch schon vor dem Zeitpunkte der Rechtskraft jenes Urteils? I. 16/5 81. **4**, 230.

9. Findet § 244 Anwendung, wenn einer der späteren Diebstähle begangen ist in einem Zeitpunkte, in dem zwar die Strafe des vorangegangenen Diebstahls verbüßt, das bezügliche Urteil aber noch nicht rechtskräftig geworden war? IV. 25/9 85. **13**, 18.

10. Hat bei Entscheidung über Anwendbarkeit des § 244 das Gericht die Rechtmäßigkeit der Vorbestrafung zu prüfen?

Ist eine zu Unrecht gegen eine noch nicht zwölf Jahre alte Person verhängte Strafe als Vorstrafe zu berücksichtigen? III. 20/9 88. **18**, 116.

S. zu § 244 auch **6**, 243; **14**, 413; **18**, 188; **20**, 11.

§ 245 1. Was ist „letzte Strafe" und „neuer Diebstahl" im Sinne des § 245? I. 4/3 80. **1**, 246.

2. Kommt bei Berechnung der zugehörigen Frist der ausgesprochene Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte in Betracht? I. 23/9 86. **14**, 413.

3. Wann ist in der Anrechnung der Untersuchungshaft als Strafe eine Strafverbüßung zu erkennen? I. 16/5 81. **4**, 230.

4. Über den Begriff von „Strafe" im Sinne des § 245. III. 7/7 90. **21**, 35.

S. zu § 245 auch **18**, 116.

§ 246 1. Über einzelne Tatbestandsmerkmale vgl. §§ 242. 350.

a) Fremde bewegliche Sache.

2. Erfordert die Unterschlagung eine körperliche Sache? Kann ein Schuldschein oder ein Hypothekendokument als solches Gegenstand einer Unterschlagung sein? II. 11/2 81. **3**, 344; IV. 19/6 85. **12**, 313.

3. Über die Notwendigkeit, bei Unterschlagung eines Wechsels das Eigentum an dem körperlichen Gegenstande und die bezüglich des Wechsels bestehenden obligatorischen Beziehungen auseinander zu halten. I. 11/7 81. **5**, 4.

4. Kann an einer gemeinschaftlichen Sache Unterschlagung von dem Miteigentümer verübt werden? IV. 11/12 96. **29**, 252; I. 12/1 91. **21**, 270; IV. 10/6 90. **20**, 436; II. 12/4 81. **4**, 83.

5. Ist für die Frage, ob eine Sache eine fremde Sache ist, das Civilrecht entscheidend? Ist der Begriff erfüllt, wenn ein anderer einen Anspruch auf Herausgabe der Sache hat? Kann ausländisches Civilrecht in Betracht kommen? II. 2/4 80. **1**, 343; I. 15/11 80. **3**, 35; I. 24/5 80. **2**, 65; II. 28/12 80. **3**, 150; II. 11/2 81. **3**, 344; I. 1/4 95. **27**, 135.

6. Begründet die vertragswidrige Weiterbegebung eines Depotwechsels

für sich allein den objektiven Tatbestand der Unterschlagung? II. 13/10 82. **7**, 93; II. 2/4 80. **1**, 343; I. 15/11 80. **3**, 35.

7. Kann das Mitglied einer offenen Handelsgesellschaft an dieser gehörigen Geldern, obwohl er an sich zur Verfügung darüber berechtigt ist, Unterschlagung begehen? III. 5/7 82. **7**, 18; III. 4/10 88. **18**, 123.

8. Kann nach Auflösung einer offenen Handelsgesellschaft einer der Gesellschafter eine Unterschlagung dadurch begehen, daß er über Sachen, welche durch Einbringen in die Gesellschaft deren Eigentum geworden waren, vor der endgültigen Auseinandersetzung zu seinem Nutzen verfügt? II. 8/2 95. **27**, 11.

9. Inwieweit ist Unterschlagung anzunehmen möglich, wenn Zahlung an den Angeklagten für Rechnung seines Auftraggebers durch Einzahlung auf ein Bankguthaben des Angeklagten erfolgt ist und Angeklagter sodann über das Bankguthaben zu eigenem Nutzen verfügt? III. 12/2 91. **21**, 364.

10. Über Eigentumserwerb an Geld, welches auf Grund von Postanweisungen durch die Post ausgezahlt wird. IV. 10/6 90. **20**, 436.

11. Wer erwirbt das Eigentum an dem Gelde, welches auf Grund einer zu gunsten einer forderungsberechtigten Handelsfirma erfolgten Postanweisung von der Post an einen seitherigen Mitinhaber dieser Firma ausgezahlt wird, obwohl Geschäft nebst Außenständen inzwischen an einen Dritten veräußert worden war? II. 21/12 94. **26**, 389.

12. Unter welchen Voraussetzungen sind Wertpapiere, welche ein Kommissionär auf eigenen Namen bei einem Dritten für den Kommittenten angekauft und bei dem Verkäufer liegen hatte, für ihn fremde Sachen, welche er in Gewahrsam hat? I. 17/12 85. **13**, 178.

13. Ist das Geld, welches jemand im Wege des Zwangsvollstreckungsverfahrens von seinem Prozeßgegner zum Zwecke der Vornahme einer dem letzteren durch Urteil auferlegten Handlung erlangt hat, eine für den Empfänger fremde Sache? I. 17/10 83. **9**, 276.

14. Für wen wird nach gemeinem und nach preußischem Rechte Geld durch Vermischung erworben? III. 2/11 91. **22**, 230. Fer. 30/7 94. **26**, 43; IV. 11/12 96. **29**, 251.

15. Fällt dem Eigentümer oder Pächter eines Grundstückes, welcher auf dem Halme gepfändete und versteigerte Früchte dieses Grundstückes sich rechtswidrig zueignet, eine Unterschlagung zur Last? IV. 3/6 90. **20**, 428; I. 13/4 92. **23**, 71.

16. Ist gemeinrechtlich die durch Hingabe von barem Gelde bestellte Kaution für den Kautionsnehmer eine fremde Sache? III. 21/9 91. **22**, 354.

17. Bleibt nach gemeinem Rechte das Geld, welches der Teilnehmer an einer festlichen Veranstaltung auftragsgemäß von den anderen Teilnehmern einzieht, für ihn fremdes Geld? IV. 11/12 96. **29**, 251.

18. Inwiefern macht sich jemand, welcher als Käufer, bezw. als Trödler oder Kommissionär oder einfacher Beauftragter Waren zum Verkaufe mit der Verpflichtung erhalten hat, den Kauferlös abzuliefern, im Geltungsbereich des gemeinen Rechtes durch Verwendung des Erlöses in

eigenen Nutzen einer Unterschlagung schuldig? Unter welchen Verhältnissen kann eine Unterschlagung der verkauften Ware angenommen werden? II. 28/12 80. **3**, 150.

19. Unter welchen Voraussetzungen macht sich ein Kellner durch Aneignung der von den Gästen des Wirtes eingehobenen Gelder der Unterschlagung schuldig? III. 10/12 00. **34**, 39.

20. Unter welchen Voraussetzungen kann sich der, welcher im Gebiet des gemeinen Rechtes für einen anderen das Jagd- und Fischereirecht ausübt, einer Unterschlagung der okkupierten Tiere schuldig machen? III. 10/12 85. **13**, 195.

21. Wer erwirbt nach französischem Rechte das Eigentum an einem auf fremdem Grund und Boden gefundenen Schatze? I. 12/1 91. **21**, 270.

22. Kann nach preußischem Rechte der Finder eines Schatzes an Bestandteilen desselben eine Unterschlagung begehen? IV. 15/11 98. **31**, 317; I. 17/11 79. **1**, 16.

23. Unter welchen Voraussetzungen ist die verbotwidrige Veräußerung von Besoldungsholz als Unterschlagung strafbar? II. 11/1 81. **3**, 184; II. 16/1 80. **1**, 75.

24. Erlangt aus einer simulierten Darlehns- oder Hypothekenverschreibung der in das Grundbuch eingetragene fingierte Darlehensgläubiger Eigentum an dem ausgefertigten Hypothekendokumente? II. 11/2 81. **3**, 344.

25. Erwirbt der, welcher fremdes Geld einem redlichen Dritten zum Wechseln hingegeben und damit eine Unterschlagung verübt hat, nach preußischem Recht Eigentum an dem beim Wechseln empfangenen Gelde? II. 29/6 83. **8**, 433.

26. Kann nach preußischem Recht ein constitutum possessorium darin gefunden werden, daß der mit dem Ankaufe von Wertpapieren beauftragte Bankier nach Ausführung des Auftrages in seinen Handelsbüchern die Nummern der angekauften Stücke als dem Besteller gehörig vermerkt? II. 13/11 83. **9**, 179.

27. Kann nach preußischem Rechte ein Bevollmächtigter eine Unterschlagung an Geldern begehen, welche er, um eine eigene Schuld an den Geschäftsherrn zu bezahlen, in ein für die Aufbewahrung der fremden Gelder ausschließlich bestimmtes Behältnis gelegt hat? Wie ist unter gleichen Verhältnissen die Stellung des Geschäftsführers ohne Auftrag? II. 27/11 83. **9**, 248.

28. Kann nach preußischem Rechte der Vormund wirksam über Mündelvermögen Verträge mit sich selbst abschließen? I. 22/11 83. **9**, 337.

29. Begeht nach preußischem Rechte eine Unterschlagung, wer zahme oder gezähmte Tiere, nachdem sie ihrem Herrn entlaufen sind, ohne Befugnis sich aneignet? II. 13/2 91. **21**, 341.

30. Unter welchen Voraussetzungen erwirbt nach preußischem Rechte der Auftraggeber das Eigentum an einer dem Beauftragten übergebenen Sache, wenn dieser bei der Empfangnahme das Auftragsverhältnis nicht offenbart hat? IV. 2/5 93. **24**, 146.

31. Hindert die Bestimmung in Teil I. Titel 11 § 266 des Preußischen Landrechts, daß die Vertragschließenden den Eigentumserwerb an einer verkauften Sache von einer aufschiebenden Bedingung abhängig machen? I. 20/10 93. **24**, 274; III. 10/11 80. **3**, 114; III. 24/4 80. **2**, 21; III. 10/3 80. **2**, 132.

32. Kann nach preußischem Rechte der Empfänger einer Zahlung an dem von dem Zahlenden aus Irrtum zuviel Bezahlten eine Unterschlagung begehen? I. 24/5 80. **2**, 65; II. 19/11 81. **5**, 165.

33. Liegt nach dem in Bayern geltenden Rechte Unterschlagung vor, wenn einem Darlehn irrtümlich eine uneröffnete Rolle mit einem höheren Geldbetrage statt einer Rolle mit einem geringeren Betrage hingegeben wird und der Dahrlehnsempfänger nach Entdeckung des Irrtums die ihm gegebene Rolle sich aneignet? I. 23/12 80. **3**, 134.

34. Setzt nach dem im Königreich Sachsen geltenden Rechte der Übergang des Eigentums an der dem Stellvertreter übergebenen Sache unmittelbar auf den Vertretenen notwendig voraus, daß der Stellvertreter bei der Übergabe durch ausdrückliche oder stillschweigende Willenserklärung im Namen des Vertretenen auftritt? III. 7/10 89. **19**, 429. (II. 25/6 80. **2**, 186; II. 21/12 94. **26**, 389.)

35. Kann Unterschlagung angenommen werden, wenn der Beamte einer Privatbank Wertpapiere, welche auftragsgemäß für ihn angeschafft, demnächst zu dienstlicher Behandlung in seine Hände gelangt, ihm aber noch nicht geschäftsordnungsmäßig gegen Bezahlung ausgehändigt sind, sich heimlich zueignet? I. 25/2 01. **34**, 181.

36. Rechtliche Stellung der Zeitungsausträger, wenn sie die Namen der von ihnen gesammelten Abonnenten dem Verleger nicht anzugeben haben und für den Eingang der Abonnementsgelder haften? Begehen sie durch Verwendung dieser Gelder zu eigenem Nutzen eine Unterschlagung? I. 18/1 00. **33**, 80.

37. Bedeutung des gesetzlichen Selbsteintrittsrechts des Kommissionärs für den Tatbestand der Unterschlagung. II. 5/7 01. **34**, 374.

b) Sache, die der Täter im Besitz oder Gewahrsam hat.

38. Erfordert der Tatbestand, daß der Täter die Sache, welche er sich rechtswidrig zugeeignet, im Zeitpunkt der Zueignung bereits im Besitze oder Gewahrsam hatte? Ist der Tatbestand ausgeschlossen, wenn die Besitzergreifung eine unberechtigte war? III. 3/12 88. **19**, 38; II. 25/1 92. **22**, 306; III. 17/3 84. **10**, 257.

39. Ist Unterschlagung möglich an einer Sache, welche der Täter sich schon durch eine strafbare Handlung zugeeignet hatte? Unter welchen Voraussetzungen ist Unterschlagung möglich an einer Sache, welche der Täter durch Betrug in seinen Besitz gebracht hatte? II. 26/4 87. **15**, 426.

40. Sind für den Begriff des Gewahrsams landesgesetzliche Vorschriften maßgebend? II. 30/11 96. **29**, 209.

41. Ist für den Begriff des Gewahrsams die Unterscheidung zwischen Civil- und Naturalbesitz von Bedeutung?

Haben die Vertreter einer eingetragenen Genossenschaft die für diese

von Dritten ausgestellten den Vertretern ausgehändigten Depotwechsel in ihrem Gewahrsam? I. 11/7 81. **5**, 4.

42. Kann nach dem gemeinen Rechte die rechtswidrige Aneignung von Nachlaßsachen als Unterschlagung angesehen werden? III. 17/3 84. **10**, 257.

43. Begeht eine Unterschlagung, wer eine ihm anvertraute und mit Zustimmung des Eigentümers einem anderen zum Pfand gegebenen Sache dem Pfandgläubiger verkauft? Wie hoch ist in einem solchen Falle die Benachteiligung des Eigentümers zu veranschlagen? II. 21/3 82. **6**, 117; I. 13/7 87. **16**, 241.

44. Ist es Unterschlagung, wenn jemand einen ihm anvertrauten verschlossenen Behälter gewaltsam öffnet und sich den Inhalt aneignet? II. 13/12 81. **5**, 222.

45. Liegt Diebstahl oder Beihülfe zur Unterschlagung vor, wenn jemand eine fremde Sache, die sich nicht im Gewahrsam des Besitzers und Eigentümers befindet, ohne Zustimmung des letzteren, aber mit Zustimmung des Gewahrsaminhabers sich aneignet? II. 7/12 81. **5**, 218.

c) Rechtswidrige Zueignung.

46. Zum Begriffe der rechtswidrigen Zueignung. Genügt hierfür die bloße ungeachtet der Aufforderung des Berechtigten erfolgte Unterlassung der Rückgabe einer anvertrauten fremden Sache? II. 13/7 81. **4**, 404.

47. Kann in dem Ableugnen des Besitzes die Manifestierung des Willens, sich eine Sache rechtswidrig zuzueignen, gefunden werden? II. 22/11 81. **5**, 252.

48. Muß mit der Unterschlagung ein eigener Vermögensvorteil erzielt sein? I. 11/7 81. **5**, 4.

49. Kann eine rechtswidrige Zueignung von Sachen im Sinne des § 246 dann angenommen werden, wenn der Täter lediglich in der Absicht handelte, die Sachen einem Dritten zu entziehen und diesen dadurch an seinem Vermögen zu schädigen? I. 11/11 84. **11**, 239.

50. Kann die Zueignungshandlung schon in dem bloßen Abschlusse eines Kaufvertrages über die im Besitze oder Gewahrsam des Täters befindliche fremde Sache gefunden werden? IV. 13/1 88. **17**, 59.

51. Erfüllt der unbefugte Verkauf einer fremden beweglichen Sache unter allen Umständen das Tatbestandsmerkmal der rechtswidrigen Zueignung? III. 12/6 84. **11**, 17.

52. Unter welchen Voraussetzungen ist die unbefugte Verpfändung einer fremden Sache als Unterschlagung aufzufassen? III. 12/11 94; **26**, 230; I. 11/7 81. **5**, 4; III. 24/4 80. **2**, 21.

53. Ist der Verkauf eines Versatzscheins eine Verfügung über die versetzte Sache selbst? I. 19/1 99. **31**, 436.

54. Liegt eine Unterschlagung vor, wenn der Mandatar Gelder, welche ihm zur Ausführung eines bestimmten Auftrags anvertraut sind, unter Anrechnung auf die ihm gegen den Auftraggeber zustehende Kostenforderung in seinen Nutzen verwendet? III. 5/5 80. **2**, 48.

55. Ist Unterschlagung von Geldern, die für fremde Rechnung eingezogen worden sind, begrifflich ausgeschlossen, wenn die Gelder zwar an den Auftraggeber abgeführt worden sind, der Beauftragte aber als Zahlungsleistende fälschlich Personen bezeichnet hat, von denen die Zahlung nicht geleistet worden war? II. 20/10 91. **22**, 175.

56. Unter welchen Voraussetzungen kann in der von dem Vormunde entgegen der Vorschrift der preuß. Vormundschaftsordnung vom 5. Juli 1875 geschehenen Verwendung von Mündelgeldern in den eigenen Nutzen der Tatbestand der Unterschlagung gefunden werden? III. 15/12 82. **7**, 349.

57. Unter welchen Voraussetzungen macht sich der Liquidator einer in Konkurs geratenen Genossenschaft der Unterschlagung von Geldern der Umlagekasse schuldig? IV. 30/4 89. **19**, 184.

58. Unter welchen Voraussetzungen ist in der Vermischung fremden Geldes mit dem eigenen eine Zueignung des ersteren zu finden? IV. 8/2 95. **26**, 437.

59. Kann durch eigenmächtige Teilung einer im Miteigentume befindlichen Sache Unterschlagung begangen werden? I. 12/1 91. **21**, 270.

60. Kann die Zueignung einer fremden Sache von seiten des Gewahrsaminhabers dadurch erfolgen, daß er in die Wegnahme eines Dritten willigt? II. 7/12 81. **5**, 218.

61. Verübt jemand an einem in Verwahrung erhaltenen Sparkassenbuche Unterschlagung durch unbefugte Erhebung der Spareinlage? Begriff der Zueignungshandlung. Möglichkeit der Annahme mehrfacher Unterschlagungen bei mehrmaligen Erhebungen? II. 23/2 97. **29**, 415.

62. Ist die Zueignung fremden Geldes von seiten des Mandatars rechtlich möglich, wenn der Auftraggeber bei der Hingabe damit einverstanden war, daß die demnächstige Rückgabe nicht in denselben, sondern nur in gleichwertigen Münzstücken erfolgen soll? II. 7/10 81. **5**, 52.

63. Ist der Mangel eines Rechts zur Aneignung ausreichend für die Feststellung der objektiven Rechtswidrigkeit? III. 12/2 91. **21**, 364.

64. Handelt derjenige, welcher fremde Gelder, die er in Verwahrung hat, sich zueignet, nicht objektiv rechtswidrig, wenn er an den Eigentümer der Gelder eine gleich hohe Geldforderung hat? II. 28/3 82. **6**, 125.

65. Unterschlagungen des persönlich haftenden Gesellschafters einer Kommanditgesellschaft auf Aktien zu gunsten der Gesellschaft. II. 5/7 01. **34**, 374.

d) Subjektiver Tatbestand.

66. Was gehört zum Dolus bei der Unterschlagung? Ist derselbe dadurch ausgeschlossen, daß der Täter meint, nur eine disziplinarisch zu ahndende Handlung zu verüben? Kann der Dolus als gegeben angenommen werden, obwohl der zur Untreue gehörige verneint wird? II. 11/1 81. **3**, 184; III. 15/12 82. **7**, 349; III. 22/6 81 **4**, 328.

67. Gehört zum Dolus eine gewinnsüchtige Absicht? I. 11/7 81. **5**, 4; I. 12/1 91. **21**, 270.

68. Unter welchen Voraussetzungen kann bei Zueignung fremden

Geldes die Bereitschaft zum Ersatze geeignet sein, das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit der Aneignung auszuschließen, und welche Anforderungen sind an die Feststellung jederzeitiger Ersatzbereitschaft zu stellen? III. 12/2 91. **21**, 364; II. 25/6 86. **14**. 242; III. 15/12 82. **7**, 349; III. 10/12 81. **5**, 304; II. 7/10 81. **5**, 52.

69. Kann das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit als ausgeschlossen angenommen werden, wenn der Täter an den Eigentümer der Gelder, die ersterer sich zugeeignet hat, eine Geldforderung in gleichem Betrage zusteht? II. 28/3 82. **6**, 125.

70. Wann bedarf der Dolus einer ausdrücklichen Feststellung? III. 21/1 80. **1**, 290; III. 20/10 80. **3**, 10.

e) Anvertrauen.

71. Was sind anvertraute Sachen? Sind Kaufgelder, welche ein zur Veräußerung einer Sache Bevollmächtigter auf Grund seiner Vollmacht erhebt, dahin zu rechnen? II. 12/7 81. **4**, 386.

72. Ist das Mündelvermögen eine dem Vormund anvertraute Sache? I. 22/11 83. **9**, 337.

f) Verhältnis zu anderen Straftaten.

73. Können die Tatbestände des § 246 und des § 290 St.G.B.'s ideell konkurrieren? III. 13/12 86. **15**, 147.

S. zu § 246 auch **24**, 408.

§ 247 1. Bedarf es eines Strafantrags, wenn eine mehreren gemeinschaftliche Sache von den Angehörigen eines der Miteigentümer gestohlen wird? Fer. 30/7 94. **26**, 43; II. 1/7 81. **4**, 346.

2. Bezieht sich § 247 auch auf Handlungslehrlinge? Nach welchen Gesichtspunkten ist zu entscheiden, ob der Wert der von einem Lehrlinge dem Lehrherrn gestohlenen Sachen ein unbedeutender ist? II. 27/11 91. **22**, 243.

3. Ist gemäß Abs. 1 auch gegenüber einem in häuslicher Gemeinschaft mit dem Beschädigten lebenden Gewerbegehilfen oder Gesellen zur Strafverfolgung ein Antrag nötig? I. 19/10 85. **13**, 14.

4. Kann der Lehrherr eines gewerblichen Lehrlings als Erzieher desselben im Sinne des § 247 angesehen werden? IV. 26/11 01. **35**, 10.

5. Ist der Eigentümer oder der Gewahrsamsinhaber der zum Strafantrage Berechtigte? Bedarf es eines Strafantrags, wenn der Eigentümer der gestohlenen Sache nicht Angehöriger des Diebes ist? Kann der Täter einen Strafausschließungsgrund daraus herleiten, daß er aus Irrtum geglaubt, nur eine auf Antrag zu verfolgende Straftat zu begehen? II. 1/7 81. **4**, 346; III. 29/5 80. **2**, 73.

6. Ist bei ehelicher Gütergemeinschaft die Ehefrau ohne Zustimmung und selbst gegen den Willen des nach Civilrecht zur Verfügung über das gemeinschaftliche Vermögen ausschließlich berufenen Ehemanns zu dem nach § 247 erforderlichen Strafantrage berechtigt? I. 20/3 84. **10**, 210.

7. Hat die Straflosigkeit der Ehefrau, welche gegen ihren Ehemann

einen Diebstahl begangen hat, Einfluß auf die Strafbarkeit des Sachhehlers? II. 12/4 81. **4**, 83; I. 9/7 91. **22**, 99.

8. Greift der Grundsatz der Unteilbarkeit des Strafantrags Platz bei dem Diebstahle gegen Angehörige bezüglich mehrerer an dem Diebstahle beteiligter Personen, welche in dem betreffenden persönlichen Verhältnisse zu dem Verletzten stehen? IV. 17/1 88. **17**, 246.

9. S. auch St.G.B. § 370 Nr. 5.

10. Zieht die Zurücknahme des nach Abs. 1 gestellten Antrags auch die Straflosigkeit vom Beteiligten nach sich, welche in keinem der dort bezeichneten Verhältnisse stehen? I. 19/12 81. **5**, 274.

11. Über den Begriff „Angehörige" s. § 52 Nr. 2ff. S. 27.

S. zu § 247 auch **11**, 68; **16**, 343; **28**, 324; **31**, 168.

Kann bei Verurteilung wegen versuchten Diebstahls auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht erkannt werden, wenn in Anwendung des § 44, 21 St.G.B.'s die für den Versuch bemessene Zuchthausstrafe in Gefängnis umgewandelt ist? III. 30/10 84. **11**, 158. § 248

Zwanzigster Abschnitt (§§ 249—256).

Raub und Erpressung.

1. Liegt die zum Tatbestande des Raubes erforderliche Absicht rechtswidriger Zueignung vor, wenn die Wegnahme von Geld als Zahlung für eine begründete Geldforderung des Wegnehmenden an den Besitzenden erfolgt? I. 17/6 80. **2**, 184. § 249

2. Besteht zwischen Raub und Diebstahl Gesetzeskonkurrenz? Kann auf die für den Diebstahl angedrohten Strafen rekurriert werden, wenn die Voraussetzungen des Diebstahls im wiederholten Rückfalle vorliegen? Wie sind die Fragen an die Geschworenen zu fassen, wenn die Anklage neben den Tatbestandsmerkmalen des Diebstahls zugleich die des Raubes als vorliegend annimmt? III. 29/4 82. **6**, 243.

3. Besteht zwischen Raub und Erpressung Gesetzeskonkurrenz? II. 23/9 81. **4**, 429.

S. zu § 249 auch **6**, 325.

Zum Begriff „offene See" in Nr. 3. III. 8/1 00. **33**, 57. § 250

1. Liegt bei vorsätzlicher Tötung eines Menschen zum Zwecke des Raubes ideale Konkurrenz des in §§ 249. 251 vorgesehenen Raubes mit dem Verbrechen des Totschlages bezw. des Mordes vor? Wie sind in einem solchen Falle die den Geschworenen vorzulegenden Fragen zu fassen? II. 17/6 81. **4**, 287. § 251

2. Können Mord und Raub mit Todesfolge (§ 251), begangen an der nämlichen Person, als zwei selbständige Handlungen angesehen werden? I. 22/6 00. **33**, 317.

3. Ist bei der Fragestellung an die Geschworenen die Zusammenziehung der Tatbestände der §§ 251. 252 St.G.B.'s zulässig? III. 20/12 88. **19**, 141.

4. Genügt zur Anwendung des § 251, daß alternativ festgestellt wird, es sei bei dem Raube ein Mensch gemartert, oder durch die gegen ihn verübte Gewalt eine schwere Körperverletzung verursacht worden? Fer. 11/8 02. **35**, 357.

§ 252 1. Greift § 252 auch Platz bei Entwendungen, die an sich dem § 370 Nr. 5 St.G.B.'s bezw. dem § 18 des preuß. Feld- und Forstpolizeigesetzes vom 1. April 1880 unterliegen? I. 8/5 82. **6**, 325; IV. 5/3 86. **13**, 391.

2. Ist da, wo die Merkmale des § 252 vorliegen, die Anwendung der Diebstahlsstrafen unbedingt ausgeschlossen? III. 29/4 82. **6**, 243.

3. Ist die Strafe des qualifizierten Raubes (§ 251) anzuwenden, wenn sich bei einer den Tatbestand des § 252 erfüllenden Handlung zugleich der Tatbestand eines den Raub erschwerenden Umstands vorfindet? Wie ist in diesem Falle die den Geschworenen vorzulegende Frage zu fassen? III. 20/12 88. **19**, 141.

§ 253 1. Über Drohung, Nötigen, Gewalt s. auch §§ 240, 241 S. 143ff.

2. Was ist unter Gewalt zu verstehen? Wie unterscheidet sich der Tatbestand des § 253 von dem des § 240? II. 23/9 81. **4**, 429.

3. Ist der Tatbestand der Erpressung oder des Versuchs dadurch ausgeschlossen, daß der Täter außer stande war, den angedrohten Nachteil zu verwirklichen? II. 21/1 81. **3**, 262.

4. Schließt der Umstand, daß der Verletzte von dem Übel bereits vor dessen Kundgebung bedroht war und ihm durch die letztere der Weg zur Abwendung gezeigt wurde, das Begriffsmerkmal der Nötigung durch Drohung aus? Erfordert dieses Merkmal einen besonderen Grad der Einwirkung auf den fremden Willen? I. 24/3 84. **10**, 216.

5. Zum Begriffe von „Drohung". Genügt dazu jede Androhung der Veröffentlichung eines Vorgangs in Zeitungen? II. 22/11 81. **5**, 171.

6. Kann der Tatbestand der Erpressuug auch durch Ankündigung der Zufügung eines durch einen Dritten zu verwirklichenden Übels erfüllt werden? IV. 25/2 87. **15**, 333; I. 20/6 95. **27**, 307.

7. Genügt zum Tatbestande auch ein auf Nichtbeseitigung eines schon vorhandenen Übels gerichtete Drohung? IV. 25/6 86. **14**, 264.

8. Kann Erpressung darin gefunden werden, daß ein Bauarbeiter, der einem unter seinen Berufsgenossen bestehenden Verbande zur Ansammlung eines Streikfonds bisher nicht beigetreten war, durch Drohungen mit allseitiger Einstellung der Arbeit auf dem Bau genötigt wird, Beiträge zur Kasse des Verbandes zu zahlen? II. 20/10 99. **32**, 335.

9. Über Drohung zur Erlangung günstigerer Lohn- oder Arbeitsbedingungen, worauf ein rechtlicher Anspruch nicht besteht, s. Gew.O. vom 21. Juni 1869 § 152.

10. Ist zur Erpressung die Bedrohung mit einer an sich unberechtigten Handlung erforderlich? I. 12/2 80. **1**, 205.

11. Kann das äußerlich ordnungsmäßige Einschreiten öffentlicher Behörden als Mittel zur Verübung der Erpressung benutzt werden?

Wird das Begriffsmerkmal der Rechtswidrigkeit des erstrebten Vermögensanteils dadurch beseitigt, daß der Täter für einen in Wirklichkeit nicht bestehenden Anspruch einen vollstreckbaren Schuldtitel erwirbt? I. 6/6 01. **34**, 279.

12. Inwiefern kann in der Inaussichtstellung einer Civilklage eine Drohung im Sinne des § 253 gefunden werden? I. 12/2 80. **1**, 205; III. 17/3 90. **20**, 326; II. 3/4 94. **25**, 254.

13. Kann durch Androhung der Zwangsvollstreckung der Versuch einer Erpressung begangen werden, wenn der Vollstreckungstitel erschlichen war und der Drohende hiervon, sowie von der Tilgung seines Anspruchs Kenntnis hatte? II. 11/12 94. **26**, 305.

14. Ist der Begriff der zur Erpressung erforderlichen Drohung gegeben, wenn jemand ankündigt, er werde eine ihm obliegende Verbindlichkeit nur dann erfüllen, wenn der Gläubiger eine Leistung übernahm, zu welcher dieser nicht verpflichtet ist? III. 31/1 89. **19**, 41.

15. Zum Begriff von „rechtswidrigem Vermögensvorteil". II. 20/10 99. **32**, 335; III. 6/10 90. **21**, 114.

16. Wird bei der Erpressung der Mangel der Rechtswidrigkeit des erstrebten Vorteils durch die Rechtswidrigkeit des angewendeten Mittels ersetzt?

Ist die Absicht des Gläubigers, seinen Schuldner, der die Schuld bestreitet, ohne vorgängiges Prozeßverfahren zur Zahlung zu nötigen, auf einen rechtswidrigen Vermögensvorteil gerichtet? III. 11/12 82. **7**, 378.

17. Ist die Zahlung einer Forderung von einem anderen als dem Schuldner oder die Verbürgung eines Dritten schon an und für sich als ein rechtswidriger Vermögensvorteil anzusehen? III. 17/3 80. **1**, 318

18. Ist der Vermögensvorteil, den eine Armenkasse dadurch erlangt, daß jemand von einem Dritten durch die Drohung mit Anzeige wegen einer strafbaren Handlung zur Zahlung eines Geldbetrags an dieselbe genötigt wird, ein rechtswidriger? I. 7/1 95. **26**, 353.

19. Kann der Tatbestand der versuchten Erpressung, namentlich das Begriffsmerkmal der Absicht, sich einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, angenommen werden, wenn eine Prozeßpartei den zum Eide verstatteten Gegner vor dem Schwurtermine unter der Bedrohung mit einer Meineidsanzeige vor dem Schwören abmahnt? III. 11/6 81. **4**, 279.

20. Macht sich einer Erpressung schuldig, wer bei einem Submissionstermine einen Bieter durch die Drohung, daß er andernfalls unterbieten werde, zur Zahlung einer Geldsumme nötigt? Wonach bestimmt sich die Absicht, einen widerrechtlichen Vermögensvorteil zu erlangen? III. 9/3 81. **3**, 429.

21. Ist der erstrebte Vermögensvorteil als ein rechtswidriger darum nicht anzusehen, weil das angedrohte Übel in der Befugnis des Nötigenden, oder in der Unterlassung dieser Befugnis das Aufgeben eines anderweiten Vermögensvorteils liegt? I. 24/3 84. **10**, 216.

22. Kann das Erstreben eines rechtswidrigen Vermögensvorteils darin gefunden werden, daß jemand sich von einem Vertrage befreien will, dessen civilrechtliche Gültigkeit ihm bewußt ist? II. 22/11 81. **5**, 171.

23. Unter welchen Voraussetzungen kann in dem Zwecke einer Drohung, mit Vermeidung des Rechtswegs ein vertragsmäßiges Verhältnis wieder aufzuheben, das Erstreben eines rechtswidrigen Vermögensvorteils gefunden werden? III. 30/4 81. **4**, 167.

24. Ist die Absicht desjenigen, welcher die Beseitigung eines gegen ihn ergangenen Urteils von dem Gegner unter der Androhung einer Denunziation wegen Meineids verlangt, auf die Erlangung eines rechtswidrigen Vermögensvorteils auch dann gerichtet, wenn der Gegner eines vorsätzlichen oder fahrlässigen Falscheids schuldig ist? II. 12/11 89. **20**, 56.

25. Liegt in der Geltendmachung eines durch Betrug erworbenen Anspruchs die Erstrebung eines rechtswidrigen Vermögensvorteils, auch wenn der Betrogene noch nicht erklärt hat, den auf Betrug beruhenden Vertrag anfechten zu wollen? Ist es von Einfluß auf die Beurteilung des Rechtsverhältnisses, wenn der durch Betrug erlangte Wechsel an einen Dritten cediert worden ist? II. 5/11 95. **28**, 63.

26. Erstrebt einen rechtswidrigen Vermögensvorteil, wer im Geltungsbereich des preuß. Landrechts das im Glücksspiele verlorene Geld vom Gewinner zurückfordert? IV. 23/11 97. **30**, 337.

27. Macht sich der, welcher gewerbsmäßig Dirnen beherbergt und ihnen einem getroffenen Abkommen gemäß gegen Zahlung aus ihren Unzuchtsverdiensten den gesamten Unterhalt gewährt, der Erpressung schuldig, wenn er durch Drohung die Zahlung seiner Leistungen erzwingt? III. 27/11 99. **32**, 421.

28. Was erfordert der Kausalzusammenhang zwischen der durch Drohung herbeizuführenden Handlung und dem erstrebten Vermögensvorteile? Liegt der Kausalzusammenhang vor, wenn jemand zu einer Handlung genötigt wird, um einen Dritten zur Gewährung des erstrebten rechtswidrigen Vermögensvorteils zu bestimmen? II. 3/4 94. **25**, 254; III. 8/1 83. **8**, 5; III. 26/2 81. **3**, 426.

29. Kann § 253 auch dann Anwendung finden, wenn der erstrebte Vermögensvorteil sich nur als eine mittelbare Folge der den Gegenstand der Nötigung bildenden Handlung, Duldung oder Unterlassung darstellt? IV. 23/10 00. **33**, 407.

30. Kann Erpressung dadurch begangen werden, daß einem Kaufmanne seitens gewisser Firmen die Verweigerung weiterer Lieferung von Waren für den Fall angekündigt wird, daß er solche Waren von anderen Firmen beziehe? I. 29/11 00. **34**, 15.

31. Was gehört zum subjektiven Tatbestande? Liegt er vor bei der Absicht, das Empfangene den Armen zuzuwenden? I. 12/10 91. **22**, 170.

32. Ist der zur Straftat gehörige Dolus ausgeschlossen durch den Glauben, ein Recht auf den erstrebten Vermögensvorteil zu haben? II. 12/11 89. **20**, 56; III. 30/4 81. **4**, 167; III. 11/6 81. **4**, 279.

33. Genügt für den Tatbestand des Versuchs, daß der Täter seine Handlung als zur Herbeiführung des erzielten Erfolgs geeignet erachtet hat? IV. 25/2 87. **15**, 333; II. 3/4 94. **25**, 254.

34. Was gehört zum beendeten Versuche? I. 6/5 97. **30**, 98; II. 12/3 80. **1**, 307.

Digitized by Google

35. Ist § 46 Nr. 2 St.G.B.'s bei dem durch Drohung verübten Vergehen der Erpressung anwendbar? I. 17/9 94. **26**, 77.

36. Liegt vollendete Erpressung vor, wenn der Bedrohte einen geringeren Betrag als den geforderten bezahlt? II. 16/1 00. **33**, 78.

37. Wieviel beträgt das mindeste Maß der Strafe für den Versuch der Erpressung? I. 13/2 82. **5**, 442.

38. Können Raub und Erpressung konkurrieren? II. 23/9 81. **4**, 429.

39. Verhältnis des Vergehens der Erpressung zu dem Betteln unter Drohungen im Sinne des § 362 Abs. 2 St.G.B.'s. III. 16/2 99. **32**, 46.

40. Können Erpressung und Betrug ideell konkurrieren? III. 17/3 90. **20**, 326.

41. Können die Tatbestände des § 253 und des § 289 St.G.B.'s ideell konkurrieren? II. 19/6 94. **25**, 435. Vgl. II. 12/3 86. **13**, 399.

42. Findet zwischen Erpressung und Anstiftung zu dem Vergehen gegen § 270 preuß. St.G.B.'s Gesetzeskonkurrenz statt? IV. 6/3 88. **17**, 202.

43. Kann durch eine und dieselbe Handlung in Bezug auf die nämliche Sache Erpressung und Hehlerei in Idealkonkurrenz verübt werden? III. 12/6 02. **35**, 278.

44. Gilt für die Verjährung der Erpressung, wenn die Drohung in einer Druckschrift enthalten war, die Frist des § 22 des Preßgesetzes vom 7. Mai 1874? II. 13/4 00. **33**, 230.

Begriff von „gegenwärtiger Gefahr für den Leib". IV. 29/9 96. **29**, 77. § 255
S. zu § 255 auch **13**, 399.

Einundzwanzigster Abschnitt (§§ 257—262).

Begünstigung und Hehlerei.

1. Gehört zum Tatbestande, daß die zwecks Begünstigung vorgenommene Handlung den erzielten Erfolg gehabt hat? I. 13/2 90. **20**, 233; II. 7/12 83. **9**, 242. § 257

2. Ist schon die bloße Vorbereitung einer Tätigkeit, durch welche dem Täter die Vorteile seiner Tat gesichert werden sollen, Begünstigung? I. 9/6 87. **16**, 157.

3. Fällt unter den Begriff „Bestrafung" auch die Urteilsvollstreckung? I. 11/6 83. **8**, 366; I. 7/4 81. **4**, 60; I. 9/6 87. **16**, 204.

4. Unterliegen auch Begünstigungshandlungen in Bezug auf militärische Delikte der Strafbestimmung des § 257? III. 5/4 94. **25**, 234; II. 1/4 87. **15**, 396; III. 1/2 82. **6**, 7.

5. Ist Selbstbegünstigung strafbar? II. 28/2 91. **21**, 375.

6. Kann sich ein Delinquent der Teilnahme an der Begünstigung seiner eigenen Tat schuldig machen? I. 7/4 81. **4**, 60.

7. Ist Begünstigung des Mittäters durch den Mittäter rechtlich möglich? II. 28/2 91. **21**, 375.

8. Kann bei einer fortgesetzten Straftat jemand zugleich Gehülfe und Begünstiger sein? III. 5/3 88. **17**, 227.

9. Über den Begriff der **Absicht**, den Täter der Bestrafung zu entziehen oder ihm die Vorteile der Straftat zu sichern. IV. 1/2 99. **32**, 24; IV. 10/5 92. **23**, 105.

10. Inwieweit erfordert der Dolus Kenntnis von der Gestaltung des Verbrechens oder Vergehens, bezüglich dessen eine begünstigende Handlung vorgenommen wird? I. 26/9 81. **5**, 23; II. 27/11 85. **13**, 81.

11. Kann der Begünstiger aus § 5 des preuß. Forstdiebstahlsgesetzes bestraft werden, obwohl der Haupttäter aus § 242 St.G.B.'s verurteilt ist? IV. 21/10 98. **31**, 285.

12. Liegt die zum Tatbestande der persönlichen Begünstigung erforderliche Absicht, den Täter der Bestrafung zu entziehen, auch dann vor, wenn die Absicht nur darauf gerichtet war, den Täter vorübergehend der Vollstreckung der erkannten Strafe zu entziehen? I. 9/6 87. **16**, 204.

13. Unter welchen Voraussetzungen kann in der Bezahlung der gegen einen Anderen erkannten Geldstrafe eine Begünstigung gefunden werden? IV. 21/9 97. **30**, 232.

14. Ist in der Verbüßung der gegen den Täter erkannten Strafe durch einen Dritten Begünstigung zu erkennen? I. 11/6 83. **8**, 366.

15. Kann in der Verweigerung der Auskunft über den Aufenthalt der einer Straftat verdächtigen Person Begünstigung liegen? III. 22/11 83. **9**, 433.

16. Kann in der Abgabe einer falschen Aussage im Vorverfahren Begünstigung liegen? IV. 13/12 95. **28**, 111.

17. Kann Begünstigung gefunden werden in dem Unternehmen, einen Dritten zu falschen Aussagen im Ermittelungsverfahren zu verleiten, um damit einen Delinquenten der Bestrafung zu entziehen? I. 13/2 90. **20**, 233.

18. — in dem Unternehmen, einen zur Anzeige einer Straftat verpflichteten Beamten zur Unterlassung der Anzeige zu bestimmen? II. 7/12 83. **9**, 242.

19. — in dem Unternehmen, den zur Anzeige einer von Amts wegen zu verfolgenden Straftat Entschlossenen von Ausführung seines Entschlusses abzubringen? II. 6/4 86. **14**, 88.

20. Kann durch die Einreichung eines auf wissentlich falsche Angaben gestützten Gnadengesuchs zu gunsten eines Dritten eine Begünstigung begangen werden? III. 20/2 02. **35**, 128.

21. Kann eine sog. sachliche Begünstigung darin gefunden werden, daß die Ehefrau des Diebes die von diesem gestohlenen Stoffe verarbeitet? II. 5/10 94. **26**, 119.

22. Über Begünstignng durch Aufbewahrung des von einem anderen unterschlagenen Geldes. III. 29/11 79. **1**, 110.

23. Liegt Begünstigung oder Beihülfe vor, wenn jemand Sachen, die ein anderer mit der Fortschaffung der Arrestverstrickung entzieht, an Zahlungsstatt annimmt? II. 18/1 81. **3**, 255.

24. Über Begünstigung eines durch Zuwiderhandlung gegen § 10 des preuß. Jagdpolizeigesetzes vom 7. März 1850 verübten Jagdvergehens. II. 10/5 81. **4**, 158.

25. Ist es Begünstigung, wenn jemand eine unter seiner Verfügung stehende Heizvorrichtung dem Diebe von Holz zur Verfügung stellt, damit dieser die Heizvorrichtung zur Verbrennung des gestohlenen Holzes behufs Erzeugung eines höheren Wärmegrades benutzen kann? I. 16/4 94. **25**, 265.

26. Ist alternative Feststellung persönlicher oder sachlicher Begünstigung zu beanstanden? I. 26/9 81. **5**, 23.

27. Über den Begriff „seines Vorteils wegen" s. § 259 Nr. 40ff. S. 172.

28. Ist die Absicht, einem anderen die Vorteile seiner Straftat zu sichern, mit der auf den eigenen Vorteil gerichteten Absicht vereinbar? II. 18/1 81. **3**, 255.

29. Greift der Strafausschließungsgrund des Abs. 2 auch Platz bei einem vom Begünstiger seines eigenen Vorteils wegen geleisteten Beistande? III. 21/12 81. **5**, 277.

30. Greift der Strafausschließungsgrund des Abs. 2 auch Platz bei der Anstiftung eines Dritten zu einer einem Angehörigen des Anstiftenden zu gewährenden Begünstigung? I. 29/4 86. **14**, 102.

31. Ist die vor Begehung der Tat zugesagte Begünstigung nur nach den über Beihülfe bestehenden Rechtsvorschriften zu bestrafen, oder gilt dieselbe auch in sonstiger Beziehung als Beihülfe? II. 8/6 83. **8**, 317.

32. Kann die vor Begehung einer Straftat erfolgte Zusage, eine Begünstigungshandlung vorzunehmen, auch als Anstiftung und, zusammen mit der Vornahme der zugesagten Begünstigungshandlung, als Mittäterschaft strafbar sein? III. 10/1 87. **15**, 295.

33. Liegt Anstiftung unter realem Zusammentreffen mit Begünstigung vor, wenn der Begünstiger den Täter zu der Tat durch die vor Begehung derselben gegebenen Zusage der Begünstigung vorsätzlich bestimmt hat? III. 3/11 87. **16**, 374.

34. Kann Begünstigung in jeder Gestaltung mit Hehlerei ideell konkurrieren? II. 25/9 97. **30**, 268.

35. Wie verhält sich der Tatbestand der Begünstigung zu demjenigen der Gefangenenbefreiung? Können beide Vergehen ideell konkurrieren? III. 20/11 82. **7**, 244.

36. Wann beginnt die Verjährung der durch Verwahrung gestohlener Sachen verübten Begünstigung (Hehlerei)? I. 19/6 82. **6**, 412.

S. zu § 257 auch **8**, 177; **13**, 134; **18**, 191.

1. Findet § 258 Anwendung, wenn ein Diebstahl nur versucht worden ist? I. 28/2 98. **31**, 40. § 258

2. Darf ein Jagdvergehen, insbesondere die unbefugte Aneignung von Fallwild, als „Diebstahl" oder „Unterschlagung" im Sinne des § 258 angesehen werden? III. 21/12 81. **5**, 277.

3. Inwieweit erfordert der subjektive Tatbestand Kenntnis von der Beschaffenheit der Haupttat? IV. 15/3 87. **15**, 364.

4. Bezieht sich die Bestimmung des § 247 Abs. 3 St.G.B.'s auch auf die in § 258 vorgesehene Straftat? III. 16/2 81. **4**, 87.

5. Über Verjährung s. § 257.

§ 259 a) Sachen die mittels einer strafbaren Handlung erlangt sind.

1. Kann ein Schuldschein Gegenstand der Hehlerei sein? IV. 19/6 85. **12**, 313.

2. Ist für die Hehlerei wesentlich, daß die Sache, welche der Täter an sich gebracht hat, unmittelbar durch eine strafbare Handlung erlangt ist? Kann Hehlerei verübt werden durch Ansichbringen des auf ein gestohlenes Sparkassenbuch einkassierten Geldes? III. 17/12 94. **26**, 317; I. 15/11 80. **2**, 443.

3. Kann der Erlös eines gestohlenen Bankscheins, bezw. das auf unterschlagenes Geld herausgegebene Geld mit Rücksicht auf den Diebstahl, bezw. die Unterschlagung Gegenstand der Hehlerei sein? I. 11/4 92. **23**, 53; II. 29/6 83. **8**, 433.

4. Liegt das Ansichbringen einer durch strafbare Handlung erlangten Sache dann vor, wenn dem Dritten von dem Diebe ein ideelles Anrecht an dem real unteilbaren Diebstahlsobjekte eingeräumt und das letztere sodann erst veräußert, bezw. umgewechselt und der Erlös geteilt wird? III. 15/6 81. **4**, 321.

5. Ist § 259 anwendbar bei dem Ankaufe eines Kleides, welches aus gestohlenem Stoffe vom Diebe gefertigt worden ist? IV. 5/6 94. **25**, 402.

6. Ist dadurch, daß unterschlagene Geldstücke von dem Delinquenten mit dem eigenen Gelde vermischt worden sind, Hehlerei bezüglich der unterschlagenen Geldstücke ausgeschlossen? IV. 10/11 96. **29**, 155.

7. Erfordert der Tatbestand der Hehlerei, daß der Akt, wodurch die Sache erlangt wurde, zu dem Tatbestande der betreffenden strafbaren Handlung gehört? II. 27/9 81. **4**, 440.

8. Fallen erbettelte Sachen unter die mittels einer strafbaren Handlung erlangten, durch deren Ankauf Hehlerei begangen werden kann? Pl. 17/4 82. **6**, 218. Vgl. II. 27/9 81. **4**, 440.

9. Kann das Delikt betrüglichen Bankerottes dazu verwertet werden, um für den Tatbestand der Hehlerei das Begriffsmerkmal einer mittels strafbarer Handlung erlangten Sache herzustellen? III. 15/1 94. **25**, 43.

10. Kann Hehlerei nur begangen werden an Sachen, die für den Haupttäter, als er sie erlangte, fremde waren?

Können Sachen, über welche sich der Eigentümer durch ein Vergehen gegen § 289 St.G.B.'s die Verfügungsgewalt verschafft hat, als durch strafbare Handlung erlangte Sachen angesehen werden? II. 31/1 90. **20**, 222; IV. 11/12 88. **18**, 303.

11. Macht sich der Hehlerei schuldig, wer seines Vorteils halber Wild, von dem er weiß, daß es vom Jagdberechtigten während der Schonzeit geschossen worden ist, ankauft? I. 9/10 82. **7**, 91.

12. Sind Sachen, welche eine Weibsperson durch gewerbsmäßigen Unzuchtsbetrieb erwirbt, mittels strafbarer Handlung erlangt? III. 11/12 84. **11**, 342.

13. Begründet es Hehlerei, wenn der Täter Sachen an sich bringt, welche ein noch nicht 12 Jahre altes Kind gestohlen hat? II. 6/6 82. **6**, 336.

14. Ist eine Sache „mittels strafbarer Handlung erlangt", wenn

der Handelnde zur Zeit der Begehung der Handlung in einem Zustande der in § 51 St.G.B.'s bezeichneten Art sich befunden hat? II. 17/1 02. **35**, 73.

15. Hat die Straflosigkeit des Diebes aus § 247 Abs. 2 St.G.B.'s Einfluß auf die Strafbarkeit der Hehlerei? II. 12/4 81. **4**, 83; I. 9/7 91. **22**, 99.

16. Liegt Hehlerei vor, wenn das Erlangen der Sache mittels einer strafbaren Handlung von seiten des Haupttäters mit dem Ansichbringen von seiten des Hehlers in demselben Rechtsgeschäfte zeitlich zusammenfällt? II. 28/5 80. **2**, 69; IV. 13/1 88. **17**, 59. Vgl. IV. 20/6 90. **21**, 16.

17. Schließt die Feststellung eines fortgesetzten Diebstahls die Annahme aus, daß vor Abschluß der fortgesetzten Straftat ein Dritter bezüglich einzelner Teile des Gestohlenen sich der Hehlerei schuldig gemacht habe? IV. 22/6 97. **30**, 163.

18. Ist, wenn die Haupttat von einem Ausländer im Auslande begangen ist, die deutschen Gerichte zur Verfolgung der Haupttat also nicht befugt sind, gleichwohl die im Inlande verübte Hehlerei nach § 259 strafbar? I. 17/12 88. **18**, 298.

19. Erheischt die Verurteilung wegen Hehlerei, daß auch die strafbare Handlung, durch welche die gehehlte Sache erlangt ist, nach Vorschrift des § 266 Abs. 1 St.P.O. festgestellt wird? I. 28/2 84. **10**, 155. (III. 31/1 80. **1**, 180.)

20. Ist zur Feststellung der Hehlerei wesentlich, daß die Person des Eigentümers der unterschlagenen und vom Hehler an sich gebrachten Sache ermittelt ist? II. 12/10 80. **2**, 323.

21. Ist aus § 259 strafbar, wer Sachen, die durch Forstdiebstahl erlangt sind, wissentlich an sich bringt? IV. 24/1 90. **20**, 209.

b) Ansichbringen, Ankaufen, zum Pfand nehmen, Verheimlichen.

22. Zum Begriff des Ansichbringens. IV. 11/12 88. **18**, 303; IV. 13/1 88. **17**, 59; II. 20/11 83. **9**, 199; III. 25/9 80. **2**, 401.

23. Genügt zur Erfüllung des Begriffes des „Ansichbringens" die Erlangung der tatsächlichen Verfügungsgewalt über die Sachen? IV. 24/1 90. **20**, 209; IV. 11/12 88. **18**, 303; II. 20/5 81. **4**, 184.

24. Unter welchen Umständen kann in dem Mitgenießen von Sachen, welche mittels einer strafbaren Handlung erlangt waren, Hehlerei gefunden werden? II. 20/11 83. **9**, 199; II. 1/4 81. **4**, 48.

25. Ist es Hehlerei, wenn die Ehefrau von ihrem Manne gestohlene und in die gemeinschaftliche Wohnung gebrachte Nahrungsmittel zur Deckung des häuslichen Bedürfnisses ihrer Familie verwendet und an dem Genusse derselben teilgenommen hat? III. 25/9 80. **2**, 401.

26. Kann der Tatbestand der Hehlerei durch den kaufweisen Erwerb des Pfandscheins über eine gestohlene, vom Diebe verpfändete Sache als erfüllt angesehen werden? III. 31/3 92. **23**, 27; III. 24/4 90. **20**, 399.

27. Liegt Hehlerei vor, wenn der Angeklagte die Sache, zwar

wissend, daß sie durch strafbare Handlung erlangt sei, aber nicht unmittelbar vom Haupttäter, sondern von einem Dritten an sich gebracht und diesen als gutgläubigen Besitzer angesehen hat? I. 13/10 81. **5**, 58.

28. Was ist unter „Ankaufen" zu verstehen? Genügt der bloße Abschluß eines Kaufvertrags, um das Ansichbringen als vorliegend anzunehmen? IV. 13/1 88. **17**, 59.

29. Macht sich der gutgläubige Erwerber der Hehlerei schuldig, wenn er nachträglich davon Kenntnis erhält, daß die Sache mittels einer strafbaren Handlung erlangt war, und er nunmehr zu ihrer Verheimlichung schreitet? III. 22/1 00. **33**, 120.

c) Mitwirken zum Absatze bei anderen.

30. Begriff des Mitwirkens zum Absatze. II. 17/10 93. **24**, 352

31. Gehört zur Vollendung des Vergehens, daß der Absatz wirklich erfolgt ist? II. 20/12 81. **5**, 241.

32. Kann in dem Verpfänden von Sachen ein „Absatz" im Sinne des § 259 gefunden werden? II. 15/5 88. **17**, 392.

33. Kann in dem Verschenken von Sachen ein „Absatz" gefunden werden? IV. 6/6 99. **32**, 214.

34. Kann in dem Absatz bei dem Bestohlenen selbst ein „Absatz bei anderen" gefunden werden? III. 29/11 97. **30**, 401.

35. Unter welchen Voraussetzungen kann ein Mitwirken zum Absatze darin gefunden werden, daß jemand dem Diebe gestattet, mit dem gestohlenen Gelde seine, des Einwilligenden, Schulden zu bezahlen? II. 8/5 83. **8**, 265.

36. Ist die Hehlerei im Inlande begangen, wenn die gestohlenen Gegenstände im Auslande mit dem Bewußtsein des Diebstahls angekauft sind, die Mitwirkung zur Weiterveräußerung aber im Inlande erfolgt? I. 15/3 80. **1**, 279.

d) Subjektiver Tatbestand. „Wissen oder annehmen müssen, daß die Sachen mittels strafbarer Handlung erlangt waren." „Seines Vorteils wegen."

37. Bedeutung des „annehmen müssen". II. 29/9 82. **7**, 85. (III. 28/4 80. **2**, 140.)

38. Gehört Begünstigungsabsicht zum subjektiven Tatbestande der Hehlerei? III. 12/6 02. **35**, 278.

39. Genügt zum subjektiven Tatbestande Eventualdolus, d. h. ein Handeln mit dem Bewußtsein, daß die betreffende Sache durch eine strafbare Handlung erlangt sein könne, und mit dem Willen, sie nichtsdestoweniger an sich zu bringen? IV. 10/4 94. **25**, 221.

40. Wird Erlangung eines Vorteils gefordert, oder genügt das Erstreben eines solchen? II. 12/4 81. **4**, 83.

41. Ist das Tatbestandsmerkmal „seines Vorteils wegen" nur gegeben bei dem Erstreben eines eigenen Vorteils? III. 10/7 95. **27**, 342.

42. Muß die Absicht des Hehlers darauf gerichtet sein, gerade an der an sich gebrachten Sache einen Gewinn zu machen? I. 6/12 80. **3**, 167.

43. Unter welchen Umständen kann in dem Mitgenießen einer durch strafbare Handlung erlangten Sache das Erstreben eines Vorteils gefunden werden? II. 20/11 83. **9**, 199; II. 1/4 81. **4**, 48.

44. Zum Begriffe „seines Vorteils wegen" s. auch § 257 Nr. 28 S. 169.

e) Verhältnis zu anderen Straftaten.

45. Kann Begünstigung in jeder Gestalt mit Hehlerei ideell konkurrieren? II. 25/9 97. **30**, 268.

46. Kann der Anstifter zu einer strafbaren Handlung zugleich Hehler bezüglich der vom Täter durch dieselbe erlangten Sache sein? II. 30/12 81. **2**, 282; II. 19/6 83. **8**, 371; I. 4/7 89. **19**, 354.

47. Kann in dem Falle, wenn der Hehler den Dieb durch die Zusage der Abnahme der zu stehlenden Sachen angestiftet hat, reale Konkurrenz zwischen Hehlerei und Anstiftung zum Diebstahl angenommen werden? IV. 1/12 99. **32**, 394.

48. Kann der Mittäter eines Diebstahls in Bezug auf eine dabei gestohlene Sache Hehlerei begehen? I. 1/7 01. **34**, 304.

49. Schließt die Beihülfe zu einer strafbaren Handlung den Tatbestand der Hehlerei bezüglich der vom Täter mittels jener Handlung erlangten Sachen aus? IV. 13/1 88. **17**, 59.

50. Kann in Bezug auf dieselben Sachen Diebstahl und Hehlerei als prozessualisch identische Tat angesehen werden? II. 5/5 85. **12**, 187; I. 12/3 83. **8**, 135.

51. Kann durch eine und dieselbe Handlung in Bezug auf die nämliche Sache Erpressung und Hehlerei in Idealkonkurrenz verübt werden? III. 12/6 02. **35**, 278.

1. Über den Begriff der Gewerbsmäßigkeit. Kann schon ein Einzelfall zur Feststellung der Gewerbsmäßigkeit ausreichen? II. 24/1 82. **5**, 369; II. 29/9 85. **12**, 388. § 260

2. Begriff der Gewohnheitsmäßigkeit. IV. 1/12 99. **32**, 394; II. 24/1 82. **5**, 369.

3. Über Gewerbsmäßigkeit s. weiter § 284 Nr. 1 S. 213, § 294 S. 228, über Gewohnheitsmäßigkeit § 180 Nr. 21, 22 S. 109, über beides § 302d Nr. 1, 3 S. 232, § 73 Nr. 58—67 S. 50.

4. Gehört die Gewerbs- und Gewohnheitsmäßigkeit zu den die Strafbarkeit erhöhenden persönlichen Eigenschaften und Verhältnissen im Sinne des § 50 St.G.B.'s? S. § 50.

5. Muß der Gehülfe eines gewerbsmäßigen Hehlers selbst gewerbsmäßig gehandelt haben, um der Strafbestimmung des § 260 zu unterliegen? II. 22/6 94. **26**, 3.

6. Ist bei der Hehlerei die Gewerbsmäßigkeit ein straferhöhender Umstand, über welchen den Geschworenen eine Nebenfrage vorzulegen ist? IV. 8/10 86. **14**, 356.

7. Inwieweit ist durch ein über gewerbs- oder gewohnheitsmäßige Hehlerei ergegangenes Urteil eine weitere Verfolgung wegen Einzelhandlungen ausgeschlossen? II. 24/11 93. **24**, 419. S. weiter St.P.O. Buch 2 Abschn. 1 „Ne bis in idem".

§ 261 Ist es ein Erfordernis für Anwendung des § 261 Abs. 1, daß der Hehler gewußt hat, bezw. den Umständen nach hat annehmen müssen, daß die Tat, auf welche sich die Hehlerei bezieht, zu den dort angegebenen Verbrechen gehört? IV. 15/3 87. **15**, 364.

Zweiundzwanzigster Abschnitt (§§ 263—266).

Betrug und Untreue.

a) Allgemeines.

§ 263 1. Ist die Materie des Betrugs im Reichsstrafgesetzbuche erschöpfend geregelt? III. 4/12 80. **3**, 85; III. 7/2 89. **19**, 13.

2. Über das Wesen des in § 263 mit Strafe bedrohten Reaats? I. 15/11 80. **3**, 35; III. 22/1 83. **8**, 12; Pl. 20/4 87. **16**, 1; III. 28/10 95. **28**, 144.

3. Muß die Täuschung die wirkliche Ursache eines Irrtums und folgeweise einer Entschließung, die zur Vermögensbeschädigung geführt hat, geworden sein? III. 23/2 81. **3**, 392; III. 29/4 95. **27**, 184.

4. Enthält die unfugte Entnahme von Wasser aus einer städtischen Wasserleitung Betrug oder Diebstahl? II. 11/5 86. **14**, 121.

5. Muß der Getäuschte und der Geschädigte dieselbe Person sein? IV. 23/3 88. **17**, 264; IV. 5/12 90. **21**, 236; II. 12/11 80. **2**, 436.

6. Unter welchen Voraussetzungen läßt sich bei Nichtidentität des Getäuschten und Beschädigten der erforderliche ursachliche Zusammenhang zwischen Täuschung und Vermögensbeschädigung herstellen? III. 12/4 94. **25**, 244.

7. Ist der Irrtum, in welchen der Prozeßrichter durch Vorlage falscher Bescheinigungsmittel behufs Erwirkung eines Arrestes oder der Sistierung einer Zwangsvollstreckung versetzt wird, geeignet, einen Betrug zu begründen? II. 8/6 80. **2**, 91; II. 28/12 86. **15**, 126 (III. 18/12 80. **3**, 169).

8. Kann Betrug dadurch verübt werden, daß der Prozeßrichter unter Vorspiegelung falscher oder Unterdrückung wahrer Tatsachen durch echte Urkunden getäuscht wird? I. 26/9 87. **16**, 193.

9. Kann Betrug durch Täuschung des Prozeßrichters in der Weise verübt werden, daß die Parteien einen unter ihnen bestehenden Rechtsstreit fingieren und so ein materiell unrichtiges Urteil erschleichen? Kann in dieser Weise insbesondere ein in gütergemeinschaftlicher Ehe lebender Mann Betrug gegen seine Ehefrau verüben? II. 12/11 80. **2**, 436.

10. Wird Betrug durch Täuschung des Prozeßrichters begangen, wenn der Kläger in einem Exekutionsantrage Kosten, die ihm nicht erwachsen sind, zur richterlichen Festsetzung berechnet? III. 25/2 80. **1**, 227.

11. Kann der Tatbestand des Betrugs als gegeben angenommen werden, wenn einer wissentlich unwahr behaupteten Forderung Zahlungsbefehl und Vollstreckung erwirkt, oder wenn mit einer Exekutionsinterventionsklage ohne besondere Glaubhaftmachung der Klagebehauptungen

Einstellung der Zwangsvollstreckung beantragt und diese vom Prozeßrichter verfügt wird? I. 12/5 90. **20**, 391; III. 30/12 81. **5**, 321.

12. Kann ein Betrugsversuch durch Täuschung des Prozeßrichters schon dadurch begangen werden, daß in der Klageschrift auf Urkunden als Beweismittel Bezug genommen, oder daß die Klage unter Nichtberücksichtigung solcher Tatsachen erhoben wird, die der Kläger als zur Begründung einer Einrede geeignet ansieht? II. 24/1 99. **32**, 1.

13. Kann Betrug dadurch begangen werden, daß jemand unter Vorlegung eines Vollstreckungsbefehls einen Gerichtsvollzieher zur Zwangsvollstreckung beauftragt, ohne diesem von einer Abschlagszahlung des Schuldners Mitteilung zu machen? IV. 11/11 92. **23**, 286.

14. Inwiefern kann Betrug durch Täuschung des Konkursrichters oder Konkursverwalters begangen werden? I. 2/7 94. **26**, 28.

15. Kann Betrug dadurch verübt werden, daß fälschlich die tatsächlichen Voraussetzungen für Schadensersatz nach dem Unfallversicherungsgesetze behauptet werden? IV. 5/1 97. **29**, 291.

16. Steht der Annahme eines Betrugsversuchs entgegen, daß die Person, welche an ihrem Vermögen geschädigt werden soll, zur Zeit der betrügerischen Veranstaltungen noch gar nicht existierte? I. 9/7 88. **18**, 82.

17. Ist die Annahme eines Betrugsversuchs ausgeschlossen, wenn die beabsichtigte Täuschung unausführbar war, oder wenn der erstrebte Vermögensvorteil nur aus Irrtum für rechtswidrig gehalten wurde, oder wenn nur aus Irrtum angenommen wurde, daß die Täuschung eine Vermögensschädigung zur Folge haben werde? III. 20/12 83. **10**, 11; III. 7/7 84. **11**, 72; II. 1/12 82. **7**, 265.

18. Ist es zulässig, wegen Betrugsversuchs neben Gefängnis Geldstrafe zu verhängen? II. 14/5 89. **19**, 234.

19. Besteht ein Unterschied zwischen Ursache und Veranlassung der Irrtumserregung? III. 23/2 81. **3**, 392.

20. Sind Vergehen gegen die Zollgesetze des Auslandes in Deutschland strafbar, wenn die begangene Handlung an sich die Tatbestandsmerkmale des Betrugs nach § 263 erfüllen würde? III. 12/4 86. **14**, 124.

21. Ist ein Betrugsversuch mit dem Abschlusse der Täuschungshandlungen als beendigt anzusehen, falls die Absicht des Täters dahin geht, den Getäuschten zur Zahlung einer Nichtschuld zu vermögen? II. 12/11 86. **15**, 44.

22. Wie weit reicht für den Tatbestand des Betrugs der Begriff prozessualer Identität? III. 15/11 86. **15**, 133.

23. Ist die Bestrafung wegen Betrugs ausgeschlossen, wenn wegen unrichtiger Deklaration des Gewichts von Frachtgütern auf Grund des § 50 des Eisenbahnbetriebsreglements vom 11. Mai 1874 eine Konventionalstrafe verhängt ist? IV. 11/2 87. **15**, 266.

24. Kann ein Beamter sich eines Betrugsversuchs dadurch schuldig machen, daß er nach vorausgegangener rechtsunwirksamer Disposition über seine Besoldung in der irrigen Unterstellung der Rechtswirksamkeit von neuem über dieselbe Besoldung disponiert? II. 19/9 82. **7**, 95.

b) Vorspiegelung falscher Tatsachen.

25. Kann in dem Vorgeben einer nicht bestehenden Absicht, in einem gewissen Sinne zu handeln, die Vorspiegelung einer falschen Tatsache gefunden werden? I. 6/12 80. **3**, 142; I. 8/3 80. **1**, 305; II. 14/11 93. **24**, 405.

26. Kann in der Behauptung einer bestehenden Überzeugung die Vorspiegelung einer falschen Tatsache gefunden werden? IV. 2/6 96. **28**, 394.

27. Kann in der Angabe eines Prolongation suchenden Schuldners, daß er allemal in der Lage sein werde, den Wechsel zu dem bestimmten Tage zu decken, die Vorspiegelung einer falschen Tatsache gefunden werden? III. 2/2 81. **3**, 332.

28. Genügt für den Begriff des Vorspiegelns einer falschen Tatsache dolus eventualis? Kann dieser letztere Begriff Anwendung finden, wenn die behauptete Tatsache in dem Vorhandensein einer eigenen Absicht des Täters besteht? IV. 18/2 96. **28**, 189; IV. 6/11 97. **30**, 334.

29. Kann in der Versicherung der Kenntnis einer Tatsache, wenn der Versichernde über deren Existenz im unklaren ist, die Vorspiegelung einer falschen Tatsache gefunden werden? IV. 22/10 89. **20**, 8; IV. 25/4 93. **24**, 144.

30. Unter welchen Voraussetzungen kann in dem Schweigen zu der von einem anderen aufgestellten Behauptung das Vorspiegeln einer falschen Tatsache gefunden werden? IV. 18/2 96. **28**, 189; III. 13/3 80. **1**, 309.

31. Unter welchen Voraussetzungen kann in der mit Krediterbittung erfolgten Warenbestellung eines insolventen Kaufmanns eine falsche Vorspiegelung erkannt werden? III. 7/4 80. **2**, 5.

32. Inwiefern macht sich eines Betrugs schuldig, wer ungeachtet seiner ihm bekannten Zahlungsunfähigkeit Waren bestellt und in Empfang nimmt? I. 19/6 93. **24**, 216.

33. Begeht jemand Betrug, wenn er ein Spiel, dessen Ausgang er nach seinem Willen bestimmen kann, als Glücksspiel ausgibt und des Gewinnes wegen betreibt? IV. 10/10 90. **21**, 107.

34. Liegt eine für eine eingetretene Vermögensbeschädigung kausale Täuschungshandlung vor, wenn jemand durch wahrheitswidrige Vorspiegelungen sich ein Namensblankett verschafft und diesem dann einen nicht der Abrede entsprechenden urkundlichen Inhalt gibt? III. 29/4 95. **27**, 184.

35. Unter welchen Umständen kann durch die Begebung von Wechseln, denen täuschungshalber der Anschein sogenannter Kundenwechsel gegeben ist, oder bei deren Begebung der Glaube erweckt wird, daß ein materielles Schuldverhältnis zu grunde liege, Betrug verübt werden? I. 28/1 97. **29**, 349; IV. 5/3 95. **27**, 75; IV. 15/12 93. **25**, 13; III. 14/5 91. **22**, 20; III. 25/6 85. **12**, 395; I. 15/11 80. **3**, 35.

36. Unter welchen Voraussetzungen kann dem Straßenbahnschaffner, der zur Ermöglichung der Kontrolle Fahrscheine von einem Abreißblocke auszugeben hat, aber andere (ungültige) Fahrscheine ausgibt, ein Betrug bezw. Betrugsversuch zur Last gelegt werden? III. 28/10 95. **28**, 144.

37. Kann darin, daß jemand vor Gericht von einem Handelsbuche mit unrichtigem Inhalte Gebrauch macht, die Vorspiegelung einer falschen Tatsache gefunden werden? I. 23/1 82. **5**, 430.

38. Ist es Verübung des Betrugs mittels Vorspiegelung falscher Tatsachen, wenn jemand unter Störung der Funktion des Elektrizitätsmessers Elektrizität entnimmt und die Markierung des Elektrizitätsmessers dann für Berechnung seiner Zahlungspflicht als maßgebend annehmen läßt? III. 26/6 02. **35**, 311.

c) Unterdrückung wahrer Tatsachen.

39. Inwiefern kann das Verschweigen wahrer Tatsachen als das Unterdrücken solcher angesehen werden? I. 2/7 94. **26**, 28.

40. Inwiefern wird das Verschweigen einer Tatsache durch das Hinzutreten eines aktiven auf Täuschung angelegten Verhaltens zur Unterdrückung einer wahren Tatsache? Kann durch die Annahme einer Zahlung nach bereits erhaltener Befriedigung Betrug verübt werden? I. 15/3 80. **1**, 314; IV. 26/1 94. **25**, 95.

41. Liegt in dem bloß passiven Verhalten des Verkäufers gegenüber den irrigen Vorstellungen des Käufers das Unterdrücken einer wahren Tatsache? Ist das Verschweigen der Verfälschung eines Nahrungsmittels stets als die Unterdrückung einer wahren Tatsache anzusehen? I. 2/7 96. **29**, 35.

42. Wann ist bei dem Verkaufe verfälschter Nahrungsmittel ein Betrug durch Unterdrückung wahrer Tatsachen anzunehmen? I. 8/2 97. **29**, 369.

43. Ist die Unterhaltung eines Irrtums durch Unterdrückung einer wahren Tatsache darin zu erkennen, daß jemand den Gegenkontrahenten nicht aufklärt über das Vorhandensein eines Irrtums, den er selbst bei einer anderen Gelegenheit hervorgerufen hat? IV. 21/6 98. **31**, 208.

44. Liegt ein Unterdrücken wahrer Tatsachen darin, daß ein Bevollmächtigter bei der Rechenschaftsablegung wissentlich eine Einnahme verschweigt? IV. 5/2 95. **27**, 1.

45. Kann in der Benutzung eines Eisenbahnzuges ohne Fahrschein Verübung von Betrug erkannt werden? I. 20/6 81. **4**, 295; II. 13/3 88. **17**, 217; IV. 20/10 93. **24**, 318; III. 11/6 94. **25**, 412.

46. Ist die Unterdrückung einer wahren Tatsache darin zu finden, daß ein Cedent bei einer notariellen Cession dem Notar seine einem Dritten gegenüber eingegangene Verpflichtung, die Forderung nicht zu cedieren, verschweigt? II. 3/10 90. **21**, 67.

47. Kann durch das wider besseres Wissen erfolgende Bestreiten einer begründeten Forderung Betrug verübt werden? III. 10/10 92. **23**, 244.

48. Kann es als Unterdrückung einer wahren Tatsache angesehen

werden, wenn bei einem unter teilweiser Kreditierung des Kaufpreises abgeschlossenen Kaufgeschäfte der Käufer von seiner Absicht, die gekauften Sachen alsbald zu verpfänden, dem Verkäufer keine Mitteilung macht? III. 28/11 89. **20**, 142.

49. Liegt die Unterdrückung einer wahren Tatsache vor, wenn ein Rechtsanwalt dem zahlenden Mandanten verschweigt, daß er als bestellter Offizialverteidiger einen Gebührenanspruch an ihn nicht hat? I. 28/4 81. **4**, 227.

50. Kann schon in der Lieferung vertragswidriger minderwertiger Ware die Unterdrückung einer wahren Tatsache gefunden werden? III. 5/7 86. **14**, 310.

51. Macht sich der Verkäufer einer mit verborgenen Fehlern behafteten Sache auch dann betrügerischer Irrtumserregung durch Unterdrückung wahrer Tatsachen nicht schuldig, wenn er selbst vorher, ohne bewußte Beziehung auf den späteren Verkauf, die Unerkennbarkeit jener Fehler bewirkt hat und sodann beim Verkaufsabschlusse das Vorhandensein derselben dem Käufer nicht anzeigt? III. 28/11 89. **20**, 144.

52. Macht sich der Cedent eines Betrugs dadurch schuldig, daß er von dem abgetretenen Schuldner die Zahlung der cedierten Forderung annimmt, ohne ihm die erfolgte Cession bekannt zu geben? III. 18/3 89. **19**, 161.

53. Kann Verübung von Betrug durch Unterdrücken einer wahren Tatsache angenommen werden, wenn der Beamte einer Privatbank Wertpapiere, welche auftragsgemäß für ihn angeschafft, demnächst zu dienstlicher Behandlung in seine Hände gelangt, ihm aber noch nicht gegen Bezahlung ausgehändigt sind, sich heimlich zueignet und die Kontrolle über die Papiere und seine sofortige Zahlungspflicht durch täuschende Manipulationen verhindert? I. 25/2 01. **34**, 181.

54. Stellt das vorsätzliche Verschweigen von Fehlern der verkauften Sache seitens des Verkäufers unter allen Umständen das Unterdrücken einer wahren Tatsache dar? II. 9/11 80. **2**, 430.

d) Unterhalten eines Irrtums.

55. Kann in dem bloßen Benutzen eines Irrtums ein Unterhalten desselben gefunden werden? III. 17/3 90. **20**, 326; IV. 26/1 94. **25**, 95; IV. 21/6 98. **31**, 208.

e) Vermögensbeschädigung und deren Verursachung.

56. Über den Begriff der Vermögensbeschädigung. Inwieweit können individuelle Verhältnisse Berücksichtigung finden? Kann als geschädigt angesehen werden, wer durch Täuschung veranlaßt ist, einer Versicherungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit beizutreten, während er auf feste Prämien versichern wollte? Pl. 20/4 87. **16**, 1; II. 29/4 81. **4**, 117; I. 20/9 83. **9**, 171; II. 6/11 83. **9**, 362; II. 2/10 85. **12**, 392. Vgl. I. 29/4 86. **14**, 229.

57. Unter welchen Voraussetzungen kann eine Vermögensbeschädigung darin gefunden werden, daß jemand zum Eintritte in eine Versicherungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit veranlaßt wird? IV. 2/6 96. **28**, 394.

58. Ist an seinem Vermögen beschädigt, wer durch Täuschung verleitet bei einer ausländischen Feuerversicherungsgesellschaft Versicherung nimmt statt bei einer von ihm gemeinten inländischen? I. 16/4 96. **28**, 310.

59. Sind für die Feststellung einer Vermögensbeschädigung subjektive Momente bedeutungslos? Ist für den Käufer von Aktien eine Vermögensbeschädigung ausgeschlossen, wenn der Ankauf zu dem Börsenkurse erfolgt ist und die Aktien später zu einem gleich hohen oder höheren Kurse verkäuflich gewesen sind? Ist für die Frage nach der Verkäuflichkeit von Aktien der unter äußerer Beobachtung der Börseneinrichtungen festgestellte Börsenkurs maßgebend? II. 21/2 93. **23**, 430.

60. Inwieweit kann für die Feststellung der Vermögensbeschädigung auch mittelbarer Schaden in Betracht gezogen werden? III. 17/3 94. **25**, 182.

61. Genügt für die Annahme eines Betrugs, daß der durch eine Täuschung erregte Irrtum einer Person bei einer zweiten Person einen Irrtum hervorruft und bei der letzteren durch diesen Irrtum eine Vermögensbeschädigung verursacht wird? I. 25/9 84. **11**, 245.

62. Ist bei Beantwortung der Frage, ob jemand durch betrügerische Veranstaltungen an seinem Vermögen geschädigt ist, auf andere Momente als auf die zur Zeit der betrügerischen Veranstaltungen obwaltenden Verhältnisse Rücksicht zu nehmen? I. 7/6 80. **2**, 89; II. 17/10 82. **7**, 133.

63. Kommt es für die Feststellung der Vermögensbeschädigung auf die civilrechtliche Wirkung der Täuschung an? I. 13/5 93. **24**, 171.

64. Kann Betrug dadurch verübt werden, daß jemandem durch Irrtumserregung ein vom Rechte nicht zugelassener Anspruch entzogen wird? Liegt Betrug vor, wenn zufolge eines von vornherein gefaßten Entschlusses die Gegenleistung nicht erfüllt wird, falls die Erfüllung ein Strafgesetz verletzt haben würde? III. 27/4 89. **19**, 186; I. 6/11 90. **21**, 161; I. 20/6 95. **27**, 300.

65. Kann die Übernahme einer nicht rechtswirksamen Verpflichtung einen Vermögensschaden begründen? IV. 22/5 96. **28**, 386.

66. Wird durch die Erschleichung eines vom Berechtigten nicht gewollten Verzichts auf einen Anspruch trotz der Wirkungslosigkeit der Verzichtserklärung eine Vermögensbeschädigung bewirkt? III. 15/3 83. **8**, 164.

67. Begründet der Verkauf gefälschter Totalisator-Tickets einen Betrug? IV. 2/6 96. **28**, 401.

68. Kann Betrug dadurch begangen werden, daß jemand, der im Auftrage des Diebes die gestohlene Sache verkauft hat, dem Auftraggeber vorspiegelt, sie um geringeren Preis verkauft zu haben, als wirklich geschehen war? Kann in einem solchen Falle die Annahme von Betrug wegen vorausgegangener Unterschlagung des bezüglichen Betrags ausgeschlossen sein? II. 14/11 93. **24**, 408.

69. Ist die Annahme einer Vermögensbeschädigung ausgeschlossen durch das Bestehen der Möglichkeit, vollständigen Ersatz zu erlangen? III. 10/1 80. **1**, 55.

70. Unter welchen Voraussetzungen wird eine Vermögensbeschädigung schon durch eine Vermögensgefährdung begründet? III. 8/11 83. **9**, 168; III. 22/2 83. **8**, 68.

71. Können auch bedingte und eventuelle Ansprüche zur Feststellung einer Vermögensbeschädigung verwertet werden? II. 4/12 85. **13**, 138; I. 21/2 89. **18**, 442.

72. Kann ein auf Betrug beruhende Vermögensbeschädigung schon darin erkannt werden, daß jemand durch Irrtumserregung zu Abgabe einer formell gegen ihn beweisenden Erklärung verleitet wird? III. 15/3 83. **8**, 164.

73. Unter welchen Voraussetzungen kann eine Vermögensbeschädigung in der Entziehung eines Gewinnes gefunden werden? III. 14/1 80. **1**, 68; III. 12/10 85. **13**, 8.

74. Kann das Entziehen der Kundschaft eines Kaufmannes als Vermögensbeschädigung betrachtet werden? II. 28/2 82. **6**, 75; III. 22/10 94. **26**, 227.

75. Liegt eine Vermögensbeschädigung vor, wenn der Gläubiger eines Schuldners einen anderen Gläubiger desselben davon abhält, ein Pfandrecht oder einen Arrest an Vermögensobjekten des Schuldners zu erlangen? III. 11/4 92. **23**, 55.

76. Kann darin, daß ein Gläubiger durch Täuschung sich Befriedigung aus dem Vermögen seines zahlungsunfähigen Schuldners verschafft, eine Beschädigung des Vermögens der übrigen nicht volle Befriedigung erlangenden Gläubiger gefunden werden? Ist dann, wenn der betreffende Gläubiger gemäß Art. 29 der Wechselordnung einen Anspruch auf Sicherstellung hat, die Annahme einer Vermögensbeschädigung ausgeschlossen? IV. 5/12 90. **21**, 236.

77. Kann eine Vermögensbeschädigung darin gefunden werden, daß dem Gläubiger durch Dispositionen des Schuldners ein zur Exekution dienliches Vermögensobjekt entzogen wird? IV. 23/3 88. **17**, 264.

78. Kann eine Vermögensbeschädigung darin gefunden werden, daß jemand durch falsche Vorspiegelungen zu einer Reise nach einem entfernten Orte veranlaßt und so in eine Lage gebracht wird, die ihn in der Freiheit beeinträchtigt, seine Arbeitskraft nur gegen ein angemessenes Äquivalent in den Dienst anderer zu stellen? IV. 25/5 94. **25**, 371.

79. Kann die dem Vermittler eines Kaufgeschäfts vom Käufer gemachte Zuwendung unter dem Gesichtspunkte, daß der Kaufpreis um den Betrag dieser Zuwendung gemindert worden sei, für die Feststellung eines dem Verkäufer zugefügten Vermögensschadens verwertet werden? III. 29/11 94. **26**, 239.

80. Ist der Eigentümer eines Grundstücks, welcher ohne Beziehung des von ihm als Unterhändler Angenommenen mit einem Dritten Verkaufsunterhandlungen eingeleitet hat, im Falle Zurücktretens des Kaufliebhabers dadurch am Vermögen beschädigt, daß in diesem Falle seine bedingte Verpflichtung, dem Unterhändler beim Zustandekommen eines durch ihn vermittelten Verkaufes eine Mäklergebühr zu zahlen, fortbesteht? III. 12/10 85. **13**, 8.

81. Kann durch falsche Vorspiegelungen oder durch Unterdrücken wahrer Tatsachen bezüglich der Vermögensverhältnisse zwecks Eingehung einer Ehe der Tatbestand eines gegen den anderen Ehegatten verübten Betrugs erfüllt werden? III. 22/1 83. **8**, 12; II. 21/5 86. **14**, 137.

82. Liegt notwendig Betrug vor, wenn in der Absicht, ein Frauengut zu erlangen oder zu verschaffen, durch Täuschung über die Vermögensverhältnisse des künftigen Ehemannes eine Eheschließung herbeigeführt wird? I. 10/1 01. **34**, 85.

83. Unter welchen Voraussetzungen erleiden Kranke, denen gegen Vergütung ärztlicher Rat erteilt oder Arzneimittel verabreicht werden, eine Vermögensbeschädigung? III. 16/5 87. **16**, 93.

84. Wann wird durch Betteln unter falschen Vorspiegelungen Betrug begründet? I. 4/7 81. **4**, 352; III. 26/5 82. **6**, 360.

85. Kann in der Abwendung der Verhängung einer Geldstrafe eine Beschädigung des eventuell zum Bezuge der Geldstrafe Berechtigten gefunden werden? I. 21/2 89. **18**, 442.

86. Unter welchen Voraussetzungen ist in der durch Täuschung erschlichenen Auflösung eines zweiseitigen Vertrags eine Vermögensbeschädigung zu finden? Ist die Annahme einer solchen ausgeschlossen, wenn dem Kontrahenten, der zur Auflösung des Vertrags verleitet worden ist, die Einrede der Arglist entgegenstand? III. 7/7 84. **11**, 72.

87. Inwiefern kann durch die Lieferung einer anderen Ware als der bestellten eine Vermögensbeschädigung verursacht werden? I. 20/10 81. **5**, 137.

88. Wird durch die Verpachtung eines beschlagnahmten Anwesens unter Verschweigung der Beschlagnahme eine Vermögensbeschädigung des Pächters begründet, wenn demnächst die Beschlagnahme wieder aufgehoben wird? I. 24/11 92. **23**, 324.

89. Inwiefern kann in der Aufwendung der mit der Beschickung einer Ausstellung verbundenen Kosten ein Vermögensschaden gefunden werden? Erfordert der subjektive Tatbestand des Betrugs, daß der Täter in der Verursachung jenes Aufwands eine Vermögensbeschädigung erkannt hat? II. 26/1 97. **29**, 357.

90. Kann durch die in einer Zeitung gemachten falschen Angaben über die Zeit ihres Bestehens und die Höhe der Auflage den dadurch zu Insertionen Veranlaßten eine Vermögensbeschädigung zugefügt werden? IV. 27/10 96. **29**, 124.

91. Ist eine Vermögensbeschädigung darin zu erkennen, daß jemandem der Besitz einer Sache, — die Möglichkeit beliebiger Disposition über dieselbe — entzogen wird? III. 10/1 80. **1**, 55.

92. Macht sich jemand neben der Unterschlagung eines Betruges schuldig, wenn er den Besitz der Sache, die er sich rechtswidrig zugeeignet hat, ableugnet? II. 22/11 81. **5**, 252.

93. Kann jemand, der zur Sicherung seiner Forderung Urkunden mit der eigenhändigen Unterschrift seines Schuldners zu beanspruchen hatte, als an seinem Vermögen beschädigt deshalb angesehen werden, weil ihm fälschlich Schriftstücke übergeben wurden, welche die von einem Bevoll-

mächtigten vollzogene Unterschrift des Schuldners enthielten? III. 12/10 85. **13**, 6.

94. Unter welchen Umständen enthält die durch betrügliche Vorspiegelung herbeigeführte Stundung einer fälligen Forderung eine Beschädigung des Vermögens des Gläubigers? III. 9/6 87. **16**, 161. Vgl. III. 2/2 81. **3**, 332.

95. Enthält die Cession einer unsicheren Forderung an Zahlungsstatt eine Vermögensbeschädigung? III. 13/3 80. **1**, 309.

96. Ist durch das einer Tratte an eigene Ordre dem Blankogiro des Ausstellers beigefügte Blankogiro eines Dritten dessen Vermögen bereits beschädigt, noch bevor der Wechsel begeben ist? III. 22/2 83. **8**, 68.

97. Inwiefern ist in dem Verkaufe eines untauglichen Abtreibungsmittels eine Vermögensbeschädigung zu erkennen? I. 17/2 87. **15**, 315.

98. Kann Betrug dadurch begangen werden, daß zur Ersparung von Gerichtskosten die bei dem Verkaufe eines Grundstücks für den Ansatz der Überschreibungskosten maßgebende Kaufsumme der Behörde niedriger, als vereinbart, angegeben wird? III. 24/1 84. **10**, 48.

99. Über Vermögensbeschädigung durch unbefugte Benutzung eines Eisenbahnzuges s. oben Nr. 45 S. 177.

100. Kann eine Beschädigung des nach den Grundsätzen des preußischen Landrechts sich regelnden ehegemeinschaftlichen Vermögens darin gefunden werden, daß die Ehefrau durch Täuschung veranlaßt wird, zum Zeichen ihrer Zustimmung, einen Vertrag zu unterschreiben, durch welchen der Ehemann ein von ihm gekauftes, aber noch nicht aufgelassenes Grundstück anderweit verkauft? II. 1/12 82. **7**, 265.

101. Stellt sich bei dem Spiele in einer Klassenlotterie der Anspruch des Spielers auf die Erneuerung des Loses für die späteren Klassen als ein Vermögensrecht dar? II. 16/2 00. **33**, 193.

102. Ist durch eine betrügerische Verkürzung des mütterlichen Erbteils einer Frau deren Ehemann an seinem Vermögen geschädigt, wenn ein Ehevertrag nicht besteht, die Ehe im Gebiete der Gütergemeinschaft des preußischen Landrechts geschlossen ist und die Ehegatten inzwischen nach dem Staate Wisconsin in Amerika ausgewandert sind? IV. 1/5 00. **33**, 256.

103. Über mittelbaren ursächlichen Zusammenhang zwischen Täuschung und Vermögensbeschädigung. II. 11/7 00. **33**, 356.

104. Über Vermögensbeschädigung, welche jemand dadurch erleidet, daß er ein Entgelt zahlt für etwas, was er ohne Entgelt erlangen konnte. III. 8/11 79. **1**, 97.

105. Ist bei Lieferung einer der vertragsmäßigen Verpflichtung nicht entsprechenden Ware die Annahme einer Vermögensschädigung dann ausgeschlossen, wenn der innere Wert der einen und der anderen Ware gleich ist? III. 10/3. 80. **1**, 266.

f) Subjektiver Tatbestand.

106. Was erfordert der subjektive Tatbestand? Genügt in Bezug auf das Bewußtsein von einer durch die Täuschung verursachten Ver-

mögensbeschädigung der eventuelle Vorsatz? II. 29/3 89. **19**, 90; I. 6/12 80. **3**, 142; II. 8/12 93. **25**, 5.

107. Kann bei dem, der durch Täuschung der Strafvollstreckungsbehörde bewirkt, daß die einer anderen Person zuerkannte Freiheitsstrafe gegen ihn vollstreckt wird, der zum Betruge erforderliche Dolus als gegeben angenommen werden? III. 21/12 81. **5**, 277.

108. Was gehört zur Absicht, sich einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen? Ist sie ausgeschlossen durch die Feststellung, daß der hauptsächliche Beweggrund des Täters Wahrung der Berufsehre gewesen sei? III. 5/3 88. **17**, 233; III. 13/5 95. **27**, 217.

109. Muß die Absicht auf die Erreichung eines Vermögensvorteils gerichtet sein, oder genügt das Bewußtsein, daß die Irrtumserregung den Vorteil zur Folge haben werde? IV. 28/9 86. **15**, 9.

110. Muß der erstrebte Vermögensvorteil mit der Vermögensbeschädigung zusammenfallen? Kann ein rechtswidriger Vermögensvorteil gefunden werden in der Belohnung, welche jemandem in Aussicht gestellt wird für den Fall, daß er durch Irrtumserregung einem anderen einen Schaden zufüge? IV. 23/3 88. **17**, 264.

111. Muß die Irrtumserregung das Mittel sein, welches eine andere Person bestimmt, durch ihr Handeln dem Täuschenden oder einem Dritten einen Vermögensvorteil zuzuwenden? III. 21/12 81. **5**, 277.

112. Genügt zur Annahme der Rechtswidrigkeit des erstrebten Vermögensvorteils, daß ein Rechtsanspruch auf letzteren nicht bestand? III. 17/12 81. **5**, 352; III. 18/3 89. **19**, 161.

113. Genügt die alternative Feststellung, daß der Täter sich oder einem anderen einen Vermögensvorteil habe verschaffen wollen? I. 2/7 96. **29**, 35.

114. Kann ein rechtswidriger Vermögenvorteil gefunden werden in der Erlangung von Kredit? III. 25/6 85. **12**, 395.

115. — in der Erwerbung von Besitz? III. 10/1 80. **1**, 55.

116. — in der Prolongation einer Schuld? III. 2/2 81. **3**, 332.

117. — in der Erlangung eines Arrestes? IV. 14/12 86. **15**, 148.

118. — in der Zahlung eines noch nicht fälligen Wechsels durch den zahlungsunfähigen Acceptanten? IV. 5/12 90. **21**, 237.

119. Inwiefern kann bei der Lieferung einer anderen Ware als der bestellten die Erstrebung eines rechtswidrigen Vermögensvorteils angenommen werden? I. 20/10 81. **5**, 137.

120. Unter welchen Voraussetzungen kann in der durch Täuschung erfolgten Verleitung zur Ehe die Erstrebung eines rechtswidrigen Vermögensvorteils erkannt werden? II. 21/5 86. **14**, 137; III. 22/1 83. **8**, 12.

121. Steht der Annahme der Erstrebung eines rechtswidrigen Vermögensvorteils entgegen, daß eine civilrechtliche Verpflichtung zur Wiederherausgabe des Erlangten besteht? III. 18/3 89. **19**, 161.

122. Über „Vermögensvorteil" und speziell „rechtswidrigen Vermögensvorteil" s. auch § 268 Nr. 2—8 S. 201, § 253 Nr. 11, 15—27 S. 165 f.

123. Über Verwertung des Eventualdolus zur Konstruktion des Begriffsmerkmals der „Vorspiegelung falscher Tatsachen“ s. oben Nr. 28 S. 176.

g) Verhältnis zu anderen Straftaten.

124. Inwiefern kann bei dem Streben rechtswidrigen Erwerbes einer Sache Betrug mit Unterschlagung ideell zusammentreffen? II. 22/11 81. **5**, 252; II. 26/4 87. **15**, 426.

125. Über das Verhältnis zu § 170 St.G.B.'s. II. 21/5 86. **14**, 137.

126. Über ideale Konkurrenz mit Erpressung. III. 17/3 90. **20**, 326.

127. Über ideale bezw. reale Konkurrenz mit den Strafbestimmungen in § 10 des Nahrungsmittelgesetzes vom 14. Mai 1879. I. 2/7 96. **29**, 35; III. 11/12 84. **11**, 355.

128. Über ideale Konkurrenz mit der Strafbestimmung des § 148 Nr. 1 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes vom 22. Juni 1889. III. 8/4 97. **30**, 86.

129. Ist durch § 142 des allegierten Invaliditätsversicherungsgesetzes die Betrugsstrafe ausgeschlossen? IV. 18/10 95. **27**, 391.

130. Über Konkurrenz mit der Strafbestimmung der §§ 81. 81b des Krankenversicherungsgesetzes vom 10. April 1892. IV. 26/11 95. **28**, 5; I. 15/2 00. **33**, 342.

131. Kann Betrug ideell konkurrieren mit dem Vergehen des § 350 oder dem des § 353 St.G.B.'s? II. 25/1 92. **22**, 306.

132. Über ideale Konkurrenz mit dem Vergehen des § 352. III. 15/11 88. **18**, 219; I. 28/4 81. **4**, 227.

133. Über Zusammentreffen mit Urkundenfälschung, wenn die zum Tatbestande des Betrugs erforderliche Vermögensbeschädigung durch Gebrauch einer gefälschten Urkunde bewirkt wurde. III. 8/12 80. **3**, 95; I. 3/5 80. **2**, 42.

134. Kann Betteln unter Vorzeigung eines falschen Legitimationspapiers im Sinne des § 363 St.G.B.'s mit Betrug ideell konkurrieren? II. 8/4 92. **23**, 43.

135. Unter welchen Voraussetzungen ist die wissentliche Hinterziehung von Steuern mittels falscher Deklaration nicht als Betrug, sondern nur als Steuerdelikt zu strafen? II. 29/10 80. **2**, 405; Pl. 4/4 81. **4**, 50; II. 13/7 86. **14**, 293; II. 16/10 88. **18**, 151; I. 21/11 98. **31**, 354.

136. Ist der Brennereibesitzer, welcher durch Vorspiegelung falscher Tatsachen gegenüber der Steuerbehörde eine Erhöhung seines Branntweinsteuerkontingents zu erwirken versucht, wegen Betrugsversuchs oder wegen Branntweinsteuerdefraudation zu bestrafen? IV. 30/12 95. **28**, 90.

137. Ist eine wissentlich unwahre Erklärung vor der preußischen Erbschaftssteuerbehörde über einen stempelpflichtigen Anfall Betrugsversuch oder Steuerdefraude. I. 2/7 94. **26**, 48.

138. Über das Zusammentreffen eines durch falsche Brandschadensliquidation verübten Betrugs mit sog. Versicherungsbetrug im Sinne des § 265 St.G.B.'s. II. 21/1 88. **17**, 62.

1. Greift § 264 auch Platz, wenn eine der Vorstrafen, weil Betrug mit einem schweren strafbaren Delikte ideell konkurrierte, nur aus dem letzteres betreffenden Strafgesetze erkannt worden war? III. 15/10 88. **18**, 193. § 264

2. S. weiter §§ 244, 245, S. 155f.

1. Was bedeutet der Ausdruck „in betrügerischer Absicht"? Kann die Straftat auch von einem anderen als dem Versicherten selbst begangen werden? IV. 9/12 92. **23**, 352; I. 30/1 93. **23**, 426. § 265

2. In welchem Verhältnisse stehen die Straftaten desjenigen, der sich des in § 265 vorgesehenen Delikts schuldig gemacht und dann weiter in betrügerischer Weise den Brandschaden zu hoch berechnet hat? II. 21/1 88. **17**, 62.

1. Ist der Begriff von „Nachteil" in § 266 gleichbedeutend mit Vermögensbeschädigung im Sinne des § 263 St.G.B.'s? Gehört zum Tatbestande der Untreue der wirkliche Eintritt eines Vermögensnachteils? Inwieweit kann ein Vermögensnachteil schon in einer Gefährdung gefunden werden? III. 28/4 87. **16**, 77; I. 21/3 89. **19**, 80; II. 21/2 93. **23**, 430; I. 20/2 95. **27**, 39. § 266

2. Was gehört zum subjektiven Tatbestande der Untreue? Was ist der Sinn von „absichtlich"? III. 28/4 87. **16**, 77; III. 28/1 80. **1**, 172; I. 23/3 80. **1**, 329; III. 20/9 86. **14**, 401.

3. Kann Eventualdolus ausreichen? II. 21/11 82. **7**, 279.

Nr. 1.

4. Muß die Verneinung des Tatbestands des § 266 aus dem Grunde, weil der angeklagte Vormund bei Verwendung von Mündelgeldern zu eigenem Nutzen nicht absichtlich zum Nachteile der Mündel gehandelt habe, notwendig auch die Freisprechung von der Beschuldigung der Unterschlagung zur Folge haben? III. 15/12 82. **7**, 349.

5. Gehört zu den Vormündern im Sinne der Nr. 1 auch der nach der preußischen Vormundschaftsordnung vom 5. Juli 1875 bestellte Gegenvormund? II. 15/10 80. **2**, 345.

6. Gehört dahin der nach § 1687 B.G.B.'s der Mutter bestellte Beistand? Fer. 13/9 02. **35**, 338.

7. Verübt der nach badischem Landrechte als gesetzlicher Vormund seiner Kinder fungierende Vater Untreue, wenn er das Kindervermögen, ohne Ersatz leisten zu können, für sich verbraucht? I. 17/1 87. **15**, 211.

8. Inwieweit gilt nach französischem Rechte der das Vermögen seiner Kinder verwaltende Vater als Vormund? I. 30/10 84. **11**, 196; I. 10/11 87. **16**, 307.

9. Kommt der Bestellung jemandes als Gegenvormundes Bedeutung zu, wenn die Voraussetzungen für Anwendung einer Vormundschaft überhaupt nicht vorliegen? I. 30/10 84. **11**, 196.

10. Liegt Untreue vor, wenn der Vormund nach Beendigung der Vormundschaft über das in seinen Händen befindliche, dem Mündel

herauszugebende Vermögen desselben absichtlich zu dessen Nachteil verfügt? II. 17/3 88. **17**, 241.

11. Ist die Anwendung des § 266 Nr. 1 ausgeschlossen, wenn der Vormund die den Gegenstand seiner Benachteiligungshandlung bildende Sache des Mündels schon vor seiner Bestellung zum Vormunde auf Grund eines mit seinem nachherigen Mündel geschlossenen Vertrags in Verwahrung erhalten hat? II. 23/2 97. **29**, 415.

12. Kann der Vormund aus § 266 Nr. 1 bestraft werden, wenn das absichtliche Handeln zum Nachteile des Bevormundeten in einer Angelegenheit stattgefunden hat, für welche dem letzteren wegen kollidierenden Interesses des Vormunds ein Pfleger bestellt worden ist? III. 28/1 86. **13**, 333.

13. Kann ein Vormund den Vorwurf der Untreue damit beseitigen, daß er wegen kollidierender Interessen rechtlich behindert gewesen sei, als Vormund tätig zu werden? I. 21/3 89. **19**, 80.

14. Macht sich der Vormund, der bei der Nachforschung nach dem außerehelichen Vater seines Mündels der Vormundschaftsbehörde verschweigt, daß er selbst das Kind im Ehebruche erzeugt hat, der Untreue schuldig? I. 24/6 97. **30**, 191.

15. Ist der Vorstand einer städtischen Sparkassenverwaltung in Preußen Kurator im Sinne der Nr. 1? IV. 7/4 93. **24**, 109.

16. Gehört der Aftererbpfleger des badischen Landrechts zu einer der in Nr. 1 aufgeführten Personenklassen? Fer. 28/8 84. **11**, 244.

17. Gehört der Konkursverwalter zu den in § 266 Nr. 1 genannten Personen? II. 28/9 94. **26**, 106.

18. Wann liegt ein „Handeln zum Nachteil der anvertrauten Sache“ im Sinne des § 266 Nr. 1 vor? IV. 8/11 92. **23**, 280.

Nr. 2.

19. Wer ist Bevollmächtigter im Sinne der Nr. 2? Kommt die Eigenschaft eines Bevollmächtigten auch dem zu, der kraft seines Amts Rechtsgeschäfte für eine andere Person vorzunehmen hat? Kommt dem sogenannten Agenten die Stellung eines Bevollmächtigten zu? III. 15/12 80. **3**, 283; I. 14/7 84. **11**, 241; IV. 9/11 86. **15**, 41; III. 10/12 85. **13**, 195; III. 12/11 94. **26**, 230.

20. Beschränkt sich der Begriff der Vollmacht auf den Auftrag, ein Geschäft statt des Auftraggebers zu betreiben, oder umfaßt er auch den Fall, wenn der Beauftragte im eigenen Namen mit dem Dritten handeln soll? Ist ein Waldwärter kraft der ihm übertragenen Aufsicht über den Wald Bevollmächtigter? II. 9/1 83. **7**, 377.

21. Ist ein Vollmachtsverhältnis anzunehmen, wenn jemand von einem anderen Wertpapiere zur Verpfändung für ein aufzunehmendes Darlehn leihweise überlassen erhält? I. 13/7 87. **16**, 241.

22. Ist der Teilhaber einer offenen Handelsgesellschaft Bevollmächtigter dieser Gesellschaft und seiner Mitgesellschafter? III. 3/6 89. **19**, 271; I. 17/11 92. **23**, 315.

23. Sind die Handlungsgehülfen und Handlungslehrlinge Bevollmächtigte ihres Prinzipals? IV. 4/2 96. **28**, 155.

24. Sind die Mitglieder des Vorstandes sowie des Aufsichtsrates einer Aktiengesellschaft Bevollmächtigte im Sinne des § 266 Nr. 2? II. 21/11 82. **7**, 279.

25. Hat der Liquidator einer in Konkurs verfallenen Genossenschaft der Gesamtheit der Genossen gegenüber die Stellung eines Bevollmächtigten? IV. 30/4 89. **19**, 184.

26. Trifft der Begriff eines Bevollmächtigten auf die Beamten einer eingetragenen Genossenschaft zu? I. 15/11 80. **3**, 35.

27. Findet § 266 Nr. 2 Anwendung auf den Bevollmächtigten eines Konkursverwalters? II. 28/9 94. **26**, 106.

28. Müssen die den Auftraggeber benachteiligenden Verfügungen zu den von dem Bevollmächtigten kraft des erteilten Auftrags vorzunehmenden Geschäften gehören? IV. 15/2 99. **32**, 26. Vgl. IV. 4/2 96. **28**, 155.

29. Ist die Anwendung des § 266 Nr. 2 dadurch ausgeschlossen, daß zu der Zeit, da der Bevollmächtigte über Vermögensstücke des Machtgebers zu dessen Nachteil verfügte, die Vollmacht widerrufen war? II. 4/6 86. **14**, 184.

30. Kann § 266 Nr. 2 Anwendung finden, wenn der Beauftragte (Kommissionär), welcher mit dem dritten Kontrahenten den Vertrag zwar für Rechnung des Auftraggebers, aber im eigenen Namen geschlossen hat, auf die aus diesem Vertrage entstandene Forderung, nachdem er solche gegen den Dritten im eigenen Namen eingeklagt hatte, vergleichsweise verzichtet? III. 31/3 90. **20**, 358.

31. Kann in der Belastung des Vermögens des Auftraggebers mit einer Schuldverbindlichkeit eine Verfügung über Vermögensstücke im Sinne des § 266 Nr. 2 gefunden werden? III. 4/2 84. **10**, 72.

32. Ist der vom Konkursverwalter zum Verkaufe von Waren der Konkursmasse Beauftragte der Untreue schuldig, wenn er bei vorliegendem höheren Gebote zu einem niedrigeren Preise kauft? II. 28/9 94. **26**, 106.

33. Kann ein Bevollmächtigter Untreue dadurch verüben, daß er einem Dritten ein Besitz- und Zurückbehaltungsrecht an Depotscheinen (Beweisurkunden, Legitimationspapieren) seines Auftraggebers einräumt? II. 28/9 94. **26**, 111.

34. Ist das in den Händen des Acceptanten oder seines Bevollmächtigten befindliche Wechselaccept ein Vermögensstück des Acceptanten im Sinne des § 266 Nr. 2? II. 9/5 84. **10**, 385; III. 1/3 86. **13**, 376; II. 4/6 86. **14**, 184; I. 17/11 92. **23**, 315.

35. Begeht der Teilhaber einer offenen Handelsgesellschaft Untreue dadurch, daß er, abgesehen von den Unterschriften, ausgefüllte Wechsel an eigene Ordre mit der Firma der Gesellschaft als Ausstellerin und Indossatarin versieht und die Wechsel sodann im eigenen Interesse weiter gibt, bevor sie mit dem Accepte des Bezogenen versehen waren? I. 10/11 94. **26**, 246.

36. Inwieweit kann Untreue als verübt angenommen werden, wenn Zahlung an den Angeklagten für Rechnung seines Auftraggebers durch

Girozahlung auf ein Bankguthaben des Angeklagten erfolgt ist und Angeklagter sodann über das Bankguthaben zu eigenem Nutzen verfügt? III. 12/2 91. **21**, 364.

37. Wer erwirbt das Eigentum an dem auf Grund einer Postanweisung ausgezahlten Gelde?

Kann ein Bevollmächtigter Untreue begehen durch Verfügung über eine ihm und dem Auftraggeber gemeinschaftlich gehörige Sache?

Inwieweit kann der der Untreue Beschuldigte einen Einwand daraus herleiten, daß er sich für Forderungen an den Auftraggeber habe bezahlt machen dürfen? IV. 10/6 90. **20**, 436.

38. Wird eine Sache ein Vermögensstück des Machtgebers schon in dem Augenblicke, da der Stellvertreter die Sache, welche er auftragsgemäß im eigenen Namen gekauft hat, von dem Verkäufer mit der Absicht überliefert erhält, Besitz und Eigentum auf die Person des Stellvertreters zu übertragen? Macht sich der in einem solchen Falle die Auslieferung der Sache verweigernde Stellvertreter einer Untreue schuldig? II. 25/6 80. **2**, 186.

39. Über die Frage des Eigentumserwerbs s. weiter noch § 246.

40. Setzt der Begriff der „Verfügung über ein Vermögensstück" schlechterdings eine positive Tätigkeit des Bevollmächtigten voraus? Kann eine solche Verfügung in der bloßen vorsätzlichen Verzögerung der Ablieferung des für den Auftraggeber vereinnahmten Geldes gefunden werden? III. 26/1 85. **11**, 412.

41. Ist der Verkauf eines Versatzscheins eine Verfügung über die versetzte Sache selbst? I. 19/1 99. **31**, 436.

42. Ist der Begriff einer Verfügung zum Nachteile des Auftraggebers ausgeschlossen, wenn dieser für das vom Bevollmächtigten hingegebene Vermögensstück einen Gegenstand von gleichem Werte empfängt, oder kommt es darauf an, ob es möglich war, einen höheren Wert zu erlangen? II. 6/7 80. **2**, 215.

43. Kann der Tatbestand der Untreue darin gefunden werden, daß die Vorstandsmitglieder eines freien Personenvereins durch Erschleichung verfälschter Beschlüsse einer statutenwidrig zusammengesetzten Generalversammlung der Vereinsmitglieder die Liquidation des Vereins und Vereinsvermögens herbeiführen? III. 25/4 92. **23**, 97. (III. 20/9 86. **14**, 401.)

44. Können Minderjährige, welche nach civilrechtlichen Grundsätzen in ihrer Handlungsfähigkeit beschränkt sind, als Bevollmächtigte Untreue im Sinne des § 266 Nr. 2 verüben? I. 30/1 90. **20**, 262.

45. Ist der Rechtsanwalt, der auf Grund einer Vollmacht seiner Partei von deren Schuldner Zahlungen entgegengenommen und die empfangenen Gelder unterschlagen hat, außer wegen Unterschlagung auch wegen Untreue zu bestrafen? I. 20/2 99. **32**, 30.

46. Konkurriert Untreue ideell mit Unterschlagung? Kann der Vater, der als gesetzlicher Vormund seiner Kinder aus § 266 Nr. 1 wegen Untreue angeklagt ist, Straflosigkeit auf Grund des § 247 St.G.B.'s in Anspruch nehmen? I. 24/11 87. **16**, 343.

47. Begeht der Beamte einer Privatbank, der für ihn selbst angeschaffte Wertpapiere wegnimmt, veräußert und sich der Zahlungspflicht durch Täuschung entzieht, Untreue? I. 25/2 01. **34**, 181.

S. zu § 266 auch **32**, 259.

Dreiundzwanzigster Abschnitt (§§ 267—280). Urkundenfälschung.

a) Urkunde. § 267

1. Über den strafrechtlichen Begriff von Urkunde. Genügt es, daß der betreffende Gegenstand zur Feststellung einer Tatsache geeignet ist, oder muß er dazu bestimmt sein? Muß die Tatsache, die durch die Urkunde bewiesen werden kann, von rechtlicher Erheblichkeit sein? II. 23/1 80. **1**, 162; III. 9/2 81. **4**, 4; II. 19/5 82. **6**, 289; II. 25/11 82. **7**, 252; III. 22/10 83. **9**, 141; II. III. 19/12 87. **17**, 103; II. 1/4 89; **19**, 113; IV. 25/10 89. **20**, 6; I. 29/12 00. **34**, 53; I. 8/2 01. **34**, 131.

2. Begriff einer Urkunde. Ist Namensunterschrift notwendig? Muß die Unterschrift vom Träger des Namens selbst vollzogen werden? Kann durch das fälschliche Anfertigen einer Kopie in Verbindung mit dem zum Zwecke der Täuschung erfolgten Gebrauche dieser Kopie Urkundenfälschung begangen werden? III. 3/12 94. **26**, 270.

3. Kommt der unbeglaubigten Abschrift einer öffentlichen Urkunde Urkundenqualität zu? IV. 3/10 93. **24**, 281.

4. Ist die telegraphisch übermittelte Depesche am Ankunftsorte eine Urkunde? Pl. 6/3 83. **8**, 92.

5. Kann als Urkunde ein sogenanntes „Beibuch" angesehen werden, d. h. ein Buch, in dem ein Gewerbetreibender seine an einen bestimmten Kunden gemachten Warenlieferungen verzeichnet? IV. 7/6 98. **31**, 175 (s. unten Nr. 133, S. 198).

6. Unter solchen Voraussetzungen können Druckexemplare einer Erklärung den Gegenstand einer Urkundenfälschung bilden? II. 26/1 97. **29**, 357.

7. Unter welchen Voraussetzungen wird durch den Anschlag mit dem Waldhammer eine Urkunde geschaffen? III. 12/4 94. **25**, 244.

8. Kommt der mit Abstempelung verbundenen Durchlochung einer Bahnsteigkarte Urkundenqualität zu? IV. 23/10 96. **29**, 118.

9. Wird durch mißbräuchliche Wiederverwendung von Stempelmarken oder Postwertzeichen nach Beseitigung des Entwertungsvermerks Urkundenfälschung verübt? IV. 11/4 99. **32**, 116; I. 18/11 97. **30**, 329; III. 19/11 88. **18**, 286.

b) Öffentliche Urkunde.

10. Begriff der öffentlichen Urkunde. II. 26/6 83. **8**, 372; I. 21/5 83. **8**, 409; I. 10/3 84. **10**, 192; IV. 13/7 88. **18**, 76; IV. 21/6 89. **19**, 352; II. 5/4 95. **27**, 145; IV. 7/5 97. **30**, 118; III. 8/11 97. **30**, 369.

11. Inwieweit ist das Vorhandensein einer öffentlichen Urkunde durch einen Mangel in der Form ausgeschlossen? I. 10/1 84. **10**, 35; IV. 24/6 85. **12**, 331; III. 31/5 86. **14**, 175; IV. 3/10 93. **24**, 281; II. 23/10 94. **26**, 158; IV. 6/10 96. **29**, 92; IV. 7/5 97. **30**, 118.

12. Ist es zulässig, daß ein Beamter seinen Namen unter eine öffentliche Urkunde durch einen Dritten schreiben läßt? II. 8/4 81. **4**, 69.

13. Über einzelne Arten öffentlicher Urkunden s. auch § 271 Nr. 24 ff. S. 205 ff., § 348 Nr. 15 ff. S. 252 ff.

14. Ist als öffentliche Urkunde anzusehen: ein Schriftstück, welches die Ladung eines Angeklagten zur Hauptverhandlung enthält, auch wenn es nicht von dem Staatsanwalte, sondern von dem Vorsitzenden des Gerichts ausgestellt und unterzeichnet ist. IV. 13/7 88. **18**, 76.

15. — ein nicht mit dem Namen eines Richters unterschriebener Zahlungsbefehl im Mahnverfahren? IV. 17/6 92. **23**, 205.

16. — ein Haftbefehl der Staatsanwaltschaft? Wie muß er beschaffen sein? IV. 10/12 86. **15**, 110.

17. — die in § 23 der Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher vom 24. Juni 1878 vorgeschriebene Kostennote? I. 4/3 89. **19**, 62.

18. — die Zustellungsbescheinigung, die von einem formlos bestellten Zustellungsbeauftragten ohne ausdrückliche Beifügung eines Amtscharakters vollzogen ist, wenigstens dann, wenn das Schriftstück mit anderen zweifellos öffentlichen Urkunden äußerlich verbunden ist? III. 15/6 85. **12**, 270.

19. — das notarielle Wechselprotestregister? II. 7/5 80. **1**, 426.

20 — das Protokoll, das der Schiedsmann nicht in das nach der preuß. Schiedsmannsordnung vom 29. März 1879 vorgeschriebene Protokollbuch eingetragen hat? IV. 6/10 96. **29**, 92.

21. — die von einem gerichtlichen Dolmetscher angefertigte Übersetzung einer in fremder Sprache ausgestellten Geburtsurkunde, welche dem Standesbeamten zum Zwecke des Nachweises eines Eheerfordernisses von einem Verlobten überreicht wird? II. 29/11 81. **5**, 255.

22. — eine Postanweisung? IV. 14/4 93. **24**, 130.

23. — der Abschnitt einer Postpaketadresse zu einer unfrankierten Sendung, wenn auf ihm der vom Postbeamten bezeichnete Portobetrag vermerkt ist? I. 15/6 85. **12**, 323.

24. — die von einem Postbeamten in einem Posteinlieferungsbuch ohne Namensunterschrift erteilte Quittung? III. 8/11 97. **30**, 369.

25. — der auf einem Briefumschlage aufgedruckte Poststempel. I. 16/12 97. **30**, 381.

26. — die Fahrkarte einer württembergischen Staatseisenbahn? I. 21/5 83. **8**, 409.

27. — die Monatskarte einer preußischen Staatseisenbahn? II. 12/11 95. **28**, 42.

28. — die zum zollamtlichen Verschluß dienende Plombe? Ist ihre Übertragung auf ein anderes Zollstück Herstellung einer falschen öffentlichen Urkunde? I. 23/12 85. **13**, 193. II. 1/2 87. **15**, 214.

29. — der Revisionsvermerk der Steuerbeamten auf den Betriebsplänen der Brennereien? IV. 21/6 89. **19**, 352.

30. — die auf Grund des § 16 des Brausteuergesetzes vom 31. Mai 1872 der Steuerhebestelle eingereichte und dort mit Quittung über die entrichtete Steuer versehene Brauanzeige, insbesondere bezüglich des in ihr deklarierten Bierzugs? I. 25/6 91. **22**, 90.

31. — der Impfschein und die Impfliste? II. 28/4 96. **28**, 332.

32. — ein vom zuständigen Revisor in der vorgeschriebenen Form

ausgestelltes Ursprungszeugnis, das der Viehtransporteur nach einer auf Grund des Viehseuchengesetzes getroffenen Anordnung bei sich zu führen hat? Ist ein solches Zeugnis weder öffentliche noch Privaturkunde, wenn das Dienstsiegel vorschriftswidrig fehlt? II. 23/10 94. **26**, 158.

33. Ist als öffentliche Urkunde anzusehen: das von einem Bürgermeister in Lothringen über die Seuchenfreiheit einer Ortschaft zum Zwecke eines Viehtransports formgerecht ausgestellte Zeugnis? I. 22/3 00. **33**, 217.

34. — ein Fleischbeschaubuch und ein Attest (Gesundheitsschein oder sonstige Bescheinigung) des Fleischbeschauers? I. 22/10 83. **9**, 139; II. 27/1 88. **17**, 94; I. 2/5 89. **19**, 197.

35. — der von einem Fleischbeschauer zur Konstatierung der Untersuchung des Fleisches bewirkte Stempelabdruck, auch dann, wenn die Stempelabdrücke nach Inhalt und Form den bestehenden Vorschriften nicht entsprechen? IV. 22/9 96. **29**, 67.

36. — ein in Preußen nach Maßgabe der bestehenden Regierungsverordnungen ausgestellter sog. Wildschein? II. 1/2 01. **34**, 114.

37. — ein amtlicher Eichstempel? Ist die Einfügung eines echten Eichstempels in eine amtlich nicht geeichte Wage fälschliche Anfertigung einer öffentlichen Urkunde? I. 9/1 93. **23**, 379.

38. — die auf Grund des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes ausgefertigte Quittungskarte, und zwar schon vor Einklebung von Versicherungsmarken? IV 17/6 92. **23**, 178; II. 6/12 92. **23**, 335; IV. 27/10 93. **24**, 348.

39. — die Genehmigung, die ein Kreisdirektor in Elsaß-Lothringen einer Gemeinde in einer Kirchenbausache zu einer von den normierten Bedingungen abweichenden Zahlung erteilt hat? I. 23/4 88. **17**, 328.

40. — ein im Geltungsbereiche des preußischen Landrechts vom Pfarrer einer katholischen Kirchengemeinde ausgestellter Taufschein? IV. 8/12 96. **29**, 241.

41. — die von einem Schulzen oder Schöffen einer westpreußischen Dorfgemeinde unter Beidrückung des Gemeindesiegels ausgestellte Schrift, in der einem gegen Brandschaden Versicherten behufs Erhebung der Versicherungssumme die Wiederaufrichtung eines abgebrannten Gebäudes bezeugt wird? II. 3/6 81. **4**, 246.

42. — der von einem Gemeindevorsteher im Geltungsbereiche der preußischen Landgemeindeordnung vom 3. Juli 1891 bewirkte Beglaubigungsvermerk einer Abschrift? IV. 19/4 98. **31**, 110.

43. — die Entlastungserklärung eines im Gebiete der preußischen Landgemeindeordnung vom 14. April 1856 zur Prüfung einer Gemeinderechnung gewählten Ausschusses? II. 13/3 85. **12**, 91.

44. — die von einem nassauischen Gemeinderechner über Leistungen an die Gemeinde ausgestellte Quittung? I. 10/3 84. **10**, 192.

45. — die in einem Militärpaß eingetragene Bescheinigung des Bezirksfeldwebels über Meldungen von Mannschaften des Beurlaubtenstandes? IV. 28/6 01. **34**, 302.

46. — eine Urkunde, die in Preußen von einem Herzoglich an-

haltischen Oberförster über Berechtigungen in einem ihm anvertrauten, zum Herzoglichen Hausfideikommiß gehörigen, in Preußen gelegenen Walde ausgestellt ist? II. 26/6 83. **8**, 372.

c) Zum Beweise von Rechten oder Rechtsverhältnissen erhebliche Privaturkunden.

47. Begriff von „Privaturkunde". II. 30/10 82. **7**, 194.

48. Was bedentet „erheblich zum Beweise von Rechten oder Rechtsverhältnissen"? Bezieht sich der Ausdruck nur auf Privatrechte, oder auch auf Rechte öffentlichen Charakters? Genügt es, wenn ein Rechtsverhältnis auf Grund der Urkunde in Verbindung mit anderen Beweisen klar gestellt werden kann? II. 20/1 80. **1**, 155; III. 4/2 80. **1**, 293; I. 31/1 81. **4**, 3; II. 22/9 82. **7**, 47; III. 12/3 83. **8**, 187; II. 29/10 84. **11**, 183; III. 18/5 93. **24**, 192; I. 13/2 02. **35**, 117.

49. Setzt die Beweiserheblichkeit im Sinne des § 267 voraus, daß der Aussteller der Urkunde als durch sie verpflichtet erscheint? IV. 10/4 88. **17**, 298.

50. Kann die Voraussetzung als gegeben angenommen werden, wenn die Urkunde die Ausübung eines privaten Rechts beweist? Trifft ein Gleiches zu, wenn es sich um die Ausübung eines allgemeinen staatsbürgerlichen Rechts handelt? IV. 12/3 95. **27**, 91.

51. Genügt es, wenn die Urkunde unabhängig von den konkreten Umständen objektiv an sich geeignet ist, Beweis für Rechte oder Rechtsverhältnisse zu liefern? I. 3/6 80. **2**, 173; IV. 13/6 93. **24**, 210.

52. Unter welchen Voraussetzungen kann eine bloße Namensunterschrift als eine im Sinne des § 267 beweiserhebliche Urkunde angesehen werden? II. 19/5 82. **6**, 289; III. 23/5 92. **23**, 213.

53. Muß aus dem Inhalte oder Wortlaute der Urkunde die Person des Ausstellers erhellen? II. 29/10 84. **11**, 183; III. 26/10 85. **13**, 71; III. 19/10 91. **22**, 182; III. 3/12 94. **26**, 270; IV. 7/5 97. **30**, 118.

54. Liegt eine beweiserhebliche Privaturkunde vor, wenn der unter dem Schriftstücke befindlichen Unterschrift einer Firma ein p. vorgesetzt ist? II. 5/3 01. **34**, 205.

55. Kann ein Schriftstück, dessen Unterschrift in einer Kollektivbezeichnung besteht, als eine zum Beweise von Rechten oder Rechtsverhältnissen erhebliche Privaturkunde angesehen werden? IV. 28/1 02. **35**, 94.

56. Ist die Unterschrift für die Herstellung einer im Sinne des § 267 beweiserheblichen Urkunde wesentlich? III. 9/2 81. **4**, 4; II. 29/10 84. **11**, 183.

57. Kann eine Urkunde, welche auf dem Wege der mechanischen Vervielfältigung, namentlich des Drucks, hergestellt und nur mit einer gedruckten Unterschrift versehen ist, für eine beweiserhebliche Privaturkunde im Sinne des § 267 angesehen werden? III. 20/3 84. **10**, 304; III. 26/10 85. **13**, 71; IV. 11/12 85. **13**, 168; III. 13/11 90. **21**, 183; II. 26/1 97. **29**, 357; III. 3/12 94. **26**, 270.

58. Kann ein unterkreuztes Schriftstück als eine beweiserhebliche Urkunde im Sinne des § 267 angesehen werden? IV. 21/6 92. **23**, 180.

59. Kann in einer bloßen Blechmarke, in einem Stempelabdrucke, in der Anbringung einer Nummer, in dem Anschlage mit dem Waldhammer eine beweiserhebliche Urkunde im Sinne des § 267 erkannt werden? I. 31/1 81. **4**, 3; III. 31/5 86. **14**, 175; III. 19/4 88. **17**, 352; III. 12/4 94. **25**, 244; III. 29/1 96. **28**, 152.

60. Kann in einem Blankoaccepte oder Blankoindossamente auf einem Wechsel eine beweiserhebliche Urkunde im Sinne des § 267 erkannt werden? III. 28/10 82. **7**, 183; III. 18/5 93. **24**, 192.

61. Inwieweit kann ein schriftliches unbeschworenes Privatzeugnis eine beweiserhebliche Urkunde im Sinne des § 267 bilden? III. 12/3 83. **8**, 187; III. 8/4 89. **19**, 174; II. 21/2 96. **28**, 227.

62. Ist nach der preußischen Stempelgesetzgebung dem Datum stempelpflichtiger Urkunden die Bestimmung gegeben, zum Beweise fiskalischer Rechte zu dienen? Ist es für den Tatbestand der Urkundenfälschung von Bedeutung, wenn jemand bei der Änderung des Datums einer stempelpflichtigen Urkunde zwecks Abwendung einer Stempelstrafe nur aus Irrtum annimmt, daß die gesetzliche Frist zur Nachbringung des Stempels abgelaufen sei? Ist bei einer Änderung des Datums einer stempelpflichtigen Urkunde der Tatbestand der Urkundenfälschung ausgeschlossen, wenn die Kontrahenten schon vorher übereingekommen waren, daß der beurkundete Vertrag keine Gültigkeit haben solle? II. 1/11 87. **16**, 262; II. 3/11 93. **24**, 358; III. 5/7 00. **33**, 333.

63. Liegt eine Fälschung in der zur Abwendung einer Stempelstrafe vorgenommenen Änderung des Datums eines unterschriebenen Vollmachtsformulars? IV. 6/3 88. **17**, 205.

64. Ist eine Urkundenfälschung darin zu finden, daß die Kontrahenten eines nach der preußischen Stempelgesetzgebung stempelpflichtigen Vertrags, um sich der verwirkten Stempelsteuerstrafe zu entziehen, den früher abgeschlossenen Vertrag aufheben, die Vertragsurkunde kassieren und sofort einen neuen, vom Tage des zweiten Vertragsschlusses datierten, im übrigen dem aufgehobenen gleichlautenden Vertrag abschließen und beurkunden? III. 13/1 90. **20**, 192.

65. Ist vom Richter die Tatfrage darüber zu entscheiden, ob eine Urkunde zum Beweise von Rechten oder Rechtsverhältnissen erheblich ist? II. 28/6 81. **4**, 341.

66. Ist die Eigenschaft der Erheblichkeit für den Beweis von Rechten oder Rechtsverhältnissen anzunehmen bei einer dem Gerichte eingereichten schriftlichen Klage? II. 20/1 80. **1**, 155.

67. — bei einem Eisenbahn-Frachtbriefe? III. 18/12 80. **3**, 169.

68. — bei der von einem gerichtlichen Dolmetsch angefertigten Übersetzung einer Geburtsurkunde, die dem Standesbeamten zum Nachweise eines Eheerfordernisses überreicht wird? II. 29/11 81. **5**, 255.

69. — bei einer zur Glaubhaftmachung des Arrestgrundes dem Arrestgesuche beigefügten Bescheinigung? II. 16/12 81. **5**, 262.

70. — bei einer Urkunde, in welcher jemand der Staatsanwaltschaft gegenüber das Geständnis einer Straftat ablegt? II. 22/9 82. **7**, 47.

71. Ist die Eigenschaft der Erheblichkeit für den Beweis von Rechten oder Rechtsverhältnissen anzunehmen bei dem Pfandscheine einer Leihanstalt hinsichtlich des Wertanschlags des Pfandgegenstandes? I. 19/10 82. **7**, 422.

72. — bei einem Briefe, welcher im Falle der Echtheit Beweis für eine vom Verfasser gegen den Adressaten verübte Beleidigung liefern würde? III. 12/3 83. **8**, 187.

73. — bei einer Urkunde, durch welche der angebliche Aussteller einen anderen ermächtigt, dem Überbringer einen in Wirklichkeit nicht existierenden Gegenstand auf Kredit käuflich zu überlassen? II. 1/6 83. **8**, 351.

74. — bei den Brauregistern fixierter Brauer? III. 20/12 83. **10**, 11.

75. — bei dem Kouvert eines von der Post beförderten Briefes? III. 16/3 85. **12**, 170.

76. — bei der von einem gerichtlich verpflichteten Hypothekenschätzer in Bayern über den Wert von Liegenschaften behufs Pfandbestellung abgegebenen Erklärung, wenn diese nicht als Beilage zu hypothekenamtlichem Protokolle oder zu einer Notarsurkunde genommen ist? I. 26/11 85. **13**, 112.

77. — bei einer nach § 636 C.P.O. vom 30. Januar 1877 im Mahnverfahren erfolgten Ladung zur mündlichen Verhandlung? IV. 19/3 86. **14**, 2.

78. — bei dem Abschnitte einer Postpaketadresse bezüglich der Angabe des Namens des Absenders? III. 9/2 88. **17**, 141.

79. — bei dem Abschnitte einer Postanweisung bezüglich des vom Absender darauf geschriebenen Datums der Einzahlung? I. 23/1 02. **35**, 80.

80. — bei dem über den Tag der Einlieferung einer Postsendung vom Absender selbst in seinem Einlieferungsbuche gemachten Eintrage? I. 28/4 02. **35**, 218.

81. — bei der Bezeichnung der Verpackung einer Ware mit der Firma und dem Handelsniederlassungsorte des Versenders? III. 12/3 88. **17**, 282.

82. — bei einem ärztlichen Rezepte? II. 12/10 88. **18**, 149.

83. — bei einer schriftlichen Erklärung des Vaters, daß er zu dem Gesindedienste seines minderjährigen Kindes die Genehmigung erteile? II. 8/7 90. **21**, 56.

84. — bei schriftlichen Schulversäumnis-Entschuldigungen, welche die Eltern ausstellen? IV. 28/11 90. **21**, 187.

85. — bei einer von vereideten Taxatoren gefertigten Taxe eines Grundstücks? IV. 14/4 93. **24**, 114.

86. — bei einem Schriftstücke, worin die Zurücknahme eines Strafantrags erklärt wird, wenn die Straftat, auf die sich die Erklärung bezieht, kein Antragsvergehen ist? IV. 13/6 93. **24**, 210.

87. — bei dem von einem privaten Sachverständigen außergerichtlich und uneidlich abgegebenen Gutachten? III. 20/11 93. **24**, 395.

88. Ist die Eigenschaft der Erheblichkeit für den Beweis von Rechten oder Rechtsverhältnissen anzunehmen bei dem mit der Unterschrift des Postboten versehenen Vermerke auf einem unbestellbaren Briefe „Adressat verstorben"? II. 2/10 94. **26**, 118.

89. — bei den von der Verwaltung des Totalisators ausgegebenen Tickets? III. 10/12 94. **26**, 302; IV. 2/6 96. **28**, 401.

90. — bei einem Schriftstücke, in welchem gegen die Erteilung einer Schankerlaubnis Widerspruch erhoben wird? IV. 12/3 95. **27**, 91.

91. — bei einer im Geltungsbereiche der preußischen Vormundschaftsordnung vom 5. Juli 1875 von einer Privatperson an das Vormundschaftsgericht gemachten Anzeige von Tatsachen, welche ein Einschreiten des Vormundschaftsgerichts erfordern? II. 17/5 95. **27**, 239.

92. — bei der Anzeige einer strafbaren Handlung bei einem Militärgerichte? II. 20/12 95. **28**, 75.

93. — bei der Bescheinigung, welche von einem öffentlichen Fleischbeschauer ausgestellt worden ist, um in einer preußischen Stadtgemeinde, welche Schlachthäuser mit Schlachthauszwang errichtet hat, die Einfuhr von Fleisch zu ermöglichen? II. 21/2 96. **28**, 227.

94. — bei den in Militärpässen eingetragenen Bescheinigungen über Meldungen? IV. 7/5 97. **30**, 118.

95. — bei den schriftlichen Auskünften eines gewerbsmäßigen Auskunftsbureaus? II. 1/3 98. **31**, 59.

96. — bei einer an die zuständige Militärbehörde gerichteten Anzeige, daß jemand rechtswidrig der Einberufung zu einer militärischen Kontrollversammlung nachgekommen sei?

— bei einer dem militärischen Vorgesetzten gemachten Mitteilung von Tatsachen, die zur Zurückweisung eines Urlaubsgesuches führen können? II. 21/4 99. **32**, 133.

97. — bei der Anbringung von Namenszügen auf Gemälden? I. 29/12 00. **34**, 53.

98. Können Vermerke, durch welche in einer kaufmännischen Kladde die geschehene Übertragung des betreffenden Postens in das Hauptbuch dokumentiert wird, als beweiserhebliche Privaturkunden angesehen werden? II. 8/2 01. **34**, 131.

99. Ist das an die Redaktion einer Zeitung gerichtete schriftliche Ersuchen um Aufnahme einer Berichtigung eine zum Beweise von Rechtsverhältnissen erhebliche Urkunde? II. 13/2 00. **33**, 137.

100. Kann an den Zifferblättern von Kontrolluhren Urkundenfälschung begangen werden? I. 11/7 01. **34**, 435.

d) Verfälschen, fälschlich anfertigen.

101. Setzt der Begriff des „Verfälschens" eine echte Urkunde voraus? Kann eine fälschlich angefertigte Urkunde verfälscht werden? II. 8/4 81. **4**, 69; II. 8/11 81. **5**, 151.

102. Ist die mit dem Namen eines anderen unter dessen Zustimmung ausgestellte Urkunde als unecht anzusehen, wenn die Zustimmung rechtlich wirkungslos ist? Hat im Geltungsbereiche des preußischen Land-

rechts die Vollziehung einer Wechselunterschrift durch einen anderen bei Zustimmung des Namensträgers rechtliche Wirksamkeit? II. 8/11 81. **5**, 151.

103. Ist die Zustimmung eines anderen dazu, daß eine Urkunde mit seinem Namen unterzeichnet wird, geeignet, den Tatbestand der Urkundenfälschung auszuschließen, wenn die Zustimmung zwecks Täuschung im Rechtsverkehre erteilt ist? II. 20/11 94. **26**, 220; I. 18/2 92. **22**, 377; I. 14/11 87. **16**, 325.

104. Liegt in der unberechtigten Änderung einer Urkunde eine Verfälschung auch dann, wenn der veränderte Inhalt der Wahrheit entspricht? Wann ist die Änderung eine unberechtigte? I. 17/1 81. **3**, 324; III. 14/12 81. **5**, 259.

105. Ist die Annahme der fälschlichen Anfertigung einer Urkunde dadurch ausgeschlossen, daß das, was die Urkunde zu beweisen geeignet ist, einer wahren Tatsache entspricht? III. 13/10 92. **23**, 249.

106. Können Handelsbücher Gegenstand einer Urkundenfälschung sein? Begründet die Veränderung eines Eintrags in dem eigenen Handelsbuche in einen solchen mit unrichtigem Inhalte und der demnächstige Gebrauch des Handelsbuchs eine Urkundenfälschung? III. 9/2 81. **4**, 4; I. 23/1 82. **5**, 430.

107. Kann von einem Vollkaufmanne durch Änderung an zurückbehaltenen Abschriften von Handelsbriefen Urkundenfälschung begangen werden? III. 27/2 02. **35**, 145.

108. Worin besteht das Wesen der falschen Anfertigung einer Privaturkunde? Kann eine falsche Anfertigung darin gefunden werden, daß sich jemand bei der Unterzeichnung einer Urkunde eine ihm nicht zukommende Eigenschaft beilegt? III. 14/12 81. **5**, 259. (S. auch II. 21/5 95. **27**, 276.)

109. Kann eine unechte Urkunde als hergestellt angenommen werden, wenn eine unverheiratete Ausstellerin als Ehefrau unterzeichnet? IV. 26/3 97. **30**, 43.

110. Ist die Anfertigung einer falschen Urkunde anzunehmen, wenn jemand einen Check bei der Einlösung entgegen der vom Checkausgeber getroffenen Bestimmung mit einem ihm nicht zukommenden Namen unterzeichnet? II. 20/6 02. **35**, 303.

111. Ist die Annahme einer Fälschung ausgeschlossen, wenn der, welcher die Urkunde unter einer falschen Namensbezeichnung ausstellt, schon vorher sich den falschen Namen beigelegt hat und durch die Fälschung nur die schon vorher bewirkte Täuschung unterhalten will? III. 11/1 86. **13**, 245.

112. Ist die Annahme einer Urkundenfälschung ausgeschlossen, wenn eine Urkunde unter dem Namen einer gar nicht existierenden Person ausgestellt wird? II. 8/11 81. **5**, 151; III. 12/3 83. **8**, 187.

113. Kann in der Beschädigung einer Urkunde zugleich eine Fälschung gefunden werden? Worin liegt der rechtliche Unterschied von Beschädigung und Fälschung? II. 4/3 81. **3**, 370; IV. 25/10 89. **20**, 6.

114. Inwiefern kann Urkundenfälschung verübt werden durch Unter-

zeichnung einer Urkunde mit dem richtigen Namen, namentlich auch dadurch, daß die eine Urkunde mit dem Rufnamen, eine zweite mit einem anderen Vornamen unterzeichnet wird? I. 9/5 81. **4**, 157; II. 15/12 85. **13**, 171; II. 21/5 95. **27**, 277.

115. Was ist unter Echtheit einer Urkunde zu verstehen? Wird die Echtheit durch die Unwahrheit des Inhalts beeinträchtigt, oder dadurch, daß der Unterzeichner durch Täuschung über den Inhalt zur Unterzeichnung der Urkunde veranlaßt worden ist? I. 31/3 84. **10**, 273; II. 1/2 84. **10**, 68; III. 12/3 83. **8**, 187; III. 1/2 82. **5**, 410.

116. Über Änderung des Datums in Urkunden, die nach preußischen Gesetzen stempelpflichtig sind, s. oben Nr. 62—64 S. 193.

117. Macht sich einer Fälschung schuldig, wer zur Verdeckung einer Steuerdefraude seine — ihm vom Untersuchungsrichter zum Besitz überlassenen — Geschäftsbücher ändert? III. 5/7 00. **33**, 333. Vgl. III. 1/5 80. **2**, 33.

118. Kann die Beifügung eines Domizilvermerks durch den Nehmer eines Blankoacceptes eine Urkundenfälschung begründen? II. 20/9 81. **4**, 410.

119. Unter welchen Voraussetzungen wird durch die Änderung eines Eintrags in dem Brauregister eines fixierten Brauers Urkundenfälschung verübt? III. 20/12 83. **10**, 11.

120. Unter welchen Voraussetzungen liegt in der Unterzeichnung einer Quittung von seiten des Empfängers einer Zahlung mit einem falschen Namen eine Urkundenfälschung? III. 5/2 81. **3**, 337.

121. Ist die fälschliche Anfertigung einer Urkunde als gegeben anzunehmen, wenn ein Schriftstück von dem Verfasser unbefugt mit der Namensunterschrift eines anderen versehen, aber ersichtlich gemacht ist, daß der ungenannte Verfasser die Namensunterschrift des anderen in dessen Auftrage geschrieben habe? I. 18/11 82. **8**, 173.

122. Liegt Urkundenfälschung vor, wenn eine Berechnung und ein darauf bezüglicher Quittungsvermerk auf demselben Blatte stehen und nur die Berechnung gefälscht, von dem ganzen Schriftstücke aber zum Zwecke der Täuschung Gebrauch gemacht wird? IV. 11/10 89. **19**, 403.

123. Kann in der widerrechtlichen Beseitigung des Außerkurssetzungsvermerks eine Verfälschung des außer Kurs gesetzten Inhaberpapiers gefunden werden? IV. 25/10 89. **20**, 6.

124. Kann eine Verfälschung darin gefunden werden, daß die Namensunterschrift eines Beamten unter einer öffentlichen Urkunde unleserlich gemacht worden ist? II. 1/2 01. **34**, 114.

125. Kann die Urkundenfälschung darin gefunden werden, daß ein Gerichtsschreiber die Reinschrift einer Verfügung des Richters wissentlich unrichtig fertigt und den Richter, der davon keine Kenntnis hat, zur Vollziehung veranlaßt? IV. 16/2 94. **25**, 127.

126. Wird Urkundenfälschung verübt durch die Tilgung eines Vermerks, welcher in einem gemäß § 5 der preußischen Verordnung, betreffend die Legitimationsatteste bei Pferdeveräußerungen, vom 13. Februar 1843

ausgestellten Atteste über eine Eigenschaft des Pferdes aufgenommen ist? II. 22/11 95. **28**, 43.

127. Ist die Annahme einer Verfälschung unbedingt ausgeschlossen, wenn zur Zeit der Abänderung noch ein Teil des Inhalts der später vervollständigten Urkunde gefehlt hat? I. 23/4 88. **17**, 328.

128. Ist die objektive Rechtswidrigkeit der Abänderung einer Urkunde schon dann gegeben, wenn dadurch das obligatorische Recht eines anderen verletzt wird? II. 14/12 00. **34**, 50; III. 20/12 83. **10**, 11.

129. Ist die Abänderung einer Vertragsurkunde auch dann objektiv rechtswidrig, wenn ihr ursprünglicher Inhalt inzwischen durch einen anderen Vertrag zur Grundlage eines neuen Rechtsverhältnisses zwischen einem der beiden Teile, die den ersten Vertrag miteinander abgeschlossen haben, und einem Dritten geworden ist und jener eine Änderung an dem ursprünglichen Inhalte der Urkunde ohne Zustimmung des Dritten vornimmt?

Wird in einem solchen Falle schon durch den obligatorischen Anspruch des Dritten auf Übergabe der Urkunde die Befugnis seines Vertragsgegners ausgeschlossen, ohne seine Zustimmung den ursprünglichen Inhalt der Urkunde über den ersten Vertrag zu ändern? II. 14/12 00. **34**, 50.

130. Liegt Verfälschung einer öffentlichen Urkunde vor, wenn in einer gemäß § 9 Abs. 2 des preußischen Gesetzes über das Notariat vom 15. Juli 1890 bei den Notariatsakten zurückzubehaltenden beglaubigten Abschrift der Inhalt der Gebührenrechnung, welche dem Urkundentexte beigefügt und mit beglaubigt ist, unbefugt verändert wird? IV. 17/9 01. **34**, 360.

131. Kann die fälschliche Anfertigung einer Urkunde darin gefunden werden, daß der von der Vertretung ausgeschlossene Teilhaber einer offenen Handelsgesellschaft eine beweiserhebliche Urkunde mit dem Namen der Firma der Gesellschaft unterzeichnet? IV. 25/9 00. **33**, 397.

132. Kann eine fälschliche Anfertigung darin gefunden werden, daß jemand den ihm von einer Behörde zur Benutzung in anderer Richtung anvertrauten Stempel der Behörde zu einer deren Willen zuwiderlaufenden Stempelung verwendet? I. 12/1 85. **12**, 17.

133. Enthält die Beseitigung eines Eintrags in einem Kontobuche stets die Verfälschung einer Privaturkunde? III. 10/7 02. **35**, 331.

c) Gebrauchmachen zum Zwecke der Täuschung.

134. Liegt ein Gebrauchmachen zum Zwecke der Täuschung vor, wenn ein Schriftstück nicht als falsches Beglaubigungsmittel, sondern in anderer Weise zur Täuschung benutzt wird? IV. 21/1 96. **28**, 130; III. 5/2 81. **3**, 337.

135. — wenn die inhaltlich verfälschte Urkunde zur Täuschung über eine darin nicht bekundete Tatsache (z. B. die Berechtigung des Ausstellers zur Ausstellung der Urkunde unter fremdem Namen) vorgelegt wird? IV. 18/1 95. **26**, 383; III. 18/4 82. **6**, 202.

136. Ist es notwendig, daß zur Realisierung desjenigen Rechtsverhältnisses, zu dessen Beweis die Urkunde dient, und gegenüber einer

an dem betreffenden Rechtsverhältnisse Beteiligten von der Urkunde Gebrauch gemacht wird? I. 5/2 80. **1**, 186; II. 10/2 82. **5**, 437; I. 28/9 82. **7**, 52; III. 12/3 83. **8**, 187.

137. Ist es notwendig, daß von der Urkunde zur Täuschung über dasjenige Rechtsverhältnis, für dessen Beweis die Urkunde von Erheblichkeit ist, Gebrauch gemacht wird? IV. 28/2 99. **32**, 56; I. 1/4 89. **19**, 113; III. 5/2 81. **3**, 337. Vgl. III. 12/3 83. **8**, 187; IV. 13/6 93. **24**, 210.

138. Genügt für das Begriffsmerkmal des Gebrauchmachens, wenn der Täter eine Täuschung mittels des Scheins der Echtheit bezweckt und dem zu Täuschenden die sinnlichen Wahrnehmungen ermöglicht, wenn er Veranstaltungen trifft, daß die Urkunde zur Einsicht des zu Täuschenden gelangt, bezw. den Inhalt der Urkunde durch Vorlesen zu dessen Kenntnis bringt? III. 30/9 82. **7**, 53; II. 25/6 86. **14**, 242; IV. 10/12 86. **15**, 110; I. 11/3 89. **19**, 71; I. 8/4 89. **19**, 215; IV. 17/9 01. **34**, 360.

139. Liegt ein Gebrauchmachen zum Zwecke der Täuschung schon darin, daß die gefälschte Urkunde einem von dem Sachverhalte unterrichteten Boten zu dem Zwecke eingehändigt wird, daß sie dieser dem zu Täuschenden unter Verschweigung des Sachverhalts übergebe? III. 28/2 80. **1**, 230.

140. Kann das Gebrauchmachen von einer gefälschten Urkunde schon darin gefunden werden, daß eine Abschrift der Urkunde dem Prozeßrichter vorgelegt wird? III. 27/6 87. **16**, 228.

141. Wird von der gefälschten Urkunde Gebrauch gemacht, wenn diese bei der Einklagung eines aus ihr hergeleiteten Anspruchs der Klageschrift als Anlage beigefügt wird? III. 29/4 95. **27**, 184.

142. Kann in der Übergabe der beglaubigten Abschrift zum Zwecke der Zustellung eines Schriftstücks ein Gebrauchmachen nicht bloß von der Abschrift, sondern zugleich von der Urschrift gefunden werden? IV. 11/7 02. **35**, 337.

143. Inwieweit ist ein Gebrauchmachen darin zu finden, daß die Urkunde einem zur Prozeßführung ermächtigten Rechtsanwalte übergeben wird? II. 10/2 82. **5**, 437; III. 27/6 87. **16**, 228.

144. Liegt in der Veröffentlichung einer gefälschten Urkunde als Zeitungsinserat ein Gebrauch der abgedruckten falschen Urkunde zum Zwecke der Täuschung? III. 13/10 92. **23**, 249.

145. Wird von einer falschen Urkunde dadurch Gebrauch gemacht, daß ein Schriftstück mit gefälschtem Stempelabdrucke einer Behörde öffentlich angeschlagen wird? I. 12/1 85. **12**, 17.

146. Über das Gebrauchmachen durch Übergabe eines fälschlich ausgefüllten Testamentsentwurfs an den die gerichtliche Hinterlegung intendierenden Testator s. § 269 Nr. 1 S. 202.

147. Ist ein Gebrauchmachen auch dann anzunehmen, wenn die Urkunde zur Täuschung über den Inhalt nur in Erfüllung der Editionspflicht vorgelegt wird?

Kommt es darauf an, ob der Täter über eigene oder fremde Rechte hat täuschen wollen? III. 18/12 80. **3**, 169.

148. Gehört zur Vollendung, daß die bezweckte Täuschung erreicht ist? I. 3/5 80. **2**, 42.

149. Ist in der Übergabe einer mit falschem Namen unterzeichneten Depesche an den Telegraphenbeamten zum Zwecke der Weiterbeförderung an den Adressaten und in der Aushändigung der Ankunftsdepesche an den Adressaten durch die Telegraphenbehörde das Gebrauchmachen von einer falschen Urkunde durch den Absender zu erkennen? Pl. 6/3 83. **8**, 92.

150. Liegt in dem Vorlegen einer gefälschten Privaturkunde an einen elsaß-lothringischen Enregistrementsbeamten zum Zwecke des Enregistrements ein Gebrauchmachen? I. 11/10 80. **2**, 320.

f) Subjektiver Tatbestand.

151. Wird durch die bloße Hoffnung, daß die Unterzeichnung einer Urkunde mit dem Namen eines anderen von diesem später genehmigt werden würde, die Rechtswidrigkeit der Unterzeichnung ausgeschlossen?

Ist der eine Urkunde unbefugt mit dem Namen eines anderen Unterzeichnende straffrei, wenn er aus Rechtsirrtum seine in Erwartung der Zustimmung des Namensträgers gefertigte Unterzeichnung für rechtswirksam gehalten hat? II. 2/5 82. **6**, 251. S. auch II. 6/11 81. **5**, 151.

152. Ist der zur Urkundenfälschung gehörige Vorsatz ausgeschlossen, wenn jemand mit dem Namen eines anderen eine Quittung ausstellt in der irrigen Auffassung, hierzu berechtigt zu sein? IV. 17/6 92. **23**, 178.

153. Was ist unter der zur Urkundenfälschung gehörigen „rechtswidrigen Absicht" zu verstehen? Ist dieselbe ausgeschlossen durch die Wahrheit der Tatsache, für deren Beweis die gefälschte Urkunde benutzt wird? I. 13/2 02. **35**, 117; II. 20/11 94. **26**, 220; III. 13/10 92. **23**, 249; I. 30/6 90. **21**, 69; I. 13/2 88. **17**, 200; II. 20/3 85. **12**, 112; II. 4/1 84. **9**, 399; I. 3/6 80. **2**, 173; II. 22/10 80. **2**, 376. Vgl. III. 4/2 80. **1**, 293; III. 5/2 81. **3**, 337.

154. Begeht derjenige eine Urkundenfälschung, welcher zur Abwendung einer ihm drohenden strafrechtlichen Untersuchung eine Urkunde fälscht und von dieser zu gedachtem Zwecke Gebrauch macht? II. 4/1 84. **9**, 399; I. 3/11 81. **5**, 149; III. 16/3 85. **12**, 170; III. 5/7 00. **33**, 333. Vgl. III. 1/5 80. **2**, 33.

g) Konkurrenz, Verhältnis zu anderen Straftaten.

155. Unter welchen Voraussetzungen bildet das Gebrauchmachen von mehreren gefälschten Urkunden zum Zwecke der Täuschung nur eine Straftat? III. 11/11 86. **15**, 290; II. 22/1 97. **29**, 327.

156. Liegt Urkundenfälschung in realer Konkurrenz vor, wenn der Angeklagte die Urkunde fälschlich angefertigt und von derselben verschiedenen Personen gegenüber zum Zwecke der Täuschung Gebrauch gemacht hat? III. 2/2 81. **3**, 311.

157. Ist die Anwendung des § 267 beim Vorhandensein der Tatbestandsmerkmale der §§ 277. 279 St.G.B.'s in jedem Falle ausgeschlossen? I. 1/12 81. **6**, 1.

158. Über das Verhältnis zur Straftat des § 363 St.G.B.'s s. dort.

159. Über das Verhältnis zu der in § 169 St.G.B.'s vorgesehenen Straftat. III. 9/12 86. **15**, 67.

160. Ist bezüglich der Urkundenfälschung aus § 267 und § 270 St.G.B.'s alternative Feststellung zulässig? III. 2/6 02. **35**, 299.

1. Ist die Rechtswidrigkeit des erstrebten Vermögensvorteils Voraussetzung der Anwendung? I. 30/6 90. **21**, 69; III. 16/10 84. **11**, 155; I. 3/5 80. **2**, 42. § 268

2. Bildet die Abänderung eines ungünstigen Civilurteils einen Vermögensvorteil im Sinne des § 268? I. 5/2 80. **1**, 186.

3. Greift § 268 Platz, wenn der gesuchte Vermögensvorteil nur in der Einbildung des Täters vorhanden ist? IV. 21/10 98. **31**, 286; I. 5/2 80. **1**, 186.

4. Gehört zur Vollendung der Straftat, daß der Täter den Vermögensvorteil wirklich erlangt, bezw. einem anderen wirklich Schaden zugefügt hat? I. 3/5 80. **2**, 42.

5. Ist die Zahlung einer begründeten Forderung unbedingt ein Vermögensvorteil im Sinne des § 268? III. 16/10 84. **11**, 155.

6. Genügt die Absicht, sich einen bereits erlangten Vermögensvorteil zu sichern, zur Anwendung des § 268? II. 5/2 84. **10**, 76; I. 7/5 80. **2**, 53.

7. Kann die Absicht, einen Vermögensvorteil zu erlangen, in der Anzeige eines Meineids bei der Staatsanwaltschaft behufs Strafverfolgung gefunden werden? II. 4/3 81. **3**, 370.

8. Greift § 268 Platz, wenn die Urkundenfälschung darauf abzielte, einem anderen die Vergütung für dessen unsittliche Handlung zu entziehen? I. 20/6 95. **27**, 300.

9. Ist es erforderlich, daß der Täter den Vermögensvorteil lediglich durch den Gebrauch der falschen Urkunde zu erlangen gesucht hat? IV. 25/10 89. **20**, 6.

10. Über Erstrebung eines Vermögensvorteils s. auch § 263 Nr. 108 ff. S. 183, § 272 S. 208.

11. Wird die Absicht „einem anderen Schaden zuzufügen" auch erfüllt durch das Streben, einen anderen an der Ehre zu schädigen, oder muß die Absicht auf Zufügung eines Vermögensschadens gerichtet sein? III. 12/3 83. **8**, 187; II. 13/2 00. **33**, 137.

12. Schließt der Glaube an die Wahrheit einer mit fremdem Namen fälschlich unterzeichneten Strafanzeige notwendig die Absicht des Fälschers aus, dem Angezeigten Schaden zuzufügen? I. 28/3 01. **34**, 243.

13. Ist neben der Feststellung des besonderen, in § 268 vorgesehenen straferhöhenden Umstands auch noch die Feststellung geboten, daß die Fälschung in rechtswidriger Absicht geschehen ist? I. 6/12 80. **3**, 168.

14. Über Konkurrenz von schwerer Urkundenfälschung und Betrug. III. 3/12 79. **1**, 111; I. 3/5 80. **2**, 42; III. 18/12 80. **3**, 169.

15. Ist der Angeklagte Anstifter oder ist er Täter einer aus § 268 strafbaren Urkundenfälschung, wenn in der Person desjenigen, welcher in seinem Auftrage gefälscht und die gefälschte Urkunde zum Zwecke der Täuschung gebraucht hat, ein nur dem § 267 St.G.B.'s entsprechender, in der des Angeklagten aber ein dem § 268 entsprechender Dolus vorliegt? III. 8/12 80. **3**, 95.

16. Ist eine schwere Urkundenfälschung anzunehmen, wenn jemand

in der Absicht, sich einer kriminellen Geldstrafe zu entziehen, eine eigene Urkunde verfälscht? III. 5/7 00. **33**, 333. Vgl. III. 1/5 80. **2**, **34**.

17. Ist die fälschliche Anfertigung einer Urkunde, solange dieselbe noch nicht zum Zwecke der Täuschung gebraucht ist, Versuch oder Vorbereitungshandlung? I. 2/10 82. **7**, 54.

18. Liegt der Anfang der Ausführung einer Urkundenfälschung vor, wenn jemand eine Urkunde fälschlich anfertigt mit dem Entschlusse, für den Fall des Eintritts eines noch ungewissen Ereignisses von dem Falsifikate Gebrauch zu machen? IV. 27/5 87. **16**, 133.

19. Liegt ein Versuch der Urkundenfälschung vor, wenn die Handlung des Täters, welcher die von ihm beabsichtigte Urkundenfälschung mittels Anfertigung der Urkunde auf mechanischem Wege — durch Holzdruck — begehen wollte, nur bis zu der Herstellung des Holzstockes und Anfertigung eines Probedrucks gediehen ist? III. 17/12 85. **13**, 212.

20. Ist strafbarer Versuch der Urkundenfälschung möglich, wenn a. die Wechselsumme in einem Blankoaccepte verfälscht wird, oder b. der Fälscher jene Urkunde irrtümlich für einen vollgültigen Wechsel hält? III. 28/10 82. **7**, 183.

§ 269 1. Kann der Tatbestand darin gefunden werden, daß einem mit Unterschrift versehenen, zur gerichtlichen Hinterlegung bestimmten Testamentsentwurfe durch eine wider den Willen des Testators vorgenommene Ausfüllung einer Lücke ein urkundlicher Inhalt gegeben wird? Kann in der Übergabe des so ergänzten Testamentsentwurfs an den Testator im Hinblick auf die unterstellte gerichtliche Hinterlegung ein Gebrauchmachen zum Zwecke der Täuschung gefunden werden? II. 9/10 94. **26**, 138.

2. Ist der Begriff der „Unterschrift" auf die durch Schreiben bewirkte Namenszeichnung beschränkt, oder umfaßt derselbe auch die durch Druck oder sonst auf mechanischem Wege hergestellte Namenszeichnung? III. 13/11 90. **21**, 183.

3. Unterschied zwischen Verfälschung einer Urkunde im Sinne des § 267 und Blankettfälschung im Sinne des § 269 St.G.B.'s. Ist die Anwendbarkeit des § 269 dadurch bedingt, daß „das mit der Unterschrift eines anderen versehene Papier" schlechthin einen urkundlichen Inhalt im Sinne des § 267 noch nicht habe, oder genügt es, wenn das mit der Unterschrift versehene Schriftstück nur diejenige Urkunde noch nicht vollendet enthält, welche es bei vollständiger Ausfüllung zum Ausdrucke zu bringen seiner Natur nach bestimmt ist? III. 9/12 86. **15**, 67.

4. Anwendung des § 269 auf die unbefugte Ausfüllung von Papieren mit wechselrechtlichem Inhalte. Findet § 269 Anwendung, wenn die Ausfüllung mit einem wechselrechtlichen Inhalte auf einen höheren Betrag erfolgte, als wozu der Ausfüllende die Erlaubnis hatte? I. 6/12 80. **3**, 142.

5. Müssen zur Erfüllung des Tatbestands des § 269 neben der hier erwähnten Handlung noch die übrigen Merkmale des § 267 bezw. 268 hinzutreten? II. 18/1 81. **3**, 227.

6. Über den Begriff von Urkunde 2c s. weiter oben § 267 S. 189.

§ 270

1. Setzt der Tatbestand voraus, daß die Urkunde, von welcher zum Zwecke der Täuschung Gebrauch gemacht ist, in rechtswidriger Absicht fälschlich angefertigt oder verfälscht ist? II. 8/4 81. **4**, 69.

2. Setzt § 270 voraus, daß in rechtswidriger Absicht von der falschen oder verfälschten Urkunde Gebrauch gemacht wird? Muß dieses Merkmal in der den Geschworenen vorgelegten Frage zum Ausdrucke gebracht werden? II. 20/3 85. **12**, 112.

3. Auf welche Art von Urkunden hat § 270 Bezug? II. 20/3 85. **12**, 112.

4. Wird der wissentliche Gebrauch einer echten, aber falsche Tatsachen versichernden Urkunde zum Zwecke der Täuschung von § 270 betroffen? II. 1/2 84. **10**, 68; II. 26/10 86. **15**, 4.

5. Kann in dem Falle, wenn jemand von einer durch ihn verfälschten Urkunde mehrfach Gebrauch macht, reale Konkurrenz mehrerer Vergehen gegen § 267 und gegen § 270 angenommen werden? III. 11/11 86. **15**, 290; III. 2/2 81. **3**, 311.

6. Wie ist bei einer aus § 270 in Verbindung mit § 269 St.G.B.'s erhobenen Anklage die den Geschworenen vorzulegende Frage zu fassen? II. 14/10 92. **23**, 259.

7. Kann eine Verurteilung erfolgen auf Grund der Feststellung, daß entweder der Tatbestand des § 270 oder der des § 273 St.G.B.'s vorliege? II. 1/2 84. **10**, 68.

8. Sind die Tatbestände von § 270 und § 267 miteinander verträglich?

Welche Straftat liegt vor, wenn jemand eine Urkunde fälschlich angefertigt und einem anderen übergeben, und der letztere, der bezüglich der Echtheit nicht getäuscht ist, von der gefälschten Urkunde zum Zwecke der Täuschung Gebrauch gemacht hat? II. 28/6 81. **4**, 341.

9. Über das Verhältnis der Strafbestimmungen in §§ 267, 270 St.G.B.'s? Können die Geschworenen bei einer aus § 267 gestellten Frage durch einen Zusatz in ihrer Antwort den Angeklagten einer Urkundenfälschung im Sinne des § 270 schuldig erklären? I. 7/11 01. **34**, 414.

10. Ist bezüglich der Urkundenfälschung aus § 267 u. § 270 St.G.B.'s alternative Feststellung zulässig? III. 2/6 02. **35**, 299.

11. Über den Begriff von Urkunde s. noch § 267 S. 189.

§ 271

1. Was ist unter dem „vorsätzlichen Bewirken" einer falschen öffentlichen Beurkundung zu verstehen? Inwiefern kann ein solches bei der Täuschung einer Mittelsperson angenommen werden? III. 6/12 83. **9**, 288; I. 25/2 86. **13**, 367; III. 7/3 95. **27**, 100; IV. 28/1 98. **30**, 429.

2. Findet der Begriff der Anstiftung bei dem Vergehen Anwendung? Unter welchen Voraussetzungen kann Täterschaft und Anstiftung bei derselben Person ideell konkurrieren? IV. 28/1 98. **30**, 429.

3. Unter welchen Voraussetzungen greift § 271 Platz, wenn eine Privatperson bewirkt, daß von ihr abgegebene unwahre Erklärungen in öffentliche Bücher aufgenommen werden? I. 13/3 84. **10**, 243.

4. Kann § 271 Anwendung finden, wenn ein Beamter durch Einreichung einer falschen Liquidation verleitet wird, deren Richtigkeit zu attestieren? III. 7/3 95. **27**, 100.

5. Kann § 271 Platz greifen, wenn der eine Erklärung 2c Beurkundende von der Unrichtigkeit Kenntnis hat? II. 3/6 81. **4**, 246.

6. Ist die Anwendung des § 271 ausgeschlossen, wenn die ein Bewirken der falschen Beurkundung enthaltende Handlung des Nichtbeamten den Tatbestand der Teilnahme an einem Vergehen gegen § 348 St.G.B.'s erfüllt?

Setzt die Anwendung des § 271 die Feststellung voraus, daß der Beamte, welcher falsch beurkundet hat, dies nicht vorsätzlich getan habe, vielmehr getäuscht worden sei? III. 19/10 85. **13**, 52.

7. Können Eintragungen, Vermerke 2c, für welche die fraglichen öffentlichen Urkunden, Bücher oder Register keine Beweiskraft besitzen, oder für deren beweiskräftige Beurkundung die letzteren nicht bestimmt sind, zur Feststellung des Vergehens in Betracht gezogen werden? III. 30/6 90. **21**, 31; I. 21/5 87. **16**, 87.

8. Erheischt der subjektive Tatbestand die Überzeugung des Täters von der Unrichtigkeit der beurkundeten Tatsache 2c? Kann dolus eventualis genügen? II. 28/12 88. **18**, 309.

9. Was versteht § 271 unter Erheblichkeit für Rechte oder Rechtsverhältnisse? Begreift das Moment auch die Beweiserheblichkeit für Rechte und Rechtsverhältnisse in sich? II. 29/11 81. **5**, 175.

10. Kann durch Erklärung einer falschen Tatsache vor einer zur Entgegennahme der Erklärung nicht befugten Person und Eintragung der Tatsache durch diese Person in das Standesregister eine öffentliche Beurkundung im Sinne des § 271 bewirkt werden? IV. 3/3 85. **12**, 62.

11. Wird der Tatbestand des § 271 dadurch erfüllt, daß auf unrichtige Angaben noch nicht großjähriger Ehezeugen der Standesbeamte die letzteren im Heiratsregister als im großjährigen Lebensalter befindlich aufgeführt hat? III. 20/1 87. **15**, 256.

12. Gehört bei einem Sterberegister der Familienstand des Anzeigenden zu den durch die Urkunde zu erweisenden Tatsachen? Was ist unter „Stand" nach dem Personenstandsgesetze zu verstehen? I. 21/5 87. **16**, 87.

13. Liegt eine falsche Beurkundung im Sinne des § 271 vor, wenn der Standesbeamte auf Grund unrichtiger Angaben des Bräutigams den letzteren in der öffentlichen Bekanntmachung des Aufgebots, oder in dem Protokolle über Nachsuchung des Aufgebots als ledig oder als Witwer bezeichnet?

Sind die in der Provinz Hannover bei den Standesämtern geführten Register, in welche die Angaben der Verlobten über ihre persönlichen Verhältnisse eingetragen werden, als öffentliche Register im Sinne des § 271 anzusehen? III. 12/12 89. **20**, 249.

14. Kann intellektuelle Urkundenfälschung dadurch verübt werden, daß sich jemand wider der Wahrheit als Vater eines unehelichen Kindes

bekennt und in das Geburtsregister als Vater eintragen läßt? III. 19/2 91. **21**, 411; I. 10/11 79. **1**, 9.

15. In welches Standesregister ist die Anerkennung der Vaterschaft eines unehelichen Kindes einzutragen? I. 28/10 89. **20**, 15.

16. Ist der Tatbestand des § 271 gegeben, wenn bei dem Aufgebotsantrage vor dem Standesbeamten von den Verlobten die Namen der Eltern und der Wohnort wissentlich falsch angegeben worden sind? III. 4/6 91. **22**, 60.

17. Macht sich eine geschiedene Ehefrau, welche sich bei der Wiederverheiratung vor dem Standesbeamten lediglich mit ihrem Geschlechtsnamen und als ledig bezeichnet, eines Vergehens gegen § 271 schuldig? Ist es hierbei von Einfluß, daß in dem Staate, in welchem die Ehescheidung erfolgt ist, und in dem Staate, in welchem die Wiederverheiratung stattfindet, über die Namensführung geschiedener Ehefrauen voneinander abweichende Bestimmungen bestehen? III. 6/11 93. **24**, 360.

18. Ist der Tatbestand gegeben, wenn der Standesbeamte auf Grund wissentlich falscher Erklärung des Anzeigenden in das Geburtsregister eine unrichtige Angabe der Religion einträgt? IV. 29/12 94. **26**, 347.

19. Inwiefern liegt die Straftat vor, wenn bei der Anzeige eines Geburtsfalls falsche Angaben über die Wohnung, in der die Geburt erfolgt ist, sowie über die eigene Anwesenheit des Anzeigenden dabei gemacht sind und daraufhin die Eintragung mit entsprechenden Vermerken bewirkt ist? IV. 28/1 98. **30**, 429; II. 20/5 81. **4**, 194.

20. Was ist „Geburt" im Sinne des Reichsgesetzes über die Beurkundung des Personenstandes vom 6. Februar 1875? III. 29/10 00. **33**, 435.

21. Greift § 271 Platz, wenn der Standesbeamte in das Heiratsregister auf Grund wissentlich falscher Erklärung der Eheschließenden eine unrichtige Angabe über Leben oder Tod der Eltern derselben einträgt? I. 29/4 01. **34**, 263.

22. Greift § 271 Platz, wenn der Standesbeamte durch wissentlich falsche Angaben der Eheschließenden bestimmt wird, deren Stand unrichtig in das Heiratsregister einzutragen? II. 14/11 99. **32**, 386.

23. Greift § 271 Platz, wenn ein Angeschuldigter in der Hauptverhandlung, bezw. bei einer sonstigen — polizeilichen oder gerichtlichen — Vernehmung durch unwahre Angaben über seine persönlichen Verhältnisse bewirkt, daß diese unwahren Angaben in das Protokoll aufgenommen werden? I. 18/12 84. **11**, 314; II. 4/11 84. **11**, 188; III. 29/9 84. **11**, 126; I. 13/3 84. **10**, 243. Vgl. II. 21/1 81. **3**, 204; II. 29/11 81. **5**, 175.

24. Findet § 271 Anwendung, wenn jemand vorsätzlich die Aufnahme falscher Erklärungen in die Straflisten bewirkt? II. 29/11 81. **5**, 175; II. 21/1 81. **3**, 204.

25. Greift § 271 Platz, wenn jemand durch falsche Angaben über seine persönlichen Verhältnisse bewirkt, daß in dem nach dem preußischen Gefängnisreglement vom 16. März 1881 geführten Gefangenbuche I oder

Gefangenbuche II unrichtige Einträge gemacht werden? I. 10/7 93. **24**, 308; IV. 24/6 85. **12**, 315; II. 4/11 84. **11**, 188; II. 5/1 83. **7**, 373.

26. Sind die in preußischen Gefangenanstalten geführten Listen über eingelieferte Gefangene, wenn sie nicht zu den vom Justizminister vorgeschriebenen Gefangenbüchern gehören, als öffentliche Register anzusehen? IV. 1/5 96. **28**, 336.

27. Haben die vom preußischen Minister des Inneren für die Gefängnisse seines Ressorts durch Erlaß vom 22. März 1898 an Stelle der früheren „Mutterregister" eingeführten Gefangenbücher die Eigenschaft öffentlicher Bücher oder Register im Sinne des § 271? I. 24/6 01. **34**, 299.

28. Sind die bei den braunschweigischen Amtsgefängnissen geführten Kerkerregister öffentliche Register im Sinne des § 271? III. 3/10 98. **31**, 262.

29. Sind die Strafgefangenverzeichnisse der bayerischen Gefängniswärter öffentliche Urkunden? Inwieweit macht sich jemand nach § 271 strafbar, wenn er einen unrichtigen Eintrag in jene Verzeichnisse bewirkt? I. 3/5 88. **17**, 402; I. 15/2 92. **22**, 345.

30. Sind die von den bayerischen Gefängniswärtern in die Verzeichnisse der Untersuchungsgefangenen oder in die von ihnen zu erstattenden Anzeigen aufzunehmenden Einträge des Namens, Gewerbes und Wohnorts der Untersuchungsgefangenen als Beurkundungen im Sinne des § 271 aufzufassen? I. 4/2 86. **13**, 334.

31. Begeht ein Beschuldigter, welcher bewirkt, daß der von ihm angegebene falsche Namen in die in Württemberg vorgeschriebene amtsgerichtliche Gefängnisliste für Untersuchungsgefangene eingetragen und in der Folge, nach der unter jenem falschen Namen erfolgten Verurteilung, in der von dem Amtsrichter behufs Strafvollstreckung erlassenen Verfügung als der Namen des Verurteilten angeführt wird, ein Vergehen gegen § 271? I 1/4 86. **14**, 11.

32. Sind die von den Gefängnisaufsehern in Elsaß-Lothringen zu führenden Gefangenregister öffentliche Register? I. 7/3 01. **34**, 208.

33. Kann der Tatbestand darin gefunden werden, daß im Einwohnermelderegister auf Grund falscher Meldung über Namen und Familienstand eines Neuangezogenen unrichtige Eintragungen bewirkt werden? II. 2/6 85. **12**, 228.

34. Findet § 271 Anwendung auf den, welcher sich ein Abzugsattest oder ein Gesindedienstbuch von der Polizeibehörde auf den Namen eines anderen ausstellen läßt? IV. 20/4 86. **14**, 99.

35. Liegt der Tatbestand vor, wenn ein Arbeitgeber bei der durch § 49 des Krankenversicherungsgesetzes vom 15. Juni 1883 vorgeschriebenen Anmeldung der versicherungspflichtigen Personen, für welche Gemeindekrankenversicherung eintritt, unwahre Angaben über den Beginn der Beschäftigung macht und so bewirkt, daß die unwahren Angaben in das von der Gemeindebehörde über die Anmeldungen geführte Verzeichnis aufgenommen werden? III. 4/4 87. **15**, 414.

36. Greift § 271 Platz, wenn ein Arbeiter durch unwahre Angaben veranlaßt, daß in sein Arbeitsbuch von der Polizeibehörde ein unrichtiger Eintrag über das Geburtsjahr gemacht wird? III. 30/6 90. **21**, 31.

37. Greift § 271 Platz, wenn jemand in einer öffentlichen Urkunde als Bevollmächtigter eines Dritten aufgeführt wird, während in Wahrheit wegen Handlungsunfähigkeit des Vollmachtgebers der Vollmachtauftrag ungültig ist? III. 6/12 83. **9**, 288.

38. Macht sich der, welcher durch seine Anmeldung einen unrichtigen Eintrag im Handelsregister bewirkt, des Vergehens des § 271 schuldig? I. 5/11 88. **18**, 179.

39. Greift § 271 Platz, wenn der Gewerbetreibende vorsätzlich bewirkt, daß in dem von dem öffentlichen Fleischbeschauer über die Untersuchung des von ersterem geschlachteten Tieres ausgestellten Zeugnisse unwahre Angaben über Namen und Wohnort des früheren Besitzers des Schlachttieres enthalten sind? III. 13/3 90. **20**, 313.

40. Hat in Bayern die vom Leichenschauer im Totenscheine nach der Angabe eines Dritten erfolgte Aufzeichnung der Todeszeit die Beweiskraft einer öffentlichen Urkunde, und fällt es unter § 271, wenn durch wahrheitswidrige Angaben bewirkt wird, daß die Aufzeichnung falsch erfolgt? I. 30/11 82. **7**, 335.

41. Ist in Bayern ein von der Ortspolizeibehörde ausgestelltes Zeugnis, durch welches die Dauer des Besitzes eines zur Preisbewerbung vor der Prämiierungskommission des Landesgestütes vorzuführenden Pferdes bestätigt wird, eine öffentliche Urkunde? Ist die Legalität eines solchen Zeugnisses dadurch beeinträchtigt, daß es namens der „Gemeindeverwaltung" ausgestellt wird? I. 25/2 86. **13**, 367.

42. Haben im Gebiete des preußischen Landrechts die kirchlichen Taufregister noch die Eigenschaft von öffentlichen Registern? IV. 30/6 91. **22**, 118.

43. Sind Impfscheine und Impflisten öffentliche Urkunden bezw. Register? II. 28/4 96. **28**, 332.

44. Kann der Tatbestand des § 271 darin gefunden werden, daß ein Gerichtsschreiber in einer Justizverwaltungsangelegenheit die Reinschrift einer Verfügung des Richters wissentlich falsch anfertigt und den Richter, der davon keine Kenntnis hat, zur Vollziehung der Reinschrift veranlaßt? IV. 16/2 94. **25**, 127.

45. Liegt der Tatbestand des § 271 vor, wenn jemand, um auf Grund des § 113 V.Z.G.'s Zollbefreiung zu erlangen, zu Protokoll eines Steuerbeamten falsche Angaben über den Ursprung von Waren macht und so den Beamten zur Ausstellung einer unrichtigen Bescheinigung verleitet? II. 10/7 95. **27**, 350.

46. Über „öffentliche Urkunden" s. auch § 267 Nr. 10ff. S. 189, § 348 Nr. 15ff. S. 252ff.

47. Werden dadurch, daß über Geburt oder Tod eines Kindes, bezw. über Vaterschaft falsche Eintragungen im Standesregister bewirkt werden, Vergehen gegen § 271 und § 169 St.G.B.'s in idealer Konkurrenz verübt? IV. 16/3 94. **25**, 188; III. 19/2 91. **21**, 411.

48. Wann beginnt die Verjährung der Strafverfolgung einer intellektuellen Urkundenfälschung? II. 5/12 90. **21**, 228.

§ 272 Kann die Absicht, sich einen Vermögensvorteil zu verschaffen, darin gefunden werden, daß der Täter das Vergehen gegen § 271 für eine zugesagte oder gewährte Belohnung begeht? II. 9/10 88. **18**, 145.

S. zu § 272 auch **27**, 413.

§ 273 Kann jemand verurteilt werden auf Grund der Feststellung, daß sein Tun entweder den Tatbestand des § 273 oder den des § 270 St.G.B.'s erfülle? II. 1/2 84. **10**, 68.

§ 274

Nr. 1.

1. Über den Begriff von Urkunde s. oben § 267 S. 189.

2. Erfordert der Tatbestand eine beweiserhebliche Urkunde im Sinne des § 267 St.G.B.'s? III. 22/10 83. **9**, 141.

3. Sind die in Ausübung eines Wahlrechts abgegebenen, mit dem Namen des Gewählten beschriebenen Stimmzettel Urkunden im Sinne des § 274? III. 19/10 91. **22**, 182.

4. Muß der, dessen Benachteiligung beabsichtigt ist, der Eigentümer oder Miteigentümer der Urkunde sein? III. 4/2 80. **1**, 181.

5. Wem gehört nach preußischem Landrechte das Eigentum an einer Urkunde, welche über ein zweiseitiges Rechtsgeschäft in nur einem Exemplare errichtet ist? II. 21/3 84. **10**, 213.

6. Unter welchen Voraussetzungen liegt die Beschädigung einer Urkunde vor? Wie unterscheidet sie sich von Verfälschung? Ist eine Beschädigung anzunehmen, wenn die Urkunde in mehrere Stücke zerrissen worden ist, dieselbe aber nach Zusammenfügung der Stücke immer noch als Beweismittel benutzt werden kann? II. 4/3 81. **3**, 370; I. 19/1 84. **10**, 43.

7. Was ist Unterdrücken einer Urkunde im Sinne des § 274? I. 22/1 80. **1**, 159.

8. Inwiefern macht sich der, welcher einen Schuldschein dem Gläubiger wegnimmt, eines Diebstahls und inwiefern der Unterdrückung einer Urkunde schuldig? II. 26/1 83. **8**, 79.

9. Kann in dem Behalten eines irrtümlich von der Post an einen Dritten gelangten Briefes die Unterdrückung einer Urkunde gefunden werden? I. 15/5 84. **10**, 391.

10. Was ist unter der Absicht, einem anderen Nachteil zuzufügen, zu verstehen? Muß die Benachteiligung eines anderen als Ziel des Handelns in das Auge gefaßt sein? Wird die Absicht ausgeschlossen, wenn mit ihr zugleich der Wille des eigenen Vorteils zusammentrifft? II. 24/6 87. **16**, 150; I. 15/5 84. **10**, 391; II. 10/5 98. **31**, 143.

11. Erfordert das Merkmal der Unterdrückung ein gewisses Maß von Heimlichkeit?

Genügt in subjektiver Beziehung die Absicht, einem anderen den Nachweis seines Rechts im Civilprozesse zu erschweren? II. 29/12 91. **22**, 283.

12. Erfordert das Vergehen der Urkundenunterdrückung stets eine auf Beseitigung eines Beweismittels gerichtete Absicht? II. 30/5 90. **20**, 413.

13. Fällt die Unterdrückung oder Vernichtung einer Urkunde zum Zwecke der Stempelhinterziehung unter die Strafbestimmung des § 274? III. 4/2 80. **1**, 181.

14. Kann auf Grund des § 274 Nr. 1 bestraft werden, wer sich in den Grenzen gesetzlich erlaubter Selbsthülfe gehalten, oder doch vermöge eines tatsächlichen Irrtums angenommen hat, innerhalb dieser Grenzen zu handeln? II. 24/6 87. **16**, 150.

15. Kann der Tatbestand dafür gegeben erachtet werden, wo es sich um Vernichtung ꝛc einer Urkunde handelt, deren alleiniger Eigentümer der Täter ist, bezüglich deren jedoch anderen Personen obligatorische oder prozessuale Ansprüche auf Herausgabe oder Vorlegung zustehen?

Ist derjenige, welcher eine ihm nicht gehörige Urkunde mit der in § 274 bezeichneten Absicht vernichtet, auch dann strafbar, wenn er im Auftrage des Alleineigentümers der Urkunde gehandelt hat? IV. 18/5 00. **33**, 288.

16. Kann der Dieb, welcher die gestohlene Urkunde vernichtet, deshalb auch noch aus § 274 gestraft werden? IV. 15/1 02. **35**, 64.

S. zu § 274 Nr. 1 auch **34**, 114.

Nr. 2.

17. Was ist unter einem zur Grenzbezeichnung bestimmten Merkmale zu verstehen, insbesondere in dem Falle des fälschlichen Setzens? I. 10/3 81. **3**, 410.

18. Unter welchen Voraussetzungen sind im Gebiete des preußischen Landrechts Grenzhügel für Grenzzeichen zu erachten?

Ist im Falle der Erneuerung alter vertragsmäßiger Grenzen der strafrechtliche Schutz durch die civilrechtliche Gültigkeit der erneuerten Grenzfeststellung bedingt?

Dürfen in Preußen die durch polizeiliche Verfügung des Amtsvorstehers an einem öffentlichen Wege gesetzten Grenzzeichen von den Anliegern eigenmächtig verändert werden? II. 18/4 82. **6**, 199.

19. Begriff der Grenzhügel. Ist in jedem Falle bei der Setzung von Grenzhügeln nach preußischem Rechte die schriftliche Form und die Zuziehung der in Gütergemeinschaft lebenden Ehefrauen der Interessenten zur Charakterisierung der Hügel als Grenzhügel erforderlich? IV. 24/1 90. **20**, 202.

20. Welche Bedeutung hat in einem Verfahren behufs „Verhütung der Verdunkelung der Grenzen" das unter richterlicher Mitwirkung zur Bezeichnung der Grenze erfolgende Setzen von Steinen, sobald einer der Beteiligten widerspricht? II. 18/10 92. **23**, 253.

21. Kann eine widerrechtliche Grenzverrückung auch dann angenommen werden, wenn es sich nicht um Abgrenzung des Eigentums oder sonstiger dinglicher Berechtigungen an Immobilien, sondern um die Teilung der Nutzungen von solchen handelt?

Unter welchen Voraussetzungen hat jeder der Beteiligten die vorhandene Grenze als solche anzuerkennen? Kommt es darauf an, ob der Zweck der Grenzfestsetzung ein nur vorübergehender ist?

Liegt ein widerrechtliches Wegnehmen eines Grenzzeichens vor, wenn der Täter das widerrechtlich verrückte Grenzzeichen, nachdem dasselbe, jedoch ohne Beobachtung der gesetzlichen Voraussetzungen für eine Neufestsetzung, wiederum an seine frühere Stelle gebracht war, abermals entfernt? II. 31/1 90. **20**, 196.

22. Was ist unter dem fälschlichen Setzen von Grenzsteinen zu verstehen? I. 5/11 87. **16**, 280.

23. Was gehört zum Begriffe eines „zur Bezeichnung eines Wasserstands bestimmten Merkmals“?

Was erfordert die „Absicht, einem anderen Nachteil zuzufügen“? II. 10/5 98. **31**, 143.

24. Hat in Bayern ein von den Feldgeschworenen errichtetes Grenzzeichen schon allein vermöge der Tatsache, daß dieses von ersteren gesetzt worden ist, strafrechtlichen Schutz anzusprechen?

Verleiht im Geltungsgebiete des bayerischen Landrechts das unter einzelnen der mehreren Miteigentümer aneinanderstoßender Liegenschaften über die Bestimmung eines Merkmales zur Bezeichnung der Grenze getroffene Abkommen jenem die rechtliche Eigenschaft eines solchen? I. 8/12 87. **17**, 10.

25. Ist die Beseitigung eines Grenzrains der Strafbestimmung des § 274 Nr. 2 entzogen, wenn zugleich der Tatbestand des § 370 Nr. 1 St.G.B.'s vorliegt? II. 29/12 91. **22**, 286.

§ 275 1. Bezieht sich die Strafbestimmung auch auf die Fälschung von ausländischem Stempelpapier rc?

Ist die wissentliche Veräußerung falscher Stempelmarken als ein Gebrauchmachen im Sinne der Nr. 1 aufzufassen?

Ist nach Nr. 2 die Strafbarkeit desjenigen, welcher unechte Stempelmarken verfertigt, dadurch bedingt, daß er die Absicht hatte, die Marken selbst als echte zu verwenden? II. 20/6 82. **6**, 387.

2. Fällt die mißbräuchliche Wiederverwendung bereits einmal verwendeter Stempelmarken mit Abänderung des Entwertungsvermerkes unter den Tatbestand der Urkundenfälschung im Sinne von § 275 bezw. § 267? III. 19/11 88. **18**, 286.

3. Was ist nach Nr. 1 unter dem Gebrauchmachen von einer falschen Postfreimarke zu verstehen? III. 13/4 93. **24**, 111.

4. Kann in der täuschenden Zusammensetzung der Bruchstücke verschiedener, ursprünglich echter und bisher unverwendeter Postfreimarken und in der Verwendung dieser den Anschein eines unverletzten Zeichens erweckenden Postfreimarken zur Frankierung postalischer Sendungen die Anfertigung „unechter“, bezw. der Gebrauch „falscher“ Postwertzeichen gefunden werden?

Fällt die mißbräuchliche Verwendung bereits einmal verwendeter

Postwertzeichen unter geflissentlicher Beseitigung des Entwertungszeichens unter den Tatbestand der Urkundenfälschung? III. 19/4 88. **17**, 394.

5. S. auch § 267 Nr. 9 S. 189.

§ 276

1. Greift die Strafbestimmung Platz bei Wiederverwendung einer zur Entrichtung der warenstatistischen Gebühr bereits verwendeten Stempelmarke? IV. 21/12 97. **30**, 384.

2. S. weiter § 275.

Über die Bedeutung des § 276 in seiner Fassung vor der Novelle vom 13. Mai 1891 s. **17**, 394.

§ 277

1. Schließt der § 277 die Anwendung des § 363 St.G.B.'s aus? II. 1/11 98. **31**, 296.

2. Finden auf den zum Zwecke der Täuschung vorgenommenen Gebrauch eines auf den Namen eines Arztes fälschlich ausgestellten Zeugnisses über den Gesundheitszustand eines Menschen in dem Falle, wenn sich jenes Zeugnis als eine zum Beweise von Rechten oder Rechtsverhältnissen erhebliche Privaturkunde darstellt, bezw. wenn der Täter in der Absicht gehandelt hat, sich oder einem anderen einen Vermögensvorteil zu verschaffen, die §§ 277, 279, oder die §§ 267, 268, 270 St.G.B.'s Anwendung? I. 1/12 81. **6**, 1.

3. Setzt der Tatbestand die inhaltliche Unrichtigkeit des über den Gesundheitszustand einer Person ausgestellten Zeugnisses oder den Gebrauch zum Zwecke der Täuschung über den tatsächlich bestehenden Gesundheitszustand voraus? III. 28/11 89. **20**, 138.

4. Über den Begriff von „approbierte Medizinalperson". I. 8/5 82. **6**, 260; III. 27/3 84. **10**, 340.

5. S. weiter §§ 278, 279.

§ 278

1. Ist der von einem Arzte ausgestellte Impfschein ein „Zeugnis über den Gesundheitszustand eines Menschen"? III. 21/9 93. **24**, 284.

2. Ist in Bayern ein approbierter Bader als „approbierte Medizinalperson" im Sinne des § 278 zu betrachten? I. 8/5 82. **6**, 260.

3. Gehören reichsgesetzlich Hebammen zu denjenigen „approbierten Medizinalpersonen", welche sich durch Ausstellung wissentlich unrichtiger Gesundheitsatteste strafbar machen? III. 27/3 84. **10**, 340.

4. Ist unter einem Zeugnisse über den Gesundheitszustand eines Menschen nicht nur die Bezeugung unmittelbar wahrnehmbarer Tatsachen, sondern auch die sachverständige Würdigung der Tatsachen in ihren Folgen für die Gesundheit zu verstehen? II. 18/5 00. **33**, 293.

5. S. auch § 277.

§ 279

Begriff des Ausdrucks „der in den §§ 277, 278 bezeichneten Art". IV. 10/10 99. **32**, 295.

S. weiter §§ 277, 278.

Vierundzwanzigster Abschnitt (§§ 281—283).

Bankerott.

S. zu den nicht mehr geltenden §§ 281—283 die einschlägigen Entscheidungen unter §§ 209, 210 K.O. von 1877.

Fünfundzwanzigster Abschnitt (§§ 284—302e).

Strafbarer Eigennutz und Verletzung fremder Geheimnisse.

Glücksspiel, Lotterie, Ausspielung (§§ 284—286).

1. Ist durch §§ 284—286 in Verbindung mit § 360 Nr. 14 St.G.B.'s die Materie des Spiels erschöpfend geregelt? Haben daneben ältere landesrechtliche Bestimmungen, welche auch die mittels Nichtglücksspiels erfolgende öffentliche Ausspielung beweglicher Gegenstände mit Strafe bedrohen, noch Geltung? III. 3/5 88. **18**, 1; II. 26/1 00. **33**, 124.

2. Sind neben den §§ 284flg. die landesgesetzlichen Verbote des Vertriebs von Lotterielosen, Promessen oder Anteilen von Prämienlosen und des Spielens in auswärtigen Lotterien nebst den diesbezüglichen Strafbestimmungen in Kraft geblieben? I. 6/5 97. **30**, 116; II. 24/2 80. **1**, 219; III. 13/3 80. **1**, 274; I. 27/3 84. **10**, 220.

3. Was versteht das Strafgesetzbuch unter Glücksspiel? Gehören dahin auch Lotterien und Ausspielungen im Sinne des § 286? II. 1/4 84. **10**, 245.

4. Gehört das Lottospiel zu den Glücksspielen, oder fällt dasselbe unter den Begriff der Lotterie? Unterschied zwischen dem Glücksspiele und der Lotterie. IV. 11/1 89. **18**, 342.

5. Inwieweit gehört zum Begriffe des Glücksspiels, daß das Objekt einen Vermögenswert repräsentiert? IV. 28/5 89. **19**, 253; IV. 11/1 89. **18**, 342.

6. Erfordert der Begriff des Glücksspiels eine gewinnsüchtige Absicht als Motiv der Beteiligung am Spiele, oder einen solchen Wert des Spielobjekts, daß nach der Vermögenslage der Beteiligten der Verlust als ein empfindlicher Nachteil sich gestalten kann? II. 28/2 82. **6**, 70.

7. Ist ein Spiel, bei welchem Gewinn und Verlust an sich vom Zufall abhängen, noch dann ein Glücksspiel, wenn der Spieler es in der Hand hat, durch eine ihm bekannte Manipulation den Ausgang nach seinem Willen zu bestimmen? IV. 10/10 90. **21**, 107.

8. Verliert ein Spiel den Charakter eines Glücksspiels dadurch, daß ein Spieler besondere den Mitspielern nicht bekannte Kunstgriffe anwendet? I. 23/3 96. **28**, 283.

9. Kann ein Spiel, welches in abstracto als ein Geschicklichkeitsspiel sich darstellt, in concreto als ein Zufallsspiel in Betracht gezogen werden? I. 19/3 94. **25**, 192.

10. Wann ist ein Glücksspiel als begonnen anzusehen, insbesondere beim „Kümmelblättchen"? III. 10/12 79. **1**, 118.

11. Ist das unter dem Namen „Kartenlotterie" betriebene Spiel als Lotterie im Sinne des § 286 anzusehen? II. 29/9 85. **12**, 388.

12. Fallen die bei Pferderennen von den sogenannten Buchmachern betriebenen Geschäfte, bei welchen der Verlust von Einsätzen oder die Erlangung von Gewinnen von dem Ausgange des Rennens abhängig gemacht wird, unter den Begriff des Glücksspiels? III. 29/4 82. **6**, 172; II. 30/6 82. **6**, 421; II. 7/7 82. **7**, 21.

S. vorstehend §§ 284—286 (S. 212). § 284

1. Was ist unter Gewerbsmäßigkeit des Glücksspiels zu verstehen? Kommt es dabei darauf an, welches Motiv zum Spielen bestimmt und welchen Bedürfnissen durch das Spielen abgeholfen werden soll? II. 10/4 00. **33**, 237; II. 29/9 85. **12**, 388; III. 10/12 79. **1**, 118.

2. Welches sind die Merkmale der Mittäterschaft bei gewerbsmäßigem Glücksspiele? III. 18/3 86. **14**, 28.

3. Wird die Strafbarkeit der Tat dadurch ausgeschlossen, daß der Täter sich zum Betriebe des betreffenden Spiels eine polizeiliche Erlaubnis verschafft hat?

Über das Verhältnis der Strafbestimmung zu derjenigen des § 360 Nr. 14 St.G.B.'s. IV. 12/2 97. **29**, 376.

4. Über Beihülfe zum gewerbsmäßigen Glücksspiele und zu der damit konkurrierenden Hinterziehung der Reichsstempelabgaben, verübt durch Entgegennahme von Wetteinsätzen für einen sogenannten Buchmacher. II. 30/10 99. **32**, 353.

5. Über die Konkurrenz des Vergehens mit Hinterziehung der Reichsstempelabgaben im Geschäftsbetriebe des sogenannten Buchmachers. II. 15/4 98. **31**, 114; II. 19/9 02. **35**, 344.

6. Kann jemand nach der Freisprechung von einer Anklage aus § 284 wegen einer vor dem Urteile zurückliegenden Spieltätigkeit von neuem verfolgt werden? II. 4/12 94. **26**, 299.

7. Kann jemand nach rechtskräftiger Verurteilung aus § 284 wegen einer vor dem Urteile zurückliegenden Spieltätigkeit und wegen eines damit ideell konkurrierenden anderen Delikts von neuem verfolgt werden? III. 17/3 92. **23**, 7.

8. Über die Zulässigkeit der Bestrafung eines Deutschen aus § 284 wegen gewerbsmäßigen Glücksspiels im Auslande. I. 9/1 82. **5**, 424.

9. Über Einziehung von Geldern, die ein Buchmacher zur Auszahlung von Wettgewinnen auf den Rennplatz mitgebracht hat. II. 30/9 02. **35**, 391.

S. auch **35**, 386.

S. oben §§ 284—286 (S. 212). § 285

1. Wer ist als „Inhaber eines öffentlichen Versammlungsortes" anzusehen? II. 26/5 93. **24**, 256.

2. Ist das auf einem Rennplatze für den Betrieb des Totalisators errichtete Gebäude als ein öffentlicher Versammlungsort im Sinne des § 285 anzusehen? II. 7/7 82. **7**, 21.

3. Kann ein sonst öffentliches Lokal dadurch, daß zeitweise nur einem bestimmten Personenkreise der Zutritt gestattet wird, für diese Zeit den Charakter der Öffentlichkeit verlieren?

Ist der Inhaber eines öffentlichen Versammlungsortes, welcher zur Verheimlichung eines Glücksspiels mitwirkt, nur dann strafbar, wenn das Spiel in einem öffentlichen Raume stattfindet? II. 28/2 82. **6**, 70.

4. Ist es für die Anwendung des § 285 von Bedeutung, ob der Inhaber des Versammlungsortes sich selbst an dem Spiele beteiligt hat? II. 7/7 82. **7**, 21.

5. Ist die Strafbarkeit aus § 285 dadurch ausgeschlossen, daß der Inhaber des öffentlichen Versammlungsortes der irrigen Meinung war, daß der vom Ausgang des Spiels bedingte Gewinn und Verlust zu gering sei, um einen Vermögenswert zu repräsentieren, ein Glücksspiel also nicht vorliege? IV. 28/5 89. **19**, 253.

§ 286 S. oben §§ 284—286 (S. 212).

1. Über den Begriff von „Veranstaltung einer Lotterie". I. 6/11 84. **11**, 211; III. 21/2 95. **27**, 47.

2. Über das Verhältnis des § 286 zu § 360 Nr. 14 St.G.B.'s. I. 9/2 82. **5**, 432.

3. Unter welchen Voraussetzungen ist in der Ausgabe von Anteilscheinen an Prämienlosen die Veranstaltung einer Lotterie zu erkennen? I. 3/1 84. **9**, 405; II. 24/10 82. **7**, 161; II. 12/4 81. **4**, 80; I. 5/1 80. **1**, 133; I. 16/5 95. **27**, 233.

4. Über Beihülfe zu dem Vergehen durch Vertrieb sog. Partialscheine. I. 5/1 80. **1**, 133.

5. Veranstaltet ein Kollekteur durch Absatz von Losen einer nur für ein bestimmtes Gebiet erlaubten Lotterie in anderen Landesteilen eine neue Lotterie in den letzteren? I. 29/9 81. **5**, 39.

6. Was gehört zur Vollendung der öffentlichen Veranstaltung einer Lotterie oder Ausspielung? I. 12/4 80. **1**, 357; I. 9/2 82. **5**, 432; IV. 30/4 89. **19**, 257; I. 16/5 95. **27**, 233; I. 2/5 87. **16**, 83; I. 22/11 83. **9**, 202.

7. Unter welchen Voraussetzungen ist eine Lotterie oder Ausspielung als öffentlich veranstaltet anzusehen? I. 12/4 80. **1**, 357; I. 7/5 80. **1**, 414; I. 9/2 82. **5**, 432; III. 8/4 86. **14**, 89; II. 15/2 87. **15**, 274; III. 21/2 95. **27**, 47; II. 5/5 96. **28**, 366; I. 12/1 99. **31**, 413.

8. Inwieweit kann in der Aussetzung von Gewinnen für die Lösung von Preisrätseln die Veranstaltung einer Lotterie gefunden werden? III. 9/4 94. **25**, 256; I. 2/5 87. **16**, 83.

9. Ist die Annahme der Veranstaltung einer Lotterie durch Ausschreiben von Preisrätseln dann ausgeschlossen, wenn sich an dem Unternehmen nicht bloß die Abonnenten der betreffenden Zeitung, sondern auch Nichtabonnenten beteiligen können? III. 15/3 94. **25**, 180

10. Liegt eine Ausspielung vor, wenn der für die Beteiligung an dem Unternehmen zu zahlende Preis mit der Gegenleistung für eine

andere Leistung derart verbunden ist, daß er seiner Höhe nach nicht erkannt werden kann?

Ist die Veranstaltung einer Lotterie als gegeben anzunehmen, wenn der Verleger eines Werkes den Abonnenten Teilnahme am Gewinne von Losen einer Staatslotterie zusagt? II. 9/1 80. **1**, 54; II. 26/10 80. **2**, 390.

11. Ist der Tatbestand einer öffentlich veranstalteten Ausspielung ausgeschlossen, wenn die Entscheidung über den Gewinn von der Willkür des Unternehmers abhängig gemacht ist? IV. 12/3 95. **27**, 94.

12. Kann angenommen werden, daß eine Ausspielung oder Lotterie vorliegt, wenn die Einsetzenden für ihren Einsatz bedingungslos eine Gegenleistung erhalten? III. 28/4 84. **10**, 398.

13. Kann auf den Zweck, welchen ein Unternehmer mit der Veranstaltung einer Ausspielung verfolgt, etwas ankommen? II. 9/1 80. **1**, 54.

14. Gehört zum Begriffe der öffentlichen Ausspielung eine Beteiligung mehrerer an dem Spiele?

Kommt etwas darauf an, ob der Einkaufspreis für die Teilnahme an dem Spiele nur für den Fall des Verlustes bestimmt ist?

Ist es von Erheblichkeit, ob die Entscheidung über Gewinn und Verlust für die Teilnehmer in einem Gesamtakte, oder für jeden einzelnen durch einen besonderen Akt erfolgt? I. 7/5 80. **1**, 414.

15. Gehört zum Begriffe der Ausspielung, daß Gewinn oder Verlust eines Teils der Spielenden bezweckt wird oder tatsächlich eintritt, oder genügt es, daß irgend etwas in Ungewißheit ist und durch Zufall entschieden wird? II. 18/5 88. **17**, 379.

16. Fällt das unerlaubte Halten von Glücksbuden unter den § 286? II. 1/4 84. **10**, 245.

17. Enthält die in einem Schanklokale zur Benutzung der Gäste erfolgte Aufstellung eines sog. Würfelautomaten die Veranstaltung einer öffentlichen Ausspielung? IV. 22/9 96. **29**, 66.

18. Sind die Hydra- oder Schneeballengeschäfte, die zum Zwecke des Absatzes von Waren veranstaltet werden, Ausspielgeschäfte im Sinne des § 286? I. 14/2 01. **34**, 140; II. 11/10 01. **34**, 321; IV. 15/10 01. **34**, 390; I. 17/10 01. **34**, 403.

19. Kann eine Lotterie angenommen werden, wenn für den Handelspreis einer Sache diese Sache und daneben die Aussicht auf einen Geldgewinn gewährt wird?

Wer ist als Veranstalter einer Lotterie anzusehen? III. 18/11 01. **4**, 447.

20. Fällt es unter den Begriff der Ausspielung, wenn in einem Handelsgeschäfte Waren in einer deren Art und Beschaffenheit nicht erkennen lassenden Umhüllung zu einem festen Preise verkauft werden und der Verkäufer dabei einen dem Preise entsprechenden Minimalwert der Ware und einen durch Zufallswahl zu erlangenden, weit höheren Maximalwert verspricht? I. 25/2 89. **19**, 11.

21. Findet § 286 Anwendung, wenn eine öffentliche Ausspielung obrigkeitlich erlaubt, das Spiel jedoch so eingerichtet worden ist, daß der

Gewinner an Stelle der gewonnenen Sache einen bestimmten Geldbetrag fordern konnte? II. 17/12 80. **3**, 123; II. 28/2 96. **28**, 236.

22. Stehen die Strafbestimmungen in Abs. 1 und Abs. 2 in einem solchen Verhältnisse zu einander, daß auf die Veränderung des rechtlichen Gesichtspunkts hingewiesen werden muß, wenn die Verurteilung nicht in Übereinstimmung mit der Auffassung des Eröffnungsbeschlusses erfolgt? IV. 15/3 98. **31**, 71.

23. Erheischt die Anwendung des § 286 ein vorsätzliches Handeln? I. 22/11 80. **3**, 49; I. 2/5 87. **16**, 83; IV. 30/4 89. **19**, 257; II. 15/2 95. **27**, 31.

24. Ist die Nichtkenntnis der landesgesetzlichen Verordnung, worin die zuständigen Behörden für die Erteilung der Erlaubnis zur Veranstaltung öffentlicher Lotterien bestimmt sind, ein nach § 59 die Zurechenbarkeit ausschließender Irrtum? I. 22/11 80. **3**, 49.

25. Kann sonst die Nichtkenntnis der Rechtswidrigkeit die Strafbarkeit ausschließen? IV. 30/4 89. **19**, 257; I. 2/5 87. **16**, 83; III. 25/9 80. **2**, 268.

26. Ist Bestrafung ausgeschlossen, wenn der Täter zufolge schuldbaren tatsächlichen Irrtums angenommen hat, Erlaubnis zur Ausspielung von zuständiger Stelle erhalten zu haben? II. 15/2 95. **27**, 31.

27. Inwieweit kann der verantwortliche Redakteur einer Zeitung wegen Aufnahme eines Inserats, durch welches zur Beteiligung an einer unerlaubten Ausspielung aufgefordert wird, der Beihülfe zu dem Vergehen des § 286 schuldig erkannt werden? IV. 23/11 94. **26**, 225; III. 9/4 94. **25**, 256.

28. Kann jemand, der in Deutschland eine Lotterie veranstaltet hat und deshalb bestraft worden ist, wegen des Verkaufs gleicher Lose, der vor Erlaß des gegen ihn ergangenen Urteils an anderen Orten vorgenommen worden, nochmals verfolgt werden? I. 6/11 84. **11**, 211; II. 13/4 83. **8**, 292.

29. Über Konkurrenz des in § 286 mit Strafe bedrohten Vergehens mit Hinterziehung der Losstempelabgabe. IV. 11/1 98. **30**, 396; III. 9/6 84. **11**, 9; I. 10/11 87. **16**, 301.

30. Über Konkurrenz des Vergehens mit einer Zuwiderhandlung gegen § 56c der Gewerbeordnung nach der Fassung des Gesetzes vom 1. Juli 1883. IV. 15/10 86. **14**, 384; III. 8/4 86. **14**, 89.

31. Gehört die Ankündigung von unbefugten Ausspielungen durch die Presse als Preßvergehen in Bayern vor die Schwurgerichte? I. 23/12 01. **35**, 44.

§ 288 1. Kann eine Zwangsvollstreckung als drohend im Sinne des § 288 schon dann angesehen werden, wenn vom Gläubiger ein Vollstreckungsantrag noch nicht gestellt ist? II. 25/5 80. **2**, 67.

2. Zur Auslegung des Begriffs „drohende Zwangsvollstreckung". Kann dieses Verhältnis als vorliegend schon auf Grund der Tatsache angenommen werden, daß die Forderung des Gläubigers fällig ist, oder

daß der letztere den Schuldner an Zahlung gemahnt hat? III. 13/2 90. **20**, 256; I. 22/12 86. **15**, 114; Fer. 11/8 92. **23**, 221.

3. Setzt das Merkmal der „drohenden Zwangsvollstreckung" voraus, daß der Gläubiger die Absicht der zwangsweisen Realisierung seiner Forderung zu erkennen gegeben hat? II. 4/7 93. **24**, 238.

4. Erlischt das Merkmal der „drohenden Zwangsvollstreckung", daß der Gläubiger zur Zeit der Veräußerung oder Beiseiteschaffung von Vermögensobjekten die Absicht hegte, mit Zwangsvollstreckungsmaßregeln vorzugehen? II. 24/6 92. **23**, 177.

5. Kann nach § 9 der preußischen Subhastationsordnung vom 15. März 1869 der Einleitung der Subhastation die Bedeutung beigemessen werden, daß von seiten derjenigen Realgläubiger, welche die Subhastation nicht beantragt haben oder ihr nicht beigetreten sind, die Zwangsvollstreckung drohe? II. 16/12 79. **1**, 37.

6. Fällt die bei drohender Exekution bewirkte Veräußerung von Sachen durch den berufenen Erben während einer nach preußischem Rechte laufenden Deliberationsfrist unter den § 288? III. 1/5 80. **2**, 145.

7. Kann eine Zwangsvollstreckung als drohend angenommen werden, wenn der Vollzug eines auf Einziehung lautenden Strafurteils in Aussicht steht? II. 7/1 87. **15**, 164; IV. 8/7 90. **21**, 54.

8. Kann § 288 Anwendung finden, wenn die Veräußerung oder Beiseiteschaffung von Vermögensbestandteilen erst den Anspruch begründet, bezüglich dessen die Vereitlung der Zwangsvollstreckung in Frage kommt?

Kann nach mecklenburg-schwerinschem Rechte angenommen werden, daß die Zwangsvollstreckung seitens des Hypothekgläubigers demjenigen drohe, der vom Eigentümer des verpfändeten Grundstücks das zu diesem gehörige Inventar käuflich übergeben erhalten hat? IV. 4/2 98. **31**, 22.

9. Droht eine Zwangsvollstreckung nicht mehr, sobald im Subhastationsverfahren die Beschlagnahme erfolgt ist?

Können die Tatbestände des § 288 und des § 137 St.G.B.'s ideell konkurrieren? II. 10/1 88. **17**, 42.

10. Ist eine Zwangsvollstreckung als drohend anzunehmen, wenn von dem Gläubiger ein Arrestbefehl erwirkt worden ist und dieser vollstreckt wird, in der Hauptsache aber noch kein Urteil ergangen ist? II. 26/6 94. **26**, 9; I. 22/12 86. **15**, 114.

11. Inwiefern kann das Vergehen aus § 288 begangen werden, wenn die Zwangsvollstreckung aus einem bloß anfechtbaren, oder aus einem nichtigen, aber noch nicht gerichtlich als richtig anerkannten Geschäfte droht? III. 25/1 86. **13**, 292.

12. Wer ist Gläubiger im Sinne des § 288? II. 9/11 83. **9**, 164; II. 7/1 87. **15**, 164.

13. Setzt die Feststellung, daß jemand eine Zwangsvollstreckung drohe, und daß derjenige, von dem sie droht, als sein Gläubiger erscheine, das Vorhandensein eines obligatorischen Schuldverhältnisses zwischen beiden voraus? IV. 4/2 98. **31**, 22.

14. Kann § 288 Anwendung finden, wenn jemand Vermögensbestandteile veräußert oder beiseite schafft, in die Beitreibung von Kosten

auf Grund eines in Aussicht stehenden Strafurteils zu vereiteln? II. 4/12 85. **13**, 138.

15. Begründet das im Privatklageverfahren ergehende Urteil den Kostenerstattungsanspruch des Privatklägers, oder stellt es den Anspruch nur fest? IV. 17/10 99. **32**, 298.

16. Sind Beweisurkunden als Vermögensbestandteile anzusehen? II. 26/6 94. **26**, 9.

17. Begriff der Veräußerung von Vermögensbestandteilen im Sinne des § 288. II. 3/2 99. **32**, 20; II. 3/10 82. **7**, 61.

18. Kann die Verpachtung eines Grundstücks als eine Veräußerung, bezw. wenn die Verpachtung nur zum Scheine erfolgt ist, als ein Beiseiteschaffen von Vermögensbestandteilen angesehen werden? II. 17/2 82. **6**, 100.

19. Umfaßt der Begriff „veräußern" auch die Verpfändung als Pertinenzien erklärter Mobilien? I. 18/11 82. **7**, 237.

20. Kann als Veräußerung auch die Verpfändung von Grundstücken angesehen werden? III. 11/1 83. **8**, 1.

21. Kann darin, daß eine Forderung auf das Grundstück des Schuldners als Vormerkung eingetragen wird, eine Veräußerung gefunden werden? IV. 13/11 00. **34**, 3.

22. Was ist unter Beiseiteschaffen zu verstehen? II. 10/5 95. **27**, 213.

23. Kann in einem Scheinverkaufe ein Beiseiteschaffen gefunden werden?

Liegt ein Beiseiteschaffen vor, wenn der Schuldner für eine simulierte Forderung eine Hypothek auf sein Grundstück eintragen läßt? II. 14/4 85. **12**, 129; II. 4/12 85. **13**, 138.

24. Kann in einem Scheinverkaufe in Verbindung mit nachfolgender Ableistung des Offenbarungseides ein Beiseiteschaffen gefunden werden? II. 10/5 95. **27**, 213.

25. Können auch Forderungen beiseite geschafft werden?

Schafft der von einer Zwangsvollstreckung bedrohte Schuldner Bestandteile seines Vermögens beiseite, wenn er die von den Mietern seines Hauses zum voraus erhobenen Mietzinsen in seinen Nutzen verwendet?

Liegt ein Beiseiteschaffen von Vermögensbestandteilen vor, wenn der Schuldner während einer bei ihm vollzogenen Pfändung Beweisurkunden über Forderungen vor dem Gerichtsvollzieher verborgen hält? II. 30/11 83. **9**, 231; II. 26/6 94. **26**, 9.

26. Kann auch die Zerstörung einer Sache als Beiseiteschaffung strafbar werden? II. 26/2 89. **19**, 25.

27. Kann das Beschädigen oder teilweise Zerstören von Gebäuden als ein „Beiseiteschaffen" derselben angesehen werden? Kann ideale Konkurrenz der Vergehen gegen § 288 und § 305 St.G.B.'s angenommen werden, wenn die Devastation schon vor dem Eigentumsübergange begonnen hat? III. 25/3 95. **27**, 122.

28. Fällt unter den § 288 auch die Beiseiteschaffung solcher Vermögensstücke, in welche eine Zwangsvollstreckung rechtswirksam nicht erfolgen kann?

Inwieweit kann nach Königlich sächsischem Rechte der Ehemann die Früchte des eheweiblichen Vermögens veräußern, ohne dem § 288 zu unterliegen? III. 6/7 91. **22**, 208.

29. Sind „Veräußern" und „Beiseiteschaffen" als gleichwertige Modalitäten des nämlichen Tatbestandes anzusehen? II. 17/2 82. **6**, 100.

30. Wird für den Tatbestand des § 288 Identität des Täters mit dem Schuldner des benachteiligten Gläubigers und benachteiligende Verfügung über eigenes Vermögen des Täters vorausgesetzt? Kann § 288 Anwendung finden, wenn der Vertreter einer Aktiengesellschaft bei drohender Zwangsvollstreckung gegen letztere Vermögensbestandteile derselben veräußert? III. 26/5 87. **16**, 121.

31. Erfordert der Tatbestand des § 288, daß der Gläubiger gerade diejenigen Sachen im Wege der Zwangsvollstreckung anzugreifen beabsichtigt habe, welche der Schuldner veräußert oder beiseite geschafft hat? II. 17/2 82. **6**, 100.

32. Kann eine eingeleitete Zwangsvollstreckung als eine drohende aufgefaßt werden? Zur Begriffsbestimmung des Beiseiteschaffens von Forderungsrechten. IV. 14/1 02. **35**, 62.

33. Was gehört zu der „Absicht, die Befriedigung des Gläubigers zu vereiteln"? IV. 17/5 95. **27**, 241.

34. Genügt es, daß nur die konkret bevorstehende Zwangsmaßregel hat vereitelt werden sollen, oder muß die Befriedigung des Gläubigers überhaupt zu vereiteln beabsichtigt sein? II. 9/12 81. **5**, 206.

35. Erheischt § 288 die Absicht, die Gläubiger zu benachteiligen? Kann bei der die Befriedigung eines Gläubigers vereitelnden Veräußerung die Strafbarkeit dadurch ausgeschlossen sein, daß die Veräußerung behufs Befriedigung eines anderen Gläubigers erfolgt ist? III. 5/11 79. **1**, 96; II. 3/10 82. **7**, 61.

36. Kann die Absicht, die Befriedigung eines Gläubigers zu vereiteln, schon darin gefunden werden, daß der Schuldner einen Vermögensbestandteil, von dem er weiß, daß der Gläubiger ihn als Gegenstand der Zwangsvollstreckung ausersehen hat, in der Absicht, gerade diesen Gegenstand dem Zugriffe des Gläubigers zu entziehen, veräußert? Bedeutung der Entgeltlichkeit des Veräußerungsvertrags für die Feststellung der vom Schuldner verfolgten Absicht. III. 4/1 83. **8**, 50.

37. Ist dann, wenn eine Subhastation in Frage steht, jeder Realgläubiger zum Antrag auf Strafverfolgung berechtigt? II. 10/1 88. **17**, 42.

38. Wird das Strafantragsrecht des Gläubigers durch die Eröffnung des Konkurses über sein Vermögen beeinträchtigt? Fer. 11/8 92. **23**, 221.

39. Ist der Konkursverwalter berechtigt, wegen einer die Konkursmasse verkürzenden Straftat den Antrag auf Strafverfolgung zu stellen? Wann beginnt der Lauf der Frist für den von ihm zu stellenden Strafantrag? IV. 26/10 00. **33**, 433; IV. 4/3 02. **35**, 149.

40. Wer hat den Strafantrag zu stellen, wenn derjenige, welchem die Vollstreckung eines auf Einziehung lautenden Strafurteils droht, zur

Vereitelung der Vollstreckung die betr. Sache veräußert oder beiseite schafft? II. 7/1 87. **15**, 164.

41. Ist in Preußen nach der Ordnung für die Verwaltung der Gerichtskassen vom 31. März 1900 der Kassenkurator strafantragsberechtigt, wenn die Vereitelung der Befriedigung des Fiskus wegen einer Kostenforderung in Frage steht? IV. 25/1 01. **34**, 111.

42. Wie ist bei dem Mangel des erforderlichen Strafantrags zu erkennen? II. 16/12 79. **1**, 37.

43. Über die Erfordernisse der Feststellung gemeinschaftlicher Verübung des Vergehens. I. 15/1 80. **1**, 145.

44. Kann ein anderer Gläubiger des Täters dann, wenn die beiseite geschafften Sachen zu seiner Befriedigung verwendet werden, nicht als Gehülfe der Straftat in Betracht kommen? IV. 31/1 90. **20**, 214.

§ 289 1. Wird durch § 289 der Besitz als solcher geschützt, oder nur der Besitz, welcher auf einem Rechte zum Besitz beruht? II. 18/1 81. **3**, 277.

2. Über das nach dem gemeinen Recht dem Vermieter an den eingebrachten Sachen des Mieters zustehende gesetzliche Pfandrecht. III. 28/4 90. **20**, 417; III. 25/5 81; **4**, 198.

3. Hat bei einer unter der Herrschaft des B.G.B.'s von einer Ehefrau ohne Zustimmung des Mannes geschehenen Vermietung einer Wohnung die Vermieterin ein gesetzliches Pfandrecht an den eingebrachten Sachen, und kommt ihr das Strafantragsrecht zu? IV. 24/10 02. **35**, 402.

4. Über die Wirkung einer Pfändung der dem Vermieterpfandrechte unterliegenden Sachen s. B.G.B. v. 18/8 96. § 559 Nr. 2.

5. Wie gestaltet sich das Pfandrecht, wenn im Mietvertrage noch Leistungen anderer rechtlicher Natur übernommen sind? III. 28/4 90. **20**, 417.

6. Werden nach gemeinem Rechte die eingebrachten Sachen dem gesetzlichen Pfandrechte des Vermieters durch die während der Mietzeit erfolgte Veräußerung entzogen, wenn sie in den Mieträumen verblieben sind und sich bei Geltendmachung des Retentionsrechts noch dort befinden? III. 25/5 81. **4**, 198.

7. Erstreckt sich nach gemeinem Rechte das Pfandrecht des Vermieters auch auf die Sachen, welche nach § 715 C.P.O. vom 30. Januar 1877 der Zwangsvollstreckung nicht unterliegen? III. 28/4 90. **20**, 417; III. 25/5 81. **4**, 198.

8. Ist in dem gemeinrechtlichen Teile Hannovers das gesetzliche Pfandrecht des Vermieters durch das Gesetz vom 14. Dezember 1864 aufgehoben worden? III. 19/4 82. **6**, 300.

9. Hat nach dem Rechte der Stadt Frankfurt a. M. der Vermieter ein gesetzliches Pfandrecht an der vom Mieter in die Wohnung eingebrachten Fahrnis der Ehefrau, wenn der Mietvertrag vom Manne allein abgeschlossen worden ist? I. 13/6 92. **23**, 163.

10. Hat die Gesetzesbestimmung, daß die dem Pfandrechte des Vermieters unterliegenden Sachen dem Vermieter verhaftet bleiben, insbesondere die diesbezügliche Bestimmung der Frankfurter Reformation

Einfluß auf die Strafbarkeit der Wegschaffung solcher Sachen? I. 2/4 94. **25**, 220.

11. Über das gesetzliche Pfandrecht und das Zurückbehaltungsrecht des Vermieters im Bezirke des ehemaligen Justizsenats Ehrenbreitstein. I. 17/9 91. **22**, 126.

12. Über das gesetzliche Pfandrecht des Vermieters in dem Herzogtum Braunschweig. III. 29/4 82. **6**, 321.

13. Ist durch § 41 Nr. 4 K.O. vom 10. Februar 1877 bezw. § 7 des preußischen Ausführungsgesetzes vom 6. März 1879 für den Vermieter ein gesetzliches Pfand- und Zurückbehaltungsrecht begründet worden? III. 19/4 82. **6**, 300.

14. Über das gesetzliche Pfandrecht des Vermieters nach dem preuß. Landrechte. II. 18/1 81. **3**, 277; II. 22/4 84. **10**, 321.

15. Erlangt nach preußischem Rechte der Vermieter schon mit der Einbringung der Sachen in sein Haus ein wirkliches Pfandrecht?

Kann er dieses Pfandrecht schon vor Beendigung des Mietsverhältnisses geltend machen?

Sind dem Pfandrechte, abgesehen von dem Gesetze vom 12. Juni 1894, auch die der Exekution entzogenen Sachen unterworfen? II. 23/11 80. **3**, 57.

16. Sind Sachen, welche die von dem Mieter getrennt lebende Ehefrau desselben ihrem Ehemanne zur Aufbewahrung übergeben hatte, dem Pfandrechte des Vermieters unterworfen? IV. 15/3 89. **19**, 75.

17. Welche Gegenstände umfaßt nach dem preußischen Landrechte das Pfandrecht des Vermieters aus einem mit dem Ehemanne abgeschlossenen Mietvertrage? Inwieweit erwirbt der Vermieter ein Pfandrecht aus einem Mietvertrage, den er mit einer von ihrem Ehemanne verlassenen Frau abschließt? II. 13/2 94. **25**, 168.

18. Hat der Vermieter an den eingebrachten Sachen des Mieters ein Pfandrecht wegen des Anspruchs, welchen er gegen den nach Teil I Titel 21 § 383 des preußischen Landrechts vom Mietvertrage zurückgetretenen, hiernach aber noch in der Wohnung verbliebenen Mieter zu bilden hat? IV. 7/12 94. **26**, 281.

19. Ist ein Vertrag, durch welchen jemand einem anderen gegen die Verpflichtung, eine Geldsumme zu zahlen und Arbeiten unentgeltlich zu leisten, die zeitweise Benutzung einer Wohnung einräumt, nach preußischem Landrechte als Wohnungsmiete anzusehen? Hat der Vermieter bei einem solchen Vertrage ein Pfandrecht an den eingebrachten Sachen für seine Entschädigungsforderung wegen unterbliebener Arbeitsleistung? II. 27/4 94. **25**, 343.

20. Ist nach preußischem Rechte die während der Dauer des Mietvertrags erfolgte Veräußerung der vom Mieter eingebrachten, ihm gehörenden Sachen dem gesetzlichen Pfandrechte des Vermieters gegenüber von Wirkung, wenn bei Geltendmachung des aus demselben fließenden Zurückbehaltungsrechts die Sachen sich noch im Besitze des Mieters befinden? III. 15/1 81. **3**, 322.

21. Ist nach § 289 strafbar, wer seine eigene Sache eigenmächtig dem Besitze des Pfandgläubigers, bezw. des Retentionsberechtigten ent-

zieht, nachdem das formell begründete Pfand- oder Retentionsrecht durch Tilgung der Forderung erloschen, oder für letztere Kaution geleistet war?

Berechtigt das Bestehen einer die Pfandforderung übersteigenden Gegenforderung den Pfandschuldner zur eigenmächtigen Besitznahme der verpfändeten Sache? II. 18/1 81. **3**, 277.

22. Welchen Einfluß haben Gegenforderungen auf das gesetzliche Pfandrecht des Vermieters?

Wird die Mietzinsforderung schon durch das tatsächliche Gegenüberstehen einer Gegenforderung — ohne deren Geltendmachung — nach preußischem Rechte in ihrem Bestande berührt? Kann die Berufung auf die Gegenforderung wegen deren Illiquidät zurückgewiesen werden? I. 13/6 92. **23**, 163; IV. 26/2 95. **27**, 64; II. 15/6 83. **8**, 346.

23. Kann der Pächter, dem Verletzung des Pfandrechts seines Verpächters durch Wegschaffung eingebrachter Sachen zur Last gelegt ist, im Geltungsbereiche des preußischen Landrechts einen Einwand darauf gründen, daß er durch Betrug zur Eingehung des Pachtvertrags verleitet worden sei? II. 2/3 94. **25**, 154.

24. Einfluß von Mängeln einer Wohnung auf das Pfandrecht des Vermieters nach B.G.B. IV. 11/1 01. **34**, 88.

25. Erwirbt nach dem B.G.B. der Vermieter aus einem mit einer Ehefrau ohne Zustimmung des Mannes abgeschlossenen Mietvertrage ein Pfandrecht an den in die Wohnung eingebrachten Sachen? IV. 25/4 02. **35**, 201.

26. Ist der Mieter einer Wohnung, welcher eingebrachte Sachen wider den Willen des Vermieters aus der Wohnung wegschafft, auch dann strafbar, wenn die von ihm zurückgelassenen Sachen zur Deckung der Mietsschuld genügen, oder dem Vermieter sonst Deckung gegeben war? IV. 10/7 88. **18**, 80; III. 6/11 80. **3**, 24.

27. Erwirbt der Cessionar einer Mietforderung mit der Cession ohne weiteres auch das für die Mietforderung bestehende Pfandrecht? II. 16/9 84. **11**, 81.

28. Hat das preußische Gesetz, betr. die Rechte des Vermieters rc. vom 12. Juni 1894 auch auf solche Sachen Bezug, welche nach § 708 Abs. 2 C.P.O. von 1877 nicht gepfändet werden sollen? II. 8/11 98. **31**, 310.

29. Was versteht § 715 Nr. 6 u. 7 C.P.O. von 1877 unter „öffentlichen Unterrichtsanstalten?“ II. 1/5 96. **28**, 348.

30. Bestimmt sich der Kreis der dem Pfandrechte des Vermieters vor dem 1. Januar 1900 unterworfenen, aber erst nach diesem Zeitpunkte zuwider dem § 289 dem Vermieter weggenommenen Sachen nach den Vorschriften des § 715 der früheren, oder des § 811 der jetzigen Civilprozeßordnung? II. 15/2 01. **34**, 157.

31. Über den Begriff des durch § 289 geschützten Gebrauchsrechts. II. 8/5 88. **17**, 358.

32. Was gehört zum Erwerbe eines durch § 289 geschützten Zurückbehaltungsrechts? Unterschied von der Beschlagnahme im Sinne des § 137 St.G.B.'s. IV. 12/2 92. **22**, 364.

33. Erstreckt sich das vom Mieter dem Vermieter wegen Forderungen aus dem Mietverhältnisse vertragsmäßig eingeräumte Zurückbehaltungsrecht an den eingebrachten Sachen auch auf die nach der Civilprozeßordnung unpfändbaren Mobilien? III. 20/2 02. **35**, 150.

34. Wird durch Privatpfändung ein Zurückbehaltungsrecht erworben? Inwiefern ist bei Privatpfändungen die Anwendung des § 289 durch landesrechtliche Spezialbestimmungen ausgeschlossen? I. 4/12 82. **7**, 302; III. 18/2 86. **13**, 405; III. 19/12 98. **32**, 12.

35. Ist gemeinrechtlich das Recht des Vermieters, wegen der Ansprüche aus dem Mietvertrage die eingebrachten Sachen des Mieters zurückzuhalten, lediglich ein Ausfluß des gesetzlichen Pfandrechts? III. 19/4 82. **6**, 300.

36. Rechtlicher Charakter des gemeinrechtlichen Zurückbehaltungsrechts des Vermieters. Hat in Württemberg der Vermieter ein gesetzliches Zurückbehaltungsrecht? Kann ihm ein solches vertragsmäßig eingeräumt werden? Wann ist eine Wegnahme aus dem Zurückbehaltungsrechte des Vermieters möglich? I. 13/5 95. **27**, 222.

37. Unter welchen Voraussetzungen enthält im Gebiete des Königlich sächsischen Rechts die vom Mieter gegen den Widerspruch des Vermieters bewirkte Wegschaffung eingebrachter Sachen aus der Mietwohnung ein Vergehen gegen § 289? III. 16/11 93. **25**, 1.

38. Wird im Königreich Sachsen die Strafbarkeit des Wegschaffens der vom Mieter eingebrachten Mobilien wider den Willen des Vermieters dadurch ausgeschlossen, daß das Eigentum an den Sachen nicht dem Mieter, sondern dessen Ehefrau zusteht? III. 19/3 81. **4**, 30.

39. Besteht im rechtsrheinischen Gebiete Bayerns für den Vermieter ein Zurückbehaltungsrecht an den vom Mieter eingebrachten, noch auf dem Grundstücke sich befindenden Sachen? I. 6/11 84. **11**, 226.

40. Macht sich der Mieter nach Hamburger Recht nach § 289 strafbar, wenn er bei noch nicht verfallenem Mietzinse gegen den Widerspruch des Vermieters die eingebrachten Mobilien räumt? III. 6/11 80. **3**, 24.

41. Steht nach dem in Elsaß-Lothringen geltenden Rechte dem Vermieter einer Wohnung ein Retentionsrecht an den eingebrachten Sachen des Mieters zu? I. 17/1 95. **26**, 382.

42. Erstreckt sich nach badischem Landrechte das Vorzugs- und Zurückbehaltungsrecht des Vermieters auf Sachen, welche nach § 715 C.P.O. vom 30. Januar 1877 nicht gepfändet werden dürfen? Kann der Mieter bezüglich solcher Sachen sich eines Vergehens gegen § 289 schuldig machen? I. 1/5 93. **24**, 120.

43. Hat nach preußischem Rechte die Dienstherrschaft das Recht, die Sachen des Dienstboten, welcher ohne gesetzmäßige Ursache den Dienst vorzeitig verlassen hat, zurückzubehalten, um den Dienstboten zur Fortsetzung des Dienstes zu zwingen? II. 9/12 92. **23**, 356.

44. Welche Bedeutung hat für die wider den Willen des Retentionsberechtigten erfolgte Wegnahme einer Sache aus seinem Gewahrsam die Vorschrift des § 541 Teil I Tit. 20 preuß. A.L.R.'s über das Erfordernis der Bescheinigung der Forderung? II. 12/3 86. **13**, 399.

45. Setzt der Begriff des Wegnehmens im Sinne des § 289 für das Retentionsrecht, insbesondere das des Vermieters, unbedingt voraus, daß die Sache sich im Besitze oder Gewahrsam desselben befunden habe? II. 1/4 81. **4**, 43.

46. Findet eine Bestrafung aus § 289 wegen des Wegnehmens einer Sache nur statt, wenn der Retentionsberechtigte seinen Willen, von dem Retentionsrechte Gebrauch zu machen, dem die Sache Wegnehmenden zu erkennen gegeben hat? III. 8/5 80. **1**, 429; II. 23/11 80. **3**, 57; II. 1/4 81. **4**, 43; III. 29/4 82. **6**, 321; III. 5/7 86. **14**, 321; I. 17/9 91. **22**, 126.

47. Kann im Sinne des § 289 eine Sache als weggenommen angesehen werden, welche zur Zeit der Tat sich im gemeinsamen Gewahrsame des Eigentümers und des Gebrauchsberechtigten befunden hat und diesem gemeinsamen Gewahrsam vom Eigentümer entzogen worden ist? II. 8/5 88. **17**, 358.

48. Umfaßt der Begriff des Wegnehmens im Sinne des § 289 auch das Zerstören einer Sache? IV. 29/3 87. **15**, 434.

49. Greift § 289 Platz, wenn der Eigentümer eines verhypothezierten Grundstücks mitverhaftete bewegliche Zubehörstück zum Nachteile des Hypothekgläubigers veräußert und von dem Grundstücke fortschafft? IV. 13/2 94. **25**, 115.

50. Fällt die Ausräumung von Illaten wider den Willen des pfandberechtigten Hauswirts unter § 289, wenn die Sachen nur in eine andere Mietwohnung desselben Hauses geschafft werden? II. 22/4 84. **10**, 321.

51. Kann § 289 Anwendung finden, wenn ein Vermieter dem mit Mietzahlung rückständigen Mieter gegen das Versprechen, vor der Zahlung das Mobiliar nicht aus dem Hause zu verbringen, die Übersiedelung in eine in demselben Hause gelegene Wohnung eines anderen Vermieters gestattet, der Mieter aber demnächst ohne Wissen seines Gläubigers das Mobiliar aus dem Hause fortschafft? II. 9/5 93. **24**, 153.

52. Wird ein dem Vermieter neben dem gesetzlichen Pfandrechte vertraglich bestelltes Faustpfandrecht dadurch verletzt, daß Faustpfänder in rechtswidriger Absicht weggenommen, aber in die Mietslokalität zurückgebracht und damit dem gesetzlichen Pfandrechte wieder unterworfen werden? II. 26/4 98. **31**, 131.

53. Über den zum Vergehen gehörigen subjektiven Tatbestand. II. 18/1 81. **3**, 277; II. 12/3 86. **13**, 399; II. 30/1 91. **21**, 312; II. 2/3 94. **25**, 154; II. 1/5 96. **28**, 348.

54. Inwiefern kann der zur Straftat gehörige Dolus durch den Mangel des Bewußtseins von der Rechtswidrigkeit des Tuns ausgeschlossen sein? III. 19/3 81. **4**, 30; III. 5/7 86. **14**, 321.

55. Unter welcher Voraussetzung findet § 289 Anwendung, wenn die Wegnahme zugleich im Interesse des Wegnehmenden und des Eigentümers der Sache erfolgt ist? III. 4/12 82. **7**, 325.

56. Über Konkurrenz des Tatbestandes des § 289 mit Körperverletzung. II. 12/3 86. **13**, 399.

57. Über Konkurrenz mit Erpressung s. § 253 Nr. 41 S. 167.
58. Über Strafantragsberechtigung des Sequesters s. § 61 Nr. 44 S. 38.
59. Über Strafantragsberechtigung der Ehefrau bei Gütergemeinschaft desgl. Nr. 39 S. 38.
S. zu § 289 auch **17**, 227; **18**, 436; **20**, 222; **27**, 98.

1. Wer ist „öffentlicher Pfandleiher" im Sinne des § 290? Gehört dazu Erfüllung der gewerbepolizeilichen Voraussetzungen für den Gewerbebetrieb? II. 8/5 83. **8**, 253; III. 2/4 83. **8**, 269. § 290
2. Fällt unter „Ingebrauchnehmen" auch eine mit der Absicht der Wiedereinlösung bewirkte Weiterverpfändung? III. 2/4 83. **8**, 269.
3. Kann der Tatbestand des § 290 mit Unterschlagung ideell konkurrieren? III. 13/12 86. **15**, 147.

1. Ist durch das Strafgesetzbuch die Materie des unberechtigten Jagens so geregelt, daß landesrechtliche Vorschriften ausgeschlossen sind? I. 7/12 82. **7**, 311; III. 4/2 89. **19**, 49. § 292
2. Was ist unter Ausübung der Jagd zu verstehen? I. 13/1 81. **3**, 226; III. 1/10 81. **5**, 85; IV. 2/6 91. **22**, 115.
3. Ist die Ausübung der sog. Parforcejagd auf fremdem Jagdgebiete strafbar? IV. 20/11 94. **26**, 216.
4. Zum Begriffe von jagdbarem Wilde. Ist weibliches Rehwild deshalb, weil es nach dem einschlagenden Landesgesetze überhaupt nicht geschossen werden darf, zum jagdbaren Wilde nicht zu zählen? I. 15/6 96. **29**, 8.
5. Unter welchen Voraussetzungen ist das Wild in einem umzäumten Wildparke als Eigentum des Parkeigentümers anzusehen? II. 9/11 94. **26**, 218; III. 16/4 83. **8**, 273.
6. Können von Natur zahme oder gezähmte Tiere Gegenstand der Jagdausübung sein, oder begeht der, welcher solche Tiere, nachdem sie ihrem Herrn entlaufen sind, ohne Befugnis erlegt und sich zueignet, eine Unterschlagung? II. 13/2 91. **21**, 341.
7. Ist in der unbefugten Wegnahme von Fallwild ein unberechtigtes Jagen zu erkennen? I. 13/1 81. **3**, 226; III. 19/11 85. **13**, 84; I. 22/11 88. **18**, 226; III. 4/2 89. **19**, 49; III. 21/12 81. **5**, 277.
8. Ist abgeworfenes Geweih Gegenstand des Jagdrechts, oder nur im Falle besonderer gesetzlicher Vorschriften dem ausschließlichen Okkupationsrechte des Jagdberechtigten unterworfen? III. 19/11 85. **13**, 84.
9. Sind jagdbare Tiere, die in eine Fangvorrichtung geraten sind, ein Gegenstand, bezüglich dessen § 292 Anwendung finden kann? S. Diebstahl § 242 Nr. 4, 5 S. 145 f. (**23**, 89; **29**, 216; **32**, 161).
10. Welche Handlungen gehören zur Vollendung des Vergehens unberechtigten Jagens? I. 9/10 84. **11**, 249; IV. 2/6 91. **22**, 115.
11. Bedarf es zur Annahme der Jagdausübung seitens eines zur Jagd ausgerüstet auf dem Anstande Betroffenen der Feststellung, daß das von ihm geführte Gewehr geladen gewesen sei? I. 24/10 89. **20**, 4.
12. Über bloß vorbereitende Handlungen. III. 15/1 85. **11**, 421.

13. Unterliegt ein Jagdaufseher, welcher die Erlaubnis hat, im Jagdbezirke seines Dienstherrn für diesen zu jagen, dann, wenn er in demselben Jagdbezirke für sich jagt, der Bestrafung aus § 292? I. 19/1 84. **9**, 431.

14. Macht sich nach § 292 strafbar, wer von dem eigenen Jagdgebiete aus Wild auf fremdem Jagdgebiete erlegt? I. 16/6 81. **4**, 261; I. 8/2 94. **25**, 120.

15. Fällt eine unbefugte Jagdausübung dem zur Last, welcher sich über der Grenze lediglich in der Absicht auf den Anstand stellt, das auf sein Jagdgebiet übertretende Wild dort zu erlegen? III. 10/6 82. **6**, 375.

16. Kann das Vergehen des § 292 dadurch begangen werden, daß der Täter zwar auf seinem Jagdgebiete sich aufstellt, aber durch seinen Hund das benachbarte fremde Jagdgebiet absuchen und von dort das Wild sich zutreiben läßt, um es auf seinem Jagdgebiete zu erlegen? I. 28/11 89. **20**, 98.

17. Ist die Überschreitung der Grenze des Jagdgebietes zur Ergreifung eines jenseits derselben gefallenen, aber diesseits tödlich verwundeten Stückes Wild aus § 292, insbesondere auch im Geltungsbereiche des französischen Civilrechts, strafbar? I. 22/11 88. **18**, 226.

18. Welche Grundsätze gelten in Elsaß-Lothringen bezüglich der Jagdfolge? I. 7/1 84. **9**, 412.

19. Kann in dem Auslegen von Gift auf fremdem Jagdgebiete, um Wildschaden von einem Grundstücke fernzuhalten, ein Jagdvergehen gefunden werden? I. 23/9 86. **14**, 419.

20. Unter welchen Voraussetzungen ist in Preußen der Besitzer eines Gartens befugt, zum Schutze darin niedergelegter Sachen Hasenschlingen daselbst zu legen? IV. 2/6 91. **22**, 115.

21. Ist in Preußen die Jagdausübung eines Grundeigentümers auf seinem dauernd und vollständig eingefriedigten Grundstücke eine berechtigte, solange nicht vorher eine Entscheidung des Landrats über diese Eigenschaft des Grundstücks erfolgt war? I. 14/5 88. **17**, 363.

22. Ist nach § 292 strafbar, wer mit Genehmigung des Eigentümers eines Grundstücks, auf welchem nach §§ 2. 5. 6 des preußischen Jagdpolizeigesetzes vom 7. März 1850 die Jagd gänzlich ruhen bleiben muß, die Jagd daselbst ausübt? II. 26/6 83. **8**, 402.

23. Macht sich nach § 292 strafbar, wer mit Genehmigung des Eigentümers auf einem zu einem gemeinschaftlichen Jagdbezirke gehörenden Grundstücke jagt, wenn nach dem preußischen Jagdpolizeigesetze vom 7. März 1850 die Gemeindebehörde beschlossen hat, die Jagd in diesem Bezirke ruhen zu lassen? II. 10/5 81. **4**, 158.

24. Ist in Bayern rechts des Rheins der Grundeigentümer berechtigt, in seinem Hausgarten zu jagen, auch wenn dieser nicht unmittelbar an seiner Behausung liegt, sondern von derselben durch den Hofraum getrennt wird? I. 8/12 81. **5**, 230.

25. Liegt eine strafbare Jagdausübung vor, wenn in Bayern ein Mitpächter entgegen einem über die Teilung des gemeinschaftlichen Jagd-

bezirks getroffenen Vertrage die Jagd in dem dem Mitpächter zugewiesenen Bezirke ausübt? I. 1/5 93. **24**, 122.

26. Kann nach dem Großherzoglich hessischen Gesetze vom 26. Juli 1848 durch private Übereinkunft ein Jagdrecht auf der Gemarkung einer Gemeinde begründet werden, dessen Verletzung nach § 292 strafbar ist? I. 10/12 91. **22**, 250.

27. Bestimmt sich die Frage, welche Tiere zu den jagdbaren gehören, nach den Landesgesetzen? I. 24/6 89. **19**, 349; III. 3/3 84. **10**, 234.

28. Ist der Fuchs den jagdbaren Tieren zuzuzählen in der Niederlausitz? II. 4/11 84. **11**, 192.

29. — in Schleswig-Holstein? IV. 27/10 96. **29**, 125.

30. — in Bayern auch außerhalb des Gebietes des bayerischen Landrechts? I. 24/6 89. **19**, 349.

31. Ist der Fischotter nach dem preußischen Landrechte, insoweit nicht provinzialrechtliche Bestimmungen vorliegen, ein jagdbares Tier? I. 16/10 93. **24**, 338.

32. Ist der Fischotter ein jagdbares Tier in Ostpreußen? II. 9/5 99. **32**, 161.

33. Gehört in der Mark Brandenburg der wilde Schwan zu den jagdbaren Tieren? II. 13/2 91. **21**, 341.

34. Gehört seit dem Erlasse des Gesetzes über die Schonzeiten des Wildes vom 26. Februar 1870 der Dachs in ganz Preußen zu den jagdbaren Tieren? III. 22/2 83. **8**, 71.

35. Unterliegt in Preußen das entgegen dem Wildschadengesetz vom 11. Juli 1891 mit Schlingen ausgeführte Fangen wilder Kaninchen der Bestrafung aus § 292? III. 19/10 93. **24**, 326. Vgl. auch I. 3/12 94. **26**, 266.

36. Über die Jagdbarkeit wilder Kaninchen in Preußen in früherer Zeit. III. 1/10 81. **5**, 85; III. 11/6 83. **8**, 378.

37. Über die Jagdbarkeit wilder Kaninchen in Anhalt. III. 25/10 00. **33**, 416.

38. Sind im Regierungsbezirke Münster die Krammetsvögel Gegenstand des freien Tierfangs? III. 5/11 83. **9**, 299.

39. Über Jagdbarkeit des Krammetsvogels in den ehemaligen Herzogtümern Bremen und Verden? III. 12/7 00. **33**, 359.

40. Über den zur Straftat gehörigen Dolus, insbesondere Eventualdolus. III. 10/6 82. **6**, 375; III. 3/3 84. **10**, 234.

41. Betrifft der Irrtum, ob ein wildes Tier die Eigenschaft der Jagdbarkeit hat, das Strafgesetz? III. 3/3 84. **10**, 234.

42. Kommt es für die Strafbarkeit darauf an, ob der Jagende die Absicht hatte, das zu erlegende Wild für sich zu erwerben? I. 16/6 81. **4**, 261; I. 23/9 86. **14**, 419; IV. 2/6 91. **22**, 115.

43. Über Konkurrenz mit der Übertretung des § 16 des preußischen Jagdpolizeigesetzes vom 7. März 1850. III. 23/11 91. **22**, 234.

44. Über das Verhältnis zu der Übertretung des Art. 23 des

bayerischen Jagdausübungsgesetzes vom 30. März 1850. I. 16/3 93. **24**, 77.

S. zu § 292 auch **13**, 195; **17**, 239; **18**, 265.

§ 293 1. Findet der Begriff von „Schonzeit" bei Wild, das überhaupt nicht geschossen werden darf, keine Anwendung? I. 15/6 96. **29**, 8.

2. Kommt es für den Begriff der Jagdausübung „in Wäldern" auf den Standort des Jägers oder den des Wildes an? I. 8/2 94. **25**, 120.

3. Liegt gemeinschaftliches Jagen schon dann vor, wenn von mehreren gleichzeitig und nebeneinander Jagdausübungshandlungen vorgenommen werden? I. 16/6 81. **4**, 261.

4. Liegt gemeinschaftliches Jagen vor, wenn von zwei in Gemeinschaft unbefugt Jagenden der eine zu der Tat irrtümlich sich für berechtigt hielt? III. 16/4 88. **17**, 413.

5. Ist in dem Auslegen vergifteten Köders auf fremdem Jagdgebiete ein erschwerendes Moment zu erkennen? I. 23/9 86. **14**, 419.

6. Unter welchen Voraussetzungen können die Erschwerungsgründe des § 293 auf Aneignung von sog. Fallwild angewendet werden? I. 14/2 87. **15**, 268.

7. Ist zur Verfolgung eines nach § 293 strafbaren Jagdvergehens bei Verübung durch einen Angehörigen Strafantrag des Jagdberechtigten notwendig? I. 23/6 81. **4**, 330.

§ 294 1. Kann wegen Beihülfe zu einem gewerbsmäßigen Jagdvergehen § 294 zur Anwendung kommen, auch wenn bei dem Gehülfen selbst die Merkmale der Gewerbsmäßigkeit nicht vorliegen? I. 9/1 93. **23**, 378.

2. Inwieweit ist bei Bestrafung wegen eines gewerbsmäßig verübten Jagdvergehens eine neue Bestrafung wegen anderer Taten unbefugten Jagens ausgeschlossen? III. 12/7 82. **7**, 32; II. 20/9 92. **23**, 230.

3. Ist bei einer Mehrzahl von Fällen gewerbsmäßigen unberechtigten Jagens auf eine Gesamtstrafe nach § 74 St.G.B.'s zu erkennen? II. 23/1 83. **8**, 16.

§ 295 1. Fällt jedes bei unbefugter Jagdausübung gebrauchte Fuhrwerk unter den Begriff des Jagdgeräts? Wird die Frage der Einziehung bei der unbefugten Jagdausübung lediglich durch § 295 geregelt? II. 22/5 91. **22**, 15. Vgl. II. 19/6 85. **12**, 305.

2. Setzt die Einziehung voraus, daß der Täter die Gegenstände in der Absicht, mit denselben unberechtigt die Jagd auszuüben, mit sich geführt hat? III. 6/12 79. **1**, 28.

3. Ist die Einziehung ausgeschlossen, wenn der Delinquent fremdes Jagdgebiet bei der Straftat nicht betreten hat? I. 16/6 81. **4**, 261.

4. Ist das Aussprechen der Einziehung durch vorgängige Beschlagnahme oder durch die Zweifellosigkeit der späteren Vollstreckbarkeit oder

durch einen Antrag der Staatsanwaltschaft oder dadurch bedingt, daß in dem Eröffnungsbeschlusse auch § 295 angeführt ist? I. 7/2 84. **10**, 139.

5. Ist die Einziehung des Gewehrs, welches der Täter bei unberechtigtem Jagen mit sich geführt hat, auch dann geboten, wenn dasselbe vorher dem Eigentümer durch eine Straftat entzogen wurde, wegen deren der Täter in dem nämlichen Urteile neben der Ahndung des Jagdvergehens bestraft wird? I. 2/7 88. **18**, 43.

6. Hat die Einziehung den Charakter einer Strafe?

Ist auf den eventuellen Ersatz des Werts des einzuziehenden Gegenstands zu erkennen? Hat eine diesbezügliche landesgesetzliche Vorschrift neben dem Strafgesetzbuche Geltung? I. 7/12 82. **7**, 311.

7. Ist es zulässig, im objektiven Verfahren auf Einziehung von Jagdgerät zu erkennen, welches ein unbekannter Täter bei dem unberechtigten Jagen zwar bei sich geführt hat, welches aber nicht erweislich dem unbekannten Täter gehört? III. 11/2 89. **19**, 45.

8. Ist der Charakter der Einziehung im Falle des § 295, der sie als obligatorisch vorschreibt, ein anderer, als bei Anwendung des § 40 St.G.B.'s? II. 7/1 87. **15**, 164.

1. Was gehört zum Begriffe des „unberechtigten" Fischens oder Krebsens? Findet die Strafbestimmung auch Anwendung gegen den vom Fischereiberechtigten zur Ausübung der Fischerei angenommenen Diener, wenn er fischt, um sich die gefangenen Fische anzueignen? III. 10/12 85. **13**, 195. § 296

2. Ist unter „Fischen" bloß der Fang von Fischen zu verstehen, oder umfaßt der Ausdruck den Fang aller Tiere, welche Gegenstand der Fischereigerechtigkeit sind? II. 21/2 88. **17**, 161.

3. Ist das unberechtigte Fischen oder Krebsen unter Anwendung von Sprengstoffen nach § 296, oder nach § 5 des Sprengstoffgesetzes vom 9. Juni 1884 zu strafen? IV. 22/1 86. **13**, 305.

4. Fällt die unberechtigte Wegnahme von Fischen aus einem geschlossenen Gewässer unter § 296? II. 5/2 84. **10**, 78.

1. Über die entsprechenden Tatbestandsmerkmale s. § 354. § 299

2. Was ist unter „Verschluß" eines Briefes zu verstehen? III. 15/10 87. **16**, 284.

1. Sind die Wahrnehmungen, welche ein Arzt bei der Untersuchung einer ihn wegen erlittener Mißhandlung konsultierenden Person macht, ihm anvertraute Geheimnisse, auch wenn der Patient schon anderen Personen über die Mißhandlungen Mitteilungen gemacht hat? Was ist unter „offenbaren" zu verstehen? IV. 26/6 94. **26**, 5. § 300

2. Welchen Sinn haben die Tatbestandsmerkmale „Privatgeheimnis" und „anvertrauen"?

Wem steht das Recht zum Strafantrage zu, insbesondere hinsichtlich der Verletzung ärztlicher Geheimnisse der Ehefrau? III. 22/10 85. **13**, 60.

3. Ist mit Rücksicht auf § 300 durch Einführung des Strafgesetz-

buchs in Elsaß-Lothringen Art. 418 Code pénal dort aufgehoben worden? I. 3/1 87. **15**, 140.

§ 301 1. Begriff von „Zahlungsversprechen" und „sich erteilen lassen". Inwiefern ist ein ursachlicher Zusammenhang zwischen dem Leichtsinn oder der Unerfahrenheit einerseits und dem Zahlungsversprechen andererseits erforderlich? II. 19/4 98. **31**, 118.

2. Ist das Vergehen in dem Falle, wenn der Minderjährige zur Unterzeichnung von Wechselblanketts veranlaßt worden ist, mit deren Unterzeichnung und Aushändigung, oder erst mit der nachmals vom Täter erfolgten Ausfüllung vollendet?

Einfluß der Genehmigung des gesetzlichen Vertreters zum Kontrahieren des Minderjährigen.

Kann gewinnsüchtige Absicht schon in der Absicht gefunden werden, durch den Wechsel, zu dessen Ausstellung der Minderjährige veranlaßt wurde, Sicherstellung einer an sich begründeten Forderung zu erlangen?

Antrag auf Strafverfolgung, Fristbeginn. III. 18/2 82. **6**, 47.

§ 302a 1. Ist für den Tatbestand des bei Gewährung eines Darlehns begangenen Wuchers erforderlich, daß der Täter das Darlehn aus eigenen Mitteln gegeben habe, oder daß er selbst Darlehnsgläubiger geworden sei? III. 25/1 83. **8**, 17; II. 20/9 81. **5**, 9; I. 19/1 81. **5**, 366.

2. Inwiefern findet § 302a auf den konzessionierten Pfandleiher Anwendung? Wie verhält sich die Strafbestimmung zu derjenigen des § 360 Nr. 12 St.G.B.'s? III. 5/1 81. **3**, 176; III. 25/5 81. **4**. 202.

3. Kann ein strafbarer Wucher erkannt werden in der Ausbedingung unverhältnismäßig hoher Vermögensvorteile für die Auflösung eines Darlehnsvertrags? III. 13/4 81. **4**, 104.

4. Was bedeuten die Worte „für ein Darlehn" in § 302a nach der Fassung des Gesetzes vom 24. Mai 1880? I. 19/1 81. **5**, 366; III. 5/1 85. **11**, 388; III. 25/5 81. **4**, 202.

5. Bedeutung der Werte „mit Bezug auf" in § 302a nach der Fassung des Gesetzes vom 19. Juni 1893 gegenüber der früheren Fassung. II. 30/4 95. **27**, 190; IV. 27/3 96. **28**, 288.

6. Welchen wirtschaftlichen Zwecken dient das Darlehn? II. 24/1 96. **28**, 135.

7. Was versteht das Gesetz unter einem zweiseitigen Rechtsgeschäfte, welches denselben wirtschaftlichen Zwecken dienen soll, wie das eines Darlehns- oder Stundungsvertrags? I. 26/4 94. **25**, 315.

8. Welche Rechtsgeschäfte umfaßt § 302a? Findet er Anwendung auf den Kauf einer Forderung gegen bare Valuta? Welches Verhältnis besteht zwischen den Strafbestimmungen der §§ 302a und 302e? Verlangt § 302a bei dem Abschlusse des Wuchergeschäfts mit einem Minderjährigen die Zustimmung des gesetzlichen Vertreters? Kann der Vermittler des Wuchergeschäfts als Mittäter des Vergehens gegen § 302a angesehen werden? IV. 4/2 02. **35**, 111.

9. Unter welchen Umständen kann in der Diskontierung von

Wechseln die Gewährung von Darlehen gefunden werden? III. 8/10 88. **18**, 181.

10. Kann § 302a Platz greifen, wenn dem Geld als Darlehn suchenden statt Geldes Waren gegeben werden? II. 17/6 84. **10**, 432.

11. Zum Begriff der Notlage. Ist die Notlage durch das Vorhandensein ungünstiger Vermögensverhältnisse bedingt? Ist die Annahme einer Notlage bei dem ausgeschlossen, welcher Geld zu produktiven Zwecken aufnimmt? Genügt zur Annahme einer Notlage im Falle der Stundung einer Geldforderung die Feststellung, daß der Schuldner auf keine Weise die zur Zahlung seiner Schuld erforderliche Geldsumme habe aufbringen können? IV. 27/3 96. **28**, 288; II. 20/9 81. **5**, 9; III. 13/7 81. **4**, 390.

12. Kann die Ausbeutung einer objektiv nicht vorhandenen Notlage unter das Gesetz fallen? III. 18/6 85. **12**, 303; IV. 27/3 96. **28**, 288.

13. Zum Begriff von „Leichtsinn". I. 11/2 95. **27**, 18.

14. Kann „Unerfahrenheit" in der Unkenntnis von Gelegenheit zu billigerer Geldbeschaffung gefunden werden? I. 26/4 94. **25**, 315.

15. Was ist unter „Ausbeutung der Notlage" ꝛc zu verstehen? Kann eine solche auch angenommen werden, wo nur die vom Schuldner gemachten Anerbietungen akzeptiert werden? I. 10/1 81. **3**, 218; III. 13/7 81. **4**, 390; IV. 25/2 87. **15**, 333; III. 28/1 89. **18**, 419.

16. Enthalten die Tatbestandsmerkmale der „Ausbeutung der Notlage, des Leichtsinns und der Unerfahrenheit" verschiedene nur redaktionell zusammengefaßte Deliktsformen strafbaren Wuchers und deshalb verschiedene Strafgesetze im Sinne des § 264 St.P.O.? III. 18/6 88. **17**, 440.

17. Ist die Feststellung eines auffallenden „Mißverhältnisses zwischen Vermögensvorteilen und Leistung" ausschließlich eine Tatfrage? III. 13/7 81. **4**, 390.

18. Können bei Beurteilung der Frage, ob ein Mißverhältnis zwischen Vermögensvorteil und Leistung vorliegt, die Vermögensvorteile in Betracht gezogen werden, welche dem Schuldner aus der Darlehnsgewährung oder der Stundung erwachsen? III. 5/1 85. **11**, 388.

19. Hat der Ausdruck „Vermögensvorteile" in § 302a dieselbe Bedeutung, wie in § 263 und sonst im Strafgesetzbuche? In welcher Weise ist die Vergleichung der Vermögensvorteile mit den Leistungen vorzunehmen, wenn ein Darlehn an die Bedingung geknüpft worden ist, daß der Darlehnsnehmer zugleich Lotterielose abkaufe? Sind auch Vermögensvorteile in Betracht zu ziehen, welche von dem Eintreffen eines ungewissen Ereignisses abhängen? II. 25/2 90. **20**, 279.

20. Enthält es die Gewährung eines Vermögensvorteils, wenn einem Versicherungsagenten mit Beziehung auf ein von ihm gegebenes Darlehn der Abschluß eines dem Agenten eine Provision zuführenden Versicherungsvertrags zugesagt wird? I. 14/7 98. **31**, 239.

21. Ist der auf Grund des § 360 Nr. 12 St.G.B.'s für Pfandleiher durch Landesgesetz oder behördliche Anordnung bestimmte Zinsfuß

rechtsgrundsätzlich als „üblicher Zinsfuß“ im Sinne des § 302a anzusehen? II. 17/5 92. **23**, 121.

22. Inwieweit ist bei Beantwortung der Frage, ob die mit Bezug auf ein Darlehn gewährten Vermögensvorteile in auffälligem Mißverhältnisse zu der Leistung stehen, auf die Art des Darlehns Rücksicht zu nehmen? III. 13/7 81. **4**, 390; I. 10/1 81. **3**, 218.

23. Kann Realkonkurrenz angenommen werden zwischen einem bei Abschluß eines Rechtsgeschäfts begangenen Wucher und einem bei demnächstiger Stundung der bezüglichen Forderung vorgekommenen Wucher? In welchem Verhältnisse stehen die §§ 302a und 302d? III. 13/7 81. **4**, 390.

24. Was heißt „sich wucherische Vermögensvorteile gewähren lassen“? Kann dies als vorliegend angenommen werden, obwohl das vorausgegangene „sich versprechen lassen“ als Bereicherung nicht aufzufassen ist? II. 26/4 81. **4**, 109.

25. Beginnt bei dem Vergehen gegen § 302a die Verjährungsfrist mit dem Versprechen oder mit der Leistung der wucherlichen Vermögensvorteile? IV. 5/5 99. **32**, 143.

§ 302b 1. Muß bei dem verschleierten Wucher der Wille, die wucherlichen Vermögensvorteile zu verschleiern, sowohl bei dem Darlehnsnehmer wie bei dem Darlehnsgeber vorliegen? II. 8/5 91. **21**, 434.

2. Setzt der Begriff der Verschleierung eine Täuschung des bewucherten Schuldners voraus? I. 11/10 88. **18**, 332.

3. Über verschleiertes Ausbedingen von Vermögensvorteilen durch ein in Verbindung mit dem Darlehnsvertrage abgeschlossenes Kaufgeschäft. II. 25/2 90. **20**, 279.

§ 302c Kommt auch im Falle des § 302c die Gewerbs- oder Gewohnheitsmäßigkeit als straferhöhender Umstand in Betracht? IV. 25/9 88. **18**, 100.

§ 302d 1. Über das Verhältnis zu § 302a; Begriff der Gewerbsmäßigkeit. III. 13/7 81. **4**, 390.

2. Kann nach § 302d die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte mit einer Gefängnisstrafe unter 3 Monaten verbunden werden? I. 6/5 89. **19**, 203.

3. Können für Feststellung der Gewohnheitsmäßigkeit Handlungen verwertet werden, welche zwar den Tatbestand des § 302a erfüllen, aber vor dessen Geltung verübt worden sind?

Was gilt in dieser Beziehung für Feststellung der Gewerbsmäßigkeit?

Können für Feststellung der Gewerbsmäßigkeit verjährte oder bestrafte Handlungen in Berücksichtigung kommen? II. 24/1 82. **5**, 369; I. 23/1 82. **5**, 397.

§ 302e (Gesetz vom 19. Juni 1893.)

1. Kann der Tatbestand des Sachwuchers sich in der Person des Vermittlers eines Cessionsgeschäfts verwirklichen? Was ist in einem

solchen Falle als Leistung des Wucherers und als das vom Bewucherten Gewährte oder Versprochene anzusehen? Müssen die für die Feststellung eines auffälligen Mißverhältnisses zwischen beiden maßgebenden Umstände dem Täter bekannt gewesen sein? IV. 29/9 96. **29**, 79.

2. Ist der wucherische Ankauf von Forderungen nur strafbar, wenn durch ihn ein Kreditgeschäft verdeckt werden soll? I. 26/4 94. **25**, 315.

3. Verhältnis zu § 302a. IV. 4/2 02. **35**, 111.

Siebenundzwanzigster Abschnitt (§§ 303—305).

Sachbeschädigung.

1. Kann etwas anderes als eine körperliche Sache Gegenstand der Sachbeschädigung sein? I. 1/5 99. **32**, 165; II 15/11 98. **31**, 329; III. 19/10 85. **13**, 27; I. 18/6 83. **8**, 399. § 303

2. Kann das Vergehen begangen werden an einer Sache, welche nicht nur keinen Vermögenswert hat, sondern für den Eigentümer absolut wert- und interesselos ist? Inwiefern kann dieses Verhältnis auf die Feststellung des subjektiven Tatbestandes influieren? III. 14/2 84. **10**, 120.

3. Ist es Sachbeschädigung, wenn die Bretter eines Stauwerkes aus den Fachsäulen ohne Verletzung der Substanz herausgenommen und beiseite geworfen werden, hierdurch aber der Zweck des Stauwerkes vorübergehend beinträchtigt oder vereitelt wird? III. 19/10 85. **13**, 27.

4. Kann eine Sachbeschädigung dadurch verübt werden, daß ein Wasserstandsmerkmal unbefugterweise aus dem Grund und Boden herausgehoben wird? II. 15/11 98. **31**, 329.

5. Kann eine Maschine bei völliger Unversehrtheit aller Teile und des Zusammenhangs derselben als beschädigt dadurch angesehen werden, daß etwas angefügt wurde, wodurch die Maschine unbrauchbar gemacht und gefährdet worden ist? II. 17/1 90. **20**, 182.

6. Kann die Beschädigung einer Brücke darin gefunden werden, daß sie lediglich unbrauchbar gemacht wurde? I. 31/3 90. **20**, 353.

7. Wird das Tatbestandsmerkmal der Rechtswidrigkeit einer Sachbeschädigung durch Einwilligung des Eigentümers auch dann ausgeschlossen, wenn durch die Zerstörung oder Beschädigung der Sache nach beiderseitigem Einverständnisse die Erreichung eines rechtswidrigen Zwecks angebahnt werden soll? III. 11/11 95. **27**, 420.

8. Kann von einem Ehemanne an einer zu seinem und seiner Ehefrau gütergemeinschaftlichen Vermögen gehörigen Sache eine Sachbeschädigung begangen werden? II. 25/9 85. **12**, 376.

9. Darf in der Mark Brandenburg der Jagdberechtigte Hunde töten, die auf seinem Jagdreviere ungeknüppelt und aufsichtslos herumlaufen? II. 14/3 93. **24**, 62.

10. Unter welchen Voraussetzungen ist nach der bayerischen Verordnung vom 5. Oktober 1863 die Tötung von Hunden gestattet, die außerhalb des Gebietes ihres Herrn betroffen werden? I. 29/6 93. **24**, 225.

11. Gestattet die ostpreußische Forstordnung vom 3. Dezember 1775

(Titel 14 § 32) den Jagdberechtigten die Tötung von ledig und ungeknüttelt in ihrem Jagdgebiete herumlaufenden Hunden? II. 15/11 92. **23**, 296.

12. Welche Personen sind in Titel 14 § 32 der pommerschen Forstordnung vom 24. Dezember 1877 unter „Unseren Forstbedienten oder anderen" zu verstehen und zur Tötung frei umherlaufender Hunde berechtigt erklärt? II. 24/10 82. **7**, 128. (Vgl. **23**, 296.)

13. Ist die Tötung aufsichtslos jagender Hunde durch den Jagdberechtigten nach dem B.G.B. gerechtfertigt? I. 17/6 01. **34**, 295.

14. Über den zum Vergehen gehörigen Vorsatz.

Hat die nach § 46 Nr. 1 St.G.B.'s eintretende Straflosigkeit eines mittels Einbruchs verübten Diebstahls auch die Straflosigkeit der durch den Einbruch verübten Sachbeschädigung zur Folge? IV. 29/10 86. **15**, 12.

15. Was gehört zum Vorsatze einer Beschädigung? Kann eine Sachbeschädigung darin gefunden werden, daß jemand an einer Sache einen Fehler beseitigt, an dessen Fortbestehen der Eigentümer ein rechtliches Interesse hat? IV. 27/2 00. **33**, 177.

16. Kann Bestrafung wegen Sachbeschädigung erfolgen, wenn ein Jagdberechtigter einen in seinem Reviere befindlichen fremden Hund tötet in dem irrtümlichen Glauben, vermöge seines Jagdrechts hierzu befugt zu sein? IV. 26/3 89. **19**, 209.

17. Ist der Umfang der Anwendbarkeit des § 303 durch § 30 II, 1 der Feldpolizeiordnung für den badischen Amtsbezirk Tauberbischofsheim beschränkt worden? I. 9/11 82. **7**, 396.

18. Wer ist antragsberechtigter Verletzter? I. 18/6 83. **8**, 399.

19. Kann der zum Gebrauche einer Sache persönlich Berechtigte den Strafantrag wegen Beschädigung der Sache stellen? II. 12/3 80. **1**, 306.

20. Sind bei einer Sachbeschädigung der Schadensersatzpflichtige und der Leiher als Verletzte im Sinne des § 65 St.G.B.'s anzusehen? III. 22/6 81. **4**, 326.

S. auch **35**, 115.

§ 304 1. Welche Gegenstände sind solche, die zum öffentlichen Nutzen dienen? Entscheidet dabei der tatsächlich bestehende Zustand?

Kommt es darauf an, wem das Eigentum an den Gegenständen zusteht?

Welche Beschädigungen von Gegenständen, die zum öffentlichen Nutzen dienen, fallen unter § 304? III. 30/12 81. **5**, 318.

2. Bedeutung des Begriffes „zum öffentlichen Nutzen dienend". II. 10/5 98. **31**, 143; III. 25/6 83. **9**, 26.

3. Fällt die Beschädigung eines nicht von Menschenhand angelegten Weges, falls er zum öffentlichen Nutzen dient, unter den § 304?

Sind nur solche Gegenstände als „zur Verschönerung öffentlicher Wege rc dienlich", welche beweglich sind oder ursprünglich beweglich waren? II. 10/1 96. **28**, 117.

4. Kann eine Anlage als zum öffentlichen Nutzen dienend schon

deshalb angesehen werden, weil sie für den Gebrauch einer im Staatsinteresse fungierenden Behörde bestimmt ist? I. 18/6 83. **8**, 399.

5. Ist das Abpflücken einzelner Blumen auf Gräbern der Kirchhöfe als Beschädigung von Grabmälern oder öffentlichen Anlagen strafbar? I. 29/11 83. **9**, 219; I. 26/10 82. **7**, 190.

6. Ist in der unbefugten Beseitigung eines gesetzten Wasserstandsmerkmals eine Sachbeschädigung im Sinne des § 304 zu finden? II. 15/11 98. **31**, 329.

7. Bedarf es zur Anwendung des § 304 auf den, welcher zum öffentlichen Nutzen dienende Bäume abhaut, des Bewußtseins der Rechtswidrigkeit, wenn eine Polizeiverordnung erlassen ist, welche das Abhauen von Bäumen der bestimmten Art ohne vorherige Genehmigung der Polizeibehörde unter Strafe stellt, der Täter aber die Verordnung nicht kennt oder sich über den Sinn derselben im Irrtum befindet? II. 12/3 89. **19**, 87.

8. Schließt der Umstand, daß die Unternehmer einer für den öffentlichen Verkehr bestimmten elektrischen Straßenbahn mit deren Anlage und Betrieb auch Erwerbszwecke verfolgen, aus, die Motorwagen einer solchen Bahn als Gegenstände anzusehen, welche zum öffentlichen Nutzen dienen? III. 12/11 00. **34**, 1.

S. zu § 304 auch **20**, 353.

1. Begriff von „Bauwerk". I. 16/9 97. **30**, 246. § 305

2. Erfordert der Begriff eines Bauwerkes Immobiliarqualität und ein in sich abgeschlossenes, für eine gewisse Dauer berechnetes bestimmtes Ganzes?

Können künstliche Fischteiche als Bauwerke angesehen werden? IV. 11/2 87. **15**, 263.

3. Kann der Restteil eines zum größten Teile zerstörten Gebäudes noch als Bauwerk gelten? III. 11/11 95. **27**, 420.

4. Über den Begriff einer Brücke und den Erwerb des Eigentums an einer solchen durch inaedificatio? III. 27/2 93. **24**, 26; IV. 2/10 00. **33**, 391.

5. Erfordert die Anwendung des § 305, daß die darin genannten Gegenstände fremdes Eigentum sind? I. 18/6 83. **8**, 399.

S. zu § 305 auch **20**, 353; **27**, 122.

Siebenundzwanzigster Abschnitt (§§ 306—330).

Gemeingefährliche Verbrechen und Vergehen.

1. Was gehört zum Tatbestande der Inbrandsetzung eines Gebäudes? Ist ein bloßes Ankohlen eines Gebäudeteiles geeignet, den Tatbestand zu erfüllen? Wird zur Vollendung der Brandstiftung ein Brennen des betreffenden Gegenstandes mit hellen Flammen vorausgesetzt? I. 3/5 80. **1**, 375; III. 3/1 89. **18**, 355; III. 30/4 94. **25**, 326; II. 20/10 82. **7**, 131; III. 7/1 89. **18**, 362. § 306

2. Begriff von „Gebäude". IV. 25/4 99. **32**, 128.

3. Begriff von „Hütte". I. 16/2 88. **17**, 179.

4. Kommt es für die Anwendung der Nr. 3 darauf an, daß sich ausnahmsweise in der betreffenden Räumlichkeit keine Menschen aufgehalten haben? I. 2/5 92. **23**, 102.

5 Inwiefern greift die in § 139 St.G.B.'s statuierte Anzeigepflicht im Falle des § 306 Nr. 1 Platz? II. 4/1 84. **9**, 384.

S. zu § 306 auch **14**, 78.

§ 307 Findet § 307 Nr. 1 Anwendung, wenn jemand den Tod durch den Brand findet, nachdem er das brennende Gebäude ꝛc bereits verlassen und behufs Rettens oder Löschens dasselbe nochmals betreten hat? III. 3/12 81. **5**, 202.

§ 308 1. Über einzelne Tatbestandsmerkmale s. § 306.

2. Was ist unter „Magazin" zu verstehen? III. 11/3 86. **13**, 407.

3. Was ist unter „Vorräten" zu verstehen? Steht der Annahme eines „Vorrats" entgegen, daß mit der Art der Aufspeicherung zugleich ein Nebenzweck verfolgt wird? IV. 6/12 95. **28**, 39.

4. Zum Begriffe von „landwirtschaftlichen Erzeugnissen". II. 8/2 95. **27**, 14.

5. Was ist unter „Vorräten" landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu verstehen? Ist derselbe ausgeschlossen, wenn die landwirtschaftlichen Erzeugnisse auf dem Transporte begriffen sind? I. 21/2 84. **10**, 186.

6. Lassen sich die Begriffsmerkmale des „Vorrats von Brennmaterialien" durch Umstände aus dem Willensbereiche des Eigentümers begründen? I. 4/1 86. **13**, 218.

7. Was ist unter einer Waldung im Sinne des § 308 zu verstehen? I. 3/1 84. **9**, 381; III. 8/2 82. **6**, 22.

8. Bildet die vorsätzliche Inbrandsetzung der Bodenbedeckung des Waldes eine vorsätzliche Brandstiftung an einer Waldung? I. 4/10 80. **2**, 314.

9. Über die Erfordernisse des Dolus bei der vorsätzlichen Brandstiftung an einer Waldung. III. 8/2 82. **6**, 22.

10. Sind die Bestimmungen des Civilrechts für den Begriff von „fremdem Eigentum" entscheidend?

Sind die dem Ehegatten des Täters gehörigen Sachen als fremde im Sinne des § 308 anzusehen? II. 2/1 85. **11**, 345.

11. Unter welcher Voraussetzung wird durch die Einwilligung des Eigentümers in die Inbrandsetzung der ihm gehörigen Sache Bestrafung aus § 308 ausgeschlossen? III. 30/3 85. **12**, 138.

12. Inwieweit kann bei Fragestellung an die Geschworenen eine den Worten des § 308 nicht entsprechende Bezeichnung gewählt werden? III. 19/4 83. **8**, 233.

13. Inwieweit ist bei einer Verurteilung auf Grund des § 308 eine alternative Feststellung zulässig? II. 3/6 02. **35**, 285.

1. Über „Fahrlässigkeit“ s. betr. Abschnitt unter § 59 Nr. 32 ff. S. 33. § 309
2. Über sonstige Tatbestandsmerkmale s. §§ 306, 308.
3. Über das erschwerende Moment s. § 307.
4. Kann die Schuld fahrlässiger Brandstiftung deshalb verneint werden, weil sich in der Kausalitätsreihe zwischen dem verantwortlichen Tun oder Unterlassen des Angeschuldigten und dem Brande die wirksam gewordenen ursächlichen Zwischenereignisse objektiv nicht feststellen lassen? III. 29/3 82. **6**, 146.
5. Inwiefern kann der Tatbestand einer durch Fahrlässigkeit verursachten sog. unmittelbaren Brandstiftung deshalb ausgeschlossen sein, weil der Täter in Vertretung des Eigentümers der in Brand gesetzten Sachen handelte? II. 2/1 85. **11**, 345.
6. Fassung der über fahrlässige Brandstiftung den Geschworenen vorzulegenden Frage. I. 14/3 81. **4**, 22.
7. Mit welchem Zeitpunkte beginnt die Verjährung einer fahrlässigen Brandstiftung, wenn die Handlung, welche später den Brand verursacht hat, schon an sich das in § 330 St.G.B.'s vorgesehene Vergehen enthielt? IV. 30/11 94. **26**, 261. Vgl. II. 2/11 83. **9**, 152; II. 5/12 90. **21**, 228.
8. Verhältnis zu § 307 Nr. 1. III. 3/12 81. **5**, 202.

1. Kommt die Straflosigkeit aus § 310 dadurch zum Wegfall, daß der Täter dritte Personen zum Löschen des Feuers herbeigerufen hatte? § 310

Ist „Entdeckung“ der Tat identisch mit einer bloßen Wahrnehmung derselben?

Wird § 310 erst dadurch ausgeschlossen, daß nach Vollendung der Brandstiftung durch wirkliches Brennen des Gebäudes noch ein weiterer Schaden eingetreten ist? I. 3/5 80. **1**, 375.

2. Unter welchen Voraussetzungen findet § 310 bei fahrlässiger Brandstiftung Anwendung?

Was ist der Sinn der Voraussetzung, daß der Täter den „Brand, bevor derselbe entdeckt ... war“, wieder gelöscht hat? III. 26/9 89. **19**, 394.

3. Setzt § 310 vollendete Brandstiftung, oder beendeten Versuch voraus?

Ist die im voraus gehegte Absicht, den Brand sofort, und bevor ein weiterer Schaden entstanden ist, wieder zu löschen, geeignet, die Straflosigkeit der innerhalb der Grenzen des Versuchs gebliebenen Brandstiftung gemäß § 310 zu begründen? III. 3/1 89. **18**, 355.

1. Gehört Wasserdampf zu den „explodierenden Stoffen“? I. 21/1 92. **22**, 304. § 311
2. Was ist unter „Gebrauch“ von Pulver 2c zu verstehen? III. 11/3 89. **19**, 279.
3. Was ist unter Zerstörung einer Sache durch explodierende Stoffe zu verstehen, und fällt darunter schon die bloße Beschädigung? II. 9/2 83. **8**, 33.

§§ 312, 313 Was gehört zum Begriffe der Herbeiführung einer Überschwemmung? Fällt auch die Vergrößerung einer vorhandenen Überschwemmung hierunter? Was ist der Sinn von „gemeiner Gefahr"? III. 23/12 81. **5**, 309.

§ 314 1. Über die identischen Tatbestandsmerkmale s. § 312.

2. Was ist bei einer durch Fahrlässigkeit herbeigeführten Überschwemmung unter dem Tatbestandsmerkmale der „gemeinen Gefahr für Eigentum" zu verstehen?

Schließt das Vorhandensein einer Stauberechtigung fahrlässige Verschuldung aus? III. 23/12 81. **5**, 309.

§ 315 1. Greifen die §§ 315, 316 nur Platz, wenn eine Bahn dem öffentlichen Verkehre übergeben ist? II. 4/12 83. **9**, 233; IV. 2/3 86. **13**, 380.

2. Fällt eine von Lokomotiven befahrene Lokalschienenbahn unter die in §§ 315, 316 gedachten Eisenbahnen? I. 3/7 84. **11**, 33.

3. — eine Pferdeeisenbahn? II. 19/5 85. **12**, 205.

4. — eine elektrische Eisenbahn? I. 17/9 85. **12**, 371.

5. — eine Bergbahn, bei der als Triebkraft zur Fortbewegung der Fahrzeuge das Eigengewicht des talwärts laufenden Wagens dient? I. 2/12 01. **35**, 12.

6. Steht der Beurteilung einer Straßenbahn mit Lokomotivbetrieb als einer Eisenbahn im Sinne der §§ 315, 316 entgegen, daß die treibende Dampfmaschine einen Teil des die Personen (und Sachen) aufnehmenden Wagens bildet, oder daß das Bahnpolizeireglement vom 30. November 1885 auf dieselben keine Anwendung findet? II. 9/12 87. **16**, 431.

7. Was ist unter Bereitung von Hindernissen auf der Fahrbahn zu verstehen? Welchen Sinn hat dabei das Wort „Fahrbahn"? I. 9/12 86. **15**, 82.

8. Kann durch das bloße Aufdrehen der Bremse an einzeln stehenden Eisenbahngüterwagen ein Hindernis auf der Fahrbahn bereitet werden? I. 16/6 98. **31**, 198.

9. Was ist unter Transport auf einer Eisenbahn zu verstehen? Hat der Ausdruck in § 315 und in § 316 eine verschiedene Bedeutung? Wird Gefährdung eines bestimmten Transports vorausgesetzt, oder greifen die §§ 315, 316 schon Platz, wenn der Eisenbahnbetrieb als solcher gefährdet wird? I. 24/2 81. **3**, 415; IV. 16/12 84. **11**, 328; I. 30/10 84. **11**, 205.

10. Finden die §§ 315, 316 auch bei Gefährdung eines bestimmten einzelnen Transports Anwendung? Umfaßt die Bezeichnung „Transport auf einer Eisenbahn" auch die Zugmittel, die Lokomotiven? Fällt unter den Begriff auch eine innerhalb des Bahnhofs zum Rangierdienste verwendete Lokomotive? III. 8/2 92. **22**, 343.

11. Muß die Frage, ob ein Gegenstand als Transportmittel oder Transportobjekt anzusehen ist, danach beurteilt werden, in welcher Be-

ziehung der Gegenstand zu der Eisenbahn und den die Bewegung auf derselben hervorbringenden Kräften steht? IV. 13/5 87. **16**, 66.

12. Gehört zum Transporte auf einer Eisenbahn auch das auf einem Eisenbahnwagen befindliche Dienstpersonal? II. 18/5 86. **14**, 135.

13. Kann der führerlos auf der Bahn dahinrollende Güterwagen selbst als der in Gefahr gesetzte Transport betrachtet werden? I. 16/6 98. **31**, 198.

14. Genügt für die Annahme, daß ein Eisenbahntransport in Gefahr gesetzt sei, die bloße Möglichkeit eines Schadens?

Darf bei Beurteilung der Frage, ob eine Gefahr verursacht sei, die Möglichkeit eines hemmenden Eingreifens anderer Personen in Betracht gezogen werden? II. 11/3 84. **10**, 173.

15. Wird die Annahme einer Gefahr für einen Eisenbahntransport durch die Feststellung ausgeschlossen, daß gerade im Momente, in welchem ein Eisenbahnzug auf ein Hindernis stieß, der Transport nicht gefährdet war? II. 18/5 86. **14**, 135.

16. Ist das Tatbestandsmerkmal der Gefährdung eines Eisenbahntransports ausgeschlossen durch zufällige Umstände, welche zwar der Verwirklichung der Gefahr vorgebeugt, aber die Gefährlichkeit des geschaffenen Zustandes nicht beseitigt haben? III. 14/6 97. **30**, 178.

17. Was gehört zum subjektiven Tatbestande?

Wie ist zu erkennen, wenn der vom Angeklagten erwartete Erfolg seines die Beschädigung eines Beförderungsmittels auf der Eisenbahn bezielenden Handelns ausbleibt, aber die Beschädigung eines anderen Transports dadurch herbeigeführt wird? I. 16/6 98. **31**, 198.

18. Über den Versuch des Verbrechens.

Kann ein solcher angenommen werden, wenn der vorsätzlich in Bewegung gesetzte Wagen den erwarteten Weg, auf dem der Transport beschädigt werden sollte, infolge anders gerichteter Weichenstellung nicht nehmen konnte? I. 9/12 86. **15**, 82; I. 16/6 98. **31**, 198.

19. Über ideale Konkurrenz von § 315 oder § 316 mit fahrlässiger Körperverletzung. I. 16/6 98. **31**, 198.

1. Über die identischen Tatbestandsmerkmale s. § 315. § 316

2. Über den Begriff von Fahrlässigkeit im allgemeinen s. den betreffenden Abschnitt unter § 59 Nr. 32ff. S. 33.

3. Inwieweit ist bei Feststellung einer die Anwendung des § 316 begründenden Fahrlässigkeit auf die tatsächlichen Verhältnisse des einzelnen Falles in Beziehung auf die Vorhersehbarkeit und die Wahl der Verhütungsmittel Rücksicht zu nehmen? II. 12/2 92. **22**, 357.

4. Ist die Strafbarkeit aus Abs. 2 durch eine Fahrlässigkeit bedingt? Inwieweit kann die Unvorhersehbarkeit einer Eisenbahngefährdung die Verschuldung des Betriebsbeamten, durch dessen Pflichtvernachlässigung die Gefährdung herbeigeführt worden ist, ausschließen? I. 18/5 85. **12**, 203; III. 22/2 83. **8**, 66.

5. Welche Beamten sind im Sinne des Abs. 2 zur Leitung der Eisenbahnfahrten angestellt? I. 23/6 90. **21**, 15.

6. Inwieweit ist der Strafrichter zur Prüfung der Frage berufen, ob eine Anstellung zur Leitung von Eisenbahnfahrten oder zur Aufsicht über die Bahn oder den Beförderungsbetrieb vorschriftsmäßig erfolgt ist? II. 16/11 83. **9**, 189.

7. Erfordert die Anwendung des Abs. 2 ein Zusammentreffen der daselbst aufgeführten Funktion bei derselben Person, oder genügt das Vorhandensein einer dieser Funktionen? II. 13/12 81. **5**, 234; II. 9/11 94. **26**, 183.

8. Zum Begriffe der Pflichtvernachlässigung im Sinne des Abs. 2. IV. 14/1 90. **20**. 190.

9. Begründet jede für eine Transportgefährdung kausale Zuwiderhandlung gegen eine Dienstvorschrift ohne Rücksicht auf die subjektive Seite des Falles die Anwendung des § 316 Abs. 2? II. 9/10 91. **22**, 163.

10. Haben die für die Obliegenheiten der Eisenbahnbeamten erlassenen Instruktionen die Bedeutung eines Gesetzes, wegen dessen falscher Anwendung die Nichtigkeitsbeschwerde (Revision) begründet ist? III. 17/12 79. **1**, 125.

11. In welchem Verhältnisse steht das Vergehen der Gefährdung eines Eisenbahntransports im Sinne des § 316 Abs. 2, durch welche der Tod eines Menschen verursacht worden ist, zu dem Vergehen der fahrlässigen Tötung? III. 22/2 83. **8**, 66.

12. Über Strafbemessung im Falle idealer Konkurrenz des Tatbestandes des § 316 mit fahrlässiger Körperverletzung. II. 7/3 93. **24**, 58. I. 5/1 82. **5**, 420.

§ 317 1. Zum Begriffe der Gefährdung des Betriebes einer Telegraphen- oder Fernsprechanlage. I. 10/12 96. **29**, 244; III. 28/2 89. **19**, 55.

2. Muß der Vorsatz sowohl die Beschädigung oder Änderung einer Telegraphenanlage, als auch die dadurch herbeigeführte Verhinderung oder Gefährdung des Betriebes umfassen? Genügt Eventualdolus? I. 28/1 92. **22**, 393.

3. Übt der Eigentümer eines Grundstückes einen nach § 859 B.G.B.'s zulässigen Selbstschutz aus, wenn er eine vor mehr als Jahresfrist in Unterstellung seiner Genehmigung auf seinem Grundstücke aufgerichtete und von ihm seither stillschweigend geduldete Stange einer öffentlichen Fernsprechanlage absägt?

Ist Idealkonkurrenz zwischen dem Vergehen gegen § 317 und dem gegen § 304 St.G.B.'s möglich? I. 15/4 01. **34**, 249.

§ 318 1. Über die identischen Tatbestandsmerkmale s. § 317.

2. Erfordert die Bestrafung aus § 318 Abs. 1, daß die fahrlässigerweise begangenen Handlungen den Erfolg einer Verhinderung oder Störung der Benutzung hatten, oder genügt die Möglichkeit oder die Gefahr einer Verhinderung oder Störung? II. 2/1 85. **11**, 336.

S. zu § 318 auch **4**, 406.

(Gesetz vom 13. Mai 1891.) § 318a

1. Was gehört zu einer öffentlichen Zwecken dienenden Fernsprechanlage? I. 10/12 96. **29**, 244.

2. Über den Rechtszustand vor dem Gesetze vom 13. Mai 1891. II. 20/9 81. **4**, 406.

3. S. weiter § 317.

1. Kann bei einem Wege, der wegen zeitiger Unpassierbarkeit des ordentlichen Weges neben diesem geführt wird, der § 321 Anwendung finden? Ist die Anwendung deshalb ausgeschlossen, weil das Befahren des für den Notweg benutzten Landstreifens von dem Eigentümer nicht geduldet zu werden braucht? IV. 20/9 95. **27**, 363. § 321

2. Bezieht sich der durch § 321 den Wegen gewährte strafrechtliche Schutz auch auf Privatwege? IV. 13/5 90. **20**, 393.

3. Was ist unter „Störung des Fahrwassers" zu verstehen? Genügt dazu die Behinderung der Fahrt eines anderen Schiffes infolge falscher Lenkung des eigenen? II. 18/9 88. **18**, 85.

4. Erfordert die Strafbarkeit Bewußtsein des Täters von der Rechtswidrigkeit seiner Handlung? IV. 13/5 90. **20**, 393; IV. 20/9 95. **27**, 363.

5. Erfordert der Tatbestand das Bewußtsein des Täters, daß durch seine Handlungen Gefahr für Leben und Gesundheit anderer entstehen könne? IV. 7/1 02. **35**, 53.

1. Was gehört zur „Herbeiführung einer Gefahr für das Leben eines anderen"? III. 26/4 94. **25**, 312. § 323

2. Über den Begriff vom Schiff im Sinne des § 323. II. 17/4 83. **8**, 218.

3. Was ist unter „Sinken eines Schiffes" zu verstehen? II. 4/6 80. **2**, 85; III. 16/10 02. **35**, 399.

1. Erfordert der Tatbestand Handlungen, durch welche unmittelbar die Vergiftung der zum öffentlichen Verkaufe oder Verbrauche bestimmten Gegenstände herbeigeführt wird? I. 29/9 90. **21**, 76. § 324

2. Ist der Grossist oder Fabrikant, welcher vergiftete Sachen unter Kundgebung dieser Eigenschaft an den Zwischenhändler verkauft, aus § 324 strafbar?

Über das Verhältnis der Strafbestimmung des § 324 zu denjenigen des Nahrungsmittelgesetzes. I. 27/3 82. **6**, 121.

3. Über den Begriff des Inverkehrbringens s. Nahrungsmittelgesetz vom 14. Mai 1879 § 12 Nr. 10ff.

S. zu § 324 auch **3**, 119.

1. Gehört zum Tatbestande des fahrlässig verursachten Sinkens oder Strandens eines Schiffes, daß dadurch Gefahr für das Leben eines anderen herbeigeführt worden ist? II. 4/6 80. **2**, 85. § 326

2. Ist unter dem Schaden, von dessen Verursachung der § 326 die

Strafbarkeit der aus Fahrlässigkeit begangenen Handlung abhängig macht, nur ein Schaden an Leben und Gesundheit, oder auch ein sachlicher Schaden zu verstehen? II. 17/4 83. **8**, 218; III. 16/10 02. **35**, 399.

3. Über einzelne Tatbestandsmerkmale s. §§ 321 flg.

S. zu § 326 auch **6**, 121.

§ 327 1. Über identische Tatbestandsmerkmale s. § 328.

2. Was ist unter Absperrungs- oder Aufsichtsmaßregeln im Sinne des § 327 zu verstehen? IV. 8/3 95. **27**, 83.

3. Kann die Verletzung von Vorschriften gegen die Verbreitung des Milzbrandes die Anwendung des § 327 begründen?

Trifft dies zu bei Verletzung von Vorschriften gegen die Verbreitung der Tollwut? II. 12/10 93. **24**, 332.

4. Enthalten die durch Kaiserliche Verordnungen bezw. die dazu ergangenen Ausführungsbestimmungen erlassenen Verbote der Einfuhr von Schweinen, Schweinefleisch ꝛc amerikanischen Ursprungs behördliche Anordnungen, wie solche § 327 voraussetzt? III. 18/10 90. **21**, 121; I. 15/6 91. **22**, 45.

5. Inwieweit kommt es darauf an, daß in den zur Verhütung ansteckender Krankheiten erlassenen Anordnungen deren Zweck angegeben wird? III. 18/10 90. **21**, 121; I. 12/10 93. **24**, 332.

6. Welche Behörde ist in Preußen zum Erlasse von Absperrungs- oder Aufsichtsmaßregeln behufs Verhütung des Einführens oder Verbreitens einer ansteckenden Krankheit zuständig? IV. 15/12 93. **24**, 436.

7. In welchem Umfange sind in Preußen die Ortspolizeibehörden befugt, Absperrungsmaßregeln zur Verhütung des Einführens oder Verbreitens ansteckender Krankheiten anzuordnen? II. 13/11 83. **9**, 366.

8. Ist in Preußen die Ortspolizeibehörde zuständig, die im Regulative vom 8. August 1835 vorgesehenen Absperrungs- und Aufsichtsmaßregeln als solche schon dann anzuordnen, wenn nur Choleraverdacht, nicht der Ausbruch der Krankheit von dem Sachverständigen konstatiert worden?

Gilt eine schon bei dem Vorliegen eines choleraverdächtigen Anfalles angeordnete Maßregel als Absperrungs- oder Aufsichtsmaßregel im Sinne des § 327? IV. 8/6 95. **27**, 280.

9. Haben die Vorschriften, welche in Preußen in der Ministerialanweisung für Hebammen vom 22. November 1888 erlassen sind, den Charakter von Absperrungs- oder Aufsichtsmaßregeln zur Verhütung des Verbreitens der ansteckenden Krankheit des Kindbettfiebers? IV. 30/3 94. **25**, 201.

§ 328 1. Vgl. § 327 und Viehseuchengesetz vom $\frac{\text{23. Juni 1880}}{\text{1. Mai 1894}}$ sowie Instruktion des Bundesrats vom 27. Juni 1895.

2. Über das Verhältnis der Strafbestimmungen des § 328 zu denjenigen des Reichsgesetzes vom 21. Mai 1878, betr. Zuwiderhandlungen gegen die zur Abwehr der Rinderpest erlassenen Vieheinfuhrverbote. I. 2/7 83. **9**, 190; III. 30/6 84. **11**, 65; III. 28/4 92. **23**, 107.

3. Über das Verhältnis zur Strafbestimmung des § 65 des Gesetzes vom $\frac{\text{23. Juni 1880.}}{\text{1. Mai 1894.}}$ I. 13/4 82. **6**, 159. IV. 24/9 95. **27**, 357.

4. Zur Auslegung des § 328. Begriff von „Absperrungs- und Aufsichtsmaßregeln". IV. 24/1 88. **17**, 72.

5. Was ist „wissentliche Verletzung einer Absperrungsmaßregel" und „zuständige Behörde" im Sinne des § 328? II. 21/10 79. **1**, 1.

6. Zum Begriffe von Absperrungsmaßregeln. Ist die durch § 56b Abs. 3 der Gewerbeordnung in der Fassung der Novelle vom 6. August 1896 zugelassene Untersagung des Handels im Umherziehen eine Absperrungsmaßregel im Sinne des § 328? II. 22/11 98. **31**, 342.

7. Müssen die für den Handel von Vieh im Umherziehen getroffenen Vorschriften auch von den Händlern beobachtet werden, die auf Viehmärkten außerhalb ihres Wohnortes Vieh ein- und verkaufen? I. 4/12 99. **32**, 414.

8. Welche Behörde ist unter der „zuständigen" in § 328 zu verstehen? IV. 30/1 85. **12**, 19.

9. Ist die Zuständigkeit der Polizeibehörde bei der Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen auf die Verhängung der in dem Reichsgesetze vom 23. Juni 1880 (1. Mai 1894) und dessen Ausführungsbestimmungen vorgesehenen Schutzmaßregeln beschränkt dergestalt, daß § 328 nicht Anwendung finden kann, wenn die Behörde die Grenzen dieser Zuständigkeit überschritten hat? IV. 14/1 90. **20**, 177.

10. Inwieweit sind die beamteten Tierärzte nach dem Gesetze vom 23. Juni 1880 zu polizeilichen Verfügungen zuständig, und in welcher Form sind die Verfügungen zu treffen? III. 8/10 85. **12**, 437; I. 12/10 93. **24**, 332.

11. Haben die Anordnungen des beamteten Tierarztes zur Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen, wenn derselbe sie auf Grund einer allgemeinen Ermächtigung der zuständigen Behörde getroffen hat, die Eigenschaft behördlicher Anordnungen im Sinne des Gesetzes vom 23. Juni 1880 und des § 328? II. 17/2 85. **12**, 70.

12. Greift § 328 Platz bei Verletzung von Absperrungs- oder Aufsichtsmaßregeln, welche im Reichsviehseuchengesetz selbst getroffen sind? IV. 13/12 98. **31**, 380; IV. 24/9 95. **27**, 357; I. 15/5 02. **35**, 243.

13. Enthält die Übertretung des von dem Besitzer seuchenkranken Viehs an seine Dienstboten oder Hausgenossen infolge einer Anordnung der Polizeibehörde auf Grund des § 63 Nr. 4 der Instruktion des Bundesrats vom $\frac{\text{30. Mai}}{\text{27. Juni}}$ 1895 erlassenen Verbotes, seuchenfreie Stallungen in anderen Gehöften zu betreten, seitens dieser Dienstboten oder Hausgenossen die Verletzung einer von der zuständigen Behörde zur Verhütung des Verbreitens von Viehseuchen angeordneten Absperrungsmaßregel? III. 29/3 00. **33**, 225.

14. Kann das für Anwendung des § 328 vorausgesetzte wissentliche Zuwiderhandeln angenommen werden, wenn der Zuwiderhandelnde das bezügliche Verbot oder dessen Zweck nicht kannte? Inwieweit ist in

16*

einer irrigen Auffassung ein Irrtum über den Inhalt des Strafgesetzes zu erkennen? I. 13/4 82. **6**, 159; IV. 5/1 92. **22**, 296; IV. 21/2 96. **28**, 195; I. 4/12 99. **32**, 414.

15. Schließt die Unkenntnis des Täters davon, daß das von ihm übertretene Verbot zur Verhütung der Einschleppung der Rinderpest erlassen ist, bei vorhandener Kenntnis davon, daß das Verbot die Verhütung oder Einschleppung von Viehseuchen im allgemeinen bezielt, die Anwendung des § 328 aus? III. 28/11 92. **23**, 311.

16. Ist eine Bestrafung aus § 328 deshalb ausgeschlossen, weil die verletzte Anordnung vor der Aburteilung aufgehoben worden ist? IV. 14/6 87. **16**, 171.

17. Über das Zusammentreffen des Tatbestandes des § 328 mit Kontrebande. II. 2/11 88. **18**, 174; IV. 21/12 94. **26**, 319.

18. Über das Zusammentreffen mit einer Zolldefraudation. IV. 24/11 85. **13**, 69; I. 5/12 95. **28**, 51.

S. zu § 328 auch **2**, 151; **12**, 37; **13**, 30; **19**, 155; **21**, 121; **22**, 190; **26**, 128; **31**, 254; **32**, 228. 286. 291; **33**, 54. 76; **34**, 372.

§ 330 1. Kann als Ausführung eines Baues auch der Abbruch eines Gebäudes angesehen werden? I. 27/4 96. **28**, 318; IV. 23/1 94. **25**, 90. Vgl. IV, 4/11 90. **21**, 142.

2. Fallen unter § 330 auch Arbeiten zur Herstellung der Fundamente eines Bauwerks? IV. 4/11 90. **21**, 142.

3. Ist die Herrichtung des Bahnkörpers für eine Eisenbahn ein „Bau"? Sind Steinsprengungsarbeiten zum Zwecke der Erweiterung des Bahnkörpers einer Eisenbahn „Ausführung eines Baues"? I. 10/11 92. **23**, 277.

4. Genügt zur Anwendung des § 330 ein Verstoß gegen anerkannte Regeln der Baukunst, welcher nicht in Konstruktionsfehlern besteht, sondern nach hygienischen Rücksichten die Hausbewohner gefährdet? III. 28/9 95. **27**, 388.

5. Findet § 330 Anwendung im Falle der Gefährdung der beim Bau beschäftigten Arbeiter durch Herbeiführung eines den anerkannten Regeln der Baukunst widersprechenden, aber nicht auf die Dauer berechneten Zustandes?

Wann ist Gefahr als entstanden anzunehmen? IV. 7/6 98. **31**, 180.

6. Ist für den Begriff des Entstehens einer Gefahr, speziell der Feuergefährlichkeit, erforderlich, daß das Gebäude bereits seiner Bestimmung übergeben worden, und daß bestimmte Personen als Gefährdete individuell bezeichnet werden können? III. 11/2 82. **6**, 129.

7. Kann § 330 Anwendung finden, wenn ein Verstoß gegen anerkannte Regeln der Baukunst erst beim *Weiterbauen* Gefahr für andere verursacht haben würde? II. 22/11 81. **5**, 254.

8. Wie weit erstreckt sich die Haftung des Leiters eines Neubaues

für die Beobachtung der allgemein anerkannten Regeln der Baukunst? I. 17/9 96. **29**, 71.

9. Wann beginnt die Verjährung des in § 330 vorgesehenen Vergehens? IV. 30/11 94. **26**, 261; II. 2/11 83. **9**, 152.

Achtundzwanzigster Abschnitt (§§ 331—359).

Verbrechen und Vergehen im Amte.

1. Kann bei einem eigentlichen Amtsdelikte ein Beamter, der die als Amtsdelikt vorgesehene Tat durch einen nicht als bloßes Werkzeug handelnden Nichtbeamten ausführen läßt, als Täter angesehen werden? IV. 14/1 96. **28**, 109.

2. Kann der Irrtum eines Beamten über seine Amtseigenschaft Straflosigkeit begründen? III. 9/1 93. **23**, 374.

1. Über die identischen Tatbestandsmerkmale, insbesondere Begriffe von „Geschenk", „Vorteil" s. auch §§ 332. 333. § 331

2. Über Begriff von „Beamten" s. § 359.

3. Was heißt „eine in das Amt einschlagende Handlung"? II. 6/5 87. **16**, 42.

4. Inwiefern ist ein Vorteil als für eine Amtshandlung gewährt anzusehen? I. 25/2 89. **19**, 19.

5. Fallen unter § 331 Geschenke, welche einen angestellten Lehrer in Anerkennung seiner gesamten Tätigkeit in der Schule oder aus Dankbarkeit gegen ihn oder die Lehranstalt ohne Rücksicht auf konkrete Amtshandlungen gemacht werden? III. 8/11 79. **2**, 129.

6. Inwiefern erheischt § 331, daß der Beamte für eine *bestimmte* Amtshandlung Geschenke oder andere Vorteile annimmt, fordert oder sich versprechen läßt?

Ist es notwendig, daß der Zweck der Geschenke bei der Gewährung ausdrücklich kundgegeben wurde? II. 7/11 84. **11**, 219.

7. Kann unter den Begriff des Forderns eines Vorteils im Sinne des § 331 das Beanspruchen einer solchen Zuwendung fallen, auf welche der Fordernde unabhängig von der in Frage stehenden dienstlichen Handlung nach privaten Verhältnissen einen rechtlichen Anspruch hat? I. 20/11 82. **7**, 401.

8. Kann § 331 Platz greifen, wo etwas als geschuldete Leistung beansprucht wird? I. 4/3 89. **19**, 62.

9. Kann wegen Teilnahme an dem Vergehen des § 331 bestraft werden, wer einem Beamten für eine nichtpflichtwidrige Amtshandlung Geschenke gewährt? I. 17/12 85. **13**, 181.

S. zu § 331 auch **14**, 345.

1. S. auch §§ 331. 333. § 332

2. Sind unter „Handlungen, die eine Verletzung einer Amtspflicht enthalten", nur Amtshandlungen zu verstehen? II. 6/5 87. **16**, 42.

3. Ist die Verletzung einer Amtspflicht im Sinne des § 332 seitens eines Beamten möglich, wenn die von ihm vorgenommene amtliche Hand-

lung in seiner Amtsinstruktion nicht vorgesehen ist? I. 10/11 87. **16**, 300.

4. Liegt die Verletzung einer Amtspflicht im Sinne des § 332 vor, wenn ein Feldhüter durch das Versprechen eines Geschenkes zur Unterlassung einer Anzeige bestimmt wird, zu deren Erstattung derselbe nur infolge eines Irrtums verpflichtet zu sein glaubt? I. 31/1 84. **10**, 64.

5. Enthält die private Mitteilung einer amtlich geheim zu haltenden Angelegenheit eine Verletzung der Amtspflicht im Sinne des § 332? Worin besteht die Pflicht der Amtsverschwiegenheit? II. 9/6 96. **28**, 424.

6. Begriff a) des geförderten, b) des für eine Amtspflichtverletzung geforderten Vorteils. II. 16/12 98. **31**, 389.

7. Erfordert der Tatbestand des § 332 das Annehmen, Fordern oder Sichversprechenlassen von Vermögensvorteilen, oder können auch sinnliche Genüsse der Gegenstand eines Vorteils sein? III. 5/11 83. **9**, 166.

8. Kann wegen Bestechung die Nebenstrafe des § 35 St.G.B.'s ausgesprochen werden, wenn die erkannte Hauptstrafe die Dauer von 3 Monaten nicht erreicht? I. 14/6 97. **30**, 159.

9. Kann wegen Teilnahme an dem in § 332 vorgesehenen Vergehen bestraft werden, wer einen Beamten ohne die Absicht, denselben zu einer pflichtwidrigen Handlung zu bestimmen, ein Geschenk gewährt? I. 17/12 85. **13**, 181.

§ 333

1. S. auch §§ 331, 332.

2. Was gehört zum „Anbieten" von Vorteilen? Muß es ein ausdrückliches sein? Kommt es auf das Ergebnis der versuchten Einwirkung an? II. 25/1 95. **26**, 424.

3. Mittelbare Bestechung. Erkaufung der Fürsprache einer Mittelsperson.

Macht sich einer Bestechung schuldig, wer Angehörigen eines Beamten Geschenke anbietet, damit diese den Beamten zu einer pflichtwidrigen Handlung zu bestimmen suchen, ohne daß jedoch der Beamte von dem Geschenke erfahren soll? I. 8/3 86. **13**, 396; I. 29/4 80. **1**, 404.

4. Liegt der Tatbestand des § 333 auch dann vor, wenn einem Beamten, nachdem derselbe eine ihm vermöge seiner Dienstpflicht obliegende Handlung pflichtmäßig vorgenommen hat, von einem Dritten, welcher hiervon noch keine Kenntnis erlangt, Geschenke 2c zu dem Zwecke angeboten werden, um den Beamten zu einer pflichtwidrigen Unterlassung jener Handlung zu bestimmen? I. 14/3 89. **19**, 206.

5. Inwiefern ist Bestechung in Beziehung auf solche Amtshandlungen möglich, deren Vornahme im Ermessen des Beamten steht? II. 29/5 94. **25**, 400; III. 13/4 81. **4**, 101; I. 29/4 80. **1**, 404.

6. Ist bei dem Gewähren eines Geschenkes behufs Beeinflussung des dem Beamten zustehenden Ermessens die Anwendung des § 333 ausgeschlossen durch den Glauben des Geschenkgebers, der Beamte werde auch bei pflichtmäßigem Ermessen zu der vom Geschenkgeber gewünschten Entscheidung gelangen? II. 13/11 94. **26**, 194.

7. Greift § 333 auch Platz bei dem Versprechen eines dem Gegenstande nach unbestimmt gelassenen Geschenks? IV. 20/5 92. **23**, 141.

8. Ist die versprochene Mitwirkung zu einer strafbaren Handlung als ein Vorteil im Sinne des § 333 anzusehen? II. 20/9 81. **4**, 421.

9. Kann darin, daß zur Umgehung der Portogefälle ein Postillon oder anderer Postbeamter bestimmt wird, Briefe oder andere Sachen mitzunehmen, die Bestimmung des Beamten zu einer die Verletzung einer Dienstpflicht enthaltenden Handlung gefunden werden? III. 24/1 84. **10**, 45.

10. Kann eine Bestechung darin gefunden werden, daß ein nicht mit dem erforderlichen Fahrscheine versehener Passagier einer Privateisenbahn dem kontrollierenden Schaffner Vorteile dafür gewährt, daß derselbe pflichtwidrig ihm die Fahrt ohne Fahrschein gestatte? III. 24/3 84. **10**, 325.

11. Macht sich einer Bestechung schuldig, wer einem Beamten ein Geschenk anbietet, um ihn zu bestimmen, von dem Strafantrage wegen einer ihm während der Ausübung seines Dienstes zugefügten Beleidigung abzustehen? I. 2/6 90. **20**, 415.

12. Können bei der Aufforderung eines Beamten zu einer Amtspflichtverletzung, welche zugleich ein Verbrechen begründen würde, §§ 333 und 49a St.G.B.'s ideell konkurrieren? I. 3/12 83. **9**, 261; I. 26/2 85. **12**, 54.

S. zu § 333 auch **12**, 419; **15**, 221.

1. Inwieweit ist das „Empfangene" für dem Staate verfallen zu erklären? II. 16/12 98. **31**, 389. **§ 335**

2. Begriff des „Empfangenen". Ist ein Geldbetrag, den ein Gefangener dem Gefängnisbeamten zur amtlichen Verwahrung abgeliefert hat, für dem Staate verfallen zu erklären, wenn der Gefangene den Beamten erfolglos auffordert, das Geld für sich zu behalten und ihn zu entlassen? IV. 17/11 91. **22**, 270.

3. Gehört zu dem „Empfangenen" auch das Angebotene? Ist für den Begriff des „Empfangenen" auch die Absicht des Beamten ꝛc, an welchen die Zuwendung erfolgt, von Bedeutung?

Kann neben dem § 335 noch § 40 St.G.B.'s Anwendung finden? I. 29/9 84. **11**, 101; IV. 22/2 87. **15**, 348.

4. Kann dem für verfallen zu erklärenden Werte eine Freiheitsstrafe substituiert werden? I. 13/7 91. **22**, 103.

5. Ist in § 27 Nr. 2 G.V.G.'s unter „Einziehung" auch die Verfallerklärung verstanden? II. 27/2 85. **12**, 75.

Gehören auch Strafsachen, welche durch polizeiliche Verfügung erledigt werden, zu den in § 336 gedachten Rechtssachen? Was gehört zum subjektiven Tatbestande? Wo ist reale, wo ideale Konkurrenz mehrerer Rechtsbeugungen anzunehmen? I. 19/4 94. **25**, 276. **§ 336**

1. Ist der Tatbestand des Vergehens dadurch ausgeschlossen, daß der Nötigungszweck, dessen Erreichung durch den Mißbrauch der Amts- **§ 339**

gewalt oder durch die Androhung eines bestimmten Mißbrauchs derselben erstrebt wird, ein an sich nicht rechtswidriger ist? III. 10/5 83. **8**, 302.

2. Kann das Vergehen nur von solchen Beamten verübt werden, welchen eine Exekutionsgewalt zusteht?

Unter welchen Voraussetzungen ist das Erfordernis, daß der angedrohte Mißbrauch der Amtsgewalt ein bestimmter sein müsse, als vorhanden anzunehmen? II. 30/11 83. **9**, 228.

§ 340 1. Erfordert die Anwendung des § 340, daß die Voraussetzungen der Strafbarkeit einer gewöhnlichen Körperverletzung vorliegen? II. 4/7 82. **6**, 432.

2. Zum Begriffe von „begehen lassen". I. 9/1 82. **5**, 332.

3. Unter welchen Voraussetzungen ist eine Körperverletzung von einem Beamten in Ausübung oder in Veranlassung der Ausübung seines Amts begangen? Ist die Körperverletzung von Beamten in Ausübung seines Amts schon dann begangen, wenn er sie bei Gelegenheit einer dienstlichen Tätigkeit verübte? III. 8/2 82. **6**, 20; I. 23/2 88. **17**, 165.

4. Begründet die Feststellung der Übertretung einer Amtspflicht nach § 232 St.G.B.'s stets auch die Anwendung des § 340? I. 17/11 83. **9**, 204.

5. Körperverletzung unter Überschreitung der Grenzen des dem Lehrer zustehenden Züchtigungsrechts.

Was ist unter dem für das Züchtigungsrecht maßgebenden Landesrechte zu verstehen?

Haben die diesbezüglichen landesgesetzlichen Bestimmungen neben dem Reichsstrafgesetzbuche noch Geltung?

Welchen Einfluß haben Disziplinarvorschriften über das Züchtigungsrecht auf den strafrechtlichen Begriff der Körperverletzung?

Wie sind erlaubte Züchtigung, disziplinarisch strafbare Züchtigung und kriminell strafbare Körperverletzung voneinander zu scheiden? I. 15/10 94. **26**, 148; III. 3/6 89. **19**, 265; III. 18/4 87. **16**, 34; II. 29/3 87. **15**, 376; II. 18/12 83. **9**, 302; I. 24/11 81. **5**, 193; III. 14/4 80. **2**, 10.

6. Hat das Strafgericht zu prüfen, ob die Verfehlung, welche den Lehrer zur Züchtigung des Schülers veranlaßte, hierzu wirklich berechtigte? I. 24/11 81. **5**, 193; III. 14/4 80. **2**, 10.

7. Ist die berechtigte Tätlichkeit eines Lehrers gegen ein Schulkind nach § 340 nur dann strafbar, wenn die verursachte Verletzung besonders beabsichtigt war? I. 24/5 97. **30**, 126; I. 24/11 81. **5**, 193.

8. Genügt zur Annahme einer wissentlichen Überschreitung des Züchtigungsrechts die Feststellung, daß dem Lehrer die Vorschriften über seine Züchtigungsbefugnis bekannt waren? I. 24/11 81. **5**, 193.

9. Steht den Lehrern an den gewerblichen Fortbildungsschulen bei dem Fehlen landesrechtlicher Vorschriften hierüber ein Züchtigungsrecht gegenüber ihren Schülern zu? III. 10/4 02. **35**, 182.

10. Züchtigungsrecht des Lehrers in Preußen. Besteht die Nr. 6

der preußischen Kabinettsordre vom 14. Mai 1825, betr. die Schulpflicht, noch zu Recht? II. 29/3 87. **15**, 376; II. 18/12 83. **9**, 302.

11. Steht dem Schulvorstande in Preußen ein Züchtigungsrecht gegen Schulkinder zu, und in welchem Maße?

Ist in Preußen der Patron, welcher als solcher Vorsitzender des Schulvorstandes ist, Beamter im Sinne des § 340? I. 17/11 83. **9**, 204.

12. Grenzen des Züchtigungsrechts der Elementarlehrer in der Provinz Preußen. II. 14/6 92. **23**, 161.

13. Über das Züchtigungsrecht der Lehrer in Schleswig-Holstein. III. 18/4 87. **16**, 34.

14. — in Bayern. I. 24/11 81. **5**, 193; I. 14/1 01. **34**, 95.

15. — in Württemberg. I. 7/1 96. **28**, 85; I. 10/12 91. **22**, 264; I. 21/11 89. **20**, 93; I. 29/9 81. **5**, 129.

16. — im Großherzogtum Hessen. I. 21/3 94. **25**, 196; I. 4/2 01. **34**, 118; I. 24/5 97. **30**, 126.

17. — in Mecklenburg-Schwerin. IV. 4/10 98. **31**, 267.

18. — im Herzogtum Gotha. III. 3/6 89. **19**, 265.

19. — in Lippe-Detmold. III. 14/4 80. **2**, 10.

20. Steht in Elsaß-Lothringen dem mit dem Schullehreramte an einer Elementarschule betrauten Pfarrer ein Züchtigungsrecht gegen seine Schüler zu? I. 15/1 00. **33**, 72.

21. Kann im Falle des § 340 auf Buße erkannt werden? II. 22/5 85. **12**, 223.

22. Greift bei dem in § 340 vorgesehenen Vergehen § 233 St.G.B.'s Platz? II. 4/7 82. **6**, 432.

23. Über Konkurrenz der Tatbestände der §§ 340 und § 339 St.G.B.'s. IV. 22/10 97. **30**, 284.

24. Über Konkurrenz der Tatbestände von § 340 und § 341. II. 4/7 82. **6**, 432.

25. Über Konkurrenz mit dem Tatbestande des § 224. 225. 226 St.G.B.'s II. 22/5 85. **12**, 223.

26. Über Konkurrenz mit § 223a s. dort Nr. 14 S. 187.

S. zu § 340 auch **13**, 107.

1. Genügt es, daß der Täter überhaupt Beamter ist und als solcher aufgetreten ist, oder wird ein an sich zu Verfolgungen 2c befugter Beamter vorausgesetzt? II. 11/6 95. **27**, 287. § 341

2. Über den zur Straftat gehörigen Vorsatz. Kann sich der wegen einer widerrechtlichen Verhaftung angeklagte Beamte damit entschuldigen, daß er die auf die Verhaftung bezüglichen gesetzlichen Vorschriften nicht gekannt habe? III. 15/2 83. **8**, 104.

S. zu § 341 auch **2**, 262; **6**, 432.

1. Können die Tatbestände des § 342 und des § 123 Abs. 3 ideell konkurrieren? III. 23/11 99. **32**, 402. § 342

2. Unter welchen Voraussetzungen ist ein Hausfriedensbruch als

„in Veranlassung der Ausübung des Amts“ begangen anzusehen? III. 8/2 82. **6**, 20.

§ 343 1. Ist die von der Polizeibehörde vorgenommene Vernehmung eines noch nicht 12 Jahre alten Kindes über eine ihm zur Last gelegte Straftat ein Akt der Untersuchung? IV. 22/5 94. **25**, 366.

2. Unterliegt auch ein untergeordneter Polizeibeamter, welcher, gemäß § 161 St.P.O. mit der Erforschung einer strafbaren Handlung befaßt, zur Erpressung eines Geständnisses Zwangsmittel anwendet, der Strafvorschrift des § 343? II. 14/3 82. **6**, 82.

§ 345 1. Was ist zu verstehen unter dem Vollstreckenlassen einer Strafe, welche nicht vollstreckt werden durfte? I. 9/1 82. **5**, 332.

2. Kann auch ein Beamter, welcher nicht vermöge seines Amtes bei Vollstreckung der Strafe mitzuwirken hat, Täter des Verbrechens sein? II. 21/6 89. **19**, 342.

3. Hat die Straftat ein in das Stadium der Strafvollstreckung fallendes Verhalten des Beamten zur Voraussetzung? Ist die Anwendung des Abs. 2 dadurch ausgeschlossen, daß schon der Ausspruch der Strafe auf einer Fahrlässigkeit des betreffenden Beamten beruhte? Kann der Richter, welcher in fahrlässiger Weise im Widerspruche mit dem Gesetze auf eine sofort vollstreckbare Strafe erkannt hat, wegen Vollstreckung dieser Strafe aus § 345 Abs. 2 bestraft werden? II. 21/6 89. **19**, 342; I. 12/7 94. **26**, 56; I. 13/10 87. **16**, 221.

4. Inwieweit liegt dem mit der Strafvollstreckung befaßten Amtsrichter die Pflicht zur Überwachung des richtigen Strafvollzugs ob? Kann die irrtümliche Annahme der Nichtexistenz einer solchen Obliegenheit den Schutz des § 59 St.G.B.'s gewähren? Unter welchen Voraussetzungen ist der Irrtum als durch Fahrlässigkeit verschuldet anzusehen? IV. 1/6 97. **30**, 135.

§ 346 1. Besteht für den an sich zur Ausübung der Strafgewalt berufenen Beamten eine Verpflichtung zur Verfolgung der Straftat, an der er selbst strafbar beteiligt ist? III. 6/6 98. **31**, 196.

2. Was erfordert die „Absicht, jemanden der gesetzlichen Strafe rechtswidrig zu entziehen“? I. 21/5 96. **28**, 384.

3. Begreift die „Unterlassung der Verfolgung einer strafbaren Handlung“ auch die Nichtanzeige seitens eines Polizeibeamten? Was ist unter „strafbarer Handlung“ zu verstehen? Fallen darunter auch Gewerbekontraventionen? I. 30/4 85. **12**, 161.

4. Findet im Geltungsbereiche der preußischen Kreisordnung vom 13. Dezember 1872 § 346 Anwendung auf den Gemeindevorsteher, welcher von dem zuständigen Amtsgerichte mit der Verhaftung und Vorführung eines Verurteilten zum Zwecke der Strafvollstreckung betraut ist? Ist die Anwendung von § 346 ausgeschlossen, wenn der zur Mitwirkung bei der Strafvollstreckung berufene Beamte nicht beabsichtigt, den Verurteilten dauernd der gesetzlichen Strafe zu entziehen? II. 24/4 91. **21**, 424.

§ 347

1. Was gehört zum Tatbestande der Gefangenenbefreiung? IV. 18/12 94. **26**, 334.

2. Liegt der zur Straftat gehörige Vorsatz vor, wenn der Beamte die Gefangenschaft vorübergehend aufgehoben hat in der Voraussetzung, der Gefangene werde freiwillig zurückkehren? III. 5/7 94. **26**, 53.

3. Wann ist ein Gefangener einem Beamten zur Beaufsichtigung, Begleitung oder Bewachung anvertraut? IV. 7/5 95. **27**, 209.

4. Ist die Beaufsichtigung ꝛc eines Gefangenen als dem Beamten anvertraut schon dann anzusehen, wenn das Gesetz unter den gegebenen Voraussetzungen die Amtspflicht zur Beaufsichtigung ꝛc des Gefangenen auferlegt?

Erfordert der Tatbestand des § 347, daß der Gefangene als solcher von dem Beamten zur Beaufsichtigung ꝛc übernommen worden ist? II. 29/5 83. **8**, 313.

5. Kann der von einer Privatperson auf Grund des § 127 Abs. 1 St.P.O. vorläufig Festgenommene als ein „Gefangener" im Sinne des § 347 angesehen werden?

Ist die Beaufsichtigung und Bewachung eines derart Festgenommenen dadurch, daß derselbe von der festnehmenden Privatperson dem zuständigen Ortsschulzen zugeführt wird, diesem Beamten im Sinne des § 347 „anvertraut"? IV. 19/1 86. **13**, 254.

6. Was ist unter einer durch Fahrlässigkeit beförderten oder erleichterten „Entweichung" eines Gefangenen, was unter „Beförderung der Entweichung durch Fahrlässigkeit" zu verstehen? III. 2/7 83. **9**, 40; I. 2/1 82. **5**, 324.

7. Ist der Tatbestand des § 347 Abs. 2 dadurch beseitigt, daß bei Aufwendung der gebotenen Sorgfalt die konkrete Art, in welcher die Entweichung von dem Gefangenen bewerkstelligt wurde, nicht vorhersehbar war? III. 14/2 87. **15**, 345.

§ 348

a) Absatz 1.

1. Bezieht sich die Strafvorschrift nur auf eigentliche Urkundsbeamten, oder auf jeden Beamten, der eine vor ihm abgegebene Erklärung oder eine von ihm gemachte Wahrnehmung amtlich festzustellen hat? III. 8/11 83. **9**, 240; III. 5/10 91. **22**, 151; IV. 15/4 90. **20**, 369.

2. Was ist unter Befugnis zur Aufnahme öffentlicher Urkunden zu verstehen? III. 13/3 80. **1**, 312.

3. Über den Begriff von öffentlichen Urkunden im allgemeinen s. § 267 Nr. 10ff. S. 189.

4. Was sind Urkunden im Sinne des § 348?

Ist Erheblichkeit zum Beweise von Rechten oder Rechtsverhältnissen erforderlich? II. 23/1 80. **1**, 162.

5. Unter welchen Voraussetzungen liegt eine falsche Beurkundung im Sinne des § 348 vor? Ist das Gebrauchmachen ein Erfordernis des Tatbestandes? I. 19/11 83. **9**, 214; IV. 12/12 84. 11, 291.

6. Über gemeinschaftliche Verübung der Straftat. I. 5/1 94. **25**, 69.

7. Liegt eine falsche Beurkundung im Sinne des § 348 vor, wenn

der Beamte über eine später vorzunehmende Handlung einen Urkundenentwurf angefertigt, von solchem aber demnächst, obwohl der zu konstatierende Vorgang in rechtserheblichen Punkten nicht richtig beurkundet war, doch Gebrauch gemacht hat? I. 17/11 84. **11**, 257.

8. Liegt der Tatbestand des Vergehens vor, wenn der Beamte, nachdem der von ihm gefertigte Entwurf einer Beurkundung ohne seinen Willen durch einen Dritten zu amtlichen Akten übergeben worden war, auch dann, als er hiervon Kenntnis erlangt, nichts getan hat, um den der objektiven Bestimmung der Urkunde entsprechenden Gebrauch zu verhindern? IV. 17/5 89. **19**, 243.

9. Sind die Register und Bücher, welche von einem Beamten innerhalb seines Dienstkreises geführt worden, schon um deswillen öffentliche im Sinne des § 348?

Fallen unter „Register und Bücher" auch solche, welche nur zum inneren Dienste einer Behörde bestimmt sind?

Setzt die falsche Eintragung in öffentliche Bücher und Register voraus, daß sie durch einen Beamten erfolgt, welcher zur Aufnahme öffentlicher Urkunden befugt ist? II. 23/12 79. **1**, 42; III. 13/3 80. **1**, 312.

10. Ist die Anwendung des § 348 ausgeschlossen, wenn der zuständige Beamte sich nicht in rechtmäßiger Ausübung seines Amts befunden hat? IV. 13/12 89. **20**, 119; I. 2/11 99. **32**, 359.

11. Bedeutung von äußeren Mängeln einer Beurkundung. IV. 24/6 85. **12**, 331; IV. 22/9 96. **29**, 67; I. 10/1 84. **10**, 35.

12. Kann bei einer nicht in gesetzmäßiger Form aufgenommenen Urkunde von falscher Beurkundung im Sinne des § 348 die Rede sein? IV. 6/10 96. **29**, 92.

13. Nach welchen Grundsätzen ist zu beurteilen, ob eine Tatsache im Sinne des § 348 rechtserheblich ist? III. 24/5 82. **6**, 361.

14. Genügt zur Annahme, daß eine Tatsache rechtserheblich sei, die Rechtserheblichkeit in abstracto? II. 3/12 97. **30**, 373; II. 18/4 82. **6**, 184.

15. Fällt die Aufnahme eines falschen Protokolls über die Vollziehung einer Pfändung durch den Gerichtsvollzieher unter § 348? II. 18/4 82. **6**, 184.

16. Steht der Umstand, daß ein Pfändungsprotokoll über Einziehung von Gerichtskosten einen Bericht des Vollziehungsbeamten enthält, der Annahme entgegen, daß das Protokoll eine öffentliche Urkunde im Sinne des § 348 sei? III. 24/5 82. **6**, 361.

17. Hat die in einem Pfändungsprotokolle enthaltene Beurkundung, daß der Gerichtsvollzieher sich in die Wohnung des Schuldners begeben und dessen Wohnung und Behältnisse durchsucht habe, eine rechtlich erhebliche Tatsache zum Gegenstande? II. 17/11 99. **32**, 389.

18. Ist das von einem preußischen Gerichtsvollzieher gemäß § 59 der Geschäftsanweisung vom 24. Juli 1879 aufgenommene Protokoll als eine öffentliche Urkunde im Sinne des § 348 anzusehen? IV. 13/12 89. **20**, 119.

19. Enthält ein auf Grund der Kasseninstruktion für die preußischen Justizbehörden vom 1. Dezember 1884 vom Gerichtsvollzieher erstatteter falscher Bericht über die Ausführung einer Zwangsvollstreckung eine falsche Beurkundung im Sinne des § 348? IV. 7/1 99. **31**, 420.

20. Greift § 348 Platz, wenn ein Gerichtsvollzieher, ohne daß ein Protokoll über die Vollstreckungshandlung aufgenommen und beigefügt ist, dem Gerichte über die Ausführung der Zwangsvollstreckung einen falschen Bericht erstattet und entsprechende unrichtige Einträge in die Beitreibungsliste und in das allgemeine Dienstregister macht? II. 14/6 81. **4**, 283.

21. Ist die Tatsache, welches Objekt der Gerichtsvollzieher in der Zwangsvollstreckung zur Versteigerung gebracht hat, rechtserheblich im Sinne des § 348? IV. 24/11 85. **13**, 123.

22. Verliert das von einem Gerichtsvollzieher aufgenommene Versteigerungsprotokoll seine Bedeutung als öffentliche Urkunde dadurch allein, daß die Personen, mit welchen in dem Versteigerungstermine verhandelt wurde, das Protokoll nicht unterschrieben haben und der Vermerk über die Gründe der Nichtunterschrift fehlt? IV. 24/6 85. **12**, 331.

23. Greift die Strafvorschrift Platz, wenn ein Gerichtsvollzieher neben der Klagezustellungsurkunde seinem Auftraggeber wider besseres Wissen eine Bescheinigung ausstellt, daß die Zustellung seines Erinnerns zu einer bestimmten Stunde stattgefunden habe? II. 5/4 95. **27**, 145.

24. Enthalten die Eingangsvermerke, mit denen der Gerichtsvollzieher nach § 6 Nr. 3 der allgemeinen Verfügung des preußischen Justizministers vom 23. Februar 1885 die bei ihm eingehenden amtlichen Aufträge zu versehen hat, eine Beurkundung rechtlich erheblicher Tatsachen im Sinne des § 348 Abs. 1? IV. 10/1 90. **20**, 175.

25. Sind die in § 14 der Ministerialanweisung vom 15. September 1879 zur preußischen Verordnung vom 7. September 1879, betr. das Verwaltungszwangsverfahren wegen Beitreibung von Geldbeträgen, vorgeschriebenen Auszüge aus den Restverzeichnissen öffentliche Register, bezw. die vom Vollziehungsbeamten in dieselben eingetragenen Vermerke über die Ausführung der Mahnung öffentliche Urkunden? III. 2/10 90. **21**, 104.

26. Fallen Einträge in das nach der Postordnung vom 8. März 1879 geführte Postannahmebuch B unter § 348? I. 26/1 91. **21**, 310.

27. Sind Einlieferungsscheine über bei der Post erfolgte Geldeinzahlungen öffentliche Urkunden, durch deren vorsätzlich falsch beurkundeten Inhalt von seiten des zuständigen Postbeamten der Tatbestand des in § 348 vorgesehenen Vergehens erfüllt werden kann? III. 8/11 83, **9**, 240.

28. Ist die Bescheinigung eines Postboten in einer Zustellungsurkunde, daß er das zuzustellende Schriftstück dem Adressaten übergeben habe, unter allen Umständen als Beurkundung einer rechtlich erheblichen Tatsache aufzufassen? II. 7/2 82. **6**, 17; II. 16/9 84. **11**, 77.

29. Ist in unrichtigen Bestellvermerken der Landbriefträger auf Postanweisungen eine falsche Beurkundung im Sinne des § 348 Abs. 1 zu erkennen? IV. 12/12 84. **11**, 291.

30. Enthalten die in Depeschenausfertigungen aufzunehmenden An=

gaben über den Absender, den Aufgabeort, die Aufgabe- und Bestellzeiten unabhängig von dem Inhalte der Depeschen die Beurkundung rechtlich erheblicher Tatsachen? III. 5/7 97. **30**, 238.

31. Findet § 348 Abs. 1 Anwendung, wenn ein Telegraphenbeamter ein fingiertes Telegramm als seiner Station zugegangen ausfertigt? I. 28/2 98. **31**, 42.

32. Ist der Tatbestand gegeben, wenn ein Standesbeamter in den Eintrag über eine uneheliche Geburt in dem Geburtsregister das ihm als falsch bekannte Anerkenntnis der Vaterschaft aufnimmt? Kann ein Vergehen gegen § 169 St.G.B.'s ideell konkurrieren? I. 24/1 95. **26**, 408.

33. Macht sich der Standesbeamte, welcher über eine bei ihm erstattete Anzeige der Beteiligten die standesamtliche Urkunde durch einen Schreibgehülfen aufnehmen läßt, der Errichtung des Akts aber nicht selbst beiwohnt und nur nachträglich die Urkunde unterzeichnet, einer falschen Beurkundung schuldig? I. 3/12 85. **13**, 116.

34. Ist die Bescheinigung, welche der vom Standesbeamten um Aushang des Aufgebotes gemäß § 46 des Gesetzes über die Beurkundung des Personenstandes vom 6. Februar 1875 ersuchte Gemeindevorsteher über den erfolgten Aushang erteilt, eine öffentliche Urkunde im Sinne des § 348? III. 7/5 81. **4**, 155.

35. Ist der Vertreter einer Polizeibehörde, welcher amtlich ein polizeiliches Führungszeugnis ausstellt, als ein zur Aufnahme öffentlicher Urkunden befugter Beamter anzusehen?

Kann auch in dem Verschweigen von Tatsachen, welche für den Zweck des Zeugnisses von Erheblichkeit sind, eine falsche Beurkundung gefunden werden? III. 5/10 91. **22**, 151.

36. Liegt eine falsche Beurkundung vor, wenn der zur speziellen Revision (§ 27 V.Z.G.'s) berufene Zollbeamte ohne eine solche Revision einen objektiv unrichtigen, aber von ihm für richtig gehaltenen Revisionsbefund in die Zolldeklaration einträgt? IV. 21/12 97. **30**, 384.

37. Sind die von einem Fleischbeschauer zur Konstatierung der Fleischbeschau gemachten Stempelabdrücke öffentliche Beurkundungen? IV. 22/9 96. **29**, 67.

38. Ist das Beschlußbuch eines Gemeinderats in der preußischen Rheinprovinz ein öffentliches Buch?

Ist der dortige Bürgermeister ein zur Aufnahme öffentlicher Urkunden befugter Beamter? I. 27/10 94. **26**, 165.

39. Ist nach der Gemeindeordnung für die preußische Rheinprovinz der Gemeindevorsteher als Organ des Bürgermeisters zur Aufnahme öffentlicher Urkunden befugt? I. 12/6 97. **30**, 151.

40. Sind die Gemeindevorsteher in der preußischen Rheinprovinz zuständig, die Unterschrift unter einer Quittung über Zahlung von Invalidenrente zu beglaubigen? I. 16/5 95. **27**, 231.

41. Ist in Preußen im Geltungsbereiche des Allgemeinen Landrechts und der Kreisordnung vom $\frac{\text{13. Dezember 1872}}{\text{19. März 1881}}$ der Vorsteher einer ländlichen Gemeinde allgemeinhin ein zur Aufnahme öffentlicher Urkunden

befugter Beamter? Hat derselbe diese Eigenschaft in Beziehung auf seine Tätigkeit bei Mitwirkung zur militärischen Kontrolle durch § 2 der Kontrollordnung erhalten? II. 26/10 86. **15**, 4.

42. Ist in Preußen jeder der beiden Schöffen (Gerichtsmänner) für sich allein zur Vertretung des Schulzen berechtigt, und ist er, wenn er als Vertreter einen sog. Wildpretzettel ausstellt, als ein zur Aufnahme öffentlicher Urkunden befugter Beamter anzusehen? IV. 15/4 90. **20**, 369.

43. Ist die von einem preußischen Gemeindevorsteher veranlaßte Vordatierung eines namens des Gemeindevorstandes geschlossenen Jagdpachtvertrages als eine falsche Beurkundung anzusehen? IV. 16/1 91. **21**, 297.

44. Sind die Gemeindevorsteher in den sieben östlichen Provinzen Preußens zuständig, Namensunterschriften mit Beweiskraft für und gegen jedermann zu beglaubigen? IV. 21/6 92. **23**, 180.

45. Bildet der Umstand, daß bei einer Sühneverhandlung vor dem Schiedsmanne ein Teil persönlich erschienen ist, eine rechtlich erhebliche Tatsache, deren Beurkundung durch die preußische Schiedsmannsordnung vom 29. März 1879 vorgeschrieben ist? IV. 14/2 90. **20**, 236.

46. Sind die von einem Bürgermeister in Elsaß-Lothringen ausgestellten Zahlungsanweisungen als Beurkundungen im Sinne des § 348 anzusehen? Gelten als solche die den Zahlungsanweisungen beigefügten Bescheinigungen, durch welche die Richtigkeit der Rechnungen bestätigt wird, auf welche sich die Anweisungen beziehen? I. 7/4 84. **10**, 275.

47. Haben die Bescheinigungen der Fleischbeschauer in Preußen den Charakter von amtlichen Beurkundungen? II. 20/9 81. **4**, 421; II. 27/1 88. **17**, 94.

48. Ist dies in Bayern der Fall? I. 22/10 83. **9**, 139; I. 26/1 88. **17**, 76; I. 25/4 89. **19**, 180; I. 2/11 99. **32**, 359.

49. — in Sachsen? III. 3/10 89. **20**, 70.

50. — in Baden? I. 2/5 89. **19**, 197.

51. Sind die Fleischbeschauscheine eines bayerischen Fleischbeschauers als öffentliche Urkunden anzusehen, auch wenn die zur Einfuhr des Fleisches von einem anderen Orte weiter erforderliche Beglaubigung der Polizeibehörde des Schlachtortes noch nicht ergangen ist? I. 8/5 93. **24**, 158.

52. Sind die in Elsaß-Lothringen zu führenden Gefangenenregister öffentliche Register? I. 7/3 01. **34**, 208.

53. Über Beurkundungen mit Verletzungen des bayerischen Notariatsgesetzes vom 10. November 1861 s. dort. (**24**, 230.)

54. Begeht in Bayern der Bürgermeister einer Landgemeinde durch eine von ihm wider besseres Wissen abgegebene amtliche Bestätigung der Echtheit einer unter die Eingabe an ein Hypothekenamt gesetzten Unterschrift eines Hypothekgläubigers eine falsche Beurkundung im Sinne des § 348? I. 14/10 86. **15**, 19.

55. Ist der Pfleger eines „Ortsausschusses“ in Bayern zur Beurkundung von Vorgängen, welche mit Bezug auf die ortschaftliche Vermögensverwaltung gesetzlich vorgeschrieben sind, zuständig? I. 4/2 89. **18**, 391.

56. Sind die sog. Leichenschauscheine in Bayern öffentliche Urkunden? I. 3/5 88. **17**, 406.

57. Sind die württembergischen Gemeindevorsteher und Gemeindepfleger zur Aufnahme öffentlicher Urkunden befugte Beamte? I. 5/1 94. **25**, 69.

58. Haben Zeugenvernehmungsprotokolle, die ein württembergischer Ortsvorsteher im Verfahren bei Erlassung polizeilicher Strafverfügungen zufolge Auftrags der zuständigen Polizeibehörde aufnimmt, den Charakter öffentlicher Urkunden? I. 29/3 94. **25**, 223.

59. Haben die von württembergischen Ortsvorstehern gefertigten Auszüge aus den Strafregistern ihrer Gemeinden den Charakter öffentlicher Urkunden? I. 31/1 95. **26**, 413.

60. Kann der als Schreibgehülfe des Standesbeamten (Bürgermeisters) bestellte badische Ratsschreiber durch falsche Einträge in die Standesregister das Vergehen des § 348 verüben? Ist derselbe in dieser Beziehung ein zur Aufnahme öffentlicher Urkunden befugter Beamter? I. 8/3 86. **13**, 393.

61. Bildet das Protokoll eines badischen Bürgermeisters über einen von ihm bei einem Gemeinderechner oder einer weltlichen Ortsstiftung vorgenommenen Kassensturz eine öffentliche Urkunde im Sinne des § 348? Welchen Umfang hat das Beurkundungsrecht eines badischen Ratsschreibers? Handelt derselbe, wenn er bei einem solchen Kassensturz als Protokollführer fungiert, als öffentlich Beurkundender? I. 28/11 81. **5**, 246; I. 10/1 84. **10**, 35.

62. Kann § 348 Anwendung finden, wenn das in Art. 2 des Niederlassungsvertrags mit der Schweiz vom 27. April 1876 erwähnte Zeugnis im Großh. Baden durch Bürgermeister und Ratsschreiber unrichtig ausgestellt wird? I. 21/11 89. **20**, 129.

63. Was ist unter „vorsätzlich" in § 348 Abs. 1 zu verstehen? I. 9/6 81. **4**, 277.

64. Was ist zur Erfüllung des subjektiven Tatbestandes festzustellen? I. 10/1 84. **10**, 35; I. 29/3 94. **25**, 223.

65. Muß sich der Beamte, um aus § 348 Abs. 1 bestraft zu werden, der rechtlichen Erheblichkeit der falschen Beurkundung bewußt gewesen sein? Inwieweit ist ein diesbezüglicher Irrtum entschuldbar? I. 17/1 81. **3**, 324; II. 18/4 82. **6**, 184; II. 16/9 84. **11**, 77; IV. 14/2 90. **20**, 236.

66. Läßt sich die Rechtserheblichkeit der falschen Beurkundung über Abgabe eines der Post zur Beförderung anvertrauten verschlossenen Briefes durch die Rechtserheblichkeit des Briefinhalts begründen? II. 16/9 84. **11**, **77**.

67. Inwieweit ist bezüglich des Bewußtseins von der Rechtserheblichkeit Eventualsdolus ausreichend und dessen Nichtvorhandensein zur Begründung der Freisprechung besonders festzustellen? IV. 14/2 90. **20**, 236; III. 6/6 85. **12**, 297.

68. Ist der Irrtum des Täters über seine Beamteneigenschaft geeignet, einen Schuldausschließungsgrund abzugeben? III. 9/1 93. **23**, 374.

69. Ist zum Tatbestande das Bewußtsein des Beamten von seiner durch Gesetz oder Instruktion vorgeschriebenen Verpflichtung, richtig zu beurkunden, erforderlich?

Ist der Irrtum über den Charakter einer Urkunde als einer öffentlichen ein Irrtum über den Inhalt des Strafgesetzes? I. 5/1 94. **25**, 69.

70. Fordert § 348 Abs. 1 ebenso wie § 267 St.G.B.'s rechtswidrige Absicht? I. 9/6 81. **4**, 277; IV. 24/11 85. **13**, 123.

71. Inwieweit ist bei Feststellung des subjektiven Tatbestands der Inhalt einer dem Beamten erteilten Instruktion zu verwerten? I. 23/11 93. **24**, 400.

72. Über Teilnahme eines Nichtbeamten an dem Vergehen des § 348 Abs. 1. Verhältnis zu der in § 271 vorgesehenen Straftat. III. 19/10 85. **13**, 52; I. 3/12 85. **13**, 116; I. 22/6 82. **6**, 414.

S. zu § 348 Abs. 1 auch **4**, 246.

b) Absatz 2.

73. Kann ein Beamter, der die in § 348 Abs. 2 vorgesehene Tat durch einen als bloßes Werkzeug handelnden Nichtbeamten ausführen läßt, als Täter angesehen werden? IV. 14/1 96. **28**, 109.

74. Genügt für den Tatbestand jedes zum Beweise einer Tatsache dienende Schriftstück unabhängig von der Rechtserheblichkeit der Tatsache? II. 23/1 80. **1**, 162; I. 8/11 80. **2**, 425; II. 25/11 82. **7**, 252; III. 22/10 83. **9**, 141; IV. 21/2 88. **17**, 169; IV. 4/10 92. **23**, 236; IV. 11/12 96. **29**, 238; II, III. 19/12 87. **17**, 103.

75. Ist das mit Eintragungen versehene allgemeine Dienstregister des Gerichtsvollziehers eine Urkunde im Sinne des § 348 Abs. 2? II. 25/11 87. **7**, 252.

76. Sind die in § 23 der Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher vom 24. Juni 1878 vorgeschriebenen Kostennoten Urkunden im Sinne des § 348 Abs. 2? I. 4/3 89. **19**, 62.

77. Ist das Kostenregister einer preußischen Gerichtskasse eine Urkunde im Sinne des § 348 Abs. 2? Bis zu welchem Zeitpunkte ist der registerführende Beamte zur Abänderung eines von ihm selbst vollzogenen Eintrags befugt? IV. 4/10 92. **23**, 236.

78. Ist die Verletzung einer besonderen Vertrauenspflicht der Grund der Strafbarkeit des Vergehens?

Wann ist eine Urkunde „amtlich anvertraut"? IV. 23/9 84. **11**, 85; IV. 11/12 96. **29**, 238.

79. Liegt ein „amtliches anvertrauen" vor, wenn einem Beamten eine Urkunde in einer verschlossenen Mappe zur Beförderung übergeben worden ist? IV. 11/12 96. **29**, 238.

80. Sind die in einem verschlossenen, der Post anvertrauten Briefe enthaltenen Urkunden dem Postbeamten, welcher die Sendung zu dienstlicher Behandlung übernommen hat, amtlich anvertraut oder amtlich zugänglich? I. 15/3 83. **8**, 196.

81. Ist dem Gerichtsschreiber die in einem Geschäftszimmer des Gerichts frei daliegende Urkunde schon um deswillen amtlich zugänglich,

weil er das Zimmer zu betreten befugt ist? Ist es hierbei von Bedeutung, daß die Urkunde sich in einem verschlossenen Briefumschlage befindet? IV. 11/7 99. **32**, 265; II, III. 19/12 87. **17**, 103.

82. Was ist unter „Beiseiteschaffen" einer Urkunde zu verstehen? IV. 29/4 92. **23**, 99; I. 8/11 80. **2**, 425.

83. Ist eine Urkunde von einem Beamten dadurch beiseite geschafft, daß er solche, von gleichzeitig in amtlichen Einlauf gelangten Aktenstücken abgesondert, geschäftsordnungswidrig behandelt und einem Vorgesetzten verheimlicht hat? I. 28/2 84. **10**, 189.

84. Ist ein „Beiseiteschaffen" als gegeben anzunehmen, wenn ein Gerichtsschreiber eingegangene Schriftstücke pflichtwidrig nicht dem Dezernenten vorlegt, sie aber zu den zugehörigen ordnungsmäßig aufbewahrten Akten bringt? IV. 16/2 94. **25**, 127.

85. Erfordert das Beiseiteschaffen einer amtlich anvertrauten oder zugänglichen Urkunde deren Entfernung aus den amtlichen Geschäftsräumen? I. 31/1 95. **26**, 413; II. 4/12 91. **22**, 242.

86. Erfordert das „Beiseiteschaffen einer Urkunde" den Willen des Täters, die Urkunde auf die Dauer der Benutzung des Berechtigten zu entziehen? II. 4/12 91. **22**, 242.

87. Fällt einem Beamten, der aus einem ihm zugänglichen Protokolle einzelne Stücke entfernt und durch andere gleichlautende ersetzt, ein Beiseiteschaffen oder eine Beschädigung der Urkunde zur Last? Was gehört zum subjektiven Tatbestande einer Beschädigung? IV. 18/9 94. **26**, 72.

88. Ist die nachträgliche eigenmächtige Änderung des in dem Pfändungsprotokolle eines Gerichtsvollziehers angegebenen Datums des Versteigerungstermins seitens des Gerichtsvollziehers als Verfälschung einer ihm amtlich anvertrauten Urkunde anzusehen? IV. 21/2 88. **17**, 169.

89. Liegt die Verfälschung einer Urkunde vor, wenn ein Gerichtsvollzieher, welcher einen Vollstreckungsbefehl dem Schuldner durch die Post zugestellt hat, nachträglich der Zustellungsurkunde zusetzt, daß die Zustellung an den Schuldner auch als Vormund seiner Kinder erfolgt sei? I. 18/11 92. **23**, 321.

90. Kommt dem vom Absender auf den Abschnitt einer Postanweisung geschriebenen Datum der Einzahlung die Bedeutung zu, daß die Änderung dieses Datums das Vergehen des § 348 Abs. 2 begründen kann? I. 23/1 02. **35**, 80.

91. Liegt der zur Straftat gehörige subjektive Tatbestand nicht vor, wenn der Täter irrtümlich angenommen hat, vermöge öffentlichen Rechts zur Vernichtung der bezüglichen Urkunde befugt zu sein? II. 29/10 95. **27**, 401.

92. Kann das Vergehen ideell konkurrieren mit demjenigen des § 133 St.G.B.'s? I. 8/11 80. **2**, 425.

93. Liegt bei dem Zusammentreffen der §§ 348 Abs. 2 und 354 St.G.B.'s in einer Handlung Ideal- oder Gesetzeskonkurrenz vor? I. 23/1 02. **35**, 80.

94. Kann § 348 Abs. 2 Anwendung finden auf eine Tat, die nach

Wegfall der Beamteneigenschaft des Täters begangen ist? IV. 17/1 02. **35**, 75.

S. zu § 348 Abs. 2 auch **19**, 434; **24**, 89.

Hat die angedrohte Geldstrafe den Charakter einer Hauptstrafe, oder einer Nebenstrafe? II. 14/5 89. **19**, 234. § 349

1. Hat die Amtsunterschlagung die Merkmale der gemeinen Unterschlagung zur Voraussetzung? § 350

Ist im schwurgerichtlichen Verfahren die Fragestellung, ob der Beamte Gelder 2c „unterschlagen" habe, ausreichend? I. 30/9 80. **2**, 279.

2. Ist eine Hinweisung auf die Veränderung des rechtlichen Gesichtspunktes nötig, wenn bei Eröffnung des Hauptverfahrens wegen Amtsunterschlagung eine Verurteilung wegen gemeiner Unterschlagung erfolgen soll? III. 9/4 88. **17**, 293.

3. Bezieht sich § 350 nur auf Kassenbeamte, oder auf alle Beamten? II. 15/2 84. **10**, 123.

4. Über Verübung der Straftat durch Vermischung fremden Geldes mit dem eigenen. IV. 8/2 95. **26**, 437.

5. Liegt eine rechtswidrige Zueignung fremder Sachen vor, wenn ein Kassenbeamter Gelder, welche er sich leihweise beschafft und unter dem nicht erklärten Vorbehalte der Rücknahme dem Revisor als Kassengelder vorgelegt hat, nach der Revision aus der Kasse wieder an sich nimmt? II. 24/10 82. **7**, 123.

6. Liegt eine Amtsunterschlagung notwendig schon darin, daß ein Beamter von ihm amtlich empfangene Gelder zurückbehält, um sie zur Deckung eines etwaigen künftigen Mankos einer ihm anvertrauten Kasse zu benutzen? III. 12/4 88. **17**, 321.

7. Wird der Tatbestand der Amtsunterschlagung, namentlich das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit durch den Nachweis ausgeschlossen, daß der Täter zum sofortigen und jederzeitigen Ersatze der ihm in amtlicher Eigenschaft anvertrauten Gelder, welche er sich angeeignet hat, imstande gewesen ist? III. 20/10 80. **3**, 10; III. 10/12 81. **5**, 304.

8. Was ist Unterschlagung in amtlicher Eigenschaft? Muß der Empfang der Sache innerhalb der Zuständigkeit erfolgt sein?

Unter welchen Voraussetzungen hat ein Beamter Geld, das er anzunehmen dienstlich nicht verpflichtet oder ermächtigt war, in amtlicher Eigenschaft empfangen bezw. unterschlagen? III. 17/12 79. **1**, 124; I. 19/1 80. **1**, 153; I. 10/1 89. **18**, 341.

9. Reicht es für den Begriff der Unterschlagung im Amte aus, daß die von einem Beamten unterschlagene Sache demselben bei Gelegenheit einer Amtshandlung und mit Rücksicht auf seine amtliche Stellung übergeben ist? I. 3/6 80. **2**, 84; II. 6/5 81. **4**, 153; I. 7/7 90. **21**, 51.

10. Sind staatliche Beamte, welche als Kassenführer bei den vom Staate für die in seinen Betrieben beschäftigten Arbeiter errichteten Betriebskrankenkassen angestellt worden, auch in dieser Eigenschaft Beamte, so daß sie sich der Amtsunterschlagung schuldig machen, wenn sie sich

Bestandteile des Kassenvermögens rechtswidrig zueignen? III. 15/7 99. **32**, 259.

11. Greift § 350 Platz, wenn der Packmeister einer Staatseisenbahn Nahrungs- oder Genußmittel zum alsbaldigen Verbrauche den ihm anvertrauten Frachtgütern entnimmt? I. 10/2 02. **35**, 115.

12. Kann die rechtswidrige Aneignung von Holz durch einen Königlich preußischen Förster aus dem ihm unterstellten Revier den Tatbestand der Amtsunterschlagung enthalten, oder ist sie als Forstdiebstahl oder Diebstahl anzusehen? II. 24/9 86. **14**, 305; II. 2/12 81. **5**, 180.

13. Ist in Preußen ein Königlicher Förster, welcher in einem fiskalischen Gutsbezirke im Auftrage der vorgesetzten Regierung die Geschäfte eines Steuererhebers besorgt hat, ohne daß er von dem Landrate bestätigt worden, im Falle der Unterschlagung erhobener Steuern aus § 350 zu strafen? II. 19/5 82. **6**, 305.

14. Wird im Geltungsbereiche des preußischen Landrechts und der Kreisordnung vom 13. Dezember 1872 von einem Gutsvorsteher an den von ihm eingezogenen Klassensteuerbeträgen des Gutsbezirks eine Amtsunterschlagung auch dann begangen, wenn die betreffenden Steuerbeträge seitens eines Dritten zur Staatskasse abgeführt worden sind? II. 19/3 84. **4**, 24.

15. Begeht der (bayerische) Postbote, welcher im Auftrage seiner vorgesetzten Behörde bei Überbringung von Postanweisungen auch die Gelder an die Adressaten zu übermitteln hatte, durch deren Aneignung eine Unterschlagung im Amte? I. 22/12 87. **16**, 437.

16. Begeht der in Bayern angestellte protestantische Pfarrer, welcher zum Pfarrkirchenstiftungsvermögen gehörige Wertpapiere, die er aus Veranlassung ihrer Konvertierung in Gewahrsam hat, rechtswidrig für sich verwendet, hiermit eine Unterschlagung im Amte? I. 11/10 80. **2**, 316.

17. In welchem Verhältnisse stehen die §§ 350 und 353 St.G.B.'s zu einander? III. 12/4 88. **17**, 321.

18. Kann eine ideale Konkurrenz von § 350 und § 351 angenommen werden? I. 30/9 80. **2**, 279.

19. Über Konkurrenz mit Betrug. II. 25/1 92. **22**, 306.

20. Über „Unterschlagung" und „Beamter" s. noch §§ 246, 359. S. zu § 350 auch **1**, 61; **35**, 325.

§ 351 1. Hat § 351 auf alle Beamten Bezug?

Setzt § 351 voraus, daß der ungetreue Beamte die „Verwaltung" von Geldern oder Sachen habe, zu deren Kontrolle er Rechnungen, Register oder Bücher aufzustellen, bezw. zu führen verpflichtet ist?

Fallen Unterschlagungen eines Landbriefträgers, zu deren Verdeckung er das zur Eintragung seiner Einnahmen bestimmte Annahmebuch unrichtig geführt hat, unter die Strafbestimmung des § 351? II. 15/2 84. **10**, 123.

2. Wann beginnt die Verjährung im Falle der Amtsunterschlagung aus § 351? I. 11/5 82. **6**, 294.

3. Können §§ 350 und 351 St.G.B.'s in idealer Konkurrenz verletzt werden? I. 30/9 80. **2**, 279.

1. Kann eine freiwillig und mit Kenntnis des Mangels jeder Verpflichtung gewährte Leistung als Gebührenüberhebung betrachtet werden? I. 25/2 89. **19**, 19. § 352

2. Was sind Gebühren im Sinne der §§ 352 und 353 St.G.B.'s? II. 7/12 80. **3**, 87; IV. 21/2 88. **17**, 169.

3. Greift § 352 Platz bei einer tarifmäßig bestimmten Vergütung präsumtiver Auslagen? Findet er Anwendung bei Überhebung von Reisekosten und Schreibgebühren? I. 4/3 89. **19**, 62.

4. Sind Portoauslagen zu den in § 352 gedachten Gebühren zu rechnen? IV. 21/2 88. **17**, 169.

5. Findet § 352 auch Anwendung auf die geflissentliche Anhäufung unnötiger Gebühren, deren Ansatz durch die vorgenommenen amtlichen Verrichtungen an sich begründet ist? IV. 8/7 84. **11**, 40.

6. Kommt § 352 auch da zur Anwendung, wo Anwaltsgebühren der Gebührenordnung entsprechend erhoben sind, aber für eine Berufstätigkeit, welche der Rechtsanwalt nach § 31 Nr. 2 der Rechtsanwaltsordnung vom 1. Juli 1878 nicht gewähren durfte?

Schließt die Beitreibung von Anwaltsgebühren im Wege der Zwangsvollstreckung auf Grund rechtskräftigen Urteils des Civilrichters den Tatbestand des § 352 aus?

Stellung des Strafrichters zu dem Urteile des Civilrichters über die von dem Rechtsanwalte geforderte Gebühr. II. 5/10 86. **14**, 364.

7. Findet § 352 Anwendung, wenn ein Rechtsanwalt von dem zur Erstattung der Prozeßkosten verpflichteten Prozeßgegner seines Auftraggebers die Zahlung von Gebühren fordert, welche, wie ihm bewußt ist, nicht unter die Erstattungspflicht fallen? III. 26/11 88. **19**, 30.

8. Ist für den bayerischen Gerichtsvollzieher die Empfangnahme von Geld für den Gläubiger, welcher den Gerichtsvollzieher mit Zustellung eines Zahlungsbefehls beauftragt hat, eine amtliche Verrichtung? I. 10/1 89. **18**, 341.

9. Macht sich in Elsaß-Lothringen ein beamteter Tierarzt strafbar durch Erhebung einer Gebühr, welche die Höhe der vom Bezirkspräsidenten für Verrichtungen des beamteten Tierarztes bei Viehseuchen bestimmten Gebühr überschreitet? I. 13/7 93. **24**, 234.

10. Ist eine betrügerische Absicht erforderlich, oder genügt das Bewußtsein, daß die betreffenden Gebühren nicht verschuldet seien? I. 28/4 81. **4**, 227.

11. Wird der subjektive Tatbestand erfüllt durch das Bewußtsein, daß die unnötigerweise ausgeführten amtlichen Verrichtungen mit Erfolg bemängelt werden könnten? IV. 8/7 84. **11**, 40.

12. Kann sich ein Notar bei Gebührenüberhebung darauf berufen, daß ihm ein Anspruch auf den bezüglichen Betrag aus anderen Titeln zustehe? Bedeutung eines Irrtums für den subjektiven Tatbestand. I. 20/9 97. **30**, 249.

13. Schließen die Worte „von denen er weiß, daß der Zahlende sie nicht verschuldet" den Eventualdolus aus? I. 24/11 87. **16**, 363.

14. Über Idealkonkurrenz mit Betrug. III. 15/11 88. **18**, 219; I. 28/4 81. **4**, 227.

§ 353 1. Begriff des „Nichtzurkassebringens". Konkurrenz mit Betrug. IV. 30/11 94. **26**, 259.

2. Was ist unter „Gebühren oder anderen Abgaben" zu verstehen? Ist die Kasse der Provinzialfeuersozietät für Schlesien eine öffentliche Kasse? Wer ist Beamter, der für die genannte Kasse Abgaben und Gebühren zu erheben hat? IV. 11/10 92. **23**, 263; II. 7/12 80. **3**, 87.

3. Gehören die an die Kassen der Staatseisenbahnen zu entrichtenden Frachtbeträge zu den Abgaben im Sinne des § 353? Kann das Vergehen gegen § 353 ideell konkurrieren mit Betrug? Können die Tatbestände des § 353 und § 350 St.G.B.'s ideell konkurrieren? II. 25/1 92. **22**, 306.

4. Über das Verhältnis der §§ 350 und 353 zu einander. III. 12/4 88. **17**, 321.

§ 354 1. Sind Postanweisungen Briefe im Sinne des § 354? I. 8/12 79. **1**, 114.

2. Kann eine Zeitung unter Kreuzband, die von einem Postbeamten unterdrückt wird, als Brief im Sinne des § 354 angesehen werden? II. 15/5 00. **33**, 276.

3. Begriff von „der Post anvertrauten" Paketen. Ist der Begriff nicht gegeben bei einem mit fingierter Adresse zur Prüfung der Ehrlichkeit eines Postbeamten demselben in die Hände gespielten Gepäckstück? I. 12/1 80. **1**, 61.

4. Unter welchen Voraussetzungen gilt der einem Briefträger zur Weiterbeförderung übergebene Brief als der Post anvertraut? II. 8/3 92. **22**, 394.

5. Zum Begriffe des „Eröffnens" von Briefen und Paketen. II. 18/3 90. **20**, 349; IV. 25/4 90. **20**, 375.

6. Was versteht § 354 unter „Unterdrücken"? Wann sind Postanweisungen unterdrückt? Erfordert das Unterdrücken eines Briefes eine Verzögerung in der Beförderung? Erheischt der Begriff die Verfolgung einer besonderen Absicht? I. 8/12 79. **1**, 114; I. 9/1 96. **28**, 100.

7. Muß zur Verurteilung aus § 354 ausdrücklich festgestellt werden, daß bei Eröffnung des Briefes ein anderer als einer der im Gesetze vorgesehenen Fälle vorgelegen hat? II. 8/3 92. **22**, 394.

8. Kann die Verwendung eines Eisenbahnbeamten im Postdienste in Bayern dessen Eigenschaft als Postbeamten begründen? I. 23/1 02. **35**, 80.

9. Unter welchen Voraussetzungen kommt den Postillonen die Eigenschaft eines Postunterbeamten zu? II. 6/3 00. **33**, 197.

10. Kann ein Privater sich der Anstiftung eines Postbeamten zur Unterdrückung eines Briefes schuldig machen? I. 9/1 96. **28**, 100.

11. Erfordert § 354 eine gegen die Unversehrtheit des in amtliche Verwahrung gegebenen Poststücks gerichtete Absicht?

Liegt bei dem Zusammentreffen der in § 348 Abs. 2 und § 354 St.G.B.'s in einer Handlung Ideal- oder Gesetzeskonkurrenz vor? I. 23/1 02. **35**, 80.

Sinn des Ausdrucks „betraut mit der Beaufsichtigung und Bedienung einer zu öffentlichen Zwecken dienenden Telegraphenanstalt". Muß der, gegen den § 355 zur Anwendung kommen soll, in einem dienstlichen Verhältnisse zu der Telegraphenanstalt stehen? II. 9/11 94. **26**, 183. § 355

1. Was ist unter „derselben Rechtssache„ zu verstehen, und wann „dient" der Rechtsanwalt in derselben beiden Parteien „pflichtwidrig"? I. 13/4 92. **23**, 60. § 356

2. Wann dient ein Anwalt pflichtwidrig beiden Parteien? II. 5/10 86. **14**, 364 (379).

1. Wer ist als Beamter anzusehen? § 359

Enthält § 359 eine für das ganze Strafgesetzbuch maßgebende Begriffsbestimmung?

Sind Offiziere Beamte im Sinne des § 359? II. 16/6 96. **29**, 15; II. 21/2 90. **20**, 268; I. 17/11 83. **9**, 204; I. 16/1 82. **5**, 337; I. 13/3 84. **10**, 199.

2. Was ist für die Beamteneigenschaft entscheidend? Was ist für den Begriff der Anstellung erforderlich? II. 19/3 97. **30**, 29.

3. Werden die materiellen Voraussetzungen für die Bestimmung der Beamteneigenschaft im Sinne des § 359 durch die Vorschriften des preußischen Gesetzes vom 30. Juli 1899, betr. die Anstellung und Versorgung der Kommunalbeamten, berührt? II. 8/7 02. **35**, 325.

4. Kann die Tatsache, daß ein von einem Privatmann angestellter Funktionär von einer Staatsbehörde in Eidespflicht genommen worden ist, dessen Beamteneigenschaft begründen? III. 6/11 82. **7**, 210.

5. Erfordert der Begriff eines Beamten die Befugnis zu selbstständigen Anordnungen?

Kann auch ein nur mit mechanischen Verrichtungen Betrauter Beamter sein?

Ist die Beamteneigenschaft als ausgeschlossen anzunehmen, wenn jemand für den Fiskus nur bei einer von diesem betriebenen Privatindustrie tätig ist? I. 14/3 81. **3**, 420; II. 16/1 82. **5**, 337; II. 1/10 86. **14**, 345.

6. Erheischt die Beamteneigenschaft eine Anstellung? Ist ein Gefangenentransporteur auf Grund des ihm von der Behörde erteilten Auftrags zu einem Transporte als Beamter zu betrachten? I. 22/12 81. **5**, 418.

7. Was gehört zur Anstellung eines Beamten? Kann dieselbe auch durch formlose Willenserklärung des zuständigen Anstellungsorgans erfolgen? IV. 1/2 87. **15**, 244.

8. Steht der Annahme der Beamteneigenschaft entgegen, daß jemand

der gesetzlichen Vorbedingung erreichter Volljährigkeit zuwider angestellt worden ist? I. 3/6 80. **2**, 82.

9. Inwiefern kann aus der Ausübung einer amtlichen Tätigkeit ein Rückschluß auf vorliegende Anstellung gemacht werden? III. 10/11 87. **16**, 378.

10. Inwieweit kann trotz der in einem Dienstvertrage ꝛc enthaltenen Bestimmung, daß der von einer öffentlichen Behörde in Dienst Genommene hierdurch die Eigenschaft eines Beamten nicht erwerben soll, nichtsdestoweniger dessen Anstellung als Beamter für vorliegend erachtet werden? III. 10/11 87. **16**, 378; I. 18/3 80. **1**, 327.

11. Kann der Patron, welcher als solcher Vorsitzender des Schulvorstandes ist, mit Bezug hierauf als Beamter betrachtet werden? I. 17/11 83. **9**, 204.

12. Was ist unter mittelbarem Staatsdienst zu verstehen? I. 16/11 96. **29**, 184.

13. Sind die im Dienste der Gemeinde angestellten Personen als mittelbare Staatsbeamte zu behandeln? I. 19/1 80. **1**, 153.

14. Über Endigung der Beamteneigenschaft, insbesondere bei einem auf Zeit angestellten Gemeindebeamten im Herzogtum Braunschweig. IV. 17/1 02. **35**, 75.

15. Erlangen die Personen, welche gemäß § 36 Gew.O. beeidigt und öffentlich angestellt werden, schon hiermit die Eigenschaft von Beamten? I. 16/11 96. **29**, 184; I. 28/3 88. **17**, 291; II. 20/9 81. **4**, 421; I. 20/6 88. **18**, 37.

16. Ist aus dem Rechte der Aufsicht über Beamte die Befugnis herzuleiten, Personen auf Probe als Beamte anzustellen? II. 8/3 92. **22**, 420.

17. Kommt den „Hausvätern" in kommunalen Armenanstalten Beamteneigenschaft zu? III. 20/3 93. **24**, 83; II. 4/6 89. **19**, 255.

18. Sind die Postagenten Beamte? I. 26/1 91. **21**, 310.

19. Kann ein Privat-Postgehülfe als Beamter anzusehen sein? I. 1/7 80. **2**, 189.

20. Unter welchen Voraussetzungen kommt den Postillonen die Eigenschaft eines Postunterbeamten zu? II. 6/3 00. **33**, 197.

21. Kann die Verwendung eines Eisenbahnbeamten im Postdienst in Bayern dessen Eigenschaft als Postbeamten begründen? I. 23/1 02. **35**, 80.

22. Gehören die als Bahnpolizeibeamte vorschriftsmäßig angestellten Bediensteten einer Privateisenbahngesellschaft schlechthin zu den Beamten, oder ist dies nur insoweit der Fall, als sie bahnpolizeiliche Funktionen ausüben? III. 24/3 84. **10**, 325.

23. Ist der angestellte Auktionator ein Beamter? I. 28/3 88 **17**, 291.

24. Ist der Konkursverwalter Beamter? II. 19/3 89. **19**, 85.

25. Ist der von einem Tierschutzverein mit Genehmigung der zuständigen Staatsbehörde angestellte, bezw. der von einem preußischen Stadtmagistrat ohne Bestätigung der Staatsregierung bestellte Hundefänger Beamter? II. 19/3 97. **30**, 29; IV. 12/2 92. **22**, 364.

26. Sind die vom Staate in seiner Eigenschaft als Betriebsunternehmer gemäß § 64 Nr. 3 des Krankenversicherungsgesetzes vom 15. Juni 1883 / 10. April 1892 bestellten Kassen- und Rechnungsführer Beamte? III. 15/7 99. **32**, 259.

27. Gehören die im Königlich preußischen Hofdienste Angestellten zu den Beamten? II. 13/1 91. **21**, 381.

28. Sind in Preußen die für den Feld- und Forstschutz im Königlichen Privatdienste angestellten Personen als Beamte anzusehen?

Wird ein solcher Bediensteter dadurch, daß ihm zufolge Vertrags des Hofjagdamts mit einer Gemeinde auch der Feld- und Forstschutz in der Gemarkung der letzteren übertragen wird, zugleich Beamter der Gemeinde? II. 9/10 85. **12**, 419.

29. Über die Beamteneigenschaft der auf das preußische Forstdiebstahlsgesetz eidlich Verpflichteten s. St.G.B. § 117 Nr. 2 S. 64.

30. Sind in Preußen die öffentlich bestellten Fleischbeschauer Beamte? II. 20/9 81. **4**, 421; II. 27/1 88. **17**, 94; III. 13/3 90. **20**, 313.

31. Sind in Preußen die staatlichen Fischereiaufseher Beamte? Über Anstellung und Zuständigkeit derselben. IV. 13/2 94. **25**, 112.

32. Sind die Schleusenmeister in Preußen Beamte? II. 1/10 86. **14**, 345.

33. Sind die Rendanten der preußischen Schulgemeinden mittelbare Staatsbeamte? Anstellung derselben? II. 5/7 81. **4**, 379; IV. 1/2 87. **15**, 244.

34. Gehören in Preußen die Rendanten katholischer Pfarrgemeinden und evangelischer Kirchenkassen zu den mittelbaren Staatsbeamten? I. 20/1 81. **3**, 258; III. 6/5 86. **14**, 130.

35. Gehört in Preußen der Küster einer evangelischen Kirchengemeinde zu den mittelbaren Staatsbeamten? II. 16/3 86. **13**, 432.

36. Sind die Rechner der Armenkassen der israelitischen Kirchengemeinden in Hohenzollern-Sigmaringen Beamte? I. 29/10 92. **23**, 268.

37. Unter welchen Voraussetzungen sind die bei den Gerichten und Staatsanwälten in Preußen beschäftigten Kanzleigehülfen (Lohnschreiber) Beamte? I. 2/2 93. **23**, 405; I. 16/1 82. **5**, 337.

38. Ist der Hülfssekretär eines Landgerichts in der preußischen Rheinprovinz Beamter? I. 18/3 80. **1**, 327.

39. Wann sind die von einer städtischen Verwaltung in Preußen angenommenen Hülfsschreiber Beamte? I. 29/10 98. **31**, 293.

40. Sind die von einem preußischen Landrat angenommenen Bureaugehülfen Beamte? II. 28/2 96. **28**, 239.

41. Ist ein Arzt, dem für ein preußisches Gefängnis der Justizverwaltung durch vertragsmäßiges Abkommen die Geschäfte des Gefängnisarztes übertragen sind, mit Beziehung hierauf als Beamter anzusehen? IV. 22/12 99. **33**, 29.

42. Ist der von einem preußischen Amtsvorsteher berufene, vom Landrat bestätigte Vorsteher des Amtsbureaus mittelbarer Staatsbeamter? II. 4/12 96. **29**, 230.

43. Kann nach der preußischen Kreisordnung die Ernennung eines Amtsdieners mit amtlicher Eigenschaft durch den Amtsvorsteher erfolgen? IV. 26/3 01. **34**, 234.

44. Sind die von den Amtsanwälten in Preußen angenommenen Bureaubeamten Beamte im Sinne des § 359? IV. 22/10 89. **19**, 434.

45. Ist ein städtischer Bezirksvorsteher in Altpreußen, bezw. ein in der preußischen Gemeindearmenverwaltung eine Stelle einnehmendes Gemeindemitglied ein Gemeindebeamter und mittelbarer Staatsbeamter? I. 14/3 81. **3**, 420.

46. Anstellung von Gemeindebeamten im Geltungsbereiche der preußischen Landgemeindeordnung vom 3. Juli 1891. Akt der Anstellung. IV. 8/2 95. **26**, 437.

47. Ist in Schleswig-Holstein der Amtsausschuß befugt, einen Amtsdiener mit amtlicher Eigenschaft zu ernennen, und genügt, wenn demselben polizeiliche Funktionen anvertraut werden sollen, die Bestätigung seiner Ernennung durch den Landrat? IV. 3/2 93. **23**, 419.

48. Ist in den sechs östlichen Provinzen Preußens ein von der Gemeinde mit der Steuererhebung beauftragter, in Rücksicht hierauf auch bestätigter und beeidigter Gemeindevorsteher in der Eigenschaft als Ortssteuererheber Beamter? I. 23/3 91. **21**, 398.

49. Gehört in Preußen der Ortssteuererheber zu denjenigen Beamten, deren Wahl der Bestätigung bedarf? II. 19/5 82. **6**, 305.

50. Bedarf in Preußen ein von einer Stadtverwaltung angestellter Nachtwächter der staatlichen Bestätigung, und hängt von dieser seine Eigenschaft als Beamter ab? IV. 5/6 91. **22**, 39.

51. Ist in den sechs östlichen Provinzen Preußens ein von der Dorfgemeinde angestellter, vom Landrat nicht bestätigter Nachtwächter und Gemeindediener als Beamter anzusehen? II. 8/10 86. **14**, 350.

52. Bedarf in den östlichen Provinzen Preußens die Ernennung eines Amtsdieners seitens des Amtsausschusses der Bestätigung durch die staatlichen Behörden, und ist der Landrat zu dieser Bestätigung befugt? IV. 24/2 93. **24**, 24.

53. Sind in Bayern die Fleischbeschauer Beamte? I. 22/10 83. **9**, 139; I. 25/4 89. **19**, 180.

54. Sind die bayerischen Leichenschauer Beamte? I. 3/5 88. **17**, 406.

55. Kommt in Bayern dem von einer Stadtgemeinde angestellten Wagmeister die Eigenschaft eines Beamten zu? I. 20/6 88. **18**, 37.

56. Sind die Techniker des bayerischen Dampfkesselrevisionsvereins Beamte? I. 16/11 96. **29**, 184.

57. Ist nach bayerischer Gemeindegesetzgebung ein Magistratsrat in Bezug auf seine amtliche Tätigkeit bei Überwachung einer städtischen Anstalt Beamter? I. 26/11 96. **29**, 273.

58. Ist ein Mitglied des Ausschusses einer bayerischen Landgemeinde, welches mit Verwaltung der Kasse für bestimmte Gemeindeeinkünfte betraut ist, Beamter? I. 1/2 83. **8**, 29; I. 4/2 89. **18**, 391.

59. Können die öffentlichen Diener der bayerischen Landgemeinden

als Beamte angesehen werden, bevor sie von der vorgesetzten Verwaltungsbehörde verpflichtet sind? I. 5/1 84. **9**, 409.

60. Ist der in Bayern angestellte protestantische Pfarrer in Bezug auf Verwaltung von Pfarrkirchenstiftungsvermögen Beamter? I. 11/10 80. **2**, 316.

61. Sind städtische Kiesgrubenaufseher in Bayern Beamte? I. 13/6 01. **34**, 287.

62. Über die Beamteneigenschaft der in Rheinbayern bestellten Feldhüter. I. 31/1 84. **10**, 64.

63. Sind im Königreich Sachsen die verpflichteten Trichinenschauer Beamte? III. 3/10 89. **20**, 70.

64. Ist im Königreich Sachsen der vom Eigentümer eines Rittergutes oder eines anderen vom Gemeindeverbande eximierten Grundstücks angestellte, mit Übung des Forstschutzes betraute Förster als Beamter anzusehen? III. 6/11 82. **7**, 210.

65. Sind die badischen Fleischbeschauer Beamte? I. 2/5 89. **19**, 197.

66. Sind die waldeckischen Domanialaufseher Beamte? IV. 25/2 98. **31**, 47.

67. Über die Beamteneigenschaft der Lehrer an den preußischen Fortbildungsschulen. III. 10/4 02. **35**, 182.

Neunundzwanzigster Abschnitt (§§ 360—370).

Übertretungen.

Nr. 8. **§ 360**

1. Greift die Strafvorschrift Platz, wenn jemand zwar den richtigen Familiennamen, aber einen falschen Vornamen angibt? IV. 17/9 97. **30**, 230.

2. Wie weit erstreckt sich der Begriff des „zukommenden Namens"? III. 4/6 91. **22**, 60.

3. Ist ein Briefträger ein zuständiger Beamter im Sinne des § 360 Nr. 8? III. 9/2 88. **17**, 224.

4. Setzt der Begriff des „Annehmens" eines Titels 2c im Sinne des § 360 Nr. 8 stets eine eigene Tätigkeit des Annehmenden voraus, oder kann er unter Umständen auch in der bloßen Duldung der Anrede von Seiten anderer gefunden werden? I. 16/6 00. **33**, 305.

5. Ist „Rechtsanwalt" ein Titel im Sinne des § 360 Nr. 8? II. 31/5 01. **34**, 271.

S. zu § 360 Nr. 8 auch **28**, 344.

Nr. 9.

Findet die Strafbestimmung Anwendung bei Versicherungsverträgen, welche im Zusammenhange mit einem anderen Geschäfte sich als Nebenabrede darstellen? IV. 23/9 02. **35**, 346.

Nr. 11.

1. Setzt der Tatbestand der Übertretung eine Gefährdung oder Belästigung des Publikums voraus? Wann ist diese Voraussetzung ge-

geben? Ist sie als ausgeschlossen anzunehmen, wenn die Belästigung sich auf die in einem abgegrenzten Raume befindlichen Personen beschränkt? I. 27/4 80. **1**, 400; III. 26/11 81. **5**, 299; I. 22/2 86. **13**, 366; III. 3/6 89. **19**, 294.

2. Sind für den Begriff des groben Unfugs die Angehörigen der Mannschaften und Offiziere eines größeren Truppenteils dem Begriffe „Publikum" zu unterstellen? II. 17/5 87. **16**, 98.

3. Zum Begriffe des groben Unfugs. Unter welchen Voraussetzungen kann die Verübung in der Veröffentlichung eines Zeitungsartikels oder in der Verbreitung von Flugblättern oder anderen Druckschriften gefunden werden? IV. 7/4 99. **32**, 100; IV. 14/6 98. **31**, 185; III. 3/6 89. **19**, 294; II. 17/5 87. **16**, 98. Vgl. IV. 14/6 95. **27**, 292; IV. 5/6 94. **25**, 404.

4. Verübung groben Unfugs durch eine gegen Sitte und Anstand verstoßende Handlung. II. 30/10 82. **7**, 168.

5. Verübung groben Unfugs durch Bedrohung des Publikums mit Schießgewehr. I. 24/3 92. **22**, 423.

6. Unter welchen Voraussetzungen kann in einer sozialdemokratischen Kundgebung grober Unfug erkannt werden? I. 7/7 92. **23**, 207.

7. Erfordert die Verübung groben Unfugs Vorsätzlichkeit in Bezug auf den Erfolg einer Gefährdung oder ungebührlichen Belästigung des Publikums, oder genügt auch das Vorhandensein einer Verschuldung dieses Erfolgs? II. 17/5 87. **16**, 98.

8. Kann die Übertretung mit einem Vergehen gegen § 130 St.G.B.'s konkurrieren? IV. 14/6 98. **31**, 185.

9. Unter welchen Voraussetzungen kann in den Angriffen gegen einzelne Personen grober Unfug erkannt werden? IV. 17/9 01. **34**, 364.

10. Genügt für den Tatbestand jedes beliebige grob ungebührliche Verhalten, welches eine Beunruhigung oder Belästigung des Publikums zur unmittelbaren Folge hat oder haben kann? IV. 12/11 01. **34**, 425.

Nr. 12.

1. Findet die Strafbestimmung Anwendung auf solche Personen, welche das Gewerbe eines Pfandleihers ohne die dazu erforderliche polizeiliche Erlaubnis betreiben? II. 8/5 83. **8**, 283.

2. Über das Verhältnis der Strafbestimmung zu derjenigen des § 302a St.G.B.'s. III. 5/1 81. **3**, 176.

S. zu § 360 Nr. 12 auch **4**, 202.

Nr. 14.

1. Verhältnis der Strafbestimmung zu demjenigen des § 284 St.G.B.'s. IV. 12/2 97. **29**, 376.

2. Begriff von Glücksspiel s. §§ 284—286 Nr. 3ff. S. 212.

3. Verhältnis des Verbots in § 286 zu demjenigen in § 360 Nr. 14. I. 9/2 82. **5**, 432; II. 1/4 84. **10**, 245.

4. Über Zulassung der Aufstellung von Totalisatoren auf Rennplätzen. IV. 2/6 96. **28**, 401.

5. Über den Einfluß der Strafbestimmung auf frühere, über das

Verbot des Strafgesetzbuchs hinausgehende landesgesetzliche Verbote des Ausspielens. III. 3/5 88. **18**, 1.

Nr. 2.

1. In welchem Umfange unterliegt gegenüber der Anschuldigung verbotswidriger Rückkehr die Frage, ob eine rechtswirksame Verweisung erfolgt ist, der Prüfung des Strafrichters? § 361

Wird die gegen einen deutschen Staatsangehörigen auf Grund des § 3 des Freizügigkeitsgesetzes vom 1. November 1867 wegen wiederholter Bestrafung wegen Bettelns oder Landstreicherei landespolizeilich verfügte Ausweisung aus dem Gebiete eines Bundesstaates mit Ablauf von 12 Monaten seit der letzten Bestrafung rechtsunwirksam? III. 17/6 82. **6**, 378.

2. Kann die Ausweisung von Ausländern aus dem Gebiete eines Bundesstaates nur durch die Landespolizeibehörde, oder auch durch die Ortspolizeibehörde erfolgen? IV. 21/4 85. **12**, 154.

Nr. 3.

Ist die Annahme von Landstreicherei durch das Betreiben eines vom Gesetze nicht anerkannten Gewerbes ausgeschlossen? IV. 28/1 98. **30**, 438.

Nr. 4.

1. Was ist unter „Betteln" zu verstehen? IV. 6/6 90. **20**, 434; Pl. 17/4 82. **6**, 218.

2. Unter welchen Voraussetzungen enthält Betteln den Tatbestand des Betrugs? I. 4/7 81. **4**, 352; III. 26/5 82. **6**, 360.

3. Fallen erbettelte Sachen unter die mittels einer strafbaren Handlung erlangten im Sinne des § 259 St.G.B.'s? Pl. 17/4 82. **6**, 218.

Nr. 6.

1. Wie weit erstreckt sich die Wirkung der polizeilichen Aufsicht, welcher eine Frauensperson wegen gewerbsmäßiger Unzucht unterstellt worden ist? IV. 9/12 84. **11**, 286.

2. Sind Sachen, welche eine Weibsperson durch gewerbsmäßigen Unzuchtsbetrieb erwirbt, im Sinne des § 259 St.G.B.'s mittels strafbarer Handlung erlangt? III. 11/12 84. **11**, 342.

3. Sind in Preußen die Polizeibehörden befugt, polizeilich noch nicht kontrollierte Dirnen, welche der gewerbsmäßigen Unzucht verdächtig sind, im sittenpolizeilichen Interesse zum Polizeibureau sistieren zu lassen? II. 11/1 81. **3**, 185.

4. Kann eine wegen gewerbsmäßiger Unzucht verurteilte Frauensperson in dem Strafverfahren, welches mit Bezug auf dieselbe Unzucht die Anschuldigung der Kuppelei zum Gegenstande hat, als der Teilnahme hieran verdächtig oder bereits verurteilt unbeeidigt als Zeugin vernommen werden? III. 13/5 82. **6**, 286.

Nr. 7.

Findet in Preußen ein Arbeitszwang im administrativen Wege gegen solche Personen statt, welche öffentliche Unterstützung empfangen und sich weigern, die ihnen von der Behörde angewiesenen Arbeiten zu verrichten? II. 4/7 82. **6**, 432.

§ 362 1. Kann im Falle der §§ 362. 361 Nr. 4 St.G.B.'s auf die Überweisung des Bettlers an die Landespolizeibehörde nach verbüßter Strafe auch dann erkannt werden, wenn innerhalb der letzten drei Jahre bereits wegen Bettelns eine solche Überweisung ausgesprochen und die Detention seitens der Landespolizeibehörde verhängt war? III. 23/12 82. **7**, 431.

2. Verhältnis des Bettelns unter Drohungen zu dem Vergehen der Erpressung. III. 16/2 99. **32**, 46.

3. Kann § 362 Abs. 2 gegen Bettler nur dann Anwendung finden, wenn sie sich einer Drohung als Mittel zur Almosenerlangung bedienen? Fer. 8/9 02. **35**, 343.

§ 363 1. Verhältnis der in § 363 vorgesehenen Übertretung zu der gewöhnlichen Urkundenfälschung. IV. 2/10 94. **26**, 83; IV. 4/2 90. **20**, 229; IV. 21/11 85. **13**, 65; II. 29/9 85. **12**, 385; III. 18/2 84. **10**, 162; III. 15/2 83. **8**, 37.

2. Erheischt § 363 gleich § 267 ein Gebrauchmachen zum Zwecke der Täuschung? III. 15/2 83. **8**, 37.

3. Erheischt § 363, insoweit es sich um Privaturkunden handelt, die Erheblichkeit für den Beweis von Rechten oder Rechtsverhältnissen? I. 23/11 91. **22**, 225. Vgl. IV. 4/2 90. **20**, 229.

4. Was versteht § 363 unter „sonstigen Legitimationspapieren"? Ist ein von dem Pfarrer aus dem das Personenstandsregister darstellenden Kirchenbuche erteiltes Tauf-, bezw. Geburtszeugnis ein Legitimationspapier im Sinne des § 363? II. 29/9 85. **12**, 385.

5. Begriff der in § 363 gedachten Fähigkeitszeugnisse. Fallen darunter auch Atteste über die Arbeitsunfähigkeit einer Person? II. 19/1 94. **25**, 103.

6. Ist § 363 anwendbar bei der Verfälschung einer in Gemäßheit der §§ 101 flg. des Invalidititätsversicherungsgesetzes vom 22. Juni 1889 ausgestellten Quittungskarte? IV. 27/10 93. **24**, 348; II. 6/12 92. **23**, 335.

7. Kann bei der fälschlichen Anfertigung der schriftlichen Erklärung des Vaters, daß er zu dem Gesindedienste seines minderjährigen Kindes die Genehmigung erteile, § 363 Platz greifen? II. 8/7 90. **21**, 56.

8. Voraussetzung der Anwendung des § 363 in subjektiver Beziehung. IV. 2/10 94. **26**, 83.

9. Greift § 363 Platz bei dem Gebrauche eines gefälschten Civilversorgungsscheins zur Erlangung einer den Inhabern von solchen Scheinen vorbehaltenen Stelle? I. 28/2 95. **27**, 56.

10. Ist die Anwendung des § 363 ausgeschlossen durch die auf Erlangung einer bestimmten amtlichen Stellung gerichtete Absicht? II. 1/11 98. **31**, 296.

11. Greift § 363 Platz bei dem Gebrauche eines gefälschten Taufscheins zur Erlangung des Adelsprädikats? IV. 8/12 96. **29**, 241.

12. Wird das Tatbestandsmerkmal des „Zweckes besseren Fortkommens" dadurch ausgeschlossen, daß die Fälschung eines Zeugnisses ꝛc in der Absicht erfolgt ist, durch Vorzeigung der gefälschten Urkunde landesübliche Ortsgeschenke oder ähnliche Bettlergaben zu erschleichen, welche

nach Herkommen oder Vereinsstatut nur gegen Vorzeigung entsprechender Zeugnisse verabfolgt werden? III. 15/2 83. **8**, 37.

13. Ist § 363 anwendbar bei dem Gebrauche gefälschter Urkunden zur Täuschung, um sich dadurch den Anschein des Rechtes auf einen Vermögensvorteil (Altersrente) zu verschaffen? I. 28/11 91. **22**, 225.

14. Ist das Tatbestandsmerkmal des „Zweckes des besseren Fortkommens" dadurch ausgeschlossen, daß der nächste Zweck der in der allgemeinen Absicht, künftig einträglichere Stellen zu erlangen, vorgenommenen Fälschung eines Befähigungszeugnisses dahin ging, zu einer den Nachweis einer bestimmten Qualifikation voraussetzenden Staatsprüfung zugelassen zu werden? III. 18/2 84. **10**, 162.

15. Kann das Täuschen, welches jemand unternimmt, um vor Erreichung des erforderlichen Lebensalters seine Annahme zum Militärdienste zu erlangen, als ein Täuschen zum Zwecke des besseren Fortkommens angesehen werden? II. 29/9 85. **12**, 385.

16. Kann in der Fälschung eines Taufscheines durch die Braut zum Zwecke der Täuschung des Bräutigams über ihr Alter eine Fälschung von Legitimationspapieren im Sinne des § 363 gefunden werden? IV. 21/11 85. **13**, 65.

17. Findet § 363 Anwendung bei der Fälschung eines nach dem preußischen Feld- und Forstpolizeigesetze vom 1. April 1880 zu erteilenden Legitimationsscheins? IV. 4/2 90. **20**, 229.

18. Ist die Anwendung ausgeschlossen, wo die Voraussetzungen des § 277 St.G.B.'s vorliegen? II. 1/11 98. **31**, 296.

19. Schließt der Tatbestand des § 363 denjenigen des Betrugs aus? Kann Betteln unter Benutzung eines falschen Legitimationspapiers im Sinne des § 363 mit Betrug ideell konkurrieren? II. 8/4 92. **23**, 43.

20. Muß die „für einen anderen ausgestellte" echte Urkunde im Sinne des § 363 Abs. 2 St.G.B.'s für eine andere Person, als diejenige, welche von der Urkunde Gebrauch macht, ausgestellt sein, oder genügt es zum Tatbestande, wenn die Urkunde zwar für den Produzenten, aber auf einen falschen Namen desselben ausgestellt ist? I. 31/3 84. **10**, 262.

Über Anwendung des § 364 in seiner Fassung vor der Strafgesetznovelle vom 13. Mai 1891 s. **17**, 394. § 364

Nr. 1. § 366

Was ist unter Anordnungen gegen die Störung der Sonn- und Festtagsfeier zu verstehen?

Fällt darunter ein Zuwiderhandeln gegen das Verbot der Arbeit in Fabriketablissements, wie solches in § 4 des sächsischen Gesetzes vom 10. September 1870 enthalten ist? III. 30/10 89. **20**, 81.

Nr. 6.

Können die Tatbestände des § 366 Nr. 6 und des § 223 St.G.B.'s ideell konkurrieren? II. 1/6 83. **8**, 315.

Nr. 7.

1. Was ist unter „Unrat“ zu verstehen? I. 5/2 91. **21**, 314.

2. Wird zur Strafbarkeit des Werfens auf Menschen vorausgesetzt, daß diese auch wirklich getroffen werden? I. 31/1 81. **3**, 306.

Nr. 8.

Gehört zur Strafbarkeit eine Verschuldung des Täters dahin, daß er die ungenügende Befestigung des aufgestellten Gegenstandes und demgemäß die gefahrdrohende Stellung desselben bei Anwendung der erforderlichen Aufmerksamkeit hätte erkennen müssen?

Ist der Tatbestand des § 366 Nr. 8 in dem der fahrlässigen Körperverletzung derart enthalten, daß in jedem Falle die Nichtanwendbarkeit des § 230 auch die des § 366 Nr. 8 bedingt? IV. 17/4 88. **17**, 303.

Nr. 10.

Verhältnis zu älteren Polizeiverordnungen, welche die bezüglichen Kontraventionen mit einer höheren Strafe bedrohen. IV. 4/2 98. **30**, 437.

§ 367

Nr. 1.

Begriff des „Beiseiteschaffens“. Wann ist dies „ohne Vorwissen der Behörde“ geschehen? Subjektiver Tatbestand. II. 17/1 96. **28**, 119.

Nr. 3.

1. Ist für das verbotswidrige Verkaufen von Arzneimitteln der Gehülfe in einem Drogengeschäfte selbständig verantwortlich? I. 8/4 95. **27**, 167.

2. Was ist unter „überlassen“ zu verstehen? I. 13/12 80. **3**, 119; I. 16/6 00. **33**, 305.

3. Was ist unter „Arzneien“ zu verstehen? I. 15/12 81. **5**, 416.

4. Greift die Strafbestimmung Platz, wenn eine Salbe nicht als Heilmittel verkauft wird? II. 3/11 91. **22**, 197.

5. Begreift § 367 Nr. 3 den Verkauf von Geheimmitteln?

Hindert eine civilrechtliche Verpflichtung des Verkäufers die Strafbarkeit aus § 367 Nr. 3? I. 28/11 87. **16**, 359.

6. Inwieweit sind partikularrechtliche Bestimmungen, die in öffentliche Ankündigung oder Anpreisung von Geheimmitteln, inwieweit solche, die den Verkauf von Geheimmitteln unter Strafe stellen, neben dem Strafgesetzbuche noch in Geltung? I. 25/5 82. **6**, 329; I. 28/11 87. **16**, 359; III. 12/3 93. **23**, 428.

7. Über Konkurrenz der Übertretung des § 367 Nr. 3 mit einem Vergehen gegen das Nahrungsmittelgesetz vom 14. Mai 1879. III. 13/7 81. **4**, 393.

Nr. 5.

Über das Verhältnis des § 367 Nr. 5 zu den Bestimmungen des Sprengstoffgesetzes vom 9. Juni 1884. III. 15/10 85. **13**, 22.

S. auch **35**, 332.

Nr. 6.

1. Bedeutung des Verbots, Vorräte, welche sich leicht von selbst entzünden oder leicht Feuer fangen, an Orten oder in Verhältnissen auf-

zubewahren, wo ihre Entzündung gefährlich werden kann. II. 4/5 97. **30**, 108.

2. Was ist unter „aufbewahren" zu verstehen? IV. 29/3 92. **22**, 435.

Nr. 7.

1. Zum Begriffe des Verdorbenseins. IV. 5/2 95. **26**, 419; III. 28/9 85. **12**, 407; I. 12/1 82. **5**, 348; III. 5/10 81. **5**, 290; II. 3/1 82. **5**, 287.

2. Zum Begriffe von „verfälscht". I. 1/10 85. **12**, 400; II. 2/12 81. **5**, 178; III. 14/7 81. **4**, 434.

3. Über diese Begriffe s. näheres im Nahrungsmittelgesetz vom 14. Mai 1879, § 10.

4. Über das zur Strafbarkeit der Übertretung gehörige Verschulden. I. 27/3 82. **6**, 121.

5. Inwieweit kommt dem § 367 Nr. 7 neben den Strafbestimmungen des Nahrungsmittelgesetzes vom 14. Mai 1879 rechtliche Bedeutung zu? III. 11/2 82. **6**, 34; II. 9/5 82. **6**, 268; III. 18/6 85. **12**, 301; I. 29/9 94. **26**, 114; IV. 5/2 95. **26**, 419.

Nr. 8.

1. Charakterisiert sich die Übertretung als ein reines Formaldelikt? I. 2/6 81. **4**, 243.

2. Was ist unter „bewohnten oder von Menschen besuchten Orten" zu verstehen? III. 11/10 83. **9**, 124.

3. Über Idealkonkurrenz mit fahrlässiger Tötung oder Körperverletzung. I. 2/6 81. **4**, 243; III. 11/6 83. **9**, 124.

Nr. 9.

Wird durch § 367 Nr. 9 die Materie des Waffentragens allgemein geregelt?

Ist eine Beschränkung der Befugnis, Waffen zu tragen, insbesondere in Preußen der Polizeigesetzgebung entzogen? I. 14/11 89. **20**, 43.

Nr. 10.

1. Unter welchen Umständen kann Beteiligung an einer Schlägerei angenommen werden? Gehört dazu, daß jemand bei der Schlägerei gegenwärtig ist und physisch oder intellektuell dazu mitwirkt, daß geschlagen wird? I. 17/10 81. **5**, 170.

2. Liegt ein Angriff im Sinne des § 367 Nr. 10 nur dann vor, wenn derselbe von mehreren verübt wird? IV. 6/10 85. **13**, 3.

3. Über die einschlagenden Begriffsmerkmale s. weiter §§ 227, 223a St.G.B.'s S. 138, 136.

Nr. 12.

Welche Personen tragen die strafrechtliche Verantwortlichkeit für die Nichtverdeckung von Brunnen 2c? I. 23/2 82. **6**, 64; IV. 23/11 86. **15**, 58

Nr. 3. § 368

Wann beginnt die Verjährung der Strafverfolgung der Übertretung? IV. 29/3 92. **22**, 435.

Nr. 5.

1. Bedeutung des Verbots, Räume, welche zur Aufbewahrung feuerfangender Sachen dienen, mit unverwahrtem Lichte oder Feuer zu betreten. II. 4/5 97. **30**, 108.

2. Inwieweit können feuerpolizeiliche Strafbestimmungen getroffen werden, welche über das Verbot des § 368 Nr. 5 hinausgehen? I. 2/11 82. **7**, 201.

Nr. 10.

1. Was heißt „zur Jagd ausgerüstet"? I. 7/1 84. **9**, 412.

2. Was bedeutet der Ausdruck „betroffen werden"? I. 24/10 81. **5**, 72

3. Ist der Seitengraben eines öffentlichen Wegs im Sinne des § 368 Nr. 10 als ein zum öffentlichen Gebrauche bestimmter Wegeteil zu betrachten? III. 12/7 87. **16**, 203.

4. Fällt eine Übertretung des § 368 Nr. 10 dem Forstschutzbeamten zur Last, welcher zur Jagd ausgerüstet durch fremdes Jagdgebiet außerhalb der Wege in Anlaß des Forstschutzes hingeht? I. 26/9 87. **16**, 197.

5. Greift § 368 Nr. 10 Platz, wenn jemand auf fremdem Jagdgebiete weilend Wild auf dem eigenen Jagdgebiete erlegt? III. 10/6 82. **6**, 375.

6. In welchem Verhältnisse stehen § 368 Nr. 10 und § 15 des preußischen Wildschadensgesetzes v. 11. Juli 1891 zueinander? III. 19/10 93. **24**, 326.

S. zu § 368 Nr. 10 auch **7**, 272.

§ 370

Nr. 1.

1. Kann das Abgraben eines Grenzrains, auch wenn dieses vom grundbuchmäßigen Eigentümer ausgeführt wird, strafbar sein? II. 21/9 94. **26**, 74.

2. Können die Tatbestände des § 370 Nr. 1 und des § 274 Nr. 2 St.G.B.'s ideell konkurrieren? II. 29/12 91. **22**, 286.

Nr. 2.

Greift bei Entwendung von Torf § 370 Nr. 2 Platz? II. 27/6 90. **21**, 27.

Nr. 4.

1. Ist unter „Fischen" bloß der Fang von Fischen zu verstehen, oder umfaßt der Ausdruck den Fang aller Tiere, welche Gegenstand einer Fischereigerechtigkeit sind? II. 21/2 88. **17**, 161.

2. Ist im Geltungsbereiche des preußischen Landrechts die unberechtigte Wegnahme von Fischen aus einem geschlossenen, innerhalb desselben Grundstücks belegenen Gewässer als unberechtigtes Fischen, oder als Diebstahl anzusehen? II. 5/2 84. **10**, 78.

3. Über den Begriff des unberechtigten Fischens und Krebsens s. weiter § 296 S. 229.

Nr. 5.

1. Ist der Mundraub im Sinne des § 370 Nr. 5 begrifflich Diebstahl? Besteht zwischen dem nach § 370 Nr. 5 und dem nach

§ 242 St.G.B.'s erforderlichen Vorsatze eine wesentliche Verschiedenheit? Pl. 7/7 86. **14**, 312; III. 19/3 81. **3**, 423; I. 8/5 82. **6**, 325; III. 20/12 83. **9**, 297; II. 13/2 85. **12**, 8; I. 26/4 88. **17**, 332.

2. Hat das in § 370 Nr. 5 bezeichnete Verhältnis den Charakter eines strafmindernden Umstands? III. 28/1 82. **5**, 404.

3. Kann bei der gemeinschaftlichen Ausführung einer Entwendung bei dem einen Täter Mundraub, bei dem anderen gemeiner Diebstahl festgestellt werden? II. 13/2 85. **12**, 8.

4. Bleibt der Tatbestand des gemeinen Diebstahls ausgeschlossen, wenn der Dieb in der Absicht, einen Eßdiebstahl zu begehen, und in dem irrigen Glauben, die entwendete Sache sei zum Verzehren auf der Stelle geeignet, einen Gegenstand wegnimmt, welcher sich unter § 370 Nr. 5 nicht subsumieren läßt? III. 4/12 80. **3**, 165.

5. Greift § 370 Nr. 5 auch dann Platz, wenn die erschwerenden Momente des § 243 St.G.B.'s vorliegen? III. 19/3 81. **3**, 423

6. Findet § 370 Nr. 5 bei Unterschlagung Anwendung? II. 7/3 93. **24**, 38.

7. Von welchen Umständen hängt es ab, ob dann, wenn aus einem zum Zwecke der Verübung eines Mundraubs erbrochenen Behältnisse andere Sachen als Nahrungs- oder Genußmittel entwendet sind, ein einfacher oder ein schwerer Diebstahl anzunehmen ist? Pl. 7/7 86. **14**, 312; III. 19/3 81. **3**, 423.

8. Was versteht § 370 Nr. 5 unter Nahrungs- und Genußmittel? Können Cigarren und Rauchtabak dahin gerechnet werden oder rohe Kartoffeln, die zur Aussaat bestimmt sind? III. 31/12 81. **5**, 289; II. 24/2 80. **1**, 223.

9. Kann § 370 Nr. 5 Platz greifen bei Entwendung von Blumen? III. 9/4 81. **4**, 72.

10. — bei Entwendung von Feuerungsmaterial? I. 12/7 83. **9**, 46.

11. Fordert § 370 Nr. 5 zu seiner Anwendung kumulativ eine geringe Menge und einen unbedeutenden Wert? II. 25/4 84. **10**, 308.

12. Ist bei gemeinschaftlicher Ausführung einer Entwendung für die Frage, ob ein Gegenstand von geringer Menge oder unbedeutendem Wert vorliegt, die gesamte Masse des Entwendeten in Betracht zu ziehen? I. 10/5 83. **8**, 406; II. 25/4 84. **10**, 308.

13. Wie ist bei einer einheitlichen fortgesetzten Entwendung Quantum und Wert des Entwendeten in Bezug auf die Frage der Anwendbarkeit des § 370 Nr. 5 zu bestimmen? I. 26/4 88. **17**, 332.

14. Ist die Frage, ob ein Gegenstand von geringer Menge oder unbedeutendem Werte entwendet ist, objektiv — nicht nach den Bedarfe und der Anzahl der an dem Verbrauche teilnehmenden Personen — zu beurteilen? II. 26/2 86. **13**, 371.

15. Begriff der Entwendung „zum alsbaldigen Verbrauche". Kann eine solche angenommen werden, wenn der Täter beabsichtigte, die entwendeten Nahrungs- oder Genußmittel ganz oder teilweise, auf längere oder kürzere Zeit als Vorrat für sich zu verwahren? II. 25/4 84. **10**, 308.

16. Liegt eine Entwendung zum alsbaldigen Verbrauche auch dann

vor, wenn die Entwendung für den unmittelbaren Bedarf eines oder mehrerer anderer geschieht? II. 26/2 86. **13**, 371.

17. Haben in Württemberg bei Entwendung von Früchten zunächst die Vorschriften des Feldpolizeigesetzes und erst eventuell die des § 370 Nr. 5 Anwendung zu finden? I. 5/3 96. **28**, 260.

18. Über Konkurrenz von Diebstahlsversuch und Mundraub in dem Falle, wenn der Täter, um Geld u. dgl. zu stehlen, sich zur Nachtzeit in ein bewohntes Gebäude eingeschlichen, dort aber nur Genußmittel von unbedeutendem Werte oder in geringer Menge weggenommen hat? I. 22/4 97. **30**, 67.

19. Kann § 247 Abs. 3 St.G.B.'s analoge Anwendung finden, wenn an einer unter § 370 Nr. 5 fallenden Entwendung mehrere Personen teilgenommen haben, an denen einige zum Verletzten in einer persönlichen Beziehung der in § 247 Abs. 1 bezeichneten Art stehen, andere dagegen nicht? Einfluß des Verhältnisses bei Zurücknahme des Strafantrags. IV. 28/4 96. **28**, 324.

20. Über die Berechtigung zum Strafantrage bei Entwendung an einem Gegenstande, der sich in einem Eisenbahnzuge behufs Beförderung befindet. I. 23/9 89. **19**, 378.

B. Konkursordnung.

I. Fassung vom 10. Februar 1877.

§ 209 1. Über Zahlungseinstellung, Konkurseröffnung s. unten § 210 unter a.

a) Nr. 1.

2. Was gehört zur Vollendung des Beiseiteschaffens von Vermögensstücken und der Aufstellung erdichteter Rechtsgeschäfte? III. 29/9 80. **2**, 337.

3. Ist im Sinne des § 209 Nr. 1 auch eine Beiseiteschaffung von Grundstücken denkbar? II. 22/6 80. **2**, 118.

4. Formulierung der über die Konkurshandlung Nr. 1 den Geschworenen vorzulegenden Frage. III. 15/1 81. **3**, 250.

b) Nr. 2.

5. Fragestellung bei Anklage aus Nr. 2. III. 20/12 93. **24**, 433.

c) Nr. 3 und 4.

6. S. § 210 unter c und d.

d) Konkurrenz, Teilnahme, Versuch.

7. Sind die in § 209 mit Strafe bedrohten bei der nämlichen Zahlungseinstellung oder Konkurseröffnung eine Tat? III. 29/9 80. **2**, 337.

8. Durch welche Voraussetzungen ist die Möglichkeit einer Mittäterschaft im Falle des betrüglichen Bankerutts bedingt? II. 30/12 98. **31**, 407.

9. Kann das Delikt betrüglichen Bankerutts dazu verwertet werden, um für den Tatbestand der Hehlerei das Begriffsmerkmal der „mittels einer strafbaren Handlung erlangten Sache“ zu erfüllen? III. 15/1 94. **25**, 43.

10. Kann Beihülfe zum betrüglichen Bankerutte ideell konkurrieren mit einer nach § 212 Nr. 1 K.O. strafbaren Tat? IV. 13/1 91. **21**, 291.

11. Ist der Versuch des betrüglichen Bankerutts möglich, bevor eine Zahlungseinstellung erfolgte? I. 9/11 85. **13**, 41.

12. Liegt reale Konkurrenz zwischen betrüglichem und einfachem Bankerutte vor, wenn gegen denjenigen, welcher seine Zahlungen eingestellt hat, Umstände erwiesen sind, die teils unter § 209, teils unter § 210 fallen?

Ist ideale Konkurrenz zwischen § 209 Nr. 1 und § 211 K.O. möglich und unter welchen Umständen? II. 17/3 82. **6**, 94; II. 22/6 80. **2**, 198.

a) Allgemeines. Zahlungseinstellung. Konkurseröffnung. **§ 210**

1. Begriff der Zahlungseinstellung. I. 21/6 86. **14**, 221; III. 22/1 81. **3**, 294; II. 11/1 81. **3**, 190.

2. Sind bei bestehender Gütergemeinschaft beide Eheleute als Schuldner anzusehen, welche ihre Zahlungen eingestellt haben, wenn der Ehemann wegen Unzulänglichkeit der gemeinschaftlichen Zahlungsmittel aufgehört hat, die gemeinschaftlichen Verbindlichkeiten zu erfüllen? II. 23/10 83. **9**, 161.

3. Inwiefern wird für die Strafbarkeit der in § 210 gedachten Konkurshandlungen ein zeitliches Zusammentreffen, inwiefern ein Kausalzusammenhang mit der Zahlungseinstellung bezw. Konkurseröffnung vorausgesetzt? I. 21/6 86. **14**, 221; II. 27/11 96. **29**, 222; I. 26/6 82. **7**, 391; I. 21/11 81. **5**, 415.

4. Bildet die Zahlungseinstellung oder Konkureröffnung ein Element der Straftat? Ist diese als im Inlande verübt schon deshalb anzusehen, weil das Konkursverfahren im Inlande eröffnet ist? II. 20/9 87. **16**, 188.

5. Kann der persönlich haftende Gesellschafter einer Kommanditgesellschaft auf Aktien aus § 210 verantwortlich gemacht werden? II. 5/7 01. **34**, 374.

b) Nr. 1.

6. Kann schon ein einmaliger übermäßiger Aufwand, ein einmaliges hohes Spiel oder ein einmaliger Differenzhandel in großem Umfange zur Erfüllung des Tatbestandes genügen? I. 21/6 86. **14**, 221.

7. Sind unter „Aufwand“ nur diejenigen Ausgaben zu verstehen, welche in einer Neigung zum Wohlleben oder Prunk oder in Genußsucht ihren Ursprung haben? II. 25/2 87. **15**, 309.

8. Fallen Handelsspekulationen, deren Erfolg vom Zufalle abhängt, und die einen unglücklichen Ausgang genommen haben, unter den Begriff „Aufwand“? III. 2/7 87. **16**, 238.

9. Kann nur bei einem Aufwande in persönlichen und Haushaltungsangelegenheiten von einem Verbrauche übermäßiger Summen durch Aufwand die Rede sein? I. 5/10 82. **7**, 90.

10. Ist der Verbrauch übermäßiger Summen durch Aufwand deshalb straffrei, weil der Schuldner ihn zur Erhaltung seines Kredits für nötig erachtet hat? III. 7/1 97. **29**, 347.

11. Inwieweit ist das Familienhaupt verantwortlich, wenn seine Familie durch Aufwand übermäßige Summen verbraucht? IV. 17/5 98. **31**, 151.

12. Was ist unter dem Begriffe „Spiel" zu verstehen? Fällt darunter auch das Spielen in einer Lotterie? III. 20/12 86. **15**, 277; IV. 30/4 95. **27**, 180.

13. Begriff von Differenzgeschäften. Sind unter Summen, die ein Schuldner aus Differenzgeschäften schuldig geworden ist, nur klagbare Verbindlichkeiten zu verstehen? II. 22/5 91. **22**, 12; II. 31/3 80. **1**, 282.

14. Ist bei successiver Prolongation eines abgeschlossenen Differenzgeschäfts die Annahme selbständiger Differenzgeschäfte dadurch ausgeschlossen, daß die Absicht vom Anfange an auf „eine fortgesetzte Spekulation" ging?

Liegt ein Verbrauch übermäßiger Summen durch Differenzhandel vor, wenn einzelne der successiv geschlossenen Differenzgeschäfte zu dem Schuldigwerden übermäßiger Summen geführt haben, während die übrigen Differenzgeschäfte Differenzen zu gunsten des Gemeinschuldners ergaben, oder ist die Kompensation der schuldig gewordenen mit den aus anderen Differenzgeschäften gewonnenen Summen statthaft?

Ist in subjektiver Beziehung das Bewußtsein des Schuldners von der Übermäßigkeit der durch Differenzhandel schuldig gewordenen Summen erforderlich? III. 5/4 86. **14**, 80.

15. Findet § 210 Nr. 1 Anwendung auf den Kommissionär, welcher in eigenem Namen für fremde Rechnung Differenzhandel mit Börsenpapieren getrieben hat? III. 7/2 98. **31**, 7.

c) Gemeinsames zu Nr. 2 und 3: Verpflichtung zur Führung von Handelsbüchern und zur Bilanzziehung nach dem Handelsgesetzbuche.

16. Ist die Eigenschaft eines Kaufmanns daran geknüpft, daß der Betreffende die bezüglichen Handelsgeschäfte als seinen ausschließlichen Beruf oder als seinen Hauptberuf betreibt?

Umfaßt der Ausdruck in Art. 10 H.G.B.'s „Personen, deren Gewerbe nicht über den Umfang des Handwerksbetriebs hinausgeht", auch solche Personen, welche nicht Handwerker sind, bezw. soweit sie es nicht sind? I. 8/2 83. **8**, 147.

17. Ist es auf die an sich bestehende Verpflichtung zur Buchführung von Einfluß, daß das betreffende Geschäft im Verhältnisse zum befreiten Hauptgeschäfte des Kaufmanns sich als Nebengeschäft darstellt? I. 28/3 81. **4**, 281.

18. Ist zur Führung von Handelsbüchern verpflichtet, wer ein kaufmännisches Geschäft tatsächlich als eigenes betreibt, während zum Scheine

Digitized by Google

ein anderer als Inhaber in das Handelsregister eingetragen ist? Wie gestaltet sich das Rechtsverhältnis bei Eröffnung des Konkurses gegen den nominellen Geschäftsinhaber? IV. 13/10 96. **29**, 103; IV. 9/11 94. **26**, 187; I. 12/2 94. **25**, 121.

19. Ist der Gesellschafter einer offenen Handelsgesellschaft, der nicht außerdem ein Handelsgewerbe betreibt, bezüglich seines sonstigen Vermögens zur Buchführung verpflichtet? III. 7/1 97. **29**, 347.

20. Wer ist zur Ziehung der Bilanz verpflichtet, wenn ein Handelsgeschäft zwar tatsächlich durch mehrere, jedoch ohne gemeinschaftliche Firma betrieben wird? Wer ist bei einem so betriebenen Handelsgeschäfte, wenn die herantretenden Forderungen nicht befriedigt werden können, als die Person anzusehen, die die Zahlungen einstellt? II. 7/7 93. **24**, 261.

21. Ist dann, wenn der Gemeinschuldner an verschiedenen Orten mehrere Handelsniederlassungen mit verschieden gearteter Geschäftsführung gehabt hat, seine Verpflichtung zur Buchführung lediglich nach der selbständigen Natur jedes dieser örtlich getrennten Geschäfte zu beurteilen? III. 1/2 82. **5**, 407.

22. Muß ein infolge seines Handelsbetriebes zur Buchführung verpflichteter Kaufmann auch kaufmännische Bücher führen bezüglich eines Nebengeschäfts, das an sich eine Verpflichtung zur Buchführung nicht begründet? II. 2/3 94. **25**, 170.

23. Ist für die Strafbarkeit eines Kaufmanns, der seine Zahlungen eingestellt hat oder in Konkurs verfallen ist, wegen Verletzung der ihm nach § 210 Nr. 2, 3 obliegenden Pflichten erforderlich, daß er die Zahlungseinstellung als Kaufmann betätigt hat, oder daß die Insolvenz wenigstens mit solchen Schulden in Verbindung steht, welche während des kaufmännischen Geschäftsbetriebs entstanden sind? I. 22/11 86. **15**, 64; II. 1/4 81. **4**, 41; III. 5/5 80. **2**, 50.

24. Kann ein in Konkurs verfallener Kaufmann, der zur Zeit der Konkurserkennung seinen Geschäftsbetrieb so geändert hatte, daß er nicht mehr Vollkaufmann war, aus § 210 Nr. 2, 3, bestraft werden, wenn er zur Zeit des Geschäftsbetriebs als Vollkaufmann die Führung von Handelsbüchern unterlassen hatte? IV. 18/1 95. **26**, 385.

25. Kann ein Handelsmann, welcher eine gewerbliche Niederlassung besitzt und außerdem Märkte bezieht, zur Kategorie der Hausierer gerechnet werden? I. 30/12 89. **20**, 168.

26. Ist Vollkaufmann, wer Waren teils im Wege des Hausierens, teils im stehenden Gewerbe verkauft und im ganzen keinen unbedeutenden Handelsumsatz hat? IV. 5/4 98. **31**, 108.

27. Sind Viehhändler, welche ihr Gewerbe im Umherziehen betreiben, „Hausierer" oder „dergleichen Handelsleute" im Sinne des Art. 10 H.G.B.'s? I. 8/5 90. **20**, 387.

28. Welche Gewerbetreibende versteht Art. 10 H.G.B.'s unter „dergleichen Handelsleute von geringem Gewerbebetriebe"? III. 30/4 81. **4**, 119; I. 28/3 81. **4**, 281.

29. Ist der Begriff durch die bloße Tatsache der Einrichtung eines Verkaufsladens ausgeschlossen? IV. 19/1 92. **22**, 309.

30. Ist ein Handwerker, welcher neben seinem Handwerksbetriebe mit fremden Fabrikaten handelt, unbedingt als Vollkaufmann anzusehen? III. 24/11 90. **21**, 209.

31. Kann die Frage, ob ein Handwerker, weil sein Gewerbebetrieb über den Anfang des Handwerks hinausgeht, als Kaufmann anzusehen ist, allein nach der Größe des Umsatzes beurteilt werden? IV. 28/2 93. **24**, 80.

32. Wann geht der Gewerbebetrieb eines Schneiders, welcher keinen Laden hält, über den Umfang des Handwerksbetriebs hinaus? III. 17/4 80. **1**, 379.

33. Unter welchen Voraussetzungen kann ein Schlächtermeister auch ohne fabrikmäßigen Betrieb als Vollkaufmann angesehen werden? II. 14/6 98. **31**, 178.

34. Welche Gesichtspunkte sind entscheidend für die Frage, ob das Gewerbe eines Brenners über den Umfang des Handwerksbetriebs nicht hinausgegangen, oder fabrikmäßig betrieben worden ist? II. 28/11 93. **25**, 3.

35. Welche Merkmale sind entscheidend dafür, ob der Gewerbebetrieb eines Bäckers über den Umfang des Handwerksbetriebs hinausgeht? I. 2/11 93. **24**, 356.

36. Sind die Teilhaber einer Gesellschaft, deren Geschäftsbetrieb lediglich in der Ausbeutung von Steinlagern auf fremden Grundstücken und in der gewerbsmäßigen Veräußerung der gewonnenen Steine besteht, zur Buchführung verpflichtete Kaufleute? IV. 28/5 95. **27**, 263.

37. Ist ein Bauunternehmer, speziell ein Maler, der als solcher tätig wird, zur Führung von Handelsbüchern verpflichtet? IV. 18/1 89. **18**, 363; II. 13/12 95. **28**, 58.

38. Ist ein Makler, der die Vermittelung von Grundstückskäufen gewerbsmäßig betreibt, wegen dieses Gewerbebetriebes als zur Buchführung verpflichteter Kaufmann anzusehen? IV. 1/6 94. **25**, 395.

39. Genügt der Betrieb einer Molkerei zur Annahme der Verpflichtung zur Führung von Handelsbüchern? IV. 6/7 94. **26**, 37.

40. Sind Apotheker zur Führung von Handelsbüchern verpflichtet? IV. 28/11 93. **24**, 426.

41. Ist der Inhaber einer Dampfwaschanstalt und einer Anstalt zur chemischen Kleiderreinigung ein zur Führung von Handelsbüchern verpflichteter Kaufmann? IV. 2/10 91. **22**, 271.

42. Können die Bestimmungen des § 210 Nr. 2, 3 zur Anwendung kommen gegen einen bevormundeten Minderjährigen, der ohne vormundschaftliche Genehmigung ein kaufmännisches Geschäft betrieben hat? IV. 2/10 94. **26**, 93.

43. Ist der Teilhaber einer offenen Handelsgesellschaft infolge der zwischen ihm und den anderen Gesellschaftern getroffenen Vereinbarung, daß er von einem bestimmten Zeitpunkte an nur stiller Gesellschafter sein solle, von da ab ohne weiteres von der Pflicht zur Buchführung befreit, oder wird hierzu vorausgesetzt, daß sein Ausscheiden in das Handelsregister eingetragen wurde? I. 25/1 86. **13**, 308.

44. Hört mit dem Zeitpunkte, in welchem ein Kaufmann den Be-

trieb seines Geschäfts aufgibt, auch die Verpflichtung desselben zur Buchführung auf? II. 1/4 81. **4**, 41.

d) Nr. 2. Art der Buchführung.

45. Welche Buchführung erfüllt den gesetzlichen Begriff der kaufmännischen Buchführung? III. 11/1 94. **25**, 36.

46. Genügt zur Annahme einer unordentlichen Buchführung im Sinne des § 210 Nr. 2 der Umstand, daß ein Sachverständiger aus den Büchern eine vollständige Übersicht über die Vermögenslage nicht gewinnen kann? III. 30/4 81. **4**, 119.

47. Kann die unterlassene Führung eines Briefkopierbuchs die Annahme einer unordentlichen Buchführung begründen? III. 16/10 84. **11**, 161; IV. 3/10 84. **11**, 142.

48. Kann die formlose Führung kaufmännischer Bücher durch einen bestehenden, von den gesetzlichen Vorschriften abweichenden Handelsgebrauch gerechtfertigt werden? I. 16/4 88. **17**, 301.

49. Dürfen bei der kaufmännischen Buchführung Vermögensbestandteile, die nicht in einem kaufmännischen Geschäfte stecken, unberücksichtigt gelassen werden? II. 28/11 93. **25**, 3.

50. Begründet die Nichtbuchung eines einzelnen Rechtsgeschäfts oder die mangelhafte Buchung des Kontos eines Gläubigers immer die Feststellung unordentlicher Buchführung? IV. 8/1 97. **29**, 304.

51. Ist die Anfertigung der Bilanz als ein Teil der kaufmännischen Buchführung anzusehen, und kann die Unterlassung der vorgeschriebenen Abschreibungen (Art. 31 H.G.B.'s) als eine unordentliche Buchführung betrachtet werden? I. 18/2 85. **13**, 354; II. 17/11 96. **29**, 222.

52. Inwiefern erleidet Nr. 2 Anwendung, wenn pflichtwidrig, anstatt alljährlich, nur alle zwei Jahre ein Inventar des Warenlagers aufgenommen ist? IV. 22/6 97. **30**, 170.

53. Ist die Anwendbarkeit des § 210 Nr. 2 auf die Vernichtung von Handelsbüchern dadurch bedingt, daß zur Zeit der Tat das Konkursverfahren noch schwebte? IV 1/4 92. **22**, 436; I. 8/12 84. **11**, 386; III. 15/10 83. **9**, 134.

54. Ist die Anwendung des § 210 Nr. 2 ausgeschlossen, wenn ein Gemeinschuldner dem Konkursverwalter an Stelle eines von ihm vernichteten oder verheimlichten Handelsbuchs eine wortgetreue Abschrift vorlegt? II. 6/12 87. **16**, 426.

55. Gehört zur Anwendung von § 210 Nr. 2, daß durch die unordentliche Buchführung die Übersicht des Vermögensstandes zur Zeit der Zahlungseinstellung oder Konkurseröffnung ausgeschlossen ist? II. 27/11 96. **29**, 222.

e) Nr. 3. Bilanzziehung.

56. Kann eine als Bilanz bezeichnete Zusammenstellung, welche keine Übersicht über das Verhältnis des Vermögens und der Schulden ergibt, überhaupt als Bilanz angesehen werden? I. 10/1 87. **15**, 174; I. 18/2 85. **13**, 354.

57. Ist der Vorschrift jährlicher Bilanzziehung mit einer erst nach

dem Schlusse des Geschäftsjahres begonnenen Ziehung der Bilanz genügt? III. 28/4 80. **2**, 30.

58. Bildet die Verpflichtung des Kaufmanns zur Inventur die Voraussetzung für seine Verpflichtung zur Aufstellung der Bilanz in dem Sinne, daß da, wo die Inventur nach der Beschaffenheit des Geschäftes nicht füglich in jedem Jahre geschehen kann, auch die jährliche Bilanzziehung nicht erforderlich ist? II. 27/4 80. **1**, 421.

59. Mit welchem Zeitpunkte ist die Eröffnungsbilanz aufzustellen? Wann ist der Gewerbebetrieb als begonnen anzusehen? III. 13/5 95. **27**, 226; III. 7/3 87. **16**, 55.

60. Kann die Aufstellung einer Eröffnungsbilanz durch die bei Beginn des Handelsbetriebs erfolgte Eintragung des Einlagekapitals in die Handelsbücher ersetzt werden? IV. 5/4 92. **22**, 439.

61. Muß eine Eröffnungsbilanz aufgestellt werden, wenn ein Kaufmann ein Geschäft, an dem er bisher als Gesellschafter beteiligt war, für sich allein erworben hat und für eigene Rechnung unter der alten Firma weiter betreibt? IV. 23/11 94. **26**, 222; III. 7/3 87. **16**, 55.

62. Ist eine Eröffnungsbilanz bei dem Erwerbe eines bestehenden Handelsgeschäfts durch Erbgang anzufertigen? Wann hat dies zu geschehen? II. 9/6 96. **28**, 428.

63. Ist eine Eröffnungsbilanz aufzustellen, wenn der frühere Gemeinschuldner nach beendigtem Konkurse ein dem früheren gleiches Geschäft eröffnet? II. 19/1 94. **25**, 76.

64. Gehört die Unterschrift des Kaufmanns unter der Vermögensübersicht zu den wesentlichen Merkmalen einer Bilanz? Pl. 20/6 83. **8**, 424; I. 5/10 82. **7**, 87.

f) Subjektiver Tatbestand.

65. Inwieweit erheischt die Verurteilung eine schuldhafte Pflichtversäumnis? Muß eine schuldhafte Pflichtversäumnis auch dann festgestellt werden, wenn der Angeklagte nicht ausdrücklich geltend gemacht hat, daß ihm ein Verschulden nicht zur Last falle? I. 18/2 85. **13**, 354; Pl. 9/1 86. **13**, 235; IV. 8/1 97. **29**, 304.

66. Welche Strafausschließungsgründe kommen in Betracht? III. 17/9 81. **4**, 418; III. 7/1 80. **1**, 49.

67. Kann der Irrtum des Angeklagten über die rechtliche Beschaffenheit des von ihm betriebenen Geschäftes und über die davon handelsgesetzlich abhängige Verpflichtung zur Führung von Handelsbüchern und zur Bilanzziehung einen Strafausschließungsgrund bilden? I. 8/2 83. **8**, 147; III. 1/2 82. **5**, 407.

68. S. weiter oben Nr. 7, 10, 14 S. 277 f.

g) Konkurrenz, Teilnahme, Verjährung.

69. Bilden bei *einer* Zahlungseinstellung bezw. Konkurseröffnung die unter den einzelnen Nummern des § 210 bezeichneten Vorgänge *eine* Straftat, oder verschiedene selbständige Straftaten?

Ist eine Verweisung auf die Veränderung des rechtlichen Gesichtspunkts geboten, wenn auf Grund einer anderen Nummer als der in

dem Eröffnungsbeschlusse bezeichneten die Verurteilung erfolgen soll? III. 15/11 79. **1**, 101; I. 3/11 84. **11**, 251; IV. 23/1 91. **21**, 387.

70. Kann ein Mitglied einer offenen Handelsgesellschaft, über deren Vermögen Konkurs eröffnet ist, nach Bestrafung wegen Verfehlungen hinsichtlich der der Handelsgesellschaft obliegenden Buchführung nochmals auf Grund des § 210 Nr. 2, 3 zur Strafe gezogen werden, wenn nach jener Konkurseröffnung das Konkursverfahren über das Vermögen des Gesellschafters eröffnet wird und sich sonstige — nicht die Handelsgesellschaft berührende — Verfehlungen gegen die Pflicht zur Buchführung ergeben? I. 9/6 84. **11**, 5.

71. Über Konkurrenz mit § 209 s. dort Nr. 12 S. 277 und mit § 213 s. dort Nr. 1 S. 285.

72. Unter welchen Voraussetzungen ist eine Bestrafung wegen Beihülfe zum einfachen Bankerutte möglich? IV. 2/7 95. **27**, 316; IV. 1/11 87. **16**, 277.

73. Wann beginnt der Lauf der Verjährung für die Unterlassung der Bilanzziehung? II. 15/2 81. **3**, 350; I. 26/6 82. **7**, 391.

1. Über Zahlungseinstellung, Konkurseröffnung s. auch § 210 unter a. § 211

2. Begriff der Zahlungsunfähigkeit und deren Verschiedenheit von der Vermögensunzulänglichkeit.

Kann aus der in § 23 Nr. 2 K.O. (§ 30 Nr. 2 neuer Fassung) aufgestellten zehntägigen Frist ein Beweismoment für die Straftat des § 211, insbesondere für die Kenntnis des Schuldners von seiner Zahlungsunfähigkeit bezw. für die Begünstigungsabsicht entnommen werden?

Erfordert § 211 die wirkliche Kenntnis des Schuldners von seiner Zahlungsunfähigkeit, sowie die bestimmte Absicht, einen Gläubiger vor den übrigen zu begünstigen, oder genügt die Konstatierung, daß er seine Zahlungsunfähigkeit wissen, bezw. daß er die infolge seiner Handlung eintretende Begünstigung sich sagen mußte? II. 11/1 81. **3**, 190.

3. Ist Vermögensunzulänglichkeit ein Beweismoment für die Zahlungsunfähigkeit?

Setzt § 211 voraus, daß bereits zu der Zeit, als der Schuldner die Sicherung oder Befriedigung gewährte, die Zahlungseinstellung oder Konkurseröffnung erfolgt war, oder erfordert § 211 nur, daß die Begünstigung zu einer Zeit geschehen ist, in der der Schuldner sich wissentlich im Zustande der Zahlungsunfähigkeit befand, und daß diese Zahlungsunfähigkeit zur Zahlungseinstellung oder Konkurseröffnung geführt hat? II. 8/4 81. **4**, 61.

4. Kann das Vergehen bloß den eigentlichen Konkursgläubigern gegenüber begangen werden, oder auch zum Nachteile solcher Gläubiger, welche Anspruch auf Absonderung im Konkurse haben, selbst wenn sie bloße Realgläubiger sind? III. 24/11 87. **16**, 402.

5. Ist der Bürge Gläubiger des Hauptschuldners im Sinne des § 212? II. 14/12 86. **15**, 90.

6. Kann „Gewährung einer Sicherung“ ohne Wissen und Einverständnis des betreffenden Gläubigers erfolgen? III. 22/2 97. **29**, 413.

7. Muß durch die Begünstigung des einen Gläubigers den anderen ein Schaden erwachsen sein?

Ist die Einräumung einer Hypothek als Gewährung einer Sicherung zu betrachten, wenn das verpfändete Grundstück schon über seinen Wert belastet ist? IV. 24/9 97. **30**, 261.

8. Macht sich der Schuldner, welcher nach erfolgter Zahlungseinstellung und mit dem Bewußtsein seiner Zahlungsunfähigkeit eine fällige Schuld bezahlt, eines Vergehens gegen § 211 schuldig? II. 1/11 81. **5**, 116.

9. Über Tilgung einer Forderung durch datio in solutum. Unterschied von einem Kaufvertrage mit der Abrede der Kompensation. II. 31/3 82. **6**, 149.

10. Steht eine im Wege der Zwangsvollstreckung oder des Arrestes erlangte Leistung strafrechtlich einer einen einzelnen Gläubiger begünstigenden freiwilligen Leistung des Gemeinschuldners gleich? II. 8/4 81. **4**, 61.

11. Liegt im Gebiete der preußischen Schiedsmannsordnung vom 29. März 1879 eine strafbare Gläubigerbegünstigung darin, daß der Schuldner nach der Zahlungseinstellung und mit Kenntnis seiner Zahlungsunfähigkeit vor dem Schiedsmanne einen Vergleich über eine fällige Forderung abschließt und so den Gläubiger in den Stand setzt, die sofortige Vollstreckung des Vergleichs zu erlangen? II. 1/11 81. **5**, 116.

12. Liegt in der Gewährung einer Urkunde, aus welcher nach § 702 Nr. 5 C.P.O. vom 30. Januar 1877 die Zwangsvollstreckung stattfindet, die Gewährung einer Sicherheit im Sinne des § 211 K.O.? II. 14/3 90. **20**, 301.

13. Kann das Vergehen des § 211 dadurch verübt werden, daß der Gemeinschuldner bei der prozessualen Geltendmachung eines Anspruchs keine Einwendungen erhebt und sich im Wege der Zwangsvollstreckung pfänden läßt? III. 27/2 88. **17**, 220; IV. 17/12 95. **28**, 61.

14. Wann vollendet sich die Gewährung einer nicht zu beanspruchenden Sicherung und Befriedigung, wenn sie durch Erteilung einer zur Zwangsvollstreckung berechtigenden Urkunde und durch die vom Gläubiger auf Grund derselben betriebenen Zwangsvollstreckung bewirkt wird? II. 26/3 97. **30**, 46.

15. Was gehört zu der Absicht der Begünstigung? IV. 22/9 93. **24**, 255; II. 17/2 93. **24**, 7. Vgl. II. 10/10 82. **7**, 142.

16. Ist der zum Vergehen des § 211 gehörige subjektive Tatbestand ausgeschlossen durch den irrtümlichen Glauben des Gemeinschuldners an ein Recht des Gläubigers auf bevorzugte Befriedigung oder Sicherung? III. 27/2 88. **17**, 220.

17. Macht sich der Schuldner, welcher seine Zahlungen eingestellt hat, aus § 211 strafbar, wenn er betreffs der Wechselsumme aus einem von ihm acceptierten gezogenen oder von ihm ausgestellten eigenen, aber noch nicht fälligen Wechsel seinem Wechselgläubiger Sicherung gewährt?

Beschränkt sich der Regreß auf Sicherstellung wegen Unsicherheit des Acceptanten bezw. Ausstellers eines Wechsels auf nicht fällige Wechsel? II. 11/1 81. **3**, 190.

18. Steht dem, welchem ein bis auf die Unterschrift des Ausstellers ausgefülltes und mit Accept versehenes Formular für einen gezogenen Wechsel mit der Bestimmung übergeben wurde, daß er sich durch Hinzufügung einer Unterschrift als Aussteller bezeichnen solle, vor Ergänzung dieser Unterschrift ein Anspruch auf Sicherheitsleistung aus Art. 29 W.O. zu? IV. 30/11 94. **26**, 257.

19. Auf welche Sicherheit hat der Bürge eines Hauptschuldners, der seine Zahlungen eingestellt hat, nach französischem Rechte Anspruch? I. 29/4 97 **30**, 73.

20. Ist nach den Grundsätzen der ehelichen Errungenschaftsgemeinschaft nach fürstlich ansbachschem Provinzialrechte oder nach preußischem Landrechte die Ehefrau berechtigt, sich von ihrem Ehemann, wenn demselben Konkurs droht, wegen ihrer Ersatzansprüche für eingebrachtes Heiratsgut außergerichtlich befriedigen zu lassen? Kann durch irrige Unterstellung einer solchen Berechtigung der Tatbestand des § 211 K.O. ausgeschlossen sein? I. 18/4 92. **23**, 60.

21. Finden die allgemeinen Grundsätze über Teilnahme bei dem Vergehen des § 211 K.O. auch dann Anwendung, wenn die Teilnahme von dem begünstigten Gläubiger begangen worden ist? I. 27/1 81. **4**, 1.

22. Ist die bloße Annahme einer Sicherung oder Befriedigung seitens des begünstigten Gläubigers unter den Voraussetzungen des § 211 K.O. als strafbare Teilnahme an dem vom Schuldner durch die Gewährung begangenen Vergehen anzusehen? Steht in dieser Beziehung der Bevollmächtigte des Gläubigers diesem gleich? IV. 31/1 90. **20**, 214; II. 10/2 82. **5**, 435; II. 12/11 80. **2**, 439.

23. Ist der Gläubiger, welcher im Sinne des § 48 St.G.B.'s seinen Schuldner zu dem Vergehen des § 211 K.O. bestimmt hat, als Anstifter strafbar? III. 21/12 81. **5**, 275; II. 10/2 82. **5**, 435.

24. Inwiefern kann die Ehefrau an dem von ihrem Ehemanne gegen § 211 K.O. verübten Vergehen als Gehülfin teilnehmen? II. 23/10 83. **9**, 161.

25. Kann das Vergehen gegen § 211 K.O. mit dem Vergehen gegen § 288 St.G.B.'s. ideell konkurrieren? IV. 31/1 90. **20**, 214.

26. Ist ideale Konkurrenz zwischen § 209 Nr. 1 und § 211 möglich, und unter welchen Umständen? II. 17/3 82. **6**, 94.

Schließt die Strafnorm in § 212 Nr. 1 und 2 die Annahme § 212
einer Beihülfe zu einem durch § 209 Nr. 1 und 2 begründeten betrüglichen Bankerutte aus? I. 17/1 84. **9**, 430; IV. 13/1 91. **21**, 291.

1. Unter welchen Voraussetzungen kann der Gemeinschuldner An- § 213
stifter sein? Kann seine Anstiftung mit dem Vergehen gegen § 210 K.O. real konkurrieren? IV. 8/1 97. **29**, 304.

2. Ist Anstiftung von seiten des Gemeinschuldners rechtlich möglich? IV. 24/3 85. **12**, 122.

1. Ist die strafrechtliche Verantwortlichkeit der einzelnen Vorstands- § 214
mitglieder einer Aktiengesellschaft (bezw. einer eingetragenen Genossenschaft)

für ordnungsmäßige Buchführung bedingt durch irgend eine besondere Übertretung der Pflicht zur Buchführung auf bestimmte Vorstandsmitglieder kraft Gesellschaftsvertrags oder infolge vorausgegangener Beschlüsse der Gesellschaftsorgane? Pl. 9/1 86. **13**, 235. Vgl. I. 9/3 85. **12**, 78.

2. Wird die strafrechtliche Verantwortlichkeit des einzelnen Vorstandsmitglieds einer eingetragenen Genossenschaft für ordnungsmäßige Buchführung dadurch ausgeschlossen, daß dieses Mitglied nicht auch Mitglied der Genossenschaft war und nur tatsächlich auf Grund der erfolgten Wahl die Funktion eines Vorstandsmitgliedes ausübte? IV. 14/10 87. **16**, 269.

II. Fassung vom 20. Mai 1898.

§ 239 1. Über Konkurrenz mit Verfechtungen gegen das Gesetz vom 5. Juli 1896, betr. die Pflichten bei Aufbewahrung fremder Wertpapiere. IV. 27/3 01. **34**, 237.

2. S. im übrigen § 209 K.O. von 1877 S. 276f.

§ 240 1. Voraussetzungen der Bestrafung aus § 240 Nr. 3 und 4, wenn die einzelnen Tätigkeits- oder Unterlassungsakte teils in die Zeit vor, teils nach Einführung des neuen Handelsgesetzbuchs fallen. II. 13/6 02. **35**, 288.

2. Enthält § 39 H.G.B.'s vom 10. Mai 1897, oder Art. 29 des früheren Handelsgesetzbuchs in Beziehung auf die Pflicht zur Bilanzziehung die milderen Bestimmungen? II. 7/12 00. **34**, 37.

3. Über die am 1. Januar 1900 eingetretene Änderung des Gesetzes s. auch St.G.B. § 2 Nr. 6 S. 5.

4. Was versteht § 4 H.G.B.'s vom 10. Mai 1897 unter Personen, deren Gewerbebetrieb nicht über den Umfang des Kleingewerbes hinausgeht? I. 8/3 00. **33**, 187; IV. 19/1 01. **34**, 101; II. 13/6 02. **35**, 288.

5. Kann ein Zimmermann, dessen gewerbliche Tätigkeit hauptsächlich darin besteht, daß er unter Beschaffung des erforderlichen Materials auf eigene Rechnung Dielungen ꝛc für fremde Bauten auf Bestellung ausführt, als ein zur Führung von Handelsbüchern verpflichteter Kaufmann angesehen werden? IV. 26/10 00. **33**, 419.

6. Wird ein Gesellschafter, der aus einer offenen Handelsgesellschaft austritt, ehe über deren Vermögen das Konkursverfahren eröffnet wird, dadurch frei von der Verantwortlichkeit für Bankerutthandlungen, die er als Gesellschafter begangen hat? II. 24/1 02. **35**, 83.

7. S. im übrigen § 210 K.O. vom 1877 S. 277ff.

§ 241 1. Findet § 241 auch dann Anwendung, wenn der Erwerb einer Forderung an den Schuldner erst gleichzeitig mit dem Empfange einer Sicherung oder Befriedigung erfolgt? II. 18/2 02. **35**, 127.

2. Ist im Sinne des § 241 dem Gläubiger eine Sicherung gewährt, wenn ihm wegen seiner Forderung vom Schuldner an dessen Grundstück eine Hypothek, für welche die Erteilung eines Hypothekenbriefs nicht ausgeschlossen ist, bestellt, der Hypothekenbrief ihm aber nicht übergeben ist? IV. 19/2 01. **34**, 171.

3. S. im übrigen § 211 K.O. von 1877 S. 283.

S. außerdem zur Konkursordnung:

§ 1 (1)	**19**, 85,
§ 5 (6)	**14**, 286; **23**, 221,
§ 10 (12)	**26**, 28,
§ 22 (29)	**4**, 61,
§ 23 (30)	**3**, 190; **4**, 61; **5**, 116; **35**, 127,
§ 28 (35)	**5**, 116,
§§ 40, 41 (48, 49)	**3**, 58,
§ 41 (49)	**2**, 230; **6**, 301; **10**, 321,
§ 94 (102)	**3**, 190, 294,
§§ 96, 97 (104, 105)	**23**, 221,
§ 98 (106)	**20**, 244,
§ 115 (125)	**23**, 221,
§§ 126—134 (138—146)	**26**, 28,
§ 201 (212)	**11**, 5,
§ 209 (239)	**29**, 270, 344; **35**, 127,
§ 210 (240)	**29**, 270, 344.

(Die §§ der Konkursordnung in der seit 1900 geltenden Fassung sind in Klammern beigefügt.)

C. Strafprozeßordnung.

Einführungsgesetz.

1. Bezieht sich der Ausdruck „Verfahren" in Abs. 3 auch auf die Vorschriften über Beschlagnahme? III. 20/11 84. **11**, 321. § 3

2. Liegt insoweit die Landesgesetzgebung von der ihr in Abs. 3 gegebenen Befugnis für Forst- und Feldrügesachen Gebrauch gemacht hat, eine Sondergerichtsbarkeit vor? I. 4/3 86. **13**, 383; II. 4/1 81. **3**, 157.

1. Inwiefern werden die landesrechtlichen Bestimmungen über das Strafverfahren im Verwaltungswege durch die Strafprozeßordnung berührt? IV. 19/2 01. **34**, 165. § 6

2. Können landesgesetzliche Bestimmungen, wonach auf Nachentrichtung hinterzogener Gefälle erkannt werden soll, als noch geltend betrachtet werden? IV. 13/10 99. **32**, 304.

S. zu § 6 auch **4**, 335; **8**, 224; **12**, 212; **14**, 134; **18**, 14; **20**, 321; **21**, 47.

Über die Gesetzesanwendung in dem Falle, wenn ein nach dem Code d'instruction criminelle vor dem 1. Oktober 1879 in Elsaß-Lothringen erlassenes Versäumnisurteil infolge erhobenen Einspruchs nach diesem Tage in Wegfall gekommen ist? I. 21/5 85. **12**, 219. § 8

Strafprozeßordnung.

Erstes Buch.

Allgemeine Bestimmungen.

Erster Abschnitt (§§ 1—6).

Sachliche Zuständigkeit der Gerichte.

§ 2 1. Greift die Bestimmung Platz in Bezug auf Forst- und Feldrügesachen, für welche landesgesetzlich ein besonderes Verfahren vorgeschrieben ist? II. 4/1 81. **3**, 157.

2. S. weiter nachstehenden § 4.

§ 3 Begriff des Ausdrucks „als Täter". Liegt ein Zusammenhang vor, wenn eine Schrift beleidigenden Inhalts von verschiedenen Personen verbreitet wurde, ohne daß sie im Sinne des § 47 St.G.B.'s gemeinschaftlich gehandelt haben? IV. 19/12 93. **25**, 15.

§ 4 1. Setzt die Verbindung mehrerer Strafsachen die gleiche Prozeßlage voraus? Kann eine vor der Strafkammer in erster Instanz anhängige Strafsache mit einer dort in der Berufungsinstanz anhängigen verbunden werden? I. 30/12 89. **20**, 161.

2. Bezieht sich die Notwendigkeit eines Gerichtsbeschlusses nur auf solche im Sinne des § 3 St.P.O. zusammenhängende Strafsachen, welche einzeln zur Zuständigkeit von Gerichten verschiedener Ordnung gehören würden? I. 15/12 83. **10**, 10.

S. zu § 4 auch **31**, 171.

§ 5 1. Äußert die Vorschrift einen Einfluß auf die materiellrechtliche Vorschrift über Verjährung? II. 25/5 83. **8**, 310.

2. Welches Gericht ist zuständig zur Entscheidung über die Revision gegen ein Urteil, durch welches eine Strafkammer teils als Erstinstanzgericht, teils als Berufungsgericht mit Verhängung einer Gesamtstrafe erkannt hat? I. 21/4 98. **31**, 125.

§ 6 1. Kann noch in der Revisionsinstanz geltend gemacht werden, daß die bürgerlichen Strafgerichte nicht zuständig gewesen seien? IV. 5/4 95. **27**, 148.

2. Ist die Prüfung der Frage, ob nicht die Zuständigkeit der Militärgerichte begründet sei, an ein bestimmtes Prozeßstadium gebunden?

Kann die Zuständigkeit der bürgerlichen Gerichte dadurch begründet werden, daß ihnen die Aburteilung einer Straftat von den Militärbehörden überlassen wird? I. 9/7 88. **18**, 51.

Zweiter Abschnitt (§§ 7—21).

Gerichtsstand.

1. Wo ist der Ort, an dem eine Straftat begangen ist, zu suchen? Ist bei den durch Verbreitung von Druckschriften verübten Beleidigungen der Gerichtsstand ausschließlich bei dem Gerichte begründet, in dessen Bezirk die Druckschriften erschienen sind? II. 17/6 92. **23**, 155. § 7

2. Welches Gericht ist örtlich zuständig, wenn zum Tatbestande eines Delikts mehrere Handlungen gehören und dieselben an verschiedenen, in anderen Gerichtsbezirken liegenden Orten begangen werden? IV. 25/1 87. **15**, 232.

3. Kommt es bei der Frage, wo eine Straftat als begangen anzunehmen ist, auf den Ort an, wo nichts weiter als das Eintreten des zur Straftat gehörigen Erfolgs vorgekommen ist? Kann ein Betrug als im Inlande verübt nur dann angenommen werden, wenn die Vermögensbeschädigung im Inlande eingetreten und der Täter sich bewußt gewesen ist, daß eine Vermögensbeschädigung eintreten oder eine im Inlande befindliche Person eine Vermögensbeschädigung erleiden könne? I. 25/9 84. **11**, 245.

4. Ort der begangenen Tat, wenn die Tätigkeit des Delinquenten sich teils in Inlande, teils im Auslande vollzogen hat? II, III. 19/5 84. **10**, 420.

5. Ort der begangenen Beihülfe zu einer Straftat. III. 14/6 83. **9**, 10; IV. 24/6 84. **11**, 20.

6. Kann eine Tat als an mehreren Orten begangen erachtet werden? I. 6/5 97. **30**, 98.

7. Ist der Gerichtsstand der begangenen strafbaren Handlung in Preußen begründet, wenn die Aufforderung zum Kaufe von Losen brieflich von außen nach Preußen versendet wird? III. 13/3 80. **1**, 274.

8. S. weiter St.G.B. § 3 S. 6f.

9. Wo ist der Begehungsort bei solchen Straftaten, zu deren Tatbestand weder ein Erfolg, noch eine gewollte Wirksamkeit gehört (cri séditieux)? I. 23/12 89. **20**, 146.

10. Über die Zuständigkeit im objektiven Strafverfahren s. St.P.O. § 477.

Kann die Bestimmung des Abs. 2 noch nach ergangenem Urteile zur Anwendung kommen? Darf der geordnete Instanzenzug durchbrochen werden? I. 22/2 86. **13**, 365. § 12

1. Wie ist die Trennung verbundener, an sich vor verschiedene Gerichte gleicher Ordnung gehöriger Sachen zu bewirken, wenn die Verbindung vor Erhebung der öffentlichen Klage erfolgt war? I. 6/6 98. **31**, 171. § 13

2. Hat das Wegfallen des Grundes, der nach § 13 die Anhängigmachung mehrerer Strafsachen bei einem bestimmten Gerichte ermöglichte, von selbst das Aufhören der Zuständigkeit dieses Gerichts zur Folge? II. 5/6 94. **25**, 406.

3. Findet § 13 auch Anwendung bei einer auf Grund des § 394 der St.P.O. erfolgten Verweisung der Sache an ein benachbartes Gericht? Kann das letztere durch Vereinbarung auch für Aburteilung der zusammenhängenden Strafsachen zuständig werden? III. 11/10 86. **14**, 396.

§ 14 Hat das Reichsgericht das zuständige Gericht zu bestimmen, wenn zwischen verschiedenen Oberlandesgerichten Streit darüber besteht, welches derselben eine die gerichtliche Rechtshülfe in Disziplinarsachen betreffende Beschwerde zu erledigen hat? Fer. 29/7 91. **22**, 111.

§ 15 Steht dem substituierten Gerichte oder dem in der Rechtsmittelinstanz mit der Sache befaßten Gerichte eine Prüfung der Voraussetzungen des Übertragungsbeschlusses zu? II. 9/5 84. **10**, 381.

§ 16 1. Über Verbrauch des Einwands der örtlichen Unzuständigkeit bei Anbringung auf die gemäß § 199 St.P.O. ergangene Aufforderung s. § 199 (Nr. 7, 8).

2. Ist der Einwand durch Nichtanbringung in der Voruntersuchung für das weitere Verfahren auch dann ausgeschlossen, wenn die in § 190 St.P.O. vorgeschriebene Eröffnung unterblieben ist? IV. 19/12 93. **25**, 15.

3. Wird der Einwand der örtlichen Unzuständigkeit, falls eine Voruntersuchung nicht stattgefunden hat, durch Geltendmachung vor der Hauptverhandlung, insbesondere durch eine bei Zustellung der Ladung zu letzterer abgegebene Erklärung gewahrt? IV. 1/6 88. **17**, 412.

§ 18 1. Ist das Gericht, wenn von mehreren Angeklagten nur einer den Einwand der Unzuständigkeit erhebt, mit der Entscheidung der Zuständigkeitsfrage hinsichtlich aller Angeklagten befaßt? II. 17/6 92. **23**, 155.

2. Unter welchen Voraussetzungen kann die örtliche Zuständigkeit des Gerichts zum Gegenstande der Prüfung in der Revisionsinstanz gemacht werden? III. 20/11 80. **3**, 136.

3. Ist § 18 auch für das Verfahren gegen abwesende Wehrpflichtige anwendbar? I. 19/5 81. **4**, 232.

4. Inwiefern findet § 18 in dem sog. objektiven Strafverfahren Anwendung? III. 3/10 89. **19**, 427.

Dritter Abschnitt (§§ 22—32).

Ausschließung und Ablehnung von Gerichtspersonen.

§ 22

Nr. 1.

1. Werden sämtliche Richter eines Bundesstaates durch beleidigende Angriffe, welche gegen sie nur in ihrer Gesamtheit gerichtet sind, zu Verletzten im Sinne der Nr. 1? I. 15/3 94. **25**, 179; II. 24/10 93. **24**, 342.

2. Ist der Konkursgläubiger, welcher in dem Konkurse nicht vollständig befriedigt wird, in dem gegen den Gemeinschuldner wegen Ban-

kerotts eröffneten Strafverfahren als eine „verletzte“ Person im Sinne des § 22 anzusehen? IV. 7/10 84. **11**, 223.

3. Kann in einer Strafsache wegen betrüglichen Bankerotts ein Gläubiger des Gemeinschuldners Geschworener sein, wenn er zur Zeit der Hauptverhandlung wegen seiner Forderung befriedigt ist? IV. 13/1 91. **21**, 291.

4. Sind nach gemeinem Rechte die Mitglieder eines Personenvereins, welcher Korporationsrechte nicht besitzt, durch die Unterschlagung von Vereinsgeldern verletzt im Sinne der Nr. 1? I. 16/6 00. **33**, 314.

5. Ist das Mitglied einer eingetragenen Genossenschaft, gegen die eine Unterschlagung verübt ist, wegen der Mitgliedschaft unfähig zur Ausübung des Amts eines Geschworenen bei Aburteilung der Unterschlagung? IV. 16/12 92. **23**, 361.

6. Ist auch derjenige Richter, der nicht weiß, daß er selbst durch die strafbare Handlung verletzt ist, von der Ausübung des Richteramts kraft Gesetzes ausgeschlossen? II. 8/6 00. **33**, 309.

Nr. 2.

7. Ist der Ausdruck „Vormund“ in Nr. 2 auch auf den Gegenvormund der preußischen Vormundschaftsordnung vom 5. Juli 1875 zu beziehen? IV. 7/10 84. **11**, 223.

Nr. 4.

8. Greift die Bestimmung Platz bei einem Gerichtsassessor, der als Hülfsarbeiter bei der Staatsanwaltschaft Verfügungen zu entwerfen hat? Kommt es auf die materielle Bedeutung der bezüglichen Verfügungen an? III. 13/11 82. **7**, 236; II. 6/12 95. **28**, 53.

9. Unter welchen Voraussetzungen ist anzunehmen, daß jemand im Sinne der Nr. 4 in einer Sache als Polizeibeamter tätig gewesen sei? III. 30/4 88. **17**, 415; II. 8/7 02. **35**, 319.

10. Kann ein Verwaltungsbeamter, welcher in einer bei der württembergischen Verwaltungsbehörde anhängigen Strafsache wegen Kapitalsteuerdefraudation vor der Erlassung des Strafbescheides die „Untersuchung im Verwaltungswege“ geführt hat, in dem nachher zufolge des Antrags des Beschuldigten eröffneten gerichtlichen Verfahren als Sachverständiger vernommen werden? I. 14/1 89. **18**, 401.

Nr. 5.

11. Darf ein in der Hauptverhandlung als Zeuge vernommener Richter in dem folgenden wiederaufgenommenen Verfahren als ersuchter Richter Zeugen abhören? IV. 4/5 97. **30**, 70.

12. Bedingt die Vernehmung eines Zeugen in der Voruntersuchung auch dann die Unfähigkeit desselben als Geschworenen, wenn die Vernehmung sich nur auf einen Anschuldigungspunkt bezog, der nach dem Abschlusse der Voruntersuchung nicht vor das Schwurgericht, sondern vor die Strafkammer verwiesen worden ist? IV. 24/2 88 **17**, 173.

13. Ist ein Richter, welcher im Vorverfahren auf die Aufforderung des Staatsanwalts eine schriftliche Erklärung über seine Wahrnehmungen bei dem den Gegenstand der Anklage bildenden Vorfalle abgegeben hat,

unfähig, bei der Verhandlung der Sache als Richter mitzuwirken? II. 1/5 85. **12**, 180.

§ 23

Absatz 1.

1. Kann ein Richter, der bei einem gemäß § 369 Abs. 3 St.P.O. aufgehobenen Urteile als Richter fungiert hat, bei der neuen Verhandlung der Sache in erster Instanz nicht tätig sein? IV. 28/6 98. **31**, 225.

Absätze 2 u. 3.

2. Ist auch in den Fällen der Abss. 2 u. 3 der Richter kraft Gesetzes von der Mitwirkung ausgeschlossen? I. 10/5 80. **2**, 209.

Absatz 2.

3. Begriff der Führung der Voruntersuchung im Sinne des Abs. 2. IV. 8/5 96. **28**, 358.

4. Gilt die Unfähigkeit des Untersuchungsrichters zur Mitwirkung bei der Urteilsfällung auch für dessen Stellvertreter und auch rücksichtlich solcher Untersuchungshandlungen, welche erst nach Schluß der Voruntersuchung, aber vor Erlassung des Eröffnungsbeschlusses vorgenommen sind? II. 28/6 81. **4**, 341; I. 6/12 88. **18**, 269; II. 8/10 80. **2**, 314.

5. Darf ein Untersuchungsrichter an der Urteilsfällung teilnehmen, wenn er in einer ursprünglich gegen zwei Angeschuldigte geführten Untersuchung nur einen Teil der Voruntersuchung gegen einen Angeschuldigten geführt hat und dieser nach geschlossener Untersuchung außer Verfolgung gesetzt ist? II. 8/10 80. **2**, 314.

6. Kann der Untersuchungsrichter in einer Sache, in welcher er die Voruntersuchung zwar nicht geführt, aber den Schluß derselben nach § 195 St.P.O. verfügt hat, Mitglied des erkennenden Gerichts sein? I. 15/1 91. **21**, 285.

7. Kann der Untersuchungsrichter, dessen Tätigkeit sich darauf beschränkt hat, die Eröffnung der Voruntersuchung und die Fortdauer der Untersuchungshaft zu beschließen, Mitglied des erkennenden Gerichts sein? III. 3/12 83. **9**, 285.

8. Ist der vom erkennenden Gerichte mit Beweiserhebungen beauftragte Richter kraft Gesetzes von der Mitwirkung als Richter bei der nachfolgenden Hauptverhandlung ausgeschlossen? I. 8/1 98. **30**, 400.

9. Ist der Untersuchungsrichter auch unfähig, mit einer in § 222 St.P.O. bezeichneten Vernehmung betraut zu werden? I. 24/3 81. **4**, 91.

Absatz 3.

10. Was ist „Teilnahme am Hauptverfahren" im Sinne des Abs. 3? Führt der Umstand, daß ein Richter, der nach Abs. 3 nicht an dem Hauptverfahren teilnehmen darf, an Beschlüssen, die außerhalb der Hauptverhandlung erlassen worden sind, mitgewirkt hat, notwendig zur Aufhebung des Urteils? IV. 1/5 94. **25**, 345.

11. Kommt die Vorschrift des Abs. 3 auch dann zur Anwendung, wenn der Beschluß des Landgerichts, durch welchen der Angeklagte außer Verfolgung gesetzt wurde, von dem Oberlandesgerichte aufgehoben und der Angeklagte zur Aburteilung an das Landgericht verwiesen worden ist? I. 10/5 80. **2**, 209.

Digitized by Google

12. Ist die Vorschrift auch auf diejenige Entscheidung anzuwenden, durch welche nicht die Eröffnung des Hauptverfahrens beschlossen, sondern einzelne Beweiserhebungen angeordnet sind? III. 1/12 80. **3**, 81.

13. Greift die Vorschrift Platz bei einem die Eröffnung der Voruntersuchung anordnenden Beschlusse? III. 11/6 85. **12**, 308.

14. Greift die Vorschrift Platz bei einem die Wiederaufnahme des Verfahrens anordnenden Beschlusse? II. 23/9 81. **4**, 426.

15. Ist es nach § 23 Abs. 3 unzulässig, daß mehr als zwei Richter, welche bei verschiedenen Beschlüssen über Eröffnung des Hauptverfahrens, bezw. bei dem Beschlusse über die Anschlußerklärung des Nebenklägers mitgewirkt haben, an dem Hauptverfahren teilnehmen? II. 16/2 83. **8**, 82.

16. Ist es gemäß Abs. 3 unstatthaft, daß der Berichterstatter an der Entscheidung über ein in der Hauptverhandlung angebrachtes Ablehnungsgesuch teilnimmt? IV. 22/1 86. **13**, 302.

1. Führt eine Verletzung des Abs. 3 zur Aufhebung des Urteils? IV. 18/9 96. **29**, 62. **§ 24**

2. Kann ein Gericht im ganzen abgelehnt werden? IV. 24/4 95. **27**, 175.

3. Inwieweit kann aus der Mitwirkung eines Mitglieds des Oberlandesgerichts als Berichterstatter bei einer gemäß § 173 St.P.O. getroffenen Entscheidung ein Grund zur Ablehnung dieses Richters als Mitglied des erkennenden Gerichts abgeleitet werden? III. 20/6 89. **19**, 332.

4. Begründet die Erklärung eines Richters, welcher bei einem in der Revisionsinstanz aufgehobenen Urteile mitgewirkt hat, daß er bei dem zu erwartenden gleichen tatsächlichen Ergebnisse der neuen Hauptverhandlung ebenso wie früher erkennen werde, ein Ablehnungsgesuch wegen Besorgnis der Befangenheit? II. 10/2 82. **5**, 437.

5. Kann eine Ablehnung gemäß § 24 auch gegen Geschworene stattfinden? I. 1/11 88. **18**, 238.

1. Wie ist bei Anbringung eines Ablehnungsgesuchs in der Hauptverhandlung zu verfahren? Gehört das Verfahren mit zur Hauptverhandlung? Kann der Richter, welcher bei Eröffnung des Hauptverfahrens als Berichterstatter fungiert hat, an der Entscheidung über das Ablehnungsgesuch teilnehmen? IV. 22/1 86. **13**, 302. **§ 25**

2. Sind die Prozeßbeteiligten, welche in einer früheren Hauptverhandlung ein Ablehnungsgesuch nicht vorgebracht haben, hierdurch behindert, in einer späteren Hauptverhandlung gegen früher nicht abgelehnte Richter ein Ablehnungsgesuch anzubringen? III. 20/6 89. **19**, 332.

3. Erteilt die in der Hauptverhandlung geschehene bloße Wiederholung eines bereits vor der Hauptverhandlung gegen erkennende Richter angebrachten, aber in zur Zeit unanfechtbarer Weise als unbegründet verworfenen Ablehnungsgesuches die formell statthafte Stellung eines anderweiten Ablehnungsantrags, auf welchen vom Gerichte ohne Mitwirkung der von der Ablehnung betroffenen Richter nochmalige materielle Entschließung gefaßt werden muß? III. 3/11 84. **11**, 224.

§ 26 1. Über Anbringung von Ablehnungsgesuchen in der Hauptverhandlung s. oben § 25.

2. Hat dann, wenn über das Ablehnungsgesuch ein anderes (höheres) Gericht zu entscheiden hat, als dasjenige, bei welchem es anzubringen ist, das erstere Gericht auch die erst bei ihm geltend gemachten Ablehnungsgründe in Betracht zu ziehen? I. 17/10 81. **5**, 133.

3. Über „Glaubhaftmachung". II. 29/10 95. **28**, 8.

§ 27 1. Kann ein Richter ein gegen ihn selbst gerichtetes Ablehnungsgesuch, weil es nicht ernstlich gemeint, sondern nur zur Verschleppung der Sache angebracht sei, als unbeachtlich zurückweisen? II. 8/10 97. **30**, 273.

2. Welches Gericht hat zu entscheiden, wenn ein erkennender Richter, insbesondere ein Mitglied des Schwurgerichts außerhalb der Hauptverhandlung abgelehnt wird? I. 28/9 91. **22**, 135; III. 20/6 89. **19**, 332.

3. Darf über ein in der Hauptverhandlung bei der mit fünf Mitgliedern besetzten Strafkammer angebrachtes Ablehnungsgesuch nach dem Ausscheiden der abgelehnten Richter von der Strafkammer in der Besetzung von nur drei Mitgliedern verhandelt und entschieden werden? II. 19/12 90. **21**, 250.

4. Über die Behandlung eines in der Hauptverhandlung angebrachten Ablehnungsgesuchs s. weiter oben § 25.

5. Desgleichen über die Erledigung eines nach rechtskräftiger Verwerfung von neuem angebrachten Ablehnungsgesuchs.

6. Über die Frage, ob das obere Gericht die erst bei ihm angebrachten Ablehnungsgründe zu berücksichtigen hat, s. oben § 26.

7. Findet die Vorschrift, daß es einer Entscheidung nicht bedarf, wenn der abgelehnte Richter das Ablehnungsgesuch für begründet hält, auch auf die Landgerichte Anwendung?

Ist durch die Vorschrift auch für den Fall, daß trotz der Erklärung des Abzulehnenden gegen die Begründetheit des Antrags Bedenken obwalten, eine förmliche Entscheidung ausgeschlossen? II. 10/2 82. **5**, 437.

§ 28 1. Kann ein gegen einen erkennenden Richter angebrachtes Ablehnungsgesuch, welches durch Gerichtsbeschluß für unbegründet erklärt worden ist, auf Grund eines innerhalb gesetzlicher Frist (St.P.O. § 25) wiederholten, auf neue Tatsachen gestützten Ablehnungsgesuches durch weiteren Gerichtsbeschluß für begründet erklärt werden? I. 20/2 93. **24**, 12.

2. Kann in dem Falle, wenn das an sich zuständige Gericht eine Entscheidung über das gegen einen erkennenden Richter angebrachte Ablehnungsgesuch wegen vermeintlicher Unzuständigkeit nicht getroffen hat, das hiergegen angerufene Beschwerdegericht nunmehr auch in der Sache selbst entscheiden? III. 20/6 89. **19**, 332.

3. Hat das Revisionsgericht bei der gemäß § 28 Abs. 2 zu treffenden Entscheidung entgegen dem Prinzip des § 376 St.P.O. eine Nachprüfung in tatsächlicher Beziehung vorzunehmen? I. 28/9 91. **22**, 135; III. 30/11 82. **7**, 340. Vgl. I. 17/10 81. **5**, 133.

4. Ist gegen einen Beschluß, durch welchen ein Ablehnungsgesuch für unbegründet erklärt worden ist, das Rechtsmittel der Revision auch dann gewährt, wenn derselbe vor Eröffnung des Hauptverfahrens erlassen worden ist? III. 27/9 82. **7**, 175.

5. Kann der Beschluß, durch welchen ein gegen die erkennenden Richter erhobenes Ablehnungsgesuch für unbegründet erklärt wird, gemäß § 28 Abs. 2 auch dann in Verbindung mit dem Urteile angefochten werden, wenn er von dem Oberlandesgerichte erlassen worden ist? I. 16/6 00. **33**, 314.

Unterliegt der Beschluß, durch welchen auf die Anzeige eines Richters von einem Verhältnisse, das seine Ablehnung rechtfertigen könnte, ausgesprochen wird, daß er sich der Ausübnng des Richteramts zu enthalten habe, der Anfechtung in der Revisionsinstanz? IV. 21/5 97. **30**, 123. **§ 30**

Inwieweit ist der Umstand, daß ein gesetzlich ausgeschlossener Gerichtsschreiber das Protokoll in der Hauptverhandlung geführt hat, geeignet, einen Revisionsgrund abzugeben? III. 12/11 85. **13**, 76. **§ 31**

1. Über Unfähigkeit eines Geschworenen wegen Beteiligung s. oben § 22. **§ 32**
2. Findet § 24 auf Geschworene Anwendung? I. 1/11 88. **18**, 238.
3. Welcher Zeitpunkt ist maßgebend für die Beurteilung der absoluten Fähigkeit eines Geschworenen zur Mitwirkung beim Schwurgerichte: die Zeit der Aufstellung der verschiedenen Listen, insbesondere die Bildung der Spruchliste, oder der Moment seiner Berufung auf die Geschworenenbank behufs tatsächlicher Ausübung seines Amts? II. 21/9 80. **2**, 241.

Vierter Abschnitt (§§ 33—41).

Gerichtliche Entscheidungen und deren Bekanntmachung.

1. Unter welchen Voraussetzungen ist in dem Falle, wenn die Anhörung der Beteiligten vor Erlaß eines Gerichtsbeschlusses versäumt worden ist, die Annahme begründet, daß das Urteil auf dem Verstoße beruht? **§ 33**

Sind die Prozeßbeteiligten zu hören vor Erlaß eines Beschlusses, daß von der Beeidigung eines Zeugen Abstand zu nehmen sei? — vor Anordnung der Berichtigung eines Geschworenenspruchs? II. 24/1 82. **6**, 3; IV. 8/6 86. **14**, 298.

2. Liegt eine Gesetzesverletzung vor, wenn einem Angeklagten nicht das Gehör über den staatsanwaltschaftlichen Antrag auf Ausschluß der Öffentlichkeit gestattet worden ist? II. 9/1 80. **1**, 50. S. weiter G.V.G. § 175.

3. Müssen Gerichtsbeschlüsse, insbesondere Beschlüsse über Eröffnung des Hauptverfahrens von allen mitwirkenden Richtern unterzeichnet werden? III. 18/2 80. **1**, 210; I. 29/4 80. **1**, 402.

1. Über Ablehnung von Beweisanträgen s. § 243. **§ 34**
2. Kann die unmotivierte Ablehnung eines unsubstanziierten Antrags

auf Nichtbeeidigung eines Zeugen die Revision begründen? II. 15/6 80. **2**, 109.

3. Bedarf im schwurgerichtlichen Verfahren die Entscheidung über Fassung der Fragen einer Begründung? I. 28/2 95. **27**, 67.

§ 35 1. Was sind Entscheidungen im Sinne des § 35? II. 6/4 80. **1**, 345.

2. Bedarf es der Zustellung des Beschlusses, wodurch der Angeklagte von der Verpflichtung zum Erscheinen in der Hauptverhandlung entbunden worden? II. 28/1 87. **15**, 202.

3. Über die Anwendung im Falle des § 232 St.P.O. s. weiter dort.

4. Über Anwendung im objektiven Verfahren s. §§ 477 flg. St.P.O.

5. Über Zustellung im Falle des § 270 St.P.O. s. dort.

6. Über Zustellung an den Nebenkläger s. §§ 440, 441 St.P.O.

7. Kann im Falle des Abs. 2 die Zustellung des Urteils an den zur Empfangnahme ermächtigten Verteidiger erfolgen? II. 24/9 89. **19**, 390.

§ 36 Ist durch § 36 den Strafkammern die Befugnis, Zustellungen unmittelbar zu veranlassen, überhaupt entzogen? Wird die Frist zur Revisionsrechtfertigung durch eine von der Strafkammer unmittelbar veranlaßte Urteilszustellung in Lauf gesetzt? II. 14/4 82. **6**, 179.

§ 37 1. Wie ist die nach § 385 St.P.O. gebotene Zustellung des Urteils zu bewirken? I. 5/7 83. **9**, 274.

2. Über die Zustellung des Urteils an den Angeklagten, wenn derselbe bei Einlegung der Revision einen Verteidiger zur Entgegennahme bestellt hat? I. 10/3 82. **6**, 93.

Fünfter Abschnitt (§§ 42—47).

Fristen und Wiedereinsetzung in den vorigen Stand.

§ 42 1. Wird die Frist zur Einreichung eines Schriftsatzes gewahrt, wenn der Schriftsatz am letzten Tage nach Schluß der Dienststunden vom Gerichtsschreiber in seiner Wohnung angenommen wird?

— wenn der Schriftsatz am letzten Tage nach Schluß der Dienststunden in Abwesenheit des Gerichtsschreibers in dessen Amtszimmer niedergelegt wird? S. St.P.O. § 381.

2. Wird durch die Einhändigung der schriftlichen Revisionsanträge an den Gerichtskastellan oder durch Niederlegung derselben auf den Tisch des Gerichtsschreibers die Rechtsmittelfrist gewahrt? II. 5/2 84. **10**, 74.

§ 43 1. Ist „Mariä Verkündigung“ in der preußischen Rheinprovinz ein allgemeiner Feiertag? I. 27/6 98. **31**, 221.

2. Ist in den altpreußischen Provinzen der Epiphaniastag (6. Januar) ein allgemeiner Feiertag? II. 2/11 80. **2**, 398.

3. Unter welchen Voraussetzungen kommen in Bayern kirchliche Feiertage als allgemeine im Sinne des § 43 in Betracht?

Gehören zu diesen auch die in Bayern als politisch-kirchliche Fest-

tage zu feiernden Namens- und Geburtstage Ihrer Königl. Majestäten? I. 19/1 88. **17**, 56.

4. Wonach bestimmt es sich, ob an einem bayerischen Gerichtshofe ein konfessioneller Feiertag zu gelten hat? I. 8/11 00. **33**, 438.

5. Gilt in Bayern der Karfreitag als „allgemeiner Feiertag"? I. 2/6 81. **4**, 240.

6. Findet die Bestimmung des § 43 über Fristberechnung Anwendung auf die Strafantragsfrist? I. 22/12 79. **1**, 40.

1. Kann auch wegen der Versäumung der Anbringung einzelner Revisionsbeschwerden Wiedereinsetzung in den vorigen Stand begehrt werden? Ist an sich behinderte Akteneinsicht des Verteidigers ein Grund zur Wiedereinsetzung in den vorigen Stand? III. 25/9 93. **24**, 250. § 44

2. Liegt ein unabwendbarer Zufall darin, daß durch die bei einem Gerichte bestehende Einrichtung des Abholens der Briefe deren Ankunft beim Gerichte verzögert wird? I. 14/2 98. **31**, 19; II. 28/9 80. **2**, 271.

3. Kann ein Irrtum des Angeklagten über die bei dem Gerichte für den Geschäftsbetrieb bestehenden Einrichtungen oder ein Verschulden des Verteidigers an dem verspäteten Eingang der Revisionsanträge einen Grund zur Wiedereinsetzung in den vorigen Stand bilden? II. 5/2 84. **10**, 74.

4. Über Wiedereinsetzung in den vorigen Stand aus dem Grunde, weil dem Angeklagten selbst und nicht, wie beantragt, dem Verteidiger zugestellt worden war. I. 10/3 82. **6**, 93.

5. Liegt ein Grund zur Wiedereinsetzung in den vorigen Stand vor, wenn die vom Angeklagten sofort nach Verkündigung des Urteils erster Instanz abgegebene Erklärung, er lege dagegen Revision ein, von dem Gerichtsschreiber nicht in das Sitzungsprotokoll oder ein besonderes Protokoll aufgenommen worden ist? I. 2/11 93. **24**, 355.

6. Ist die Staatsanwaltschaft befugt, zu gunsten des Angeklagten dessen Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen die von ihm versäumte Frist zur Einlegung des Rechtsmittels der Revision zu beantragen? IV. 26/5 91. **22**, 31.

7. Kann in einem dem Geschäftspersonale des Verteidigers zur Last fallenden Verschulden ein Grund zur Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gefunden werden? IV. 4/2 02. **35**, 109.

Über Glaubhaftmachung. II. 29/10 95. **28**, 8. § 45

Sechster Abschnitt (§§ 48—71).

Zeugen.

1. Kann der Beamte, der in der Hauptverhandlung die Staatsanwaltschaft vertritt, als Zeuge vernommen werden? IV. 11/12 96. **29**, 236. § 48

2. Darf ein Mitangeklagter in demselben Verfahren überhaupt oder wenigstens dann als Zeuge bezüglich seiner Mitangeklagten ver-

nommen werden, wenn die Untersuchung mehrere selbständige Straffälle betrifft und der Mitangeklagte über einen Straffall Auskunft geben soll, bei welchem er selbst irgend einer Beteiligung gar nicht beschuldigt oder auch nur verdächtig ist? II. 9/5 82. **6**, 279.

3. Kann aus der Strafprozeßordnung die allgemeine Rechtspflicht abgeleitet werden, von den Polizeibehörden und den Organen der Polizei in betreff begangener Straftaten sich als Zeuge vernehmen zu lassen und ihnen Auskunft zu erteilen? III. 22/11 83. **9**, 433.

4. Kann ein wegen Geisteskrankheit Entmündigter als Zeuge vernommen werden? II. 9/10 00. **33**, 393.

5. Welche Bedeutung als Beweismittel hat ein Taubstummer, der des Lesens und Schreibens sowie der Zeichensprache des Dolmetschers unkundig und dessen Beeidigung darum unmöglich ist? I. 15/10 00. **33**, 403.

6. Über die Notwendigkeit der Beeidigung der Zeugen s. § 56.

7. Ist die Vernehmung von Zeugen über Hörensagen zulässig? III. 12/5 80. **2**, 160.

8. Darf ein Richter über die Art und Weise des Zustandekommens eines Spruchs, bei welchem er beteiligt gewesen ist, als Zeuge vernommen werden? II. 13/11 94. **26**, 202.

§ 49 Darf das Protokoll über die kommissarische Vernehmung des Mitglieds einer gesetzgebenden Versammlung nur dann verlesen wrden, wenn zuvor die Genehmigung dieser Versammlung zu Ladung des Zeugen nachgesucht und verweigert worden ist? I. 24/11 94. **26**, 254.

Zeugnisverweigerungsrecht (§§ 51—55).

1. Kann ein Verletzter, welchem das Recht der Zeugnisverweigerung zusteht, deshalb auch verweigern, sich körperlich untersuchen zu lassen? I. 8/7 89. **19**, 364.

2. Darf ein Zeuge, welcher vom Rechte der Zeugnisverweigerung Gebrauch zu machen erklärt hat, nicht dann, wenn er hinterher auf dieses Recht Verzicht leistet, doch noch vernommen werden? I. 7/5 80. **2**, 53.

3. Gestatten die bezüglichen Prozeßvorschriften die Vernehmung von Zeugen über ihre Kenntnis durch Mitteilung von seiten solcher Personen, welche von ihrem Rechte, Zeugnis zu verweigern, Gebrauch gemacht haben? I. 1/7 86. **14**, 266.

§ 51 S. vorstehend §§ 51—55 sowie weiter §§ 57, 250, 251.

Absatz 1.

1. Kann als Beschuldigter im Sinne des § 51 auch angesehen werden, wer durch eine Anzeige beschuldigt ist, welcher keine Folge gegeben worden ist? II. 24/6 87. **16**, 154.

2. Greift § 51 Platz, wenn der Zeuge nur zu einem der mehreren Angeklagten in einem Verhältnisse steht, welches ihn zur Verweigerung des Zeugnisses berechtigt? II. 24/10 80. **3**, 161; I. 12/2 80. **1**, 207.

3. Besteht das Recht der Zeugnisverweigerung, wenn die Unter=

suchung mehrere Straffälle betrifft und der mitangeklagte Angehörige bei einem der Straffälle nicht beteiligt ist? II. 24/6 87. **16**, 154.

4. Kommt es für die Frage, ob ein Zeuge als mit einem Mitbeschuldigten verwandt zur Verweigerung des Zeugnisses berechtigt ist, darauf an, daß der dem Zeugen verwandte Mitbeschuldigte bereits rechtskräftig verurteilt ist?

Ist der Umstand, daß eine prozessuale Gemeinsamkeit der Anschuldigung im weiteren Sinne in irgend einem Prozeßstadium bestanden hat, ausreichend, um eine Person in einem materiell mit der von ihr begangenen Tat zusammenhängenden Strafverfahren gegen eine andere Person als Beschuldigte im Sinne des § 51 anzusehen? III. 29/5 95. **27**, 270; I. 2/3 99. **32**, 72; II. 6/7 00. **33**, 350. Vgl. II. 25/6 95. **27**, 312.

5. Bedarf es zur Vernehmung der in § 51 bezeichneten Personen eines ausdrücklichen Verzichts derselben auf ihr Recht der Zeugnisverweigerung? II. 28/1 81. **3**, 325.

6. Darf das Gericht von der Vernehmung eines nach § 51 belehrten Zeugen absehen, wenn nach der Überzeugung des Gerichts der Zeuge aus der Belehrung ein Verständnis über seine Berechtigung zur Zeugnisverweigerung nicht gewonnen hat? III. 14/7 81. **4**, 398.

7. Kann die Revision wirksam darauf gegründet werden, daß ein in der Hauptverhandlung erschienener Zeuge, dem auf Grund unrichtiger Angaben das Recht der Zeugnisverweigerung eingeräumt wurde, unvernommen geblieben ist? I. 15/5 99. **32**, 157.

Nr. 1.

8. Sind unter Verlobten nur diejenigen Personen zu verstehen, welche ein civilrechtlich gültiges Verlöbnis miteinander abgeschlossen haben? III. 28/1 84. **10**, 117.

9. Kann eine Zeugin als Verlobte des Beschuldigten angesehen werden, wenn letzterer die Zeugin zu ehelichen versprochen hat, sobald seine noch bestehende Ehe werde geschieden sein? I. 1/4 86. **14**, 7.

10. Ist ein bei der Vernehmung aufgelöstes Verlöbnis von rechtlicher Bedeutung? I. 9/5 98. **31**, 142.

11. Über den Begriff von Verlobten s. auch St.G.B. § 52 Nr. 4, 5. S. 28.

Nr. 2.

12. Greift die Bestimmung auch Platz bei Vernehmung einer Person, mit welcher der Beschuldigte in Bigamie lebt? I. 28/6 88. **18**, 42.

Nr. 3.

13. Kommt es darauf an, ob die Verwandtschaft bezw. Schwägerschaft auf ehelicher Geburt beruht? IV. 17/4 85. **12**, 143; II. 8/6 86. **14**, 187.

14. Kommt auch natürliche Verwandtschaft in Betracht? II. 19/6 91. **22**, 51.

15. Fällt das Verhältnis des einen Ehegatten zu dem Adoptivkinde des anderen unter § 51 Nr. 3? IV. 4/5 97. **30**, 75.

Absatz 2.

16. Ist die Belehrung über das Recht der Zeugnisverweigerung auch bei Personen nötig, welche wegen Eidesunmündigkeit uneidlich zu vernehmen sind? Fer. 7/9 80. **2**, 228.

17. Müssen in dem Falle, wenn die Belehrung über das Recht der Zeugnisverweigerung Unmündigen erteilt wird, die gesetzlichen Vertreter zugezogen werden?

Welchen Sinn hat die Bestimmung, daß die Belehrung „vor jeder Vernehmung" zu erteilen sei? Muß die Belehrung bei fortgesetzten Verhandlungen wiederholt werden? III. 17/9 85. **12**, 403.

18. Muß die Belehrung über das Zeugnisverweigerungsrecht, wenn sie bereits in der Voruntersuchung stattgefunden hat und der Beschuldigte auf das Recht verzichtet hatte, nochmals bei der Hauptverhandlung erfolgen? I. 5/7 80. **2**, 192.

19. Bildet die Unterlassung der vorgeschriebenen Belehrung einen Revisionsgrund? Fer. 7/9 80. **2**, 228; I. 5/7 80. **2**, 192; III. 16/4 94. **25**, 262; II. 19/1 97. **29**, 351.

20. Was gilt in dieser Beziehung, wenn dem Richter das das Zeugnisverweigerungsrecht begründende Verhältnis unbekannt war? I. 3/10 87. **16**, 214.

21. Wie ist zu verfahren, wenn in einer schwurgerichtlichen Verhandlung nach Beginn der Vernehmung eines Zeugen sich herausstellt, daß derselbe zur Verweigerung des Zeugnisses berechtigt ist und der Zeuge von seinem diesbezüglichen Rechte nunmehr Gebrauch macht? Kann ein Revisionsgrund daraus entnommen werden, daß den Geschworenen in einem solchen Falle nicht Belehrung über die Bedeutung der abgegebenen Aussage erteilt worden ist? II. 19/1 97. **29**, 351; III. 16/4 94. **25**, 262.

S. zu § 51 auch **9**, 88.

§ 52 Ist die Vernehmung eines behandelnden Arztes von vorgängiger Entbindung von der Verpflichtung zur Verschwiegenheit seitens des Patienten abhängig? I. 8/7 89. **19**, 364.

§ 53 1. Darf ein öffentlicher Beamter, dessen vorgesetzte Dienstbehörde seine Vernehmung über Umstände, auf welche sich die Pflicht zur Amtsverschwiegenheit bezieht, nur unter Einschränkungen genehmigt hat, überhaupt als Zeuge vernommen werden? Welche Bedeutung ist solchen Einschränkungen beizulegen, wenn die Vernehmung des Beamten erfolgt? I. 18/9 82. **7**, 74.

2. Hat der als Zeuge erschienene Beamte selbst darüber zu entscheiden, ob die Pflicht zur Amtsverschwiegenheit ihm verbiete, die verlangte Auskunft zu geben? Darf der Richter auf die Pflicht zur Amtsverschwiegenheit ihn hinweisen? III. 30/11 85. **13**, 154.

3. Sind die Eröffnungen des vorgesetzten Ministers an einen Beamten über dessen von Amtswegen zu verfügende Versetzung von der Pflicht zur Wahrung des Amtsgeheimnisses umfaßt? I. 13/12 86. **15**, 85.

1. Darf eine Frage an einen Zeugen lediglich deshalb, weil ihre Beantwortung dem Zeugen oder seinen Angehörigen die Gefahr strafrechtlicher Verfolgung zuziehen kann, zurückgewiesen werden, ohne daß der Zeuge darüber gehört ist, ob er die Frage beantworten will? I. 17/1 84. **9**, 426. § 54

2. Ist im Falle des § 54 eine Belehrung des Zeugen darüber geboten, daß er die Beantwortung einer Frage verweigern kann? I. 28/2 84. **10**, 154.

S. auch **35**, 128.

Über Glaubhaftmachung. II. 29/10 95. **28**, 8. § 55

1. Welche Folgen hat die Nichtbeeidigung eines Zeugen, insoweit ein Grund zur Nichtbeeidigung nicht vorliegt? Wie gestaltet sich insbesondere das Verhältnis bei der irrigen Unterstellung des Gerichts, der Zeuge sei noch nicht eidesmündig? I. 5/12 89. **20**, 163; I. 21/5 83. **8**, 407. § 56

2. Muß die stattgefundene Beeidigung eidesunmündiger Personen als Zeugen die Aufhebung des Urteils nach sich ziehen? I. 11/4 82. **6**, 155.

3. Muß auch ein eidesunmündiger Zeuge über das Recht der Zeugnisverweigerung belehrt werden? Fer. 7/9 80. **2**, 228; III. 17/9 85. **12**, 403.

4. Erfordert die Nichtbeeidigung eines Zeugen in der Hauptverhandlung stets einen Gerichtsbeschluß? I. 4/7 89. **19**, 354.

5. Inwieweit fallen die Erklärungen eines Zeugen in den Bereich der von ihm zu beeidigenden Aussagen? II. 24/9 80. **2**, 267.

Nr. 1.

6. Nach welchem Rechte ist die Eidesmündigkeit zu berechnen? Welche Berechnung gilt nach preußischem Rechte? III. 25/5 91. **22**, 29; III. 16/12. 01. **35**, 37.

7. Bildet jede Verstandesschwäche, insbesondere auch Gedächtnisschwäche einen Grund, Zeugen unbeeidigt zu vernehmen? IV. 5/11 89. **20**, 60.

8. Kann ein wegen Geisteskrankheit Entmündigter als Zeuge vernommen und beeidigt werden? II. 9/10 00. **33**, 393.

9. Rechtfertigt Trunkenheit eines Zeugen die Unterlassung seiner Beeidigung? III. 10/6 01. **34**, 283.

10. Hat bei einer kommissarischen Zeugenvernehmung der ersuchte Richter zu entscheiden, ob die Voraussetzungen des § 56 Nr. 1 vorliegen? Fer. 25/7 94. **26**, 97.

11. Sind in der Revisionsinstanz neue Behauptungen zulässig, um darzutun, daß ein in erster Instanz beeidigter Zeuge wegen Verstandesschwäche nicht beeidigt werden durfte? II. 18/11 84. **11**, 261.

Nr. 2.

12. Sind Personen, welche unter Herrschaft des preußischen Strafrechts wegen Meineids verurteilt worden sind, nach Einführung der

deutschen Strafprozeßordnung unfähig geblieben, als Zeugen eidlich vernommen zu werden? III. 25/6 81. **4**, 335.

Nr. 3.

13. Zu den Begriffen „Gegenstand der Untersuchung bildende Tat" und „Teilnehmer". Fer. 10/8 96. **29**, 32; II. 10/2 88. **17**, 116; III. 9/1 88. **17**, 101; IV. 24/3 85. **12**, 122; III. 1/12 84. **11**, 300; I. 3/1 84. **9**, 370; III. 7/5 83. **8**, 299; I. 7/12 82. **7**, 331; III. 7/1 82. **5**, 362.

14. Kann in einer Hauptverhandlung, welche mehrere strafbare Handlungen umfaßt, ein Zeuge bezüglich einer derselben eidlich, bezüglich einer anderen — wegen Verdachts der Teilnahme — uneidlich vernommen werden? II. 24/6 84. **11**, 1.

15. Darf in einer Untersuchung gegen den Käufer einer Wahlstimme (§ 109 St.G.B.'s) die Person, welche verdächtig ist, die Wahlstimme an den Angeklagten verkauft zu haben, als Zeuge beeidigt werden? III. 9/1 88. **17**, 101.

16. Ist eine wegen gewerbsmäßiger Unzucht verurteilte Frauensperson in dem Strafverfahren, welches mit Bezug auf dieselbe Unzucht die Anschuldigung der Kuppelei zum Gegenstande hat, als Teilnehmerin an der Tat zu betrachten? III. 13/5 82. **6**, 286.

17. Greift § 56 Nr. 3 Platz, wenn dem Zeugen überhaupt ein strafbares Tun zur Last fällt, die Bestrafung aber wegen eines Strafausschließungsgrundes (§§ 46, 61, 247 St.G.B.'s) nicht stattfinden kann? I. 9/7 91. **22**, 99.

18. Sind bei dem Delikte der Blutschande die noch nicht 18 Jahre alten Verwandten und Verschwägerten absteigender Linie als Teilnehmer des Delikts der mit ihnen getriebenen Blutschande anzusehen, sodaß ihre Beeidigung im Strafverfahren ausgeschlossen ist? III. 23/9 89. **19**, 391.

19. Darf ein Zeuge auf Grund des § 56 Nr. 3 unbeeidigt gelassen werden, wenn im Urteile seine Mitwirkung bei der inkriminierten Tat als durch Notwehr geboten für straflos erklärt wird? II. 24/6 98. **31**, 219.

20. Kann in einer das Verbrechen des § 159 St.G.B.'s betreffenden Untersuchung die Person, die zu einer falschen eidlichen Aussage angestiftet worden, aber wegen rechtzeitigen Widerrufs ihrer falschen Aussage straflos geblieben ist, eidlich als Zeuge vernommen werden? III. 15/3 86. **14**, 19.

21. Kann bei einer Anklage aus § 49a St.G.B.'s gegen die aufgeforderte Person ein Verdacht der Teilnahme an der den Gegenstand der Untersuchung bildenden Tat bestehen? I. 20/2 99. **32**, 31.

22. Kann § 56 Nr. 3 Anwendung finden, wenn es sich um einen tatsächlichen Vorgang handelt, welcher zwar mit der den Gegenstand der Untersuchung bildenden Tat in einem äußeren Zusammenhange steht, aber eine materiell selbständige Verschuldung anderer Personen in sich schließt? III. 1/12 84. **11**, 300; II. 8/5 85. **12**, 190.

23. Sind die körperlich Verletzten und diejenigen Beteiligten an

einer gewöhnlichen, nicht unter § 227 St.G.B.'s fallenden Schlägerei, welche an der zur Untersuchung stehenden Körperverletzung nicht teilgenommen haben, eidlich als Zeugen zu vernehmen? II. 10/2 88. **17**, 116; IV. 28/5 95. **27**, 266. Vgl. I. 7/12 82. **7**, 331.

24. Finden die Begriffe des „Teilnehmers" und der „Tat" auch auf Fahrlässigkeitsdelikte Anwendung? III. 7/5 83. **8**, 299.

25. Über den Begriff „Begünstigung" s. St.G.B. § 257 S. 167ff.

26. Liegt Begünstigung vor, wenn der Zeuge im Vorverfahren absichtlich unwahre Aussagen gemacht hat, um den Beschuldigten vor Strafe zu retten? Steht in diesem Falle der Anwendung des § 56 Nr. 3 entgegen, daß der Zeuge aus § 257 Abs. 2 St.G.B.'s Straflosigkeit zu beanspruchen hat? IV. 13/12 95. **28**, 111.

27. Darf die Beeidigung eines Zeugen in der Hauptverhandlung aus dem Grunde unterlassen werden, weil der Zeuge durch seine in der Verhandlung selbst erstattete Aussage sich der Begünstigung des Angeklagten in Bezug auf die unter Anklage stehende Tat verdächtig gemacht habe? III. 3/7 84. **11**, 29; I. 21/5 83. **8**, 407.

28. Kann ein Dieb in der Untersuchung gegen den Hehler als Zeuge beeidigt werden, wenn er bereits verurteilt ist und die Untersuchung gegen den Hehler erst später stattfindet? II. 9/7 80. **2**, 217.

29. Findet § 56 Nr. 3 Anwendung auf Mitbeschuldigte, welche als Zeugen vernommen werden, nachdem sie außer Verfolgung gesetzt oder freigesprochen werden, oder sind sie dann stets zu beeidigen? II. 26/6 83. **8**, 382.

30. Kann ein Zeuge auch dann, wenn sich ergibt, daß gegen denselben früher die Voruntersuchung wegen Verdachts der Begehung der inkriminierten Tat eingeleitet worden und diese Voruntersuchung noch nicht zur Erledigung gekommen ist, auf Grund der Annahme, es liege Verdacht nicht vor, eidlich vernommen werden? I. 4/7 87. **16**, 209.

31. Kann jemand nach der Rechtskraft der gegen ihn ausgesprochenen Verurteilung in dem gegen Mitangeklagte fortgehenden Strafverfahren eidlich als Zeuge vernommen werden? IV. 28/5 95. **27**, 266.

32. Welche Rechtsfolge ergibt sich, wenn nach vorangegangener Beeidigung sich nachträglich ergibt, daß die Beeidigung nach § 56 Nr. 3 unzulässig war? I. 15/2 97. **29**, 379.

33. Kann darauf, daß durch die Beeidigung eines Zeugen gegen § 56 Nr. 3 verstoßen ist, die Revision auch dann wirksam gestützt werden, wenn die vor der Vernehmung erfolgte Beeidigung von keiner Seite Widerspruch erfahren hat?

Unter welchen Voraussetzungen kann die Entscheidung des Gerichts über die Frage der Verdächtigkeit eines Zeugen mit Erfolg in der Revisionsinstanz angefochten werden? IV. 13/12 95. **28**, 111.

34. In welcher Weise ist die gemäß § 56 Nr. 3 erfolgte Nichtbeeidigung eines Zeugen zu begründen? Kann eine gesetzmäßige Begründung im Urteile nachgeholt werden? II. 21/4 93. **24**, 130; III. 18/6 81. **4**, 324.

35. Darf ein Mitangeklagter als Zeuge bezüglich einer ihn nicht

berührenden Straftat eines Mitangeklagten vernommen werden? II. 9/5 82. **6**, 279.

§ 57 1. Hängt die Beeidigung des Zeugen vom richterlichen Ermessen ab, wenn der Zeuge nur zu einem der Angeklagten in einem das Recht der Zeugnisverweigerung begründenden Verhältnisse steht? II. 24/10 80. **3**, 161; I. 12/2 80. **1**, 207.

2. Von wem ist in der Hauptverhandlung das richterliche Ermessen über Beeidigung oder Nichtbeeidigung auszuüben? I. 18/11 80. **3**, 46; I. 4/7 89. **19**, 354.

3. Über Anwendung des § 57 in dem Falle, wenn eine Verhandlung verschiedene Straftaten zum Gegenstande hat. II. 24/6 87. **16**, 154.

4. Ist es geboten, die Beeidigung der zur Zeugnisverweigerung Berechtigten, wenn sie von ihrem Rechte keinen Gebrauch machen, bis nach erfolgter Vernehmung auszusetzen? II. 20/9 81. **5**, 16; II. 18/3 87. **15**,3 58.

5. Kann die Revision darauf gestützt werden, daß ein zur Zeugnisverweigerung Berechtigter über das Recht, die Beeidigung zu verweigern, nicht belehrt worden ist? II. 4/1 84. **9**, 384.

6. Wie gestaltet sich das Rechtsverhältnis, wenn sich nachträglich ergibt, daß ein promissarisch beeidigter Zeuge zur Zeugnisverweigerung berechtigt ist? Welche Belehrung ist ihm zu erteilen? II. 18/3 87. **15**, 358.

§ 58 1. Ist die Vernehmung eines Zeugen deshalb, weil er der Vernehmung anderer Zeugen beigewohnt hat, unzulässig? Darf mit Rücksicht auf dieses Verhältnis die Vernehmung eines Zeugen abgelehnt werden? I. 7/5 80. **2**, 53; I. 15/4 80. **1**, 366.

2. Greift die Vorschrift des Abs. 1 bei Sachverständigen Platz? III. 8/5 80. **2**, 153.

3. Über die fortdauernde Wirksamkeit des Voreides bei nachträglicher weiterer Vernehmung des Zeugen s. unten § 66.

4. Kann eine Revisionsbeschwerde darauf gestützt werden, daß einem auch als Zeuge zu vernehmenden Sachverständigen die Anwesenheit bei der Vernehmung anderer Zeugen gestattet wird? IV. 25/3 91. **22**, 434.

§ 59 Kann auf die Verletzung der Vorschrift die Revision gestützt werden? I. 8/5 82. **6**, 267.

§ 60 1. Hat die Beeidigung der Zeugen vor der Beantwortung der ihnen vorgelegten Personal- und Generalfragen zu erfolgen? II. 30/11 80. **3**, 79 (II. 26/6 91. **22**, 54). Vgl. Rechtspr. des R.G.'s in Straff. Bd. 6 S. 205, Urteil vom 17. März 1884.

2. Bedarf es eines Gerichtsbeschlusses über die Nachbeeidigung eines Zeugen und der speziellen Angabe von Gründen für dieselbe? II. 4/3 81. **3**, 370.

3. Was ist unter „Abschluß der Vernehmung" zu verstehen? II. 12/7 80. **2**, 219.

4. Über Beurkundung der erfolgten Beeidigung. III. 15/6 81. **4**, 319.

5. Kann auf die unmotivierte Ablehnung des unsubstanziierten Antrags, einen Zeugen nicht zu beeidigen, eine Revisionsbeschwerde gestützt werden? II. 15/6 80. **2**, 109.

6. Macht die Vernehmung des Nebenklägers als Zeuge seine Beeidigung notwendig? III. 20/11 80. **3**, 47.

7. Über die Folgen der Nichtbeeidigung eines Zeugen wegen irriger Unterstellung seiner Eidesunmündigkeit. I. 5/12 89. **20**, 163.

8. Erfordert die Nichtbeeidigung eines Zeugen in der Hauptverhandlung stets einen Beschluß des Gerichts? I. 4/7 89. **19**, 354.

9. Inwieweit können Erklärungen, die ein vorgeforderter Zeuge vor Gericht abgibt, den Charakter einer nicht zu beeidigenden Aussage haben? II. 24/9 80. **2**, 267.

10. Ist es notwendig, daß die Beeidigung der Personen, welche nach § 51 St.P.O. zur Verweigerung des Zeugnisses berechtigt sind, von dieser ihnen zustehenden Befugnis aber keinen Gebrauch machen, bis nach erfolgter Vernehmung ausgesetzt wird? II. 20/9 81. **5**, 16.

11. Über die fortdauernde Wirksamkeit des geleisteten Voreids für die Fälle nachträglicher weiterer Vernehmung des Zeugen s. unten § 66 Nr. 1 ff.

12. Über die Frage, inwieweit es geboten ist, einem Sachverständigen zugleich den Zeugeneid abzunehmen, s. unten § 79 Nr. 6, 7, 15 S. 307 f.

Wird durch die Leistung des Zeugeneids auch das vom Zeugen erstattete Gutachten unter Eidespflicht gestellt? II. 10/12 80. **3**, 101. § 61

Sind weitere Zusätze zur Eidesformel unzulässig? I. 24/1 84. **10**, 181. § 62

Ist auch ein freies Hersagen der Eidesformel zulässig? Fer. 29/7 91. **22**, 106. § 63

Findet die Bestimmung Anwendung bei der bürgerlich-religiösen Gemeinde Kornthal in Württemberg? I. 27/3 93. **24**, 91. § 64

Kann eine Revisionsbeschwerde darauf gestützt werden, daß in der Hauptverhandlung eine Zeugenaussage zur Verlesung gelangt ist, deren Beeidigung im Vorverfahren ohne gesetzlichen Grund stattgefunden hatte? II. 29/2 84. **10**, 156. § 65

1. Bleibt der von dem Zeugen vor seiner Vernehmung geleistete Eid auch für spätere Erklärungen, insolange die Vernehmung nicht in erkennbarer Weise abgeschlossen ist, wirksam? § 66

Wann muß eine Vernehmung als abgeschlossen angesehen werden? IV. 1/3 89. **19**, 27.

2. Gilt das Vorbemerkte auch bei einem assertorischen Eide? I. 25/3 89. **19**, 84.

3. Findet § 66 auch Anwendung, wenn die neue Verhandlung später als am vierten Tage stattfindet? II. 15/6 80. **2**, 109.

4. Genügt es, wenn ein nach Eröffnung des Hauptverfahrens kommissarisch eidlich vernommener Zeuge, welcher nachher in der Hauptverhandlung abgehört wird, die Richtigkeit der in letzterer gemachten Aussage auf den bei der kommissarischen Vernehmung geleisteten Eid versichert? Was ist unter „Hauptverfahren" zu verstehen? Fer. 27/7 81. **4**, 437.

5. Genügt es, wenn ein im Vorverfahren eidlich vernommener Zeuge bei seiner kommissarischen Vernehmung im Hauptverfahren die Richtigkeit seiner Aussage auf den früher geleisteten Eid versichert? I. 24/9 85. **12**, 373.

6. Genügt es, wenn der in einer früheren Hauptverhandlung eidlich vernommene Zeuge, nachdem das auf diese Verhandlung ergangene Urteil aufgehoben und die Sache zur neuen Verhandlung zurückverwiesen worden, die in der neuen Hauptverhandlung abgegebene Aussage auf den früher geleisteten Eid versichert? II. 17/9 80. **2**, 234.

7. Gehören die Hauptverhandlung in dem durch rechtskräftiges Urteil geschlossenen Strafprozesse, die Hauptverhandlung in dem wieder aufgenommenen Prozesse und die Beweisaufnahme, welche vor letzterer infolge des Antrags auf Wiederaufnahme angeordnet worden ist, zu demselben Hauptverfahren? III. 3/1 89. **18**, 417.

8. Kommt für die Anwendung des § 66 etwas darauf an, ob der frühere Eid promissorisch oder assertorisch geleistet war? II. 28/3 82. **6**, 145.

9. Kann der Angeklagte, welcher von der kommissarischen Vernehmung eines Zeugen nicht benachrichtigt worden ist, bei demnächstiger Wiederholung der Vernehmung die förmliche Beeidigung des Zeugen verlangen, oder genügt die Berufung auf den früher geleisteten Eid? II. 28/6 81. **4**, 341.

§ 67 1. Sind die Erklärungen des Zeugen über seine Verwandtschaft bezw. Verschwägerung mit dem Angeklagten als ein Teil seiner Zeugenaussage zu beeidigen? II. 26/6 91. **22**, 54; III. 5/5 80. **2**, 44; II. 30/11 80. **3**, 79. Vgl. dazu oben § 60 Nr. 1, S. 304.

2. Was heißt „erforderlichen Falls"? Wann sind dem Zeugen Fragen bezüglich seiner Glaubwürdigkeit vorzulegen? I. 3/10 87. **16**, 214.

3. Inwieweit bedarf es der Befragung der Zeugen über ihre persönlichen Verhältnisse, und ist darüber eine Beurkundung in das Sitzungsprotokoll der Strafkammern und Schwurgerichte aufzunehmen? II. 10/12 80. **3**, 100.

§ 68 1. Können dem Zeugen auch Fragen über Tatsachen vorgelegt werden, die er nur mittels eines Erfahrungssatzes erkennen konnte? Sind Fragen über den Leumund und die politische Parteistellung einer anderen Person zulässig? II. 18/9 94. **26**, 70.

2. Kann ein Verstoß gegen § 68 Satz 1 die Revision begründen? I. 8/5 82. **6**, 267.

§ 69 Darf eine Zeugenaussage, deren Beeidigung unzulässigerweise verweigert worden ist, bei der Beweiswürdigung berücksichtigt werden? I. 19/2 94. **25**, 134.

Siebenter Abschnitt (§§ 72—93).

Sachverständige und Augenschein.

Findet die Vorschrift des § 58 auf Sachverständige Anwendung? III. 8/5 80. **2**, 153. § 72

1. Kann ein Gerichtsbeschluß, der Vernehmung von Sachverständigen über technische Fragen schlechthin ablehnt, mit der Revision angefochten werden? III. 30/4 94. **25**, 326. § 73

2. Muß der Richter in Bezug auf technische Fragen Sachverständige zuziehen? III. 5/1 81. **3**, 176.

3. Ist dem Abs. 2 eine über eine instruktionelle Vorschrift hinausgehende Bedeutung beizumessen? II. 28/10 81. **5**, 78.

1. Hat der Sachverständige sich über das Ablehnungsgesuch zu äußern? Steht dem Revisionsgerichte eine materielle Prüfung der für die Befangenheit vorgebrachten Gründe zu? I. 10/5 94. **25**, 361. § 74

2. Unter welchen Voraussetzungen kann jemand gemäß § 22 Nr. 4 St.P.O. deshalb, weil er in der Sache früher als Polizeibeamter tätig gewesen sei, als Sachverständiger abgelehnt werden? III. 30/4 88. **17**, 415; II. 8/7 02. **35**, 319.

3. Kann ein Sachverständiger für das Hauptverfahren schon deshalb abgelehnt werden, weil er im Vorverfahren als Sachverständiger gehört worden ist? II. 6/3 00. **33**, 198.

4. Über Anwendung der sonst gegenüber Richtern Platz greifenden Ablehnungsgründe s. oben §§ 22 flg., S. 290 flg.

5. Über „Glaubhaftmachung". II. 29/10 95. **28**, 8.

1. Ist der Sachverständige gleich dem Zeugen einzeln zu beeidigen? III. 8/5 80. **2**, 153. § 79

2. Ist die assertorische Beeidigung der Sachverständigen durchaus unzulässig? III. 4/6 83. **8**, 359.

3. Können Sachverständige uneidlich vernommen werden? Finden auf ihre Vernehmung §§ 56, 57 St.P.O. Anwendung? IV. 22/10 95. **27**, 398.

4. Inwieweit deckt der Sachverständigeneid die Aussagen des Vernommenen? Sind durch den Eid insbesondere die Angaben über den dem Gutachten zu grunde gelegten Befund gedeckt? I. 19/5 81. **4**, 231; II. 26/10 80. **2**, 389; III. 8/5 80. **2**, 153.

5. Wird durch die Leistung des Zeugeneids auch das vom Zeugen erstattete Gutachten unter Eidespflicht gestellt? II. 10/12 80. **3**, 100.

6. Inwieweit ist ein Sachverständiger, der über Tatsachen aussagt, auch noch als Zeuge zu beeidigen? I. 29/4 80. **1**, 402.

7. Umfaßt der Eid des Sachverständigen auch die richtige Beantwortung der Personalfragen? Ist die eidliche Bekräftigung der Erklärungen zu den Personalfragen geboten? I. 17/2 90. **20**, 235; II. 31/3 80. **12**, 128. Vgl. I. 8/5 82. **6**, 267; II. 26/6 91. **22**, 54.

8. Besteht für die „Beeidigung von Sachverständigen zur Erstattung von Gutachten im allgemeinen" eine besondere Form? II. 15/6 83. **8**, 357.

9. Verliert der Eid, den ein für gewisse Arten von Gutachten öffentlich bestellter Sachverständiger im allgemeinen geleistet hat, mit dem Erlöschen der Bestellung seine Wirkung? II. 8/1 97. **29**, 300.

10. Wie ist die im allgemeinen erfolgte Beeidigung eines Sachverständigen im Einzelfalle festzustellen?

Unterliegt die Feststellung der Nachprüfung des Revisionsrichters? I. 8/5 82. **6**, 267; III. 13/7 81. **4**, 388.

11. Genügt es, wenn die Sachverständigen vom Vorsitzenden auf den im allgemeinen geleisteten Eid hingewiesen werden, oder müssen sie sich selbst auf diesen Eid berufen? II. 10/12 80. **3**, 100.

12. Kann die Berufung des Sachverständigen auf den im allgemeinen geleisteten Eid sowohl in assertorischer, als in promissarischer Form erfolgen? II. 6/4 80. **1**, 349; III. 4/6 83. **8**, 359.

13. Genügt im Falle des § 255 Abs. 2 St.P.O. für den Vertreter des Gutachtens eine Berufung auf den von ihm als Mitglied der Behörde geleisteten Eid? III. 29/1 81. **3**, 326.

14. Genügt bei einer kommissarischen Sachverständigenvernehmung die Berufung des Sachverständigen auf den im allgemeinen geleisteten Eid auch dann, wenn der Eid sich nur auf den Bezirk des ersuchten Gerichts erstreckt? IV. 20/11 94. **26**, 214.

15. Werden die Aussagen, welche ein Sachverständiger über die seinem Gutachten zu grunde gelegten Wahrnehmungen macht, durch die Berufung auf einen für Erstattung von Gutachten der betreffenden Art im allgemeinen geleisteten Eid gedeckt? I. 25/3 97. **30**, 33.

16. Führt die unterlassene Berufung eines Sachverständigen auf den von ihm im allgemeinen geleisteten Eid bei Abgabe seines Gutachtens zur Aufhebung des Urteils? I. 27/4 82. **6**, 242.

17. Sind in Preußen die Kreisphysiker und die Kreiswundärzte für Gutachten, welche sie innerhalb ihres Amtskreises abgeben, als Sachverständige im allgemeinen beeidigt? III. 8/1 81. **3**, 321; II. 15/6 83. **8**, 357.

18. Sind in Württemberg die Oberamtsärzte durch ihren Diensteid auch für die Erstattung von gerichtlichen Gutachten der in ihr Amt einschlagenden Art im allgemeinen beeidigt? I. 25/3 97. **30**, 33.

19. Sind die Bezirksärzte in Baden durch ihren Diensteid für Erstattung von Gutachten, die sie innerhalb ihres Dienstkreises abgeben, im allgemeinen beeidigt? I. 12/12 95. **28**, 41.

20. Sind in Anhalt die Kreiswundärzte für ärztliche Gutachten beeidigt? III. 13/7 81. **4**, 388.

§ 80 Erleidet die Vorschrift des Abs. 2 eine Modifikation, wenn der Sachverständige zugleich als Zeuge zu vernehmen ist? IV. 25/3 91. **22**, 434.

§ 81 1. Unter welchen Voraussetzungen kann das Gericht anordnen, daß der Angeschuldigte in eine öffentliche Irrenanstalt zum Zwecke der Beobachtung gebracht werde?

Hat der Verteidiger das Recht, einen auf jene Anordnung gerichteten Antrag zu stellen, und welche Rechtsmittel hat er bei Ablehnung eines solchen Antrags? I. 1/5 90. **20**, 378.

2. Unter welchen Voraussetzungen kann der Antrag eines Verteidigers auf die in § 81 vorgesehene Maßregel als ein Beweisantrag aufgefaßt werden? I. 8/7 95. **27**, 343.

3. Ist zur Vorbereitung einer nach § 83 St.P.O. für nötig erachteten Begutachtung über den Geisteszustand des Angeschuldigten dessen Verwahrung in einer Irrenanstalt zulässig, wenn er bereits sechs Wochen in einer solchen untergebracht war? I. 13/7 92. **23**, 209.

4. Kann ein Angeschuldigter, wenn die zur Begutachtung seines Geisteszustandes angeordnete Unterbringung in einer Irrenanstalt sechs Wochen gedauert hat, zur Vorbereitung eines anderweiten Gutachtens über den Geisteszustand in Haft behalten oder in ein anderes Gefängnis übergeführt werden? IV. 2/7 01. **34**, 306.

Über die Frage, ob mehrfache Beeidigung geboten ist, s. § 79 S. 307. § 85

1. Steht die Einnahme des Augenscheines in dem freien Ermessen des Gerichts? II. 16/12 90. **21**, 225; II. 9/7 86. **14**, 276; I. 5/5 98. **31**, 137. § 86

2. Ist der vorgefundene Sachbestand auch dann protokollmäßig festzustellen, wenn vom erkennenden Gerichte im Laufe der Hauptverhandlung Augenschein eingenommen wird? I. 3/12 94. **26**, 277.

3. Dürfen Protokolle über die Einnahme des richterlichen Augenscheins in der Hauptverhandlung verlesen werden, wenn die in denselben beurkundeten Wahrnehmungen nicht von beiden Gerichtspersonen gemeinschaftlich und übereinstimmend gemacht worden sind? IV. 21/6 87. **16**, 147.

4. Darf in der Hauptverhandlung die schriftliche Erklärung eines Gerichtsschreibers über Wahrnehmungen, welche dieser hinsichtlich einer Örtlichkeit gemacht hat, verlesen werden, wenn die Wahrnehmungen im Auftrage des Untersuchungsrichters gemacht worden sind und die schriftliche Erklärung darüber einen Umstand betrifft, der bei der vorher stattgehabten Augenscheinseinnahme durch den Untersuchungsrichter nicht aufgeklärt worden war? III. 27/9 88. **18**, 186.

5. Inwieweit können die in einem Augenscheinsprotokolle enthaltenen Bekundungen über Wahrnehmungen von Personen verlesen werden? I. 15/12 83. **10**, 10; III. 11/6 85. **12**, 308.

6. Ist der Strafrichter berechtigt, behufs Verfolgung von Spuren einer Straftat unverdächtige Personen einer ärztlichen Untersuchung ihres Körpers zu unterwerfen? II. 11/6 86. **14**, 189.

7. Kann ein Verletzter, der zur Zeugnisverweigerung berechtigt ist, deshalb auch verweigern, sich körperlich untersuchen zu lassen? I. 8/7 89. **19**, 364.

Über Verlesung von Protokollen über Leichenöffnung als Beweisurkunden s. § 248. § 87

§ 93 1. Welche Beschaffenheit muß die zur Vergleichung verwendete Urkunde haben?

Kann der Beschuldigte zum Schreiben eines für die Schriftvergleichung zu benutzenden Schriftstücks gezwungen werden? IV. 25/2 87. **15**, 319.

2. Darf ein im Vorverfahren im Widerspruch mit § 97 beschlagnahmtes Schriftstück bei der Urteilsfällung zum Schriftenvergleich verwendet werden? I. 7/11 89. **20**, 91.

Achter Abschnitt (§§ 94—111).

Beschlagnahme und Durchsuchung.

§ 94 1. Ist die Beschlagnahme und Durchsuchung im ehrengerichtlichen Verfahren gegen Rechtsanwälte zulässig? II. 13/6 84. **10**, 425.

2. Kann eine auf Grund des § 94 zu bewirkende Beschlagnahme auch dadurch ausgeführt werden, daß dem Inhaber eine Verfügung oder Veränderung in Bezug auf den in Beschlag zu nehmenden Gegenstand verboten wird? IV. 19/6 88. **18**, 71.

3. Beschlagnahme durch den Staatsanwalt zur Gewinnung eines Beweismittels für eine Beleidigung vor Stellung des Antrags auf Strafverfolgung. II. 18/9 00. **33**, 380.

4. Über Besitzergreifung der im Besitze eines Verhafteten vorgefundenen Sachen s. § 98.

5. Desgleichen über Wegnahme von Sachen als Maßregel der Präventivpolizei.

S. zu §§ 94 flg. auch **21**, 47.

§ 97 1. Findet § 97 Anwendung auf schriftliche Mitteilungen, welche von einer zur Zeugnisverweigerung berechtigten Person an den Beschuldigten gerichtet waren und von diesem in die Hände einer anderen zur Zeugnisverweigerung berechtigten Person gelangt sind? II. 27/3 96. **28**, 285.

2. Darf ein im Vorverfahren im Widerspruche mit § 97 beschlagnahmtes Schriftstück, dessen Inhalt für die Untersuchung bedeutungslos ist, bei der Urteilsfällung als ein zur Schriftvergleichung verwendetes Beweismittel verwertet werden? I. 7/11 89. **20**, 91 verbunden mit II. 13/11 94. **26**, 202.

§ 98 1. Kann im Falle der Verhaftung oder vorläufigen Festnahme von einer besonderen Beschlagnahme der im Besitze der verhafteten oder festgenommenen Person befindlichen Sachen die Rede sein? II. 20/3 83. **8**, 288.

2. Wird die Wegnahme von Sachen aus Gründen der Präventivpolizei durch die Vorschriften der Strafprozeßordnung über Beschlagnahme beschränkt? I. 16/11 85. **13**, 44; II. 23/10 83. **9**, 121.

3. Inwiefern sind die Befugnisse zur Beschlagnahme durch das preußische Forstdiebstahlgesetz erweitert? IV. 29/1 86. **13**, 270; III. 20/11 84. **11**, 321.

4. Befindet sich ein Gendarm in Preußen bei einer von ihm aus

eigener Entschließung veranlaßten, den Vorschriften der §§ 94 flg. St.P.O. unterliegenden Beschlagnahme in der rechtmäßigen Ausübung seines Dienstes? II. 24/10 84. **11**, 175.

1. Über die gesetzlichen Erfordernisse einer Durchsuchung. II. 24/9 80. **2**, 263; II. 11/6 86. **14**, 189. §§ 102, 103

2. Wann und unter welchen Modalitäten ist die Durchsuchung von sog. Absteigequartieren — Schlupfwinkeln gewerbsmäßiger Unzucht — statthaft? II. 11/1 81. **3**, 185.

S. zu § 102 auch **16**, 218.

Über die Zulässigkeit von Durchsuchungen s. vorstehende §§ 102, 103, über die sonst in § 104 vorkommenden Begriffe s. St.G.B. § 123. § 104

Befindet sich in Preußen ein beeidigter Privatforstaufseher in der rechtmäßigen Ausübung seines Amts oder Rechts, wenn er aus eigener Entschließung eine Durchsuchung der Wohnung des Forstdiebs vornimmt, um die zur Begehung des Forstdiebstahls geeigneten Werkzeuge in Beschlag zu nehmen? IV. 29/1 86. **13**, 270. § 105

Über die Verwirkung des Rechts, der Durchsuchung beizuwohnen, durch ein unter die Bestimmung des § 162 St.P.O. fallenden Verhaltens. II. 4/5 00. **33**, 251. § 106

1. Kann die Bestimmung ausgedehnt werden auf Gegenstände, welche von dem wegen Diebstahls Verurteilten aus gestohlenem Gelde angeschafft sind? I. 12/1 80. **1**, 144. § 111

2. Kann § 111 auf den Fall einer stattgefundenen Hehlerei angewendet werden? I. 25/3 89. **19**, 98.

S. zu § 111 auch **18**, 43.

Neunter Abschnitt (§§ 112—132).

Verhaftung und vorläufige Festnahme.

Ist die zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe zu bewirkende Festnahme von den Voraussetzungen der §§ 112 flg. St.P.O. bedingt? III. 13/4 81. **4**, 101; I. 29/9 84. **11**, 101; IV. 15/3 87. **15**, 356; II. 11/1 81. **3**, 185. § 112

1. Wird die Strafkammer zur Entscheidung über die Aufhebung des Haftbefehls allein dadurch zuständig, daß der Untersuchungsrichter den Schluß der Voruntersuchung verfügt und die Akten an den Staatsanwalt abgibt? I. 29/3 00. **33**, 200. § 124

2. Ist das Reichsgericht in der bei ihm in der Revisionsinstanz schwebenden Strafsachen das zur Verhängung der Untersuchungshaft zuständige Gericht? I. 14/3 81. **3**, 421.

§ 127 1. Über die aus Gründen der Präventivpolizei zu bewirkende Festnahme s. oben § 112.

2. Ist die Befugnis, einen auf frischer Tat Betroffenen oder Verfolgten vorläufig festzunehmen, von einer bestimmten Qualifikation der Tat oder einer bestimmten amtlichen oder persönlichen Berechtigung des Festnehmenden abhängig? I. 11/5 85. **12**, 194.

3. Gewährt § 127 ein Recht zur Festnahme auch solcher Täter, welche strafrechtlich nicht verfolgbar sind? I. 13/2 88. **17**, 127; II. 5/4 89. **19**, 101.

4. Unter welchen Voraussetzungen kann ein auf frischer Tat betroffener Jagdkontravenient vorläufig festgenommen werden? IV. 15/3 87. **15**, 356.

5. Zum Begriffe des „Verfolgens". III. 13/12 97. **30**, 386.

6. Über Maßnahmen zur Abwendung der sonst zu veranlassenden Festnahme. Ist nach § 128 die Vorführung unmittelbar vor den Amtsrichter unbedingt geboten? I. 26/10 96. **29**, 136.

7. Über die Befugnis von Polizeibeamten zur Festnahme eines auf frischer Tat Betroffenen. IV. 5/4 95. **27**, 153.

8. Darf ein Polizeibeamter einen auf frischer Tat Betroffenen vorläufig festnehmen, wenn er dessen Angaben über Namen und Wohnung keinen Glauben beimißt? I. 2/5 95. **27**, 198.

9. Ist zum Zwecke einer vorläufigen Festnahme eine Handlung zulässig, welche eine Mißhandlung oder Gesundheitsbeschädigung zur Folge haben kann?

Irrtum über die Zulässigkeit der Mittel der vorläufigen Festnahme. II. 5/11 01. **34**, 444.

10. Enthält die Befugnis zur vorläufigen Festnahme auch das Recht, dem auf frischer Tat Betroffenen, der sich der Festnahme nicht freiwillig unterwirft, Sachen, insbesondere Überführungsstücke abzunehmen? II. 20/3 83. **8**, 288.

11. Über den Unterschied von vorläufiger Festnahme und Zwangsgestellung. II. 23/3 80. **1**, 331.

12. Kann der von einer Privatperson vorläufig Festgenommene als Gefangener betrachtet werden? IV. 19/1 86. **13**, 254.

§ 128 Muß die Vorführung vor den Amtsrichter unmittelbar erfolgen? I. 26/10 96. **29**, 136.

Zum neunten Abschnitt.

Auslieferung durch ausländische Staatsbehörden.

1. Darf im Strafverfahren gegen einen Ausgelieferten die Legalität des bei der Auslieferung beobachteten Verfahrens von den Gerichten nachgeprüft werden? II. 26/6 96. **29**, 22; IV. 18/9 96. **29**, 63; I. 10/12 96. **29**, 288; I. 29/1 00. **33**, 99.

2. Gehört Freiwilligkeit des Aufenthalts einer Person in dem Gebiete des ersuchten Staates zu den Voraussetzungen der Auslieferung? I. 29/1 00. **33**, 99.

3. Muß für die Verurteilung des Ausgelieferten festgestellt werden, daß seine Tat diejenige strafbare Handlung enthalte, wegen deren er ausgeliefert ist? IV. 18/9 96. **29**, 63.

4. Inwieweit kann der Ausgelieferte bezüglich einer Straftat, wegen deren er nicht ausgeliefert ist, verfolgt werden? I. 30/11 99. **32**, 425; III. 28/2 01. **34**, 191.

5. Inwieweit kommt in dem Strafverfahren gegen einen Ausgelieferten das im Auslande geltende Strafrecht in Betracht? I. 7/5 00. **33**, 271; III. 10/5 02. **35**, 254.

6. Zur Auslegung des Auslieferungsvertrags zwischen dem Deutschen Reiche und Großbritannien vom 14. Mai 1872. IV. 22/9 85. **12**, 381.

7. In welchem Umfange ist in dem Auslieferungsvertrage mit Großbritannien das Prinzip der Spezialität zur Geltung gelangt? Darf ein von Großbritannien wegen begangener Unterschlagung Ausgelieferter wegen Betrugs verurteilt werden? II. 28/12 00. **34**, 68.

8. Verliert nach dem Auslieferungsvertrage mit Großbritannien ein Ausgelieferter die rechtliche Stellung eines solchen, wenn er nach Erledigung der Strafverfolgung, die seine Auslieferung herbeiführte, Gelegenheit zur Rückkehr nach Großbritannien gehabt hat?

Ist es nach dem gedachten Vertrage gestattet, gegen einen Ausgelieferten wegen einer vor seiner Auslieferung begangenen Straftat, wegen deren seine Auslieferung nicht erfolgte, Untersuchung und Strafe zu verhängen, wenn er erklärt, daß er die Absicht der Rückkehr nach Großbritannien aufgegeben habe? I. 30/11 99. **32**, 425.

9. Darf in dem Strafverfahren gegen einen aus Großbritannien ausgelieferten Deutschen die Legalität des bei der Auslieferung beobachteten Verfahrens einer Nachprüfung seitens der deutschen Gerichte unterzogen werden? I. 29/1 00. **33**, 99.

10. In welchem Umfange gilt im Verhältnisse des Deutschen Reichs zu Belgien das völkerrechtliche Prinzip der Spezialität der Auslieferung? I. 7/7 98. **31**, 234; I. 17/4 99. **32**, 122.

11. Darf ein von Belgien wegen Diebstahls Ausgelieferter demnächst wegen Hehlerei an den Gegenständen des betreffenden Diebstahls bestraft werden? I. 29/9 00. **33**, 388.

S. weiter Auslieferungsvertrag vom 24. Dezember 1874.

12. Gilt der völkerrechtliche Grundsatz der Spezialität der Auslieferung auch für Auslieferung flüchtiger Verbrecher aus den Vereinigten Staaten von Amerika in Preußen?

Steht der Grundsatz der Spezialität der Auslieferung der Aburteilung des Ausgelieferten entgegen, wenn die Tat, wegen der die Auslieferung erfolgt ist, sich demnächst zwar nicht in derjenigen rechtlichen Beschaffenheit, welche ihr in dem bewilligten Auslieferungsersuchen beigelegt ist, wohl aber unter einem anderen rechtlichen Gesichtspunkte als strafbar erweist? IV. 12/11 95. **27**, 413.

13. Darf ein von den Vereinigten Staaten von Amerika wegen Verbrechen gegen §§ 348, 349, 350, 351 St.G.B.'s Ausgelieferter, wenn später die erschwerenden Umstände des § 349 bezw. des § 351 verneint

werden, wegen Vergehen gegen §§ 348, 350 bestraft werden? I. 28/3 95. **27**, 126.

S. weiter Auslieferungsvertrag vom 22. Februar 1868.

14. Darf ein aus den Niederlanden nach dem Auslieferungsvertrage vom 31. Dezember 1896 von einem deutschen Bundesstaate wegen Verbrechens der Unterschlagung Ausgelieferter, wenn seine Tat in der Hauptverhandlung sich als Betrug herausstellt, wegen dieses letzteren Vergehens verurteilt werden, oder ist er freizusprechen? II. 17/1 99. **31**, 428.

15. Darf ein aus den Niederlanden auf Grund des Auslieferungsvertrags vom 17. November 1850 nach Preußen wegen Verdachts des Mords Ausgelieferter, wenn seine bei Auslieferung als Mord in Betracht gezogene Tat sich nachträglich nur als vorsätzliche Körperverletzung mit tödlichem Erfolge herausstellt, wegen dieses letzteren Verbrechens bestraft werden? IV. 3/10 90. **21**, 180.

16. In welchem Umfange gilt nach dem Auslieferungsvertrage zwischen Deutschland und der Schweiz das völkerrechtliche Prinzip der Spezialität der Auslieferung? II. 8/2 98. **30**, 440.

S. weiter Auslieferungsvertrag vom 24. Januar 1874.

17. Darf ein von Italien nach dem Auslieferungsvertrage mit dem Deutschen Reiche vom 31. Oktober 1871 wegen Verbrechens des betrüglichen Bankerotts Ausgelieferter wegen Vergehens des einfachen Bankerotts strafrechtlich verfolgt werden? III. 21/12 96. **29**, 270.

S. auch Auslieferungsvertrag vom 31. Oktober 1871.

18. Darf ein von Frankreich wegen betrüglichen Bankerotts Ausgelieferter wegen Versuchs dieses Verbrechens verurteilt werden, wenn in der Hauptverhandlung seine Tat sich als Versuch herausstellt? I. 30/9 01. **34**, 380.

19. Kann eine nach Frankreich geflüchtete Person, deren Auslieferung beantragt worden, und welche nach Kundgebung ihres Willens, ohne Beobachtung der gebotenen Formalitäten ausgeliefert zu werden, den deutschen Behörden übergeben worden ist (Extradition volontaire), auch wegen anderer Straftaten, als der in dem Auslieferungsbegehren genannten, verurteilt werden? Ist es dabei erheblich, ob die in Deutschland begangenen Delikte nach französischem Rechte verjährt sind oder nur auf Antrag verfolgt werden können? III. 10/5 02. **35**, 254.

S. auch Vertrag mit Frankreich vom 11. Dezember 1871.

20. Was versteht der Art. 6 Abs. 3 des Auslieferungsvertrags zwischen Deutschland und Brasilien darunter, daß die ausgelieferte Person wegen eines Verbrechens oder Vergehens, welches in dem Vertrage nicht vorgesehen ist, nicht „zur Untersuchung gezogen" werden soll? I. 17/9 94. **26**, 68.

Zehnter Abschnitt (§§ 133—136).

Vernehmung des Beschuldigten.

§ 136 Über Vernehmung des Beschuldigten s. § 242

Elfter Abschnitt (§§ 137—150).

Verteidigung.

1. Beginnt die Verteidigung schon im Vorverfahren? Ist sie mit der Urteilsverkündung als abgeschlossen anzusehen? II. 16/10 83. **9**, 78. § 137

2. Ist der Verteidiger ermächtigt, den Angeklagten zu vertreten, statt seiner bindende Erklärungen abzugeben oder prozessuale Rechte auszuüben? IV. 2/10 88. **18**, 138.

3. Kann der Verteidiger zu gunsten des Angeklagten auch gegen dessen Widerspruch Beweisanträge stellen? II. 1/5 88. **17**, 315.

4. Über Zustellungen an den Verteidiger s. § 35, S. 296.

5. Steht es dem Gerichte zu, einen in der Hauptverhandlung als Zeugen fungierenden Rechtsanwalt nicht als Verteidiger zuzulassen? III. 17/4 93. **24**, 104; I. 2/10 93. **24**, 296.

6. Liegt unzulässige Beschränkung der Verteidigung vor, wenn der Brief, in dem der verhaftete Angeklagte einen Rechtsanwalt um Übernahme der Verteidigung bittet, ohne seine Schuld nicht abgesendet wird und der Angeklagte ohne Verteidiger bleibt? I. 4/3 97. **29**, 440.

1. Über die dem Verteidiger zu erteilende Vollmacht s. §§ 381, 385. § 138

2. Über die Zulassung des Verteidigers für einzelnen Akt. II. 16/10 83. **9**, 78.

3. Über die Zulassung von Zeugen als Verteidiger s. § 137 Nr. 5.

4. Genügt die Zulassung eines nicht sachverständigen Wahlverteidigers, wenn sich im Laufe der Verhandlung die Sachlage so gestaltet, daß die Verteidigung zu einer notwendigen wird? IV. 26/6 96. **29**, 11.

Kann ein bei dem Landgerichte zugelassener Rechtsanwalt, welcher vom Angeklagten ohne ausdrückliche Einräumung der Substitutionsbefugnis zum Verteidiger bestellt war, die Vertretung des Angeklagten in der Revisionsinstanz einem beim Reichsgerichte zugelassenen Rechtsanwalte übertragen? III. 11/10 83. **9**, 279. § 139

1. Gehört in schwurgerichtlichen Strafsachen der Verteidiger zu den Personen, deren Anwesenheit in der Hauptverhandlung nach dem Gesetze notwendig ist? I. 14/6 80. **2**, 104. § 140

2. Wird die wegen Notwendigkeit der Verteidigung erfolgte Bestellung eines Verteidigers von selbst hinfällig, wenn nach Inhalt des Eröffnungsbeschlusses die Notwendigkeit der Verteidigung nicht mehr gegeben ist? Muß der bestellte Verteidiger, wenn die Zurücknahme der Bestellung nicht erfolgt ist, zur Hauptverhandlung geladen werden? I. 3/1 91. **21**, 266; I. 16/9 89. **19**, 373.

3. Genügt die Zulassung eines nicht sachverständigen Wahlverteidigers, wenn sich im Laufe der Verhandlung die Sachlage derart gestaltet, daß die Verteidigung zu einer notwendigen wird? IV. 26/6 96. **29**, 11.

4. Muß der Antrag auf Bestellung eines Verteidigers erneuert werden, wenn ein vor der Hauptverhandlung aus § 141 St.P.O. an=

gebrachter Antrag auf Beigebung eines Verteidigers unbeschieden geblieben ist, in der Hauptverhandlung aber zufolge einer Klagänderung die Anwendung des § 140 Abs. 2 Nr. 2 in Frage kommt? I. 28/5 00. **33**, 302.

5. Über die Fortdauer der Funktion des Verteidigers im Wiederaufnahmeverfahren s. § 405.

6. Kann der früher versäumte Antrag auf Bestellung eines Verteidigers nachgeholt werden, wenn im Wiederaufnahmeverfahren die Hauptverhandlung erneuert wird? I. 27/10 02. **35**, 409.

7. Ist bei der Verhandlung über ein zur Zuständigkeit des Landgerichts gehöriges Verbrechen im Falle der Verhinderung des gewählten Verteidigers Aussetzung notwendig? I. 23/10 84. **11**, 173.

8. Begründet es die Revision, wenn in einem Falle der notwendigen Verteidigung erst bei Beginn der Hauptverhandlung dem Angeklagten von Amtswegen ein Verteidiger bestellt ist? II. 8/11 89. **20**, 38; II. 11/7 82. **6**, 441.

9. Wie ist das für die Frage der Notwendigkeit der Verteidigung erhebliche Lebensalter zu berechnen? III. 16/12 01. **35**, 37.

§ 144 Ist in den Fällen der notwendigen Verteidigung der Angeklagte berechtigt, gegen die Bestellung eines Referendars zum Verteidiger Widerspruch zu erheben und zu verlangen, daß, wenn die Zahl der am Sitze des Gerichts wohnhaften Rechtsanwälte ausreicht, ein Rechtsanwalt als Verteidiger bestellt wird? II. 15/5 00. **33**, 330.

§ 145 1. Über die Wirkung der Nichtanwesenheit des Verteidigers im Falle der Notwendigkeit der Verteidigung s. § 140.

2. Bezieht sich die Bestimmung des Abs. 2 auch auf den Fall, wenn bei notwendiger Verteidigung und beim Ausbleiben des gewählten Verteidigers in der Hauptverhandlung ein neuer Wahlverteidiger eintritt und erklärt, daß ihm die zur Vorbereitung erforderliche Zeit gemangelt habe? I. 18/4 87. **16**, 32.

3. Darf der Vorsitzende im Falle des § 145 dem neuen nach Beginn der Hauptverhandlung bestellten Verteidiger von dem bisherigen Verlaufe der Verhandlung Mitteilung machen? II. 15/5 00. **33**, 330.

§ 146 Wann widerstreitet die Führung der Verteidigung mehrerer Beschuldigter durch einen gemeinschaftlichen Verteidiger der Aufgabe der Verteidigung? Begründet im Falle eines solchen Widerstreites die Belassung des bestellten gemeinschaftlichen Verteidigers die Revision? IV. 11/4 02. **35**, 189.

§ 147 Kann der Verteidiger verlangen, daß ihm nach Schluß der Voruntersuchung die Akten der Gerichtsschreiberei zur Verfügung gehalten werden? I. 19/2 00. **33**, 168.

§ 148 1. Darf die Gefängnisverwaltung anordnen, daß der Verteidiger mit dem Angeklagten nur in Gegenwart eines Gefängnisbeamten verkehren dürfe? I. 2/5 98. **31**, 128.

2. Besteht nach § 148 für den Richter eine Verpflichtung, den zu seiner Kenntnis gelangten Inhalt von Briefen des Verteidigers geheim zu halten? II. 18/9 00. **33**, 380.

1. Enthält es eine zur Aufhebung des Urteils nötigende Gesetzesverletzung, wenn dem gesetzlichen Vertreter, nachdem er seine Absicht, als Beistand des Angeklagten aufzutreten, dem Gerichte kundgegeben hat, die Möglichkeit, seine Absicht auszuführen, benommen wird? I. 6/10 81. **5**, 50. § 149

2. Wird das dem Ehemanne in § 149 gewährte Recht durch seine Eigenschaft als Zeuge beschränkt? II. 6/11 91. **22**, 198.

3. Über den Unterschied von „Beistand" und „Verteidiger". I. 30/12 82. **7**, 403.

Findet § 150 Anwendung auf den dem Privatkläger zur Wahrnehmung seiner Interessen beigegebenen Vertreter? I. 8/5 94. **25**, 360. § 150

Zweites Buch.

Verfahren in erster Instanz.

Erster Abschnitt (§§ 151—155).

Öffentliche Klage.

a) Erlöschen bezw. Hinderung der Strafklage durch Verbrauch und Rechtshängigkeit („ne bis in idem").

1. Hat der Grundsatz „ne bis in idem" nach der Strafprozeßordnung noch Geltung? III. 16/10 80. **2**, 347; II. 21/12 80. **3**, 132; I. 12/3 83. **8**, 135; III. 15/11 83. **9**, 324.

2. Wird schon durch die Rechtshängigkeit der Strafklage bei einem Gerichte die Anhängigmachung derselben bei einem anderen Gerichte gehindert? II. 13/11 96. **29**, 174.

3. Ist der Satz „ne bis in idem" prozessualer oder materiellrechtlicher Natur? I. 28/12 93. **25**, 27.

4. Führt der besondere Charakter des Grundsatzes „ne bis in idem" dazu, daß der Revisionsrichter bei der Prüfung, ob die neue Strafverfolgung nicht durch ein früheres Urteil ausgeschlossen ist, auch Tatsachen zu berücksichtigen hat, welche in dem angefochtenen Urteile nicht festgestellt sind? IV. 30/9 02. **35**, 367.

5. Hat die Prüfung des in der Hauptverhandlung erhobenen Einwandes der entschiedenen Sache nach den prozessualen Grundsätzen über Beweiserhebung zu erfolgen? II. 1/4 84. **10**, 253.

6. Wird durch die gerichtliche Aburteilung einer Straftat jede neue Verfolgung wegen derselben Tat ausgeschlossen? Kann insbesondere wegen einer vor ein Gericht höherer Ordnung gehörigen strafbaren Handlung, welche mit der abgeurteilten Tat ideell konkurriert, eine Strafverfolgung nicht mehr stattfinden? Ist dies auch dann zutreffend, wenn die neue Verhandlung ein Antragsdelikt zum Gegenstande hat

und der Antrag zur Zeit der früheren Verhandlung noch nicht vorlag? I. 23/12 80. **3**, 210; I. 3/3 81. **3**, 385.

7. Wird durch die disziplinarische Ahndung eines militärischen Delikts, abgesehen von den Fällen des § 3 Nr. 1 und 2 des Einführungsgesetzes zum Militärstrafgesetzbuche vom 20. Juni 1872, die weitere strafgerichtliche Verfolgung ausgeschlossen? II. 20/5 91. **22**, 1.

8. Wird durch das unanfechtbar gewordene Strafmandat der Polizeibehörde, welches wegen groben Unfugs eine Geldstrafe verfügt hat, die öffentliche Klage konsumiert, welche dieselbe Handlung als Körperverletzung charakterisiert? III. 2/6 80. **2**, 211.

9. Schließt eine polizeiliche Strafverfügung eine neue Verurteilung des Täters im ordentlichen Strafverfahren auch dann nicht aus, wenn nach dem Ergebnisse des letzteren die Tat unter den nämlichen rechtlichen Gesichtspunkt fällt, von welchem die Strafverfügung ausgegangen ist? IV. 19/2 01. **34**, 165.

10. Wird durch den unanfechtbar gewordenen Strafbescheid eines Seemannsamtes die Strafklage in vollem Umfange verbraucht, so daß wegen derselben Handlung eine Strafverfolgung nicht mehr eintreten kann? III. 23/11 91. **22**, 232.

11. Wird die gerichtliche Verfolgung von Zolldelikten durch ein sogenanntes Submissionsverfahren ausgeschlossen? I. 17/2 96. **28**, 180; IV. 21/12 94. **26**, 319.

12. Steht die durch einen Strafbescheid der Steuerbehörde erfolgte rechtskräftige Verurteilung eines Brennereiunternehmers wegen Anstiftung seines Gewerbsgehülfen zur Verübung eines Steuervergehens der Verurteilung des ersteren, als in subsidium für die von letzterem verwirkte Geldstrafe haftbar, nach dem Grundsatze „ne bis in idem“ entgegen? III. 6/11 80. **3**, 105.

13. Kann jemand, nachdem er wegen öffentlicher Äußerungen nach vorausgegangener polizeilicher Strafverfügung von einer aus § 360 Nr. 11 St.G.B.'s erhobenen Anklage durch das Schöffengericht rechtskräftig freigesprochen worden, wegen derselben Äußerungn mit Rücksicht auf einen nachträglich gestellten Strafantrag wegen Beleidigung verfolgt werden? I. 17/11 92. **23**, 307.

14. Wird durch einen ohne Einspruch gebliebenen amtsrichterlichen Strafbefehl wegen Übertretung einer Polizeiverordnung die öffentliche Klage verbraucht, welche dieselbe Handlung als ein Vergehen oder Verbrechen verfolgt? I. 2/6 81. **4**, 243; II. 21/12 83. **9**, 321; IV. 14/12 86. **15**, 112.

15. Inwiefern ist in einem Urteile, welches wegen einer schon durch Strafbefehl zur Strafe gezogenen Tat eine Strafe ausspricht, auf die durch den Strafbefehl verhängte Strafe Rücksicht zu nehmen? II. 21/12 83. **9**, 321.

16. Schließt ein Strafbefehl die neue Verfolgung wegen der bezüglichen Straftat auch dann nicht aus, wenn die Tat in dem Strafbefehle rechtlich so aufgefaßt worden ist, wie sie sich nach dem Ergebnisse

der mündlichen Verhandlung dargestellt hat? IV. 8/10 86. **14**, 358; I. 2/1 96. **28**, 83; I. 30/11 96. **29**, 156.

17. Kann der Grundsatz „ne bis in idem“ dadurch Einschränkungen erleiden, daß ein früheres rechtskräftig gewordenes Strafurteil ausdrücklich erklärt hat, es liege eine „andere Tat“ vor, welche in besonderem Verfahren zu verfolgen der Staatsanwaltschaft vorbehalten bleiben müsse? III. 15/11 86. **15**, 133; II. 30/9 90. **21**, 78.

18. Kann jemand, nachdem er auf eine gegen ihn als Vorstandsmitglied einer Aktiengesellschaft wegen Stempelhinterziehung erhobene Anklage speziell in dieser Eigenschaft freigesprochen worden ist, in seiner Eigenschaft als Aktionär wegen derselben Stempelhinterziehung von neuem verfolgt werden? IV. 30/9 02. **35**, 367.

19. Ist die Verfolgung eines freigesprochenen Angeklagten wegen einer ideell konkurrierenden Straftat dann zulässig, wenn diese Verfolgung in dem freisprechenden Urteile vorbehalten ist? I. 28/12 93. **25**, 27.

20. Ist gegenüber einem Angeklagten, welchem die Anklage mehrere selbständige Straftaten zur Last gelegt hatte, wenn in dem nach Verhandlung über sämtliche Anklagepunkte ergehenden Urteile aus Versehen ein Anklagepunkt übergangen ist, bezüglich des übergangenen Anklagepunktes eine weitere Strafverfolgung ausgeschlossen? II. 21/5 89. **19**, 227.

21. Ist die Anwendung des Satzes „ne bis in idem“ ausgeschlossen, wenn das Schöffengericht im Privatklageverfahren über eine an sich der Verhandlung in diesem Verfahren entzogene Tat gleichwohl eine sachliche Entscheidung abgegeben hat? III. 23/6 83. **9**, 14; III. 15/11 83. **9**, 324.

22. Kann ein wegen Verjährung auf Einstellung des Verfahrens erkennendes Urteil den Einwand der entschiedenen Sache begründen? IV. 28/1 87. **15**, 237.

23. Kann eine nur die formale Abweisung einer Anklage wegen Unzuständigkeit aussprechende Entscheidung den Einwand der entschiedenen Sache begründen? III. 18/10 94. **26**, 150.

24. Steht das auf Privatklage eingeleitete Strafverfahren einer späteren Strafverfolgung aus dem gleichen Vorgange entgegen, wenn zufolge Zurücknahme der Privatklage das eingeleitete Verfahren eingestellt worden ist? IV. 10/5 95. **27**, 216.

25. Unter welchen Voraussetzungen ist in dem Falle, wenn durch rechtskräftiges Urteil Einstellung des Verfahrens wegen Mangels des erforderlichen Strafantrags ausgesprochen ist, die Staatsanwaltschaft zur Wiederaufnahme der Strafklage befugt? III. 18/12 82. **7**, 355.

26. Findet der Satz „ne bis in idem“ auch Anwendung auf das Verfahren gegen Abwesende, welche sich der Wehrpflicht entzogen haben? II. 25/3 81. **3**, 437.

27. Über die Frage, ob ein nach § 202 St.P.O. gefaßter Beschluß eine neue Strafverfolgung ausschließen kann, s. § 202.

28. Was ist notwendig, um die zur Begründung des Einwandes der entschiedenen Sache erforderliche Identität der Tat als gegeben anzunehmen? III. 16/10 80. **2**, 347; II. 21/12 80. **3**, 132; I. 12/3 83. **8**, 135; IV. 28/9 86. **15**, 9; III. 15/11 86. **15**, 133.

29. Greift der Einwand „ne bis in idem“ Platz gegenüber einer Anklage wegen Verübung eines Delikts aus Fahrlässigkeit, wenn auf eine Anklage wegen vorsätzlicher Verübung Freisprechung erfolgt ist? II. 21/12 80. **3**, 132.

30. Ist die Erneuerung des Verfahrens wegen Beihülfe gegen einen Angeklagten zulässig, welcher bereits von der Täterschaft der nämlichen Tat rechtskräftig freigesprochen worden ist? I. 10/12 85. **13**, 146.

31. Unter welchen Voraussetzungen ist durch rechtskräftige Freisprechung von Hehlerei eine spätere Strafklage wider denselben Angeklagten wegen Diebstahls an der nämlichen Sache verbraucht? I. 12/3 83. **8**, 135.

32. Steht einer wegen Teilnahme an einem Morde aus § 211 St.G.B.'s angeklagten Person der Einwand der entschiedenen Sache zu, wenn sie früher von der Anklage wegen Nichtanzeige dieses Mordes freigesprochen worden ist? II. 30/9 90. **21**, 78.

33. Wirkung des Satzes „ne bis in idem“ hinsichtlich einer Druckschrift, welche mehrere Beleidigungen gegenüber verschiedenen Personen enthält. I. 5/1 91. **21**, 276; II. 2/1 00. **33**, 46.

34. Ist wegen des nämlichen Preßartikels, welcher anfangs auf eine andere Person gedeutet und zum Gegenstande einer Anklage wegen Beleidigung dieser Person gemacht worden war, eine neue Anklage wegen Beleidigung desjenigen zulässig, auf welchen, wie nachträglich ermittelt wurde, dieselbe sich bezog? I. 25/2 84. **10**, 149.

35. Kann der wegen Verübung eines Kollektivdelikts Verurteilte demnächst noch weiter verfolgt werden wegen eines Delikts, welches durch eine unter das Kollektivdelikt fallende Tat verübt ist? Ist es dabei von Erheblichkeit, ob die Gewerbs- oder Gewohnheitsmäßigkeit ein Tatbestandsmerkmal oder nur einen Qualifikationsgrund bildet? III. 12/7 82. **7**, 32; I. 23/3 96. **28**, 283.

36. Werden durch die Verurteilung wegen gewohnheitsmäßiger Kuppelei sämtliche bis zum Urteile stattgehabten Fälle auch der aus Eigennutz begangenen Kuppelei konsumiert? II. 10/11 82. **7**, 229.

37. Kann jemand nach erfolgter Freisprechung von der Beschuldigung eines Vergehens gegen § 284 St.G.B.'s wegen einer vor dem Urteile zurückliegenden Spieltätigkeit von neuem auf Grund des § 284 verfolgt werden? II. 4/12 94. **26**, 299.

38. Greift bei einem gewohnheitsmäßig verübten Delikte der Einwand der entschiedenen Sache auch Platz in Beziehung auf diejenigen Einzelhandlungen, welche an einem anderen Orte verübt waren, als diejenigen, wegen deren die Verurteilung erfolgt war? IV. 4/7 93. **24**, 243.

39. Kann jemand, der in Deutschland eine Lotterie veranstaltet hat und deshalb bestraft worden ist, wegen des Verkaufes gleicher Lose, der vor Erlaß des ergangenen Urteils an anderen Orten vorgenommen worden ist, nochmals verfolgt werden? I. 6/11 84. **11**, 211; II. 13/4 83. **8**, 292.

40. Inwieweit darf derjenige, welcher wegen Vertriebs von Losen einer in Preußen nicht zugelassenen Lotterie bestraft worden ist, wegen

anderweiten vor seiner Verurteilung geschehenen Vertriebs gleichartiger Lose noch strafrechtlich verfolgt werden? III. 12/3 85. **12**, 115.

41. Bewirkt die rechtskräftige Verurteilung wegen eines Kollektivdelikts, daß die Strafklage auch bezüglich solcher Reate verbraucht ist, welche mit einem einzelnen Bestandteile des Kollektivdelikts ideell konkurrieren? III. 17/3 92. **23**, 7.

42. Inwieweit ist der Angeklagte, gegen welchen Anklage wegen gewerbsmäßigen unberechtigten Jagens erhoben, aber nur Verurteilung wegen nicht gewerbsmäßigen Jagens erfolgt war, aus dieser Verurteilung geschützt gegen Strafverfolgung wegen anderer Jagdvergehen aus der Zeit vor der Aburteilung? II. 20/9 92. **23**, 230.

43. Inwieweit steht ein den Angeklagten wegen gewerbs- oder gewohnheitsmäßiger Hehlerei freisprechendes Urteil seiner Verfolgung wegen Einzelhehlerei aus der Zeit vor der damaligen Aburteilung entgegen? II. 24/11 93. **24**, 419.

44. Wird der Grundsatz „ne bis in idem" verletzt, wenn das Gericht zum Nachweise für die auf gewerbsmäßige Begehung gerichtete Absicht des Angeklagten einem diesem früher zur Last gelegten Vergehen eine andere Beurteilung angedeihen läßt, als die in dem früheren Prozeß dem rechtskräftig gewordenen Urteil zugrunde gelegte? IV. 1/6 00. **33**, 303.

45. Über die Anwendung des Grundsatzes „ne bis in idem" auf dem Gebiete des sog. fortgesetzten Delikts. III. 10/12 83. **9**, 344.

46. Darf insoweit, als der zuerst erkennende Richter in der Lage war, die einzelnen Ausführungshandlungen der fortgesetzten Tat mit zu berücksichtigen, eine spätere nochmalige Verfolgung eintreten? I. 2/3 99. **32**, 57.

47. Kann die Feststellung einer einheitlichen fortgesetzten Tat lediglich auf die Einheitlichkeit des Entschlusses gegründet werden? II. 27/11 91. **22**, 235; I. 15/10 94. **26**, 162.

48. Ist dann, wenn in einem früheren rechtskräftigen Urteile das Vorliegen einer Mehrheit real konkurrierender Straftaten festgestellt war, der später erkennende Richter befugt, die Einstellung des Strafverfahrens wegen Verbrauchs der Strafklage auf Grund der Annahme auszusprechen, daß die früher abgeurteilten Straffälle zusammen mit den ihm vorliegenden Tätigkeitsakten ein fortgesetztes Vergehen bilden? III. 4/11 86. **15**, 23; I. 15/10 94. **26**, 162.

49. Was gilt in fraglicher Beziehung für das Revisionsgericht, wenn das Urteil, gegen welches Revision verfolgt wird, früher ergangen ist, als das Urteil, welches eine Mehrheit real konkurrierender Straftaten feststellt? III. 21/11 01. **35**, 1.

50. Steht der Grundsatz „ne bis in idem" der Verurteilung desjenigen entgegen, welcher nach seiner Verurteilung wegen eines Vergehens gegen das Markenschutzgesetz wieder wegen solcher gleichartiger Handlungen unter Anklage gestellt ist, die vor dem Zeitpunkte des ersten Urteils liegen, aber nicht Gegenstand der ersten Anklage waren? II. 30/9 81. **5**, 105.

51. Wird die Verurteilung aus §§ 17, 18 Nr. 1 des Preßgesetzes vom 7. Mai 1874 wegen vorzeitiger Veröffentlichung einer Anklageschrift dadurch ausgeschlossen, daß der Angeklagte wegen Veröffentlichung der nämlichen Anklageschrift durch ein anderes Preßorgan bereits zu Strafe verurteilt worden ist? III. 27/9 86. **14**, 342.

52. Ist es als unzulässig anzusehen, daß der als Mitglied einer in Konkurs geratenen offenen Handelsgesellschaft wegen Bankerotts bestrafte Gesellschafter außerdem noch wegen unordentlicher Buchführung rc. in seinem eigenen, von dem Gesellschaftsbetriebe unabhängigen Handelsgeschäfte strafrechtlich verfolgt wird? I. 9/6 84. **11**, 5.

53. Über Identität der Tat s. weiter § 263.

54. Ist der Ausspruch eines Strafurteils, daß eine bestimmte Schrift nicht unzüchtigen Inhaltes sei, in dem Sinne der Rechtskraft fähig, daß der Freigesprochene wegen späteren Verbreitens derselben Schrift nicht mehr verurteilt werden kann? II. 30/9 81. **5**, 101.

55. Hat das rechtskräftige Urteil, durch welches das Vorstandsmitglied einer Aktiengesellschaft von der Anklage aus Art. 249 H.G.B.'s freigesprochen ist, die Wirkung, daß die Strafverfolgung gegen den Freigesprochenen auch wegen jeder anderen die Gesellschaft benachteiligenden, in der früheren Anklage nicht erwähnten Handlung ausgeschlossen ist? I. 20/2 95. **27**, 39.

56. Ist der Einwand der rechtskräftig entschiedenen Sache noch in der Revisionsinstanz zulässig, und sind die bei dieser Frage in Betracht kommenden Tatsachen vom Revisionsrichter zu prüfen? III. 8/10 88. **18**, 272.

57. Kommt dem in der Revisionsinstanz erhobenen Einwande der entschiedenen Sache auch dann Wirkung zu, wenn die rechtskräftige Entscheidung später als die angefochtene ergangen ist? II. 12/10 97. **30**, 340; III. 21/10 01. **35**, 1.

58. Nach welchen Gesichtspunkten ist der in der Revisionsinstanz erhobene Einwand der entschiedenen Sache zu würdigen? IV. 7/1 96. **28**, 97; III. 4/5 96. **28**, 352.

59. Inwieweit ist ein objektives Strafverfahren behufs Einziehung von Gegenständen durch ein in die Sache einschlagendes früheres Urteil als ausgeschlossen zu erachten? II. 25/5 83. **8**, 349; II. 28/5 86. **14**, 161; III. 19/9 95. **27**, 352.

60. Wie hat die Urteilsformel zu lauten, wenn das Gericht in der Hauptverhandlung, sei es wegen des Grundsatzes „ne bis in idem“, sei es wegen Rechtshängigkeit der Sache, eine erneute Sachentscheidung abzugeben ablehnt? III. 18/12 82. **7**, 355.

61. Wie ist zu verfahren, wenn eine Strafsache, die bereits bei einem Gerichte niederer Ordnung anhängig ist, ohne Kenntnis dieses Umstandes bei einem Gerichte höherer Ordnung anhängig gemacht worden ist? II. 13/11 96. **29**, 174.

62. Darf das Gericht nach Eröffnung des Hauptverfahrens wegen gewohnheitsmäßiger Kuppelei durch einen späteren Eröffnungsbeschluß eine Einzelhandlung unter Qualifizierung als Kuppelei aus Eigennutz

zum Gegenstande eines besonderen Verfahrens machen? II. 8/12 99. **33**, 11.

b) Erlöschen des Strafverfolgungsrechts durch Abolition.

Ist die von einem deutschen Landesherrn in einer Strafsache verfügte Abolition für das Reichsgericht bindend, auch wenn der Erlaß erst ergangen ist, nachdem die Sache bereits zur Kognition des Reichsgerichts in der Revisionsinstanz gelangt war? II. 12/3 00. **33**, 204. Vgl. III. 6/6 96. **28**, 419.

Haben Anklage und Eröffnungsbeschluß dieselbe Tat zum Gegenstande, wenn in ersterer dem Angeschuldigten die Unterschlagung fremder Lose und Gewinne, im letzteren die unbefugte Veranstaltung einer Lotterie zur Last gelegt wird? Kann ein die Strafsache materiell erledigendes Urteil erlassen werden, wenn Anklageschrift und Eröffnungsbeschluß nicht dieselbe Tat zum Gegenstande haben? I. 16/5 95. **27**, 233. § 151

1. Über den Begriff „in der Anklage bezeichnete Tat" s. St.P.O. § 263 und den Abschnitt „ne bis in idem". § 153

2. Über die Verpflichtung des Gerichts, in Zollstrafsachen die Straftat nebst der für die Festsetzung der Strafe erforderlichen Unterlagen nach allen Richtungen zu erörtern. IV. 2/7 86. **14**, 303.

3. Über die Verpflichtung des Gerichts zur Herbeischaffung der für Aufklärung des Sachverhalts dienlichen Beweismittel s. § 243.

4. Kann der Richter auf eine wegen Kindestötung erhobene Anklage eine Verurteilung aus § 367 Nr. 1 St.G.B.'s aussprechen? IV. 7/12 86. **15**, 107.

Zweiter Abschnitt (§§ 155—175).

Vorbereitung der öffentlichen Klage.

1. Über Strafverfolgungsanträge im allgemeinen und insbesondere solche von Beauftragten s. St.G.B. § 61. § 156

2. Beziehen sich die Formvorschriften des § 156 auch auf die im Falle des § 99 St.G.B.'s erforderliche „Ermächtigung" zur Strafverfolgung? II. 25/1 89. **18**, 382.

3. Unterliegt auch die Zurücknahme des wegen eines Antragsdelikts gestellten Strafantrages der für die Stellung des Strafantrages vorgeschriebenen Form? II. 26/1 83. **8**, 79.

4. Welches sind die Erfordernisse der Schriftlichkeit des Strafverfolgungsantrags?

Kann von der fehlenden Unterschrift des Antragstellers abgesehen werden? II. 29/3 81. **3**, 442; I. 28/6 80. **2**, 125; I. 28/6 80. **2**, 253.

5. Kann der Antrag als schriftlich gestellt auch dann angesehen werden, wenn er im mündlichen Auftrage des Berechtigten von einem Dritten nicht bloß geschrieben, sondern auch mit der Unterschrift des Berechtigten versehen worden ist? II. 24/2 82. **6**, 69.

6. Bedarf es zur Legitimation des Dritten, welcher namens des

Berechtigten einen Strafverfolgungsantrag stellt, einer schriftlichen Vollmacht? II. 21/3 81. **3**, 425; IV. 22/2 89. **19**, 7.

7. Ist ein bei Polizeibeamten mündlich gestellter Strafverfolgungsantrag wirksam, wenn die Beamten als Hülfsbeamte der Staatsanwaltschaft bestellt sind? II. 23/11 80. **3**, 55.

8. Bedarf es zur Wirksamkeit eines „zu Protokoll" bei der Staatsanwaltschaft angebrachten Strafverfolgungsantrags der Beobachtung irgend welcher Förmlichkeiten bei der Protokollierung? III. 30/4 85. **12**, 173.

9. Kann der Strafverfolgungsantrag der beleidigten Staatsanwaltschaft von dem Ersten Staatsanwalte zu seinen eigenen Akten gestellt werden? I. 16/6 81. **4**, 264.

§ 159 Recht der Polizeibehörden zur Zwangsgestellung. S. St.P.O. § 161.

§ 161 1. Verhältnis zu § 127 St.P.O. II. 11/7 99. **32**, 269.

2. Können Polizeibeamte aus § 161 in Bezug auf Festnahme einer Person Befugnisse herleiten, die über die sich aus § 127 St.P.O. ergebenden Befugnisse hinausgehen? IV. 5/4 95. **27**, 153.

3. Sind die Polizeibeamten befugt, Augenzeugen einer Straftat, welche, um sich dem Zeugniszwange zu entziehen, die Namensnennung verweigern, zur Feststellung ihrer Persönlichkeit zwangsweise vor die Behörde zu führen? II. 19/3 86. **13**, 426.

4. Besteht eine Rechtspflicht, sich vor den Polizeibehörden in betreff begangener Straftaten als Zeuge vernehmen zu lassen? Haben die Polizeibehörden in dieser Richtung ein Recht zur Zwangsgestellung? Kommt den Polizeibehörden ein solches Recht für andere Gebiete ihrer polizeilichen Tätigkeit zu? III. 22/11 83. **9**, 433; III. 27/4 91. **22**, 5; I. 30/9 80. **2**, 281.

5. Fallen die gemäß § 161 von untergeordneten Polizeibeamten angestellten Nachforschungen auch unter den Begriff von „Untersuchung" im Sinne des § 343 St.G.B.'s? II. 14/3 82. **6**, 82.

§ 162 Zur Auslegung des § 162. Verhältnis der Bestimmung zu § 106 St.P.O. II. 4/5 00. **33**, 251.

§ 169 1. Ist ein von der Staatsanwaltschaft eingeleitetes Verfahren (§ 164 St.G.B.'s), sofern dieselbe auf Grund der Ermittelungen einer Anzeige zum Zwecke der öffentlichen Klage keine Folge zu geben beabsichtigt, erst dann als beendet anzusehen, wenn ausdrücklich eine Einstellungsverfügung erlassen und der Antragsteller davon benachrichtigt worden ist? II. 17/4 83. **8**, 185.

2. Über die Frage, ob ein nach § 169 erlassener Bescheid in der Hauptverhandlung verlesen werden darf. II. 22/9 93. **24**, 263.

§ 170 1. Über die Befugnis des gesetzlichen Vertreters des Verletzten, die Erhebung der öffentlichen Klage auf dem in § 170 vorgesehenen Wege herbeizuführen. III. 11/10 83. **9**, 124.

2. Kann die Mitwirkung eines Richters als Berichterstatter bei einer Entscheidung, durch welche gemäß § 170 Erhebung der öffentlichen Klage angeordnet wurde, als Ablehnungsgrund gegen den betreffenden Richter in seiner Eigenschaft als Mitglied des erkennenden Gerichts verwertet werden? III. 20/6 89. **19**, 333.

Dritter Abschnitt (§§ 176—195).

Gerichtliche Voruntersuchung.

1. Fällt die Voruntersuchung weg, wenn in einer schwurgerichtlichen Sache das Schöffengericht oder das Landgericht sich für unzuständig erklärt und die Sache vor das Schwurgericht gewiesen hat? III. 2/2 81. **3**, 311. § 176

2. Muß eine Voruntersuchung auch dann stattfinden, wenn die Zuständigkeit des Schwurgerichts für die betreffende Strafsache nur durch den Zusammenhang begründet wird?

Bedingt die Einleitung der Voruntersuchung gegen einen Angeklagten auch diese Einleitung gegen den Mitangeklagten? II. 8/7 81. **4**, 364.

Über das Erfordernis, daß die durch das Augenscheinsprotokoll festgestellten Wahrnehmungen von beiden Gerichtspersonen gemacht worden sind, s. oben § 86. § 185

1. Wer ist bei einem Akte der Voruntersuchung im Sinne des Abs. 3 an der Verhandlung beteiligt? Wirkung eines Verstoßes gegen die dort getroffene Vorschrift? III. 28/4 98. **31**, 135. § 186

2. Welche Wirkung hat ein Verstoß gegen die Vorschrift der Unterzeichnung des Protokolls durch den Zeugen? IV. 18/10 01. **34**, 396.

3. Über die Beurkundungen in Augenscheinsprotokollen s. o. § 86.

Über Unzulässigkeit der Zurückverweisung einer Sache zur Voruntersuchung nach Eröffnung des Hauptverfahrens. III. 1/5 80. **2**, 33. § 188

Muß dem nicht auf freiem Fuße befindlichen Angeklagten auch Nachricht gegeben werden von einem Augenscheinstermine, der nicht an der Gerichtsstelle abgehalten wird, wo der Angeklagte sich in Haft befindet? Begründet die Unterlassung eine Revisionsbeschwerde? IV. 24/5 92. **23**, 142. § 191

Mit welchem Zeitpunkte ist die Voruntersuchung geschlossen, so daß die mit dem Schlusse verbundenen Prozeßfolgen eintreten? Welches sind die Wirkungen der Verfügung des Schlusses der Voruntersuchung? I. 29/3 00. **33**, 200; II. 28/6 81. **4**, 341. § 195

Vierter Abschnitt (§§ 196—211).

Entscheidung über die Eröffnung des Hauptverfahrens.

1. Vervollständigung einer dem Abs. 2 nicht entsprechenden Anklageschrift bei nachträglich hervortretender Notwendigkeit. II. 25/3 98. **31**, 100. § 198

2. Inwieweit muß in der Anklageschrift die dem Angeklagten zur Last gelegte Tat bezeichnet werden?

Kann die Anklageschrift für die Begrenzung des Gegenstandes der Urteilsfindung Bedeutung gewinnen? II. 8/3 81. **3**, 406.

3. Kann auf Mängel der Anklageschrift eine Revisionsbeschwerde gestützt werden? III. 1/5 80. **2**, 33.

§ 199 1. Ist den Angeklagten gemäß § 199 die Anklageschrift zuzustellen, oder genügt die Verlesung?

Enthält es eine die Revision begründende Gesetzesverletzung, wenn in einer Schwurgerichtssache dem Angeklagten die Anklageschrift anstatt schriftlicher Zustellung nur mündlich vorgelesen worden ist, und er nicht im Vorverfahren, sondern erst in der Hauptverhandlung nach Bildung der Geschworenenbank ohne Erfolg Vertagung der Sache beantragt? II. 6/4 80. **1**, 345.

2. Wirkung einer Verletzung des § 199 durch Eröffnung des Hauptverfahrens ohne vorherige Mitteilung der Anklageschrift. II. 25/3 98. **31**, 100.

3. Kann eine Revisionsbeschwerde mit Erfolg darauf gestützt werden, daß der Angeklagte, gegen welchen eine Voruntersuchung nicht eingeleitet war, nicht gemäß § 199 befragt worden ist, ob er die Einleitung einer solchen beantrage? II. 8/7 81. **4**, 364.

4. Kann auf die Beeinträchtigung der dem Angeklagten nach § 199 zustehenden Befugnis, die Vornahme einzelner Beweiserhebungen vor der Hauptverhandlung zu beantragen, durch die vor Ablauf der hierzu bestimmten Frist erfolgte Eröffnung des Hauptverfahrens die Revision gestützt werden? III. 24/4 80. **2**, 19.

5. Inwieweit ist eine stillschweigende Ablehnung gestellter Beweisanträge zulässig? III. 21/1 80. **1**, 170.

6. Liegt ein Revisionsgrund vor, wenn zur Hauptverhandlung geschritten worden ist, bevor eine gegen die Ablehnung des Antrags auf Voruntersuchung erhobene Beschwerde erledigt war? IV. 7/3 99. **32**, 79.

7. Ist der Einwand der örtlichen Unzuständigkeit verbraucht, wenn er auf die gemäß § 199 ergangene Aufforderung vorgebracht und der den Einwand zurückweisende Gerichtsbeschluß nicht rechtzeitig durch Beschwerde angefochten worden ist? II. 14/12 94. **26**, 340.

8. Kann der Angeklagte mittels der Revision Verletzung der Vorschriften über die örtliche Zuständigkeit rügen, nachdem im Vorverfahren ohne Voruntersuchung sein gleicher Unzuständigkeitseinwand und seine sofortige Beschwerde verworfen worden ist? IV. 8/3 01. **34**, 215.

9. Über die Notwendigkeit, in Fällen der gebotenen Verteidigung (§ 140 St.P.O.) mit der Aufforderung nach § 199 dem Angeklagten einen Verteidiger zu bestellen, s. o. § 140 Nr. 8 S. 316.

§ 200 1. Wird durch den Beschluß des Gerichts, vor der Entscheidung über die Eröffnung des Hauptverfahrens noch einzelne Beweiserhebungen

eintreten zu lassen, die Voruntersuchung wieder eröffnet? II. 8/10 80. **2**, 314.

2. Kann nach Eröffnung des Hauptverfahrens die Zurückverweisung einer Sache zur Voruntersuchung stattfinden? III. 1/5 80. **2**, 33.

3. Charakterisiert sich ein nach Maßgabe des § 200 ergehender Beschluß als eine Entscheidung über die Eröffnung des Hauptverfahrens im Sinne des § 23 Abs. 3 St.P.O.? III. 11/6 85 **12**, 308.

1. Beruht ein ohne entsprechenden Eröffnungsbeschluß ergangenes Urteil auf einer Gesetzesverletzung? § 201

Kann die Revision darauf gestützt werden, daß das Urteil auf einer Verletzung der Vorschriften über den Eröffnungsbeschluß beruht? II. 29/1 84. **10**, 56; I. 24/6 80. **2**, 120; II. 13/1 80. **1**, 66; IV. 26/3 95. **27**, 125.

2. Über die Folgen von Mängeln des Eröffnungsbeschlusses s. weiter § 205.

3. Über vorzeitigen Erlaß des Eröffnungsbeschlusses s. § 199.

4. Über die Unterzeichnung der Eröffnungsbeschlüsse s. § 33.

1. Wirkung eines die Eröffnung des Hauptverfahrens wegen Unzuständigkeit ablehnenden Beschlusses. III. 20/2 99. **32**, 50. § 202

2. Darf Außerverfolgungsetzung angeordnet werden, wenn die wegen eines gewerbsmäßig verübten Vergehens geführte Voruntersuchung nur strafbare Einzelhandlungen ergeben hat? Welche Wirkung hat ein in jener Weise gefaßter Beschluß, wenn zugleich wegen strafbarer Einzelhandlungen das Hauptverfahren eröffnet worden ist? III. 19/1 93. **23**, 392.

1. Wer hat über die Möglichkeit der Hauptverhandlung mit einem geisteskranken Angeklagten zu entscheiden? II. 8/1 97. **29**, 324. § 203

2. Ist eine Hauptverhandlung möglich mit einem Angeklagten, der an einer partiellen Geistesstörung leidet? III. 17/1 80. **1**, 149.

3. Über die Folgen, wenn sich in der Hauptverhandlung ergibt, daß mit dem Angeklagten nicht verhandelt werden kann, s. § 259.

4. Wird durch den Beschluß vorläufiger Einstellung des Verfahrens die Verjährung unterbrochen? I. 7/3 95. **27**, 81; II. 6/2 91. **21**, 308.

1. Erfordernisse des Eröffnungsbeschlusses hinsichtlich Bezeichnung der dem Angeklagten zur Last gelegten Tat. II. 8/3 81. **3**, 406; II. 12/4 81. **4**, 77. § 205

2. Ist ein Revisionsgrund gegeben, wenn der verlesene Eröffnungsbeschluß von zwei in der Anklageschrift verfolgten Delikten nur eins benannt, das Gericht aber den Angeklagten wegen beider Delikte verurteilt hat? II. 13/1 80. **1**, 66.

3. In welchem Umfange erfordert der Eröffnungsbeschluß Bezeichnung des anzuwendenden Strafgesetzes? I. 31/3 81. **4**, 40; I. 20/10 81. **5**, 137; I. 20/4 82. **6**, 169.

4. Gehört die Aufnahme strafmindernder Umstände in den Eröffnungsbeschluß? II. 2/7 97. **30**, 209.

5. Inwieweit kann die Anklageschrift zur Ergänzung des Eröffnungsbeschlusses dienen? II. 8/3 81. **3**, 406; III. 15/3 83. **8**, 248.

6. Darf wegen Unvollständigkeit des Eröffnungsbeschlusses ein das Verfahren einstellendes Urteil erlassen werden? Inwieweit hat der Vorsitzende Mängel des Eröffnungsbeschlusses durch eine Belehrung des Angeklagten unschädlich zu machen? II. 17/3 93. **24**, 64.

7. Kann die Revision darauf gestützt werden, daß aus dem Eröffnungsbeschlusse auch in Verbindung mit der Anklageschrift nicht zu entnehmen ist, welche Tat den Gegenstand der Urteilsfindung bilden soll? II. 7/10 90. **21**, 64.

8. Über Auslegung eines in sich widersprechenden Eröffnungsbeschlusses. III. 15/3 83. **8**, 248.

9. Über die Folgen von Mängeln des Eröffnungsbeschlusses s. weiter § 201.

§ 207 Über Beschlüsse, durch welche die Eröffnung des Hauptverfahrens wegen Unzuständigkeit abgelehnt wird, s. § 202.

§ 208 Wird durch einen nach § 208 ergehenden Einstellungsbeschluß die Verjährung unterbrochen? II. 6/2 91. **21**, 308.

§ 209 Über Beschlüsse, durch welche die Eröffnung des Hauptverfahrens wegen Unzuständigkeit abgelehnt wird, s. § 202.

§ 210 1. Über Beschlüsse, durch welche die Eröffnung des Hauptverfahrens wegen Unzuständigkeit abgelehnt wird, s. § 202.

2. Ist in dem Verfahren vor dem Schwurgerichte die Stellung einer Hülfsfrage über den Tatbestand des § 139 St.G.B.'s deshalb ausgeschlossen, weil das Hauptverfahren nur wegen Anstiftung zu dem bezüglichen Verbrechen eröffnet und die Eröffnung wegen Vergehens gegen § 139 a. a. O. abgelehnt worden war? I. 4/11 95. **28**, 12.

3. Welchem Gericht steht die Entscheidung darüber zu, ob die Wiederaufnahme der Klage gemäß § 210 statthaft ist? IV. 30/10 91. **22**, 187.

4. Ist, wenn die Eröffnung des Hauptverfahrens durch einen nicht mehr anfechtbaren Beschluß abgelehnt ist, die auf Grund neuer Tatsachen oder Beweismittel wiederaufgenommene Klage nach den Formvorschriften über Wiederaufnahme eines durch rechtskräftiges Urteil geschlossenen Verfahrens zu behandeln? II. 26/1 86. **13**, 295.

5. Kommt der nach vorläufiger Untersuchung vom Gerichtsherrn auf Grund der preußischen Militärstrafgerichtsordnung von 1845 (§§ 91, 102) verfügten Einstellung des Verfahrens die in § 210 vorgesehene Wirkung zu? II. 24/1 02. **35**, 86.

Fünfter Abschnitt (§§ 212—224).

Vorbereitung der Hauptverhandlung.

1. Was ist unter „Bewirken der Ladungen“ zu verstehen? Ist auch das Gericht selbst oder der Gerichtsvorsitzende zur Bewirkung der Ladung befugt? IV. 13/7 88. **18**, 76. § 213

2. Über die Ladung des Nebenklägers s. unten § 437.

3. Ist die Ladung zu einer zweiten Hauptverhandlung ausreichend damit bewirkt, daß im ersten Verhandlungstermin der die Anberaumung einer neuen Verhandlung enthaltende Beschluß in Anwesenheit des Angeklagten und des Verteidigers verkündet wird? III. 5/5 02. **35**, 232.

Bedarf auch ein gemäß § 270 St.P.O. ergangener und verkündeter Beschluß der Zustellung? III. 9/7 81. **4**, 373. § 214

1. Greift die Vorschrift bei der Ladung zu einer neuen Hauptverhandlung stets von neuem Platz? Findet sie Anwendung bei Verlegung des Termins auf einen früheren Tag, als zuerst bestimmt war? II. 12/1 94. **25**, 74. § 216

2. Erwächst dem Angeklagten durch die Aussetzung der Hauptverhandlung ein Anspruch auf wiederholte Einhaltung der in Abs. 1 vorbezeichneten Frist? I. 6/12 86. **15**, 113.

1. Ist das Gericht verpflichtet, einen Rechtsanwalt zur Hauptverhandlung zu laden, welcher sich, ohne eine Vollmacht des Angeklagten vorzulegen, bei den Gerichte als erwählter Verteidiger gemeldet hat? II. 22/10 80. **2**, 375. § 217

2. Muß der Verteidiger, der mit dem Angeklagten in einer Hauptverhandlung erschienen war und als dessen Verteidiger fungiert hat, zu einer neuen Hauptverhandlung geladen werden? III. 1/3 94. **25**, 152.

3. Muß der auf Grund des § 140 St.P.O. bestellte Verteidiger, wenn nach dem hiernächst erlassenen Eröffnungsbeschlusse die Verteidigung sich als nicht notwendig ergeben hat, die Zurücknahme der Bestellung aber nicht erfolgt ist, zur Hauptverhandlung geladen werden? I. 3/1 91. **21**, 266; I. 16/9 89. **19**, 373.

4. Ergibt die Unterlassung der Vorladung des dem Gerichte rechtzeitig benannten Verteidigers einen Revisionsgrund? I. 29/4 80. **1**, 405; II. 17/9 80. **2**, 233.

5. Wird ein Verstoß gegen § 217 dadurch geheilt, daß der Angeklagte ohne Kenntnis von dem stattgehabten Verstoße auf die Anwesenheit des Verteidigers in der Hauptverhandlung verzichtet? II. 18/10 89. **19**, 436.

6. Führt die Unterlassung der Ladung des Verteidigers auch dann zur Aufhebung des Urteils, wenn letzteres nicht auf dieser Unterlassung, sondern auf Säumnis des Verteidigers beruht? IV. 13/1 88. **17**, 45.

7. Wird ein Verstoß gegen § 217 dadurch geheilt, daß der Verteidiger im Laufe der Hauptverhandlung erscheint? II. 15/11 95. **27**, 425.

8. Ist im Wiederaufnahmeverfahren der im vorausgegangenen Verfahren tätig gewesene Verteidiger zur Hauptverhandlung zu laden? IV. 15/12 96. **29**, 278.

9. Über die Ladung zu einer zweiten Hauptverhandlung durch Verkündung eines diesbezüglichen Beschlusses im ersten Verhandlungstermine s. oben § 213 Nr. 3.

§ 218 1. Substanziierung von Beweisanträgen s. St.P.O. § 243.

2. Liegt unzulässige Beschränkung der Verteidigung vor, wenn Beweisanträge nur von dem Vorsitzenden abgelehnt und in der Hauptverhandlung nicht wiederholt sind? III. 29/11 79. **1**, 106.

§ 219 Zur Auslegung der Vorschrift in Abs. 3, daß unter den dort angegebenen Voraussetzungen den zur Hauptverhandlung unmittelbar geladenen Personen die gesetzliche Entschädigung aus der Staatskasse zu gewähren sei. I. 29/9 87. **16**, 212.

§ 221 Was ist erforderlich, um einen Zeugen als „geladenen" Zeugen im Sinne des § 244 St.P.O. anzusehen? I. 16/1 93. **23**, 400 (s. weiter § 244).

§ 222 1. Ist es zulässig, Mitbeschuldigte kommissarisch zu vernehmen? III. 30/6 87. **16**, 232.

2. Darf das Gericht mit der in § 222 bezeichneten Vernehmung den Untersuchungsrichter betrauen? I. 24/3 81. **4**, 91.

3. Ist „große Entfernung" im Sinne des Abs. 2 ein Rechtsbegriff und insoweit in der Revisionsinstanz nachzuprüfen? II. 13/5 81. **4**, 173.

4. Ist als Rechtsgrundsatz anzunehmen, daß für Zeugen, welche im Bezirke eines erkennenden Strafgerichts wohnen, niemals ihr Erscheinen als besonders erschwert angesehen werden darf? II. 20/11 88. **18**, 261.

5. Hat bei einer kommissarischen Zeugenvernehmung der ersuchte Richter zu entscheiden, ob der Zeuge gemäß § 56 Nr. 1 St.P.O. unbeeidigt zu lassen ist? Fer. 25/7 94. **26**, 97.

6. Hat der Eid, welcher bei einer nach Eröffnung des Hauptverfahrens beschlossenen Vernehmung eines Zeugen von diesem geleistet worden ist, die Bedeutung, daß sich der Zeuge bei weiterer Vernehmung in der Hauptverhandlung nach Maßgabe des § 66 St.P.O. auf den Eid beziehen kann? Fer. 27/7 81. **4**, 437.

7. Genügt es, wenn ein im Vorverfahren eidlich vernommener Zeuge bei seiner kommissarischen Vernehmung die Richtigkeit seiner Aussage auf den geleisteten Eid versichert? I. 24/9 85. **12**, 373.

8. Über die Erfordernisse der Beweiserhebung durch kommissarische Vernehmungen s. weiter §§ 223, 250 St.P.O.

S. zu § 222 auch **26**, 253.

§ 223 1. Ist auch ein Mitangeklagter, welcher die Ladung des demnächst kommissarisch vernommenen Zeugen nicht beantragt hatte, gemäß § 223 zu benachrichtigen?

Unter welchen Voraussetzungen darf die Benachrichtigung des Angeklagten und des Verteidigers von einer nach § 222 angeordneten Vernehmung unterbleiben?

Wird eine durch Nichtbenachrichtigung des Verteidigers begangene Verletzung dadurch geheilt, daß Angeklagter in der Hauptverhandlung einen Antrag auf Wiederholung der Vernehmung nicht stellt?

Begründet die Nichtvorlage des Vernehmungsprotokolls aus § 223 Abs. 1 die Revision? III. 18/2 80. **1**, 210.

2. Muß der Angeklagte neben der Benachrichtigung von dem Termine über die prozessuale Bedeutung der kommissarischen Vernehmung aufgeklärt werden? I. 16/6 81. **4**, 264.

3. Kann die vorschriftswidrig unterbliebene Benachrichtigung zur Aufhebung des Urteils führen, wenn in der Hauptverhandlung ein Antrag auf Wiederholung der Vernehmung nicht gestellt worden ist? II. 24/6 81. **4**, 301.

4. Kann der von der kommissarischen Zeugenvernehmung nicht benachrichtigte Angeklagte bei der demnächstigen Wiederholung dieser Vernehmung die förmliche Beeidigung des Zeugen verlangen? II. 28/6 81. **4**, 341.

1. Darf ein Augenscheinsprotokoll, bei dessen Aufnahme die Vorschrift des § 223 St.P.O. nicht beobachtet worden ist, in der Hauptverhandlung verlesen werden? II. 9/3 80. **1**, 256. **§ 224**

2. Über die Zulässigkeit der Verhandlung der Strafkammern außerhalb des Gerichtssitzes s. unten § 225.

Sechster Abschnitt (§§ 225—275).

Hauptverhandlung.

1. Darf die Strafkammer des Landgerichts aus Zweckmäßigkeitsgründen die Hauptverhandlung außerhalb des Sitzes des Landgerichts an einem anderen Orte des Landgerichtsbezirks abhalten? III. 20/11 84. **11**, 352; IV. 23/2 92. **22**, 396. **§ 225**

2. Bildet die Urteilsverkündigung einen Teil der Hauptverhandlung? I. 11/10 83. **9**, 275; II. 30/1 80. **1**, 90; III. 11/12 80. **3**, 116; I. 22/12 98. **31**, 398.

3. Bildet das Verfahren über Ablehnung eines Richters einen Teil der Hauptverhandlung? IV. 22/1 86. **13**, 302.

4. Über Anwendung des § 225 im Falle des § 286 St.P.O. s. dort.

Ist es erforderlich, daß der im Laufe einer Hauptverhandlung neben dem während der ganzen Verhandlung fungierenden Beamten der Staatsanwaltschaft auftretende erste Beamte dieser Behörde dem Gerichte die Absicht seiner Mitwirkung zuvor besonders erklärt hat und bei der ganzen vorangegangenen Verhandlung amtlich gegenwärtig gewesen ist? IV. 5/7 87. **16**, 180. **§ 226**

§ 227 1. Bedarf es auch über einen nicht näher begründeten Vertagungsantrag der Beschlußfassung? Muß der gefaßte Beschluß vor der Urteilsfällung verkündet werden? II. 13/5 92. **23**, 136.

2. Verleiht der Beginn der Hauptverhandlung zu einer späteren als der anberaumten Stunde das Recht, Aussetzung zu verlangen? I. 1/3 80. **1**, 235.

3. Muß bei der Verhandlung über ein zur Zuständigkeit des Landgerichts gehöriges Verbrechen im Falle der Verhinderung des gewählten Verteidigers die Aussetzung erfolgen? I. 23/10 84. **11**, 173.

§ 228 Inwieweit besteht bei Aussetzung der Hauptverhandlung für den Angeklagten ein Recht, daß zu der neu anberaumten Hauptverhandlung dieselben Zeugen, wie zu der unterbrochenen, vorgeladen werden? Unter welchen Voraussetzungen begründet eine Verletzung des bezüglichen Rechts die Revision? II. 15/6 80. **2**, 109.

§ 229 1. Muß der verhaftete Angeklagte zur Urteilsverkündung vorgeführt werden? I. 22/12 98. **31**, 398.

2. Kann ein Mitangeklagter auf Verletzung des § 229 eine Revisionsbeschwerde gründen? II. 22/12 96. **29**, 294.

3. Über die Anwendung des Grundsatzes des § 229 in dem Falle, wenn das Berufungsgericht als Erstinstanzgericht erkennt, s. unten § 369.

4. S. zu § 229 weiter nachstehende §§ 230, 232.

§ 230 1. Darf eine an sich gebotene Hinweisung auf die Veränderung des rechtlichen Gesichtspunkts unterbleiben, wenn die Voraussetzungen des § 230 Abs. 2 vorliegen? I. 19/3 99. **32**, 96.

2. Kann gegen einen Angeklagten, der während der Beratung der Geschworenen und der Kundgebung ihres Spruchs erkrankt und deshalb in den Sitzungssaal nicht zurückkehren kann, weiter verhandelt werden? IV. 1/12 91. **22**, 247.

3. Unter welchen Voraussetzungen darf eine unterbrochene Hauptverhandlung in Abwesenheit des Angeklagten fortgesetzt werden, insbesondere die Urteilsverkündung ohne sein Beisein erfolgen? Bedarf es hierzu eines ausdrücklichen Gerichtsbeschlusses? I. 3/12 83. **9**, 341.

§ 231 1. Kann die in Abs. 2 vorgeschriebene Eröffnung dadurch ersetzt werden, daß ein mit schriftlicher Vollmacht versehener Verteidiger sich mit der Verhandlung der Sache in Abwesenheit des Angeklagten einverstanden erklärt? II. 11/10 95. **27**, 380.

2. Muß bei Veränderung des dem Eröffnungsbeschlusse zu grunde liegenden rechtlichen Gesichtspunkts die Vorschrift des § 264 St.P.O. auch dann eingehalten werden, wenn gemäß § 231 trotz Ausbleibens des Angeklagten zur Hauptverhandlung geschritten worden ist? I. 16/1 02. **35**, 65.

1. Darf das Gericht, wenn es den Angeklagten von der Verpflichtung zum Erscheinen in der Hauptverhandlung entbunden hat, gegen den nicht Erschienenen auf eine härtere Strafe als die im Abs. 1 vorgesehene erkennen? IV. 3/3 99. **32**, 61; II. 12/10 97. **30**, 277; IV. 7/7 96. **29**, 44; III. 13/1 87. **15**, 337. § 232

2. Wie ist die Prozeßvorschrift bei real konkurrierenden Straftaten anzuwenden? II. 12/10 97. **30**, 277.

3. Ist § 232 verletzt, wenn aus § 200 St.G.B.'s auf Publikationsbefugnis erkannt wird? IV. 7/7 96. **29**, 44.

4. Ist bei einer Anklage aus § 14 des Warenzeichengesetzes vom 12. Mai 1894 die Entbindung des Angeklagten von der Verpflichtung zum Erscheinen in der Hauptverhandlung zulässig? I. 5/12 01. **35**, 17.

5. Darf in Abwesenheit des Angeklagten verhandelt werden, insolange er auf seinen diesbezüglichen Antrag noch nicht beschieden ist? I. 24/9 96. **29**, 69; II. 28/1 87. **15**, 202.

6. Voraussetzungen der Entbindung von der Pflicht zum Erscheinen in der Hauptverhandlung. Kann auch ein Mitangeklagter Beschwerde darüber führen, daß das Protokoll über die Vernehmung des Nichterschienenen nicht verlesen worden ist? III. 29/4 95. **27**, 274.

7. Kann das in § 232 vorgesehene Verfahren bei einem noch nicht 18 Jahre alten Angeklagten zur Anwendung kommen? II. 21/11 93. **24**, 411.

8. Ist bei Entbindung des Angeklagten vom Erscheinen in der Hauptverhandlung seine Ladung zu letzterer und, im Falle in derselben neue Beweismittel bezüglich der Anklage vorgebracht werden, seine Vernehmung über diese Beweismittel erforderlich? IV. 17/10 90. **21**, 100.

9. Ist ein Beweisantrag, welchen der Angeklagte bei seiner gemäß Abss. 2, 3 erfolgten Vernehmung gestellt hat, als an das erkennende Gericht gebracht anzusehen, und muß daher von diesem darüber beschlossen werden? Ist die Verkündung des ergehenden Beschlusses geboten?

Ist eine Beschlußfassung auch dann erforderlich, wenn der in der Hauptverhandlung anwesende Vertreter des Angeklagten den Beweisantrag nicht wiederholt? II. 24/5 89. **19**, 249; III. 4/2 84. **10**, 135.

10. Hat das Gericht bei der Erwägung, ob der Angeklagte von der Verpflichtung zum Erscheinen in der Hauptverhandlung zu entbinden ist, von der in dem Eröffnungsbeschlusse angenommenen Qualifikation der Straftat auszugehen? IV. 25/11 87 **17**, 19.

11. Ist es rechtsirrtümlich, wenn die Entbindung vom Erscheinen in der Hauptverhandlung deshalb erfolgt, weil mit Rücksicht auf den körperlichen Zustand des Angeklagten sein Aufenthaltsort als in großer Entfernung liegend anzusehen sei?

Müssen die Aussagen des Angeklagten, der vom Erscheinen in der Hauptverhandlung entbunden ist, in dieser verlesen werden, auch wenn keine gemäß Abs. 2 erfolgte kommissarische Vernehmung vorliegt, und genügt es, wenn die verlesene Aussage eine vom Angeklagten in den Vorerhebungen abgegebene Zeugenaussage ist? I. 20/5 89. **19**, 246.

12. Muß auch dann, wenn eine Vernehmung im Vorverfahren

stattgehabt hat, dem Antrage des Angeklagten auf nochmalige Vernehmung über die Anklage Folge gegeben werden? II. 28/1 87. **15**, 202.

13. Genügt bei Entbindung des Angeklagten vom Erscheinen in der Hauptverhandlung die Verlesung des Protokolls über die frühere Vernehmung des Angeklagten, wenn dessen Verurteilung auf Grund eines anderen als des bei der früheren Vernehmung für anwendbar erachteten Strafgesetzes erfolgen soll?

Welche Bedeutung haben hierbei die Erklärungen des in der Hauptverhandlung anwesenden Vertreters des Angeklagten? IV. 20/2 85. **12**, 45.

§ 233 1. Über den Einfluß der Vertretung des Angeklagten durch einen Verteidiger s. § 232.

2. Erlangt der ohne Vollmacht als Vertreter Zugelassene hiermit die Stellung eines zur Einlegung von Rechtsmitteln legitimierten Verteidigers? I. 14/1 89. **18**, 346.

§ 236 1. Setzt die Verbindung mehrerer Strafsachen die gleiche Prozeßlage voraus? Kann eine vor dem Landgerichte in der Berufungsinstanz anhängige Sache mit einer dort in erster Instanz anhängigen Sache verbunden werden? I. 30/12 89. **20**, 161.

2. Über den Einfluß der Verbindung auf die Frage, welches Gericht in der Revisionsinstanz zu erkennen hat. I. 21/4 98. **31**, 125.

§ 237 1. Zurückweisung eines schon abgelehnten und demnächst erneuerten Beweisantrags durch den Vorsitzenden. II. 4/3 98. **31**, 62.

2. Wird durch eine wiederholte Wortentziehung von seiten des Vorsitzenden das dem betreffenden Prozeßbeteiligten gemäß § 237 Abs. 2 zustehende Recht beeinträchtigt? II. 9/7 97. **30**, 216.

3. Erfordert die Nichtbeeidigung eines Zeugen in der Hauptverhandlung stets einen Beschluß des Gerichts? I. 4/7 89. **19**, 354.

4. Darf ein Zeuge, dessen Beeidigung als unzulässig bestritten und welcher vorläufig unbeeidigt zu vernehmen vom Gerichte beschlossen worden war, nach der Vernehmung ohne Gerichtsbeschluß beeidigt werden? I. 6/11 99. **32**, 339.

5. Darf der Vorsitzende die Aufnahme des Beweises einem beisitzenden Richter übertragen? Ist anzunehmen, daß auf einer solchen Übertragung das Urteil beruhen könne? III. 1/11 83. **9**, 310.

6. Aufgabe des Vorsitzenden gegenüber der Frage eines Geschworenen, die weder unter die Bestimmung des § 239 Abs. 2, noch unter die des § 291 Abs. 1 St.P.O. fällt? II. 4/5 00. **33**, 254.

7. Über die Befugnis des Vorsitzenden zur Verlesung von Schriftstücken und sonstigen Beweisaufnahmen ohne Gerichtsbeschluß. I. 5/7 80. **2**, 194; I. 19/1 82. **5**, 429.

8. Über die Befugnis des Vorsitzenden, den Inhalt von Schriftstücken in der Hauptverhandlung zu konstatieren. II. 29/10 80. **2**, 408; I. 6/12 80. **3**, 141; I. 4/11 80. **3**, 161; I. 20/1 81. **3**, 282; IV. 3/7 94. **26**, 32; II. 15/4 02. **35**, 198.

9. Hat zunächst der Vorsitzende darüber zu befinden, ob nach § 57 Abs. 1 St.P.O. ein Zeuge zu beeidigen ist, oder nicht? I. 18/11 80. **3**, 46.

10. Ist es Sache der dem Vorsitzenden zukommenden Prozeßleitung, ob ein Zeuge vor oder nach der Vernehmung beeidigt werden soll? II. 4/3 81. **3**, 370.

11. Gehört es zu den Funktionen des Vorsitzenden, in einer Strafsache, deren bisherige Verbindung mit einer anderen Strafsache in der Hauptverhandlung aufgehoben wird, die Zeugenliste zu bilden? I. 8/2 94. **25**, 111.

12. Ist es Sache des Vorsitzenden, die Fragen zu bestimmen, welche von seiner Seite den zu Vernehmenden vorzulegen sind? IV. 28/10 96. **29**, 147.

1. Können die Prozeßbeteiligten vom Vorsitzenden verlangen, daß § 239
er bestimmte von ihnen bezeichnete Fragen an die Zeugen richte? IV. 28/10 96. **29**, 147.

2. Sind Fragen über den Leumund rc anderer Personen zulässig? S. St.P.O. § 68.

3. Können einem Zeugen Fragen vorgelegt werden über die Art des Zustandekommens eines Urteils, bei dem er selbst als Richter mitgewirkt hat? II. 13/11 94. **26**, 202.

4. Ist der Vorsitzende allgemein berechtigt, von dem Verteidiger zu verlangen, daß dieser ihm die an die Zeugen und Sachverständigen unmittelbar zu stellenden Fragen vorher mitteile? II. 4/1 89. **18**, 365.

5. Ergibt es einen Revisionsgrund, wenn einem beisitzenden Richter die Stellung einer Frage an einen Zeugen nicht gestattet worden ist? I. 5/5 84. **10**, 378.

6. Aufgabe des Vorsitzenden gegenüber der Frage eines Geschworenen, die weder unter die Bestimmung des § 239 Abs. 2, noch unter die des § 291 Abs. 1 St.P.O. fällt. II. 4/5 00. **33**, 254.

7. Über Ablehnung von Fragen s. unten § 240.

1. Darf eine an einen anwesenden Zeugen zu stellende Frage wegen § 240
tatsächlicher Unerheblichkeit zurückgewiesen werden? IV. 5/12 90. **21**, 236; I. 8/3 83. **8**, 161.

2. Kann auch der Mißbrauch des Fragerechts im Falle des § 239 Abs. 2 dem Vorsitzenden die Befugnis zur Entziehung des Fragerechts geben?

Kann darüber, ob ein Mißbrauch des Fragerechts vorliege, nach § 237 Abs. 2 die Entscheidung des Gerichts angerufen werden? II. 4/1 89. **18**, 365.

3. Hat § 240 auf das Fragerecht der beisitzenden Richter Bezug? I. 5/5 84. **10**, 378.

4. Über unstatthafte Fragen s. auch § 239.

1. Steht dem Gerichte die Entscheidung zu, ob eine von einem § 241
Beisitzer gestellte Frage ungeeignet oder nicht zur Sache gehörig sei? I. 5/5 84. **10**, 378.

2. Kann im Schwurgerichtsverfahren die Ablehnung einer vom

Verteidiger an einen Zeugen gerichteten Frage deshalb beanstandet werden, weil die Geschworenen über den Gegenstand, auf den sich die abgelehnte Frage bezog, in ihrem Verdikte zu entscheiden hätten? III. 5/5 80. **2**, 44.

3. Über Ablehnung von Fragen sonst s. oben § 240.

§ 242 1. Sind Abweichungen von der gesetzlich geordneten Reihenfolge und Form des Verfahrens unzulässig? II. 10/3 93. **24**, 60.

2. Kann in der verspätet erfolgten Verlesung des Eröffnungsbeschlusses ein Revisionsgrund gefunden werden? III. 17/11 82. **23**, 310.

3. Tritt infolge der Wiederaufnahme des Verfahrens der Eröffnungsbeschluß außer Kraft? Darf, bezw. muß dieser Beschluß in der erneuerten Hauptverhandlung verlesen werden, oder ist der Beschluß über die Wiederaufnahme des Verfahrens zu verlesen? II. 23/9 81. **4**, 426.

4. Bildet die Unterlassung der Verlesung des Eröffnungsbeschlusses in der Hauptverhandlung einen Revisionsgrund? III. 22/2 83. **8**, 144; II. 8/2 84. **10**, 230.

5. Ist in dem Falle, wenn gemäß § 270 St.P.O. ein Verweisungsbeschluß ergangen ist, dieser als Eröffnungsbeschluß zu verlesen? II. 8/2 84. **10**, 230.

6. Inwieweit ist es dem Vorsitzenden gestattet, nach Verlesung des Eröffnungsbeschlusses und vor Eintritt in die weitere Verhandlung über die Ergebnisse des Vorverfahrens zu referieren? IV. 27/10 99. **32**, 318.

Absatz 3.

7. Muß bei Vernehmung des Angeklagten gemäß § 242 bezw. § 136 Abs. 2 St.P.O. die Vorschrift des § 251 a. a. O. beachtet werden und die Vorhaltung der Aussage von Zeugen unterbleiben, welche von dem Rechte der Zeugnisverweigerung Gebrauch gemacht haben? I. 20/12 86. **15**, 100.

8. Steht dem Verteidiger das Recht zu, den Angeklagten während seiner Vernehmung darauf aufmerksam zu machen, daß er auf eine an ihn gestellte Frage die Antwort verweigern könne? I. 25/9 99. **32**, 276.

Absatz 4.

9. Begründet die Anwesenheit eines Zeugen während Verlesung des Eröffnungsbeschlusses und Vernehmung des Angeklagten die Revision gegen das ergangene Urteil? II. 7/5 80. **1**, 409.

10. Darf die Vernehmung eines vom Angeklagten geladenen und erschienenen Zeugen deshalb abgelehnt werden, weil er der Verhandlung vor seiner Vernehmung beigewohnt hat? I. 15/4 80. **1**, 366.

11. Kann eine Revisionsbeschwerde ihre Begründung darin finden, daß einem Sachverständigen, welcher auch als Zeuge vernommen werden sollte, die Anwesenheit bei der Verlesung des Eröffnungsbeschlusses und der Vernehmung des Angeklagten gestattet wurde? IV. 25/3 91. **22**, 434.

§ 243 1. Inwiefern ist der Vorsitzende zur Verlesung von Schriftstücken und zu sonstiger Beweisaufnahme ohne Gerichtsbeschluß befugt? I. 5/7 80. **2**, 194.

2. Kann der Vorsitzende einen schon abgelehnten, demnächst aber erneuerten Beweisantrag zurückweisen? II. 4/3 98. **31**, 62.

3. Wirken Beweisanträge der Staatsanwaltschaft, besonders wenn sie neben dem Hauptantrage auf Verurteilung eventuell gestellt sind, auch zu gunsten des Angeklagten? IV. 15/5 88. **17**, 375.

4. Unter welchen Voraussetzungen wirkt der von einem Angeklagten gestellte Beweisantrag auch zu gunsten der Mitangeklagten? III. 21/1 80. **1**, 170.

5. Inwieweit muß ein Beweisantrag substantiiert werden? Enthält die Ablehnung eines unsubstantiierten Beweisantrags eine Gesetzesverletzung? II. 16/12 79. **1**, 34.

6. Darf das Gericht in der Hauptverhandlung dem Angeklagten das Wort entziehen, wenn derselbe erklärt, noch Beweisanträge stellen zu wollen? II. 9/2 92. **22**, 335.

7. Kann unter Umständen eine unzulässige Beschränkung der Verteidigung darin gefunden werden, daß vom Vorsitzenden unterlassen ist, durch Fragen dem Angeklagten Gelegenheit zur Erläuterung eines Beweisantrags zu gewähren? II. 29/1 86. **13**, 316.

8. Kann ein Beweisermittelungsantrag einem Beweisantrage gleich geachtet werden? III. 27/11 93. **24**, 422.

9. Ist ein Beweisantrag darin zu finden, daß der Angeklagte in der Hauptverhandlung ein Schriftstück, in welchem Beweisanträge enthalten sind, ohne Antrag auf Verlesung überreicht? IV. 2/6 96. **28**, 394.

10. Über Stellung von Beweisanträgen durch den Verteidiger wider Willen des Angeklagten s. § 137, S. 315.

11. Ist der Angeklagte dadurch beschwert, daß auf seinen Antrag, zu konstatieren, welcher Zeuge in der Voruntersuchung gewisse Aussagen gemacht habe, vom Vorsitzenden festgestellt wird, es seien von keinem Zeugen solche Aussagen gemacht worden? IV. 2/6 96. **28**, 394.

12. Enthält der Antrag, über die Glaubwürdigkeit eines vernommenen Zeugen eine andere namhaft gemachte Person als Zeugen abzuhören, einen genügend substantiierten Beweisantrag? III. 31/1 95. **27**, 95.

13. Enthält der von der Staatsanwaltschaft gestellte Antrag auf Aussetzung der Verhandlung zwecks Beseitigung der Mängel des die Strafverfolgung bedingenden Strafantrags einen nach § 243 Abs. 2 zu behandelnden Beweisantrag? III. 17/1 95. **26**, 373.

14. Über die Notwendigkeit, einen in der Hauptverhandlung gestellten Beweisantrag vor der Urteilsfällung durch motivierten Gerichtsbeschluß zu bescheiden. II. 16/12 79. **1**, 34; III. 21/1 80. **1**, 170; I. 15/4 80. **1**, 366.

15. Muß über einen Beweisantrag, den der Angeklagte bei seiner gemäß § 232 St.P.O. erfolgten Vernehmung gestellt hat, vom Gerichte Beschluß nach § 243 gefaßt werden? III. 4/2 84. **10**, 135; II. 24/5 89. **19**, 249.

16. Ist eine Bescheidung im Urteile als genügend anzusehen, wenn die Nichtbescheidung durch besonderen Gerichtsbeschluß nicht zum Gegen=

stande einer ausdrücklichen Beschwerde gemacht ist? II. 16/12 79. **1**, 32.

17. Über das Recht des Gerichts, auch im schwurgerichtlichen Verfahren Beweisanträge aus dem Grunde tatsächlicher Unerheblichkeit abzulehnen. III. 20/9 82. **7**, 76; I. 15/3 80. **1**, 315; III. 22/9 02. **35**, 389.

18. Können die Geschworenen zur Beschlußfassung über Beweisanträge, über die Notwendigkeit einer Augenscheinseinnahme veranlaßt werden?

Darf ein in der Sache tätiger Richter den Geschworenen seine eigene Wissenschaft von einem Tatumstande kundgeben? I. 3/12 94. **26**, 272.

19. Kann ein vom Angeklagten in der Hauptverhandlung nur für den Fall nicht erfolgender Freisprechung gestellter Beweisantrag erst im Urteile beschieden werden? I. 22/4 80. **1**, 394; I. 13/1 81. **3**, 222.

20. Wie ist ein zuerst bedingungslos, nach Schluß der Beweisaufnahme aber nur „eventuell" wiederholter Beweisantrag zu behandeln? I. 22/2 97. **29**, 438.

21. Darf das Gericht einen am Schlusse der Beweisaufnahme eventuell gestellten Antrag auf Vernehmung von Zeugen mit Stillschweigen übergehen, wenn der Angeklagte vorher auf Vernehmung derselben, in der Hauptverhandlung auf Ladung erschienenen Zeugen verzichtet hatte? IV. 5/4 95. **27**, 152.

22. Wie ist ein Gerichtsbeschluß, durch welchen die beantragte Vernehmung eines Entlastungszeugen abgelehnt wird, zu begründen? II. 6/2 80. **1**, 189; III. 20/4 81. **4**, 138.

23. Liegt ein Revisionsgrund vor, wenn ein in der Hauptverhandlung gestellter, aber unbeschieden gelassener Beweisantrag aus rechtlichen Gründen unerheblich ist? II. 16/1 80. **1**, 79.

24. Kann die Ablehnung von Beweisanträgen, insoweit sie auf Rechtsirrtum beruht, auch ohne Rücksicht auf § 377 Nr. 8 St.P.O. angefochten werden? II. 25/1 81. **3**, 298.

25. Darf ein an sich tatsächlich nicht unerheblicher Beweisantrag abgelehnt werden, wenn den zu beweisenden Tatsachen nach der konkreten Sachlage Bedeutung nicht beigemessen wird? I. 12/1 80. **1**, 61.

26. Muß auch ein mangelhaft substantiierter Antrag beschieden werden?

Liegt ein genügender Beschluß vor, wenn der Angeklagte mehrere Zeugen benannte, aber nur bei einem Teile das Beweisthema bezeichnete, und das Gericht den ganzen Beweisantrag mit einer Begründung ablehnt, die sich nur auf das bezeichnete Beweisthema bezieht? III. 30/9 86. **14**, 406.

27. Inwiefern kann ein Beweisantrag wegen tatsächlicher Unerheblichkeit des Beweisthemas abgelehnt werden? I. 30/1 97. **29**, 368.

28. Kann die Vernehmung eines Zeugen abgelehnt werden, weil demselben als beteiligt an der Straftat keine Glaubwürdigkeit zukomme? I. 5/5 98. **31**, 137.

29. Darf die beantragte Vernehmung von Zeugen deshalb ab-

gelehnt werden, „weil das Gericht die Sache für genügend aufgeklärt erachte"? III. 17/4 80. **1**, 417. Vgl. III. 10/1 80. **1**, 138.

30. Ist es zulässig, den Antrag auf Vernehmung von Entlastungszeugen deshalb, weil davon kein Erfolg zu erwarten sei, zurückzuweisen? III. 23/12 81. **5**, 312.

31. Kann ein Beweisantrag, der auf Konstatierung außergerichtlicher Erklärungen eines Belastungszeugen abzielt, als unerheblich zurückgewiesen werden? II. 3/11 93. **24**, 404.

32. Kann der Angeklagte, welcher durch Zeugen beweisen will, daß er die ihm zur Last gelegte Tat nicht verübt habe, mit dem Antrage deshalb abgewiesen werden, weil nicht ersichtlich sei, wie die Zeugen die in ihre Wissenschaft gestellte Negation sollten glaubhaft machen können? II. 9/1 80. **1**, 51.

33. Kann in dem Falle, wenn der über den geistigen Zustand des Angeklagten in einem früheren Zeitpunkte zu vernehmende Sachverständige die Abhörung von Zeugen über das Verhalten des Angeklagten zu dieser Zeit für unerheblich erklärt, der Antrag auf Zeugenvernehmung in der bezeichneten Richtung zurückgewiesen werden? III. 2/11 96. **29**, 152.

34. Unter welchen Voraussetzungen rechtfertigt sich die Ablehnung eines Beweisantrags wegen beabsichtigter Verschleppung der Sache? IV. 24/6 85. **12**, 335.

35. Ist ein Beweisanträge in der Hauptverhandlung ablehnender Gerichtsbeschluß genügend damit motiviert, daß das Gericht seine Überzeugung ausspricht, die Anträge seien nur zum Verschleife der Sache gestellt? II. 19/11 85. **13**, 151.

36. Können Beweisanträge als „allein der Verschleppung halber gestellt" abgelehnt werden, wenn die beantragte Beweisaufnahme nach Lage der Sache objektiv eine Verschleppung nicht zur Folge hat? IV. 24/1 90. **20**, 206.

37. Ist das Gericht an seinen eine Beweisaufnahme anordnenden Beschluß gebunden? I. 5/5 98. **31**, 137.

38. Inwieweit kann mit Beziehung auf Abs. 3 die Revision darauf gestützt werden, daß das Gericht seine Befugnis verkannt habe, von Amts wegen die Vervollständigung des Beweises anzuordnen? III. 7/12 85. **13**, 158; III. 23/3 82. **6**, 135.

39. Kann die Zurückverweisung einer Strafsache zur Voruntersuchung erfolgen, nachdem das Hauptverfahren eröffnet ist? III. 1/5 80. **2**, 33.

40. Ist es zulässig, daß das Gericht in der Hauptverhandlung die Einnahme eines Augenscheins anordnet, mit der Ausführung einen der erkennenden Richter beauftragt und das von diesem aufgenommene Protokoll in der fortgesetzten Hauptverhandlung zur Verlesung bringt? I. 30/12 89. **20**, 149.

41. Über Augenschein als Beweismittel s. § 86, S. 309.

42. Über Beschränkung der Verteidigung durch Ablehnung von Beweisanträgen s. auch § 377 Nr. 8.

43. Über Beweisführung durch Berufung auf Akten s. unten § 244.

44. Über Beweiserhebung nach Zurückverweisung einer Sache zur neuen Verhandlung unter Aufrechterhaltung der Feststellungen s. unten § 394.

§ 244 1. Was ist unter „vorgeladenen Zeugen" zu verstehen? I. 29/1 80. 1, 175.

2. Ist § 244 nur anwendbar auf die vorgeladenen, oder auch auf die gestellten — vom Angeklagten mitgebrachten — Zeugen und Sachverständigen? II. 10/2 80. 1, 198; III. 14/2 80. 1, 297; I. 19/4 80. 1, 383.

3. Müssen die Zeugen und Sachverständigen, wenn § 244 Platz greifen soll, in der Hauptverhandlung erschienen sein? I. 29/1 80. 1, 175; II. 10/2 80. 1, 196; I. 15/3 80. 1, 315.

4. Wird die Unterlassung der Vernehmung eines als Zeuge Geladenen dadurch gerechtfertigt, daß er wegen Trunkenheit vernehmungsunfähig ist? III. 13/10 02. **35**, 398.

5. Gehört ein vorgeladener Zeuge, auf welchen die Staatsanwaltschaft vor der Hauptverhandlung verzichtet hat, und welcher deshalb im Termine nicht erschienen ist, zu den „vorgeladenen Zeugen? II. 16/12 79. 1, 34.

6. Ist eine sowohl von der Staatsanwaltschaft, wie vom Angeklagten als Zeuge, bezw. Sachverständiger in Vorschlag gebrachte, geladene und erschienene Auskunftsperson schon aus diesem Grunde ein von beiden Prozeßbeteiligten herbeigeschafftes Beweismittel?

Kann ein anwesender Zeuge als vorgeladen betrachtet werden, ohne daß dem Gerichte der Nachweis der Ladung durch den Gerichtsvollzieher geführt worden ist? III. 18/6 88. **17**, 440; I. 16/1 93. **23**, 400.

7. Wird durch die Nichtvernehmung eines geladenen und erschienenen Zeugen auch dann, wenn der Gegenstand seiner Vernehmung sich als unerheblich erweist, die Revision begründet? II. 24/2 80. 1, 225; III. 3/3 80. 1, 241.

8. Enthält es eine Verletzung des § 244, wenn ein erschienener Zeuge zufolge unrichtiger Angaben über seine Beziehungen zu dem Angeklagten irrtümlich als zur Zeugnisverweigerung berechtigt angesehen und unvernommen entlassen worden ist? I. 15/5 99. **32**, **157**.

9. Ist der Vorschrift des § 244 genügt, wenn der Vorgeladene in der Hauptverhandlung nach irgend einer Richtung — entweder als Zeuge, oder als Sachverständiger — vernommen worden ist? IV. 29/1 95. **26**, 388; IV. 22/10 95. **27**, 398.

10. Gehören Schriftstücke, welche der Angeklagte zu den Akten eingereicht hat, schon deshalb zu den „herbeigeschafften" Beweismitteln? I. 19/4 80. 1, 383.

11. Wann gelten Beweismittel, welche in Gerichtsakten bestehen, als „herbeigeschafft"? III. 3/3 80. 1, 241.

12. Kann einem den Untersuchungsakten beiliegenden Konvolute von Urkunden, Aktenstücken rc als solchem die Eigenschaft eines herbeigeschafften Beweismittels zugeschrieben werden? Ist es dabei von rechtlicher Bedeutung, daß in einer früheren Hauptverhandlung die Akten-

stücke als Beweismittel benutzt worden sind? III. 17/4 93. **24**, 104; II. 27/9 81. **5**, 27; III. 15/1 81. **3**, 250.

13. Sind Handelsbücher, welche dem Gerichte in der Hauptverhandlung vorliegen, als herbeigeschaffte Beweismittel im Sinne des § 244 zu erachten? III. 13/10 90. **21**, 108.

14. Genügt die Bezugnahme auf amtliche Verhandlungen in einem Strafbescheide der Verwaltungsbehörde, um die jene Verhandlungen enthaltenden, bei den Gerichtsakten befindlichen Aktenstücke als „herbeigeschaffte Beweismittel" anzusehen? III. 7/12 85. **13**, 158.

15. Kann eine Urkunde als herbeigeschafftes Beweismittel angesehen werden, wenn dieselbe in der Hauptverhandlung nicht erwähnt, ihre Herbeischaffung zur Hauptverhandlung nicht konstatiert wird? II. 16/12 81. **5**, 268.

16. Ist das Protokoll über eine in der Hauptverhandlung durch Gerichtsbeschluß angeordnete Augenscheinseinnahme ein „herbeigeschafftes Beweismittel"? IV. 14/3 93. **24**, 76.

17. Unter welchen Voraussetzungen ist die Verlesung des Protokolls über eine nicht vom erkennenden Gerichte angeordnete kommissarische Vernehmung geboten? Ist ein bei den Akten befindliches Protokoll über die kommissarische Vernehmung eines Zeugen ein „herbeigeschafftes Beweismittel"? IV. 21/12 94. **26**, 289; II. 24/10 82. **7**, 127.

18. Ist dann, wenn die Herbeischaffung eines Gegenstandes zum Zwecke einer in der Hauptverhandlung vorzunehmenden Besichtigung stattgehabt hat, das Augenscheinsobjekt „ein herbeigeschafftes Beweismittel"? II. 16/12 90. **21**, 225.

19. Über Anwendung des § 244, wenn in der Hauptverhandlung verbundene Sachen separiert werden. I. 8/2 94. **25**, 111.

20. Ist das Gericht durch § 244 gehindert, Beweise, welche völlig heterogene Umstände betreffen, solche, die in gar keiner Beziehung zu der vorliegenden Untersuchung stehen, abzuschneiden? III. 3/3 80. **1**, 241.

21. Genügt die Zustimmung des mit einem Verteidiger versehenen Angeklagten zu der Nichtvernehmung von Zeugen, oder muß auch der Verteidiger sich damit einverstanden erklären? III. 7/11 87. **16**, 376.

22. Ist die vom Verteidiger in Anwesenheit und ohne Widerrede des Angeklagten abgegebene Verzichtleistung auf einen Zeugen auch für den Angeklagten bindend? II. 10/2 80. **1**, 198.

23. Unter welcher Voraussetzung kann in einem rein passiven Verhalten der Prozeßbeteiligten bei Nichtvernehmung eines geladenen und erschienenen Zeugen das in § 244 gedachte Einverständnis gefunden werden? III. 14/7 81. **4**, 398.

24. Darf in einer gegen mehrere Angeklagte gerichteten Hauptverhandlung von der Erhebung einzelner herbeigeschaffter Beweise unter allen Umständen nur dann abgesehen werden, wenn alle Angeklagte sich damit einverstanden erklären? II. 4/4 84. **10**, 300.

25. Kann die Vernehmung eines vom Angeklagten geladenen und erschienenen Zeugen deshalb abgelehnt werden, weil er der Verhandlung vor seiner Vernehmung beigewohnt habe? I. 15/4 80. **1**, 366.

26. Greift die Vorschrift des § 244 Platz, wenn das Gericht sich nur mit der Frage befaßt, ob nicht eine Verhandlung über die Tat wegen Mangels eines Strafantrags ausgeschlossen ist? I. 12/7 80. **2**, 221.

§ 245 1. Ist die Stellung eines Beweisantrags noch nach Anordnung des schwurgerichtlichen Berichtigungsverfahren zulässig? II. 5/5 96. **28**, 340.

2. Sind in dem Termine zur Urteilsverkündung noch neue Beweisanträge zulässig? III. 11/12 80. **3**, 116.

3. Über Ablehnung von Beweisanträgen, die nur auf Verschleppung der Sache abzielen, s. § 243, Nr. 34—36, S. 339.

§ 246 1. Ist der wieder vorgelassene Angeklagte auch von den in seiner Abwesenheit seitens der Staatsanwaltschaft zur Begründung ihrer Anträge gemachten Ausführungen zu unterrichten? III. 9/3 99. **32**, 88.

2. Wird der Vorschrift des § 246 dadurch genügt, daß der wieder vorgelassene Angeklagte während seiner Vernehmung von dem in seiner Abwesenheit Verhandelten unterrichtet wird? II. 14/4 99. **32**, 120.

3. Darf die in § 246 vorgesehene Maßnahme auch auf die Erhebung eines Urkundenbeweises ausgedehnt werden? Fer. 25/7 96. **29**, 30.

4. Anwendung des § 246 bei Vernehmung eines Angeklagten in Abwesenheit eines Mitangeklagten, insbesondere in dem Falle, wenn bei mehreren Angeklagten zu befürchten ist, daß ein jeder bei Vernehmung in Gegenwart des anderen die Wahrheit nicht sagen werde? IV. 13/12 89. **20**, 123; II. 30/3 83. **8**, 153.

5. Darf die Mitteilung, welche der Vorsitzende dem gemäß § 246 aus dem Sitzungszimmer entfernten Angeklagten nach dessen Wiedervorlassung zu machen hat, in Abwesenheit des anderen Angeklagten erfolgen? Erwächst aus einem derartigen Verfahren jedem der beiden Angeklagten ein Revisionsgrund? Fer. 27/7 01. **34**, 332.

6. Stellt die Unterlassung einer Mitteilung des Vorsitzenden an den Angeklagten von dem Inhalte des in seiner Abwesenheit Verhandelten unter allen Umständen einen Revisionsgrund dar? II. 6/2 83. **8**, 49.

7. Bedarf es für die Anordnung der in § 246 vorgesehenen Maßnahme eines Gerichtsbeschlusses? IV. 28/2 90. **20**, 273.

8. Muß, wenn während der zeitweisen Entfernung des Angeklagten aus dem Sitzungszimmer die Ausschließung der Öffentlichkeit der Verhandlung beantragt wird, der Angeklagte in das Sitzungszimmer zurückgeführt und über den Antrag gehört werden? IV. 2/10 88. **18**, 138.

9. Darf die Maßnahme gegenüber dem Nebenkläger getroffen werden? IV. 9/3 94. **25**, 177.

10. Kann die Hauptverhandlung, insbesondere vor dem Schwurgerichte, wenn gemäß § 246 Abs. 2 die Entfernung des Angeklagten wegen ordnungswidrigen Benehmens angeordnet worden ist, in seiner Abwesenheit zu Ende geführt werden? IV. 21/11 02. **35**, 433.

§ 248 1. Ist vollständige Verlesung eines als Beweismittel zu benutzenden Schriftstücks geboten? Bedarf es einer solchen für die Feststellung, daß eine Schrift als ganzes unzüchtigen Inhalts sei? III. 19/2 83. **8**, 128.

2. Inwieweit kann die Verlesung von Schriftstücken durch Konstatierung des Inhalts seitens des Vorsitzenden ersetzt werden? IV. 3/7 94. **26**, 32; I. 6/12 80. **3**, 141; I. 4/11 80. **3**, 161; I. 20/1 81. **3**, 282; II. 15/4 02. **35**, 198.

3. Darf der Vorsitzende aus nicht verlesenen Schriftstücken eine Tatsache als Ergebnis seiner Prüfung konstatieren? II. 16/2 94. **25**, 125; II. 29/10 80. **2**, 408.

4. Durch wen hat die Verlesung eines als Beweismittel dienenden Schriftstücks zu erfolgen? III. 1/11 83. **9**, 310.

5. Darf die Verlesung eines als Beweismittel zu benutzenden Schriftstücks durch einen Ergänzungsrichter erfolgen? I. 20/4 95. **27**, 172.

6. Darf die Beweisaufnahme durch Verlesung einer Urkunde in der Weise erfolgen, daß die Urkunde auf Anordnung des Vorsitzenden vom Verteidiger während des Schlußvortrags verlesen wird? I. 30/6 90. **21**, 69.

7. Kann die Verlesung eines in fremder Sprache abgefaßten Schriftstücks durch mündliche Übersetzung des Dolmetschers ersetzt werden? I. 22/6 99. **32**, 239.

8. In welcher Weise sind als Beweismittel dienende, in fremder Sprache abgefaßte Schriftstücke zum Gegenstande der Hauptverhandlung, insbesondere mittels Übertragung durch einen Dolmetscher zu machen? I. 2/7 83. **9**, 51. S. auch St.P.O. § 249 Nr. 4, 5 und G.V.G. § 186.

9. Begründet die Benutzung einer in der Hauptverhandlung nicht verlesenen Urkunde bei der Urteilsfindung die Revision? I. 31/5 80. **2**, 76.

10. Inwiefern ist die Befugnis des Gerichts, Protokolle als Beweisurkunden zur Verlesung zu bringen, durch § 253 St.P.O. eingeschränkt? I. 3/5 88. **18**, 24.

11. Ist die Verlesung der in einem Protokolle über öffentliche Verhandlung erthaltenen, auf falsches eidliches Zeugnis sich beziehenden Aufzeichnung als Verfehlung gegen § 249 zu beanstanden? I. 22/12 87. **17**, 15.

12. Darf zum Zwecke der Feststellung der Beschaffenheit der Aussage eines Zeugen das in einer Verhandlung vor einer Strafkammer darüber Beurkundete verlesen werden? II. 11/3 98. **31**, 69.

13. Über Verlesung von Briefen zwecks Feststellung einer behaupteten Korrespondenz. I. 22/6 99. **32**, 239.

14. Darf ein gemäß § 169 St.P.O. von der Staatsanwaltschaft erlassener Bescheid in der Hauptverhandlung verlesen werden? II. 22/9 93. **24**, 263.

15. Über die Verlesung früher ergangener Strafurteile. Ist diese von der Rechtskraft der Urteile bedingt? II. 30/3 83. **8**, 153.

16. Darf das Protokoll über einen richterlichen Augenschein verlesen werden, wenn bei der Augenscheinseinnahme wesentliche Vorschriften nicht beobachtet worden sind? II. 9/3 80. **1**, 256

17. Über die Frage, ob Augenscheinsprotokolle verlesen werden

dürfen, wenn die Konstatierungen von Ortsverhältnissen nicht auf der Wahrnehmung beider Gerichtspersonen beruhen, s. § 86, Nr. 3, 4 S. 309.

18. Über die Frage, ob die in einem Augenscheinsprotokolle enthaltenen Bekundungen über Wahrnehmungen anderer Personen verlesbar sind, s. § 86 Nr. 5 S. 309.

19. Darf das Protokoll über die Leichenöffnung, im Gegensatze zu demjenigen über die Leichenschau, verlesen werden? III. 8/5 80. **2**, 153.

20. Kann ein richterliches Protokoll über die Vornahme einer Haussuchung in der Hauptverhandlung verlesen werden? Fer. 14/8 93. **24**, 233.

21. Darf in der Hauptverhandlung eine früher von dem Angeklagten bei Gericht eingereichte Eingabe verlesen werden? I. 30/4 88. **18**, 23.

22. Über Beschränkungen des Urkundenbeweises s. weiter § 249.

23. Über die Frage, ob aus § 251 eine Beschränkung des Urkundenbeweises hergeleitet werden kann, s. unten § 251.

24. Über die Statthaftigkeit der Verlesung eines vom Angeklagten herrührenden, ein Schuldbekenntnis enthaltenden Schriftstücks s. unten § 253, Nr. 5 S. 349.

S. zu § 148 auch **5**, 429; **9**, 174.

§ 249 1. Darf ein in der Sache tätiger Richter seine eigene Wissenschaft von einer Tatsache den Geschworenen kundgeben? I. 3/12 94. **26**, 272.

2. Inwieweit ist die Verlesung von Briefen als Teil der Beweisaufnahme in der Hauptverhandlung zulässig? II. 30/12 98. **31**, 407; I. 22/6 99. **32**, 239; III. 7/12 99. **33**, 35.

3. Ist vom Vorsitzenden bei der Verlesung von Briefen kundzugeben, daß damit nicht eine nach § 249 unstatthafte Beweisaufnahme bezielt wird? Was beweist über diesen Punkt das Sitzungsprotokoll? II. 30/12 98. **31**, 407.

4. Kann bei der Feststellung des Inhalts eines fremdsprachigen Beweisstücks die Vernehmung des Dolmetschers durch Verlesung einer vorher von ihm gefertigten Übersetzung ersetzt werden? III. 19/4 94. **25**, 353; II. 9/4 95. **27**, 161.

5. Inwieweit muß, wenn schriftliche Übersetzungen fremdsprachiger Schriftstücke als Beweismittel benutzt werden sollen, Herkunft und Richtigkeit garantiert sein? III. 19/4 94. **25**, 353.

6. Darf der Zeuge in der Hauptverhandlung Notizen, die er seiner Zeit über seine Wahrnehmungen niedergeschrieben hat, bei der Vernehmung benutzen? Ist der Vorsitzende zur Verlesung der Notizen befugt? I. 9/12 89. **20**, 105.

7. Darf dem Sachverständigen in der Hauptverhandlung bei seiner Vernehmung das von ihm früher erstattete Gutachten zur Einsichtnahme übergeben werden? I. 22/9 81. **5**, 129.

8. Enthält die in der Hauptverhandlung mündlich erfolgte Bestätigung eines auf den Sektionsbefund gegründeten schriftlichen Gutachtens

seitens der begutachtenden Ärzte zugleich die mündlich erfolgte Bestätigung des verlesenen Protokolls über die Leichenöffnung? III. 8/5 80. **2**, 153.

9. Ist es zulässig, das Protokoll über die frühere richterliche Vernehmung eines Zeugen in der Hauptverhandlung zu verlesen, nachdem der Zeuge selbst vernommen worden ist? II. 2/2 00. **33**, 128.

10. Ist die Verlesung der in einem Protokolle über öffentliche Verhandlung enthaltenen, auf falsches eidliches Zeugnis sich beziehenden Aufzeichnung als unzulässig zu beanstanden? I. 22/12 87. **17**, 15.

11. Über Verlesung einer Zeugenaussage aus dem Sitzungsprotokolle in einer anderen Verhandlung s. § 248, Nr. 12.

12. Ist die Revision ausgeschlossen, wenn die in Zuwiderhandlung gegen §§ 249, 250 beschlossene Verlesung von Zeugenvernehmungsprotokollen mit Zustimmung der Prozeßbeteiligten erfolgte? Fer. 11/8 83. **9**, 49.

13. Wie muß die Rüge, daß die Verlesung eines Schriftstücks in der Hauptverhandlung gegen § 249 verstoße, begründet sein? II. 11/7 00. **33**, 356.

14. Über Beweiserhebung durch Verlesung fremdsprachiger Urkunden s. noch § 248, Nr. 7, 8 S. 343.

15. Über Verlesung von Auslassungen, die in Augenscheinsprotokollen konstatiert sind, s. § 86, S. 309.

16. Über die Vernehmung von Zeugen über Hörensagen s. § 48, Nr. 7 S. 298.

17. Über die Statthaftigkeit der Verlesung von Protokollen und sonstigen Schriftstücken vgl. auch §§ 248, 250, 252.

§ 250

1. Ist die Befugnis zur Verlesung der Protokolle über die frühere richterliche Vernehmung von verstorbenen ꝛc Zeugen völlig frei, oder auch beim Vorhandensein der dort angegebenen Voraussetzungen durch allgemeine Strafprozeßprinzipien an gewisse Schranken gebunden? I. 8/1 83. **7**, 416.

2. Ist es zulässig, das Protokoll über die polizeiliche Vernehmung einer verstorbenen Person zu verlesen? I. 20/9 80. **2**, 235.

3. Ist die Revision ausgeschlossen, wenn die in Zuwiderhandlung gegen §§ 249, 250 St.P.O. beschlossene Verlesung polizeilicher Zeugenverhörprotokolle mit Zustimmung der Staatsanwaltschaft und des Angeklagten erfolgte? Fer. 11/8 83. **9**, 49.

4. Findet Abs. 1 auf militärgerichtliche Protokolle Anwendung? II. 2/3 97. **29**, 433.

5. Begründet es die Revision, wenn ein Protokoll verlesen wird, das von einem kraft Gesetzes von Ausübung des Richteramts ausgeschlossenen Richter aufgenommen worden ist? IV. 4/5 97. **30**, 70.

6. Erfordert Abs. 1, daß das zu verlesende richterliche Vernehmungsprotokoll in derselben Sache aufgenommen sei? Kann auch ein Protokoll, welches in einer Civilprozeßsache über eine in dieser erfolgte richterliche Vernehmung eines inzwischen verstorbenen Zeugen erwachsen ist, verlesen werden? II. 10/11 82. **7**, 156; I. 5/1 84. **10**, 29. Vgl. I. 31/1 81. **3**, 307.

7. Läßt § 250 Abs. 1 eine analoge Anwendung zu? Kann jemand, der

wegen Handlungsunfähigkeit nicht vernommen werden kann, einem in Geisteskrankheit Verfallenen gleichstehend erachtet werden? III. 31/3 87. **15**, 409.

8. Unter welchen Voraussetzungen darf der Aufenthalt eines Zeugen, Sachverständigen oder Mitbeschuldigten als „nicht zu ermitteln gewesen“ angesehen und daraufhin das Protokoll über seine frühere richterliche Vernehmung verlesen werden?

Kann Angeklagter auf Anstellung der erforderlichen Ermittelungen Verzicht leisten? I. 5/3 85. **12**, 104; Fer. 26/7 83. **9**, 88; III. 11/9 81. **4**, 416; II. 31/3 80. **1**, 285; II. 4/3 81. **3**, 367.

9. Erhält § 250 Abs. 1 eine Einschränkung durch die Bestimmungen des § 51 St.P.O.? Ist es in dieser Beziehung von rechtlichem Einflusse, wenn die Verlesung der betreffenden Aussage vom Angeklagten selbst beantragt wird? IV. 17/1 90. **20**, 186.

10. Darf das Protokoll über die im Ermittelungsverfahren stattgehabte verantwortliche Vernehmung einer demnächst nicht durch öffentliche Klage verfolgten Person nach ihrem Tode in der Hauptverhandlung gegen Angeklagte, zu denen sie in einem Verhältnisse der in § 51 St.P.O. bezeichneten Art stand, verlesen werden? I. 2/3 99. **32**, 72.

11. Über die Voraussetzungen der Verlesung von Protokollen auf Grund des Abs. 2 s. St.P.O. §§ 191, 222, 223.

12. Über die Frage, ob die Protokolle über kommissarische Vernehmungen als „herbeigeschaffte Beweismittel“ anzusehen sind, s. § 244, Nr. 16, 17 S. 341.

13. Darf die Verlesung des Protokolls über eine kommissarische Zeugenvernehmung in der Hauptverhandlung erfolgen, wenn die Vernehmung im Auslande geschah und das Gesetz des Vernehmungsorts die Benachrichtigung der Prozeßbeteiligten von dem Vernehmungstermine, bezw. die Anwesenheit der Prozeßbeteiligten in dem Termine ausschloß? III. 5/1 85. **11**, 391.

14. Ist das Protokoll oder eine andere Erklärung, worauf bei der kommissarischen Vernehmung der Vernommene sich bezieht, in der Hauptverhandlung mitzuverlesen? IV. 21/12 94. **26**, 289; IV. 2/3 86. **14**. 1; I. 22/4 80. **1**, 391.

15. Gilt ein gleiches, wenn bei der kommissarischen Vernehmung auf Erklärungen eines anderen Bezug genommen ist? I. 3/5 88. **18**, 24.

16. Steht der Verlesung des Protokolls über eine kommissarische Zeugenvernehmung entgegen, daß das nach der Anordnung der Vernehmung ergangene Urteil in der Revisionsinstanz aufgehoben worden ist? IV. 8/1 97. **29**, 302.

17. Bedarf es nach Abs. 3 zur Verlesung der Aussage eines auf Gerichtsbeschluß kommissarisch vernommenen Zeugen oder Sachverständigen einer neuen Beschlußfassung in der Hauptverhandlung? III. 10/12 79. **1**, 118; II. 2/3 80. **1**, 236.

18. Wie ist der diesbezügliche Beschluß zu begründen?

Enthält es eine zur Aufhebung des Urteils führende Gesetzesverletzung, wenn über die Beeidigung nichts bemerkt worden ist? III. 3/3 80. **1**, 242; I. 22/4 80. **1**, 391.

19. Bildet es einen Revisionsgrund, wenn bei Verkündung des Gerichtsbeschlusses über die Verlesung der Aussage einer verstorbenen Person bemerkt wurde, die Aussage sei beeidigt, während sie unbeeidigt erfolgt war? I. 20/9 80. **2**, 236.

20. Ist es von rechtlicher Erheblichkeit, wenn die Beeidigung im Vorverfahren ohne einen in § 265 St.P.O. vorgesehenen Grund erfolgt ist? II. 29/2 84. **10**, 156.

21. Inwiefern kann durch die Verlesung einer ohne Grund unbeeidigt gebliebenen kommissarisch erhobenen Zeugenaussage die Revision begründet werden? IV. 5/11 89. **20**, 60.

22. Ist die Verlesung des Protokolls über eine uneidlich erfolgte kommissarische Zeugenvernehmung statthaft, wenn der Zeuge im Auslande vernommen war und nach den Gesetzen des Vernehmungsortes außerhalb der Hauptverhandlung nicht beeidigt werden durfte? Fer. 26/8 85. **12**, 347.

23. Darf ein nicht formgerecht — mit Verstoß gegen § 186 Abs. 3 St.P.O. — aufgenommenes Protokoll verlesen werden? IV. 18/10 01. **34**, 396.

24. Über die Bedingungen der Zulässigkeit der Verlesung s. weiter §§ 191, 222, 223 St.P.O.

1. Enthält es eine Verletzung des § 251, wenn im Ermittelungsverfahren abgegebene Auslassungen von Zeugen, die vom Rechte der Zeugnisverweigerung Gebrauch machen, in der Hauptverhandlung unter der Form von Vorhaltungen kundgegeben werden? III. 14/2 95. **27**, 29; I. 20/12 86. **15**, 100; II. 4/3 02. **35**, 164. § 251

2. Darf über Aussagen, welche eine zur Zeugnisverweigerung berechtigte Person unter Verzicht auf dieses Recht in der Voruntersuchung gemacht hat, wenn sie in der Hauptverhandlung das Zeugnis verweigert, der Untersuchungsrichter als Zeuge vernommen werden? I. 1/11 81. **5**, 142.

3. Können Geschworene über eine Aussage, welche eine zur Zeugnisverweigerung berechtigte Person in einer Schwurgerichtsverhandlung abgegeben hat, als Zeuge vernommen werden, wenn die Person in einer erneuten Verhandlung ihr Zeugnis verweigert? III. 26/5 87. **16**, 119. Vergl. II. 2/5 84. **10**, 374.

4. Darf dem Untersuchungsrichter, welcher über die im Vorverfahren gemachte Aussage einer zur Zeugnisverweigerung berechtigten Person vernommen wird, das Protokoll über diese Aussage zur Einsicht gegeben werden?

Darf der Untersuchungsrichter in der bezeichneten Richtung als Zeuge vernommen werden, wenn die zur Zeugnisverweigerung berechtigte Person bei ihrer Vernehmung im Vorverfahren über ihr Zeugnisverweigerungsrecht nicht belehrt worden ist? III. 5/2 83. **8**, 122.

5. Ist es zulässig, bei Vernehmung eines Verhörbeamten als Zeugen in der Hauptverhandlung aus dem von ihm aufgenommenen Protokolle zur Unterstützung seines Gedächtnisses Aussagen eines von ihm als Beschuldigtem Vernommenen zu verlesen, nachdem letzterer, als

Zeuge zur Hauptverhandlung geladen, von dem Rechte der Zeugnisverweigerung Gebrauch gemacht hat? I. 21/11 01. **35**, 5.

6. Steht § 251 der Verlesung der Aussage eines Mitbeschuldigten entgegen, insbesondere wenn dieser in der Hauptverhandlung nicht erschienen ist? Fer. 26/7 83. **9**, 88.

7. Darf das Protokoll über die im Ermittelungsverfahren stattgehabte verantwortliche Vernehmung einer demnächst nicht durch öffentliche Klage verfolgten Person nach ihrem Tode in der Hauptverhandlung gegen Angeklagte, zu denen sie in einem Verhältnisse der in § 51 St.P.O. bezeichneten Art stand, verlesen werden? I. 2/3 99. **32**, 72.

8. Darf ein Brief, der von einem sein Zeugnis mit Recht verweigernden Zeugen herrührt, verlesen werden? II. 19/6 91. **22**, 51.

9. Erscheint die Vernehmung von Zeugen über ihre Kenntnis durch Mitteilung von seiten solcher Personen als zulässig, welche von ihrem Rechte, Zeugnis zu verweigern, Gebrauch gemacht haben? I. 1/7 86. **14**, 266.

10. Dürfen im Falle berechtigter Zeugnisverweigerung in der Hauptverhandlung Protokolle verlesen werden, die über Auslassungen des das Zeugnis Verweigernden außerhalb des anhängigen Strafverfahrens in anderen Rechtsangelegenheiten vor öffentlichen Behörden entstanden sind? I. 15/5 02. **35**, 247.

§ 252 1. Ist das Protokoll über eine frühere Zeugenvernehmung, wenn dessen Inhalt bei den Tatfeststellungen berücksichtigt werden soll, zu verlesen, oder genügt eine Kundgebung in der Art, daß dem Zeugen, welcher sich der zu bekundenden Tatsachen nicht mehr genau erinnert, aus dem Protokolle Vorhalt gemacht wird? III. 28/3 95. **27**, 163.

2. In welchen Grenzen ist bei Vernehmung eines Zeugen oder Sachverständigen zur Unterstützung seines Gedächtnisses die Verlesung des Protokolls über dessen frühere Vernehmung zulässig?

Ist die Verlesung nur bei richterlichen Protokollen zulässig? II. 7/5 80. **1**, 409.

3. Gestattet § 252 die Verlesung bezüglicher Teile nur aus solchen Protokollen, welche in der zur Hauptverhandlung vorliegenden Untersuchungssache aufgenommen sind? II. 29/4 84. **10**, 358.

4. Darf das Protokoll über die frühere Vernehmung eines Zeugen auch dann verlesen werden, wenn dieser damals als Beschuldigter vernommen worden ist? I. 23/3 85. **12**, 118.

5. Gestattet § 252 auch die Verlesung anderer Protokolle, als solcher, in denen der zu Vernehmende seine eigene Wahrnehmungen zu Protokoll gegeben hat? I. 3/5 88. **18**, 24.

6. Kann der Inhalt des gemäß § 252 verlesenen Protokolls unabhängig von der in der Hauptverhandlung seitens des Zeugen oder Sachverständigen abgegebenen Aussage als Beweismittel verwertet werden? I. 30/1 90. **20**, 220.

7. Ist es zulässig, das Protokoll über die frühere richterliche Vernehmung eines Zeugen in der Hauptverhandlung zu verlesen, nachdem der Zeuge selbst vernommen worden ist? Darf die Verlesung insbesondere

erfolgen, um die vom Zeugen in der Hauptverhandlung abgegebenen Erklärungen zu unterstützen? II. 2/2 00. **33**, 128.

8. Können in den Fällen des § 252 auch Abschriften früherer Vernehmungsprotokolle verlesen werden? II. 14/12 00. **34**, 48.

9. Über einschlagende Entscheidungen s. o. § 249.

10. Über Konstatierung einer nach § 252 erfolgten Verlesung im Protokolle s. § 254.

1. Ist eine Verletzung des § 253 darin zu finden, daß ein nichtrichterliches Protokoll, welches Erklärungen des Angeklagten enthält, diesem in der Hauptverhandlung vorgelesen wird? IV. 18/6 86. **14**, 258; I. 3/5 88. **18**, 24. § 253

2. Inwieweit läßt sich die prozeßwidrige Verlesung von richterlichen Protokollen, welche Erklärungen des Angeklagten enthalten, dadurch unschädlich machen, daß diejenigen Beamten, welche das fragliche Protokoll aufgenommen haben, als Zeugen vernommen werden? III. 10/3 90. **20**, 321.

3. Gehören zu den in § 253 gedachten Erklärungen auch die in den Hauptverhandlungsprotokollen enthaltenen? Ist die Zulässigkeit der Verlesung solcher Erklärungen davon abhängig, daß ihr Wortlaut nach Maßgabe des § 273 Abs. 3 St.P.O. festgestellt ist?

Unter welchen Voraussetzungen dürfen in nichtrichterlichen Protokollen enthaltene Erklärungen, auf welche in richterlichen Protokollen Bezug genommen ist, verlesen werden? II. 5/1 94. **25**, 32. III. 27/3 93. **24**, 94; II. 1/11 89. **20**, 23.

4. Dürfen Erklärungen des Angeklagten, welche er bei seiner Vernehmung als Zeuge in einer anderen Strafsache zu Protokoll gegeben hat, unter den Voraussetzungen des § 253 verlesen werden? III. 20/9 83. **9**, 174.

5. Darf in der Hauptverhandlung ein vom Angeklagten herrührendes Schriftstück, welches ein Schuldbekenntnis enthält, zwecks Beweises dieses Schuldbekenntnisses verlesen werden? II. 9/5 02. **35**, 234.

6. Kann der Vorsitzende dem Angeklagten zur Hebung von Widersprüchen mit früheren Auslassungen oder zur Konstatierung eines Geständnisses Vorhaltungen aus irgend welchen Protokollen machen? III. 11/4 92. **23**, 58.

7. Ist die Anwendung des § 253 beschränkt auf den Fall, wenn nur der eine Angeklagte, dessen frühere Erklärungen in Rede stehen, vorhanden ist, oder auf den Fall, wenn die Tatsache des Geständnisses im Vorverfahren später nur gegen den damals geständig gewesenen Angeklagten selbst als Beweisgrund dienen soll? Fer. 26/7 83. **9**, 88.

8. Über Verlesungen von Feststellungen in einem Sitzungsprotokolle s. o. § 249.

9. Über Konstatierung einer nach § 253 erfolgten Verlesung im Protokolle s. § 254.

§ 254 Sind Verlesungen nach §§ 252, 253 St.P.O. nur auf Antrag, oder von Amts wegen zu protokollieren? IV. 27/10 99. **32**, 315; III. 8/5 80. **2**, 153.

§ 255 1. Ist hinsichtlich der ein Zeugnis enthaltenden Erklärungen öffentlicher Behörden, welche verlesen werden dürfen, abgesehen von den im Gesetz selbst gemachten Einschränkungen, eine Einschränkung auch nach dem Gegenstande zu machen, auf den sich das Zeugnis bezieht? Fer. 26/7 83. **9**, 88.

2. Ist ein Kollegium deshalb, weil es nur zur Abgabe von Gutachten berufen ist, nicht als öffentliche Behörde anzusehen? Kommt diese Eigenschaft dem Medizinalkomitee einer bayerischen Universität nicht zu? I. 26/9 95. **27**, 359.

3. Kann das Gutachten einer Behörde nur dann verlesen werden, wenn es unmittelbar dem Gerichte erstattet worden ist?

Ist die Reichsdruckerei eine öffentliche Behörde? IV. 31/5 89. **19**, 264.

4. Sind die nach § 31 des Gesetzes über das Urheberrecht vom 11. Juni 1870 gebildeten Sachverständigenvereine öffentliche Behörden, deren schriftliche Gutachten verlesen werden dürfen? III. 23/11 91. **22**, 258.

5. Sind die Ältesten der Kaufmannschaft zu Berlin als eine öffentliche Behörde anzusehen? II. 3/10 84. **11**, 132.

6. Ist der Vorstand einer Berufsgenossenschaft als öffentliche Behörde anzusehen? IV. 1/10 01. **34**, 367.

7. Gehören Berichte, welche an die Staatsanwaltschaft von einem Beamten derselben über das Ergebnis von Ermittelungen erstattet werden, zu den verlesbaren Erklärungen öffentlicher Behörden? II. 1/10 80. **2**, 301.

8. Ist der Bericht eines Richters über eine im Auftrage des Oberlandesgerichtspräsidenten bei einem Notar vorgenommene Revision eine Urkunde, die nach § 255 verlesen werden darf? II. 9/10 94. **26**, 138.

9. Sind die Großherzoglich Hessischen Kreisgesundheitsämter öffentliche Behörden im Sinne des § 255? I. 29/6 96. **29**, 26.

10. Sind die bayerischen Distrikts- oder Bezirkstechniker Behörden, deren Gutachten verlesen werden dürfen? I. 5/3 94. **25**, 140.

11. Darf eine im Vorverfahren erfolgte Fahrnisabschätzung eines badischen Waisenrichters gemäß § 255 verlesen werden? I. 13/11 99. **32**, 365.

12. Sind auch Atteste über den Leumund von Zeugen nicht verlesbare Urkunden?

Dürfen Zeugnisse der Dienstherrschaft in preußischen Gesindedienstbüchern als Leumundszeugnisse nicht verlesen werden? II. 4/2 98. **30**, 439.

13. Darf über den Leumund oder das frühere Geschäftsgebaren eines Angeklagten durch Verlesung oder Mitteilung von Zeitungsartikeln Beweis erhoben werden? II. 16/2 94. **25**, 125.

14. Ist das von der Schulinspektion ausgestellte Zeugnis über die geistige Kapazität eines Schülers ein Leumundszeugnis, das nicht verlesen werden darf? I. 2/2 80. **1**, 234.

15. Können Leumundszeugnisse verlesen werden, wenn überhaupt

nur die Tatsache, daß derartige Zeugnisse ausgestellt worden sind, nachgewiesen werden soll? I. 25/1 94. **25**, 93.

16. Was sind ärztliche Atteste im Sinne des § 255? Gehören dahin insbesondere die seitens der Polizei- oder Justizbehörden von Ärzten eingezogenen Befundberichte und Gutachten? I. 8/7 89. **19**, 364.

17. Sind unter ärztlichen Attesten nur solche Atteste zu verstehen, welche von Personen herrühren, denen als Ärzten im Sinne des § 29 Gew.O. eine Approbation erteilt ist? III. 29/3 86. **14**, 55.

18. Was versteht § 255 unter „Körperverletzungen", die nicht zu den schweren gehören? I. 5/2 80. **1**, 188.

19. Darf ein ärztliches Attest verlesen werden, wenn dadurch eine leichte Körperverletzung als Indiz für eine schwerere Straftat konstatiert werden soll? I. 9/7 94. **26**, 38.

20. Dürfen in der Verhandlung einer Anklage wegen Körperverletzung ärztliche Atteste über Verletzungen, welche der Angeklagte erhalten hat, verlesen werden? II. 14/2 02. **35**, 162.

21. Darf auf Grund des § 255 der ärztliche Befundbericht über eine leichte Körperverletzung verlesen werden, wenn es sich nicht um ein ärztliches Attest, sondern um eine protokollarische Vernehmung handelt? II. 5/5 82. **6**, 254.

22. Ist es zulässig, daß ein Arzt in der Hauptverhandlung über den Inhalt des von einem andern Arzte bezüglich einer schweren Körperverletzung ausgestellten Attestes vernommen wird? I. 25/3 86. **14**, 4.

23. Begründet § 255 ein Recht auf Verlesung der daselbst genannten Schriftstücke, auch wenn das Gericht solche für unerheblich erachtet? I. 19/4 80. **1**, 383.

24. Genügt im Falle des Abs. 2 für den Vertreter des Gutachtens eine Berufung auf den von ihm als Mitglied der Behörde geleisteten Eid? III. 29/1 81. **3**, 326.

25. Über die Unzulässigkeit der Verlesung dessen, was in einem Augenscheinsprotokolle vom Gerichtsschreiber konstatiert ist, s. o. § 86, Nr. 3, 4 S. 309.

1. Begründet die Nichtbeobachtung die Revision? II. 12/7 80. **2**, 202. **§ 256**

2. Kann die Revision darauf gegründet werden, daß der Vorsitzende einem schwerhörigen Angeklagten vor der Befragung gemäß § 256 den Inhalt der Zeugenaussagen nicht zur Kenntnis gebracht hat? IV. 7/1 87. **15**, 172.

1. Enthält die Vorschrift des Abs. 1 eine wesentliche Förmlichkeit des Verfahrens? Muß das Wort erteilt werden unabhängig davon, ob die Berechtigten es ausdrücklich verlangt haben? **§ 257**

Muß dem Nebenkläger neben dem Staatsanwalte das Wort erteilt werden?

Kann sich aus der Verletzung der bezüglichen Vorschriften ein Revisionsgrund ergeben? IV. 28/10 87. **16**, 253.

2. Ist die Staatsanwaltschaft in der Hauptverhandlung, unabhängig von der gerichtlichen Sachleitung, prozessualisch berechtigt, zu ihren Schluß-

ausführungen das Wort so oft zu ergreifen, als ihr dies angemessen erscheint? III. 6/10 84. **11**, 135.

3. Muß im Falle der Wiedereröffnung der Beweisaufnahme nach Erstattung der Schlußvorträge dem Angeklagten nochmals das Wort erteilt werden? II. 5/5 82. **6**, 254.

4. Muß dem Angeklagten nach Ablehnung eines bei der Schlußausführung gestellten Beweisantrags nochmals das Wort erteilt werden? IV. 3/7 94. **26**, 32.

5. Kann die Verkündung der Ablehnung eines in der Hauptverhandlung gestellten Beweisantrags mit derjenigen des Urteils verbunden werden, ohne zwischen beiden dem Angeklagten nochmals das Wort zu erteilen, wenn dieser in erster Linie Beweisaufnahme und eventuell Freisprechung beantragt hatte? IV. 29/4 90. **20**, 380.

6. Muß in Schwurgerichtssachen zur Schuldfrage dem Angeklagten das letzte Wort erteilt werden? I. 30/10 99. **32**, 321.

7. Muß auch der ohne Verteidiger erschienene Angeklagte, nachdem er das letzte Wort erhalten hat, befragt werden, ob er noch etwas anzuführen habe? II. 6/12 92. **23**, 319.

8. Muß der Angeklagte, der nach den Schlußvorträgen des Staatsanwalts und des Verteidigers das Wort erhalten hat, dann noch befragt werden, ob er noch etwas anzuführen habe? II. 6/12 92. **23**, 320.

9. Ist die Bestimmung des Abs. 3 eine Rechtsnorm, deren Verletzung zur Aufhebung des Urteils führen kann? III. 24/9 83. **9**, 69.

10. Kann auf die Unstatthaftigkeit einer Deduktion des Staatsanwalts eine Revisionsbeschwerde gestützt werden? I. 22/6 99. **32**, 239.

11. Über Anwendung des § 257 im schwurgerichtlichen Verfahren s. unten § 299.

§ 258 1. Was muß das Protokoll über die Zuziehung und Tätigkeit des Dolmetschers enthalten?

Ist die Bekanntmachung der Schlußanträge des Staatsanwalts und Verteidigers an den Angeklagten durch den Dolmetscher eine der Förmlichkeiten, deren Beobachtung aus dem Protokolle ersehen werden muß? I. 27/4 80. **1**, 397.

2. Über Befragung eines Schwerhörigen gemäß § 256 St.P.O. s. § 256.

3. Über Verwertung von Schriftstücken, die in fremder Sprache abgefaßt sind, s. oben § 248 Nr. 7, 8 S. 343; § 249, Nr. 4, 5 S. 344.

§ 259 1. Was gehört in die Urteilsformel? Muß bei dem Aussprechen einer nicht in die Staatskasse fließenden Geldstrafe die Kasse, an welche die Strafe zu gelangen hat, angegeben werden? IV. 14/6 87. **16**, 142.

2. Ist die Urteilsformel, „daß die Strafverfolgung für unzulässig zu erachten", statthaft?

Wie hat die Urteilsformel zu lauten, wenn das Gericht wegen des Grundsatzes ne bis in idem oder wegen Rechtshängigkeit eine Entscheidung in der Sache abzugeben ablehnt?

Wie ist zu erkennen, wenn die in dem Eröffnungsbeschlusse angenommene Tat nicht festgestellt werden kann und die Tat, wie sie sich in der Hauptverhandlung ergeben hat, wegen Mangels eines Strafantrags nicht verfolgt werden kann?

In welchen Formen und unter welchen Voraussetzungen ist in dem Falle, wenn durch Urteil wegen Mangels des erforderlichen Strafantrags auf Einstellung des Verfahrens erkannt ist, die Staatsanwaltschaft zur Wiederaufnahme der Strafklage befugt? II. 16/12 79. **1**, 37; III. 18/12 82. **7**, 355; III. 23/6 83. **9**, 14.

3. Wie ist die Urteilsformel zu fassen, wenn bei der Anklage wegen Beleidigung zweier Personen durch eine Handlung in der einen Richtung das Vorhandensein einer Beleidigung verneint, in der anderen der Strafantrag als nicht vorliegend angenommen wird? III. 2/5 95. **27**, 193.

4. Über Fassung der Urteilsformel im Falle der Strafunmündigkeit. IV. 15/11 89. **20**, 46.

5. Über die Urteilsfassung im Falle der Verjährung. III. 8/10 85. **12**, 434.

6. Gibt es eine Freisprechung bezüglich eines einzelnen rechtlichen Gesichtspunkts einer Straftat?

Ist der Richter behindert, auf den durch eine solche Freisprechung erledigten Gesichtspunkt zurückzukommen, wenn das Urteil aufgehoben und die Sache zur neuen Verhandlung zurückgewiesen worden ist? II. 16/11 80. **3**, 43.

7. Kann die Strafkammer bezüglich einer Straftat von dem der Anklage zu grunde liegenden rechtlichen Gesichtspunkte aus ein freisprechendes Urteil fällen und gleichzeitig durch Beschluß dieselbe Straftat unter dem Gesichtspunkte eines anderen Reats an das Schwurgericht verweisen? I. 7/10 80. **3**, 4.

8. Kann ein Gericht höherer Ordnung wegen Zuwiderhandlung gegen die seine Zuständigkeit begründenden Gesetzesvorschriften freisprechen und im übrigen wegen Rechtshängigkeit der Sache bei einem Gerichte niederer Ordnung das Verfahren einstellen? II. 13/11 96. **29**, 174.

9. Ist es zulässig, bezüglich eines Teiles der von der angeschuldigten Straftat umfaßten Objekte ein verurteilendes oder freisprechendes Urteil zu erlassen und bezüglich eines anderen Teiles die Verhandlung behufs weiterer Erhebungen zu vertagen? I. 13/12 88. **18**, 297.

10. Kann wegen fehlenden Strafantrags das Verfahren als „zur Zeit“ unstatthaft eingestellt werden? II. 31/5 81. **4**, 211.

11. Kann ohne ein Eintreten in die Verhandlung der Sache darüber entschieden werden, ob ein Strafantrag rechtzeitig eingebracht ist? I. 12/7 80. **2**, 221.

12. Über die Feststellung des erforderlichen Strafantrags. III. 31/12 79. **1**, 43; I. 16/6 81. **4**, 264; II. 4/4 82. **6**, 161; III. 2/2 85. **12**, 34. S. auch St.G.B. § 61.

13. Mit welchem Zeitpunkte ist der Inhalt eines Urteils, bezw. der Entscheidungsgründe für die betreffende Instanz festgestellt? Inwieweit

können Fehler nachträglich berichtigt werden? I. 23/12 95. **28**, 81; IV. 22/1 86. **13**, 267.

14. Sind Urteilsformel und Urteilsgründe ein Ganzes in der Art, daß letztere zur Klarstellung der Urteilsformel dienen können? II. 22/10 80. **2**, 378.

15. Wie ist zu verfahren, wenn ein Taubstummer angeklagt ist, ohne daß eine Verständigung durch einen in der Hauptverhandlung zugezogenen Dolmetscher gelingt? III. 10/11 80. **3**, 29.

16. Über die Frage der Möglichkeit der Verhandlung mit einem an partieller Geistesstörung Leidenden s. § 203.

17. Über Urteilsfassung und die Zulässigkeit nachträglicher Änderungen s. noch §§ 266, 267, 275.

18. Über die Notwendigkeit der Mitwirkung derselben Richter bei der Urteilsverkündung s. oben § 225.

19. Über die Kostentragung bei Einstellung des Verfahrens s. unten § 499.

§ 260 1. Gilt auch bei Prüfung von Sachverständigen-Gutachten der Grundsatz freier Beweiswürdigung? I. 30/11 81. **7**, 425.

2. Begründet die Benutzung einer in der Hauptverhandlung nicht verlesenen Urkunde bei der Urteilsfindung die Revision? I. 31/5 80. **2**, 76.

3. Ist das eine neue Verhandlung der Sache anordnende Revisionsurteil in der demnächstigen Hauptverhandlung zu verlesen? II. 15/5 91. **21**, 436.

4. Kann das Gericht, wenn in der Hauptverhandlung außer der Vernehmung des Angeklagten gar keine Beweisaufnahme stattgefunden hat, seine Überzeugung auf anderweit ermittelte Umstände neben dem Geständnisse des Angeklagten gründen? II. 16/1 80. **1**, 81.

5. Darf die Vernehmung eines Sachverständigen, nachdem sich das Gericht zur Beratung des Urteils zurückgezogen, im Beratungszimmer ohne Zuziehung der Prozeßbeteiligten stattfinden?

Ist, wenn ein solches geschehen ist, zur Aufhebung des Urteils die Prüfung der Frage notwendig, ob das Urteil auf der in dieser Weise bewirkten Vernehmung beruht? III. 28/3 88. **17**, 287.

6. Darf eine Zeugenaussage, deren Beeidigung unstatthafterweise verweigert worden ist, für die zutreffenden Feststellungen verwertet werden? I. 19/2 94. **25**, 134.

7. Kann zur Feststellung der Gewerbsmäßigkeit einer Tat, bezüglich deren der Angeklagte rechtskräftig freigesprochen ist, eine mit dieser Freisprechung nicht im Einklang stehende Würdigung eintreten? IV. 1/6 00. **33**, 303.

8. Darf das Gericht zur Begründung der Freisprechung von der Anklage der Beihülfe sich auf die Feststellung beschränken, daß der Haupttäter in einem anderen Strafverfahren bereits rechtskräftig freigesprochen worden sei? II. 22/6 00. **33**, 319.

9. Zur Bestimmung des Begriffs und der Bedeutung der Gerichts-

kundigkeit im Strafverfahren. II. 15/11 87. **16**, 327; IV. 7/2 96. **28**, 171; IV. 16/1 00. **33**, 76.

10. Kann mit den Prozeßbeteiligten darüber verhandelt werden, ob eine Tatsache gerichtskundig ist? Muß die für gerichtskundig erklärte Tatsache zum Gegenstande der Verhandlung gemacht werden? IV. 7/2 96. **28**, 171.

11. Berücksichtigung des Nationalcharakters rc als notorischen Tatumstandes. IV. 14/6 98. **31**, 185.

12. Ist das Gericht bei Zuwiderhandlung gegen Steuergesetze an eine Vorentscheidung der Verwaltungsbehörde gebunden? S. unten § 462 Nr. 2.

13. Haben die in früheren Gesetzen aufgestellten Rechtsvermutungen neben § 260 noch Geltung? III. 10/3 90. **20**, 321.

14. Über Unbeschränktheit des Strafrichters in seinen Feststellungen s. weiter § 261.

1. Zur Auslegung des § 261. III. 11/6 81. **4**, 355. § 261

2. Ist in § 261 der allgemeine Grundsatz aufgestellt, daß der Strafrichter an das Urteil des Civilrichters nicht gebunden ist? Ist der Grundsatz beschränkt auf den Fall, wo die Tatsachen, in denen der Tatbestand einer strafbaren Handlung enthalten sein soll, vor dem Urteile des Civilrichters liegen? II. 5/10 86. **14**, 364.

3. Welchen Standpunkt hat der Strafrichter bei Aburteilung einer Anklage wegen Patentverletzung gegenüber einem civilgerichtlichen Urteile über Verletzung desselben Patents einzunehmen? I. 28/9 93. **24**, 266.

4. Ist der Strafrichter auch gegenüber Entscheidungen der Verwaltungsbehörden — speziell gegenüber Entscheidungen, welche auf Grund des preußischen Strombauverwaltungsgesetzes vom 20. August 1883 von Verwaltungsorganen getroffen worden sind — in seiner Entscheidung über eine zur Anklage gebrachte Tat unbeschränkt? IV. 25/1 89. **18**, 436.

5. Müssen die Entscheidungen der Verwaltungsbehörden über die Zollpflichtigkeit eines Gegenstandes und speziell über die Zugehörigkeit einer konkreten Warengattung zu einer bestimmten Position des Zolltarifs von den Gerichten bei Entscheidung über eine zur Anklage gebrachte Zolldefraudation als bindend anerkannt werden? III. 28/11 87. **17**, 21; III. 29/1 85. **12**, 1.

6. Ist das Strafgericht bei Aburteilung über eine Anklage wegen Unterlassung der im Interesse der Grundlastenablösung in Bayern vorgeschriebenen Anzeige einer beabsichtigten Gutszertrümmerung an die Entscheidung der Verwaltungsbehörde, daß die Voraussetzungen der Ablösungspflicht gegeben seien, gebunden? I. 2/11 99. **32**, 330.

7. Steht nach dem Patentgesetze vom 25. Mai 1877 dem Strafrichter die Entscheidung darüber zu, ob ein Patent vom Patentamte mit Unrecht erteilt sei? I. 17/1 81. **3**, 252; II. 24/10 82. **7**, 146.

8. Hat der Strafrichter darüber zu entscheiden, ob eine Ziegelei im Sinne des § 154 Abs. 2 Gew.O. (Fassung vom 1. Juni 1891) nicht bloß vorübergehend oder in geringerem Umfange betrieben wird? IV. 6/11 94. **26**, 180.

9. Kann von der durch § 261 Abs. 2 gegebenen Ermächtigung zur Aussetzung der Untersuchung noch in der Revisionsinstanz Gebrauch gemacht werden? I. 17/1 81. **3**, 252.

10. Kann darauf, daß ein Strafgericht keine Veranlassung gefunden, von der Befugnis des § 261 Abs. 2 Gebrauch zu machen, vielmehr ohne weiteres die in Betracht kommenden bürgerlichen Rechtsverhältnisse selbständig mit entschieden hat, eine Revisionsbeschwerde gegründet werden? III. 4/10 88. **18**, 123.

11. Ist gegenüber dem § 261 die abweichende Vorschrift des § 14 des preußischen Gesetzes über die Erweiterung des Rechtswegs vom 24. Mai 1861 in Kraft verblieben? II. 24/4 83. **8**, 224.

12. Sind gegenüber dem § 261 die Bestimmungen des französischen Gesetzes vom 22. Frimaire VII in Geltung geblieben derart, daß das Strafgericht bei Auswerfung der für Auslassungen bei einer Sterbefallserklärung verwirkten Strafe an das vorangehende Urteil des Civilgerichts über die Höhe der für die Auslassungen verschuldeten Gebühr gebunden ist? I. 2/3 93. **24**, 67.

S. zu § 261 Abs. 1 auch **32**, 106.

§ 262 1. Gehört die Frage, ob ein Strafantrag rechtzeitig eingebracht worden sei, zur Schuldfrage? I. 12/7 80. **2**, 221; II. 4/4 82. **6**, 161.

2. Enthält § 370 Nr. 5 St.G.B.'s einen vom Gesetze besonders vorgesehenen, die Strafbarkeit des Diebstahls vermindernden Umstand? Wie hat bei der Entscheidung, ob gemeiner Diebstahl oder Mundraub vorliegt, die Abstimmung zu erfolgen? III. 28/1 82. **5**, 404.

3. Ist die Festsetzung eines die Strafbarkeit vermindernden Umstands im Sinne des § 262 Abs. 2 zu erkennen in § 57 Nr. 4 St.G.B.'s? II. 10/2 82. **6**, 25.

4. — in § 157 Abs. 1 St.G.B.'s? I. 27/4 80. **1**, 423.

5. — in § 213 St.G.B.'s? IV. 8/6 86. **14**, 298; I. 21/6 00. **33**, 323.

6. Kann die Entscheidung des Gerichts in betreff der Verjährung von dem die Schuldfrage bejahenden Spruche der Geschworenen abweichen? IV. 7/12 86. **15**, 107.

7. Über Art der Abstimmung s. G.V.G. § 196.

8. Über die Frage, ob eine Aufhebung des Urteils wegen ungenügender Feststellung des Rückfalls zu Aufhebung aller Feststellungen nötigt, s. § 393.

§ 263 1. Zu § 263 s. zugleich die Entscheidungen über „ne bis in idem" S. 317.

2. Was versteht § 263 unter „Anklage"? III. 15/3 83. **8**, 248; I. 10/11 84. **11**, 253; III. 25/5 81. **4**, 192; II. 8/3 81. **3**, 406.

3. Kann das Gericht, an welches eine Strafsache gemäß § 270 St.P.O. verwiesen worden ist, die Aburteilung deshalb ablehnen, weil der Verweisungsbeschluß hinsichtlich der Identität der verwiesenen und der ur-

Digitized by Google

sprünglich unter Anklage gestellten Tat einen Irrtum enthalte? I. 10/1 84. **11**, 253.

4. Kann ein die Sache materiell erledigendes Urteil erlassen werden, wenn die Anklageschrift und der Eröffnungsbeschluß verschiedene Straftaten im Auge haben? I. 16/5 95. **27**, 233.

5. Ist in dem Falle, wenn nur die Anklageschrift, aber nicht der Eröffnungsbeschluß die erforderliche Bezeichnung der Straftat enthält, für die Begrenzung des Gegenstandes der Urteilsfindung der Inhalt der Anklageschrift maßgebend? II. 8/3 81. **3**, 406.

6. Zum Begriffe von „in der Anklage bezeichnete Tat“. I. 15/3 97. **30**, 11; II. 1/11 93. **24**, 370; III. 15/11 86. **15**, 133; III. 1/10 85. **12**, 409; I. 12/3 83. **8**, 135; I. 19/12 81. **5**, 249; III. 8/10 81. **5**, 97.

7. Können die ordentlichen Gerichte, wenn die den Gegenstand der Untersuchung bildende Tat in idealer Konkurrenz auch die Merkmale eines der Gerichtsbarkeit der ordentlichen Gerichte entzogenen und derjenigen von Sondergerichten (preußischen Rheinschiffahrtsgerichten) unterstellten Delikts enthält, gleichwohl die Tat auch unter dem letzteren Gesichtspunkte ihrer Entscheidung unterziehen? I. 18/10 00. **33**, 405.

8. Über die Anwendung des § 263 im schwurgerichtlichen Verfahren. III. 13/10 80. **2**, 361.

9. Welche strafbaren Handlungen umfaßt ein bezüglich eines Kollektivdelikts ergangener Eröffnungsbeschluß? III. 12/7 82. **7**, 32; II. 10/11 82. **7**, 229.

10. Können von den einzelnen Akten eines zur Anklage stehenden Kollektivdelikts nur einige gleichzeitig abgeurteilt, andere aber durch Vertagung der Hauptverhandlung zur besonderen Aburteilung verwiesen werden? IV. 21/10 98. **31**, 286.

11. Kann gegenüber einem das Strafverfahren wegen eines Kollektivdelikts eröffnenden Beschlusse später noch wegen einer einzelnen an sich unter das Kollektivdelikt fallenden strafbaren Handlung ein Strafverfahren eingeleitet werden? II. 8/12 99. **33**, 11.

12. Hat die urteilende Strafkammer, wenn sie findet, daß eine nicht angeklagte Anstiftung statt der angeklagten Täterschaft vorliegt, sich der Aburteilung der Anstiftung zu unterziehen, auch wenn ein dahin gehender Antrag von der Staatsanwaltschaft nicht gestellt ist? III. 8/12 80. **3**, 95.

13. Umfaßt die wegen Täterschaft erhobene Anklage auch die zu der betreffenden Straftat geleistete Beihülfe und die Begünstigung der Tat? I. 10/12 85. **13**, 146; II. 23/10 83. **9**, 161; I. 5/5 94. **25**, 334.

14. Kann ein das Strafverfahren wegen Diebstahls eröffnender Beschluß die Grundlage abgeben für eine Verurteilung wegen Hehlerei? I. 19/12 81. **5**, 249; II. 5/5 85. **12**, 187.

15. Unter welchen Voraussetzungen ist durch rechtskräftige Freisprechung von angeklagter Hehlerei eine spätere Strafklage wegen Diebstahls an derselben Sache verbraucht? I. 12/3 83. **8**, 135.

16. Greift der Grundsatz, daß der wegen Diebstahls Angeklagte auch wegen einer in Bezug auf die betreffende Sache verübten Hehlerei bestraft werden kann, hinsichtlich eines auf die Anklage wegen Diebstahls

von einem ausländischen Staate Ausgelieferten Platz? I. 29/9 00. **33**, 388.

17. Kann der Angeklagte, der wegen eines ihm zur Last gelegten Diebstahls nicht verurteilt werden konnte, in dem eingeleiteten Verfahren, abgesehen von dem Falle des § 265 St.P.O., wegen einer in Bezug auf einen anderen Diebstahl verübten Hehlerei verurteilt werden? I. 14/1 95. **26**, 358.

18. Ist es zulässig, daß eine in dem Eröffnungsbeschlusse als Verbrechen gegen §§ 267, 268 St.G.B.'s charakterisierte Tat demnächst als sogenannte intellektuelle Urkundenfälschung im Sinne der §§ 271, 272 a. a. O. gewürdigt wird? IV. 12/11 95. **27**, 413.

19. Liegt eine andere als „die in der Anklage bezeichnete Tat" vor, wenn das Hauptverfahren wegen Diebstahls eröffnet war, die Verurteilung aber wegen einer durch nachträglichen Verkauf der Sache verübten Unterschlagung erfolgen soll? IV. 10/3 85. **12**, 88.

20. War „die in der Anklage bezeichnete Tat" Gegenstand der Urteilsfindung, wenn das Hauptverfahren wegen Unterschlagung eröffnet war, die Verurteilung aber wegen Betrugs erfolgte? I. 10/1 84. **9**, 420.

21. Kann bei einer Untersuchung gegen zwei Personen wegen gemeinschaftlicher vorsätzlicher Brandstiftung die Anklage gegen einen der Mittäter auf Nichtanzeige von der Brandstiftung des anderen Mittäters als auf eine im Sinne des § 263 identische Tat ausgedehnt werden? III. 5/4 86. **14**, 78; II. 30/9 90. **21**, 78; I. 4/11 95. **28**, 12.

22. Enthalten die in § 210 K.O. von 1877 unter Nr. 2 und 3 vorgesehenen Delikte dieselbe Straftat, so daß § 265 St.P.O. nicht Platz greift, wenn auf die Anklage aus Nr. 2 eine Verurteilung aus Nr. 3 erfolgen soll? I. 3/11 84. **11**, 251.

23. Kann auf eine Anklage aus § 82b des Krankenversicherungsgesetzes eine Verurteilung wegen Zuwiderhandlung gegen § 53 Abs. 3 dieses Gesetzes erfolgen? III. 20/4 96. **28**, 321.

24. Erstreckt sich das wegen Diebstahls eröffnete Hauptverfahren auf den Diebstahl von Gegenständen, welche von demselben Orte und zu der nämlichen Zeit gestohlen oder zu stehlen versucht, aber in dem Eröffnungsbeschlusse nicht genannt sind? II. 1/11 93. **24**, 370.

25. Ist wegen des nämlichen Preßartikels, welcher anfangs auf eine andere Person gedeutet und zum Gegenstande einer Anklage wegen Beleidigung dieser Person gemacht worden war, eine neue Anklage wegen Beleidigung desjenigen zulässig, auf welchen, wie nachträglich ermittelt wurde, dieselbe sich bezog? I. 25/2 84. **10**, 149

26. Unter welchen Voraussetzungen ist das erkennende Gericht verpflichtet, von Amtswegen die unter Anklage gestellte Tat aus einem anderen rechtlichen Gesichtspunkte, als dem im Eröffnungsbeschlusse bezeichneten, zu beurteilen? II. 29/3 81. **4**, 34; I. 8/12 81. **5**, 230.

27. Müssen in der Hauptverhandlung hervorgetretene Umstände, welche die Tat anders zu qualifizieren geeignet sind, zum Gegenstande ausdrücklicher Erörterung in den Urteilsgründen auch dann gemacht werden, wenn von keinem Prozeßbeteiligten auf die Veränderung des

rechtlichen Gesichtspunkts hingewiesen worden ist? III. 21/4 80 **2**, 15; III. 28/4 80. **2**, 30; III. 25/5 81. **4**, 192.

28. Enthält es eine Verletzung des § 263, wenn die festgestellten Tatsachen als Merkmale eines zwar in dem Eröffnungsbeschlusse nicht speziell bezeichneten, aber von demselben mit umfaßten Delikts erfüllen, das erkennende Gericht aber gleichwohl eine Verurteilung nicht ausspricht? IV. 20/5 87. **16**, 111.

29. Erfordert die Erschöpfung der Anklage Entscheidung über das Vorliegen oder Nichtvorliegen eines im Eröffnungsbeschlusse als indiziert bezeichneten strafmindernden Umstandes? II. 2/7 97. **30**, 209.

30. Ist das Gericht, welches über eine wegen eines Offizialdelikts erhobene Anklage zu erkennen hat, durch die Erklärung der Staatsanwaltschaft, wegen einer ideell konkurrierenden Beleidigung oder Körperverletzung die Strafverfolgung abzulehnen, rechtlich behindert, die Beleidigung oder Körperverletzung mit abzuurteilen? III. 2/10 84. **11**, 128.

31. Über Urteilsfindung s. auch § 259 St.P.O.

1. Ist die Identität des der Verurteilung zu grunde liegenden und des in dem Eröffnungsbeschlusse angeführten Strafgesetzes durch Benennung des betreffenden Gesetzesparagraphen bedingt? I. 20/4 82. **6**, 169. § 264

2. Muß bei einem auf Grund des § 270 St.P.O. ergangenen Verweisungsbeschlusse eine Hinweisung auf die Veränderung des rechtlichen Gesichtspunktes auch dann erfolgen, wenn das erkennende Gericht in Abweichung von dem Verweisungsbeschlusse das dem ursprünglichen Eröffnungsbeschlusse zu grunde liegende Strafgesetz anwenden will? IV. 18/2 87. **15**, 286.

3. Ist ein Hinweis auf die Veränderung des rechtlichen Gesichtspunkts geboten, wenn das Gericht den Angeklagten, welcher gegen den Strafbescheid einer Verwaltungsbehörde auf gerichtliche Entscheidung angetragen hat, aus einem anderen rechtlichen Gesichtspunkte verurteilen will, als aus dem dem Strafbescheide zu grunde liegenden? II. 29/4 81. **4**, 116.

4. Kann § 264 Abs. 1 Platz greifen bei Anwendung eines in dem Eröffnungsbeschlusse nicht benannten, nach prozessualischer Vorschrift aber gar nicht notwendig dort zu benennenden Strafgesetzes? I. 31/3 81. **4**, 40.

5. Ist behufs Erkennung auf die gesetzliche Nebenstrafe oder sonstige Nebenfolge einer strafbaren Handlung eine Hinweisung auf die Veränderung des rechtlichen Gesichtspunkts geboten, wenn in dem Eröffnungsbeschlusse die besondere auf die Nebenstrafe oder sonstige Nebenfolge bezügliche Gesetzesbestimmung nicht angeführt war? I. 20/10 81. **5**, 137; I. 7/2 84. **10**, 139.

6. Ist eine Hinweisung auf die Veränderung des rechtlichen Gesichtspunkts geboten, wenn die Verurteilung auf Grund eines in dem Eröffnungsbeschlusse angezogenen Strafgesetzes, aber unter Wegfall einer in diesem Beschlusse als ideell konkurrierend angenommenen Straftat ausgesprochen wird? IV. 5/10 00. **33**, 398.

7. Ist eine Hinweisung auf die Veränderung des rechtlichen Gesichtspunkts geboten, wenn der Angeklagte statt wegen der ihm zur Last gelegten vorsätzlichen Begehung eines Delikts wegen fahrlässiger Begehung dieses Delikts bestraft werden soll? I. 12/6 82. **6**, 349.

8. Muß der Angeklagte auf die Veränderung des rechtlichen Gesichtspunkts hingewiesen werden, wenn seine Verurteilung auf § 20 Abs. 2 des Preßgesetzes gestützt wird, ohne daß diese Bestimmung in dem Eröffnungsbeschlusse angezogen ist? IV. 26/6 96. **29**, 21.

9. Hat eine Hinweisung auf die Veränderung des rechtlichen Gesichtspunkts zu erfolgen, wenn von verschiedenen gleichwertigen Merkmalen einer Straftat ein in dem Eröffnungsbeschlusse nicht benanntes an die Stelle des darin angeführten treten soll? Ist andrerseits eine solche Hinweisung geboten, wenn der Angeklagte zwar auf Grund des in dem Eröffnungsbeschlusse angeführten Strafgesetzes, aber wegen eines anderen als des dort unterstellten Tatbestandes verurteilt werden soll? II. 1/3 81. **3**, 417; II. 3/4 83. **8**, 149; II. 24/3 93. **24**, 89; I. 28/1 96. **28**, 150.

10. Wird die vorgeschriebene Hinweisung auf die Veränderung des rechtlichen Gesichtspunkts dadurch ersetzt, daß in dem Schlußantrage des Staatsanwalts die Verurteilung des Angeklagten auf Grund des gegen ihn angewendeten Strafgesetzes beantragt worden ist? I. 8/3 80. **1**, 254.

11. Ist der in § 264 Abs. 1 vorgeschriebene Hinweis stets entbehrlich, wenn Staatsanwalt und Verteidiger, ohne denselben abzuwarten, sich auf den veränderten rechtlichen Gesichtspunkt eingelassen haben? IV. 5/11 89. **20**, 33.

12. Wird im schwurgerichtlichen Verfahren der besondere Hinweis auf die Veränderung des rechtlichen Gesichtspunkts durch die Fragestellung ersetzt? Fer. 26/8 85. **12**, 347; I. 10/6 80. **2**, 92; III. 8/5 80. **2**, 55. Vgl. III. 8/5 80. **2**, 153.

13. Bedarf es bei einer durch teilweise Bejahung einer Frage seitens der Geschworenen bewirkten Veränderung des rechtlichen Gesichtspunkts einer besonderen Hinweisung des Angeklagten gemäß § 264, oder ist dieselbe bereits in der Fragestellung enthalten? I. 16/5 89. **19**, 224.

14. Darf von Beobachtung der Vorschrift des § 264 Abs. 1 allgemein in solchen Fällen abgesehen werden, in denen die Anwendung eines anderen Strafgesetzes ausschließlich auf der Ausscheidung eines Tatbestandsmerkmals des im Eröffnungsbeschlusse bezeichneten Strafgesetzes beruht? III. 26/11 81. **5**, 211.

15. In welcher Weise bezw. Form muß dem Angeklagten nach der Hinweisung auf die Veränderung des rechtlichen Gesichtspunkts Gelegenheit zur Verteidigung gegeben werden? III. 25/4 94. **25**, 340; II. 20/2 91. **21**, 372.

16. Wird der Vorschrift des § 264 Abs. 1 dadurch genügt, daß das Gericht den Angeklagten befragt, ob er Anträge zu stellen habe, wenn die in dem Eröffnungsbeschlusse ihm zur Last gelegte Handlung als ein anderes als das daselbst bezeichnete Delikt angesehen werde? II. 22/6 80. **2**, 116.

17. Ist für den in § 264 vorgeschriebenen Hinweis die allgemeine Bezeichnung des § 293 St.G.B.'s genügend, oder muß zur Kenntnis des Angeklagten gebracht werden, welcher der verschiedenen dort aufaufgeführten Tatbestände die Veränderung des rechtlichen Gesichtspunkts darstellt? I. 28/1 96. **28**, 150.

18. Muß bei Veränderung des rechtlichen Gesichtspunkts die Vorschrift des § 264 auch dann beobachtet werden, wenn gemäß § 231 St.P.O. trotz Ausbleibens des Angeklagten zur Hauptverhandlung geschritten worden ist? I. 16/1 02. **35**, 65.

19. Genügt bei Verhandlung in Abwesenheit des Angeklagten (gemäß § 232 St.P.O.) ein an den Verteidiger gerichteter Hinweis auf die Veränderung des rechtlichen Gesichtspunkts ohne erneute kommissarische Vernehmung des Angeklagten? IV. 20/2 85. **12**, 45.

20. Begründet die unterbliebene Hinweisung des Angeklagten auf die Veränderung des rechtlichen Gesichtspunkts stets einen Mangel des Verfahrens, welcher die Aufhebung des Urteils zur Folge hat? I. 8/3 80. **1**, 254; I. 13/4 92. **23**, 71.

21. Kann wegen Verletzung das § 264 Abs. 1 von der Staatsanwaltschaft zum Nachteile des Angeklagten Revision verfolgt werden? II. 7/12 81. **5**, 218.

22. Muß der Angeklagte auf die Veränderung des rechtlichen Gesichtspunkts hingewiesen werden, wenn er auf eine Anklage wegen Mittäterschaft als Alleintäter verurteilt werden soll? IV. 16/2 92. **22**, 367.

23. — wenn die Verurteilung auf § 57 St.G.B.'s gestützt werden soll, während das jugendliche Alter des Angeklagten erst in der Hauptverhandlung bekannt geworden ist? III. 15/2 00. **33**, 166.

24. — wenn das Urteil, abweichend vom Eröffnungsbeschlusse, statt Verletzung mehrerer Strafgesetze oder mehrmaliger Verletzung desselben Strafgesetzes durch eine Handlung reale Konkurrenz mehrerer Straftaten annehmen will? I. 22/12 87. **16**, 437; I. 17/1 84. **9**, 426.

25. — wenn bei Anklage wegen mehrerer real konkurrierender Straftaten Verurteilung wegen einer fortgesetzten Straftat erfolgen soll? IV. 4/2 90. **20**, 226.

26. — wenn im Falle des § 117 St.G.B.'s abweichend vom Eröffnungsbeschlusse nicht wegen „Widerstandes gegen einen Forstbeamten", sondern wegen „Widerstandes gegen einen Waldeigentümer oder einen von diesem bestellten Aufseher" verurteilt werden soll? IV. 27/3 00. **33**, 224.

27. — wenn bei einer Anklage aus § 123 St.G.B.'s wegen unbefugten Verweilens eine Verurteilung wegen widerrechtlichen Eindringens erfolgen soll? II. 11/10 89. **19**, 401.

28. — wenn wegen öffentlicher Beleidigung verurteilt werden soll, ohne daß in dem Eröffnungsbeschlusse von Öffentlichkeit die Rede war? I. 23/12 96. **29**, 281.

29. Darf der Angeklagte, nachdem er darauf hingewiesen worden ist, daß er wegen öffentlicher Beleidigung verurteilt werden könne, in Abweichung von dem Eröffnungsbeschlusse wegen einer durch Verbreitung

von Schriften begangenen Beleidigung verurteilt werden? II. 28/11 93. **24**, 432.

30. Muß eine Hinweisung auf die Veränderung des rechtlichen Gesichtspunkts erfolgen, wenn bei einer Anklage aus § 187 St.G.B.'s eine Verurteilung aus § 186 a. a. O. eintreten soll? III. 26/11 81. **5**, 211; IV. 5/11 89. **20**, 33.

31. — wenn bei einer Anklage aus § 223a St.G.B.'s Verurteilung auf Grund des § 223 a. a. O. erfolgen soll? I. 2/11 82. **7**, 199.

32. — wenn das Gericht von den in § 223a St.G.B.'s aufgeführten Erschwerungsgründen dem Urteile einen anderen, als den im Eröffnungsbeschlusse angegebenen, zu grunde legen will? III. 15/6 85. **12**, 379.

33. — wenn statt der im Eröffnungsbeschlusse unterstellten Körperverletzung mittels eines Messers Verurteilung wegen Körperverletzung mittels eines gefährlichen Werkzeugs erfolgen soll? IV. 18/6 97. **30**, 176.

34. — wenn auf eine Anklage wegen Diebstahls Verurteilung wegen Unterschlagung erfolgen soll. I. 15/4 80. **1**, 378.

35. — wenn bei einem Diebstahle statt des im Eröffnungsbeschlusse unterstellten „Einbruchs" (§ 243 Nr. 2 St.G.B.'s) „Erbrechen eines Behältnisses" angenommen wird? II. 18/5 97. **30**, 122.

36. — wenn auf eine Anklage wegen Amtsunterschlagung Verurteilung wegen gemeiner Unterschlagung (§ 246) erfolgen soll? III. 9/4 88. **17**, 293.

37. — wenn bei einer Anklage wegen Begünstigung (257 St.G.B.'s) abweichend vom Eröffnungsbeschlusse angenommen wird, daß der Begünstigte nicht eines Verbrechens, sondern eines Vergehens schuldig sei? II. 27/11 85. **13**, 134.

38. — wenn wegen gewerbsmäßiger Hehlerei statt der im Eröffnungsbeschlusse angenommenen gewohnheitsmäßigen Hehlerei verurteilt werden soll? I. 14/3 95. **27**, 138.

39. — wenn auf eine Anklage wegen Fälschung einer öffentlichen Urkunde Verurteilung wegen Fälschung einer Privaturkunde erfolgen soll? II. 11/11 92. **23**, 279.

40. — wenn auf eine Anklage aus § 286 Abs. 1 St.G.B.'s Verurteilung aus § 286 Abs. 2 a. a. O. erfolgen soll? IV. 15/3 98. **31**, 71.

41. — wenn bei einer Anklage wegen Wuchers (§ 302a St.G.B.'s) statt „Ausbeutung der Notlage" in dem Urteile „Ausbeutung des Leichtsinns oder der Unerfahrenheit" angenommen wird? III. 18/6 88. **17**, 440.

42. — wenn bei einer Anklage aus § 348 Abs. 2 St.G.B.'s statt der im Eröffnungsbeschlusse unterstellten Vernichtung einer „amtlich anvertrauten" Urkunde im Urteile Vernichtung einer „amtlich zugänglichen" Urkunde angenommen werden soll? II. 24/3 93. **24**, 89.

43. — wenn bei einer Anklage wegen gemeinen Diebstahls (§ 242 St.G.B.'s) Verurteilung wegen Mundraubs (§ 370 Nr. 5) erfolgen soll? III. 30/11 81. **5**, 199.

44. — wenn bei einer Anklage wegen einfachen Bankerotts nicht Unterlassung der Buchführung nach Maßgabe des Eröffnungsbeschlusses,

sondern unordentliche Buchführung angenommen werden soll? II. 1/3 81. **3**, 417.

45. Enthalten Nr. 2 des § 210 K.O. von 1877 einerseits und Nr. 3 andererseits verschiedene Tatbestände in der Art, daß eine Hinweisung auf die Veränderung des rechtlichen Gesichtspunkts geboten ist, wenn dem Eröffnungsbeschlusse und dem Urteile nicht die gleiche Bestimmung zu grunde gelegt ist? I. 3/11 84. **11**, 251; IV. 23/1 91. **21**, 387.

46. Bedarf es eines Hinweises auf die Veränderung des rechtlichen Gesichtspunkts, wenn der Angeklagte aus § 136 V.Z.G.'s auf Grund einer anderen als der in dem Eröffnungsbeschlusse angezogenen Nummer des § 136 a. a. O. verurteilt werden soll? II. 20/12 95. **28**, 114.

47. Bildet die in § 12 Nr. 1 des Nahrungsmittelgesetzes vom 14. Mai 1879 bezeichnete Herstellung und bezw. der Verkauf, das Feilhalten oder das Inverkehrbringen gesundheitsgefährlicher Nahrungs- und Genußmittel nur eine einzige Deliktsspezies mit alternativen und äquivollenten Merkmalen, oder stellt sich jeder der beiden dort aufgeführten Tatbestände als ein — zutreffenden Falls die Beobachtung der Vorschrift des § 264 Abs. 1 erheischendes — besonderes Delikt dar? II. 3/4 83. **8**, 149.

48. Ist eine Hinweisung auf die Veränderung des rechtlichen Gesichtspunkts geboten, wenn an Stelle der im Eröffnungsbeschlusse angenommenen widerrechtlichen Bezeichnung einer Ware mit dem Namen der Firma die Bezeichnung mit dem Warenzeichen derselben — im Sinne des französischen Gesetzes vom 23. Juni 1857 — zur Verurteilung führt? I. 28/12 93. **25**, 18.

49. — wenn das Urteil den Angeklagten auf Grund des § 48 St.G.B.'s als Anstifter einer Zolldefraude erachtet, während der Eröffnungsbeschluß ihn als Anführer gemäß § 13 des preußischen Gesetzes vom 23. Januar 1838 angesehen hatte? I. 14/6 94. **25**, 424.

50. Über Anwendung des § 264 Abs. 1 in dem Falle, wenn der Angeklagte nach erfolgter Vernehmung sich entfernt hat, s. § 230, Nr. 1 S. 332.

51. Wann ist „veränderte Sachlage" im Sinne des § 264 Abs. 4 anzunehmen? Liegt unzulässige Beschränkung der Verteidigung vor, wenn bei veränderter Sachlage die Vertagung verweigert wird? IV. 11/2 96. **28**, 124; III. 29/11 79. **1**, 106.

52. Welches sind die Vorbedingungen für den Antrag auf Aussetzung der Verhandlung gemäß Abss. 3 und 4? II. 8/3 81. **3**, 402.

1. Kann die Vorschrift des Abs. 1 Anwendung finden, wenn die Beschuldigung ein Verbrechen zum Gegenstande hat? Von wem ist die Beschuldigung zu erheben? Kann der Antrag der Staatsanwaltschaft bedingt gestellt werden? Genügt das Einverständnis, daß eine Straftat zum Gegenstande der „Verhandlung" gemacht werde? II. 1/4 92. **23**, 33; I. 23/2 93. **24**, 22. § 265

2. Fordert die Anwendung des § 265, daß die „andere Tat", deren der Angeklagte im Laufe der Hauptverhandlung beschuldigt wird,

demselben unter Hervorhebung der gesetzlichen Merkmale und des anzuwendenden Strafgesetzes bezeichnet werde? III. 12/5 80. **1**, 432.

3. Findet § 265 auch auf die Hauptverhandlung vor dem Schwurgerichte Anwendung?

Ist die Zustimmung des Angeklagten dazu, daß eine zum Gegenstande der Beschuldigung gemachte neue Tat zur Aburteilung durch das Schwurgericht gelange, darin zu finden, daß er in die Stellung einer darauf bezüglichen Hülfsfrage einwilligt? II. 12/4 81. **4**, 76.

4. Welche Wirkung äußert die vom Angeklagten gemäß § 265 vor dem Schöffengerichte abgegebene Zustimmung in dem Falle, wenn nach eingelegter Berufung die Strafkammer gemäß § 369 St.P.O. als Gericht erster Instanz erkennt? IV. 1/5 85. **12**, 164.

§ 266 1. Über Urteilsfassung s. auch §§ 259, 267, 275.

2. Was ist erforderlich zur Erfüllung der Vorschrift, daß die für erwiesen erachteten Tatsachen, worin die gesetzlichen Tatbestandsmerkmale gefunden werden, anzugeben sind? Sind Rechtsbegriffe zu vermeiden? Bedarf es der Bezeichnung der Beweisgründe und Beweismittel? II. 18/1 81. **3**, 201; I. 4/11 80. **2**, 419.

3. Über die Frage, ob bei Fahrlässigkeitsdelikten die Vorhersehbarkeit ausdrücklich festzustellen ist, s. St.G.B. § 59, Nr. 39 S. 34.

4. Bezieht sich die Vorschrift des § 266 Abs. 1 auch auf die strafbare Handlung, mittels welcher die von dem Hehler an sich gebrachte Sache erlangt worden ist? I. 28/2 84. **10**, 155.

5. Muß der erforderliche Strafantrag im Urteile ausdrücklich festgestellt werden? Kann das Urteil aufrecht erhalten werden, wenn die Antragsstellung aus den Akten hervorgeht? III. 31/12 79. **1**, 43; II. 27/5 02. **35**, 267.

6. Ist die Bezeichnung der Person des Beleidigten in der Urteilsformel geboten? I. 17/10 81. **5**, 133.

7. Kann die Schlußfeststellung aus den übrigen Urteilsgründen ergänzt werden? II. 11/1 81. **3**, 190.

8. Über die Frage der Urteilsfassung im Falle idealer Konkurrenz s. § 267 Nr. 5.

9. Kann den Erfordernissen des § 266 Abs. 1 durch Verweisung auf die Anklageschrift oder den Eröffnungsbeschluß genügt werden? II. 13/5 81. **4**, 137; III. 9/7 81. **4**, 382; III. 17/11 92. **23**, 300.

10. Wird den Vorschriften des § 266 durch Verweisung auf die Gründe des Urteils in einer anderen Sache genügt? I. 10/6 97. **30**, 143; III. 9/7 81. **4**, 367.

11. Kann ein Straferkenntnis sich auf ein Geständnis des Angeklagten gründen, welches nur die gesetzlichen Merkmale der den Gegenstand des Eröffnungsbeschlusses bildenden Straftat umfaßt, nicht aber diejenigen Tatsachen enthält, in welchen diese Merkmale gefunden werden? II. 14/5 80. **1**, 415.

12. Kann ein verurteilendes Erkenntnis, welches die gesetzlichen Merkmale der festgestellten strafbaren Handlung nicht enthält, mit der

Revision wegen Verletzung des materiellen Strafrechts angefochten werden? I. 19/1 80. **1**, 152.

13. Ist bei Erörterung der Frage, ob eine ausgelieferte Person nach den Bestimmungen des Auslieferungsvertrags zugleich wegen einer anderen Straftat verfolgt werden darf, in dem Urteile eine den Vorschriften des § 266 genügende Feststellung erforderlich? I. 17/4 99. **32**, 122.

14. Ist bei successiver Aburteilung des eigentlichen Delinquenten und des für die Geldstrafe Haftenden dem letzteren gegenüber der Tatbestand des Delikts vollständig festzustellen? IV. 23/2 94. **25**, 137.

15. Über Zulässigkeit alternativer Feststellungen. II. 1/2 84. **10**, 68; I. 9/11 91. **22**, 213; IV. 8/4 92. **23**, 47; III. 1/11 94. **26**, 155; II. 3/6 02. **35**, 285; III. 2/6 02. **35**, 299; Fer. 11/8 02. **35**, 357; s. auch unten § 292.

16. Muß das Vorhandensein der zur Verurteilung eines relativ Strafunmündigen erforderlichen Einsicht zur Erkenntnis der Strafbarkeit ausdrücklich festgestellt werden? Ist diese Feststellung regelmäßig nach § 266 Abs. 1, oder nach § 266 Abs. 2 zu behandeln? III. 12/1 81. **3**, 198; I. 12/5 98. **31**, 161; vgl. I. 3/10 96. **29**, 98.

17. Fällt die Berufung auf § 199 oder § 233 St.G.B.'s unter den Abs. 2 des § 266? I. 24/11 98. **31**, 347; II. 1/5 88. **17**, 346; III. 3/12 79. **1**, 112.

18. Erstreckt sich § 266 Abs. 2 auch auf den Fall, wenn in der Verhandlung behauptet wird, daß der Angeklagte nicht der Täterschaft, sondern nur der Beihülfe schuldig sei? III. 20/3 90. **20**, 351.

19. Ist, wenn der verantwortliche Redakteur einer periodischen Druckschrift, welche Beleidigungen enthält, sein Bewußtsein von letzteren bestreitet, damit schon ein Strafausschließungsgrund präcisiert behauptet? II. 28/3 84. **10**, 229.

20. Wie muß, wenn Umstände behauptet sind, welche die Strafbarkeit erhöhen, der Ausspruch, daß dieselben nicht für festgestellt zu erachten, begründet werden? III. 25/3 82. **6**, 140.

21. Sind die sogenannten selbstverständlichen Merkmale einer Straftat bei unterbliebener Berufung des Angeklagten auf ihren Mangel ausdrücklich festzustellen? III. 3/12 79. **1**, 169; III. 18/1 83. **8**, 44.

22. Umfang und Inhalt der Urteilsgründe gemäß § 266 Abs. 3. II. 4/7 82. **6**, 432.

23. Wie ist bei der Anklage gegen einen relativ Strafunmündigen die Behauptung, es liege ein besonders leichter Fall vor, prozessualisch zu charakterisieren? Erscheint die Unterlassung der Feststellung über eine solche Behauptung als die Verletzung einer Rechtsnorm? II. 10/2 82. **6**, 25.

24. Liegt in dem Antrage auf den Ausspruch einer nur bei Annahme mildernder Umstände zulässigen Strafe zugleich der Antrag auf Annahme mildernder Umstände? I. 14/12 96. **29**, 276.

25. Muß des Antrags auf Anrechnung der Untersuchungshaft,

wenn ihm nicht stattgegeben wird, in den Urteilsgründen Erwähnung geschehen? II. 9/5 02. **35**, 234.

26. Was ist erforderlich zur Erfüllung der Vorschrift, daß das zur Anwendung gebrachte Strafgesetz zu bezeichnen ist? Muß die Nichtbeachtung dieser Vorschrift zur Urteilsaufhebung führen? III. 4/4 89. **19**, 213; IV. 15/6 94. **25**, 418; I. 9/11 99. **32**, 351.

27. Über die Notwendigkeit, im Falle des § 74 St.G.B.'s die arbitrierten Einzelstrafen im Urteile anzugeben, s. § 74 a. a. O. Nr. 7 S. 51.

28. Dürfen Straffälle, bezüglich deren zwar Freisprechung erfolgt, aber Verdacht geblieben ist, bei der Strafzumessung als straferhöhend berücksichtigt werden? IV. 22/4 92. **23**, 91.

29. Welchen prozessualen Erfordernissen haben die Gründe freisprechender Urteile zu genügen? Darf sich das Gericht auf den Ausspruch beschränken, daß es den Angeklagten nach den Ergebnissen der Verhandlung der ihm zur Last gelegten Tat nicht überführt ansehe? III. 22/5 80. **2**, 60; II. 19/10 80. **2**, 360; II. 28/12 80. **3**, 147; III. 11/6 81. **4**, 355; III. 3/12 81. **5**, 225; II. 27/10 85. **13**, 30; III. 18/12 86. **15**, 217.

30. Inwiefern muß sich der Richter bei der Freisprechung von einem Delikte, das Vorsatz erheischt, über das Nichtvorhandensein von Eventualdolus aussprechen? IV. 26/3 89. **19**, 209.

§ 267 1. Über Urteilsfassung s. §§ 259, 266, 275.

2. Über Urteilsverkündung als Teil der Hauptverhandlung s. § 225.

3. Über die Frage der Zulässigkeit der Urteilsverkündung in Abwesenheit des Angeklagten s. § 230.

4. Muß der verhaftete Angeklagte zur Urteilsverkündung vorgeführt werden? I. 22/12 98. **31**, 398.

5. Muß bei idealer Konkurrenz die Verurteilung wegen der verschiedenen Straftaten in der Urteilsformel ausgesprochen werden? II. 8/3 95. **27**, 86. Vgl. II. 17/5 81. **4**, 179.

6. Über Fassung der Urteilsformel s. sonst § 259.

7. Bildet die Tatsache, daß die Verkündung des Urteils nicht durch Verlesung der Urteilsformel erfolgt ist, einen Revisionsgrund? II. 21/12 80. **3**, 131.

8. Genügt, wenn die Urteilsformel nicht verlesen ist, zur Begründung der Revision die Behauptung eines Widerspruchs zwischen der verkündeten und der demnächst in das Urteil aus dem Protokolle übergegangenen Formel ohne eine Angabe darüber, worin der Widerspruch besteht? II. 25/11 87. **16**, 347.

9. Läßt sich auf die Publikation des Urteils ohne gleichzeitige Eröffnung der Gründe die Revision stützen? Fer. 25/8 80. **2**, 207.

10. Beginnt die Frist zur Revisionsanmeldung mit der Urteilsverkündung, wenn das Urteil ohne Mitteilung der Gründe verkündet worden ist? II. 6/2 80. **1**, 192; II. 1/6 80. **2**, 78.

11. Ist ein Verzicht auf Rechtsmittel wirksam, wenn das Urteil

ohne Mitteilung der Gründe verkündet worden ist und der Verzicht vor der Urteilszustellung erfolgt? II. 1/6 80. **2**, 78.

12. Kann auf die Nichtübereinstimmung der mündlich mitgeteilten Gründe mit den schriftlichen Urteilsgründen die Revision gestützt werden? III. 9/7 81. **4**, 382.

13. Kann die Nichteinhaltung der in Abs. 1 vorgeschriebenen Frist zur Aufhebung des Urteils führen? IV. 22/3 95. **27**, 116.

14. Wirkung eines Verstoßes gegen die Vorschrift des Abs. 2. I. 5/5 98. **31**, 140.

15. Ist das erkennende Gericht berechtigt, nach Verkündung des Urteils in der Hauptverhandlung, jedoch vor dem förmlichen Schlusse der Sitzung durch den Vorsitzenden, die Verhandlung wiederaufzunehmen und das verkündete Urteil in einem Punkte abzuändern? II. 22/11 81. **5**, 173.

16. Darf ein aus Versehen nicht verkündeter Teil des beschlossenen Urteils alsbald noch nachträglich verkündet werden? II. 15/2 87. **15**, 271.

17. Darf das erkennende Gericht nach der Verkündung des Urteils offensichtliche Schreib- oder Fassungsfehler in der verlesenen Urteilsformel berichtigen? IV. 22/1 86. **13**, 267.

Über nachträgliche Berichtigungen des Urteils s. weiter § 275.

1. Kann da, wo die Voraussetzung für Anwendung des § 268 vorliegt, die Fristbestimmung des § 340 Abs. 1 St.P.O. nicht Platz greifen? IV. 16/2 97. **29**, 385. § 268

2. Inwiefern unterliegt ein Urteil, das die Unterbringung des Angeklagten in eine Erziehungs- oder Besserungsanstalt anordnet, der Anfechtung durch Rechtsmittel? III. 11/6 81. **4**, 355.

1. Verletzt das Landgericht die Grenzen seiner sachlichen Zuständigkeit, wenn es über eine ihm überwiesene Tat entscheidet, obwohl es schon beim Beginne der Hauptverhandlung aus dem Inhalte des Eröffnungsbeschlusses erkannte, daß nach dem Gegenstande der Anklage die Zuständigkeit des Schöffengerichts begründet war? IV. 29/4 87. **16**, 39. § 269

2. Kann sich das Landgericht, vor welchem das Hauptverfahren wegen Diebstahls eröffnet ist, dann, wenn sich die Tat nach dem Ergebnisse der Hauptverhandlung nur als Forstfrevel erweist, für unzuständig erklären, oder hat es den Forstfrevel, obwohl hierfür landesgesetzlich ein besonderes Verfahren vorgeschrieben ist, selbst abzuurteilen? I. 4/3 86. **13**, 383.

3. Ist das Schwurgericht gegenüber der Strafkammer ein Gericht höherer Ordnung? I. 28/6 00. **33**, 326.

1. Ist der auf Grund des § 270 vom Schöffengerichte erlassene Beschluß für die als zuständig bezeichnete Strafkammer bindend, auch wenn in dem Beschlusse gegen § 458 St.P.O. verstoßen ist? I. 24/3 92. **22**, 423; I. 21/11 81. **5**, 243. § 270

2. Kann das Gericht höherer Ordnung die Aburteilung der gemäß § 270 vor dasselbe verwiesenen Sache deshalb ablehnen, weil diese Sache mit der in dem ursprünglichen Eröffnungsbeschlusse bezeichneten Sache nicht identisch sei? I. 10/11 84. **11**, 253.

3. Welche tatsächlichen Voraussetzungen müssen vorliegen, wenn eine Verweisung ausgesprochen werden soll? III. 25/9 80. **3**, 1.

4. Bedarf es für Erlaß eines Beschlusses im Sinne des § 270 einer Beweisaufnahme, wenn sich schon aus dem Inhalte des vorliegenden Eröffnungsbeschlusses die Unzuständigkeit des Gerichts ergibt?

Fällt die Notwendigkeit einer Voruntersuchung weg, wenn in einer schwurgerichtlichen Sache das Schöffengericht oder die Strafkammer gemäß § 270 vor das Schwurgericht verweist? III. 2/2 81. **3**, 311.

5. Bedarf der Beschluß, durch welchen ein Gericht nach § 270 seine Unzuständigkeit ausspricht, auch dann der Zustellung, wenn der Angeklagte bei der Verkündung anwesend war? III. 9/7 81. **4**, 373.

6. Kann ein Gericht auf Freisprechung des Angeklagten erkennen, wenn nach Inhalt des Eröffnungsbeschlusses eine Straftat vorliegt, deren Aburteilung einem Gerichte höherer Ordnung gebührt? III. 15/11 83. **9**, 324.

7. Darf die Strafkammer einen Angeklagten freisprechen, wenn die dem Angeklagten zur Last gelegte Straftat, wie sie sich nach dem Ergebnisse der Verhandlungen darstellt, der Zuständigkeit des Schwurgerichts unterliegt? II. 26/11 80. **3**, 70.

8. Über die Unstatthaftigkeit, bezüglich derselben Tat eine Verweisung gemäß § 270 und zugleich teilweise Freisprechung eintreten zu lassen, s. oben § 259 Nr. 7.

9. Kann § 270 Anwendung finden, wenn in einem wegen Beleidigung oder Körperverletzung eingeleiteten Privatklageverfahren die Staatsanwaltschaft die Strafverfolgung übernimmt? III. 13/3 84. **10**, 237.

§ 271 1. Über Berichtigungen des Protokolls s. auch § 274.

2. Muß im Falle einer mehrtägigen Hauptverhandlung für jeden Tag ein besonderes Protokoll aufgenommen werden? I. 1/7 97. **30**, 205.

3. Ist im Gesetze ein Zeitpunkt bestimmt, bis zu welchem das Protokoll fertig gestellt sein muß? Muß das Protokoll notwendig mit dem Schlusse der Verhandlung fertig gestellt sein?

Ist ein Sitzungsprotokoll vorschriftsmäßig zustande gekommen, wenn der Vorsitzende in einem vom Gerichtsschreiber aufgestellten und unterschriebenen Entwurfe ohne Zuziehung des Gerichtsschreibers Änderungen vornimmt und demnächst das mit der eigenen Unterschrift versehene Protokoll dem Gerichtsschreiber mit der Auflage zugehen läßt, im Falle mangelnden Einverständnisses die Änderungen zu beanstanden? II. 3/6 90. **20**, 425.

4. Kann die fehlende Unterschrift des Vorsitzenden unter dem Protokolle wirksam nachgeholt werden, nachdem bereits eine auf den Mangel derselben gestützte Revisionsbeschwerde eingegangen ist? III. 18/2 86. **13**, 351.

5. Kann auf Mängel des Protokolls eine Revisionsbeschwerde gegründet werden? II. 3/6 90. **20**, 425; IV. 24/3 85. **12**, 119; I. 3/6 80. **2**, 173.

6 Über den Inhalt und die Beweiskraft des Protokolls s. §§ 273, 274.

Über Feststellung der Verhandlung über Ausschluß der Öffentlichkeit. I. 11/2 84. **10**, 92. § 272

1. Wie sind Beweisanträge im Sitzungsprotokolle zu fixieren? Inwiefern kann eine unvollständige Protokollierung dem Angeklagten zum Nachteile gereichen? II. 16/12 79. **1**, 32. § 273

2. Ist es zulässig, Gerichtsbeschlüsse, die in der Hauptverhandlung gefaßt werden, in besonderen Aktenstücken außerhalb des Sitzungsprotokolls zu begründen? I. 12/4 94. **25**, 248.

3. Inwieweit sind in der Hauptverhandlung vor der Strafkammer die Zeugenaussagen zu protokollieren? II. 10/2 80. **1**, 199.

4. Darf das über die Aussage eines Zeugen vor der Strafkammer im Sitzungsprotokolle Konstatierte zum Zwecke der Beweisaufnahme über die Beschaffenheit dieser Aussage in einer anderen Strafsache gemäß § 248 St.P.O. verlesen werden? II. 11/3 98. **31**, 69.

5. Haben die Prozeßbeteiligten ein Recht, die Protokollierung einer Zeugenaussage aus dem Grunde zu verlangen, weil es auf den Wortlaut derselben ankomme? III. 17/12 81. **5**, 352.

6. Ist die Begründung eines Antrags in das Protokoll aufzunehmen? Kann dies nach Abs. 3 vom Angeklagten gefordert werden? I. 22/6 99. **32**, 239.

7. Kann der Angeklagte beanspruchen, daß die in der Hauptverhandlung an die Zeugen gerichteten Fragen und die von ihnen gegebenen Antworten im Protokolle niedergeschrieben werden? IV. 2/6 96. **28**, 394.

8. In welcher Form hat eine gemäß Abs. 3 zu bewirkende Feststellung zu geschehen? Führt es zur Aufhebung des Urteils, wenn jene Feststellung in einer nicht unterschriftlich vollzogenen Protokollbeilage erfolgt ist? III. 1/5 80. **2**, 33.

9. Sind die Verteidigungsgründe des Angeklagten, welche dem Richter die Pflicht auferlegen, sich speziell darüber im Urteile auszusprechen, gemäß § 273 Abs. 3 im Sitzungsprotokolle zu fixieren? II. 12/7 80. **2**, 202.

10. Ist die Verhandlung über Ausschluß der Öffentlichkeit ein Gegenstand, welcher durch das Protokoll konstatiert werden muß? I. 11/2 84. **10**, 92; II. 9/1 80. **1**, 50.

11. Über die Beurkundung der Tätigkeit des Dolmetschers s. § 258 Nr. 1 S. 352.

12. Ist die Befragung der Zeugen über ihre persönlichen Verhältnisse in Strafkammer- und Schwurgerichtssachen in dem Protokolle zu beurkunden? II. 10/12 80. **3**, 100.

13. Was ist über die Anwesenheit des Nebenklägers im Protokoll zu beurkunden? III. 7/10 01. **34**, 385.

14. Sind gemachte Vorhalte in dem Protokolle zu konstatieren? II. 4/3 02. **35**, 164.

15. Über das durch das Protokoll zu Beurkundende vgl. auch § 274.

§ 274 1. Über die Erfordernisse der Herstellung eines beweiskräftigen Protokolls s. § 271.

2. Wird durch das Unterpunktieren durchstrichener Worte eine beweiskräftige Urkunde hergestellt? IV. 19/4 95. **27**, 169.

3. Kann ein Vermerk, der nur zum Teil von dem Gerichtsschreiber niedergeschrieben und durch Einschaltungen oder Korrekturen von der Hand des Vorsitzenden verändert ist, ohne besondere Beglaubigung für beweiskräftig erachtet werden? II. 27/11 91. **22**, 243; III. 3/3 80. **1**, 241.

4. Was ist unter den in § 274 genannten „für die Hauptverhandlung vorgeschriebenen Förmlichkeiten" zu verstehen?

Beweist das Protokoll auch rücksichtlich seines negativen Inhalts? III. 28/1 80. **1**, 85; I. 31/5 80. **2**, 76.

5. Kann das Sitzungsprotokoll zum Beweise dienen für Vorgänge, die sich im Beratungszimmer der Geschworenen zugetragen haben, speziell zur Widerlegung bei einer Rüge aus § 303 St.P.O.? II. 28/12 80. **3**, 266; I. 7/2 95. **27**, 3.

6. Ist das Protokoll bestimmt, über Vorgänge, welche sich in der geheimen Beratung des Gerichts zugetragen haben, Auskunft zu geben? III. 28/3 88. **17**, 287.

7. Ist für die Feststellung, daß ein Beweisantrag in der Hauptverhandlung angebracht worden ist, nur das Protokoll, nicht der Inhalt der Urteilsgründe maßgebend? IV. 20/5 98. **31**, 163; II. 10/1 02. **35**, 61. (Vgl. II. 1/5 88. **17**, 346.)

8. Können Beweiserhebungen, welche den Inhalt eines echten Sitzungsprotokolls betreffen, von dem Revisionsgerichte angeordnet werden? II. 20/12 89. **20**, 166.

9. Was ist unter Fälschung des Protokolls zu verstehen?

Kann ein Beweis darüber zugelassen werden, daß die Kundgebung einer Entscheidung nicht mit der Feststellung bei der Beratung im Einklang stände? II. 4/10 81. **5**, 44; II. 20/12 89. **20**, 166.

10. Ist der Nachweis der Fälschung hinsichtlich solcher Vorgänge zugelassen, welche, auch wenn sie sich anders, als im Protokoll dargestellt, zugetragen hätten, zur Begründung einer Revisionsbeschwerde nicht geeignet sein würden? III. 14/12 82. **7**, 388.

11. Auf welchem Wege ist seitens eines Prozeßbeteiligten eine Berichtigung des Protokolls über die Hauptverhandlung herbeizuführen? Ist Beschwerde zulässig, wenn sich der Vorsitzende einer sachlichen Prüfung des Antrags entzieht? III. 20/11 80. **3**, 47.

12. Kann, wenn das Sitzungsprotokoll von dem Vorsitzenden und dem Gerichtsschreiber unterschrieben und zu den Akten gegeben ist, eine nachträgliche ergänzende oder berichtigende Erklärung der beiden instrumentierenden Beamten bei Prüfung eines eingelegten Rechtsmittels Berück-

sichtigung finden? I. 13/10 90. **21**, 200; II. 12/7 89. **19**, 367. Vgl. II. 13/3 88. **8**, 141 und II. 1/5 88. **17**, 346.

13. Kann eine erst nach Eingang der Revisionsbegründung mit Rücksicht auf die angebrachten Beschwerden erfolgte Berichtigung des Protokolls Beachtung finden, wenn die Berichtigung dem Beschwerdeführer zum Nachteile gereicht? IV. 6/3 96. **28**, 247; IV. 24/3 85. **12**, 119; I. 31/5 80. **2**, 76.

14. Ist eine Berichtigung bei Entscheidung über ein Rechtsmittel zu berücksichtigen, wenn durch die Berichtigung nicht eine Widerlegung, sondern eine Bestätigung der Rüge erfolgt? II. 10/2 91. **21**, 323.

15. Kann eine das Protokoll berichtigende Erklärung bei Prüfung des Rechtsmittels berücksichtigt werden, wenn die Erklärung, obwohl früher datiert, erst nach Eingang des auf den Mangel im Protokoll gestützten Revisionsantrags zu den Akten gelangt ist? I. 15/6 93. **24**, 214.

1. Über Urteilsfassung s. auch §§ 259, 266, 267. **§ 275**

2. Ist die Nichteinhaltung der in Abs. 1 bestimmten Frist die Verletzung einer Rechtsnorm im Sinne des § 376 St.P.O.? I. 24/11 98. **31**, 348; II. 22/10 80. **2**, 378.

3. Inwieweit können Fehler, insbesondere Schreibversehen im Urteilstenor nach der Verkündung des Urteils durch Beschluß abgeändert werden? IV. 22/1 86. **13**, 267; I. 23/12 95. **28**, 81.

4. Dürfen die Urteilsgründe nach der Unterzeichnung durch die beisitzenden Richter in wesentlichen Punkten abgeändert werden? Wird eine auf dieses Verfahren gestützte Revision hinfällig, wenn die beisitzenden Richter die Änderungen nachträglich genehmigen? I. 12/12 95. **28**, 54.

5. Ist es statthaft, den Tatbestand oder die Entscheidungsgründe eines bereits den Prozeßbeteiligten zugestellten Urteils durch einen nachträglichen Beschluß zu berichtigen oder zu ergänzen? IV. 6/3 96. **28**, 247.

6. Können die Urteilsgründe, nachdem sie bereits von einem Mitgliede des Gerichts unterschieden worden sind, durch den Vorsitzenden in wesentlichen Punkten einseitig geändert werden? IV. 18/4 93. **24**, 118; IV. 21/11 85. **13**, 66.

7. Genügt für eine nach der Unterzeichnung sämtlicher Richter vorgenommene Änderung der Urteilsgründe die Bezeugung des Vorsitzenden, daß sämtliche Richter der Abänderung zugestimmt haben? I. 17/10 92. **23**, 261.

8. Ist die Aufhebung eines nicht vollständig in das Protokoll aufgenommenen Urteils dann geboten, wenn zwar Gründe zu den Akten gebracht sind, aber kein Rubrum und kein Tenor? II. 25/5 89. **19**, 233.

9. Kann die Vorschrift der Unterzeichnung des Urteils durch sämtliche Richter auf die Abfassung von Beschlüssen ausgedehnt werden? III. 18/2 80. **1**, 210; I. 29/4 80. **1**, 402.

Siebenter Abschnitt (§§ 276—317).

Hauptverhandlung vor den Schwurgerichten.

§ 277 1. Kann aus der unterbliebenen, in der Hauptverhandlung nicht gerügten Mitteilung nachträglicher Ergänzungen oder Veränderungen der Spruchliste der Geschworenen von dem Angeklagten ein Revisionsgrund hergeleitet werden? III. 19/4 83. **8**, 233.

2. Muß dem Angeklagten von dem nach Zustellung der Spruchliste erfolgten Ausscheiden einzelner Geschworenen Mitteilung gemacht werden? IV. 22/4 02. **35**, 216.

§ 278 1. Entspricht es den Vorschriften der Strafprozeßordnung, daß der Vorsitzende, nachdem er während der Auslosung einen dabei vorgekommenen Fehler entdeckt hat, mit der Auslosung von neuem beginnt? I. 9/11 99. **32**, 378; IV. 16/1 00, **33**, 75.

2. Ist die Bildung der Geschworenenbank als ein Teil der Hauptverhandlung anzusehen? II. 19/1 97. **29**, 337.

3. Muß der Verteidiger bei der Bildung der Geschworenenbank anwesend sein? III. 5/1 89. **18**, 361.

4. Über Verhandlungen des Schwurgerichts ohne Zuziehung von Geschworenen s. G.V.G. § 81.

5. Darf der Vorsitzende nach begonnener Auslosung der Geschworenen noch die Zuziehung von Ergänzungsgeschworenen mit der Wirkung anordnen, daß dadurch die Zahl der überhaupt zulässigen Ablehnungen sich mindert? III. 21/6 94. **26**, 1.

§ 279 1. Ist der Umstand, daß die Geschworenen zur Anzeige etwaiger Ausschließungsgründe nicht aufgefordert worden sind, zur Begründung der Revision ausreichend? IV. 24/3 85. **12**, 119.

2. Welcher Zeitpunkt ist maßgebend für Beurteilung der absoluten Fähigkeit der Geschworenen zur Mitwirkung beim Schwurgerichte: die Zeit der Aufstellung der verschiedenen Listen, oder der Moment seiner Berufung auf die Geschworenenbank behufs tatsächlicher Ausübung seines richterlichen Amts? II. 21/9 80. **2**, 241.

3. Hat über den Eintritt eines Ergänzungsgeschworenen an Stelle eines ausscheidenden Hauptgeschworenen der Vorsitzende oder das Gericht zu entscheiden? Muß der Angeklagte zur Erklärung über den bezüglichen Antrag aufgefordert werden? II. 22/12 85. **13**, 191; I. 23/11 82. **7**, 284.

4. Kann auf das unberechtigte Ausscheiden von Geschworenen vor Bildung der Geschworenenbank die Rüge nicht vorschriftsmäßiger Besetzung der Geschworenenbank gestützt werden? IV. 24/2 88. **17**, 173.

§ 280 1. Sind bei Feststellung der zur Auslosung der Geschworenen behufs Bildung der Geschworenenbank erforderlichen Anzahl der erschienenen und nicht ausgeschiedenen Geschworenen auch diejenigen anwesenden mit-

zurechnen, welche von der Ausübung des Geschworenenamtes vorher entbunden worden waren? I. 29/11 83. **9**, 253.

2. Findet die Bestimmung des § 91 Abs. 2 G.V.G. auch auf die Auslosung von Hülfsgeschworenen Anwendung? I. 24/9 85. **12**, 373.

3. Müssen, wenn Hülfsgeschworene auf die Spruchliste gekommen und in einer späteren Sitzung Hauptgeschworene wieder zugetreten sind, erstere wieder von der Liste abgesetzt und bei späterem Bedürfnis von neuem herangezogen werden, oder bleiben dieselben unbeschadet ihres Rücktritts im Einzelfalle für die Sitzungsperiode bis zu Ende zur Disposition? I. 20/4 82. **6**, 170.

Über Erneuerung der Auslosung bei Entdeckung eines bei der ersten Auslosung vorgekommenen Fehlers s. § 278, Nr. 1. **§ 281**

Kann gegen Geschworene auch eine Ablehnung gemäß § 24 St.P.O. stattfinden? I. 1/11 88. **18**, 238. **§ 282**

1. Kann nach begonnener Auslosung der Geschworenen noch die Zuziehung von Ergänzungsgeschworenen angeordnet werden mit der Wirkung, daß die Zahl der Ablehnungen sich mindert? III. 21/6 94. **26**, 1; Fer. 7/9 01. **34**, 335. **§ 285**

2. Bis zu welchem Zeitpunkte kann der Vorsitzende seine vor der Auslosung der Geschworenen getroffene Anordnung, daß ein Ergänzungsgeschworener zugezogen werden solle, zurücknehmen? III. 27/5 86. **14**, 206.

3. Über Unstatthaftigkeit der Anwesenheit der Ergänzungsgeschworenen bei der Beratung s. § 303, Nr. 2, S. 283.

1. Müssen die richterlichen Mitglieder, vor denen das in § 286 gedachte Einverständnis ausgesprochen wird, dieselben sein, wie die in der Verhandlung der Sache selbst fungierenden? II. 19/1 97. **29**, 337. **§ 286**

2. Ist bei der gemäß § 286 stattfindenden Verhandlung die Anwesenheit des Verteidigers erforderlich? III. 5/1 89. **18**, 361.

1. Kann über das Vorliegen des zur Strafverfolgung erforderlichen Antrags ohne ein Verfahren in der Sache selbst entschieden werden? I. 12/7 80. **2**, 221. **§ 289**

2. Können die Geschworenen im Laufe der Verhandlung vor dem im § 301 St.P.O. bezeichneten Zeitpunkte zur Beschlußfassung über Beweisanträge veranlaßt werden? I. 3/12 94. **26**, 272.

1. Muß die Verlesung der Fragen erneuert werden, wenn die geschlossene Beweiserhebung wiederaufgenommen worden ist? I. 23/11 82. **7**, 284; II. 9/10 91. **22**, 138. **§ 290**

2. Über die Notwendigkeit der Verlesung der Fragen nach erfolgter Änderung s. § 291.

3. Kann die Revision auf die Nichtverlesung der den Geschworenen vorgelegten Fragen gestützt werden? IV. 17/6 84. **10**, 436.

§ 291 1. Welchen Sinn hat die Vorschrift der Feststellung und Verlesung der den Geschworenen vorzulegenden Fragen? IV. 9/6 96. **28**, 414.

2. Muß ein nach § 291 ergehender Beschluß mit Gründen versehen werden? I. 28/2 95. **27**, 66.

3. Inwieweit ist eine nochmalige Verlesung der endgültig festgestellten Fragen nötig, wenn nach dem Plaidoyer des Staatsanwalts eine Änderung der Fragestellung durch Streichung einer Nebenfrage stattgefunden hat? III. 20/12 94. **26**, 336.

4. Ist bei einer nach dem Plaidoyer eintretenden Änderung der Fragen deren nochmalige Verlesung und eine wiederholte Erteilung des Worts an den Staatsanwalt und den Angeklagten geboten? II. 14/4 93. **24**, 102.

5. Ist nach der Kundgebung eines formrichtigen und von sachlichen Mängeln freien Spruchs die Stellung weiterer Fragen an die Geschworenen statthaft? Bis zu welchem Zeitpunkte ist die Stellung von Hülfsfragen zulässig? III. 14/12 82. **7**, 345; I. 14/7 84. **11**, 168; IV. 4/1 98. **30**, 403.

6. Kann den Geschworenen eine Frage nach mildernden Umständen noch vorgelegt werden, nachdem dieselben in korrekter Weise die auf versuchten Mord lautende Hauptfrage mit der Einschränkung bejaht haben, es sei nicht erwiesen, daß Angeklagter mit Überlegung gehandelt habe? IV. 24/5 87. **16**, 126.

7. Wie hat sich der Vorsitzende zu verhalten gegenüber der Frage eines Geschworenen, die weder unter die Bestimmung des § 291 Abs. 1, noch unter die des § 239 Abs. 2 fällt? II. 4/5 00. **33**, 254.

S. auch **35**, 389.

§ 292 1. Über Fassung der Fragen s. §§ 293, 294.

2. Inwieweit ist der Eröffnungsbeschluß für die Fragestellung maßgebend?

Inwieweit ist die Fragestellung in alternativer Fassung zulässig?

Kann bei einer Anklage wegen Meineids die Frage alternativ gefaßt werden, wenn feststeht, daß von zwei Eiden des Angeklagten nur der eine falsch geschworen sein kann? III. 1/11 94. **26**, 155; I. 29/9 84. **11**, 108.

3. Unter welchen Voraussetzungen findet eine alternative Fragestellung statt? Kann die Frage dahin gefaßt werden, ob der Angeklagte schuldig sei, das Delikt als Täter oder Mittäter verübt zu haben? Fer. 26/8 85. **12**, 347.

4. Ist bei Anklagen aus §§ 113, 117 St.G.B.'s eine alternative Fragestellung zulässig in Bezug auf Widerstand und tätlichen Angriff? III. 8/1 96. **28**, 98.

5. Über Fragestellung bei einem verschiedene Tatbestände umfassenden Strafgesetze, speziell bei einer Anklage aus § 132 St.G.B.'s. II. 10/3 99. **32**, 85.

6. Darf die den Geschworenen aus § 251 St.G.B.'s vorgelegte Frage alternativ dahin gefaßt werden, ob bei dem Raube ein Mensch

gemartert, oder ob durch die gegen ihn verübte Gewalt eine schwere Körperverletzung verursacht worden sei? Fer. 11/8 02. **35**, 357.

7. Wie müssen die Fragen geordnet sein, wenn einer Hauptfrage eine Frage nach der gemäß § 56 St.G.B.'s erforderlichen Einsicht und eine Frage nach mildernden Umständen beizufügen ist? I. 28/5 00. **33**, 298.

8. In welcher Weise ist das in Abs. 2 bezeichnete Eventualverhältnis mehrerer Fragen zu einander auszudrücken? III. 8/1 83. **7**, 434.

9. Findet die Bestimmung in Abs. 3 Anwendung, wenn bei einer Mehrheit von Angeklagten die Verneinung der Schuld des einen folgerichtig zur Verneinung der Schuld des anderen führen muß? IV. 10/10 93. **24**, 302.

10. Über die Fragestellung in dem Falle, wenn dem Angeklagten zur Last gelegt ist, durch mehrere selbständige Handlungen mehrere Straftaten begangen zu haben? II. 22/1 97. **29**, 327.

11. Darf bei der Beschuldigung eines Angeklagten, dasselbe Delikt mehrmals durch selbständige Handlungen gegen verschiedene Personen verübt zu haben, nur eine Frage, in der die verletzten Personen und die Zeiten der Verübung unter gesonderten Nummern aufgeführt sind, gestellt werden? III. 4/2 82. **5**, 383.

12. Muß, wenn zu mehreren strafbaren Handlungen angestiftet worden ist, bezüglich des Anstifters für jede durch seine Anstiftung herbeigeführte Straftat eine besondere Frage gestellt werden? II. 30/3 83. **8**, 153.

13. Ist es bei dem Zusammentreffen mehrerer strafbarer Handlungen zulässig, an die Geschworenen eine einzige Frage dahin zu stellen, ob je mildernde Umstände vorhanden seien? Fer. 25/8 80. **2**, 227.

14. Ist es zulässig, in der einen Frage auf die in einer anderen Frage enthaltenen Merkmale des Delikts zu verweisen? III. 20/3 80. **2**, 134.

15. Inwieweit kann eine Hülfsfrage aus der Hauptfrage ergänzt werden? II. 29/10 80. **2**, 408.

1. Über Ordnung der Fragen und alternative Fragestellung s. §§ 292, 294. § 293

2. Ist mit dem Ausspruche, daß der Angeklagte „schuldig" sei, zugleich das Vorhandensein strafausschließender Umstände verneint? I. 15/1 80. **1**, 70.

3. Kann die Vorlegung einer besonderen Frage über das Vorhandensein der Zurechnungsfähigkeit gefordert werden? I. 27/6 81. **4**, 400.

4. Kann die Vorlegung einer besonderen Frage über Notwehr oder straflose Überschreitung der Notwehr gefordert werden? III. 1/12 84. **11**, 277.

5. — oder über Ausschluß der Strafbarkeit auf Grund des § 193 St.G.B.'s? I. 27/9 83. **9**, 105.

6. Darf, wenn die Strafnorm selbst unter den gesetzlichen Merkmalen des Tatbestandes den Vorsatz nicht besonders erwähnt, eine diesen Vorsatz enthaltende Begriffsbestimmung in die Schuldfrage aufgenommen werden? Ist in dieser Beziehung das Bestreiten des Vorsatzes oder

die Geltendmachung eines strafausschließenden Irrtums von Bedeutung? III. 1/7 85. **12**, 337.

7. Kann dem Antrage stattgegeben werden, in eine genau nach Vorschrift des § 293 gestellte Hauptfrage solche Umstände aus dem Eröffnungsbeschlusse aufzunehmen, welche die Strafbarkeit der Tat ausschließen? I. 28/2 95. **27**, 66.

8. Was versteht § 293 unter den in die Frage aufzunehmenden „gesetzlichen Merkmalen" der Tat? II. 20/3 85. **12**, 112.

9. Kann einer bloß sprachlichen Abweichung von dem Ausdrucke des einschlagenden Strafgesetzes Bedeutung beigemessen werden? I. 14/3 81. **4**, 22.

10. Inwieweit darf die Bezeichnung der gesetzlichen Merkmale durch die Aufnahme konkreter Bezeichnungen ersetzt werden? III. 19/4 83. **8**, 233.

11. Begründet es eine Dunkelheit in der Fragestellung, wenn zunächst der Tatbestand einer an sich nicht strafbaren Handlung vorausgeschickt und sodann das die Strafbarkeit begründende Merkmal durch die Worte „und zwar" damit in Verbindung gebracht wird? II. 11/6 80. **2**, 95.

12. Läßt sich die Auslassung eines wesentlichen Tatbestandsmerkmals in einer Frage und folgeweise in dem Geschworenenspruche durch eine ergänzende Auslegung des letzteren heilen? III. 5/5 80. **2**, 44.

13. Wie ist die Frage zu fassen in Bezug auf ein Delikt, welches mit einer absolut bestimmten, sich nach dem Inhalte der Tatfeststellung bemessenden Strafe bedroht ist? III. 17/4 85. **12**, 150.

14. Wie ist im schwurgerichtlichen Verfahren bei Delikten, die im Auslande begangen sind, festzustellen, daß das Delikt durch die ausländischen Gesetze mit Strafe bedroht ist, und daß der Täter zur Zeit der Tat ein Deutscher war? I. 30/4 98. **31**, 122; I. 14/1 86. **13**, 229.

15. Sind in dem Falle, wenn ein Deutscher wegen einer im Inlande begangenen Straftat vom Auslande ausgeliefert worden ist, in die den Geschworenen vorzulegenden Fragen die besonderen nur dem ausländischen Rechte bekannten Tatbestandsmerkmale aufzunehmen, von deren Vorhandensein die Bewilligung der Auslieferung abhängig gewesen ist? I. 7/5 00. **33**, 271.

16. Ist es zulässig, Umstände, welche die Strafbarkeit vermindern oder erhöhen, in die Hauptfrage mitaufzunehmen, oder müssen darüber besondere Nebenfragen gestellt werden? Genügt es im ersteren Falle, wenn die Fragen von den Geschworenen uneingeschränkt bejaht werden, oder muß besonders erkennbar gemacht werden, daß auch die erschwerenden Umstände bejaht sind? II. 13/1 80. **1**, 63.

17. Wie ist die Frage darüber zu fassen, ob tätige Reue vor Entdeckung der Tat vorliege? III. 8/12 80. **3**, 93.

18. Wie ist die Frage nach der Anstiftungsschuld zu fassen? Muß eins der im Gesetze bezeichneten Anstiftungsmittel genannt werden? III. 25/6 83. **9**, 22; III. 10/1 87. **15**, 304.

19. Wie ist die Frage nach der Anstiftung zu fassen, wenn ein

Zusammenwirken mehrerer zur Ausführung unterstellt wird? I. 7/12 85. **13**, 121.

20. Kann die Frage nach der Anstiftung dahin gefaßt werden, ob der Angeklagte „irgend eine dritte Person" angestiftet habe? IV. 4/1 87. **15**, 178.

21. Genügt für die Verurteilung wegen Anstiftung der Ausspruch der Geschworenen, daß der Haupttäter von dem Anstifter zur Haupttat bestimmt worden ist, oder bedarf es noch weiter des Ausspruchs, daß der Haupttäter infolge der Anstiftung die Tat auch wirklich verübt habe? II. 15/1 86. **13**, 234.

22. Fragestellung bei Beihülfe. Gehört zur Fragestellung, daß neben den im Gesetze enthaltenen Merkmalen auch die Tatsachen spezialisiert werden, worin die Beihülfe durch Rat und Tat gefunden wurde? Enthält es einen wesentlichen Mangel, wenn die Frage dahin gestellt ist, ob der Angeklagte dem Haupttäter „bei" Begehung der Tat Hülfe geleistet habe? I. 22/4 80. **1**, 391; II. 25/11 87. **16**, 350.

23. Wie ist die Frage zu fassen bei einer Anklage wegen Beihülfe zu einem Münzverbrechen, wenn der Haupttäter im Auslande wegen des von ihm verübten Delikts als des Betrugs schuldig erkannt worden ist? I. 22/6 99. **32**, 239.

24. Über die Fragestellung bei Annahme von Idealkonkurrenz. II. 20/3 91. **21**, 405; II. 17/6 81. **4**, 287.

25. Muß bei einer Anklage wegen Meineids oder Falscheids die den Geschworenen vorzulegende Frage den Inhalt des abgeleisteten Eides enthalten? Ist, wenn die Schuldfrage die Eidesformel nicht enthält, ein Zurückgreifen auf den aktenmäßigen Inhalt des abgeleisteten Eides in der Revisionsinstanz zulässig? III. 11/6 81. **4**, 313.

26. Erfordert der Tatbestand des Meineids bei einem zugeschobenen, zurückgeschobenen oder auferlegten Eide die ausdrückliche Feststellung, daß die Leistung des Eides vor einer zur Abnahme von Eiden zuständigen Behörde erfolgt ist? Fer. 9/9 87. **16**, 186; II. 19/1 97. **29**, 337.

27. Ist eine aus § 154 St.G.B.'s erfolgte Verurteilung aufzuheben, wenn derselben eine Fragestellung zu grunde lag, in welcher das Merkmal „vor einer zur Abnahme von Eiden zuständigen Behörde" nicht aufgenommen war? I. 9/2 91. **21**, 321.

28. Dürfen in die wegen Zeugenmeineids zu stellende Schuldfrage einzelne angeblich falsch beschworene Tatsachen aufgenommen werden? III. 7/10 95. **27**, 369.

29. Welche Merkmale müssen bei einer Anklage wegen Unternehmens der Verleitung zum Meineide in die den Geschworenen vorzulegende Frage Aufnahme finden? III. 12/11 79. **2**, 283; IV. 1/3 89. **19**, 96.

30. Sind objektive Bedingungen der Strafbarkeit in die Frage aufzunehmen? Liegt insbesondere bei einer Anklage wegen Ehebruchs den Geschworenen die Feststellung ob, daß die Ehe wegen Ehebruchs geschieden ist? II. 28/12 86. **15**, 122.

31. Wie ist bei einer Anklage wegen Mordes die Schuldfrage zu

fassen? Genügt die Feststellung, der Angeklagte habe einen Menschen „vorsätzlich und mit Überlegung“ getötet? III. 30/4 83. **8**, 276.

32. Ist es bei einer Anklage wegen Mordes zulässig, eine Hauptfrage wegen vorsätzlicher Tötung voranzustellen und das Merkmal der überlegten Ausführung in eine Nebenfrage aufzunehmen?

Muß für die Feststellung des Tatbestands des Totschlags der Umstand, daß die Tat nicht mit Überlegung ausgeführt worden ist, in der Frage ausdrücklich hervorgehoben werden? II. 17/11 98. **31**, 332.

33. Über die Fragestellung beim Mordversuche. III. 22/1 81. **3**, 295.

34. Über die Fragestellung beim Totschlagsversuche. III. 16/1 02. **35**, 70; III. 6/7 99. **32**, 253.

35. Über die Fragestellung bei der Beschuldigung vorsätzlicher Tötung zum Zwecke des Raubes. II. 17/6 81. **4**, 287.

36. Ist eine auf Totschlag gerichtete Hülfsfrage unzulässig, wenn die Hauptfrage die gesetzlichen Merkmale des Mordes enthält? Fer. 24/8 98. **31**, 253; I. 15/2 86. **13**, 344. Vgl. II. 4/1 84. **9**, 401.

37. Wie ist die Fragestellung zu ordnen, wenn über dieselbe Handlung sowohl vom Gesichtspunkte des Mordes, wie von demjenigen des Totschlags und des Kindesmordes eine Entscheidung abzugeben ist? III. 2/1 90. **20**, 171.

38. Wie ist die Fragestellung einzurichten, wenn neben § 211 die Anwendung des § 216 St.G.B.'s in Frage kommt? II. 11/1 95. **26**, 363.

39. Über die Fassung der bei einer Anklage aus § 214 St.G.B.'s zu stellenden Frage. III. 13/4 92. **23**, 78; III. 17/9 85. **12**, 364; I. 11/6 85. **12**, 250; I. 19/5 81. **4**, 231.

40. Ist es zulässig, in der Frage die beiden Mischtatbestände des § 121 St.G.B.'s durch „und“ anstatt durch „oder“ miteinander zu verbinden? II. 27/4 94. **25**, 321.

41. Wie ist die Frage darüber zu stellen, ob eine Körperverletzung mit tödlichem Erfolge mittels einer Waffe oder eines gefährlichen Werkzeugs ausgeführt worden ist? I. 15/12 94. **26**, 312.

42. Über die Fragestellung bei einer Anklage aus § 252 St.G.B.'s. III. 29/4 82. **6**, 248; III. 20/12 88. **19**, 141.

43. Kann es genügen, wenn in einer dem Tatbestande der §§ 267, 268 St.G.B.'s entsprechenden Frage eine Privaturkunde lediglich als „Urkunde“ bezeichnet wird? II. 30/10 82. **7**, 194.

44. Muß für die Verurteilung aus § 268 St.G.B.'s neben der Absicht, sich einen Vermögensvorteil zu verschaffen, auch die „rechtswidrige Absicht“ durch den Geschworenenspruch festgestellt sein? I. 6/12 80. **3**, 168.

45. Wie muß bei einer Anklage aus § 270 St.G.B.'s die den Geschworenen vorzulegende Frage gefaßt werden? II. 20/3 85. **12**, 112; II. 14/10 92. **23**, 259.

46. Ist bei einer Anklage aus §§ 350, 351 St.G.B.'s die Fragestellung dahin, ob der Beamte Gelder x „unterschlagen“ habe, ausreichend? I. 30/9 80. **2**, 279.

47. Wie ist die Schuldfrage zu fassen, wenn der Tatbestand des

in § 209 Nr. 2 K.O. von 1877 vorgesehenen betrüglichen Bankerutts Gegenstand der Anschuldigung ist? III. 20/12 93. **24**, 433.

48. Wie ist die Schuldfrage zu fassen bei einer Anklage aus §§ 9, 11 des Gesetzes, betr. die Pflichten der Kaufleute bei Aufbewahrung fremder Wertpapiere, vom 4. Juli 1896? IV. 27/3 01. **34**, 237.

49. Findet die Aufnahme des konkreten Tatbestandes in die den Geschworenen vorzulegenden Fragen statt?

Kommt den Geschworenen auch die Befugnis zu, die die Schuldfrage bedingenden rechtlichen Gesichtspunkte zu prüfen? III. 24/4 80. **2**, 138; I. 22/11 80. **3**, 51; III. 19/4 83. **8**, 233; III. 1/7 85. **12**, 337.

50. Kann der Geschworenenspruch wegen Rechtsirrtums angefochten werden? III. 7/4 80. **2**, 136; III. 15/1 81. **3**, 250; I. 13/12 86. **15**, 85.

51. Darf der Gerichtshof insoweit, als er über Verjährung zu entscheiden hat, von der in dem Geschworenenspruche enthaltenen Feststellung über den Zeitpunkt der Tat abweichen? IV. 7/12 86. **15**, 107.

1. Über Hülfsfragen, welche neben der Mord zum Gegenstand habenden Hauptfrage hinsichtlich minder strafbarer Tötungdelikte zu stellen sind, s. § 293 Nr. 32 flg. **§ 294**

2. Müssen Hülfsfragen den vollen Tatbestand einer vom Gesetze mit Strafe bedrohten Handlung enthalten?

Sind dieselben bei einer nur auf Antrag strafbaren Handlung nur dann zu stellen, wenn der Strafantrag vorliegt? III. 7/1 82. **1**, 327.

3. Ist die Stellung einer Hülfsfrage ein Akt der Strafverfolgung? III. 21/12 96. **29**, 270.

4. Kann neben der Stellung zweier Hauptfragen, welche zwei den Angeklagten zur Last gelegte Verbrechen des Mordes ohne Erwähnung der Selbständigkeit beider Handlungen betreffen, für den Fall der Verneinung beider Hauptfragen eine Hülfsfrage dahin gestellt werden, ob der Angeklagte schuldig sei, durch eine Handlung die beiden — getöteten — Personen ermordet zu haben? IV. 8/6 94. **25**, 409.

5. Muß dem Antrage auf Vorlegung einer Hülfsfrage über das Vorhandensein eines fortgesetzten Delikts stattgegeben werden, wenn durch die Bejahung der gestellten Hauptfragen das Moment der Selbständigkeit der einzelnen Straftaten in unzweideutiger Weise festgestellt wird? IV. 2/4 86. **14**, 75.

6. Ist es zulässig, die Hülfsfrage aus der Hauptfrage zu ergänzen? II. 29/10 80. **2**, 408.

7. Führt die inhaltliche Mangelhaftigkeit der Hülfsfrage zur Aufhebung des Urteils, auch wenn die Hauptfrage bejaht worden ist? II. 9/2 00. **33**, 131.

8. Findet die Vorschrift in Abs. 2 auf Fälle der Idealkonkurrenz Anwendung? IV. 6/10 93. **24**, 280.

9. Ist es zulässig, neue Hülfsfragen wegen fahrlässigen Falscheids zu stellen, wenn der Spruch wegen wissentlichen Meineids dem Angeklagten eröffnet ist, die erteilte Antwort aber von dem Gericht für undeutlich und widersprechend erachtet wird? III. 18/10 80. **2**, 361.

§ 295 1. Über Statthaftigkeit von Nebenfragen und über die Zulässigkeit der Aufnahme straferhöhender und strafmindernder Umstände in die Hauptfrage s. § 293.

2. Wann muß ohne einen besonderen Antrag über das Vorliegen eines strafmindernden Umstandes eine Frage gestellt werden? II. 2/7 97. **30**, 209.

3. Ist es zulässig, wegen der Gewerbsmäßigkeit verübter Hehlerei den Geschworenen eine Nebenfrage vorzulegen? IV. 8/10 86. **14**, 356.

4. Ist auf Grund des § 46 Nr. 1 St.G.B.'s den Geschworenen eine besondere Frage vorzulegen? II. 25/11 87. **16**, 347.

5. Ist die Frage nach § 216 St.G.B.'s als Hülfsfrage oder als Nebenfrage zu stellen? II. 11/1 95. **26**, 363.

6. Kann die Nebenfrage nach § 157 St.G.B.'s auf einzelne angeblich falsch beschworene Tatsachen beschränkt werden? III. 7/10 95. **27**, 369.

§ 296 1. Über Statthaftigkeit von Hülfs- und Nebenfragen s. §§ 293, 294, 295.

2. Steht auch den Geschworenen die Befugnis zu, auf Ergänzung der Fragen anzutragen?

Kann der Antrag des Angeklagten auf Stellung einer Hülfsfrage, welche eine im Verhältnisse zu dem Eröffnungsbeschlusse minder schwere Qualifizierung der Tat bezweckt, aus dem Grunde abgelehnt werden, weil der Angeklagte an der Stellung einer solchen Frage kein Interesse habe? II. 26/11 80. **3**, 67.

3. Über Unzulässigkeit weiterer Fragen nach Verkündung eines korrekten Geschworenenspruchs s. § 291.

4. Ist die Stellung einer Hülfsfrage noch zulässig, wenn die Geschworenen mit dem vom Obmanne unterzeichneten Spruche in das Sitzungszimmer zurückgekehrt sind, der Spruch aber noch nicht kundgegeben ist? IV. 4/1 98. **30**, 403.

5. Ist das Gericht bei Prüfung der rechtlichen Zulässigkeit einer beantragten Nebenfrage befugt, die vom Antragsteller zur Begründung seines Antrags angeführten Tatumstände zu grunde zu legen, oder hat sich die Prüfung darauf zu beschränken, ob die beantragte Nebenfrage überhaupt die gesetzlichen Merkmale eines Straferhöhungs- oder Strafminderungsgrundes enthält? III. 19/4 83. **8**, 222.

6. Kann der Antrag auf Stellung einer Nebenfrage aus § 157 Nr. 1 St.G.B.'s von dem Gerichte deshalb abgelehnt werden, weil § 157 Nr. 1 auf das konkrete Verhältnis nicht anwendbar sei? I. 27/4 80. **1**, 423.

7. Muß eine beantragte Hülfsfrage auch dann zugelassen werden, wenn dieselbe einen mit den Merkmalen des einschlägigen Strafgesetzes nicht vereinbaren Tatbestand enthält? I. 29/12 88. **18**, 337.

8. Muß dem Antrage auf Stellung einer Hülfsfrage stattgegeben werden, wenn das Delikt, welches den Gegenstand der Hülfsfrage bildet, wegen Verjährung nicht mehr verfolgt werden kann? 28/11 92. **23**, 327.

9. Unter welchen Voraussetzungen kann, wenn aus § 217 St.G.B.'s angeklagt worden war, verlangt werden, daß für den Fall der Verneinung der Frage nach Kindesmord eine Hülfsfrage aus § 218 a. a. O. an die Geschworenen gerichtet werde? III. 1/10 85. **12**, 409.

10. Ist die Stellung einer Hülfsfrage über Begünstigung der in der Anklage bezeichneten Straftat immer aus dem Grunde abzulehnen, weil die Begünstigung eine andere Tat sei, als die in der Anklage bezeichnete? I. 5/5 94. **25**, 334.

1. Ist bei Stellung der Frage über das Vorhandensein mildernder Umstände eine Abweichung von der Wortfassung des Gesetzes zulässig? I. 24/2 90. **20**, 266. § 297

2. Ist die Frage nach mildernden Umständen bei Idealkonkurrenz von Delikten nur einmal, oder wiederholt zu stellen?

Liegt ein sachlicher Widerspruch vor, wenn die Geschworenen im Falle idealer Konkurrenz die Fragen wegen mildernder Umstände verschieden beantworten? II. 8/11 81. **5**, 155; II. 30/3 86. **14**, 8.

3. Muß im Falle idealer Konkurrenz die Frage nach mildernden Umständen auch diejenigen ideell konkurrierenden Straftaten umfassen, bei denen das Strafgesetz mildernde Umstände nicht kennt? II. 30/3 86. **14**, 8.

4. Ist neben der Frage, ob der Angeklagte auf die in § 213 St.G.B.'s bezeichnete Weise zum Zorne geneigt war, für den Fall der Bejahung dieser Frage noch eine besondere Frage nach dem Vorhandensein anderer mildernder Umstände zu stellen? I. 21/6 00. **33**, 323.

5. Ist die Reizung zum Zorne im Sinne des § 213 St.G.B.'s ein im Gesetze besonders vorgesehener Umstand, zu dessen Verneinung eine Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen erforderlich ist? IV. 8/6 86. **14**, 298.

6. Kann der Angeklagte, dem eine mildernde Umstände nicht kennende Tat zur Last gelegt ist, die Stellung einer Frage nach mildernden Umständen schon deshalb verlangen, weil die Verneinung einzelner Tatbestandsmerkmale zur Feststellung einer Straftat führen kann, welche beim Vorhandensein mildernder Umstände eine geringere Strafe zuläßt, oder muß der Angeklagte zur Erwirkung einer Frage nach mildernden Umständen zunächst eine Hülfsfrage beantragen, welche das minder strafbare Delikt zum Gegenstande hat? I. 11/2 89. **18**, 400

7. Kann den Geschworenen eine Frage nach mildernden Umständen noch vorgelegt werden, nachdem dieselben in konkreter Weise die auf Mord lautende Hauptfrage bejaht haben mit der Einschränkung, daß ein Handeln mit Überlegung nicht erwiesen sei? IV. 24/5 87. **16**, 126.

Begründet es die Revision, wenn die vorgeschriebene Fragestellung infolge Irrtums über das Alter unterblieben ist? IV. 5/7 98. **31**, 232. § 298

S. zu § 298 auch **27**, 392.

1. Muß zur Schuldfrage, entsprechend dem § 257 St.P.O., dem Angeklagten das letzte Wort erteilt werden? I. 30/10 99. **32**, 321. § 299

2. Ist im Falle einer Änderung der Fragestellung den Prozeßbeteiligten von neuem das Wort zu erteilen? II. 14/4 93. **24**, 102, Nr. 2.

3. Über die Begrenzung der Befugnis zu Ausführungen s. § 257.

4. Darf das Gericht dem Verteidiger untersagen, in seinen Ausführungen über die Schuldfrage auch der Höhe der angedrohten Strafe zu gedenken? Kann in einem diesbezüglichen Beschlusse eine unzulässige Beschränkung der Verteidigung erkannt werden? IV. 29/11 87. **16**, 365.

§ 300 1. Muß die Rechtsbelehrung, wenn später noch eine Beweisaufnahme erfolgt, wiederholt werden? Bildet die Unterlassung einen Revisionsgrund? II. 11/12 96. **29**, 263.

2. Ist nach der Rechtsbelehrung des Vorsitzenden dem Verteidiger zur Ergänzung seiner Ausführungen noch das Wort zu erteilen? Können in diesem Stadium noch Beweisanträge angebracht werden? III. 29/4 95. **27**, 188.

3. Genügt ein bloßer Hinweis des Vorsitzenden auf die in einem früheren Abschnitte der Verhandlung erfolgte Belehrung? Führt ein Verstoß gegen die Vorschrift des § 300 zur Aufhebung des Urteils? IV. 24/3 91. **22**, 18.

4. Kann die Rechtsbelehrung den Gegenstand eines Revisionsangriffs bilden? III. 1/12 84. **11**, 277; III. 28/1 80. **1**, 85.

5. Zur Feststellung des Begriffs der Rechtsbelehrung und über das Verhältnis der §§ 300 u. 306 zu einander. II. 20/3 88. **17**, 231.

§ 301 1. Unter welchen Umständen ist eine Wiederaufnahme der Verhandlungen oder der Beweisaufnahme anzunehmen, in deren Folge die wiederholte Beratung der Geschworenen nötig wird? II. 10/12 80. **3**, 101.

2. Kann die bei Übergabe der Fragen an die Geschworenen versäumte Unterzeichnung durch den Vorsitzenden ohne Wiederzuziehung des Angeklagten nachgeholt werden? II. 21/10 02. **35**, 407.

§ 302 1. Unter welchen Voraussetzungen können Gegenstände den Geschworenen in das Beratungszimmer verabfolgt werden? Was ist unter „den Geschworenen zur Besichtigung vorgelegten Gegenständen" zu verstehen? I. 14/2 84. **10**, 161; III. 25/1 82. **5**, 398.

2. Dürfen Aktenbände und Protokolle den Geschworenen in das Beratungszimmer verabfolgt werden? Darf ein in der Hauptverhandlung verlesenes Protokoll den Geschworenen in das Beratungszimmer verabfolgt werden? Fer. 13/9 87. **16**, 187; II. 11/12 83. **10**, 115.

3. Dürfen den Geschworenen Aktenstücke in das Beratungszimmer verabfolgt werden, wenn einzelne Blätter derselben zur Besichtigung von Unterschriften vorgelegt sind? II. 23/2 92. **22**, 368.

4. Wird durch die Ablehnung des Antrags der Verteidigung, den Geschworenen einen Kommentar zum Strafgesetzbuche und den Text eines Gesetzes in das Beratungszimmer mitzugeben, eine Rechtsnorm verletzt? III. 11/1 86. **13**, 248.

5. Enthält es einen Prozeßverstoß, wenn den Geschworenen zur

Unterstützung ihres Gedächtnisses während der Beweiserhebung beglaubigte Abschriften verlesener Beweisurkunden eingehändigt werden? I. 5/5 90. **20**, 382.

1. Über den Begriff des in § 303 reprobierten Verkehrs. Genügt es zur Begründung einer Revisionsbeschwerde, daß ein Geschworener Räume betreten hat, in denen sich andere Personen befanden? I. 7/2 95. **27**, 3; I. 12/2 80. **1**, 207. § 303

2. Inwiefern bildet die Anwesenheit eines Ergänzungsgeschworenen bei der Beratung der Geschworenen die Verletzung einer Vorschrift des Verfahrens?

Liegt eine zur Aufhebung des Urteils nötigende Gesetzesverletzung auch dann vor, wenn der Ergänzungsgeschworene zwar an der Beratung und Abstimmung der Geschworenen sich nicht beteiligt, aber über die Angabe des Stimmenverhältnisses Auskunft erteilt hat? II. 28/12 80. **3**, 266; I. 20/2 82. **6**, 58.

3. Kann eine Verletzung der Vorschrift des § 303 durch Rückweisung der Geschworenen zur nochmaligen Beratung geheilt werden? I. 20/2 82. **6**, 58.

Ist es eine Voraussetzung für die Gültigkeit des Wahrspruchs, daß der Obmann nach der Vorschrift des § 304 gewählt worden ist? I. 20/9 80. **2**, 257. § 304

1. Kann es nach § 305 für unschädlich erachtet werden, wenn über Tatbestände, von denen jeder die Merkmale des Delikts enthält, Fragen in kopulativer statt in disjunktiver Form den Geschworenen vorgelegt werden? II. 27/4 94. **25**, 321. § 305

2. Ist es im Falle, daß straferhöhende oder strafmindernde Umstände in der Hauptfrage mit aufgenommen worden sind, für genügend anzusehen, wenn die Fragen von den Geschworenen uneingeschränkt bejaht werden, oder muß die Bejahung der erwähnten Umstände besonders erkennbar gemacht werden? II. 13/1 80. **1**, 63.

3. Haben die Geschworenen, wenn sie ein Merkmal der Tat, ohne welches eine strafbare Handlung nicht mehr vorliegen würde, verneinen wollen, die Wahl, entweder die Frage selbst schlechthin zu verneinen, oder die Verneinung auf jenes einzelne Merkmal zu beschränken und die übrigen zu bejahen? II. 11/6 80. **2**, 95; I. 21/4 84. **10**, 315.

4. Auslegung eines Geschworenenspruchs, durch den die Körperverletzung mit nachgefolgtem Tode teilweise bejaht und teilweise verneint wird. I. 17/5 00. **33**, 285.

5. Über Undeutlichkeit eines Wahrspruchs, der mit der allgemeinen Bejahung der Schuldfrage nicht bloß eine teilweise Verneinung, sondern außerdem noch eine teilweise, vereinzelte Tatmerkmale betreffende Bejahung verbunden hat. II. 30/10 82. **7**, 194.

6. Können die Geschworenen im Falle einer aus § 267 St.G.B.'s gestellten Frage durch einen Zusatz in ihrer Antwort den Angeklagten

einer Urkundenfälschung im Sinne des § 270 St.G.B.'s schuldig erkennen? I. 7/11 01. **34**, 413.

7. Ist für die teilweise Bejahung und Verneinung einer Frage eine bestimmte Form erforderlich? III. 16/1 02. **35**, 70.

8 Müssen die im Falle der idealen Konkurrenz gestellten mehreren Fragen sämtlich von den Geschworenen beantwortet werden? III. 21/5 81. **4**, 190.

§ 306 1. Zur Feststellung und Begrenzung des Begriffes der Belehrung im Sinne der §§ 300, 306. II. 20/3 88. **17**, 231.

2. Müssen bei der gemäß § 306 eintretenden Belehrung alle die Personen zugegen sein, deren ununterbrochene Gegenwart § 225 St.P.O. fordert? Ist bei einem Verstoße hiergegen die Revision auch dann begründet, wenn die Belehrung sich auf einen Punkt bezog, auf welchem das Urteil nicht beruht? II. 14/12 83. **9**, 271.

3. Begreift die „Ergänzung der Fragen" im Sinne des Abs. 2 die Stellung von Neben- und Hülfsfragen? In welchem Umfange macht die gemäß § 306 erfolgte spätere Stellung einer Hülfsfrage eine weitere Verhandlung erforderlich? I. 10/6 80. **2**, 92.

§ 307 1. Hat der Obmann seine Unterschrift der Antwort auf jede einzelne Frage beizufügen, oder genügt die einmalige Unterschrift unter den Spruch als Ganzes? II. 2/7 80. **2**, 201.

2. Darf die Unterschrift des Obmanns bei der Stellung mehrerer Fragen auch dann, wenn nur die erste Frage beantwortet worden ist, an den Schluß aller Fragen gesetzt werden?

Muß der Obmann seine Eigenschaft als solcher der Unterschrift beifügen, oder genügt die Konstatierung im Sitzungsprotokolle? IV. 20/11 94. **26**, **218**.

3. Inwieweit liegt die vorgeschriebene Unterzeichnung vor, wenn bei mehreren Fragen der Obmann die Antwort der Geschworenen zu jeder einzelnen Frage niedergeschrieben und mit seiner Unterschrift versehen, einer Antwort jedoch seine Unterschrift beizusetzen unterlassen hat? III. 22/1 83. **8**, 10.

4. Was ist nach Abs. 2 unter Angabe des Stimmenverhältnisses zu verstehen? I. 16/11 99. **32**, 372.

5. Enthält ein Wahrspruch, welcher die Schuldfrage als mit 7 gegen 5 Stimmen bejaht bezeichnet, oder das Stimmverhältnis überhaupt nicht angibt, nur einen Mangel in der Form, oder zugleich einen sachlichen Mangel? I. 9/6 81. **4**, 277; III. 11/10 83. **9**, 107; I. 21/4 84. **10**, 315; III. 30/4 81. **4**, 122.

6. Begründet die Verletzung der Vorschrift, wonach bei Verneinung der mildernden Umstände anzugeben ist, daß die Entscheidung mit mehr als 6 Stimmen gefaßt worden ist, die Revision? I. 18/9 90. **21**, 70.

7. Ist, wenn die Frage nach mildernden Umständen ohne Angabe des Stimmverhältnisses verneint wird, der Spruch in der Revisionsinstanz

nur hinsichtlich der mildernden Umstände, oder in seinem ganzen Umfange aufzuheben? II. 3/2 93. **23**, 402.

8. Bildet es einen Revisionsgrund, wenn bei einem dem Angeklagten günstigen Spruche die Zahl der Stimmen beigefügt ist? Fer. 28/7 84. **11**, 42.

1. Kann die Kundgebung des Spruchs geteilt, unterbrochen oder wiederholt werden? I. 24/9 85. **12**, 373. § 308

2. Genügt es, wenn zufolge eines sachlichen Mangels im Geschworenenspruche dessen Kundgebung abgebrochen wurde, nach Berichtigung des Spruchs „in der Verlesung der Fragen und Antworten fortzufahren"? IV. 15/11 95. **27**, 411.

3. Kann nach Kundgebung des Geschworenenspruchs noch eine Nebenfrage gestellt werden? I. 15/2 00. **33**, 139; I. 14/7 84. **11**, 168; III. 14/12 82. **7**, 345.

1. Mit welchem Zeitpunkte erlangt ein Geschworenenspruch die Bedeutung, daß er nur auf dem Wege der Berichtigung (§§ 309 flg.) geändert werden kann? s. § 308. § 309

2. Ist das Berichtigungsverfahren auch anzuordnen, wenn die Unvollständigkeit des Spruchs auf fehlerhafter Fragestellung beruht? II. 20/3 91. **21**, 405.

3. Begründet es eine Dunkelheit in der Fragestellung, wenn zunächst der Tatbestand einer an sich nicht strafbaren Handlung vorangesetzt und sodann das die Strafbarkeit derselben begründende Merkmal durch die Worte „und zwar" damit in Verbindung gebracht wird? II. 11/6 80. **2**, 95.

4. Muß es zur Anordnung der Berichtigung führen, wenn der Anklagebeschluß durch den Spruch nicht erschöpft ist und demzufolge ein Urteil über Schuld oder Nichtschuld nicht gefällt werden kann? Wie lange ist in diesem Falle eine Vervollständigung der Fragen zulässig? I: 14/1 86. **13**, 229.

5. Kann eine Unvollständigkeit oder Undeutlichkeit des Geschworenenspruchs daraus hergeleitet werden, daß die gestellten Fragen dem in der Hauptverhandlung gewonnenen Beweisergebnisse nicht entsprechen, oder daß die Geschworenen nur durch eine inkonsequente und sich widersprechende Beweiswürdigung zu dem gefällten Spruche haben gelangen können? III. 14/12 82. **7**, 345; III. 29/4 82. **6**, 317.

6. Liegt ein zur Anordnung der Berichtigung nötigendes Verhältnis auch da vor, wo ein Widerspruch zwar nicht aus dem Vergleiche der Bestandteile einer einzelnen Antwort, wohl aber aus dem Vergleiche verschiedener Antworten hervortritt? I. 29/1 85. **11**, 418.

7. Liegt eine Undeutlichkeit des Spruchs vor, wenn aus Erklärungen, welche die Geschworenen oder einzelne derselben in der Hauptverhandlung abgeben, erhellt, daß sie die vorgelegten Fragen falsch aufgefaßt haben? III. 8/1 83. **7**, 434.

8. Kann ein Berichtigungsverfahren deshalb angeordnet werden, weil aus der von einzelnen Geschworenen nach Verkündung des Spruchs

abgegebenen Erklärung erhellt, daß sie eine materielle Rechtsnorm irrig aufgefaßt haben? I. 3/3 96. **28**, 242.

9. Kann ein Wahrspruch als sich widersprechend angesehen werden, wenn die Geschworenen zur Schuldfrage ein die Strafbarkeit bedingendes Moment verneint, nichtsdestoweniger aber zur Frage über mildernde Umstände eine Antwort erteilt haben? III. 19/10 95. **27**, 392; I. 21/4 84. **10**, 315; II. 11/6 80. **2**, 95.

10. Kann eine zur Anordnung der Berichtigung nötigende Unklarheit des Geschworenenspruchs dadurch herbeigeführt werden, daß eine Frage nach mildernden Umständen in einem Falle, für den sie nicht gestellt war, von den Geschworenen beantwortet wird? IV. 6/6 02. **35**, 283.

11. Über Mangelhaftigkeit des Spruchs wegen Verletzung der Vorschriften über Angabe des Stimmverhältnisses s. § 307, Nr. 4ff.

12. Über Mangelhaftigkeit infolge davon, daß nicht über alle Fragen, welche zu den als ideell konkurrierend angenommenen Straftaten gestellt waren, eine Antwort erteilt worden ist. III. 21/5 81. **4**, 190.

13. Liegt ein sachlicher Widerspruch vor, wenn die Geschworenen im Falle idealer Konkurrenz die Fragen wegen mildernder Umstände verschieden beantworten? II. 8/11 81. **5**, 155.

14. Muß eine Berichtigung angeordnet werden, wenn die Geschworenen in der Antwort auf die Hauptfrage dem Angeklagten mildernde Umstände zubilligen, während eine entsprechende Nebenfrage nicht gestellt war? I. 15/2 00. **33**, 139.

15. Über Undeutlichkeit des Wahrspruchs zu alternativ gestellter Schuldfrage. I. 29/9 84. **11**, 103.

16. Bedarf es der Berichtigung bei einem Geschworenenspruche, welcher feststellt, daß zwei verschiedene Personen einen und denselben Täter zu einer und derselben Tat nacheinander — jede Person selbständig für sich — angestiftet haben? I. 7/12 85. **13**, 121.

17. Wird das Berichtigungsverfahren notwendig, wenn gemeinschaftliche Ausführung der Tat durch zwei Mitangeklagte gegen den einen bejaht, gegenüber dem anderen verneint worden ist? II. 5/5 96. **28**, 340.

18. Liegt ein Widerspruch in dem Spruche der Geschworenen, wenn diese einerseits bejahen, daß eine Angeklagte ihre Frucht vorsätzlich abgetrieben, andererseits, daß ein Dritter mit ihrer Einwilligung die Mittel zur Abtreibung bei ihr angewendet hat? III. 25/2 80. **1**, 263.

19. Ist das Berichtigungsverfahren anzuordnen, wenn auf die Frage wegen vorsätzlicher Körperverletzung mit Todesfolge (§ 226) dem bejahenden Spruche ein die Vorsätzlichkeit verneinender Beisatz zugefügt ist? I. 4/6 96. **28**, 408.

20. Inwiefern kann ein Geschworenenspruch über eine Anklage wegen wissentlichen Meineids als undeutlich deshalb angesehen werden, weil bei sonstiger Bejahung der Schuldfrage die Wissentlichkeit verneint worden ist? III. 13/10 80. **2**, 361.

21. Kann eine neue Berichtigung angeordnet werden, wenn der berichtigte, äußerlich dem Gesetze entsprechende Spruch infolge der rechts-

irrigen Belehrung des Vorsitzenden ergangen war, daß eine sachliche Änderung nicht vorgenommen werden dürfe? II. 13/1 99. **31**, 425.

22. Hat das Gericht, wenn es den Geschworenenspruch in sich widersprechend findet, den Geschworenen die Gründe seiner Ansicht mitzuteilen?

Kann aus § 300 St.P.O. entnommen werden, daß das Gericht, wenn es wegen sachlicher Mängel eine Berichtigung des Spruches eintreten läßt, den Geschworenen zu eröffnen hat, daß sie an keinen Teil des früheren Spruchs gebunden sind? III. 29/4 82. **6**, 317.

23. Muß der die Berichtigung anordnende Gerichtsbeschluß sich darüber aussprechen, ob dem Mangel die Bedeutung eines formellen, oder eines sachlichen zukomme? IV. 4/7 94. **26**, 89.

24. Ist die Revision der Staatsanwaltschaft zulässig, wenn sie bei einem teilweise auf Nichtschuldig lautenden Geschworenenspruche darauf gestützt wird, daß das Berichtigungsverfahren, infolge dessen der Spruch ergangen, nicht habe stattfinden dürfen? IV. 8/6 86. **14**, 298.

25. Steht dem Revisionsgerichte die Nachprüfung darüber zu, ob die angenommene Undeutlichkeit des Geschworenenspruchs vorliegt?

Ist das Revisionsgericht berechtigt, wenn ein Geschworenenspruch im Berichtigungsverfahren geändert worden und sich herausstellt, daß die Berichtigung zu Unrecht angeordnet war, auf Grund des ursprünglichen Spruchs ein Urteil zu erlassen? III. 13/10 80. **2**, 361; III. 29/4 82. **6**, 317; IV. 24/1 90. **20**, 188.

26. Darf einer Undeutlichkeit des Geschworenenspruchs durch Interpretation abgeholfen werden? II. 30/10 82. **7**, 194.

27. Müssen die Prozeßbeteiligten vor Anordnung des Berichtigungsverfahrens gehört werden? IV. 8/6 86. **14**, 298.

S. zu § 309 auch **33**, 285.

Über die Frage, welcher Charakter einem durch vorschriftswidrige Angabe über das Stimmverhältnis herbeigeführten Mangel des Spruchs zukommt, s. o. § 307 Nr. 5. § 310

1. Über sachliche Mängel und über den Inhalt der bei dem Vorliegen solcher erforderlichen Gerichtsbeschlüsse s. §§ 307, 309. § 311

2. Können bei Berichtigung eines Spruchs wegen sachlichen Mangels noch neue Fragen gestellt werden? III. 13/10 80. **2**, 361.

3. Sind die Geschworenen im Falle des § 311, auch wenn es sich um verschiedene Straffälle und um verschiedene Angeklagte handelt, in keiner Richtung an ihren früheren Spruch gebunden?

Kann der frühere Spruch auch zum Nachteile des Angeklagten geändert werden? IV. 15/11 95. **27**, 411; IV. 10/10 93. **24**, 302; IV. 24/1 90. **20**, 188.

1. Wie ist bei Niederschreibung des berichtigten Spruchs zu verfahren? III. 30/4 81. **4**, 122. § 312

2. Über Urteilsfällung auf Grund des ursprünglichen Spruchs im Falle der Unstatthaftigkeit der Berichtigung s. § 309, Nr. 25.

§ 313 Ist nach Verkündung des Geschworenenspruchs eine Vervollständigung der Fragen, falls dieselben den Eröffnungsbeschluß nicht erschöpfen, ausgeschlossen? I. 14/1 86. **13**, 229.

§ 314 1. Sind die Prozeßbeteiligten nach Verkündung des Geschworenenspruchs noch mit Beweisanträgen zu hören? IV. 9/12 90. **21**, 243.

2. Ist ungeachtet der Bejahung der Schuldfrage durch die Geschworenen das Gericht zu der Prüfung berechtigt, ob in den bejahten Merkmalen der Tat eine unter das Strafgesetz fallende Handlung enthalten ist? II. 11/6 80. **2**, 95.

§ 316 Darf das Gericht bei Entscheidung über Verjährung Feststellungen treffen, die von dem Geschworenenspruche abweichen? S. § 293 Nr. 51 S. 379.

§ 317 1. Findet die Bestimmung Anwendung, wenn das Gericht der Ansicht ist, daß die Geschworenen in der Feststellung eines ideell konkurrierenden Delikts geirrt haben? Ist die Anwendung ausgeschlossen, wenn das Gericht der beanstandeten Feststellung einen Einfluß auf die Strafzumessung nicht einräumt? Fer. 24/8 98. **31**, 241.

2. Was ist im Sinne des § 317 unter einem von den Geschworenen in der Hauptsache zum Nachteile des Angeklagten begangenen Irrtum zu verstehen?

Kann die Revision darauf gestützt werden, daß das Gericht es zu Unrecht unterlassen habe, die Sache auf Grund des § 317 vor ein anderes Schwurgericht zu verweisen? IV. 13/12 87. **17**, 31.

3. Greift im Falle des § 317 der Verweisungsbeschluß nur insoweit Platz, als der Spruch zum Nachteile des Angeklagten ausgefallen ist? IV. 26/1 00. **33**, 94.

Achter Abschnitt (§§ 318—337).

Verfahren gegen Abwesende.

§ 319 Fällt die in § 135 V.Z.G.'s vom 1. Juli 1869 angedrohte Konfiskation unter den Begriff der Einziehung im Sinne des § 319?

Ist die Zulässigkeit des in §§ 319 flg. angeordneten Ungehorsamsverfahrens auf Fälle der Zolldefraudation dadurch ausgeschlossen, daß in § 162 V.Z.G.'s eventuell deren Umwandlung in Freiheitsstrafe vorgeschrieben ist? III. 27/2 90. **20**, 290.

§ 320 Über die Voraussetzungen der Ladung auf dem in § 320 vorgeschriebenen Wege. I. 23/10 99. **32**, 306.

§ 321 Bezieht sich die Vorschrift über den Inhalt der zu erlassenden Ladung auf den Fall, daß deren Zustellung an den im Auslande an

bekanntem Orte sich aufhaltenden Angeklagten unter Befolgung der für Zustellungen im Auslande bestehenden Vorschriften ausführbar ist und erfolgt? III. 27/2 90. **20**, 290.

Drittes Buch.

Rechtsmittel.

Erster Abschnitt (§§ 338—345).

Allgemeine Bestimmungen.

1. Steht dem im Urteile mit Kosten belasteten Antragsteller hiergegen die Revision zu? Kann zu seinen Gunsten der Staatsanwalt von dem Rechtsmittel Gebrauch machen? I. 4/1 83. **7**, 409. § 338

2. Kann der Staatsanwalt zu gunsten des Angeklagten um Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nachsuchen? IV. 26/5 91. **22**, 31.

3. Unter welchen Voraussetzungen ist anzunehmen, daß die Staatsanwaltschaft zu gunsten des Beschuldigten von einem Rechtsmittel Gebrauch gemacht hat? II. 7/12 81. **5**, 218.

4. Unter welchen Voraussetzungen ist einem freigesprochenen Angeklagten die Anfechtung des Urteils mittels Revision gestattet? III. 21/1 86. **13**, 324; III. 11/6 81. **4**, 355.

5. Kommt das in Abs. 2 der Staatsanwaltschaft eingeräumte Recht in den Fällen des § 459 flg. St.P.O. auch der Steuerverwaltungsbehörde zu? IV. 26/2 92. **22**, 400.

Über die Befugnis des Verteidigers zur Einlegung von Rechtsmitteln. I. 14/1 89. **18**, 346; II. 16/1 80. **1**, 71. § 339

1. Gilt die Fristbestimmung des Abs. 1 auch dann, wenn die Voraussetzungen für Anwendung des § 268 St.P.O. vorliegen? IV. 16/2 97. **29**, 385. § 340

2. Ist die Erklärung des Ehemanns: „er lege für seine Ehefrau Revision ein", als die Erklärung, er tue dies in Vertretung seiner Ehefrau, oder als die Erklärung, er tue es kraft eigenen Rechts „zu gunsten der Ehefrau", aufzufassen? III. 12/2 91. **21**, 335.

3. Erleidet die durch § 340 verliehene Berechtigung eine Beeinträchtigung dadurch, daß sich der Angeklagte bei dem wider ihn ergangenen Urteile beruhigt hat? I. 6/10 81. **5**, 50.

4. Kann nach dem B.G.B. die Mutter eines minderjährigen Angeklagten, deren Ehe geschieden, und welche für den allein schuldigen Teil erklärt worden ist, in einer gegen ihren Sohn anhängigen Strafsache selbständig Revision einlegen, wenn der Aufenthalt des Vaters des Angeklagten nicht zu ermitteln ist?

Kann die Mutter eines minderjährigen Angeklagten, dessen Vater gestorben ist, in einer gegen ihren Sohn anhängigen Strafsache selbständig Revision einlegen, wenn sie vor dem 1. Januar 1900 zur zweiten Ehe

geschritten, ihre zweite Ehe aber schon vor dem 1. Januar 1900 wieder geschieden worden ist? II. 9/7 01. **34**, 316.

§ 341 Bedeutung des Ausdrucks „zu Protokoll des Gerichtsschreibers". I. 5/10 99. **32**, 277.

§ 343 1. Kann der Revisionsrichter, wenn die Revision des Provinzialsteuerdirektors nur auf Verschärfung der Strafe gerichtet ist, auf Freisprechung erkennen? I. 9/11 91. **22**, 213.

2. Kann aus § 343 das Bestehen eines Rechtsmittels des Revisionsanschlusses hergeleitet werden? I. 9/2 80. **1**, 194.

3. Liegt eine Urteilsaufhebung zu gunsten oder zu ungunsten des Angeklagten vor, wenn auf die von der Staatsanwaltschaft zu ungunsten des Angeklagten eingelegte Revision die wegen Steuerhinterziehung zu Unrecht ausgesprochene Geldstrafe in Wegfall gebracht und die Sache zurückverwiesen wird zum Zwecke der eventuellen Berücksichtigung des Steuerdelikts als Strafzumessungsgrundes bei Festsetzung der Strafe wegen der zweiten dem Angeklagten zur Last gelegten Straftat? Fer. 11/9 00. **33**, 371.

§ 344 1. Welche Wirkung hat die von einem Angeklagten in der Hauptverhandlung abgegebene Erklärung, daß er auf Rechtsmittel gegen das in einer anderen Strafsache bei einem anderen Gerichte ergangene Urteil verzichte, auf die Rechtskraft dieses Urteils? I. 5/10 99. **32**, 277.

2. Kann der gesetzliche Vertreter das von ihm namens des Angeklagten eingelegte Rechtsmittel ohne des letzteren Zustimmung zurücknehmen? IV. 22/5 96. **28**, 385.

3. Welche Wirkung hat die von einem Rechtsanwalte kraft der ihm erteilten Ermächtigung erklärte Zurücknahme der Revision auf die Revisionseinlegung eines anderen Bevollmächtigten? I. 24/4 93. **24**, 142.

4. Muß der Verzicht des Angeklagten auf ein Rechtsmittel die ausdrückliche Bezeichnung als „Verzicht" enthalten?

Ist die Zurücknahme des Verzichts während des Laufs der Einlegefrist zulässig? II. 1/6 80. **2**, 78.

5. Wird der Verzicht eher wirksam, als bis er dem Gerichte gegenüber erklärt ist? Kann die bezügliche Erklärung zurückgenommen werden, solange sie noch nicht mit dem Willen des Verzichtenden an das Gericht gelangt ist? III. 31/1 80. **1**, 92.

6. Bedarf es der eigenhändigen Unterschrift für die schriftliche Zurücknahme eines Rechtsmittels, oder genügt Unterzeichnung mit Namensstempel? Fer. 14/9 01. **34**, 358.

Zweiter Abschnitt (§§ 346—353).

Beschwerde.

§ 346 1. Ist für die Frage, ob Beschwerde, oder ein anderes Rechtsmittel Platz greift, die Form der anzufechtenden Entscheidung maßgebend? II. 17/6 92. **23**, 155; I. 22/3 99. **32**, 89.

2. Ist gemäß Abs. 3 ein Beschluß des Oberlandesgerichts unabhängig von der Zuständigkeit des letzteren der Rechtskraft fähig? I. 22/3 99. **32**, 89.

3. Unterliegt eine oberlandesgerichtliche Entscheidung, durch welche ein Antrag auf Berichtigung einer Festsetzung von Zeugen- oder Sachverständigengebühren abgelehnt wird, der Anfechtung? II. 16/1 83. **7**, 420.

4. Kann der Beschluß, durch welchen ein gegen die erkennenden Richter erhobenes Ablehnungsgesuch für unbegründet erklärt wird, gemäß § 28 St.P.O. auch dann in Verbindung mit dem Urteile angefochten werden, wenn er von dem Oberlandesgerichte erlassen worden ist? I. 16/6 00. **33**, 314.

5. Über das Rechtsmittel, welches dem mit Kosten belasteten Antragsteller zusteht, s. oben § 338, Nr. 1.

6. Über die Möglichkeit einer Beschwerde gegen oberlandesgerichtliche Entscheidungen im Falle des § 160 G.V.G.'s s. dort.

Über die Bedeutung der Vorschrift des Abs. 2, daß das Beschwerdegericht „die in der Sache erforderliche Entscheidung" zu erlassen hat. III. 20/6 89. **19**, 332. § 351

Dritter Abschnitt (§§ 354—373).

Berufung.

Begriff von „Urteil" s. St.P.O. § 374, S. 393. § 354

1. Über Einlegung eines Rechtsmittels sofort bei der Verkündung in der Sitzung s. § 381. § 355

2. Desgleichen über Einlegung der Berufung durch einen nicht mit Vollmacht Versehenen.

Kann deshalb, weil in der Rechtfertigung der von der Staatsanwaltschaft ohne jede Beschränkung eingelegten Berufung nur über Höhe der Strafe und Annahme mildernder Umstände Beschwerde geführt wird, gefolgert werden, daß dem Berufungsgerichte die Prüfung der Schuldfrage entzogen sei? II. 15/6 00. **33**, 339. § 359

Über die Bedeutung der Vorschrift s. § 359, auch § 392. § 368

1. Greift die Bestimmung des Abs. 3 auch Platz, wenn das Gericht in Anwendung des § 265 St.P.O. erkannt hat? IV. 1/5 85. **12**, 164. § 369

2. Welchen Sinn haben in Abs. 3 die Worte „mit Unrecht"? Findet die Vorschrift des Abs. 3 auch Anwendung, wenn sich erst in zweiter Instanz ergibt, daß das Gericht, welches in erster Instanz erkannt hat, nicht zuständig war?

Wie ist zu verfahren, wenn das Berufungsgericht mit drei Richtern besetzt ist, sich aber herausstellt, daß die Verhandlung ein in erster Instanz

vor das Landgericht gehöriges Vergehen zum Gegenstande hat? III. 22/4 82. **6**, 309; III. 21/3 89. **19**, 166.

3. Steht der Entscheidung des Berufungsgerichts als Gerichts erster Instanz entgegen, daß dem Berufungsgerichte nach der Geschäftsverteilung die Entscheidung in erster Instanz nicht zugewiesen ist? II. 4/11 98. **31**, 302; I. 29/9 92. **23**, 234.

4. Wie ist zu verfahren, wenn das Strafverfahren durch eine polizeiliche Strafverfügung eingeleitet und auf Einspruch von dem Schöffengerichte sachlich erkannt war, in der Berufungsinstanz aber sich ergibt, daß die Verhandlung ein in erster Instanz vor das Landgericht gehöriges Vergehen zum Gegenstande hat? III. 21/3 89. **19**, 166.

5. Wie hat das Berufungsgericht zu verfahren, wenn das Verfahren durch einen gesetzwidrig erlassenen amtsrichterlichen Strafbefehl eingeleitet war und im übrigen die Verhältnisse so liegen, wie in dem vorgedachten Falle? II. 4/11 98. **31**, 302.

6. Kann das Berufungsgericht in einer durch Privatklage anhängig gewordenen, später von der Staatsanwaltschaft zur Verfolgung übernommenen Strafsache gemäß § 369 Abs. 3 eine sachliche Entscheidung treffen, wenn die Voraussetzungen des § 429 St.P.O. vorliegen? IV. 26/2 97. **29**, 422.

7. Muß im Falle des § 369 Abs. 3 eine vollständig neue, den Vorschriften für die erstinstanzliche Hauptverhandlung vor der Strafkammer entsprechende Verhandlung stattfinden? Darf die Verhandlung ohne Anwesenheit des Angeklagten erfolgen? III. 26/11 83. **9**, 282; IV. 9/5 90. **20**, 390.

8. Wohin gehört die Revision gegen die gemäß § 369 Abs. 3 erlassenen Urteile? III. 21/3 89. **19**, 166.

9. Kann der Richter, welcher den Strafbefehl erlassen und bei dem auf Einspruch ergangenen schöffengerichtlichen Urteile mitgewirkt hat, nach Aufhebung dieses Urteils und Verweisung der Sache gemäß § 369 Abs. 3 nicht als Mitglied des erkennenden Gerichts tätig werden? IV. 28/6 98. **31**, 225.

S. weiter **35**, 157.

§ 370 Über die Unanwendbarkeit für den Fall, daß das Berufungsgericht als Erstinstanzgericht urteilt, s. oben § 369 Nr. 7.

§ 372 1. Über unzulässige reformatio in pejus s. auch § 398.

2. Inwieweit ist das Urteil des Berufungsgerichts beschränkt, wenn der Angeklagte gegen die Verurteilung überhaupt, der Amtsanwalt nur wegen des Strafmaßes Berufung eingelegt hat und das Berufungsgericht eine die Zuständigkeit des Schöffengerichts übersteigende Straftat als vorliegend annimmt? I. 28/5 94. **25**, 397.

3. Ist das Verbot der reformatio in pejus auch für den Schwurgerichtshof bindend, wenn die Sache von einem Schöffengerichte abgeurteilt, infolge einer nur vom Angeklagten ergriffenen Berufung an das Berufungsgericht gebracht, von letzterem aber wegen Unzuständigkeit des

Schöffengerichts an das Schwurgericht verwiesen wurde? I. 24/5 83. **8**, 307.

4. Hat § 372 — abweichend von § 398 — eine andere Bedeutung, als daß eine härtere Strafe, als die im angefochtenen Urteile erkannte, nicht verhängt werden darf?

Liegt eine reformatio in pejus darin, daß mit Aufhebung des Strafe aussprechenden Urteils erster Instanz auf Einstellung des Verfahrens — unter Vorbehalt eines neuen Verfahrens — erkannt wird? III. 15/11 83. **9**, 324.

5. Ist es eine reformatio in pejus, wenn der Berufungsrichter auf die Berufung eines Angeklagten, welcher in erster Instanz zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden ist, eine Geldstrafe erkennt, welche höher ist, als sie nach dem Umwandlungsmaßstabe des § 29 St.G.B.'s sein könnte? II. 12/7 80. **2**, 205.

Vierter Abschnitt (§§ 374—398).

Revision.

1. Findet Revision statt bei einer Entscheidung, die in einem „Urteile" getroffen ist, obwohl ein Beschluß am Platze gewesen wäre? II. 17/6 92. **23**, 155. § 374

2. Ist Revision bloß wegen der Kostenverurteilung zulässig? I. 27/4 82. **6**, 237.

3. Kann die Entscheidung darüber, ob der freigesprochene jugendliche Angeklagte seiner Familie überwiesen oder in eine Erziehungs- oder Besserungsanstalt gebracht werden soll, mittels Revision angefochten werden? III. 30/9 82. **7**, 180.

4. Steht dem Nebenkläger gegen die Abweisung seines Bußanspruchs, wenn der Angeklagte im übrigen verurteilt und die Entscheidung hinsichtlich der Strafe rechtskräftig geworden ist, die Revision zu? III. 1/7 82. **7**, 12.

5. S. weiter Zulässigkeit von Rechtsmitteln unter § 338, S. 389.

1. Greift § 375 Platz, wenn in dem Eröffnungsbeschlusse eine Tat mit Unrecht als strafbar angesehen worden ist? I. 28/2 95. **27**, 67. § 375

2. Führt es zur Urteilsaufhebung, wenn der Eröffnungsbeschluß nicht gesetzmäßig, insbesondere von einem nicht vorschriftsgemäß besetzten Gerichte erlassen worden ist? IV. 26/3 95. **27**, 125; II. 29/1 84. **10**, 56; II. 25/3 98. **31**, 100. Vgl. I. 24/6 80. **2**, 120.

3. Liegt eine Gesetzesverletzung im Sinne des § 375 vor, wenn der in der Hauptverhandlung verlesene Eröffnungsbeschluß von zwei in der Anklageschrift verfolgten Delikten nur eines benennt, das erkennende Gericht aber wegen beider Delikte verhandelt und erkennt? II. 13/1 80. **1**, 66.

4. Liegt ein Revisionsgrund vor, wenn der Beschluß, durch welchen das Hauptverfahren unter Zurückweisung eines vom Angeklagten gestellten Antrags auf Voruntersuchung eröffnet worden, vom Angeklagten mit der sofortigen Beschwerde angefochten ist, diese Beschwerde aber von der

Strafkammer als unzulässig verworfen und zur Hauptverhandlung geschritten wird? IV. 7/3 99. **32**, 79.

5. Kann auf einen Verstoß gegen die Vorschriften über die Einleitung des Wiederaufnahmeverfahrens die Revision gegen das in diesem Verfahren ergangene Urteil gestützt werden? IV. 15/11 89. **20**, 46; IV. 15/12 96. **29**, 278.

§ 376 1. Was ist Rechtsnorm im Sinne des § 376? Muß solche auf ausdrücklicher Gesetzesbestimmung beruhen, oder kann sie sich auch aus Sinn und Zusammenhang der gesetzlichen Vorschriften ergeben? I. 27/4 82. **6**, 237.

2. Ist auch Gewohnheitsrecht eine Rechtsnorm im Sinne des § 376? III. 5/11 83. **9**, 299.

3. — ausländisches Recht? III. 21/2 84. **10**, 285.

4. — der Inhalt von Staatsverträgen? IV. 22/9 85. **12**, 381.

5. Haben die Dienstinstruktionen von Bahnbeamten die Bedeutung eines Gesetzes? III. 17/12 79. **1**, 125.

6. Haben polizeiliche Anordnungen, welche Verwaltungsorgane auf Grund der Ausführungsbestimmungen zum Reichsviehseuchengesetze treffen, die Bedeutung eines Gesetzes? IV. 14/1 90. **20**, 177; IV. 21/2 96. **28**, 195.

7. Sind die durch die preußische Kabinettsorder vom 6. Dezember 1855 genehmigten Bestimmungen zur Regelung der Verhältnisse der exekutiven Polizei bei ihrem Einschreiten gegen Offiziere ꝛc (Mil. Ges. S. Bd. 5 Nr. 371) Rechtsnormen im Sinne des § 376? IV. 13/11 96. **29**, 180.

8. Wann gilt das Urteil als auf einer Gesetzesverletzung beruhend? III. 18/2 80. **1**, 210; III. 24/9 83. **9**, 69.

9. Über die Frage s. sonst die Entscheidungen bei den einzelnen Gesetzesnormen und die nachstehend am Schlusse aufgeführten Entscheidungen.

10. Über die Frage der Möglichkeit einer Anfechtung von Geschworenensprüchen wegen Gesetzesverletzung s. § 293.

11. Inwiefern kann die Strafzumessung durch Revision angegriffen werden? IV. 22/4 92. **23**, 91; III. 11/1 83. **8**, 76.

12. Kann die Revision auf irrige Anrechnung von Untersuchungshaft gestützt werden? I. 12/11 83. **9**, 244.

13. Ist der Revisionsrichter bei der Entscheidung über eine Rüge der Verletzung von Prozeßnormen durch Feststellungen des Instanzrichters gebunden, oder ist er in der Würdigung der tatsächlichen Voraussetzungen für die zur Frage stehende Prozeßnorm frei? III. 13/7 81. **4**, 388; III. 15/3 83. **8**, 248.

14. Inwieweit kompetiert dem Revisionsrichter bei Entscheidung über Prozeßbeschwerden die Auslegung des Eröffnungsbeschlusses? III. 15/3 83. **8**, 248.

15. Stellung des Revisionsrichters bei Prüfung des Vorhandenseins eines rechtzeitigen Strafantrags? II. 4/4 82. **6**, 161; II. 27/5 81. **4**, 205.

16. Unterliegt ein Urteil der Revision, wenn der Instanzrichter einen Zeugen in der irrigen Annahme, er habe das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet, unbeeidigt gelassen hat? I. 5/12 89. **20**, 163.

17. Sind in der Revisionsinstanz neue Behauptungen zulässig, um darzutun, daß ein in erster Instanz beeidigter Zeuge wegen Verstandesschwäche nicht habe beeidigt werden dürfen? II. 18/11 84. **11**, 261.

18. Kann die Revision darauf gestützt werden, daß das Gericht den Angeklagten irrtümlich für strafmündig gehalten und deshalb den Geschworenen die in § 298 St.P.O. vorgeschriebene Frage nicht vorgelegt habe? IV. 5/7 98. **31**, 232.

19. Inwieweit kann der Revisionsrichter in einer Untersuchung wegen Ehebruchs nachprüfen, ob die Ehe wegen des zur Anklage stehenden Ehebruchs geschieden ist? I. 28/9 91. **22**, 135.

20. Können dem Instanzrichter unbekannte Tatsachen, welche die Zugehörigkeit einer Sache vor die Civil-, oder Militärgerichte betreffen, auch in der Revisionsinstanz noch berücksichtigt werden? IV. 27/3 85. **12**, 125; IV. 5/4 95. **27**, 143.

21. Ist der Revisionsrichter befugt, bei Entscheidung der Frage, ob eine Unterbrechung der Verjährung eingetreten sei, den Inhalt der Untersuchungsakten zu berücksichtigen? III. 8/10 85. **12**, 434.

22. Über die Zulässigkeit des Einwands ne bis in idem in der Revisionsinstanz, die Stellung des Revisionsrichters gegenüber diesem Einwande, die Berücksichtigung von Entscheidungen, welche erst nach der angefochtenen Entscheidung ergangen sind, s. ne bis in idem (Buch II Abschn. 1).

23. Kann der Revisionsrichter gesetzliche Bestimmungen, welche erst nach Erlaß des angegriffenen Urteils verkündet sind, berücksichtigen? I. 15/2 92. **22**, 347.

24. Konnte nach der früheren preußischen Strafprozeßgesetzgebung die Nichtigkeitsbeschwerde darauf gestützt werden, daß das angewendete Strafgesetz nach Erlaß des angefochtenen Urteils aufgehoben worden sei? II. 25/1 81. **3**, 297.

25. Über sog. Protokollrügen s. o. § 271, Nr. 5.

S. zu § 376 auch: **1**, 152, 236, 254, 345, 409; **2**, 19, 33, 109, 198, 207, 228, 378; **3**, 282; **8**, 359; **9**, 310; **10**, 436; **12**, 119; **13**, 76; **14**, 298; **17**, 45; **20**, 33; **25**, 321; **31**, 135.

Nr. 1. § 377

1. Kann aus dem Umstande, daß im Vorbereitungsverfahren ein nicht verfassungsmäßig berufener Vorsitzender der Strafkammer tätig gewesen, ein Revisionsgrund abgeleitet werden? III. 29/9 80. **2**, 338. Vgl. I. 29/4 80. **1**, 402.

2. Kann eine Revisionsbeschwerde darauf gegründet werden, daß im einzelnen Falle bei Besetzung der erkennenden Strafkammer die „reglementären Vorschriften" der §§ 62 flg. G.V.G.'s nicht eingehalten worden seien? III. 27/11 80. **3**, 236; III. 16/10 80. **3**, 8; I. 8/7 80. **2**, 195; III. 5/5 80. **2**, 51.

3. Kann bei einer auf Grund des § 377 Nr. 1 erhobenen Revisionsbeschwerde die Prüfung des Revisionsgerichts weiter ausgedehnt werden, als auf die Zahl der mitwirkenden Richter und die Frage, ob

dieselben zur Wahrnehmung der Geschäfte sämtlich überhaupt, und bei dem bestimmten Landgerichte, um welches es sich handelt, die Befähigung und die gesetzlich vorgeschriebene Berufung hatten? III. 13/11 80. **3**, 231.

4. Kann ein Verstoß gegen die Bestimmungen darüber, wer bei Verhinderung des ordentlichen Vorsitzenden den Vorsitz in den Strafkammersitzungen zu führen hat, gemäß § 377 Nr. 1 die Aufhebung des ergangenen Urteils zur Folge haben? II. 2/3 80. **1**, 238.

5. Enthält es eine Gesetzesverletzung im Sinne des § 377 Nr. 1, wenn der ordentliche Vorsitz in einer Strafkammer des Landgerichts von einem Mitgliede des letzteren geführt worden, welches nicht Direktor ist, dem aber die Landesjustizverwaltung die Funktionen eines Kammervorsitzenden mit den Befugnissen eines Landgerichtsdirektors übertragen hat? III. 11/6 88. **18**, 9.

6. Kann der Landgerichtspräsident von dem Präsidium des Landgerichts beauftragt werden, die in §§ 62, 63 G.V.G.'s vorgesehenen Anordnungen vorläufig nach seinem diskretionären Ermessen zu treffen? Kann die in Ausführung eines solchen Beschlusses gebildete Strafkammer als vorschriftsmäßig besetzt angesehen werden? II. 27/5 92. **23**, 166.

7. Bewirkt die Ernennung eines Richters zum Mitgliede eines anderen Gerichts oder zum Staatsanwalte sofortige Unfähigkeit desselben zur Funktion bei dem Gerichte, welchem er bisher angehörte? I. 15/11 83. **9**, 197; I. 28/1 95. **26**, 412.

8. Kann die Revision darauf gegründet werden, daß die erkennenden Richter im Falle des Thronwechsels (in Preußen) den Diensteid nicht erneuert haben? IV. 15/5 88. **17**, 375.

9. Zur Frage über vorschriftsmäßige Gerichtsbesetzung s. weiter §§ 61 flg. G.V.G.'s und landesrechtliche Ausführungsgesetze.

10. Unter welchen Verhältnissen ist die Geschworenenbank als nicht vorschriftsmäßig besetzt anzusehen? II. 21/9 80. **2**, 241; III. 24/9 81. **5**, 21.

11. Liegt eine Gesetzesverletzung im Sinne des § 377 Nr. 1 vor, wenn die Auslosung der Ersatzgeschworenen in öffentlicher Sitzung unter Zuziehung der ernannten Beisitzer und in Gegenwart des Staatsanwalts erfolgt ist? III. 24/9 81. **5**, 21.

12. Kann das unberechtigte Ausscheiden von Geschworenen vor der Bildung der Geschworenenbank den Mangel einer nicht vorschriftsmäßigen Besetzung derselben zur Folge haben? IV. 24/2 88. **17**, 173.

13. Liegt eine vorschriftswidrige Besetzung der Geschworenenbank vor, wenn eine zur Bekleidung des Amts eines Geschworenen unfähige Person auf die Spruchliste gebracht, aber wegen Krankheit beurlaubt worden und in der betreffenden Sitzung deshalb nicht anwesend gewesen ist? IV. 15/6 94. **25**, 418.

14. Kann eine Gesetzesverletzung im Sinne des § 377 Nr. 1 daraus hergeleitet werden, daß die Spruchliste der Geschworenen ohne gesetzlichen Grund eine Minderung erfahren habe? II. 25/1 95. **26**, 409.

15. Kann die Unaufmerksamkeit (das Schlafen) eines Geschworenen zu einer Beschwerde auf Grund des § 377 Nr. 1 Anlaß geben? Fer. 29/7 91. **22**, 106.

16. Kann ein Revisionsgrund daraus hergeleitet werden, daß ein in Funktion gewesener Geschworener der deutschen Sprache nicht mächtig sei? IV. 7/1 98. **30**, 399.

17. Über vorschriftsgemäße Bildung der Geschworenenbank s. weiter §§ 278 flg. S. 372.

18. Bildet eine gegen das Gesetz verstoßende Besetzung der Geschworenenbank einen absoluten Revisionsgrund, demgegenüber ein Verzicht des Prozeßbeteiligten keine Wirkung haben kann? III. 27/5 86. **14**, 206.

19. Kann daraus, daß ein gesetzlich ausgeschlossener Gerichtsschreiber das Protokoll in der Hauptverhandlung geführt hat, ein Revisionsgrund abgeleitet werden? III. 12/11 85. **13**, 76.

20. Dürfen Referendare in Preußen als Gerichtsschreiber fungieren? III. 10/1 80. **1**, 138.

21. Zur Frage, ob Gericht oder Geschworenenbank als vorschriftsmäßig besetzt anzunehmen ist, s. noch G.V.G. §§ 65, 69, 78, 83, 194.

Nr. 2.

22. Bezieht sich § 377 Nr. 2 auf andere Fälle, als auf die relative Unfähigkeit des Richters 2c zur Mitwirkung in einer bestimmten Sache? II. 21/9 80. **2**, 241; IV. 15/5 88. **17**, 375.

23. Über Unfähigkeit eines Richters zur Tätigkeit in einer bestimmten Sache s. §§ 22 flg. S. 290 flg.

Nr. 3.

24. Über die rechtliche Bedeutung des § 377 Nr. 3 in Beziehung zu § 28 St.P.O. III. 27/9 82. **7**, 175.

25. Hat das Revisionsgericht bei Verfolgung einer Beschwerde auf Grund des § 377 Nr. 3 seine Prüfung auf das tatsächliche Material zu erstrecken, welches zur Motivierung der Besorgnis der Befangenheit in erster Instanz vorgebracht ist? III. 30/11 82. **7**, 340; I. 28/9 91. **22**, 135; II. 8/10 97. **30**, 273. Vgl. I. 17/10 81. **5**, 133.

26. Liegt „Verwerfung mit Unrecht" im Sinne des § 377 Nr. 3 auch dann vor, wenn ein Ablehnungsgesuch gar nicht von dem zuständigen Gerichte geprüft und beschieden worden ist? III. 20/6 89. **19**, 332.

Nr. 4.

27. Kann hinsichtlich der sachlichen Zuständigkeit eine Beschwerde auf Grund des § 377 Nr. 4 in anderen Fällen stattfinden, als da, wo das Gericht über eine vor ein höheres Gericht gehörige Straftat erkannt hat? IV. 29/4 87. **16**, 39.

28. Unter welchen Umständen kann die örtliche Zuständigkeit zum Gegenstande der Prüfung in der Revisionsinstanz gemacht werden? III. 20/11 80. **3**, 136; IV. 1/6 88. **17**, 412.

29. Ist das Revisionsgericht bei einer aus § 377 Nr. 4 erhobenen Beschwerde an die vom Vorderrichter dem Eröffnungsbeschlusse gegebene Auslegung gebunden? III. 15/3 83. **8**, 248.

Nr. 5.

30. Gehört der Nebenkläger zu den Personen, deren Anwesenheit in der Hauptverhandlung das Gesetz vorschreibt? III. 20/2 96. **28**, 220.

31. Greift § 377 Nr. 5 Platz, wenn in der Hauptverhandlung als Beamter der Staatsanwaltschaft ein Gerichtsassessor anwesend war, der von der Justizverwaltungsbehörde der Staatsanwaltschaft zur Beschäftigung überwiesen, nach landesgesetzlichen Bestimmungen aber zur Vertretung des Staatsanwalts nicht befugt war? III. 11/11 89. **20**, 40.

32. Ist ein Fall des § 377 Nr. 5 gegeben, wenn mit Verletzung des § 232 St.P.O. in Abwesenheit des Angeklagten verhandelt worden ist? Kann die Staatsanwaltschaft hierauf eine Beschwerde stützen? IV. 7/7 96. **29**, 44.

33. Unter welchen Voraussetzungen kann ein bei der Verhandlung anwesend gewesener Mitangeklagter eine Revisionsbeschwerde darauf stützen, daß mit Verletzung des Gesetzes ohne Anwesenheit eines Mitangeklagten verhandelt worden sei? II. 22/12 96. **29**, 294.

34. Unter welcher Voraussetzung kann der durch die Abwesenheit eines Angeklagten gegebene unbedingte Revisionsgrund vom Nebenkläger auch gegenüber einem Mitangeklagten geltend gemacht werden? I. 5/12 01. **35**, 17.

35. Über Urteilsverkündung ohne Anwesenheit des Staatsanwalts s. § 225 Nr. 2, S. 331.

36. Über Nichtanwesenheit des Verteidigers im Falle notwendiger Verteidigung s. § 140 S. 315, § 286 S. 373.

37. Über Nichtanwesenheit des Angeklagten bei Fortsetzung der Verhandlung s. § 230 Nr. 3, S. 332 — bei einer gemäß § 306 St.P.O. erteilten Belehrung der Geschworenen s. § 306 Nr. 2 S. 384; — bei Nachholung der Unterschrift des Vorsitzenden unter den den Geschworenen übergebenen Fragen s. § 301, Nr. 2 S. 382.

Nr. 6.

38. Kann auf Grund des § 377 Nr. 6 eine Revisionsbeschwerde deshalb erhoben werden, weil öffentlich verhandelt worden ist, wo nicht öffentlich hätte verhandelt werden müssen? III. 22/1 81. **3**, 295.

39. Liegt eine Verletzung der Vorschriften über die Öffentlichkeit des Verfahrens vor, wenn zuwider § 174 G.V.G.'s die Urteilsverkündung in geheimer Sitzung stattgefunden hat? II. 30/1 80. **1**, 90.

40. Liegt eine solche Verletzung vor, wenn die Urteilsgründe zuwider der Vorschrift des § 174 G.V.G.'s (in der Fassung des Gesetzes vom 5. April 1888) in nicht öffentlicher Sitzung verkündet worden sind? IV. 6/5 90. **20**, 383.

41. Kann durch Ausschluß der Öffentlichkeit während eines Teils der Beweisaufnahme die Verteidigung beeinträchtigt werden? I. 21/1 95. **26**, 395.

42. Gehört zu den in § 377 Nr. 6 gedachten Vorschriften auch die, daß jedem Angeklagten das rechtliche Gehör über Anträge auf Ausschließung der Öffentlichkeit gewährt werden muß? II. 9/1 80. **1**, 50.

43. Verlangt § 175 G.V.G.'s, daß dem Beschlusse, welcher die

Öffentlichkeit ausschließt, eine Verhandlung vorausgehe? Begründet ein Verstoß dagegen einen Revisionsgrund im Sinne des § 377 Nr. 6? I. 11/2 84. **10**, 92; IV. 29/10 89. **20**, 21; II. 5/11 89. **20**, 52.

44. Enthält es eine Verletzung der Vorschriften über die Öffentlichkeit des Verfahrens, wenn gemäß § 176 Abs. 2 G.V.G.'s einzelnen Personen gestattet wird, der in nicht öffentlicher Sitzung stattfindenden Verhandlung über Ausschluß der Öffentlichkeit beizuwohnen? II. 12/6 00. **33**, 311.

45. Liegt eine Verletzung dann vor, wenn über den gemäß § 174 G.V.G.'s verkündeten besonderen Beschluß, die Öffentlichkeit für die Verkündung der Urteilsgründe auszuschließen, nicht besonders verhandelt worden ist? II. 31/1 02. **35**, 103.

46. Kann ein Verstoß gegen § 175 G.V.G.'s dadurch geheilt werden, daß unter Ausscheidung des mit Verletzung des § 175 a. a. O. Verhandelten die bezüglichen Verhandlungen wiederholt werden? IV. 26/9 02. **35**, 353.

47. S. zu § 377 Nr. 6 auch G.V.G. §§ 170 flg.

Nr. 7.

48. Liegt der Fall des § 377 Nr. 7 vor, wenn dem Urteile bezüglich einzelner selbständiger Teile, welche angefochten sind, die Begründung abgeht? II. 28/12 80. **3**, 147.

49. Inwiefern kann eine den Erfordernissen des § 266 St.P.O. nicht genügende Urteilsbegründung eine Revisionsbeschwerde aus § 377 Nr. 7 rechtfertigen? III. 22/5 80. **2**, 60; II. 11/3 81. **3**, 430.

Nr. 8.

50. Kann § 377 Nr. 8 in anderen Fällen Platz greifen, als bei Beschränkung der Verteidigung durch einen Gerichtsbeschluß? II. 8/11 89. **20**, 38; IV. 13/1 88. **17**, 45.

51. Darf der Revisionsrichter bei Prüfung der Frage, ob die Verteidigung in einem für die Entscheidung wesentlichen Punkte beschränkt worden ist, in das Gebiet der tatsächlichen Würdigung hinübergreifen, oder hat er sich dabei auf den Standpunkt des erkennenden Richters zu stellen? III. 20/4 81. **4**, 138; II. 25/1 81. **3**, 298; I. 12/1 80. **1**, 61. Vgl. III. 10/1 80. **1**, 138.

52. Liegt eine Beschränkung der Verteidigung vor, wenn der gewählte Verteidiger sich nach Abgang des Gerichts zur Urteilsberatung ohne Entschuldigung entfernt, das Gericht aber statt der Urteilsverkündung in eine erneute Beweisaufnahme eintritt? I. 6/6 96. **28**, 413.

53. Über die Frage, inwieweit durch Verstöße gegen Prozeßvorschriften, namentlich die §§ 199, 217, 243, 257, 294, 299 St.P.O. die Verteidigung unzulässig beschränkt werden kann, s. die betreffenden Gesetzesbestimmungen.

1. Findet die Bestimmung Anwendung, wenn mit Verletzung des § 232 St.P.O. in Abwesenheit des Angeklagten verhandelt worden ist? IV. 7/7 96. **29**, 44. § 378

2. Ist die Revision der Staatsanwaltschaft zulässig, wenn sie bei einem

teilweise auf Nichtschuldig lautenden Geschworenenspruche darauf gestützt wird, daß das Berichtigungsverfahren, infolge dessen dieser Spruch ergangen, nicht stattfinden durfte? IV. 8/6 86. **14**, 298.

3. Ist die Staatsanwaltschaft befugt, gegenüber dem durch ein Strafkammer-Urteil freigesprochenen Angeklagten die Verletzung einer Vorschrift über die Öffentlichkeit des Verfahrens geltend zu machen? II. 30/1 80. **1**, 90; II. 31/1 02. **35**, 103.

4. Fallen auch Vorschriften des materiellen Prozeßrechts unter die „lediglich zu gunsten des Angeklagten“ gegebenen Rechtsnormen? Kann unrichtige Anwendung des Satzes ne bis in idem zum Nachteile des Angeklagten geltend gemacht werden? I. 3/3 81. **3**, 385.

5. Kann Verletzung des § 264 Abs. 1 St.P.O. zum Nachteile des Angeklagten geltend gemacht werden?

Hat § 378 Bezug auf eine zu gunsten des Angeklagten eingelegte Revision? II. 7/12 81. **5**, 218.

§ 379 1. Gilt die in § 379 verordnete Beschränkung der Revision auch für den Nebenkläger? III. 20/2 96. **28**, 220.

2. Steht der Staatsanwaltschaft die Revision zu, wenn der Spruch der Geschworenen ein teilweises Nichtschuldig enthält? IV. 27/5 84. **10**, 410; IV. 8/6 86. **14**, 298.

3. Inwieweit kann die Revision der Staatsanwaltschaft auf gesetzwidrige Fassung der Fragen gestützt werden? IV. 1/3 89. **19**, 96.

4. Kann die Revision der Staatsanwaltschaft auf die Unstatthaftigkeit des eingeleiteten Berichtigungsverfahrens gestützt werden? IV. 8/6 86. **14**, 298; III. 29/4 82. **6**, 317.

5. Steht der Staatsanwaltschaft die Revision zu, wenn der Geschworenenspruch wegen Mängel in der Form, Unvollständigkeit oder Zweideutigkeit angefochten wird? II. 11/6 80. **2**, 95.

§ 380 Kann die Revision auf Verletzung prozessualer Normen gestützt werden, wenn das Oberlandesgericht das von einem Landgerichte in der Berufungsinstanz erlassene Urteil als erstinstanzliches Urteil angesehen und danach seine Unzuständigkeit zur Entscheidung über die Revision ausgesprochen hat? III. 24/2 02. **35**, 157.

§ 381 1. Wird die Frist gewahrt, wenn der Schriftsatz am letzten Tage nach Schluß der Dienststunden vom Gerichtsschreiber in seiner Wohnung angenommen wird? I. 7/2 98. **31**, 4.

2. Wird die Frist gewahrt durch einen am letzten Tage nach Schluß der Dienststunden im Amtszimmer des Gerichtsschreibers in dessen Abwesenheit, jedoch in Gegenwart des Hausmeisters des Landgerichts niedergelegten, die Erklärung der Revisionseinlegung enthaltenden Schriftsatz? Fer. 27/8 91. **22**, 124.

3. Wird die Frist gewahrt, wenn die Revision von einem Rechtsanwalte eingelegt wird, dem erst nach Ablauf der Einlegungsfrist Vollmacht erteilt wird? I. 17/12 96. **29**, 257; II. 16/1 80. **1**, 71.

4. Ist die rechtzeitige Revisionsanmeldung eines Rechtsanwalts, der nicht Verteidiger des Angeklagten war, auch dann zuzulassen, wenn der Rechtsanwalt zwar innerhalb der Revisionsanmeldungsfrist zur Einlegung der Revision vom Angeklagten bevollmächtigt war, seine Vollmacht aber erst nach Ablauf dieser Frist dem Gerichte vorlegt? II. 24/10 90. **21**, 125. Vgl. II. 7/12 80. **3**, 91.

5. Kann bei dem Mangel eines vom Beschwerdeführer weder angefertigten, noch unterzeichneten Schriftstücks das Erfordernis einer schriftlichen Revisionseinlegung als gewahrt angenommen werden, wenn aus dem Schriftstücke bedenkenfrei die Identität des Beschwerdeführers und seine Absicht, das Rechtsmittel einzulegen, ersichtlich ist? IV. 9/3 88. **17**, 256. Vgl. II. 29/3 81. **3**, 442.

6. Ist die Einlegung der Revision durch Telegramm zulässig? III. 2/7 83. **9**, 38. Vgl. II. 5/4 81. **4**, 59.

7. Wo ist die Revision gegen das Urteil einer amtsgerichtlichen Strafkammer einzulegen? III. 10/3 80. **1**, 267. Vgl. Rechtspr. des Reichsgerichts in Strafs. Bd. 2 S. 30.

8. — wo gegen schwurgerichtliche Urteile? III. 30/11 85. **13**, 156.

9. Kann der Angeklagte verlangen, daß die von ihm sofort nach der Urteilsverkündung in der Sitzung erklärte Revisionsanmeldung in das Sitzungsprotokoll oder in ein besonderes Protokoll aufgenommen wird? Begründet die Unterlassung der Beurkundung die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand? I. 2/11 93. **24**, 355.

10. Wann beginnt die Einlegungsfrist für den bei der Verkündung nicht anwesenden und nicht vertretenen Nebenkläger? III. 11/2 82. **6**, 28.

11. Wann beginnt im sog. objektiven Strafverfahren die Frist zur Einlegung der Revision gegen ein Einziehungsurteil für Einziehungsinteressenten, welche im erstinstanzlichen Verfahren weder zur Verhandlung geladen, noch sonst prozessualisch tätig gewesen sind? III. 26/1 85. **11**, 414.

12. Über Beginn des Laufs der Einlegungsfrist bei Nichtmitteilung der Urteilsgründe s. § 267, Nr. 10 S. 366.

13. Über Fristberechnung s. oben § 43 S. 296.

1. Kann die Begründung der Revision von seiten der Staatsanwaltschaft durch Bezugnahme auf einen anderen Schriftsatz erfolgen? I. 22/2 87. **29**, 411. § 384

2. Werden die Vorschriften über Anbringung der Revisionsanträge dadurch gewahrt, daß zu deren Begründung lediglich auf den — in nicht unterzeichneter Abschrift beigefügten — Revisionsschriftsatz in einer anderen Sache verwiesen wird? IV. 12/11 89. **20**, 42.

3. Ist es zulässig, die Revisionsanträge lediglich durch Bezugnahme auf andere Schriftsätze, insbesondere auf die Begründung der gegen ein früheres in derselben Sache ergangenes Urteil eingelegten Revision, zu begründen? IV. 21/9 88. **18**, 95.

4. Was sind Revisionsanträge? Gehört dazu die Angabe, wie nach Auffassung des Beschwerdeführers neben Aufhebung des angefochtenen Urteils zu erkennen ist? II. 16/11 80. **3**, 43.

5. Wie ist eine prozessuale Beschwerde zu begründen? Genügt, wenn die Urteilsformel nicht verlesen ist, zur Begründung einer Beschwerde über Verletzung des § 267 St.P.O. die Behauptung eines Widerspruchs zwischen der verkündeten und der demnächst aus dem Protokolle in das Urteil übergegangenen Formel ohne eine Angabe darüber, worin der Widerspruch bestehe? II. 25/11 87. **16**, 347.

6. Wie muß die Rüge, daß die Verlesung eines Schriftstücks in der Hauptverhandlung gegen § 249 St.P.O. verstoße, begründet sein? II. 11/7 00. **33**, 356.

7. Was gehört zur Begründung materiellrechtlicher Beschwerden? Hat der Revisionsrichter im Falle der Behauptung unrichtiger Gesetzesanwendung diese Gesetzesanwendung unabhängig von den Revisionsangriffen frei und in vollem Umfange zu prüfen? II. 2/12 81. **5**, 186.

8. Hat das Revisionsgericht bei vorliegender Rüge unrichtiger Gesetzesanwendung die Frage, ob Verjährung eingetreten sei, auch ohne einen ausdrücklich hierauf gerichteten Revisionsangriff zur Entscheidung zu bringen? III. 8/10 85. **12**, 434.

9. Ist bei erhobener materiellrechtlicher Beschwerde auch zu prüfen, ob nicht gegen den Satz ne bis in idem verstoßen ist? Können hierbei Tatsachen berücksichtigt werden, die nicht im angefochtenen Urteile festgestellt sind? I. 28/12 93. **25**, 27; IV. 30/9 02. **35**, 367.

10. Kann in der Revisionsinstanz eine Beweisaufnahme über angeblich in der Hauptverhandlung gemachte, im Sitzungsprotokolle nicht beurkundete Vorhalte stattfinden? II. 4/3 02. **35**, 164.

§ 385 1. Erfolgt die Zustellung der Urteilsausfertigung mit der Wirkung, die Frist zur Anbringung der Revisionsanträge zu eröffnen, auch dann gültig an den Angeklagten, wenn dieser einen Verteidiger zur Entgegennahme bei Einlegung der Revision bevollmächtigt hat? I. 10/3 82. **6**. 93.

2. Muß das dem Angeklagten nach der Einlegung der Revision zuzustellende Urteil mit dem Gerichtssiegel versehen sein? I. 5/7 83. **9**, 274.

3. Über Anbringung der Revisionsanträge in Schwurgerichtssachen. III. 30/11 85. **13**, 156.

4. Wird durch die Einhändigung der schriftlichen Revisionsanträge an den Kastellan des Gerichts oder durch die Niederlegung derselben auf den Tisch des Gerichtsschreibers die Frist gewahrt? II. 5/2 84. **10**, 74.

5. Über Fristwahrung s. weiter §§ 42, 381.

6. Entspricht der Vorschrift des Abs. 2 eine Begründung der Revisionsanträge, welche neben der Unterschrift des Angeklagten die Unterschrift eines Rechtsanwalts mit dem Vermerke „Legalisiert" trägt? IV. 7/11 90. **21**, 159.

7. Wird der Formvorschrift dadurch genügt, daß die Unterschrift des Angeklagten unter der Revisionsschrift beglaubigt wird? II. 21/9 83. **9**, 68.

8. Wird die vorgeschriebene Form dadurch gewahrt, daß ein Rechtsanwalt der die Revisionsbegründung enthaltenden Privatschrift auf be-

sonderem Blatte die Erklärung beifügt, daß er dieselbe unterzeichne? IV. 2/10 88. **18**, 103.

9. Ist der Formvorschrift auch dann genügt, wenn der die Schrift unterzeichnende Rechtsanwalt der Unterschrift einen deren Bedeutung einschränkenden Zusatz beigefügt hat? IV. 1/3 89. **19**, 95.

10. Darf ein formloses Schriftstück, welches den von einem Rechtsanwalte unterzeichneten Revisionsanträgen beigefügt und in denselben als „integrierender Bestandteil" bezeichnet ist, als Teil der Revisionsanträge berücksichtigt werden? IV. 1/10 86. **14**, 348.

11. Ersetzt der Beweis, daß die Revisionsschrift von einem Rechtsanwalte verfaßt ist, die mangelnde Unterzeichnung durch diesen? I. 6/12 97. **30**, 366.

12. Muß der die Revision für den Angeklagten rechtfertigende Rechtsanwalt seine Legitimation nachweisen? I. 17/12 96. **29**, 257; III. 24/1 87. **15**, 226; I. 13/1 81. **3**, 222. Vgl. III. 8/3 82. **6**, 81.

13. Können die Revisionsanträge durch einen Verteidiger angebracht werden, der als solcher in der Vorinstanz nicht fungiert hat? IV. 23/6 96. **28**, 430.

14. Ist der Beistand des § 149 St.P.O. auch Verteidiger im Sinne des § 385? I. 30/12 82. **7**, 403.

15. Ist die Begründung der Revisionsanträge durch Telegramm zulässig? III. 25/2 84. **10**, 166. Vgl. II. 13/2 80. **1**, 262.

16. Ist bezüglich der Anbringung der Revisionsanträge „zu Protokoll des Gerichtsschreibers" jeder Gerichtsschreiber zuständig, oder beschränkt § 385 den Angeklagten auf das Protokoll eines bestimmten Gerichtsschreibers? I. 16/9 82. **7**, 174.

17. Ist eine von der Hand des Angeklagten geschriebene Revisionsbegründung, die von dem Gerichtsschreiber lediglich mit der üblichen Eingangs- und Schlußformel der Protokolle umkleidet worden ist, als ein der Vorschrift des § 385 Abs. 2 entsprechendes Protokoll zu erachten? II. 30/11 80. **2**, 444.

18. Wird der Formvorschrift dadurch genügt, daß der Angeklagte zu Protokoll des Gerichtsschreibers auf den Inhalt einer von ihm überreichten, der Unterzeichnung des Verteidigers oder eines Rechtsanwalts entbehrenden Rechtfertigungsschrift verweist? II. 19/10 80. **2**, 358.

19. Ist der Formvorschrift genügt durch ein Protokoll, welches lediglich in der Abschrift eines nur vom Angeklagten unterschriebenen Protokolls besteht, oder gar bloß die Überreichung einer nur vom Angeklagten unterschriebenen Rechtfertigungsschrift konstatiert? III. 23/2 81. **4**, 7; IV. 18/9 85. **12**, 367.

20. Ist der Formvorschrift genügt, wenn der Gerichtsschreiber auf Verlangen des Angeklagten die Revisionsrechtfertigung nach dessen Diktat niederschreibt? I. 9/5 95. **27**, 211.

21. Kann auf Grund einer Vollmacht des Beschuldigten jede beliebige Person die Revisionsanträge zu Protokoll des Gerichtsschreibers wirksam erklären?

Wie hat das Gericht zu verfahren, wenn ein Bevollmächtigter des

Beschuldigten die Revisionsanträge fristgemäß zu Protokoll des Gerichtsschreibers erklärt hat? II. 16/10 83. **9**, 78.

22. Genügt der Staatsanwalt der Formvorschrift, wenn er dem Gerichte ein Schreiben übersendet, mit dem er eine von dem Sekretär der Staatsanwaltschaft beglaubigte Abschrift eines als „Revisionsschrift" bezeichneten und in Urschrift bei den Handakten der Staatsanwaltschaft verbliebenen Schriftsatzes überreicht? II. 12/2 01. **34**, 137.

§ 388 1. Kann das Reichsgericht über eine an sich vor dasselbe gehörige Revision erkennen, nachdem ein Oberlandesgericht trotz mangelnder Zuständigkeit als Revisionsgericht erkannt hat? IV. 5/5 91. **22**, 113.

2. Ist ein oberlandesgerichtlicher Beschluß, durch welchen die Unzuständigkeit des Oberlandesgerichts zur Entscheidung über die Revision gegen ein von dem Landgerichte in der Berufungsinstanz erlassenes, sachlich aber von dem Oberlandesgerichte als erstinstanzliches angesehenes Urteil ausspricht, für das Reichsgericht bindend? III. 24/2 02. **35**, 157.

§ 389 1. Findet § 389 Anwendung, wenn die Begründung der Revisionsanträge formell der Vorschrift des § 384 Abs. 2 nicht entspricht? I. 8/12 79. **1**, 257.

2. Ist die Befugnis zum Anschlusse an die öffentliche Klage vom Revisionsgerichte zu prüfen, wenn der in erster Instanz zugelassene Nebenkläger Revision einlegt? III. 12/12 01. **35**, 25.

§ 392 1. Inwieweit ist das Revisionsgericht in Aburteilung der Sache durch die Revisionsanträge gebunden? Was gilt in dieser Hinsicht, wenn nur wegen der Strafe und wenn nur wegen der Kosten Beschwerde erhoben ist, und bei Beschwerdeführung wegen eines ideell konkurrierenden Delikts? Welche Wirkung tritt ein, wenn bei Freisprechung des Angeklagten von einem Vergehen gegen § 184 St.G.B.'s nur Beschwerde darüber erhoben wird, daß nicht die in §§ 41, 42 a. a. O. vorgesehenen Maßnahmen ausgesprochen worden sind? II. 2/12 81. **5**, 186; I. 18/12 99. **33**, 17; II. 16/1 80. **1**, 81; I. 9/11 91. **22**, 213.

2. Über die Frage, ob der Revisionsrichter bei Entscheidung über Prozeßbeschwerden an die Feststellungen des Instanzrichters gebunden ist, s. § 376, Nr. 13, S. 394.

3. Hat der Revisionsrichter bei einer Beschwerde darüber, daß nicht eine härtere Strafe ausgesprochen worden, sich der Prüfung, ob überhaupt eine strafbare Tat vorliegt, zu enthalten? I. 9/11 91. **22**, 213.

4. Über die Bedeutung des § 392 s. weiter § 384, S. 401.

§ 393 1. Müssen, wenn ein Urteil wegen ungenügender Feststellung des Rückfalls aufzuheben ist, sämtliche dem Urteile zu grunde liegenden Feststellungen aufgehoben werden? I. 23/10 99. **32**, 310.

2. Ist eine Teilung der zum Tatbestande eines Delikts gehörigen Merkmale in der Art zulässig, daß bei Aufhebung eines Urteils die tatsächlichen Feststellungen desselben teilweise aufrecht erhalten werden und

nur zum anderen Teile eine neue Verhandlung vor dem Instanzgerichte erfolgt? III. 30/6 80. **2**, 289; II. 16/1 80. **1**, 81. Vgl. III. 5/5 80. **2**, 45.

3. Bleiben bei einem gemäß § 74 St.G.B.'s erfolgten Ausspruche einer Gesamtstrafe die Einzelstrafen bestehen, wenn in der Revisionsinstanz die Verurteilung wegen einzelner Straftaten aufgehoben wird? Pl. 18/4 94. **25**, 297; IV. 30/10 94. **26**, 167; III. 8/5 93. **24**, 149; III. 23/4 81. **4**, 140. Vgl. I. 20/9 80. 2, 235.

4. Über die Bedeutung der Aufrechterhaltung der Feststellungen s. u. § 394.

1. Kann das Revisionsgericht in der Sache selbst entscheiden, wenn von dem Vorderrichter in Bezug auf eine ideell konkurrierende Straftat der Schuldausspruch versäumt worden, nach Lage der Sache aber die Festsetzung einer veränderten Strafe ausgeschlossen ist? 17/5 81. **4**, 179. § 394

2. Liegt eine absolut bestimmte Strafe im Sinne des § 394 vor, wenn der gesetzliche Höchstbetrag der an Stelle einer Geldstrafe tretenden Freiheitsstrafe zugleich den nach Lage des Falles zulässigen Mindestbetrag derselben darstellt? IV. 17/1 90. **20**, 218.

3. Greift die Befugnis des Revisionsgerichts, auf das niedrigste Maß einer nicht absolut bestimmten Strafe zu erkennen, auch da Platz, wo das Strafgesetz die Verhängung einer geringeren Strafe von dem Vorhandensein mildernder Umstände abhängig macht? II. 19/10 80. **2**, 355.

4. Wie hat das Revisionsgericht gemäß § 394 zu entscheiden, wenn ein Strafkammerurteil wegen unrichtiger Anwendung des Strafgesetzes aufzuheben ist und sich zugleich ergibt, daß die zur Anklage gebrachte Straftat nach richtiger Qualifikation vor dem Schwurgerichte abzuurteilen ist? I. 10/3 84. **10**, 192; III. 15/3 86. **14**, 19.

5. Hat infolge einer von der Staatsanwaltschaft wegen Nichtanwendung des § 502 St.P.O. mit Recht eingelegten Revision das Revisionsgericht selbst demjenigen, welcher durch zurückgenommenen Strafantrag Kosten veranlaßt hat, solche aufzuerlegen? I. 20/3 84. **10**, 210.

6. Kann das Revisionsgericht zu einer Freisprechung wegen Verjährung dadurch gelangen, daß es auf Grund der Akten prüft, ob eine Unterbrechung der Verjährung eingetreten ist? III. 8/10 85. **12**, 434.

7. Ist vom Revisionsgerichte selbst auf Freisprechung zu erkennen, wenn sich ergibt, daß die Geschworenen mit Unrecht zu einer Berichtigung des ursprünglichen auf Nichtschuldig lautenden Geschworenenspruchs veranlaßt worden sind? IV. 24/1 90. **20**, 188.

8. Ist der Strafkammer des Landgerichts und der amtsgerichtlichen Strafkammer im Bezirke des betreffenden Landgerichts die Eigenschaft verschiedener Gerichte im Sinne des § 394 Abs. 2 beizulegen? III. 15/3 88. **17**, 230.

9. In welchem Umfange hat nach Aufhebung eines Urteils samt Feststellungen das Gericht die zurückverwiesene Sache seiner Würdigung zu unterziehen? Was bildet nach einer solchen Aufhebung die Grundlage der neuen Verhandlung? I. 17/10 81. **5**, 133.

10. Sind bei der anderweiten Verhandlung einer von dem Revisions-

gerichte unter Aufrechterhaltung des Geschworenenspruchs an das Schwurgericht zurückverwiesenen Sache die Geschworenen zuzuziehen? IV. 13/2 91. **21**, 388.

11. Welche Bedeutung hat die bei Aufhebung eines Urteils stattfindende Aufrechterhaltung der Feststellungen? Ist bezüglich letzterer eine Beweiserhebung zulässig? III. 3/11 82. **7**, 176.

12. Fallen die Strafausmessungsgründe unter die vom Reichsgerichte aufrechterhaltenen Feststellungen? Kann bezüglich der Strafausmessungsgründe eine weitere Beweiserhebung stattfinden? Gilt letzteres auch dann, wenn vom Schwurgerichte ohne Zuziehung von Geschworenen verhandelt wird? I. 7/2 81. **3**, 319; III. 3/11 82. **7**, 176; IV. 13/2 91. **21**, 388.

13. Ist bei Zurückverweisung einer Sache unter Aufrechterhaltung der Feststellungen das Instanzgericht bezüglich der Zuerkennung mildernder Umstände ungebunden? Ist in dieser Richtung geeignetenfalls weiterer Beweis zu erheben? Kann dabei ein Verstoß gegen § 244 St.P.O. vorkommen? Fer. 27/7 83. **9**, 98; IV. 16/5 90. **20**, 411.

14. Kann in dem Falle, wenn eine Sache zur erneuten Verhandlung an ein anderes Gericht verwiesen worden ist, bei diesem Gerichte durch Vereinbarung gemäß § 13 Abs. 2 St.P.O. ein Gerichtsstand zur Verhandlung gegen Mitbeschuldigte begründet werden? III. 11/10 86. **14**, 396.

15. Über Zurückverweisung einer Sache s. auch § 393.

§ 395 Über Anwendbarkeit der Norm auch bei materiellrechtlicher Beschwerde s. § 394.

§ 397 1. Welches sind die Voraussetzungen des § 397? Ist derselbe auch dann in Anwendung zu bringen, wenn nicht anzunehmen ist, daß gegen den Nichtrevidenten bei richtiger Beurteilung seiner Straftat eine mindere Strafe verhängt worden wäre? III. 15/12 80. **3**, 283.

2. Findet § 397 auch auf alle Fälle Anwendung, deren gemeinschaftliche Aburteilung nicht auf einem Zusammenhange aus § 3, sondern aus § 236 St.P.O. beruht?

Kommt § 397 auch solchen Nichtrevidenten zu statten, welche sich einer anderen, wenn auch in demselben Verfahren abgeurteilten Tat schuldig gemacht haben?

Genügt zur Anwendung, daß der Nichtrevident aus denselben Gründen oder wenigstens einem der Gründe, welche die Aufhebung des Urteils zu gunsten des Revidenten zur Folge gehabt haben, seinerseits die Revision mit Erfolg hätte durchführen können? II. 5/5 82. **6**, 256. (**1**, 152.)

3. Findet § 397 auch dann Anwendung, wenn das Urteil wegen Verletzung von Rechtsnormen aufgehoben wird, welche die in der Person eines Angeklagten begründete Straferhöhung oder Strafmilderung betreffen, und wenn die gleiche Rechtsverletzung bezüglich der Nichtrevidenten vorliegt?

Kommt § 397 bei einer von der Staatsanwaltschaft zu gunsten eines Angeklagten verfolgten Revision zur Anwendung? III. 5/12 87. **16**, 417.

1. Ist durch Abs. 1 auch das Revisionsgericht, welches nach vorher § 398 erfolgter Aufhebung des erstinstanzlichen Urteils über die Revision gegen das neue Urteil zu entscheiden hat, an die jener Aufhebung zu grunde liegende rechtliche Beurteilung gebunden?

Haben die von einem Oberlandesgericht als Revisionsgericht aufgestellten Rechtsgrundsätze auch dann bindende Kraft, wenn das Berufungsgericht, an welches die Sache zurückverwiesen war, bei seiner Entscheidung von einer Qualifikation der Tat ausgegangen ist, welche die Zuständigkeit des Reichsgerichts als Revisionsinstanz begründet? III. 24/5 82. **6**, 357; IV. 6/10 91. **22**, 156.

2. Inwiefern ist die Strafkammer, wenn die neue Verhandlung ein verändertes tatsächliches Ergebnis geliefert hat, durch § 398 in der rechtlichen Beurteilung beschränkt? I. 19/1 99. **31**, 436.

3. Über die Wirkung der Aufrechterhaltung der einem aufgehobenen Urteile zu grunde liegenden Feststellungen s. § 394.

4. Wie hat sich der Instanzrichter von dem Urteile des Revisionsrichters Kenntnis zu verschaffen? II. 15/5 91. **21**, 436.

5. Über das Verbot der reformatio in pejus in Abs. 2 s. § 372.

6. Ist es eine reformatio in pejus, wenn bei Realkonkurrenz auf ein Rechtsmittel des Angeklagten nach Fortfall einzelner Delikte, welche zur Erkennung einer Gesamtstrafe geführt haben, zwar nicht die Gesamtstrafe, wohl aber die verwirkten Einzelstrafen bezüglich der übrigbleibenden Delikte erhöht werden? III. 12/4 94. **25**, 244; IV. 30/10 94. **26**, 167. Vgl. II. 12/7 80. **2**, 202.

7. Ist gegen Abs. 2 verstoßen, wenn ein den § 79 St.G.B.'s außer Betracht lassendes Urteil auf Revision des Angeklagten aufgehoben, alsdann die früher erkannte Strafe verbüßt und nunmehr die gleiche Strafe wie in dem aufgehobenen Urteile verhängt ist? II. 3/2 99. **32**, 7.

8. Dürfen in einem zweiten Urteile auf Grund des § 40 St.G.B.'s mehr Gegenstände eingezogen werden, als in einem früheren auf Revision des Angeklagten aufgehobenen Urteile eingezogen waren? I. 20/5 95. **27**, 245.

9. Kann eine Buße in dem zweiten Urteile zuerkannt werden, wenn das erste Urteil, welches die Zuerkennung einer solchen abgelehnt hatte, auf Revision des Angeklagten aufgehoben und die Sache zur neuen Verhandlung zurückverwiesen war? I. 25/4 87. **15**, 439.

Viertes Buch.

Wiederaufnahme eines durch rechtskräftiges Urteil geschlossenen Verfahrens.

1. Kann im Wege des Wiederaufnahmeverfahrens ein Urteil be- § 399 seitigt werden, welches ein Rechtsmittel als unzulässig verwirft?

Gestatten die Fälle des § 399 Nr. 1, 5 eine analoge Anwendung auf andere Fälle, insbesondere auf solche, wo nicht die Schuldfrage zu neuer Erörterung gebracht werden soll? I. 13/6 89. **19**, 321.

2. Kann gemäß § 399 Nr. 5 ein Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens darauf gestützt werden, daß der verurteilte Angeklagte zur Zeit der Tat noch nicht das zwölfte Lebensjahr vollendet gehabt habe? IV. 15/11 89. **20**, 46.

§ 402 Ist die Wiederaufnahme des Verfahrens aus Nr. 4 zulässig, wenn das Geständnis nur einen schwereren Gesichtspunkt der abgeurteilten Tat betrifft, wegen dessen der Angeklagte nicht schuldig erklärt worden ist? III. 5/3 81. **3**, 399.

§ 405 1. Hat der den Angeklagten gemäß § 140 St.P.O. bestellte Verteidiger auch in dem hiernächst auf Antrag der Staatsanwaltschaft wiederaufgenommenen Verfahren als Verteidiger zu fungieren? I. 29/6 91. **22**, 97; IV. 15/12 96. **29**, 278.

2. Kann die Staatsanwaltschaft zu gunsten des Angeklagten die Wiederaufnahme des Verfahrens beantragen? IV. 15/11 89. **20**, 46.

§ 407 Hat § 407 die Bedeutung, daß das Gericht, dessen Urteil angefochten wird, auch dann zu entscheiden hat, wenn demselben die Gerichtsbarkeit über den Angeklagten gar nicht zukommt? IV. 27/3 85. **12**, 125.

§ 410 1. Ist das urteilende Gericht an den Beschluß der Strafkammer, durch welchen die Wiederaufnahme des Verfahrens und die Erneuerung der Hauptverhandlung angeordnet worden ist, gebunden? I. 30/6 81. **4**, 402.

2. Muß bei verordneter Wiederaufnahme des Verfahrens die „Erneuerung der Hauptverhandlung" vor demselben Gerichte oder doch einem Gerichte derselben Ordnung erfolgen, wie dasjenige, von welchem in dem früheren Verfahren das Urteil erlassen worden ist? III. 2/7 83. **9**, 34; IV. 15/12 96. **29**, 278.

3. Darf ein in der Hauptverhandlung als Zeuge vernommener Richter in dem nachfolgenden wiederaufgenommenen Verfahren als ersuchter Richter Zeugen abhören? IV. 4/5 97. **30**, 70.

4. Bedeutung und Notwendigkeit des in Abs. 2 vorgesehenen Beschlusses. II. 26/9 02. **35**, 351.

5. Kann ein Angeklagter, der im Falle des § 140 Abs. 2 Nr. 2 den Antrag auf Bestellung eines Verteidigers innerhalb der gesetzlichen Frist nicht gestellt hat, bei Erneuerung der Hauptverhandlung im Wiederaufnahmeverfahren diesen Antrag nachholen? I. 27/10 02. **35**, 409.

§ 411 1. Darf ein nach § 411 erlassenes Urteil auf Aussagen gestützt werden, die gemäß § 409 St.P.O. unbeeidigt geblieben sind? IV. 22/9 96. **29**, 64.

2. Ist die in Abs. 1 vorgesehene freisprechende Entscheidung als Urteil, oder als Beschluß aufzufassen? IV. 24/1 96. **28**, 146.

3. Ist die Erneuerung der Hauptverhandlung gegen einen verstorbenen Verurteilten auch dann ausgeschlossen, wenn es sich bei dem

Wiederaufnahmeverfahren um mehrere Verurteilte handelt, von welchen nur einer verstorben ist? IV. 29/4 84. **10**, 423.

1. Kann der Angeklagte nach Versäumung der sofortigen Beschwerde gegen das ergangene Urteil geltend machen, daß es an der Grundlage für den Antrag der Staatsanwaltschaft auf Wiederaufnahme des Verfahrens gefehlt habe? I. 29/6 91. **22**, 97. § 412

2. Kann auf einen Verstoß gegen die Vorschriften über die Einleitung des Wiederaufnahmeverfahrens die Revision gegen das in diesem Verfahren ergangene Urteil gestützt werden? IV. 15/11 89. **20**, 46; IV. 15/12 96. **29**, 278.

1. Hat das Gericht in der erneuten Hauptverhandlung nur zu erörtern, ob die der früheren Entscheidung zu grunde gelegten Tatsachen richtig sind, oder ist die ganze Tat von neuem vollständig zu untersuchen? § 413

Kann bei Aufrechterhaltung der der früheren Entscheidung zu grunde liegenden Feststellungen auf eine andere Strafe nicht erkannt werden? II. 12/10 80. **2**, 323; II. 25/1 98. **30**, 421.

2. Tritt infolge der Wiederaufnahme des Verfahrens der Eröffnungsbeschluß außer Kraft? Ist dieser Beschluß oder der Beschluß über Wiederaufnahme des Verfahrens in der erneuten Hauptverhandlung zu verlesen?

Erleidet die Bestimmung des § 23 Abs. 3 St.P.O. Anwendung auf die Richter, welche bei der Entscheidung über Wiederaufnahme des Verfahrens mitgewirkt haben? II. 23/9 81. **4**, 426.

3. Ist in der Hauptverhandlung in einem wiederaufgenommenen Verfahren die Verlesung des in dem ursprünglichen Verfahren ergangenen Strafurteils zulässig? I. 19/1 82. **5**, 429.

4. Sind die Zeugen, welche in der ursprünglichen Hauptverhandlung vernommen worden, und welche nach Anbringung eines Antrags auf Wiederaufnahme des Verfahrens auf Anordnung des mit diesem Antrage befaßten Gerichts vernommen worden sind, in dem Falle, wenn sie in der erneuten Hauptverhandlung als Zeugen auftreten, nach Maßgabe des § 66 St.P.O. zur eidlichen Bekräftigung ihrer Aussage anzuhalten? III. 3/1 89. **18**, 417.

5. Erstreckt sich die erneute Hauptverhandlung von selbst auch auf eine im früheren Urteile übergangene Straftat? II. 21/5 89. **19**, 227.

6. Sind einem im Wiederaufnahmeverfahren unter Überweisung der Kosten an die Staatskasse freigesprochenen Angeklagten die Kosten eines im früheren Verfahren erfolglos eingelegten Rechtsmittels zu erstatten? I. 17/10 95. **27**, 382. Vgl. III. 10/6 95. **27**, 286.

7. Wie ist die Gesamtstrafe zu berechnen, wenn der zu einer Gesamtstrafe Verurteilte im Wiederaufnahmeverfahren teilweise freigesprochen wird und nun eine neue Gesamtstrafe zu bestimmen ist? III. 8/5 93. **24**, 149.

8. Findet die Vorschrift des § 411 Abs. 4 St.P.O. über öffentliche Bekanntmachung analoge Anwendung auf den Fall, wenn der früher Verurteilte auf Grund der neuen Hauptverhandlung freigesprochen wird?

Hat der wegen falscher Anschuldigung Verurteilte, wenn seine Ver-

urteilung öffentlich bekannt gemacht worden ist, im Falle der nach Wiederaufnahme des Verfahrens erfolgten Freisprechung ein Recht darauf, daß die Freisprechung in gleicher Weise, wie die ursprünglich ausgesprochene Verurteilung, bekannt werde? II. 18/1 87. **15**, 188.

Fünftes Buch.

Beteiligung des Verletzten bei dem Verfahren.

Erster Abschnitt (§§ 414—434).

Privatklage.

§ 414 Kann eine Behörde wegen Beleidigung Privatklage erheben? I. 7/11 92. **23**, 293.

§ 415 Findet § 415 nur Anwendung, wenn neben dem Verletzten noch eine andere zur Privatklage selbständig berechtigte Person vorhanden ist, oder auch dann, wenn durch dieselbe Handlung mehrere Personen verletzt und zur Privatklage berechtigt sind?

Ist nach der auf Privatklage eines der Verletzten ergangenen rechtskräftigen Entscheidung noch zulässig, daß dieselbe Handlung auf Antrag eines anderen Verletzten durch die Staatsanwaltschaft verfolgt wird? II. 25/2 81. **3**, 362; I. 3/3 81. **3**, 385.

§ 416 1. Läuft für die Erhebung der Privatklage eine Frist, wenn der Verletzte den Strafantrag innerhalb drei Monaten bei der Staatsanwaltschaft gestellt und diese die Übernahme der Strafverfolgung abgelehnt hat? II. 4/3 81. **3**, 373.

2. Kann die Staatsanwaltschaft nach einmal erhobener öffentlicher Klage, wenn sich später das Vorhandensein einer Straftat der in § 416 bezeichneten Art ergibt, noch von dem ihr in § 416 eingeräumten Ermessen Gebrauch machen? III. 22/4 82. **6**, 309.

3. Ist bei Erhebung einer Anklage wegen eines Offizialdelikts das Gericht durch die Erklärung der Staatsanwaltschaft, wegen einer ideell konkurrierenden Beleidigung ꝛc Anklage nicht erheben zu wollen, rechtlich behindert, die Tat auch vom Gesichtspunkte der Beleidigung ꝛc abzuurteilen? III. 2/10 84. **11**, 128.

4. Welche Bedeutung hat nach dem früheren preußischen Strafprozeßrechte das Ermessen der Staatsanwaltschaft bezüglich der Verfolgung von Beleidigungen durch öffentliche Klage? I. 12/4 80. **2**, 7.

§ 417 1. Ist es für die Übernahme der Strafverfolgung durch die Staatsanwaltschaft von rechtlicher Bedeutung, daß die Privatklage ohne Überreichung des vorgeschriebenen Sühneattestes angebracht war? II. 4/3 81. **3**, 373.

2. Kann die Staatsanwaltschaft in Bezug auf die ihr durch Er-

hebung der Privatklage nach § 417 Abs. 2 gewährte Befugnis durch Dispositionen des Privatklägers beschränkt werden? II. 20/4 83. **8**, 207.

3. Bleibt das Schöffengericht für eine im Wege der Privatklage verfolgte Beleidigung oder Körperverletzung zuständig, wenn die Staatsanwaltschaft die Strafverfolgung übernommen hat?

In welcher Form ist eine Privatklage nach Erklärung der Staatsanwaltschaft, die Verfolgung übernehmen zu wollen, an das Landgericht zu überweisen? III. 13/3 84. **10**, 237.

4. Kann die Staatsanwaltschaft die Strafverfolgung gemäß § 417 Abs. 2 noch übernehmen, nachdem das Privatklageverfahren durch den Tod des Privatklägers sein Ende erreicht hat? II. 6/12 87. **16**, 421.

5. Erhält der Privatkläger, wenn die Staatsanwaltschaft gemäß § 417 die Verfolgung übernimmt, kraft dieser Übernahme ohne Anschlußerklärung die Rechte eines Nebenklägers? II. 19/1 83. **7**, 437.

6. Über den Kostenerstattungsanspruch des gemäß § 417 als Nebenkläger eingetretenen Privatklägers s. § 437, Nr. 6 S. 413.

1. Hat die Bewilligung des Armenrechts für den Privatkläger dessen Befreiung von den Kosten der Beschwerdeinstanz zur Folge? I. 3/7 99. **32**, 252. § 419

2. Erleidet der Grundsatz der Unanfechtbarkeit der Entscheidungen der Oberlandesgerichte durch die Bestimmung in Abs. 3 eine Modifikation? IV. 7/6 97. **30**, 143.

3. Kann der dem Privatkläger auf Grund Bewilligung des Armenrechts beigeordnete Vertreter Zahlung seiner Gebühren aus der Staatskasse beanspruchen? I. 8/5 94. **25**, 360.

Hat das Gericht erst dann, wenn sich nach dem Ergebnisse der Hauptverhandlung die Tat als eine solche darstellt, auf welche das Privatklageverfahren keine Anwendung erleidet, die Einstellung des Verfahrens auszusprechen, oder begründet schon der Inhalt der Klage, wenn danach das Privatklageverfahren unzulässig ist, die Abweisung ohne Eröffnung des Hauptverfahrens? III. 15/11 83. **9**, 324. § 423

Findet § 428 im Verfahren auf öffentliche Klage Anwendung? Ist Widerklage gegen den Nebenkläger zulässig? I. 22/10 96. **29**, 116; I. 17/10 81. **5**, 133. § 428

1. Ist § 429 auch für das Berufungsgericht maßgebend, wenn dieses nach Übernahme der Verfolgung durch die Staatsanwaltschaft mit der durch Privatklage anhängig gewordenen Strafsache befaßt ist? IV. 26/2 97. **29**, 422. § 429

2. Kann in einem solchen Falle das Berufungsgericht durch das Verbot der reformatio in pejus an dem Ausspruche der Einstellung des Verfahrens gehindert sein? III. 15/11 83. **9**, 324.

3. Hat die Strafkammer, wenn im Privatklageverfahren das Schöffengericht sich für unzuständig erklärt und die Sache zur Verhandlung an

die Strafkammer verwiesen hat, auf Grund dieses Unzuständigkeitsbeschlusses in der Sache zu entscheiden? IV. 7/2 93. **23**, 416.

4. Ist die Anwendung des Satzes ne bis in idem dadurch ausgeschlossen, daß das frühere Urteil mit Verletzung des § 429 erlassen worden ist? III. 23/6 83. **9**, 14.

§ 430 1. Ist der Privatkläger befugt, zu gunsten des Angeklagten Rechtsmittel einzulegen? IV. 26/2 92. **22**, 400.

2. Über Wahrung der in Abs. 2 vorgeschriebenen Form. II. 2/4 89. **19**, 115.

S. auch **35**, 103.

§ 431 Inwiefern enthält die Zurücknahme der Privatklage zugleich eine Zurücknahme des Strafantrages und eine Beschränkung des Rechts der Staatsanwaltschaft, in das Privatklageverfahren einzutreten oder eine öffentliche Klage zu erheben? II. 20/4 83. **8**, 207; IV. 21/5 89. **19**, 284.

Zweiter Abschnitt (§§ 435—446).

Nebenklage.

§ 435 1. Kann zwischen der Erklärung des Anschlusses als Nebenkläger nur zum Zwecke der Buße und zwischen allgemeiner Anschlußerklärung zum Zwecke der Beteiligung an der Strafverfolgung unterschieden werden? III. 18/9 84. **11**, 90.

2. Haben prozeßunfähige Personen ihre prozessualen Befugnisse als Nebenkläger durch ihre gesetzlichen Vertreter auszuüben?

Gewährt das Recht, als gesetzlicher Vertreter eines Verletzten für diesen die Zuerkennung einer Buße zu beantragen, die Befugnis zum Anschlusse als Nebenkläger? III. 11/10 83. **9**, 124.

3. Können sich der öffentlichen Klage wegen Beleidigung einer Behörde Mitglieder der letzteren als Nebenkläger anschließen? I. 7/11 92. **23**, 293.

4. Kann ein Mitangeklagter gegen den anderen als Nebenkläger in derselben Hauptverhandlung zugelassen werden? II. 19/3 92. **22**, 421.

5. Steht, wenn eine mittels Privatklage verfolgbare Beleidigung rc mit einem Delikte anderer Art ideell konkurriert, dem Verletzen das Recht zu, sich der wegen des konkurrierenden Delikts erhobenen öffentlichen Klage anzuschließen? II. 19/1 83. **7**, 437.

6. Steht die Befugnis zum Anschlusse als Nebenkläger auf Grund des § 435 Abs. 2 auch dem zu, gegen den ein unsittlicher Angriff gemacht worden ist? I. 5/6 93. **24**, 187.

§ 436 1. Darf das Gericht, nachdem die Anschlußerklärung des Nebenklägers erfolgt ist, vor der Entscheidung über die Berechtigung erst weitere Prozeßhandlungen vornehmen? I. 15/3 94. **25**, 186.

2. Kann die Anschlußerklärung auch durch Telegramm erfolgen?

Genügt bei einer derartigen Anschlußerklärung einer Behörde als Unterschrift die bloße Bezeichnung der Behörde? III. 21/9 93. **24**, 283.

3. Kann die Anschlußerklärung des Nebenklägers zu gerichtlichem Protokolle erfolgen? II. 31/3 80. **1**, 285.

4. Kann eine zu Protokoll erklärte, aber vom Nebenkläger unterschriebene Anschlußerklärung die vorgeschriebene schriftliche Form ersetzen? III. 23/3 82. **6**, 139; I. 29/11 83. **9**, 223.

5. Genügt zur Anschlußerklärung des Nebenklägers die schriftliche Anmeldung eines Rechtsmittels? II. 13/1 82. **5**, 334.

6. Hat das zur Entscheidung über das Rechtsmittel berufene Gericht oder dasjenige, dessen Urteil angefochten wird, über die Berechtigung zum Anschlusse eines Nebenklägers zu entscheiden, wenn die Anschlußerklärung erst nach ergangenem Urteile behufs Einlegung eines Rechtsmittels erfolgt? III. 23/3 82. **6**, 139.

1. Wie ist die Ladung des Nebenklägers zur Hauptverhandlung zu bewirken? III. 9/11 82. **7**, 220. § 437

2. Gilt es als Zurücknahme der Nebenklage, wenn der Nebenkläger in der Hauptverhandlung erster Instanz weder erscheint, noch durch einen Rechtsanwalt vertreten wird? II. 5/1 83. **7**, 376.

3. Unter welchen Voraussetzungen kann durch die Abwesenheit des Nebenklägers während eines Teils der Hauptverhandlung die Annahme eines Verstoßes gegen die §§ 437, 425 St.P.O. begründet werden? II. 18/2 98. **31**, 37.

4. Muß dem in der Hauptverhandlung anwesenden Nebenkläger nach dem Schluß der Beweisaufnahme neben dem Staatsanwalt das Wort erteilt werden? Hat dies nur auf Antrag, oder von Amtswegen zu geschehen? IV. 28/10 87. **16**, 253.

5. Ist Widerklage gegen den Nebenkläger zulässig? I. 22/10 96. **29**, 116.

6. Hat der zu Strafe verurteilte Angeklagte, gegen welchen der Verletzte ursprünglich als Privatkläger aufgetreten ist, später aber die Staatsanwaltschaft die Verfolgung übernommen hat, dem Nebenkläger — als welcher der Verletzte zugelassen ist — die diesem erwachsenen notwendigen Auslagen zu erstatten? I. 27/4 82. **6**, 237.

7. Ist dann, wenn der Angeklagte in die Kosten verurteilt wird, über die notwendigen Auslagen des Nebenklägers stets eine besondere Entscheidung zu treffen? II. 26/2 84. **10**, 113.

8. Kann der Nebenkläger bei Freisprechung des Angeklagten in die Kosten der Nebenklage verurteilt werden?

Hat er bei Freisprechung des Angeklagten die ihm selbst durch die Nebenklage erwachsenen Auslagen zu tragen, und bedarf es hierüber eines besonderen Ausspruchs? I. 13/1 87. **15**, 190; IV. 1/7 98. **31**, 230; II. 1/6 97. **30**, 128.

9. Kann der Nebenkläger in der betreffenden Sache als Zeuge vernommen werden? Pl. 25/10 80. **2**, 384.

10. Macht die Vernehmung des Nebenklägers in der Haupt-

verhandlung als Zeuge dessen Beeidigung erforderlich? III. 20/11 80. **3**, 47.

11. Kann das Gericht wegen der Besorgnis, daß ein Zeuge in der Anwesenheit des Nebenklägers nicht die Wahrheit sagen werde, den letzteren zeitweise von der Teilnahme an der Hauptverhandlung ausschließen? IV. 9/3 94. **25**, 177.

12. Über Bestellung eines Offizialvertreters für den das Armenrecht genießenden Nebenkläger. Fer. 25/7 94. **26**, 97.

§ 440 Ist, wenn das Sitzungsprotokoll konstatiert, daß für den Nebenkläger ein Vertreter im Termine erschienen sei und Anträge gestellt habe, nicht aber, daß er sich vor Schluß der Verhandlung entfernt habe, als erwiesen anzusehen, daß der Vertreter des Nebenklägers auch der Urteilsverkündung beigewohnt habe? III. 7/10 01. **34**, 385.

§ 441 1. Beginnt die Einlegungsfrist für den Nebenkläger, welcher nicht anwesend und nicht vertreten gewesen ist, mit der Verkündung, oder mit der Zustellung des Urteils? III. 11/2 82. **6**, 28.

2. Über die Form der Begründung der Revision des Nebenklägers s. §§ 430, 385.

3. Kann der Nebenkläger bei selbständiger Einlegung der Revision und beim Vorliegen einer und derselben, mehrere Strafgesetze verletzenden Handlung Revisionsgründe auch aus demjenigen Teile des Urteils geltend machen, welcher sich lediglich mit der zur Anschlußberechtigung an sich nicht legitimierenden Straftat befaßt? III. 11/10 83. **9**, 124.

4. Ist der in der Vorinstanz als Nebenkläger Zugelassene zur Einlegung eines Rechtsmittels befugt, auch wenn er als Nebenkläger nicht hätte zugelassen werden dürfen? III. 12/12 01. **35**, 25.

5. Über Rechtsmittelverfolgung wegen Zurückweisung des Anspruchs auf Buße s. unten § 444, Nr. 6.

6. Ist das Rechtsmittel des Nebenklägers, auch wenn es neben einem solchen der Staatsanwaltschaft verfolgt wird, ein selbständiges, für welches dem Nebenkläger eventuell Gebühren zur Last zu setzen sind? IV. 11/4 02. **35**, 187.

§ 442 1. Ist das Nichterscheinen des Nebenklägers in der Hauptverhandlung erster Instanz als Zurücknahme der Nebenklage aufzufassen? II. 5/1 83. **7**, 376.

2. Kann eine zurückgezogene Anschlußerklärung des Verletzten zum Zwecke der Unterstützung der öffentlichen Klage erneuert werden? III. 18/6 83. **8**, 384.

§ 443 1. Über Bußanspruch s. die Zusammenstellung unter dem Wort „Buße“ in Teil I Abschn. 1 St.G.B.'s, S. 13.

2. Genügt zur Anschlußberechtigung das Bestehen des Rechts auf Buße, oder muß der Bußanspruch wirklich erhoben werden? III. 18/9 84. **11**, 90.

3. Ist die Anschlußerklärung desjenigen, welcher die Zuerkennung einer Buße zu verlangen berechtigt ist, auch nach Verkündung des Urteils erster Instanz zulässig? II. 13/1 82. **5**, 335.

4. Gewährt das Recht, als gesetzlicher Vertreter eines Verletzten für diesen die Zuerkennung einer Buße zu beantragen, die Befugnis zum Anschlusse als Nebenkläger? III. 11/10 83. **9**, 124.

5. Ist dem Ehemanne der Verletzten durch § 443 die Befugnis gewährt, sich auf Grund des § 188 Pr.A.L.R.'s II. 1 dem Verfahren als Nebenkläger anzuschließen? IV. 7/5 97. **30**, 77.

§ 444

1. Wann ist der Antrag des Nebenklägers auf Zuerkennung einer Buße als rechtzeitig gestellt anzusehen? Kann er schriftlich gestellt werden, und genügt es, wenn die ihn enthaltende Eingabe noch vor der Verkündung des Urteils bei dem Gerichte präsentiert wird? IV. 18/12 85. **13**, 186.

2. Gilt der Anspruch ohne weiteres auch dann als bei Gericht angebracht, wenn er sich in einer an die Staatsanwaltschaft gerichteten Eingabe befindet, welche demnächst mit anderen Schriftstücken an das Gericht gelangt ist? II. 7/11 90. **21**, 156.

3. Darf eine Buße auch dann zuerkannt werden, wenn der sie fordernde Nebenkläger zur Hauptverhandlung nicht geladen werden konnte und in derselben unvertreten war, oder wenn der Bußanspruch von dem in der Hauptverhandlung anwesenden Nebenkläger dort nicht wiederholt worden ist?

Ist der Antrag auf Zuerkennung von Buße in der Hauptverhandlung zu verlesen? I. 29/11 83. **9**, 223; IV. 7/11 99. **32**, 346.

4. Inwieweit ist die Zuerkennung einer Buße vom freien richterlichen Ermessen abhängig? III. 1/7 82. **7**, 12; II. 20/6 82. **6**, 398.

5. Kann eine Buße in dem zweiten Urteile zuerkannt werden, wenn das erste Urteil, welches die Zuerkennung einer solchen abgelehnt hatte, auf Revision des Angeklagten aufgehoben und die Sache zur anderweiten Verhandlung zurückverwiesen worden war? I. 25/4 87. **15**, 439.

6. Steht dem Nebenkläger, nachdem die Verurteilung des Angeklagten hinsichtlich der ausgesprochenen Strafe rechtskräftig geworden ist, die Befugnis zu, gegen den die Zuerkennung einer Buße ablehnenden Teil der Entscheidung allein die Revision zu verfolgen? III. 1/7 82. **7**, 12.

7. Schließt der Verzicht auf Zuerkennung einer Buße, welche im Wege der Nebenklage beantragt worden ist, die Erneuerung des Antrags auch dann aus, wenn die Nebenklage der gesetzlichen Form entbehrte? II. 31/3 80. **1**, 285.

8. Über Erneuerung der Anschlußerklärung zwecks Unterstützung der öffentlichen Klage s. § 442.

9. Kann der Vater als gesetzlicher Vertreter seines Sohnes dessen Ansprüche auf Buße nach dem Tode des Sohnes geltend machen? I. 2/11 96. **29**, 140.

Sechstes Buch.

Besondere Arten des Verfahrens.

Erster Abschnitt (§§ 447—452).

Verfahren bei amtsrichterlichen Strafbefehlen.

§ 447 1. Unterschied zwischen amtsrichterlichem Strafbefehle und polizeilicher Strafverfügung in Bezug auf Konsumtion der Strafklage. I. 23/12 80. **3**, 211.

2. Über Konsumtion der Strafklage durch Strafbefehl s. sonst Abschnitt „ne bis in idem“ S. 317, Nr. 14flg.

§ 451 Verfahren des Schöffengerichts, wenn ihm zur Entscheidung der Strafsache die sachliche Zuständigkeit abgeht. II. 4/11 98. **31**, 302.

Zweiter Abschnitt (§§ 453—458).

Verfahren nach vorangegangener polizeilicher Strafverfügung.

§ 453 1. Über die Frage, ob durch polizeiliche Strafverfügung Konsumtion der Strafklage bewirkt werden kann, s. oben § 447 und Abschnitt „ne bis in idem“ S. 317, Nr. 8flg.

2. Über die Frage, ob Mängeln der polizeilichen Strafverfügung im nachgefolgten gerichtlichen Verfahren abgeholfen werden kann, s. unten § 456.

§ 456 1. Ist es zulässig, den Mängeln der Strafverfügung hinsichtlich der Bezeichnung der Tat in der gerichtlichen Verhandlung abzuhelfen? I. 24/3 92. **22**, 423.

2. Über das einzuhaltende Verfahren s. weiter § 462.

§ 458 1. Findet die Vorschrift auch Anwendung, wenn sich in der Berufungsinstanz ergibt, daß ein zum Erlasse einer polizeilichen Strafverfügung geeigneter Fall nicht vorliegt? III. 21/3 89. **19**, 166.

2. Darf das Schöffengericht, wenn der in § 458 vorgesehene Fall vorliegt, einen Beschluß nach Maßgabe des § 270 St.P.O. treffen?

In welcher Weise hat das Gericht, an welches die Sache zur Aburteilung verwiesen ist, zu verfahren, wenn das Schöffengericht mit Außerachtlassung der Vorschrift des § 458 einen Beschluß im Sinne des § 270 a. a. O. erlassen hat? I. 21/11 81. **5**, 243; I. 24/3 92. **22**, 423.

S. zu § 458 auch **23**, 307.

Dritter Abschnitt (§§ 459—469).

Verfahren bei Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über die Erhebung öffentlicher Abgaben und Gefälle.

§ 459 1. Kann auf Grund landesgesetzlicher Vorschriften die Nachentrichtung der hinterzogenen Abgabe einen Gegenstand der richterlichen Entscheidung bilden? IV. 13/10 99. **32**, 304.

2. Gehört Konterbande zu den Delikten, auf welche § 459 Bezug hat? II. 27/10 85. **13**, 30.

3. Ist über die in § 153 V.Z.G.'s vom 1. Juli 1869 bezeichneten subsidiarischen Vertretungsverbindlichkeiten dritter Personen in dem für Zolldelikte vorgeschriebenen Verfahren zu erkennen? III. 23/5 87. **16**, 109.

4. Gehört ein durch Täuschung der Steuerbehörde bei Erfüllung eines Fixationsvertrags begangener Betrug zu den Delikten, auf welche §§ 459 flg. Anwendung finden? III. 29/10 83. **9**, 236.

5. Bedeutung eines in Rechtskraft übergegangenen Strafbescheids für die Verbindlichkeiten des subsidiarisch Haftbaren. IV. 22/5 85. **12**, 212.

6. Über die Bedeutung des sog. Submissionsverfahrens für den Strafrichter. IV. 21/12 94. **26**, 319.

S. zu § 459 auch **35**, 367.

1. Kann die Entscheidung des Gerichts auf Einstellung des Verfahrens wegen eines dem Strafbescheide anhaftenden Formmangels gehen? § 462

Bedeutung des Antrags auf gerichtliche Entscheidung und Verhältnis der letzteren zu dem Strafbescheide.

Ist das Gericht berechtigt, vor der Hauptverhandlung Ermittelungen zur Aufklärung der Sache anzustellen? III. 23/2 88. **17**, 249.

2. Ist die Vorentscheidung der Verwaltungsbehörde über die konkrete Zoll- oder Steuerpflicht einer Person oder Sache für den Strafrichter überhaupt oder wenigstens für die Festsetzung der nach dem Betrage der hinterzogenen Gefälle zu berechnenden Strafe maßgebend? III. 9/11 82. **7**, 220; III. 29/1 85. **12**, 1; III. 28/11 87. **17**, 21.

3. Begründet es die Revision, wenn die der gerichtlichen Entscheidung zu grunde zu legenden Feststellungen seitens des Gerichts nicht unabhängig von dem Strafbescheide der Verwaltungsbehörde getroffen werden? I. 4/6 83. **8**, 390.

4. Findet dann, wenn das Gericht den Angeklagten aus einem anderen rechtlichen Gesichtspunkte, als dem dem Strafbescheide zu grunde liegenden, verurteilen will, § 264 St.P.O. Anwendung? II. 29/4 81. **4**, 116.

1. Hat die in § 464 der Verwaltungsbehörde beigelegte Befugnis deren Berechtigung zum Erlasse des Strafbescheides zur Voraussetzung? II. 27/10 85. **13**, 30. Vgl. III. 29/10 83. **9**, 236. § 464

2. Ist die Ausübung der Befugnis ausgeschlossen, wenn mit der Zuwiderhandlung gegen die Vorschriften über die Erhebung der öffentlichen Abgaben ein anderes Delikt ideell konkurriert? II. 27/10 85. **13**, 30; IV. 26/2 92. **22**, 400.

1. Findet die Vorschrift des § 425 Abs. 2 St.P.O. in dem auf öffentliche Klage eingeleiteten Verfahren Anwendung? III. 9/11 82. **7**, 220. § 466

2. Findet die Vorschrift des § 343 St.P.O. bei Rechtsmitteln des Provinzialsteuerdirektors Anwendung? I. 9/11 91. **22**, 214.

1. Kann die Verwaltungsbehörde auch zu gunsten des Angeklagten Rechtsmittel einlegen? Kann sie gegen ein Urteil, durch welches wegen § 467

eines Steuerdelikts und wegen eines vermeintlich realiter konkurrierenden anderen Delikts auf Strafe erkannt worden ist, ein Rechtsmittel deshalb einlegen, weil der Tat zu Unrecht ein anderer Charakter als der eines Steuerdelikts beigemessen worden sei? IV. 26/2 92. **22**, 400.

2. Liegt in der nach Verkündung des Urteils erfolgten bloßen Anschlußerklärung der Verwaltungsbehörde zugleich die Einlegung des zulässigen Rechtsmittels? II. 27/5 87. **16**, 130.

3. Hat die Anschlußberechtigung der Verwaltungsbehörde deren Befugnis zum Erlasse eines Strafbescheides zur Voraussetzung? Ist sie ausgeschlossen, wenn mit der Zuwiderhandlung gegen die Vorschriften über die Erhebung öffentlicher Abgaben ein anderes Delikt ideell konkurriert? II. 27/10 85. **13**, 30. Vgl. III. 29/10 83. **9**, 236.

§ 468 Ist das Urteil der Verwaltungsbehörde auch dann zuzustellen, wenn sie erst nach Verkündung des Urteils, jedoch vor dessen Rechtskraft sich der Verfolgung angeschlossen hat? Beginnt auch in diesem Falle für die Verwaltungsbehörde die Frist zur Einlegung des Rechtsmittels erst mit der Zustellung? II. 27/5 87. **16**, 130.

§ 469 1. Über die Anwendung des Abs. 1 in dem Falle, wenn die Verwaltungsbehörde erst nach der Verkündung der Entscheidung sich der Verfolgung angeschlossen hat, s. § 468.

2. Kann die Verwaltungsbehörde, falls sie sich zwar dem Verfahren als Nebenklägerin angeschlossen, ihrerseits aber nicht Revision eingelegt hat, von der erweiterten Frist zur Anbringung von Revisionsanträgen behufs Verfolgung des von der Staatsanwaltschaft rechtzeitig eingelegten Rechtsmittels Gebrauch machen? III. 2/7 85. **12**, 342.

Vierter Abschnitt (§§ 470—476).

Verfahren gegen Abwesende, welche sich der Wehrpflicht entzogen haben.

§ 471 Findet auch in dem Verfahren gegen abwesende Wehrpflichtige die Vorschrift des § 18 St.P.O. Anwendung? I. 19/5 81. **4**, 232.

§ 472 1. Zu welchem Zeitpunkte ist die Einleitung des Verfahrens wegen Verletzung der Wehrpflicht zulässig? I. 28/9 91. **22**, 161.

2. Ist das auf Grund des § 472 eingeleitete Verfahren bei Unzulänglichkeit der beizubringenden Erklärung einzustellen, oder ist in diesem Falle die Ergänzung der vorgeschriebenen Erklärung anzuordnen? IV. 4/3 02. **35**, 147.

3. Über die Bedeutung der nach § 472 abzugebenden Erklärung. I. 30/1 90. **20**, 200.

§ 473 Unter welchen Voraussetzungen ist die öffentliche Ladung eines sich im Auslande aufhaltenden Wehrpflichtigen zulässig? I. 23/10 99. **32**, 306.

1. Welche Bedeutung hat die in § 472 vorgesehene Erklärung für das Verfahren, und unter welchen Voraussetzungen kann nach § 475 angenommen werden, daß sich Umstände ergeben haben, welche jener Erklärung entgegenstehen? I. 30/1 90. **20**, 200. § 475

2. Unterliegt die Frage, ob ein Umstand der in § 472 bezeichneten Erklärung entgegenstehe, der freien Würdigung des Gerichts? I. 18/10 80. **2**, 351; I. 25/2 84. **10**, 152.

3. Findet auch in dem Verfahren gegen abwesende Wehrpflichtige der Satz ne bis in idem Anwendung? II. 25/3 81. **3**, 437.

Fünfter Abschnitt (§§ 477—480).

Verfahren bei Einziehungen und Vermögensbeschlagnahme.

1. Über das sog. objektive Strafverfahren s. St.G.B. § 42, sowie Ges. vom 11. Juni 1870 über das Urheberrecht von Schriftwerken rc. § 477

2. Ist in §§ 477flg. der allgemeine Grundsatz ausgesprochen, daß Entscheidungen, welche in das Eigentum eingreifen, nicht getroffen werden dürfen, ohne daß dem unmittelbar Betroffenen Gelegenheit zu Einwendungen geboten war? Ist eine analoge Anwendung dieses Satzes statthaft? II. 27/1 82. **5**, 371.

3. Wird in dem objektiven Strafverfahren der Eröffnungsbeschluß durch einen über Anberaumung der Hauptverhandlung zu fassenden Beschluß ersetzt? III. 3/10 89. **19**, 427.

4. Welches Gericht ist für das objektive Strafverfahren örtlich zuständig? II. 28/1 87. **15**, 235.

5. Gilt der Grundsatz des § 18 St.P.O., daß nach Eröffnung des Hauptverfahrens das Gericht seine örtliche Unzuständigkeit nicht von Amts wegen aussprechen darf, auch in dem objektiven Strafverfahren?

Ist in diesem Verfahren der Einziehungsinteressent mit dem Einwande der örtlichen Unzuständigkeit des Gerichts nach Verlesung des Beschlusses auf Anberaumung der Hauptverhandlung noch zu hören? III. 3/10 89. **19**, 427.

6. Inwieweit kann ein objektives Verfahren auf Einziehung eingeleitet werden, obwohl in einem früheren Strafverfahren der staatsanwaltliche Antrag, die Einziehung als Nebenstrafe gegen bestimmte Personen auszusprechen, zurückgewiesen worden war? III. 19/5 95. **27**, 352.

7. Darf im objektiven Verfahren auf Einziehung nachgemachten oder verfälschten Geldes erkannt werden, wenn in demselben die Person des Fälschers ermittelt, dieser aber in einem vorausgegangenen Verfahren rechtskräftig freigesprochen ist? II. 28/5 86. **14**, 161.

8. Stellt sich die Entscheidung, durch welche in dem das Verfahren gegen einen bestimmten Angeklagten abschließenden Urteile neben dessen Freisprechung selbständig auf Unbrauchbarmachung erkannt wird, als eine Entscheidung im sog. objektiven Verfahren dar?

Steht gegen diese Entscheidung einem Einziehungsinteressenten die Revision zu? IV. 11/10 01. **34**, 388.

§ 478 1. Ist den Personen, welche einen rechtlichen Anspruch auf den Gegenstand der Einziehung 2c haben, die Strafklage (der Antrag der Staatsanwaltschaft) zuzustellen? II. 26/5 93. **24**, 197.

2. Gehört der Fiskus, welcher die Einziehung falscher Münzen beansprucht, zu den in § 478 bezeichneten Personen, welche einen rechtlichen Anspruch auf den Gegenstand der Einziehung haben, und steht demselben die Revision gemäß § 479 St.P.O. zu? I. 20/12 88. **18**, 299.

3. Können die den Beschlagnahmeinteressenten zustehenden Befugnisse von dispositionsunfähigen Personen persönlich ausgeübt werden? Fer. 25/7 96. **29**, 52.

4. Welchen Personen ist das ergehende Urteil zuzustellen? III. 26/1 85. **11**, 414.

5. Muß das Urteil dem bei der Urteilsverkündung vertretenen Einziehungsinteressenten durch Zustellung bekannt gemacht werden? IV. 12/7 01. **34**, 331.

6. Wem fallen die Kosten des sog. objektiven Strafverfahrens zur Last? IV. 15/5 85. **12**, 198; I. 29/10 85. **13**, 19; II. 10/2 88. **17**, 114.

7. Über die Anwendung der Grundsätze des ordentlichen Verfahrens s. auch § 477.

§ 479 1. Kann ein entmündigter Beschlagnahmeinteressent selbständig ein Rechtsmittel verfolgen? Fer. 25/7 96. **29**, 52.

2. Stehen auch solchen Einziehungsinteressenten, welche im erstinstanzlichen Verfahren zur Verhandlung geladen, noch sonst prozessualisch tätig gewesen sind, gegen das Einziehungsurteil die entsprechenden Rechtsmittel zu? III. 26/1 85. **11**, 414.

3. Über die zur Verfolgung von Rechtsmitteln Befugten s. noch § 478.

Siebentes Buch.

Strafvollstreckung und Kosten des Verfahrens.

Erster Abschnitt (§§ 481—495).

Strafvollstreckung.

§ 482 Über die Bedeutung für Anwendung des § 244 St.G.B.'s s. dort.

§ 483 1. Zum Begriffe der „Strafvollstreckung". I. 9/1 82. **5**, 332; II. 24/4 91. **21**, 424; IV. 1/6 97. **30**, 135.

2. Über die Stellung des Amtsrichters, dem nach Abs. 3 die Strafvollstreckung übertragen ist, gegenüber der Landesjustizverwaltung und gegenüber den den Staatsanwälten untergeordneten polizeilichen Organen. II. 18/3 98. **31**, 76; II. 24/4 91. **21**, 424.

3. Von wem und wie ist ein als Strafe erkannter Verweis zu vollstrecken? I. 26/1 93. **23**, 403; Fer. 30/7 98. **31**, 282.

4. Über die Anwendbarkeit des § 160 G.V.G.'s bei Requisitionen des zur Strafvollstreckung berufenen Amtsrichters s. § 160 a. a. O.

5. Über die Frage, was der auf eine Gesamtstrafe erkennende Richter über Aufrechnung des verbüßten Teils einer Einzelstrafe zu bestimmen hat, s. St.G.B. § 79, Nr. 4 S. 52.

1. Über die Verpflichtung der Gerichte, gemäß § 79 St.G.B.'s auf eine Gesamtstrafe zu erkennen, s. § 79 a. a. O., Nr. 1 flg. S. 52. § 492

2. Ist das in § 492 vorgesehene Verfahren unabhängig von den Anträgen des Verurteilten von Amts wegen einzuleiten? III. 6/7 81. **5**, 1.

1. Ist ein Beschluß, durch den sich eine Strafkammer zur Festsetzung einer Gesamtstrafe für unzuständig erklärt, nur mit der sofortigen Beschwerde anfechtbar? I. 19/6 99. **32**, 234. § 494

2. Ist in dem Falle, wenn von verschiedenen Gerichten auf eine Gesamtstrafe erkannt ist, für die hiernächst nach § 492 St.P.O. zu treffende Entscheidung das Gericht, welches die höchste Einzelstrafe, oder das Gericht, welches die höchste Gesamtstrafe ausgesprochen hat, zuständig? I. 21/12 99. **33**, 23.

Zweiter Abschnitt (§§ 496—506).

Kosten des Verfahrens.

1. Enthält § 496 eine Bestimmung darüber, wer die Kosten des Verfahrens zu tragen hat, und daß das Gericht diese Frage nach freiem Ermessen zu entscheiden habe? IV. 15/5 85. **12**, 198. § 496

2. Verhältnis des Abs. 2 zu § 499 Abs. 2. III. 7/1 84. **10**, 33.

1. Sind die Gerichte befugt, bei der Verurteilung eines Angeklagten zur Kostentragung Auslagen von der Verurteilung auszunehmen, welche durch die Verschuldung dritter Personen veranlaßt sind? III. 24/3 80. **1**, 334. § 497

2. Über die Verpflichtung zur Erstattung der Kosten des Nebenklägers s. § 437, Nr. 6, 7 S. 413.

3. Über die Kostenentscheidung bei Anklagen wegen Verübung verschiedener Straftaten, falls nicht alle festgestellt werden, s. § 498.

1. Wie ist über die Kosten zu entscheiden, wenn die Untersuchung mehrere Straftaten zum Gegenstande hat und nur bezüglich eines Teils derselben Verurteilung erfolgt? Ist es Sache des erkennenden Gerichts, bei der Urteilsfällung zu ermitteln, ob und inwieweit besondere Kosten durch die Straffälle, bei denen Freisprechung erfolgt ist, entstanden sind? IV. 10/11 93. **24**, 384. § 498

2. Ist es zulässig, dem wegen eines Anklageteils freigesprochenen, wegen eines anderen verurteilten Angeklagten die Kosten erster Instanz zu einem Bruchteile aufzuerlegen? I. 22/1 00. **33**, 83.

3. Ist § 498 Abs. 1 anwendbar, wenn eine Tat einer verschiedenen rechtlichen Beurteilung unterstellt wird, oder wenn dem Angeklagten zur

Last gelegt ist, durch eine Tat mehreren Strafgesetzen zuwidergehandelt zu haben? IV. 26/11 86. **15**, 105; IV. 10/3 85. **12**, 87.

4. Greift die Vorschrift des Abs. 1 Platz, wenn von verschiedenen dem Angeklagten als fortgesetztes Delikt zur Last gelegten Tätigkeitsakten nur einer als erwiesen angenommen wird? I. 15/10 96. **29**, 106.

5. Inwieweit ist der Angeklagte von Kosten zu entbinden, wenn das Hauptverfahren wegen gewohnheits- und gewerbsmäßigen Wuchers eröffnet ist, das Urteil beide Qualifikationen verneint und von den mehreren Wucherfällen nur einige als nachgewiesen ansieht, in diesen aber mehrere selbständige Handlungen erblickt? I. 19/2 00. **33**, 142.

6. Inwieweit haftet ein Mitangeklagter in einer Untersuchung, die gegen ihn nur eine Straftat zum Gegenstande hat und mit seiner Verurteilung endigt, die indes gegen Komplizen seiner Tat und gegen weitere Angeklagte noch andere selbständige strafbare Handlungen umfaßt, welche gleichfalls zur Verurteilung geführt haben, für die entstandenen „besonderen Kosten"? I. 9/11 96. **29**, 145.

7. Welchen Sinn hat der Ausdruck „dieselbe Tat" in Abs. 2? Wie ist wegen der Auslagen des Verfahrens zu erkennen, wenn Mitangeklagte nicht in Bezug auf dieselbe Tat verurteilt sind? II. 18/11 90. **21**, 164.

8. Sind die wegen Begünstigung oder Hehlerei gemeinschaftlich mit dem Täter verurteilten Personen im Sinne des Abs. 2 als Mitangeklagte anzusehen, welche „in Bezug auf dieselbe Tat" zu Strafe verurteilt wurden? I. 28/5 85. **12**, 226.

9. Können dem Angeklagten, dessen Freisprechung von einem einzelnen Straffalle aus mehreren erfolgt, die Kosten für die in dem Verfahren über denselben vernommenen Entlastungs- und Belastungszeugen auferlegt werden, weil die ersteren nur Unerhebliches bekundet und letztere zugleich als Entlastungszeugen gedient haben? II. 8/2 81. **3**, 343.

10. Dürfen einem Mitangeklagten die besonderen Kosten, die in verbundenen Strafsachen durch die Verhandlung über Straftaten entstanden sind, an denen er selbst nicht beteiligt ist, zur Last gelegt werden? I. 21/10 97. **30**, 287.

11. Ist die Gesamtverbindlichkeit vom Mitangeklagten zum Tragen von Auslagen im Urteile besonders auszusprechen? I. 2/2 80. **1**, 93.

§ 499 1. Kann die Vorschrift des Abs. 2 auch auf die Auslagen anderer Personen als des Angeschuldigten Anwendung finden? IV. 24/1 96. **28**, 146.

2. Greift die Vorschrift des Abs. 2 gegenüber Einziehungsinteressenten Platz? I. 15/2 92. **22**, 351.

3. Kann das Gericht, wenn es von der Ermächtigung des Abs. 2 Gebrauch macht, bereits im Urteile aus den erwachsenen Auslagen einzelne Kategorien ausscheiden und auf diese die Erstattungspflicht der Staatskasse beschränken?

Was ist unter „notwendigen Auslagen" zu verstehen? Inwieweit gehören dazu die durch Annahme eines Verteidigers entstandenen Kosten? III. 7/1 84. **10**, 33; I. 29/6 82. **6**, 429.

4. Wem fallen bei Einstellung des Verfahrens die Kosten zur Last? IV. 10/12 89. **20**, 118.

1. Kann auf Grund des § 500 nur ein Angeschuldigter, oder § 500
auch eine als Zeuge vernommene Person in die Kosten des Verfahrens verurteilt werden? IV. 19/3 86. **13**, 421.

2. Inwieweit steht dem auf Grund des § 500 in die Kosten Verurteilten die Revision auch dann zu, wenn der Verurteilte nicht der Beschuldigte ist? IV. 5/1 86. **13**, 211.

Ist die auf Grund des § 501 Abs. 1 erfolgte Verurteilung des § 501
Anzeigenden in die Kosten, falls sie durch das in der Strafsache gegen den Angezeigten ergangene Urteil getroffen ist, mittels Revision anfechtbar? I. 2/11 82. **7**, 232.

1. Kann der Richter unter Umständen von der Vorschrift des § 502 § 502
abgehen? Begreift die Vorschrift unbedingt alle bis zur Einstellung des Verfahrens entstandenen Kosten? I. 4/7 92. **23**, 197; I. 4/1 83. **7**, 409.

2. Hat infolge einer von der Staatsanwaltschaft wegen Nichtanwendung des § 502 mit Recht ergriffenen Revision das Revisionsgericht selbst die nach § 502 gebotene Entscheidung zu treffen? I. 20/3 84. **10**, 210.

1. Kann der Nebenkläger gleich dem Privatkläger mit Kosten be- § 503
lastet werden? IV. 1/7 98. **31**, 230; I. 18/1 87. **15**, 190.

2. Über den Kostenerstattungsanspruch und Kostenerstattungspflicht des Nebenklägers s. im weiteren § 437, Nr. 6 flg. S. 413.

3. Begründet das im Privatklageverfahren ergehende Urteil die Kostenerstattungspflicht des Angeklagten gegenüber dem Privatkläger, oder stellt es dieselbe nur fest? IV. 17/10 99. **32**, 298.

Unter welchen Voraussetzungen können dem Nebenkläger auf Grund § 504
des § 504 Kosten zur Last gelegt werden? I. 1/10 94. **26**, 129.

1. Entscheidung über die Kosten eines von der Staatsanwaltschaft § 505
zu gunsten des Angeklagten mit Erfolg eingelegten Rechtsmittels. IV. 18/2 98. **31**, 21.

2. Wie ist über die Kosten zu entscheiden, wenn auf Revision des Nebenklägers ein freisprechendes Urteil aufgehoben, nach erneuter Verhandlung der Sache aber der Angeklagte wiederum freigesprochen worden ist? II. 1/6 97. **30**, 128.

3. Ist die auf Revision erfolgte Aufhebung eines Strafurteils ohne weiteres als ein bezüglich der Kostenpflichtigkeit maßgebender Erfolg des Rechtsmittels anzusehen? II. 15/1 89. **18**, 347.

4. Über die Frage, ob einem im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochenen Angeklagten die Kosten eines früher ohne Erfolg eingelegten Rechtsmittels zu erstatten sind, s. § 413, Nr. 6 S. 409.

5. Über Bestimmung der Kostenpflicht im Falle der Wiederaufnahme eines durch rechtskräftiges Urteil geschlossenen Verfahrens. IV. 6/12 89. **20**, 115.

Digitized by Google

D. Gerichtsverfassungsgesetz.

Einführungsgesetz.

§ 7 Kann der Mangel der Zuständigkeit der bürgerlichen Strafgerichte noch in der Revisionsinstanz geltend gemacht werden? IV. 5/4 95. **27**, 143.

§ 11 1. Ist zur Verfolgung von Reichsbeamten oder elsaß-lothringischen Landesbeamten wegen Amtshandlungen eine Vorentscheidung im Sinne des Abs. 2 geboten? I. 2/11 99. **32**, 322; I. 26/9 87. **16**, 197.

2. Sind Gemeindeförster nach französischem Rechte Beamte, für welche § 11 Abs. 2 Anwendung leidet?

In welcher Besetzung gibt das Reichsgericht die ihm in § 11 Abs. 2 Nr. 2 zugewiesene Vorentscheidung ab?

Nach welchem Verfahren ist die Entscheidung zu geben, und hat dieselbe nach mündlicher Verhandlung, oder durch Beschluß zu erfolgen? I. 26/9 87. **16**, 197.

Gerichtsverfassungsgesetz.

Erster Titel (§§ 1—11).

Richteramt.

§ 5 Hat die Vorschrift, nach welcher rheinpreußische Friedensrichter, welche nicht die dritte Prüfung bestanden haben, nicht zu Mitgliedern der Kollegialgerichte ernannt werden konnten, gegenüber der neuen Gerichtsorganisation noch Bedeutung? I. 27/11 84. **11**, 272.

§ 6 Ergibt sich aus § 6, daß die Richter auch bei einem Thronwechsel, unabhängig von der etwa vorgeschriebenen Erneuerung des Diensteides, zur ferneren Ausübung ihres Amts berechtigt und verpflichtet sind? IV. 15/5 88. **17**, 375.

§ 7 Bezieht sich die Bestimmung auf andere Gebühren als die von den Parteien zu zahlenden? III. 13/11 80. **3**, 231.

Zweiter Titel (§§ 12—21).

Gerichtsbarkeit.

§ 21 Wird durch die in Staatsverträgen den Konsularbeamten zugesicherte „persönliche Immunität von Verhaftungen“ die strafgerichtliche Verfolgung ausgeschlossen, oder nur die Verhaftung während der Zeit, während welcher der Konsularbeamte die Eigenschaft eines solchen in dem betreffenden Staate hat? II. 27/1 88. **17**, 51.

Dritter Titel (§§ 22—24).

Amtsgerichte.

1. Über die Ordnung der allgemeinen Dienstaufsicht und die Befugnis des damit beauftragten Richters zur Stellung von Strafanträgen wegen Beleidigung von Amtsrichtern: für Preußen. I. 2/1 83. **7**, 404. § 22
2. — für Bayern. I. 20/1 87. **15**, 212.
3. — für Württemberg. I. 17/3 84. **11**, 163.

Vierter Titel (§§ 25—57).

Schöffengerichte.

1. Fällt unter „Einziehung" im Sinne des § 27 Nr. 2 auch die Nebenstrafe der Verfallerklärung? II. 27/2 85. **12**, 75. § 27
2. Über die Erlöschung der Zuständigkeit nach Nr. 3 bei Übernahme der Verfolgung durch die Staatsanwaltschaft s. § 417 St.P.O., Nr. 3 S. 411.

Über die Frage, welcher Zeitpunkt für die Unfähigkeit maßgebend ist, s. St.P.O. § 279, Nr. 2 S. 372. § 32

Fünfter Titel §§ (58—78).

Landgerichte.

Ist es unstatthaft, daß die Strafkammer in Abteilungen geteilt und jeder Abteilung von vornherein ein für allemal ein besonderer Vorsitzender gegeben wird? II. 19/10 80. **2**, 353. § 59

1. Ist es zulässig, daß zu ordentlichen Vorsitzenden von Kammern Richter ernannt werden, die nicht Präsident oder Direktor sind? III. 11/6 88. **18**, 9; IV. 26/3 95. **27**, 125. § 61
2. Ist es unzulässig, daß eine Verhinderung des ordentlichen Vorsitzenden am Vorsitze in der Kammer für im voraus bestimmte Sitzungen schon bei der Geschäftsverteilung zu Beginn des Geschäftsjahrs als gegeben angenommen wird? I. 31/5 94. **25**, 389.

1. Ist durch eine Verteilung der Geschäfte nach den Anfangsbuchstaben der Namen der Beschuldigten die Staatsanwaltschaft bei einer Anklage gegen mehrere behindert, die Namen der Beschuldigten nach ihrem Ermessen anzuordnen? II. 18/2 96. **28**, 215. § 62
2. Ist es zulässig, daß der Landgerichtspräsident von dem Präsidium des Landgerichts beauftragt wird, die in § 62 vorgesehenen Anordnungen vorläufig nach seinem diskretionären Ermessen zu treffen? II. 27/5 92. **23**, 166.
3. Liegt ein Verstoß gegen § 62 vor, wenn im Geschäftsplane für den Fall einer Überlastung der ordentlichen Strafkammern eine besondere Strafkammer vorgesehen ist und diese ihren Geschäftskreis erst nachträglich vom Präsidium durch Zuweisung individuell bestimmter Sachen erhält? II. 21/5 89. **19**, 230.

4. Muß eine „Verhinderung" im Sinne des Abs. 1 auch dann als vorliegend angenommen werden, wenn das ordentliche Mitglied einer Kammer für den betreffenden Sitzungstag von dem Landgerichtspräsidenten zur Teilnahme an den Verhandlungen einer anderen Kammer herangezogen wird? III. 5/5 80. **2**, 51.

5. Was ist unter „dauernder Verhinderung" und „Wechsel der Mitglieder" im Sinne des Abs. 2 zu verstehen?

Ist bei einem im Laufe des Geschäftsjahrs erfolgenden Wechsel der Mitglieder einer Kammer notwendig, daß der neu Eintretende für den ganzen Rest des Geschäftsjahrs der Kammer überwiesen wird? II. 9/5 90. **20**, 385.

6. Über die Folgen von Verfehlungen gegen § 62 s. § 377 Nr. 1 St.P.O. S. 395.

§ 63 Über die Unzulässigkeit der Übertragung der dem Präsidium zugewiesenen Funktionen an den Präsidenten s. § 62, Nr. 2.

§ 65 1. Hat, wenn der ordentliche Vorsitzende einer Kammer verhindert ist, der eintretende regelmäßige Stellvertreter den Vorsitz in der Hauptverhandlung zu führen, wenn derselbe dem ältesten ordentlichen Mitgliede im Dienstalter vorgeht? II. 2/3 80. **1**, 238.

2. Ist im Falle der Verhinderung des ordentlichen Vorsitzenden und des dienstältesten Mitglieds der Strafkammer das nächstälteste Mitglied zum Vorsitze in der Hauptverhandlung berufen?

Unterliegt es einem Bedenken, daß der ordentliche Vorsitzende, bezw. der in erster Linie zu dessen Vertretung berufene Richter, wenn er durch Krankheit zur Funktion als Vorsitzender außer stande ist, als Beisitzer an der betreffenden Sitzung teilnimmt? I. 31/5 94. **25**, 389; IV. 29/4 92. **23**, 99; I. 20/12 82. **18**, 302; II. 22/4 84. **10**, 318.

3. Kann ein in der Strafkammer als ständiges Mitglied zugeteilter Amtsrichter bei Verhinderung des Vorsitzenden vermöge seines Dienstalters den Vorsitz führen? I. 29/12 88. **18**, 307.

4. Welche Folgen hat es, wenn ein nicht Berufener als Vorsitzender fungiert? S. § 377 Nr. 1 St.P.O. S. 395.

§ 66 1. Kann in Preußen der Landgerichtspräsident auch Amtsrichter zur Aushülfe als Mitglieder der Strafkammer heranziehen? I. 5/7 94. **26**, 94.

2. Über Revisionsbeschwerden wegen Verstöße in Bezug auf § 66 s. § 377 Nr. 1 St.P.O. S. 395.

§ 69 1. Kann die Landesjustizverwaltung für den Strafkammervorsitzenden als solchen einen Vertreter bestellen? III. 11/6 88. **18**, 9.

2. Greifen die Vorschriften in Abss. 1, 2 Platz, wenn in Preußen Amtsrichter zur Tätigkeit bei dem Landgerichte herangezogen werden? I. 5/7 94. **26**, 94.

3. Können Assessoren auch in anderen Fällen als zum Ersatze eines bestimmten Mitglieds als Hülfsrichter bei dem Landgerichte bestellt werden? I. 12/5 92. **23**, 119.

4. Über die Bestellung von Hülfsrichtern im Königreiche Sachsen. III. 13/11 80. **3**, 231.

5. Erstreckt sich die landesgesetzlich gestattete aushülfsweise Einberufung von Amtsrichtern zu einzelnen Sitzungen des Landgerichts auch auf die mit der Verwaltung einer Amtsrichterstelle beauftragten, aber nicht ständig als Richter angestellten Beamten? III. 18/9 99. **32**, 283.

6. Kann in Preußen ein mit der kommissarischen Wahrnehmung einer Amtsrichterstelle beauftragter oder als Hülfsrichter bei einem Amtsgerichte bestellter Assessor zur Teilnahme an einer Sitzung der Strafkammer des Landgerichts zugezogen werden? I. 19/10 91. **22**, 168; I. 28/9 91. **22**, 134; III. 27/11 80. **3**, 236.

7. Über Zuziehung von Amtsrichtern zu den Sitzungen der Landgerichte im Großherzogtum Baden. I. 4/10 80. **2**, 311.

Ist es für die Feststellung der Zuständigkeit auf Grund des § 73 Nr. 2 von Bedeutung, wenn das Strafgesetz für den Fall des Vorliegens besonderer Umstände ein Verbrechen mit einer nicht über 5 Jahre Zuchthaus hinausgehenden Strafe bedroht? I. 25/1 83. **8**, 177. § 73

1. Welches Verfahren hat einzutreten, wenn die Strafkammer die beantragte Überweisung nicht für angemessen erachtet? II. 25/3 98. **31**, 100. § 75

2. Greift § 75 Nr. 4 Platz bei solchen Beleidigungen, welche nur unter der Voraussetzung der „Ermächtigung" des Beleidigten verfolgt werden dürfen? II. 25/1 89. **18**, 382.

1. Wie ist zu verfahren, wenn sich in der Verhandlung vor einer mit drei Richtern besetzten Berufungskammer ein von der Strafkammer als Erstinstanzgericht abzuurteilendes Vergehen ergibt? S. St.P.O. § 369, Nr. 2. S. 391. § 77

2. Über Erledigung von Ablehnungsgesuchen, welche in einer vor 5 Richtern stattfindenden Strafkammerverhandlung angebracht werden, s. St.P.O. § 27, Nr. 3 S. 294.

1. Ist ein Gerichtsassessor, dem die Verwaltung einer Amtsrichterstelle übertragen ist, vermöge dieser Übertragung der Vertreter des Amtsrichters auch bei der am Sitze des Amtsgerichts gebildeten Strafkammer? II. 13/11 91. **22**, 203. § 78

2. Ist in Preußen die Landesjustizverwaltung befugt, dem ständig berufenen Vorsitzenden der bei einem Amtsgerichte gebildeten Strafkammer generell einen Stellvertreter für einen Verhinderungsfall zu bestellen? II. 8/1 84. **9**, 387.

3. Über die Frage, ob die Strafkammer des Landgerichts und die in dessen Bezirk bei einem Amtsgerichte gebildete Strafkammer im Sinne des § 394 St.P.O. als verschiedene Gerichte anzusehen sind, s. § 394 a. a. O., Nr. 8 S. 405.

4. Über die Frage, wo die Revision gegen Urteile der bei einem Amtsgerichte gebildeten Strafkammer einzulegen ist, s. St.P.O. § 381, Nr. 7 S. 401.

Sechster Titel (§§ 79—99).

Schwurgerichte.

§ 81 Sind bei der anderweiten Verhandlung einer von dem Revisionsgerichte unter Aufrechterhaltung des Geschworenenspruchs zurückverwiesenen Sache Geschworene zuzuziehen? IV. 13/2 91. **21**, 388.

§ 82 Welches Gericht ist zuständig zur Entscheidung über Ablehnungsgesuche gegen richterliche Mitglieder des Schwurgerichts, welche außerhalb der Sitzungsperiode des Schwurgerichts angebracht werden? III. 20/6 89. **19**, 332.

S. auch **35**, 389.

§ 83 1. Kann in Preußen der Landgerichtspräsident auch Amtsrichter zu den Sitzungen des Schwurgerichts heranziehen? I. 5/7 94. **26**. 94.

2. Gehören die Direktoren der Landgerichte zu den richterlichen Mitgliedern der Landgerichte, und können dieselben daher unter dem Vorsitze eines Mitglieds des Oberlandesgerichts als Richter im Schwurgerichte fungieren? I. 31/1 81. **3**, 310.

§ 84 Über die Voraussetzung der Eigenschaft als Deutscher s. Gesetz über Bundes- und Staatsangehörigkeit vom 1. Juni 1870.

§ 85 Über das Verhältnis der Vorschriften des § 85 Abs. 2 zu denjenigen des § 91 Abs. 2.

Greift das nach § 85 Abs. 2 bezw. § 35 Abs. 2 gewährte Ablehnungsrecht auch bei Hülfsgeschworenen Platz? I. 24/9 85. **12**, 373.

§ 91 Über das Verhältnis der Vorschriften des § 91 Abs. 2 zu denjenigen des § 85 Abs. 2.

Findet die Vortschrift des § 91 Abs. 2 auch bei der Auslosung von Hülfsgeschworenen Anwendung? I. 24/9 85. **12**, 373.

§ 94 1. Sind die Vorschriften des § 91 über die Auslosung der Geschworenen auch maßgebend für die Auslosung nach § 94 Abs. 2? I. 4/10 80. **2**, 312.

2. Kann aus der Beobachtung nicht vorgeschriebener Förmlichkeiten ein Revisionsgrund abgeleitet werden? III. 24/9 81. **5**, 21.

§ 98 Können auch einzelne Sitzungen der Strafkammer außerhalb des Sitzes des Gerichtes an einem anderen Orte des Bezirks abgehalten werden? III. 20/11 84. **11**, 352; IV. 23/2 92. **22**, 396.

Achter Titel (§§ 119—128).

Oberlandesgerichte.

§ 123 Zuständigkeitsfrage bezüglich der Revision bei Verbindung verschiedener Strafsachen. I. 21/4 98. **31**, 125.

Neunter Titel (§§ 125—141).

Reichsgericht.

1. Kann die Verbindung verschiedener Strafsachen auf die Zuständigkeit für Entscheidung über die Revision Einfluß äußern? S. G.V.G. § 123. § 136

2. Ist Abs. 2 nur anwendbar, wenn die Vorschrift, gegen welche zuwidergehandelt ist, die Abgaben und Gefälle selbst betrifft? I. 11/2 95. **27**, 15.

3. Wird durch den Umstand, daß der Ertrag einer Abgabe aus der Reichskasse den einzelnen Bundesstaaten zu überweisen ist, die Eigenschaft der Abgabe als einer in die Reichskasse fließenden ausgeschlossen? III. 2/5 83. **8**, 326.

4. Ist die Staatsanwaltschaft berechtigt, durch ihren Antrag auf Entscheidung des Reichsgerichts die Zuständigkeit des letzteren für die Entscheidung über die Revision gegen Urteile der Strafkammern in der Berufungsinstanz wegen zur Reichskasse fließender Abgaben auch dann zu begründen, wenn weder die Staatsanwaltschaft selbst das Rechtsmittel eingelegt hat, noch die Revision gegen die Staatsanwaltschaft gerichtet ist? III. 7/12 82. **7**, 326.

5. Wird die Zuständigkeit des Reichsgerichts gemäß § 136 Abs. 2 durch den Antrag der Staatsanwaltschaft auch dann begründet, wenn die vorliegende Tat unter dem Gesichtspunkte einer Zuwiderhandlung gegen die dort bezeichneten Vorschriften weder im Eröffnungsbeschlusse, noch in den Urteilen der Vorinstanzen gewürdigt ist, vielmehr die Verletzung dieser Vorschriften durch Nichtanwendung von der Staatsanwaltschaft erst zur Begründung der Revision geltend gemacht wird? IV. 16/3 00. **33**, 192.

Zehnter Titel (§§ 142—153).

Staatsanwaltschaft.

1. Über die Unterzeichnung der von der Staatsanwaltschaft ausgehenden Verfügungen. IV. 10/12 86. **15**, 110. § 145

2. Zur Frage der Vertretungsbefugnis eines bei der Staatsanwaltschaft beschäftigten Gerichtsassessors. III. 11/11 89. **20**, 40.

1. Über die den Hülfsbeamten der Staatsanwaltschaft gegenüber der letzteren zukommende Stellung. II. 23/11 80. **3**, 55. § 153

2. Über die Befugnis der Hülfsbeamten der Staatsanwaltschaft zu Beschlagnahmen bezw. Durchsuchungen. II. 13/12 92. **23**, 357; II. 24/10 84. **11**, 175.

Dreizehnter Titel (§§ 157—169).

Rechtshülfe.

1. Ist ein Ersuchen um Rechtshülfe als abgelehnt anzusehen, wenn dem Ersuchen im übrigen entsprochen, indes die Tragung der erwachsenen Kosten abgelehnt wird? I. 13/2 93. **24**, 1. § 160

2. Greift die in § 160 vorgesehene Beschwerde auch dann Platz, wenn in einer schöffengerichtlichen Strafsache ein Amtsrichter einen anderen um Vollzug einer Freiheitsstrafe ersucht und zwischen beiden über die Strafvollstreckung Meinungeverschiedenheit entsteht? I. 9/12 89. **20**, 101.

3. Können die Bestimmungen des Gerichtsverfassungsgesetzes über Rechtshülfe, insbesondere § 160 analoge Anwendung finden, wenn eine Landesdisziplinarbehörde gerichtliche Rechtshülfe in Anspruch nimmt? I. 21/10 89. **19**, 438.

4. Ist das Reichsgericht als Beschwerdeinstanz zur Bestimmung eines Gerichts gemäß § 14 St.P.O. zuständig, wenn in einer Disziplinarsache die von einer Verwaltungsbehörde beim Amtsgericht nachgesuchte Rechtshülfe vom Landgericht für zulässig erklärt, sich aber die beiden in Betracht kommenden Oberlandesgerichte für unzuständig erklärt haben? Fer. 29/7 91. **22**, 111.

§ 161 Bildet das von Gericht zu Gericht gestellte Ersuchen um Vollstreckung eines Haftbefehls einen Akt der Rechtshülfe, zu dessen Ausführung das ersuchte Gericht verpflichtet ist? I. 22/12 94. **26**, 338.

§ 165 Fallen die durch Abgabe eines schriftlichen Gutachtens entstandenen Kosten dem ersuchten Gerichte zur Last, wenn letzteres dem Ersuchen gemäß sich auf Entgegennahme des schriftlichen Gutachtens und dessen Beförderung an das ersuchende Gericht beschränkt hat? I. 13/2 93. **24**, 1.

§ 168 1. Zum Begriffe des „Verfolgens". Ist darunter bloß Folgen zum Zwecke des Einholens zu verstehen? III. 13/12 97. **30**, 386.

2. Gibt die Vorschrift den Sicherheitsbeamten auch die Befugnis, auf fremdem Staatsgebiete einen Flüchtigen zu durchsuchen oder Sachen desselben in Beschlag zu nehmen? III. 19/11 94. **26**, 211.

Vierzehnter Titel (§§ 270—285).

Öffentlichkeit und Sitzungspolizei.

§ 170 1. Ist das Prinzip der Öffentlichkeit dadurch verletzt, daß einzelnen Personen ohne Wissen des Gerichts vom Gerichtsdiener gewehrt wird, der Verhandlung beizuwohnen? II. 1/10 80. **2**, 301.

2. Kann eine Verletzung des Prinzips der Öffentlichkeit unter Umständen darin gefunden werden, daß die Türe zum Zuhörerraume ohne Wissen des Gerichts verschlossen gehalten worden ist? II. 8/7 92. **23**, 218.

3. Über die Möglichkeit der Heilung eines Verstoßes gegen die Vorschriften in §§ 170 flg. s. § 377 Nr. 6 St.P.O. S. 398.

§ 173 1. Über Ausschließung der Öffentlichkeit wegen Störung der Verhandlung durch die Zuhörerschaft. I. 10/5 97. **30**, 104.

2. Können für die Zeit der Vernehmung eines Angeklagten einzelne im Sitzungszimmer anwesende Personen entfernt werden? Fer. 13/8 97. **30**, 244.

3. Über Rechtsverletzung durch Ausschluß der Öffentlichkeit s. weiter § 377 Nr. 6 St.P.O. S. 398.

1. Bedarf es zur Rechtfertigung der Verkündung der Urteilsgründe in nichtöffentlicher Sitzung gemäß Abs. 2 eines in dem Sitzungsprotokolle zu beurkundenden Gerichtsbeschlusses? IV. 6/5 90. **20**, 383. § 174

2. Über Verstöße gegen § 174 s. sonst § 377 Nr. 6 St.P.O. S. 398.

(Fassung des Gesetzes vom 5. April 1888.) § 175

1. Muß, wenn während der zeitweisen Entfernung des Angeklagten aus dem Sitzungszimmer die Ausschließung der Öffentlichkeit der Verhandlung beantragt wird, der Angeklagte in das Sitzungszimmer zurückgeführt und über den Antrag gehört werden? IV. 2/10 88. **18**, 138.

2. Muß in jedem Falle über den Antrag auf Ausschließung der Öffentlichkeit mit den Prozeßbeteiligten verhandelt werden, auch wenn ein Antrag von seiten der Beteiligten nicht vorliegt? IV. 29/10 89. **20**, 21; II. 5/11 89. **20**, 52.

3. Ist es notwendig, daß der Grund der Öffentlichkeitsbeschränkung bei der Verkündung angegeben wird, auch wenn der Grund sich aus der Natur der zu verhandelnden Sache erkennen läßt? I. 12/4 94. **25**, 248.

4. Muß, um den Ausschluß der Öffentlichkeit im vollen zulässigen Umfange zu rechtfertigen, ausdrücklich bemerklich gemacht worden sein, daß der Ausschluß der Öffentlichkeit in diesem Umfange den Gegenstand der Verhandlung bilden solle, oder genügt es, wenn über einen Antrag auf nur teilweisen Ausschluß verhandelt worden ist. IV. 22/4 02. **35**, 216.

5. Über die Vorschriften des § 175 s. sonst § 377 Nr. 6 St.P.O. S. 398.

6. Über Heilung eines Verstoßes s. St.P.O. § 377 Nr. 6.

1. Können für die Zeit der Vernehmung des Angeklagten einzelne im Sitzungszimmer anwesende Personen entfernt werden? Fer. 13/8 97. **30**, 244. § 176

2. Findet die Bestimmung des Abs. 2 auch dann Anwendung, wenn über den Antrag auf Ausschließung der Öffentlichkeit verhandelt werden soll? II. 12/6 00. **33**, 311.

1. Über die Stellung der Staatsanwaltschaft gegenüber dem Gerichte. III. 6/10 84. **11**, 135. § 177

2. Über eigenes Eingreifen des Richters zum Zwecke der Vollstreckung einer Ordnungsstrafe s. u. § 181.

Kann in Handhabung der Sitzungspolizei das Publikum im ganzen zur Räumung des Sitzungssaals angehalten werden? I. 10/5 97. **30**, 104. § 178

Darf ein Richter zur Vollstreckung einer von ihm in Ausübung der Sitzungspolizei angeordneten Maßregel persönlich eingreifen? III. 17/1 87. **15**, 227. § 181

Fünfzehnter Titel (§§ 186—193).

Gerichtssprache.

§ 186 1. Ergibt sich aus den Vorschriften der §§ 186 flg. die Notwendigkeit, als Beweismittel dienende in fremder Sprache abgefaßte Schriftstücke in die Gerichtssprache zu übertragen? IV. 28/5 95. **27**, 268.

2. In welcher Weise sind als Beweismittel dienende in fremder Sprache abgefaßte Schriftstücke zum Gegenstande der Hauptverhandlung, insbesondere mittels Übertragung durch einen Dolmetscher zu machen? I. 2/7 83. **9**, 51.

3. Müssen fremdsprachige Schriftstücke in der Hauptverhandlung durch einen Dolmetscher übersetzt werden? III. 19/4 94. **25**, 353.

4. Liegt in der durch den Dolmetscher bewirkten Verlesung einer vor der Hauptverhandlung von ihm angefertigten schriftlichen Übersetzung eine vom Dolmetschereide umfaßte und zulässige Übertragung? III. 14/12 82. **7**, 388.

5. Kann bei Feststellung des Inhalts eines fremdsprachigen Schriftstücks die Zuziehung eines Dolmetschers durch Verlesung einer vorher von einem Dolmetscher gefertigten Übersetzung ersetzt werden? II. 9/4 95. **27**, 161.

§ 187 1. Ist ein Dolmetscher schon deshalb zuzuziehen, weil die zu vernehmende Person ein Ausländer ist?

Bedarf die Mitwirkung des Dolmetschers einer Konstatierung im Sitzungsprotokolle für jede einzelne Person, wenn die Anwendung desselben im allgemeinen feststeht? III. 10/1 80. **1**, 137.

2. Was muß das Protokoll über die Zuziehung und Tätigkeit des Dolmetschers enthalten? I. 27/4 80. **1**, 397.

3. Über die Übersetzung fremdsprachiger Schriftstücke s. § 186.

4. Ist es zulässig, zur Vermittlung des Verständnisses der Aussage eines Zeugen, dessen Ausdrucksvermögen durch einen Fehler der Sprachorgane beeinträchtigt ist, eine mit seiner Sprechweise vertraute Person als Dolmetscher zuzuziehen? IV. 27/2 00. **33**, 181.

§ 188 1. Ist unter schriftlicher Verständigung nur die beiderseits schriftliche zu verstehen, oder genügt es, daß der tauben Person schriftliche Fragen zur mündlichen Beantwortung vorgelegt werden? IV. 8/11 98. **31**, 313.

2. Wie ist die Verhandlung mit einem nur Schwerhörigen einzurichten? IV. 7/1 87. **15**, 172.

3. Über die Vernehmung einer Person mit mangelhaften Sprachorganen s. § 187.

§ 192 Ist es, wenn neben dem in der Hauptverhandlung das Protokoll führenden Gerichtsschreiber ein anderer Gerichtsschreiber als Dolmetscher fungiert, erforderlich, daß der letztere entweder den Dolmetschereid leistet oder sich auf den im allgemeinen geleisteten Dolmetschereid beruft? II. 22/10 80. **2**, 372; I. 27/4 80. **1**, 397.

Sechzehnter Titel (§§ 194—200).

Beratung und Abstimmung.

1. Über den Zeitpunkt, bis zu welchem die Anordnung der Zuziehung von Ergänzungsgeschworenen zulässig ist. III. 21/6 94. **26**, 1. § 194

2. Bis zu welchem Zeitpunkte kann der Schwurgerichtsvorsitzende seine vor der Auslosung der Geschworenen getroffene Anordnung, daß ein Ergänzungsgeschworener zugezogen werden solle, zurücknehmen? III. 27/5 86. **14**, 206.

3. Über die Stellung eines zugezogenen Ergänzungsrichters bei der Verhandlung. Darf durch ihn eine als Beweismittel zu benutzende Urkunde verlesen werden? I. 20/4 95. **27**, 172.

4. Welche Tatsachen begründen den Eintritt eines Ergänzungsgeschworenen an die Stelle eines ausscheidenden Hauptgeschworenen?

Muß der Angeklagte in dieser Beziehung zu einer Äußerung ausdrücklich aufgefordert werden? I. 23/11 82. **7**, 284.

5. Hat über den Eintritt eines Ergänzungsgeschworenen an Stelle eines ausscheidenden Hauptgeschworenen der Vorsitzende, oder das Gericht zu entscheiden? II. 22/12 85. **13**, 191.

6. Liegt im Sinne des § 194 Abs. 2 die „Verhinderung" eines Richters oder Geschworenen vor, wenn derselbe zu der festgesetzten Zeit an dem Orte der Verhandlung sich nicht eingefunden hat?

Hat das Gericht nach seinem Ermessen darüber zu entscheiden, ob ein bei Beginn der Verhandlung nicht anwesender Geschworener durch einen Ergänzungsgeschworenen zu ersetzen ist? Fer. 14/9 97. **30**, 226.

7. Haben Ergänzungsgeschworene an Stelle ausgeloster Geschworener auch dann, wenn diese aus *rechtlichen* Gründen an der Ausübung ihres Amts behindert werden, in die Geschworenenbank einzutreten? Gilt dies insbesondere, wenn bezüglich ausgeloster Geschworener erst im Laufe der Verhandlung Ausschließungsgründe bekannt werden? IV. 4/10 02. **35**, 372.

(Fassung des Gesetzes vom 5. April 1888.) § 195

1. Enthält es einen Verstoß gegen § 195, wenn bei der Beratung und Abstimmung ein bei dem Gerichte zu seiner juristischen Ausbildung beschäftigter Referendar zugegen gewesen ist, welcher in der betreffenden Sache als Gerichtsschreiber tätig war? III. 8/10 88. **18**, 161.

2. Kann in Preußen dem einem Landgerichte zur unentgeltlichen Beschäftigung überwiesenen Gerichtsassessor die Anwesenheit bei der Beratung der Strafkammer gestattet werden? IV. 6/4 94. **25**, 237.

3. Darf im Großherzogtum Hessen der Vorsitzende einem als Gerichtsschreiber fungierenden Assessor die Anwesenheit bei der Beratung gestatten? Fer. 25/7 94. **26**, 42.

4. Erscheint es nach § 195 notwendig, daß das Gericht zur Entscheidung über einen gestellten Antrag sich in das Beratungszimmer zurückzieht oder die vorherige Entfernung der Anwesenden aus dem Sitzungssaale anordnet? IV. 23/2 92. **22**, 396.

5. Über Unstatthaftigkeit einer Beweisaufnahme im Beratungszimmer s. St.P.O. § 260, Nr. 5 S. 354.

(Fassung des Gesetzes vom 27. Januar 1877.)

6. Kann daraus, daß ein bei der Sache nicht beteiligter Gerichtsvorstand der Beratung und Abstimmung beigewohnt hat, ein Revisionsgrund abgeleitet werden? II. 26/10 80. **2**, 393.

§ 196 1. Ist die Abstimmung so zu leiten, daß über die einzelnen Tatbestandsmerkmale abgestimmt wird, oder kann die Schuldfrage nur dann als bejaht angenommen werden, wenn eine entsprechende Mehrheit der Votanten sich dahin ausgesprochen hat, daß sämtliche Merkmale der betreffenden Straftat vorliegen? II. 17/4 83. **8**, 218; III. 13/10 80. **2**, 379.

2. Wie ist die Abstimmung zu leiten, wenn nach dem Ergebnisse der Verhandlung das Vorhandensein eines im Strafgesetze besonders vorgesehenen, die Strafbarkeit vermindernden Umstands in Frage kommt? III. 28/1 82. **5**, 404.

3. Wie hat die Abstimmung zu erfolgen, wenn freiwilliger Rücktritt vom Versuche (St.G.B. § 46 Nr. 1) in Frage kommt? II. 25/11 87. **16**, 347.

4. Über die Fragestellung in Schwurgerichtssachen s. § 293 St.P.O.

§ 200 Greift die Bestimmung auch bei Richtern Platz? II. 13/11 94. **26**, 202.

E. Andere dem Reichsrechte zufallende Gesetze, Verordnungen usw.

Vertrag zwischen dem Norddeutschen Bunde, Bayern, Württemberg, Baden und Hessen, die Fortdauer des Zoll- und Handelsvereins betreffend, vom 8. Juli 1867 (B.G.Bl. S. 81).

Unterliegt hiernach Branntwein auch dann, wenn er zum Bestandteile eines anderen Stoffs verarbeitet ist, bei der Einführung in einem anderen Zollvereinsstaat der Übergangssteuer? I. 2/3 82. **6**, 104.

S. auch zu Art. 5 **19**, 116; **7**, 327.

Gesetz, betreffend die Erhebung einer Abgabe von Salz, vom 12. Oktober 1867 (B.G.Bl. S. 41).

1. Binnen welcher Frist verjähren Kontraventionen wider dieses Gesetz? III. 1/12 98. **31**, 362.

2. Ist die Annahme eines fortgesetzten Vergehens bei mehrere Jahre hindurch verübten Defraudationen deshalb ausgeschlossen, weil dem Defraudanten alljährlich ein Berechtigungsschein ausgestellt worden ist? III. 2/11 99. **32**, 338.

S. auch zu § 20 **12**, 103.

Gesetz, betreffend die Nationalität der Kauffahrteischiffe 2c, vom 25. Oktober 1867 (B.G.Bl. S. 35).

Erfordernisse des Rechts, als deutsches Kauffahrteischiff zu gelten und unter dem Schutze des Reichs die deutsche Flagge zu führen.

Gehört zu der in § 6 Nr. 5 vorgeschriebenen Eintragung „des Namens und der näheren Bezeichnung" des Reeders in das Schiffsregister unerläßlich auch die Angabe des Wohnorts?

Muß in dem Falle der Eintragung des Wohnorts des Reeders auch jede spätere Veränderung des Wohnorts der Registerbehörde angezeigt und in dem Register vermerkt werden? II. 27/6 82. **7**, 65.

Vertrag zwischen dem Norddeutschen Bunde und den Vereinigten Staaten von Amerika, betreffend die Staatsangehörigkeit 2c, vom 22. Februar 1868 (B.G.Bl. S. 228).

1. Inwieweit ist die Bestrafung eines nach Nordamerika ausgewanderten und dort naturalisierten Deutschen wegen Verletzung der Wehrpflicht aus § 140 St.G.B.'s durch den Staatsvertrag ausgeschlossen? Was ist unter Niederlassen im Sinne des Art. 4 zu verstehen? I. 18/2 97. **29**, 391; III. 20/1 96. **28**, 127.

2. Gilt der völkerrechtliche Grundsatz der Spezialität der Auslieferung auch für Auslieferung flüchtiger Verbrecher aus den Vereinigten Staaten von Amerika?

Steht der Grundsatz der Spezialität der Auslieferung der Aburteilung des Ausgelieferten entgegen, wenn die Tat, wegen deren die Auslieferung erfolgt ist, sich demnächst als unter einem anderen rechtlichen Gesichtspunkte strafbar erweist?

Fällt der Tatbestand der §§ 271, 272 St.G.B.'s unter den Begriff der Fälschung oder des Ausgebens falscher Dokumente im Sinne des Art. 1 des am 16. Juni 1852 von Preußen abgeschlossenen Auslieferungsvertrags? IV. 12/11 95. **27**, 413.

3. Darf ein von den Vereinigten Staaten von Amerika wegen Verbrechen gegen §§ 348, 349, 350, 351 St.G.B.'s Ausgelieferter, wenn später die erschwerenden Umstände des § 349 bezw. des § 351 verneint werden, wegen Vergehen gegen §§ 348, 350 bestraft werden? I. 28/3 95. **27**, 126.

4. Welche Bedeutung hat der Ausdruck „Verbrechen" in Art. 1 des einschlagenden Vertrags vom 16. Juni 1852? I. 28/3 95. **27**, 126.

5. Verhältnis des Vertrags zu dem Gesetze vom 1. Juni 1870 über die Erwerbung und den Verlust der Bundes- und Staatsangehörigkeit. I. 2/6 81. **4**, 271.

Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen dem Norddeutschen Bunde 2c einerseits und Spanien andererseits, vom 30. März / 24. Juni 1868 (B.G.Bl. S. 322, 464).

Bildet nach dem Vertrage der gesetzliche Schutz der Marke in ihrem Heimatsstaate die Voraussetzung für ihren Schutz im Gebiete des mitkontrahierenden Staates? III. 7/2 89. **19**, 274.

S. weiter **3**, 127.

Gesetz, betreffend die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, vom 4. Juli 1868 (B.G.Bl. S. 415).

Wird die strafrechtliche Verantwortlichkeit des einzelnen Vorstandsmitglieds einer eingetragenen Genossenschaft für ordnungsmäßige Buchführung dadurch ausgeschlossen, daß dieses Mitglied nicht auch Mitglied der Genossenschaft war und nur tatsächlich auf Grund der erfolgten Wahl die Funktion des Vorstandsmitglieds ausübte? IV. 14/10 87. **16**, 269.

S. außerdem

zu §§ 11, 17 . . . . **3**, 35; **5**, 112,
„ §§ 17, 21, 26 . . . **12**, 78; **13**, 236,
„ § 58 . . . . **19**, 184.

Gesetz, betreffend die Besteuerung des Branntweins, vom 8. Juli 1868 (B.G.Bl. S. 384).

§ 7 Ist der Veräußerer eines Destillierapparates zur Anzeige der Veräußerung auch dann verpflichtet, wenn der Apparat bereits gebraucht war und an der bisherigen Stelle verbleibt? I. 9/7 91. **22**, 101.

§ 43 Gehört zur Strafbarkeit der Verletzung dieser Vorschrift ein Verschulden des Täters? II. 7/1 91. **21**, 259.

§ 50 Kann durch dieselbe Handlung zugleich eine Defraudation der Maischbottichsteuer und des Zuschlags zur Verbrauchsabgabe begangen werden? Wie ist die Strafe dafür zu berechnen? IV. 11/3 92. **23**, 1.

§ 52 Hat die Anwendung eine vorausgegangene rechtskräftige Verurteilung und eine wenigstens teilweise erfolgte Vollstreckung der Vorstrafe zur Voraussetzung? II. 6/10 93. **24**, 298.

§ 57 1. Begriff von „Zubereitung von Maische". Ist es strafbar, wenn Maische an dem Tage, an welchem sie nach dem Betriebsplane vollständig abzubrennen gewesen wäre, zum Teil noch in dem Bottich zurückgelassen wird? IV. 28/3 96. **28**, 296.

2. Ist das der Steuerbehörde nicht angesagte Auffrischen der Maische mit Wasser strafbar? Ist die Strafbarkeit davon abhängig, daß die in dem Bottiche befindliche Maische vorher teilweise abgeschöpft war? II. 15/5 96. **28**, 375.

3. Wann ist die Absicht der Steuerverkürzung für nachgewiesen zu erachten? IV. 15/6 94. **25**, 427.

4. Erheischt die Verhängung der Ordnungsstrafe ein Verschulden des Täters? IV. 3/12 97. **30**, 363; III. 1/12 98. **31**, 382.

§ 66 Kann in dem gerichtlichen Verfahren, welches gemäß § 462 St.P.O. eingeleitet wird, von Amts wegen über die subsidiäre Haftung des Brennereiunternehmers mitverhandelt und entschieden werden? IV. 30/5 93. **24**, 198.

1. Abs. 3. Findet die Vorschrift auch dann Anwendung, wenn der Kontravenient durch seine Handlungen zugleich eine Steuerdefraudation begangen hat? III. 1/12 98. **31**, 382; II. 22/10 97. **30**, 289. § 67

2. Abs. 3. Was ist unter „entdecken" zu verstehen? IV. 27/4 94. **25**, 324.

3. Hat Abs. 1 auf reale und ideale Konkurrenz Bezug? I. 23/3 91. **21**, 407.

Ist der § 68, soweit er die Umwandlung der Geldstrafen in Freiheitsstrafen zum Gegenstande hat, nach dem Branntweinsteuergesetze vom 24. Juni 1887 in Kraft geblieben? Wie hat die Umwandlung zu erfolgen bei einer einheitlichen Defraudation der Maischsteuer und Verbrauchsabgabe? IV. 11/3 92. **23**, 1. § 68

S. weiter

zu § 2 . . . . **31**, 431,
„ §§ 10, 24, 25 . . . . **19**, 352,
„ §§ 57, 58, 66, 67 **17**, 114; **18**, 215; **19**, 407; **21**, 391, **22**, 149; **25**, 137; **30**, 189.

Gesetz, betreffend die subsidiarische Haftung des Brennereiunternehmers für Zuwiderhandlungen gegen die Branntweinsteuergesetze durch Verwalter ꝛc, vom 8. Juli 1868 (B.G.Bl. S. 404).

1. Ist der Brennereiunternehmer, welcher wissentlich einen wegen Branntweinsteuerdefraudation bestraften Verwalter ꝛc ohne Genehmigung der Finanzbehörde anstellt oder beibehält, auch für diejenigen Geldstrafen subsidiarisch haftbar, welche während der Funktion des Bestraften in der Brennerei von dem sonstigen Brennereipersonale durch Zuwiderhandlungen gegen die Branntweinsteuergesetze verwirkt werden?

Genügt zur Annahme, daß ein Verwalter ꝛc „wegen Branntweinsteuerdefraudation bereits bestraft" ist, die rechtskräftige Verurteilung, oder muß vollständige oder teilweise Vollstreckung der Strafe hinzukommen? II. 21/12 86. **15**, 102.

2. Inwieweit kann der zur subsidiarischen Haftung verurteilte Brennereiunternehmer selbständig Revisionsgründe aus der Person seiner wegen Steuerhinterziehung verurteilten Gewerbsgehülfen, Verwalter oder Hausgenossen geltend machen, wenn diese ihrerseits das Urteil haben rechtskräftig werden lassen? III. 7/6 83. **8**, 362.

3. Kann die Haftverbindlichkeit des Gewerbetreibenden für die gegen seine Gewerbsgehülfen wegen Branntweinsteuervergehen erkannten Geldstrafen von dem Nachweise abhängig gemacht werden, daß er sich einer Fahrlässigkeit in Beziehung auf die Verhütung der strafbaren Zuwiderhandlung schuldig gemacht habe?

Wird die Verjährung der Strafverfolgung des Gewerbetreibenden dadurch gehindert, daß der eigentlich Schuldige innerhalb der Verjährungsfrist verfolgt ist oder nach § 69 St.G.B.'s die Verwirklichung der Haftverpflichtung von der Uneinziehbarkeit der Geldstrafe von dem eigentlich Schuldigen abhängig gemacht ist? III. 25/5 82. **6**, 381.

4. Wird die nach § 1 eintretende subsidiarische Haftung dadurch ausgeschlossen, daß der Brennereiunternehmer wegen Beteiligung an dem Steuervergehen mit Strafe belegt ist? III. 6/11 80. **3**, 105.

S. weiter **1**, 250; **2**, 70.

Gesetz, Maßregeln gegen die Rinderpest betreffend, vom 7. April 1869 (B.G.Bl. S. 105).

1. Ist die Landespolizeibehörde auf Grund des § 1 befugt, zur Abwehr der Rinderpest die Einfuhr auch anderer als der in § 2 unter 1 bezeichneten Tiere zu verbieten?

Rechtsgültigkeit der Instruktion vom 9. Juni 1873. IV. 10/2 85. **12**, 37.

2. Sind unter den zugelassenen Einfuhrverboten auch diejenigen Verbote zu verstehen, welche sich auf den Transport von Rindvieh aus einem Orte des betreffenden Bundesstaates an einen anderen Ort desselben beziehen?

Über die Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden zu Sperrmaßregeln in Preußen. II. 15/6 80. **2**, 113; II. 4/5 80. **2**, 151.

S. weiter **33**, 54.

Gesetz, betreffend die Portofreiheiten im Gebiete des Norddeutschen Bundes, vom 5. Juni 1869 (B.G.Bl. S. 141.)

§ 5 Was sind „ausschließliche gewerbliche Interessen des Absenders", deren Vorliegen bei Sendungen an Militärpersonen die Portovergünstigung aufhebt? IV. 28/10 02. **35**, 410; II. 24/4 96. **28**, 327.

S. weiter **31**, 152.

Allgemeine Deutsche Wechselordnung, als Bundesgesetz eingeführt am 5. Juni 1869 (B.G.Bl. S. 382).

Art. 29 Steht dem, welchem ein bis auf die Unterschrift des Ausstellers ausgefülltes und mit Akzept versehenes Formular für einen gezogenen Wechsel mit der Bestimmung übergeben wurde, daß er sich durch Hinzufügung seiner Unterschrift als Aussteller bezeichnen solle, vor Ergänzung der Ausstellerunterschrift der Anspruch auf Sicherheitsleistung aus Art. 29 zu? IV. 30/11 94. **26**, 257.

S. außerdem:

zu Art.	4	**31**, 96,
„ „	6	**8**, 68,
„ „	9, 10	**3**, 35; **5**, 4; **8**, 68,
„ „	12—14	**8**, 68,
„ „	17	**5**, 4,
„ „	24	**4**, 410,
„ „	29	**3**, 191; **21**, 237,
„ „	36	**3**, 35; **5**, 4; **8**, 68,
„ „	43	**4**, 410,
„ „	81	**8**, 68,

zu Art.	82	3, 35,
„ „	87, 88, 90	1, 426,
„ „	98	3, 35, 191; 5, 4.

Allgemeines Deutsches Handelsgesetzbuch, als Bundesgesetz eingeführt am 5. Juni 1869 (R.G.Bl. S. 404) mit Novellen vom 11. Juni 1870 (S. 375) und 18. Juli 1884 (R.G.Bl. S. 123).

a) Ursprüngliche Fassung.

Über Kaufmannseigenschaft und Verpflichtung zur Führung von Handelsbüchern s. K.O. vom 10. Februar 1877 §§ 209flg. S. 276.

Bedeutung der in Nr. 6 den Handelsmäklern auferlegten Verpflichtungen. II. 22/1 95. **26**, 398. Art. 69

Rechtliche Bedeutung des Frachtbriefs. I. 13/2 99. **32**, 22. Art. 391

S. außerdem

zu Art.	10	**33**, 184,
„ „	15	**23**, 348,
„ „	22, 28, 29	**26**, 222; **27**, 227; **28**, 428; **30**, 170,
„ „	34	**4**, 4,
„ „	47, 50, 58	**28**, 155,
„ „	57, 61	**22**, 243,
„ „	91, 123, 143	**27**, 11,
„ „	100, 102, 114	**7**, 18,
„ „	150, 151, 157, 164	**18**, 123,
„ „	301	**18**, 154; **23**, 216,
„ „	360	**20**, 358, 364,
„ „	368	**20**, 358,
„ „	376	**11**, 339; **20**, 364,
„ „	378	**20**, 364,
„ „	493	**19**, 218,
„ „	711	**9**, 10,

zu § 2 des Gesetzes vom 5. Juni 1869, betr. Einführung des Handelsgesetzbuchs als Bundesgesetz. **26**, 398.

b) Fassung vom 11. Juni 1870.

1. Kann die wissentlich unwahre Darstellung oder Verschleierung „des Standes der Verhältnisse der Gesellschaft“ im Sinne von Art. 249 Nr. 3 darin gefunden werden, daß in der von den Mitgliedern des Aufsichtsrats einer Aktiengesellschaft in der Generalversammlung der letzteren vorgelegten Bilanz der Wert der Außenstände der Gesellschaft wissentlich zu einem ihren wahrscheinlichen Wert übersteigenden Betrage angenommen worden ist? III. 5/4 86. **14**, 80. Art. 249

2. Bezieht sich Art. 249 Nr. 3 auch auf Darstellungen und Übersichten der Mitglieder des Vorstandes einer Aktiengesellschaft an den Auf-

sichtsrat derselben, und zwar ohne daß sie zur Mitteilung an die Aktionäre oder Dritte bestimmt sind und gelangen? I. 7/11 81. **5**, 146.

3. Kann es den Vorstandsmitgliedern einer Aktiengesellschaft, welche länger als 3 Monate ohne Aufsichtsrat geblieben ist, zur Entschuldigung gereichen, daß der Gesellschaftsvertrag keine Bestimmung über die Anstellung eines Aufsichtsrats enthält? Was gehört zum Tatbestande des durch „Schuld" der Vorstandsmitglieder oder des Aufsichtsrates einer Aktiengesellschaft veranlaßten Fehlens des ganzen Aufsichtsrates oder der zur Beschlußfähigkeit desselben erforderlichen Zahl von Mitgliedern? III. 12/11 81. **5**, 161.

S. außerdem **11**, 132.

c) Fassung vom 18. Juli 1884.

Art. 176 Ist die nach Abs. 3 abzugebende Erklärung eine falsche auch dann, wenn zwar der auf sämtliche Aktien einzuzahlende Betrag durch die im ganzen eingezahlte Summe gedeckt, jedoch nicht von jeder Aktie die gebotene Einzahlung erfolgt ist? II. 12/7 94. **26**, 66.

Art. 180h Über die Auslegung des Abs. 1 s. Art. 215a.

Art. 209b Liegen falsche Angaben bezüglich der Festsetzungen über die einem Aktionär für die eingebrachte Einlage zu gewährende Vergütung und den Gründungsaufwand auch dann vor, wenn die zu gewährende Vergütung zwar der zwischen allen Gründern getroffenen Abrede gemäß in dem Gesellschaftsvertrage festgesetzt ist, zwischen dem einbringenden Gründer und einem anderen Gründer aber vor Festsetzung der Vergütung hinter dem Rücken der Mitgründer die bei Errichtung des Gesellschaftsvertrags verschwiegene Abrede getroffen ist, daß der einbringende Gründer dem anderen aus der zu gewährenden Vergütung eine Belohnung für seine Mitwirkung bei der Gründung zu zahlen habe? II. 2/10 88. **18**, 105.

Art. 209g Sind wissentlich falsche Angaben in der durch Art. 209g vorgeschriebenen Erklärung nach Art. 249a Nr. 1 strafbar? II. 2/10 88. **18**, 105.

Art. 210 Kann die nach Abs. 3 gebotene Barzahlung bei Einzahlung des Grundkapitales einer Aktiengesellschaft durch eine Gutschrift in Handelsbüchern ersetzt werden? I. 20/2 93. **24**, 8.

Art. 215a Was ist unter der gesetzlichen Beschränkung, wonach bei Kommanditgesellschaften auf Aktien und Aktiengesellschaften eine Erhöhung des Grundkapitals nicht „vor der vollen Einzahlung desselben" erfolgen darf, zu verstehen?

Ist der Irrtum der Vorstandsmitglieder einer Aktiengesellschaft über den Begriff „volle Einzahlung" des Grundkapitals geeignet, die strafrechtliche Verantwortlichkeit derselben für wissentlich unwahre Angaben aufzuheben? III. 25/3 86. **14**, 36.

Muß in der Jahresbilanz zum Ausdruck gebracht werden, ob das Grundkapital der Gesellschaft voll, oder nur zu einem Teile bar eingezahlt worden ist? III. 20/9 94. **26**, 104. Art. 239b

1. Kann vor dem Eintrag einer Aktiengesellschaft in das Handelsregister von einem Vorstande derselben gesprochen werden? II. 29/10 01. **34**, 412. Art. 249

2. Begriff des „Handelns zum Nachteile der Gesellschaft".

Wird durch die Freisprechung von der Beschuldigung, in einer bestimmten Richtung zum Nachteile der Gesellschaft gehandelt zu haben, die Strafverfolgung wegen Handelns zum Nachteile in einer anderen Richtung ausgeschlossen? I. 20/2 95. **27**, 39.

1. Was ist im Sinne von Nr. 1 unter wissentlich falschen Angaben rücksichtlich der „Zeichnung" und der „Einzahlung" des Grundkapitales einer Aktiengesellschaft zu verstehen? Art. 249a

Konkurrenz einer in dieser Richtung von einem Mitgliede des Vorstandes verübten Straftat mit Anstiftung anderer, als Gründer eine Straftat gleicher Art zu begehen. II. 26/10 97. **30**, 300.

2. Strafrechtliche Verantwortlichkeit der Gründer und Vorstandsmitglieder von Aktiengesellschaften für die Wahrheit ihrer Erklärungen über Einzahlung des Grundkapitals. Gehört auch der Besitz des Grundkapitals zum Begriffe der „rücksichtlich der Einzahlung" zu machenden Angaben, deren wissentliche Unwahrheit strafbar ist? III. 12/10 93. **24**, 286.

1. Was ist in Nr. 1 unter „unwahrer Darstellung des Standes der Verhältnisse der Aktiengesellschaft" zu verstehen? II. 29/11 90. **21**, 172. Art. 249b

2. Kann der Tatbestand eines Vergehens gegen Art. 249 Nr. 3 vorliegen, wenn der Beschluß über die Erhöhung des Aktienkapitals nicht die statutenmäßige Mehrheit erlangt hatte?

Kann das Vergehen fahrlässig begangen werden? I. 25/11 97. **30**, 354.

Inwieweit sind Mängel der Berufung der Generalversammlung, in der der Aufsichtsrat gewählt ist, von Einfluß auf die Bestrafung aus Art. 249c? I. 15/2 97. **29**, 383. Art. 249c

Was versteht das Gesetz unter der „Anwendung" eines auf Täuschung berechneten Mittels, um auf den Kurs von Aktien einzuwirken? III. 19/5 92. **23**, 137; II. 21/2 93. **23**, 431. Art. 249d

Gesetz, betreffend die Wechselstempelsteuer, vom 10. Juni 1869 (B.G.Bl. S. 193).

1. Ist für die Befreiung gemäß Abs. 2 Nr. 1 der Inhalt des Wechsels, oder der wirkliche Ausstellungsort entscheidend? Welche Wirkung § 1

hat die irrige Annahme, daß ein Transitwechsel vorliege? IV. 25/4 99. **32**, 130.

2. Sind im Auslande ausgestellte, im Auslande zahlbare trockene Wechsel, wenn sie im Inlande in Umlauf gelangen, der inländischen Wechselstempelsteuer unterworfen? II. 30/9 84. **11**, 109.

§ 5 1. Ist der Prokurist einer Firma, welcher als solcher ein Wechselaccept ausstellt und unversteuert aushändigt, für die Unterlassung der Versteuerung strafrechtlich verantwortlich? II. 22/11 98. **31**, 336.

2. Sind bei einer namens einer Genossenschaft abgegebenen Wechselerklärung sämtliche Vorstandsmitglieder für die Stempelverwendung verantwortlich, oder nur diejenigen, welche sich an der Wechselerklärung beteiligt haben? II. 7/7 93. **24**, 226.

3. Verpflichtet die Abgabe des Namenszuges auf einem Wechsel auch dann, wenn durch dieselbe eine wechselmäßige Verbindlichkeit nicht erzeugt wird, zur Entrichtung der Wechselstempelabgabe? Unter welchen Voraussetzungen wird durch Abgabe des Namenszuges auf der Rückseite eines das Verbot der Indossierung enthaltenden eigenen Wechsels eine Wechselbürgschaft erzeugt? I. 13/10 90. **21**, 97.

4. Kann auch der, welcher einen nachher zur Begebung an Dritte gelangten Wechsel zur Zeit, als er ein Blankett bildete, als Aussteller und Indossant unterschrieben hat, wegen Nichtentrichtung der Wechselstempelsteuer strafrechtlich haftbar werden? Welchen Einfluß hat in dieser Hinsicht die Fälschung der Annahmeerklärung des Bezogenen oder eines Giros? I. 5/1 84. **10**, 27.

5. Ist der Rechtsanwalt, der auf grund einer einfachen Prozeßvollmacht Auftrag gibt, den Wechsel dem Schuldner zur Zahlung vorzulegen und Protest zu erheben, als Teilnehmer am Umlaufe des Wechsels oder als „Inhaber“ desselben im Sinne der §§ 5, 11 anzusehen? I. 16/4 85. **12**, 145.

§ 6 Ist ein Wechsel „aus den Händen gegeben“, sobald er einem anderen zur Verwendung der Stempelmarke zeitweilig anvertraut ist? II. 7/10 98. **31**, 275.

§ 7 Ist der Aussteller eines inländischen (und der erste inländische Inhaber eines ausländischen) Wechsels nach § 7 berechtigt, den mit einem inländischen Indossamente noch nicht versehenen Wechsel vor Entrichtung einer Stempelabgabe nicht allein zur Annahme, sondern auch für den Fall der Nichtannahme zur Protesterhebung mangels Annahme zu versenden? I. 9/12 86. **15**, 80.

§ 11 1. Kann in dem Aufdrücken des Firmenstempels auf die Vorderseite eines Solawechsels von seiten des diesen Wechsel innehabenden Wechselgläubigers, obwohl diese Handlung mit dem Umlaufe des Wechsels nicht im Zusammenhange steht, eine „Unterzeichnung“ im Sinne des § 11 gefunden werden?

Stellt sich die Zurückgabe eines Solawechsels von seiten des Wechselinhabers an den Aussteller des Wechsels, veranlaßt durch ein Rechtsgeschäft, zufolge dessen der Aussteller gegen Zurückgabe jenes Wechsels einen neuen Solawechsel auszustellen hat, als ein „aus den Händen geben" im Sinne des § 11 dar? I. 20/9 86. **14**, 409.

2. Ist der Prozeßbevollmächtigte, der dem Schuldner einen Wechsel vorlegen und protestieren läßt, als „Inhaber" anzusehen? S. § 5.

1. Erfordert der Tatbestand strafbarer Wechselsteuerhinterziehung in subjektiver Beziehung eine auf Steuerhinterziehung gerichtete Absicht, oder das Bewußtsein rechtswidrigen Verhaltens, oder auch nur schuldhafte Fahrlässigkeit? § 15

Ist ein Irrtum über Tatsachen rechtlich geeignet, die Strafbarkeit der Wechselsteuerhinterziehung auszuschließen? III. 20/11 82. **7**, 240.

2. Ist der Inhaber einer Firma schon als solcher hinsichtlich der von der Firma erworbenen Wechsel für die Erfüllung der Verpflichtung zur Errichtung der Stempelabgabe strafrechtlich verantwortlich? I. 20/9 86. **14**, 409.

3. Über die Verantwortlichkeit des ein Wechselaccept ausstellenden Prokuristen s. § 5.

1. Verwirkt derjenige, welcher ein noch nicht ausgefülltes Wechselformular mit seinem Akzepte versieht und unversteuert aus der Hand gibt, die Stempelstrafe auch dann, wenn bei der Aushändigung die Höhe der einzurückenden Wechselsumme noch nicht bestimmt ist und von dem Aussteller bei der nachträglichen Ausfüllung und Vollziehung des Formulars der vorschriftsmäßige Stempel verwendet wird? § 16

Ist die Strafbarkeit des Blankoacceptanten, welcher das Blankoakzept unversteuert aus der Hand gibt, davon abhängig, daß später durch Ausfüllung ein vollständiger Wechsel entsteht? II. 19/3 97. **30**, 19.

2. Unter welchen Voraussetzungen ist der Akzeptant eines unvollständigen gezogenen Wechsels für die Unterlassung der Versteuerung des Wechsels strafrechtlich verantwortlich? I. 30/6 87. **16**, 206.

3. Greift die Vorschrift des § 16 nur dann Platz, wenn die Aushändigung eines unvollständigen Wechsels erfolgt ist, um den Empfänger zur Ergänzung des Fehlenden zu ermächtigen? II. 22/11 98. **31**, 336.

Wann beginnt die Verjährung von Stempelhinterziehungen bei unvollständigen Wechseln? II. 29/3 98. **31**, 96. § 17

1. Ist für die Steuerfreiheit des Checks erforderlich, daß er eine Anweisung des Ausstellers auf dessen Guthaben bei seinem Bankier ist, und muß dieses Erfordernis aus dem Check hervorgehen? I. 28/5 92. **23**, 216. § 24

2. Unter welchen Voraussetzungen sind Checks von der Wechselstempelsteuer befreit? Wird insbesondere die Steuerfreiheit dadurch aufgehoben, daß sie auf Order gestellt sind und tatsächlich mittels Indossa-

ments örtlich und zeitlich in erheblichem Umfange zirkuliert haben? III. 11/10 88. **18**, 154.

S. zu §§ 13, 17, 21 noch **1**, 426; **12**, 345; **26**, 297; **29**, 370

Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869 (B.G.Bl. S. 245) nebst Novellen vom 17. Juli 1878 (R.G.Bl. S. 199), 23. Juli 1879 (S. 267), 1. Juli 1883 (S. 159, 177), 1. Juni 1891 (S. 261), 6. August 1896 (S. 685), 30. Juni 1900 (S. 321, 871).

§ 6 1. Inwieweit greifen die Strafbestimmungen der Gewerbeordnung dem Bergwerksbesitzer gegenüber Platz? I. 9/1 82. **5**, 425.

2. Inwiefern berührt die Gewerbeordnung die Medizinalverfassungen der einzelnen Bundesstaaten und insbesondere die Vorschriften über Anstellung und Befugnisse des sogenannten niederärztlichen Personals? I. 8/5 82. **6**, 261; I. 25/1 86. **13**, 259.

(Fassung des Gesetzes vom 1. Juli 1883.)

3. Haben gegenüber § 6 Gew.O. (nach der Fassung vom 1. Juli 1883) die Bestimmungen der französischen Gesetzgebung über den Verkauf von Geheimmitteln in der preußischen Rheinprovinz noch Geltung? I. 28/11 87. **16**, 359.

S. außerdem **23**, 428; **28**, 251; **32**, 432; **35**, 346.

§ 14 Ist zum Betriebe eines stehenden Gewerbes eine Gewerbsanlage erforderlich? I. 18/12 84. **11**, 309.

S. außerdem **28**, 251.

§ 15 Ist zum Zwecke der polizeilichen Verhinderung der Fortsetzung des Betriebs eines der besonderen Genehmigung bedürfenden, aber ohne solche begonnenen Gewerbes die Anwendung unmittelbaren Zwangs, insbesondere die Versiegelung der Gewerbsräume statthaft? III. 27/4 91. **22**, 5.

§ 16 Ist die zur Errichtung von Stauanlagen für Wassertriebwerke einzuholende Genehmigung erst mit dem Vorhandensein des Wassertriebwerks selbst erforderlich? III. 19/11 79. **1**, 103.

§ 23 Kann in Preußen durch ein städtisches Schlachthofregulativ der Absatz des Fleisches von auswärts geschlachtetem Vieh Beschränkungen unterworfen werden? I. 17/1 89. **18**, 351.

§ 29 1. Schließt die Gewerbeordnung aus, daß landesrechtlich noch andere Personen als Medizinalpersonen angesehen werden, und daß auch von ihnen die Approbation gefordert wird? I. 8/5 82. **6**, 260.

2. Sind unter ärztlichen Attesten im Sinne des § 255 St.P.O. nur solche Atteste zu verstehen, welche von Personen herrühren, denen als Ärzten im Sinne des § 29 eine Approbation erteilt ist? III. 29/3 86. **14**, 55.

3. Gehören die Hebammen zu den approbierten Medizinalpersonen des § 29? III. 27/3 84. **10**, 340.

4. Über Hebammen s. weiter § 30.
S. außerdem **23**, 428.

(Fassung des Gesetzes vom 23. Juli 1879.) § 30

1. Begriff von Krankenanstalten. IV. 7/7 99. **32**, 255.

2. Hat die Gewerbeordnung die gewerbsmäßige Ausübung der Geburtshülfe auch für Personen weiblichen Geschlechts freigegeben, oder dürfen Frauenspersonen das Gewerbe nur dann betreiben, wenn sie ein Prüfungszeugnis nach § 30 erlangt haben?

Fällt das in § 30 vorgeschriebene Zeugnis der Hebammen unter den Gattungsbegriff der „besonderen polizeilichen Genehmigungen"? II. 14/1 87. **15**, 181.

3. Über Hebammen s. auch § 29.

1. Bedürfen Stellvertreter im Gewerbebetriebe der Schankwirtschaft einer Erlaubnis? I. 20/5 80. **1**, 434. § 33

2. Liegt Stellvertretung im Gewerbebetriebe, oder selbständiger Gewerbebetrieb vor, wenn der Inhaber einer Konzession zur Schankwirtschaft den Betrieb einem anderen auf dessen Rechnung und Verantwortlichkeit überläßt? II. 4/3 81. **3**, 418.

3. Bedürfen Konsumvereine einer Konzession zum Betriebe eines Kleinhandels mit Branntwein, wenn sie letzteren nur an Mitglieder des Vereins verkaufen? II. 24/10 81. **5**, 112.

4. Ist der auf einem Jahrmarkte ohne Genehmigung der Ortspolizeibehörde betriebene Verkauf von geistigen Getränken zum Genuß auf der Stelle als das Unternehmen des stehenden Gewerbes der Schankwirtschaft aufzufassen und aus § 147 Nr. 1 zu bestrafen? III. 19/11 79. **1**, 102.

(Fassung des Gesetzes vom 23. Juli 1879.)

5. Ist die von einem Vermieter an seine Mieter stattfindende Verabreichung von Getränken notwendig als der Betrieb eines Schankgewerbes zu betrachten? I. 22/4 95. **27**, 173.

6. Ist der Begriff der Schankwirtschaft ausgeschlossen, wenn die Getränke nur an Besucher von im Hause wohnenden Prostituierten verabreicht und nicht einem paraten Vorrate entnommen werden, sondern der jedesmalige Bedarf anderweit herbeigeschafft wird? I. 22/3 02. **35**, 175.

7. Fällt es unter den Begriff eines Schankwirtschaftsbetriebs, wenn eine Prostituierte an ihre Besucher Getränke gegen Bezahlung verabreicht? I. 12/6 02. **35**, 335.

(Fassung des Gesetzes vom 23. Juli 1879.) § 34

Ist in dem gewerbsmäßigen Verkaufe von Waren unter Kreditierung des Kaufpreises und Sicherung desselben durch Bestellung von Pfändern der Betrieb des Pfandleihgewerbes im Sinne des § 34 zu finden? IV. 28/4 85. **12**, 216.

S. außerdem **4**, 202; **8**, 283.

§ 35 (Fassung des Gesetzes vom 1. Juli 1883.)

Erstreckt sich die den sog. Volksanwälten auferlegte Pflicht, „bei Eröffnung“ ihres Gewerbebetriebs der zuständigen Behörde hiervon Anzeige zu machen, auch auf diejenigen Personen, welche bereits vor dem 1. Januar 1884 das Gewerbe begonnen hatten? III. 17/11 87. **16**, 393.

S. außerdem **8**, 283.

§ 36 1. Welche rechtliche Bedeutung hat die Beeidigung und öffentliche Anstellung der in § 36 Abs. 1 bezeichneten Gewerbetreibenden? I. 20/6 88. **18**, 37.

2. Sind in Preußen die von einem öffentlich bestellten Fleischbeschauer ausgeführten Untersuchungen auf Trichinen kraft öffentlichen Amts vorgenommen? II. 20/9 81. **4**, 421.

3. Ist der angestellte Auktionator ein Beamter? I. 28/3 88. **17**, 291.

§ 38 S. zu § 38 in der Fass. d. Ges. v. 23. Juli 1879. **4**, 202; **8**, 283.

§ 42 (Fassung des Gesetzes vom 1. Juli 1883.)

Voraussetzungen der Begründung einer gewerblichen Niederlassung. I. 11/6 96. **29**, 1.

§ 43 (Fassung des Gesetzes vom 1. Juli 1883.)

Verhältnis der Begriffe „öffentlicher Ort“ und „geschlossener Raum“ im Sinne des § 43 Gew.O. und des § 10 des preuß. Preßgesetzes vom 12. Mai 1851 zu einander. IV. 7/1 02. **35**, 54.

S. außerdem **19**, 1; **21**, 33.

§ 45 1. Ist derjenige, dem die technische Leitung eines gewerblichen Betriebes in vollem Umfange übertragen ist, als Stellvertreter eines Gewerbetreibenden im Sinne des § 45 anzusehen? II. 16/1 91. **21**, 287.

2. Liegt Stellvertretung im Gewerbebetriebe, oder selbständiger Gewerbebetrieb vor, wenn der Inhaber einer Konzession zur Schankwirtschaft den Betrieb einem anderen auf dessen Rechnung und Verantwortlichkeit überläßt? II. 4/3 81. **3**, 418.

3. Inwieweit ist die strafrechtliche Verantwortlichkeit des Betriebsunternehmers durch § 151 der Novelle vom 1. Juni 1891 geändert? II. 26/9 93. **24**, 293.

§ 46 Ist nach dem Tode eines konzessionierten Gewerbetreibenden zum Fortbetriebe des Gewerbes für Rechnung der Witwe eine neue Konzession für die Witwe oder deren Stellvertreter notwendig? I. 20/5 80. **1**, 434.

§ 55 (Fassung des Gesetzes vom 1. Juli 1883.)

1. Zum Begriffe des Handelns im Umherziehen. Liegt ein solcher vor, wenn der Händler nur auf Viehmärkten außerhalb seines Niederlassungsortes Vieh ein- und verkauft? I. 4/12 99. **32**, 414.

2. Liegt ein Feilbieten im Umherziehen nicht vor, wenn Waren zum Zwecke des Verkaufs zu Personen gebracht werden, die hierzu ihre

Erlaubnis gegeben und sich geneigt erklärt haben, je nach Befund einen Kauf abzuschließen? I. 18/11 95. **27**, 427.

3. Was ist unter Bestellung zu verstehen? I. 13/5 89. **19**, 281.

4. Ist der Begriff des Feilbietens durch die Form der Ausspielung ausgeschlossen? II. 15/2 95. **27**, 31.

5. Unter welchen Voraussetzungen fällt das Feilbieten von Waren außerhalb des Wohnorts des Feilbietenden in Form der Veranstaltung einer öffentlichen Ausspielung unter den Begriff des „Darbietens von Schaustellungen oder Lustbarkeiten" und unter den Tatbestand des einen Legitimationsschein erfordernden Gewerbebetriebs im Umherziehen? III. 8/4 86. **14**, 89.

S. außerdem **32**, 292.

(Fassung des Gesetzes vom 1. Juni 1891.) § 55a

Welche Behörde ist in Preußen zuständig, Ausnahmen von den Vorschriften des § 55a zuzulassen? II. 15/2 95. **27**, 31.

(Fassung des Gesetzes vom 6. August 1896.) § 56b

1. Ist die in Abs. 3 zugelassene Untersagung des Handels im Umherziehen eine Absperrungsmaßregel im Sinne des § 328 St.G.B.'s? II. 22/11 98. **31**, 342.

2. Begreift ein Verbot des Handels im Umherziehen nur das Feilbieten der bezüglichen Tiere, oder auch das Aufsuchen von Bestellungen auf solche?

Ist in Preußen ein derartiges Verbot als eine von der zuständigen Behörde angeordnete Absperrungsmaßregel dann anzusehen, wenn der Kreislandrat bei dem Erlasse des Verbots auf eine Genehmigung des Regierungspräsidenten Bezug nimmt? IV. 6/10 99. **32**, 291.

3. Ist nach preußischem Verwaltungsrechte der Kreislandrat befugt, den Handel im Umherziehen für den Bezirk seines Kreises auf bestimmte Dauer zu untersagen? IV. 6/10 99. **32**, 286.

4. Ist das durch Bekanntmachung eines preußischen Kreislandrats erlassene zeitweise Verbot des Handels im Umherziehen rechtsverbindlich, wenn das Verbot mit Genehmigung des zuständigen Regierungspräsidenten erfolgt ist, diese Genehmigung jedoch in der Bekanntmachung des Landrats keinen Ausdruck gefunden hat? IV. 16/1 00. **33**, 76.

(Fassung des Gesetzes vom 1. Juli 1883.) § 56c

1. Ist ein Gewerbetreibender, welcher im Umherziehen seine Waren durch Veranstaltung öffentlicher Ausspielungen absetzt, nach §§ 56c, 148 Nr. 7b zu strafen?

Verhältnis vorgenannter Bestimmungen zu § 286 St.G.B.'s? IV. 15/10 86. **14**, 384.

2. Welche Behörden sind in Preußen zuständig, Ausnahmen von der Vorschrift des § 56c zuzulassen? II. 15/2 95. **27**, 31.

Ist der auf einem Jahrmarkte ohne Genehmigung der Ortspolizeibehörde betriebene Verkauf von geistigen Getränken zum Genusse auf der § 67

Stelle als das Unternehmen des stehenden Gewerbes der Schankwirtschaft aufzufassen und aus § 147 Nr. 1 zu bestrafen? III. 19/11 79. **1**, 102.

§ 105a (Fassung des Gesetzes vom 1. Juni 1891, früher § 105).

1. Wonach bestimmt sich, welche Tage als Festtage zu gelten haben? I. 2/10 93. **24**, 268.

2. Ist die Landesgesetzgebung bezüglich Regelung der Sonntagsfeier und insbesondere der Sonntagsruhe durch die Gewerbeordnung beschränkt? III. 30/10 89. **20**, 81.

§ 105b (Fassung des Gesetzes vom 1. Juni 1891.)

1. Über den Begriff von Fabrik s. § 134.
2. Über den Begriff von Bauhof s. § 154.
3. Verhältnis des Abs. 2 zu § 105c. III. 9/7 00. **33**, 352.

§ 105c (Fassung des Gesetzes vom 1. Juni 1891.)

Anwendung auf das Handelsgewerbe. Verhältnis zu § 105b Abs. 2. Voraussetzungen der Bestrafung wegen unterlassener Führung des in Abs. 2 vorgeschriebenen Verzeichnisses. III. 9/7 00. **33**, 352.

§ 110 (Fassung des Gesetzes vom 1. Juli 1883.)

Ist es als intellektuelle Urkundenfälschung oder sonst strafbar, wenn ein Arbeiter die mit der Ausstellung des Arbeitsbuchs befaßte Polizeibehörde durch unrichtige Angaben über seine persönlichen Verhältnisse veranlaßt, über das Geburtsjahr einen unrichtigen Eintrag in das Arbeitsbuch zu machen? III. 30/6 90. **21**, 31.

§ 111 (Fassung des Gesetzes vom 1. Juli 1883.)

Was ist unter „Merkmalen, welche den Inhaber des Arbeitsbuchs günstig oder nachteilig kennzeichnen", zu verstehen? IV. 6/11 91. **22**, 200.

§ 115 (Fassung des Gesetzes vom 17. Juli 1878.)

1. Über den Begriff von „Gewerbetreibenden" und „gewerblichen Arbeitern".

Verbot des Trucksystems in Rücksicht auf sog. Hausindustrie. I. 20/12 83. **9**, 351; III. 21/1 86. **13**, 285.

2. Wann sind die in der Hausindustrie beschäftigten Personen gewerbliche Arbeiter im Sinne des Tit. VII der Gewerbeordnung?

Inwieweit ist es zulässig, ihnen den Preis von Stoffen zu den ihnen übertragenen Arbeiten bei der Lohnzahlung anzurechnen? I. 12/6 99. **32**, 224 (ergangen nach Emanation des Gesetzes v. 1. Juni 1891).

3. Wird ein Werkmeister dadurch, daß ihm die Annahme, Entlassung und Auslohnung der Arbeiter überlassen ist, zum „Gewerbetreibenden" im Sinne des § 115? I. 14/6 88. **18**, 27.

4. Finden die §§ 115 flg. auch auf Arbeiter Anwendung, welche durch gelegentliche Arbeiten einen Nebenverdienst suchen?

Liegt Lohnzahlung in bar vor, wenn nach bestehendem Geschäfts-

gebrauche das gezahlte Geld sofort zum Ankaufe von Waren verwendet wird? II. 18/12 85. **13**, 182.

5. Greift das Strafverbot des § 115 auch Platz bei Leistungen zahlungshalber? IV. 27/3 88. **17**, 285.

6. Kann die den Gewerbetreibenden auferlegte Verpflichtung, die Löhne ihrer Arbeiter bar in Reichswährung auszuzahlen, nur durch unmittelbare Zahlung an die Person des Arbeiters erfüllt werden? I. 12/11 82. **7**, 197.

7. Fällt es unter das Verbot des § 115, wenn ein Arbeitgeber seinen Arbeitern als Vorschuß auf den Lohn Marken verabfolgt, gegen welche für Rechnung des Arbeitgebers bei einem Dritten Lebensmittel zu entnehmen sind? I. 23/11 82. **7**, 247; II. 22/9 82. **7**, 37; I. 19/4 80. **1**, 385; IV. 17/11 96. **29**, 190 (ergangen nach Emanation des Gesetzes v. 1. Juni 1891).

8. Unter welchen Voraussetzungen sind Lohnabzüge unter Vermittlung vorher vom Gewerbetreibenden seinen Arbeitern verabfolgter Blechmarken zulässig? I. 28/9 96. **29**, 95 (ergangen nach Emanation des Gesetzes v. 1. Juni 1891).

9. Darf der Gewerbetreibende oder sein Beauftragter zur Tilgung einer persönlichen Forderung an den Arbeiter von diesem verdienten Lohn einbehalten? I. 17/11 94. **26**, 208 (ergangen nach Emanation des Gesetzes v. 1. Juni 1891).

10. Schließt die Einwilligung der Arbeiter die Bestrafung aus § 115 aus?

Ist für die Zuwiderhandlungen gegen § 115 durch dem Gewerbetreibenden gleichzuachtende Personen (§ 119) auch der Gewerbetreibende selbst verantwortlich?

Findet das Verbot auch auf Bergwerksbesitzer Anwendung? I. 9/1 82. **5**, 425.

11. Sinn des Verbotes in § 115 Abs. 2, den Arbeitern keine Waren zu kreditieren. I. 12/11 82. **7**, 197.

12. Zum Begriffe „Waren kreditieren". IV. 11/2 87. **15**, 284.

13. Dürfen die Arbeitgeber ihren Arbeitern Waren gegen bare Zahlung des Kaufpreises verabfolgen? II. 20/10 91. **22**, 177.

14. Was ist unter Lebensmitteln im Sinne des § 115 Abs. 2 zu verstehen? IV. 26/4 87. **15**, 437.

15. Ist im Übermaße verabfolgter Branntwein als Lebensmittel im Sinne des Abs. 2 anzusehen? IV. 10/1 89. **20**, 217.

16. Was ist nach Abs. 2 unter „Anschaffungskosten" zu verstehen? I. 19/11 88. **18**, 224.

17. Genügt zur Strafbarkeit von Zuwiderhandlungen gegen § 115 Fahrlässigkeit? I. 11/6 91. **22**, 43; I. 9/1 82. **5**, 425.

18. Ist bei einer Mehrheit von Zuwiderhandlungen Realkonkurrenz anzunehmen? IV. 13/1 85. **12**, 102; III. 21/1 86. **13**, 285.

(Fassung des Gesetzes vom 1. Juni 1891, soweit darin Neuerungen enthalten sind.)

19. Was ist unter „Selbstkosten" — im Gegensatze zu dem Ausdrucke „Anschaffungskosten" — zu verstehen? I. 27/6 95. **27**, 321.

20. Inwieweit ist es von Einfluß, ob an dem Verbrauche der den Arbeitern auf deren Lohn verabfolgten Lebensmittel noch andere Personen als die Arbeiter teilgenommen haben?

Inwieweit ist Branntwein als ein Lebensmittel anzusehen?

Ist beim Branntwein zu den Anschaffungskosten der sog. Schwund zu rechnen? I. 23/9 97. **30**, 253.

§ 115 a (Fassung des Gesetzes vom 1. Juni 1891.)

Können Vollmachten, durch welche der Verwalter eines kreditgebenden Konsumvereins ein für allemal ermächtigt wird, die demnächst fällig werdenden Lohnbeträge für den forderungsberechtigten Arbeiter zu erheben, denjenigen rechtsunwirksamen „Rechtsgeschäften" zugezählt werden, auf Grund deren die Lohnauszahlung an Dritte strafrechtlich verboten ist?

Zum Verhältnisse der §§ 115, 115a, 117 in der Fassung des Gesetzes v. 1. Juni 1891. III. 13/6 95. **27**, 289.

§§ 117, 118 (Fassung des Gesetzes vom 17. Juli 1878.)

Rechtliche Natur der hier getroffenen Bestimmungen. I. 12/11 82. **7**, 197.

§ 119 (Fassung des Gesetzes vom 17. Juli 1878.)

1. Über das Gebiet der Anwendbarkeit s. § 115.

2. Wessen „Familienglieder und welche andere Gewerbetreibende" unterliegen den Vorschriften der §§ 115 bis 119? I. 30/3 82. **6**, 126.

3. Über den Absatz 2 s. § 119b.

§ 119 b (Fassung des Gesetzes v. 1. Juni 1891. § 119 Abs. 2 des Gesetzes v. 1. Juli 1883.)

1. Über das Verbot des Trucksystems bei der sog. Hausindustrie s. auch § 115.

2. Was ist zu verstehen unter Personen, „welche für bestimmte Gewerbetreibende außerhalb der Arbeitsstätte der letzteren mit der Anfertigung gewerblicher Erzeugnisse beschäftigt sind"?

Sind dahin nur solche Personen zu rechnen, welche zu dem Gewerbetreibenden in einem vertragsmäßigen Dienstverhältnisse stehen, oder genügt zur Gewährung des gleichen Schutzes ein tatsächlich bestehendes Verhältnis der bezeichneten Art?

Wird ein ständiges Arbeitsverhältnis erfordert, oder genügt auch eine gelegentliche „Beschäftigung" solcher Personen in einzelnen Fällen? I. 12/10 85. **12**, 428; III. 13/2 88. **17**, 129.

3. Kommt den sog. Heimarbeitern der Schutz gegen das Trucksystem auch dann zu, wenn sie nicht ausschließend für einen Arbeitgeber beschäftigt sind? I. 17/11 87. **16**, 333.

§ 120 S. noch zu § 120 **18**, 204.

§ 120 a (Fassung des Gesetzes vom 1. Juni 1891.)

1. Kann die Nichtanbringung einer Schutzvorrichtung damit entschuldigt werden, daß die Anbringung nicht ohne Störung des Betriebes

möglich sei? I. 5/12 83. **10**, 6 (ergangen auf Grund des § 120 nach der Fassung des Gesetzes vom 17. Juli 1878).

2. Kann sich der Unternehmer einer der behördlichen Genehmigung unterstehenden gewerblichen Anlage gegen den Vorwurf, daß er es unterlassen habe, eine zur Sicherheit der Arbeiter erforderliche Schutzvorrichtung herzustellen, mit dem Einwande schützen, daß die ihm erteilte Konzessionsurkunde die Herstellung einer solchen Vorrichtung nicht vorgesehen habe? IV. 3/7 88. **18**, 73 (ergangen auf Grund des in vor. Nr. angezogenen § 120).

3. Kann eine Schlafstätte als unter „Betriebsstätte" mitbegriffen angesehen werden? Macht sich der Gewerbeunternehmer strafbar, wenn er gegen das Verbot der Polizeibehörde Schlafstätten der Arbeiter in den Betriebsräumen duldet? IV. 10/7 96. **29**, 50.

S. außerdem **33**, 346.

(Fassung des Gesetzes vom 1. Juni 1891.) § 120e

Muß eine auf Grund des § 120e erlassene Polizeiverordnung der Regierungspräsidenten in Preußen mit ausdrücklichen Worten kundgeben, daß vor ihrem Erlasse den Vorständen der Berufsgenossenschaften Gelegenheit zu einer gutachtlichen Äußerung gegeben worden sei? I. 30/9 01. **34**, 368.

Zu §§ 126, 127 in der Fassung des Gesetzes v. 1. Juni 1891 s. **29**, 226; **32**, 59. §§ 126, 127

(Fassung des Gesetzes vom 17. Juli 1878.) § 134

1. Begriff von Fabrik im Sinne der Gewerbeordnung. I. 19/10 82. **7**, 105; I. 15/2 83. **8**, 124; I. 18/10 86. **14**, 423.

2. Worin bestehen die Voraussetzungen des Fabrikbetriebes? I. 20/10 94. **26**, 161.

3. Ist eine Anlage, worin Arbeitsplätze an einzelne Gewerbetreibende vermietet werden mit der Befugnis der gemeinschaftlichen Benutzung der zu dem Gebäude gehörigen von dem Vermieter versorgten Dampfmaschine, eine Fabrik? III. 28/11 96. **29**, 201.

4. Unter welchen Voraussetzungen fallen die sog. landwirtschaftlichen Nebengewerbe unter die Bestimmungen der Gewerbeordnung?

Kann eine Flachsschwingerei, welche in geschlossenen Räumen unter Anwendung von Maschinenkraft und Beschäftigung einer größeren Anzahl von Arbeitern in stetigem Betriebe ist, aber nur vom Besitzer auf eigenem Boden gebauten Flachs verarbeitet, als Fabrik angesehen werden? III. 14/1 89. **18**, 371.

5. Inwiefern finden die Vorschriften über die Verhältnisse der Fabrikarbeiter auf den Gewerbebetrieb von Molkereigenossenschaften Anwendung? III. 14/12 91. **22**, 288.

6. Unter welchen Voraussetzungen kann eine Wäscherei als „Fabrik" den Schutzvorschriften der Gewerbeordnung unterstellt werden? III. 12/11 94. **26**, 189.

7. Kann ein Damenkonfektionsgeschäft ohne elementare Betriebskräfte als Fabrik angesehen werden? I. 18/10 86. **14**, 423.

8. Was ist unter einem Fabrikarbeiter zu verstehen? Muß ein Arbeiter, um als „in der Fabrik beschäftigt" angesehen zu werden, die ihm übertragene Arbeit in den inneren Räumen der Fabrik vornehmen, oder kann auch eine zum Fabrikbetriebe gehörige Arbeit im Freien als Fabrikarbeit betrachtet werden? I. 10/12 83. **9**, 264.

9. Was versteht die Gewerbeordnung unter einem in der Fabrik beschäftigten Arbeiter? Genügt für den Begriff eine Tätigkeit zur Gewinnung von Arbeitsmaterial, welches für Herstellung der Erzeugnisse der Fabrik erforderlich ist? I. 1/2 92. **22**, 313.

10. Gehört eine Frauensperson, welcher in einer Fabrik die Zuteilung des Rohmaterials an die Arbeiter obliegt, zu den Fabrikarbeiterinnen? IV. 19/5 93. **24**, 181.

11. Ist es für den Begriff der „Beschäftigung" von Fabriklehrlingen in Fabriken von Bedeutung, ob die Lehrlinge mechanische Tätigkeit entwickeln, oder irgend welche produktiv-wirtschaftliche Leistungen verrichten? III. 3/11 90. **21**, 152.

12. Kann den Arbeiterinnen, die in der Expedition einer Zeitung damit beschäftigt werden, die fertigen Zeitungsexemplare zum Zwecke der Versendung unter Kreuzband zu legen, die Eigenschaft von Fabrikarbeiterinnen deshalb abgesprochen werden, weil die Beschäftigung nicht mehr die Herstellung des Arbeitsprodukts zum Verkaufe, sondern die zur kaufmännischen Seite des Geschäftsbetriebs gehörige Versendung zum Gegenstande habe? II. 6/7 00. **33**, 348.

§ 135 (Fassung des Gesetzes vom 17. Juli 1878.)

1. Finden die Bestimmungen der Gewerbeordnung über die Beschäftigung jugendlicher Fabrikarbeiter auch auf jugendliche Lehrlinge Anwendung? I. 19/10 82. **7**, 105.

2. Wer ist als „Arbeitgeber" für Beobachtung der in §§ 135 flg. erlassenen Vorschriften verantwortlich? I. 27/9 83. **9**, 102.

3. Haften die Gewerbetreibenden strafrechtlich für die Unterlassung der persönlichen Beaufsichtigung und Überwachung, wenn ohne ihr Wissen durch ihre Gewerbsgehülfen die Vorschriften über die Dauer der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter übertreten worden sind? III. 18/6 81. **4**, 307; II. 12/10 80. **2**, 321; II. 26/9 93. **24**, 293 (ergangen auf Grund des Gesetzes vom 1. Juni 1891).

4. Inwiefern ist bei gemeinschaftlichem Gewerbebetriebe mehrerer derjenige Gesellschafter, welcher nach vereinbarter Geschäftsteilung nicht selbst mit Annahme und Beschäftigung der Arbeiter befaßt ist, persönlich für Übertretung der desfallsigen Bestimmungen verantwortlich? I. 16/3 82. **6**, 111.

5. Ist bei Beurteilung der Frage, ob ein jugendlicher Arbeiter in einer Fabrik über die zugelassene Stundenzahl hinaus beschäftigt worden ist, neben der auf die Herstellung von Fabrikaten verwendeten Zeit auch die Dauer einer anderen Zwecken des Fabrikbetriebes dienenden Be-

schäftigung in Betracht zu ziehen? II. 20/6 84. **10**, 433; I. 10/11 87. **16**, 305.

6. Wird die Selbständigkeit des einzelnen Reates schon durch jeden Tag der Überbeschäftigung begrifflich begründet? I. 16/3 82. **6**, 111.

7. Wird eine Mehrheit selbständiger Straftaten schon durch eine Mehrheit verbotswidrig beschäftigter jugendlicher Arbeiter begründet? IV. 23/3 86. **14**, 32.

(Fassung des Gesetzes vom 17. Juli 1878.) § 136

1. Über identische Tatbestandsmerkmale s. § 135.

2. Genügt es, wenn den in Fabriken beschäftigten Kindern unter 14 Jahren täglich nur eine halbstündige Pause zwischen den Arbeitsstunden gewährt wird, oder sind denselben täglich mindestens zwei solche Pausen zu gewähren? IV. 30/9 87. **16**, 267.

3. Ist es zulässig, ohne Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde im Interesse und auf Wunsch der betreffenden Arbeiter an Stelle der zu gewährenden Pausen die Arbeitszeit um eine entsprechende Dauer zu kürzen? I. 30/1 99. **32**, 18; IV. 28/10 90. **21**, 139.

(Fassung des Gesetzes vom 1. Juni 1891.)

4. Ist das Verbot des § 136 in den Fällen, wo § 139a zutrifft, als ein Blankettgesetz anzusehen, das erst durch eine entsprechende Verfügung der höheren Verwaltungsbehörde Wirksamkeit erlangt? I. 26/3 00. **33**, 219.

(Fassung des Gesetzes vom 1. Juni 1891.) § 137

1. Unter welchen Voraussetzungen ist der Fabrikunternehmer für eine Zuwiderhandlung gegen § 137 verantwortlich? IV. 19/5 93. **24**, 181.

2. Genügt der Gewerbetreibende der Verpflichtung, den Arbeiterinnen zwischen den Arbeitsstunden eine einstündige Mittagspause zu gewähren, dadurch, daß er während dieser Zeit keine Arbeit von ihnen verlangt? I. 1/4 95. **27**, 139.

(Fassung des Gesetzes vom 17. Juli 1878.) § 138

1. Was hat der Arbeitgeber zu tun behufs Erfüllung der ihm nach Abs. 2 obliegenden Verpflichtung, bezüglich des Beginns, des Endes und der Pausen der Arbeitszeit vor Anzeige bei der Behörde keine Änderung eintreten zu lassen? III. 6/12 94. **26**, 243.

2. Wann beginnt der Lauf der Verjährung für Zuwiderhandlungen gegen die Verpflichtung des Arbeitgebers, von beabsichtigter Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Fabriken vor Beginn der Beschäftigung der Ortspolizeibehörde Anzeige zu erstatten? I. 21/12 83. **9**, 353.

(Fassung des Gesetzes vom 1. Juni 1891.) § 139a

Ist das Zuwiderhandeln gegen die vom Bundesrate auf Grund des § 139a erlassenen, die Anbringung einer zweiten Tafel in Fabrikräumen regelnden Vorschrift strafbar, und nach welcher Strafbestimmung? III. 11/10 94. **26**, 124.

§ 139c (Fassung des Gesetzes vom 30. Juni 1900.)

Sind die sog. Filialleiter als Gehülfen im Sinne des § 139c anzusehen? Kann auf Gewährung der Mittagspause verzichtet werden? III. 21/11 01. **35**, 9.

§ 145 Über Verjährung von Zuwiderhandlungen gegen § 138 s. dort.

§ 146 (Fassung des Gesetzes vom 17. Juli 1878.)

1. Findet die Strafbestimmung des § 146 Nr. 1 auch auf Bergwerksbesitzer Anwendung? I. 9/1 82. **5**, 425.

2. Bezieht sich die Strafbestimmung des § 146 Nr. 2 auch auf das Verbot der Beschäftigung von Kindern unter 12 Jahren?

Wer ist im Sinne des § 146 Nr. 2 Gewerbetreibender?

Wie sind die dort vorkommenden Worte „jugendlichen Arbeitern Beschäftigung geben" zu verstehen? II. 12/12 84. **11**, 304.

3. S. im übrigen die Bestimmungen, deren Übertretung in § 146 unter Strafe gestellt ist.

4. Ist es zulässig, an Stelle der nach § 146 verhängten Geldstrafe für den Unvermögensfall auf Haft zu erkennen? II. 3/1 88. **17**, 38.

5. Ist ein Revisionsgrund gegeben, wenn in dem Urteile die Kasse, an welche nach § 146 die Geldstrafen fließen sollen, nicht bezeichnet ist? IV. 14/6 87. **16**, 142.

§ 146a (Fassung des Gesetzes vom 1. Juni 1891.)

Genügt für Anwendung der Strafbestimmung Fahrlässigkeit? II. 15/2 95. **27**, 31.

§ 147 1. Kann Nr. 1 gegen den vom Gewerbetreibenden bestellten Geschäftsführer Anwendung finden? II. 28/5 97. **30**, 133.

2. Erfordernisse der Strafbestimmung Nr. 1 in subjektiver Beziehung. IV. 7/7 99. **32**, 255.

3. S. weiter die Bestimmungen über Erfordernis polizeilicher Genehmigung in §§ 33 flg.

4. Findet Nr. 1 Anwendung gegen einen in Bayern approbierten Bader, welcher die landesgesetzlichen Vorschriften über die Art der Ausübung seines Gewerbes überschreitet? I. 25/1 86. **13**, 259.

5. Können die Zuwiderhandlungen gegen § 147 Nr. 1 und gegen § 148 Nr. 1 Gew.O. in Idealkonkurrenz begangen werden? II. 10/10 02. **35**, 377.

6. Was gehört zum Tatbestande des in Nr. 3 vorgesehenen Vergehens? Genügt, daß der beigelegte arztähnliche Titel objektiv geeignet ist, den Glauben zu erwecken, daß der den Titel Führende eine geprüfte Medizinalperson sei, und daß der Wille auf Erweckung dieses Glaubens gerichtet ist? III. 10/12 79. **1**, 117; I. 4/7 95. **27**, 335.

7. Was ist im Sinne der Nr. 3 unter Beilegung eines der Bezeichnung als Arzt ähnlichen Titels zu verstehen? IV. 24/5 98. **31**, 164.

8. Enthält die Unterzeichnung eines Schriftstücks mit dem der

Namensunterschrift beigefügten Zusatze „Homöopath“ die strafbare Beilegung eines arztähnlichen Titels? I. 7/1 87. **15**, 170.

9. Ist die Entscheidung der Frage, ob ein gebrauchter Titel der Bezeichnung als Arzt ähnelt, ausschließlich tatsächlicher Natur? III. 24/12 79. **1**, 126.

10. Kann bei idealer Konkurrenz einer Zuwiderhandlung gegen Steuergesetze die für letztere vorgesehene höhere Strafe zur Anwendung kommen? I. 14/11 92. **23**, 288.

11. Schließt Abs. 2 die Strafverfolgung wegen einer Zuwiderhandlung gegen Steuergesetze aus, wenn das damit konkurrierende Gewerbepolizeivergehen verjährt ist?

Welche Strafe ist im Falle der Verjährung des Gewerbepolizeivergehens anzuwenden? II. 23/6 82. **6**, 371; I. 30/10 95. **27**, 403.

Zu Nr. 3 s. noch **23**, 428.

(Fassung des Gesetzes vom 1. Juli 1883.) **§ 148**

1. Bildet, wenn einem Stellenvermittler der Betrieb des Gewerbes untersagt ist, jede einzelne gegen Entgelt erfolgte Stellenvermittelung eine strafbare Zuwiderhandlung gegen § 148 Nr. 4? IV. 19/3 95. **27**, 111.

2. Unterliegt ein Gewerbetreibender, welcher im Umherziehen seine Waren durch Veranstaltung öffentlicher Ausspielungen absetzt, der Bestrafung aus § 148 Nr. 7b? Über das Verhältnis dieser Strafbestimmung zu der des § 286 St.G.B.'s. IV. 15/10 86. **14**, 384.

3. Können Zuwiderhandlungen gegen § 148 Nr. 1 und § 147 Nr. 1 Gew.O. in Idealkonkurrenz begangen werden? II. 10/10 02. **35**, 377.

(Fassung des Gesetzes vom 1. Juni 1891.) **§ 149**

Ist das Zuwiderhandeln gegen die vom Bundesrate auf Grund des § 139a erlassenen, die Anbringung einer zweiten Tafel in Fabrikräumen regelnden Vorschriften nach § 149 Nr. 7 strafbar? III. 11/10 94. **26**, 124.

(Ursprüngliche Fassung.) **§ 151**

1. Ist der, dem die technische Leitung eines gewerblichen Betriebs in vollem Umfange übertragen ist, als Stellvertreter des Gewerbetreibenden im Sinne des § 151 anzusehen? II. 16/1 91. **21**, 287.

2. Ist ein Werkmeister (Werkführer, Fabrikmeister) als Stellvertreter des Fabrikherrn im Sinne des § 151 anzusehen? II. 12/10 80. **2**, 321; III. 18/6 81. **4**, 307; II. 12/12 84. **11**, 304.

(Fassung des Gesetzes vom 1. Juni 1891.)

3. Welche Änderung ist durch die Novelle vom 1. Juni 1891 in Bezug auf die strafrechtliche Verantwortlichkeit des Betriebsunternehmers eingetreten? II. 26/9 93. **24**, 293.

4. Können bei gewerblichen Unternehmungen und Bergwerken, welche von juristischen Personen betrieben werden, deren gesetzliche Vertreter nach Maßgabe des § 151 Abs. 1 Satz 2 strafrechtlich für diejenigen Übertretungen polizeilicher Vorschriften bei Ausübung der Betriebe verantwortlich gemacht werden, welche die von den gesetzlichen Vertretern zur

Leitung oder Beaufsichtigung des Betriebes bestellten Personen begehen? III. 3/5 00. **33**, 261; IV. 30/6 96. **29**, 27.

§ 152 1. Ist durch den in § 152 aufgestellten Grundsatz Bestrafung wegen Erpressung in dem Falle ausgeschlossen, wenn vereinigte Arbeiter oder Arbeitgeber zur Erlangung günstiger Lohn- oder Arbeitsbedingungen, auf welche ihnen ein rechtlich begründeter Anspruch nicht zusteht, das Mittel der Drohung anwenden? III. 6/10 01. **21**, 114.

2. Wird durch die Koalitionsfreiheit auch der Vertragsbruch zwischen Arbeitern und Arbeitgebern gerechtfertigt? IV. 3/12 89. **20**, 63.

3. Kann in dem Verlangen nach rechtzeitiger Zahlung des bedungenen Lohns die Erstrebung günstiger Arbeits- und Lohnbedingungen gefunden werden? IV. 13/5 01. **20**, 396.

4. In welchem Verhältnisse steht § 152 zu den §§ 8, 16 des preuß. Vereinsgesetzes vom 11. März 1850? III. 10/11 87. **16**, 383.

5. Ist ein Strafgesetz der Landesgesetzgebung gegen das Streikpostenstehen als solches gültig? III. 4/2 01. **34**, 121.

6. Ist durch die Bestimmungen in §§ 152 und 153 der § 60 des hannoverschen Polizeistrafgesetzbuchs vom 25. Mai 1847 außer Kraft gesetzt? III. 26/9 96. **29**, 151.

S. außerdem **27**, 307.

§ 153 1. Auf welche Personen erleidet die Strafbestimmung Anwendung? Welche Bedeutung hat der Ausdruck „Andere"? II. 16/11 97. **30**, 359.

2. Gehört zur Anwendung des § 153, daß die erstrebten Lohn- und Arbeitsbedingungen sich objektiv als günstige oder günstigere darstellen? Ist eine dahingehende Feststellung notwendig? III. 5/7 97. **30**, 236.

3. Kann die Teilnahme an einer Verabredung oder Vereinigung zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen nur mittels ausdrücklicher Beitrittserklärung, oder auch durch ein der Verabredung oder Vereinigung entsprechendes, dem Zwecke derselben dienendes Handeln erfolgen?

Ist die Strafbarkeit einer Drohung, welche einen Zwang zur Teilnahme an einer solchen Verabredung bezweckt, von der Widerrechtlichkeit des in Aussicht gestellten Übels abhänig? II. 19/10 86. **14**, 387.

4. Über das Verhältnis des in § 153 vorgesehenen Vergehens zu dem der Beleidigung, welche damit zusammmentrifft. III. 2/10 84. **11**, 128.

5. Umfaßt der Ausdruck Verabredungen in § 153 auch die in § 152 Gew.O. bezeichneten Vereinigungen. II. 25/4 02. **35**, 205.

S. außerdem **27**, 307.

§ 154 (Fassung des Gesetzes vom 17. Juli 1878.)

1. Was versteht § 154 Abs. 2 unter einer „regelmäßigen" Benutzung von Dampfkraft im Betriebe einer Werkstätte? I. 17/5 90. **20**, 400.

2. Fallen Werkstätten, in deren Betrieb eine regelmäßige Benutzung von Gasmotoren stattfindet, unter § 154 Abs. 2? II. 10/2 91. **21**, 322.

3. Fällt unter den Begriff „Bauhof" im Sinne des § 154 Abs. 2

auch ein umschlossener Platz, wo gewerbsmäßig Steine als Material zur Errichtung von Gebäuden bearbeitet werden? III. 24/2 90. **20**, 287.

4. Begreift der Ausdruck „Besitzer von Bergwerken" im Abs. 3 auch das geschäftsleitende Mitglied eines Grubenvorstandes? I. 9/1 82. **5**, 425.

(Fassung des Gesetzes vom 1. Juni 1891.)

5. Inwiefern ist durch die Novelle der § 154 in seiner früheren Fassung geändert? III. 28/11 96. **29**, 201.

6. Was ist der Sinn der Bestimmung, daß die höhere Verwaltungsbehörde endgültig darüber entscheidet, ob die Anlage vorübergehend oder in geringerem Umfange betrieben wird? Ist der Strafrichter dadurch an der selbständigen Entscheidung behindert?

Kann sich der Angeklagte auf einen Irrtum über das Vorhandensein der Voraussetzungen des § 154 Abs. 2 berufen? IV. 6/11 94. **26**, 180.

Gesetz, die Besteuerung des Zuckers betreffend, vom 26. Juni 1869 (B.G.Bl. S. 282).

1. Verwirkt der, welcher behufs Erlangung der Ausfuhrvergütung für Zucker den Zuckergehalt aus Fahrlässigkeit unrichtig deklariert, nach Maßgabe des § 4 die Defraudationsstrafe, oder nur die Ordnungsstrafe? III. 30/4 81. **4**, 169.

2. Wer ist, wenn bei Ausfuhr von Zucker durch unrichtige Angabe des Zuckergehaltes Steuer- oder Zollvergütung für Zucker, bei dessen Ausfuhr eine Vergütung überhaupt nicht gewährt wird, in Anspruch genommen ist, als der „Deklarant" im Sinne des § 4 anzusehen? II. 30/4 86. **14**, 105.

Vereinszollgesetz vom 1. Juli 1869 (B.G.Bl. S. 317).

1. Sind die in dem amtlichen Warenverzeichnisse zum Vereinszoll- § 12
tarife eingefügten „Anmerkungen" und vorgedruckten sog. Instruktionspunkte für die Beurteilung der Zollpflicht der Ware maßgebend? I. 14/12 93. **25**, 8; I. 8/2 86. **13**, 321.

2. Ist der Strafrichter an die Entscheidung der Verwaltungsbehörde über die Zollpflichtigkeit einer Ware, bezw. deren Zugehörigkeit zu einer bestimmten Position des Zolltarifs gebunden? III. 29/1 85. **12**, 1; III. 28/11 87. **17**, 21; I. 14/12 93. **25**, 8.

Ist der Führer eines dem Transporte von Waren und Passagieren § 13
dienenden Dampfschiffs der Zolldefraude schuldig, wenn sich auf dem Schiffe ohne sein Wissen undeklarierte zollpflichtige Gegenstände befinden, die zum Passagiergute gehören? I. 6/10 98. **31**, 272.

1. Ist die gegenüber dem Beamten eines exponierten deutschen Zoll- § 16
amtes erfolgte unrichtige Warendeklaration ebenso zu behandeln, als ob sie gegenüber einem Zollbeamten im Inlande erfolgt wäre? II. 19/3 86. **13**, 410; I. 19/11 88. **18**, 242.

2. Finden die Bestimmungen des Vereinszollgesetzes auf den Verkehr im „Grenzbezirke“ Anwendung, insbesondere wenn der Täter im luxemburgisch-preußischen Grenzbezirke, und zwar im preußischen Teile des Bezirks betroffen wird? I. 5/10 96. **29**, 100.

§ 19 Dürfen Grenzzollbeamte behufs Wahrnehmung ihrer dienstlichen Funktionen uneingefriedete Privatgrundstücke betreten? IV. 14/10 87. **16**, 248.

§ 21 Macht sich einer nach § 152 zu bestrafenden Ordnungswidrigkeit schuldig, wer Waren aus dem Auslande in zollfreier Menge nicht auf der Zollstraße einführt? IV. 29/11 92. **23**, 328.

§ 27 Wird der Warenführer schon durch den Antrag auf Vornahme der amtlichen Revision von der Verantwortlichkeit befreit, oder muß noch die Erklärung hinzukommen, daß er zur Angabe einer zuverlässigen Deklaration außer stande sei? III. 1/12 87. **17**, 1.

§ 29 Inwieweit ist der der Zollrevision Unterworfene zu Handleistungen bezw. zur Folgeleistung gegenüber den Anordnungen der Grenzaufsichtsbeamten verbunden? IV. 22/1 01. **34**, 104.

§ 33 Darf bei einer Zollabfertigung auf Begleitschein Nr. II jedes sachlich zuständige Amt ohne Rücksicht auf den Empfangsort als Empfangsamt bezeichnet werden? Ist die Zollabfertigung auf Begleitschein Nr. II unzulässig, wenn sie nicht im Interesse des Warenempfängers beantragt wird, der Spediteur vielmehr diese Errichtung zu eigenem Vorteile ausnutzt? II. 22/6 94. **25**, 432.

§ 42 Inwieweit können Irrtümer des Deklaranten bezüglich der Bezeichnung der Ware oder vom amtlichen Warenverzeichnisse abweichende handelsgebräuchliche Warenbenennungen bei Feststellung des Tatbestands einer Abgabenhinterziehung Berücksichtigung finden? III. 7/12 82. **7**, 327.

§ 44 1. Kann als Warenführer im Sinne des § 44 auch der Empfänger der Ware angesehen werden? IV. 13/12 98. **31**, 379; II. 28/10 90. **21**, 112.

2. Zum Begriffe des „Warenführers“ im Sinne des § 44 Abs. 2 flg. bei Transportübernahme seitens einer Gesellschaft. IV. 12/2 01. **34**, 151.

§ 51 Über Begleitscheine s. § 33.

§ 94 Kann die unberechtigte Veränderung eines Bleiverschlusses oder die Verwendung des Bleiverschlusses für Waren, für welche er nicht bestimmt war, als Urkundenfälschung angesehen werden? I. 23/12 85. **13**, 193; II. 1/2 87. **15**, 214.

Digitized by Google

Ist die Wiedereinfuhr von Waren, die im Inlande erzeugt, aber dann in das Ausland gelangt sind, auch außerhalb des sog. Veredelungsverkehrs zollfrei? I. 21/3 01. **34**, 223. § 115

1. Wie weit erstreckt sich die Wirksamkeit von Transportkontrollvorschriften bezüglich des Weidegangs von Vieh im Grenzbezirke? I. 11/2 95. **27**, 15. § 119

2. Können die von der obersten Landesfinanzbehörde zu treffenden Anordnungen auch von einer untergeordneten Amtsstelle unter Bezugnahme auf den erhaltenen Auftrag bekannt gemacht werden? IV. 12/10 94. **26**, 128.

3. Kann der Legitimationsschein auch anderen Personen, die den Transport im Auftrage der im Scheine namhaft gemachten Person ausführen, als vorschriftsmäßiger Ausweis dienen? IV. 7/1 87. **15**, 156.

Was ist unter dem „Gütertransport mit den Posten", sowie unter den Sendungen „von Haus zu Haus" zu verstehen? III. 29/5 84. **10**, 413. § 120

1. Über Anordnungen der obersten Landesfinanzbehörde s. § 119. § 124

2. Über die Bedeutung der in Abs. 3 vorgesehenen Kontrollmaßregeln s. § 136 Nr. 14.

Was ist unter dem Ausdrucke „unmittelbar aus dem Auslande beziehen" in Nr. 2 zu verstehen? I. 26/11 83. **9**, 218. § 125

Was ist erforderlich, um eine ohne Beobachtung der im allgemeinen vorgeschriebenen Förmlichkeiten vorgenommene Haussuchung als rechtmäßige Amtshandlung anzusehen? IV. 23/6 93. **24**, 218. § 126

Handelt der Zollbeamte, welcher den bei einer Zolldefraude Betroffenen veranlaßt, ihm behufs Aufnahme einer Verhandlung und Feststellung seiner Persönlichkeit zum nächstgelegenen Zollamte zu folgen, in der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes? I. 26/10 96. **29**, 136. § 127

1. Darf ein Zollbeamter eine im Grenzzollbezirke betretene Person, die sich weigert, ein in einem Tragkorbe befindliches, lose in Papier eingeschlagenes Paket selbst zu öffnen, behufs Revision dieses Pakets zwangsweise zur nächsten Dienststelle sistieren? III. 28/10 95. **28**, 1. § 129

2. Inwieweit ist der der Zollrevision Unterworfene zu Handleistungen, bezw. zur Folgeleistung gegenüber den Anordnungen der Grenzaufsichtsbeamten verpflichtet? IV. 22/1 01. **34**, 104.

1. Bedeutung einer als Ausnahme von einem Einfuhrverbote statuierten begrenzten Einfuhrerlaubnis. II. 29/4 98. **31**, 126; III. 30/6 84. **11**, 65; II. 11/11 02. **35**, 425. § 134

2. Liegt Konterbande auch dann vor, wenn die Einfuhr eines

Gegenstandes an gewisse Beschränkungen gebunden ist und diese nicht eingehalten werden? I. 5/12 95. **28**, 51.

3. Unterschied zwischen Einfuhrverboten und Beschränkungen der Einfuhr. IV. 21/2 96. **28**, 195.

4. Macht sich der Konterbande schuldig, wer Viehstücke in das Inland einführt mit der Absicht, sie zu einem anderen Zwecke zu verwenden, als zu dem, welchen eine die Einfuhr einzelner Viehstücke trotz eines allgemeinen Einfuhrverbots ausnahmsweise zulassende Verordnung hat fördern wollen? III. 27/2 93. **24**, 32. (II. 11/11 02. **35**, 425.)

5. Enthält der Mißbrauch des einer bestimmten Person unter Beschränkungen erteilten Erlaubnisscheines zur Vieheinfuhr durch eine andere Person eine Konterbande? I. 12/4 80. **1**, 353; I. 27/3 84. **10**, 219.

6. Ist die Strafe der Konterbande abhängig von dem Bewußtsein des Täters, daß ein Verbot besteht und er diesem zuwiderhandelt? II. 3/1 99. **31**, 415.

7. Was ist unter den in § 134 erwähnten „besonderen Gesetzen" zu verstehen? IV. 21/12 94. **26**, 319.

8. Was ist unter Einfuhr eines Gegenstandes „aus" einem anderen Bezirke zu verstehen? I. 11/7 95. **27**, 340.

9. Ist eine alternative Feststellung, daß „Konterbande oder Defraudation" vorliege, zulässig? I. 9/11 91. **22**, 213.

10. Kann in einer und derselben Handlung zugleich Konterbande und Zuwiderhandlung gegen das Gesetz über die Statistik des Warenverkehrs vom 20. Juli 1879 durch unterlassene Anmeldung gefunden werden? IV. 4/11 90. **21**, 141.

11. Mit welchem Zeitpunkte ist das Delikt der Konterbande konsumiert? Gehört dazu, daß der Täter mit dem verbotenen Gegenstande die nächste Zollstätte passiert hat? IV. 11/7 90. **21**, 59.

12. Was gehört zum Tatbestande der verbotswidrigen Einführung? Kann eine solche auch bei Personen angenommen werden, welche bei der unmittelbaren „Herüberschaffung" über die Grenze nicht mitgewirkt haben? I. 23/9 80. **2**, 260.

13. Welches ist der Zeitpunkt, mit dem eine Konterbande oder Zolldefraudation als begangen und von dem an Beteiligungsakte nur als Begünstigungshandlungen betrachtet werden können? I. 7/1 86. **13**, 223.

14. Ist der, welcher einen anderen ohne Dolus Handelnden zu einer eine Konterbande oder Zolldefraudation enthaltenden Tat veranlaßt hat, als Täter oder als Anstifter anzusehen? III. 1/12 87. **17**, 1; I. 14/12 93. **25**, 8.

15. Über Konfiskation s. § 154.

16. Kann wegen Beihülfe bestraft werden, wer dem Täter ein zur Begehung der Konterbande benötigtes Werkzeug im Auslande zum Zwecke der Benutzung auch bei und nach Überschreitung der Grenze überläßt? I. 30/12 89. **20**, 169.

17. Ist eine Zuwiderhandlung gegen ein Einfuhrverbot deshalb, weil dieses aus Gründen der Tierseuchenpolizei erlassen wurde, nicht als Konterbande anzusehen? — Erfordert der Tatbestand, daß die Ware,

deren Einfuhr verboten ist, nach Überschreitung der Grenze noch durch den Grenzbezirk in das Innere des Vereinsgebiets verbracht wurde? II. 11/11 02. **35**, 425.

1. Sind für die Strafbarkeit der Hinterziehung der innerhalb des Zollvereins noch fortbestehenden sog. Übergangsabgaben die Bestimmungen des Vereinszollgesetzes maßgebend? III. 7/12 82. **7**, 327. § 135

2. Zum Begriffe des „Einführens" im Gegensatze zum Durchführen. IV. 25/11 90. **21**, 176.

3. Ist der, welcher einem Einfuhrverbote zuwider Sachen einführt, in Verbindung mit der Konterbande auch einer Zolldefraudation schuldig? I. 21/10 80. **2**, 370. (IV. 6/12 87. **17**, 9.)

4. Wann beginnt die Strafbarkeit eines auf Hinterziehung von Eingangsabgaben gerichteten Defraudationsunternehmens? Kann dieser strafbare Beginn angenommen werden, ohne daß die in das Zollinland einzuführenden Gegenstände die Zolllinie oder Zollstätte berührt haben? III. 29/4 89. **19**, 192; II. 19/3 86. **13**, 410; I. 19/11 88. **18**, 241.

5. Wer ist Täter der Zolldefraude, wenn über zollpflichtige Gegenstände, welche aus dem Auslande eingegangen und zur Durchfuhr deklariert sind, auf dem Transporte eigenmächtig verfügt wird? Wann ist eine solche Zolldefraude vollendet? I. 19/3 91. **21**, 399.

6. Kann ein Unternehmen, welches darauf abzielt, den mit der Denaturierung befaßten Beamten über die Bestandteile eines dazu dargebotenen Stoffes zu täuschen und so die Anwendung eines zur Denaturierung nicht geeigneten Mittels herbeizuführen, als Zolldefraude angesehen werden? II. 16/1 85. **11**, 366.

7. Inwieweit kann eine Zolldefraude dadurch verübt werden, daß bei Einführung einer unter der Bedingung gehöriger Denaturierung zollfreien Ware die Zollbehörde durch unrichtige Deklarierung verleitet wird, ein nicht vorschriftsmäßiges Denaturierungsmittel anzuwenden und daraufhin die Ware zollfrei einzulassen? III. 22/1 91. **21**, 325.

8. Liegt Zolldefraudation vor, wenn die Zollkasse durch die falsche Vorspiegelung, daß ein Fall des § 1 Abs. 2 des Gesetzes, betr. die Abänderung des Zolltarifes, vom 20. Februar 1885 vorliege, veranlaßt worden ist, einen Teil des hinterlegten Zollbetrages zurückzuzahlen? I. 20/3 90. **20**, 305.

9. Ist der Tatbestand der Zolldefraudation ausgeschlossen, wenn jemand, welchem zollpflichtiges, für den Fall der Wiederausfuhr jedoch zollfreies ausländisches Getreide unverzollt anvertraut worden ist, dieses ausländische Getreide ohne Entrichtung des Eingangszolls in den freien inländischen Verkehr, dafür aber inländisches zollfreies Getreide als ausländische zollpflichtige Ware zur Wiederausfuhr bringt? III. 29/10 88. **18**, 231.

10. Ist das Unternehmen der Hinterziehung von Eingangszoll dadurch ausgeschlossen, daß der Defraudant die einzuführende zollpflichtige Quantität beim Überschreiten der Grenze unter mehrere Personen derart

zerteilt, daß die einzelnen Quantitäten, für sich betrachtet, nicht mehr zollpflichtig sein würden? I. 1/7 89. **19**, 361. (III. 31/3 92. **23**, 29.)

11. Kann eine Zolldefraudation dadurch begangen werden, daß eine Person, welche nach dem Tarife von der Zollpflicht befreit ist, die zollfreie Ware für eine andere Person einführt, welche aus demselben Grunde von der Zollpflicht befreit ist? III. 28/11 87. **17**, 21.

12. Ist durch Vorlegung der Ware zur speziellen Revision der Tatbestand der Defraudation ausgeschlossen, wenn die Ware mit unrichtiger Deklaration vorgelegt wird? III. 1/12 87. **17**, 1.

13. Sind Gegenstände, hinsichtlich deren die Voraussetzungen einer ausnahmsweisen Zollfreiheit bei der Einfuhr tatsächlich vorliegen, dennoch zollpflichtig, wenn der Nachweis des Vorhandenseins dieser Voraussetzungen bei der Einfuhr nicht erbracht wird? I. 30/6 94. **26**, 22.

14. Wann ist das Unternehmen der Zolldefraude als vollendet anzusehen? IV. 3/12 01. **35**, 13.

15. Was gehört zum subjektiven Tatbestande des Delikts? II. 20/12 95. **28**, 114.

16. Erfordert der Dolus das Bewußtsein des Täters, daß eine Abgabe nach dem Gesetze zu entrichten und die unternommene Handlung geeignet ist, diese Abgabe dem Staate zu entziehen? II. 16/1 85. **11**, 366; II. 3/1 88. **17**, 35; II. 7/6 89. **19**, 302; IV. 21/2 96. **28**, 195; II. 3/1 99. **31**, 415.

17. Ist eine alternative Feststellung, daß „Konterbande oder Defraudation" vorliege, zulässig? I. 9/11 91. **22**, 213.

18. Sind in dem Falle, wenn eine Handlung zugleich den Tatbestand der Zolldefraudation und den des Betrugs erfüllt, die Grundsätze von der idealen Konkurrenz anwendbar, oder liegt Gesetzeskonkurrenz vor, und welches Strafgesetz ist zur Anwendung zu bringen? I. 20/3 90. **20**, 305.

19. Ist eine Zolldefraudation je nach der verwirkten Strafe als Übertretung anzusehen? I. 26/9 81. **5**, 23.

20. Inwieweit ist es zulässig, auf Grund der Feststellung, daß ein seiner sonstiger Beschaffenheit nach unbekannter Gegenstand unter Hinterziehung der Eingangsabgabe über die Zollgrenze eingeführt worden sei, den Betrag der vorenthaltenen Abgabe tarifmäßig zu bestimmen und auf die danach zu bemessende Defraudationsstrafe zu erkennen? III. 7/6 86. **14**, 195.

21. Nach welchem Betrage der vorenthaltenen Abgaben wird im Falle eines gemeinschaftlich von mehreren ausgeführten Zollvergehens die den einzelnen Täter treffende Defraudationsstrafe berechnet? III. 7/10 82. **7**, 137.

22. Kann wegen Zolldefraude Konfiskation ausgesprochen werden, auch wenn nicht auf Strafe zu erkennen ist? III. 7/6 86. **14**, 195.

23. Ist bei Berechnung der Strafe für eine Zolldefraudation Rücksicht darauf zu nehmen, daß das unter Zolldefraudation eingeführte Gemenge zum Teil aus einer Ware bestand, für die nach einem mit dem betreffenden Staate abgeschlossenen Vertrage ein von dem generellen Tarife abweichender geringerer Zoll statuiert ist? III. 15/2 92. **22**, 371.

24. Fällt die in § 135 als Strafe angedrohte Konfiskation unter

den Begriff der Einziehung im Sinne des § 319 St.P.O.? Greift das in § 319 a. a. O. vorgesehene Ungehorsamsverfahren bei Zolldefraudationen Platz? III. 27/2 90. **20**, 290.

25. Ist auf Konfiskation bezw. Wertsersatz zu erkennen ohne Rücksicht auf das Rechtsverhältnis, in welchem der wegen Defraudation zu Strafe Verurteilte zu dem defraudierten Gegenstande steht? III. 5/5 83. **8**, 279; IV. 17/6 84. **10**, 440.

26. Ist die Konfiskation eines Gegenstandes in Bezug auf welchen eine Zolldefraudation begangen worden, im Wege des objektiven Strafverfahrens zulässig? I. 27/4 91. **21**, 431.

27. Ist auf Konfiskation derjenigen unverzollten Waren zu erkennen, welche aus einer Zollniederlage gestohlen werden und so unverzollt in den freien Verkehr gelangen? II. 15/10 89. **19**, 436.

28. Ist bei idealer Konkurrenz einer Zolldefraudation und einer anderen strafbaren Handlung neben der für letztere verwirkten Strafe auch auf die Defraudationsstrafe zu erkennen? IV. 24/11 85. **13**, 69; IV. 3/5 87. **16**, 58.

1. In welchem rechtlichen Verhältnisse steht der Tatbestand gemeiner Zolldefraudation zu den besonders normierten Fällen, in denen das Dasein der Zolldefraudation „lediglich durch die daselbst bezeichneten Tatsachen" begründet wird? Ist bezüglich desselben Gegenstandes und desselben Zolles mehrfache Verübung der Zolldefraution in realer Konkurrenz denkbar? Kann ein Angeklagter wegen Kontrebande bezw. Zolldefraudation freigesprochen und doch zugleich auf Grund des § 136 in Bezug auf dieselben Gegenstände verurteilt werden? II. 15/5 02. **35**, 238; III. 5/5 84. **10**, 406. § 136

2. Müssen die in § 136 bezeichneten Tatsachen als Tätigkeitshandlungen derjenigen Person nachgewiesen werden, welche als Delinquent angesehen werden soll? I. 19/3 91. **21**, 399,

3. Erschöpfen die in § 136 aufgezählten Fälle den Tatbestand der Zolldefraudation, kann die Defraudation nicht noch in anderer Weise verübt werden? II. 16/1 85. **11**, 366.

4. Können die in § 136 vorgesehenen formalen Tatbestände der Konterbande und Defraudation zur Herstellung des Tatbestands eines komplottmäßig ausgeführten Zollvergehens im Sinne des § 146 verwertet werden? IV. 30/9 90. **21**, 86.

5. Können die Bestimmungen für die Feststellung einer anderen Straftat als Konterbande und Zolldefraudation verwertet werden? IV. 12/10 94. **26**, 128.

6. Inwieweit sind als „Gewerbetreibende" im Sinne der Nr. 1a auch Gewerbegehülfen anzusehen? II. 5/6 85. **12**, 241.

7. Ist für die Anstiftung zu einer Zolldefraude im Sinne der Nr. 1c die Feststellung notwendig, daß auch der Angestiftete die Defraudationsabsicht gehabt habe? I. 14/12 93. **25**, 8.

8. Was ist unter dem „Nichtinnehalten" des im Zollausweise bezeichneten Weges im Sinne der Nr. 5b zu verstehen? IV. 21/9 88. **18**, 92.

9. Kann der Legitimationsschein (aus § 119) auch anderen Personen, die den Transport im Auftrage der in dem Scheine namhaft gemachten Person ausführen, als vorschriftsmäßiger Ausweis (gemäß § 136 Nr. 5d) dienen? IV. 7/1 87. **15**, 156.

10. Was bedeutet der Ausdruck „betroffen werden" in Nr. 5d? I. 24/10 81. **5**, 72; III. 5/5 84. **10**, 406; IV. 13/3 85. **12**, 106.

11. Was ist im Sinne der Nr. 6 unter eigenmächtiger Verfügung über zollpflichtige Gegenstände auf dem Transporte zu verstehen? IV. 8/12 99. **33**, 8.

12. Was bedeuten die Ausdrücke „unter Zollkontrolle befindlich" in Nr. 6 und „unverzollt anvertraut" in Nr. 9? III. 29/10 88. **18**, 231.

13. Enthält die Vorschrift in Nr. 7 eine Beweisregel oder einen selbständigen Tatbestand? Worin besteht der vollendete Reat? III. 22/4 82. **6**, 190.

14. Bedeutung der Buchkontrolle im Sinne des § 124 Abs. 3 und § 136 Nr. 7. Tritt diese Kontrolle in Wegfall, wenn die Einfuhr der Waren, auf die sie sich erstreckt, verboten wird, und beschränkt sich die Kontrolle auf diejenigen Waren, welche in den Grenzbezirk gelangen? II. 28/10 87. **16**, 254.

15. Was bedeutet die „zollfreie Abstammung", welche gemäß § 136 Nr. 7 die Gewerbetreibenden im Grenzbezirke bezüglich der von ihnen bezogenen Gegenstände nachzuweisen haben? III. 15/2 83. **8**, 58.

§ 137 1. Was gehört zu der Feststellung, daß Defraudationsabsicht ausgeschlossen sei? IV. 21/2 96. **28**, 195.

2. Kommt dem Abs. 2 der Sinn zu, daß die Strafe der Defraudation nur stattfinden soll, wenn die Hinterziehung des Zolles der Zweck des Täters war? II. 20/12 95. **28**, 114.

3. Verhältnis zu § 163? IV. 21/2 96. **28**, 195; II. 3/1 99. **31**, 415.

4. Genügt zur Abwendung der Defraudationsstrafe der Nachweis, daß der Angeschuldigte eine Zollhinterziehung nicht beabsichtigt habe, oder muß nachgewiesen werden, daß bei niemandem eine solche Absicht obgewaltet hat? II. 19/3 86. **13**. 410; IV. 22/5 85. **12**, 212; III. 29/1 83. **8**, 21.

5. Legt § 137 Abs. 2 bezüglich des dort zugelassenen Nachweises dem Angeklagten eine formelle Beweislast auf? II. 15/5 02. **35**, 238.

6. Kann der dem Angeschuldigten obliegende Beweis auch auf Grund seiner eigenen Angaben als erbracht angesehen werden? III. 1/12 92. **23**, 330.

7. Kann der Einwand, daß eine Defraudation nicht beabsichtigt oder nicht möglich gewesen sei, darauf gestützt werden, daß es sich um Retourwaren handele, welche vom Eingangszoll freigelassen werden konnten? III. 2/7 83. **9**, 42.

8. In welchem Verhältnisse stehen die Bestimmungen der §§ 137, 152? I. 21/3 01. **34**, 223.

Verwirken Handeltreibende welche die gemäß § 125 Nr. 2 gebotene Buchführung hinsichtlich bestimmter aus dem Auslande bezogener zollpflichtiger Waren unterlassen, bezw. durch Einsicht der Nachweise über die stattgehabte Verzollung sich nicht vergewissern, die Defraudationsstrafe auch dann, wenn die nach § 138 bestehende Vermutung einer Defraudation nach dem Untersuchungsergebnisse für widerlegt erklärt ist? I. 9/7 83. **9**, 53. § 138

1. Genügt es für die Anwendung der Straferhöhung wegen ferneren Rückfalls, daß seit der unmittelbar vorangegangenen Verurteilung noch nicht drei Jahre verflossen sind, oder müssen auch bezüglich der früheren Verurteilung die Voraussetzungen des ersten Rückfalls vorgelegen haben? III. 7/10 82. **7**, 137. § 142

2. Ist die Anwendung des § 142 Abs. 3 ausgeschlossen, wenn der Angeklagte in den letztverflossenen drei Jahren zwar nicht eine Strafe für die zuletzt begangene, wohl aber für eine früher begangene Tat verbüßt hat? IV. 19/4 95. **27**, 171.

3. Kann aus der Bestimmung in Abs. 4 die Folgerung abgeleitet werden, daß eine Verfolgung im gerichtlichen Verfahren ausgeschlossen ist, wenn sich der Täter eines Zolldelikts freiwillig der von der Zollbehörde berechneten Strafe unterworfen hat? I. 17/2 96. **28**, 180; IV. 21/12 94. **26**, 319.

Verhältnis zu den Bestimmmungen im § 136 Nr. 1 a, c, d, und § 137. III. 29/1 83. **8**, 21. § 143

Wird die Anwendung der Nr. 1 schon dadurch ausgeschlossen, daß einzelnen Zollbeamten die geheimen Behältnisse bekannt sind? I. 1/7 95. **27**, 325. § 144

1. Darf zur Herstellung des Tatbestandes bandenmäßigen Schmuggels auch die Mitwirkung solcher Personen verwertet werden, welche das 12. Lebensjahr noch nicht vollendet haben? III. 29/4 89. **19**, 192. § 146

2. Ist § 146 auch anwendbar, wenn einzelne nur als Gehülfen mitgewirkt haben? I. 23/9 80. **2**, 260.

3. Kann das Tatbestandsmerkmal der Zahl von mindestens drei komplottmäßig handelnden Personen dadurch hergestellt werden, daß Zollbeamte, welche durch Unterlassungshandlungen die Zolldefraudation unterstützen, den eigentlichen Defraudanten zugezählt werden? III. 1/12 92. **23**, 330.

4. Ist eine gemeinschaftliche Ausübung im Sinne des § 146 auch ohne unmittelbare Mitwirkung der einzelnen Defraudanten bei dem Akte der Einschwärzung selbst und ohne jede persönliche Mitanwesenheit aller am Orte und zur Zeit der Tat denkbar? III. 2/7 83. **9**, 42; I. 7/1 86. **13**, 223; II. 2/11 88. **18**, 174.

5. Sind die in § 136 vorgesehenen formalen Merkmale der Konterbande oder Zolldefraudation zur Herstellung des Tatbestandes eines komplottmäßig ausgeführten Zolldeliktes im Sinne des § 146

ausreichend? III. 25/4 88. **17**, 388; IV. 30/9 90. **21**, 86; I. 17/4 93. **24**, 116; III. 1/12 92. **23**, 330.

6. Über das Erfordernis der Verbindung mehrerer Personen zur gemeinschaftlichen Verübung einer Konterbande oder Defraudation. II. 4/5 86. **14**, 112.

7. Unter welchen Voraussetzungen tritt nach § 146 Abs. 2 die Rechtsvermutung für komplottmäßige Ausübung ein? III. 7/10 82. **7**, 137.

8. Über den Sinn des Ausdrucks „Betroffen werden" in Abs. 2. IV. 13/3 85. **12**, 106; IV. 30/9 90. **21**, 86.

9. Voraussetzungen der Anwendung der in Abs. 3 angedrohten Strafverschärfung bezüglich der Beschaffenheit und der Zeit der früheren Tat. I. 23/10 90. **21**, 127.

10. Gehört zu den Voraussetzungen der Anwendbarkeit des Abs. 3, daß sämtliche Täter des zur Bestrafung kommenden Zolldelikts identisch sind mit den bei den früheren verbunden gewesenen Personen? I. 22/2 86. **13**, 362.

§ 149 1. Ist bei der Entscheidung über den Tatbestand der Anstiftung für den Richter präjudiziell, daß in dem Strafbescheide der Verwaltungsbehörde die Defraudationsabsicht des Angestifteten verneint worden ist? I. 14/12 93. **25**, 8.

2. Kann eine strafbare Begünstigung angenommen werden, wenn die begünstigte Defraudation nach der verwirkten Strafe sich als Übertretung charakterisiert? I. 7/1 86. **13**, 223; I. 26/9 81. **5**, 23.

3. Kommen hinsichtlich der Begünstigung und der Beihülfe hierzu lediglich die Bestimmungen des Reichsstrafgesetzbuchs zur Anwendung? Ist hiernach gegen den Begünstiger der Ausspruch der Konfiskation zulässig? IV. 12/10 88. **18**, 191.

§ 151 1. Ist ein Eisenbahnzugführer als letzter Warenführer bei Ablieferung eines Frachtstücks mit verletztem Zollverschlusse nur dann zu bestrafen, wenn nachgewiesen wird, daß er das Frachtstück mit unverletztem Zollverschlusse empfangen hat? I. 25/11 99. **32**, 380.

2. Kann gegen den Bevollmächtigten einer Eisenbahnverwaltung, der sich nach § 151 strafbar gemacht hat, auch noch eine Ordnungsstrafe aus § 152 verhängt werden? II. 7/4 93. **24**, 100.

3. Ist auch der Adressat eines unter Warenverschluß mit Begleitschein versendeten Transportstücks für die Verletzung des Verschlusses verantwortlich, wenn nicht nachgewiesen werden kann, daß derselbe durch einen unverschuldeten Zufall entstanden ist? II. 28/10 90. **21**, 112.

4. Wer ist als letzter Warenführer im Sinne des § 31 des Begleitscheinregulativs und des § 151 V.Z.G.'s anzusehen? II. 19/2 89. **18**, 424.

5. Wer hat als Warenführer für die Unverletztheit eines zollamtlichen Verschlusses zu haften, wenn Waren unverzollt auf der Eisenbahn einer Hebestelle im Inneren zur zollamtlichen Abfertigung zugeführt werden? II. 17/2 85. **12**, 11.

In welchem Verhältnisse stehen die Bestimmungen der §§ 137, 152? I. 21/3 01. **34**, 223. § 152

1. Begriff des „Angestellten" im Sinne der Nr. 2. Begriff des Ausdrucks „bei Ausführung der übertragenen Verrichtungen". I. 28/2 98. **31**, 38. § 153

2. Wird von Matrosen, die bei einer Dampfschiffahrtsgesellschaft angestellt sind, eine Zolldefraude bei Ausführung der ihnen übertragenen Verrichtungen verübt, wenn sie die zollpflichtige Ware in eine Schiffskoje verstecken, die zu ihrer Benutzung in dienstfreien Stunden bestimmt ist? I. 10/11 98. **31**, 315.

3. Welche Eisenbahnverwaltungen haften für die Zolldefraudationen eines sog. Verbandspackmeisters? Was ist die Voraussetzung der in § 153 vorgesehenen Haftbarkeit? Was versteht § 153 unter „Angestellten", unter „Ausführung der übertragenen Verrichtungen"? Erstreckt sich die Haftbarkeit auf den an Stelle der Konfiskation tretenden Wertsersatz? Kann die Haftbarkeit ausgesprochen werden, wo das berechtigte und das verpflichtete Subjekt zusammenfallen? Wie steht in dieser Beziehung der einzelne Bundesstaat und Elsaß-Lothringen gegenüber dem Reiche? I. 1/7 95. **27**, 325.

4. Ist die in § 153 vorgesehene subsidiarische Haftung dadurch ausgeschlossen, daß die betreffenden Personen selbst wegen Beteiligung an dem Zollvergehen bestraft werden? II. 17/4 94. **25**, 294; vgl. III. 24/3 80. **1**, 334.

5. Kann die subsidiarische Vertretungsverbindlichkeit einer dritten Person ohne deren Zuziehung in dem Verfahren gegen den Täter ausgesprochen werden? IV. 9/6 91. **22**, 41.

6. Ist über die in § 153 bezeichneten subsidiarischen Vertretungsverbindlichkeiten dritter Personen in dem für Zolldelikte vorgeschriebenen Strafverfahren zu erkennen? III. 23/5 87. **16**, 109.

7. Ist über die subsidiarische Haftbarkeit in Verbindung mit dem Verfahren gegen den Hauptschuldigen zu verhandeln und zu entscheiden?

Was gehört zu der Feststellung, daß die Verurteilung wegen Verletzung von Bestimmungen erfolgt sei, welche die Täter „bei Ausführung der ihnen von dem subsidiarisch Verhafteten übertragenen oder überlassenen Verrichtungen zu beobachten hatten"? III. 29/1 91. **21**, 332.

8. Gilt bezüglich der Entscheidung über die subsidiarische Verhaftung noch § 59 des preußischen Gesetzes wegen Untersuchung und Bestrafung von Zollvergehen vom 23. Juni 1838?

Kann nach eingetretener Rechtskraft des die Defraudationsstrafe aussprechenden Strafbescheids der Verwaltungsbehörde von dem subsidiarisch Verhafteten vor dem Gerichte geltend gemacht werden, daß nur eine Ordnungsstrafe verwirkt sei, und kann in einem solchen Falle der Ausspruch der subsidiarischen Verhaftung auf den Betrag der nach der Auffassung des Gerichts verwirkten Ordnungsstrafe beschränkt werden? IV. 22/5 85. **12**, 212.

9. Über den Begriff von „Eisenbahnverwaltung" im Sinne des

§ 153. Kann die Internationale Eisenbahn-Schlafwagen-Gesellschaft als solche angesehen werden? I. 4/11 01. **34**, 415.

10. Über die subsidiarische Haftung der Handel- und Gewerbetreibenden. Hat jemand ein Recht darauf, daß neben ihm noch ein anderer für haftbar erklärt wird? II. 11/11 02. **35**, 425.

§ 154 1. Bildet die Konfiskation einen Teil der dem Delinquenten als solchem aufzuerlegenden Strafe? Was ist der Sinn der Bestimmung, daß der Verlust der Gegenstände stets den Eigentümer trifft? Hat der Strafrichter vor Ausspruch der Konfiskation weitere Ermittelungen über das Eigentumsverhältnis eintreten zu lassen? IV. 17/6 84. **10**, 440.

2. Kann bei einer Konterbande oder Zolldefraudation gegen den Gehülfen auf Einziehung der bei ihm beschlagnahmten, ihm nicht gehörigen Gegenstände, in Bezug auf welche das Delikt verübt worden ist, erkannt werden? III. 5/5 83. **8**, 279.

3. Wird die Konfiskation von Gegenständen, welche zur Verübung einer Zolldefraudation oder Konterbande gedient haben, ohne weiteres dadurch ausgeschlossen, daß dieselben nicht dem Täter gehören, sondern von diesem einem Dritten gestohlen worden sind? III. 28/6 90. **21**, 39.

4. Ist auf Konfiskation derjenigen unverzollten Waren zu erkennen, welche aus einer Zollniederlage gestohlen werden und so unverzollt in den freien Verkehr gelangen? II. 15/10 89. **19**, 436.

5. Was ist unter dem „im Namen" des Eigentümers handelnden „Befrachter" zu verstehen, dessen „Teilnahme" oder „Mitwissenschaft" im Zollvergehen die Konfiskation nach sich zieht? III. 22/1 91. **21**, 325.

6. Kann Konfiskation wegen Zolldefraude ausgesprochen werden, auch wenn nicht auf Strafe zu erkennen ist? III. 7/6 86. **14**, 195.

7. Kann die Konfiskation eines Gegenstandes, in Bezug auf welchen eine Zolldefraudation begangen ist, auch dann ausgesprochen werden, wenn nach Vollendung der Defraudation und vor der Beschlagnahme des Gegenstandes dieser durch Veräußerung in das Eigentum eines Dritten, der an der Defraudation nicht teilgenommen hat, übergegangen ist? IV. 18/1 98. **30**, 413.

§ 155 1. Ist die Geldsumme, welche an die Stelle der Konfiskation tritt, wenn der Wert des Konfiskandums nicht zu ermitteln ist, im Sinne des § 146 Abs. 2 eine zur Schärfung sich eignende Strafe? I. 9/11 91. **22**, 213.

2. Hat die Verurteilung zum Ersatze des Wertes an Stelle der unvollziehbaren Konfiskation nur den Eigentümer des Gegenstandes der Kontrebande oder Zolldefraude zu treffen? I. 9/2 82. **5**, 387.

§ 156 1. Geht das Eigentum der der Konfiskation unterliegenden Gegenstände sofort mit der Beschlagnahme auf den Staat über? Ist das Eigentum des Staates ein resolutiv bedingtes?

Begeht der, welcher die beschlagnahmte und damit nach § 156 Eigentum des Staates gewordene Sache rechtswidrig, aber in Unkennt-

nis von dem Verluste seines Eigentums wieder in Besitz nimmt, einen Diebstahl?

Schließt das gemäß § 156 eingetretene Eigentum des Staates an der beschlagnahmten Sache das Fortbestehen einer Beschlagnahme und damit die Anwendbarkeit des § 137 St.G.B.'s aus? II. 4/5 86. **14**, 112.

2. Kann mit der Einziehung des Erlöses für beschlagnahmtes und versteigertes Vieh die Verurteilung zum Ersatze der durch Abschätzung, Fütterung und Versteigerung des beschlagnahmten Viehes erwachsenen Kosten verbunden werden? I. 4/1 00. **33**, 54.

1. Findet der Grundsatz der Strafanhäufung auch bei Idealkonkurrenz § 158
Anwendung?

Ist die Konfiskation des mittels Konterbande eingeführten Gegenstandes auch bei idealer Konkurrenz mit anderen Straftaten auszusprechen?

Inwiefern erleidet der Grundsatz der Strafanhäufung bei Konterbande eine Modifikation?

Ist bei idealer Konkurrenz einer Zolldefraudation mit einer anderen Straftat neben der für letztere bestimmten Strafe die Defraudationsstrafe immer voll auszusprechen? I. 22/12 84. **11**, 330; IV. 24/11 85. **13**, 69; IV. 3/5 87. **16**, 58; IV. 21/12 94. **26**, 319.

2. Über Strafzumessung bei dem Zusammentreffen einer Konterbande und insbesondere einer komplottmäßigen Konterbande mit anderen Straftaten. II. 2/11 88. **18**, 174.

3. Über die Möglichkeit der Konkurrenz von Konterbande und Zolldefraudation,

die Zulässigkeit einer alternativen Feststellung,

die Möglichkeit der Konkurrenz von Konterbande mit Zuwiderhandlung gegen das Gesetz über Statistik des Warenverkehrs s. §§ 134, 135.

4. Kann Zolldefraudation mit Betrug ideell konkurrieren? I. 20/3 90. **20**, 305.

Über die unbefugte Übertragung einer amtlichen Plombe auf ein § 159
Kollo, wofür sie nicht bestimmt war, s. St.G.B. § 267 Nr. 28 S. 190.

1. Gehört zur Strafbarkeit, daß der Täter der Rechtmäßigkeit der § 161
Amtsausübung des Zollbeamten sich bewußt war? I. 26/10 96. **29**, 136.

2. Unter welchen Voraussetzungen ist die Versagung zollfreien Einlasses von Gegenständen, die ausnahmsweise zollfrei sind, eine rechtmäßige Amtshandlung des betreffenden Zolleinnehmers? I. 30/6 94. **26**, 22.

1. Ist bei gleichzeitiger Aburteilung mehrerer real konkurrierender § 162
Zollvergehen die den Geldstrafen zu substituierende Freiheitsstrafe auf die Dauer eines Jahres beschränkt? III. 3/7 90. **21**, 44.

2. Kann an Stelle der auf Grund des Vereinszollgesetzes festgesetzten Geldstrafe, welche den Betrag von 1 *M* nicht erreicht, für den Fall der Uneinbringlichkeit auf Haftstrafe erkannt werden? III. 9/6 87. **16**, 159.

§ 163 1. Werden die in Gemäßheit des Viehseuchengesetzes erlassenen Einfuhrverbote durch die Vorschrift des § 163 betroffen? II. 3/1 99. **31**, 415.

2. Verhältnis des § 163 zu § 137. IV. 21/2 96. **28**, 195; II. 3/1 99. **31**, 415.

§ 164 Besteht neben der in § 164 für Zolldefraudationen bestimmten dreijährigen Verjährungsfrist die dreimonatige Verjährungsfrist des § 67 Abs. 3 St.G.B.'s für diejenigen Defraudationen, welche mit einer höheren Strafe als einer Geldstrafe von 150 *M* nicht bedroht sind? I. 7/1 86. **13**, 223.

§ 165 1. Ergibt sich aus den aufrecht erhaltenen landesgesetzlichen Normen für Preußen die Zuständigkeit der Grenzzollbeamten und Gendarmen zur Beschlagnahme von Gegenständen, welche einem Einfuhrverbote zuwider aus dem Auslande eingeführt worden sind? IV. 4/7 90. **21**, 47.

2. Über die rechtliche Bedeutung des sog. Submissionsverfahrens. IV. 21/12 94. **26**, 319.

S. weiter

zu §§ 1, 2, 134	**21**, 121,
„ § 118	**27**, 350,
„ § 134	**33**, 1,
„ §§ 158, 159	**21**, 391, 407; **33**, 371,
„ § 162	**23**, 1.

Gesetz wegen Beseitigung der Doppelbesteuerung vom 13. Mai 1870 (B.G.Bl. S. 119).

1. Bezieht sich das Gesetz auch auf Gemeindesteuern? I. 4/4 95. **27**, 141.

2. Darf ein Gewerbe, welches in einem Bundesstaate bereits versteuert ist, wegen seines Betriebes in einem anderen Bundesstaate von diesem gleichfalls zur Gewerbesteuer herangezogen werden? I. 18/12 84. **11**, 309.

3. Schließt § 3 das Besteuerungsrecht des Domizilstaates des Aktionärs hinsichtlich der Dividenden von Aktien eines Aktienunternehmens aus, welches in einem anderen deutschen Bundesstaate als dem Wohnortsstaate des Aktionärs getrieben wird? III. 26/2 83. **8**, 132.

Gesetz über die Erwerbung und den Verlust der Bundes- und Staatsangehörigkeit vom 1. Juni 1870 (B.G.Bl. S. 355).

1. Bewirkt der ununterbrochene zehnjährige Aufenthalt im Auslande den Verlust der Reichs- und Staatsangehörigkeit unabhängig davon, ob der sich im Auslande Aufhaltende minderjährig oder sonst in seiner Handlungsfähigkeit beschränkt ist? IV. 16/11 97. **30**, 326; II. 5/11 97. **30**, 297; I. 28/11 95. **28**, 25; III. 4/2 95. **26**, 427.

2. Wann beginnt die Verlustfrist gegen die im Auslande Geborenen? Haben die den Beginn der Verlustfrist hinausschiebenden Maßnahmen des Familienhaupts Wirkung für seine Angehörigen? II. 5/11 97. **30**, 297.

3. Ist für die Berechnung der zehnjährigen Frist des § 21 Abs. 1 im Falle des Besitzes eines Reisepapieres oder Heimatsscheins auch die Fortdauer dieses Besitzes von Bedeutung?

Kann als Reisepapier ein Ersatzreservepaß angesehen werden, in welchem dem Inhaber seitens der zuständigen Militärbehörde auf bestimmte Zeit Urlaub ins Ausland erteilt ist? II. 13/3 00. **33**, 213.

4. Erwirbt ein Ausländer, der in Preußen zum Reserveoffizier ernannt wird, dadurch die deutsche Reichsangehörigkeit? II. 22/3 92. **23**, 17.

5. Zur Auslegung des § 21 Abs. 3. Verhältnis desselben zu den Staatsverträgen des Norddeutschen Bundes bezw. Badens mit den Vereinigten Staaten von Amerika vom 22. Februar 1868 bezw. 19. Juli 1868. I. 2/6 81. **4**, 271.

6. Wann kann nach § 7 einem Deutschen Aufnahme und Naturalisation verweigert werden? III. 17/6 82. **6**, 378.

S. weiter zu § 21: **23**, 407; **28**, 127.

Gesetz, betreffend das Urheberrecht an Schriftwerken, Abbildungen, musikalischen Kompositionen und dramatischen Werken, vom 11. Juni 1870 (B.G.Bl. S. 339).

1. Begriff von Schriftwerken, an denen ein Urheberrecht besteht. § 1
Sind Übersetzungen stets dazu zu zählen? I. 12/3 00. **33**, 129.

2. Ist die Verlagsfähigkeit ein Erfordernis des Schutzes gegen Nachdruck? II. 12/2 95. **27**, 21.

3. Wem steht das Recht des Urhebers an Zeichnungen zu, welche im Auftrage des Eigentümers einer Fabrik zur Ausführung technischer Einrichtungen derselben angefertigt worden sind? IV. 8/3 87. **15**, 405.

4. Ist in den auswechselbaren Notenscheiben zu einem Polyphon eine mechanische Vervielfältigung des auf ihnen zur Darstellung gebrachten Musikstücks zu erblicken? IV. 24/2 99. **32**, 41. Vgl. II. 17/11 96. **29**, 193.

5. Erstreckt sich der Schutz des Urheberrechts nur auf eine erstmalige Ausgabe des Werks, oder umfaßt er auch spätere „Ausgaben“ und „Auflagen“? I. 21/11 87. **16**, 352.

1. Unter welchen Voraussetzungen ist ein aus Beiträgen mehrerer § 2
bestehendes Werk als ein einheitliches Ganzes im Sinne des § 2 aufzufassen? III. 29/11 80. **3**, 75.

2. Ist der Herausgeber eines Sammelwerks berechtigt, die Einzelbeiträge weiter zu veräußern? II. 2/11 97. **30**, 292.

Ist die Weiterveräußerung eines Vervielfältigungs- oder Nach- § 3
drucksrechts grundsätzlich ohne die Zustimmung des Urhebers des Schrift- oder Kunstwerks unzulässig? II. 6/4 88. **17**, 268.

1. Gewährt das Gesetz Rechtsschutz gegen unbefugte mechanische Ver- § 4
vielfältigung eines Schriftwerks ꝛc auch dann, wenn die Vervielfältigung nicht nach dem Originale, sondern nach einem Nachdrucke bewirkt worden ist? III. 10/2 96. **28**, 256; III. 1/4 86. **14**, 67.

2. Ist dadurch, daß den unmittelbaren Gegenstand der mechanischen Vervielfältigung ein „Artikel aus einer Zeitung" bildet, objektiv das Vorhandensein verbotenen Nachdrucks auch dann ausgeschlossen, wenn der betreffende Zeitungsartikel selbst einen verbotenen Nachdruck bildet? III. 1/4 86. **14**, 67.

3. Unter welchen Voraussetzungen ist das Abschreiben als Nachdruck strafbar? III. 25/3 86. **14**, 46.

4. Kann ein Adreßbuch Gegenstand eines strafbaren Nachdrucks sein? I. 2/1 88. **17**, 195.

§ 7 1. Was ist unter Schriften von geringerem Umfange im Sinne des § 7a und unter Sammlungen zu einem eigentümlichen literarischen Zwecke zu verstehen, und unter welchen Voraussetzungen ist solchen Sammlungen für die Aufnahme bereits veröffentlichter Schriften von geringerem Umfange der Schutz des § 7a zu gewähren?

Unter welchen Voraussetzungen ist die Kompilation älterer Sammelwerke durch neue Sammelwerke gestattet? III. 29/11 80. **3**, 75; III. 4/2 80. **1**, 183.

2. Zum Begriffe „Sammlung zu einem eigentümlichen literarischen Zwecke". Stehen einzelne Lieferungen einer solchen Sammlung auch dann unter dem der Sammlung als solcher gewährten besonderen Schutze, wenn sie selbständig verkauft werden?

Welches ist die Grenze zwischen unerlaubtem teilweisen Nachdrucke und erlaubter Entlehnung? I. 21/11 87. **16**, 352.

3. Inwiefern kann derjenige, welcher eine fremde Dichtung, insbesondere einen Roman als Stoff zu einem Drama benutzt, sich des Nachdrucks schuldig machen? II. 22/6 83. **8**, 428.

4. Was ist unter „novellistisches Erzeugnis" im Sinne des § 7b zu verstehen?

Ist die Schutzberechtigung des in einer Zeitung veröffentlichten novellistischen Erzeugnisses dadurch bedingt, daß an der Spitze desselben der Abdruck untersagt ist? III. 17/11 86. **15**, 59.

5. Bedeutung des Ausdrucks „novellistisches Erzeugnis" in § 7b, insbesondere im Gegensatz zu den Begriffen „Novelle" und „Biographie". II. 10/12 89. **20**, 106.

6. Ist Umfang und literarischer Wert des Schriftwerks für den Begriff von novellistischem Erzeugnis entscheidend? I. 2/5 89. **19**, 198.

7. Was versteht § 7 Abs. b unter „einzelnen Artikeln aus Zeitschriften und anderen öffentlichen Blättern"? Gehören dazu Gedichte, welche von einer Privatperson der Redaktion einer Zeitung zur Veröffentlichung im Inseratenteile übersendet und in letzterem veröffentlicht worden waren? III. 11/7 85. **12**, 359.

8. Was ist unter Zeitschrift im Sinne des § 7b zu verstehen? Können jährlich erscheinende Kalender dahin gerechnet werden? III. 1/4 86. **14**, 67.

9. Was versteht § 7b unter „wissenschaftlicher Ausarbeitung"? III. 25/5 91. **22**, 55.

10. Greift § 7c Platz bei der Veranstaltung des Wiederabdrucks einer Patentbeschreibung nach Erteilung des Patentes? II. 12/2 95. **27**, 21.

1. Wer ist Veranstalter und wer Veranlasser eines Nachdrucks? §§ 18–20
II. 25/6 86. **14**, 236; IV. 6/6 90. **20**, 430.

2. Was ist strafbare „Veranstaltung" eines Nachdrucks? III. 2/2 85. **12**, 34.

3. Was gehört zum Begriffe der „Veranstaltung" strafbaren Nachdrucks? Schließt der Begriff das gleichzeitige bewußte Zusammenwirken mehrerer (Verleger, Drucker, Kommissionär) als Mittäter aus?

Ist es für den Tatbestand strafbaren Nachdrucks und die Strafbarkeit der Verbreitungsabsicht von rechtlicher Bedeutung, daß beabsichtigt wird, den Nachdruck ausschließlich außerhalb Deutschlands in Ländern zu verbreiten, in denen für das betreffende Schriftwerk kein Schutzrecht besteht?

Welchen Einfluß kann der Umstand äußern, daß die Ausführung des Nachdrucks straflos begonnen ist, und erst während der Ausführung Schutzrechte erworben worden sind, bezw. die Veranstalter Kenntnis hiervon erlangt haben?

Ist die Annahme „entschuldbaren" Rechtsirrtums der Nachprüfung des Revisionsrichters entzogen? III. 1/10 83. **9**, 109.

4. Was ist in § 18 Abs. 2 unter entschuldbarem tatsächlichen oder rechtlichen Irrtum zu verstehen?.

Findet Abs. 2 auch gegenüber dem Veranlasser eines Nachdrucks Anwendung? III. 2/7 81. **4**, 349.

5. Worin besteht die von den allgemeinen Rechtsgrundsätzen abweichende Besonderheit der Strafbestimmung über fahrlässigen Nachdruck? I. 17/1 84. **9**, 422.

6. Inwiefern ist der Rechtsirrtum in § 18 Abs. 2 berücksichtigt, und wie ist derselbe festzustellen? I. 2/5 89. **19**, 198.

7. Kann der, welcher wegen Nachdrucksveranstaltung aus § 18 bestraft wird, gleichzeitig noch wegen Verbreitung von Nachdrucksexemplaren aus § 25 in Anspruch genommen werden? I. 22/12 84. **11**, 333.

8. Ist die Zuerkennung einer Buße von einer genauen und zuverlässigen Ermittelung des Schadens abhängig? II. 9/3 88. **17**, 190.

9. Kann der Verleger einer periodischen Druckschrift für einen in dieselbe aufgenommenen als Nachdruck strafbaren Artikel verantwortlich gemacht werden, oder kann er sich mit dem Einwande schützen, daß er für die Druckschrift einen verantwortlichen Redakteur angestellt habe? IV. 6/6 90. **20**, 430.

10. Kann dem Verleger einer Fachzeitschrift eine Fahrlässigkeit in Bezug auf Nachdruck schon deshalb zur Last gelegt werden, weil er die Zulässigkeit des Abdrucks einzelner Artikel aus anderen Zeitschriften nicht selbst geprüft, sondern dem fachwissenschaftlich gebildeten Herausgeber die Prüfung überlassen hat? III. 11/10 94. **26**, 122.

11. Besteht zwischen dem eines Vergehens gegen § 18 und dem

eines Vergehens gegen § 25 Beschuldigten ein Verhältnis der Beteiligung an derselben Handlung in der Art, daß der gegen den einen gestellte Strafantrag, bezw. die Zurücknahme eines solchen Antrags auch gegen den anderen Wirkung äußert? III. 17/2 96. **28**, 175.

12. Ist nach § 20 in Verbindung mit § 48 St.G.B.'s strafbar, wer einen anderen anstiftet, einen Dritten zur Veranstaltung eines Nachdrucks zu veranlassen? II. 2/11 97. **30**, 292.

13. Kann der objektive Tatbestand des Nachdrucks dadurch hergestellt werden, daß für erwiesen erachtet wird, der Verleger, welcher mittels Verlagsvertrags Urheberrechte nur für eine gewisse Zeitdauer erworben hatte, habe bezüglich eines Teils der von ihm noch innerhalb der Vertragszeit hergestellten Druckexemplare die Absicht verfolgt, dieselben, falls er sie innerhalb der Vertragszeit nicht mehr abzusetzen vermöge, auch noch später buchhändlerisch zu verbreiten? III. 28/6 86. **14**, 267.

§ 21 1. Unter welchen Voraussetzungen fällt bei nur teilweisem Nachdrucke die Beschränkung der Einziehung auf den als Nachdruck erkannten Teil des Werks und die Vorrichtungen zu diesem Teile fort? IV. 15/5 85. **12**, 198.

2. Über die Befugnis des Verletzten, seinen Antrag nur auf Einziehung zu richten, s. § 36.

3. Über die Kosten der Einziehung im sog. objektiven Verfahren s. St.P.O. § 478 Nr. 6 S. 420.

4. Kann der Antrag der Staatsanwaltschaft auf Einziehung der Nachdrucksexemplare 2c um deswillen zurückgewiesen werden, weil der durch den Nachdruck Verletzte zwar Strafantrag, aber keinen Antrag auf Einziehung gestellt habe? III. 21/1 86. **13**, 324.

§ 22 Begriff des bloßen Versuchs eines Nachdrucks. II. 30/3 97. **30**, 56.

§ 25 1. Setzt § 25 eine strafbare Anfertigung von Nachdrucksexemplaren voraus, oder genügt eine Anfertigung, welche objektiv den Gesetzesvorschriften zuwider stattgefunden hat?

Was ist unter „gewerbsmäßig" zu verstehen?

Kommt dem Veranstalter eines strafbaren Nachdrucks, welcher auf Grund eines für entschuldbar erachteten Rechtsirrtums wegen strafbarer Veranstaltung straflos bleiben mußte, derselbe Rechtsirrtum strafausschließend auch dann zu statten, wenn er in unverändert gebliebenem guten Glauben Nachdrucksexemplare gewerbsmäßig verbreitet? III. 5/5 84. **10**, 401.

2. Begriff des Vorsatzes aus § 25.

Findet der Grundsatz des § 18 Abs. 2 auch auf den Fall des § 25 Anwendung? II. 15/4 87. **15**, 419.

3. Ist, wenn die Verletzung des Urheberrechts gewerbsmäßig rücksichtlich mehrerer Schriftwerke erfolgte, die Strafe aus § 25 nur einmal, oder für jedes Werk besonders zu erkennen? II. 29/3 81. **4**, 36.

4. Über das Verhältnis zu § 18 und das Zusammentreffen beider Tatbestände s. § 18 Nr. 11.

§§ 27, 28

1. Über das Recht zum Strafantrag im allgemeinen s. St.G.B. § 61.

2. Inwieweit ist der Inhaber eines beschränkten Verlagsrechts zum Strafantrage berechtigt? I. 7/6 86. **14**, 217.

3. Ist der Verfasser des in einer Zeitung veröffentlichten Erzeugnisses berechtigt, Strafantrag wegen Nachdrucks desselben zu stellen? III. 17/11 86. **15**, 59.

§ 33

1. Kann die Ablieferung der rechtswidrig hergestellten Nachbildung eines Gemäldes von seiten des Verfertigers an dem Veranstalter jener als eine den Lauf der Verjährung begründende Verbreitung in Betracht kommen? I. 22/12 84. **11**, 333.

2. Findet die Verjährungsfrist des Preßgesetzes auf den strafbaren Nachdruck Anwendung? I. 30/1 90. **20**, 181.

§§ 35, 36

1. Ist im Antrage auf Strafverfolgung auch der Antrag auf Einziehung zu finden?

Kann der Strafrichter ohne den Antrag auf Einziehung auf solche erkennen?

Kann der durch Nachdruck Verletzte ausschließlich die Einziehung der Nachdrucksexemplare im objektiven Verfahren beantragen, die für den Nachdruck Verantwortlichen aber außer Verfolgung lassen? III. 21/1 86. **13**, 324; III. 25/5 91. **22**, 55.

2. Über Berechnung der Antragsfrist bei fortgesetzter Verübung des Nachdrucks. III. 29/1 81. **3**, 326.

3. Unterliegt die in § 36 enthaltene Bestimmung über die Zulässigkeit der Einziehung einer Beschränkung, wenn der Schutz gegen Nachdruck inzwischen zufolge gesetzlicher Vorschriften erloschen ist? II. 12/2 95. **27**, 21.

4. Genügt eine vom Verletzten auf einen Rechtsanwalt ausgestellte gewöhnliche Civilprozeßvollmacht für die Legitimation des letzteren zur Stellung eines Einziehungsantrags im Strafverfahren? III. 23/11 91. **22**, 258.

§§ 43, 44

1. Unter welchen Voraussetzungen genießen Zeichnungen, welche zur Ausführung technischer Einrichtung einer Fabrik angefertigt worden sind, Schutz gegen Nachbildung? IV. 8/3 87. **15**, 405.

2. Unter welchen Voraussetzungen genießen Abbildungen in Preisverzeichnissen Schutz gegen Nachbildung? II. 15/11 01. **34**, 431.

§§ 50–56

1. Ist im Falle der unbefugten Aufführung eines dramatischen Werkes die Zuerkennung einer Entschädigung oder einer Geldbuße von dem Nachweise eines Schadens abhängig? I. 18/3 80. **1**, 328.

2. Von welchen Voraussetzungen ist die Feststellung des Entschädigungsbetrags nach freiem richterlichen Ermessen im Falle strafsfälliger Aufführung dramatischer Werke abhängig? II. 20/6 82. **6**, 398.

3. Kann im Falle strafbarer Aufführung dramatischer Werke statt der Entschädigung auf Geldbuße erkannt werden, und ist diese von der

möglichen Ermittelung des wirklichen Schadens abhängig? II. 7/2 96. **28**, 161.

4. Wer ist als der „Aufführer" eines dramatischen Werkes anzusehen? I. 22/11 97. **30**, 339.

§§ 57–62 1. Verhältnis der Bestimmungen über die rückwirkende Kraft des Nachdrucksverbots hinsichtlich musikalischer Kompositionen zu den entsprechenden Normen der deutsch-französischen Übereinkunft vom 18. April 1883. III. 23/11 91. **22**, 258.

2. Gestattet § 58 im Abs. 2 die Verbreitung solcher Exemplare von Schriftwerken, deren Herstellung vor dem 1. Januar 1881 gestattet war, aber jetzt untersagt ist, nur in dem Gebiete, in welchem sie gestattet gewesen, oder auch in denjenigen Teilen Deutschlands, in welchen dieselbe auch schon damals nicht gestattet war? I. 2/10 82. **7**, 57.

3. Erlangen Werke ausländischer Autoren, welche zuerst im Auslande erschienen sind, den Schutz des Gesetzes vom 11. Juni 1870, wenn sie später auch im Inlande herausgegeben werden? III. 12/6 80. **2**, 180.

4. Unter welchen Voraussetzungen genießen nichtveröffentlichte Werke ausländischer, insbesondere österreichischer Urheber in Deutschland den Schutz gegen Nachdruck? II. 17/11 96. **29**, 193.

S. weiter

zu § 1 flg. . . . . **21**, 149.
„ §§ 18, 19 **2**, 246; **4**, 212; **12**, 173; **20**, 211; **21**, 156; **30**, 144; **33**, 25,
„ §§ 18, 20, 25 . . . . **29**, 443,
„ §§ 27, 28 . . . . **14**, 51,
„ § 43 . . . . **35**, 328.

Verfassung des Deutschen Reiches vom 16. April 1871 (R.G.Bl. S. 63).

Art. 22 Ist ein Zeitungsartikel, welcher nicht nur das in einer öffentlichen Sitzung des Reichstags Verhandelte wahrheitsgetreu mitteilt, sondern auch das Mitgeteilte einer Besprechung unterwirft, von jeder Verantwortlichkeit frei? II. 5/11 86. **15**, 32.

Art. 30 Kann die Rede eines Abgeordneten im Reichstag zur Überführung des Abgeordneten bezüglich einer später vorgenommenen strafbaren Handlung benutzt werden?

Kann durch Wiederholung des Inhalts einer im Reichstag gehaltenen Rede außerhalb desselben von einem Abgeordneten eine strafbare Handlung begangen werden? III. 20/10 80. **2**, 365.

Art. 31 1. Bedeutung des Ausdrucks „zur Untersuchung ziehen". IV. 9/6 93. **24**, 205.

2. Hat Art. 31 Abs. 1 auch die Fortsetzung eines schon vor dem Zusammentritte des Reichstags begonnenen Strafverfahrens zum Gegenstand? I. 17/10 95. **27**, 385.

3. Bleibt die Immunität auch während der Zeit einer durch den

Kaiser mit Zustimmung des Reichstags erfolgten Vertagung des letzteren wirksam? III. 25/2 92. **22**, 379.

4. Läuft die Verjährung während derjenigen Zeit, in der die Verfolgung mangels Genehmigung des Reichstags aus Art. 31 unterbleiben muß? II. 15/2 95. **27**, 10; III. 25/10 00. **33**, 410.

5. Läuft die Verjährung zu gunsten eines Abgeordneten, wenn das wegen der Straftat eingeleitete Verfahren auf Verlangen des Reichstags ausgesetzt worden ist? IV. 24/6 92. **23**, 184. (Vgl. Strafg. Nov. vom 26. März 1893: R.G.Bl. S. 133.)

S. weiter

zu Art. 2 . . . . **1**, 213; **34**, 121,
„ „ 3, 78 . . . . **11**, 309; **32**, 204,
„ „ 4, 43 . . . . **10**, 325,
„ „ 5, 6, 15, 17 . . . . **7**, 382,
„ „ 12, 16 . . . . **32**, 236,
„ „ 22 . . . . **18**, 207,
„ „ 30 . . . . **4**, 14,
„ „ 31 . . . . **33**, 410,
„ „ 57 . . . . **23**, 407,
„ „ 66 . . . . **23**, 17.

Gesetz, betreffend die Inhaberpapiere mit Prämien, vom 8. Juni 1871 (R.G.Bl. S. 210).

1. Stehen ausländische Prämienpapiere mit falschem Stempel dem verrufenen, mit dem Scheine der Gültigkeit versehenen Gelde gleich? I. 11/4 92. **23**, 50.

2. Fällt es unter den Begriff des „Weiterbegebens", wenn ein im Auslande verkauftes ausländisches ungestempeltes Prämienlos im Inlande dem Käufer übergeben wird? IV. 19/12 90. **21**, 246.

3. Macht sich derjenige, welcher ein ungestempeltes ausländisches Prämienlos im Privatverkehre ankauft, eines Vergehens aus § 6 schuldig? II. 27/4 83. **8**, 294.

Gesetz über das Postwesen des Deutschen Reiches vom 28. Oktober 1871 (R.G.Bl. S. 347) / 20. Dezember 1899 (R.G.Bl. S. 715).

1. Welche Merkmale kennzeichnen einen dem Postzwange unter- § 1
worfenen Brief? I. 28/5 91. **22**, 22; s. auch I. 8/12 79. **1**, 114; III. 15/10 87. **16**, 284; III. 23/5 98. **31**, 153.

2. Wird die den Briefen an Soldaten in deren eigenen Angelegenheiten zugestandene Portofreiheit dadurch berührt, daß in einem solchen Brief eine Drucksache eingelegt worden ist? III. 23/5 98. **31**, 153.

3. Ist eine Sendung als Brief auch dann anzusehen, wenn sie mit einer Adresse nicht versehen und die Bestimmung der Person, an welche die Sendung abzugeben ist, dem mit der Beförderung Beauftragten überlassen ist? I. 8/1 94. **25**, 20.

4. Liegt eine Portohinterziehung vor, wenn die Beförderung ge-

druckter Cirkulare an auswärtige Adressaten in der Weise bewirkt wird, daß die Cirkulare am Absendungsorte in offene mit den Adressen der Empfänger versehene Umschläge gelegt, demnächst als Eisenbahnfrachtgut an einen am Bestimmungsorte wohnhaften Spediteur gesendet, dort von einem Angestellten des Absenders in Empfang genommen, sodann verschlossen und durch eine am Bestimmungsorte befindliche Privatpostanstalt dem Adressaten behändigt werden? Wie ist bei Annahme der Strafbarkeit die Strafe zu berechnen? II. 6/4 00. **33**, 241.

5. Unterliegen Briefe, Postkarten, Telegramme, welche der Adressat, nachdem er sie empfangen und gelesen hat, ohne Beifügung selbständiger Mitteilungen einem anderen übersendet, damit auch dieser von dem Inhalte Kenntnis nehme, dem Postzwange? Ist es dabei von Bedeutung, daß die Korrespondenten Teilhaber derselben Handelsgesellschaft sind?

Wie ist zutreffenden Falls die Defraudationsstrafe zu berechnen? III. 9/3 93. **24**, 28.

6. Sind Frachtbriefe, welche, zu einer Briefsendung vereinigt, von einem Spediteur dem anderen mittels der Post zugesendet werden, damit dieser Frachtgut und Frachtbriefe weiter befördere, als unter Verletzung der Postzwangspflicht beförderte Briefe anzusehen? III. 25/5 95 **27**, 256.

7. Zum Begriffe des postzwangspflichtigen Beförderns von Zeitungen. III. 9/1 95. **26**, 355.

8. Ist das in § 1 hinsichtlich der Zeitungen politischen Inhalts ausgesprochene Verbot der Beförderung gegen Bezahlung auf andere Weise, als durch die Post, auf die unmittelbare Beförderung an die Abonnenten beschränkt?

Bildet die Beförderung von Zeitungen politischen Inhalts als sog. „Expreßgut" mittels der Eisenbahn eine Beförderung durch expresse Boten oder Fuhren im Sinne des § 2? I. 27/1 81. **3**, 300.

9. Wird in das Postregal dadurch eingegriffen, daß ein Zeitungsspediteur, welcher an einem mit einer Postanstalt versehenen Orte wohnt, die Zeitungen von einem anderen Orte mit einer Postanstalt sich durch einen expressen Boten kommen läßt und dieselben an seine teils am Wohnorte des Spediteurs, teils auswärts wohnenden Abonnenten verteilen läßt? II. 28/9 80. **2**, 272; II. 16/2 92. **22**, 359.

10. Ist es den Zeitungshändlern gestattet, dem Postzwange unterliegende Zeitungen *auf der Eisenbahn als Handgepäck* zu befördern und für eine das gewöhnliche Abonnement übersteigende Vergütung in die Wohnungen der Besteller zu schaffen? II. 5/4 89. **19**, 108.

11. Dürfen postzwangspflichtige Gegenstände, insbesondere dem Postzwange unterliegende Zeitungspakete durch einen expressen Boten in der Weise befördert werden, daß der Bote bei Benutzung der Eisenbahn sie als Handgepäck zu sich nimmt oder sie als Reisegepäck aufgibt? III. 1/5 02. **35**, 220.

12. Unterliegt die Versendung einer wöchentlich mehrmals erscheinenden Zeitung aus der Druckerei an den *Verleger* dem Postzwange? I. 19/4 94. **25**, 279.

13. Was ist unter dem „zweimeiligen Umkreis des Ursprungsorts" zu verstehen? I. 27/6 81. **4**, 337.

14. Ist in dem Falle, wenn der Verleger die Zeitung nicht von seinem Wohnorte, sondern von einem anderen Orte aus an die Abonnenten ausgibt, für die Berechnung der zweimeiligen Entfernung dieser Ort, oder der Wohnort des Verlegers maßgebend? I. 19/49 4. **25**, 279.

15. Ist es verboten, verschlossene oder unverschlossene Briefe in einen Brief oder in ein Paket zusammengepackt durch die Post zu verschicken? III. 14/2 87. **15**, 328.

16. Was ist unter Verschluß eines Briefes bezw. eines Paketes zu verstehen? III. 15/10 87. **16**, 284.

17. Sind Paketbegleitscheine, welche, zu einer Briefsendung vereinigt, von einem Paketbeförderungsgeschäfte an das andere gesendet und von letzterem einzeln mit den Paketen an die Adressaten abgeliefert werden, als unter Verletzung der Postzwangspflicht beförderte Briefe anzusehen? III. 20/6 95. **27**, 302.

18. Ist es nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 28. Oktober 1871 einer Privatpostanstalt gestattet, gegen Bezahlung verschlossene Briefe zur Beförderung von einem mit Poststelle versehenen Orte an einen anderen Ort mit Poststelle zu übernehmen, dieselben gesammelt — wenn auch durch die Post — an eine mit ihr in Verbindung stehende Person oder Anstalt an jenem anderen Orte zu versenden und dort dem Adressaten zustellen zu lassen? I. 2/7 88. **18**, 45.

19. Unterliegt die Beförderung von Drucksachen (abgesehen von politischen Zeitungen) und Warenproben in offenen, mit der Adresse verschiedener Personen versehenen Briefumschlägen dem Postzwange, wenn diese in einem verschlossenen Pakete versendet werden? IV. 5/7 01. **34**, 337. I. 4/1 00. **33**, 144.

1. Was ist unter „expressen Boten" zu verstehen? I. 16/12 89. **20**, 124. § 2

2. Inwieweit Beförderung durch expressen Boten zulässig ist, s. auch § 1 Nr. 8—11.

(Fassung des Gesetzes vom 20. Dezember 1899.) § 2a

Fällt die gegen Bezahlung geschehene Beförderung von verschlossenen Briefen im Ursprungsorte durch im Dienste einer Privatbeförderungsanstalt stehende Boten unter die Strafbestimmung des § 27 Nr. 1?

Verhältnis der Bestimmungen des § 2a zu denjenigen des § 2. IV. 10/6 02. **35**, 290.

1. Über Portodefraudation s. auch § 1. § 27

2. Macht sich einer Portodefraudation schuldig, wer in einem Orte Deutschlands mit einer Postanstalt eine größere Anzahl Briefe in einer Kiste verpackt nach einem außerhalb Deutschlands in einem zum Weltpostvereine gehörigen Staate gelegenen Orte mit einer Postanstalt nicht mit der Post versendet? III. 24/1 98. **30**, 424.

3. Nimmt an einer verbotswidrigen Briefbeförderung in strafbarer

Weise teil, wer einen unter Verletzung des Postzwangs durch eine dritte Person zunächst an ihn gebrachten Brief seinerseits an den vom Absender bestimmten Empfänger gelangen läßt, und zwar in der Weise, daß diese Weiterbeförderung nur innerhalb des Bezirks einer und derselben örtlichen Postanstalt ausgeführt wird? II. 18/12 96. **29**, 267.

4. Gehört zum Tatbestande des Delikts ein Verschulden?

Kann bei der Versendung von Zeitungen eine Zuwiderhandlung gegen § 27 Nr. 1 durch Unterlassung der Beaufsichtigung von Gehülfen und Angestellten begangen werden? I. 12/4 94. **25**, 290.

5. Inwiefern kann die Strafbarkeit durch Irrtum ausgeschlossen werden? II. 6/4 00. **33**, 241; I. 24/11 98. **31**, 344; I. 27/1 81. **3**, 300.

6. Erfordert die Bestrafung aus § 27 Nr. 1 ein Handeln aus Eigennutz? I. 27/1 81. **3**, 300.

7. Kann eine Reihe von Portodefraudationen zu einem Einheitsdelikte zusammengezogen werden? I. 28/5 91. **22**, 22.

8. Ist von mehreren Mittätern jeder zur vollen gesetzlichen Strafe zu verurteilen, auch wenn sie Teilhaber einer offenen Gesellschaft sind und die Geldstrafen aus dem Gesellschaftsvermögen entrichtet werden? III. 9/3 93. **24**, 28.

9. Ist die Strafe der Portodefraudation unter Zugrundelegung des Portos für frankierte Briefe, oder unter Hinzurechnung des Zuschlagsportos für unfrankierte Briefe festzusetzen? Können bei der Strafbemessung Eventualitäten berücksichtigt werden, wie der Defraudant verfahren sein würde, wenn er die postzwangspflichtige Sendung, statt auf andere Weise, durch die Post befördert hätte? III. 27/9 86. **14**, 332.

10. Wie ist die Defraudationsstrafe zu berechnen, wenn verschlossene oder unverschlossene Briefe in ein verschlossenes Paket verpackt zwischen Orten mit Postanstalt auf andere Weise als durch die Post verschickt werden? III. 14/2 87. **15**, 328.

11. Wird die den Briefen an Soldaten in deren eigenen Angelegenheiten zugestandene Portofreiheit dadurch berührt, daß in einem solchen Briefe eine Drucksache eingelegt worden? III. 23/5 98. **31**, 152.

12. Ist in der mißbräuchlichen Verwendung bereits einmal verwendeter Postwertzeichen unter geflissentlicher Beseitigung des Entwertungszeichens Urkundenfälschung zu erkennen? III. 19/4 88. **17**, 394.

13. Was ist im Sinne der Nr. 4 unter dem verbotenen Übergeben von Briefen oder anderen Sachen an Postbeamte „zur Mitnahme“ zu verstehen? Was gehört zum subjektiven Tatbestande des betreffenden Delikts? III. 28/9 93. **24**, 252.

14. Ist der Tatbestand des in Nr. 4 vorgesehenen Delikts davon abhängig, daß der übergebene Gegenstand dem Postzwange unterliegt? III. 24/1 84. **10**, 45.

15. Über Portofreiheiten s. noch Gesetz vom 5. Juni 1869 über Portofreiheiten, S. 438.

§ 30 Ist in dem Strafurteile auf Ersatz des defraudierten Portos zu erkennen? I. 12/4 94. **25**, 290.

Führt die Nichtbeobachtung der Vorschrift des § 34 notwendig zur Aufhebung des eingeleiteten gerichtlichen Verfahrens? I. 27/1 81. **3**, 300. § 34

S. weiter

zu §§ 3, 6, 50 . . . . **17**, 141; **20**, 436,
„ §§ 27, 28 . . . . **28**, 327,
„ § 49 . . . . **26**, 389,
„ § 50 . . . . **6**, 17; **10**, 123.

Novelle vom 20. Dezember 1899.

1. Zum Begriffe der in Art. 3 gedachten Anstalten. II. 5/4 02. **35**, 191; III. 20/2 02. **35**, 138. Art. 3

2. Fällt die gewerbsmäßige Verteilung von Druckschriften, die vor der Verteilung mit schriftlicher Bezeichnung des Empfängers versehen sind, unter das Verbot des Art. 3? I. 13/2 02. **35**, 123.

3. Unter welchen Voraussetzungen kann die Bezeichnung einer Drucksache mit einer Nummer als Aufschrift eines bestimmten Empfängers im Sinne des Abs. 1 angesehen werden? III. 25/2 01. **34**, 176.

4. Fallen unter den Begriff „Drucksachen" im Sinne des Abs. 1 auch Zeitungen und Zeitschriften? IV. 10/6 02. **35**, 290.

Auslieferungsvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und Italien vom 31. Oktober 1871 (R.G.Bl. S. 446).

1. Darf im Strafverfahren gegen einen Ausgelieferten die Legalität des bei der Auslieferung beobachteten Verfahrens vom Gerichte nachgeprüft werden? II. 26/6 96. **29**, 22.

2. Darf ein wegen Verbrechens des betrüglichen Bankerutts Ausgelieferter wegen Vergehens des einfachen Bankerutts verfolgt werden? III. 21/12 96. **29**, 270.

Zusatzkonvention zu dem ... Friedensvertrage zwischen Deutschland und Frankreich vom 11. Dezember 1871 (R.G.Bl. 1872 S. 7).

1. Zur Frage der Auslieferung im Verhältnisse von Elsaß-Lothringen und Frankreich. I. 10/12 96. **29**, 288.

2. Darf ein von Frankreich wegen betrüglichen Bankerutts Ausgelieferter wegen Versuchs dieses Verbrechens verurteilt werden, wenn in der Hauptverhandlung seine Tat sich als Versuch herausstellt? I. 30/9 01. **34**, 380.

Konsularkonvention zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika vom 11. Dezember 1871 (R.G.Bl. 1872 S. 95).

Zur Auslegung des Art. 17. I. 14/10 80. **2**, 344.

S. weiter zu Art. 3 **17**, 51.

Auslieferungsvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und Großbritannien vom 14. Mai 1872 (R.G.Bl. S. 229).

1. Zur Auslegung des Vertrags. IV. 22/9 85. **12**, 381.

2. Verliert ein Ausgelieferter die Stellung eines solchen, wenn er nach Erledigung der Strafverfolgung Gelegenheit zur Rückkehr gehabt hat? Ist seine Strafverfolgung bezüglich einer Tat, wegen deren er nicht ausgeliefert ist, dann gestattet, wenn er erklärt, die Absicht der Rückkehr nach Großbritannien aufgegeben zu haben? I. 30/11 99. **32**, 425.

3. In welchem Umfange ist in dem Vertrage das Prinzip der Spezialität zur Geltung gelangt? Darf ein von Großbritannien wegen Unterschlagung Ausgelieferter wegen Betrugs verurteilt werden? II. 28/12 00. **34**, 68.

4. Darf in dem Strafverfahren gegen einen aus Großbritannien ausgelieferten Deutschen die Legalität des bei der Auslieferung beobachteten Verfahrens einer Nachprüfung seitens der deutschen Gerichte unterzogen werden? I. 29/1 00. **33**, 99.

Gesetz wegen Erhebung der Brausteuer vom 31. Mai 1872 (R.G.Bl. S. 153).

§ 1 1. Unterliegen Honig und Zucker, wenn sie zur Bereitung von Met verwendet werden, der Brausteuer? II. 24/2 91. **21**, 346.

2. Ist die Brausteuer auch von solchem Zucker zu entrichten, welcher in der Brauerei dem bereits abgegorenen Biere zugesetzt wird? II. 11/3 84. **10**, 167.

3. Ist die Brausteuer auch von solcher Zuckerkouleur (Bierkouleur) zu entrichten, welche dem sog. Nachbier (Kofent), d. h. dem auf kaltem Wege und mittels Selbstgärung in den Brauanlagen nach Ablassen der Bierwürze hergestellten Getränke zugesetzt wird? IV. 16/12 84. **11**, 382.

§ 4 1. Welche Strafe trifft den in der Steuer fixierten Brauer, welcher sich durch Täuschung der Steuerbehörde der Nachversteuerung entzieht, die Strafe des Betrugs, der Defraudation, oder die Ordnungsstrafe? Pl. 4/4 81. **4**, 50; III. 29/10 83. **9**, 236.

2. Kann sich der Fixat in Bezug auf die Brauereiregister und deren Führung durch einen Bediensteten mit der Wirkung vertreten lassen, daß nunmehr dieser für die ordnungsmäßige Führung dieser Register verantwortlich wird? III. 23/11 99. **32**, 405.

3. Ist der fixierte Brauer verpflichtet, Nachmaischungen in das Brauereiregister einzutragen? IV. 7/10 98. **31**, 277.

§ 13 1. Über die sich aus § 13 ergebenden Verpflichtungen. Trifft die strafrechtliche Verantwortlichkeit für Ordnungswidrigkeiten auch den Vormund, der eine seinem Mündel gehörige Brauerei fixiert betreibt? IV. 27/10 93. **24**, 353.

2. Ist es für die Beobachtung der Ordnungsvorschriften des § 13 von Bedeutung, ob die bezüglichen Stoffe zur Bierbereitung tauglich sind oder nicht? III. 8/10 91. **22**, 153.

1. Ist die der Steuerhebestelle eingereichte und dort mit Quittung über die entrichtete Steuer versehene schriftliche Brauanzeige eine öffentliche Urkunde, insbesondere auch hinsichtlich des in derselben deklarierten Bierzuges? Ist in der Vorlegung an den revidierenden Beamten ein Gebrauchmachen im Sinne des § 267 St.G.B.'s zu erkennen, obwohl die Brauanzeige ohnehin zur Einsicht des Steuerbeamten in der Brauerei bereit liegen muß? I. 25/6 91. **22**, 90. § 16

2. Begründet die unterlassene Anmeldung der Verwendung bereits anderweitig versteuerter Braustoffe zur Bierbereitung den Tatbestand der Brausteuerdefraudation? IV. 10/2 91. **21**, 318.

3. Ist ein Brauereibediensteter strafbar, wenn er innerhalb des Betriebs einer fixierten Brauerei in Abwesenheit des Brauereileiters ohne Vorwissen und besonderen Auftrag desselben einen durch die Geschäftslage notwendig gewordenen, weder in das Brauereiregister eingetragenen, noch zuvor bei der Steuerbehörde besonders angemeldeten Brauakt vornimmt? III. 23/11 99. **32**, 405.

Begriff von „Nachmaischung". IV. 7/10 98. **31**, 277. § 21

1. Wie ist der Begriff der Braudefraudation zu verstehen? §§ 27–29
Kann sich auch ein Brauereigehülfe oder Brauereiarbeiter der Brausteuerdefraudation schuldig machen? II. 22/10 86. **14**, 392.

2. Was heißt „vorgefundenes Braumalzschrot" in § 29? I. 27/10 79. **1**, 7.

3. Findet § 29 Nr. 2 auch dann Anwendung, wenn bei dem Brauer Stoffe der in § 1 unter 5—7 genannten Gattung vorgefunden werden, ohne daß derselbe überhaupt einen bestimmten Aufbewahrungsraum angezeigt hat? IV. 15/12 85. **13**, 176.

4. Setzt das in § 29 Nr. 1 und 2 bezeichnete Begriffserfordernis, daß die daselbst erwähnten Braustoffe „bei dem Brauer vorgefunden werden", voraus, daß die zu deren Aufbewahrung benutzten Räume dem Brauer eigentümlich oder zu den unmittelbar dem Braubetriebe dienenden Lokalitäten gehören? III. 12/5 87. **16**, 91.

5. Schließt der Mangel der Defraudationsabsicht auch in den Fällen des § 29, welche der Defraudation gleichgeachtet werden, die Strafe des § 30 aus, oder gilt § 32 nur für die Steuerhinterziehung des § 27? I. 23/11 85. **13**, 133.

6. Was ist unter der „gesetzlichen Anmeldung" in § 27 zu verstehen? IV. 18/3 87. **15**, 367.

1. Kann eine Reihe von Brausteuerdefraudationsdelikten zu einer Straftat zusammengefaßt werden, wenn einzelne in der Mitte der Reihe liegende Straffälle bereits früher bestraft sind? Welchen Einfluß üben diese Bestrafungen auf den Rückfall? Haben in diesen Richtungen die Bestrafungen im Verwaltungsstrafverfahren gleiche Wirkung mit gerichtlichen Urteilen? I. 17/3 90. **20**, 316. §§ 30–34

2. Ist jede nur in Nachmaischung oder Surrogatzuführung be-

stehende Brausteuerhinterziehung, auch wenn sie dem Betrage nach ermittelt wird, mit der Strafe des § 31 zu belegen? I. 11/4 89. **19**, 116.

3. Ist die Brausteuer-Defraudationsstrafe in ihrem Mindestbetrage nach § 30 für jedes Urteil wegen Steuerdefraude oder für jeden einzelnen Defraudationsfall angedroht? I. 27/10 79. **1**, 7.

4. Schließt bei objektiv vorliegender Defraudation das Fehlen der Defraudationsabsicht, wenn solches darauf beruht, daß der Täter irrtümlich den brausteuerpflichtigen Akt als nicht unter das Gesetz fallend erachtet hat, den Tatbestand der Defraudation gemäß § 32 aus? III. 4/3 86. **14**, 15.

5. Über Anwendbarkeit des § 32 auf Fälle des § 29 s. dort.

§ 35 1. Kann neben der Defraudationsstrafe noch auf Ordnungsstrafen erkannt werden? I. 17/3 90. **20**, 316.

2. Können die in § 35 vorgesehenen Ordnungsstrafen nur gegen den Vorstand oder den Leiter einer Brauerei verhängt werden? III. 23/11 99. **32**, 405.

3. Verhältnis der Ordnungsstrafe zur Defraudationsstrafe.

Verwirkt derjenige, der zum Brauen Malzsurrogate verwendet, ohne die in § 16 vorgeschriebene Brauanzeige erstattet und die in § 18 vorgeschriebene Generaldeklaration übergeben zu haben, neben der Defraudationsstrafe wegen der letztgedachten Unterlassung die Ordnungsstrafe aus § 35 Nr. 1? IV. 18/3 87. **15**, 367.

§ 37 Inwieweit findet neben anderen strafbaren Handlungen (Betrug) eine selbständige Bestrafung wegen Zuwiderhandlungen gegen das Brausteuergesetz statt? III. 12/10 99. **32**, 384.

§ 39 Können auch die Ordnungsstrafen im Nichteintreibungsfalle in Freiheitsstrafen umgewandelt werden? I. 25/6 91. **22**, 90.

§ 40 Unterliegt die Strafverfolgung dann, wenn objektiv Brausteuerdefraudation vorliegt, wegen fehlender Defraudationsabsicht aber gemäß § 32 nur eine Ordnungsstrafe nach § 35 stattfindet, der dreijährigen, oder der einjährigen Verjährung? III. 4/3 86. **14**, 15.

§ 44 Hat die preußische Deklaration vom 27. Januar 1828 für Kommunalsteuerzuschläge auf Bier nach dem Brausteuergesetze von 1872 noch Bedeutung? I. 11/4 89. **19**, 116; I. 17/3 90. **20**, 316.

Militärstrafgesetzbuch vom 20. Juni 1872 (R.G.Bl. S. 174).

§ 16 Gesetzlicher Mindestbetrag der Gefängnisstrafe. II. 12/10 97. **30**, 277.

§ 64 Bis zu welchem Zeitpunkte setzt sich das Vergehen der Urlaubsüberschreitung fort?

Beihülfe einer Civilperson. Strafausmessung für die Beihülfe. I. 8/4 95. **27**, 157.

Wann ist die Desertion vollendet? I. 3/2 81. **3**, 375. § 69
S. auch St.G.B. § 141, S. 83.

Was ist ein „Befehl in Dienstsachen"? II. 8/11 95. **27**, 406. § 92

Zur Auslegung dieser Bestimmungen. III. 5/12 87. **16**, 433. §§ 114, 122

Was versteht § 117 unter Unterdrückung von Beschwerden seitens militärischer Vorgesetzter? §§ 117, 147

Findet § 147 auch auf die Unterlassung von Meldung der bei einem Vorgesetzten angebrachten Beschwerde Anwendung? I. 4/4 87. **15**, 382.

Sinn des Ausdrucks „wer rechtswidrig von seiner Waffe Gebrauch macht". IV. 8/5 94. **25**, 347. § 149

S. weiter

zum Einführungsgesetze §§ 2, 3 . . **13**, 107; **22**, 1,
„ Militärstrafgesetzbuche §§ 1, 2, 16, 52, 92 **15**, 396,
zu §§ 1, 2, 16, 21, 97 . . . . **25**, 234,
„ §§ 1, 2, 149 . . . . **20**, 308,
„ §§ 4, 5, 6 . . **12**, 231; **12**, 319; **26**, 314,
„ §§ 6, 64, 69 . . . . **23**, 81,
„ §§ 81 flg. **33**, 280,
„ §§ 92, 113 . . . . **32**, 133,
„ § 138 . . . . **10**, 330.

Bestimmungen zur Ausführung des Gesetzes wegen Erhebung der Brausteuer vom 18. November 1872 (Centr.Bl. für die Abg.-Gesetzgebung zc in Preußen S. 364).

Bedeutung des Werts „unmittelbar" in Nr. 13 Abs. 6. II. 16/1 80. **1**, 72.

S. weiter **10**, 167; **11**, 382.

Seemannsordnung vom 27. Dezember 1872 (R.G.Bl. S. 409).

1. Umfaßt die in § 97 statuierte Verpflichtung des Schiffers, „für die gehörige Verproviantierung des Schiffes zu sorgen", auch die nach Antritt der Reise zu betätigende Fürsorge für gehöriges Verproviantiertbleiben des Schiffes? III. 22/11 97. **30**, 345.

2. Gehören die Personen, welche sich lediglich zur Ausführung von Hafenarbeiten an Bord des Schiffes befinden, zu der der Disziplinargewalt des Schiffers unterworfenen Schiffsmannschaft? III. 28/6 94. **25**, 439.

3. Ist im Sinne der §§ 89, 90 ein Steuermann Vorgesetzter der zur Schiffsmannschaft gehörigen Matrosen? IV. 22/1 01. **34**, 109.

4. Was ist unter der Disziplinargewalt des sonstigen Vorgesetzten eines Schiffsmanns im Sinne des § 96 zu verstehen? III. 10/12 01. **35**, 32.

S. weiter zu §§ 84, 89, 101 **22**, 232.

Gesetz, betreffend die Rechtsverhältnisse der Reichsbeamten, vom 31. März 1873 (R.G.Bl. S. 61).

Sind durch § 13 die landesgesetzlich bestehenden formalen Beschränkungen der Verfolgbarkeit von Beamten beseitigt? II. 2/11 99. **32**, 322.

S. weiter zu § 11 **28**, 424.

Deklaration des Art. 11 der zusätzlichen Übereinkunft vom 12. Oktober 1871 zu dem Friedensvertrage ꝛc zwischen Deutschland und Frankreich vom 8. Oktober 1873 (R.G.Bl. S. 365).

Sind infolge der Deklaration die den Firmenschutz betreffenden Bestimmungen in Verträgen aus der Zeit vor dem Kriege wieder in Kraft getreten? I. 15/1 85. **11**, 398.

Vertrag zwischen Deutschland und der Schweiz wegen gegenseitiger Auslieferung der Verbrecher vom 24. Januar 1874 (R.G.Bl. S. 113).

1. Bedeutung der Bestimmung in Art. 4 Abs. 3, daß der Ausgelieferte nicht wegen einer im Staatsvertrage nicht vorgesehenen Straftat zur Untersuchung gezogen werden darf. III. 26/6 99. **32**, 247.

2. In welchem Umfange gilt für den Vertrag das Prinzip der Spezialität? II. 8/2 98. **30**, 440.

S. außerdem zu Artt. 12, 13 **12**, 347.

Impfgesetz vom 8. April 1874 (R.G.Bl. S. 31).

§§ 6 flg. Stellung des Impfarztes. Sind Impfscheine und Impflisten öffentliche Urkunden? II. 28/4 96. **28**, 332.

Reichsmilitärgesetz vom 2. Mai 1874 (R.G.Bl. S. 45).

1. Geht § 11 davon aus, daß die Gestellungspflicht solcher Deutschen, welche die Reichsangehörigkeit verloren haben und keine andere besitzen, fortbesteht oder wiederauflebt, und ist damit die Verjährung des § 140 Nr. 1 gehindert? III. 6/2 93. **23**, 407.

2. Wann hat eine Person „ihren dauernden Aufenthalt in Deutschland genommen"? III. 4/2 89. **18**, 384.

3. Wann beginnt gemäß § 38 der Militärgerichtsstand für ausgehobene Rekruten? IV. 10/3 85. **12**, 85.

4. Ist, wenn eine Person des Beurlaubtenstandes nach Wahrnehmung einer Kontrollversammlung noch am Tage derselben ein gemeines Vergehen begangen, die Militärbehörde an diesem Tage aber davon Kenntnis nicht erlangt hat, für die Aburteilung der Straftat das Militärgericht, oder das Civilgericht zuständig? II. 21/9 86. **14**, 328.

5. Ist gemäß § 11 der Sohn eines ausgewanderten und wieder zurückgekehrten Deutschen nur dann von der Wehrpflicht befreit, wenn er von sich aus, selbständig, eine fremde Staatsangehörigkeit erworben hat?

Übergang des durch Naturalisation in den Vereinigten Staaten von Amerika erworbenen Bürgerrechts auf die Kinder. I. 21/10 01. **34**, 408.

6. Sind die zu einer Kontrollversammlung einberufenen Personen des Beurlaubtenstandes auch nach dem Schlusse der Kontrollversammlung und bis zum Ablaufe des Tages derselben den Militärstrafgesetzen unterworfen? Gilt dasselbe von denjenigen, welche auf der Kontrollversammlung zum Landsturme übergeführt worden waren? II. 30/6 85. **12**, 319.

S. außerdem

zu §§ 13, 24—27, 38 . . . . **8**, 214,
„ §§ 38, 56, 60, 67 . . . . **23**, 81,
„ § 51 . . . . **32**, 133,
„ §§ 56, 60 . . . . **26**, 314.

Gesetz über die Presse vom 7. Mai 1874 (R.G.Bl. S. 65).

Bestehen landesgesetzliche Strafbestimmungen gegen das Verbreiten von Druckschriften, welche den Ordnungsvorschriften des Prozeßgesetzes nicht entsprechen, noch zu Recht? III. 28/11 87. **16**, 409. § 1

Zum Begriffe von „Druckschriften" im Sinne des § 2. III. 29/6 81. **4**, 362. § 2

Über den Begriff des Verbreitens. Fer. 10/9 97. **30**, 224. § 3

S. auch St.G.B. §§ 186, 184, 166, sowie Gesetz vom 21. Oktober 1878, betr. die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie.

1. Zum Begriffe der „nichtgewerbsmäßigen öffentlichen Verbreitung". III. 29/9 84. **11**, 105. § 5

2. Einfluß auf weitergehende frühere Verbote von Druckschriften. IV. 7/1 02. **35**, 54.

1. Wer ist Drucker im Sinne des § 6? Wer ist für Nichtangabe oder falsche Angabe des Druckers verantwortlich? Unter welchen Voraussetzungen trifft den Inhaber (Mitinhaber) einer Druckerei die Verantwortlichkeit? IV. 17/6 87. **16**, 144; IV. 21/5 95. **27**, 246. § 6

2. Muß, wenn bei der Herstellung einer Druckschrift mehrere Drucker selbständig beteiligt sind, der Name und Wohnort eines jeden derselben auf der Druckschrift genannt werden? IV. 20/2 91. **21**, 360.

3. Ist der Verleger einer zur Verbreitung bestimmten Druckschrift für die nach § 6 erforderte Angabe des Namens und Wohnorts des Druckers und Verlegers verantwortlich?

Liegt die Verantwortlichkeit für Angabe des Namens und Wohnorts des Druckers und Verlegers auch dem verantwortlichen Redakteur ob? II. 20/6 82. **6**, 366.

4. Inwieweit kann in dem Verbreiten von Druckschriften, welche den Ordnungsvorschriften des Preßgesetzes nicht entsprechen, ein „Zuwiderhandeln" gegen diese Ordnungsvorschriften erkannt werden? III. 28/11 87. **16**, 409.

5. Findet § 6 nur auf solche Druckschriften Anwendung, die zur gewerbsmäßigen Verbreitung bestimmt sind?

Wird der Vorschrift, daß Name und Wohnort des Verlegers 2c genannt sein müssen, durch eine unpersönliche Bezeichnung, z. B. durch die Unterschrift „das Komitee", genügt?

Was ist unter „zu den Zwecken des Gewerbes ... dienend" in § 6 Abs. 2 zu verstehen? IV. 3/12 89. **20**, 63.

6. Ist die Frage, ob eine Druckschrift „nur zu den Zwecken des Gewerbes 2c dient", lediglich objektiv nach dem Inhalte und der Beschaffenheit der Druckschrift zu beurteilen, oder können dabei auch die durch die Druckschrift nicht erkennbar werdenden subjektiven Motive und Absichten der mit der Herausgabe der Druckschrift befaßten Personen berücksichtigt werden? III. 24/6 86. **14**, 279.

7. Ist die Zuwiderhandlung gegen § 6 mit dem ersten Akte der Verbreitung einer ordnungswidrigen Druckschrift dergestalt abgeschlossen, daß die Fortsetzung der Verbreitung für die Frage der Verjährung keine Bedeutung hat? II. 17/10 93. **24**, 350.

§ 7 1. Wird der Begriff der „periodischen Druckschrift" im Sinne von § 7 dadurch ausgeschlossen, daß nach dem Plane der Zeitung oder Zeitschrift deren Erscheinen in einer im voraus bestimmten Zahl von Exemplaren und nur für einen im voraus bestimmten Zeitraum in das Auge gefaßt ist?

Unterschied zwischen periodischer Druckschrift und einem in Abteilungen erscheinenden Lieferungswerke. III. 24/6 86. **14**, 279.

2. Bedürfen periodische Druckschriften, welche als Beilagen einer Zeitschrift herausgegeben werden, stets der besonderen Benennung eines verantwortlichen Redakteurs?

Hat die Benennung einer Person als verantwortlicher Redakteur auf dem Hauptblatte einer Zeitschrift zur Folge, daß diese Person ohne Rücksicht auf gleichzeitig für andere Teile der Zeitschrift erfolgende anderweitige Benennungen als alleiniger verantwortlicher Redakteur anzusehen ist?

Darf auf einer Zeitschrift neben der Benennung eines verantwortwortlichen Redakteurs für den gesamten Inhalt eine andere Person als verantwortlicher Redakteur für einen besonderen Teil der Zeitschrift benannt werden?

Ist es zulässig, den verantwortlichen Redakteur mit einem Pseudonym zu benennen, oder hat eine derartige Benennung überhaupt keine rechtliche Bedeutung? II. 13/12 95. **28**, 72.

3. Erstreckt sich die Verantwortlichkeit des Redakteurs einer periodischen Druckschrift auch auf solche Beilagen einer Nummer der Druckschrift, welche auf dem Hauptblatte nicht als Beilagen bezeichnet sind? II. 22/9 82. **7**, 45; III. 23/12 81. **5**, 314.

4. Welche Folgen hat die nicht gesetzmäßig erfolgte Bestellung mehrerer Redakteure? III. 24/3 92. **23**, 9.

5. Ist der Vorschrift des § 7 genügt, wenn zwar die Straße, nicht

aber der Ort, wo die Wohnung des Redakteurs sich befindet, angegeben, und dieser Ort nur indirekt aus dem Namen der Druckschrift zu folgern ist?

Ist der Redakteur für die vorgeschriebene Angabe verantwortlich? II. 20/6 82. **6**, 366.

6. Wird der Vorschrift des § 7 durch Bezeichnung: „Redaktion — — in —" (Name und Wohnort) genügt? III. 15/3 94. **25**, 180.

7. Wird der Vorschrift durch eine Angabe genügt, aus welcher nur im Wege der Schlußfolgerung entnommen werden kann, wer der verantwortliche Redakteur sei?

Kann der irrige Glaube, durch eine solche Angabe der Vorschrift des § 7 entsprochen zu haben, einen Strafausschließungsgrund bilden? II. 2/6 96. **28**, 399.

8. Welche Bedeutung hat die Vorschrift der Benennung des verantwortlichen Redakteurs? IV. 21/5 95. **27**, 246.

9. Wen trifft die Strafe für die falsche Bezeichnung des verantwortlichen Redakteurs auf einer periodischen Druckschrift? IV. 24/6 90. **21**, 23.

10. Über die Frage, wer verantwortlicher Redakteur ist, s. unten § 20.

11. Enthält es eine „falsche Angabe" über die Person des Redakteurs, wenn als solcher ein Mann bezeichnet wird, der nach dem Willen der Beteiligten nicht Redakteur sein sollte und diese Stellung selbst im Ernste gar nicht einnehmen wollte? II. 30/5 02. **35**, 271.

1. Ist die in § 11 statuierte Verpflichtung des verantwortlichen Redakteurs davon abhängig, daß derselbe in der periodischen Druckschrift als solcher benannt ist? IV. 24/6 90. **21**, 23. § 11

2. Macht sich der Redakteur strafbar, wenn er die Aufnahme einer der Vorschrift des § 11 entsprechenden Berichtigung aus dem Grunde verweigert, weil er die bestrittene Tatsache für wahr hält? IV. 6/10 93. **24**, 278.

3. Kann der Schutz des § 193 St.G.B.'s für eine Berichtigung im Sinne des § 11 der beteiligten Person und dem Redakteur gewährt werden? III. 9/10 80. **3**, 40.

4. Ist das an die Redaktion einer Zeitung gerichtete schriftliche Ersuchen um Aufnahme einer Berichtigung eine zum Beweise von Rechten und Rechtsverhältnissen erhebliche Privaturkunde? II. 13/2 00. **33**, 137.

Sind die in § 13 bezeichneten Korrespondenzen von den für periodische Druckschriften getroffenen Bestimmungen auch dann befreit, wenn sie mittels der Buchdruckerpresse vervielfältigt werden? II. 20/1 85. **11**, 406. § 13

Bedeutung des Ausdrucks „erkannte Geldstrafen und Kosten". I. 1/10 94. **26**, 91. § 16

1. Über den Begriff von Schriftstücken „eines Strafprozesses", deren vorzeitige Kundgebung verboten ist. Wann hat „das Verfahren sein Ende erreicht"? § 17

Inwieweit kann ein Strafprozeß auch bereits vor der förmlichen

Klagerhebung als begonnen erachtet werden? III. 10/12 91. **22**, 273. II. 3/6 02. **35**, 275.

2. Bezieht sich die Vorschrift auch auf den Inhalt polizeilicher Strafverfügungen? II. 28/1 96. **28**, 141.

3. Ist die Vorschrift auch auf das ehrengerichtliche Verfahren gegen Rechtsanwälte zu beziehen? III. 3/11 80. **3**, 42.

4. Bildet ein zur gerichtlichen Voruntersuchung in einem Strafprozesse erhobenes Gutachten eines Sachverständigen ein amtliches Schriftstück im Sinne des § 17? I. 5/7 88. **9**, 193.

5. Ist an dem Verbote der Veröffentlichung der Anklageschrift dadurch etwas geändert, daß nach der Reichsstrafprozeßordnung die Anklageschrift in der Hauptverhandlung nicht mehr verlesen oder sonst kundgegeben wird? III. 27/9 86. **14**, 340.

6. Wann ist die Anklageschrift im Sinne des § 17 als kundgegeben anzusehen? I. 4/6 96. **28**, 411.

7. Fällt unter das Strafverbot die Veröffentlichung der Abschrift einer demnächst dem Staatsanwalte zur Einleitung eines Strafprozesses übergebenen Anzeige? I. 30/4 94. **25**, 330.

8. Bedingt es für das Verbot der Veröffentlichung amtlicher Schriftstücke eines Strafprozesses einen rechtlichen Unterschied, ob die Kundgebung derselben in einer unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattgehabten Hauptverhandlung, oder in öffentlicher Gerichtssitzung erfolgt ist? III. 3/1 87. **15**, 253.

9. Was ist unter Veröffentlichung der Anklageschrift oder anderer Schriftstücke eines Strafprozesses zu verstehen? I. 24/9 94. **26**, 79. I. 11/6 96. **28**, 416.

10. Setzt § 17 vollständigen oder wörtlichen Abdruck des Schriftstücks voraus? I. 5/7 83. **9**, 193.

11. Genügt zur Strafverhängung aus § 17 die Tatsache, daß ein Schriftstück eines Strafprozesses vorzeitig durch die Presse verbreitet worden ist, ohne Nachweis eines subjektiven Verschuldens des Verbreiters?

Leidet auf die Straftat des § 17 auch die Bestimmung des § 21 des Preßgesetzes Anwendung? I. 10/12 83. **9**, 269.

12. Wird die Verurteilung aus § 17 wegen vorzeitiger Veröffentlichung der Anklageschrift eines Strafprozesses nach dem Grundsatze ne bis in idem dadurch ausgeschlossen, daß der Angeklagte wegen Veröffentlichung der nämlichen Anklageschrift durch ein anderes Preßorgan bereits verurteilt worden ist? III. 27/9 86. **14**, 342.

§ 18 1. Genügt zur Strafbarkeit der in Nr. 1 vorgesehenen Zuwiderhandlungen Fahrlässigkeit? III. 12/5 92. **23**, 117; I. 10/12 83. **9**, 269.

2. Unter welchen Voraussetzungen ist der Inhaber einer Druckerei mit der in § 18 Nr. 2 angedrohten Strafe zu belegen? IV. 17/6 87. **16**, 144.

3. Findet die erhöhte Strafe aus § 18 Nr. 2 wegen falscher Angaben mit Kenntnis ihrer Unrichtigkeit auch auf absichtliche Unterlassung der in §§ 6, 7 erforderten Angaben Anwendung?

Ist die Strafe wegen verschiedener Verstöße gegen die Vorschriften in §§ 6, 7 in derselben Nummer einer periodischen Druckschrift nach den Grundsätzen über reale, oder über ideale Konkurrenz zu bemessen? II. 20/6 82. **6**, 366.

4. S. weiter oben §§ 6, 7.

1. Unter welchen Voraussetzungen ist der Inhaber einer Druckerei mit der in § 19 Nr. 1 angedrohten Strafe zu belegen? IV. 17/6 87. **16**, 144. § 19

2. Über Konkurrenz verschiedener Verstöße in derselben Zeitungsnummer s. vorstehend § 18.

3. S. weiter oben §§ 6, 7, 11.

1. Verhältnis der Normen in Abss. 1 u. 2. Enthält Abs. 2 nur den Grundsatz, es werde gegen den Redakteur präsumiert, daß er die Druckschrift mit Kenntnis und Verständnis des Inhalts vorsätzlich veröffentlicht habe, und wird im übrigen durch die gedachte Bestimmung die Frage nicht berührt, mit welchem strafrechtlichen Vorsatze der Redakteur gehandelt hat? Umfassen die „besonderen Umstände“ im Sinne des Abs. 2 a. a. O. alle Tatmomente, welche die Annahme vorsätzlich verursachter Veröffentlichung nach gewöhnlichen prozessualen Grundsätzen zu widerlegen geeignet sind? Pl. 6/6 91. **22**, 65. Vgl. II. 14,11 79. **1**, 14; I. 26/4 80. **2**, 28; II. 5/2 84. **10**, 82; II. 28/3 84. **10**, 229; III. 24/11 84. **11**, 316; III. 16/3 81. **3**, 433; III. 7/12 81. **5**, 301; III. 23/12 81. **5**, 314; III. 13/4 85. **12**, 294; III. 4/10 88. **18**, 142; IV. 22/4 87. **16**, 16; IV. 6/11 88. **18**, 207. § 20

2. Zur Haftung des verantwortlichen Redakteurs. IV. 5/6 94. **25**, 404.

3. Was gehört zur Widerlegung der in Abs. 2 gegen den verantwortlichen Redakteur aufgestellten Rechtsvermutung?

Inwieweit kann bei regelmäßiger Unterlassung einer Prüfung des Zeitungsinhalts Eventualdolus angenommen werden? IV. 7/7 96. **29**, 40; I. 16/6 98. **31**, 211.

4. Inwiefern ist der Redakteur einer periodischen Druckschrift, welcher die Redaktionstätigkeit willkürlich einem anderen überläßt, für dessen Handlung verantwortlich zu machen? II. 17/11 91. **22**, 221.

5. Ist die Annahme der Täterschaft eines verantwortlichen Redakteurs, der den Abdruck eines Inserats mit strafbarem Inhalte angeordnet hat, ausgeschlossen, wenn er den Willen, die Veröffentlichung des Inserats nicht dulden zu wollen, kundgegeben, aber ein weiteres für Verhinderung der Veröffentlichung nicht getan hat? I. 4/7 95. **27**, 338.

6. Fällt es in den Pflichtenkreis des verantwortlichen Redakteurs einer periodischen Druckschrift, zu verhindern, daß ein Artikel mit strafbarem Inhalte, der ihm erst vor der Ausgabe der Druckschrift in den ausgabefertigen Exemplaren bekannt wird, in dieser zur Veröffentlichung gelangt? IV. 1/7 02. **35**, 315.

7. Inwiefern ist der verantwortliche Redakteur einer periodischen

Zeitschrift für ein ein Vergehen gegen § 286 St.G.B.'s involvierendes Inserat strafrechtlich verantwortlich? IV. 23/11 94. **26**, 225.

8. Inwieweit ist der Zeitungsredakteur strafrechtlich verantwortlich bei der Veröffentlichung des Angebots von Losen landesgesetzlich verbotener Lotterien? III. 7/12 81. **5**, 301; III. 23/12 81. **5**, 314.

9. Wer ist der verantwortliche Redakteur einer periodischen Druckschrift? IV. 21/5 95. **27**, 246.

10. Wird die Eigenschaft als verantwortlicher Redakteur erst durch die Benennung desselben auf der Druckschrift begründet? IV. 24/6 90. **21**, 23.

11. Was ist erforderlich, um die nach Abs. 2 den Redakteur treffende Verantwortlichkeit als unter mehreren Redakteuren geteilt anzunehmen? III. 24/3 92. **23**, 9.

12. Kann dem auf Grund des § 20 angeklagten Redakteur die Nennung des Verfassers Schutz gegen Strafe gewähren? I. 26/4 80. **2**, 28.

13. Kann der Verleger einer periodischen Druckschrift für einen in dieselbe aufgenommenen, als Nachdruck strafbaren Artikel verantwortlich gemacht werden, oder kann er sich mit dem Einwand schützen, daß er für die Druckschrift einen verantwortlichen Redakteur angestellt habe? IV. 6/6 90. **20**, 430.

14. Ist der verantwortliche Redakteur einer Zeitung, gegen den neben dem Verfasser eines Artikels wegen Beleidigung Anklage erhoben wird, als „Mittäter" im Sinne des § 47 St.G.B.'s anzusehen?

Kommen, wenn nur gegen eine dieser Personen Strafantrag gestellt wird, oder der gestellte Antrag nur gegenüber einem der Täter zurückgezogen wird, die §§ 63, 64 St.G.B.s zur Anwendung? I. 15/11 83. **9**, 186.

15. Kann der Redakteur einer periodischen Druckschrift, welcher einen von einem anderen verfaßten beleidigenden Artikel veröffentlicht hat, als Täter bestraft werden, wenn die Strafbarkeit des Verfassers gemäß § 193 St.G.B.'s ausgeschlossen ist? II. 29/6 94. **26**, 18.

16. Folgt aus der strafrechtlichen Verantwortlichkeit des Redakteurs einer Zeitung seine Berechtigung zum Strafantrage wegen beleidigender Angriffe gegen die von ihm redigierte Zeitung? IV. 4/12 85. **13**, 126.

17. Über den Umfang der strafrechtlichen Verantwortlichkeit des benannten Redakteurs s. weiter oben § 7.

18. Ist hinsichtlich des dem politischen Teile einer Zeitung zugehörigen Leitartikels als der „benannte" verantwortliche Redakteur im Sinne des § 7 derjenige anzusehen, der auf dem Blatte als verantwortlich für diesen Leitartikel, oder derjenige, der als verantwortlich „für den weiteren politischen Teil" bezeichnet ist? II. 26/2 01. **34**, 187.

S. außerdem zu § 20 **26**, 373; **29**, 401.

§ 21 1. Bedeutung des § 21.

Ist die Verurteilung des verantwortlichen Redakteurs einer Beleidigungen enthaltenden periodischen Druckschrift aus § 21 auf Beleidigung

zu richten und dem Beleidigten die Publikationsbefugnis zuzusprechen? IV. 2/2 86. **13**, 319.

2. Charakterisiert sich die in § 21 mit Strafe bedrohte Tat als Fahrlässigkeitsdelikt? Greift eine Rechtsvermutung zu ungunsten der in § 21 genannten Personen Platz? Trifft den verantwortlichen Redakteur einer periodischen Druckschrift ein Verschulden schon deshalb, weil er die Korrektur nicht selbst vorgenommen hat? III. 25/6 94. **26**, 45.

3. Zum Begriffe der mit Strafe bedrohten Fahrlässigkeit. In welcher Hinsicht hat der Drucker pflichtmäßige Sorgfalt zu beobachten? IV. 9/6 99. **32**, 220.

4. Unter welchen Voraussetzungen kann angenommen werden, daß der Verleger einer periodischen Druckschrift durch die Bestellung eines verantwortlichen Redakteurs die gebotene „pflichtgemäße Sorgfalt" angewendet hat? III. 2/11 92. **23**, 274.

5. Setzt die Bestrafung aus § 21 voraus, daß schon durch den Inhalt der Druckschrift unabhängig von ihrer Verbreitung der Tatbestand einer strafbaren Handlung begründet wird?

Reicht es für die Bestrafung aus § 21 aus, daß der objektive Tatbestand einer strafbaren Handlung durch die Druckschrift gegeben ist, oder muß der strafbare Inhalt dem Verfasser zum Dolus zuzurechnen sein? III. 23/12 81. **5**, 354.

6. Kann in Bezug auf Delikte, welche für den subjektiven Tatbestand das Bewußtsein der Unwahrheit gewisser tatsächlicher Behauptungen voraussetzen, von dem Inhalte einer Druckschrift festgestellt werden, derselbe begründe objektiv den „Tatbestand einer strafbaren Handlung", auch wenn alle für den Inhalt der Druckschrift strafrechtlich verantwortlichen Personen an die Wahrheit der fraglichen Behauptungen geglaubt haben? III. 2/6 92. **23**, 151.

7. Wird die Verantwortlichkeit des Verlegers rc aus § 21 schon durch die Innehabung des betreffenden Geschäfts begründet, oder ist der Verleger rc nur wegen seiner Tätigkeit verantwortlich? III. 23/12 81. **5**, 354.

8. Unter welchen Voraussetzungen haftet derjenige, welcher eine Verlagsbuchhandlung erwirbt, aus § 21 als Verleger für den strafbaren Inhalt solcher Druckschriften, welche bereits vor dem Erwerbe in dem Verlage jener Handlung erschienen waren? IV. 9/7 89. **19**, 357.

9. Findet § 21 auf den im Laden verkaufenden Buchhandlungsgehülfen Anwendung? III. 28/4 92. **23**, 110.

10. Leidet § 21 auf die Straftat des § 17 des Preßgesetzes Anwendung? I. 10/12 83. **9**, 269.

11. Ist in dem Falle, wenn ein der Beleidigung Angeklagter aus § 20 des Preßgesetzes nicht für schuldig befunden wird, zur Anwendung des § 21 ein besonderer Antrag nötig? I. 4/11 96. **29**, 143.

12. Kann gemäß Abs. 2 die Nennung des Verfassers dem Redakteur Schutz gegen die Strafe als Täter gewähren? I. 26/4 80. **2**, 28.

13. Was ist unter dem nach Abs. 2 zur Begründung der Straffreiheit erforderlichen Nachweise zu verstehen? Welcher Zeitpunkt ist für

den Nachweis entscheidend? Hat derselbe ein gegen den Nachmann schwebendes Verfahren zur Voraussetzung? Wird er dadurch ersetzt, daß der Strafverfolgungsbehörde schon auf anderem Wege der Vormann bekannt geworden ist? Muß diese Kenntnis in einem gegen den Nachmann schwebenden Verfahren erlangt sein? II. 13/10 93. **24**, 321; III. 20/11 93. **24**, 391.

14. Kann nach der Ermittelung eines Vormanns beziehungsweise des Verfassers rc der Nachmann auf Grund des § 21 noch zur Verantwortung gezogen werden? III. 23/12 81. **5**, 354; II. 21/6 81. **4**, 297.

15. Können die für Fahrlässigkeit haftbaren Personen durch Benennung des Vormanns sich auch dann noch der Bestrafung entziehen, wenn bereits die Verkündung eines erstinstanzlichen Urteils erfolgt, dieses aber von dem Revisionsgerichte aufgehoben worden ist? III. 18/6 91. **22**, 86.

16. Ist durch den Nachweis des Vormanns die Bestrafung des Nachmanns auch dann ausgeschlossen, wenn zur Zeit des Nachweises Verjährung der Strafverfolgung des Vormanns eingetreten ist? I. 21/3 92. **22**, 431.

17. Bezieht sich die Vorschrift des Abs. 2 in den Worten „oder als einen der in obiger Reihenfolge vor ihr Benannten" auch auf periodische Druckschriften? III. 14/11 92. **23**, 313.

18. Welchen Sinn hat die Schlußbestimmung, daß die Bestrafung hinsichtlich des Verbreitens ausländischer Druckschriften ausgeschlossen bleibt, wenn ihm dieselben im Wege des Buchhandels zugekommen sind? Greift die Bestimmung auch Platz bei demjenigen, welcher, ohne selbst das Gewerbe als Buchhändler zu betreiben, die ausländische Schrift vom Buchhändler bezieht, oder welchem sie vom Buchhändler in Ausübung von dessen Gewerbe zur Verbreitung übergeben wird? III. 28/4 92. **23**, 110.

19. Sind in Württemberg zur Aburteilung der Fahrlässigkeitsvergehen des § 21 und insbesondere auch der öffentlichen Verbreitung einer Druckschrift strafbaren Inhalts die Schwurgerichte zuständig? I. 29/11 88. **18**, 293.

§ 22 1. Was ist unter Druckschriften strafbaren Inhalts zu verstehen? Wann beginnt die Verjährungsfrist für Verbrechen und Vergehen, die durch Verbreitung solcher Druckschriften begangen werden? II. 28/2 99. **32**, 69.

2. Kann in dem Falle, wenn ein Artikel beleidigenden Inhalts einem Zeitungsredakteur zur Veröffentlichung übersandt worden und diese auch erfolgt ist, nach Ablauf der in § 22 vorgesehenen Verjährungsfrist noch eine Strafverfolgung eintreten wegen der Beleidigung, welche durch Übersendung des Manuskripts an den Redakteur verübt worden? IV. 29/9 93. **24**, 269.

3. Gilt für die Verjährung der Strafverfolgung des Vergehens der Erpressung, wenn die Drohung in einer Druckschrift enthalten war, die Frist des § 22 des Preßgesetzes? II. 3/4 00. **33**, 230.

4. Findet die Verjährungsfrist des Preßgesetzes auf den strafbaren Nachdruck Anwendung? I. 23/1 90. **20**, 181.

5. Wann beginnt die Verjährungsfrist bei Preßdelikten?

Finden die Grundsätze der §§ 66, 67, 68 St.G.B.'s auf Preßdelikte Anwendung? I. 24/3 81. **4**, 216.

6. Über Verjährung der Zuwiderhandlungen gegen § 6 des Preßgesetzes s. dort.

7. Über Verjährung bei strafbarer Verbreitung von Druckschriften. I. 15/12 83. **9**, 291.

8. Wann beginnt der Lauf der Verjährungsfrist, wenn die Straftat durch eine Reihe von Zeitungsinseraten begangen ist? II. 27/5 02. **35**, 267; II. 28/2 99. **32**, 69.

S. zu § 22 auch **33**, 426.

Was ist unter Beschlagnahme einer Druckschrift zu verstehen? Kann eine solche in einer nach § 24 Abs. 4 verspätet erfolgten Bestätigung der vorläufigen Beschlagnahme oder in dem auf Unbrauchbarmachung lautenden Urteile gefunden werden? II. 12/11 97. **30**, 323. § 28

Worauf bezieht sich der in Abs. 2 zu gunsten der Landesgesetzgebung gemachte Vorbehalt? III. 28/11 87. **16**, 409. § 30

S. außerdem zu § 30 **19**, 1.

Betriebsreglement für die Eisenbahnen Deutschlands vom 11. Mai 1874 (Centr.Bl. S. 179).

Hat der auf Grund des § 50 Nr. 4 für unrichtige Gewichtsdeklaration angedrohte Konventionalstrafe die Natur einer öffentlichen Strafe, welche die Betrugsstrafe ausschließt? IV. 11/2 87. **15**, 266.

S. außerdem

zu §§ 9—11, 14 . . . **4**, 295; **24**, 318,
„ § 14 . . . . **10**, 325.

Gesetz über Markenschutz vom 30. November 1874 (R.G.Bl. S. 143).

1. Kann ein Kaufmann, der das Generaldepot für Waren eines ausländischen Produzenten führt, durch Anmeldung eines Zeichens den Schutz des Gesetzes erwerben? I. 31/3 92. **23**, 25. § 1

2. Unter welchen Voraussetzungen kann eine Etikette als Warenzeichen dienen? Ist für den Begriff des Warenzeichens in Ansehung fremder Waren das fremde Recht maßgebend? Kann bei Entscheidung der Frage, ob ein geschütztes Warenzeichen gemißbraucht ist, auch die Gleichheit der Verpackung berücksichtigt werden? II. 4/1 95. **26**, 391.

3. Ist das ausländische nur aus einem Worte bestehende Warenzeichen nach deutschem Rechte nur aus dem Gesichtspunkte eines bildlichen Zeichens oder auch in der Eigenschaft eines Klangzeichens geschützt? III. 12/10 91. **22**, 178.

4. Was ist maßgebend für Beurteilung der Frage, ob die zur

Bezeichnung derselben Ware gleichzeitig angemeldeten und eingetragenen mehreren Warenzeichen nur in ihrer Vereinigung zu einer Kollektivmarke, oder als selbständige Einzelzeichen den gesetzlichen Schutz erlangt haben? III. 11/2 82. **6**, 28.

§ 3 1. Wird der Begriff eines zusammengesetzten Warenzeichens dadurch aufgehoben, daß die Verbindung zwischen dem figürlichen Elemente und den übrigen Bestandteilen des Zeichens nur eine lose genannt werden kann? Sind bei der Entscheidung, ob eine widerrechtliche Nachahmung eines zusammengesetzten Warenzeichens vorliegt, nur die in dem Warenzeichen enthaltene Figur, oder neben derselben auch die sonstigen Bestandteile der Marke in Betracht zu ziehen? III. 7/10 89. **20**, 78.

2. Beschränkt sich das Verbot, öffentliche Wappen als Warenzeichen einzutragen, auf inländische Wappen? III. 19/1 88. **17**, 84.

3. Unter welcher Voraussetzung fällt ein Warenzeichen, das aus einem mit einer Einfassung oder Verzierung umgebenen Worte besteht, unter das Verbot des § 3 Abs. 2? III. 11/2 82. **6**, 28.

4. Über die Bedeutung der in Elsaß-Lothringen in Geltung gebliebenen Bestimmungen des französischen Rechts für den Begriff „landesgesetzlich geschützt". III. 18/4 82. **6**, 272.

§ 8 1. Kann das Schutzrecht vom Anmeldenden auf andere übertragen werden?

Kann daraus, daß ein Gewerbetreibender zum Vertriebe seiner mit geschütztem Zeichen versehenen Waren einen Generalagenten aufgestellt hat, die Berechtigung des letzteren hergeleitet werden, für ersteren wegen Mißbrauchs des Warenzeichens Strafantrag zu stellen? I. 2/7 85. **12**, 327.

2. Können für eine inländische Firma solche Marken eingetragen werden, welche ein Ausländer, dessen Zeichen in Deutschland keinen Schutz genießen, für seine Waren gebraucht, wenn die inländische Firma mit Zustimmung des Ausländers dessen Ware in Deutschland einführen und mit der Marke in Verkehr bringen will? III. 10/11 87. **16**, 312.

§ 10 Was ist „freier Gebrauch" eines Warenzeichens im Sinne des Abs. 2?

Sind Preismedaillen Freizeichen im Sinne des Abs. 2, oder können sie, insbesondere in Kombination mit Worten, als Warenzeichen benutzt werden? I. 23/2 80. **1**, 218; I. 6/11 82. **7**, 214.

§ 14 1. Ist die Strafbarkeit dessen, der widerrechtlich Waren mit der Firma oder dem Namen eines anderen Kaufmanns bezeichnet, davon bedingt, daß der letztere Waren gleicher Art führt? III. 22/11 94. **26**, 233.

2. Dürfen Waren, die auf Bestellung gefertigt und mit dem geschützten Warenzeichen des Bestellers versehen worden sind, vom Verfertiger als rechtmäßig bezeichnete Waren in Verkehr gebracht werden, solange der Besteller die Ausführung als bestellungsgemäß geschehen noch nicht anerkannt hat? I. 24/11 94. **26**, 237.

3. Ist bei Entscheidung der Frage, ob ein Warenzeichen widerrechtlich nachgeahmt ist, auf die Bedeutung der einzelnen Bestandteile der Zeichen Gewicht zu legen? IV. 22/1 95. **26**, 403.

4. Liegt eine „Bezeichnung der Verpackung von Champagner" im Sinne des § 14 vor, wenn die Marke an der unteren Fläche des Korks angebracht ist? I. 28/12 93. **25**, 18.

5. Wann ist der Tatbestand der ersten Alternative als vollendet anzusehen? Genügt das Überkleben des einer Flasche eingeprägten Namens mit einer fremden Etikette 2c, um den jenem Namen zukommenden Schutz auszuschließen? I. 6/4 93. **24**, 97.

6. Wer ist berechtigt zum Strafantrage? I. 31/3 92. **23**, 25.

7. Ist der Inhaber einer Firma, für welche das Warenzeichen eingetragen worden, zur Stellung des Strafantrags auch dann berechtigt, wenn er das Geschäft, das er unter der Firma betrieben, aufgegeben hat? IV. 15/11 92. **23**, 348.

8. Darf der Käufer einer auf Flaschen gefüllten flüssigen Ware, welcher die als Verschlußmittel gebrauchten Warenzeichen des Verkäufers einstweilen beseitigt und den Inhalt der Flaschen zusammengegossen, später aber in die Flaschen zurückgefüllt hat, diese wieder mit dem Warenzeichen des Verkäufers verschließen? III. 17/12 92. **23**, 365.

9. Kann eine im Verkaufsladen aufgestellte Standdose, in welcher die feilgehaltene Ware sich befindet, als Verpackung dieser Ware im Sinne des Gesetzes aufgefaßt werden? III. 6/11 90. **21**, 214.

10. Ist es zum Tatbestande des „Inverkehrbringens widerrechtlich bezeichneter Waren" erforderlich, daß die Widerrechtlichkeit schon bestand, als die Bezeichnung vorgenommen wurde, oder genügt es, daß die Bezeichnung zur Zeit des Inverkehrbringens als eine widerrechtliche erscheint? I. 12/12 89. **20**, 112.

11. Abgrenzung des tatsächlichen Irrtums von dem Irrtume über das Strafgesetz. III. 18/9 84. **11**, 90.

12. Ist der Schutz des § 14 deshalb zu versagen, weil das eingetragene Warenzeichen an irgend einer Stelle ein öffentliches Wappen enthält? III. 28/4 84. **10**, 353.

13. Was gehört zur Erfüllung des Tatbestandsmerkmals „wissentlich" widerrechtlicher Bezeichnung bezw. Inverkehrbringung? Genügt Eventualdolus? III. 18/4 82. **6**, 272.

14. Um welche Voraussetzungen ist die Vollendung widerrechtlicher Warenbezeichnung abhängig? I. 4/3 86. **13**, 388.

15. Welche Bedeutung hat es, daß zum Zwecke der Unkenntlichmachung auf eine zur widerrechtlichen Bezeichnung von Waren benutzte Schutzmarke mittels Stempels eine Schrift aufgedruckt wird? I. 23/9 86. **14**, 415.

16. Macht sich derjenige strafbar, welcher wissentlich Waren, die mit einer fremden Schutzmarke versehen sind, in Verkehr bringt, wenn er zur Zeit der Bezeichnung der Waren in gutem Glauben handelte, oder das Warenzeichen zur Zeit der Bezeichnung noch nicht eingetragen war?

Ist bei einer offenen Handelsgesellschaft jeder Gesellschafter für Zu=

widerhandlungen gegen § 14 strafrechtlich verantwortlich? II. 30/9 81. **5**, 105.

17. Ist es strafbar, wenn jemand das für eine besondere Warengattung bestimmte Warenzeichen eines Produzenten zur Bezeichnung anderer von demselben Produzenten bezogener Waren benutzt? II. 13/5 81. **4**, 171.

18. Kann der Strafantrag unter dem Namen der schutzberechtigten Firma gestellt werden? III. 6/12 86. **15**, 293.

19. Über die Berechnung der Antragsfrist bei einer als ein Delikt angesehenen fortgesetzten Zuwiderhandlung. IV. 18/3 87. **15**, 370.

20. Hat der Strafrichter festzustellen, daß die zu schützenden Zeichen sich nicht seither im freien Gebrauche befunden haben? III. 24/12 79. **1**, 130.

S. zu § 14 auch **20**, 226.

§ 15 1. Kann bei Abmessung der dem Beschädigten zuzuerkennenden Buße derjenige Gewinn, welchen der Verurteilte durch das Delikt erzielt hat, für die Schadensabmessung als Grundlage benutzt werden? III. 18/4 82. **6**, 272.

2. Haften mehrere in demselben Verfahren Verurteilte für die zuerkannte Buße auch dann solidarisch, wenn dieselben nicht Teilnehmer an der nämlichen strafbaren Handlung gewesen sind? II. 19/11 81. **5**, 251.

§ 17 Ist dem Verletzten die Befugnis zur öffentlichen Bekanntmachung der Verurteilung dann zu erteilen, wenn das Verfahren gegen § 14 des Markenschutzgesetzes mit Betrug ideell konkurriert? II. 23/3 86. **14**, 3.

§ 18 1. Welche Gesichtspunkte sind zu beachten bei Prüfung der Frage, ob ein gesetzlich geschütztes Warenzeichen „mit Änderungen wiedergegeben ist, welche nur durch Anwendung besonderer Aufmerksamkeit wahrgenommen werden können“? I. 24/6 89. **19**, 316.

2. Dürfen bei Beurteilung der Frage, ob ein Warenzeichen mit Abänderungen wiedergegeben sei, welche nur durch besondere Aufmerksamkeit wahrgenommen werden können, auch an der Etikette ersichtliche Abweichungen in Betracht gezogen werden? I. 6/11 82. **7**, 214.

3. Wird durch Beifügung der Firma zu einem fremden Warenzeichen ein neues selbständiges Zeichen gebildet? Ist es von Bedeutung, wenn gleichzeitig mit dem nachgebildeten Zeichen ein neues selbständiges Zeichen auf die Waren gesetzt wird? III. 24/12 79. **1**, 130.

4. Kann durch Nichtkenntnis des § 18 die Strafbarkeit ausgeschlossen werden?

Unter welchen Voraussetzungen schützt der gute Glaube an eine civilrechtliche Befugnis gegen die Bestrafung? IV. 1/3 87. **15**, 349.

§ 20 1. Über die Feststellung der Reziprozität gegenüber Kuba (Spanien). III. 7/2 89. **19**, 274.

2. Wann sind die Voraussetzungen internationaler Gegenseitigkeit als vorhanden anzunehmen? Liegen sie insbesondere für Frankreich und

die nicht zum Zollverein gehörigen Hansestädte vor? III. 18/4 82. **6**, 272.

3. Erfordert der nach § 20 zu gewährende Schutz die dort gedachte Bekanntmachung im Reichsgesetzblatte auch rücksichtlich der Gewerbetreibenden solcher Staaten, mit welchen bereits vor Erlaß des Gesetzes vom 30. November 1874 ein Markenschutzvertrag abgeschlossen und verkündet war? II. 17/12 80. **3**, 127.

4. Wird die Rechtswirksamkeit der Eintragung des Warenzeichens eines ausländischen Handeltreibenden dadurch beseitigt, daß der geführte Nachweis des Bestehens ausländischer Schutzrechte in der Art, wie er erbracht worden ist, auf rechtsirrtümlichen Grundlagen ruhte?

Verhältnis zu den Vereinigten Staaten von Amerika. III. 8/11 84. **11**, 233; I. 14/10 80. **2**, 344.

5. Beziehen sich die in § 20 vorgesehenen Voraussetzungen des Schutzes von Warenzeichen ausländischer Gewerbetreibender auch auf den Schutz der Firmen von Ausländern? I. 15/1 85. **11**, 397.

6. Sind für die Frage des Schutzes des in Deutschland eingetragenen Warenzeichens eines ausländischen Gewerbetreibenden die Normen des deutschen Firmenrechts und des deutschen Markenschutzgesetzes, oder die bezüglichen Rechtsnormen des in Betracht kommenden fremden Staates maßgebend?

Etiketten als Warenzeichen. III. 29/3 86. **14**, 59.

7. Ist die Vorschrift, daß Warenzeichen nicht ausschließlich in Zahlen, Buchstaben oder Worten bestehen dürfen, auch auf die Warenzeichen solcher Gewerbetreibender zu beziehen, welche im Inlande eine Handelsniederlassung nicht besitzen? III. 21/6 86. **14**, 233.

8. Über den Schutz der bei Waren der Textilindustrie in Großbritannien gebrauchten Marken nach britischem Rechte. III. 21/2 84. **10**, 285.

Auslieferungsvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und Belgien vom 24. Dezember 1874 (R.G.Bl. 1875 S. 73).

1. In welchem Umfange gilt im Verhältnisse des Deutschen Reiches zu Belgien das völkerrechtliche Prinzip der Spezialität der Auslieferung? I. 7/7 98. **31**, 234.

2. Bedarf es im Urteile der Feststellung der Tatbestandsmerkmale eines nach Art. 496 Code pénal belge strafbaren Betrugs, wenn ein wegen anderer Straftaten Ausgelieferter überdies wegen eines vor der Auslieferung im Inlande begangenen Betrugs bestraft werden soll?

Begriff von Betrug nach Art. 1 Nr. 18 des Vertrags? I. 17/4 99. **32**, 122.

3. Darf ein von Belgien wegen Diebstahls Ausgelieferter demnächst wegen Hehlerei an Gegenständen des betreffenden Diebstahls bestraft werden? I. 29/9 00. **33**, 388.

Gesetz über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung vom 6. Februar 1875 (R.G.Bl. S. 23).

§§ 17–27 1. In welches Standesregister ist die Anerkennung der Vaterschaft eines unehelichen Kindes einzutragen? I. 28/10 89. **20**, 15.

2. Ist der Standesbeamte in einem Verfahren, welches die Beurkundung einer Geburt bezweckt, berechtigt, über die Richtigkeit der zu beurkundenden Tatsachen eidesstattliche Versicherungen abzunehmen? II. 28/12 88. **18**, 309.

§§ 41–55 1. Macht sich der Standesbeamte nach § 69 strafbar, wenn er unter fahrlässiger Außerachtlassung der neben dem Reichsgesetze in Kraft gebliebenen landesgesetzlichen Vorschriften einem anderen Standesbeamten die nach § 43, bezw. § 49 erforderliche Ermächtigung und Bescheinigung erteilt hat, und daraufhin von dem letzteren die Eheschließung vollzogen ist? Ist der ermächtigte Standesbeamte in solchem Falle strafbar, wenn er in Unkenntnis eines bestehenden Ehehindernisses auf Grund der erteilten Ermächtigung und Bescheinigung die Eheschließung vollzieht? II. 14/6 81. **4**, 255.

2. Besteht eine reichsgesetzliche Vorschrift, wonach der Standesbeamte verpflichtet ist, sich vor der Eheschließung stets den ehelichen Stand der Verlobten besonders nachweisen zu lassen?

Kommen dem Standesbeamten für den Tatbestand der Außerachtlassung reichsgesetzlicher oder landesgesetzlicher Vorschriften bezüglich der Eheschließung auch Rechtsirrtümer zu statten? III. 14/11 87. **16**, 386.

3. Ist ein Standesbeamter nach § 69 strafbar, wenn er unter vorsätzlicher oder fahrlässiger Außerachtlassung der Vorschriften, welche die Ehe der Militärpersonen von einer Erlaubnis abhängig machen, die Eheschließung einer Militärperson vollzieht? Pl. 13/11 86. **15**, 47. Vgl. III. 24/6 82. **7**, 8.

4. Ist ein Standesbeamter nach § 69 strafbar, wenn er eine Eheschließung unter vorsätzlicher oder fahrlässiger Außerachtlassung von landesgesetzlichen Vorschriften vollzieht, welche vor der Eheschließung eine Nachweisung, Auseinandersetzung oder Sicherstellung des Vermögens erfordern? III. 14/3 87. **15**, 374.

5. Macht sich ein Standesbeamter nach § 69 strafbar, wenn er, nachdem sein Stellvertreter das Aufgebot angeordnet hat, von eigener Prüfung des Vorhandenseins der Eheerfordernisse absehend, eine unzulässige Eheschließung vollzieht? II. 11/11 87. **16**, 321.

6. Ist der Standesbeamte befugt, eine eidesstattliche Versicherung auch über solche Umstände abzunehmen, welche nur für das Aufgebot, nicht für den Ehebestand erheblich sind? II. 11/12 85. **13**, 161.

7. Macht sich der Standesbeamte strafbar, wenn er bei der Prüfung, ob das der Eheschließung vorangegangene Aufgebot in vorschriftsmäßiger Weise erfolgt, sich anderer Beweismittel bedient als der Bescheinigung der Ortsbehörde über den Aushang des Proklamas und über die Dauer des Aushangs? IV. 15/10 89. **19**, 411.

8. Ist im Geltungsbereiche des preußischen Landrechts der Standes-

beamte verbunden, die Eheschließung abzulehnen, wenn ihm für die Ehe einer minderjährigen Waise die Genehmigung des Vormundschaftsgerichts nicht nachgewiesen ist? II. 20/1 82. **5**, 340.

9. Formelle Erfordernisse der Eheschließung taubstummer Personen. II. 20/1 99. **31**, 439.

1. Gehört bei einem Sterberegister der Familienstand des An- §§ 56–60
zeigenden zu den durch die Urkunde zu erweisenden Tatsachen?

Was versteht das Gesetz unter „Stand"? I. 21/5 87. **16**, 87.

2. Ist die außereheliche Mutter als „Familienhaupt" im Sinne des § 57 anzusehen? IV. 14/11 99. **32**, 367.

1. Trifft die Strafbestimmung des § 67 einen Geistlichen oder §§ 67–69
anderen Religionsdiener, welcher zu den religiösen Feierlichkeiten einer Eheschließung schreitet, nachdem die Ehe im Auslande bürgerlich gültig geschlossen war?

Was gehört zum subjektiven Tatbestande des in § 67 vorgesehenen Vergehens? II. 11/11 87. **16**, 336.

2. Erfordert § 67 das Bewußtsein des Geistlichen, daß die Ehe nicht vor dem Standesbeamten geschlossen ist? I. 27/5 81. **4**, 233.

3. Über die Strafbestimmung des § 69 s. oben §§ 41—55.

4. Inwieweit hat der eine Eheschließung vollziehende Standesbeamte auch bezüglich des nicht in seinem Bezirke wohnenden Verlobten das Nichtvorhandensein von Ehehindernissen zu prüfen? I. 26/5 02. **35**, 265.

S. außerdem

zu §§ 1, 3, 4, 12, 13, 83	**13**, 393,
„ §§ 1, 12—15, 21, 22, 54, 59	**12**, 62; **32**, 386,
„ §§ 1, 13, 15, 17, 22	**30**, 429,
„ §§ 1, 73, 82	**22**, 118,
„ §§ 15, 18, 19, 21	**4**, 194,
„ §§ 15, 22, 25, 26	**1**, 9; **2**, 303; **21**, 411,
„ §§ 15, 52—54	**15**, 256; **24**, 360,
„ §§ 17 flg.	**33**, 435,
„ § 22	**26**, 347,
„ §§ 25, 26	**13**, 129; **26**, 408,
„ §§ 38, 48, 69	**32**, 204,
„ §§ 45, 46	**4**, 155; **5**, 255; **20**, 249,
„ § 52	**9**, 84,
„ § 54	**34**, 263.

Gesetz, betreffend das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste, vom 9. Januar 1876 (R.G.Bl. S. 4).

1. Welche Merkmale umfaßt der Begriff eines unter den Schutz §§ 1, 2
geistigen Eigentums gestellten Werks der bildenden Künste? I. 5/6 82. **6**, 343.

2. Inwieweit ist der nur teilweise Nachfolger in das Urheberrecht

Digitized by Google

berechtigt, als Nebenkläger in der Untersuchung wegen Verletzung des Urheberrechts einzutreten?

Genießt der Urheber eines Werks der bildenden Künste den gesetzlichen Schutz auch dann, wenn die Nachbildung nicht nach dem Originale, sondern einer anderen Nachbildung bewirkt worden ist? II. 15/2 81. **3**, 352.

3. Ist die Weiterveräußerung eines Vervielfältigungs- oder Nachbildungsrechts grundsätzlich ohne die Zustimmung des Urhebers des Kunstwerks unzulässig? II. 6/4 88. **17**, 268.

4. Begründet die Übertragung des Verlagsrechts von einem Gemälde auch ohne besondere Nebenberedung die Ausschließlichkeit des Nachbildungsrechts des Verlegers? II. 28/10 81. **5**, 78.

§ 4 Was ist freie Benutzung eines Werkes der bildenden Künste zur Hervorbringung eines neuen Werkes? Hat die Unterschrift unter dem neuen Werke hierfür Bedeutung? II. 15/12 99. **33**, 38.

§§ 5, 6 1. Kann nach bleibender Aufstellung eines plastischen Kunstwerks an der Straße das Modell, nach welchem jenes geschaffen wurde, den Schutz gegen Nachbildung beanspruchen?

Ist die Nachbildung eines mit einem Bauwerke verbundenen, an der Straße bleibend sich befindenden plastischen Kunstwerks gestattet?

Was ist unter dem Verbote zu verstehen, ein solches Kunstwerk in derselben Kunstform nachzubilden? I. 20/6 88. **18**, 30.

2. Gehören Lithophanien der zeichnenden oder malenden, oder gehören sie der plastischen Kunst im Sinne des Gesetzes vom 9. Januar 1876 an? III. 22/11 88. **18**, 321.

3. Ist die Wiedergabe eines Gemäldes in einer Diaphanie als erlaubte Nachbildung durch die plastische Kunst anzusehen? II. 18/5 88. **17**, 365.

4. Ist es eine unerlaubte Nachbildung, wenn jemand die im Handel erschienene photographische Vervielfältigung eines Gemäldes ohne Genehmigung des Urhebers des Gemäldes während der Schutzfrist auf Postkarten oder anderen Erzeugnissen der Industrie lithographisch nachbilden läßt in der Absicht, die Nachbildung zu verbreiten? I. 21/12 99. **33**, 25.

5. Kann durch ein mittels Ölfarben bewirktes Übermalen einer im Wege rechtmäßiger Nachbildung eines Kunstwerks gefertigten Photographie eine strafbare Nachbildung des Originals begangen werden?

Fällt der Begriff der verbotenen Nachbildung eines Kunstwerks mit dem Begriffe der Vervielfältigung desselben zusammen?

Hat das Urheberrecht an einem Kunstwerke nur einen vermögensrechtlichen Inhalt? II. 9/1 85. **11**, 360; I. 9/11 82. **7**, 234.

§ 14 1. Was ist unter Nachbildung an einem Werke der Industrie zu verstehen? II. 30/6 99. **32**, 300; II. 15/2 81. **3**, 351.

2. In welcher Weise hat die Erklärung zu erfolgen, vermöge deren der Urheber eines Werkes der bildenden Künste dessen Nachbildung an

einem Werke der Industrie, der Fabriken, Handwerke oder Manufakturen gestattet? I. 5/6 82. **6**, 343.

3. Ist für die Anwendung des § 14 der Zeitpunkt der Erteilung der Erlaubnis, oder erst der Zeitpunkt der Ausführung der gestatteten Nachbildung entscheidend? III. 27/4 99. **32**, 147.

4. Ist es notwendig, daß der Urheber, welcher die Nachbildung seines Werkes der bildenden Künste an einem Werke der Industrie ꝛc gestattet hat, um sich gegen weitere derartige Nachbildungen zu schützen, das Werk zum Musterregister anmeldet?

Findet der Verlustgrund aus § 14 auch dann Anwendung, wenn die Gestattung der Nachbildung schon vor eingetretener Wirksamkeit des Gesetzes vom 9. Januar 1876 erfolgte?

Kann eine Gestattung der Nachbildung von seiten des Urhebers auch stillschweigend erfolgen? II. 15/2 81. **3**, 351.

1. S. Gesetz über das Urheberrecht an Schriftwerken vom 11. Juni 1870 §§ 18 flg. S. 473. § 16

2. Wer ist Veranstalter und wer Veranlasser der Nachbildung eines Werkes der bildenden Künste? II. 25/6 86. **14**, 236.

3. Kann der Inhaber eines beschränkten Verlagsrechts, durch welches ihm das Recht zur Nachbildung eines Kunstwerks durch ein bestimmtes Kunstverfahren eingeräumt ist, selbständig gegen denjenigen, welcher das Originalwerk durch ein anderes, dem Urheber vorbehaltenes Kunstverfahren, ohne Erlaubnis des Urhebers nachgebildet hat, wegen Beeinträchtigung oder Gefährdung jenes beschränkten Verlagsrechts auf Strafverfolgung antragen? I. 7/6 86. **14**, 217.

4. Kann die Ablieferung der rechtswidrig hergestellten Nachbildung eines Gemäldes von seiten des Verfertigers an den Veranstalter jener als eine den Lauf der Verjährung begründende Verbreitung in Betracht kommen? I. 22/12 84. **11**, 333.

Über die Wirkung von Verträgen, durch welche in Preußen vor Einführung des Gesetzes vom 9. Januar 1876 das Verlagsrecht an einem Kunstwerke erworben worden ist. II. 1/5 83. **8**, 261; II. 28/10 81. **5**, 78. § 18

S. weiter

zu §§ 1, 14 . . . . **13**, 219; **21**, 149,
„ § 5 . . . . **28**, 256,
„ § 16 . . **15**, 419; **20**, 181; **28**, 175.

Gesetz, betreffend den Schutz der Photographien gegen unbefugte Nachbildung, vom 10. Januar 1876 (R.G.Bl. S. 8).

Unter welchen Voraussetzungen verbleibt das Urheberrecht, bezw das Recht, Strafverfolgung zu beantragen, den Verfertigern und nicht den Bestellern photographischer Bildnisse? §§ 1, 2

Was ist nach § 2 unter „freier Benutzung“ gesetzlich geschützter photographischer Werke zur Hervorbringung eines „neuen Werkes“ zu

verstehen? Inwieweit wird in dieser Beziehung die Verwendung photographischer Einzelporträts zur Herstellung eines Gruppenbilds statthaft sein? III. 29/3 86. **14**, 51.

§§ 3, 4 1. Enthält die Anfertigung eines zweiten Exemplars des bei einem Photographen bestellten Bildnisses zum Zwecke des Aushängens in den Schaukasten, sofern der Besteller dazu nicht eingewilligt hat, eine Verletzung des Urheberrechts? II. 21/9 80. **2**, 246.

2. Unter welchen Voraussetzungen ist die an einem Werke der Industrie befindliche Nachbildung eines photographischen Werkes als verboten anzusehen? I. 24/2 98. **31**, 43.

3. Findet § 4 auch auf photographische Nachbildungen von solchen Werken Anwendung, welche gesetzlich noch gegen Nachdruck und Nachbildung geschützt sind? II. 15/2 81. **3**, 351.

4. Wie weit erstreckt sich der Schutz von Photographien bezüglich deren Nachbildung auf Postkarten? I. 23/1 02. **35**, 78.

§ 5 Tragweite des § 5. Sind, wenn einzelne Abbildungen der Originalaufnahme die vorgeschriebenen Vermerke nicht enthalten, nur diese Abbildungen, oder ist dann das photographische Werk überhaupt ungeschützt? II. 25/4 90. **20**, 377.

§§ 6–8 1. Recht des Bestellers bei photographischen Bildnissen (Porträts). Ist dasselbe ein Autorrecht, oder ein selbständiges Dispositionsrecht, und unterliegt es der Schutzfrist des § 6? II. 4/2 87. **15**, 249.

2. Wer ist als Besteller eines photographischen Bildes anzusehen? III. 26/5 00. **33**, 295.

3. Macht sich strafbar, wer einen Photographen veranlaßt, ihm die ohne Zustimmung des Bestellers hergestellte Nachbildung eines photographischen Porträts käuflich zu überlassen? IV. 12/3 97. **29**, 443.

4. Inwieweit ist dem Photographen Schutz dagegen gewährt, daß eine photographische Aufnahme durch Malerei oder Zeichnung nachgebildet und dann die Nachbildung auf mechanischem Wege vervielfältigt wird? II. 24/5 92. **23**, 124.

S. weiter zu §§ 1, 4 **21**, 149; **33**, 25.

§ 9 Über den Schutz von photographischen Erzeugnissen, die aus Frankreich stammen, s. internationale Übereinkunft vom $\frac{\text{9. September 1886}}{\text{4. Mai 1896}}$.

Gesetz, betreffend das Urheberrecht an Mustern und Modellen, vom 11. Januar 1876 (R.G.Bl. S. 11).

§§ 1–6 1. Welche Voraussetzungen umfaßt der Begriff der Neuheit eines gewerblichen Musters? I. 25/4 92. **23**, 92.

2. Inwieweit sind Bildnisse bestimmter Personen geeignet, die Merkmale eines rechtlich geschützten Musters zu erfüllen? III. 25/10 90. **21**, 149.

3. Wer ist Inhaber des Rechts, ein Muster oder Modell im Sinne des § 1 nachzubilden?

Begriff des Verbreitens im Sinne des § 5. III. 11/1 82. **5**, 347.

4. Wer gilt gesetzlich als Urheber eines Musters oder Modelles, welches der Eigentümer einer gewerblichen Anstalt von einem Zeichner oder Maler hat anfertigen lassen, um es an einem Werke seiner Anstalt nachzubilden? II. 5/1 86. **13**, 219.

5. Gebührt einem ordnungsmäßig eingetragenen Geschmacksmuster der gesetzliche Schutz nicht, wenn die Anmeldung zu dem Zwecke erfolgt ist, die Konkurrenz anderer Gewerbetreibender auszuschließen?

Liegt darin, daß Schildchen, welche, als für Flächenerzeugnisse bestimmt zum Musterregister angemeldet sind, auf Schreibheften angebracht und die so ausgestatteten Schreibhefte gewerbsmäßig verwertet worden sind, eine verbotene Nachbildung? I. 27/6 95. **27**, 322.

6. Unter welchen Voraussetzungen macht gemäß § 4 die freie Benutzung einzelner Motive eines fremden Geschmacksmusters dessen teilweise Nachbildung straflos? Ist die Unwahrscheinlichkeit einer Verwechselung zweier Muster für den Begriff der „Neuheit“ von wesentlicher Bedeutung? I. 21/12 99. **33**, 43.

7. Sinn der Vorschrift in § 6, daß die Nachbildung von Mustern, welche für Flächenerzeugnisse bestimmt sind, durch plastische Erzeugnisse, und umgekehrt, als verbotene Nachbildung nicht anzusehen ist?

Begriff des bloßen Versuchs einer verbotenen Nachbildung. II. 30/3 97. **30**, 56.

1. Was ist Verbreitung eines nach dem Muster oder Modell ge- § 7
fertigten Erzeugnisses im Sinne von § 7 Abs. 2? III. 11/1 82. **5**, 347.

2. Unter welchen Voraussetzungen müssen bei einer Verurteilung wegen Nachbildung eines geschützten Musters die Urteilsgründe sich darüber aussprechen, ob Anmeldung und Niederlegung vor Verbreitung eines nach dem Muster gefertigten Erzeugnisses erfolgt sei? III. 1/6 81. **4**, 212.

1. Voraussetzungen des Tatbestandes einer fahrlässigen Nachbildung §§ 13, 14
geschützer Muster und Modelle. IV. 24/1 90. **20**, 211.

2. Wie verhält sich § 13 zu § 243 St.P.O.?

Wie ist die Berufung des Angeklagten auf die ihm von einem Rechtsanwalte erteilte Auskunft über das Schutzrecht zu beurteilen? I. 10/6 97. **30**, 144.

3. S. weiter §§ 18flg. des Gesetzes vom 11. Juni 1870 über das Urheberrecht an Schriftwerken, S. 473.

4. Ist es eine unbedingte Voraussetzung der Entschuldbarkeit des Irrtums, daß der Verfertiger einer Nachbildung sich vergewissert habe, ob ein Muster oder Modell im Musterregister eingetragen sei? I. 17/1 84. **9**, 422.

Gesetz über die eingeschriebenen Hülfskassen vom 7. April 1876 (R.G.Bl. S. 125) / 1. Juni 1884 (R.G.Bl. S. 54).

Kann das in § 34 des Gesetzes vom 1. Juni 1884 bedrohte Vergehen der Vorstandsmitglieder ꝛc, welche absichtlich zum Nachteile der Kasse handeln, auch noch begangen werden, wenn die Auflösung der Kasse beschlossen worden ist? Was ist „absichtliches" Handeln zum Nachteile der Kasse? III. 20/9 86. **14**, 401.

Niederlassungsvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 27. April 1876 (R.G.Bl. 1877 S. 3).

Ist in Baden der Gemeinderat zur Ausstellung des in Art. 2 erwähnten Zeugnisses zuständig? I. 21/11 89. **20**, 129.

Civilprozeßordnung vom 30. Januar 1877 (R.G.Bl. S. 83) / 17./20. Mai 1898 (R.G.Bl. S. 256, 410) mit Einführungsgesetzen.

a) Civilprozeßordnung.

(Die §§ nach der Fassung vom 20. Mai 1898 sind in Klammern beigefügt. Insoweit die Entscheidungen zu der C.P.O. in neuer Fassung ergangen sind, sind die §§ nach alter Fassung — die immer voranstehen — in Klammern beigefügt.)

§ 671 (750) Muß nach § 671 C.P.O., bevor die Zwangsvollstreckung beginnen darf, das Urteil dem Schuldner selbst oder dem für die Instanz bestellten Prozeßbevollmächtigten zugestellt gewesen sein? I. 24/10 87. **16**, 275.

§ 679 (759) Über die Notwendigkeit der Zuziehung von Zeugen s. St.G.B. § 113.

§ 715 (811) Begriff von „öffentlichen Unterrichtsanstalten" in Nr. 6 und 7. II. 1/5 96. **28**, 348.

§ 769 (883) Ist der Gerichtsvollzieher befugt, bei einer Zwangsvollstreckung nach § 769 mit Gewalt gegen dritte Besitzer vorzugehen? I. 19/11 94. **26**, 249.

§ 810 (930) Ist ein von dem Prozeßrichter auf das Gutsinventarium bezw. die Gutsvorräte angelegter Arrest nach den Vorschriften über die Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen zu vollziehen? II. 21/4 82. **6**, 227.

S. außerdem

zu § 87 (91)	**12**, 198,
„ § 107 (115)	**25**, 360,
„ § 110 (119)	**32**, 252,
„ §§ 121, 122 (130, 131) . . .	**32**, 1,
„ § 136 (145)	**8**, 346; **27**, 63,
„ § 152 (166)	**12**, 270,
„ §§ 155—157 (169—171) . .	**23**, 321,
„ § 156 (170) . . .	**9**, 274; **35**, 337,

zu § 166 (181) **31**, 282,
" (166) § 181 . . . . **35**, 28,
" (170) § 186 . . . . **35**, 28,
" §§ 173, 174 (190, 191) . . **27**, 145,
" § 196 (219) **11**, 352,
" § 230 (253) **32**, 1,
" § 252 (279) . . . **12**, 335; **22**, 335,
" § 255 (282) **7**, 287,
" § 259 (286) **7**, 287,
" § 266 (294) **5**, 262, 321; **7**, 287; **15**, 126; **19**, 414; **20**, 241; **23**, 170,
" § 274 (302) **8**, 346,
" § 284 (313) **24**, 281,
" § 291 (320) **28**, 247,
" § 320 (355) **7**, 287,
" § 358 (393) **4**, 32,
" § 380 (415) **4**, 283; **8**, 372; **12**, 91; **14**, 175; **15**, 110; **21**, 297; **27**, 145,
" § 381 (416) **13**, 6,
" § 382 (417) **12**, 91,
" § 383 (418) **4**, 283,
" § 384 (419) **27**, 169,
" § 385 (420) **32**, 1,
" § 387 (422) **7**, 252,
" (387) § 422 . . . . **35**, 145,
" § 397 (432) **32**, 1,
" § 405 (440) **13**, 6,
" § 410 (445) **5**, 94,
" § 424 (459) **12**, 58,
" § 437 (475) **5**, 94,
" § 588 — **7**, 133,
" § 629 (689) **23**, 205,
" § 636 (696) **14**, 1,
" §§ 639, 640 (699, 700) . . **23**, 286,
" § 647 (707) **15**, 126,
" § 657 (719) **15**, 126,
" § 671 (750) . . . **14**, 151; **26**, 249,
" § 674 (753) **26**, 9,
" § 675 (754) **4**, 61; **17**, 220,
" § 678 (758) **16**, 218; **26**, 9,
" § 681 (761) **2**, 398,
" § 682 (762) **4**, 283; **6**, 361; **12**, 331; **13**, 123; **31**, 420; **32**, 389,
" § 683 (763) **4**, 283,
" § 684 (764) **23**, 170,
" § 685 (766) **4**, 61; **17**, 220; **23**, 170,

zu §§ 688—699 (769—771) . . . **5**, 321,
„ § 702 (794) **4**, 61; **17**, 220; **20**, 301,
„ § 708 (803) . . . **31**, 310; **32**, 389,
„ § 709 (804) **2**, 230; **4**, 61; **6**, 227;
7, 292; **20**, 35; **31**, 310,
„ (709, 710, 712, 726) §§ 804, 805, 808, 825
35, 412,
„ § 711 (807) **6**, 205; **24**, 74; **26**, 9,
„ § 712 (808) **2**, 230; **4**, 61; **5**, 35;
6, 184, 227; **7**, 292; **8**, 256;
16, 273; **18**, 163; **19**, 69;
20, 35; **26**, 249; **32**, 316,
„ § 713 (809) **7**, 292; **19**, 69,
„ § 714 (810) **3**, 174; **20**, 428; **23**, 71,
„ § 715 (811) **4**, 198; **5**, 208; **6**, 205;
19, 164; **20**, 417; **23**, 170;
24, 120; **28**, 348; **31**, 310,
„ (715) § 811 **33**, 248; **34**, 157; **35**, 150,
„ § 716 (814) . . **4**, 61; **20**, 35, 428,
„ §§ 717—719 (816—818) **20**, 35, 428; **23**, 71,
„ § 720 (819) **4**, 61,
„ § 722 (821) **26**, 9,
„ § 725 (824) . . **20**, 35, 428; **23**, 71,
„ § 730 (829) . . **7**, 292, 360; **26**, 9,
„ (730) § 829 . . . . **35**, 62,
„ § 736 (835) **4**, 61,
„ (736) § 835 . . . . **35**, 62,
„ § 737 (836) **7**, 292,
„ § 739 (840) **7**, 292,
„ § 743 (844) **6**, 205; **24**, 74,
„ (743) § 844 . . . . **35**, 62,
„ §§ 744—746, 751 (845—847, 854) **7**, 292,
„ § 749 (850) . . . **6**, 205; **28**, 348,
„ (749) § 850 . . . . **35**, 62,
„ §§ 769, 772 (883, 886) . . . **7**, 292,
„ § 773 (887) **9**, 276,
„ § 791 (910) **28**, 348,
„ § 802 (922) **3**, 174,
„ § 808 (928) **4**, 61; **14**, 151; **26**, 249,
„ § 810 (930) **4**, 61; **7**, 360; **19**, 69,
„ (810) § 930 . . . . **33**, 248,
„ § 811 (932) **3**, 174,
„ § 815 (936) . . . **14**, 151; **26**, 249.

b) Einführungsgesetz vom 30. Januar 1877.

Was versteht § 4 unter Ausschließung des Rechtswegs? Fallen auch bloße Beschränkungen des Rechtswegs darunter? Ist nach gemeinem

Recht unter der Landesgesetzgebung auch das Gewohnheitsrecht zu verstehen? III. 31/1 87. **15**, 323.

S. zu § 13 auch **32**, 386.

c) Einführungsgesetz vom 17. Mai 1898.

S. zu Art. 3 **35**, 62.

Vertrag zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn wegen Herstellung einer Eisenbahn von Altwasser nach Chotzen vom 2. März 1877 (R.G.Bl. S. 415).

Rechtliche Bedeutung der Errichtung des deutschen Grenzzollamts Halbstadt auf österreichischem Gebiete. II. 19/3 86. **13**, 410.

Patentgesetz vom 25. Mai 1877 (R.G.Bl. S. 501) / 7. April 1891 (R.G.Bl. S. 79).

a) Fassung vom 25. Mai 1877.

1. Genießen die mittels patentierten Verfahrens hergestellten Arzneien den Schutz des Patentgesetzes? III. 25/10 90. **21**, 205. § 1

2. Kann einem Patente der strafrechtliche Schutz wegen mangelnder Neuheit der Erfindung versagt werden? I. 1/10 94. **26**, 129.

1. Nach welchen Gesichtspunkten ist bei Patentierung einer Maschine die Frage zu beurteilen, ob die von einem anderen hergestellte ähnliche Maschine den Gegenstand der Erfindung verwertet? II. 29/3 92. **23**, 21. § 4

2. Kann ein einmaliges Inverkehrbringen des Gegenstands der einem anderen patentierten Erfindung ein gewerbsmäßiges Inverkehrbringen im Sinne des § 4 Abs. 1 darstellen? II. 5/11 86. **15**, 34.

3. Über die Begriffe „Inverkehrbringen" und „Feilhalten" s. § 34.

1. Gewährt das Patent Schutz gegenüber demjenigen, welcher in der Zeit zwischen der Anmeldung und der Bekanntmachung der Anmeldung die Erfindung in Benutzung genommen hat und nach der Bekanntmachung der Anmeldung die Benutzung fortsetzt? II. 29/3 92. **23**, 21. § 5

2. Was ist unter den Worten des § 5 Abs. 1 „die zur Benutzung erforderlichen Veranstaltungen" zu verstehen? I. 24/10 87. **16**. 414.

3. Wird durch § 5 Abs. 1 der frühere Besitzstand nur in dem Sinne geschützt, daß dem Rechte aus dem Erfindungsbesitze gegenüber das Patent nur insoweit wirkungslos ist, als der frühere Besitzstand nach Art und Umfang der Benutzung reichte? III. 7/1 82. **5**, 362. II. 14/3 82. **6**, 107.

4. Begründet die gesetzliche Wirkungslosigkeit des Patents zu gunsten desjenigen, welcher zur Zeit der Anmeldung des Patentinhabers im Inlande die Erfindung in Benutzung genommen hat, nur ein persönliches Ausnahmerecht, oder erstreckt sich die hierdurch bedingte Freiheit des Inverkehrbringens oder Feilhaltens auch auf die redlichen dritten

Besitzer solcher von eximierten Personen erworbenen Gegenstände der Erfindung? III. 4/2 82. **6**, 10.

5. Enthält der weitere Vertrieb des nach § 5 von dem früheren Benutzer hergestellten und in den Verkehr gebrachten Gegenstandes der Erfindung durch Dritte einen Eingriff in die Rechte des Patentinhabers? II. 14/3 82. **6**, 107.

§ 6 Ist die Veräußerung eines erwirkten Patentes im Wege gerichtlichen Zwanges, insbesondere im Konkurse rechtlich zulässig?

Besteht eine Abweichung in dem Falle, daß der Erfinder der zeitige Inhaber ist? Darf der Erfinder auch nach einer zwangsweisen Veräußerung des Patents die Erfindung benutzen? I. 9/11 82. **7**, 399.

§ 10 Darf der Strafrichter den Antrag eines der Verletzung eines Patentrechts Angeklagten auf Gewährung einer Frist zum Zwecke der Erhebung der Nichtigkeitsklage vor dem Patentamte ablehnen?

Ist der Strafrichter befugt, diesen Antrag hinsichtlich seiner tatsächlichen Begründung zu prüfen? II. 24/10 82. **7**, 146.

§ 12 Ist im Falle der Patentverletzung das Recht zur Stellung eines Strafantrags seitens eines Ausländers, welchem ein Patent für das Deutsche Reich erteilt ist, davon abhängig, daß zur Zeit des Strafantrags im Inlande ein Vertreter bestellt ist? Muß der ausländische Patentinhaber den Strafantrag durch den gemäß § 12 bestellten Vertreter anbringen? III. 4/2 82. **6**, 10; II. 24/3 82. **6**, 119.

§§ 20–22 Ist dem Patentinhaber gegenüber demjenigen, welcher die Erfindung bereits zur Zeit der Anmeldung in Benutzung genommen haben will, die Priorität durch jede dem Erfindungsbesitze vorangegangene Anmeldung gesichert, oder muß die Anmeldung auch eine formell korrekte gewesen sein? I. 8/1 83. **7**, 414.

§ 34 1. Treffen die Strafandrohungen auch den Transithandel? Kann sich in dieser Beziehung der Angeklagte mit dem Einwande des Irrtums schützen? III. 25/10 90. **21**, 205.

2. Können nach der Nichtigkeitserklärung eines Patentes die vor derselben verübten Verletzungen des Patentanspruchs noch als solche bestraft werden? II. 2/7 86. **14**, 261.

3. Steht dem Strafrichter die Entscheidung darüber zu, ob ein Patent von dem Patentamte mit Unrecht erteilt sei? I. 17/1 81. **3**, 252.

4. Was ist unter dem „Inverkehrbringen" einer patentierten Erfindung zu verstehen? Unter welcher Voraussetzung macht sich der, welcher die patentrechtlich geschützte Erfindung im Auslande herstellen läßt und dieselbe lediglich im Wege des Exportgeschäfts im Auslande verkauft, eines Vergehens durch „Inverkehrbringen" oder „Feilhalten" schuldig?

Subjektiver Tatbestand. III. 3/4 84. **10**, 349.

5. Welche Handlungen fallen unter § 34? I. 14/7 84. **11**, 241.

6. Wann liegt die wissentliche Verletzung des fremden Patentrechts vor? II. 1/3 81. **4**, 12.

7. Genügt zur Anwendung des § 34 dolus eventualis? II. 5/11 86. **15**, 34.

8. Steht es dem „wissentlichen" Inbenutznehmen einer patentierten Erfindung gleich, wenn der Täter sich fahrlässig durch Nichtlesen der öffentlichen Bekanntmachungen des Patentamts in Unkenntnis von der Patenterteilung erhalten hat? III. 17/12 81. **5**, 269.

9. Was bedeutet der Ausdruck „wissentlich den Bestimmungen der §§ 4 und 5 zuwider", insbesondere im Verhältnisse zu irrigen Annahmen des Angeklagten? I. 20/4 82. **6**, 224.

10. Unter welchen Voraussetzungen kann ein Irrtum tatsächlicher oder civilrechtlicher Natur den subjektiven Tatbestand „wissentlicher" Patentverletzung ausschließen? Sind Irrtümer über die gesetzliche Bedeutung das einer bestimmten Erfindung erteilten Patentschutzes solche, welche das Strafgesetz betreffen, oder können sie als Strafausschließungsgründe wirken? III. 12/4 83. **8**, 215.

11. Ist der, welchem vom Patentinhaber das Recht zur ausschließlichen Ausübung des Patentrechts übertragen ist, im Falle der Patentverletzung durch einen unbefugten Dritten zur Stellung des Strafantrags berechtigt? II. 14/11 84. **11**, 266.

12. Über Berechnung der Antragsfrist bei Kenntnis des Generalbevollmächtigten von der Verletzung s. St.G.B. § 61, Nr. 29 S. 37.

Welche Verjährungsfristen gelten für die Strafverfolgung? I. 1/10 94. **26**, 129. § 38

b) Fassung vom 7. April 1891.

1. Unter welchen Voraussetzungen wird eine Patentverletzung begangen durch die Herstellung oder den Verkauf von Sachen, die zu den Elementen eines patentierten Gegenstandes (Kombinationspatent) gehören? I. 17/1 95. **26**, 377. § 4

2. Worin besteht die Verletzung eines sogenannten Kombinationspatentes?

Stellung des Strafrichters gegenüber einem Urteile des Civilrichters über Verletzung des bezüglichen Patentes. I. 28/9 93. **24**, 266.

1. Begriff des Inbenutznehmens der Erfindung. § 5

Ist als Erfinder anzusehen, wer eine Sache auf Bestellung eines anderen anfertigt? I. 22/2 95. **27**, 51.

2. Erleidet die Bestimmung in § 5 Abs. 1 auch auf denjenigen Anwendung, der zur Zeit der Patentanmeldung die Erfindung bereits in Benutzung genommen, diese aber wider Willen des Patentinhabers dessen Einrichtungen entlehnt hatte? I. 28/11 95. **28**, 27.

Darf ein Kaufmann, der von einem Patentinhaber dem Patentschutze unterworfene Gegenstände zum Zwecke des Wiederverkaufs käuflich § 6

zu Eigentum erworben hat, sobald ihm der Übergang des Patentrechts auf eine andere Person bekannt geworden ist, ohne Erlaubnis der letzteren fortfahren, die erwähnten Gegenstände gewerbsmäßig zu verkaufen? I. 19/12 98. **31**, 392.

§ 36 1. Ist der, welcher eine patentierte Erfindung nachgemacht hat, dann strafbar, wenn der Patentinhaber ihn hierzu durch eine vorgeschobene Mittelsperson veranlaßt hat, um ihn wegen dieser Handlung zur strafrechtlichen Verantwortung zu ziehen? III. 17/12 92. **23**, 363.

2. Schließt der gute Glaube, das für einen anderen eingetragene Patent sei nichtig, während es nur teilweise nichtig ist, die Bestrafung nach § 36 aus? I. 21/6 97. **30**, 187.

§ 40 1. Genügt fahrlässiges Handeln? Kann ein der Gesetzesnorm zuwiderlaufender Geschäftsgebrauch die Fahrlässigkeit ausschließen?

Ist der Ausdruck „D. R. G. M. Nr." als eine zur Irrtumserregung geeignete Benutzung anzusehen? I. 12/11 94. **26**, 192; III. 23/11 93. **24**, 399.

2. Ist aus § 40 strafbar, wer eine Sache nicht nur mit der Nummer eines gültigen Patents, sondern außerdem auch mit den Nummern anderer bezüglich derselben Sache erworbener, aber wieder erloschener Patente bezeichnet? III. 14/11 95. **28**, 14.

3. Begriff des Ausdrucks „ähnliche Kundgebungen" in Nr. 2. III. 11/1 94. **25**, 78.

4. Kann wegen Patentanmaßung auf Buße erkannt werden? III. 12/12 01. **35**, 25.

S. zu §§ 4, 36 weiter **27**, 245.

Zu §§ 19, 20 **27**, 21.

Auslieferungsvertrag zwischen Deutschland und Brasilien vom 17. September 1877 (R.R.Bl. 1878 S. 293).

Art. 6 Sinn der Bestimmung, daß der Ausgelieferte wegen eines in dem Vertrage nicht vorgesehenen Delikts nicht „zur Untersuchung gezogen" werden darf. I. 17/9 94. **26**, 68.

Handelskonvention zwischen Deutschland und Rumänien vom 14. November 1877 (R.G.Bl. 1881 S. 199).

Ist die preußische Landesverwaltungsbehörde berechtigt, in Ausführung des Art. XI diejenige Behörde zu bestimmen, welche zur Ausstellung von Ursprungszeugnissen ausschließlich zuständig sein soll? IV. 19/2 89. **18**, 430.

Gesetz, betreffend Zuwiderhandlungen gegen die zur Abwehr der Rinderpest erlassenen Vieh-Einfuhrverbote, vom 21. Mai 1878 (R.G.Bl. S. 95).

1. Verhältnis der Strafvorschrift des § 1 zu § 328 St.G.B.'s. Was versteht § 1 unter Beschränkungen der Einfuhr lebender Wiederkäuer?

Digitized by Google

Erfordert die Anwendung Wissenschaft des Täters davon, daß das von ihm übertretene Verbot zum Zwecke der Verhütung der Rinderpest erlassen war? Wird dann, wenn der Täter dies nicht wußte, aber Kenntnis davon hatte, daß mit dem Verbote Verhütung der Einschleppung von Viehseuchen im allgemeinen bezielt war, § 328 St.G.B.'s verwendbar? III. 28/11 92. **23**, 312; III. 28/4 92. **23**, 107; I. 2/7 83. **9**, 190.

2. Inwieweit wird durch einen Irrtum über Umfang oder Sinn der Anordnung einer Verwaltungsbehörde die nach § 1 zur Strafbarkeit der Zuwiderhandlungen gegen die Anordnung erforderliche Vorsätzlichkeit ausgeschlossen? I. 19/4 88. **17**, 318.

3. Werden Zuwiderhandlungen gegen die zur Abwehr der Rinderpest erlassenen Einfuhrverbote durch die auf amtlich bezeichneter Zollstraße bewirkte Einfuhr der bei der Zollgrenzstation zur Revision gestellten Wiederkäuer bereits mit Überschreitung der die Zolllinie bildenden Landesgrenze vollendet? I. 21/10 86. **15**, 1.

4. Begreift § 1 des Gesetzes vom 21. Mai 1898 außer Einfuhrverboten auch anderweite auf Grund des Gesetzes vom 7. April 1869 getroffene Maßregeln? II. 20/2 80. **1**, 213.

5. Findet § 1 a. a. O. Anwendung auf die bedingten Ein- und Durchfuhrverbote der Königl. sächsischen Verordnung vom 22. Februar 1882, betreffend Ein- und Durchfuhr von Vieh aus Österreich-Ungarn? III. 30/6 84. **11**, 65.

6. Über Bayern s. Ministerialbekanntmachungen vom 2. Januar 1882 und 22. Januar 1887.

7. Kann mit der nach § 1 strafbaren Zuwiderhandlung eine Zolldefraudation ideell konkurrieren? I. 21/10 80. **2**, 370.

8. Was versteht § 2 unter der „Absicht", sich oder einem anderen einen Vermögensvorteil zu verschaffen? I. 10/2 81. **3**, 378; I. 18/10 80. **2**, 352.

9. Können von den zur Verhütung der Einschleppung der Rinderpest erlassenen Vorschriften auch diejenigen, welchen erst nach Einführung der lebenden Wiederkäuer über die Reichsgrenze Folge zu geben ist, als Einfuhrbeschränkungen im Sinne des § 1 in Betracht kommen? I. 3/5 86. **14**, 253.

10. Über Zuwiderhandlung gegen Einfuhrverbote dadurch, daß jemand von dem einem anderen für die ausnahmsweise Einfuhr erteilten Erlaubnisscheine Gebrauch macht. I. 12/4 80. **1**, 353.

S. über das Gesetz außerdem **24**, 33; **33**, 54,
Speziell zu §§ 1, 2 . . . . **13**, 300; **16**, 136; **20**, 169.

Gerichtskostengesetz vom 18. Juni 1878 (R.G.Bl. S. 141).

1. Berechnung der Kosten bei Verurteilung mehrerer Angeklagten zu einer Geldstrafe als Gesamtschuldner. I. 9/10 99. **32**, 282; II. 8/7 90. **21**, 61. § 59

2. Wie sind die Gebühren für die Revisionsinstanz zu berechnen,

wenn der in erster Instanz wegen mehrerer Straftaten zu gesonderten Strafen verurteilte Angeklagte nur bezüglich einzelner Straffälle ohne Erfolg Revision ergriffen hat? Pl. 20/2 95. **27**, 58; I. 8/11 94. **26**, 172.

3. Ist bei der Berechnung der Kosten der Revisionsinstanz in Strafsachen wegen Zolldefraudation der neben der Geldstrafe an Stelle der nicht vollziehbaren Einziehung der defraudierten Gegenstände ausgesprochene Wertsersatzbetrag zu berücksichtigen? I. 13/7 91. **22**, 103.

4. Wie sind die Kosten der Revisionsinstanz zu berechnen, wenn der Beschwerdeführer nicht die Bestrafung an sich, sondern nur die Höhe der Strafe oder nur zuerkannte Nebenstrafen zum Gegenstande seiner Beschwerde gemacht hat? III. 5/1 89. **18**, 369.

§ 74 Sind die Gebühren dem Nebenkläger auch dann zur Last zu stellen, wenn neben ihm die Staatsanwaltschaft ein Rechtsmittel verfolgt hat? IV. 11/4 02. **35**, 187.

S. weiter

zu §§ 1, 75 . . . . **12**, 198,
„ § 59 . . . . **18**, 347,
„ § 79 . . . . **22**, 351.

Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher vom 24. Juni 1878 (R.G.Bl. S. 166).

Kann nach § 4 für eine fortgesetzte Erledigung des Pfändungsauftrags eine nochmalige Pfandgebühr beansprucht werden? I. 4/3 89. **19**, 62.

Rechtsanwaltsordnung vom 1. Juli 1878 (R.G.Bl. S. 177).

1. Zur Auslegung des § 31 Nr. 2 (Versagung der Berufstätigkeit, wenn schon der anderen Partei gewährt). II. 5/10 86. **14**, 364.

2. Ist die Beschlagnahme und Durchsuchung in dem ehrengerichtlichen Verfahren gegen Rechtsanwälte zulässig? II. 13/6 84. **10**, 425.

3. Ist die Vorschrift des § 17 des Gesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 auch auf das ehrengerichtliche Verfahren gegen Rechtsanwälte zu beziehen? III. 3/11 80. **3**, 42.

S. weiter

zu § 31 . . . . **23**, 60,
„ § 34 . . . . **26**, 97.

Gesetz, betreffend den Spielkartenstempel, vom 3. Juli 1878 (R.G.Bl. S. 133).

1. Ist bei sachlicher Konkurrenz der in §§ 10, 11 vorgesehenen Verfehlungen eine Kumulation der hier und dort angedrohten Geldstrafe ausgeschlossen? I. 6/2 99. **32**, 11.

2. Was versteht § 10 unter dem mit Strafe bedrohten „wissentlichen Gewahrsam“ ungestempelter Spielkarten? I. 4/11 80. **3**, 21.

3. Welche Willensbestimmung ist zur Strafbarkeit der Erwerbung rc ungestempelter Spielkarten erforderlich? I. 28/2 81. **4**, 11.

4. Setzt die Strafbarkeit der Veräußerung ungestempelter Spiel-

karten gemäß §§ 10, 12 eine für die unterbliebene Stempelung der veräußerten Spielkarten kausale Fahrlässigkeit voraus?

Was ist unter „Niederlegung" der fertigen ungestempelten Spielkarten in das in § 5 des Regulativs des Bundesrats vom 6. Juli 1878 bezeichnete Behältnis zu verstehen?

In welchem Umfange ist im Gebiete der Spielkartenstempel-Kontravention der Nachweis, daß der Beschuldigte die Stempelsteuer nicht habe hinterziehen können oder wollen, mit der Wirkung, daß nur eine Ordnungsstrafe eintritt, zugelassen? III. 15/1 85. **11**, 402.

5. Bezieht sich die Vorschrift in § 14 auch auf die Versendung von ungestempelten Spielkarten nach Orten innerhalb des Deutschen Reichs? III. 25/9 84. **11**, 96.

Gesetz, betreffend die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie, vom 21. Oktober 1878 (R.G.Bl. S. 351).

S. in Bezug auf das nicht mehr geltende Gesetz:

Über Wirksamkeit der auf Grund des Gesetzes ergangenen Verbote. **11**, 350,

zu § 9. **18**, 119; **20**, 131; **21**, 71,
„ § 11. **4**, 362,
„ § 14. **16**, 114,
„ § 16. **1**, 23; **2**, 297,
„ § 17. **11**, 371; **12**, 109,
„ § 19. **1**, 11. 321; **2**, 329; **3**, 316; **5**, 40, 346; **9**, 291; **11**, 179; **14**, 224, **15**, 118; **16**, 114, 176, 252; **17**, 384; **18**, 58, 96,
„ §§ 24, 25. **2**, 216; **6**, 85, 353; **11**, 105,
„ § 28. **1**, 363; **5**, 114; **18**, 367; **19**, 1; **20**, 111; **21**, 33.

Postordnung vom 8. März / 24. August 1879 (Centr.Bl. S. 185, 538).

Fordert die Post, indem sie Postpaketadressen mit Abschnitten, welche letztere den Vordruck „Name, Wohnort und Wohnung des Absenders" tragen, ausgibt, daß ihr mittels Einschreibens des Namens zc des Absenders in den Abschnitt ein urkundlicher Nachweis über die Person des Absenders ausgestellt wird? III. 9/2 88; **17**, 141.

S. außerdem

zu § 1 . . . . **22**, 22,
„ §§ 22, 35 . . . . **6**, 17,
„ § 24 . . . . **10**, 123,
„ § 37 . . . . . . **20**, 436; **26**, 389,
„ § 39 . . . . **26**, 118,
„ § 43 . . . . **17**, 394.

Gesetz, betreffend den Verkehr mit Nahrungsmitteln, Genußmitteln und Gebrauchsgegenständen, vom 14. Mai 1879 (R.G.Bl. S. 145).

1. Zum Begriffe von Nahrungs- und Genußmittel s. St.G.B. § 1 § 370 Nr. 5 und nachstehend § 10.

2. Schließt die Eigenschaft, bezw. die Anpreisung eines Präparats als eines Arzneimittels dessen gleichzeitige Auffassung als Genußmittel aus? III. 13/7 81. **4**, 393.

§ 4 Ist im Geltungsbereiche des preußischen Allgemeinen Landrechts ein Polizeibeamter befugt, ein im Marktverkehre angetroffenes Nahrungsmittel, welches gesundheitsgefährlich erscheint, zum Zwecke näherer Untersuchung in Beschlag zu nehmen? Sind dabei die Vorschriften der Strafprozeßordnung über Beschlagnahme maßgebend? II. 23/10 83. **9**, 121.

§ 10 1. Zum Begriffe von Nahrungs- und Genußmittel. I. 29/9 00. **33**, 386.

2. Fällt Hefe unter den Begriff von Nahrungsmittel im Sinne des § 10? III. 28/5 00. **33**, 301.

3. Über den Begriff s. weiter § 1 und St.G.B. § 370 Nr. 5.

4. Über die Frage, ob der Geschäftseigentümer, oder der Geschäftsleiter aus § 10 strafrechtlich verantwortlich ist, s. § 12, Nr. 5 S. 521.

5. Unter welchen Voraussetzungen ist der Brauereibesitzer, welcher die Brauerei durch einen Braumeister besorgen läßt, für die in seiner Brauerei vorgekommenen Bierfälschungen verantwortlich? I. 10/1 93. **23**, 383.

6. Über die Begriffe von „nachgemacht“ und „verfälscht“ und das Verhältnis beider zu einander. Kann dasselbe Nahrungsmittel je nach der Verschiedenheit seiner örtlichen Bestimmung für eines von mehreren Absatzgebieten als normal beschaffen und für ein anderes als nachgemacht oder verfälscht angesehen werden? II. 1/3 98. **31**, 72; III. 25/3 89. **19**, 151; II. 2/11 86. **14**, 428; III. 14/7 81. **4**, 434.

7. Was heißt „zum Zwecke der Täuschung im Handel und Verkehr“? Wird vorausgesetzt, daß der Verfertiger der nachgemachten oder verfälschten Nahrungs- und Genußmittel außer der Handlung des Nachmachens oder Verfälschens eine weitere Handlung vornimmt, in welcher die Täuschung einer anderen Person liegt, und ist eine Täuschung des unmittelbaren Abnehmers des Verfertigers erforderlich? I. 17/1 81. **3**, 269; I. 17/1 81. **3**, 273; I. 5/2 94. **25**, 117.

8. Ist die Anwendbarkeit des § 10 Nr. 1 ausgeschlossen, wenn der Verfertiger der nachgemachten oder verfälschten Nahrungs- oder Genußmittel dieselben selbst in Verkehr gebracht hat? I. 17/1 81. **3**, 269.

9. Unter welchen Umständen ist, wenn auf die Handlungen eines Angeklagten sowohl § 10 Nr. 1, als auch § 10 Nr. 2, oder neben letztgedachter Strafbestimmung auch § 263 St.G.B.'s Anwendung leidet, die Annahme von Realkonkurrenz zulässig? IV. 2/2 94. **25**, 101; III. 11/12 84. **11**, 355; I. 13/3 84. **10**, 198.

10. Über den Begriff und verschiedene Arten der Verfälschung von Nahrungsmitteln, insbesondere durch Färben. III. 18/2 82. **6**, 51. I. 3/1 98. **30**, 393.

11. Fällt es unter den Begriff der Nahrungsmittelfälschung, wenn einem verdorbenen Nahrungsmittel ohne Veränderungen in der Substanz

der Anschein einer besseren Beschaffenheit gegeben wird? II. 2/11 81. **5**, 178.

12. Wonach bemißt sich bei Nahrungsmitteln, welche aus verschiedenen Stoffen zusammengesetzt sind, die Feststellung des normalen Produkts? I. 7/1 87. **15**, 161.

13. Unter welchen Voraussetzungen können lokale Übungen eine Abweichung von der normalen Beschaffenheit eines Nahrungsmittels rechtfertigen? I. 14/11 87. **16**, 316.

14. Inwiefern können Geschäftsgebräuche die Feststellung des Nachmachens oder Verfälschens ausschließen? II. 2/11 86. **14**, 428.

15. Sind Nachmachen und Verfälschen als gleichwertige Alternativen anzusehen? II. 12/5 91. **21**, 437.

16. Begriff des „Nachmachens" im Verhältnisse zur Einführung eines neuen Nahrungsmittels. Wie weit geht die Verpflichtung des Fabrikanten, die Käufer vor Täuschung zu bewahren? I. 13/7 93. **24**, 240.

17. Unter welchen Voraussetzungen kann in einer neuen Methode der Herstellung von Nahrungsmitteln ꝛc eine Verfälschung derselben gefunden werden? Verwendung von Surrogaten. III. 20/11 82. **7**, 337.

18. Ist bei der Frage, ob Verfälschung eines Nahrungs- oder Genußmittels anzunehmen ist, der Preis desselben zu berücksichtigen? I. 3/1 98. **30**, 393.

19. Kann die Verwendung von pekuniär minderwertigen Stoffen (Stärkesirups statt Zuckers) zum Einmachen von Früchten schon an sich als Verfälschung angesehen werden? Ist der Umstand, daß die Käufer in ihren Erwartungen getäuscht werden, ausschlaggebend, auch wenn der Verkäufer sich dessen nicht bewußt war? I. 17/12 96. **29**, 258.

20. Ist der Tatbestand einer Verfälschung dadurch ausgeschlossen, daß der Täter dem Nahrungs- oder Genußmittel zum Zwecke der Täuschung den Schein einer *besseren* Beschaffenheit geben wollte, tatsächlich aber nur eine Verschlechterung des Produkts herbeiführte? I. 28/2 87. **15**, 321.

21. Kann durch Zusatz von Bestandteilen desselben Naturprodukts, aus welchem ein Nahrungs- oder Genußmittel gewonnen wird, eine Verfälschung von Nahrungs- oder Genußmitteln begangen werden? III. 4/6 81. **4**, 311.

22. Verfälschung durch Beimengung verdorbener oder minderwertiger Quantitäten desselben Nahrungs- oder Genußmittels (Zusatz von Neigenbier). I. 1/10 85. **12**, 400.

23. Über Verfälschung von Kaffee durch Färben. I. 11/2 95. **27**, 6; I. 4/3 95. **27**, 73.

24. Ist die Herstellung von „Fabrikmenado" aus brasilianischen Kaffeebohnen als Verfälschung zu betrachten? I. 5/2 94. **25**, 117.

25. Enthält die Herstellung von Wurst aus dem Fleische eines krepierten Hundes ein Nachmachen oder Verfälschen eines Nahrungsmittels? II. 12/5 91. **21**, 437.

26. Ist ein Zusatz von Stärkemehl zu Würsten als Verfälschung des Nahrungsmittels anzusehen? I. 7/1 87. **15**, 161.

27. Kann Margarine als nachgemachte Milchbutter bezeichnet werden? III. 25/3 89. **19**, 151.

28. Kann ein Kunstprodukt aus Talg und Speiseöl als nachgemachtes Schweineschmalz bezeichnet werden? III. 17/3 94. **25**, 182.

29. Liegt Verfälschung von Butter schon deshalb vor, weil bei deren Herstellung der 20 Prozent übersteigende Wassergehalt derselben nicht entzogen worden ist? IV. 31/1 88. **17**, 99.

30. Was ist unter Vollmilch zu verstehen? I. 21/12 99. **33**, 26.

31. Ist es vollendete oder nur versuchte Nahrungsmittelfälschung, wenn jemand eine kleinere Menge Milch mit Wasser verdünnt, nicht um sie unmittelbar in den Verkehr zu bringen, sondern um sie der zum Verkaufe bestimmten anderen Milch beizumischen? I. 6/5 97. **30**, 100.

32. Kann Bier, dem Saccharin statt der zu seiner ordnungsmäßigen Herstellung erforderlichen Menge von Malz zugesetzt wurde, als verfälscht angesehen werden? I. 2/3 93. **24**, 36.

33. Bildet die Beimengung von Salizylsäure zu Bier eine Verfälschung? I. 30/11 85. **13**, 97.

34. Verstößt die sog. Klärung eines durch Hefe getrübten Bieres, wenn hierzu nur mechanisch wirkende Mittel verwendet werden, gegen das Nahrungsmittelgesetz? I. 5/7 83. **8**, 434.

35. Inwiefern begründet Wasserzusatz zu fertigem Biere eine Verfälschung? I. 10/1 93. **23**, 383.

36. Ist ein in Bayern gebrautes Bier, welchem andere Stoffe als Hopfen und Malz, insbesondere sog. Bierkouleur oder pulverisiertes Süßholz beigemengt sind, als verfälscht im Sinne des § 10 anzusehen? I. 18/12 82. **7**, 314.

37. Enthält jede Übertretung des Art. 7 des bayerischen Malzaufschlagsgesetzes zugleich die Fälschung eines Nahrungsmittels? Inwieweit ist das Landesgesetz für die Feststellung eines Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz entscheidend? I. 15/12 84. **11**, 294; I. 15/12 84. **12**, 94.

38. Ist das für die Bereitung bayerischen Bieres geltende Verbot der Beimengung von Surrogaten jeder Art, sowie die Annahme, daß jedes bayerische Bier, welchem andere als die vom Gesetze zugelassenen Stoffe zugesetzt werden, als „verfälscht" zu erachten sei, auch für das in Bayern gebraute Weißbier maßgebend? I. 31/3 84. **10**, 266.

39. Über das Verhältnis des Nahrungsmittelgesetzes zu dem Gesetze vom 20. April 1892, betreffend den Verkehr mit Wein &c. I. 7/3 98. **31**, 54.

40. Über Weinverfälschung aus der Zeit vor dem Gesetze vom 20. April 1892. I. 1/11 80. **2**, 418; I. 20/1 87. **15**, 192; I. 28/2 87. **15**, 321; II. 2/11 86. **14**, 428.

41. Ist das „Gallisieren" des Weins im Deutschen Reiche erlaubt? I. 20/1 87. **15**, 192.

42. Über Weinfälschung durch Zusatz von Hollunderbeersaft. I. 28/2 87. **15**, 321.

43. Gilt jede Beimischung von Sprit, Zucker oder Wasser zum Traubensaft als Weinverfälschung?

Ist Nachahmung von Wein oder einer bestimmten Weinsorte schon durch die Feststellung ausgeschlossen, daß das hergestellte Gemisch überhaupt Traubensaft, bezw. Saft einer bestimmten Traubensorte enthält?

Ist in dem bloßen Aufkleben einer falschen Etikette auf eine Flasche eine Fälschung des in der Flasche befindlichen Weins zu erkennen?

Wird bei dem Feilhalten von Wein unter falschen Etiketten das Merkmal „einer zur Täuschung geeigneten Bezeichnung" durch die Feststellung beseitigt, daß das Verkehrspublikum im allgemeinen weiß, was es von einer solchen Etikettierung zu halten habe?

Genügt zur Verneinung des Vorsatzes die Feststellung, daß der Weinfälscher in dem angewendeten Verfahren eine Verfälschung nicht erkannt habe, indem er der Meinung gewesen sei, berechtigten Gebräuchen des Handels und der Technik zu folgen? II. 2/11 86. **14**, 428.

44. Muß eine Verfälschung von Rum, Arak oder Kognak angenommen werden, wenn eine Mischung nur 50 Prozent oder weniger echten Rum, Arak oder Kognak enthält? II. 2/11 86. **14**, 428.

45. Wann liegt ein Verkauf unter Verschweigung der Verfälschung ꝛc vor? II. 1/3 98. **31**, 72.

46. Kann § 10 Anwendung finden, wenn das verdorbene Nahrungsmittel ꝛc nicht Gegenstand eines einzelnen Kaufgeschäfts war, sondern in Erfüllung eines Vertrags über Leistung von Kost und Wohnung gegen einen Gesamtpreis verabfolgt wurde? I. 23/1 93. **23**, 396.

47. Wird die Anwendung des § 10 Nr. 2 dadurch ausgeschlossen, daß die verkaufte oder feilgehaltene Ware ein im reellen Handelsverkehr vorkommender, oder daß sie ein als Nahrungsmittel begehrter Artikel war?

Über das Verhältnis des in § 10 Nr. 2 vorgesehenen Vergehens zu dem des Betrugs. III. 13/11 80. **3**, 234.

48. Wann ist beim Verkaufe verfälschter Nahrungsmittel ein Betrug durch Unterdrücken wahrer Tatsachen anzunehmen? I. 8/2 97. **29**, 369.

49. Über den Begriff der Verdorbenheit von Nahrungs- und Genußmitteln. IV. 5/2 95. **26**, 419; I. 30/1 93. **23**, 409; I. 12/1 82. **5**, 343; III. 5/10 81. **5**, 290.

50. Sind unter verdorbenen Nahrungsmitteln nur solche zu verstehen, deren ursprünglich guter Zustand durch später hinzutretende Umstände verschlechtert worden ist, oder auch solche, deren Geringwertigkeit schon durch die Art ihrer Herstellung herbeigeführt worden ist? II. 3/1 82. **5**, 287.

51. Unter welchen Voraussetzungen ist das ekelerregende Aussehen von Eßwaren geeignet, dieselben als verdorben darzustellen, und fällt die Eigenschaft der Verdorbenheit, welche im rohen Zustande zur Zeit des Verkaufes vorhanden ist, dadurch hinweg, daß durch spätere Behandlung des Gegenstandes die Erscheinungen, welche die Verdorbenheit begründen, beseitigt werden können? II. 9/5 82. **6**, 268.

52. Kann die Annahme, daß ein Nahrungsmittel verdorben sei,

lediglich darauf gestützt werden, daß das Publikum es für verdorben halte? III. 28/9 85. **12**, 407.

53. Über den Begriff des „Feilhaltens“. III. 4/6 81. **4**, 274.

54. Über den Begriff des „Feilhaltens unter einer zur Täuschung geeigneten Bezeichnung“. I. 10/2 81. **3**, 380; III. 18/6 85. **12**, 301; II. 2/11 86. **14**, 428.

55. Über den subjektiven Tatbestand der in § 10 vorgesehenen Vergehen. I. 11/2 95. **27**, 6; III. 5/10 81. **5**, 290.

56. Unter welchen Voraussetzungen macht die Kenntnis des Käufers von der Verdorbenheit des Nahrungsmittels den Verkäufer straffrei? I. 26/9 94. **26**, 114.

57. Über Konkurrenz mit einem Vergehen gegen das Tabaksteuergesetz vom 16. Juli 1879. II. 25/5 86. **14**, 145.

58. Findet § 42 St.G.B.'s in den Fällen des § 10 Anwendung? I. 11/5 82. **6**, 296.

59. Über die Anwendbarkeit des § 367 Nr. 7 St.G.B.'s neben dem Nahrungsmittelgesetze s. § 367 Nr. 7, S. 273.

S. zu § 10 auch **29**, 35; **32**, 203; **34**, 230.

§ 11 1. Über die identischen Tatbestandsmerkmale s. § 10.

2. Über die Voraussetzungen der Anwendung des § 11. I. 27/3 82. **6**, 121.

3. Ist das fahrlässige Feilhalten nachgemachter, verfälschter oder verdorbener Nahrungs- und Genußmittel nach § 11 strafbar, wenn es nicht unter einer zur Täuschung geeigneten Bezeichnung geschieht? II. 9/5 82. **6**, 268; I. 10/2 81. **3**, 380.

§ 12 1. Ist die in § 12 Nr. 1 vorausgesetzte Gefahr für die Gesundheit einer Person nur dann vorhanden, wenn sie durch den einmaligen und in geringer Menge erfolgenden Genuß des betreffenden Gegenstands hervorgerufen wird? III. 9/6 80. **2**, 177.

2. Liegt die Eigenschaft der Gesundheitsgefährlichkeit schon dann vor, wenn dieselbe zur Zeit des Verkaufs noch nicht vorhanden, jedoch nach kurzer Zeit zu erwarten ist?

Genügt die Möglichkeit, daß Personen, welche nach dem Genusse des Fleisches von kranken Tieren, sobald sie von der Herkunft hören, aus Ekel an ihrer Gesundheit beschädigt werden, um das Fleisch als ein Nahrungsmittel anzusehen, welches die menschliche Gesundheit zu schädigen geeignet ist? II. 5/5 82. **6**, 256; I. 1/10 88. **18**, 135.

3. Unter welchen Voraussetzungen kann ein Nahrungsmittel als gesundheitsgefährlich angesehen werden, obwohl der Genuß nur einer bestimmten Klasse von Menschen schädlich werden kann? I. 5/11 98. **31**, 299.

4. Zum Begriffe des Herstellens und Inverkehrbringens gesundheitsschädlicher Nahrungsmittel.

Erlangt eine Semmel dadurch, daß eine Stecknadel in sie hinein-

gesteckt wird, die Eigenschaft eines gesundheitsschädlichen Nahrungsmittels? IV. 11/11 98. **31**, 325.

5. Gilt als derjenige, welcher gesundheitsgefährliche Nahrungsmittel herstellt oder verkauft, der Eigentümer des Geschäfts, in welchem die Herstellung und der Verkauf erfolgen, oder kann der Geschäftsleiter, welcher die bezüglichen Anordnungen getroffen hat, als solcher betrachtet werden? II. 20/5 81. **4**, 182.

6. Schließt die Eigenschaft, bezw. die Anpreisung eines Präparates als eines Arzneimittels dessen gleichzeitige Auffassung als Genußmittel aus? III. 13/7 81. **4**, 393.

7. Was heißt „Herstellung" von gesundheitsgefährlichen Nahrungsmitteln? Liegt eine solche auch dann vor, wenn der dabei verwendete Rohstoff bereits die gesundheitsgefährlichen Eigenschaften besessen hat? II. 27/10 82. **7**, 151.

8. Zum Begriffe des „Feilhaltens" im Sinne des § 12 Nr. 1. III. 4/6 81. **4**, 274.

9. Was ist zum Versuche strafbaren Feilhaltens gesundheitsgefährlicher Nahrungsmittel erforderlich? III. 15/2 82. **6**, 46; I. 1/11 81. **5**, 145.

10. Kann ein Inverkehrbringen gesundheitsgefährlicher Nahrungsmittel schon in der Zulassung des Verbrauchs in der eigenen Hauswirtschaft durch Familienangehörige und Dienstboten gefunden werden? II. 27/10 82. **7**, 151; I. 8/1 83. **7**, 412.

11. Ist das Verschenken gesundheitsgefährlicher Nahrungsmittel als ein „Inverkehrbringen" zu betrachten?

Ist Mehrheit von Abnehmern und erfolgte Gesundheitsbeschädigung zur Begründung des Tatbestands des § 12 Nr. 1 erforderlich? I. 13/12 80. **3**, 119.

12. Wird die Annahme strafbaren Inverkehrbringens gesundheitsgefährlicher Nahrungsmittel dadurch ausgeschlossen, daß infolge privatrechtlicher Verhältnisse ein Recht oder eine Verpflichtung zur Abgabe der gesundheitsgefährdenden Gegenstände begründet war? IV. 23/9 87. **16**, 191.

13. Kann der Verkauf lebenden erkrankten Viehes als Inverkehrbringen gesundheitsschädlichen Fleisches angesehen werden? Kann der Käufer solchen Fleisches als Teilnehmer an dem Inverkehrbringen bestraft werden? I. 6/10 92. **23**, 242.

14. Wann ist anzunehmen, daß gesundheitsgefährdende Nahrungsmittel in Verkehr gebracht sind? Wann ist nur Versuch anzunehmen? II. 23/3 86. **14**, 35.

15. Kann in dem Feilhalten gesundheitsgefährdender Nahrungsmittel der Versuch eines Verkaufs derselben gefunden werden? IV. 20/11 86. **15**, 56.

16. Genügt es für die Wissentlichkeit des Verkaufs gesundheitsgefährlicher Nahrungsmittel, daß der Verkäufer die Eigenschaften des verkauften Gegenstandes gekannt hat, welche dessen Gesundheitsgefährlichkeit begründen? II. 5/5 82. **6**, 256.

17. Genügt zur Begründung der Annahme, daß jemand „wissentlich" gesundheitsgefährdendes Fleisch in den Verkehr gebracht habe, die Feststellung, daß er wisse, dasselbe rühre von einem kranken Tiere her? I. 1/10 88. **18**, 135.

18. Findet § 12 Nr. 1 bei einem Spezialkauf mit aufgeschobener Übergabe Anwendung, wenn der Verkäufer zwar nicht bei dem Verkaufe, wohl aber bei der Übergabe die gesundheitsgefährliche Beschaffenheit des verkauften Nahrungsmittels kannte? III. 30/3 81. **4**, 92.

19. Kann bei Verkauf gesundheitsgefährdender Nahrungsmittel die bloße Mitteilung dieser Eigenschaft an den Käufer den Verkäufer vor Bestrafung schützen?

Sind außerdem Veranstaltungen oder Vereinbarungen denkbar, durch welche, insbesondere beim Verkaufe eines Nahrungsmittels, das je nach der Art seiner Behandlung vor dem Genusse bald schädlich, bald unschädlich wirkt, die Strafbarkeit seiner Veräußerung als Nahrungsmittel ausgeschlossen werden kann? III. 4/1 82. **5**, 389; I. 15/1 85. **11**, 375.

20. Bildet die in § 12 Nr. 1 bezeichnete Herstellung und bezw. der Verkauf, das Feilhalten oder das Inverkehrbringen gesundheitsgefährlicher Nahrungsmittel nur eine einzige Deliktsspezies mit alternativen und äquipollenten Merkmalen, oder stellt sich jeder der beiden Tatbestände als ein besonderes Delikt dar? II. 3/4 83. **8**, 149; IV. 11/11 98. **31**, 325.

21. Sind Siphons Trinkgeschirre im Sinne des § 12 Nr. 2? III. 20/3 90. **20**, 333.

§ 14 1. Über die identischen Merkmale s. § 12.

2. Unter welchen Voraussetzungen ist ein strafbarer fahrlässiger Verkauf rc gesundheitsgefährlicher Nahrungsmittel, insbesondere trichinenhaltigen Fleisches anzunehmen? I. 27/3 82. **6**, 121; IV. 27/5 84. **10**, 410; III. 15/2 82. **6**, 41.

3. Ist der Verkauf trichinenhaltigen Fleisches für fahrlässig zu erachten, wenn der Verkäufer bei den vorliegenden Umständen überzeugt sein konnte, daß das Fleisch erst nach gehörigem Kochen genossen werden würde? III. 7/5 88. **17**, 427.

4. Über das Erfordernis der zur Strafbarkeit aus § 14 notwendigen Fahrlässigkeit. I. 17/1 81. **3**, 273.

5. Ist § 14 anwendbar, wenn nicht die Unkenntnis des Verkäufers von der Gesundheitsgefährlichkeit des Gegenstandes, sondern der Verkauf desselben als eines Nahrungs- oder Genußmittels durch Fahrlässigkeit verschuldet wird? III. 28/6 83. **9**, 31.

6. Setzt die Bestrafung des fahrlässigen Verkaufs, Feilhaltens rc gesundheitsgefährlicher Nahrungsmittel voraus, daß eine Untersuchung vorgeschrieben war und unterlassen worden ist.

Verhältnis des § 14 zu §§ 222, 230 St.G.B.'s. III. 15/2 82. **6**, 41.

7. Was ist unter Verursachung eines Schadens an der Gesundheit eines Menschen im Sinne des § 14 zu verstehen? III. 6/2 90. **20**, 254.

S. zu § 14 auch **24**, 58.

1. Kann auf Einziehung erkannt werden, wenn Betrug ideell konkurriert? I. 24/1 95. **26**, 406. § 15

2. Wird § 42 St.G.B.'s für den Bereich des Nahrungsmittelgesetzes durch § 15 Abs. 2 völlig ersetzt? I. 11/5 82. **6**, 296; I. 21/12 82. **7**, 428.

3. Wird zur Anwendung des § 15 Abs. 2 das volle Vorhandensein der tatsächlichen Erfordernisse, welche in §§ 12—14 aufgestellt sind, samt dem Erfordernisse der Vorsätzlichkeit bezw. der Fahrlässigkeit vorausgesetzt? I. 21/12 82. **7**, 428.

4. Hat in dem Falle des § 15 Abs. 2 das Gericht zu untersuchen, ob die Verfolgung einer bestimmten Person ausführbar ist, oder nicht? III. 5/4 83. **8**, 238.

1. Kann auf öffentliche Bekanntmachung erkannt werden, wenn Betrug ideell konkurriert? I. 24/1 95. **26**, 406; III. 3/3 84. **10**, 206. § 16

2. Ist es zulässig, in der gemäß Abs. 1 erfolgenden Bekanntmachung das Geschäft zu bezeichnen, in welchem der als Verkäufer verurteilte Angeklagte das verdorbene Nahrungsmittel verkauft hat? I. 20/1 98. **30**, 405.

Gebührenordnung für Rechtsanwälte vom 7. Juli 1879 (R.G.Bl. S. 176).

Zur Auslegung des § 47 (Konferenzgebühr und Prozeßgebühr). II. 5/10 86. **14**, 364.

Gesetz über die Konsulargerichtsbarkeit vom 10. Juli 1879 (R.G.Bl. S. 197).

Bedarf es zur Anwendung der deutschen Strafgesetze der Feststellung, daß die im Auslande begangene Handlung auch durch die Gesetze des Tatorts mit Strafe bedroht ist? Fer. 25/7 94. **26**, 97. § 4

Kompetiert dem Konsul die Zurückweisung einer Privatklage? Ist gegen die auf die Beschwerde über die Zurückweisung ergangene Entscheidung des Konsulargerichts eine weitere Beschwerde zulässig? I. 28/11 95. **28**, 31. §§ 21 flg.

Ist gegen einen Beschluß des Konsulargerichts, durch welchen die Beschwerde gegen eine die Einleitung eines Strafverfahrens ablehnende Verfügung des Konsuls verworfen worden ist, die weitere Beschwerde an das Reichsgericht zulässig? I. 29/6 93. **24**, 220. § 35

Gesetz, betreffend den Zolltarif des deutschen Zollgebietes und den Ertrag der Zölle und der Tabaksteuer, vom 15. Juli 1879 (R.G.Bl. S. 207) / 23. Juni 1882 (R.G.Bl. S. 59), 24. Mai 1885 (R.G.Bl. S. 111).

a) Fassung vom 15. Juli 1879.

1. Was ist nach § 5 Nr. 2 unter „gebrauchten" Kleidungsstücken zu verstehen? III. 2/7 85. **12**, 342.

Digitized by Google

2. Sind nach § 5 Nr. 4 auch diejenigen Gegenstände des Verzehrens zollfrei, welche sich zwar innerhalb der Quantität der für Verzehrungsgegenstände gestatteten Zollfreiheit bewegen, aber nicht zum Verzehr bestimmt sind? I. 17/10 87. **16**, 224.

3. Zur Auslegung der Bestimmung des § 5 Nr. 5 (Wagen). IV. 25/11 90. **21**, 176.

4. Zur Auslegung des Tarifsatzes Nr. 26 (Öl). I. 8/2 86. **13**, 321; II. 16/1 85. **11**, 366.

S. weiter zu § 7 **19**, 302.

b) Fassung vom 23. Juni 1882.

S. zu § 7 **18**, 231; **19**, 302.

c) Fassung vom 24. Mai 1885.

1. Welche Bedeutung hat die in § 5 Nr. 5 Abs. 3 vorgesehene Zollfreiheit der Pferde und anderer Tiere als Zug- oder Lasttiere? I. 24/4 02. **35**, 199.

2. Zur Auslegung der Anmerkung zu Pos. 13, c, 1 des Tarifs, betreffend Zollfreiheit für Holz im Grenzverkehre. III. 28/11 87. **17**, 21.

3. Zur Auslegung der Anordnung des preußischen Finanzministers, daß Zollfreiheit auf Grund der Anmerkung zu Nr. 25, g, 1 des Tarifs nur zu gewähren sei, insoweit die eingeführten Mengen lediglich für den eigenen Haushalt eines Bewohners des Grenzbezirks bestimmt seien und für jeden Haushalt nicht mehr als die gesetzlich zulässige Höchstmenge an einem und demselben Tage eingeführt werde. II. 3/1 99. **31**, 415; IV. 28/11 99. **33**, 1.

4. Kommen bei Berechnung der nach Anmerkung zu Nr. 25, g, 1 des Tarifs im Grenzverkehre zollfrei zugelassenen Gewichtsmenge von 2 kg Fleisch auch solche Fleischarten in Betracht, deren Einfuhr verboten ist? IV. 6/12 87. **17**, 9.

5. Unterscheidungsmerkmale zwischen Mehl (Nr. 25, q, 2 des Tarifs) und Kleie. I. 4/10 94. **26**, 86.

6. Von welcher Stelle ist die für den Fall des Mißbrauchs vorbehaltene Aufhebung oder Einschränkung der nach Anmerkung zu Nr. 25, q, 2 des Tarifs gewährten Zollfreiheit anzuordnen? Inwieweit ist die Rechtsgültigkeit einer die Zollbefreiung einschränkenden oder aufhebenden Verwaltungsanordnung von den Gerichten zu prüfen? IV. 9/5 93. **24**, 172.

7. Ist die nach Nr. 25, q, 2 des Tarifs den Bewohnern des Grenzbezirks für Mühlenfabrikate von nicht mehr als 3 kg gewährte Zollfreiheit beschränkt durch das Lebensalter der betreffenden Bewohner oder durch ihre Nichtzusammengehörigkeit zu derselben Familie? III. 31/3 92. **23**, 29.

8. Ist diese Begünstigung an die Bedingung gebunden, daß die einzuführenden Fabrikate zur Verwendung im Haushalte des Einführenden bestimmt sind? II. 12/4 89. **19**, 131.

9. Begriff von „bloß behauenen Steinen“ und „groben Steinmetzarbeiten“ im Sinne von Nr. 33, a und d des Tarifs. I. 1/11 94. **26**, 170.

S. weiter
zu §§ 1, 4 . . . . 19, 361; 20, 305,
Tarifposition 18, a 14, 195,
§§ 4, 5 des Gesetzes und Tarif Nr. 25, q, 2 . . . . . . 23, 328,
Tarif Nr. 26, b . . . . 22, 370.

Gesetz, betreffend die Besteuerung des Tabaks, vom 16. Juli 1879 (R.G.Bl. S. 245).

Was ist für den Tatbestand der Tabakssteuerdefraude unter dem „Erzielen einer Nachernte" ohne „Genehmigung der Steuerbehörde" zu verstehen? III. 30/10 84. **11**, 202. §§ 22, 23

Zur Begriffsbestimmung des Surrogats. Unterschied von Surrogat und bloßen Hülfsmitteln der Fabrikation. Konkurrenz des Vergehens der Verwendung nicht gestatteter Tabakssurrogate und des Vergehens der Verfälschung von Genußmitteln. II. 25/5 86. **14**, 145. § 27

Unter welchen Voraussetzungen liegt eine Tabakssteuerdefraudation im Sinne des § 32 Abs. 2 Nr. 1 vor? § 32

Welche Bedeutung haben hierfür die zu dem Gesetze ergangenen Ausführungsvorschriften? IV. 12/12 84. **11**, 288.

Wann liegt der in § 36 Abs. 1 vorgesehene Fall vor, „daß der Betrag der vorenthaltenen Steuer überhaupt nicht festgestellt werden kann"? §§ 35, 36

Welchen Einfluß übt bei der nach § 35 Abs. 2 erfolgenden Ermittelung des vorenthaltenen Steuerbetrages der Umstand aus, daß gemäß § 6 eine Ermittelung der zu vertretenden Gewichtsmenge stattgefunden hatte? II. 19/2 86. **13**, 346.

Findet § 40 nur auf den Fall des Vergehens gegen § 34, oder auch auf den Fall des Vergehens gegen §§ 27, 36 Abs. 2 (unzulässige Verwendung von Surrogaten) Anwendung? § 40

Zum Begriffe des Dolus in diesem Falle. II. 29/4 87. **15**, 429.

Gesetz, betreffend die Steuerfreiheit des Branntweins zu gewerblichen Zwecken, vom 19. Juli 1879 (R.G.Bl. S. 259).

Über Idealkonkurrenz mit einer nach dem Branntweinsteuergesetze vom 24. Juni 1887 strafbaren Defraudation s. letzteres Gesetz.

S. zu §§ 1—3 weiter **30**, 101.

Gesetz, betreffend die Statistik des Warenverkehrs rc, vom 20. Juli 1879 (R.G.Bl. S. 261).

1. Welche statistischen Anmeldescheine sind zu versenden, wenn Waren aus dem Zollgebiete durch das Ausland nach einem Orte im Zollgebiete versandt werden, die Versendung aber in der Weise geschieht, daß die Waren zunächst mit einem an eine auswärtige Station gerichteten Fracht-

scheine in das Ausland und von hier erst nach erfolgter Umspedierung an den inländischen Ort ihrer Bestimmung weitergesandt werden? IV. 15/3 89. **19**, 79.

2. Verhältnis der unterlassenen Anmeldung zur Konterbande. Liegt Gesetzeskonkurrenz vor? IV. 4/11 90. **21**, 141.

S. zu §§ 4, 11, 13, 17 weiter **30**, 384.

Verordnungen zur Verhütung des Zusammenstoßens der Schiffe auf See vom 7. Januar 1880 (R.G.Bl. S. 1) / 9. Mai 1897 (R.G.Bl. S. 203).

1. Finden die Vorschriften der Verordnung von 1880 über das Ausweichen der Schiffe auch auf offene Fischerboote und andere offene Boote Anwendung? II. 21/9 88. **18**, 89.

2. Finden die Vorschriften über das Lichterwesen auch auf Fahrzeuge Anwendung, welche keine Segel führen und ausschließlich darauf angewiesen sind, im Schlepptau von Dampfschiffen fortbewegt zu werden? III. 24/4 90. **20**, 372.

3. Finden die das Ausweichen der Dampfschiffe regelnden Vorschriften des Art. 16 der Verordnung von 1880 auch auf Schleppdampfer Anwendung? IV. 15/2 95. **27**, 36.

4. Verhältnis der Bestimmungen in den Verordnungen von 1880 und 1897 zu landesrechtlichen Normen. IV. 28/6 98. **31**, 225.

Gesetz, betreffend die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen, vom 23. Juni 1880 (R.G.Bl. S. 153) / 1. Mai 1894 (R.G.Bl. S. 410). (Vgl. § 328 St.G.B., S. 242.)

§ 1 Wird die Annahme des Seuchenverdachts im Sinne des § 1 schon dadurch begründet, daß das fragliche Tier von einem tollwütigen Hunde gebissen worden ist? II. 15/6 00. **33**, 337.

§§ 2, 12, 31 1. Sind die auf Grund des Gesetzes erlassenen Anordnungen der Behörden Polizeiverordnungen und den Vorschriften über diese unterworfen? IV. 3/11 91. **22**, 190.

2. Hat der Richter zu entscheiden, ob der Ausbruch einer Seuche oder der Verdacht des Ausbruchs vorliegt?

Welche Maßnahmen unterliegen der in § 12 Abs. 2 vorgesehenen protokollarischen oder schriftlichen Form? I. 13/10 92. **23**, 258.

3. Begriff von Viehseuchen.

Sind in Bayern die beamteten Tierärzte zu polizeilichen Anordnungen zuständig?

Steht der „Rauschbrand“ dem Milzbrande gleich?

Kann die Verletzung von Vorschriften gegen die Verbreitung des Milzbrandes die Anwendung des § 327 St.G.B.'s begründen? I. 12/10 93. **24**, 332.

4. Ist eine gesetzlich statthafte Absperrungsmaßregel, welche von der an sich zuständigen Polizeibehörde ohne die vorgeschriebene Zuziehung

des beamteten Tierarztes getroffen ist, verbindlich und geeignet, die Anwendung des § 328 St.G.B.'s zu begründen? II. 28/11 93. **24**, 424.

5. Welche Behörden sind in Elsaß-Lothringen für die Anordnung von Schutzmaßregeln zuständig?

Form der Anordnungen. I 15/6 99. **32**, 228.

1. Was ist unter „Rindfleisch" zu verstehen, wenn dessen Einführung durch eine Anordnung der Verwaltungsbehörde verboten wird? I. 3/10 01. **34**, 372. § 7

2. Was unter „Schweinefleisch", insoweit dessen Einfuhr gleich der Einfuhr von Schweinen skandinavischen bezw. amerikanischen Ursprungs verboten ist? III. 11/4 89. **19**, 155.

Handelt jemand Sperrmaßregeln dadurch zuwider, daß er verkaufte Tiere zum Überführen bereit stellt? § 22

Begriff von „verdächtigen Tieren". I. 15/5 99. **32**, 153.

1. Kann die in § 65 vorgesehene Übertretung mit einem Vergehen gegen § 328 St.G.B.'s ideell konkurrieren? IV. 24/9 95. **27**, 357. §§ 65–67

2. Ist Bestrafung aus § 66 Nr. 1 ausgeschlossen durch eine irrige Auffassung der eine Einfuhrbeschränkung enthaltenden Anordnung? II. 3/1 99. **31**, 415.

3. Haben bei wissentlicher Übertretung von Absperrungs- und Aufsichtsmaßregeln oder Einfuhrverboten die §§ 65—67 Anwendung zu finden? I. 13/4 82. **6**, 159; IV. 30/1 85. **12**, 19.

S. weiter

zu §§ 7, 8 des Gesetzes **26**, 158,
„ §§ 7, 19—22, 28 . . . . **31**, 342; **33**, 225,
„ §§ 14, 18—29, 40—44 . . **17**, 72; **20**, 177; **32**, 286, 291,
„ §§ 17, 18, 20, 66 . . . . **30**, 220; **31**, 254.

Verordnung, betreffend die Klasseneinteilung der Militärbeamten 2c, vom 29. Juni 1880 (R.G.Bl. S. 169).

Dienstverhältnisse der Militärbeamten, insbesondere der preußischen Militärpfarrer. I. 21/9 82. **7**, 79.

Zollkartell zu dem Handelsvertrag zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn vom 23. Mai 1881 (R.G.Bl. S. 133).

1. Schließt § 17 des Zollkartells die Anwendung des deutschen Strafgesetzes und die Zuständigkeit der deutschen Gerichte zur Bestrafung der von einem österreichischen Staatsangehörigen in Deutschland begangenen Übertretung der deutschen Zollgesetze aus? III. 27/2 90. **20**, 290.

2. Ist mit den in § 17 vorkommenden Worten „auf Antrag" ausgedrückt, daß ein Strafantrag im Sinne des Strafgesetzbuchs nötig ist? III. 30/6 87. **16**, 235; I. 27/6 92. **23**, 194.

S. über den Vertrag weiter **13**, 410; **14**, 303; **32**, 110.

Digitized by Google

Gesetz, betreffend die Erhebung von Reichsstempelabgaben (Reichsstempelgesetz), vom 1. Juli 1881 (R.G.Bl. S. 185), 3. Juni 1885 (R.G.Bl. S. 179) 27. April 1894 (R.G.Bl. S. 381), 14. Juni 1900 (R.G.Bl. S. 275).

a) Fassung vom 1. Juli 1881.

§ 3 1. Wer hat bei den von einer Aktiengesellschaft ausgegebenen stempelpflichtigen Renten- und Schuldverschreibungen als der zu gelten, welcher das Wertpapier im Sinne von § 3 ausgibt?

Enthält ein Irrtum über die Eigenschaft eines Wertpapiers als stempelpflichtiger Schuldverschreibung einen Irrtum über Tatsachen, oder einen Strafrechtsirrtum? III. 22/1 85. **11**, 426.

2. Ist § 3 auch in dem Falle zur Anwendung zu bringen, daß die Aktien ꝛc noch nicht urkundlich festgestellt worden sind? I. 12/2 83. **8**, 34.

3. Ist die Erteilung einer Vollmacht zum Verkaufe von Wertpapieren als „ein damit gemachtes Geschäft unter Lebenden“ im Sinne des § 3 anzusehen? I. 20/10 84. **11**, 171.

§§ 6–8 1. Wer gilt im Sinne des § 6 als Aussteller eines mit der Sozietätsfirma unterzeichneten Schriftstücks der in Tarifposition Nr. 4a, bezeichneten Art? III. 2/5 83. **8**, 326.

2. Ist der Inhaber einer Firma wegen Unterlassung der Entrichtung der Stempelabgabe von einer durch seinen Prokuristen auf den Namen der Firma angefertigten und aus den Händen gegebenen Schlußnote ꝛc als Aussteller strafrechtlich verantwortlich? Pl. 31/1 85. **12**, 22.

§§ 12–16 Schließt die Bestrafung wegen unbefugter Veranstaltung einer öffentlichen Lotterie die Bestrafung wegen Hinterziehung der Reichsstempelabgabe aus? III. 9/6 84. **11**, 9.

§ 21 Sind die zur Deklaration des Gesetzes gefaßten Bundesratsbeschlüsse vom 5. Juli 1872 für den Richter bindend? Zur Auslegung dieser Beschlüsse. III. 16/2 85. **12**, 40.

§§ 23, 24 1. Schließt das auf strafrechtlichen Irrtum über die Stempelpflichtigkeit beruhende Fehlen der Hinterziehungsabsicht gemäß § 23 Abs. 2 die Hinterziehungsstrafe aus? III. 22/1 85. **11**, 426.

2. Unterliegt die Strafverfolgung auch im Falle der Verwirkung einer Ordnungsstrafe gemäß § 23 der fünfjährigen Verjährung? III. 2/7 85. **12**, 345.

Tarif.

Tarifposition 1: Aktien, Renten- und Schuldverschreibungen.

Was ist unter „inländischen für den Handelsverkehr bestimmten Renten- und Schuldverschreibungen“ im Sinne der Nr. 2, a, zu verstehen? Gehören dazu die auf den Inhaber gestellten Schuldverschreibungen schlechtweg? III. 22/1 85. **11**, 426.

Tarifposition II: Schlußnoten und Rechnungen.

1. Ist die Tarifbestimmung II, 4a nur auf solche Schriftstücke anwendbar, durch welche nach dem Abschlusse der dort bezeichneten Geschäfte die wesentlichen Bestimmungen des Geschäfts zusammengestellt und bestätigt werden?

Was ist unter „Briefen" im Sinne der Befreiungsbestimmung Nr. 3 zu verstehen? Pl. 31/1 85. **12**, 22.

2. Unterliegen Schlußnoten, durch welche der Abschluß eines direkten Importgeschäftes beurkundet wird, einer einfachen, oder doppelten Besteuerung? II. 19/6 85. **12**, 284.

3. Welche Schriftstücke fallen unter den Begriff der in Nr. 4a des Tarifs gedachten sonstigen von Unterhändlern ausgestellten Schriftstücke über den Abschluß 2c eines der daselbst bezeichneten Geschäfte?

Über die Bedeutung der Befreiungsbestimmung in Nr. 3. III. 2/5 83. **8**, 326; III. 23/6 84. **11**, 45.

4. Fallen unter 4, a, des Tarifs Verträge über bestimmte individualisierte Inventarienstücke und Warenbestände? II. 6/3 94. **25**, 161.

5. Kann in der bei dem Abschlusse eines Vertrages über ein Warenlieferungsgeschäft getroffenen Vereinbarung, der Kaufpreis könne sowohl durch Barzahlung, als durch Wechsel entrichtet werden, ein Kauf- oder anderweitiges Anschaffungsgeschäft oder Lieferungsgeschäft über Wechsel erblickt werden? I. 5/3 85. **12**, 281.

6. Fällt die Berechnung eines ausgeglichenen Guthabens, welche über die Annahme von Wechseln an Zahlungsstatt ausgestellt ist, unter den Begriff der Berechnungen über ein abgeschlossenes Anschaffungsgeschäft über Wechsel im Sinne der Tarifposition 4, b? IV. 14/10 84. **11**, 146.

7. Fällt die Berechnung über Gutschrift von Koupons, welche infolge erteilten Inkassomandats erhoben worden sind, unter den Begriff der Berechnung über ein Guthaben aus einem Anschaffungsgeschäfte im Sinne der Tarifposition 4, b? III. 16/2 85. **12**, 40.

8. Findet die Befreiungsbestimmung 3 auch auf solche Briefe Anwendung, welche nach ihrem Inhalte unter den Begriff der Rechnungen im Sinne der Tarifnummer 4, b fallen?

Kann ein Brief, welcher eine Rechnung über eine abgeschlossene Hingabe an Zahlungsstatt enthält, zu den „Briefen über die unter a bezeichneten Geschäfte" im Sinne der gedachten Befreiungsbestimmung gerechnet werden? IV. 17/4 85. **12**, 135.

9. Ist dem Stempel nach II Nr. 4a des Tarifs ein Brief unterworfen, welcher die zwischen dem Kommittenten und dem Kommissionär über eine Kommission zum Verkaufe von Börsenpapieren gewechselten Telegramme zusammenfaßt? II. 2/1 85. **11**, 339.

b) Fassung vom 3. Juni 1885.

1. Ist es als ein Ausgeben von Aktien im Sinne des § 3 zu betrachten, wenn die Zeichner des gesamten Grundkapitals bei der Gründung einer Aktiengesellschaft beschließen, daß die Aktien während §§ 3, 4

eines bestimmten Zeitraums in Verwahrung des Vorstands der Gesellschaft bleiben und nicht veräußert werden sollen?

Ist der Vorstand der Aktiengesellschaft strafbar, wenn bei der Gründung vor dem Auflegen der Aktien zur Zeichnung die vorgeschriebene Anzeige an die Steuerbehörde unterlassen wurde?

Kann im Falle der sog. Simultangründung neben den Gründern auch ein Dritter als Emittent im Sinne des § 4 angesehen werden? I. 12/12 98. **31**, 400.

2. Wer ist als Kontrahent im Sinne des § 3 Abs. 2 zu betrachten? Fällt unter den Begriff auch der Nehmer, Erwerber, Pfandnehmer des Wertpapieres? III. 20/4 96. **28**, 359.

3. Hat die in § 4 Abs. 1 dem Emittenten von Wertpapieren auferlegte Verpflichtung, der Steuerbehörde vor der Auflegung der Papiere zur Zeichnung Anzeige zu erstatten, das Vorhandensein urkundlich ausgefertigter Wertpapiere zur Voraussetzung?

Erstreckt sich die Anzeigepflicht auch auf die Fälle der Simultangründung von Aktiengesellschaften und auf Fälle nicht öffentlicher Zeichnung?

Wer ist als Emittent im Sinne dieser Gesetzesvorschrift zu betrachten, insbesondere bei Aufforderung zu weiteren Einzahlungen auf Wertpapiere? II. 12/6 88. **17**, 431; IV. 20/2 94. **25**, 145.

4. Ist bei einer Aktienemission durch eine bereits bestehende Aktiengesellschaft die den Emittenten von Wertpapieren durch § 4 auferlegte Anzeigepflicht schon vor dem auf die Emission bezüglichen Beschlusse der Generalversammlung begründet? IV. 3/10 90. **21**, 90.

§ 7 Wann liegt ein nach Abs. 3 zu versteuerndes, von einem Kommissionär geschlossenes Geschäft vor? IV. 11/4 90. **20**, 364.

§ 10 Kann, wenn ein Anschaffungsgeschäft von zwei Maklern vermittelt wird, die nach § 10 erforderliche Schlußnote in der Weise hergestellt werden, daß jede Hälfte nur einen der beiden Vermittler namhaft macht? II. 14/6 89. **19**, 324.

§ 33 Ist die Ordnungsstrafe ausgeschlossen, wenn sich eine Ausspielung aus Fahrlässigkeit zu einer öffentlichen gestaltet hat? I. 5/11 91. **22**, 194.

§ 34 1. Anwendbarkeit auf Verfehlungen, welche vor dem Inkrafttreten des Gesetzes ergangen sind. II. 20/5 90. **20**, 407.

2. Findet § 34 Anwendung, wenn nach dem 1. Oktober 1885 wegen vor diesem Tage begangener Verfehlung gegen die Bestimmungen über Stempelung von „Schlußnoten und Rechnungen“ auf Strafe zu erkennen ist? II. 12/1 86. **13**, 249.

3. Welche Personen haben als „gemeinschaftliche Kontrahenten“ im Sinne des Abs. 1 zu gelten? III. 20/4 96. **28**, 359.

Tarif.

Tarifposition II: Kaufgeschäfte ꝛc.

1. Ist bei Berechnung des Stempels für Spirituskäufe als Wert des Kaufgeschäfts allein der für den Spiritus vereinbarte Preis maßgebend, oder muß diesem Preise die usancemäßig für die Gebinde zu entrichtende Vergütung hinzugerechnet werden? II. 17/9 89. **19**, 374.

2. Was ist ein Anschaffungsgeschäft? Kann auch eine Hingabe an Zahlungsstatt als solches erscheinen? Enthält die Hingabe und Annahme von alternativ als Kaufpreis geschuldeten Steuerscheinen ein Erwerbsgeschäft dieser Wertpapiere? I. 25/11 89. **20**, 50.

Tarifposition III: Lotterielose.

Unter welchen Voraussetzungen ist eine Ausspielung als öffentlich veranstaltet anzusehen? II. 15/2 87. **15**, 274.

c) Fassung vom 27. April 1894.

Über die Voraussetzungen der Anwendung des Abs. 1 f. Tarifposition 4 (Kaufgeschäfte ꝛc). § 12

Findet die Bestimmung Anwendung auf die Hydra- oder Schneeballengeschäfte, die zum Zwecke des Absatzes von Waren veranstaltet werden? I. 14/2 01. **34**, 140; IV. 15/10 01. **34**, 390 § 22

1. Über „Vermittelung“ von Wetten bei ausländischen Wettunternehmungen. II. 26/4 01. **34**, 261. S. weiter Fassung vom 14. Juni 1900 Nr. 2, S. 532. §§ 24, 26

2. Findet § 26 Abs. 2 Anwendung auf die Vermittler von Wettaufträgen für ausländische Pferderennen, welche im Inlande Wetteinsätze entgegennehmen und bei den ausländischen Wettunternehmungen einzahlen, ohne die von den letzteren ausgestellten Wettausweise in das Reichsgebiet einzuführen oder daselbst zu empfangen? IV. 2/12 98. **31**, 364.

3. Kann als Täter nach § 26 oder § 34 bestraft werden, wer bei öffentlich veranstalteten Pferderennen für Rechnung eines inländischen Wettunternehmens Wetteinsätze unter Aushändigung unversteuerter Ausweise entgegennimmt? II. 15/4 98. **31**, 53.

4. Ist § 26 Abs. 2 anwendbar bei Stundung von Wetteinsätzen? II. 2/4 97. **30**, 49.

5. Über Stempelpflichtigkeit von Ausweisen über Wetteinsätze f. weiter Nr. 5 des Tarifs.

6. Findet § 26 Abs. 2 gegen Buchmacher Anwendung? II. 5/5 96. **28**, 366; II. 30/10 99. **32**, 353.

7. Erheischt die Anwendung des § 26 die Feststellung, ob die Voraussetzungen des Abs. 1 oder die des Abs. 2 vorliegen? II. 30/10 99. **32**, 353.

8. Verhältnis des § 26 Abs. 3 zu § 78 St.G.B.'s. II. 2/4 97. **30**, 49.

9. Verhältnis der in § 26 vorgesehenen Straftat zu dem gleichzeitig betriebenen gewerbsmäßigen Glücksspiele. II. 15/4 98. **31**, 114.

10. Unter welchen Voraussetzungen konkurriert die nach § 26 strafbare Stempelhinterziehung ideell mit dem Vergehen der Veranstaltung einer unerlaubten öffentlichen Lotterie? IV. 11/1 98. **30**, 396; I. 10/11 87. **16**, 301; III. 9/6 84. **11**, 9.

§ 34 1. Können mehrere Zuwiderhandlungen gegen § 34 als eine fortgesetzte Übertretung angesehen werden?

In welcher Zeit verjähren Übertretungen des § 34? II. 15/10 97. **30**, 285.

2. Ist Abs. 2 anwendbar bei einem zwar strafrechtlichen, aber die Hinterziehungsabsicht ausschließenden Irrtume? II. 2/4 97. **30**, 49.

§ 39 Müssen sich die Genossenschaften einer Revision ihrer Geschäftsführung durch die Stempelfiskale unterwerfen, wenn durch die Revision nur festgestellt werden soll, ob sie abgabepflichtige Geschäfte der unter Nr. 4 des Tarifs bezeichneten Art betreiben? II. 3/5 95. **27**, 200.

Tarif.

Tarifposition 4: Kaufgeschäfte 2c.

Ist der Berechnung der Stempelabgabe der Nennwert, oder der denselben übersteigende als Kaufpreis vertragsmäßig vereinbarte Kurswert zu grunde zu legen, wenn jemand von dem gleichen Bankier an demselben Tage gleichzeitig oder successive unter Ausstellung einer einzigen Schlußnote verschiedene dem nämlichen Steuersatze unterliegenden Wertpapiere, deren Nennwert je 5000 ℳ beträgt, zu verschiedenen nach dem Kurswerte der einzelnen Effekten bemessenen Kaufpreisen erwirbt? III. 29/1 00. **33**, 102.

Tarifposition 5: Lotterielose.

1. Ist für die Stempelpflichtigkeit der Ausweise über Wetteinsätze bei Pferderennen die Identität des Orts des Wettunternehmens und der Rennveranstaltung notwendig? III. 1/3 97. **29**, 425.

2. Wird neben der Öffentlichkeit des Pferderennens auch die Öffentlichkeit des Wettunternehmens gefordert? Wie ist der Begriff der Öffentlichkeit aufzufassen? II. 5/5 96. **28**, 366.

d) Fassung vom 14. Juni 1900.

1. Genügt zur Freisprechung von einer Anklage aus §§ 23, 27 die Feststellung, daß der Veranstalter der Wettunternehmung nur von Bekannten Wetteinsätze angenommen habe? II. 29/4 02. **35**, 209.

2. Vermittelung von Wetten bei ausländischen Wettunternehmungen; Unterschied von Wetten auf eigene Rechnung. Hat der Vermittler eine dreitägige Frist für die Erfüllung seiner Verpflichtung zur Ausstellung versteuerter Nachweise? II. 20/6 02. **35**, 386.

3. Verhältnis des Vergehens gegen § 27 zu der Übertretung des

§ 44 und zu dem Vergehen des gewerbsmäßigen Glücksspiels. II. 19/9 02. **35**, 344.

4. Unterliegen die sog. offenen Depots von Privatpersonen bei Banken der Revision nach § 49 Abs. 2? I. 20/3 02. **35**, 165.

Bekanntmachung des Reichskanzlers, betreffend die Abänderung der Vorschriften über die Verwendung der Wechselstempelmarken, vom 16. Juli 1881 (R.G.Bl. S. 245).

Ist bei der Vorschrift, daß die Marke „unmittelbar unter dem letzten Vermerke“ aufzukleben ist, ein der Unterschrift angefügter Handzug zu berücksichtigen? I. 3/12 94. **26**, 297.

Gesetz, betreffend die Bestrafung von Zuwiderhandlungen gegen die österreichisch-ungarischen Zollgesetze, vom 17. Juli 1881 (R.G.Bl. S. 247).

1. Erleiden die Strafbestimmungen auf die während der Dauer der Gültigkeit des Gesetzes verübten Zuwiderhandlungen Anwendung, obgleich die Gültigkeit des Gesetzes zwischenzeitlich aufgehört hatte? IV. 7/4 99. **32**, 110.

2. Hat das Gesetz mit dem Tage des Erlöschens des deutsch-österreichischen Handelsvertrags vom 23. Mai 1881 seine Gesetzeskraft verloren? III. 22/9 94. **26**, 321.

3. Bedingt es für die Anwendung auf die in Deutschland verübte Beihülfe einen rechtlichen Unterschied, ob die Haupttat von einem österreichischen Untertan in Österreich verübt ist, oder nicht? III. 17/11 92. **23**, 300.

4. Über Ausspruch der Konfiskation gegen den Gehülfen s. V.Z.G. § 154 (**8**, 278).

5. Findet die in §§ 136, 137 V.Z.G.'s aufgestellte Vermutung der vollbrachten Konterbande oder Zolldefraudation auch bei den nach dem Gesetze vom 17. Juli 1881 strafbaren Zuwiderhandlungen gegen die österreichisch-ungarischen Zollgesetze Anwendung? II. 3/1 88. **17**, 35.

S. zu dem Gesetze auch **14**, 124, 303.

Regulativ des Bundesrats, betreffend Gewährung einer Zollerleichterung bei der Ausfuhr von Mühlenfabrikaten, vom 27. Juni 1882 (Centr.Bl. S. 290).

Was ist im Sinne des § 9 unter gebeuteltem Mehle zu verstehen? II. 7/6 89. **19**, 302.

S. über das Regulativ auch **18**, 231.

Verordnung, betreffend das Verbot der Einfuhr von Schweinen ꝛc amerikanischen Ursprungs, vom 6. März 1883 (R.G.Bl. S. 31).

1. Wie gestaltet sich die Beweisführung in Bezug auf das Tatbestandsmerkmal „amerikanischen Ursprungs“ in § 1? Sind die zu der Verordnung vom Reichskanzler erlassenen Ausführungsbestimmungen behördliche Anordnungen, wie solche § 327 St.G.B.'s voraussetzt? I. 15/6 91. **22**, 45.

2. Bezwecken die Einfuhrverbote die Verhütung des Einführens oder Verbreitens einer „ansteckenden Krankheit“, so daß bei Zuwiderhandlung § 327 St.G.B.'s anwendbar wird? III. 18/10 90. **21**, 121.

3. Was ist unter dem Ausdrucke „Schweinefleisch“, dessen Einfuhr gleichfalls verboten ist, zu verstehen? III. 11/4 89. **19**, 155.

Übereinkunft zwischen Deutschland und Frankreich, betreffend den Schutz von Werken der Literatur und Kunst, vom 19. April 1883 (R.G.Bl. S. 269).

Art. 6. Anwendung bei auswechselbaren Notenscheiben. IV. 24/2 99. **32**, 41.

Art. 15 nebst Zusatzprotokoll. Verhältnis zu den Bestimmungen des § 58 des Gesetzes über das Urheberrecht an Schriftwerken ꝛc vom 11. Juni 1870. III. 23/11 91. **22**, 258.

S. weiter **35**, 360.

Gesetz, betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter (Krankenversicherungsgesetz), vom $\frac{\text{15. Juni 1883 (R.G.Bl. S. 73)}}{\text{10. April 1892 (R.G.Bl. S. 417)}}$.

a) Fassung vom 15. Juni 1883.

§§ 80–82 Wird dem § 80 durch simulierte Verträge über Lohnkürzung zuwidergehandelt?

Ist in dem Abschlusse eines dem § 80 zuwiderlaufenden Vertrags und in dem tatsächlichen Abzuge eines zu hohen Betrags die reale Konkurrenz zweier Straftaten zu erblicken?

Inwieweit kann in der mehrfachen Verübung der gleichen Straftat ein fortgesetztes Delikt erkannt werden? IV. 21/12 88. **18**, 317.

S. zu dem Gesetze weiter **15**, 414.

b) Fassung vom 10. April 1892.

§§ 42–64 1. Bedeutung des § 42 Abs. 3. III. 15/7 99. **32**, 259.

2. Was ist unter „Zwangsbeitreibungsverfahren“ im Sinne der §§ 52a, 53 Abs. 3 zu verstehen? II. 10/4 94. **25**, 258.

3. Was ist unter „sofortiger“ Ablieferung der Lohnabzüge im Sinne des § 53 Abs. 3 zu verstehen? II. 15/12 96. **29**, 265.

4. Kann eine Ortskrankenkasse sich einer öffentlichen Klage als Nebenklägerin anschließen, um auf Grund des § 57 den Entschädigungsanspruch des Verletzten im Wege der Buße geltend zu machen? I. 30/3 96. **28**, 301.

5. Kommt den vom Staate als Betriebsunternehmer nach § 64 bestellten Kassen- und Rechnungsführern Beamteneigenschaft zu? III. 15/7 99. **32**, 259.

§§ 81–82b 1. Über das Verhältnis zu § 263 St.G.B.'s. I. 15/2 00. **33**, 342.

2. Wer ist Arbeitgeber im Sinne des Krankenversicherungsgesetzes? Verhältnis des § 82b zum § 82 in Verbindung mit § 53 Abs. 3. II. 9/10 94. **26**, 120; II. 8/3 95. **27**, 85.

3. Was erfordert das strafbare Vorenthalten von Krankenversicherungsbeiträgen im Sinne des § 82b, namentlich in subjektiver Beziehung? Konkurrenz des Vergehens gegen § 82b mit Betrug und einer Zuwiderhandlung gegen § 82. II. 10/3 96. **28**, 254; IV. 26/11 95. **28**, 5.

4. Kann der zahlungsfähige Arbeitgeber, der die nach § 53 Abs. 3 zu machenden Abzüge nicht gemacht oder die gemachten Abzüge nicht abgeliefert hat, der aus § 82 oder § 82b erhobenen Anklage damit begegnen, daß er gegen die Krankenkasse eine Forderung habe, die er aufrechne? Ist gegenüber dem Anspruche der Krankenkasse auf die Versicherungsbeiträge überhaupt die Aufrechnung mit einer Gegenforderung zulässig? I. 5/10 96. **29**, 86.

5. Hat die Strafvorschrift des § 82b zur Voraussetzung, daß sich die Arbeitgeber im Besitze der den Arbeitern abgezogenen Lohnbeträge befinden? II. 26/1 94. **25**, 104.

6. Wird der Begriff des strafbaren Vorenthaltens im Sinne des § 82b durch die Zahlungsunfähigkeit des verpflichteten Arbeitgebers zur Zeit der Fälligkeit der Eintrittsgelder und Beiträge ausgeschlossen? II. 20/3 94. **25**, 194.

7. Über den einer Anklage aus § 82b entgegengestellten Einwand, daß sich der angeklagte Arbeitgeber beim Mangel eigener Mittel nur den an die Arbeiter auszuzahlenden Lohnbetrag, nicht auch die Mittel für die der Krankenkasse zukommenden Beiträge habe leihen können. I. 17/6 97. **30**, 161.

8. Kann § 82b gegen die vom Arbeitgeber zur Leitung seines Betriebes bestellten Personen Anwendung finden? IV. 10/12 01. **35**, 20.

9. Zum Begriffe des „Inabzugbringens“ von Lohnbeträgen im Sinne des § 82b. II. 17/9 02. **35**, 341.

S. zu dem Gesetze weiter **28**, 321; **30**, 329.

Gesetz, betreffend die Anfertigung und Verzollung von Zündhölzern, vom 13. Mai 1884 (R.G.Bl. S. 49).

Ist durch §§ 2, 4 die Vornahme der Zubereitungs- ꝛc Arbeiten in Anwesenheit jugendlicher Personen unter Strafe gestellt, oder ist nur derjenige strafbar, welcher in der Lage ist, den Aufenthalt in den Arbeitsräumen zu gestatten bezw. zu verbieten, und dennoch während der Vornahme der Arbeiten die Anwesenheit jugendlicher Personen gestattet oder ihre Wegweisung aus den Räumen unterläßt? III. 16/4 88. **17**, 349.

Gesetz gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen vom 9. Juni 1884 (R.G.Bl. S. 61).

1. Besitzt der, welchem die polizeiliche Erlaubnis zum Besitze von Sprengstoffen für einen bestimmten Betrieb erteilt worden ist, den Sprengstoff ohne polizeiliche Erlaubnis, wenn er ihn für einen anderen als den Betriebszweck verwendet? I. 18/12 99. **33**, 41. § 1

2. Was ist unter dem Vertriebe von Sprengstoffen zu verstehen? IV. 28/1 87. **15**, 237.

§ 2 Wann liegt eine von einer Centralbehörde getroffene Anordnung vor? III. 23/2 99. **32**, 39.

§ 5 1. Ist der durch unberechtigtes Fischen oder Krebsen unter Anwendung von Sprengstoffen verübte Eingriff in fremdes Okkupationsrecht nach § 5 dieses Gesetzes, oder nach § 296 St.G.B.'s zu bestrafen? IV. 22/1 86. **13**, 305.

2. Kann das Verbrechen ideell mit Mordversuch konkurrieren? II. 9/7 97. **30**, 216.

§ 8 Was ist unter „einem erlaubten Zwecke" im Sinne des § 8 zu verstehen? IV. 25/11 84. **11**, 263.

§ 9 1. S. auch oben §§ 1, 2.

2. Was ist unter dem „Unternehmen" des Verkaufs oder der Überlassung von Sprengstoffen ohne polizeiliche Ermächtigung zu verstehen? III. 19/3 88. **17**, 257.

3. Wann liegt ein Überlassen von Sprengstoffen an andere im Sinne des Gesetzes vor? IV. 25/6 86. **14**, 231.

4. Inwieweit trifft den Spediteur, der lediglich im Auftrage eines auswärtigen Versenders Sprengstoffe für den Export ins Ausland in Empfang nimmt, die strafrechtliche Verantwortlichkeit für die Einführung? III. 25/3 95. **27**, 119.

5. Was ist unter „Im Besitze betroffen werden" zu verstehen?

Muß die polizeiliche Erlaubnis zum Besitze von Sprengstoffen schon bei dem Beginne des Besitzes erteilt sein, um die Bestrafung auszuschließen? IV. 30/10 85. **13**, 35; I. 16/11 85. **13**, 46; III. 26/2 85. **12**, 73.

6. Was ist unter „Besitz" zu verstehen? IV. 12/6 85. **12**, 256.

7. Steht der Anwendung des § 9 entgegen, daß das Quantum des im Besitze des Täters gefundenen Sprengstoffs nur ein geringes war? IV. 10/4 88. **17**, 278.

8. Unter welchen Voraussetzungen wird der unwissentlich erlangte und nach eingetretener Wissenschaft ohne polizeiliche Genehmigung fortgesetzte Besitz von Sprengstoffen strafbar? III. 23/1 96. **28**, 130.

9. Genügt zur Verurteilung die Feststellung des Besitzes von Sprengkapseln ohne polizeiliche Erlaubnis? I. 8/1 94. **25**, 29.

10. Schützt die einer bestimmten Person erteilte polizeiliche Erlaubnis zum Besitze von Sprengstoffen zugleich denjenigen, welcher im Namen jener Person deren Besitz tatsächlich ausübt?

Über die Befugnis der Polizeibehörde zur Erteilung einer Erlaubnis, welche außer dem juristischen Besitzer auch dessen Vertreter — Arbeiter, Fuhrleute 2c — deckt. IV. 21/11 85. **13**, 90; III. 26/2 85. **12**, 73. IV. 13/10 85. **12**, 431.

11. Inwieweit vermag für den Tatbestand unerlaubten Besitzes von Sprengstoffen die polizeiliche Genehmigung, welche dem Stellvertreter des Besitzers für den von ihm ausgeübten Gewahrsam erteilt ist, zugleich den Besitzer selbst zu schützen? III. 15/10 85. **13**, 22.

12. Bedarf derjenige, welcher zum Besitze von Sprengstoffen legitimiert ist, auch noch die besondere polizeiliche Erlaubnis zur Überlassung derselben an andere, welche gleichfalls die polizeiliche Erlaubnis zum Besitz von Sprengstoffen erhalten haben? I. 4/4 87. **15**, 387.

13. Setzt die Anwendung des § 9 voraus, daß der Täter von dem Vorhandensein der bei ihm vorgefundenen Sprengstoffe Kenntnis gehabt hat, oder genügt der Nachweis der Fahrlässigkeit? I. 8/6 85. **12**, 244.

14. Wird vorausgesetzt, daß der Täter es vorsätzlich unterließ, die polizeiliche Erlaubnis einzuholen, oder genügt jedenfalls eine Fahrlässigkeit? I. 16/11 85. **13**, 46.

15. Erfordernisse des Dolus. I. 17/1 87. **15**, 158.

16. Setzt die Bestrafung Bewußtsein der Rechtswidrigkeit voraus? IV. 30/10 85. **13**, 35.

17. Kann der Besitzer von Sprengstoffen sich damit entschuldigen, daß er irrtümlich geglaubt habe, im Besitze der gesetzlich vorgeschriebenen Erlaubnis zu sein? IV. 13/10 85. **12**, 431.

18. Inwieweit können für den Tatbestand unerlaubten Besitzes von Sprengstoffen Irrtümer über den Umfang der erteilten polizeilichen Genehmigung oder über die Notwendigkeit einer solchen strafausschließend in Betracht kommen? Macht es dabei einen Unterschied, ob der Irrtum sich auf das Strafgesetz selbst bezieht, oder die auf Grund desselben erlassenen Ausführungsverordnungen? III. 1/10 85. **12**, 398.

19. Was ist unter einer polizeilichen Bestimmung im Sinne des Abs. 2 zu verstehen? Ist eine solche in § 62 des Bahnpolizeireglements für die Eisenbahnen Deutschlands vom 30. November 1885 zu finden? I. 15/5 93. **24**, 163.

20. Gehört zu den in Abs. 2 gedachten polizeilichen Bestimmungen auch § 62 der Betriebsordnung für die Haupteisenbahnen Deutschlands vom 5. Juli 1892? I. 10/10 95. **27**, 377.

21. Sind unter den in Abs. 2 gedachten Bestimmungen auch die über den Transport von Sprengstoffen erlassenen landespolizeilichen Verordnungen zu verstehen? Wie weit erstreckt sich die Pflicht des Versenders zur Anzeige der Transportmodalitäten? IV. 4/2 87. **15**, 245.

22. Findet die Strafbestimmung des Abs. 2 auch dann Anwendung, wenn eine bestehende Polizeiverordnung für gewisse Fälle die Beobachtung speziell zu erlassender polizeilicher Anordnungen ausdrücklich vorschreibt und diesem Gebote zuwidergehandelt ist? IV. 14/1 87. **15**, 207.

23. Zur Auslegung der für Ausführung des § 9 Abs. 2 maßgebenden Arnsberger Regierungspolizeiverordnung vom 17. September 1879. Ist Beihülfe zur Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung strafbar? IV. 25/2 90. **20**, 275.

24. Zur Auslegung der einschlagenden Bergpolizeiverordnung des Oberbergamts zu Dortmund vom 12. Juli 1883. IV. 28/1 87. **15**, 237; I. 24/11 94. **26**, 235.

25. Über das Verhältnis des § 9 zu § 367 Nr. 5 St.G.B.'s. III. 15/10 85. **13**, 22.

26. Kann Idealkonkurrenz angenommen werden, wenn der Täter den nach § 9 strafbaren Besitz von Sprengstoffen durch Diebstahl erlangt hat? IV. 8/12 85. **13**, 145.

27. Was versteht das Gesetz unter dem „Verkehr mit Sprengstoffen?"

Fällt unter die Strafbestimmungen des Gesetzes die Zuwiderhandlung gegen polizeiliche Vorschriften, welche die beim Sprengen zu beobachtenden Sicherungsmaßregeln zum Gegenstande haben? I. 18/11 01. **34**, 440.

28. S. weiter preußische Ministerialverordnung v. 19. Oktober 1893. S. zu §§ 1, 9 des Gesetzes noch **28**, 292; **33**, 417; **34**, 12.

Unfallversicherungsgesetz vom 6. Juli 1884 (R.G.Bl. S. 69).

§ 1 Was ist unter einem Unfalle „bei dem Betriebe" zu verstehen? I. 9/10 90. **21**, 96.

S. zu § 95 **24**, 397.

Gesetz über den Feingehalt der Gold- und Silberwaren vom 16. Juli 1884 (R.G.Bl. S. 120).

Was ist unter Uhrgehäuse zu verstehen? Ist ein Uhrgehäuse mit Vorder- und Hinterdeckel als ein Gerät im Sinne des Gesetzes anzusehen?

Müssen bei der Stempelung eines Uhrgehäuses mit zwei Deckeln beide Deckel mit dem in dem Gesetz vom 16. Juli 1884 und der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 7. Januar 1886 vorgeschriebenen Stempelzeichen versehen werden? II. 25/1 89. **18**, 376.

Bekanntmachung, betreffend das Gesetz gegen den verbrecherischen 2c Gebrauch von Sprengstoffen vom 13. März 1885 (R.G.Bl. S. 78).

Kommt es darauf an, wozu die Schießmittel im konkreten Falle bestimmt sind, oder nur auf deren allgemeine Tauglichkeit für die in dem Beschlusse gedachten Zwecke? III. 25/3 95. **27**, 119.

Übereinkunft, betreffend die Bildung eines internationalen Verbandes zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst, vom 9. September 1886 (R.G.Bl. 1887 S. 493) / 4. Mai 1896 (R.G.B. 1897 S. 759).

1. Über den Schutz nicht veröffentlichter Werke ausländischer Urheber gegen Nachdruck. II. 17/11 96. **29**, 193.

2. Über Auslegung der Bestimmung in Art. 2 Abs. 2, daß der Schutz abhängig ist von der Erfüllung der Bedingungen und Förmlichkeiten, welche durch die Gesetzgebung des Ursprungslandes des Werks vorgeschrieben sind.

Was gehört nach französischem Rechte zur Erfüllung dieser Bedingung? III. 8/4 97. **30**, 81.

3. Anwendung des Schlußprotokolls Nr. 3 bei auswechselbaren Notenscheiben. IV. 24/2 99. **32**, 41.

4. Unter welchen Voraussetzungen genießen photographische Erzeugnisse, die aus Frankreich stammen, im Deutschen Reiche Schutz gegen Nachbildung? II. 26/9 92. **35**, 360.

Gesetz, betreffend die Besteuerung des Branntweins vom $\frac{\text{24. Juni 1887 (R.G.Bl. S. 253)}}{\text{8. Juni 1891 (R.G.Bl. S. 338), 16. Juni 1895 (R.G.Bl. S. 276)}}$.

a) Fassung vom $\frac{\text{24. Juni 1887}}{\text{8. Juni 1891}}$.

1. Was versteht § 17 unter § 17
a) Vergütung der Verbrauchsabgabe,
b) dem Unternehmen, die Verbrauchsabgabe zu hinterziehen?

Setzt dieses Unternehmen begrifflich voraus, daß zur Zeit der Tat ein abgabepflichtiger Gegenstand existierte oder eine Verpflichtung zur Zahlung der Abgabe begründet war?

Ist der Brennereibesitzer, welcher durch Vorspiegelung falscher Tatsachen gegenüber der Steuerbehörde eine Erhöhung seines Branntweinsteuerkontingents zu erwirken versucht, wegen Betrugsversuchs, oder wegen Branntweinsteuerdefraudation zu bestrafen?

Kann Idealkonkurrenz zwischen Betrugsversuch und Steuerdefraudation in Rücksicht darauf angenommen werden, daß bei der als Defraudation strafbaren Handlung der Vorsatz des Täters auch die Vermögensbeschädigung von Privatpersonen mit umfaßt? IV. 30/12 95. **28**, 91.

2. Bildet die Hinterziehung der Nachsteuer von Branntwein eine Defraudation der Verbrauchsabgabe im Sinne des § 17? IV. 8/10 89. **19**, 399.

3. Wie ist die Absicht, die Verbrauchsabgabe zu hinterziehen, bei erfolgter Feststellung der Absicht, die Maischsteuer zu hinterziehen, zur Feststellung zu bringen? II. 9/11 88. **18**, 215.

Wird für die Bestrafung wegen Defraudation auch bei der Fest- § 20
stellung der in den §§ 18, 19 bezeichneten Tatsachen der Nachweis der Defraudationsabsicht vorausgesetzt? I. 13/12 94. **26**, 310.

1. Kann durch dieselbe Handlung zugleich eine Defraudation der § 21
Maischbottichsteuer und des Zuschlags zur Verbrauchsabgabe begangen werden? Sind die Strafen nach den betreffenden Steuerpositionen selbständig zu berechnen und zu kumulieren?

Ist bei einer einheitlichen Defraudation der Maischsteuer und der Verbrauchsabgabe die zu substituierende Freiheitsstrafe gleich der Geldstrafe nach Maßgabe der Gesetze vom 8. Juli 1868 und 24. Juni 1887 nebeneinander festzusetzen? IV. 11/3 92. **23**, 1.

2. Wie ist eine Geldstrafe gemäß § 21 Abss. 1, 3 zu berechnen, wenn in einer Brennerei überhaupt Branntwein mittels eines zu diesem Zwecke in der Leitungsröhre angebrachten Bohrlochs abgeleitet worden

ist, jedoch die Menge des abgeleiteten Branntweins nicht feststeht? IV. 2/2 92. **22**, 318.

3. Wieviel beträgt die Geldstrafe im Falle der in Abs. 2 vorgesehenen Defraudation? I. 21/3 01. **34**, 226.

4. Können die Mitinhaber einer Firma bei der von einem derselben bewirkten unrichtigen Deklaration als Mittäter der Steuerhinterziehung angesehen werden? Trifft in solchem Falle jeden derselben die volle Strafe? I. 3/1 89. **18**, 339.

5. Greift die strafschärfende Vorschrift des § 21 Abs. 3 auch da Platz, wo Branntwein, nachdem er in der Brennerei nach Menge und Stärke festgestellt ist, der weiteren steuerlichen Kontrolle entzogen wird?

Kann das in § 21 Abs. 1 vorgesehene Vergehen ideell konkurrieren mit einem Vergehen gegen § 2 Abs. 1 des Gesetzes vom 19. Juli 1879, betr. die Besteuerung des Branntweins zu gewerblichen Zwecken? Kommt in diesem Falle § 73 St.G.B.'s zur Anwendung, und welches Gesetz ist als das die schwerere Strafe androhende Gesetz zu erachten? II. 26/2 92. **22**, 388; II. 1/11 93. **24**, 402.

§ 26 Dauert bei der Verbringung von Branntwein ohne Entrichtung der Verbrauchsabgabe in ein zur Aufnahme bestimmtes Lager die Verantwortlichkeit des Warenführers für Verschlußverletzungen auch dann noch fort, wenn im Eisenbahnverkehre der Branntwein an den Empfänger des Transports übergeben ist, die Versendungsscheine der Steuerbehörde zugegangen sind und der Empfänger lediglich mit der Vorführung der Ware vor die Steuerbehörde behufs Schlußabfertigung befaßt gewesen ist? III. 10/10 95. **27**, 372.

§ 28 1. Ist gegen den Brennereibesitzer oder Brennereileiter, welcher sich selbst einer Defraudation schuldig gemacht hat, neben der Defraudationsstrafe auch noch die in § 28 vorgesehene besondere Kontraventionsstrafe zu verhängen? III. 2/3 91. **21**, 391.

2. Ist gegen den Brennereibesitzer, der sich selbst einer Kontravention gegen die Ordnungsvorschriften schuldig gemacht hat, neben der hierdurch verwirkten Strafe noch auf die in § 28 Abs. 3 vorgesehene Strafe zu erkennen? III. 28/9 91. **22**, 149.

§ 30 1. Von welcher Behörde ist die in § 30 vorgesehene Untersagung der Ausübung des Brennereigewerbes auszusprechen? IV. 18/11 90. **21**, 174.

2. Ist wegen der Defraudation des Zuschlags zur Verbrauchsabgabe auf Untersagung der Ausübung des Brennereigewerbes auch dann zu erkennen, wenn die Defraudation nur durch Vornahme unbefugter Einmaischung verübt worden ist? IV. 22/6 97. **30**, 189.

§ 32 Verhältnis des § 32 zu § 66 des Branntweinsteuergesetzes vom 8. Juli 1868.

Welche Bedeutung hat das in § 32 für die Begründung der Sub-

sidiarhaft aufgestellte Erfordernis, daß der Brennereibesitzer die zu vertretenden Personen von der Zuwiderhandlung abzuhalten unterlassen habe? IV. 23/2 94. **25**, 137.

Ist abgesehen von den nur mit Ordnungsstrafe bedrohten Zuwiderhandlungen der Fall der Idealkonkurrenz abweichend von § 73 St.G.B.'s geregelt? I. 23/3 91. **21**, 407. § 33

Darf der in § 40 auf 10000 *M* festgesetzte Höchstbetrag der wegen Übertretung der Bestimmungen des Gesetzes vom 8. Juli 1868 zu verhängenden Geldstrafe bei dem Zusammentreffen von Defraudations- und Ordnungsstrafen überschritten werden? IV. 22/6 97. **30**, 189. § 40

1. Wann liegt eine Einmaischung in einem anderen Gefäße als dem amtlich angemeldeten im Sinne des § 42 pos. IV, d vor? I. 18/12 90. **21**, 234. § 42

2. Tritt die im § 42 pos. IV, d normierte Ordnungsstrafe neben der gleichzeitig verwirkten Defraudationsstrafe in Anwendung? I. 14/10 89. **19**, 407.

b) Fassung vom 16. Juni 1895.

1. Was ist nach § 1 unter Verwendung des Branntweins zu Heilzwecken zu verstehen? III. 29/4 97. **30**, 101. § 1

Wie ist bei den zum Zuschlage zugelassenen Abfindungsbrennereien mit Dampfbetrieb die Höhe der defraudierten Maischbottichsteuer zu berechnen? I. 19/1 99. **31**, 431. § 13

Sind Zuwiderhandlungen gegen die Vorschrift in Nr. 3 des durch Bundesratsbeschluß vom 27. Februar 1896 erlassenen Bestimmungen über den Handel mit denaturiertem Branntwein der Strafnorm des § 26 oder derjenigen des § 43e unterworfen? §§ 26, 43e

Ist die Verjährung solcher Zuwiderhandlungen nach Maßgabe des § 35 zu beurteilen? III. 12/2 00. **33**, 151.

S. zu § 41 auch **28**, 375,
„ § 1 „ **34**, 57.

Gesetz, betreffend den Verkehr mit blei- und zinkhaltigen Gegenständen, vom 25. Juni 1887 (R.G.Bl. S. 273).

Bedeutung des § 6 Abs. 2. III. 20/3 90. **20**, 333.

Gesetz, betreffend den Verkehr mit Ersatzmitteln für Butter, vom 12. Juli 1887 (R.G.Bl. S. 375).

1. Versteht das Gesetz unter dem Ausdruck „Butter" oder „Milchbutter" auch die unter dem Namer „Schmalz" im Verkehre befindliche gereinigte Butter? I. 28/10 89. **20**, 14.

2. Kann im einzelnen Falle der Käufer von Margarine dem Verkäufer die Erfüllung der demselben nach § 3 des Gesetzes obliegenden Verpflichtung wirksam erlassen? III. 25/3 89. **19**, 151.

Vorläufige Bestimmungen zur Ausführung der Reichsgesetze, betreffend die Besteuerung des Branntweins ꝛc, vom 27. September 1887 (Centr.Bl. S. 351).

1. Über Verantwortlichkeit für Verschlußverletzungen s. Branntweinsteuergesetz vom 24. Juni 1887, S. 539.

2. In welchem Zeitpunkt ist ein Transport von Branntwein, der ohne Entrichtung der Verbrauchsabgabe in ein zur Aufnahme von Branntwein bestimmtes Lager gebracht wird, als beendigt anzusehen? Wer ist Warenführer im Sinne des Begleitscheinregulativs vom $\frac{\text{23. Dezember 1869}}{\text{5. Juli 1888}}$? I. 26/2 91. **21**, 377.

S. zu § 11 weiter **28**, 90.

Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetz, die Besteuerung des Zuckers betreffend, vom 28. Juni 1888 (Centr.Bl. S. 267).

§ 21 Liegt eine mit Ordnungsstrafe bedrohte Kontravention vor, wenn in der behufs Erlangung der Zuckersteuervergütung eingereichten Deklaration der Zuckergehalt in Polarisationsgraden angegeben wird und die Angabe um mehr als ein Prozent den bei der Revision gefundenen, jedoch nicht im Wege der Polarisation, sondern der Inversion ermittelten Satz des Zuckergehaltes übersteigt? IV. 11/12 91. **22**, 279.

Ausführungsvorschriften zu dem Gesetz wegen Erhebung der Brausteuer vom 5. Juli 1888 (Centr.Bl. S. 484, 677).

Nr. 7. Fixationsverträge. Buchung von Nachmaischungen. IV. 7/10 98. **31**, 277.

S. außerdem **21**, 318; **32**, 405.

Gesetz, betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, vom $\frac{\text{1. Mai 1889 (R.G.Bl. S. 55)}}{\text{20. Mai 1898 (R.G.Bl. S. 810)}}$.

§ 89 Über die Pflicht der Liquidatoren zur Bilanzziehung. II. 11/2 02. **35**, 137.

§ 92 Sind die Vorstandsmitglieder wegen unterlassener Stellung des Antrags auf Eröffnung des Konkursverfahrens strafbar, wenn erst nach Auflösung der Genossenschaft und nach geschehener Bestellung von Liquidatoren aus der Liquidationsbilanz sich eine Überschuldung ergibt? I. 22/1 94. **25**, 86.

§ 140 Muß das Vorstandsmitglied die Handlung kraft seiner Stellung als Vorstandsmitglied vorgenommen haben? Was gehört zum subjektiven Tatbestand des Vergehens? III. 4/10 94. **26**, 136.

S. weiter

zu §§ 17, 19flg. **23**, 361,
„ § 24 . . . . **24**, 226.

Gesetz, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung (Invalidenversicherungsgesetz),

vom 22. Juni 1889 (R.G.Bl. S. 37) / 19. Juli 1899 (R.G.Bl. S. 463).

a) Fassung vom 22. Juni 1889.

Über den Charakter der Quittungskarten als Urkunden. IV. 27/10 93. **24**, 348; IV. 17/6 92. **23**, 178; II. 6/12 92. **23**, 335. §§ 101 flg.

Ist durch § 142 die Bestrafung wegen Betrugs ausgeschlossen? IV. 18/10 95. **27**, 391. § 142

Begriff des „wissentlich" in Nr. 1. § 148

Kann das hier bezeichnete Vergehen mit Betrug ideell konkurrieren? III. 8/4 97. **30**, 86.

1. Begriff von unzulässigen Eintragungen. Pl. 8/7 99. **32**, 263; I. 24/6 97. **30**, 201; II. 8/10 92. **23**, 257. § 151

2. Fällt das Einkleben von mit Vermerken versehenen Marken in die Quittungskarte oder die Eintragung von Vermerken in bereits eingeklebte Marken, wenn diese Vermerke als Entwertungszeichen in den vom Bundesrate erlassenen Kassierungsbestimmungen nicht vorgesehen sind, unter die Strafvorschrift des § 151? II. 2/2 92. **22**, 321; I. 15/2 92. **22**, 347.

3. In welchem Umfange sind Eintragungen oder Vermerke in oder an den Quittungskarten rücksichtlich ihres Zweckes unzulässig? I. 4/2 92. **22**, 326.

4. Ist die Anwendbarkeit des § 151 abhängig von der Absicht, in welcher nach § 108 des Gesetzes unzulässige Eintragungen oder Vermerke gemacht worden? II. 11/3 92. **22**, 416.

Unter welchen Voraussetzungen können in Quittungskarten eingeklebte Marken dergestalt als bereits verwendet gelten, daß ihre wissentliche abermalige Verwendung das in Abs. 2 vorgesehene Delikt darstellt? III. 8/12 92. **23**, 339. § 154

S. zu dem Gesetz vom 22. Juni 1889 auch **27**, 231; **32**, 77, 116.

b) Fassung vom 19. Juli 1899.

Wann müssen die Marken in die Quittungskarte eingeklebt werden? I. 13/2 02. **35**, 121. § 141

1. Ist die Nichtverwendung von Lohnbeträgen, die der Arbeitgeber in Abzug bringt, nach denselben Grundsätzen zu beurteilen, wie das nach § 82 b des Krankenversicherungsgesetzes strafbare Vorenthalten solcher Beträge? II. 22/10 01. **34**, 442. § 182

2. Kann § 182 gegen die vom Arbeitgeber zur Leitung seines Betriebes bestellten Personen Anwendung finden? IV. 10/12 01. **35**, 20.

Digitized by Google

§ 187 1. Wann sind die Marken als verwendet anzusehen? I. 25/4 01. **34**, 259.

2. Kann der Ankauf bereits verwendet gewesener Versicherungsmarken als Beihülfe zur Veräußerung bestraft werden? II. 4/6 01. **34**, 273.

S. zu § 187 auch **34**, 259.

Verordnung, betreffend den Verkehr mit Arzneimitteln, vom 27. Januar 1890 (R.G.Bl. S. 9).

§ 1 Unter welchen Voraussetzungen ist der Verkauf von Salben seitens eines Drogisten strafbar? II. 3/11 91. **22**, 197.

S. zu dem Gesetze weiter **23**, 428.

Gesetz, betreffend die Abänderung der Militär-Strafgerichtsordnung, vom 3. Mai 1890 (R.G.Bl. S. 63).

Stehen in Preußen Offiziere, welche mit der Erlaubnis zum Tragen der Uniform verabschiedet worden sind, in Ansehung des Delikts des Zweikampfs noch unter der Militärgerichtsbarkeit? IV. 5/6 91. **22**, 36.

Gesetz, betreffend die Gewerbegerichte, vom 29. Juli 1890 (R.G.Bl. S. 141).

§ 19 Ist der Begriff der Amtspflicht im Sinne des Abs. 2 auf Handlungen und Unterlassungen innerhalb der amtlichen Tätigkeit des Gewerbegerichtsmitglieds zu beschränken? II. 10/11 96. **29**, 171.

Gesetz, betreffend die Prüfung der Läufe und Verschlüsse der Handfeuerwaffen, vom 19. Mai 1891 (R.G.Bl. S. 109).

§ 9 1. Begriff des Inverkehrbringens. Anwendung auf den Fall der Zwangsversteigerung. II. 21/4 96. **28**, 316.

2. Ist es ein Inverkehrbringen, wenn der Büchsenmacher ein ihm zur Abänderung in einen Hinterlader und zur Anbringung eines neuen Verschlusses übergebenes Gewehr nach ausgeführter Arbeit dem Besteller zurückgibt? IV. 4/7 94. **26**, 51.

3. Begriff des „Feilhaltens". Genügt zur Strafbarkeit Fahrlässigkeit? III. 9/4 94. **25**, 241.

4. Ist eine Fahrlässigkeit schon dann anzunehmen, wenn ein Händler mit Handfeuerwaffen das Vorhandensein der vorgeschriebenen Prüfungsstempel nicht persönlich prüft? III. 16/4 94. **25**, 251.

5. Hat die Einziehung nur den Charakter einer Nebenstrafe oder gleichzeitig auch den einer Präventivmaßregel? III. 19/9 95. **27**, 352.

Gesetz, betreffend die Besteuerung des Zuckers, vom $\frac{\text{31. Mai 1891 (R.G.Bl. S. 295)}}{\text{9. Juni 1895 (R.G.Bl. S. 255), 27. 28. Mai 1896 (R.G.Bl. S. 109)}}$.

1. Kann bei dem idealen Zusammentreffen einer Zuckersteuerhinterziehung mit einer anderen Straftat auf die wegen der ersteren verwirkte Geldstrafe besonders erkannt werden? Fer. 11/9 00. **33**, 371.

2. Kann nach § 52 des Gesetzes vom 27. Mai 1896 gegen den Deklaranten, der bei Export von Zucker für den Antrag auf Gewährung des Ausfuhrzuschusses den Zuckergehalt zu hoch angibt, nur im Falle persönlichen Verschuldens eine Ordnungsstrafe verhängt werden? I. 23/6 02. **35**, 309.

Gesetz, betreffend den Schutz von Gebrauchsmustern, vom 1. Juni 1891 (R.G.Bl. S. 290).

1. Kann eine dem Gebrauchszwecke dienende neue Gestaltung oder Anordnung darin gefunden werden, daß ein Gebrauchsgegenstand in bestimmter Form aus Einem Stücke hergestellt wird, wie er früher nicht käuflich war? § 1

Ist die Schutzfähigkeit des Musters davon abhängig, daß es dem Gebrauchszwecke besser oder billiger dient, als bisher bekannte Gebrauchsgegenstände? I. 30/1 99. **32**, 4.

2. Kann ein bekannter Gebrauchsgegenstand durch seine Verwendung für einen neuen Zweck oder durch Verwendung neuen Materials für seine Herstellung fähig werden, den Schutz als eingetragenes Gebrauchsmuster zu erlangen? I. 4/3 97. **29**, 435.

3. Wann ist ein Modell neu? III. 20/11 99. **32**, 375.

4. Was ist unter offenkundiger Benutzung eines Modelles zu verstehen?

Kann das Probieren eines Modelles als Benutzung gelten? III. 8/7 97. **30**, 240; III. 6/2 96. **28**, 158; I. 11/1 94. **25**, 61.

5. Kann für einen zur Anfertigung von Rohrdecken für Gärtnereien bestimmten Webstuhl der Gebrauchsmusterschutz gewährt werden? Liegt offenkundige Benutzung eines solchen Webstuhls vor, wenn ihn der Anfertiger vor der Anmeldung zur Herstellung von Rohrdecken durch Gefangene in einer Gefängnisanstalt verwendet hat? I. 17/2 96. **28**, 185.

1. Unter welchen Voraussetzungen ist der Gebrauch eines durch Nachbildung eines geschützten Gebrauchsmusters hervorgebrachten Gerätes strafbar? Ist jeder, oder nur der gewerbsmäßige Gebrauch strafbar? Was ist unter gewerbsmäßigem Gebrauche zu verstehen? II. 8/3 95. **27**, 88. §§ 4, 10

2. Wie weit erstreckt sich das Verbot der Nachbildung eines eingetragenen Gebrauchsmusters? I. 2/4 94. **25**, 214.

3. Beschränkt sich der einem eingetragenen Gebrauchsmuster gewährte Schutz auf den in der Eintragung angegebenen Gebrauchszweck des geschützten Gegenstandes? I. 25/9 02. **35**, 348.

4. Was versteht § 10 unter der Benutzung eines Gebrauchsmusters? I. 16/10 02. **35**, 401.

Übereinkommen des Weltpostvereins, betreffend den Austausch von Postpaketen, vom 4. Juli 1891 (R.G.Bl. 1892 S. 560).

Hat die Bestimmung die Bedeutung einer zu befolgenden Rechtsnorm? III. 24/1 98. **30**, 424. § 12

Handels- und Zollvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn vom 6. Dezember 1891 (R.G.Bl. 1892 S. 3).

Anlage D (Zollkartell) § 17. Bedeuten die Worte „auf Antrag", daß ein Strafantrag im Sinne des Strafgesetzbuchs nötig ist? I. 27/6 92. **23**, 194.

S. zu dem Vertrage auch **23**, 328; **26**, 321; **32**, 110.

Gesetz, betreffend die Gesellschaft mit beschränkter Haftung, vom 20. April 1892 (R.G.Bl. S. 477) / 20. Mai 1898 (R.G.Bl. S. 846).

§ 7 1. Was gehört zur Einzahlung auf eine in Geld zu leistende Stammeinlage? II. 7/3 99. **32**, 82.

2. Ist der Vorschrift des Abs. 2 genügt, wenn überhaupt ein Vierteil des Stammkapitals eingezahlt ist, oder kommt es darauf an, daß die entsprechende Einzahlung auf jede Stammeinlage gemacht ist? IV. 4/5 00. **33**, 252.

§ 42 Zu welcher Zeit und von wem ist die Eröffnungsbilanz aufzustellen? II. 27/11 96. **29**, 222.

Gesetz, betreffend den Verkehr mit Wein, weinhaltigen und weinähnlichen Getränken, vom 20. April 1892 (R.G.Bl. S. 597).

1. Verhältnis zum Nahrungsmittelgesetz vom 14. Mai 1879. I. 7/3 98. **31**, 54.

2. Zum Begriffe von „weinähnlichen Getränken". IV. 12/2 95. **27**, 8.

3. Bedeutung des Ausdrucks „der bloße Zusatz von Rosinen" in § 4 Abs. 3. I. 5/6 99. **32**, 203.

4. Kann die Herstellung von Kunstwein auf eine der im § 4 bezeichneten Zubereitungsarten auch dann strafbar sein, wenn dessen Beschaffenheit vom Fabrikanten dem unmittelbaren Abnehmer beim Verkaufe bekannt gegeben worden ist? I. 25/3 01. **34**, 230.

5. Ist zur Herstellung von Wein ein Aufguß von reinem Wasser auf ganz oder teilweise ausgepreßte Trauben zulässig? Kann der Zusatz von Rosinen zu Most bei der Herstellung von anderen als Dessertweinen als anerkannte Kellerbehandlung gelten? Dürfen zu Wein, der zum Verkaufe nach Amerika bestimmt ist, Bukettstoffe zugesetzt werden? Unter welchen Umständen kann Wein, der im Keller zum Verkaufe bereit gehalten wird, als „feilgehalten" angesehen werden? I. 20/3 02. **35**, 169.

S. zu §§ 9, 10 auch **26**, 406.

Bekanntmachung, betreffend die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Hechelräumen und dergleichen, vom 29. April 1892 (R.G.Bl. S. 604).

Fällt ein Zuwiderhandeln gegen die in II getroffene Vorschrift unter die Strafbestimmung des § 149 Nr. 7 der Gewerbeordnungsnovelle vom 1. Juni 1891? III. 11/10 94. **26**, 124.

Betriebsordnung für die Haupteisenbahnen Deutschlands vom 5. Juli 1892 (R.G.Bl. S. 691).

Enthält die Vorschrift eine polizeiliche Bestimmung im Sinne des § 9 Abs. 2 des Sprengstoffgesetzes vom 9. Juni 1884? I. 10/10 95. **27**, 377. § 62

Verkehrsordnung für die Eisenbahnen Deutschlands vom 15. November 1892 (R.G.Bl. S. 923).

Rechtliche Bedeutung des Frachtbriefs. I. 13/2 99. **32**, 22. § 54

Vorschriften des Bundesrats für die steuerfreie Verwendung von undenaturiertem Branntwein zu Heil-, wissenschaftlichen und gewerblichen Zwecken vom 18. November 1892 (Centr.Bl. S. 694).

Welche Bedeutung ist der die Apotheker betreffenden Bestimmung des § 17 Nr. 9, insbesondere dem Ausdrucke „zum Vertriebe an andere Gewerbetreibende" beizulegen? IV. 18/12 00. **34**, 57.

Gesetz gegen den Verrat militärischer Geheimnisse vom 3. Juli 1893 (R.G.Bl. S. 205).

Was ist unter „Schriften, Zeichnungen oder anderen Gegenständen", was unter „Geheimhaltung" zu verstehen? Was erfordert der zur Straftat gehörige Vorsatz? Hat § 3 gegenüber dem § 1 einen subsidiären Charakter? Wie verhalten sich die Strafbestimmungen zu § 92 St.G.B.'s? II. u. III. 16/12 93. **25**, 45. §§ 1–4

Begriff der Rechtswidrigkeit in § 2. Verhältnis des § 4 zu § 2. II. u. III. 9/3 96. **28**, 266. §§ 2, 4

Gesetz zum Schutze der Warenbezeichnungen vom 12. Mai 1894 (R.G.Bl. S. 441). Vgl. Markenschutzgesetz vom 30. November 1874.

Begriff von Warenzeichen. Zulässigkeit von Wortmarken. Haben die Gerichte nachzuprüfen, ob eine Eintragung mit Recht erfolgt ist? Sind Zeitungen Waren im Sinne des Gesetzes? Hat die Eintragung eines Worts als Warenzeichen für eine Zeitung die Wirkung, daß das Wort nicht als Titel für eine andere Zeitung verwendet werden darf? II. 20/3 96. **28**, 275. § 1

Übergang des Warenzeichens durch Vertrag. Wem steht das Recht zur Stellung des Strafantrags zu wegen eines Eingriffs in das Zeichenrecht, der in die Zwischenzeit zwischen Übertragung des Rechts und Vermerk des Übergangs in die Zeichenrolle fällt? IV. 4/12 00. **34**, 34. § 7

1. In welchem Umfange gibt die Eintragung eines Wortes als Warenzeichen das Recht, Dritten seinen Gebrauch zu untersagen? I. 22/11 97. **30**, 351. § 12

2. Verhältnis des Rechts desjenigen, für den das Bild eines Gegenstandes als Warenzeichen eingetragen ist, zu dem Rechte eines anderen, für den das den betreffenden Gegenstand bezeichnende Wort als Warenzeichen eingetragen ist. I. 16/11 99. **32**, 368.

3. Greift die dem eingetragenen Warenzeichen zukommende Wirkung auch gegenüber demjenigen Platz, welcher nach § 9 Abs. 3 die Löschung des Zeichens verlangen kann?

Verhältnis des Zeichenrechts zu dem nach § 15 geschützten Ausstattungsbesitze eines anderen. IV. 4/6 01. **34**, 275.

S. zu § 12 auch **35**, 321.

§ 13 1. Inwieweit greift der in § 13 ausgesprochene Grundsatz bei der Abkürzung eines Namens oder einer Firma Platz? III. 13/11 99. **32**, 397.

2. Inwiefern ist ein Firmeninhaber durch das erworbene Recht des Inhabers eines geschützten Zeichens rechtlich gehindert, dieses Zeichen seiner Firma hinzuzufügen? I. 18/3 97. **30**, 12.

3. Kann das durch die Eintragung eines Wortzeichens erlangte Schutzrecht auch demjenigen gegenüber geltend gemacht werden, welcher, wenn auch mit dem Willen und Erfolge der Herbeiführung einer Verwechslungsgefahr im Verkehre, sich eines in der Klangwirkung ähnlichen, jedoch lediglich eine Qualitätsangabe enthaltenden Zeichens bedient? II. 25/5 00. **33**, 307.

S. zu § 13 auch **35**, 321.

§ 14 1. In welcher Weise können Flüssigkeiten im Sinne des § 14 widerrechtlich mit dem Namen oder dem geschützten Zeichen eines anderen versehen werden? IV. 13/1 97. **29**, 312.

2. Ist durch § 14 jeder nicht auf besonderem Rechte beruhende Gebrauch eines fremden Namens untersagt, auch wenn dadurch nur die Gleichheit des Systems &c zum Ausdruck gebracht wird? II. 12/1 97. **29**, 331.

3. Unter welchen Voraussetzungen wird durch Ankündigungen in Zeitungen dem Verbote, sich eines fremden Namens zu bedienen, zuwidergehandelt? I. 1/2 97. **29**, 353.

4. Ist die Kennzeichnung einer Ware mit dem Namen eines anderen auch dann widerrechtlich, wenn der Namensträger selbst weder Produzent, noch Handeltreibender ist?

Ist zum Strafantrage derjenige berechtigt, welchem ein anderer die Führung seines Namens behufs Kennzeichnung von Waren eingeräumt hat? IV. 2/2 97. **29**, 364; I. 1/2 97. **29**, 353.

5. Was ist unter dem „Namen eines anderen“ zu verstehen? Wann ist anzunehmen, daß jemand eine Ware wissentlich mit dem Namen eines anderen versehen hat? II. 30/4 97. **30**, 91.

6. Ist der Käufer einer mit einem eingetragenen Warenzeichen versehenen Ware berechtigt, für diese Ware, nachdem er sie zerteilt oder in Flüssigkeit aufgelöst hat, beim Weiterverkaufe sich des geschützten Warenzeichens zu bedienen? II. 4/5 97. **30**, 95.

7. Ist der eingetragene Inhaber eines Zeichens trotz des Vorhandenseins eines Rechtsgrunds für die Löschung bis zu deren Erwirkung objektiv zur Verwendung des Zeichens berechtigt? I. 8/7 97. **30**, 211.

8. Wann stellt sich der Gebrauch eines fremden Namens als widerrechtlich dar?

Setzt die Strafbarkeit aus Abs. 2 einen Anspruch des Antragstellers auf Schadensersatz voraus? II. 11/2 98. **31**, 30.

9. Kann in der Verwendung eines Ortsnamens zur Warenbezeichnung ein strafbarer Eingriff in das Namensrecht der betreffenden Ortsgemeinde gefunden werden? II. 21/10 98. **31**, 289.

10. Wird ein Warenzeichen, das den Namen oder die Firma des Fabrikanten wiedergibt, in strafbarer Weise nachgebildet, wenn ein anderer Träger desselben Namens gleichartige Waren mit seinem Namen in einer Weise bezeichnet, welche geeignet ist, Verwechselungen hervorzurufen? IV. 24/10 99. **32**, 313.

11. Macht sich strafbar, wer zur Bezeichnung seiner Ware wissentlich ein Wort benutzt, das in einem für ihn eingetragenen zusammengesetzten Warenzeichen enthalten, aber daneben für sich allein zu gunsten eines anderen als Warenzeichen, und zwar als Klangzeichen in die Zeichenrolle eingetragen ist?

Ist der widerrechtliche Gebrauch eines fremden Warenzeichens nur dann strafbar, wenn durch ihn die Gefahr einer Täuschung des Publikums über die Herkunft der Waren entsteht? I. 21/2 01. **34**, 169.

12. Gehört die Täuschung des Erwerbers über die Echtheit des Warenzeichens oder die Absicht, ihn darüber zu täuschen, zum Tatbestande des in § 14 vorgesehenen Vergehens? I. 5/3 01. **34**, 229.

13. Wann bildet die Farbe einen geschützten Bestandteil des Warenzeichens? IV. 23/1 00. **33**, 90.

14. Was gehört zum subjektiven Tatbestand, insbesondere zu dem Begriff der Wissentlichkeit? Inwieweit schließt ein Irrtum die Strafbarkeit aus? IV. 13/1 97. **29**, 312; I. 1/2 97. **29**, 353; IV. 2/2 97. **29**, 364; I. 5/3 01. **34**, 229.

15. Macht derjenige, welcher eine von ihm widerrechtlich bezeichnete oder ausgestattete Ware in den Verkehr bringt, sich einer zweiten Straftat, oder nur einer Fortsetzung des mit der Bezeichnung oder Ausstattung begangenen Vergehens schuldig? IV. 24/1 02. **35**, 89.

16. Ist der Gebrauch einer einem anderen als Warenzeichen geschützten Wortverbindung auf einem Bildrahmen zulässig, wenn dieselbe den Gedanken des Bildes ausdrückt und als dessen Name erscheint? II. 1/10 01. **35**, 3.

17. Greift die Strafbestimmung des § 14 auch Platz, wenn Preislisten, die mit einem fremden Warenzeichen versehen sind, unbefugt verwendet werden? II. 30/10 02. **35**, 415.

S. zu § 14 auch **33**, 161; **34**, 70.

§ 15 1. Ist Bestrafung aus § 15 dadurch ausgeschlossen, daß der Täter ein für ihn eingetragenes Warenzeichen zur Ausstattung verwendet hat? I. 12/11 96. **29**, 159.

2. Findet § 15 Anwendung, wenn die Ausstattung, welche als Kennzeichen der Waren eines anderen gilt, von diesem anderen in Wirklichkeit nicht verwendet worden ist? I. 14/12 96. **29**, 249.

3. Welchen Einfluß hat ein Wechsel in der Ausstattung von Waren auf den durch § 15 gewährten Schutz der älteren Ausstattung? Genießt die Ausstattung der bereits an Kunden verkauften Waren noch den Schutz des § 15? I. 21/2 98. **31**, 28.

4. Was gehört zu der Feststellung, daß eine Ausstattung als Kennzeichen der Ware eines anderen gilt?

Können auch die unmittelbaren Abnehmer als beteiligter Verkehrskreis in Betracht kommen? II. 5/5 99. **32**, 149.

5. Unter welchen Voraussetzungen können ausländische Staatswappen zur Kennzeichnung der Ausstattung einer Ware im Sinne des § 15 benutzt werden? III. 3/12 00. **34**, 26.

6. Was ist im Sinne des § 15 unter „Ausstattung“ in Bezug auf Ankündigungen, Preislisten, Geschäftsbriefe, Empfehlungen, Rechnungen oder dergleichen zu verstehen? II. 4/4 02. **35**, 180.

§ 16 1. Ist bei Feststellung der Absicht, über Beschaffenheit und Wert einer Ware Irrtum zu erregen, maßgebend, daß der Herkunftsort der Ware nach den im Verkehre herrschenden Anschauungen die Beurteilung der Qualität und der Preisbemessung beeinflußt? Ist es ausreichend, daß Irrtumserregung in der einen oder anderen Richtung bezweckt wird? I. 7/5 96. **28**, 353; II. 15/5 96. **28**, 371.

2. Trifft die Strafbestimmung den Fabrikanten, der seine Geschäftsbriefe mit dem Staatswappen versieht, um den Schein eines ihm zustehenden *Vorrechts* zu erregen? II. 11/1 98. **30**, 406.

3. Bezieht sich die Vorschrift auch auf unrichtige Angaben über Fabrikationsverfahren und Herstellungsart? II. 14/1 98. **31**, 1.

4. Dürfen Ortsnamen, welche nach Handelsgebrauch zur Bezeichnung gewisser Waren dienen, auf andere Waren zur Kennzeichnung gleichartiger Eigenschaften übertragen werden?

Findet Abs. 1 auch da Anwendung, wo ein der Ware beigegebener Prospekt erkennbar macht, daß mit dem Ausdrucke des Ortsnamens zur Benennung der Ware nicht deren Herkunft bezeichnet ist? II. 21/10 98. **31**, 289.

S. zu § 16 auch **35**, 321.

§ 18 Inwieweit haften die zu einer Buße Verurteilten für dieselbe als Gesamtschuldner? II. 12/12 99. **33**, 13.

§ 20 1. Bezieht sich die Vorschrift auch auf Kennzeichnungen von Waren, die in Ankündigungen (§ 16) wiedergegeben werden? II. 14/1 98. **31**, 1.

2. Kann Verwechselungsgefahr, ohne daß die zur Vergleichung

stehenden Worte ähnlich klingen, aus deren sprachbegrifflicher Bedeutung hergeleitet werden? Hat es für die Frage der Verwechselungsgefahr Bedeutung, wenn der Wortbezeichnung auf der Verpackung der Ware ein bildlicher Zusatz beigefügt ist? IV. 9/7 01. **34**, 313.

1. Ist die Bestellung eines inländischen Vertreters auch zur Geltendmachung des Anspruchs auf Schutz des Namens notwendig? § 23

Ist der Namensschutz für das Ausland durch das Bestehen einer gewerblichen Niederlassung daselbst bedingt? II. 11/2 98. **31**, 30.

2. Ist die dem § 23 entsprechende Bekanntmachung bestehender Gegenseitigkeit der richterlichen Nachprüfung unterworfen? IV. 4/6 01. **34**, 275.

3. Ist nur von dem Patentamte, nicht von den ordentlichen Gerichten darüber zu entscheiden, ob ein Gewerbetreibender, für den ein ausländisches Warenzeichen im Inlande eingetragen worden ist, in dem Staate, in welchem seine Niederlassung sich befindet, für dieses Zeichen den Markenschutz nachgesucht und erhalten hat? III. 19/6 02. **35**, 321.

4. Bezieht sich Abs. 2 auch auf ausländische Firmen, die in Deutschland eine Handelsniederlassung haben? II. 30/10 02. **35**, 415.

Gesetz, betreffend die Abzahlungsgeschäfte, vom 16. Mai 1894 (R.G.Bl. S. 450).

Findet die Bestimmung auch dann Anwendung, wenn bei Abschluß des Vertrags über eine Mehrheit von Losen die monatliche Lieferung je eines Loses und zugleich die monatliche Zahlung eines bestimmten Geldbetrags vereinbart ist? II. 18/6 97. **30**, 165. § 7

Bekanntmachung, betreffend die Instruktion zur Ausführung der §§ 19—29 des Gesetzes über Abwehr rc von Viehseuchen, vom 27. Juni 1895 (R.G.Bl. S. 357).

1. Schließt diese Maßnahmen, die in ihr nicht vorgesehen sind, aus, auch wenn die Maßnahmen an sich in dem Viehseuchengesetze Begründung finden? I. 12/7 97. **30**, 220.

2. Ist eine Vorschrift, daß bei dem Handel mit Vieh im Umherziehen der Führer des Viehs mit einem tierärztlichen Zeugnisse versehen sein muß, auch auf den Handel auf Viehmärkten zu beziehen? Ist die Strafbarkeit durch einen Irrtum über die Bedeutung der Anordnung ausgeschlossen? I. 4/12 99. **32**, 414.

3. Werden durch die Instruktion selbständige, von der Anordnung der betreffenden Schutzmaßregeln im einzelnen Falle unabhängige Pflichten begründet? IV. 8/12 99. **32**, 417.

4. Begriff von verdächtigen Tieren im Sinne des § 59.

Inwiefern kann die Strafbarkeit verbotener Ausführung durch einen Irrtum des Ausführenden ausgeschlossen sein? I. 15/5 99. **32**, 153.

S. weiter

zu § 23 . . . . **33**, 337,
„ § 60 . . . . **32**, 228, 286,
„ § 63 . . . . **33**, 225.

Gesetz zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes vom 27. Mai 1896 (R.G.Bl. S. 145).

§ 4 1. Zum Begriffe von unwahren Angaben über die „Beschaffenheit" und „Preisbemessung" von Waren, sowie über den Anlaß des Verkaufes. I. 12/11 00. **33**, 441.

2. Kann die Strafbestimmung Anwendung finden bei Anbringung eines Plakats, betr. den Ausverkauf „verschiedener Artikel", wenn bezüglich solcher Waren, deren Aufgabe beabsichtigt wurde, Nachschiebungen in geringfügigem Umfange stattgefunden haben? II. 21/9 97. **30**, 256.

3. Über den Begriff von „Auszeichnungen" und „Angaben tatsächlicher Art". Inwieweit können derartige Angaben in einer bildlichen Darstellung gefunden werden? II. 11/1 98. **30**, 406.

4. Umfaßt der § 4 auch solche Angaben tatsächlicher Art, die nicht an sich, wohl aber im Zusammenhalt mit ihrer Erläuterung durch eine bildliche Darstellung unwahr und irreführend sind? II. 16/10 00. **33**, 431.

5. Muß der Anschein eines besonders günstigen Angebots ein falscher sein? III. 12/5 02. **35**, 235.

6. Wird bei der Veranstaltung von sog. Hydra- oder Schneeballengeschäften durch die Versicherung im Prospekte, Risiko sei ausgeschlossen, und die Unterdrückung der Wahrscheinlichkeit eines aus der Beteiligung erwachsenden Verlustes der Tatbestand des § 4 des Gesetzes begründet? I. 14/2 01. **34**, 140.

7. Kann unlauterer Wettbewerb durch unwahre Angaben über den Anlaß eines Verkaufs auch angenommen werden, wenn die Angaben ihrem Wortlaute nach dem wirklichen Sachverhalte entsprechen, in Wirklichkeit aber ihn nicht erschöpfen? I. 18/2 01. **34**, 163.

8. Ist es ein Preßvergehen im Sinne des bayerischen Ausführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetze, wenn der Angeklagte zum Zwecke unlauteren Wettbewerbes irreführende Ankündigungen in Zeitungen oder anderen Preßerzeugnissen veröffentlicht, insbesondere wenn er für eine nicht bestehende Schuld in Verabredung mit einem anderen die Zwangsvollstreckung gegen sich einleiten und die Zwangsversteigerung durch den Gerichtsvollzieher in öffentlichen Blättern ausschreiben läßt, um den Anschein eines besonders günstigen Angebots hervorzurufen? I. 28/6 00. **33**, 226; I. 9/10 02. **35**, 375.

9. Ist § 4 auf die öffentliche Ankündigung der Übernahme von Krankheitsheilungen und der Befähigung zu solchen anwendbar? II. 27/5 02. **35**, 267.

10. Kann Täter nur der Geschäftsinhaber, oder auch ein Dritter sein? III. 20/10 02. **35**, 417.

S. weiter zu § 4 **31**, 289.

§ 6 Voraussetzungen der Strafbarkeit des unlauteren Wettbewerbes im Sinne der §§ 6, 9, 10. III. 16/2 99. **32**, 27.

§ 7 1. Tendenz desselben. Anwendung auf Anzeigen bei einer Behörde. Erforderlicher Dolus. Anwendbarkeit des § 193 St.G.B.'s. Begriff

des Aufstellens bezw. Verbreitens von Behauptungen. II. 8/3 98. **31**, 63.

2. Muß die übele Nachrede zu Zwecken des Wettbewerbs geschehen? Ideale Konkurrenz mit Verleumdung. I. 14/3 98. **31**, 84.

3. Ist das Bewußtsein des Täters von der Unwahrheit der aufgestellten oder verbreiteten Behauptung erforderlich, oder genügt in dieser Hinsicht Eventualdolus? IV. 10/10 99. **32**, 302.

1. Verhältnis der Strafbestimmungen in Abss. 1 und 2 zu einander. § 9
Kann der Dritte, der ein durch Verbot eines Angestellten zu seiner Kenntnis gelangtes fremdes Geschäftsgeheimnis zu Zwecken des Wettbewerbes unbefugt verwertet, als „beteiligt" an dem Verrate des Angestellten verfolgt werden, wenn nur gegen diesen Strafantrag gestellt ist? III. 24/3 98. **31**, 93.

2. Zum Begriff von „Geschäftsgeheimnissen" und der „Absicht, dem Inhaber des Geschäftsbetriebes Schaden zuzufügen". II. 2/3 97. **29**, 426.

3. Ist die Annahme eines Betriebsgeheimnisses ausgeschlossen, wenn die dasselbe bildende Tatsache in einer früheren Zeit bekannt gewesen ist?

Kann in der unbefugten Mitteilung der in einer Fabrik angefertigten Modelle eine Mitteilung von Geschäfts- oder Betriebsgeheimnissen gefunden werden? I. 31/3 98. **31**, 90.

4. Gehört eine Erfindung, die der Angestellte einer Firma in deren Dienste macht, ihr, und ist sie jenem vermöge des Dienstverhältnisses anvertraut oder sonst zugänglich geworden? I. 8/6 99. **32**, 216.

5. Kann der in einer Fabrik angestellte Chemiker, der nach dem Dienstvertrage die von ihm gemachten technischen Erfindungen der Fabrik zur Ausbeutung zu überlassen hatte, als eine Person angesehen werden, der die von ihr gemachte einzelne Erfindung vermöge des Dienstverhältnisses anvertraut gewesen ist? III. 27/4 99. **32**, 136.

6. Unter welcher Voraussetzung ist ein Geschäfts- oder Betriebsgeheimnis auch dann als dem Angestellten „vermöge des Dienstverhältnisses zugänglich geworden" anzusehen, wenn dieser es durch Bestechung eines Mitbediensteten in Erfahrung gebracht hat? I. 9/7 00. **33**, 354.

7. Ist Abs. 1 auf den Fall anwendbar, wo der Angestellte oder Arbeiter zum Zwecke des eigenen Wettbewerbes das Geschäfts- oder Betriebsgeheimnis anderen mitteilt? I. 7/12 99. **33**, 6.

8. Zu dem Satze, daß die Handlung, durch welche jemand Kenntnis fremder Geschäftsgeheimnisse erlangt hat, gegen Gesetz oder gute Sitten verstoßen muß. I. 20/9 97. **30**, 251.

9. Wann ist von einem fremden Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse durch eine gegen die guten Sitten verstoßende Handlung Kenntnis erlangt? IV. 9/1 00. **33**, 62.

10. Voraussetzungen der Strafbarkeit unlauteren Wettbewerbes im Sinne der §§ 6, 9, 10. III. 16/2 99. **32**, 27.

§ 10 1. Wann liegt ein Bestimmen zu unbefugten Mitteilungen im Sinne des § 10 vor? I. 19/10 99. **32**, 308.

2. Inwiefern setzt der Tatbestand des § 10 voraus, daß die Person, welche zur unbefugten Mitteilung eines Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisses zu verleiten unternommen wird, eine individuell bestimmte ist? I. 9/7 00. **33**, 354.

3. Voraussetzungen des Tatbestands unlauteren Wettbewerbes im Sinne der §§ 6, 9, 10. III. 16/2 99. **32**, 27.

4. Erfordert die Anwendung des § 10, daß der, welcher zur Mitteilung eines Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisses bestimmt werden soll, sich bereits zur Zeit dieses Unternehmens in der Lage befindet, die fragliche Mitteilung zu machen? II. 25/2 02. **35**, 136.

§ 12 1. Kommt dem Strafantrage wegen unbefugter Mitteilung eines Geschäftsgeheimnisses (§ 9 Abs. 1) auch Wirkung zu gegenüber dem, der das Geheimnis für sich verwertet hat (§ 9 Abs. 2)? III. 24/3 98. **31**, 93.

2. Sind die Ärztekammern in Preußen zur Stellung von Strafanträgen aus § 4 berechtigt? Können sie dieses Recht durch einen Bevollmächtigten ausüben? II. 27/5 02. **35**, 267.

S. weiter zu dem Gesetze **29**, 331; **32**, 313.

Börsengesetz vom 22. Juni 1896 (R.G.Bl. S. 157).

Zum Begriffe des Kommissionärs im Sinne des § 79. Was versteht Abs. 2 des § 79 unter dem Ausdruck „bei der Ausführung des Auftrags"? II. 5/7 01. **34**, 374.

Gesetz, betreffend die Pflichten der Kaufleute bei Aufbewahrung fremder Wertpapiere, vom 5. Juli 1896 (R.G.Bl. S. 183).

1. Muß in der den Geschworenen vorzulegenden Frage die gesetzliche Verpflichtung des Täters zur Führung von Handelsbüchern zum Ausdruck kommen?

Können mehrere Fälle einer Zuwiderhandlung gegen § 11 unter sich und in ihrem Verhältnisse zu einer nach §§ 239—241 der Konkursordnung vom 17. Mai 1898 strafbaren Handlung reell konkurrieren?

Ist im Verhältnisse des § 11 zu § 9 Abs. 2 Ideal- oder Gesetzeskonkurrenz anzunehmen? IV. 27/3 01. **34**, 237.

2. Zur Auslegung der §§ 9 bis 12. II. 5/7 01. **34**, 374.

Bürgerliches Gesetzbuch und Einführungsgesetz dazu vom 18. August 1896 (R.G.Bl. S. 195).

a) Bürgerliches Gesetzbuch.

§ 559 1. Hindert § 559, daß dem Vermieter wegen Forderungen aus dem Mietverhältnisse durch Vertrag ein Zurückbehaltungsrecht auch bezüglich solcher Sachen eingeräumt wird, welche nach der Zivilprozeßordnung unpfändbar sind? III. 20/2 02. **35**, 150.

2. Beeinflußt es den Bestand des Vermieterpfandrechts, wenn die pfandrechtlich belasteten Sachen für einen Dritten gepfändet werden, jedoch im Mietgrundstücke geblieben sind und hiernächst mit Genehmigung des Vollstreckungsgerichts vom Gerichtsvollzieher freihändig verkauft werden? IV. 28/10 02. **35**, 412.

Sind dadurch die landesgesetzlichen Strafgesetze, betr. das Spielen in auswärtigen Lotterien, berührt? III. 26/5 00. **33**, 335; II. 2/3 00. **33**, 196. § 763

Über den nach § 859 gestatteten Selbstschutz. I. 15/4 01. **34**, 249. § 859

Was versteht das Bürgerliche Gesetzbuch unter Verfügungen der Frau über das eingebrachte Gut und Rechtsgeschäften, durch welche sich die Frau zu einer das eingebrachte Gut in Mitleidenschaft ziehenden Leistung verpflichtet? Kann die Frau ohne Zustimmung des Mannes einen Mietvertrag abschließen? IV. 25/4 02. **35**, 201; IV. 24/10 02. **35**, 402. § 1395 bis § 1399

Kann auf Grund des § 1909 in Verbindung mit § 1666 für ein unter elterlicher Gewalt des Vaters stehendes Kind ein Pfleger bestellt werden zu dem Zwecke, daß derselbe wegen einer gegen das Kind begangenen Straftat den Strafantrag stellt, den zu stellen der Vater pflichtwidrig unterläßt? IV. 23/12 01. **35**, 47. § 1909

S. weiter

zu § 6	**34**, 98,
„ § 104	**34**, 98,
„ §§ 106—114	**34**, 98,
„ § 123	**35**, 278,
„ § 134	**35**, 150,
„ § 138	**35**, 111, 150,
„ § 175	**35**, 150,
„ § 187	**35**, 37,
„ § 202	**35**, 150,
„ §§ 227—229 . .	**34**, 295; **35**, 403,
„ §§ 229, 230	**33**, 248,
„ §§ 260, 261	**34**, 400,
„ § 273	**35**, 150,
„ § 444	**34**, 50,
„ §§ 537, 538	**34**, 88,
„ §§ 537, 542, 544 . . .	**35**, 201,
„ § 556	**35**, 150,
„ § 559	**34**, 88, 157,
„ § 772	**35**, 150,
„ §§ 783 flg.	**35**, 303,
„ § 810	**35**, 145,
„ § 826	**34**, 279,

zu § 857	**34**, 252,
„ §§ 858, 859	**34**, 249,
„ § 883	**34**, 3,
„ § 936	**35**, 412,
„ §§ 972, 1000	**35**, 150,
„ §§ 1117, 1163	**34**, 171,
„ §§ 1242—1246	**35**, 412,
„ §§ 1308—1315, 1320, 1321	**35**, 265,
„ § 1334	**34**, 85,
„ § 1354	**35**, 395,
„ § 1357	**35**, 201,
„ § 1363	**34**, 64,
„ §§ 1363—1431	**35**, 201,
„ §§ 1383, 1438—1441, 1443, 1450	**34**, 64
„ § 1589	**34**, 427,
„ § 1590	**34**, 418,
„ § 1626	**35**, 338,
„ § 1627	**34**, 316,
„ §§ 1630, 1635	**34**, 316,
„ § 1666	**35**, 47,
„ § 1669	**35**, 265,
„ §§ 1684, 1685	**34**, 316,
„ §§ 1687—1694	**35**, 338,
„ § 1697	**34**, 316,
„ §§ 1792, 1799	**35**, 338,
„ § 1845	**35**, 265,
„ § 1906	**34**, 98,
„ § 1909	**35**, 328,

b) Einführungsgesetz.

Art. 89 Über den Einfluß des Bürgerlichen Gesetzbuchs auf das Recht zur Pfändung. IV. 15/2 01. **34**, 154.

S. weiter

zu Art. 34	**35**, 131, 338,
„ „ 55	**35**, 150,
„ „ 75	**35**, 346,
„ „ 200, 218	**35**, 201.

Auslieferungsvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und den Niederlanden vom 31. Dezember 1896 (R.G.Bl. 1897 S. 731).

Gilt danach das Prinzip der Spezialität? II. 17/1 99. **31**, 428 III. 28/2 01. **34**, 191.

S. auch **33**, 271.

Handelsgesetzbuch und Einführungsgesetz dazu vom 10. Mai 1897 (R.G.Bl. S. 219).

Was versteht § 4 unter Personen, deren Gewerbebetrieb nicht über den Umfang des Kleingewerbes hinausgeht? IV. 19/1 01. **34**, 101; I. 8/3 00. **33**, 187; II. 13/6 02. **35**, 288. § 4

S. zu § 4 auch . . . . **33**, 184.

Unterschied zwischen den Bestimmungen des § 39 und denjenigen des Art. 29 des früheren Handelsgesetzbuchs in Bezug auf die Pflicht zur Bilanzziehung. § 39

Welches der beiden Gesetze ist im Sinne des § 2 St.G.B.'s als das mildere anzusehen? II. 7/12 00. **34**, 37.

Kann von „Mitgliedern des Vorstandes" gesprochen werden, wenn die Aktiengesellschaft noch nicht in das Handelsregister eingetragen ist? II. 29/10 01. **34**, 412. § 312

S. außerdem

zu § 1 Abs. 2 Nr. 3 . . . . . **35**, 346.
„ §§ 38, 44 . . . . **35**, 145,
„ § 363 . . . . **35**, 303,
„ § 465 ³ . . . . **35**, 220.
„ Einf.=Ges. Art 17 . . . . . **35**, 303.

Gesetz über das Auswanderungswesen vom 9. Juni 1897 (R.G.Bl. S. 463).

1. Greift die Strafbestimmung des § 43 Platz gegen einen Auswanderungsunternehmer, welcher von dem Gemeindebezirke seiner gewerblichen Niederlassung aus mit einem außerhalb dieses Bezirks wohnhaften Auswanderungslustigen wegen Sicherung und Belegung eines bestimmten Platzes auf einem Schiffe ohne Vermittelung eines Agenten direkt in schriftliche Unterhandlungen tritt? III. 22/1 00. **33**, 85.

2. Kann der Begriff der gewerbsmäßigen Mitwirkung bei dem Betriebe der Beförderung von Auswanderern im Sinne des § 45 auf eine Mitwirkung Anwendung finden, welche nicht in den Bereich der Verbreitung der Vermittelung oder des Abschlusses des Beförderungsvertrags fällt?

Was ist „Vorbereitung des Beförderungsvertrags" im Sinne des § 11?

Kann die Strafbarkeit aus § 45 ausgeschlossen werden durch die irrtümliche Annahme der Nichterforderlichkeit der obrigkeitlichen Erlaubnis zu einer an sich unter § 11 fallenden Agententätigkeit? IV. 12/7 00. **33**, 366.

3. Darf der Geschäftsbetrieb der Auswanderungsunternehmer und Auswanderungsagenten von der Konzessionierungsinstanz nur räumlich beschränkt werden?

Ist es zulässig, daß die einem Auswanderungsagenten erteilte Erlaubnis zum Geschäftsbetriebe auf die Beförderung deutscher Auswanderer beschränkt wird? II. 1/12 99. **32**, 432.

Gesetz, betreffend den Verkehr mit Butter, Käse, Schmalz und deren Ersatzmitteln, vom 15. Juni 1897 (R.G.Bl. S. 475).

§ 14 Begriff des Ausdrucks „Im Wiederholungsfalle". II. 24/10 99. **32**, 349.

Gesetz, betreffend den Verkehr mit künstlichen Süßstoffen, vom 6. Juli 1898 (R.G.Bl. S. 919).

1. Sind unter den in § 3 erwähnten Fruchtsäften auch die künstlichen Fruchtsäfte zu verstehen? I. 22/2 00. **33**, 163.

2. Wird gegen das Verbot des § 3 Nr. 1 auch dann verstoßen, wenn aus dem ohne Zusatz künstlichen Süßstoffes fertig hergestellten Fruchtsafte später unter Zusatz solchen Süßstoffes Limonade gewerbsmäßig hergestellt wird? I. 26/4 00. **33**, 246.

Militärstrafgerichtsordnung und Einführungsgesetz dazu vom 1. Dezember 1898 (R.G.Bl. S. 1189).

1. Wem steht die Entscheidung darüber zu, ob eine Militärperson auf Grund des § 4 den bürgerlichen Gerichten zur Aburteilung überwiesen werden soll?

Bedarf diese Entscheidung, wenn sie die Frage bejaht, der Mitunterzeichnung durch einen richterlichen Militärjustizbeamten?

Welcher Art muß die in § 4 vorausgesetzte Beteiligung der Militärperson an einer Zuwiderhandlung gegen die allgemeinen Strafgesetze sein, um die Anwendung dieser Bestimmung zu begründen? III. 22/4 01. **34**, 255.

2. Unter welchen Voraussetzungen ist die nach § 4 ergangene Übergabeverfügung des militärischen Gerichtsherrn als unwirksam deshalb anzusehen, weil sich demnächst ein seiner Unterstellung nicht entsprechendes Sachverhältnis ergibt? III. 27/10 02. **35**, 418.

S. zu §§ 1—11, 245—250 auch **35**, 86, 99.

S. zum Einführungsgesetz § 14 Abs. 2. **35**, 418.

Gesetz, betreffend die Bestrafung der Entziehung elektrischer Arbeit, vom 9. April 1900 (R.G.Bl. S. 228).

Wann liegt Entziehung fremder elektrischer Arbeit mittels eines Leiters, der zur ordnungsmäßigen Entnahme aus der elektrischen Anlage nicht bestimmt ist, im Sinne des Gesetzes vor? III. 26/6 02. **35**, 311.

Gesetz über die privaten Versicherungsunternehmungen vom 12. Mai 1901 (R.G.Bl. S. 139).

Finden §§ 1, 4, 108 Anwendung bei Versicherungsverträgen, welche im Zusammenhange mit einem anderen Geschäfte sich als Nebenabrede darstellen? IV. 23/9 02. **35**, 346.

Gesetz, betreffend das Urheberrecht an Werken der Literatur und Tonkunst, vom 19. Juni 1901 (R.G.Bl. S. 227).

Inwieweit müssen Abbildungen wissenschaftlicher oder technischer Art, um den Schutz des Gesetzes zu genießen, auf einer geistigen Tätigkeit des Urhebers beruhen? Muß es sich um wissenschaftliche Belehrung handeln? Kommt es auf dauernden Wert an? II. 8/7 02. **35**, 328.

II. Landesrecht.

A. Römisches und kanonisches Recht.

L. 7 § 1 D. in quib. caus. pign. tacite contrah. 20, 2.

Werden die von dem Mieter eingebrachten eigenen Sachen dem gesetzlichen Pfandrechte des Vermieters durch die während der Dauer des Mietvertrags erfolgte Veräußerung entzogen, wenn sie in den Mieträumen verblieben sind und sich bei Geltendmachung des Zurückbehaltungsrechts dort noch befinden? III. 25/5 81. **4**, 198.

S. außerdem

zu l. 5 pr. D. de rei vindic. (6, 1)	**26**, 43,
„ l. 18 pr. D. de pign. act. (13, 7)	**7**, 292,
„ l. 6 D. de pign. et hyp. (20, 1)	**4**, 198,
„ l. 18 § 2 eod.	**7**, 292,
„ l. 9 D. in quib. caus. pign. tacite contr. (20,2)	**6**, 300,
„ l. 51 D. de don. intra vir. et uxor. (24, 1)	**4**, 30,
„ l. 34 D. de damno infecto (39, 2)	**6**, 300,
„ l. 7 § 8, l 25 D. de acquir. (41, 1)	**26**, 43,
„ l. 31 § 1 eod.	**1**, 16,
„ l. 1 § 5 D. de migr. (43, 32)	**6**, 300,
„ l. 78 D. de solut. (46, 3)	**26**, 43,
„ l. 6 Cod. de don. intra vir. et uxor. (5, 16)	**4**, 30,
„ Conc. Trident. sess. XIV de reform. prooemium et cap. 1	**9**, 305,
„ Statuta synodalia des Erzbistums Köln von 1662 § 1 cap. II tit. 8	**9**, 305.

B. Sonstiges Recht der Bundesstaaten.

Baden.

Gesetz, die Bieraccise betreffend, vom 28. Februar 1845 (Reg.-Bl. S. 50).

Geht die strafrechtliche Verantwortlichkeit des Brauers im Falle seiner Abwesenheit auf dessen Stellvertreter über? Was gehört zum Rückfalle bei Biersteuerdefraudationen? I. 9/2 93. **23**, 414.

Polizeigesetzbuch vom 31. Oktober 1863 (Reg.-Bl. S. 439).

§ 52 Hat die Bestimmung noch Geltung, insoweit sie körperliche Mißhandlungen im Sinne des § 223 St.G.B.'s mit Strafe bedroht? I. 1/4 97. **30**, 35; I. 12/7 94. **26**, 59.

§ 72 Ist die Bestimmung über das uneheliche Zusammenleben durch das Reichsstrafgesetzbuch außer Kraft gesetzt? I. 7/5 00. **33**, 273.

Bürgerliche Prozeßordnung vom 18. März 1864 (Reg.Bl. S. 263, amtl. Sep.-Ausgabe).

Verliert durch „Wiederherstellung" des Beklagten gemäß § 642 ein auf Grund des § 641 ergangenes Liquiderkenntnis seine Wirksamkeit zur Begründung richterlichen Pfandrechts? I. 24/9 83. **9**, 195.

Gesetz, die Kapitalrentensteuer betreffend, vom 29. Juni 1874 (G.- u. V.Bl. S. 361).

Unter welchen Voraussetzungen kann das Einkommen aus Wertpapieren eines Fabrikanten der Kapitalrentensteuer unterliegen?

Wann ist dies der Fall bei einer Vergütung, welche anläßlich der Verpachtung einer Liegenschaft dem verpachtenden Eigentümer für eine von diesem übernommene Verpflichtung zugesagt wird? I. 20/4 85. **12**, 277.

Gesetz, die Gewerbesteuer betreffend, vom 25. August 1876 (G.- u. V.Bl. S. 271) / 20. Juni 1884 (G.- u. V.Bl. S. 321).

Art. 19 Kann der Teilhaber einer Gesellschaft wegen Hinterziehung der von der Gesellschaft geschuldeten Gewerbesteuer bestraft werden, nachdem ein anderer Teilhaber wegen des gleichen Steuervergehens bestraft worden ist? I. 8/12 94. **26**, 300.

Gesetz, die Einführung der Reichsjustizgesetze betreffend, vom 3. März 1879 (G.- u. V.Bl. S. 91).

§ 6 Ist bei einer vom Staatsanwalte erhobenen Anklage wegen einer Privatpersonen durch die Presse zugefügten Beleidigung das Schwurgericht zuständig? I. 24/6 95. **27**, 309.

§ 12 Können auf Grund des § 12 Amtsrichter zu den Sitzungen der Landgerichte zugezogen werden? I. 4/10 80. **2**, 311.

Bayern.

Codex Maximilianeus Bavaricus civilis oder neu verbessert und ergänzt kurbayerisches Landrecht vom 2. Januar 1756.

Kann aus Tl. I c. 5 § 1 abgeleitet werden, daß eine Ehefrau nicht das Recht und die Pflicht der Kindererziehung habe, also gegen den

Unzuchtsbetrieb ihrer Tochter einzuschreiten nicht verpflichtet sei? I. 29/5 97. **30**, 125.

S. außerdem

zu Teil I cap. 4 § 3, " " I " 5 § 12, " " I " 7 § 16,	**6**, 233,
" " I " 4 §§ 3, 7, " " I " 7,	**21**, 314,
" " I " 5 § 1, " " I " 4 § 3, " " I " 7 § 3,	**12**, 415,
" " I " 7 §§ 10, 18, 22,	**19**, 80,
" " I " 3, " " I " 4 §§ 1, 2, 7, 9, " " III " 3 § 13, " " III " 12 § 2	**13**, 129.

Verordnung, die Aufhebung der bisherigen Holzversteigerung in den Staatswaldungen betreffend, vom 25. September 1813 (Reg.Bl. S. 1249).

Ziff. VI. Sind die bayerischen Rentämter zur Zwangsvollstreckung auch bezüglich ärarialischer Holzverkaufserlöse zuständig? I. 16/11 93. **24**, 389.

Verfassungsurkunde vom 26. Mai 1818 (G.Bl. S. 101).

Dürfen das Staatsbürgerrecht und die aus demselben fließenden Rechte im Sinne der bayerischen Verfassung identifiziert werden mit den staatsbürgerlichen Rechten des § 107 St.G.B.'s? I. 9/11 82. **7**, 223.

S. außerdem

zu Beilage II § 64	**2**, 316,
" " II § 82 . .	**17**, 56; **33**, 438,
" " II §§ 100, 101. . . .	**31**, 133.

Gesetz, die allgemeine Häusersteuer betreffend,
vom 15. August 1828 (G.Bl. S. 169) / 19. Mai 1881 (G.- u. V.Bl. S. 169).

1. Fällt die Verschweigung der Mietsertragsfähigkeit dauernd unvermieteter Gebäudeteile oder die Unterlassung des im Wege der Vollzugsinstruktionen angeordneten Eintrags der betreffenden Räume in die Fassionsliste unter die Strafandrohung wegen Verschweigung des wahren Mietvertrags in § 14 des Gesetzes?

Kann ein Irrtum darüber, ob die Mietserträgnisse bestimmter Räume anzugeben sind, dem Angeklagten nützen? I. 1/12 83. **9**, 255.

2. Wird die Strafe aus § 14 durch eine ohne Verschulden erfolgte Verschweigung des schätzungsweise anzugebenden Mietertrags verwirkt?

Von wann beginnt die Verjährung der Übertretung dieser Strafvorschrift?

Digitized by Google

Ist für den, welcher sich gegen die bezeichnete Strafvorschrift verfehlt hat, die Veräußerung des Mietertrag gewährenden Hauses von entlastendem Einflusse? I. 4/6 83. **8**, 414.

Gesetz, die Versammlungen und Vereine betreffend, vom 26. Februar 1850 (G.Bl. S. 53).

Artt. 4, 21 Unter welchen Voraussetzungen kann der Mangel des Bewußtseins der Rechtswidrigkeit Straflosigkeit begründen? I. 1/12 94. **26**, 265.

Artt. 8, 9 Ist die Auflösung einer Versammlung durch den von der Polizeibehörde abgeordneten Beamten ausgeschlossen, wenn die Versammelten weder Leiter noch Ordner bestellt haben und als Zweck der Versammlung harmlose Unterhaltung angeben? I. 21/1 95. **26**, 395.

Gesetz, die Ausübung der Jagd betreffend, vom 30. März 1850 (G.Bl. S. 117).

Art. 2 1. Ist der Grundeigentümer berechtigt, in seinem Hausgarten zu jagen, auch wenn dieser nicht unmittelbar an seiner Behausung liegt, sondern von demselben durch den Hofraum getrennt wird? I. 8/12 81. **5**, 230.

2. Was ist eine Inklave im Sinne dieses Artikels? Kann als solche auch ein Grundstück angesehen werden, welches nur auf drei Seiten durch den Privatbesitz eines größeren, selbst jagdberechtigten Grundbesitzers, auf der vierten Seite durch eine fremde Gemeindeflur umschlossen ist? I. 26/11 88. **18**, 265.

3. Was versteht Art. 2 Abs. 1 Nr. 1 unter einer „Umfriedung", was unter einem „Hausgarten"? I. 15/3 88. **17**, 239.

Art. 5 Können Mitpächter die Jagdausübung mit der Wirkung unter sich teilen, daß der eine Mitpächter auf dem einem anderen zugewiesenen Jagdbezirke nicht mehr jagen darf und sich durch das Jagen daselbst strafbar macht? I. 1/5 93. **24**, 122.

Art. 23 Verhältnis dieses Artikels zu den §§ 292, 293 St.G.B.'s. I. 16/3 93. **24**, 77.

Forstgesetz vom 28. März 1852 (G.Bl. S. 69) / 26. September 1879 (G.- u. V.Bl. S. 1313).

1. Inwieweit gehört die Nachforschung nach Forstfrevlern im Gemeindewalde zu den Dienstpflichten eines bayrischen Flurwächters? I. 5/11 96. **29**, 142.

2. Sind die Vorschriften des Art. 137 über das Verfahren bei Haussuchungen noch gültig, und welcher Kategorie von öffentlichen Funktionären muß der zuzuziehende „Polizeibeamte" angehören? Ist die Zuziehung eines Gemeindedieners genügend? I. 15/6 85. **12**, 261.

3. Wann ist die Entwendung von gefälltem Holze Forstfrevel, wann Diebstahl? I. 4/3 86. **13**, 383.

S. weiter zu Art. 119 **2**, 82.

Gesetz, das Notariat betreffend, vom 10. November 1861 (G.Bl. S. 129).

In welchem Zeitpunkte ist die Anwesenheit der Zeugen bei einer Art. 60
Testamentserrichtung erforderlich? Kann die mündliche Willenserklärung vor den Zeugen dadurch ersetzt werden, daß der Testant nach der in Gegenwart der Zeugen erfolgten Vorlesung der Urkunde die Frage des Vaters, ob es so recht sei, bejahend beantwortet? I. 26/6 93. **24**, 230.

Verordnung, polizeiliche Vorschriften über Ausübung und Behandlung der Jagd betreffend, vom 5. Oktober 1863 (Reg.Bl. S. 1657).

Unter welchen Voraussetzungen sind jagende Hunde als „aufsichtslos § 17
umherstreifend" anzusehen? I. 29/6 93. **24**, 225.

S. zu dem Gesetz weiter **5**, 230; **29**, 8.

Gesetz, die Erhebung einer Abgabe von Salz betreffend, vom 16. November 1867 (G.Bl. S. 217).

Hat eine nach §§ 11, 16 ausgesprochene „Geldsumme" den Charakter einer Geldstrafe, und kann dieselbe für den Fall der Uneinbringlichkeit in eine Freiheitsstrafe umgewandelt werden? I. 9/10 84. **11**, 139.

Gesetz über Heimat, Verehelichung und Aufenthalt vom 16. April 1868 (G.Bl. S. 357) / 17. März 1892 (G.- u. V.Bl. S. 51).

Sind die Vorschriften auch von außerbayerischen deutschen Standes- Art. 33
beamten zu beobachten? I. 31/5 99. **32**, 204.

Gesetz über den Malzaufschlag vom 16. Mai 1868 (G.Bl. S. 461) / 18. August 1879 (G.- u. V.Bl. S. 781, 792).

1. Unter welchen Voraussetzungen ist die Beimengung von Salicylsäure strafbar?

Welcher Unterschied besteht zwischen der strafrechtlichen Verantwortlichkeit des Täters und des Gehülfen? I. 30/11 85. **13**, 97; I. 15/12 84. **11**, 294.

2. Ist in Bayern die Verwendung jedes anderen Stoffs als Hopfen und Malz zur Bereitung von Bier als Verfälschung anzusehen? I. 18/12 82. **7**, 314.

3. Verstößt die sogenannte Klärung eines durch Hefe getrübten Bieres, wenn hierzu nur mechanisch wirkende Mittel verwendet werden, gegen die Vorschriften des Gesetzes? I. 5/7 83. **8**, 434.

4. Ist das für die Bereitung bayerischen Bieres geltende Verbot der Beimengung von Surrogaten jeder Art auch für das in Bayern gebraute Weißbier maßgebend? I. 31/3 84. **10**, 266.

5 Ist die Strafbarkeit der Beimengung fremder Stoffe dadurch bedingt, daß diese Stoffe geeignet sind, das Malz zu ersetzen?

Bedarf es für den Tatbestand der Übertretung des Gesetzes der Absicht, das Gefälle zu verkürzen? I. 15/12 84. **12**, 94.

Digitized by Google

6. Enthalten die auf das Zusammentreffen strafbarer Handlungen, insbesondere auf ideale Konkurrenz bezüglichen Vorschriften des Gesetzes Bestimmungen, welche von denen des Reichsstrafgesetzbuchs abweichen? I. 19/5 84. **10**, 392.

Vertrag über die Staatsangehörigkeit der wechselseitigen Einwanderer zwischen Bayern und Nordamerika vom 26. Mai 1868 (Reg.Bl. S. 2153).

Einfluß auf die Bestrafung eines ausgewanderten Bayern wegen Verletzung der Wehrpflicht. I. 18/2 97. **29**, 391.

Gesetz, die Gemeindeordnung für die Landesteile diesseits des Rheins betreffend, vom 29. April 1869 (G.Bl. S. 865) / 19. Januar 1872 (G.Bl. S. 197).

1. Können die öffentlichen Diener der bayerischen Landgemeinden als Beamte angesehen werden, bevor sie von der vorgesetzten Verwaltungsbehörde verpflichtet sind? I. 5/1 84. **9**, 409.

2. Ist ein Mitglied des Ausschusses einer bayerischen Landgemeinde, welches mit Verwaltung der Kasse für bestimmte Gemeindeeinkünfte betraut ist, Beamter im Sinne des § 359 St.G.B.'s? I. 1/2 83. **8**, 29.

3. Ist ein Magistratsrat, dem eine amtliche Tätigkeit bei Besorgung städtischer Angelegenheiten zukommt, in Bezug auf diese besondere Tätigkeit Beamter im Sinne des § 359 St.G.B.'s? I. 26/11 96. **29**, 273.

4. Ist der Pfleger eines „Ortsausschusses" in Bayern zur Beurkundung von Vorgängen, welche mit Bezug auf die ortschaftliche Vermögensverwaltung gesetzlich vorgeschrieben sind, zuständig? I. 4/2 89. **18**, 391.

S. weiter

zu Artt. 11, 12, 14, 19 . . . . **7**, 223,
„ „ 123, 138 . . . . . . **13**, 367,
„ „ 138, 141 . . . . **18**, 37.

Gesetz, die Einführung des Militärstrafgesetzbuches und der Militärstrafgerichtsordnung für das Königreich Bayern betreffend, vom 29. April 1869 (G.Bl. S. 1341).

Welcher Gerichtsstand ist in Bayern für die Angehörigen des Gendarmeriekorps begründet hinsichtlich eines von ihnen im Civildienste begangenen Vergehens aus § 340 St.G.B.'s? I. 9/11 85. **13**, 107.

Polizeistrafgesetzbuch vom 26. Dezember 1871 (G.Bl. S. 9).

Art. 2 Ziff. 1. Inwieweit ist die Bestimmung durch das Reichsviehseuchengesetz berührt? I. 19/9 98. **31**, 254.

Art. 11 Bedingung der Wirksamkeit oberpolizeilicher Vorschriften. I. 19/9 98. **31**, 254.

Art. 57a Wie unterscheidet sich die mit Strafe bedrohte öffentliche Ankündigung einer Lotterie von der Veranstaltung einer solchen? I. 2/5 87. **16**, 83.

Ist die Entwendung von Weinbergpfählen als Felddiebstahl, oder Art. 112 als gemeiner Diebstahl zu bestrafen? I. 27/9 88. **18**, 128.

S. weiter

zu Art. 2 . . . . **33**, 54,
„ Artt. 12, 61 . . . . **17**, 406,
„ Art. 60 . . . . **7**, 335,
„ Artt. 70, 71 . . . . **24**, 332,
„ Art. 74 . . . . **19**, 180; **24**, 158,
„ „ 112 . . . . **9**, 219.

Ausführungsgesetz zum Reichs-Gerichtsverfassungsgesetze vom 23. Februar 1879 (G.- u. V.Bl. S. 273).

1. Ist ein Preßvergehen im Sinne des Art. 35 anzunehmen bei einer Anklage wegen unlauteren Wettbewerbes durch irreführende Ankündigungen in Zeitungen oder anderen Preßerzeugnissen, insbesondere wenn jemand zwecks Erweckung des Scheins eines besonders günstigen Angebots ein Zwangsverfahren simuliert und durch den Gerichtsvollzieher in öffentlichen Blättern eine Zwangsversteigerung ausschreiben läßt? I. 28/6 00. **33**, 326; I. 9/10 02. **35**, 375.

2. Ist die Ankündigung von unbefugten Ausspielungen durch die Presse ein vor die Schwurgerichte gehöriges Preßvergehen? I. 23/12 01. **35**, 44.

S. weiter

zu Art. 35 . . . . **8**, 308,
„ Artt. 17, 68—71 . . . . . **15**, 212.

Gesetz, betreffend die Besteuerung des Gewerbes im Umherziehen, vom 10. März 1879 (G.- u. V.Bl. S. 143).

1. Zum Begriff des Hausierens. I. 18/11 95. **27**, 427.

2. Wann liegt eine vorgängige Bestellung, wann eine gewerbliche Niederlassung im Sinne dieses Gesetzes vor? I. 13/5 89. **19**, 281.

3. Welche Fristen gelten für die Verjährung der Zuwiderhandlungen gegen das Gesetz vom 10. März 1879? I. 28/6 86. **14**, 247.

S. weiter zu Art. 2 **32**, 414.

Gesetz zur Ausführung der Reichs-Strafprozeßordnung vom 18. August 1879 (G.- u. V.Bl. S. 781).

Welches sind die Voraussetzungen der in Artt. 73flg. vorgesehenen sog. gemischt-gerichtlichen Untersuchung? Genügt die Beteiligung von Civil- und Militärpersonen bei einem und demselben *Vorfalle*? I. 9/7 88. **18**, 51.

S. weiter

zu Artt. 4, 5 . . . . . **8**, 414; **14**, 247,
„ Art. 11 . . . . . . **5**, 230; **24**, 77,
„ Artt. 16, 18 . . . . **11**, 139,
„ „ 86, 89, 90, 100 . . . . **31**, 9,
„ Art. 88 . . . . **33**, 54.

Verordnung, den Vollzug des Reichsgesetzes über die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen ꝛc betreffend, vom 23. März 1881 (G.- u. V.Bl. S. 129).

§ 5 Bedingungen der Wirksamkeit distriktspolizeilicher Verbote. I. 19/9 98. **31**, 254.

Gesetz, die Kapitalrentensteuer betreffend, vom 19. Mai 1881 (G.- u. V.Bl. S. 477).

Artt. 3, 5, 28, 29 Unter welchen Umständen enthält es eine strafbare Steuerhinterziehung, wenn der Steuerpflichtige Renten verschweigt, die ihm vertragsmäßig zustehen, tatsächlich aber nicht bezahlt werden? Besteht bei wissentlich unrichtigen Steuererklärungen eine gesetzliche Vermutung für die Defraudationsabsicht? Fassion bei einer Kapitalrente, die jährlichen Schwankungen unterliegt. I. 10/3 92. **22**, 405.

Artt. 28, 29 Unter welchen Voraussetzungen findet Art. 29 Anwendung? Kann eine Vereinbarung mit dem Rentbeamten einen Einfluß auf die Strafbarkeit äußern? I. 10/3 92. **22**, 411.

Gesetz, die Gewerbesteuer betreffend, vom 19. Mai 1881 (G.- u. V.Bl. S. 495).

Bildet auch die unwahre Abmeldung eines Gewerbes eine Steuerhinterziehung im Sinne des Art. 60? I. 30/9 89. **19**, 397.

Bekanntmachung des Staatsministeriums des Inneren, Maßregeln gegen die Rinderpest betreffend, vom 2. Januar 1882 (G.- u. V.Bl. S. 29).

1. Kann durch eine innerhalb der Kontumazfrist ohne Erlaubnis der zuständigen Behörde ausgeführte Schlachtung vorschriftsmäßig eingeführten Viehs eine nach dem Reichsgesetze vom 21. Mai 1878 strafbare Zuwiderhandlung gegen Vieheinfuhrbeschränkungen begangen werden? I. 12/5 87. **16**, 136.

2. Ist in Bayern die Einfuhr von Zucht- und Nutzvieh aus Österreich-Ungarn, welche in den Grenzbezirken den Einführenden zu eigenem Bedarfe gestattet ist, zur Abwehr der Rinderpest dadurch als beschränkt zu erachten, daß den Einführenden das Eigentum an dem Vieh zusteht? I. 28/1 86. **13**, 300.

S. weiter **14**, 253.

Bekanntmachung des Staatsministeriums des Inneren, Maßregeln gegen die Rinderpest betreffend, vom 22. Januar 1887 (G.- u. V.Bl. S. 13).

Was versteht die Bekanntmachung unter „Flurbereich des Orts?" I. 19/4 88. **17**, 318.

S. auch Bekanntmachung vom 2. Januar 1882 (**16**, 136), sowie **33**, 54.

Gebührengesetz vom 6. Juli 1892 (G.- u. V.Bl. S. 489).

Art. 145 Einfluß des rentamtlichen Verfahrens auf die Verjährung der Gebührenhinterziehung. I. 7/2 98. **31**, 9.

Bekanntmachung des Staatsministeriums des Inneren, Maßregeln gegen Viehseuchen betreffend, vom 20. Februar 1893 (G.- u. V.Bl. S. 57).

Sind Verfehlungen gegen die Bekanntmachung als Zuwiderhandlungen gegen Maßnahmen wider die Rinderpest zu bestrafen? I. 4/1 90. **33**, 54.

Gesetz, die Fortsetzung der Grundentlastung betreffend, vom 2. Februar 1898 (G.- u. V.Bl. S. 19).

Ist das Strafgericht bei Aburteilung über die Anklage wegen Unterlassung der Anzeige einer beabsichtigten Gutszertrümmerung an die Entscheidung der Verwaltungsbehörde, daß die Voraussetzungen der Ablösungspflicht gegeben seien, gebunden? I. 2/11 99. **32**, 330.

Braunschweig.

Gesetz, betreffend Landgemeindeordnung, vom 18. Juni 1892 (G. u. V.Bl. S. 357).

Wann endigt die Beamteneigenschaft eines auf Zeit angestellten ländlichen Gemeindebeamten? IV. 17/1 02. **35**, 75.

Bremen.

Feldpolizeiordnung vom 20. Oktober 1887 (G.Bl. S. 95).

Ist die Strafbestimmung auf die Fälle des § 289 St.G.B.'s zu beziehen? § 14 [3]

Begründet die Privatpfändung ein Pfandrecht oder ein Zurückbehaltungsrecht? III. 19/12 98. **32**, 12. § 41

Elsaß-Lothringen.

(Unter diesen Abschnitt ist zugleich das in anderen Teilen Deutschlands geltende französische Recht aufgenommen.)

Decret relatif à la constitution des assemblées primaires et des assemblées administratives du 22 décembre 1789.

In welchem Umfange steht in Elsaß-Lothringen den Bezirkspräsidenten das Verordnungsrecht zu? I. 5/1 80. **1**, 135.

Loi sur l'enregistrement du 22 frimaire VII (Bull. des lois, 2 sér. nr. 248 p. 2).

Bildet das Urteil des Civilgerichts über die für Auslassungen bei einer Sterbefallserklärung verschuldete Gebühr die konstitutive Grundlage für das Urteil des Strafrichters über die Höhe der verwirkten Strafe? I. 2/3 93. **24**, 67.

S. weiter **26**, 13.

Loi, qui prescrit des formalités pour les ventes d'objets mobiliers, du 22 pluviôse VII (Bull. des lois 2 sér. nr. 258 p. 6).

Welchen Sinn hat die Bestimmung in Art. VII Abs. 8? Hat diese noch Geltung neben dem Reichsstrafgesetzbuche? Finden die allgemeinen Bestimmungen des letzteren auf jene Strafvorschrift Anwendung? Sind die Gerichte zur Aburteilung von Zuwiderhandlungen zuständig? I. 28/6 94. **26**, 13.

Loi, contenant organisation des écoles de pharmacie, du 21 germinal XI (Bull. des lois 3 sér. p. 121).

1. Haben die Verbote der öffentlichen Ankündigung sogenannter Geheimmittel neben dem Strafgesetzbuche Gültigkeit? Begriff von Geheimmitteln. I. 25/5 82. **6**, 329; I. 28/11 87. **16**, 359.

2. Ist der Begriff eines verbotenen Geheimmittels dadurch bedingt, daß die Zusammensetzung den Apothekern Geheimnis ist? I. 28/11 87. **16**, 359.

Code Napoléon du 3 septembre 1807 (Bull. des lois nr. 154).

1. Wird dadurch, daß ein Mann in einem notariellen Akte unwahrerweise die Vaterschrift zu einem unehelichen Kinde anerkennt und diese Anerkennung in das Geburtsregister eintragen läßt, eine Veränderung des Personenstands dieses Kindes auch mit Rücksicht auf die Bestimmungen des Code civil begründet? III. 19/2 91. **21**, 411.

2. Enthält der Code civil Vorschriften allgemeiner Natur über das Verhältnis zwischen Pflegeeltern und Pflegekindern? In welcher Weise kann im Gebiete des rheinischen Rechts ein Pflegschaftsverhältnis begründet werden? I. 11/2 84. **10**, 95.

3. Ist nach französischem Rechte der Vater, welcher während bestehender Ehe das Vermögen seiner minderjährigen Kinder verwaltet, nach den Regeln der Vormundschaft zu behandeln? I. 30/10 84. **11**, 196.

4. Auf welche Sicherheit hat der Bürge eines Hauptschuldners, der seine Zahlungen eingestellt hat, nach französischem Rechte Anspruch? I. 29/4 97. **30**, 73.

S. weiter

zu Artt. 230, 231	**25**, 199,
„ Art. 716	**21**, 270,
„ „ 1382	**27**, 322,
„ „ 1384	**27**, 325,
„ „ 1861	**24**, 74.

Code pénal du 12 février 1810 (Bull. des lois nr. 277 bis.).

Art. 412 Hat Art. 412 Abs. 2 durch die Einführung des deutschen Strafgesetzbuchs in Elsaß-Lothringen seine Gültigkeit verloren? I. 27/3 84. **10**, 220.

Gilt dies von Art. 418? I. 3/1 87, **15**, 140. Art. 418

Hängt die Zubilligung mildernder Umstände vom Ermessen des Gerichts ab? I. 18/3 95. **27**, 108. Art. 463

S. weiter

zu Art. 256	. . . .	**26**, 13,
„ „ 291 ffg.	. . . .	**22**, 373,
„ „ 411	. . . .	**21**, 3,
„ „ 463	. . . .	**30**, 1.

Loi sur la répression des crimes et délits commis par la voie de la presse, ou par tout autre moyen de publication, du 17 mai 1819 (Bull. des lois p. 465).

Hat die Bestimmung neben dem Reichsstrafgesetzbuche noch Geltung? I. 21/9 93. **24**, 313. Art. 1

Loi relative à la répression et la poursuite des délits commis par la voie de la presse ou par tout autre moyen de publication du 25 mars 1822 (Bull. des lois p. 249).

1. Hat dieses Gesetz in Elsaß-Lothringen noch Geltung? I. 17/11 87. **16**, 340; I. 20/2 88. **17**, 134.

2. Wie weit erstreckt sich der Tatort eines vom Gesetz als gefährlich unter Strafe gestellten cri séditieux publiquement proféré? I. 23/12 89. **20**, 146.

Loi sur les associations du 10 avril 1834 (Bull. des lois p. 25).

Auf welche Vereine findet das Gesetz Anwendung. Unterstehen demselben nur die eigentlichen Mitglieder eines von der Regierung nicht genehmigten Vereins, oder auch die nicht als solche erscheinenden Geschäftsführer des Vereins? I. 18/2 92. **22**, 373. Artt. 1, 5

Loi, portant prohibition des loteries, du 21 mai 1836 (Bull. des lois p. 185).

Welche Strafandrohung findet nach Beseitigung des Art. 411 Code pénal auf die Zuwiderhandlung gegen das in Art. 4 Abs. 2 des Gesetzes vom 21. Mai 1836 enthaltene Verbot der Ankündigung einer Lotterie Anwendung? I. 16/6 90. **21**, 3.

Loi sur la presse du 27 juillet 1849 (Bull. des lois p. 109).

Hat die Bestimmung des Art. 3 neben dem Reichsstrafgesetzbuche noch Geltung? I. 21/9 93. **24**, 313. Art. 3

1. Ist für die Verteilung und Kolportage von Zeitungen und Wahlaufrufen eine administrative Erlaubnis erforderlich? I. 28/1 97. **30**, 1. Art. 6

2. Fällt unter die Strafbestimmung auch das nicht gewerbsmäßige Kolportieren und Austeilen von Schriften? I. 27/11 93. **24**, 421.

3. Kann in der Abgabe eines einzigen Exemplars einer Zeitung

eine Verteilung dieser Zeitung gefunden werden? Fällt auch die nicht öffentliche Austeilung unter die Strafbestimmung? I. 18/3 95. **27**, 108.

4. Sind die Vorschriften bezüglich der Unzulässigkeit der Veröffentlichung der Anklageakte vor deren Verlesung in öffentlicher Sitzung noch gültig?

Dürfen Tatsachen, welche in der Hauptverhandlung nicht oder nicht in öffentlicher Sitzung vorgekommen sind, auf Grund der Anklageschrift überhaupt veröffentlicht werden? I. 11/4 89. **19**, 127.

5. Sind als Druckschriften im Sinne des Art. 6 auch gedruckte Prospekte anzusehen?

Kommt für die Bestrafung der Anstiftung zu den bezüglichen Vergehen jetzt § 48 R.St.G.B.'s zur Anwendung? I. 13/10 83. **9**, 137.

Loi sur le cautionnement des journaux et le timbre des écrits périodiques et non périodiques, du 16 juillet 1850 (Bull. des lois p. 79).

Art. 10 Setzt die für Wahlaufrufe bestehende gesetzliche Vergünstigung voraus, daß sämtliche zu verteilenden Exemplare des Wahlaufrufs mit der eigenhändigen oder nachgedruckten Unterschrift des Wahlkandidaten versehen sind? I. 28/1 97. **30**, 1.

S. zu dem Gesetze weiter **28**, 45.

Décret organique sur la presse du 17 février 1852 (Bull. des lois p. 317).

Artt. 3flg. Welche Zeitungen unterliegen dem Kautionszwange? Können in Bezug auf die Bestrafung wegen unterlassener Kautionsleistung mehrere Preßerzeugnisse mit verschiedenen Titeln als eine Zeitung angesehen werden? Ist für die Bestrafung in der bezeichneten Richtung § 12 St.G.B.'s von Bedeutung? Ist das Verbot des Weitererscheinens eine Strafe? Haben die Gerichte das Verbot auszusprechen? I. 25/11 95. **28**, 45.

Artt. 1, 4 Ist das Verbot des Weitererscheinens einer Zeitung absolut, oder hängt dasselbe davon ab, ob weitere Übertretungen dieses Gesetzes durch die Zeitung zu befürchten sind? I. 23/4 96. **28**, 345.

Loi relative aux réunions publiques du 6. juin 1868 (Bull. des lois p. 641).

1. Begriff der öffentlichen Versammlung im Sinne der Artt. 1, 2. Welche Art der Verschuldung erfordert die Strafbestimmung? Welche Wirkung hat das Wahlgesetz für den deutschen Reichstag auf das gedachte Gesetz geäußert? Inwieweit können die Gerichte über die Gültigkeit der vorgeschriebenen Anzeige entscheiden? I. 27/3 99. **32**, 106.

2. Begriff der öffentlichen Versammlung. Welchen Einfluß hat der Umstand, daß in der Versammlung über Gründung einer Wirtschaftsgenossenschaft verhandelt werden soll? I. 6/4 91. **21**, 417.

Gesetz, betreffend die Einführung des Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich in Elsaß-Lothringen, vom 30. August 1871 (G.Bl. S. 255).

Hindert Art. V, daß auf Grund des organischen Dekrets über die Presse vom 17. Februar 1852 (Art. 5) das Verbot des Weitererscheinens einer Zeitung ausgesprochen wird? I. 25/11 95. **28**, 45.

Digitized by Google

S. weiter
zu Art. 1 . . . . **17**, 334,
„ „ 2 **10**, 220; **15**, 140; **16**, 340; **17**, 134; **19**, 127; **22**, 273; **24**, 313; **26**, 13,
„ „ 3 . . . . **9**, 137.

Gesetz, betreffend die Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes, vom 4. November 1878 (G.Bl. S. 65).

Sind durch Abs. 2 die Prinzipien des durch Gesetz vom 23. Dezember 1873 in Elsaß-Lothringen eingeführten Reichsbeamtengesetzes modifiziert? I. 2/11 99. **32**, 322. § 11

Reichsgesetz, betreffend die Verfassung und die Verwaltung Elsaß-Lothringens, vom 4. Juli 1879 (R.G.Bl. S. 165).

Wer ist in Elsaß-Lothringen zuständig, allgemeine Anordnungen über die Verwaltung der Amtsgefängnisse zu treffen? Kann das Amt eines Gefängnisvorstehers den Amtsrichtern übertragen werden?

Ist die Ernennung kommissarischer Amtsrichter zulässig, und wer ist dafür zuständig? I. 8/7 95. **27**, 343.

Gesetz, betreffend die Erhöhung der Lizenzgebühren 2c, vom 5. Mai 1880 (G.Bl. S. 115).

1. Ist nach § 7 in dem Falle, wenn der Kleinverkauf geistiger Getränke ohne Zahlung von Lizenzgebühren mehrere Vierteljahre fortgesetzt wird, eine Mehrheit von Vergehen, oder nur eine einzige strafbare Handlung anzunehmen? I. 6/11 84. **11**, 214.

2. Welche Strafnorm ist anwendbar im Falle der Idealkonkurrenz eines Gewerbepolizeivergehens nach §§ 33, 147 Nr. 1 Gew.O. mit einem Vergehen gegen § 7 des Gesetzes vom 5. Mai 1880, wenn ersteres Delikt verjährt ist? I. 30/10 95. **27**, 403.

Verordnung zum Vollzuge des Landesgesetzes über die Ausführung des Reichsgesetzes vom 23. Juni 1880, betreffend die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen, vom 28. März 1881 (G.Bl. S. 70).

Zuständigkeit für Anordnung von Schutzmaßregeln. Form der Anordnung. I. 15/6 99. **32**, 228. § 2

Hamburg.

Gesetz, betreffend die Stempelabgabe, vom 5. Mai 1876 (G.S. S. 9).

Ist bei einer als gemeinschaftliche Kontrahenten oder Urkundenaussteller in Betracht kommenden Personenmehrheit die durch die Kontravention verwirkte Stempelstrafe nur einmal anzusetzen? III. 30/11 96. **29**, 207. § 22

Hessen.

Forststrafgesetz vom 4. Februar 1837 (Reg.Bl. S. 133).

Sind Verfehlungen, welche mit mehr als 150 *M* Strafe bedroht sind, als „Vergehen“ oder als „Übertretungen“ zu behandeln, und wann verjähren sie? I. 4/1 94. **25**, 55.

Feldstrafgesetz vom 21. September 1841 (Reg.Bl. S. 537).

Artt. 1, 33 Ist die Entwendung eingeernteter Früchte, welche auf dem Felde zur einstweiligen Aufbewahrung untergebracht sind, als Feldentwendung zu bestrafen? I. 12/1 93. **23**, 386.

Gesetz, die Ausübung der Jagd und Fischerei in den Provinzen Starkenburg und Oberhessen betreffend, vom 26. Juli 1848 (Reg.Bl. S. 209).

1. Können mehrere Pächter einer Gemeindejagd das durch die Pachtung erworbene Recht durch private Übereinkunft mit der Wirkung unter sich teilen, daß eine Verletzung der Übereinkunft nach § 292 St.G.B.'s strafbar wird? I. 10/12 91. **22**, 250.

2. In welchem Sinne ist der Artikel 6 zu verstehen? I. 13/3 90. **20**, 341.

Gesetz, die Rechtsverhältnisse der Standesherren des Großherzogtums betreffend, vom 18. Juli 1858 (Reg.Bl. S. 329).

Gerichtsstand der Standesherren. I. 22/3 99. **32**, 89.

Gesetz, die Ausführung des deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes betreffend, vom 3. September 1878 (Reg.Bl. S. 101).

Darf nach diesem Gesetze der Gerichtsvollzieher für die Vereinnahmung der Erlöse von ihm vollzogener freiwilliger Versteigerungen eine besondere Gebühr verlangen? I. 4/3 89. **19**, 62.

S. weiter

zu Art. 9 . . . . **32**, 89.
" " 34 . . . . **24**, 340.

Gesetz, die Bildung und Zuständigkeit des obersten Verwaltungsgerichts betreffend, vom 16. April 1879 (Reg.Bl. S. 131).

Inwieweit sind die ordentlichen Gerichte an die Vorentscheidung des Verwaltungsgerichts gebunden? I. 24/5 97. **30**, 126.

Verordnung, die Gerichtskosten und Gebühren betreffend, vom $\frac{\text{18. Januar 1882 (Reg.Bl. S. 1)}}{\text{23. Juli 1890 (Reg.Bl. S. 127)}}$.

§§ 4, 12 Ist der Wechselproteststempel erst dann zu erheben, wenn die Protesturkunde fertig gestellt ist? Darf die Aufnahme der Protesturkunde unter-

lassen werden, wenn nach Vornahme der Protesthandlung mangels Zahlung die Wechselschuld bezahlt worden ist? I. 8/2 97. **29**, 370.

Gesetz, die Gemeindeumlagen betreffend, vom 24. September 1887 (Reg.Bl. S. 215).

Greifen bei Zuwiderhandlungen die Strafbestimmungen des Steuergesetzes vom 8. Juli 1884 Platz? I. 4/4 95. **27**, 141.

Gesetz, den Handel mit Anteilen und Abschnitten von Losen zu Lotterien und Ausspielungen betreffend, vom 11. April 1896 (Reg.Bl. S. 47).

Steht das in diesem Gesetze enthaltene Verbot, gewerbsmäßig geringere als die genehmigten Anteile von Lotterielosen 2c feilzubieten, in Widerspruch mit Reichsgesetzen? I. 6/5 97. **30**, 116.

Mecklenburg-Schwerin.

Ministerialverordnung über das Züchtigungsrecht der Lehrer vom 29. Juni 1885.

Gilt die Verordnung für alle Schulen? IV. 4/10 98. **31**, 267.

Kontributionsedikt vom 8. Juni 1886 (Reg.Bl. S. 161).

Über falsche Steuerdeklarationen unter Versicherung an Eidesstatt. III. 13/7 91. **22**, 121.

Ministerialverordnung über das Züchtigungsrecht der Lehrer vom 13. September 1897.

Ist die Verordnung auch für ritterschaftliche Schulen wirksam? IV. 4/10 98. **31**, 267.

Preußen.

Allgemeine Gerichtsordnung vom 7. Juli 1793.

1. Was ist nach Teil III Titel 1 §§ 30 und 31 unter „gehöriger Bedeutung" und „wiederholtem Supplizieren" zu verstehen? IV. 23/6 99. **32**, 243.

2. Kann ein strafbares Querulieren in Eingaben gefunden werden, welche in einer gerichtlichen Angelegenheit an die Verwaltungsbehörde gerichtet sind? IV. 15/12 99. **33**, 14.

3. Über die fortdauernde Geltung der das Querulieren betreffenden Strafvorschriften.

Sind dieselben auch auf das Anbringen von Denunziationen bei der Staatsanwaltschaft zu beziehen? II. 28/12 83. **9**, 357.

4. Steht § 163 des Anhangs zur Allgemeinen Gerichtsordnung I. 24 § 108 über die rechtliche Wirkungslosigkeit von Anweisungen fixierter Besoldungen der Civilbeamten noch in Geltung?

Kann eine solche Anweisung den Gegenstand einer Vermögensbeschädigung bezw. eines Betrugs bilden? II. 19/9 82. **7**, 95.

S. außerdem
zu I, 10 § 123 . . . . 1, 426,
" I, 20 § 10 . . . . 1, 287,
" I, 24 § 68 . . . . 1, 165,
" I, 29 §§ 1, 10, 13, 27 . . 1, 287,
" I, 44 § 60, Anhang § 302 . **18**, 80,
" II, 1, III, 7 §§ 45 flg. . . . **30**, 373,
" III, 4 § 16 . . . . **27**, 176,
" III, 7 § 3 Anhang § 462 . . **17**, 342.

Allgemeines Landrecht vom 5. Februar 1794 nebst Novellen.

Teil I Titel 21 §§ 466 flg. Ist der Gutspächter, welchem das Gutsinventar nach einer Taxe mit der Verpflichtung dereinstiger Rückgewähr übergeben ist, Eigentümer der von ihm aus eigenen Mitteln zum Ersatze des Abganges angeschafften Inventarienstücke? II. 22/9 82. **7**, 41.

S. außerdem
zu Einleitung § 10 . . . . **2**, 101,
" " § 78 . . . . **16**, 150; **19**, 75,
" Teil I Titel 2 §§ 16, 42, 69, 75, 79 . . . . . **28**, 379,
" " I " 2 § 46 . . . . **7**, 360,
" " I " 4 § 52 . . . . **3**, 344,
" " I " 4 § 84 . . . . **28**, 63,
" " I " 4 § 85 . . . . **25**, 154,
" " I " 4 § 99 . . . . **24**, 274,
" " I " 5 §§ 46, 57 . . . . **8**, 261,
" " I " 5 §§ 116, 117 . . . . **7**, 343,
" " I " 5 §§ 116, 120, 135 . . . . **19**, 382,
" " I " 5 §§ 120—126 . . . . **7**, 343; **8**, 225,
" " I " 5 § 127 . . . . **24**, 274,
" " I " 5 § 131 . . . . **6**, 251; **7**, 343,
" " I " 5 § 270 . . . . **20**, 63,
" " I " 5 §§ 349, 352 . . . . **28**, 63; **25**, 154,
" " I " 5 §§ 386 flg. **24**, 358,
" " I " 7 § 1 . . . . **3**, 201, 358,
" " I " 7 § 6 . . . . **3**, 358,
" " I " 7 §§ 11, 43 . . . . **3**, 201,
" " I " 7 §§ 46, 47 . . . . **9**, 179,
" " I " 7 §§ 48, 50, 51 . . . . **32**, 389,
" " I " 7 §§ 50, 58, 59, 61, 64, 70, 71, 109 . **31**, 321,
" " I " 7 §§ 58, 59 . . . . **2**, 186; **7**, 123,
" " I " 7 § 71 . . . . **9**, 179,
" " I " 7 § 142 . . . . **19**, 75,
" " I " 9 § 2 . . . . **31**, 321,
" " I " 9 §§ 3 flg. **21**, 54,
" " I " 9 §§ 9, 116 . . . . **32**, 161,
" " I " 9 § 66 . . . . **21**, 341,

Digitized by Google

zu Teil I Titel 9 §§ 74 flg. 1, 16; 31, 317,
" " I " 9 §§ 107—114 . . . . 21, 341,
" " I " 9 §§ 111—113 . . . . . . 13, 341; 20, 271,
" " I " 9 § 127 . . . . 21, 341,
" " I " 9 §§ 149—151 . . . . 22, 115,
" " I " 9 § 172 . . . . 24, 338; 32, 161,
" " I " 9 §§ 176—183 . . . . 10, 78,
" " I " 9 §§ 221, 275 . . . . 18, 436,
" " I " 9 § 299 . . . . 7, 123,
" " I " 9 § 304 . . . . 10, 213,
" " I " 9 § 482 . . . . 17, 185,
" " I " 10 § 1 . . . . 2, 186; 31, 321,
" " I " 10 §§ 15—17 . . . . 8, 225; 19, 382,
" " I " 11 § 1 . . . . 6, 149,
" " I " 11 §§ 258, 259 . . . . 2, 21,
" " I " 11 § 266 . . . . 2, 21, 132; 3, 114; 24, 274,
" " I " 11 § 269 . . . . 3, 114,
" " I " 11 § 271 . . . . 2, 132,
" " I " 11 § 342 . . . . 20, 428,
" " I " 11 §§ 395—397 . . . . 7, 360,
" " I " 11 § 413 . . . . 26, 389,
" " I " 11 § 442 . . . . 4, 24,
" " I " 11 § 578 . . . . 30, 337,
" " I " 11 §§ 996, 1007 . . . . 5, 78,
" " I " 13 §§ 7, 8, 106, 120, 123 . . . . . 19, 382,
" " I " 13 § 8 . . . . 5, 151; 6, 251,
" " I " 13 §§ 21, 22 . . . . 9, 248,
" " I " 13 § 61 . . . . 27, 1,
" " I " 13 § 72 . . . . 33, 110,
" " I " 13 § 83 . . . . 2, 48,
" " I " 13 § 119 . . . . 7, 4,
" " I " 13 § 239 . . . . 9, 248,
" " I " 14 § 413 . . . . 7, 302,
" " I " 14 §§ 413—415 . . . . . 28, 298; 21, 203,
" " I " 14 § 416 . . . . 3, 336,
" " I " 14 § 417 . . . . 21, 203,
" " I " 14 § 420—423 . . . . 3, 336,
" " I " 15 §§ 45, 46 . . . . 7, 123,
" " I " 16 §§ 45, 46 . . . . 4, 24,
" " I " 16 § 166 . . . . 5, 165,
" " I " 16 §§ 172, 173 . . . . 30, 337,
" " I " 16 §§ 235, 242 . . . . 6, 149,
" " I " 16 §§ 300, 301 . . . . 6, 149; 27, 63,
" " I " 16 § 359 . . . . 8, 346; 27, 63,
" " I " 17 § 4 . . . . 4, 83,
" " I " 17 § 10 . . . . 3, 185,
" " I " 17 §§ 60, 69, 81 . . . . 4, 83,

zu Teil I Titel 17 § 171 . . . . 24, 146,
„ „ I „ 17 § 176 . . . . 4, 83,
„ „ I „ 17 § 368 . . . . 6, 199,
„ „ I „ 17 §§ 372 flg. 23, 254,
„ „ I „ 17 § 379 . . . . 20, 202,
„ „ I „ 17 § 388 . . . . 6, 199,
„ „ I „ 20 § 12 . . . . 3, 344,
„ „ I „ 20 §§ 16—18 . . . . 8, 261,
„ „ I „ 20 §§ 71, 116—118 . . . . 4, 43,
„ „ I „ 20 § 390 . . . . 2, 132,
„ „ I „ 20 § 411 . . . . 3, 344,
„ „ I „ 20 §§ 441, 442 . . . . 1, 287,
„ „ I „ 20 § 512 . . . . 7, 369,
„ „ I „ 20 §§ 536 flg. 7, 302; 23, 356,
„ „ I „ 20 §§ 536, 541 . . . . 13, 399,
„ „ I „ 20 § 539 . . . . 2, 48,
„ I „ 21 §§ 258, 262 . . . . 25, 343,
„ „ I „ 21 § 372 . . . . 3, 358,
„ „ I „ 21 § 383 . . . . 26, 281,
„ „ I „ 21 § 395 3, 58, 322; 4, 43; 10, 321; 15, 434; 18, 80;
25, 154, 168, 343; 31, 131, 310,
Deklaration zu I, 21 § 395 vom 21. Juli 1846 (G.S. S. 326),
19, 75; 2, 168,
zu Teil I Titel 21 § 418 . . . . 3, 358,
„ „ I „ 21 § 597 . . . . 7, 41,
„ „ II „ 1 §§ 1, 3 . . . . 1, 370,
„ „ II „ 1 § 16 . . . . 7, 133,
„ „ II „ 1 § 49 . . . . 1, 370,
„ „ II „ 1 § 54 . . . . 4, 256; 5, 340,
„ „ II „ 1 §§ 198, 199 . . . . 10, 254,
„ „ II „ 1 §§ 206—210 . . . . 25, 168,
„ „ II „ 1 § 231 . . . . 1, 370,
„ „ II „ 1 §§ 247—249 . . . . 25, 168,
„ „ II „ 1 §§ 255, 258 . . . . 23, 60,
„ „ II „ 1 §§ 318—328 . . . . 25, 168,
„ „ II „ 1 § 360 . . . . 7, 266,
„ „ II „ 1 § 365, 371 . . . . 4, 83,
„ „ II „ 1 § 372 . . . . 33, 256,
„ „ II „ 1 § 373 . . . . 4, 83,
„ „ II „ 1 § 377 . . . . . . 4, 83; 9, 161; 12, 376,
„ „ II „ 1 § 378 . 7, 266; 8, 225; 12, 376; 20, 202,
„ „ II „ 1 § 380 . . . . 2, 436; 12, 376,
„ „ II „ 1 §§ 668, 670, 673 . . . . 14, 352,
„ „ II „ 1 § 673 . . 5, 266; 6, 334; 21, 21; 25, 199,
„ „ II „ 1 § 701 . . . . 12, 368,
„ „ II „ 1 §§ 741, 742 . . . . 24, 360,
„ „ II „ 1 §§ 753, 772, 773 . . . . 13, 148,

zu Teil II Titel 1 §§ 936, 942, 943, 951, 952, 960, 961 7, 133,
" " II " 2 § 50 . . . . 7, 133,
" " II " 2 §§ 596, 598 . . . . . . 1, 9. 15, 176,
" " II " 2 § 614 . . . . 1, 370,
Anhang 95 zu Teil II Titel 2 § 614 . . . . 1, 370; 19, 405,
zu Teil II Titel 2 §§ 621, 633—638 . . . . 1, 370,
" " II " 2 §§ 639, 640, 660, 661 . . . . . 19, 405,
" " II " 2 §§ 645, 656—659 . . . . 1, 370,
" " II " 2 §§ 753 flg. 34, 161; 28, 280,
" " II " 6 §§ 159, 160 6, 305; 14, 350; 22, 420; 35, 210,
" " II " 7 § 19 . . . . 14, 350; 22, 420,
" " II " 7 § 46 . . . . 19, 308,
" " II " 7 § 54 . . . . 21, 398,
" " II " 7 §§ 57, 68 . . . . 22, 420,
" " II " 7 § 77 . . . . 20, 369,
" " II " 8 § 1934 . . . . 35, 346,
" " II " 10 § 69 . . . . 4, 379; 13, 432,
" " II " 11 § 67 . . . . 12, 267,
" " II " 11 §§ 115, 121 . . . . 9, 305,
" " II " 11 §§ 481 flg. 22, 118,
" " II " 11 §§ 501, 556 . . . . 13, 432,
" " II " 12 §§ 50—53 . . . . 15, 376,
" " II " 14 §§ 69 . . . . 21, 54,
" " II " 14 §§ 78, 79 . . . . 3, 431,
" " II " 15 § 79 . . . . 14, 345,
" " II " 16 §§ 30—32, 35 . . . 5, 85; 8, 71; 9, 299,
" " II " 16 § 31 . . . . 32, 161,
" " II " 16 § 56 . . . . 7, 128,
" " II " 16 § 65 . . . . 24, 62,
" " II " 17 § 10 . . . . 9, 121; 32, 341,
" " II " 20 § 806 . . . . 21, 180,
" " II " 20 § 1405 . . . . 4, 335,
Patent vom 6. März 1802, betr. Zusätze zu Teil II Titel 5 flg. 32, 161.

Gesindeordnung für sämtliche Provinzen rc vom 8. November 1810 (G.S. S. 101).

Darf die Dienstherrschaft Sachen des Dienstboten, welcher ohne gesetzmäßige Ursache den Dienst vorzeitig verlassen hat, zurückbehalten, um ihn zur Fortsetzung des Dienstes zu zwingen? II. 9/12 92. 23, 356. § 69

Welcher Natur ist das Recht des Gesindes auf gerichtliche Genugtuung für geringe Tätlichkeiten seitens der Dienstherrschaft? I. 12/4 80. 2, 7. § 77

S. weiter

zu §§ 5, 6, 10 . . . . 21, 56,
" §§ 57, 118 . . . . 1, 398.

Deklaration wegen des Anfangs der rechtlichen Wirkung der durch die Gesetzsammlung und die Amtsblätter bekannt gemachten Gesetze und Verfügungen vom 14. Januar 1813 (G.S. S. 2).

1. Können die mit dem Erlasse von Strafvorschriften betrauten Behörden anordnen, daß eine Strafvorschrift am Tage ihrer Publikation in Kraft treten soll? Was ist in einem solchen Falle unter Tag der Publikation zu verstehen? II. 21/1 87. **15**, 198.

2. War es vor dem Gesetze vom 3. April 1846 notwendig, daß eine Kabinettsorder, um rechtsverbindliche Kraft zu erlangen, in der Gesetzsammlung veröffentlicht wurde? II. 11/6 80. **2**, 101.

Instruktion zur Geschäftsführung der Regierungen rc vom 23. Oktober 1817 (G.S. S. 248).

§ 12 Berechtigung zur Anstellung von Beamten. IV. 13/2 94. **25**, 112.

S. außerdem

zu § 1 . . . . **15**, 164,
„ § 2 . . **2**, 113, 151; **9**, 366; **32**, 286,
„ §§ 6, 12 . . . . **30**, 171.

Ordnung zum Gesetz wegen Versteuerung des inländischen Branntweins, Braumalzes, Weinmostes und der Tabaksblätter vom $\frac{\text{8. Februar 1819 (G.S. S. 102)}}{\text{21. September 1860 (G.S. S. 433)}}$.

§ 60 Besteht neben der eventuellen Haftbarkeit des Brennereibesitzers für seine Leute und Angehörigen nach § 60 auch eine primäre Haftbarkeit desselben in den Fällen, wo der Täter nicht hat ermittelt werden können? II. 28/5 80. **2**, 70.

§ 61 Unter welchen Voraussetzungen ist die Kontraventionsstrafe nur in dem einmaligen Betrage zu verhängen? II. 5/3 80. **1**, 250.

S. außerdem

zu § 61 . . . . . **3**, 104, 431; **4**, 367,
„ § 66 . . . . **5**, 372,
und . . . . **14**, 134.

Gesetz wegen Entrichtung der Gewerbesteuer vom $\frac{\text{30. Mai 1820 (G.S. S. 147)}}{\text{19. Juli 1861 (G.S. S. 697), 3. Juli 1876 (G.S. S. 247)}}$.

1. Ist der Handel mit unbeweglichen Sachen, wenn er von einem Einzelnen gewerbsmäßig betrieben wird, der Steuer vom stehenden Gewerbe unterworfen? IV. 23/3 86. **13**, 436.

2. Besteht bei mehrjährigem Betriebe eines steuerpflichtigen stehenden Gewerbes, dessen Anfang nicht angezeigt worden ist, die Steuerstrafe in dem doppelten Betrage der Steuer für jedes einzelne Jahr des Gewerbebetriebs, oder nur in dem doppelten Betrage der einjährigen Steuer? IV. 6/6 84. **10**, 417.

3. Unter welchen Voraussetzungen fällt das Vermieten möblierter Zimmer unter die Gewerbesteuergesetze? I. 12/1 80. **1**, 141.

S. außerdem zu § 10c, 19a, 39b **6**, 371,
„ § 190 . . . . **14**, 174,
zu §§ 1, 18 des Gesetzes vom 3. Juli 1876 . **14**, 89.

Gesetz wegen der Löhnung und des Umzugs der Schäfer ꝛc in Neu-Vorpommern ꝛc vom 1. Juni 1820 (G.S. S. 109).

Was versteht das Gesetz unter „Vorvieh"? II. 13/4 80. **1**, 360.

Gesetz wegen der Stempelsteuer vom 7. März 1822 (G.S. S. 57).

1. Fällt die Haftbarkeit weg, wenn der Verwendungspflichtige die Urkunde der Steuerbehörde zur Berechnung des Stempels vorgelegt, diese aber den Betrag zu gering berechnet hat? II. 20/1 80. **1**, 157. § 12
2. Von welchem Tage ab ist die Frist zur Nachbringung des Stempels zu berechnen, wenn eine Urkunde über ein zweiseitiges Geschäft von den Kontrahenten nicht an demselben Tage unterschrieben worden ist? II. 16/1 91. **21**, 274.

1. Über die den Notaren nach Kabinetsordre vom 24. November 1835 obliegende Pflicht, die Einziehung des Stempels für eine ihnen von den Parteien mit dem Antrage auf notarielle Vollziehung überreichte Punktation zu bewirken. II. 11/6 80. **2**, 101. § 21
2. Hat die Stempelsteuerkontravention Dolus oder Fahrlässigkeit zur Voraussetzung? II. 19/2 84. **10**, 110.

1. Verfallen Eheleute, die einen Kaufvertrag als Verkäufer unterschrieben haben, bei Stempelhinterziehung in eine gemeinschaftliche Stempelstrafe? IV. 10/1 96. **28**, 103. § 22
2. Wird bei einem zwischen zwei Personen abgeschlossenen Kaufvertrage die Ehefrau eines Kontrahenten durch die bloße Mitunterzeichnung zur Teilnehmerin des Vertrags. I. 19/4 94. **25**, 285.
3. Was ist unter dem verfolgbaren Inhaber zu verstehen?
Ist dessen Verfolgung auch neben der des eigentlichen Kontravenienten statthaft? I. 18/2 84. **10**, 142.

S. außerdem zu §§ 12, 21, 22, 30; **16**, 262; **20**, 192; **25**, 38; **30**, 147.

Tarif.

Inventarien.

Was ist darunter zu verstehen? II. 20/4 80. **1**, 419.

Kaufverträge.

1. Ist nach dem Gesetze vom 7. März 1822 und den hinzugetretenen Vorschriften der Stempel für Kaufverträge über inländische Grundstücke stets nur einmal zu entrichten, wenn über dasselbe Grundstück eine schriftliche Punktation und danach unter wesentlich gleichen Bedingungen ein notarieller oder gerichtlicher Vertrag geschlossen ist? II. 1/11 89. **20**, 25.
2. Ist im Gebiete des preußischen Landrechts eine Punktation über

den Verkauf eines Grundstücks stempelpflichtig, wenn ein Mitverkäufer den Namen des anderen Mitverkäufers in dessen mündlichem Auftrage unterschreibt? II. 24/9 89. **19**, 382.

3. Ist die Stempelpflicht von Immobiliarkaufverträgen nach rheinischem Rechte durch notarielle Form bedingt?

Ist ein Kaufvertrag auch dann stempelpflichtig, wenn er über ein fremdes Immobile oder über ein Minderjährigen gehöriges ohne obervormundschaftlichen Konsens abgeschlossen und darum ungültig ist? I. 14/2 89. **18**, 413.

4. Ist die Urkunde über den Verkauf eines gütergemeinschaftlichen Grundstücks, welchen der Ehemann allein abgeschlossen hat, stempelpflichtig, wenn dieselbe nicht ergibt, daß der Veräußernde verheiratet ist und mit seiner Ehefrau in Gütergemeinschaft lebt? II. 24/4 83. **8**, 225.

5. Ist ein zwischen Ehegatten privatschriftlich abgeschlossener Kaufvertrag stempelpflichtig?

Stempelpflichtkeit der negotia claudicantia. III. 10/3 84. **10**, 254.

6. Ist die Stempelpflicht für denjenigen Kontrahenten, welcher den Kaufvertrag unterzeichnet hat, dann begründet, wenn die Unterschrift des Namens des anderen Kontrahenten ohne dessen Willen von einem Dritten vollzogen ist? I. 30/11 82. **7**, 343.

7. Wie ist der Stempel zu berechnen für Verkäufe ganzer Warenlager, Handlungsgeschäfte und Fabriken?

Was ist unter Kaufverträgen „über alle anderen Gegenstände" zu verstehen?

Wie ist der Stempel zu berechnen, wenn Gegenstände mit verschiedenem Stempeltarifsatze um einen Preis veräußert werden? II. 6/3 94. **25**, 161.

8. Kann, wenn der Preis für Mobilien und andere Leistungen nur in ungeteilter Summe ausgedrückt ist und der Wert der anderen Leistungen von der Beteiligten weder nachträglich angegeben wird, noch sonst zu ermitteln ist, der von dem ganzen Preise berechnete Mobilien-Kaufstempel als umgangen angenommen und der Festsetzung der Strafe zu grunde gelegt werden? II. 19/2 84. **10**, 110.

Verträge.

1. Unter welchen Voraussetzungen sind durch Briefwechsel geschlossene Verträge stempelpflichtig? II. 30/12 87. **17**, 34.

2. Begründet die in einem Kaufvertrage enthaltene Abrede eines Wiederkaufsrechts neben dem Kaufstempel die Stempelpflicht nach der Position „Verträge"? II. 20/4 80. **1**, 419.

S. weiter zu Tarifsätzen „Cessionsinstrumente", „Kaufverträge". **25**, 38.

Kabinettsorder, daß ohne landesherrliche Erlaubnis niemand seinen Familien- oder Geschlechtsnamen ändern dürfe, vom 15. April 1822 (G.S. S. 108).

Hat dieselbe noch Gültigkeit? Was versteht sie unter Änderung des Familiennamens? IV. 5/5 96. **28**, 344.

Kabinettsorder, die Brau- und Maischsteuer betreffend, vom 10. Januar 1824 (v. Kamptz, Jahrbücher ꝛc Bd. 23 S. 95; v. Kamptz, Annalen ꝛc Bd. 8 S. 48).

Nr. 4.

Über Anwendung bei Branntweinbereitung aus Melasse. I. 12/12 80. **3**, 104.

Nr. 5.

1. Erfordert der Tatbestand der in Nr. 5 vorgesehenen Kontravention Dolus oder Fahrlässigkeit? II. 17/4 83. **8**, 182.

2. Ist bei Steuerdefraudationen behufs Einziehung der mißbrauchten Geräte der schuldlose Eigentümer derselben zum Strafverfahren zuzuziehen, und ist die Einziehung dem Schuldigen gegenüber auszusprechen, falls der Eigentümer nicht zugezogen war? II. 27/1 82. **5**, 371.

3. Kommt es bei der Maischsteuerdefraudation mittels Überschöpfung von Maische für die Höhe der hinterzogenen Gefälle bei der Strafberechnung auf das Quantum der übergeschöpften Maische, oder lediglich auf den Rauminhalt der Gefäße an, in welche übergeschöpft ist?

Gelangt bei der Umwandlung einer uneinbringlichen Geldstrafe, welche mittels Zusammenrechnung der für mehrere selbständige Handlungen verwirkten Einzelstrafen festgesetzt worden ist, § 29 Abs. 2 oder lediglich § 78 Abs. 2 St.G.B.'s zur Anwendung? III. 9/7 81. **4**, 367.

4. Ist aus der Stellung eines Brennereibediensteten, welchem die Ansage der vorzunehmenden Einmaischung obliegt, bei einer Zuwiderhandlung gegen Nr. 5 dessen Strafbarkeit wegen Defraudation zu folgern?

Bildet ein auch nur zufälliges Eindringen von Maische in einen nicht deklarierten Bottich den Tatbestand einer Steuerkontravention?

Muß die in Nr. 5 vorgeschriebene Konfiskation auch dann ausgesprochen werden, wenn nicht hat festgestellt werden können, welche Gefäße mißbraucht sind?

Kann auch in der Ausschöpfung von Maische aus einem deklarierten Bottich in einen anderen gleichfalls deklarierten Bottich der Tatbestand einer Kontravention, bezw. Defraudation gefunden werden?

Darf die Verpflichtung zur Steuerzahlung einen Gegenstand des Urteils bilden? III. 12/1 81. **3**, 288.

5. Muß zur Verhängung einer Defraudationsstrafe der Rauminhalt der mißbrauchten Bottiche festgestellt werden?

Darf auf Nachzahlung der umgangenen Gefälle erkannt werden?

Wie ist den mehreren Beteiligten die Kontraventionsstrafe aufzuerlegen und die an die Stelle tretende Freiheitsstrafe zu bestimmen?

Kann, wenn an die Stelle der Defraudationsstrafen 2 Jahre Gefängnis gesetzt sind, daneben noch auf Freiheitsstrafe an Stelle der Kontraventionsstrafe erkannt werden? II. 11/3 81. **3**, 431.

6. Wie ist der Brennereiverwalter, welcher mit der Absicht einer Verkürzung der Steuer undeklarierte Einmaischungen durch andere vornehmen läßt, zu bestrafen? II. 5/3 80. **1**, 250.

S. außerdem **2**, 70; **17**, 114.

Instruktion für die Oberpräsidenten vom 31. Dezember 1825 (G.S. 1826 S. 1).

Begriff des öffentlichen Kollektierens im Sinne des § 11 Nr. 4, b. II. 13/7 88. **18**, 58.

Kabinettsorder, womit das Regulativ über die sanitätspolizeilichen Vorschriften bei den am häufigsten vorkommenden ansteckenden Krankheiten bestätigt wird, vom 8. August 1835 (G.S. S. 240).

1. Zuständigkeit der Behörden. Ist Cholera=Verdacht für die vorgesehenen Anordnungen ausreichend? IV. 8/6 95. **27**, 280.

2. Haben die in dem Regulativ enthaltenen Strafbestimmungen noch Geltung? II. 13/11 83. **9**, 366.

S. außerdem **2**, 113, 151.

Gesetz über das Mobiliarfeuerversicherungswesen vom 8. Mai 1837 (G.S. S. 102).

§ 20 1. Hat § 20 neben dem Reichsstrafgesetzbuche noch Geltung? III. 7/2 89. **19**, 13.

2. Findet § 20 Anwendung auf die Versicherung nicht vorhandener Vermögensbestände? IV. 17/4 85. **12**, 150.

3. Ist die in § 20 Abs. 2 für die Annahme vorsätzlicher Über=versicherung aufgestellte Rechtsvermutung neben dem Reichsprozeßrechte noch gültig? III. 10/3 90. **20**, 321.

§ 22 Bezieht sich § 22 auf den Tatbestand des Vergehens, oder enthält er einen Strafausschließungsgrund? IV. 17/4 85. **12**, 150.

§ 28 Hat § 28 neben dem Reichsstrafgesetzbuch noch Geltung? III. 4/12 80. **3**, 85.

Gesetz wegen Untersuchung und Bestrafung der Zollvergehen vom 23. Januar 1838 (G.S. S. 78).

§§ 28, 31, 32 Haben die Vorschriften über die Befugnisse der Zollbehörden zur Ergreifung gewisser sofort zu treffender Untersuchungsmaßnahmen noch neben der Strafprozeßordnung Geltung? Darf der Zollbeamte den bei Verübung einer Zolldefraude Betroffenen veranlassen, ihm zur Aufnahme einer Verhandlung rc zum nächstgelegenen Zollamte zu folgen? I. 26/10 96. **29**, 136.

§ 33 Wird durch die Abgabe einer Sache an das Gericht das letztere mit der Verhandlung der Sache in ihrem vollen Umfange befaßt? I. 2/7 94. **26**, 48.

§ 59 Gilt noch die Vorschrift, daß das Gericht bei abgesonderter Entscheidung über die subsidiarische Verhaftung auf die Beurteilung der Frage beschränkt ist, ob der Fall der subsidiarischen Verhaftung vorhanden sei? IV. 22/5 85. **12**, 212.

S. weiter **26**, 319; **21**, 47; **25**, 424.

Gesetz über die Erwerbung und den Verlust der Eigenschaft als preußischer Untertan rc vom 31. Dezember 1842 (G.S. 1843 S. 15).

Unter welchen Voraussetzungen geht die Staatsangehörigkeit durch zehnjährigen Aufenthalt im Auslande verloren, wenn die betreffende Person zur Zeit des Verlassens des preußischen Staatsgebiets minderjährig war? IV. 15/6 94. **25**, 415. § 23

Verordnung, betreffend die Legitimationsatteste bei Veräußerung von Pferden, vom 13. Februar 1843 (G.S. S. 75).

Bedarf es eines Legitimationsattestes auch dann, wenn ein Pferd dem zuständigen Abdecker zur Tötung übergeben wird? IV. 7/12 94. **26**, 284. § 4

Kann die Tilgung des Vermerkes „Hartschlägigkeit" in einem nach § 5 ausgestellten Attest eine Urkundenfälschung begründen? II. 22/11 95. **28**, 43. § 5

Allgemeine Gewerbeordnung vom 17. Januar 1845 (G.S. S. 41) / 22. Juni 1861 (G.S. S. 441).

Ist nach Art. III der Novelle vom 22. Juni 1861 der Gewerbebetrieb eines Versicherungsagenten konzessionspflichtig? IV. 6/3 96. **28**, 251.

Militärstrafgerichtsordnung vom 3. April 1845 (G.S. S. 287).

1. Sind im Falle der Kartellträgerei die Offiziere der Reserve und der Landwehr der Militärgerichtsbarkeit unterworfen? II. 20/3 88. **17**, 243. § 6

2. Erstreckt sich die Vorschrift des § 6 Nr. 5 auf Assistenzärzte der Marinereserve? II. 23/5 85. **12**, 231.

Verbleibt, wenn das Erkenntnis erster Instanz dem Angeklagten vor seinem Eintritt in den Militärdienststand bereits publiziert war, die weitere Verhandlung und Entscheidung der Sache auch dann dem Civilgerichte, wenn jenes Erkenntnis auf eingelegte Revision aufgehoben und eine anderweite Verhandlung in erster Instanz angeordnet wird? IV. 29/1 92. **22**, 315. § 11

1. Ist, wenn eine Militärperson ein mit einem militärischen Vergehen zusammentreffendes gemeines Vergehen begangen, die Militärbehörde jedoch bis zur Entlassung der Militärperson aus dem Dienststande von der Straftat keine Kenntnis erlangt hat, bei der Civilbehörde dagegen, und zwar bei der Polizei, die Straftat bereits vor der Entlassung zur Sprache gekommen ist, das Militärgericht, oder das Civilgericht zur Aburteilung zuständig? I. 20/2 90. **20**, 308. §§ 14, 15, 17

2. Liegt ein „Zusammentreffen" im Sinne des § 14 nur dann vor, wenn mit einem gemeinen Verbrechen ein gerichtlich zu strafendes militärisches Delikt ideell konkurriert, oder auch bei realer Konkurrenz? IV. 8/5 94. **25**, 347.

3. Welche Civilgerichte haben nach § 17 über militärische Vergehen zu entscheiden? III. 5/12 87. **16**, 433.

4. Unter welcher Voraussetzung erwächst aus der Verabschiedung von Landwehroffizieren die Zuständigkeit der Civilgerichte? II. 23/5 85. **12**, 231.

§§ 91, 102 Hat eine nach vorläufiger Untersuchung vom Gerichtsherrn gemäß den §§ 91, 102 verfügte Einstellung des Verfahrens die in § 210 St.P.O. vorgesehene Wirkung? II. 24/1 02. **35**, 86.

S. zu §§ 1, 5, 9 auch **12**, 85,
„ § 7 . . . . **23**, 81,
„ §§ 15, 17 . . . . **15**, 382,
„ § 16 . . . . **22**, 36.

Gemeindeordnung für die Rheinprovinz vom 23. Juli 1845 (G.S. S. 523).

1. Ist der Gemeindevorsteher als Organ des Bürgermeisters zur Aufnahme öffentlicher Urkunden befugt? I. 12/6 97. **30**, 151.

2. Ist der Gemeindevorsteher zuständig, die Unterschrift unter einer Quittung über Zahlung von Invalidenrente amtlich zu beglaubigen? I. 16/5 95. **27**, 231.

3. Charakter des Beschlußbuchs des Gemeinderats; Stellung des Bürgermeisters. I. 27/10 94. **26**, 165.

Hannoverisches Polizeistrafgesetz vom 25. Mai 1847 (Hannov. G.S. S. 111).

§ 60 Hat dasselbe neben den Bestimmungen der Gewerbeordnung noch Gültigkeit? III. 26/9 96. **29**, 151.

Gesetz über die Verhältnisse der Juden vom 23. Juli 1847 (G.S. S. 263).

1. Ist § 71 noch in Kraft, soweit er die Annahme ausländischer Juden als Rabbiner und Synagogenbeamte betrifft?

Ist jedes der Mitglieder des Synagogenvorstandes mit der Strafe des § 71 zu belegen, oder trifft diese Strafe sämtliche Mitglieder nur einmal? IV. 22/12 85. **13**, 207.

2. Was gehört zum subjektiven Tatbestande des in § 71 Abs. 2 vorgesehenen Delikts? II. 25/9 96. **29**, 73.

S. weiter zu §§ 35, 37 **6**, 77.

Feldpolizeiordnung vom 1. November 1847 (G.S. S. 376) / 13. April 1856 (G.S. S. 205).

Ist § 50 dahin auszulegen, daß die Funktion der Feldhüter sich auf den Schutz von Gärten, Äckern und Wiesen beschränkt und auf andere Grundstücke, insbesondere Sandgruben nicht Bezug hat? II. 27/5 81. **4**, 208.

S. weiter zu § 45 **2**, 354.

Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 (G.S. S. 17).

Schließt Art. 9 den Erlaß von Polizeiverordnungen aus, welche die Benutzung des Privateigentums im Interesse der Gesundheitspolizei beschränken? II. 19/4 81. **4**, 106.

S. weiter
zu Art. 6 . . . . **2**, 263,
„ Artt. 12, 15 . . . **13**, 207; **22**, 118,
„ Art. 23 . . . . **4**, 379,
„ „ 47 . . . . **23**, 17,
„ „ 84 . . . . **4**, 14,
„ „ 86 . . . . **26**, 202.

Gesetz zum Schutze der persönlichen Freiheit vom 12. Februar 1850 (G.S. S. 45).

1. Ist § 6 auch nach dem Inkrafttreten der Strafprozeßordnung noch in Geltung? I. 29/9 84. **11**, 101.
2. Ist die polizeiliche Festnahme nach § 6 von den Voraussetzungen der Untersuchungshaft abhängig? III. 13/4 81. **4**, 101.
3. Begrenzung der den polizeilichen Exekutivbeamten in § 6 gegebenen Befugnisse durch § 8. III. 7/11 98. **31**, 307.
4. Sind die Wachtposten in Preußen befugt, eine von ihnen festgenommene Person nach ihrem persönlichen Ermessen wieder freizulassen? II. 29/5 94. **25**, 400.

S. weiter **2**, 411; **15**, 356;
und zu §§ 2, 9, 10 . . . . **1**, 94,
„ § 4 . . . . **25**, 400,
„ § 6 . . . . **3**, 185; **32**, 269,
„ §§ 7, 8, 10 . . . . **1**, 331,
„ § 11 . . . . **1**, 26.

Jagdpolizeigesetz vom 7. März 1850 (G.S. S. 165).

Ist die Jagdausübung eines Grundeigentümers auf seinem dauernd § 2
und vollständig eingefriedeten Grundstücke eine berechtigte, solange nicht vorher eine Entscheidung des Landrates über diese Eigenschaft des Grundstücks erfolgt war? I. 14/5 88. **17**, 363.

Ist für die Bildung eines gemeinschaftlichen Jagdbezirkes erforderlich, § 4
daß die betreffenden Grundstücke einen Flächenraum von wenigstens 300 Morgen einnehmen? IV. 30/5 99. **32**, 193.

Durch welche Organe wird die Gemeindebehörde vertreten? In § 9
welchen Formen ist der Pachtvertrag abzuschließen? II. 9/10 94. **26**, 144.

1. Ist der die Jagd Ausübende verpflichtet, dem zuständigen Auf- § 16
sichtsbeamten auf Erfordern den Jagdschein vorzuzeigen, und ist er bei Weigerung strafbar auch dann, wenn er einen ordnungsmäßigen Jagdschein bei sich führt? II. 19/6 94. **25**, 429.

Digitized by Google

2. Konkurrenz mit einem Vergehen gegen § 292 St.G.B.'s. III. 23/11 91. **22**, 234.

§ 17 Zur Auslegung des Abs. 1.

Kann eine andere Person als der Grundbesitzer Täter der in § 17 Abs. 2 bezeichneten Übertretung sein? II. 26/6 83. **8**, 402.

S. weiter

zu §§ 1, 2 . . . . **22**, 115,
„ §§ 6, 9, 10, 17 . . . . . **4**, 158,
„ §§ 9, 10 . . . . . **19**, 327; **21**, 297,
„ § 23 . . . . **5**, 85.

Verordnung über die Verhütung eines die gesetzliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbrauchs des Versammlungs- und Vereinigungsrechtes vom 11. März 1850 (G.S. S. 277).

§ 1 Was ist unter Versammlungen zur Erörterung öffentlicher Angelegenheiten zu verstehen? I. 1/5 82. **6**, 215.

§§ 1, 2, 8 Was ist unter „Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten" und „Erörterung politischer Gegenstände" zu verstehen? III. 25/1 92. **22**, 337.

§§ 8, 16 1. Was sind die Erfordernisse eines „politischen Vereins" im Sinne des § 8? Was ist unter „Versammlungen" im Gegensatze zu „Sitzungen" zu verstehen? II. 10/11 96. **29**, 161.

2. Gehört zum Begriffe des Vereins eine Organisation? Inwieweit ist bei Beurteilung der Frage, ob ein neugebildeter Verein mit einem behördlich geschlossenen politischen Verein identisch ist, der erkennende Richter an das frühere Urteil und dessen Feststellungen über die politischen Tendenzen des geschlossenen Vereins gebunden? III. 18/9 93. **24**, 245.

3. Kann ein Ausschuß, welcher in einer eine Vereinsversammlung nicht darstellenden Versammlung zur Ausführung von Beschlüssen der Versammlung auf längere Dauer bestellt wird, als ein Verein im Sinne dieses Gesetzes angesehen werden? II. 2/11 88. **18**, 169.

4. Was ist unter „politischen Gegenständen" im Sinne des § 8b und unter dem Verbote der „Verbindung zu gemeinsamen Zwecken" gegenüber den „politische Gegenstände" in öffentlichen Versammlungen erörternden Vereinen zu verstehen?

Verhältnis der §§ 8, 16 zu § 152 Gew.O. vom 21. Juni 1869. III. 10/11 87. **16**, 383.

5. Begriff von „Verein" und „politischem Vereine". Was versteht § 16 Abs. 3 unter „sich aufnehmen lassen"? Was gehört zur Strafbarkeit aus § 16 Abs. 1? Ist die Schließung eines Vereins durch den Strafrichter von vorheriger polizeilicher Schließung abhängig? II. 6/12 95. **28**, 66.

6. Ist die Bestimmung in § 16, nach welcher der Strafrichter unter Umständen auf Schließung politischer Vereine erkennen kann, durch § 6 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuche beseitigt?

Digitized by Google

Dolus im Falle des § 16. II. 18/2 87. **15**, 305.
S. weiter **11**, 371,
und zu §§ 1, 8, 21 . . . . **16**, 294,
„ §§ 1, 9, 10 . . . . **21**, 71,
„ § 17 . . . . **23**, 172.

Gesetz über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (G.S. S. 265).

1. Kann auf Grund dieses Gesetzes eine Verordnung erlassen werden, welche den Verkehr mit Gefangenen unter Strafe stellt? IV. 16/6 99. **32**, 231; II. 7/11 99. **32**, 341.

2. Findet in Preußen das polizeiliche Verordnungsrecht seine Begrenzung in § 10 A.L.R.'s II. 17, oder erstreckt sich dasselbe auch auf das Gebiet der Wohlfahrtspolizei? II. 7/11 99. **32**, 341.

3. Kann der freie Tierfang, insbesondere das — abgesehen von dem Fangen in Schlingen jedem zustehende — Okkupieren von wilden Kaninchen zum Schutze des Eigentums durch Polizeiverordnung eingeschränkt werden? I. 3/12 94. **26**, 266.

4. Haben nach dem Gesetze vom 11. März 1850 die Regierungen die Befugnis, das in der Instruktion für die Oberpräsidenten enthaltene Kollektenverbot durch entsprechende Verordnung zu ergänzen? II. 13/7 88. **18**, 58.

5. Schließt Art. 9 der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 den Erlaß von Polizeiverordnungen aus, welche die Benutzung des Privateigentums im Interesse der Gesundheitspolizei beschränken? II. 19/4 81. **4**, 106.

6. Können die Regierungen Strafandrohungen der Reichsgesetze auf Fälle, für welche sie nicht gegeben sind, für anwendbar erklären? II. 20/2 80. **1**, 213.

S. weiter
zu § 4 . . . . **35**, 210; **22**, 39,
„ §§ 5, 6, 13, 15 . . . . . . **7**, 201,
„ § 6 . . . . **22**, 190; **9**, 121,
„ §§ 6, 12, 15 . . . . **20**, 43.

Vertrag zwischen Preußen und den Niederlanden wegen gegenseitiger Auslieferung flüchtiger Verbrecher vom 17. November 1850 (G.S. S. 509).

Darf ein nach Preußen wegen Verdachtes des Mordes Ausgelieferter, wenn seine bei der Auslieferung als Mord in Betracht gezogene Tat sich nachträglich nur als vorsätzliche Körperverletzung mit tödlichem Erfolge herausstellt, wegen dieses letzteren Verbrechens verfolgt werden? IV. 3/10 90. **21**, 180. Art. 2

Strafgesetzbuch vom 14. April 1851 nebst Einführungsgesetz (G.S. S. 93).

1. Hat die Strafbestimmung, betr. das Abhalten vom Mitbieten bei öffentlichen Versteigerungen neben dem Reichsstrafgesetzbuche und den §§ 152, 153 Gew.O. noch Geltung? Zum Begriffe der von einer

öffentlichen Behörde vorgenommenen Versteigerung und des Abhaltens vom Mitbieten. I. 18/3 95. **27**, 106; IV. 6/3 88. **17**, 203; I. 27/3 84. **10**, 220; III. 6/10 02. **35**, 392.

2. Findet Gesetzeskonkurrenz statt zwischen Erpressung und dem Vergehen gegen § 270? IV. 6/3 88. **17**, 203.

S. weiter

zu §§ 1, 333, 334 . . . . . . **13**, 93,
„ §§ 34, 39 . . . . **18**, 191,
„ § 105 . . . . **28**, 344,
„ § 135 . . . . **29**, 334,
„ § 269 . . . . **29**, 331,
„ § 328 . . . . **33**, 276;
zu Einführungsgesetz Art. 2 . . . . **9**, 357,
„ 8 . . . . **13**, 93,
„ 16 . . . . **2**, 7.

Gesetz, betreffend die Einführung einer Klassen- und klassifizierten Einkommensteuer, vom $\frac{\text{1. Mai 1851 (G.S. S. 193)}}{\text{25. Mai 1873 (G.S. S. 213)}}$.

1. Beschränkt sich die Strafvorschrift in § 33 auf den Fall einer von der Bezirkskommission zu entscheidenden Steuerreklamation, oder erstreckt sie sich auch auf den Fall einer bei der Einschätzungskommission angebrachten Remonstration? II. 16/10 88. **18**, 151.

2. Ist auf die versuchte Hinterziehung von Einkommensteuer unter den Voraussetzungen des § 33 die Strafe des versuchten Betrugs anwendbar?

Ist die Anwendung des §§ 33 ausgeschlossen, wenn der Jahresbetrag der Steuer, um welche der Staat verkürzt worden ist oder verkürzt werden sollte, nicht genau zu ermitteln ist?

Muß im Falle des § 33 dem gerichtlichen Strafverfahren ein Verwaltungsstrafverfahren vorangehen? II. 13/7 86. **14**, 293.

3. Über die Strafbarkeit einer vor der Reklamationskommission oder Bezirkskommission abgegebenen falschen eidesstattlichen Versicherung. I. 17/4 82. **6**, 196; III. 24/5 86. **14**, 170; II. 19/2 89. **18**, 414.

S. weiter zu § 33 **33**, 110.

Gesetz über die Presse vom 12. Mai 1851 (G.S. S. 273).

Inwieweit sind die Verbotsbestimmungen des § 10 durch die Reichsgesetzgebung beseitigt? Verhältnis der Begriffe „öffentlicher Ort" und „geschlossener Raum" im Sinne dieses § 10 und des § 43 Gew.O. zu einander. IV. 7/1 02. **35**, 54.

S. weiter

zu §§ 8, 41 . . . . **16**, 409,
„ §§ 10, 41 . . . . **19**, 1.

Gesetz, betreffend die Beförderung von Auswanderern, vom 7. Mai 1853 (G.S. S. 729).

Findet das Strafverbot des § 10, ohne Konzession Verträge mit Auswanderern zur Beförderung nach fremden Ländern zu vermitteln, auch auf den Anwendung, welcher eine auf den Abschluß solcher Verträge gerichtete Tätigkeit entfaltet, ohne daß es zum Vertragsabschlusse kommt? II. 27/11 85. **13**, 81.

Hannoverische Notariatsordnung vom 18. September 1853 (Hann. G.S. S. 345).

Ist die Bestimmung in § 70 Nr. 2 Abs. 3 unter a durch § 9 des preußischen Gesetzes vom 8. März 1880, enthaltend Bestimmungen über das Notariat, außer Kraft gesetzt werden? III. 5/5 87. **16**, 60.

Gesetz, betreffend die Verletzung der Dienstpflichten des Gesindes und der ländlichen Arbeiter, vom 24. April 1854 (G.S. S. 214.)

Sind die Zuwiderhandlungen als Übertretungen anzusehen? § 1 IV. 27/11 85. **13**, 93.

Kabinettsorder zur Regelung der Verhältnisse der exekutiven Polizei bei ihrem Einschreiten gegen Offiziere rc vom 6. Dezember 1885 (Friccius, Militärgesetzsammlung Bd. 5 S. 371).

Enthalten die durch die Kabinettsorder genehmigten Bestimmungen Rechtsnormen im Sinne des § 376 St.P.O.? IV. 13/11 96. **29**, 180.

Gesetz über die Bestrafung unbefugter Gewinnung oder Aneignung von Mineralien vom 26. März 1856 (G.S. S. 203).

1. Kann das unberechtigte Sammeln und Mitnehmen von Kohlen aus der Halde eines in Betrieb befindlichen Kohlenbergbaues unter § 2 subsumiert werden? IV. 2/10 88. **18**, 188.
2. Was ist unter dem Begriff der „Benutzung seines Bergeigentums" im Sinne des § 3 zu verstehen? III. 26/11 81. **5**, 182.

Gesetz, betreffend die Landgemeindeverfassungen in den sechs östlichen Provinzen, vom 14. April 1856 (G.S. S. 359).

Ist der von einer Gemeindeversammlung zur Prüfung der Gemeinderechnungen gewählte Ausschuß eine öffentliche Behörde? II. 13/3 85. **12**, 91.
S. weiter **19**, 327.

Städteordnung für die Rheinprovinz vom 15. Mai 1856 (G.S. S. 406).

1. Ist der Bürgermeister im Sinne des § 196 St.G.B.'s der amtliche Vorgesetzte der Bezirksvorsteher? I. 27/11 90. **21**, 202.
2. Kann der Landrat den Strafantrag wegen Beleidigung eines städtischen Bürgermeisters stellen? I. 30/1 88. **17**, 81.

S. weiter zu §§ 8, 34, 53 **31**, 293; **33**, 66.

Gesetz, betreffend die Einführung einer allgemeinen Gebäudesteuer, vom 21. Mai 1861 (G.S. S. 317.)

Ist die Unterlassung der Anmeldung zur Besteuerung durch subjektives Verschulden bedingt?

Von wann beginnt bei Steuerhinterziehungen durch Nichtanmeldung, bezw. Nichtzahlung die Verjährung der Strafverfolgung? I. 4/6 83. **8**, 390.

Gesetz, betreffend die Erweiterung des Rechtswegs, vom 24. Mai 1861 (G.S. S. 241).

Besteht die Vorschrift des § 14, daß in Stempeldefraudationssachen das Strafverfahren auszusetzen und zur Beschreitung des Civilrechtswegs eine Frist zu bestimmen ist, gegenüber dem § 261 St.P.O. noch in Wirksamkeit? II. 24/4 83. **8**, 224.

Einführungsgesetz zum Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuch vom 24. Juni 1861 (G.S. S. 449).

Art. 9 § 5 Ist die Bestimmung als eine besondere Vorschrift des Landesstrafrechts in Kraft verblieben? II. 22/1 95. **26**, 398.

Allgemeines Berggesetz vom 24. Juni 1865 (G.S. S. 705) / 24. Juni 1892 (G.S. S. 131).

1. Welchen Umfang hat die strafrechtliche Verantwortlichkeit der mit der Leitung oder Beaufsichtigung eines Bergwerks beauftragten Personen im Sinne der §§ 73, 74, 76, und welche Personen gehören in die Kategorie dieser verantwortlichen Betriebs-, Aufsichts- und Leitungsbeamten? III. 26/11 81. **5**, 182.

2. Ist in Preußen das unberechtigte Sammeln und Mitnehmen von Kohlen aus der Halde eines in Betrieb befindlichen Kohlenbergbaues als unbefugte Aneignung anstehender Mineralien zu bestrafen? Kann darin unter Umständen eigentlicher Diebstahl gefunden werden? IV. 2/10 88. **18**, 188.

3. Muß eine auf Grund des § 197 Abss. 1 u. 3 (nach Fassung von 1892) erlassene Polizeiverordnung mit ausdrücklichen Worten kundgeben, daß vor ihrem Erlasse dem Vorstande der beteiligten Berufsgenossenschaft oder Berufsgenossenschaftssektion Gelegenheit zu einer gutachtlichen Äußerung gegeben war? III. 26/5 02. **35**, 262.

S. weiter

zu § 81 . . . . **20**, 63,
" §§ 117, 119, 123, 128 . . . . **5**, 426,
" §§ 94, 96, 117, 119, 121, 125, 126 nach der 1892er Novelle **33**, 261.

Gesetz, betreffend die Bestrafung der unbefugten Aneignung von Bernstein 2c, vom 22. Februar 1867 (G.S. S. 272).

Wer ist im Gebiete des preußischen Landrechts, soweit daselbst der Bernstein nicht vorbehaltenes Eigentum des Staates ist, zur Gewinnung desselben befugt? IV. 25/11 87. **17**, 16.

Verordnung, betreffend das Strafrecht und das Strafverfahren in den neuen Landesteilen, vom 25. Juni 1867 (G.S. S. 921).

1. Über das Verbot des Promessenverkaufs in Art. IV. Nr. 2 III. 11/12 80. **3**, 116.

2. Über das Verbot des Spielens in auswärtigen Lotterien und des Verkaufs von Losen solcher s. weiter Gesetz vom 29. Juli 1885.

3. Über das Gebot der Erschöpfung der Anklage in der St.P.O. vom 25. Juni 1867. III. 26/11 79. **1**, 104.

4. Über das dort ausgesprochene Prinzip der Mündlichkeit und Unmittelbarkeit der Beweiserhebung. III. 6/3 80. **1**, 299.

S. weiter

zu §§ 233, 234 St.P.O. **1**, 19,
„ § 317 daselbst . . . . **2**, 283.

Gesetz, betr. die Stempelsteuer von Spielkarten, vom 23. Dezember 1867 (G.S. S. 1921).

Begriff des Gewahrsams im Sinne des § 12. I. 1/12 79. **1**, 22.

Kabinettsorder, betreffend Grundsätze über Portofreiheit und Portoermäßigung für Soldaten im Norddeutschen Postgebiete, vom 28. Januar 1868 (Armeeverordnungsblatt S. 64).

1. Ist ein Soldatenbrief bei Einlegung einer Drucksache nicht mehr portofrei? III. 23/5 98. **31**, 152.

2. Sind die Bestimmungen der Kabinettsorder Rechtsnormen im Sinne des § 376 St.P.O.? Begriff der den Anspruch auf Portovergünstigung aufhebenden „ausschließlichen gewerblichen Interessen des Absenders". II. 24/4 96. **28**, 327.

S. auch **35**, 410.

Gesetz, betreffend die Errichtung öffentlicher, ausschließlich zu benutzender Schlachthäuser, vom $\frac{\text{18. März 1868 (G.S. S. 277)}}{\text{9. März 1881 (G.S. S. 273)}}$.

Begreift das Feilbieten im § 2 Nr. 2 des Gesetzes vom 9. März 1881 auch das Zutragen von auswärts bestelltem Fleische? I. 17/1 89. **18**, 351.

Gesetz, betreffend die Ausstellung gerichtlicher Erbbescheinigungen, vom 12. März 1869 (G.S. S. 473).

Bedeutung der eidesstattlichen Versicherung. Wann liegt wissentliche und fahrlässige eidesstattliche Versicherung vor? II. 6/3 88. **17**, 185.

S. weiter

zu §§ 1—3 . . . . **17**, 341; **18**, 246,
„ §§ 3, 5 . . . . **21**, 220.

Subhastationsordnung vom 15. März 1869 (G.S. S. 421).

1. Werden, soweit es sich um die Anwendung des § 137 St.G.B.'s handelt, die beweglichen Pertinenzien und die Früchte eines Grundstücks,

welche sich bei der durch die Einleitung der Subhastation bewirkten Beschlagnahme des Grundstücks auf diesem befinden, von der Beschlagnahme mitbetroffen? Inwiefern ist der Subhastat aus Rücksichten auf die ordnungsmäßige Bewirtschaftung des Grundstücks befugt, über die Inventarienstücke und Wirtschaftsgegenstände zu verfügen? Unter welchen Umständen ist die durch Einleitung der Subhastation bewirkte Beschlagnahme des Inventars und der Wirtschaftsvorräte für aufgehoben zu erachten? II. 9/3 83. **8**, 113.

2. Erstreckt sich die infolge der Einleitung der Subhastation eintretende Beschlagnahme des Grundstücks auch auf die abgesonderten Früchte, welche noch auf dem Grundstücke vorhanden sind? II. 16/4 80. **1**, 368.

3. Ist nach § 9 die Einleitung der Subhastation eine Maßnahme, zufolge deren im Sinne des § 288 St.G.B.'s die Zwangsvollstreckung als von seiten der Realgläubiger, welche die Subhastation nicht beantragt haben und ihr nicht beigetreten sind, drohend anzunehmen ist? II. 16/12 79. **1**, 37.

Gesetz über den Eigentumserwerb und die dingliche Belastung der Grundstücke rc vom 5. Mai 1872 (G.S. S. 433).

1. Schafft der von einer Zwangsvollstreckung bedrohte Schuldner Bestandteile seines Vermögens beiseite, wenn er die von den Mietern seines Hauses zum voraus erhobenen Zinsen in seinen Nutzen verwendet? II. 30/11 83. **9**, 231.

2. Liegt der Tatbestand des § 289 St.G.B.'s vor, wenn der Eigentümer eines mit einer Hypothek belasteten Grundstücks Zubehörstücke zum Nachteile der Hypothekgläubiger veräußert und von dem Grundstück fortschafft? IV. 13/2 94. **25**, 115.

S. weiter zu §§ 30, 31, 49, 70 **1**, 368; **7**, 361; **8**, 113; **28**, 307; **34**, 3.

Gesetz, betreffend die Stempelabgaben von gewissen, bei dem Grundbuchamte anzubringenden Anträgen, vom 5. Mai 1872 (G.S. S. 509.)

§ 4 Ist Stempelsteuerhinterziehung oder Betrug darin zu finden, daß in dem schriftlichen Kaufvertrage der Kaufpreis niedriger, als verabredet, angegeben und demnächst bei der Auflassung unter Vorlegung des schriftlichen Kaufvertrags der darin festgesetzte Kaufpreis als Wertangabe behandelt wird? III. 15/1 94. **25**, 38.

S. weiter **20**, 25.

Kreisordnung für die Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien und Sachsen vom 13. Dezember 1872 (G.S. Seite 661) / 19. März 1881 (G.S. S. 179)

§§ 29, 30 1. Befugnis des Gemeindevorstehers zum selbständigen polizeilichen Einschreiten. II. 29/4 02. **35**, 210.

2. Gehört der Gemeindevorsteher zu den in § 346 St.G.B.'s bezeichneten Beamten? II. 24/4 91. **21**, 424.

Sind die gesetzlichen Organe der Amtsverbände zur Anstellung von Beamten befugt? II. 4/12 96. **29**, 230. § 55

1. Über die Befugnis des Amtsvorstehers zum Erlasse polizeilicher Anordnungen. II. 29/5 83. **8**, 321. §§ 59flg.

2. Gehören die dem Amtsvorsteher untergeordneten Amtsdiener zu den in § 113 St.G.B.'s bezeichneten Beamten? II. 29/4 02. **35**, 210.

Ist der Kreisausschuß, oder der Landrat im Sinne des § 196 St.G.B.'s Vorgesetzter des Amtsvorstehers rücksichtlich polizeilicher Maßnahmen desselben? I. 7/4 81. **4**, 220. §§ 67flg.

S. weiter

zu §§ 21, 29, 30, 56, 59 **21**, 336; **19**, 308,
„ §§ 26, 31—33 . . . . . . **6**, 305,
„ §§ 26, 26a, 77 **22**, 420; **24**, 24; **14**, 350,
„ §§ 29, 30 . . . . . . **21**, 398, 424,
„ §§ 31—34 . . . . **4**, 24,
„ §§ 50, 52, 70 . . . . **34**, 234,
„ §§ 59 . . . . . . **27**, 31; **34**, 114,
„ §§ 59, 60, 79, 135 . . . . **2**, 411,
„ §§ 59, 61, 65 . . . . . . **6**, 199,
„ §§ 59, 76 . . . . **32**, 286.

Gesetze über Vorbildung und Anstellung der Geistlichen vom $\frac{\text{11. Mai 1873 (G.S. S. 191)}}{\text{21. Mai 1874 (G.S. S. 139)}}$.

Finden die Gesetze auch auf solche Amtshandlungen eines Geistlichen Anwendung, welche er nach kirchlichen Satzungen nicht vornehmen durfte? I. 11/12 79. **1**, 122.

Gesetz, betreffend die Erbschaftssteuer, vom $\frac{\text{30. Mai 1873 (G.S. S. 329)}}{\text{19. Mai 1891 (G.S. S. 72, 78)}}$.

Liegt eine fahrlässige Versicherung an Eidesstatt vor, wenn jemand entgegen der Vorschrift, alle zur Erbmasse gehörigen Forderungen in das Inventar zu setzen, vermeintlich wertlose Ausstände oder eingegangene Beträge wegen stillschweigender Verrechnung auf bezahlte Nachlaßschulden verschweigt und gleichwohl die Richtigkeit des Inventars an Eidesstatt versichert? I. 13/11 79. **1**, 99. §§ 5, 23, 33

Ist eine Bestrafung aus Abs. 1 auch dann ausgeschlossen, wenn das Nichtvorhandensein der Defraudationsabsicht in einer Nichtkenntnis der strafrechtlichen Norm ihren Grund hat? Kann eine Bestrafung wegen Anstiftung zu der in Abs. 2 vorgesehenen Übertretung erfolgen, auch wenn weder der Steuerpflichtige, noch der, welcher ihn zur Unterlassung der Anmeldung des Erbanfalls bestimmte, Kenntnis davon hatten, daß der Anfall der Erbschaftssteuer unterworfen war? II. 19/3 92. **22**, 427. § 41

Nach der Fassung gemäß der Bekanntmachung vom 24. Mai 1891.

§ 39 Bezieht sich die eidesstattliche Versicherung der Richtigkeit des Inventars auch auf den Wert der Nachlaßgegenstände? IV. 11/12 96. **29**, 247.

Finden auf wissentlich unwahre Erklärungen über einen steuerpflichtigen Anfall die Bestimmungen des § 263 St.G.B.'s Anwendung? I. 2/7 94. **26**, 48.

Gesetz über die Verwaltung erledigter katholischer Bistümer vom 20. Mai 1874 (G.S. S. 135).

Was ist unter den mit dem bischöflichen Amte verbundenen Rechten und geistlichen Verrichtungen im Sinne des § 4 des Gesetzes zu verstehen? (Suspensio ex informata conscientia.) I. 5/11 83. **9**, 305.

Vormundschaftsordnung vom 5. Juli 1875 (G.S. S. 431).

§§ 8, 86, 90 Erlischt die Befugnis des Vormunds zur Stellung des Strafantrags nach § 65 Abs. 2 St.G.B.'s von selbst durch Endigung der Vormundschaft, insbesondere zufolge Ablebens des Mündels?

Unter welchen Voraussetzungen kann einem Bevormundeten ein Pfleger nach §§ 86, 90 bestellt werden? Bestellung eines solchen zur Anbringung des Strafantrags im Falle der §§ 228, 232 Abs. 1 St.G.B.'s. Welches Gericht ist für diese Bestellung zuständig, und ist die Bestellung seitens eines örtlich unzuständigen Gerichts wirksam? II. 3/5 81. **4**, 145.

§§ 11, 26 Macht die Bestellung zum Gegenvormunde den § 266 Nr. 1 St.G.B.'s auch dann anwendbar, wenn eine vermeinte Vormundschaft gar nicht besteht? I. 30/10 84. **11**, 196.

§§ 24, 26, 35, 74 Ist es durch die Vormundschaftsordnung ausgeschlossen, daß der Vormund die Richtigkeit des von ihm angefertigten Inventars vor dem Vormundschaftsrichter an Eidesstatt versichert? I. 13/11 82. **7**, 275.

§§ 40, 41, 46, 86 Kann der Vormund über Mündelvermögen Verträge mit sich selbst abschließen? Ist Unterschlagung von Mündelvermögen seitens des Vormunds Unterschlagung anvertrauter Sachen? I. 22/11 83. **9**, 337.

S. weiter

zu	§ 12	**19**, 405,
"	§§ 12, 16, 27, 28	**1**, 370,
"	§§ 15, 17—19	**27**, 239,
"	§ 17	**35**, 338,
"	§§ 27—50, 66, 67	**2**, 345,
"	§§ 27, 35, 86	**13**, 333,
"	§§ 40, 91	**7**, 349,
"	§ 48	**4**, 255; **5**, 340,
"	§ 61	**15**, 176,
"	§ 89	**8**, 112,
"	§ 95	**16**, 307.

Gesetz, betreffend den Forstdiebstahl, vom 15. April 1878 (G.S. S. 222).

1. Was ist nach § 1 Nr. 3 unter „Abraum" zu verstehen? II. 7/2 02. **35**, 161.

2. Ist das Abhauen und Entwenden von Ästen bereits gefällter Bäume im Walde, mit deren Zubereitung noch nicht begonnen worden, Forstdiebstahl? IV. 1/6 94. **25**, 393.

3. Sind Baumstümpfe, welche zu Merkzeichen hergerichtet sind, ohne vom Boden getrennt worden zu sein, Gegenstand eines Forstdiebstahls? II. 5/10 83. **9**, 72.

4. Begeht der Uferbesitzer durch die Wegnahme und Aneignung von Weiden, welche auf einer durch strombauliche Anlage entstandenen Anlandung gewachsen sind, einen Forstdiebstahl, oder gemeinen Diebstahl? IV. 25/1 89. **18**, 436.

5. Ist die rechtswidrige Aneignung von Holz durch einen Königlichen Förster aus dem ihm unterstellten Reviere Forstdiebstahl, oder Diebstahl, oder Unterschlagung? II. 24/9 86. **14**, 305.

6. Kann die Vorschrift des § 5 gegen den Begünstiger Anwendung finden, obwohl der Haupttäter wegen gemeinen Diebstahls verurteilt ist? IV. 21/10 98. **31**, 285.

7. Anwendung des § 5 bei Hehlerei. IV. 24/1 90. **20**, 209.

8. Ist gemäß § 9 auf den Ersatz des Werts auch dann zu erkennen, wenn der Bestohlene wieder in den Besitz der entwendeten Walderzeugnisse gelangt ist? II. 24/4 85. **12**, 158.

S. weiter

zu § 1	**4**, 268; **20**, 11,
„ § 16	**11**, 321; **13**, 270,
„ § 19	**17**, 38,
„ §§ 20, 21	**3**, 157,
„ § 23	**6**, 400; **11**, 321; **13**, 270,
„ §§ 24, 25	**4**, 214,
„ § 33	**21**, 424.

Ausführungsgesetz zum deutschen Gerichtsverfassungsgesetze vom 24. April 1878 (G.S. S. 230).

1. Inwieweit ist in Preußen der einem Amtsgerichte zur unentgeltlichen Beschäftigung überwiesene, nicht als Hülfsrichter bestellte Gerichtsassessor zur Vornahme richterlicher Handlungen befugt? I. 27/5 86. **14**, 153.

2. Über die Frage, ob § 38 auf Assessoren, denen die kommissarische Verwaltung einer Amtsrichterstelle übertragen ist, Anwendung erleidet, s. G.V.G. § 69.

S. weiter

zu §§ 1, 2, 96	**11**, 272,
„ §§ 3, 5	**17**, 88; **22**, 203; **23**, 119; **25**, 237,
„ §§ 25, 26, 29, 31, 41, 49, 88	**9**, 357,

zu § 37 . . . . **22**, 397,
„ § 38 . . . . **23**, 119; **26**, 94,
„ § 59 . . . . **15**, 110,
„ § 73 . . . . **4**, 283; **7**, 253,
„ § 77 . . . . **26**, 138,
„ §§ 78—80 . . . 7, 404; **17**, 88; **19**, 260,
„ § 81 . . . . **23**, 357.

Schiedsmannsordnung vom 29. März 1879 (G.S. S. 321).

§ 28 Enthält die Bestimmung in Abs. 1 eine wesentliche Formvorschrift? IV. 6/10 96. **29**, 92.

§ 32 Zur Frage der Vollstreckbarkeit schiedsmännischer Vergleiche. IV. 5/12 90. **21**, 236.

§ 38 Bildet der Umstand, daß bei einer Sühneverhandlung vor dem Schiedsmanne ein Teil persönlich erschienen ist, eine rechtlich erhebliche Tatsache, deren Beurkundung vorgeschrieben ist? IV. 14/2 90. **20**, 235.

S. weiter zu §§ 20—22 **5**, 116.

Geschäftsanweisung für die Gerichtsvollzieher vom 24. Juli 1879 (Just.Min.Bl. S. 206 und Anl.).

1. Befindet sich der Gerichtsvollzieher in rechtmäßiger Amtsausübung, wenn er auf Grund einer einstweiligen Verfügung, durch welche die Rückbringung von Sachen des Gegners des Antragstellers in die Wohnung des letzteren angeordnet ist, demjenigen, zu welchem die Sachen geschafft waren, sie wider dessen Willen mit wegnehmen will? I. 19/11 94. **26**, 249.

2. Ist das mit Eintragungen versehene allgemeine Dienstregister des Gerichtsvollziehers eine Urkunde im Sinne des § 348 Abs. 2 St.G.B.'s? II. 25/11 82. **7**, 252.

3. Ist das in Gemäßheit des § 59 der Geschäftsanweisung aufgenommene Protokoll als eine öffentliche Urkunde im Sinne des § 348 St.G.B.'s anzusehen? IV. 13/12 89. **20**, 120.

S. weiter **4**, 283; **19**, 164; **26**, 9; **31**, 420; **32**, 389.

Verordnung, betreffend das Verwaltungszwangsverfahren wegen Beitreibung von Geldbeträgen, vom 7. September 1879 (G.S. S. 591).

§ 19 Was ist unter dem schriftlichen Auftrage der Vollstreckungsbehörde zu verstehen? IV. 18/6 95. **27**, 297.

S. weiter

zu §§ 3, 5 . . . . **26**, 287,
„ §§ 1, 3, 6 . . . . **23**, 226.

Digitized by Google

Anweisung zur Ausführung der Verordnung vom 7. September 1879, betreffend das Verwaltungszwangsverfahren rc, vom 15. September 1879 (Centr.Bl. f. d. Abgabengesetzgeb. rc S. 287).

Bedingt die Vorschrift über Einhaltung einer dreitägigen Frist für die Bekanntmachung einer Versteigerung vor deren Vornahme die Rechtmäßigkeit der Versteigerung? I. 6/2 88. **17**, 122. Art. 51

S. weiter

zu Artt. 2, 10 . . . . **23**, 226,
„ Art. 14 . . . . **21**, 104,
„ „ 25 . . . . **27**, 297.

Gesetz, betreffend die Besteuerung des Wanderlagerbetriebes, vom 27. Februar 1880 (G.S. S. 174).

1. Gehört zum Begriffe des Wanderlagers, daß die Waren von auswärts an den Ort der Feilbietung gebracht sind? I. 11/6 96 **29**, 1.

2. Setzt der Wanderlagerbetrieb, um steuerpflichtig zu sein, Gewerbsmäßigkeit des Geschäftsbetriebes, sowie die Verbringung der Waren des Wanderlagers an eine Mehrheit von Orten außerhalb des Wohnorts seines Inhabers voraus?

Steht die Mitwirkung eines Kommissionärs bei dem Feilhalten und dem Verkaufe der Waren eines Wanderlagers unter allen Umständen der Besteuerung des Wanderlagerbetriebes entgegen? III. 12/2 00. **33**, 133.

Feld- und Forstpolizeigesetz vom 1. April 1880 (G.S. S. 230).

Inwiefern kommt § 9 in Betracht bei der Feststellung, ob der Tatbestand des § 117 St.G.B.'s vorliegt? I. 1/11 81. **5**, 413; II. 1/3 95. **27**, 70. § 9

1. Besteht Gesetzeskonkurrenz zwischen § 17 Nr. 2 und § 240 bezw. 43 St.G.B.'s? II. 10/10 82. **7**, 116. § 17

2. Entscheidet, wenn jemand das rechtmäßig von einer Privatperson in Pfand genommene Vieh dem Pfändenden in rechtswidriger Weise wegnimmt, § 17 Nr. 3 des Feldpolizeigesetzes, oder 289 St.G.B.'s? I. 4/12 82. **7**, 302.

1. Objektiver Umfang des § 18. Unter welchen Voraussetzungen können Entwendungen von Blumen, Pflanzen rc von Gräbern eines Kirchhofs unter § 18 subsumiert werden? I. 26/10 82. **7**, 190; II. 27/10 96. **29**, 138. § 18

2. Begriff von „Bodenerzeugnissen". II. 1/11 92. **23**, 269. I. 16/1 02. **35**, 67.

3. Sind die in Gartenanlagen aufgestellten Topfpflanzen als Bodenerzeugnisse zu betrachten? Fer. 30/7 94. **26**, 101.

4. Fällt Torf unter den Begriff von „Bodenerzeugnissen"? II. 27/6 90. **21**, 27.

5. Ist es für die Begriffsbestimmung von „Bodenerzeugnissen“ erheblich, ob eine regelmäßig wiederkehrende Nutzung stattfinden kann, und ob zur Zeit der Entwendung eine Abtrennung bereits erfolgt war? Ist die Entwendung von Holz im Werte bis zu 10 ℳ der Vorschrift zu unterstellen? III. 1/6 81. **4**, 268.

6. Findet § 18 Anwendung auf die Entwendung geernteter Feldfrüchte, welche sich zur dauernden Aufbewahrung in Mieten rc auf dem Felde befinden? II. 7/2 82. **5**, 385; II. 2/11 83. **9**, 163.

7. Findet § 18 Anwendung auf die Entwendung stehender Weidenruten von Anpflanzungen auf Anlandungen der Flußufer? IV. 25/10 89. **20**, 11.

8. Bezieht sich § 252 St.G.B.'s auch auf die in § 18 bezeichneten Entwendungen? IV. 5/3 86. **13**, 391.

§§ 19, 20 Sind die in §§ 19, 20 bezeichneten Entwendungen, wenn die Voraussetzungen des § 370 Nr. 5 St.G.B.'s vorliegen, nur auf Antrag zu verfolgen? IV. 13/5 87. **16**, 63.

§ 25 Was ist unter dem „Auffammeln“ von Dungstoffen zu verstehen? IV. 16/12 90. **21**, 245.

§ 29 Ist der Eigentümer als solcher für die unterlassene Einfriedigung von Gruben verantwortlich? IV. 23/11 86. **15**, 58.

§ 30 1. Begriff eines „zur Bezeichnung des Wasserstands bestimmten Merkmals“. II. 10/5 98. **31**, 143.

2. Ist die Entwendung der Stücke einer zerbrochenen Einfriedigung nach § 30 Nr. 4 zu bestrafen? II. 11/1 95. **26**, 367.

S. weiter

zu § 9 . . . . **5**, 413,
„ §§ 40, 41 . . . . **20**, 229,
„ § 62 . . . **6**, 400; **7**, 272; **12**, 419,
„ § 63 . . . . **12**, 419; **13**, 215,
„ §§ 17, 69, 75, 83, 85, 87 . **32**, 12.

Gesetz, betreffend die Ausführung des Reichsgesetzes über Abwehr rc von Viehseuchen, vom 12. März 1881 (G.S. S. 128).

§ 2 Ist der Kreislandrat befugt, auf Grund des § 56b Gew.O. in der Fassung des Gesetzes vom 6. August 1896 den Handel mit Vieh im Umherziehen für seinen Kreis auf bestimmte Dauer zu untersagen? IV. 6/10 99. **32**, 286 u. 291.

§ 3 Sind die auf Grund des § 3 erlassenen Anordnungen des Regierungspräsidenten Rechtsnormen im Sinne des § 376 St.P.O. IV. 21/2 96. **28**, 195.

S. weiter **12**, 19; **22**, 190; **33**, 1.

Gesetz, betreffend das Pfandleihgewerbe, vom 17. März 1881 (G.S. S. 265).

1. Ist in dem gewerbsmäßigen Verkaufe von Waren unter Kreditierung des Kaufpreises und Sicherung desselben durch Bestellung von Pfändern der Betrieb des Pfandleihgewerbes zu finden? IV. 28/4 85. **12**, 216.

2. Findet das Gesetz auf solche Personen Anwendung, welches das Gewerbe eines Pfandleihers ohne die dazu erforderliche polizeiliche Erlaubnis betreiben? II. 8/5 83. **8**, 283.

Regulativ, betreffend die juristischen Prüfungen und die Vorbereitung zum höheren Justizdienst, vom 1. Mai 1883 (J.M.Bl. S. 131).

Befindet sich der Referendar in Ausübung seines Berufs, wenn er während der Beschäftigung bei dem Amtsgerichte als der vom Amtsrichter für eine arme Partei bestellte Vertreter für diese in einem Rechtsstreite auftritt? I. 25/4 95. **27**, 176. § 20

Bergpolizeiverordnung des Oberbergamts zu Dortmund über die Behandlung von Sprengstoffen zc vom 12. Juli 1883 (Brassert, Zeitschrift S. 419).

Welche Verpflichtungen sind dem Steiger durch § 20 Abs. 5 auferlegt? I. 24/11 94. **26**, 235.

Gesetz, betreffend die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen, vom 13. Juli 1883 (G.S. S. 131).

Können zum beweglichen Zubehör eines Grundstücks die zum Betriebe eines Handwerks bestimmten Gerätschaften, Vorräte und Waren gerechnet werden? Kann es im Zwangsverwaltungsverfahren Aufgabe des Verwalters sein, das im Grundstück betriebene Handwerk an Stelle des Schuldners fortzuführen? IV. 19/5 96. **28**, 379. §§ 1, 16, 139

Dauer der Wirksamkeit der Beschlagnahme. IV. 18/3 98. **31**, 80. § 16

Wird durch Einleitung der Zwangsverwaltung eine Beschlagnahme auch an dem Grundstücke selbst und seinem Zubehör herbeigeführt? II. 10/4 96. **28**, 307. § 139

Gesetz über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G.S. S. 195).

Über die Verwaltung der Wegepolizei. II. 7/6 89. **19**, 308. § 132

In welcher Form sind die Polizeiverordnungen der Regierungspräsidenten bekannt zu machen? I. 8/3 97. **29**, 442; I. 30/9 01. **34**, 368. § 140

S. weiter

zu §§ 18, 24 . . . **15**, 164; **25**, 112; **32**, 286, 291,

„ § 50 . . . . **30**, 171,

zu § 127 . . . . **34**, 12,
„ § 132 . . . . **21**, 336; **23**, 226,
„ § 137 . . . . **22**, 190; **26**, 266; **32**, 341.

Gesetz über die Zuständigkeit der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsbehörden vom 1. August 1883 (G.S. S. 237).

Über die Verwaltung der Wegepolizei. II. 7/6 89. **19**, 308.
S. weiter **34**, 12, und speziell
zu § 36 . . . . **21**, 336,
„ § 114 . . . . **27**, 91.

Gesetz, betreffend die Befugnisse der Strombauverwaltung gegenüber den Uferbesitzern von öffentlichen Flüssen, vom 20. August 1883 (G.S. S. 333).

Ist eine in der Nähe des Stromufers entstandene Sandbank ohne weiteres als eine Anlandung im Sinne des Gesetzes anzusehen?

Ist eine Anlandung, welche infolge der staatlichen Buhnenanlagen aus einer schon vor den letzteren vorhanden gewesenen Sandbank entstanden ist, als eine natürliche Anlandung zu betrachten? IV. 25/1 89. **18**, 436.

S. weiter zu § 11 **31**, 143.

Verordnung auf Grund des § 2 des Gesetzes gegen den verbrecherischen rc Gebrauch von Sprengstoffen, vom 11. September 1884 (Min.Bl. für die inn. Verw. S. 237).

Darf in die den Besitz von Sprengstoffen gestattenden landrätlichen Erlaubnisscheine eine Beschränkung hinsichtlich der Menge des zulässigen Vorrats aufgenommen werden? I. 19/11 00. **34**, 12.

S. weiter **12**, 431.

Gesetz, betreffend das Spiel in außerpreußischen Lotterien, vom 29. Juli 1885 (G.S. S. 317).

Steht das Gesetz mit Reichsgesetzen, insbesondere dem § 763 B.G.B.'s in Widerspruch? II. 26/1 00. **33**, 124; II. 2/3 00. **33**, 196; III. 26/5 00. **33**, 335; II. 24/2 80. **1**, 219; III. 13/3 80. **1**, 274.

§ 1 1. Erfordert das Delikt des Spielens in auswärtigen Lotterien Dolus, und wird dieser durch Irrtum über die Zulassung der fremden Lotterie in Preußen ausgeschlossen? I. 9/6 81. **4**, 251.

2. Wird der subjektive Tatbestand schon durch die Nichtkenntnis davon, ob eine besondere Zulassung der betreffenden Lotterie in Preußen

erfolgt sei, oder nur durch den positiven, wenngleich irrtümlichen Glauben ausgeschlossen, daß dies der Fall sei? III. 29/9 84. **11**, 108.

1. Erfordert die Strafbestimmung des § 2 einen gewohnheitsmäßigen, gewerbsmäßigen oder geschäftsmäßigen Losvertrieb oder doch eine Mehrheit von Verkäufen oder Verkaufsanerbietungen? II. 30/3 94. **25**, 230. § 2

2. Gehört zum Tatbestande, daß ein Los verkauft worden ist?

Liegt ein Befördern des Verkaufs von Losen als Mittelsperson in der Vermittelung der Einrückung der eine auswärtige Lotterie betreffenden Annonce in eine inländische Zeitung seitens des Inhabers eines Annoncenbureaus? I. 2/2 82. **5**, 375.

3. Kann strafbare Beihülfe auch dann als vorliegend angenommen werden, wenn der die Unterstützung Gewährende nicht wußte, welchen Personen gegenüber der Täter sich dem Verkaufe von Losen der auswärtigen Lotterie unterziehen werde? II. 15/2 98. **31**, 35.

4. Ist der Redakteur einer in Preußen erscheinenden Zeitung, in welcher zum Ankaufe von Losen einer in Preußen nicht zugelassenen Lotterie aufgefordert wird, strafbar wegen Beförderung des Verkaufs der Lose? III. 7/12 81. **5**, 301.

5. Ist die Strafbestimmung anwendbar, wenn eine außerhalb Preußens erscheinende periodische Druckschrift, in welcher zum Ankauf von Losen einer in Preußen nicht zugelassenen Lotterie aufgefordert wird, mit einer in Preußen erscheinenden Zeitung als Beilage derselben verbreitet wird? III. 23/12 81. **5**, 314.

6. Ist der Verkäufer auswärtiger Lotterielose entschuldigt, wenn er nicht wußte, daß die betreffende Lotterie in Preußen nicht zugelassen ist? I. 11/6 96. **28**, 418.

7. Inwieweit darf derjenige, welcher wegen Vertriebs von Losen einer in Preußen nicht zugelassenen Lotterie bestraft worden ist, wegen anderweiten vor seiner Verurteilung geschehenen Vertriebs gleichartiger Lose noch strafrechtlich verfolgt werden? III. 12/3 85. **12**, 115.

8. Kann der Einwand der entschiedenen Sache auf das Urteil eines außerpreußischen Gerichts über einzelne Tätigkeitsakte der Gesamthandlung gestützt werden? I. 2/3 99. **32**, 57; I. 30/11 96. **29**, 156.

9. Ist der Gerichtsstand der begangenen strafbaren Handlung in Preußen begründet, wenn die Aufforderung zum Kaufe von Losen brieflich von auswärts nach Preußen versendet wird? III. 13/3 80. **1**, 274.

S. weiter **28**, 97, 352.

Gesetz, enthaltend Bestimmungen über das Notariat und über die gerichtliche und notarielle Beglaubigung von Unterschriften oder Handzeichen, vom 15. Juli 1890 (G.S. S. 229).

Gewährt die vor dem 1. Oktober 1890 erfolgte Beobachtung der Vorschrift des § 9 den Parteien Straffreiheit bezüglich der Unterlassung rechtzeitiger Beibringung des Urkundenstempels? II. 29/12 91. **22**, 290. § 9

S. weiter **34**, 360.

Einkommensteuergesetz vom 24. Juni 1891 (G.S. S. 175).

§§ 12–14 1. Sind Zinsen von Ausständen auch dann als Einkommen aus Kapitalvermögen anzusehen, wenn die Verzinsung nicht ausdrücklich versprochen war? II. 19/1 00. **33**, 110.

2. Wann und nach welchen Grundsätzen sind Wertveränderungen an den aus dem Betriebskapital angeschafften Vermögensstücken bei der Berechnung des Jahreseinkommens aus Handel und Gewerbe zu berücksichtigen? II. 24/6 02. **35**, 305.

§ 24 Ist der Prokurist eines selbständigen Kaufmanns als solcher zur Abgabe der vorgeschriebenen Steuererklärung befugt? I. 13/10 96. **29**, 93.

§ 34 Wer ist bei Beleidigungen gegen den Vorsitzenden der Veranlagungskommission der zum Strafantrage berechtigte amtliche Vorgesetzte? IV. 4/6 97. **30**, 171; IV. 13/5 02. **35**, 236.

§ 41 Wer ist bei Beleidigungen, die dem Vorsitzenden der Berufungskommission zugefügt werden, der zum Strafantrage berechtigte amtliche Vorgesetzte? IV. 4/6 97. **30**, 171.

§ 66 1. Über Bemessung der Strafe, wenn bei einer Steuererklärung eine Verkürzung der Steuer zugleich bewirkt und versucht worden ist. I. 18/4 98. **31**, 112.

2. Finden die Strafvorschriften auch dann Anwendung, wenn die Unrichtigkeit der Angaben des Steuerpflichtigen den Eintritt einer anderen Steuerstufe nicht zur Folge gehabt hat? II. 19/1 00. **33**, 110.

3. Wann liegt das in § 66 Abs. 2 mit Strafe bedrohte wissentliche Verschweigen steuerpflichtigen Einkommens vor? I. 18/3 97. **30**, 14.

4. Wann beginnt die Verjährung einer Zuwiderhandlung gegen § 66? Wird die Verjährung dadurch unterbrochen, daß der Vorsitzende der Veranlagungskommission die Einleitung der Untersuchung verfügt? III. 8/12 98. **31**, 370.

5. Was ist unter „eingeleiteter Untersuchung" im Sinne des Abs. 3 zu verstehen? Ist der Vorsitzende der Veranlagungskommission zuständig, die Untersuchung einzuleiten? IV. 10/11 99. **32**, 362.

Gewerbesteuergesetz vom 24. Juni 1891 (G.S. S. 205).

§ 2 Unter welchen Voraussetzungen ist anzunehmen, daß ein gewerbliches Unternehmen, das außerhalb Preußens seinen Sitz hat, in Preußen einen stehenden Betrieb unterhält? I. 5/12 98. **31**, 350.

§§ 52, 59, 70 Zur Auslegung derselben. — Ist die Anwendung der Strafvorschrift des § 70 Abs. 1 durch die tatsächliche Vorenthaltung der Steuer bedingt? II. 10/10 02. **35**, 377.

Beginn der Verjährung bei unterlassener Anmeldung des steuerpflichtigen Betriebs? I. 5/12 98. **31**, 350. § 70

Bedeutung der von der Regierung getroffenen Festsetzung der Jahressteuer. Muß der bezügliche Bescheid dem Angeklagten zugestellt werden? I. 5/12 98. **31**, 350. § 73

Landgemeindeordnung für die sieben östlichen Provinzen der Monarchie vom 3. Juli 1891 (G.S. S. 233).

1. Wer hat bei Bildung eines gemeinschaftlichen Jagdbezirks nach § 9 des Jagdpolizeigesetzes vom 7. März 1850 als Organ der Gemeindebehörde zu fungieren?

Bedarf der Jagdpachtvertrag in keinem Falle der Genehmigung der Aufsichtsbehörde? II. 9/10 94. **26**, 144.

2. Anstellung von Gemeindebeamten. Akt der Anstellung. IV. 8/2 95. **26**, 437.

S. weiter

zu § 88 . . . . **31**, 110,
„ §§ 84, 88 . . . . **29**, 230.

Wildschadensgesetz vom 11. Juli 1891 (G.S. S. 307).

Werden die Kaninchen dadurch, daß ihnen mit Schlingen nachgestellt wird, zu jagdbaren Tieren? Ist bloß das Fangen mittels Schlingen verboten, oder schon das Nachstellen? Verhältnis des § 15 und der auf Grund desselben erlassenen Polizeiverordnungen zu § 368[10] St.G.B.'s. III. 19/10 93. **24**, 326. § 15

S. weiter

zu § 2 . . . . **26**, 144,
„ § 15 . . . . **26**, 266.

Ergänzungssteuergesetz vom 14. Juli 1893 (G.S. S. 134).

Unter welchen Voraussetzungen können Zinsrückstände den Charakter von Kapitalforderungen im Sinne des § 7 lit. a des Gesetzes annehmen? II. 19/1 00. **33**, 110.

Kommunalabgabengesetz vom 14. Juli 1893 (G.S. S. 152).

In welcher Frist verjähren die hier vorgesehenen Straftaten? I. 25/3 97. **30**, 31. § 79

Polizeiverordnung, betreffend den Verkehr mit Sprengstoffen, vom 19. Oktober 1893 (Min.Bl. für die innere Verw. S. 225).

Muß § 27 Abs. 1 nur auf die Fälle bezogen werden, in denen ein zum Besitze und zur betriebsmäßigen Abgabe von Sprengstoffen an andere § 27

berechtigter Betriebsleiter ꝛc aus dem seiner Verfügungsgewalt unterstehenden Vorrate zu erlaubten Zwecken, aber ohne behördliche Einzelgenehmigung Sprengstoff an andere ausfolgt? I. 3/2 02. **35**, 107.

§ 33 1. Begriff einer Niederlage von Sprengstoffen im Sinne des § 33. III. 28/3 96. **28**, 292.

2. Unter welchen Voraussetzungen wird das Niederlegen von Sprengstoffen an einem nicht polizeilich genehmigten Orte zu einem „Lagern"? I. 25/10 00. **33**, 417.

S. weiter zu § 5 **34**, 12.

Vorschriften über die Besichtigung (Revision) der Drogen- und ähnlichen Handlungen, vom 1. Februar 1894 (Min.Bl. für die innere Verw. S. 32).

Ist der Kreisphysikus in Preußen berechtigt, bei Revision der Drogenhandlungen dort vorgefundene Waren, deren Feilhaltung nur den Apothekern gestattet ist, ohne Zuziehung der Ortspolizei mit Beschlag zu belegen? III. 22/2 00. **33**, 171.

Gesetz, betreffend die Rechte des Vermieters ꝛc, vom 12. Juni 1894 (G.S. S. 113).

1. Hat das Gesetz auch Bezug auf Sachen, welche nach § 708 Abs. 2 C.P.O. nicht gepfändet werden sollen? II. 8/11 98. **31**, 310.

2. Kann das Gesetz Wirkung äußern auf die Strafbarkeit eines schon früher perfekten Vergehens gegen § 289 St.G.B.'s? III. 25/2 95. **27**, 98.

S. zu dem Gesetz auch **35**, 150; **34**, 157.

Stempelsteuergesetz vom 31. Juli 1895 (G.S. S. 413).

§ 3 Ist eine bei Errichtung der schriftlichen Vertragsurkunde mündlich getroffene Nebenberedung von Bedeutung für die Stempelpflicht? I. 29/5 99. **32**, 191.

§ 18 Ist auf eine bloße Ordnungsstrafe schon dann zu erkennen, wenn der Richter die Möglichkeit anerkennt, daß eine Steuerhinterziehung nicht beabsichtigt worden sei? I. 29/5 99. **32**, 191.

§ 34 Ist Abs. 2 dahin zu verstehen, daß auch die früheren Vorschriften über Bestrafung von Stempelhinterziehungen unbedingt in Wirksamkeit bleiben? I. 10/6 97. **30**, 147.

Gesetz, betreffend die Anstellung und Versorgung der Kommunalbeamten, vom 30. Juli 1899 (G.S. S. 141).

Berühren die Vorschriften dieses Gesetzes die materiellen Voraussetzungen für die Bestimmung der Beamteneigenschaft im Sinne des § 359 St.G.B.'s? II. 8/7 02. **35**, 325.

Gesetz, betreffend die Dienststellung des Kreisarztes und die Bildung von Gesundheitskommissionen, vom 16. September 1899 (G.S. S. 172).

Haben die vorläufigen Anordnungen, welche gemäß § 8 von dem Kreisarzte getroffen werden, ohne Beobachtung der in Abs. 2 vorgeschriebenen Form keine Gültigkeit? IV. 14/11 02. **35**, 430.

Königreich Sachsen.

Verordnung, das Tragen republikanischer Abzeichen 2c betreffend, vom 14. Juli 1849 (G.= u. V.Bl. S. 138).

Hat die Verordnung neben dem Reichsstrafgesetzbuche noch Geltung? III. 12/3 94. **25**, 288.

Bürgerliches Gesetzbuch vom 2. Januar 1863 (G.= u. V.Bl. S. 1).

1. Unter welchen Voraussetzungen enthält im Gebiete des Königlich sächsischen Rechts die von dem Abmieter gegen den Widerspruch des Vermieters bewirkte Wegschaffung der eingebrachten Sachen aus der Mietwohnung kein Vergehen wider § 289 St.G.B.'s? III. 16/11 93. **25**, 1. §§ 767, 1228

2. Inwieweit darf nach Königlich sächsischem Rechte der Ehemann die Früchte des eheweiblichen Vermögens veräußern, ohne dem § 288 St.G.B.'s zu unterliegen? III. 6/7 91. **22**, 208. §§ 1655, 1683, 1693, 1694

S. weiter

zu §§ 13, 1748 . . . . **24**, 360
„ §§ 203, 254, 788 flg. . . . **19**, 429
„ §§ 1228, 1656 . . . . **4**, 30,
„ §§ 1655, 1668 . . . . . . **31**, 372.

Gesetz, die Sonn=, Fest= und Bußtagsfeier betreffend, vom 10. September 1870 (G.= u. V.Bl. S. 313).

Ist die Geltung der Vorschrift in § 4, wonach die „Arbeit in Fabriketablissements überhaupt" verboten ist, durch Reichsgesetze beseitigt? III. 30/10 89. **20**, 81.

Forststrafgesetz vom 30. April 1873 (G.- u. V.Bl. S. 401).

Artt. 1, 2 Ist die diebische Wegnahme natürlich ausgeflossenen Harzes ohne Anwendung von Werkzeugen als Forstentwendung anzusehen? III. 5/7 83. **9**, 60.

Art. 10 Darf der Jagdpächter den Forstschutzbeamten hindern, das zum Forst gehörige Jagdrevier mit geladenem Gewehr zu betreten? III. 30/10 80. **3**, 14.

Einkommensteuergesetz vom $\frac{\text{2. Juli 1878 (G.- u. V.Bl. S. 129)}}{\text{10. März 1894 (G.- u. V.Bl. S. 53)}}$.

§ 3 Ist das von der Ehefrau als Inhaberin eines Handelsgeschäfts oder Gewerbebetriebes bezogene Einkommen von dieser, oder dem Ehemanne vermöge seines Nießbrauchsrechts zu versteuern? IV. 9/12 98. **31**, 372.

§ 21 Nr. 5.

Wie ist danach das Einkommen zu berechnen? Welche Jahre haben bei Berechnung des im Durchschnitte der letzten drei Geschäftsjahre erzielten Reingewinns in Betracht zu kommen? IV. 9/12 98. **31**, 372; IV. 20/1 99. **31**, 441.

§ 40 Erfordernisse der Deklaration. Darf der Ehemann als gesetzlicher Vertreter seiner Frau deklarieren? IV. 9/12 98. **31**, 372.

§ 69 Berechnung des Betrags der Hinterziehung. Ist die schätzungsweise Feststellung des Einkommens, welches der Steuerpflichtige in den vorhergehenden drei Jahren aus Handel und Gewerbe bezogen hat, für die Bestimmung der Strafe wegen Steuerhinterziehung zulässig? IV. 9/12 98. **31**, 372; IV. 20/1 99. **31**, 441.

Sachsen-Coburg-Gotha.

Gothaisches Gesetz wegen Besteuerung des Branntweins vom 12. Dezember 1833 (G.S. 1831/4 S. 397).

Wie ist bei unbefugtem Überschöpfen von einem Maischbottiche in einen anderen die verwirkte Defraudationsstrafe zu berechnen, und hinsichtlich welcher bei dem Überschöpfen benutzten Gefäße ist die Konfiskation auszusprechen? III. 2/5 87. **16**, 101.

Waldeck.

Vertrag zwischen Preußen und Waldeck-Pyrmont, betreffend die Übertragung der Verwaltung der Fürstentümer Waldeck und Pyrmont an Preußen, vom 18. Juli 1867 (Reg.Bl. S. 133).

Artt. 1, 6, 10 Sind die waldeckischen Domanialforstaufseher Beamte im Sinne des § 359 St.G.B.'s? IV. 25/2 98. **31**, 47.

Württemberg.

Gesetz über die Wirtschaftsabgaben vom 9. Juli 1827 (Reg.Bl. S. 269).

Inwieweit ist dadurch Bestrafung wegen Betrugs aus § 263 St.G.B.'s ausgeschlossen? I. 21/11 98. **31**, 354.

Gesetz, betreffend die Steuer von Kapital-, Renten-, Dienst- und Berufseinkommen, vom 19. September 1852 (Reg.Bl. S. 230) / 13. Juni 1883 (Reg.Bl. S. 131).

1. Was gehört zum Tatbestande der nach Art. 11 strafbaren Handlung in subjektiver Beziehung? Kann Betrug ideell konkurrieren? Unter welchen Voraussetzungen ist Beihülfe zu der Tat denkbar? I. 15/2 97. **29**, 379.

2. Wann beginnt die Verjährung einer fortgesetzten Kapitalsteuerdefraudation? Inwieweit hat eine sogenannte Nachfassion im Falle einer fortgesetzten Kapitalsteuerdefraudation Wirkung? Unter welchen Voraussetzungen können bei einer sog. Fassion die einem Teilhaber zustehenden Anteile an einer Forderung in Abzug gebracht werden? I. 2/4 94. **25**, 206.

3. Können die materiellen Bestimmungen des württembergischen Steuerstrafrechts, wonach auch dann, wenn eine Steuerdefraudation erst nach dem Tode des Defraudanten entdeckt wird, auf die Defraudationsstrafe erkannt werden soll, in einem strafprozessualen Verfahren Anwendung finden? I. 19/4 88. **18**, 14.

4. Umfang der Verpflichtung zur Fassion des Kapitaleinkommens. I. 13/12 83. **10**, 196.

S. zu dem Gesetze weiter **18**, 402.

Gesetz, betreffend die Beseitigung der bei Liegenschaftsveräußerungen und insbesondere bei der Zerstückelung von Bauerngütern vorkommenden Mißbräuche, vom 23. Juni 1853 (Reg.Bl. S. 243).

Ist der Verkauf eines Guts von mehr als zehn Morgen durch Bevollmächtigte, welche am Gewinne und Verluste teilnehmen, verboten? I. 10/12 96. **29**, 283. Artt. 11 flg.

Fallen unter das Verbot auch diejenigen Kauf- und Tauschverträge, durch welche jemand als Scheinbevollmächtigter des seitherigen Eigentümers, in Wirklichkeit aber als Bevollmächtigter des neuen Erwerbers und für dessen Rechnung ein Gut von mehr als zehn Morgen vor Ablauf von 3 Jahren stückweise weiter veräußert? I. 5/12 95. **28**, 34. Art. 12

Zur Auslegung der hier getroffenen Bestimmungen. I. 15/1 91. **21**, 278. Artt. 11–13

Digitized by Google

Gesetz, betreffend Änderungen des Polizeistrafrechts bei Einführung des Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich, vom 27. Dezember 1871 (Reg.Bl. S. 391).

1. Über Bestrafung von Feldentwendungen im Sinne des Art. 36 Ziff. 2, welche unter den erschwerenden Umständen des § 243 Nr. 2, jedoch unter den Voraussetzungen des § 370 Nr. 5 St.G.B.'s verübt werden. I. 5/3 96. **28**, 260.

2. Sind unter Bodenerzeugnissen im Sinne des Art. 36 Nr. 2 auch Obstbäume mitbegriffen? I. 4/5 93. **24**, 124.

Ausführungsgesetz zum Reichs-Gerichtsverfassungsgesetz vom 24. Januar 1879 (Reg.Bl. S. 3).

Sind in Württemberg zur Aburteilung der Fahrlässigkeitsvergehen des § 21 des Preßgesetzes vom 7. Mai 1874 und insbesondere auch der öffentlichen Verbreitung einer Druckschrift strafbaren Inhalts die Schwurgerichte zuständig? I. 29/11 88. **18**, 293.

S. weiter zu Art. 11 **11**, 163.

Alphabetisches Register.

(Die fetten Ziffern bezeichnen den Band, die gewöhnlichen die Seiten.)

A

Abbildungen. 1) Unzüchtige s. St.G.B. § 184 S. 111 flg. — 2) Nachdruck von zum Verkaufe bestimmten Klischees. **28**, 256; **35**, 328.
Abbruch eines Gebäudes. Kann er Ausführung eines Baues im Sinne des § 330 St.G.B.'s sein? **25**, 90; **28**, 318.
Abdecker. Bedarf es eines Legitimationsattestes, wenn er ein Pferd zur Tötung erwirbt? **26**, 284.
Aberration (aberratio ictus). 1) Kann eine durch solche verursachte Verletzung als gewollt angesehen werden? **3**, 384; **2**, 335. — 2) Schließt ein Irrtum über die Person des Verletzten den Dolus aus? **19**, 179; **18**, 337.
Abgaben. Begriff im Sinne von § 353 St.G.B.'s. **3**, 87; **22**, 306; **23**, 263.
— und Gefälle. 1) Verfahren bei Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über die Erhebung öffentlicher Abgaben und Gefälle s. St.P.O. §§ 459—469 S. 416 flg. — 2) Zuständigkeit des Reichsgerichts für die Revision in diesem Verfahren, insoweit Abgaben in die Reichskasse fließen, s. G.V.G. § 136 Nr. 2—5 S. 429. — 3) Darf der Strafrichter auf Nachentrichtung hinterzogener Abgaben erkennen? **32**, 304.
Abgeordneter zum Reichs- oder Landtage. 1) Unverantwortlichkeit und Immunität s. Reichsverfassung vom 16. April 1871 Artt. 30, 31 S. 476; St.G.B. § 11 S. 8. — 2) Vernehmung als Zeuge außerhalb der Hauptverhandlung, Verlesung des Protokolls. S. St.P.O. § 49 S. 298.
Abgraben eines Grenzrains. S. St.G.B. § 370[1] S. 274.
Abhalten von Mit- und Weiterbieten bei öffentlichen Versteigerungen. Sind die partikularrechtlichen Strafvorschriften neben dem Strafgesetzbuche in Geltung geblieben? **10**, 220; **17**, 202; **27**, 106.
Abirren. S. Aberration.
Ablehnung von Gerichtspersonen. S. St.P.O. §§ 24—32 S. 293 flg.
— von Sachverständigen. S. St.P.O. § 74 S. 307.
— von Beweisanträgen. S. St.P.O. § 243 S. 336 flg.
— der Rechtshülfe. S. G.V.G. § 160 S. 429.
Abolition. S. St.P.O. Buch II Abschnitt 1, b, S. 323.
Abortivmittel. S. St.G.B. §§ 218—220 S. 130 flg.

Abraum im Sinne des preußischen Forstdiebstahlsgesetzes vom 15. April 1878. S. dieses Gesetz S. 595.

Absatz. Mitwirkung zum Absatze als Begriffsmerkmal der Hehlerei. S. St.G.B. § 259 Nr. 30—36 S. 172.

Abschreiben als Nachdruck. **14**, 46.

Abschrift. 1) Hat die unbeglaubigte Abschrift einer öffentlichen Urkunde Urkundenqualität? **24**, 281. — 2) Ist fälschliche Anfertigung einer Privaturkunde und Gebrauchmachen von derselben zum Zwecke der Täuschung Urkundenfälschung? **26**, 270.

Absicht. Unterschied von Absicht, Zweck und Vorsatz. **5**, 314. — Im übrigen s. über die zu dem Deliktstatbestande gehörige Absicht die einzelnen Delikte, insbesondere St.G.B. §§ 140, 146, 242, 263, 265, 267, 268, 272, 274, 288, 301; K.O. § 211; Krankenversicherungsgesetz vom 15/6 83 § 82b.

Absperrungs- und Aufsichtsmaßregeln gegen ansteckende Krankheiten und Viehseuchen. 1) S. im allgemeinen St.G.B. §§ 327, 328 S. 242 flg.; Rinderpestgesetz vom 7/4 69 S. 438; Gesetz vom 21/5 78, betr. die zur Abwehr der Rinderpest erlassenen Einfuhrverbote S. 512 flg.; Reichsviehseuchengesetz vom 23/6 80 S. 526 flg.; Bundesrats-Instruktion hierzu vom 27/6 95 S. 551. — 2) Sind die von den Verwaltungsbehörden erlassenen Anordnungen Rechtsnormen im Sinne des § 376 St.P.O.? **20**, 177; **28**, 195.

Abstimmung der Richter. S. G.V.G §§ 195, 196 S. 433 flg.

Abteilungen der Landgerichtsstrafkammern, Zulässigkeit solcher. **2**, 353.

Abtreibung der Leibesfrucht. S. St.G.B. §§ 218—220 S. 130 flg.

Abwehr- und Unterdrückungsmaßregeln gegen Viehseuchen. S. Absperrungsmaßregeln.

Abwesenheit des Angeklagten bei der Hauptverhandlung. S. St.P.O. §§ 229—232 S. 332 flg., §§ 319—321 S. 388, §§ 471—475 S. 418 flg., § 377 Nr. 32—34, 37 S. 398.

— des Wahlverteidigers, wenn das Gericht nach Abgang zur Urteilsberatung in eine erneute Beweisaufnahme eintritt. **28**, 413.

Abzahlungsgeschäft. Ist ein Vertrag über eine Mehrheit von Losen mit der Verabredung, daß monatlich je ein Los gegen Zahlung eines bestimmten Betrags geliefert werden solle, ein dem § 7 Reichsges. vom 16. Mai 1894 unterliegendes Geschäft? **30**, 165.

Actio libera in causa. **22**, 413.

Agent. 1) Unterschied von Bevollmächtigten. **26**, 230. — 2) Über die Frage der Konzessionspflicht des Gewerbebetriebes von Versicherungsagenten. **28**, 251.

Akten. 1) Wann sind Akten herbeigeschaffte Beweismittel im Sinne des § 244 St.P.O.? S. dort Nr. 11, 12, 14 S. 340 flg. — 2) Konstatierung aus Akten durch den Vorsitzenden statt förmlicher Verlesung. S. St.P.O. § 248 Nr. 2, 3 S. 343. — 3) Befinden sich Akten noch in amtlicher Verwahrung, auch wenn sie zum Einstampfen bestimmt sind? **23**, 282. — 4) Dauert die amtliche Verwahrung fort, bis die Akten dem Beamten,

der sie aufbewahrt, abgenommen sind, auch wenn dieser sein Amt schon verloren hat? **28**, 107.

Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien. 1) S. Handelsgesetzbuch vom 5/6 69 mit Novellen S. 439 flg., sowie H.G.B. vom 10/5 97 § 312 S. 557. — 2) Sind die Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder einer Aktiengesellschaft deren Bevollmächtigte im Sinne von § 266 Nr. 2 St.G.B.'s? **7**, 279. — 3) Ist der Tatbestand des § 288 St.G.B.'s gegeben, wenn der Vertreter einer Aktiengesellschaft bei einer dieser drohenden Zwangsvollstreckung Bestandteile des Gesellschaftsvermögens veräußert, um die Befriedigung des Gesellschaftsgläubigers zu vereiteln? **16**, 121. — 4) Ist die strafrechtliche Verantwortlichkeit der einzelnen Vorstandsmitglieder einer Aktiengesellschaft für ordnungsmäßige Buchführung und Bilanzziehung bedingt durch irgend eine besondere Übertragung der bezüglichen Pflicht auf bestimmte Vorstandsmitglieder kraft Gesellschaftsvertrags oder infolge vorausgegangener Beschlüsse der Gesellschaftsorgane? **13**, 235. — 5) Verantwortlichkeit der Vorstandsmitglieder einer Aktiengesellschaft für Übertretung polizeilicher Vorschriften bei Ausübung des Gewerbes. **29**, 27. — 6) Schließt § 3 Reichsges wegen Beseitigung der Doppelbesteuerung vom 13. Mai 1870 das Besteuerungsrecht des Domizilstaates eines Aktionärs hinsichtlich der Dividenden einer Aktiengesellschaft aus, welche in einem anderen deutschen Bundesstaate als dem Wohnortsstaate des Aktionärs ihren Sitz hat? **8**, 132. — 7) Stempelpflicht bei Ausgabe von Aktien (Gründung von Aktiengesellschaften und Erhöhung des Grundkapitals durch eine bestehende Aktiengesellschaft). S. Reichsstempelges. vom 1/7 81 § 3 Nr. 1, 2 S. 528; vom 3/6 85 §§ 3, 4 S. 529 flg. — 8) S. weiter „Kommanditgesellschaft".

Alluvion. S. Anlandung.

Alter, jugendliches. 1) S St.G.B. §§ 55—57 S. 30 flg. — 2) Bemißt sich die Verjährungsfrist nach der ordentlichen Strafandrohung, oder nach dem für jugendliche Personen aus § 57 St.G.B.'s zu findenden Strafrahmen? **3**, 52. — 3) Ist die nach § 56 a. a. O. erforderliche Einsicht des jugendlichen Angeklagten gemäß § 266 Abs. 1 oder § 266 Abs. 2 St.P.O. festzustellen? **3**, 198; **31**, 161 (vgl. **29**, 98). — 4) S. weiter Lebensalter.

Alternative Feststellung. S. St.P.O. § 266 Nr. 15 S. 365.

— Fragestellung im schwurgerichtlichen Verfahren. S. St.P.O. § 292 Nr. 2—6 S. 374.

Altersversicherung. S. Invalidenversicherungsgesetz vom 22/6 89 nebst Novelle S. 543 flg.

Amerika, Vereinigte Staaten. 1) Schutz amerikanischer Warenzeichen. **2**, 344; **11**, 233. — 2) Verlust der Staatsangehörigkeit in deutschen Bundesstaaten durch Auswanderung nach Amerika. **4**, 271 (Baden); **29**, 391 (Bayern). — 3) Einfluß des Erwerbes amerikanischen Bürgerrechts und des fünfjährigen Aufenthalts in Amerika auf die Bestrafung der durch die Auswanderung begangenen Hinterziehung der Militärpflicht. **28**, 127.

Amt. 1) Verbrechen und Vergehen im Amte. S. St.G.B. §§ 331—359 S. 245 flg. — 2) Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter. S. St.G.B. §§ 31, 35 S. 10. — 3) Amt, Beruf und Gewerbe, welche zur Aufmerksamkeit besonders verpflichten. S. St.G.B. § 222 Nr. 10—24 S. 133 flg.

Amtsanmaßung. S. St.G.B. § 132 S. 76.

Amtsanwalt. Sind die vom Amtsanwalte angenommenen Bureaubeamten in Preußen Beamte im Sinne des Strafgesetzbuchs? **19**, 434.

Amtsausübung, rechtmäßige, der Vollstreckungsbeamten und der Forst- und Jagdbeamten. S. St.G.B. § 113 Nr. 9—47 S. 59 flg., § 117 Nr. 11—18 S. 65 flg., § 137 Nr. 4—7 S. 79.

Amtsblatt. Kann in Preußen eine behördliche Anordnung mit dem Tage ihrer Publikation im Amtsblatte in Kraft gesetzt werden? **15**, 198.

Amtsdelikte. S. St.G.B. §§ 331—359 S 245 flg.

Amtsdiener. 1) Ist der A. in Preußen Beamter? S. St.G.B. § 359 Nr. 43, 47, 52 S. 266. — 2) Ist im Geltungsbereiche der preußischen Kreisordnung der dem Amtsvorsteher untergeordnete Amtsdiener Vollstreckungsbeamter im Sinne des § 113 St.G.B.'s? **35**, 210. — 3) Ist in Preußen eine Haussuchung durch den Amtsdiener im Auftrage, jedoch ohne Mitwirkung des Amtsvorstehers eine rechtmäßige Ausübung? **1**, 26.

Amtsgericht. 1) Über die Befugnis des Landgerichtspräsidenten, des aufsichtsführenden Amtsrichters und eines dem Amtsgerichte zur unentgeltlichen Beschäftigung überwiesenen Assessors, wegen Beleidigungen im Amte Strafantrag zu stellen. S. St.G.B. § 196 Nr. 27, 28, 33, 35, 36, 42 S. 124 flg. — 2) Sind die Amtsgerichte als ordentliche Gerichte, oder als Sondergerichte anzusehen, insoweit sie nach Landesgesetz in Forst- und Feldrügesachen ohne Schöffen urteilen? **3**, 157; **13**, 383. — 3) Kann die Justizverwaltung in Preußen dem Vorsitzenden der Strafkammer bei einem Amtsgerichte generell einen Vertreter bestellen? **9**, 387. — 4) Sind die Strafkammern bei einem Amtsgerichte als örtlich verschiedene Gerichtskörper gegenüber den übrigen Strafkammern des Landgerichtsbezirks anzusehen? **17**, 230. — 5) S. weiter Schöffengericht.

Amtsrichter. 1) Inwieweit kann ein Amtsrichter als ein zur Vollstreckung von Gesetzen ꝛc berufener Beamter angesehen werden? S. St.G.B. § 113 Nr. 2, 3 S. 58. — 2) Handelt der Amtsrichter, dem von der Landesjustizverwaltung die Strafvollstreckung übertragen ist, in der rechtmäßigen Ausübung seines Amts, wenn er der Anweisung seines Vorgesetzten zuwider gegen einen Verurteilten mit Vollstreckungshandlungen vorgeht? **31**, 76. — 3) Inwiefern können Amtsrichter oder den Amtsrichter vertretende Gerichtsassessoren zu den Sitzungen der Landgerichtsstrafkammern oder der Schwurgerichte zugezogen werden? **2**, 311 (Baden); **3**, 236; **26**, 94 (Preußen). — 4) Kann ein der Strafkammer als ständiges Mitglied zugeteilter Amtsrichter bei Verhinderung des Vorsitzenden vermöge seines Dienstalters den Vorsitz führen? **18**, 307.

Amtsrichterlicher Strafbefehl. 1) S. St.P.O. §§ 447, 451 S. 416.—

2) Über Ausschließung weiterer Strafverfolgung durch einen Strafbefehl. S. St.P.O. Buch II Abschnitt 1, „ne bis in idem" Nr. 14—16 S. 318.

Amtsunterschlagung. S. St.G.B. §§ 350, 351 S. 259flg.

Amtsverbrechen und -vergehen. S. St.G.B. §§ 331—359 S. 245flg.

Amtsverschwiegenheit. S. St.P.O. § 53 S. 300.

Amtsvorgesetzter. Berechtigung zum Strafantrage wegen Beleidigung eines Beamten. S. St.G.B. § 196 S. 122flg.

Amtsvorsteher in Preußen. 1) Befugnis zum Erlasse polizeilicher Anordnungen. **8**, 321. — 2) Ist der Amtsvorsteher zum Erlasse von Absperrungs- oder Aufsichtsmaßregeln behufs Verhütung des Einführens oder Verbreitens einer ansteckenden Krankheit zuständig? **24**, 436. — 3) Ist er befugt, Ausnahmen von den Verboten der §§ 55a, 56c Gew.O. zuzulassen? **27**, 31. — 4) Ist er befugt, Strafantrag wegen Beleidigung des Gemeindevorstehers zu stellen? **21**, 336. — 5) Welche Behörde ist zum Strafantrage wegen einer gegen den Amtsvorsteher verübten Beleidigung zuständig? **4**, 220.

Änderung des Strafgesetzes vor der Aburteilung. Einfluß auf die Bestrafung. S. St.G.B. § 2 Nr. 2flg. S. 5flg.

—, nachträgliche des Strafurteils, bezw. der Urteilsgründe. S. St.P.O. § 275 Nr. 3—7 S. 371.

Angaben tatsächlicher Art im Sinne des Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs. S. Gesetz vom 27/5 96 § 4 S. 552.

Angehörige. S. St.G.B. § 52 Nr. 2—7 S. 27, § 174 Nr. 5flg. S. 104; St.P.O. § 51 Nr. 8—15 S. 299.

Angehörigkeit zum Reiche und Staate. S. Bundesgesetz vom 1/6 70. S. 470flg.

Angeklagter, Angeschuldigter. 1) Unterbringung des Angeklagten in einer Irrenanstalt zur Beobachtung seines Geisteszustandes. S. St.P.O. § 81 S. 308flg. — 2) Benachrichtigung von Beweiserhebungen vor der Hauptverhandlung. S. St.P.O. § 191 S. 325. — 3) Ladung zur Hauptverhandlung. S. St.P.O. § 216 S. 329. — 4) Benachrichtigung von kommissarischen Beweiserhebungen. S. St.P.O. § 223 S. 330flg. — 5) Anwesenheit bezw. Abwesenheit bei der Hauptverhandlung. S. St.P.O. §§ 229—232 S. 332flg., §§ 319—321 S. 388, § 377 Nr. 32—34, 37 S. 398, §§ 471—475 S. 418flg. — 6) Abhaltung der Hauptverhandlung mit einem geistesgestörten Angeklagten. **1**, 149; **29**, 324. — 7) Abhaltung der Hauptverhandlung mit einem taubstummen Angeklagten. **3**, 29; **31**, 313. — 8) Abhaltung der Hauptverhandlung mit einem schwerhörigen Angeklagten. **15**, 172. — 9) Vernehmung des Angeklagten. S. St.P.O. § 242 S. 336. — 10) Verzicht des Angeklagten auf herbeigeschaffte Beweismittel. S. St.P.O. § 244 Nr. 21—24 S. 341. — 11) Teilweise Entfernung des Angeklagten aus dem Sitzungszimmer während der Vernehmung eines Mitangeklagten oder Zeugen. S. St.P.O. § 246 S. 342. — 12) Verlesung des Protokolls über eine frühere Vernehmung des Angeklagten. S. St.P.O. § 253 S. 349. — 13) An-

hörung zu jedem Akte der Beweisaufnahme. S. St.P.O. § 256 S. 351. — 14) Letztes Wort des Angeklagten. S. St.P.O. § 257 S. 351 flg. — 15) Hinweisung auf die Veränderung des rechtlichen Gesichtspunkts. S. St.P.O. § 264 S. 359 flg. — 16) Beschuldigung einer in der Anklage nicht bezeichneten Straftat. S. St.P.O. § 265 S. 363 flg. — 17) Auftreten des Angeklagten in derselben Hauptverhandlung als Nebenkläger. **22**, 421.

Angelegenheiten des Staates im Sinne des § 130a St.G.B.'s. S. dort Nr. 1—3 S. 75.

— öffentliche im Sinne des preußischen Vereinsgesetzes vom 11. März 1850. **6**, 215; **22**, 337.

Angetrunkenheit. 1) Inwiefern kann sie nach St.G.B. § 51 die Strafbarkeit ausschließen? **5**, 338; **22**, 413. — 2) Kann sie als eine Krankheit im Sinne des § 221 St.G.B.'s angesehen werden? **5**, 393.

Angriff. 1) Gegen einen Vollstreckungs- oder Forstbeamten als Widerstand gegen die Staatsgewalt. S. St.G.B. § 113 Nr. 48—54 S. 62 flg., § 117 Nr. 31—34 S. 67. — 2) Angriff von seiten mehrerer, durch welchen der Tod oder eine schwere Körperverletzung herbeigeführt worden ist. S. St.G.B. § 227 S. 138. — 3) Angriff mit Benutzung einer Waffe. S. St.G.B. § 367 [10] S. 273. — 4) Rechtswidriger Angriff, dessen Abwehr zulässig ist. S. St.G.B. § 53 S. 28 flg.

Anhalt, Herzogtum. 1) Berufskreis des Kreiswundarztes. **4**, 388. — 2) Kann ein anhaltischer Oberförster über Berechtigungen in einem außerhalb Anhalts gelegenen, zum Hausfideikommisse gehörigen Walde eine öffentliche Urkunde ausstellen? **8**, 372. — 3) S. weiter das Gesetzesverzeichnis.

Anklage. 1) Begriff im Sinne des § 263 St.P.O. **4**, 192. — 2) Inwieweit kann bei Unvollständigkeit des Eröffnungsbeschlusses die Anklageschrift für die Begrenzung des Gegenstands der Urteilsfindung maßgebend sein? **3**, 406.

Anklageschrift. 1) Über vorzeitige Veröffentlichung durch die Presse. S. Gesetz vom 7/5 74 § 17 S. 489 flg. — 2) Über Anklageschrift s. sonst St.P.O. §§ 198, 199 S. 325 flg.

Ankündigung. 1) Öffentliche zum Zwecke der Verbreitung. S. St.G.B. § 184 Nr. 21—23 S. 113. — 2) Wie unterscheidet sich die im bayrischen Polizeistrafgesetzbuche vom 26. Dezember 1871 Art. 57a mit Strafe bedrohte öffentliche Ankündigung einer Lotterie von einer Lotterieveranstaltung? **16**, 83.

Anlagen, öffentliche, deren Beschädigung. S. St.G.B. § 304 S. 234 flg.

Anlandung. 1) Begriff der Anlandung gemäß dem preußischen Gesetz vom 20. August 1883 über die Befugnisse der Strombauverwaltung. **18**, 436. — 2) Ist Wegnahme von Weidenruten aus Anpflanzungen auf Anlandungen als Diebstahl, oder als Forstfrevel anzusehen? **20**, 11.

Anmaßung eines Amts. S. St.G.B. § 132 S. 76 flg.

Anmeldungen von Rechtsmitteln, S. St.P.O. § 381 S. 400 flg.

Annahme der Aufforderung zur Begehung eines Verbrechens. S. St.G.B. § 49a S. 24 flg.

Anordnungen der Obrigkeit. 1) Aufforderung zum Ungehorsam gegen solche. S. St.G.B. § 110 S. 57flg. — 2) Verächtlichmachung von Anordnungen der Obrigkeit. S. St.G.B. § 131 S. 75flg.
Anrechnung der Untersuchungshaft. S. St.G.B. § 60 S. 35.
Anreizung zum Klassenhaß. S. St.G.B. § 130 S. 74flg.
Anschaffungsgeschäft, Stempelpflicht. S. Gesetz vom 1/7 81 Tarifpos. II S. 529, vom 3/6 85 Tarifpos. II S. 531, vom 27/4 94 Tarifpos. IV S. 532.
Anschaffungskosten. Begriff im Sinne des § 115 Gew.O. vom 21. Juni 1869. S. dort Nr. 16, 19 S. 449.
Anschlagen, öffentliches, im Sinne des § 184 St.G.B.'s. **11**, 282.
Anschluß an die öffentliche Klage. 1) Von seiten der Verwaltungsbehörde bei Steuerdelikten. S. St.P.O. §§ 467—469 S. 417flg. — 2) Über Anschluß sonst. S. St.P.O. §§ 435—444 S. 412flg.
Anschuldigung, falsche. S. St.G.B. §§ 164, 165 S. 95flg.
Ansichbringen von Sachen, die mittels strafbarer Handlungen erlangt sind. S. St.G.B. § 259 Nr. 22—29 S. 171flg.
Ansteckende Krankheiten. Verletzung von Absperrungs- und Aufsichtsmaßregeln zur Verhütung des Einführens und Verbreitens. S. Absperrungsmaßregeln.
Anstellung von Beamten. S. St.G.B. § 359 S. 263flg.
Anstiftung. S. St.G.B. Buch I Abschnitt 3 Nr. 24—41 S. 18 und § 48 S. 21.
Anteile oder Abschnitte von Lotterielosen. Rechtsgültigkeit des das Feilbieten von geringeren als den genehmigten Anteilen verbietenden hessischen Gesetzes vom 11. April 1896. **30**, 116.
Antrag auf Strafverfolgung. 1) Im allgemeinen s. St.G.B. §§ 61—65 S. 35flg. und St.P.O. § 156 S. 323flg. — 2) Über den Antrag bei den einzelnen, einen solchen erfordernden Delikten s. die bezüglichen Strafbestimmungen.
Anvertrauen von Gefangenen zur Beaufsichtigung. S. St.G.B. § 347 S. 251.
— von Privatgeheimnissen. S. St.G.B. § 300 S. 229.
Anvertraute Sachen. S. St.G.B. § 246 Nr. 71, 72 S. 162.
Anwalt. S. Rechtsanwalt.
Anwesenheit des Angeklagten bei der Hauptverhandlung. Zulässige Abweichungen von dem Gebote der Anwesenheit. S. St.P.O. §§ 229—232 S. 332flg., §§ 319—321 S. 388, § 377 Nr. 32—34, 37 S. 398, §§ 471—475 S. 418flg.
Anzeige. 1) Bestrafung unterlassener Anzeige. S. St.G.B. § 139 S. 82flg. — 2) Falsche Anzeige. S. St.G.B. §§ 164, 165, S. 95flg. — 3) Kann die in gutem Glauben bei einer Behörde gemachte Anzeige eine nach § 186 St.G.B.'s strafbare Beleidigung enthalten? **1**, 80, 233; **20**, 164; **29**, 54; **34**, 216. — 4) Ist die auf Grund des § 501 Abs. 1 St.P.O. erfolgte Verurteilung des Anzeigenden in die Kosten, falls sie durch das in der Strafsache gegen den Angezeigten ergangene Urteil erfolgt ist, mittels Revision anfechtbar? **7**, 232.

Apotheker. Verpflichtung zu Führung von Handelsbüchern. **24**, 426.
Arbeiter. 1) Gewerbliche Verhältnisse. S. Gewerbeordnung vom 21/6 69 mit Novellen §§ 105—153 S. 448 flg. — 2) Krankenversicherung, S. Gesetz vom 15/6 83 S. 534 flg. — 3) Unfallversicherung. S. Gesetz vom 6/7 84 S. 538. — 4) Invaliditäts- und Altersversicherung. S. Gesetz vom 22/6 89 S. 543 f.
Arbeitsbuch. 1) Was sind im Sinne des § 111 Gew.O. vom 1. Juli 1883 „Merkmale, welche den Inhaber des Arbeitsbuchs günstig oder nachteilig kennzeichnen"? **22**, 200. — 2) Liegt intellektuelle Urkundenfälschung vor, wenn der Arbeiter die Eintragung eines falschen Geburtsjahrs im Arbeitsbuche veranlaßt? **21**, 31.
Arbeitsunfähigkeitsattest. Fällt der Gebrauch eines falschen unter § 363 St.G.B.'s? **25**, 103.
Arbeitszwang. Findet ein solcher in Preußen im Verwaltungswege gegen Personen statt, die öffentliche Unterstützung empfangen und sich weigern, die ihnen von der Behörde angewiesenen Arbeiten zu verrichten? **6**, 432.
Ärgernis. 1) Erregung eines solchen als Tatbestandsmerkmal der Gotteslästerung. S. St.G.B. § 166 Nr. 8, 9 S. 98. — 2) Erregung eines solchen als Tatbestandsmerkmal des Vergehens des § 183 St.G.B.'s. S. dort Nr. 7—9 S. 111.
Armenrecht des Privatklägers. S. St.P.O. § 419 S. 411.
Arrest als Strafe des Militärstrafgesetzbuchs. 1) Verhältnis zu den Strafen des deutschen Strafgesetzbuchs. **15**, 382, 396; **27**, 157. — 2) Können die Civilstrafgerichte auf Arrest erkennen? **16**, 433.
Arrestbruch. S. St.G.B. § 137 S. 79 flg.
Arzneimittelverkehr. S. St.G.B. § 367 ^{3} S. 272; französisches Gesetz vom 21 germinal XI S. 568.
Arzt. 1) Strafbarkeit einer Körperverletzung, welche zum Zwecke des Heilverfahrens von einem Arzte bei einem operativen Eingriffe begangen wird. **25**, 375. — 2) Ausstellung eines Zeugnisses unter der falschen Bezeichnung als Arzt. S. St.G.B. § 277 S. 211. — 3) Ausstellung eines unrichtigen Zeugnisses durch einen Arzt. S. St.G.B. § 278 S. 211. — 4) Verschweigungspflicht und Zeugnisverweigerungsrecht des Arztes bezüglich des ihm Anvertrauten. S. St.G.B. § 300 S. 229 und St.P.O. § 52 S. 300. — 5) Unberechtigte Beilegung des Titels als Arzt. S. Gewerbeordnung vom 21/6 69 § 147 Nr. 6—9 S. 454 flg. — 6) Kann der Strafrichter zum Zwecke der Wahrheitserforschung die Untersuchung einer unverdächtigen Person durch einen Arzt anordnen? **14**, 189. — 7) Sind in Preußen die Kreisphysiker und die Kreiswundärzte für Gutachten, welche sie innerhalb ihres Amtskreises abgeben, als Sachverständige im allgemeinen beeidigt? **3**, 321; **8**, 357. — 8) Gilt dies bezüglich des Kreiswundarztes in Anhalt? **4**, 388. — 9) — für den Bezirksarzt in Baden? **28**, 41. — 10) — für den Oberamtsarzt in Württemberg? **30**, 33. — 11) Darf ein Arzt über den Inhalt des von einem anderen Arzte über eine schwere Körperverletzung ausgestellten Attestes in der Haupt-

verhandlung als Sachverständiger vernommen werden? **14**, 4. — 12) Über die amtliche Stellung eines in Preußen mit den Geschäften eines Gefängnisarztes betrauten Arztes. **33**, 29.

Arztähnlicher Titel. S. Gewerbeordnung vom 21/6 69 § 147 Nr. 6—9 S. 454 flg.

Ärztliche Atteste, Verlesung in der Hauptverhandlung. S. St.P.O. § 255 Nr. 16 flg. S. 351.

Assessor. 1) Inwieweit ist ein Assessor in Preußen zur Mitwirkung als Richter bei der Verhandlung der Strafkammer befugt? **3**, 236; **22**, 134, 168, 203; **23**, 119, 166. — 2) Inwieweit ist in Preußen der einem Amtsgerichte zur unentgeltlichen Beschäftigung überwiesene, nicht als Hülfsrichter bestellte Assessor zur Vornahme richterlicher Handlungen befugt? **14**, 153. — 3) Was gilt hierüber in Hamburg? **13**, 408. — 4) Kann in Preußen dem einem Landgerichte zur unentgeltlichen Beschäftigung überwiesenen Assessor die Anwesenheit bei der Beratung und Abstimmung gestattet werden? **25**, 237. — 5) Trifft dies bei dem in Hessen als Gerichtsschreiber fungierenden Assessor zu? **26**, 42. — 6) Ist der in Preußen einem Amtsgerichte zur unentgeltlichen Beschäftigung überwiesene Assessor zur Stellung des Strafantrags wegen einer dem Amtsgerichte zugefügten Beleidigung befugt? **17**, 88.

Atteste, ärztliche. S. „Ärztliche Atteste".

Aufbewahrung, amtliche, von Urkunden rc. S. St.G.B. § 133 Nr. 5 bis 11 S. 77.

— feuergefährlicher Gegenstände. S. St.G.B. § 367⁶ S. 272 flg.

Aufenthalt. Wann ist anzunehmen, daß der Aufenthalt eines Zeugen, Sachverständigen oder Mitbeschuldigten nicht zu ermitteln ist? **1**, 285; **3**, 367; **4**, 416; **9**, 88; **12**, 104.

Aufforderung zur Begehung eines Verbrechens. S. St.G.B. § 49a S. 24 flg.

— zum Ungehorsam gegen Gesetze und obrigkeitliche Anordnungen. S. St.G.B. § 110—112 S. 57 flg.

Aufführung dramatischer Werke ohne Berechtigung. S. Gesetz vom 11/6 70 §§ 50—56 S. 475 flg.

Aufhebung des Urteils in der Revisionsinstanz. S. St.P.O. §§ 393—398. S. 404 flg.

Auflauf. S. St.G.B. § 116 S. 64.

Aufnahme eines Mitglieds in einen Verein. Setzt sie einen bestehenden Verein voraus, oder kann davon auch bei Gründung eines Vereins gesprochen werden? **28**, 66.

Aufrechnung von Beleidigungen und leichten Körperverletzungen. S. St.G.B. § 199 S. 126, § 233 S. 141.

Aufruhr. S. St.G.B. § 115 S. 64.

Aufsammeln von Düngstoffen. S. preuß. Forst- und Feldpolizeigesetz vom 1/4 80 § 25 S. 598.

Aufsicht, polizeiliche, über Weibspersonen wegen gewerbsmäßiger Unzucht. Wirkung derselben. **11**, 286.

Aufsichtsbeamter im Sinne der §§ 73 flg. des preußischen Berggesetzes

vom 24. Juni 1865. Umfang der strafrechtlichen Verantwortlichkeit. **5**, 182.

Aufsichtslos umherlaufende Hunde im Sinne der bayerischen Verordnung vom 5. Oktober 1863. **24**, 225.

Aufsichtsmaßregeln gegen ansteckende Krankheiten. S. Absperrungsmaßregeln.

Aufsichtsrat einer Aktiengesellschaft. 1) Verantwortlichkeit. S. H.G.B. vom 5/6 69 mit Novellen Artt. 179—249d S. 439flg. — 2) Sind die Mitglieder als Bevollmächtigte im Sinne des § 266 Nr. 2 St.G.B.'s anzusehen? **7**, 279.

Aufstellen unbefestigter Gegenstände. S. St.G.B. § 366 [8] S. 272.

Auftraggeber. 1) Haftung für Fahrlässigkeitsdelikte des Beauftragten bei Ausführung des Auftrags. **19**, 204. — 2) Haftung für Zuwiderhandlungen eines Beauftragten gegen § 115 Gew.O. **5**, 425.

Aufwand, übermäßiger, als Tatbestandsmerkmal des einfachen Bankerutts. S. K.O. von 1877 § 210 Nr. 6—11 S. 277flg.

Augenschein. 1) S. im allgemeinen St.P.O. § 86 S. 309 und § 248 Nr. 16—20 S. 343flg. — 2) Muß der verhaftete Angeklagte vom Augenscheinstermine benachrichtigt werden? **23**, 142. — 3) Kann das Gericht in der Hauptverhandlung eines seiner Mitglieder mit der Augenscheinsnahme beauftragen und in der fortgesetzten Verhandlung das aufgenommene Protokoll verlesen? **20**, 149. — 4) Ist das Protokoll über eine in der Hauptverhandlung beschlossene Augenscheinsnahme ein herbeigeschafftes Beweismittel im Sinne des § 244 St.P.O.? **24**, 76.

Auktion. 1) Abhalten vom Mitbieten. S. Abhalten. — 2) Inwieweit ist eine im Verwaltungszwangsverfahren vorgenommene Auktion trotz Nichtbeobachtung vorgeschriebener Formen rechtswirksam? **17**, 122. — 3) Verbot des Abhaltens öffentlicher Auktionen durch andere als die bestellten Auktionatoren in Elsaß-Lothringen. **26**, 13.

Auktionator. Ist er Beamter? **17**, 291.

Ausarbeitung, wissenschaftliche, im Sinne des Gesetzes vom 11. Juni 1870 § 7b. **22**, 55.

Ausbeutung der Notlage, des Leichtsinns und der Unerfahrenheit. S. St.G.B. § 302a S. 230flg.

Ausbruch, gewaltsamer, von Gefangenen. S. St.G.B. § 122 S. 69.

Auskunft- und Schuldeinziehungsbureaus. Inwieweit gewährt § 193 St.G.B.'s Schutz gegen beleidigende Kundgebungen, bezw. Drohung mit solchen? **6**, 406; **10**, 361.

Auslagen, notwendige, welche dem Angeklagten zutreffendenfalls zu erstatten sind. S. St.P.O. § 499 S. 422.

Ausland, Ausländer. 1) Bestrafung der im Auslande und von einem Ausländer begangenen Delikte durch deutsche Gerichte. S. St.G.B. §§ 3—8 S. 6flg. — 2) Verfolgung der Hehlerei im Inlande, wenn die Haupttat nur im Auslande verfolgbar ist. **18**, 298. — 3) Gilt § 196 St.G.B.'s auch für die Vorgesetzten ausländischer Beamten? **4**, 40. — 4) Wie ist eine im Auslande vollzogene Strafe im Falle des § 7 St.G.B.'s anzurechnen? **35**, 41.

Ausländisches Recht. Ist dieses Rechtsnorm im Sinne des § 376 St.P.O.? **10**, 285.

Ausländisches Warenzeichen. S. Gesetz vom 12/5 94 § 23 S. 551.

Auslieferung. 1) S. St.P.O. Anhang zu Buch I Abschnitt 9 S. 312 flg. — 2) Über Vereinbarungen mit Belgien. S. Vertrag vom 24/12 74 S. 499. — 3) — mit Brasilien. S. Vertrag vom 17/9 77 S. 512. — 4) — mit Frankreich. S. Vertrag vom 11/12 71 S. 481. — 5) — Großbritannien. S. Vertrag vom 14/5 72 S. 482. — 6) — mit Italien. S. Vertrag vom 31/10 71 S. 481. — 7) — mit den Niederlanden. S. Vertrag vom 31/12 96 S. 556. — 8) — mit der Schweiz. S. Vertrag vom 24/1 74 S. 486. — 9) — mit den Vereinigten Staaten von Amerika. S. Vertrag vom 22/2 68 S. 435.

Auslosung der Geschworenen. 1) Ist die Wiederholung wegen eines vorgekommenen Fehlers zulässig? **32**, 378; **33**, 75. — 2) Kann nach Beginn der Auslosung die Anordnung der Zuziehung von Ergänzungsgeschworenen erfolgen oder die vorher erfolgte wieder aufgehoben werden? **14**, 206; **26**, 1; **34**, 335.

Ausschließung von Gerichtspersonen. S. St.P.O. §§ 22, 23, 31 S. 290 flg.

— der Strafe. S. St.G.B. §§ 51—72 S. 26 flg.

Außerkurssetzungsvermerk. Begründet die Beseitigung Urkundenfälschung? **20**, 6.

Äußerungen, unzüchtige. Können darin unzüchtige Handlungen im Sinne des § 183 St.G.B.'s erkannt werden? **4**, 130.

Aussetzung hülfloser Personen. S. St.G.B. § 221 S. 132.

— der Hauptverhandlung. S. St.P.O. §§ 227, 228 S. 332.

Ausspielung. S. St.G.B. § 286 Nr. 10—22 S. 214 flg.

Ausstellung unzüchtiger Schriften. S. St.G.B. § 184 Nr. 11 flg. S. 112.

Ausverkauf mit Nachschiebungen als unlauterer Wettbewerb. **30**, 256.

Auswanderung, Beförderung von Auswanderern. S. preußisches Gesetz vom 7/5 53 S. 589 und Reichsgesetz vom 9/6 97 S. 557.

Ausweichen der Schiffe. S. Verordnung vom $\frac{7/1\ 80}{9/5\ 97}$ S. 526.

Ausweisung. 1) Wirkung der gegen einen Deutschen auf Grund des § 3 des Freizügigkeitsgesetzes wegen wiederholter Bestrafung wegen Bettelns oder Landstreicherei verfügten Ausweisung aus dem Gebiete eines Bundesstaates. **6**, 378. — 2) Welche Behörde ist zur Ausweisung von Ausländern befugt? **12**, 154.

Auszeichnung. Begriff im Sinne des Gesetzes zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbes. **30**, 406.

Auszug aus dem Strafregister von württembergischen Ortsvorstehern. Haben sie den Charakter öffentlicher Urkunden? **26**, 413.

Automatendiebstahl. Ist die Entwendung von Gegenständen aus Automaten mittels Einwurfs von Metallplatten 2c statt Geldmünzen als schwerer Diebstahl gemäß § 243 Nr. 3 St.G.B.'s zu betrachten? **34**, 45.

Autorrecht. S. Urheberrecht.

B

Bäcker. Inwieweit ist er als Vollkaufmann zur Führung von Handelsbüchern verpflichtet? **24**, 356.
Baden. S. Syst. Reg. S. 559 flg. Vgl. auch das Gesetzesverzeichnis.
Bader in Bayern. 1) Ist der B. als Medizinalperson im Sinne von St.G.B. § 278 anzusehen? **6**, 260. — 2) Ist der B. zur Ausstellung von ärztlichen Attesten im Sinne von St.P.O. § 255 befugt? **14**, 55. — 3) Ausübung der inneren Heilkunde als Übertretung der Gewerbeordnung § 147 Nr. 1. **13**, 259.
Bahn, Bahnpolizei ꝛc. S. Eisenbahn, Eisenbahnpolizei ꝛc.
Bande, Bandendiebstahl. Begriff. S. St.G.B. § 243 Nr. 57, 58 S. 154 flg.
Bandenschmuggel. S. Vereinszollgesetz vom 1/7 69 § 146 S. 465 flg.
Bankerutt. S. Konkursordnung. S. 276 flg.
Barzahlung. 1) Kann die im H.G.B. Art. 210 Abs. 3 (Fassung des Reichsg. vom 18/7 84) vorgeschriebene B. durch Gutschrift in den Handelsbüchern ersetzt werden? **24**, 8. — 2) Muß die im H.G.B. Art. 210 Abs. 3 vorgeschriebene B. derartig erfolgen, daß die Aktiengesellschaft die dauernde Verfügungsgewalt über den eingezahlten Betrag erhält? **24**, 286; **30**, 300. — 3) Begriff der B. im Sinne der Gewerbeordnung § 115. S. dort S. 448 flg. — 4) S. weiter Einzahlung.
Bau im Sinne von St.G.B. § 330. S. dort Nr. 1—3 S. 244.
Bauerngüter, Zerstückelung. S. Württ. Gesetz vom 23/6 53 S. 607.
Bauhof im Sinne der Gewerbeordnung § 154 Abs. 2. **20**, 287.
Baukunst, Zuwiderhandeln gegen die Regeln der B. S. St.G.B. § 330 S. 244 flg.
Baumstümpfe. Können B., die zu Merkzeichen hergerichtet sind, ohne vom Boden getrennt zu sein, den Gegenstand eines Forstdiebstahls bilden? **9**, 72.
Bauunternehmer. Inwieweit ist er als Kaufmann anzusehen? **18**, 363; **28**, 58.
Bauwerk im Sinne des St.G.B.'s § 305. S. dort S. 235.
Bayern. S. Syst. Reg. S. 560 flg. Vgl. auch das Gesetzesverzeichnis.
Beamter. 1) Begriff. S. St.G.B. § 359 S. 263 flg. — 2) B., welcher zur Vollstreckung von Gesetzen ꝛc berufen ist. S. St.G.B. § 113 Nr. 1—8 S. 58 flg. — 3) Forst- und Jagdbeamter. S. St.G.B. § 117 Nr. 2—4 S. 64 flg. — 4) Vernehmung des B. als Zeugen über Umstände, auf die sich die Pflicht der Amtsverschwiegenheit bezieht. S. St.P.O. § 53 S. 300. — 5) Verfolgbarkeit eines öffentlichen Beamten wegen Amtshandlungen. S. E.G. zum G.V.G. § 11 S. 424. — 6) Beleidigung eines Beamten. S. St.G.B. § 196 S. 122 flg.
Beamtendelikte. S. St.G.B. §§ 331—359 S. 245 flg.
Beaufsichtigung und Bedienung einer öffentlichen Telegraphen-

anstalt im Sinne von St.G.B. § 355. Welche Personen sind damit betraut? **26**, 183.

Beauftragter. 1) Haftung des Auftraggebers für fahrlässige Delikte des Beauftragten bei Ausführung des Auftrags. **19**, 204. — 2) Haftung des Auftraggebers für Zuwiderhandlungen seines Beauftragten gegen Gewerbeordnung § 115. **5**, 425.

Bedrohung. 1) Bedrohung mit einem Verbrechen. S. St.G.B. § 241 S. 145. — 2) Bedrohung mit Gewalt als Tatbestandsmerkmal des Widerstands gegen die Staatsgewalt. S. St.G.B. § 114 Nr. 9, 11 S. 64, § 117 Nr. 37, 38 S. 68. — 3) Bedrohung mit einem Verbrechen oder Vergehen als Tatbestandsmerkmal der Nötigung. S. St.G.B. § 240 Nr. 7—12 S. 143 flg. — 4) Bedrohung als Tatbestandsmerkmal der Erpressung. S. St.G.B. § 253 Nr. 3—14 S. 164 flg. — 5) Bedrohung als Tatbestandsmerkmal des Vergehens gegen Gewerbeordnung § 153. **14**, 387.

Beeidigung. 1) Beeidigung des Zeugen. S. St.P.O. §§ 56—65 S. 301 flg. — 2) Beeidigung des Sachverständigen. S. St.P.O. § 79 S. 307 flg.

Befangenheit einer Gerichtsperson. S. St.P.O. § 24 S. 293.

Befehl des Vorgesetzten als Strafausschließungsgrund. **6**, 432.

Befestigungsmittel. Abschneiden oder Ablösen der Befestigungsmittel als Qualifikationsgrund beim Diebstahl. S. St.G.B. § 243 Nr. 45—55 S. 154.

Beförderung. 1) Beförderung der Gefangenenentweichung. S. St.G.B. § 347 S. 251. — 2) Beförderung der Desertion. S. St.G.B. § 140 S. 83. — 3) Beförderung des Verkaufs von Losen auswärtiger Lotterien. S. preuß. Gesetz vom 29/7 85 S. 600.

Befreiung Gefangener. S. St.G.B. §§ 120, 121 S. 68 flg., § 347 S. 251.

Begleitschein bei der Zollabfertigung. **25**, 432.

Begriffsmerkmale, gesetzliche. Feststellung der Begriffsmerkmale in den Urteilsgründen. S. St.P.O. § 266 S. 364 flg.

Begünstigung einer Straftat. S. St.G.B. § 257 S. 167 flg.

— eines Gläubigers. S. K.O. von 1877 § 211 S. 283 flg., K.O. von 1898 § 241 S. 286.

Behältnis. Erbrechen eines Behältnisses als Qualifikationsgrund beim Diebstahl. S. St.G.B. § 243 Nr. 30—34 S. 152 flg.

Behörde. 1) Zur Abnahme von Versicherungen an Eidesstatt zuständige Behörde. S. St.G.B. § 156 Nr. 5, 6, 13—21 S. 87 flg. — 2) Behörde, bei welcher ein Falscheid zu widerrufen ist. S. St.G.B. § 163 Nr. 26—31 S. 93 flg. — 3) Behörde, bei welcher eine falsche Anzeige erfolgt. S. St.G.B. § 164 Nr. 2—5 S. 95. — 4) Behörde, deren Erklärung in der Hauptverhandlung verlesen werden darf. S. St.P.O. § 255 Nr. 2—11 S. 350. — 4) Behörde, welche zum Erlaß von Absperrungsmaßregeln gegen ansteckende Krankheiten und Seuchen zuständig ist. S. St.G.B. § 327 Nr. 6—8, § 328 Nr. 5, 8, 12 S. 242 flg.

Beibuch als Urkunde. **31**, 175.

Beihülfe. S. Strafgesetzbuch Buch I Abschnitt 3 Nr. 24—41 S. 18flg. und § 49 S. 22flg.

Beilagen einer periodischen Druckschrift. S. Preßgesetz vom 7/5 74 § 7 Nr. 2, 3 S. 488.

Beilegung eines Titels. 1) Im allgemeinen. S. St.G.B. § 360[8] S. 267. — 2) Als Arzt, Zahnarzt ꝛc. S. Gewerbeordnung vom 21/6 69 § 147 Nr. 5—9 S. 454flg.

Beischlaf. 1) Zwischen nahen Verwandten und Verschwägerten. S. St.G.B. § 173 S. 103. — 2) Mißbrauch einer willenlosen ꝛc Frauensperson zum Beischlaf. S. St.G.B. § 176 Nr. 6, 7 S. 106. — 3) Nötigung zum Beischlaf durch Gewalt oder Drohung. S. St.G.B. § 177 S. 107. — 4) Verleitung zum Beischlaf durch Täuschung. S. St.G.B. § 179 S. 107. — 5) Verführung eines noch nicht 16jährigen Mädchens zum Beischlaf. S. St.G.B. § 182 S. 110flg. — 6) Ist Beischlaf zwischen Verlobten Unzucht im Sinne von St.G.B. § 180? **8**, 172. — 7) Ist Gestattung des Beischlafs Gewährung eines Vorteils im Sinne des § 332 St.G.B.'s? **9**, 166.

Beiseiteschaffen. 1) Beiseiteschaffen gepfändeter Gegenstände. S. St.G.B. § 137 Nr. 32flg. S. 81flg. — 2) Beiseiteschaffen von Vermögensstücken beim Konkurs. S. Konkursordnung von 1877 § 209 Nr. 2—4 S. 276. — 3) Beiseiteschaffen von Vermögensbestandteilen bei drohender Zwangsvollstreckung. S. St.G.B. § 288 Nr. 22—32 S. 218flg. — 4) Beiseiteschaffen von amtlich aufbewahrten Urkunden ꝛc. S. St.G.B. § 133 Nr. 12, 13 S. 78. — 5) Beiseiteschaffen von Urkunden durch einen Beamten. S. St.G.B. § 348 Nr. 82—87. S. 258. — 6) Beiseiteschaffen eines Leichnams. **28**, 119.

Beistand des Angeklagten in der Hauptverhandlung. S. St.P.O. § 149 S. 317.

— der Mutter nach § 1687 B.G.B.'s. Gehört er zu den Vormündern im Sinne des § 266 St.G.B.'s? **35**, 338.

Beistandsleistung als Begünstigung. S. St.G.B. § 257 S. 167 flg.

Bekanntmachung, öffentliche, des Urteils. S. St.G.B. § 165 S. 97, § 200 S. 126 flg.; Nahrungsmittelgesetz vom 14/5 79 § 16 S. 523; Markenschutzgesetz vom 30/11 74 § 17 S. 498.

Belehrung der Geschworenen. S. St.P.O. § 300 S. 382.

Beleidigung. 1) Im allgemeinen s. St.G.B. §§ 185—200. S. 113 flg. — 2) Beleidigung des Landesherrn und der Bundesfürsten. S. St.G.B. §§ 94—101 S. 54 flg.

Belgien. Auslieferungsvertrag mit Belgien. S. Vertrag vom 24/12 74 S. 499.

Beleuchtung der Treppen. Unterlassung der Beleuchtung als Verursachung fahrlässiger Körperverletzung. **14**, 362.

Benennung des verantwortlichen Redakteurs bei periodischen Druckschriften. S. Gesetz vom 7/5 74 § 7 S. 488 flg.

Benutzung. 1) Benutzung einer Erfindung durch einen anderen vor der Patentanmeldung. S. Gesetz vom 25/5 77 § 5 S. 509 flg. — 2) Offen=

kundige Benutzung eines Modells vor der Anmeldung des Gebrauchsmusters. S. Gesetz vom 1/6 91 § 1 S. 545.
Beratung und **Abstimmung** der Richter. S. G.V.G. §§ 194—200 S. 433 flg.
Beratung der Geschworenen. S. St.P.O. §§ 302—304 S. 382 flg.
Bergbahn. Anwendung der §§ 315, 316 St.G.B.'s. **35**, 12.
Bergeigentum und unbefugte Gewinnung von Mineralien in Preußen. **5**, 182.
Bergwerksbetrieb. Inwieweit untersteht der Bergwerksbetrieb der Gewerbeordnung? **5**, 425.
Berichte. 1) Wahrheitsgetreue Berichte über Parlamentsverhandlungen im Sinne der Reichsverfassung Art. 22 und des St.G.B.'s § 12. **15**, 32; **18**, 207. — 2) Beleidigung durch Berichte in Zeitungen über öffentliche Gerichtsverhandlungen. **1**, 19; **3**, 303; **19**, 238. — 3) Berichte über nicht öffentliche Gerichtsverhandlungen. S. St.G.B. § 184 Nr. 17—19 S. 113.
Berichtigung des Sitzungsprotokolls. S. St.P.O. §§ 271, 274 S. 368 flg.
— des Geschworenenspruches. S. St.P.O. §§ 309—312 S. 385 flg.
— in der Presse. S. Gesetz vom 7/5 74 § 11 S. 489.
Berner Konvention. S. Vertrag vom 9/9 86 S. 538 flg.
Bernstein. Unbefugte Aneignung in Preußen. **17**, 16.
Beruf, Amt und Gewerbe, welche zur Aufmerksamkeit besonders verpflichten. S. St.G.B. § 222 Nr. 10—24 S. 133 flg.
Berufsgenossenschaft. Ist der Vorstand einer Berufsgenossenschaft eine öffentliche Behörde im Sinne der St.P.O. § 255? **34**, 367.
Berufung. 1) Rechtsmittel. S. St.P.O. §§ 354—372 S. 391 flg. — 2) Berufung des Zeugen auf den früheren Eid als Ersatz der Beeidigung. S. St.P.O. § 66 S. 305 flg. — 3) Berufung des Sachverständigen auf den allgemeinen Eid. S. St.P.O. § 79 Nr. 8—20 S. 308.
Beruhen des Urteils auf Normverletzung. S. St.P.O. §§ 376, 377 S. 394 flg.
Beschädigung. 1) Sachbeschädigung. S. St.G.B. §§ 303—305 S. 233 flg. — 2) Beschädigung einer Urkunde. S. St.G.B. § 274 Nr. 6 S. 208, § 348 Nr. 87 S. 258. — 3) Beschädigung amtlich aufbewahrter Urkunden, Register ɩc. S. St.G.B. § 133 Nr. 14 S. 78. — 4) Beschädigung von Autoritätszeichen ɩc. **31**, 143. — 5) Beschädigung eines amtlichen Siegels. S. St.G.B. § 136 S. 78. — 6) Beschädigung eines Grabes ɩc. S. St.G.B. § 168 Nr. 4 S. 100. — 7) Beschädigung des Vermögens beim Betrug. S. St.G.B. § 263 Nr. 56—105 S. 178 flg. — 8) Schadenszufügung bei der Urkundenfälschung. S. St.G.B. § 268 Nr. 11, 12 S. 201. — 9) Kann in der Beschädigung von Sachen ein „Beiseiteschaffen" im Sinne des St.G.B.'s § 288 liegen? **19**, 25; **27**, 122.
Beschaffenheit einer Ware im Sinne des Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs § 4. **33**, 441.

Beschäftigung von Fabrikarbeitern. 1) Im allgemeinen. S. Gewerbeordnung vom 21/6 69 § 134 Nr. 8—12 S. 452. — 2) Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern. S. Gewerbeordnung §§ 135, 136, 138 S. 452 flg. — 3) Beschäftigung von Arbeiterinnen. S. Gewerbeordnung §§ 137, 138 S. 453.

Beschimpfung. 1) Beschimpfung einer Kirche 2c. S. St.G.B. § 166 S. 97 flg. — 2) Beschimpfender Unfug an einem Grab. **21**, 178.

Beschlagnahme. 1) Beschlagnahme und Durchsuchung beim Beschuldigten. S. St.P.O. §§ 94—111 S. 310 flg., St.G.B. § 113 Nr. 10, 13, 21, 24, 30, 33 flg. S. 59 flg., § 117 Nr. 23—29 S. 66 flg. — 2) Ist Beschlagnahme im ehrengerichtlichen Verfahren gegen Rechtsanwälte zulässig? **10**, 425. — 3) Beschlagnahme zollpflichtiger Gegenstände. S. Vereinszollgesetz vom 1/7 69 § 156 S. 468 flg. — 4) Beschlagnahme von Druckschriften. **30**, 323. — 5) Entziehung von Gegenständen aus der Beschlagnahme. S. St.G.B. § 137 S. 79 flg. — 6) Umfaßt die im G.V.G. § 168 gestattete Nacheile auch die Beschlagnahme? **26**, 211. — 7) S. auch Einziehung.

Beschluß. 1) Kann ein verkündetes und zugestelltes Urteil durch Beschluß ergänzt werden? **28**, 247. — 2) Ist Beschluß genügend zur Beendigung eines nach dem Tode des Verurteilten eingeleiteten Wiederaufnahmeverfahrens? **28**, 146.

— über die Eröffnung des Hauptverfahrens. 1) Im allgemeinen s. St.P.O. §§ 201—210 S. 327 flg. — 2) Über die Unfähigkeit der bei diesem Beschluß mitwirkenden Richter zur Teilnahme an der Hauptverhandlung. S. St.P.O. § 23 Nr. 10—16 S. 292 flg. — 3) Ersatz dieses Beschlusses durch andere Entscheidungen. S. St.P.O. § 270 S. 367 flg., § 369 S. 391 flg., § 462 S. 417. — 4) Verlesung dieses Beschlusses in der Hauptverhandlung. S. St.P.O. § 242 Nr. 1—6 S. 336. — 5) Gebundenheit des Gerichts beim Urteil an diesen Beschluß. S. St.P.O. §§ 263—265 S. 356 flg.

— über die vorläufige Einstellung des Verfahrens. S. St.P.O. §§ 202, 203 S. 327.

Beschlußbuch des Gemeinderats in der Rheinprovinz. Ist es ein öffentliches Buch im Sinne des St.G.B.'s § 348? **26**, 165.

Beschränkung der Einfuhr. 1) Steht sie einem Einfuhrverbot im Sinne des Vereinszollgesetzes gleich? **28**, 51, 195. — 2) Über Einfuhrbeschränkung bei Wiederkäuern und anderen Tieren. S. Gesetz vom 7/4 69 S. 438, vom 21/5 78 S. 512 flg., vom $\frac{23/6\ 80}{1/5\ 94}$ S. 526 flg.

— der Verteidigung. S. St.P.O. § 377 Nr. 50—53 S. 399.

Beschuldigter. Begriff des Beschuldigten im Sinne von St.P.O. § 51. **27**, 270, 312; **32**, 72; **33**, 350.

Beschwerde. S. St.P.O. §§ 346—351 S. 390 flg.

Besetzung des Gerichts. S. Gerichtsbesetzung.

Besitz. 1) Fremder Besitz als Tatbestandsmerkmal des Diebstahls und eigener Besitz als Tatbestandsmerkmal der Unterschlagung. S. St.G.B. § 242 Nr. 21—37 S. 146 flg., § 246 Nr. 38—45 S. 159 flg. — 2) Erwerb

und Verlust des Besitzes als Vermögensvorteil und Vermögensschaden beim Betrug. S. St.G.B. § 263 Nr. 91, 92 S. 181. — 3) Unerlaubter Besitz von Sprengstoffen. S. Gesetz vom 9/6 84 § 1, § 9 Nr. 5—12 S. 535 flg.

Besoldung. 1) Über fortdauernde Geltung des § 163 des Anhangs zur Preuß. Allg. Gerichtsordnung I. 24 § 108, betreffend die rechtliche Wirkungslosigkeit von Anweisungen fixierter Besoldung der Civilbeamten. **7**, 95. — 2) Inwieweit darf die Besoldung der Richter in Gebühren bestehen? **3**, 231.

Besoldungsholz. Kann dessen rechtswidrige Veräußerung Unterschlagung sein? **1**, 75; **3**, 184.

Besserungsanstalt. Hat im Falle des § 56 St.G.B.'s das Gericht zu bestimmen, ob der Angeklagte in einer Erziehungs- oder in einer Besserungsanstalt unterzubringen ist? Ist die Entscheidung über Unterbringung in einer Erziehungs- oder Besserungsanstalt revisibel? **7**, 180.

Bestechung. S. St.G.B. §§ 331—335 S. 245 flg.

Bestellung eines Verteidigers. S. St.P.O. §§ 140—145 S. 315 flg.

Bestrafung. Ist unter Bestrafung im Sinne des § 257 St.G.B.'s bloß die Verurteilung zu verstehen, oder fällt auch die Vollstreckung des Urteils unter den Begriff von Bestrafung? **8**, 366; **16**, 204.

Bestrafungsantrag. S. Antrag auf Strafverfolgung.

Bestrebungen, gemeingefährliche, der Sozialdemokratie. S. Gesetz vom 21/10 78 S. 515.

Beteiligte. 1) Wirkung des Strafantrags gegenüber allen Beteiligten. S. St.G.B. § 63 S. 39 flg. — 2) Anhörung der Beteiligten im Strafprozesse. S. St.P.O. § 33 S. 295.

Beteiligung an einer Straftat. S. St.G.B. §§ 47—50 S. 18 flg.

Betrieb eines Gewerbes. 1) Bildet in dem Falle, wenn einem Stellenvermittler der Betrieb des Gewerbes untersagt worden ist, jede einzelne gegen Entgelt erfolgte Stellenvermittlung eine strafbare Zuwiderhandlung? **27**, 111. — 2) S. im übrigen Gewerbeordnung vom 21/6 69 S. 444 flg.

Betriebsbeamter im Sinne des preußischen Berggesetzes vom 24. Juni 1865. S. dort Nr. 1 S. 590.

Betriebsleiter, Betriebsunternehmer. Haftung des Betriebsunternehmers für Delikte des Betriebsleiters und anderer Angestellter. S. Gewerbeordnung vom 21/6 69 § 151 S. 455 flg.; Invalidenversicherungsgesetz vom 13/7 99 § 182 S. 543; Krankenversicherungsgesetz vom 10/4 92 §§ 81—82b Nr. 8 S. 535.

Betroffenwerden. 1) Betroffenwerden im Besitz von Sprengstoff im Sinne des Sprengstoffgesetzes vom 9/6 84 § 9. **12**, 73; **13**, 35, 46. — 2) Betroffenwerden ohne Zollausweis im Grenzbezirk. **5**, 72; **10**, 406; **12**, 106.

Betrug. S. St.G.B. §§ 263—265 S. 174 flg.

Betrunkenheit. S. Angetrunkenheit.

Betteln. 1) Betteln als Übertretung. S. St.G.B. §§ 361 [4], 362 S. 269 flg. — 2) Kann durch Betteln ein Betrug verübt werden? **4**, 352; **6**, 360.

Beugung des Rechts durch Erlaß von Strafverfügungen. **25**, 276.
Beurkundung, falsche. 1) Durch einen Beamten. S. St.G.B. § 388 S. 251 flg. — 2) Infolge von unrichtigen Angaben (intellektuelle Urkundenfälschung). S. St.G.G. §§ 271, 272 S. 203 flg.
Bevölkerungsklassen. Anreizung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander. S. St.G.B. § 130 Nr. 7—10 S. 74.
Bevollmächtigter. 1) Begriff bei der Untreue. S. St.G.B. § 266 Nr. 19 bis 27 S. 186 flg. — 2) Strafantrag des Bevollmächtigten. S. St.G.B. § 61 Nr. 40—51 S. 38 flg.
Bewaffneter Diebstahl. S. St.G.B. § 243 Nr. 56 S. 154.
Bewaffneter Haufen. Anschluß an einen bewaffneten Haufen. **30**, 391.
Bewaffneter Hausfriedensbruch. S. St.G.B. § 123 Nr. 30—34 S. 72 flg.
Beweisantrag. 1) Beweisantrag vor der Eröffnung des Hauptverfahrens. S. St.P.O. § 199 S. 326. — 2) Beweisantrag vor der Hauptverhandlung. **1**, 106. — 3) Beweisantrag in der Hauptverhandlung. S. St.P.O. § 243 S. 336 flg. — 4) Verspäteter Beweisantrag. S. St.P.O. § 245 S. 342. — 5) Beweisantrag bei der Vernehmung des Angeklagten vor der Hauptverhandlung, wenn er vom Erscheinen entbunden ist. **10**, 135; **19**, 249. — 6) Muß der Angeklagte nach Ablehnung eines in den Schlußausführungen gestellten Beweises nochmals gehört werden? **20**, 380; **26**, 32. — 7) Ist der Antrag des Verteidigers auf Untersuchung des Angeklagten in einer Irrenanstalt ein Beweisantrag? **20**, 378; **27**, 343. — 8) Aufnahme eines Beweises in das Sitzungsprotokoll. **1**, 32. — 9) Ist nur das Sitzungsprotokoll entscheidend dafür, ob ein Beweisantrag gestellt worden ist. **31**, 163; **35**, 61 (vgl. **17**, 346).
Beweisaufnahme. S. St.P.O. §§ 243—256 S. 336 flg.
Beweiserhebung. 1) Unmittelbarkeit der Beweiserhebung. S. St.P.O. §§ 249, 250 S. 344 flg., § 260 S. 354 flg. — 2) Beweiserhebung durch den ersuchten oder beauftragten Richter. S. St.P.O. § 222 S. 330, § 250 S. 345 flg. — 3) Beweiserhebung in der Revisionsinstanz bei Prozeßbeschwerden. S. St.P.O. § 384 Nr. 10 S. 402.
Beweismittel, herbeigeschafftes. S. St.P.O. § 244 S. 340 flg.
Beweisurkunde. Kann im Verborgenhalten einer Beweisurkunde Beiseiteschaffung eines Vermögensbestandteils im Sinne des St.G.B.'s § 288 gefunden werden? **26**, 9.
Beweiswürdigung. S. St.P.O. § 260 S. 354 flg.
Bewirken falscher Beurkundung. S. St.G.B. § 271 S. 203 flg.
Bewußtlosigkeit als Strafausschließungsgrund. S. St.G.B. § 51 S. 27.
Bewußtsein der Rechtswidrigkeit. Inwieweit ist das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit zum Dolus erforderlich? S. St.G.B. § 59 Nr. 20 S. 32.
Bezirksarzt. Ist der Bezirksarzt in Baden zur Erstattung ärztlicher Gutachten auf den allgemeinen Diensteid berechtigt? **28**, 41.
Bezirkspräsident. Verordnungsrecht des Bezirkspräsidenten in Elsaß-Lothringen. **1**, 135.
Bezirkstechniker. Ist der Bezirkstechniker in Bayern eine Behörde,

deren Gutachten in der Hauptverhandlung verlesen werden darf? **25**, 140.

Bezirksvorsteher. Ist in der preußischen Rheinprovinz der Bürgermeister zum Strafantrag wegen Beleidigung des Bezirksvorstehers berechtigt? **21**, 202.

Bierfälschung. S. bayerisches Gesetz vom 16/5 68 S. 563 flg.; Nahrungsmittelgesetz vom 14/5 79 § 10 Nr. 17, 22, 32—38 S. 517 flg.

Biersteuerdelikte. S. Reichsgesetz vom 31/5 72 S. 482 flg., badisches Gesetz vom 28/2 45 S. 559, bayerisches Gesetz vom 16/5 68 S. 563 flg.

Bigamie. 1) Verbrechen der Bigamie. S. St.G.B. § 181 S. 102. — 2) Gilt das Zeugnisverweigerungsrecht auch für die Person, mit welcher der Beschuldigte in Bigamie lebt? **18**, 42.

Bilanzen der Aktiengesellschaften. S. Handelsgesetzbuch vom 5/6 69 (Fassung vom 18/7 84) Art. 239b S. 441.

Bilanzziehung. Unterlassung der Bilanzziehung als Tatbestandsmerkmal des Bankerutts. S. Konkursordnung von 1877 § 210 Nr. 56—64 S. 281 flg.

Bischöfliches Amt. Begriff im Sinne des preußischen Gesetzes vom 20. Mai 1874. **9**, 305.

Blankett. 1) Falsche Ausfüllung eines Blanketts als Urkundenfälschung. S. St.G.B. § 269 S. 202. — 2) Liegt ein mit Urkundenfälschung ideell konkurrierender Betrug vor, wenn jemand sich durch wahrheitswidrige Vorspiegelungen ein Blankett verschafft und unbefugt über die Namenszeichnung einen Kaufvertrag setzt? **27**, 184.

Blankoakzept, Blankoindossament. Sind sie beweiserhebliche Urkunden? **7**, 183; **24**, 192.

Blechmarke. Kann eine Blechmarke eine beweiserhebliche Urkunde sein? **4**, 3.

Blei- und zinkhaltige Gegenstände. Einziehung nach dem Reichsgesetz vom 25. Juni 1887 § 6. **20**, 333.

Blödsinn als Geisteskrankheit. **7**, 425.

Blutschande. S. St.G.B. § 173 S. 103.

Bodenerzeugnisse. Entwendung dieser. S. preußisches Gesetz vom 1/4 80 § 18 S. 597 flg.

Bodensee. Exterritorialität für fremde Handelsschiffe in deutschen Häfen des Bodensees. **2**, 17.

Bonn. Ist die Universität Bonn zur Abnahme eidesstattlicher Versicherungen über die Autorschaft von Doktordissertationen befugt? **17**, 208

Bordellwirtschaft. 1) Betreiben einer Bordellwirtschaft als Kuppelei. S. St.G.B. § 180 Nr. 5, 6, 9, 18, 24 S. 108 flg. — 2) Verabreichung von Getränken in einer Bordellwirtschaft als Gewerbevergehen. S. Gewerbeordnung vom 21/6 69 § 33 Nr. 6, 7 S. 445.

Boykott. Aufforderung zum Boykott als grober Unfug. **27**, 292.

Brandstiftung. S. St.G.B. §§ 306—311 S. 235 flg.

Brandversicherung, übermäßige. S. preußisches Gesetz vom 8/5 37 S. 582.

Brandversicherungsbetrug. S. St.G.B. § 265 S. 185.

Branntwein. 1) Inwieweit ist der Branntwein als Lebensmittel im

Sinne der Gew.O. § 115 anzusehen? **20**, 217; **30**, 253. — 2) Dürfen Konsumvereine Branntwein an ihre Mitglieder verkaufen, ohne Konzession zum Kleinhandel mit Branntwein zu haben? **5**, 112.

Branntweinsteuer. S. preußische Steuerordnung vom 8/2 19 S. 578; preußische Kabinettsorder vom 10/1 24 S. 581; sachsen-gothaisches Gesetz vom 12/12 33 S. 606; Reichsgesetz vom 8/7 68 S. 436 flg., vom $\frac{21/6\ 87}{8/6\ 91;\ 16/6\ 95}$ S. 539 flg., Bundesratsverordnung vom 27/9 87 S. 542, vom 18/11 92 S. 547.

Brasilien. S. Auslieferungsvertrag vom 17/9 77 S. 512.

Braunschweig. S. syst. Reg. S. 567. Vgl. auch das Gesetzesverzeichnis.

Brauregister fixierter Brauer als beweiserhebliche Urkunde. **10**, 11.

Brausteuer. S. bayerisches Gesetz vom $\frac{16/5\ 68}{28/8\ 79}$ S. 563 flg.; Reichsgesetz vom 31/5 72 S. 482 flg.; Bundesratsverordnung vom 18/11 72 S. 485, vom 5/7 88 S. 542.

Bremen. S. syst. Reg. S. 567. Vgl. auch das Gesetzesverzeichnis.

Brennereiunternehmer. 1) Inwieweit ist ein Brennereiunternehmer als Vollkaufmann anzusehen? **25**, 3. — 2) Subsidiäre Haftung. S. Gesetz vom 8/1 68 S. 437 f.

Brennmaterialien. Was sind Vorräte von Brennmaterialien im Sinne des St.G.B.'s § 308? **13**, 218.

Breslau. Ist die Universität Breslau zur Abnahme eidesstattlicher Versicherungen über die Autorschaft von Doktordissertationen befugt? **17**, 208.

Brief. 1) Postzwang. S. Gesetz vom 28/10 71 § 1 Nr. 1—6, 15—18 S. 477 flg. — 2) Portodefraudation. S. Gesetz vom 28/10 71 § 27 S. 479 flg. — 3) Eröffnung und Unterdrückung durch Postbeamte. S. St.G.B. § 354 S. 262 flg.

Briefträger. 1) Ist der Briefträger ein zuständiger Beamter im Sinne des St.G.B.'s § 360^{8}? **17**, 224. — 2) Unterschlagung von Postanweisungsgeldern durch den Briefträger als Amtsunterschlagung. **16**, 437.

Brücke. Beschädigung und Zerstörung einer Brücke im Sinne des St.G.B.'s § 305. 1) Begriff der Brücke. **24**, 26; **33**, 391. — 2) Kann die Beschädigung einer Brücke darin gefunden werden, daß sie lediglich ungangbar gemacht wird? **20**, 353.

Brunnen. Welche Personen tragen die Verantwortlichkeit für Nichtverdeckung von Brunnen aus St.G.B. § 361^{12}? **6**, 64; **15**, 58.

Bücher und **Register,** öffentliche. S. St.G.B. § 271 Nr. 11 flg. S. 204 flg., § 348 Nr. 9 flg. S. 252 flg., § 133 Nr. 3 S. 77.

Buchführung. Verpflichtung des Kaufmanns zur Buchführung. S. Konkursordnung von 1877 § 210 Nr. 16—55 S. 278 flg.

Buchmachen. 1) Ist das Buchmachen bei Pferderennen Glücksspiel? S. St.G.B. §§ 284—286 Nr. 12 S. 213. — 2) Stempelpflicht des Buchmachers bei Pferderennen. S. Gesetz vom $\frac{1/7\ 81}{24/4\ 94}$ §§ 24, 26, Tarifposition 5 S. 531 flg., Gesetz vom $\frac{1/7\ 81}{14/6\ 00}$ S. 532. — 3) Einziehung

von Geldern, die zur Bezahlung von Wettgewinnen bestimmt sind. **35**, 391.
Bude. Kann eine Bude, die mit dem Erdboden nicht in feste Verbindung gesetzt ist, als Gebäude oder umschlossener Raum angesehen werden? **10**, 103.
Bundesangehörigkeit. S. Gesetz vom 1/6 70 S. 470 flg.
Bundesfürsten. Beleidigung von Bundesfürsten. S. St.G.B. T. II Abschn. 3 S. 55.
Bundesrat. Ist der Bundesrat eine politische Körperschaft, insbesondere eine gesetzgebende Versammlung im Sinne des St.G.B.'s § 197? Bedarf die Ermächtigung zur Strafverfolgung der Gegenzeichnung des Reichskanzlers? **7**, 382.
Bureaugehilfe des Landrats in Preußen. Ist er Beamter? **28**, 239.
Bürge. Ist der Bürge Gläubiger des Hauptschuldners im Sinne der K.O. §§ 211 (241)? **15**, 90.
Bürgerliche Ehrenrechte. Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte als Strafe. S. St.G.B. §§ 32—37 S. 10.
Bürgerliche Rechtsverhältnisse. Beurteilung durch den Strafrichter. S. St.P.O. § 261 S 355 flg.
Bürgermeister. 1) Ist der Bürgermeister in Altpreußen zur Stellung des Strafantrags wegen Beleidigung des Magistratskollegiums befugt? **24**, 179. — 2) Ist der Bürgermeister in Rheinpreußen zur Stellung des Strafantrags wegen Beleidigung des Bezirksvorstehers befugt? **21**, 202. — 3) Ist der Landrat in Rheinpreußen zur Stellung des Strafantrags wegen Beleidigung des Bürgermeisters befugt? **17**, 81. — 4) Ist der Bürgermeister Bevollmächtigter der Stadtgemeinde im Sinne des St.G.B.'s § 266 Nr. 2? **15**, 41. — 5) Zuständigkeit des Bürgermeisters zur Aufnahme öffentlicher Urkunden. **26**, 165 (Rheinpreußen); **15**, 19 (Bayern); **10**, 35 (Baden); **10**, 275 (Elsaß-Lothringen).
Buße. S. Strafgesetzbuch Anhang zu Teil I Abschnitt 1 S. 13, § 231 S. 140; Gesetz vom 11/6 70 §§ 18—20 Nr. 8 S. 473; Gesetz vom 12/5 94 § 18 S. 550.
Butter. 1) Verkehr mit ihren Ersatzmitteln. S. Gesetz vom 12/7 87 S. 541 flg. vom 15/6 97 S. 558. — 2) Nahrungsmittelfälschung. S. Gesetz vom 14/5 79 § 10 Nr. 27, 29 S. 518.

C

(S. hierzu auch Buchstaben K.)

Cession. Betrug bei der Cession. S. St.G.B. § 263 Nr. 46, 52 S. 177 flg.
Champagner. Darf der aus französischem Wein außerhalb Frankreichs hergestellte Champagner als französischer Champagner verkauft werden? **28**, 353.
Charfreitag. S. Karfreitag.
Check. S. Scheck.

China. Macht die im Vertrage vom 31. März 1880 festgesetzte Exterritorialität der Deutschen in China die Feststellung, daß das von einem Deutschen in China begangene Delikt auch nach dortigen Gesetzen strafbar sei, überflüssig? **26**, 97.

Cigarren als Genußmittel im Sinne des St.G.B.'s § 370 [6]. **5**, 289.

Civilgericht. Zuständigkeit gegenüber dem Militärgerichte. S. Militärgericht.

Civilperson. Ist die Teilnahme einer Civilperson an einem militärischen Delikte möglich? **15**, 396; **25**, 234; **27**, 157.

Civilprozeßverfahren. S. C.P.O. v. $\frac{30/1\ 77}{20/5\ 98}$ S. 506 flg.

Civilurteil. Unabhängigkeit des Strafrichters von einem vorausgegangenen C. S. St.P.O. § 261 S. 355 flg.

Civilversorgungsschein. Fällt der Gebrauch eines gefälschten Civilversorgungsscheins unter St.G.B. § 363? **27**, 56.

Clichés. Nachdruck der Abbildungen von zum Verkauf bestimmten Clichés **28**, 256.

Coburg-Gotha. S. Syst. Reg. S. 606. Vgl. auch das Gesetzesverzeichnis.

Constitutum possessorium. Kann nach preuß. Rechte ein c. p. darin gefunden werden, daß der mit dem Ankaufe von Wertpapieren beauftragte Bankier nach Ausführung des Auftrags in seinen Handelsbüchern die Nummern der angekauften Stücke als dem Besteller gehörig vermerkt? **9**, 179.

Cri séditieux. S. französisches Gesetz vom. 25/3 22. S. 569.

D

Dachs. Gehört der Dachs in ganz Preußen zu den jagdbaren Tieren? **8**, 71.

Darlehen als Tatbestandsmerkmal des Wuchers. S. St.G.B. § 302a Nr. 1—10, § 302b S. 230 flg.

Datio in solutum. Unterschied von einem Verkaufe mit Kompensationsabrede, Bedeutung für den Tatbestand von KO. § 211 (241). **6**, 149.

Datumsänderung bei stempelpflichtigen Verträgen als Urkundenfälschung. S. St.G.B. § 267 Nr. 62 flg. S. 193.

Defraudation. 1) der Branntweinsteuer. S. Gesetz vom 8/7 68. §§ 50—67 S. 436 flg., vom $\frac{24/6\ 87}{16/6\ 95}$ S. 539 flg. — 2) — der Brausteuer. S. Gesetz vom 31/5 72 §§ 27—40 S. 483 flg. — 3) — der Tabaksteuer. S. Gesetz vom 16/7 79 §§ 32—40 S. 525. — 4) — des Zolls. S. Vereinszollgesetz vom 1/7 69 §§ 135—164 S. 461 flg. — 5) — der Zuckersteuer. S. Gesetz vom 31/5 91 bezw. 9/6 95, 27/5 96 S. 544 flg.

Deklaration. Ist die durch falsche Deklaration bewirkte Steuerhinterziehung als Betrug, oder als Steuerdelikt zu strafen? S. St.G.B. § 263 Nr. 135 flg. S. 184.

Delikt, fortgesetztes. S. St.G.B. § 73 Nr. 21—36 S. 47 flg.

Denunciation, falsche. S. St.G.B. §§ 164, 165 S. 95 flg.

Depesche. 1) Wird durch Aufgabe einer telegraphischen Depesche unter falschem Namen Urkundenfälschung begangen? **8**, 92. — 2) Kann die Einlegung und die Begründung der Revision durch telegraphische Depesche erfolgen? **9**, 38; **10**, 166 (vgl. **1**, 262; **4**, 59). — 3) Kann eine Anschlußerklärung des Nebenklägers in dieser Weise erfolgen? **24**, 283. — 4) Unbefugte Eröffnung einer Depesche. S. St.G.B. § 355 S. 263.

Deportgeschäft, Stempelpflicht. **12**, 284.

Depot, Verletzung der Pflichten der Kaufleute bei Aufbewahrung fremder Wertpapiere. S. Gesetz vom 5/7 96. S. 554.

Depotschein der Reichsbank. Rechtliche Natur. Kann Einräumung eines Besitz- und Zurückbehaltungsrechts durch den Bevollmächtigten an einem Depotschein des Auftraggebers Untreue sein? **26**, 111.

Depotwechsel. Kann im unbefugten Weitergeben eines Depotwechsels Unterschlagung oder Betrug liegen? **1**, 343; **3**, 35; **7**, 93.

Desertion. Verleitung zur Desertion und Beförderung der Desertion. S. St.G.B. § 141 S. 83 flg.

Destillierapparat. Ist Veräußerung eines Destillierapparats durch den Brennereibesitzer ohne Anzeige bei der Steuerbehörde auch dann strafbar, wenn der Apparat bereits gebraucht war und an der bisherigen Stelle verbleibt? **22**, 101.

Diebstahl. S. St.G.B. §§ 242—247 S. 145 flg. Vgl. auch St.G.B. § $370^{2, 5}$ S. 274 flg.; bayerisches Gesetz vom $\frac{28/3\ 52}{26/9\ 79}$ S. 562; hessisches Gesetz vom 4/2 37 und 21/9 41 S. 572; preußisches Gesetz vom 15/4 78 S. 595 und 1/4 80 S. 597 flg.; sächsisches Gesetz vom 30/4 73 S. 606; württembergisches Gesetz vom 27/12 71 S. 608.

Dienstbefehl des Vorgesetzten als Strafausschließungsgrund. **6**, 432.

Dienstboten. Rechtliche Stellung der Dienstboten. S. preußisches Gesetz vom 8/11 10 S. 577, vom 24/4 54 S. 589.

Diensteid. 1) Berufung auf den Diensteid als Ersatz der Beeidigung. S. St.G.B. § 155 S. 87; St.P.O. § 79 Nr. 10—20 S. 308. — 2) Ist der Diensteid des Richters in Preußen beim Thronwechsel zu erneuern? **17**, 375.

Dienstinstruktionen. Sind Dienstinstruktionen von Bahnbeamten Rechtsnormen im Sinne der St.P.O. § 376? **1**, 125.

Dienstregister. Ist das allgemeine Dienstregister des Gerichtsvollziehers eine Urkunde im Sinne des St.G.B. § 348? **7**, 252.

Differenzhandel. Begriff. S. K.O. von 1877 § 210 Nr. 13—15 S. 278.

Direktor einer Fortbildungsschule. Ist der Direktor einer Fortbildungsschule in Sachsen Vollstreckungsbeamter im Sinne des St.G.B. § 113? **28**, 19.

Dirnen. Sistierung nicht kontrollierter Dirnen in Preußen. **3**, 185.

Distriktstechniker. Ist der Distriktstechniker in Bayern eine Behörde, deren Gutachten in der Hauptverhandlung verlesen werden darf? **25**, 140.

Disziplinargewalt des Schiffers. Sind Personen, die sich nur zur

Digitized by Google

Ausführung von Hafenarbeiten an Bord des Schiffes befinden, der Disziplinargewalt des Schiffers unterworfen? **25**, 439.

Disziplinarsachen. 1) Sind die Vorschriften des G.V.G.'s §§ 157 flg. analog anwendbar, wenn in einer Disziplinarsache eine Behörde gerichtliche Rechtshülfe in Anspruch nimmt? **19**, 438. — 2) Ist die Vorschrift des § 14 analog auf eine Disziplinarsache anwendbar, derart, daß bei einem negativen Kompetenzkonflikt zweier Oberlandesgerichte das Reichsgericht die Zuständigkeit zu bestimmen hätte? **22**, 111. — 3) Kann in einer Disziplinarsache der Zeugeneid durch die Berufung auf den Diensteid ersetzt werden? **25**, 96.

Dividende einer Aktiengesellschaft. Schließt § 3 des Reichsgesetzes wegen Beseitigung der Doppelbesteuerung vom 13. Mai 1870 das Besteuerungsrecht des Domizilstaates eines Aktionärs hinsichtlich der Dividenden einer Aktiengesellschaft aus, welche in einem anderen deutschen Bundesstaate als dem Wohnortsstaate des Aktionärs ihren Sitz hat? **8**, 132.

Dogma. Kann in der Beschimpfung eines Dogmas der katholischen Kirche eine Beschimpfung der Kirche selbst gefunden werden? Kommt es darauf an, ob das Dogma ungesetzlicherweise ohne Genehmigung der Staatsregierung publiziert worden ist? **26**, 294.

Doktordissertation. Inwieweit sind die Universitäten zur Abnahme von eidesstattlichen Versicherungen über die Autorschaft einer Doktordissertation befugt? **17**, 208.

Dolmetscher. S. G.V.G. §§ 186—192 S. 432.

Dolus. S. St.G.B. § 59 Nr. 18—29, 48 S. 32 flg. Vgl. auch die einzelnen Delikte.

Domänenpachtzins. Kann er im Verwaltungszwangsverfahren beigetrieben werden? **26**, 287.

Domizilvermerk. Kann die Beifügung eines Domizilvermerks durch den Nehmer eines Blankoakzeptes eine Urkundenfälschung begründen? **4**, 410.

Doppelbesteuerung. Gesetz vom 13/5 70 S. 470.

Doppelehe. S. Bigamie.

Dramatische Werke, unberechtigte Aufführung. Gesetz vom 11/6 70 §§ 50—56 S. 475 flg.

Drohen der Zwangsvollstreckung. Wann ist solche anzunehmen? S. St.G.B. § 288 Nr. 1—15 S. 216 flg.

Drohung. S. Bedrohung.

Drucker. 1) Angabe von Name und Wohnort des Druckers auf einer Druckschrift. Gesetz vom 7/5 74 §§ 6, 18, 19 S. 487 flg. — 2) Inwiefern kann der Drucker einer unzüchtigen Schrift aus § 184 St.G.B.'s bestraft werden? **35**, 317.

Druckfehler. Sind sie dem verantwortlichen Redakteur, der die Korrektur nicht selbst besorgt hat, als Fahrlässigkeit zuzurechnen? **26**, 45.

Druckort. Welches ist der Ursprungsort einer politischen Zeitung im Sinne des Postgesetzes § 1, wenn der Druck- und der Verlagsort verschieden voneinander sind? **25**, 279.

Drucksachen. Postzwangspflicht. S. Gesetz vom 28/10 71 § 1 Nr. 7 bis 14 S. 478 flg.; vom 20/12 99 Art. 3 S. 481.
Druckschrift. 1) Begriff der Druckschrift und der periodischen Druckschrift. S. Gesetz vom 7/5 74 §§ 2, 7 S. 487 flg.; französisches Gesetz vom 27/7 49 Nr. 5 S. 569. — 2) Verbreitung einer Druckschrift im Sinne des Sozialistengesetzes. S. Gesetz vom 21/10 78 §§ 11, 19, 24, 25, 28 S. 515. — 3) Inwiefern kann in der Verbreitung einer Druckschrift die Verübung groben Unfugs gefunden werden? **16**, 98; **19**, 294; **25**, 404; **27**, 292; **31**, 185; **32**, 100. — 4) Können durch Veröffentlichung einer Druckschrift verschiedene selbständige Beleidigungen begangen werden? **3**, 433; **21**, 276; **33**, 46. — 5) Verteilung von Druckschriften entgegen den Verbotsbestimmungen des preußischen Preßgesetzes vom 12. Mai 1851. S. dort S. 588.
Duell. S. St.G.B. §§ 201—210 S. 127 flg.
Dungstoffe. Auffammeln von Dungstoffen nach dem preußischen Feld- und Forstpolizeigesetz vom 1/4 80 § 25. **21**, 245.
Durchsuchung. 1) Durchsuchung und Beschlagnahme beim Beschuldigten. S. St.P.O. §§ 94—111 S. 310 flg.; St.G.B. § 113 Nr. 10, 13, 21, 24, 30, 33 flg. S. 59 flg., § 117 Nr. 12, 14, 17, 23 flg. S. 65 flg. — 2) Ist Durchsuchung im ehrengerichtlichen Verfahren gegen Rechtsanwälte zulässig? **10**, 425. — 3) Umfaßt die im G.V.G. § 168 gestattete Nacheile auch die Durchsuchung? **26**, 211.
Dynamit. S. Gesetz vom 9/6 84 S. 535 flg.

E

Ehe. 1) Schließung der Ehe. S. Gesetz vom 6/2 75 §§ 41—55, 67—69 S. 500 flg. — 2) Wirkung einer ungültigen, aber nicht für ungültig erklärten Ehe auf das eheliche Güterrecht. **7**, 133. — 3) Kann durch Täuschung über die Vermögensverhältnisse zwecks Eingehung einer Ehe ein Betrug gegen den anderen Ehegatten verübt werden? **8**, 12; **14**, 137.
Ehebruch. S. St.G.B. § 172 S. 102 flg.
Ehegatte (Ehemann, Ehefrau). 1) Ist der Mann berechtigt, wegen Beleidigungen seiner Frau auch noch nach deren Tode Strafantrag zu stellen? **1**, 29. — 2) Ist die Frau berechtigt, Strafantrag wegen eines Hausfriedensbruchs, der sich auf die Wohnung des Mannes bezog, zu stellen, insbesondere dann, wenn der Mann innerhalb der Antragsfrist, ohne Antrag zu stellen, verstorben ist? **11**, 53. — 3) Wird dem gegen den Willen des Mannes erfolgten Eindringen in dessen Wohnung durch die Zustimmung der Frau die Widerrechtlichkeit genommen? **28**, 269. — 4) Kann die von ihrem Mann getrennt lebende Frau einen Hausfriedensbruch in der Wohnung ihres Mannes begehen? **6**, 14. — 5) Ist umgekehrt Hausfriedensbruch des Mannes gegen die getrennt lebende Frau, die ein selbständiges Gewerbe betreibt, denkbar? **35**, 395. — 6) Hat nach preußischem Recht der Mann ein Züchtigungs-

recht gegenüber der Frau? 12, 368. — 7) Kann sachliche Begünstigung darin gefunden werden, daß die Frau des Diebes die von diesem gestohlenen Stoffe verarbeitet? 26, 119. — 8) Ist es Hehlerei, wenn die Frau des Diebes die gestohlenen und in die gemeinschaftliche Wohnung gebrachten Nahrungsmittel im Haushalt verwendet und selbst mit von ihnen genießt? 2, 401. — 9) Hat die Straflosigkeit des einen Gatten hinsichtlich eines Diebstahls gegen den anderen Einfluß auf die Strafbarkeit des Sachhehlers. 4, 83. — 10) Trifft die Anzeigepflicht des St.G.B.'s § 139 auch den Gatten? 2, 57. — 11) Recht des Gatten zur Verweigerung des Zeugnisses und der Beeidigung. S. St.P.O. §§ 51, 57 S. 298 flg. — 12) Wird das Recht des Mannes, als Beistand seiner Frau tätig zu werden, durch seine Eigenschaft als Zeuge beschränkt? 22, 198. — 13) Hat der Mann die Verpflichtung, seine Frau vom Betriebe der Gewerbsunzucht zurückzuhalten? 22, 332.

Eheliches Güterrecht. 1) Kann die Frau, welche in allgemeiner Gütergemeinschaft nach Pr.A.L.R. lebt, an einer gemeinschaftlichen Sache einen Diebstahl begehen? 4, 83. — 2) Ist die Frau bei allgemeiner Gütergemeinschaft trotz des Verfügungsrechtes des Mannes berechtigt, gegen dessen Willen Strafantrag gemäß § 247 St.G.B.'s zu stellen? 10, 210. — 3) Wird bei allgemeiner Gütergemeinschaft die Widerrechtlichkeit einer Sachbeschädigung seitens eines Gatten durch die Zugehörigkeit der Sache zur Gemeinschaft ausgeschlossen? 12, 376. — 4) Kann bei allgemeiner Gütergemeinschaft ein Betrug gegen die Frau dadurch begangen werden, daß jemand im Einverständnis mit dem Mann in einem fingierten Prozeß gegen diesen ein in das gemeinschaftliche Gut vollstreckbares Urteil durch Täuschung des Prozeßrichters erschleicht? 2, 436. — 5) Kann eine Beschädigung des gütergemeinschaftlichen Vermögens von Eheleuten darin gefunden werden, daß die Frau durch Täuschung veranlaßt wird, zum Zeichen ihrer Zustimmung einen Vertrag zu unterschreiben, durch welchen der Mann ein von ihm gekauftes, ihm aber noch nicht aufgelassenes Grundstück anderweit verkauft? 7, 266. — 6) Sind bei Gütergemeinschaft beide Eheleute als Schuldner anzusehen, welche ihre Zahlungen eingestellt haben, wenn der Mann wegen Unzulänglichkeit der gemeinschaftlichen Zahlungsmittel aufgehört hat, die gemeinschaftlichen Verbindlichkeiten zu erfüllen? Inwiefern kann die Frau bei dieser Sachlage an dem Vergehen des Mannes gegen K.O. § 211 (241) als Gehülfin teilnehmen? 9, 161. — 7) Kann bei Errungenschaftsgemeinschaft nach ansbachschem Provinzialrecht oder nach preußischem Landrecht der Mann ein Vergehen gegen § 211 (241) K.O. begehen, wenn er bei drohendem Konkurs die Ersatzansprüche der Frau für eingebrachtes Gut außergerichtlich befriedigt? 23, 60. — 8) Ist die Urkunde über den vom Mann allein abgeschlossenen Verkauf eines gütergemeinschaftlichen inländischen Grundstücks nach dem preußischen Gesetze vom 7. März 1822 stempelpflichtig, wenn sie nicht ergibt, daß der Mann verheiratet ist und in Gütergemeinschaft lebt? 8, 224. — 9) Inwieweit darf nach sächsischem Recht der Mann die Früchte des Vermögens der Frau veräußern, ohne dem

St.G.B. § 288 zu unterliegen? **22**, 208. — 10) Hat nach dem Recht der Stadt Frankfurt a. M. der Vermieter einer Wohnung ein gesetzliches Pfandrecht an der vom Mieter eingebrachten Fahrnis der Frau, wenn der Mietvertrag vom Mann allein geschlossen ist? **23**, 163. — 11) Pfandrecht des Vermieters bei einem mit der Frau ohne Zustimmung des Mannes geschlossenen Mietvertrage nach B.G.B. **35**, 201. — 12) Hat nach B.G.B. die Frau ein Vermieterpfandrecht aus einem von ihr ohne Zustimmung ihres Mannes abgeschlossenen Mietvertrage? **35**, 402.

Ehescheidung als Voraussetzung für die Bestrafung des Ehebruchs. S. St.G.B. § 172 Nr. 2 flg. S. 102.

Eheschließung. S. Gesetz vom 6/2 75 §§ 41—55, 67—69 S. 500 flg.

Ehrengericht. Kann die Mitwirkung bei einem Ehrengerichte Anstiftung oder Beihülfe zum Zweikampf sein? **5**, 140; **13**, 265.

Ehrengerichtliches Verfahren gegen Rechtsanwälte. S. Gesetz vom 1/7 78 Nr. 2 u. 3 S. 514.

Ehrenkränkung. S. St.G.B. §§ 185—200 S. 113 flg., §§ 94—101 S. 54 flg.

Ehrenrechte. Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. S. St.G.B. §§ 32—37 S. 10.

Eichstempel. Kann unbefugte Einfügung eines echten Eichstempels in eine nicht geeichte Wage fälschliche Anfertigung einer öffentlichen Urkunde sein? **23**, 378.

Eid. 1) Eidesdelikte. S. St.G.B. §§ 153—163 S 85 flg. — 2) Eid des Zeugen und Sachverständigen. S. St.P.O. §§ 56—66 S. 301 flg., § 79 S. 307 flg. — 3) Kann darin, daß eine Privatperson als solche einer anderen mit deren Einverständnis außergerichtlich einen Eid in Form der St.P.O. § 61 abnimmt, die Vornahme einer Amtshandlung im Sinne des § 132 gefunden werden? **34**, 288.

Eidesstattliche Versicherung. S. St.G.B. § 156 S. 87, § 163 Nr. 17 bis 20, 31 S. 93 flg.

Eigennutz. 1) Strafbarer Eigennutz. S. St.G.B. §§ 284—302e S. 212 flg. — 2) Eigennutz als Tatbestandsmerkmal der Kuppelei. S. St.G.B. § 180 Nr. 13—16 S. 108.

Eigenschaften, persönliche, die nur dem, bei welchem sie vorliegen, zugerechnet werden dürfen, Begriff. S. St.G.B. § 50 S. 26.

Eigentum. 1) Eigentum an beweglichen Sachen als Voraussetzung für Diebstahl und Unterschlagung. S. St.G.B. § 242 Nr. 4—19 S. 145 flg., § 246 Nr. 3—37 S. 156 flg. — 2) Hat nach Pr.A.L.R. der Gutspächter, dem das Gutsinventar nach einer Taxe mit der Verpflichtung dereinstiger Rückgewähr übergeben ist, Eigentum an dem von ihm aus eigenen Mitteln angeschafften Ersatzstücken? **7**, 41. — 3) Eigentum eines anderen als Voraussetzung der Urkundenunterdrückung. S. St.G.B. § 274 Nr. 4, 5 S. 208. — 4) Wann geht nach Pr.A.L.R. das Eigentum an einem Gewehr, dessen Einziehung durch Urteil ausgesprochen ist, auf den Fiskus über? **15**, 164; **21**, 54. — 5) Schließt die preußische Verfassung Art. 9 (Unverletzlichkeit des Eigentums) den Erlaß von

Polizeiverordnungen aus, welche die Benutzung des Privateigentums im Interesse der Gesundheitspolizei beschränken? 4, 106. — 6) Ist das Privateigentum eine Staatseinrichtung im Sinne des St.G.B.'s § 131? 22, 253.

Eigentümer. 1) Ist der Eigentümer als solcher für die unterlassene Einfriedigung von Gruben verantwortlich? 15, 58. — 2) Unterlassung der Beleuchtung der Treppen durch den Eigentümer des Hauses als Verursachung fahrlässiger Körperverletzung. 14, 362.

Einbruch als Qualifikationsgrund des Diebstahls. S. St.G.B. § 243 Nr. 16—20 S. 151 flg.

Einfriedigung. Ist die Entwendung von Stöcken einer zerbrochenen Einfriedigung in Preußen als Feld- und Forstpolizeifrevel, oder als Diebstahl anzusehen? 26, 367.

Einfuhrbeschränkung. 1) Steht sie einem Einfuhrverbote im Sinne des Vereinszollgesetzes gleich? 28, 51, 195. — 2) Einfuhrbeschränkung für Wiederkäuer und andere Tiere. S. Gesetz vom 7/4 69 S. 438, vom 21/5 78 S. 512 flg., vom $\frac{23/6\ 80}{1/5\ 94}$ S. 526 flg.

Einfuhrverbot. S. Vereinszollgesetz vom 1/7 69 §§ 134 flg. S. 459 flg.; Gesetz vom 7/4 69 S. 438, vom 21/5 78 S. 512, vom $\frac{23/6\ 80}{1/5\ 94}$ S. 526 flg.

Eingeständnis. S. Geständnis.

Einheitlichkeit des Vorsatzes oder des Entschlusses beim fortgesetzten Delikte. S. St.G.B. § 73 Nr. 21—25 S. 47.

Einkommensteuer. S. badisches Gesetz vom 29/6 74 S. 560, bayerisches Gesetz vom 19/5 81 S. 566; preußisches Gesetz vom 1/5 51 S. 588; vom 24/6 91 S. 602; sächsisches Gesetz vom 2/7 78 S. 606; württembergisches Gesetz vom 19/9 52 S. 607.

Einlegung von Rechtsmitteln. S. St.P.O. § 381 S. 400 flg.

Einmaischung. S. Gesetz vom 8/7 68 § 57 S. 436.

Einrichtungen einer Religionsgesellschaft. Begriff. S. St.G.B. § 166 Nr. 16—27 S. 98 flg.

Einschleichen als Qualifikationsgrund des Diebstahls. S. St.G.B. § 243 Nr. 59—65 S. 155.

Einsicht, welche zur Erkenntnis der Strafbarkeit einer Handlung erforderlich ist. S. St.G.B. § 56 Nr. 1—5 S. 30.

Einsperrung. 1) Einsperrung als Vergehen gegen die Freiheit. S. St.G.B. § 239 S. 142 flg. — 2) Kann in der Einsperrung eines Beamten ein tätlicher Angriff oder Ausübung von Gewalt im Sinne des St.G.B.'s §§ 113, 117 gefunden werden? 27, 405; 28, 32.

Einsteigen als Qualifikationsgrund des Diebstahls. S. St.G.B. § 243 Nr. 21—29 S. 152.

Einstellung des Verfahrens. 1) Durch Urteil. S. St.P.O. § 259 S. 352 flg. — 2) Vorläufige Einstellung vor Eröffnung des Hauptverfahrens. S. St.P.O. § 203 S. 327. — 3) Einstellung durch den Gerichtsherrn nach der preußischen Militärstrafgerichtsordnung von 1845. 35, 86.

Einwilligung des Verletzten. Inwieweit beseitigt sie die Rechtswidrigkeit,

insbesondere bei Körperverletzungen? **2**, 442; **6**, 61; **29**, 398 (vgl. **24**, 369; **28**, 200).

Einwohnermelderegister in Preußen. Kann intellektuelle Urkundenfälschung dadurch begangen werden, daß im Einwohnermelderegister falsche Eintragungen über Namen und Familienstand auf Grund falscher Meldung bewirkt werden? **12**, 228.

Einzahlung des Grundkapitals bei Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien. 1) Was versteht das A.D.H.G.B. Art. 249a (Gesetz vom 18/7 84) unter den „rücksichtlich der Einzahlung" zu machenden Angaben? **24**, 286; **30**, 300. — 2) Ist die Angabe über die Einzahlung falsch, wenn zwar der auf sämtliche Aktien einzuzahlende Betrag durch die im ganzen eingezahlte Summe gedeckt, jedoch nicht von jeder Aktie die gebotene Einzahlung erfolgt ist? **26**, 66. — 3) Muß die Jahresbilanz angeben, ob die Einzahlung des Grundkapitals voll oder nur zu einem Teile erfolgt ist? **26**, 104. — 4) Was ist unter der „vollen Einzahlung", vor der eine Erhöhung des Kapitals nicht erfolgen darf, zu verstehen? **14**, 36. — 5) S. auch Barzahlung.

Einzelstrafe. Verwandlung mehrerer Einzelstrafen in eine Gesamtstrafe. S. St.G.B. §§ 74—79 S. 51 flg.

Einziehung. S. Konfiskation.

Eisenbahn. 1) Gefährdung eines Transportes auf der Eisenbahn. S. St.G.B. §§ 315, 316 S. 238 flg. — 2) Ist die Herrichtung eines Bahnkörpers für eine Eisenbahn ein Bau im Sinne des St.G.B.'s § 330? **23**, 277. — 3) Sind die einschlagenden Vorschriften des Bahnpolizeireglements für die Eisenbahnen Deutschlands vom 30. November 1885 und der Betriebsordnung für die Haupteisenbahnen Deutschlands vom 5. Juli 1892 polizeiliche Bestimmungen im Sinne des Sprengstoffgesetzes § 9 Abs. 2²? **24**, 163; **27**, 377. — 4) Ist das Eisenbahnbetriebsreglement vom 11. Mai 1874 eine Norm des öffentlichen Rechtes? **15**, 266. — 5) Ist die für einen Beamten der Eisenbahn erlassene Instruktion eine Rechtsnorm, deren Verletzung die Nichtigkeitsbeschwerde begründet? **1**, 125.

Eisenbahnbeamter. 1) Sind die Bediensteten einer Privateisenbahngesellschaft Beamte im Sinne des St.G.B.'s § 359? **10**, 325. — 2) Ist in Preußen der Vorsteher eines Eisenbahnbetriebsamtes zur Stellung des Strafantrags wegen Beleidigung eines beim Betriebsamte beschäftigten Hülfsarbeiters befugt? **25**, 205.

Eisenbahnbetriebsordnung, Eisenbahnbetriebsreglement. S. Eisenbahn. 3, 4.

Eisenbahnfahrkarte. 1) In welchem Umfang ist die Eisenbahnfahrkarte einer Staatsbahn eine öffentliche Urkunde? **8**, 409; **28**, 42. — 2) Kann durch Benutzung der Fahrgelegenheit auf der Eisenbahn ohne Eisenbahnfahrkarte ein Betrug verübt werden? **4**, 295; **17**, 217; **24**, 318; **25**, 412.

Eisenbahnpolizeireglement. S. Eisenbahn 3.

Eisenbahnverwaltung. 1) Subsidiäre Haftung der Eisenbahnverwaltung

Digitized by Google

für Zolldefraudation der Angestellten. S. Vereinszollgesetz vom 1/7 69 § 153 Nr. 3, 9 S. 467 flg. — 2) Ist die preußische Eisenbahnverwaltung zur Stellung des Strafantrags wegen Mundraubs an einem zur Beförderung in einem Eisenbahnzug befindlichen Gegenstand befugt? Welches von mehreren Betriebsämtern hat den Antrag zu stellen? **19**, 378.

Elektrizität. 1) Kann Elektrizität Gegenstand eines Diebstahls oder einer Unterschlagung sein? Kann durch die Entziehung von Elektrizität ein Betrug oder eine Sachbeschädigung begangen werden? Einfluß des Gesetz vom 9. April 1900 über die Bestrafung der Entziehung elektrischer Arbeit. **29**, 111; **32**, 165; **35**, 311. — 2) Ist eine mit Elektrizität betriebene Bahn als Eisenbahn im Sinne des St.G.B.'s §§ 315, 316 anzusehen? **12**, 371.

Elsaß-Lothringen. 1) Ist der Kaiser in Elsaß-Lothringen Landesherr im Sinne des St.G.B.'s §§ 94—97? **10**, 312; **17**, 334. — 2) S. Syst. Reg. S. 567 flg. Vgl. auch das Gesetzesverzeichnis.

Eltern, Adoptiveltern, Pflegeeltern. S. St.G.B. § 52 Nr. 2, 3 S. 27 flg.; § 174 Nr. 5—10 S. 104; § 181 Nr. 4—7 S. 109 flg.; § 182 Nr. 4, 5 S. 110 flg.; § 235 Nr. 3, 4 S. 141; St.P.O. § 51 Nr. 15 S. 299.

Emittent eines Wertpapieres. Begriff. S. Gesetz vom 1/7 81 § 3 S. 528, vom 29/5 85 §§ 3, 4 S. 529 flg.

Enregistrement. S. französisches Gesetz vom 22 Frimaire VII S. 567.

Entbindung des Angeklagten von der Pflicht zum Erscheinen in der Hauptverhandlung S. St.P.O. § 232 S. 333 flg.

Entdecken. 1) Was bedeutet „entdecken" in St.G.B. § 46? **3**, 93. — 2) Desgleichen im Branntweinsteuergesetz vom 8. Juli 1868 § 67? **25**, 324.

Entfernung. Zeitweilige Entfernung des Angeklagten (und des Nebenklägers) aus dem Sitzungszimmer während der Hauptverhandlung. S. St.P.O. § 246 S. 342.

Entführung. S. St.G.B. §§ 235—238 S. 141 flg.

Entscheidung, gerichtliche. 1) S. St.P.O. §§ 33—36 S. 295 flg. — 2) Darf ein Richter über die Art und Weise des Zustandekommens einer gerichtlichen Entscheidung, an der er beteiligt war, als Zeuge vernommen werden? **26**, 202.

Entscheidungsgründe. S. St.P.O. § 34 S. 295 flg., S. 266 S. 364 flg.

Entschluß. Einheitlichkeit beim fortgesetzten Delikt. S. St.G.B. § 73 Nr. 21—25 S. 47.

Entschuldigung. Unwahre Entschuldigung des Zeugen rc. S. St.G.B. § 138 S. 82.

Entstellung als Folge der Körperverletzung. S. St.G.B. § 224 Nr. 4, 5 S. 137.

Entwendung. S. Diebstahl.

Entziehung minderjähriger Personen aus der Gewalt der Eltern rc. S. St.G.B. § 235 S. 141.

Entziehung elektrischer Arbeit. S. St.G.B. § 242 Nr. 1 S. 145; Gesetz vom 9/4 00 S. 558.
Epiphanias. Ist Epiphanias in Altpreußen ein allgemeiner Feiertag? **2**, 398.
Erbieten zur Begehung eines Verbrechens. S. St.G.B. § 49a Nr. 17 S. 26.
Erblegitimationsverfahren. Eidesstattliche Versicherungen im preußischen Erblegitimationsverfahren. **17**, 185, 341; **18**, 246; **21**, 220.
Erbrechen. 1) Erbrechen von Behältnissen als Qualifikationsgrund beim Diebstahl. S. St.G.B. § 243 Nr. 30—34 S. 152 flg. — 2) Unbefugtes Erbrechen amtlicher Siegel. S. St.G.B. § 136 S. 78.
Erbschaftssteuer. S. preußisches Gesetz vom $\frac{30/5\ 73}{19/5\ 91}$ S. 593 flg.
Erfindung. S. Patentgesetz vom $\frac{25/5\ 77}{7/4\ 91}$ S. 509 flg.
Erfolglose Anstiftung. S. St.G.B. § 49a S. 24 flg.
Ergänzung der Urteilsgründe. S. St.P.O. § 275 Nr. 3—7 S. 371.
Ergänzungsgeschworener, Ergänzungsrichter. S. G.V.G. § 194 S. 433.
Ergänzungssteuer. S. preußisches Gesetz vom 14/7 93 S. 603.
Ergreifung. S. Festnahme.
Erklärungen öffentlicher Behörden, welche in der Hauptverhandlung verlesen werden dürfen. S. St.P.O. § 255 S. 350 flg.
Erlaubnis zur Veranstaltung öffentlicher Lotterien und Ausspielungen. S. St.G.B. § 286 Nr. 21, 24—26 S. 215 flg.
Ermächtigung. 1) Ermächtigung zur Verfolgung von Beleidigungen. S. St.G.B. §§ 98—101 S. 55, § 197 S. 126; St.P.O. § 156 Nr. 2, S. 323. — 2) Polizeiliche Ermächtigung zum Besitz rc von Sprengstoff. S. Gesetz vom 9/6 84 § 9 Nr. 2, 5, 9—12, 14, 17, 18 S. 536 flg.
Ermittelungsverfahren. Ist das Ermittelungsverfahren der Staatsanwaltschaft ein „eingeleitetes Verfahren" im Sinne des § 164 Abs. 2 St.G.B.'s? **8**, 184.
Eröffnung eines Gebäudes mittels falscher Schlüssel als Qualifikationsgrund beim Diebstahl. S. St.G.B. § 243 Nr. 35—44 S. 153 flg.
Eröffnungsbeschluß. S. Beschluß über die Eröffnung des Hauptverfahrens.
Erpressung. 1) S. St.G.B. §§ 253—255 S. 164 flg. — 2) Erpressung eines Geständnisses. S. St.G.B. § 343 S. 250.
Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaft. 1) S. Gesetz vom 1/5 89 S. 542; K.O. von 1877 § 214 S. 285. — 2) Begeht der Vertreter einer Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaft durch Zueignung eines für die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaft ausgestellten, ihm als Vorstand ausgehändigten Wechsels einen Diebstahl oder eine Unterschlagung? **5**, 4. — 3) Unter welchen Voraussetzungen macht sich der Liquidator einer in Konkurs geratenen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaft der Untreue und der Unterschlagung von Geldern der Umlagekasse schuldig? **19**, 184. — 4) Ist das Mitglied einer Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaft durch einen gegen die Erwerbs- und

Wirtschaftsgenossenschaft gerichtete Unterschlagung verletzt und darum unfähig, als Geschworener zu fungieren? **23**, 361. — 5) Wann ist die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaft verpflichtet, sich einer Revision nach stempelpflichtigen Geschäften zu unterwerfen? **27**, 200. — 6) Unterstehen die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften in Elsaß-Lothringen dem französischen Gesetze vom 10/4 34? **22**, 373. — 7) Sind, wenn ein Wechsel namens einer Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaft quittiert wird, für die Verwendung der Stempelmarke sämtliche Mitglieder des Vorstands, oder nur die an der Wechselerklärung beteiligten verantwortlich? **24**, 226.

Erzeugnis. 1) Begriff des novellistischen Erzeugnisses. S. Gesetz vom 11/6 70 § 7 Nr. 4—6 S. 472. — 2) Begriff eines Vorrats von landwirtschaftlichen Erzeugnissen. S. St.G.B. § 308 Nr. 3—5 S. 236.

Erzieher. Begriff. S. St.G.B. § 174 Nr. 13—15 S. 104 flg., § 247 Nr. 4 S. 162.

Erziehungsanstalt. Hat das Gericht im Falle des St.G.B.'s § 56 zu bestimmen, ob der Angeklagte in einer Erziehungsanstalt, oder in einer Besserungsanstalt unterzubringen ist? Ist die Entscheidung über Unterbringung in einer Erziehungs- oder Besserungsanstalt revisibel? **7**, 180.

Erziehungsrecht. Entziehung eines minderjährigen Kindes aus dem Erziehungsrecht der Eltern. S. St.G.B. § 235 S. 141.

Etiketten als Warenzeichen. S. Gesetz vom 30/11 74 § 1 Nr. 2, § 14 Nr. 5, § 18 Nr. 2, § 20 Nr. 6 S. 495 flg.

Eventualdolus. S. St.G.B. § 59 Nr. 22—24 S. 33.

Explodierender Stoff. Gänzliche oder teilweise Zerstörung durch einen solchen. S. St.G.B. § 311 S. 237.

Exterritorialität. S. St.G.B. §§ 3, 4 S. 6 flg.

Extradition volontaire. S. St.P.O. Anhang zu Buch I Abschnitt 9 Nr. 19 S. 314.

F

Fabrik. Begriff. S. Gew.O. vom 21/6 69 § 134 S. 451.

Fabrikarbeiter. 1) Gewerbliche Verhältnisse der Fabrikarbeiter. S. Gew.O. vom 21/6 69 §§ 105—153 S. 448 flg. — 2) Krankenversicherung der Fabrikarbeiter. S. Gesetz vom 15/6 83 S. 534. — 3) Unfallversicherung der Fabrikarbeiter. S. Gesetz vom 6/7 84. S. 538. — 4) Invaliditäts- und Altersversicherung der Fabrikarbeiter. S. Gesetz vom 22/6 89 S. 543.

Fabrikgeheimnisse. Ist der Verrat von Fabrikgeheimnissen nach Art. 418 Code pénal strafbar, oder ist diese Bestimmung durch das deutsche Strafgesetzbuch außer Kraft gesetzt? **15**, 140.

Fabrikgeschäft. Ist ein Vertrag über den Verkauf eines Fabrikgeschäfts mit Inventar, Warenbeständen und Außenständen nach dem preußischen Gesetze vom 7. März 1822 mit $^{1}/_{3}$ Prozent stempelpflichtig? **25**, 161.

Fabrikherr. Verantwortlichkeit für Zuwiderhandlungen gegen § 135 Gew.O. S. dort S. 452.
Fabrikmenado. Ist die Herstellung von Fabrikmenado aus brasilianischen Kaffeebohnen als Nahrungsmittelverfälschung zu betrachten? **25**, 117.
Fachbehörde. Gutachten einer kollegialen Fachbehörde. S. St.P.O. § 255 Nr. 24 S. 351.
Fähigkeitszeugnis. Fälschung eines Fähigkeitszeugnisses. S. St.G.B. § 363 S. 270 flg.
Fahrbahn. Bereitung von Hindernissen auf der Fahrbahn als Gefährdung eines Eisenbahntransportes. S. St.G.B. § 315 Nr. 7, 8 S. 238.
Fahrkarte. S. Eisenbahnfahrkarte.
Fahrlässigkeit. S. St.G.B. § 59 Nr. 30—48 S. 33 flg. Vgl. auch die einzelnen Delikte.
Fahrschein. S. Eisenbahnfahrkarte.
Fahrwasser. Was versteht St.G.B. § 321 unter Störung des Fahrwassers? Genügt dazu die Behinderung der Fahrt eines anderen Schiffes infolge falscher Lenkung des eigenen? **18**, 85.
Fallwild als Gegenstand des Jagdrechts. S. St.G.B. § 292 Nr. 7 S. 225.
Falsche Anschuldigung. S. St.G.B. §§ 164, 165 S. 95 flg.
Falsche Beurkundung. 1) Durch einen Beamten. S. St.G.B. § 348 S. 251 flg. — 2) Infolge unrichtiger Angaben (intellektuelle Urkundenfälschung). S. St.G.B. §§ 271, 272 S. 203 flg.
Falsche Eintragung. Wird durch die im Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz vom 22. Juni 1889 § 142 festgesetzte Ordnungsstrafe für eine falsche Eintragung die Bestrafung wegen Betrugs ausgeschlossen? **27**, 391.
Falscheid. S. St.G.B. § 163 S. 92 flg.
Fälschung. 1) Fälschung von Geld. S. St.G.B. §§ 146—152 S. 84 flg. — 2) Fälschung von Urkunden. S. St.G.B. §§ 267—279 S. 189 flg., § 348 Abs. 2 S. 257 flg., § 363 S. 270 flg. — 3) Fälschung von Nahrungsmitteln und Genußmitteln. S. Gesetz vom 14/5 79 S. 515; vom 12/7 87 S. 541, vom 15/6 97 S. 558 (Butter); vom 20/4 92 S. 546, vom 24/5 01 im Ges.-Verz. (Wein); bayerisches Gesetz vom 16/5 68 S. 563 (Bier).
Familienname. 1) Beilegung eines falschen Familiennamens gegenüber einem zuständigen Beamten. S. St.G.B. § 360[8] S. 267. — 2) Intellektuelle Urkundenfälschung durch Bewirkung der Eintragung eines falschen Familiennamens in das Standesregister, Strafliften ꝛc. S. St.G.B. § 271 Nr. 14 flg., 33 flg., 47 S. 204 flg. — 3) Hat die preußische Kabinettsorder vom 15. April 1822 noch Gültigkeit? Was versteht sie unter Änderung des Familiennamens? **28**, 344.
Familienstand. Intellektuelle Urkundenfälschung durch Bewirkung der Eintragung eines falschen Familienstandes in das Standesregister. S. St.G.B. § 271 Nr. 12, 13, 42, 47 S. 204 flg.
Färben als Mittel der Nahrungsmittelfälschung. S. Gesetz vom 14/5 79 § 10 Nr. 10 (Wurst, Marmelade), Nr. 33 (Kaffee) S. 516 flg.
Fassion. S. württembergisches Gesetz vom 19/9 52 S. 607.

Fassung der **Urteilsformel.** S. St.P.O. § 259 Nr. 1—5 S. 352 flg.
Feiertag. 1) S. St.P.O. § 43 Nr. 1—5 S. 296 flg. — 2) Ist durch die Gewerbeordnung § 105a Abs. 2 eine Neuregelung der Festtage geboten, oder gelten in Ermangelung einer solchen die bisherigen Bestimmungen? Ist der Karfreitag ein allgemeiner Feiertag in der Rheinpfalz? **24**, 268.
Feilbieten von Waren außerhalb des Wohnorts als Gewerbebetrieb im Umherziehen. S. Gew.O. vom 21/6 69 § 55 S. 446 flg.
Feilhalten. 1) Begriff. S. Patentgesetz vom 25/5 77 § 34 Nr. 4, 5 S. 510 flg.; Nahrungsmittelgesetz vom 14/5 79 § 10 Nr. 53, 54 S. 520, § 12 Nr. 8, 9, 15, 20 S. 521 flg.; Gesetz, betr. den Verkehr mit Handfeuerwaffen, vom 19/5 91 Nr. 3 S. 544. — 4) Feilhalten von Geheimmitteln. S. St.G.B. § 367³ S. 272.
Feingehalt der Gold- und Silberwaren. S. Gesetz vom 16/7 84 S. 538.
Felddiebstahl. S. hessisches Gesetz vom 21/9 41 S. 572; preußisches Gesetz vom 1/4 80 S. 597 flg.; württembergisches Gesetz vom 27/12 71 S. 608.
Feldhüter. 1) Dienstkreis des Feldhüters in Bayern. **10**, 64. — 2) Desgleichen in Preußen. **4**, 208.
Feldrügeverfahren. S. E.G.St.P.O. § 3 S. 287; St.P.O. § 2 S. 288.
Fernsprechanlagen. Beschädigung, Veränderung rc von Fernsprechanlagen. S. St.G.B. §§ 317—318a S. 240 flg.
Festnahme. 1) Festnahme des Beschuldigten. S. St.P.O. §§ 112—128 S. 311 flg.; preußisches Gesetz vom 12/2 50 S. 585. — 2) Durchsuchung zwecks Festnahme des Beschuldigten. S. St.P.O. §§ 102, 103 S. 311. — 3) Rechtmäßigkeit der Festnahme. S. St.G.B. § 113 Nr. 13, 22—29, 31 S. 59 flg., § 117 Nr. 13, 23 S. 65 flg. — 4) Sind die Bestimmungen der preußischen Kabinettsorder vom 6. Dezember 1855 über die Festnahme von Militärpersonen durch Polizeibeamte Rechtsnormen im Sinne der St.P.O. § 376? **29**, 180.
Feststellung. 1) Erfordernis der Feststellung der gesetzlichen Merkmale der Straftat im Urteil. S. St.P.O. § 266 S. 364. — 2) Aufhebung der Feststellungen in der Revisionsinstanz. S. St.P.O. § 393 S. 404. — 3) Entscheidung der Revisionsinstanz auf Grund der Feststellungen der Vorinstanz. S. St.P.O. § 394 Nr. 1—7 S. 405. — 4) Ist der Revisionsrichter bei Entscheidung über Prozeßrügen an die vorliegenden Feststellungen gebunden? **4**, 388.
Feuer oder Licht. Betreten von Scheunen rc mit unverwahrtem Feuer oder Licht. S. St.G.B. § 368⁵ S. 274.
Feuerstätte. Unbefugtes Anlegen oder Verlegen einer Feuerstätte nach St.G.B. § 368 Nr. 3. Wann beginnt die Verjährung? **22**, 435.
Feuerungsmaterial. Kann Feuerungsmaterial Gegenstand des Mundraubs sein? **9**, 46.
Feuerversicherung, übermäßige. S. preußisches Gesetz vom 8/5 37 S. 582.
Feuerversicherungsbetrug. S. St.G.B. § 265 S. 185.
Filialleiter als Gehülfen in offenen Verkaufsstellen. **35**, 9.
Finanzbehörde. Können die gemäß V.Z.G. §§ 119, 124 von der obersten

Landesfinanzbehörde zu treffenden Anordnungen auch von einer untergeordneten Amtsstelle unter Bezugnahme auf den erhaltenen Auftrag bekannt gemacht werden? **26**, 128.

Finnenhaltiges Fleisch als verdorben im Sinne des Nahrungsmittelgesetzes. **5**, 290.

Firma. 1) Kann eine Handelsgesellschaft unter ihrer Firma beleidigt werden und Strafantrag stellen? **1**, 178. — 2) Bezeichnung von Waren mit der Firma oder dem Namen eines anderen. S. Gesetz vom 30/11 74 § 14 Nr. 1 S. 496; vom 12/5 94 § 14 Nr. 1—5, 8, 10 S. 548 flg. — 3) Kann der Strafantrag wegen Vergehens gegen § 14 des Markenschutzgesetzes von dem Inhaber der Firma, für welche das zu Unrecht benutzte Warenzeichen eingetragen ist, nach Aufgabe des unter der Firma betriebenen Geschäfts gestellt werden? **23**, 348. — 4) Kann der vorbezeichnete Strafantrag unter dem Namen der schutzberechtigten Firma gestellt werden? **15**, 293. — 5) Wird durch Beifügung der Firma zu einem fremden Warenzeichen ein neues Zeichen gebildet? **1**, 130. — 6) Hat die Deklaration vom 8. Oktober 1873, welche die vor dem Kriege von 1870/71 über den Schutz der Fabrik- und Handelszeichen mit Frankreich abgeschlossenen Verträge wieder in Kraft setzte, auch die darin enthaltenen Bestimmungen über Firmenschutz wieder in Geltung gesetzt? **11**, 398.

Fischen und Krebsen, unbefugtes. S. St.G.B. § 296 S. 229, § 370^4 S. 274.

Fischereiaufseher. Anstellung und Zuständigkeit des Fischereiaufsehers in Preußen. **25**, 112.

Fischöl. Wie ist Fischöl nach dem Zolltarif von 1879 zu verzollen? **13**, 321.

Fischotter. 1) Ist die Fischotter ein jagdbares Tier nach P.A.L.R.? **24**, 338. — 2) Insbesondere in Ostpreußen? **32**, 161.

Fischteich. Kann ein Fischteich als Bauwerk im Sinne des St.G.B.'s § 305 angesehen werden? **15**, 263.

Fiskus. 1) Gehört der Fiskus, welcher die Einziehung falscher Münzen beansprucht, zu den Einziehungsinteressenten im Sinne der St.P.O. §§ 478, 479? **18**, 299. — 2) Wann geht nach P.A.L.R. das Eigentum an einem durch Strafurteil eingezogenen Gegenstand auf den Fiskus über? **15**, 164; **21**, 54. — 3) Eigentumserwerb des Fiskus an Anlandungen in Preußen. Ist die Frage vom Strafrichter selbständig zu entscheiden? **18**, 436. — 4) Wann entsteht der Anspruch des Fiskus auf Zahlung der Untersuchungskosten gegen den Verurteilten? Kann die Vereitelung der Zwangsvollstreckung wegen der Kosten aus einem bevorstehenden Strafurteil das Vergehen des St.G.B.'s § 288 sein? **13**, 138. — 5) Kann in der Veräußerung eines Gegenstandes, dessen Einziehung durch noch nicht rechtskräftiges Urteil ausgesprochen ist, das Vergehen des § 288 St.G.B.'s gegen den Fiskus gefunden werden? Wer hat für den Fiskus Strafantrag zu stellen? **15**, 164.

Fleisch. Umfang der Zollfreiheit im Grenzverkehr nach Anmerkung Nr. 25 g 1 des Zolltarifs von 1879/85. **17**, 9; **31**, 415; **33**, 1.

Digitized by Google

Fleischbeschauer. 1) Sind die Fleischbeschauer Beamte, sind ihre Bescheinigungen öffentliche Urkunden? S. St.G.B. § 359 Nr. 30, 53, 63, 65 S. 265 flg., § 348 Nr. 47—51 S. 255. — 2) Bedeutung der den Fleischbeschauern gegebenen Instruktionen für die Anwendung des St.G.B.'s § 348 Abs. 1. **24**, 400.

Flurwächter. Dienstkreis in Bayern. **29**, 142.

Forderungsaufkauf. Kann Forderangsaufkauf, auch wenn er nicht zur Verdeckung eines Kreditgeschäfts erfolgt, Wucher nach St.G.B. § 302 e sein? **25**, 315.

Formulierung der Fragen im schwurgerichtlichen Verfahren. S. St.P.O. §§ 290—298 S. 373 flg.

Forstaufseher (Jagdaufseher). 1) Begriff. S. St.G.B. § 117 Nr. 7—10 S. 65. — 2) Dienstkreis. Was ist rechtmäßige Rechtsausübung? S. St.G.B. § 117 Nr. 19—30 S. 66 flg.

Forstbeamter (Jagdbeamter). 1) Begriff. S. St.G.B. § 117 Nr. 2—4 S. 64 flg., § 359 Nr. 28, 64, 66 S. 265 flg. (vgl. **8**, 372). — 2) Dienstkreis. Was ist rechtmäßige Amtsausübung? S. St.G.B. § 117 Nr. 11—18 S. 65 flg. — 3) Hat der Forstbeamte kraft der ihm anvertrauten Obhut den Gewahrsam an den Bestandteilen oder Erzeugnissen des Waldes? **5**, 180; **14**, 305. — 4) Ist ein Forstbeamter (Waldwärter) kraft der ihm übertragenen Aufsicht als Bevollmächtigter im Sinne des St.G.B.'s § 266 Nr. 2 anzusehen? **7**, 377.

Forstberechtigter (Jagdberechtigter). 1) Begriff. S. St.G.B. § 117 Nr. 5, 6 S. 65. — 2) Was ist rechtmäßige Rechtsausübung des Forstberechtigten? S. St.G.B. § 117 Nr. 19—30 S. 66 flg.

Forstdiebstahl. S. bayrisches Gesetz vom $\frac{28/3\ 52}{26/9\ 79}$ S. 562; hessisches Gesetz vom 4/2 37 S. 572; preußisches Gesetz vom 15/4 78 S. 595; sächsisches Gesetz vom 30/4 73 S. 606.

Förster. S. Forstbeamter.

Forstfrevel. S. Forstdiebstahl.

Forstreferendar. Ist der Forstreferendar in Preußen Forstschutzbeamter? **13**. 215.

Forstrügeverfahren. S. E.G.St.P.O. § 3 S. 287; St.P.O. § 2 S. 288.

Fortbildungsschule. 1) Züchtigungsrecht der Lehrer. **35**, 182. — 2) Ist der Direktor einer Fortbildungsschule in Sachsen Vollstreckungsbeamter im Sinne des St.G.B.'s § 113? **28**, 19.

Fortgesetztes Delikt. S. St.G.B. § 73 Nr. 21—36 S. 47 flg.

Fortkommen. Fälschung von Legitimations- und Befähigungsattesten zwecks besseren Fortkommens. Was heißt „zwecks besseren Fortkommens". S. St.G.B. § 363 Nr. 9—19 S. 270 flg.

Frachtbrief. Sind Frachtbriefe, welche, zu einer Briefsendung vereinigt, von einem Spediteur dem anderen mittels der Post zugesendet werden, damit dieser Frachtgut und Frachtbriefe weiter befördere, als unter Verletzung der Postzwangspflicht beförderte Briefe anzusehen? **27**, 256.

Fragestellung. 1) Fragestellung im schwurgerichtlichen Verfahren. S. St.P.O. §§ 290—298 S. 373 flg., § 306 Nr. 3 S. 384, § 309

Digitized by Google

Nr. 2—4 S. 385. — 2) Fragestellung bei der Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen. S. St.P.O. §§ 239—241 S. 335.

Frankfurt a. M. 1) Umfang des Pfandrechts des Vermieters in Frankfurt a. M. **23**, 163; **25**, 220. — 2) Vgl. weiter das Gesetzesverzeichnis (Preußen).

Französische Gesetze. S. syst. Reg. S. 567 flg. Vgl. auch das Gesetzesverzeichnis (Elsaß-Lothringen).

Frauen. Teilnahme von Frauen an politischen Vereinen in Preußen. **28**, 66.

Freihafengebiet. Gilt das Freihafengebiet nur im Sinne der Zollgesetze oder auch im Sinne anderer Gesetze, z. B. des Patentgesetzes, als Ausland? **21**, 205.

Freiheit. 1) Persönliche Freiheit. S. Festnahme. — 2) Verbrechen und Vergehen gegen die Freiheit. S. St.G.B. §§ 234—241 S. 141 flg.

Freiheitsberaubung. S. St.G.B. § 239 S. 142 flg.

Freiheitsstrafe. S. St.G.B. §§ 13—19 S. 8 flg., § 60 S. 35, § 74 Nr. 3—9 S. 51 flg., § 79 S. 52 flg.

Freisprechung. S. St.P.O. § 259 Nr. 2—9 S. 352 flg., § 266 Nr. 29, 30 S. 366, § 402 S. 408; Buch II Abschnitt 1 „ne bis in idem" S. 317 flg.

Freizügigkeitsgesetz. Welche Wirkung hat die Ausweisung eines Deutschen auf Grund von § 3 des Freizügigkeitsgesetzes? **6**, 378.

Fremdsprachige Schriftstücke. Verlesung in der Hauptverhandlung. S. G.V.G § 186 S. 432; St.P.O. § 248 Nr. 7, 8 S. 343; § 249 Nr. 4, 5 S. 344.

Friedensgefährdung. S. St.G.B. §§ 130, 130a S. 74 flg.

Friedensstörung. S. St.G.B. § 126 S. 73.

Frist. 1) Berechnung der Fristen. Wiedereinsetzung bei Versäumung einer Frist. S. St.P.O. §§ 42—44 S. 296 flg. — 2) Lauf und Wahrung der Fristen zur Einlegung und Rechtfertigung der Revision. S. St.P.O. § 381 S. 400 flg., § 385 Nr. 1—5 S. 402, § 340 Nr. 1 S. 389. — 3) Lauf und Wahrung der Fristen zur Stellung des Strafantrags. S. St.G.B. § 61 Nr. 19—32 S. 37.

Frucht, menschliche. Bis zu welchem Zeitpunkt ist eine menschliche Frucht, von welchem Zeitpunkt an ein Mensch vorhanden? **1**, 446; **9**, 131; **26**, 178.

Früchte. 1) Ist die Beschlagnahme der Früchte eine Folge der Einleitung der Subhastation nach preußischem Recht? **1**, 368; **8**, 113. — 2) Begeht der Eigentümer oder Pächter eines Grundstücks, der auf dem Halm gepfändete und versteigerte Früchte dieses Grundstücks sich rechtswidrig zueignet, einen Diebstahl oder eine Unterschlagung? **20**, 428; **23**, 71. — 3) Entwendung von Feldfrüchten. S. hessisches Gesetz vom 21/9 41 S. 572; preußisches Gesetz vom 1/4 80 S. 597 flg.; württembergisches Gesetz vom 27/12 71 S. 608. — 4) Ist die Verwendung Stärkesirups statt Zuckers beim Einmachen von Früchten Nahrungsmittelfälschung? **29**, 258.

Fruchtsaft. Verwendung von künstlichen Süßstoffen für die Bereitung von Fruchtsaft. S. Gesetz vom 6/7 98 S. 558.

Fuchs. Ist der Fuchs ein jagdbares Tier? S. St.G.B. § 292 Nr. 28—30 S. 227.

Fuhrwerk. Ist das bei der Jagdausübung gebrauchte Fuhrwerk als Jagdgerät einzuziehen? **22**, 15 (**12**, 305).

Führungsattest. Fälschung. S. St.G.B. § 363 S. 270 flg.

Furtum possessionis (Wegnahme der eigenen Sache). S. St.G.B. § 289 S. 220 flg.

Fußsteig. Dient ein nicht von Menschenhand angelegter Fußsteig dem öffentlichen Nutzen? **28**, 117.

Futtersack. Gehört ein vom Fuhrmann mitgenommener Futtersack zu dem Reisegepäck im Sinne des St.G.B.'s § 243 Nr. 4? **6**, 394.

G

Gallisieren des Weines als Nahrungsmittelfälschung. S. Gesetz vom 14/5 79 § 10 Nr. 41, 43 S. 518 flg.

Gasmotor. Fallen Werkstätten, in deren Betrieb eine regelmäßige Benutzung von Gasmotoren stattfindet, in den Bereich des § 154 Abs. 2 Gew.O.? **21**, 322.

Gebäude. Begriff im Sinne des St.G.B.'s § 243. S. St.G.B. § 243 Nr. 8—15 S. 151.

Gebäudesteuer. S. bayerisches Gesetz vom $\frac{15/8\ 28}{19/5\ 81}$ S. 561 flg.; preußisches Gesetz vom 21/5 61 S. 590.

Gebrauchmachen zum Zwecke der Täuschung als Tatbestandsmerkmal der Urkundenfälschung. S. St.G.B. § 267 Nr. 134—150 S. 198 flg.

Gebrauchsgegenstände, Gebrauchsmusterschutz. S. Gesetz vom 1/6 91 S. 545.

Gebühren. 1) Ungesetzliche Erhebung von Gebühren. S. St.G.B. §§ 352, 353 S. 261 flg. — 2) Wie ist in § 219 St.P.O. der Satz auszulegen, daß die Gebühren der vom Angeklagten geladenen Zeugen der Staatskasse aufzuerlegen sind? **16**, 212. — 3) Ist die Entscheidung des Oberlandesgerichts, welche den Antrag auf Berichtigung der Festsetzung von Zeugen- oder Sachverständigengebühren ablehnt, mit der Beschwerde anfechtbar? **7**, 420. — 4) Gebühren der Gerichtsvollzieher. S. Gesetz vom 24/6 78 S. 514. — 5) Gebühren der Rechtsanwälte. S. Gesetz vom 7/7 79 S. 523.

Geburt. Bis zu welchem Zeitpunkt ist eine menschliche Frucht, von welchem Zeitpunkt an ein Mensch im Sinne des Strafrechts vorhanden? S. St.G.B. § 211 Nr. 1 S. 129.

Geburtsregister. 1) Intellektuelle Urkundenfälschung durch Bewirkung falscher Eintragungen im Geburtsregister. S. St.G.B. § 271 Nr. 10, 14, 15, 18—20, 47 S. 204 flg. — 2) Urkundenfälschung durch einen Beamten im Geburtsregister. S. St.G.B. § 348 Nr. 32 S. 254. — 3) Unterdrückung des Personenstandes durch falsche Eintragung

im Geburtsregister. S. St.G.B. § 169 S. 101. — 4) Führung des Geburtsregisters. S. Gesetz vom 8/2 75 §§ 17—27 S. 500.
Geburtszeugnis als Legitimationspapier im Sinne des St.G.B.'s § 363. **12**, 385.
Gefahr. Begriff im Sinne der gemeingefährlichen Delikte. S. St.G.B. §§ 312/313 S. 238, § 315 Nr. 14—16 S. 239, § 323 Nr. 1 S. 241, § 330 Nr. 5—7 S. 244.
Gefährdung. 1) Gefährdung eines Eisenbahntransportes. S. St.G.B. §§ 315, 316 S. 238flg. — 2) Gefährdung des Friedens. S. St.G.B. §§ 130, 130a S. 74flg. — 3) Ist Gefährdung des Vermögens für den Tatbestand des Betrugs der Beschädigung gleichzustellen? **8**, 68; **9**, 168.
Gefälle. S. Abgaben.
Gefangene. 1) Befreiung und Entweichenlassen von Gefangenen. S. St.G.B. §§ 120, 121 S. 68flg., § 347 S. 251. — 2) Zusammenrottung von Gefangenen zur Selbstbefreiung. S. St.G.B.§ 122 S. 69. — 3) Kann ein Gefangener Hausfriedensbruch dadurch begehen, daß er sich trotz Aufforderung des Wärters aus einer ihm zum Aufenthalte nicht angewiesenen Zelle nicht entfernt? **28**, 192. — 4) Vornahme unzüchtiger Handlungen mit Gefangenen. S. St.G.B. § 174 Nr. 17, 21 S. 105.
Gefangenenbuch (Gefangenenliste, Gefangenenregister, Gefangenenverzeichnis) als öffentliche Urkunde. S. St.G.B. § 271 Nr. 25—32 S. 205flg.
Gefangenentransporteur als Beamter. **5**, 418.
Gefängnisarzt als Beamter. **33**, 29.
Gefängnisstrafe. 1) Berechnung der Gefängnisstrafe. S. St.G.B. Teil I Abschn. 1 S. 8flg. § 19 S. 9, § 28 Nr. 3, 4 S. 9, § 29 Nr. 1, 2 S. 10, § 60 Nr. 4 S. 35, § 74 Nr. 3, 4 S. 51, § 79 Nr. 4 S. 52. — 2) Ist da, wo ein neben dem St.G.B. in Kraft gebliebenes preußisches Gesetz Gefängnisstrafe bis zu 6 Wochen androht, jetzt auf Gefängnis, oder Haft zu erkennen? **13**, 93.
Gegenstände. 1) Rückgabe der dem Verletzten durch die strafbare Handlung entzogenen Gegenstände an diesen. S. St.P.O. § 111 S. 311. — 2) Verabfolgung der in der Verhandlung vorgelegten Gegenstände an die Geschworenen in das Beratungszimmer. S. St.P.O. § 302 S. 382.
Gegenvormund. 1) Gehört der Gegenvormund zu den Vormündern im Sinne des St.G.B.'s § 266? **2**, 345. — 2) Dergleichen im Sinne der St.P.O. § 22 Nr. 2? **11**, 223. 3) Macht die Bestellung zum Gegenvormund den § 266 Nr. 1 St.G.B.'s auch dann anwendbar, wenn eine Vormundschaft gar nicht besteht? **11**, 196.
Gehalt. S. Besoldung.
Geheimmittelverkehr. S. St.G.B. § 367 [3] S. 272.
Geheimnisse. 1) Verrat von militärischen und Staats-Geheimnissen. S. Gesetz vom 3/7 93 S 547; St.G B. § 92 S. 54. — 2) Verletzung von Privatgeheimnissen. S. St.G.B. §§ 299, 300 S. 229.
Gehülfe. S. St.G.B. Buch I Abschn. 3 Nr. 24—41 S. 18flg. und § 49 S. 22flg.

Geisteskrankheit, krankhafte Störung der Geistestätigkeit. 1) Strafausschließungsgrund. S. St.G.B. § 51 S. 27. — 2) Beischlaf mit einer Geisteskranken. S. St.G.B. § 176 Nr. 6 S. 106. — 3) Geisteskrankheit als Folge der Körperverletzung. S. St.G.B. § 224 Nr. 7 S. 137. — 4) Kann Selbstentleibung eines Geisteskranken einem Wärter als fahrlässige Tötung zugerechnet werden? **7**, 332. — 5) Ist rechtswidrige Zueignung einer von einem Geisteskranken empfangenen Sache Diebstahl, oder Unterschlagung? **2**, 332. — 6) Bleibt der Generalbevollmächtigte zur Stellung des Strafantrags befugt, wenn sein Vollmachtgeber inzwischen geisteskrank wird? **2**, 145. — 7) Ist Abhaltung der Hauptverhandlung mit einem partiell geistesgestörten Angeklagten möglich? **1**, 149; **29**, 324.

Geisteszustand. Unterbringung des Angeklagten in einer Irrenanstalt zwecks Untersuchung auf seinen Geisteszustand. S. St.P.O. § 81 S. 308 flg.

Geistliche. 1) Friedensgefährdung durch Geistliche. S. St.G.B. § 130a S. 75. — 2) Vornahme unzüchtiger Handlungen von einem Geistlichen mit seinen Zöglingen. S. St.G.B. § 174 Nr. 11 S. 104. — 3) Trauung durch einen Geistlichen ohne vorangehende standesamtliche Eheschließung. S. Gesetz vom 6/2 75 §§ 67—69 Nr. 1, 2 S. 501. — 4) Ist der protestantische Pfarrer in Bayern Beamter? **2**, 316. — 5) Hat der Religionsdiener in Elsaß-Lothringen ein Züchtigungsrecht gegen die minderjährigen Teilnehmer am Gottesdienst? **20**, 371. — 6) Wird durch Notwehr gegen die Beleidigung eines Geistlichen in der Predigt die Strafbarkeit aus St.G.B. § 167 ausgeschlossen? **21**, 168. — 7) Kann durch Beschimpfung des Priesterstandes der katholischen Kirche das Vergehen des § 166 begangen werden? **27**, 284. — 8) Wann ist die Beleidigung eines Geistlichen als in Bezug auf seinen Beruf begangen anzusehen? **12**, 267. — 9) Wer ist der zum Strafantrag berechtigte Vorgesetzte eines in Bezug auf seinen Beruf beleidigten militärischen Geistlichen? **7**, 79. — 10) S. auch preußisches Gesetz vom 11/5 73 S. 593; vom 20/5 74 S. 594.

Geld. 1) Fälschung von Geld. S. St.G.B. §§ 146—152 S. 84 flg. — 2) Eigentumsrecht am Geld, Unterschlagung und Diebstahl von Geld. S. St.G.B. § 246 Nr. 7, 10, 11, 13—19, 25, 27, 32, 33, 36, 54—58, 61—64, 68, 71 S. 157 flg., § 242 Nr. 50—52 S. 149, § 266 Nr. 37, 45 S. 188. — 3) Geld (insbesondere Gelderlös) als Gegenstand der Hehlerei. S. St.G.B. § 259 Nr. 2—4, 6 S. 170.

Geldrollen. Können Umhüllungen von Geldrollen, welche mit der Bezeichnung des Inhalts und einem Namen versehen sind, Urkunden sein? **13**, 71.

Geldstrafe. S. St.G.B. §§ 27—29 S. 9 flg., § 45 Nr. 2 S. 15, § 57 Nr. 3 S. 30, § 78.

Gemeindebeamter (Bürgermeister, Gemeindeausschußmitglied, Gemeindediener, Gemeindeförster, Gemeindepfleger, Gemeinderechner, Gemeindeschulze, Gemeindevorsteher, Hausväter in einer kommunalen Armenanstalt, Kiesgrubenaufseher,

Magistratsrat, Nachtwächter, Ortsvorsteher, städtischer Bezirksvorsteher, städtischer Hülfsschreiber, Steuererheber, Wegemeister). Begriff, Zuständigkeit. S. St.G.B. § 359 Nr. 13, 14, 17, 28, 33, 45, 46, 48—50, 55, 57—59, 61 S. 264 flg., § 113 Nr. 6, 18 S. 59 flg., § 196 Nr. 34, 37, 38, 41, 46 S. 125, § 267 Nr. 33, 39, 41—44 S. 191, § 346 Nr. 4 S. 250, § 348 Nr. 38 bis 46, 54—62 S. 254 flg., E.G.G.V.G. § 11 Nr. 2 S. 424.

Gemeindesteuern. Bezieht sich das Bundesgesetz vom 13. Mai 1870 wegen Beseitigung der Doppelbesteuerung auch auf die Gemeindesteuern? **27**, 141.

Gemeine Gefahr. S. St.G.B. §§ 312/313 S. 238, § 315 Nr. 14—16 S. 239, § 323 Nr. 1 S. 241, § 330 Nr. 5—7 S. 244.

Gemeingefährliche Verbrechen und Vergehen. S. St.G.B. §§ 306—330 S. 235 flg.

Gemeinschaftlichkeit. 1) Gemeinschaftlichkeit der Ausführung als Kennzeichen der Mittäterschaft. S. St.G.B. § 47 S. 19 flg. — 2) Gemeinschaftlichkeit der Ausführung als Qualifikationsgrund beim Widerstand gegen die Staatsgewalt. S. St.G.B. § 119 S. 68. — 3) Gemeinschaftlichkeit der Ausführung als Qualifikationsgrund beim Hausfriedensbruch. S. St.G.B. § 123 Nr. 35, 36 S. 73. — 4) Gemeinschaftlichkeit der Ausführung als Qualifikationsgrund der Körperverletzung. S. St.G.B. § 47 Nr. 1, 2, 11, 12 S. 19 flg. — 5) Gemeinschaftlichkeit der Ausführung als Qualifikationsgrund beim unberechtigten Jagen. S. St.G.B. § 293 Nr. 3, 4 S. 228. — 6) Gemeinschaftlichkeit als Qualifikationsgrund bei der Konterbande und der Defraudation. S. Vereinszollgesetz vom 1/7 69 § 146 S. 465.

Gendarm. 1) Widerstand gegen einen Gendarm als Widerstand gegen die Staatsgewalt. S. St.G.B. § 113 Nr. 30, 31 S. 61, § 116 Nr. 2 S. 64. — 2) Anzeige beim Gendarm als falsche Anschuldigung. S. St.G.B. § 164 Nr. 5, 6 S. 95. — 3) Beschlagnahme durch den Gendarm. S. St.P.O. § 98 Nr. 2, 4 S. 310. — 4) Welcher Gerichtsstand ist in Bayern für die Angehörigen des Gendarmeriekorps begründet hinsichtlich eines von ihnen im Civildienst begangenen Vergehens aus St.G.B. § 340? **13**, 107.

Genehmigung. S. Erlaubnis und Ermächtigung.

Generalkommission. 1) Ist die Generalkommission bei Beschädigung eines von ihr angelegten Weges als „Verletzte" und als zur Stellung des Strafantrags aus St.G.B. § 303 berechtigt anzusehen? **8**, 399. — 2) Ist der Präsident der Generalkommission der Vorgesetzte der von ihr ernannten Kommission im Sinne des St.G.B.'s § 196? **14**, 182.

Generalversammlung. Verübung von Untreue durch Erwirkung von Beschlüssen einer statutenwidrig zusammengesetzten Generalversammlung. S. St.G.B. § 266 Nr. 43 S. 188.

Genossenschaft. S. Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaft.

Genußmittel. 1) Entwendung von Genußmitteln. S. St.G.B. § 370 [5] Nr. 8, 9 S. 275. — 1) Fälschung von Genußmitteln. S. Gesetz vom 14/5 79 § 1, § 10 Nr. 1 S. 515 flg.

Gerichtsassessor. S. Assessor.
Gerichtsbarkeit. 1) Zuständigkeit des Civilgerichts gegenüber dem Militärgericht. S. Militärgericht. — 2) Zuständigkeit des Strafgerichts zur Beurteilung bürgerlicher und administrativer Rechtsverhältnisse. S. St.P.O. § 261 S. 355. — 3) Gerichtsbarkeit bei strafrechtlicher Verfolgung öffentlicher Beamten. S. E.G.G.V.G. § 11 S. 424. — 4) Gerichtsbarkeit über ausländische Konsuln. S. G.V.G. § 21 S. 424. — 5) Gibt es in Zollsachen noch eine sofortige Unterwerfung unter die von der Verwaltungsbehörde ausgeworfene Strafe mit der Wirkung des Ausschlusses der Zuständigkeit des Strafgerichts? **26**, 319; **28**, 180. — 6) Hat das ordentliche Gericht, wenn die zur Untersuchung stehende Tat in idealer Konkurrenz auch die Merkmale eines Delikts enthält, für dessen Aburteilung Sondergerichte ausschließlich zuständig sind, dennoch über die Tat auch nach diesem Gesichtspunkte hin zu entscheiden? **33**, 405. — 7) Sind die Forst- und Feldrügesachen, soweit die Landesgesetzgebung von der Befugnis im E.G. z. St.P.O. § 3 Abs. 3 Gebrauch gemacht hat, der Gerichtsbarkeit der „ordentlichen" Gerichte entzogen? **3**, 157; **13**, 383.
Gerichtsbeschluß. S. Beschluß.
Gerichtsbesetzung. 1) Im allgemeinen. S. G.V.G. §§ 5, 7 S. 424; St.P.O. §§ 22—32 S. 290 flg., § 377 Nr. 1—21 S. 395 flg.; badisches Gesetz vom 3/3 79 S. 560; preußisches Gesetz vom 24/4 78 S. 595. — 2) Gerichtsbesetzung bei den Strafkammern. S. G.V.G. §§ 59—69 S. 425 flg., § 78 S. 427. — 3) Gerichtsbesetzung beim Geschworenengerichte. S. G.V.G. §§ 81—94 S. 428; St.P.O. §§ 277 bis 286 S. 372 flg. — 4) Gerichtsbesetzung beim Reichsgericht in den Vorentscheidungen gemäß E.G.G.V.G. § 11. **16**, 197.
Gerichtsdiener. Wahrt die Einhändigung der Revisionsschrift an den Gerichtsdiener die Rechtsmittelfrist? **10**, 74; **22**, 124.
Gerichtskasse. Ist die preußische Gerichtskasse zur Abnahme eidesstattlicher Versicherungen befugt? **24**, 377.
Gerichtskosten. S. Kosten.
Gerichtskundigkeit. S. St.P.O. § 260 Nr. 9—11 S. 354 flg.
Gerichtsschreiber. 1) Unvorschriftsmäßige Besetzung des Gerichts bezüglich der Stelle des Gerichtsschreibers. S. St.P.O. § 377 Nr. 19 S. 397. — 2) Welche Form erfordert eine Erklärung zu Protokoll des Gerichtsschreibers? S. St.P.O. § 341 S. 390, § 381 Nr. 9 S. 401, § 385 Nr. 16—21 S. 403. — 3) Darf eine schriftliche Erklärung des Gerichtsschreibers über Wahrnehmungen, die er im Auftrage des Untersuchungsrichters gemacht hat, verlesen werden? **18**, 186. — 4) Gerichtsschreiber als Dolmetscher. S. G.V.G. § 192 S. 432.
Gerichtssitz. Zulässigkeit von Strafkammerverhandlungen an anderen Orten. S. G.V.G. § 98 S. 428.
Gerichtsstand (Örtliche Zuständigkeit). 1) S. St.P.O. §§ 7—18 S. 289 flg. — 2) Gerichtsstand im objektiven Strafverfahren. S. St.P.O. § 477 Nr. 4, 5 S. 419.
Gerichtsverhandlungen. 1) Beleidigungen durch Berichte in Zeitungen

über öffentliche Gerichtsverhandlungen. 1, 19; 3, 303; 19, 238. — 2) Berichte über nichtöffentliche Gerichtsverhandlungen. S. St.G.B. § 184 Nr. 17—19 S. 113.

Gerichtsvollzieher. 1) Der Gerichtsvollzieher als Vollstreckungsbeamter; Rechtmäßigkeit der Amtsausübung. S. St.G.B. § 113 Nr. 35—43 S. 61 flg. — 2) Ausstellung öffentlicher Urkunden durch den Gerichtsvollzieher. S. St.G.B. § 348 Nr. 15—24, 75, 88, 89 S. 252 flg. — 3) Ablösung von Siegeln des Gerichtsvollziehers. S. St.G.B. § 136 S. 78 flg. — 4) Pfändung durch den Gerichtsvollzieher. Arrestbruch. S. St.G.B. § 137 Nr. 4—12, 34—36 S. 79 flg. — 5) Gebührenüberhebung durch den Gerichtsvollzieher. S. St.G.B. § 352 Nr. 2—4, 8, 14 S. 261 flg. — 6) Ist die Versteigerung durch den Gerichtsvollzieher ein Inverkehrbringen im Sinne des Reichsgesetzes vom 19. Mai 1891? 28, 316.

Gerichtsvorstand. 1) Ist der Gerichtsvorstand (aufsichtsführende Richter) des Amtsgerichts zur Stellung des Strafantrags wegen der Beleidigung eines Amtsrichters befugt? 7, 404 (Preußen); 11, 163 (Württemberg); 15, 212 (Bayern). — 2) Desgleichen der Gerichtsvorstand des übergeordneten Landgerichts? 19, 260 (Preußen); 24, 340 (Hessen). — 3) Ist die Anwesenheit eines nicht beteiligten Gerichtsvorstandes bei der Beratung und Abstimmung ein Revisionsgrund? 2, 393 (auf Gerichtsverfassungsgesetz nach ursprünglicher Fassung bezüglich).

Gesamtstrafe. Verwandlung mehrerer Einzelstrafen in eine Gesamtstrafe. S. St.G.B. §§ 74—79 S. 51 flg.

Gesandter. Ist die Wohnung eines fremden Gesandten als Ausland zu betrachten? 3, 70.

Geschäftsgeheimnisse. Verrat fremder Geschäftsgeheimnisse. S. Gesetz vom 27/5 96 § 9 S. 553.

Geschäftsverteilung der Gerichte. S. G.V.G. § 62 S. 425.

Geschicklichkeitsspiel. Unterschied vom Glücksspiel. S. St.G.B. §§ 284 bis 286 Nr. 7—9 S. 212.

Geschmacksmusterschutz. S. Gesetz vom 11/1 76 S. 504.

Geschworene. 1) Zuständigkeit des Schwurgerichts. S. G.V.G. § 73 S. 427; badisches Gesetz vom 3/3 79 S. 560; bayerisches Gesetz vom 23/2 79 S. 565; württembergisches Gesetz vom 24/1 79 S. 608. — 2) Bildung des Schwurgerichts, insbesondere der Geschworenenbank. S. G.V.G. §§ 81—94 S. 428; St.P.O. §§ 22, 24 S. 290 flg., §§ 277—286 S. 372 flg., § 377 Nr. 10—18 S. 396 flg. — 3) Verfahren vor dem Schwurgerichte. S. St.P.O. §§ 289—317 S. 373 flg., § 379 S. 400, § 264 Nr. 12, 13 S. 360.

Geselle. 1) Gehört ein Geselle zum Gesinde des § 247 Abs. 1 St.G.B.'s? 13, 14. — 2) Voraussetzung für Annahme eines Hausfriedensbruchs durch den Handwerksgesellen gegenüber einem Arbeitgeber. 5, 235.

Gesellschaft mit beschränkter Haftung. S. Gesetz vom 20/4 92 S. 546.

Gesellschaft, Gesellschafter. S. Handelsgesellschaft, Kommanditgesellschaft, Aktiengesellschaft.

Gesetz. 1) Änderung des Strafgesetzes, Anwendung des mildesten Gesetzes. S. St.G.B. § 2 S. 5 flg. — 2) Verletzung des Gesetzes als Voraussetzung der Revision. S. St.P.O. § 376 Nr. 1—9 S. 394. — 3) Irrtum über das Gesetz. S. St.G.B. § 59 Nr. 4—19 S. 31 flg. — 4) Wie ist das angewendete Strafgesetz im Urteil zu bezeichnen? **19**, 213; **25**, 418; **32**, 351. — 5) Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesetze. S. St.G.B. § 111 Nr. 3, 4 S. 57. — 6) Veröffentlichung als Voraussetzung für die Gültigkeit preußischer Gesetze. S. preußische Verordnung vom 14/1 13 S. 578. — 7) Auslegung von Reichsgesetzen durch den Bundesrat. **12**, 40.

Gesetzeskonkurrenz. S. St.G.B. § 73 Nr. 38—40 S. 49.

Gesetzgebende Versammlung. Ist der Bundesrat eine gesetzgebende Versammlung? **7**, 382.

Gesetzlicher Vertreter. S. Vertreter.

Gesichtspunkt. Hinweis auf die Veränderung des rechtlichen Gesichtspunktes. S. St.P.O. § 264 S. 359.

Gesinde. 1) Gehören Gewerbegehülfen und Gesellen zum Gesinde im Sinne des St.G.B.'s § 247? **13**, 14. — 2) Unter welchen Voraussetzungen ist ein Hausfriedensbruch von seiten des Gesindes gegenüber dem Dienstherrn anzunehmen? **1**, 398; **13**, 189. — 3) Inwieweit ist das Gesinde zur Wahrung des Hausrechtes befugt? **12**, 132. — 4) Rechtsstellung des Gesindes in Preußen. S. preußische Gesetze vom 8/11 10 S. 577; vom 24/4 54 S. 589.

Gesindebuch. 1) Ist das Gesindebuch ein in der Hauptverhandlung nicht verlesbares Leumundszeugnis? **30**, 439. — 2) Kann es intellektuelle Urkundenfälschung sein, wenn jemand ein Gesindebuch von der Polizeibehörde auf den Namen eines anderen ausstellen läßt? **14**, 99.

Geständnis. 1) Kann ein Urteil sich auf ein Geständnis des Angeklagten stützen, welches nur die gesetzlichen Merkmale der Straftat, nicht aber die Tatsachen, in denen diese Merkmale gefunden werden, umfaßt? **1**, 415. — 2) Erpressung eines Geständnisses. S. St.G.B. § 343 S. 250.

Gewahrsam. 1) Fremder Gewahrsam als Tatbestandsmerkmal des Diebstahls und eigener Gewahrsam als Tatbestandsmerkmal der Unterschlagung. S. St.G.B. § 242 Nr. 21—37 S. 146 flg., § 246 Nr. 38 bis 45 S. 159 flg. — 2) Begriff des Gewahrsams im Sinne der Spielkartenstempelsteuergesetze (des preußischen Gesetzes vom 23. Dezember 1867 § 12 und des Reichsgesetzes vom 3. Juli 1878 § 10). **1**, 22; **3**, 21.

Gewalt. Begriff der Gewalt im Sinne verschiedener Bestimmungen des St.G.B.'s. S. St.G.B. § 52 Nr. 1, 9 S. 27 flg., § 113 Nr. 49—52 S. 62 flg., § 117 Nr. 33, 34 S. 67, § 176 Nr. 3 S. 106, § 235 Nr. 1 S. 141, § 240 Nr. 1—6, 12, 15—19 S. 143 flg., § 253 Nr. 1, 2 S. 164.

Gewerbe, Amt und Beruf, welche zur Aufmerksamkeit besonders verpflichten. S. St.G.B. § 222 Nr. 10—24 S. 133 flg.

Gewerbebetrieb. Gewerbedelikt. S. Gewerbeordnung vom 21/6 69 S. 444 flg

Gewerbegehülfe. Gehört der Gewerbegehülfe zum Gesinde im Sinne des St.G.B.'s § 247? **13**, 14.

Gewerbegericht. S. Gesetz vom 29/7 90 S. 544.

Gewerbesteuer. S. badisches Gesetz vom 20/6 84 S. 560; bayerisches Gesetz vom 10/3 79 S. 565; vom 9/5 81 S. 566; elsaß-lothringisches Gesetz vom 5/5 80 S. 571; preußisches Gesetz vom 30/5 20 S. 578; vom 27/2 80 S. 597; vom 24/6 91 S. 602; württembergisches Gesetz vom 9/7 27 S. 607.

Gewerbsmäßige Benutzung eines Patents oder Gebrauchsmusters. S. Gesetz vom 25/5 77 § 4 Nr. 2 S. 509, vom 7/4 91 § 4 Nr. 1 S. 511, vom 1/6 91 § 4 S. 545.

Gewerbsmäßigkeit. S. St.G.B. § 73 Nr 58—60, 64—67 S. 50 flg.; St.P.O. Buch II Abschnitt 1, „ne bis in idem", Nr. 35—44 S. 320 flg.

Gewohnheitsmäßigkeit. S. St.G.B. § 73 Nr. 58—63 S. 50 flg.; St.P.O. Buch II Abschnitt 1, „ne bis in idem", Nr. 35—44 S. 320 flg.

Gewohnheitsrecht. 1) Ist unter Landesgesetz in dem E.G. z. C.P.O. von 1877 § 4 auch das Gewohnheitsrecht zu verstehen? **15**, 323. — 2) Gehört das Gewohnheitsrecht zu den Rechtsnormen im Sinne des § 376 St.P.O.? **9**, 299.

Gift. 1) Beibringung von Gift. S. St.G.B. § 229 S. 139. — 2) Verkehr mit Gift. S. St.G.B. § 367³ S. 272.

Glashütten. Ist in Glashütten der einzelne Glasmacher, welcher selbständig Hüttenjungen annimmt und auslohnt, oder nur der Fabrikherr für Einhaltung der Vorschriften über die Beschäftigung von Arbeitern verantwortlich? **9**, 102.

Glaubhaftmachung. 1) Inwiefern kann durch Glaubhaftmachung unwahrer Behauptungen gegenüber dem Prozeßrichter ein Betrug begangen werden? S. St.G.B. § 263 Nr. 7—12 S. 174 flg. — 2) Ist eine zur Glaubhaftmachung des Arrestgrundes dem Arrestgesuche beigefügte eidesstattliche Versicherung eine beweiserhebliche Urkunde? **5**, 262. — 3) Eidesstattliche Versicherung als Mittel der Glaubhaftmachung. S. St.G.B. § 156 Nr. 7—12 S. 88.

Gläubiger. 1) Begriff des Gläubigers im Sinne des St.G.B.'s § 288. S. St.G.B. § 288 Nr. 12—15 S. 217 flg. — 2) Begriff im Sinne der K.O. § 211 (241). S. K.O. von 1877 § 211 Nr. 4, 5 S. 283.

Gläubigerbegünstigung. S. K.O. von 1877 § 211 S. 283 flg.

Gliederverlust als Qualifikation der Körperverletzung. S. St.G.B. § 224 S. 137.

Glücksspiel. S. St.G.B. §§ 284—286, § 284, § 285 S. 212 flg., § 360¹⁴ S. 268.

Gnadengesuch. Kann Begünstigung durch die Einreichung eines auf wissentlich falsche Angaben gestützten Gnadengesuchs zu Gunsten eines Dritten begangen werden? **35**, 128.

Gold- und Silberwaren. Bestimmung des Feingehaltes. S. Gesetz vom 16/7 84 S. 538.

Gottesdienst, Störung. S. St.G.B. § 167 S. 99 flg.
Gotteslästerung. S. St.G.B. § 166 Nr. 1—8 S. 97 flg.
Grabschändung. S. St.G.B. § 168 S. 100.
Grenzbezirk. Zolldelikte innerhalb des Grenzbezirks. S. V.Z.G. vom 1/7 69 § 136 S. 463 flg.
Grenze. Bestrafung von Delikten, welche auf einer Brücke über ein die Grenze bildendes Gewässer begangen sind. **9**, 370.
Grenzrain. Abgraben und Abpflügen eines Grenzrains. S. St.G.B. § 370[1] S. 274.
Grenzverrückung. S. St.G.B. § 274 Nr. 17—25 S. 209 flg.
Grober Unfug. S. St.G.B. § 360[11] S. 267 flg.
Gruben. Welche Personen tragen die Verantwortlichkeit für Nichtverdeckung von Gruben aus St.G.B. 367[12]? **6**, 64; **15**, 58.
Grundkapital. Einzahlung des Grundkapitals bei Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften. S. Einzahlung, Barzahlung.
Grundstück. 1) Wirkung der Beschlagnahme von Grundstücken. S. St.G.B. § 137 Nr. 26—31 S. 81. — 2) Wie können Grundstücke bei drohender Zwangsvollstreckung beiseite geschafft werden? S. St.G.B. § 288 Nr. 18—23 S. 218.
Gutachten von Behörden und Ärzten; Zulässigkeit der Verlesung in der Hauptverhandlung. S. St.P.O. § 255 S. 350 flg.
Gütergemeinschaft. S. Eheliches Güterrecht.
Gutsinventar. 1) Eigentum an den Ersatzstücken des unter einer Taxe mit der Verpflichtung dereinstiger Rückgewähr übergebenen Gutsinventars nach Pr.A.L.R. **7**, 41. — 2) Wie ist der vom Prozeßrichter angeordnete Arrest in das Gutsinventar zu vollziehen? **6**, 227.

H.

Hafenarbeiter. Unterstehen die an Bord des Schiffes tätigen Hafenarbeiter der Disziplinargewalt des Schiffers? **25**, 439.
Haftbefehl. 1) Wann ist ein Haftbefehl der Staatsanwaltschaft eine öffentliche Urkunde? **15**, 110. — 2) Ist die Vollstreckung eines Haftbefehls ein Akt der Rechtshülfe, zu dessen Ausführung das ersuchte Gericht verpflichtet ist? **26**, 338.
Haftstrafe. 1) Berechnung, Umwandlung der Geldstrafe in Haftstrafe. S. St.G.B. Teil I Abschnitt 1 S. 8 flg., §§ 28, 29 S. 9 flg. — 2) Ist da, wo ein neben dem Strafgesetzbuch in Kraft gebliebenes preußisches Gesetz Gefängnis bis zu 6 Monaten androht, jetzt auf Gefängnisstrafe, oder auf Haftstrafe zu erkennen? **13**, 93.
Hamburg. S. syst. Reg. S. 571. Vgl. auch das Gesetzesverzeichnis.
Handeln gegen die Regeln der Baukunst. S. St.G.B. § 330 S. 244.
Handelsbriefe. Urkundenfälschung durch Änderungen an zurückbehaltenen Abschriften. **35**, 145.
Handelsbücher. 1) Verpflichtung zur Führung von Handelsbüchern. S. Konkursordnung von 1877 § 210 Nr. 16—55 S. 278 flg. —

2) Handelsbücher als Gegenstand der Urkundenfälschung. **4**, 4; **5**, 430; vgl. **2**, 33.

Handelsgesellschaft, offene. 1) Wird durch gemeinschaftlichen Betrieb eines Handelsgewerbes ohne gemeinschaftliche Firma und ohne Eintragung ins Handelsregister eine offene Handelsgesellschaft begründet? **24**, 261. — 2) Kann eine offene Handelsgesellschaft unter ihrer Firma beleidigt werden und Strafantrag stellen? **1**, 178. — 3) Kann der Prokurist einer offenen Handelsgesellschaft wegen Verletzung eines der Handelsgesellschaft gehörigen Patentes Strafantrag stellen? **15**, 144. — 4) Ist Unterschlagung eines Gesellschafters an Sachen der offenen Handelsgesellschaft möglich? **7**, 18. — 4) Ist Unterschlagung eines Gesellschafters an Sachen, welche er selbst eingebracht hat, nach Auflösung der offenen Handelsgesellschaft, aber vor endgültiger Auseinandersetzung möglich? **27**, 11. — 5) Ist der Gesellschafter als Bevollmächtigter der offenen Handelsgesellschaft im Sinne des St.G.B.'s § 266 Nr. 2 anzusehen? **19**, 271; **23**, 315. — 6) Wann haftet ein Gesellschafter der offenen Handelsgesellschaft für im Geschäftsbetriebe der Handelsgesellschaft vorgekommene ungesetzliche Beschäftigung von Arbeitern? **6**, 111. — 7) Wann haftet der Gesellschafter einer offenen Handelsgesellschaft für im Geschäftsbetrieb der Handelsgesellschaft vorgekommene Verletzungen fremder Markenschutzrechte? **5**, 106. — 8) Haften von mehreren Gesellschaftern einer offenen Handelsgesellschaft alle für unrichtige Branntweinsteuerdeklarationen seitens der Handelsgesellschaft, und wie hoch kann für jeden die Strafe bemessen werden? **18**, 339. — 9) Kann der Gesellschafter einer offenen Handelsgesellschaft wegen Hinterziehung der von der Handelsgesellschaft geschuldeten Gewerbesteuer (Baden) strafrechtlich verfolgt werden, nachdem ein anderer Gesellschafter wegen desselben Vergehens bestraft worden ist und die Strafe erlegt hat? **26**, 300. — 10) Buchführung, Bilanzziehung, Bankerutt bei der offenen Handelsgesellschaft. S. Konkursordnung von 1877 § 210 Nr. 19, 20, 36, 43, 70 S. 279flg.; Konkursordnung von 1898 § 240 Nr. 6 S. 286.

Handelsleute von geringerem Gewerbebetrieb. S. Konkursordnung von 1877 § 210 Nr. 16, 17, 27flg. S. 278flg; Konkursordnung von 1898 § 240 Nr. 4, 5 S. 286.

Handelsmakler. 1) Bedeutung der im A.D.H.G.B. Art. 69 Nr. 6 dem Handelsmakler auferlegten Verpflichtungen. **26**, 398. — 2) Ist ein Makler, der Grundstückskäufe gewerbsmäßig vermittelt, ein zur Buchführung verpflichteter Kaufmann? **25**, 395.

Handelsmarken. S. Gesetz vom 30/11 74 S. 495; vom 12/5 94 S. 547.

Handelsregister. Kann die Bewirkung eines unrichtigen Eintrags im Handelsregister intellektuelle Urkundenfälschung sein? **18**, 179.

Handelszeichen. S. Gesetz vom 30/11 74 S. 495; vom 12/5 94 S. 547.

Handfeuerwaffen. Prüfung der Läufe und Verschlüsse der Handfeuerwaffen. S. Gesetz vom 19/5 91 S. 544.

Handlung, strafbare. 1) Zum Begriffe „Handlung" im Sinne des St.G.B.'s §§ 3 flg. **11**, 20; **15**, 221. — 2) Desgleichen im Sinne der §§ 51 flg. **11**, 56; **29**, 130. — 3) Desgleichen im Sinne des § 61. **5**, 97, 269; **6**, 309. — 4) Desgleichen im Sinne des § 67. **5**, 282; **9**, 152; **21**, 228. (Vgl. zu 1—4 überdies die betreffenden Abschnitte im systematischen Register.) — 5) Identität der strafbaren Handlung; Einheitlichkeit einer strafbaren Handlung; Zusammentreffen mehrerer strafbarer Handlungen. S. St.G.B. § 73 S. 46 flg.; St.P.O. Buch II, Abschnitt 1 „ne bis in idem" Nr. 17—55 S. 319 flg.; § 263 Nr. 5—25 S. 357 flg.; Anhang zu Buch I Abschnitt 9 „Auslieferung" S. 312 flg.

Handlungen, unzüchtige, Begriff. S. St.G.B. § 176 Nr. 1. 2 S. 106; § 183 Nr. 1—3 S. 111.

Handlungsgehülfen und **Handlungslehrlinge.** 1) Sind die Handlungsgehülfen als Bevollmächtigte des Prinzipals im Sinne des St.G.B.'s § 266 Nr. 2 anzusehen? **28**, 155. — 2) Gehören die Handlungslehrlinge zu den Lehrlingen im Sinne des St.G.B.'s § 247? **22**, 243. — 3) Kann der Handlungslehrling als Zögling, sein Prinzipal als Erzieher im Sinne des St.G.B.'s § 176 Nr. 1 angesehen werden? **34**, 311.

Handlungsunfähiger. Ist rechtswidrige Zueignung einer von einem Handlungsunfähigen empfangenen Sache Diebstahl, oder Unterschlagung? **2**, 332.

Handwerksbetrieb. S. Konkursordnung von 1877 § 210 Nr. 16, 17, 30 flg. S 278; Konkursordnung von 1898 § 240 Nr. 4, 5 S. 286.

Hannover. S. syst. Reg. S. 584, 589. Vgl. auch das Gesetzesverzeichnis (Preußen).

Harthörigkeit des Angeklagten in der Hauptverhandlung. **15**, 172.

Harz. Ist die Wegnahme von Harz ohne Werkzeuge im Königreich Sachsen Forstfrevel? **9**, 60.

Hauptschuldner. Ist der Bürge Gläubiger des Hauptschuldners im Sinne der K.O. § 211/241? **15**, 90.

Hauptverfahren, Eröffnung des Hauptverfahrens. S. St.P.O. §§ 201—210 S. 327 flg.

Hauptverhandlung. 1) Vorbereitung der Hauptverhandlung. S. St.P.O. §§ 213—223 S. 329 flg. — 2) Die Hauptverhandlung selbst. S. St.P.O. §§ 225—275 S. 331 flg. — 3) Die Hauptverhandlung vor den Schwurgerichten. S. St.P.O. §§ 277—317 S. 372 flg.

Hauseigentümer. Unterlassung der Beleuchtung der Treppen durch den Hauseigentümer als Ursache fahrlässiger Körperverletzung. **14**, 362.

Hausfriedensbruch. S. St.G.B. § 123 S. 70 flg.; § 342 S. 249.

Hausierhandel. 1) S. Gewerbeordnung vom 21/6 69 §§ 55—56 c S. 446 flg. — 2) Besteuerung. S. bayerisches Gesetz vom 10/3 79 S 565.

Hausindustrie. Verbot des Trucksystems für die Hausindustrie. S. Gewerbeordnung vom 21/6 69 § 115 Nr. 1, 2 S. 448; § 119 b S. 450.

Haussteuer. S. bayerisches Gesetz vom $\frac{15/8\ 28}{19/5\ 81}$ S. 561 flg.; preußisches Gesetz vom 21/5 61 S. 590.

Haussuchung. Zulässigkeit, Rechtmäßigkeit. S. St.P.O. §§ 102—106 S 311; St.G.B. § 113 Nr. 13, 21, 24, 33 S. 59 flg.; § 117 Nr. 12, 14 S. 65 flg.

Hausvater. Ist der Hausvater in einer kommunalen Armenanstalt ein Beamter? **19**, 255; **24**, 83.

Hazardspiel. S. St.G.B. §§ 284—286, § 284, § 285 S. 212 flg.; § 360[14] S. 268.

Hebamme. 1) Gehören die Hebammen zu den approbierten Medizinalpersonen im Sinne des St.G.B.'s § 277? **10**, 340. — 2) Dürfen Frauenspersonen die Geburtshülfe nur nach Ablegung der in der Gew.O. § 30 bezeichneten Prüfung gewerbsmäßig ausüben? Sind auch Hebammen, welche die Geburtshülfe ohne diese Prüfung ausüben, gemäß St.G.B. § 222 Abs. 2 kraft ihres Gewerbes zur Aufmerksamkeit besonders verpflichtet? **15**, 181. — 3) Ist ein von einer Hebamme bei der Gebärenden zur Erleichterung des Geburtsaktes vorgenommener Einschnitt vorsätzliche Körperverletzung? Kann das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit aus der Feststellung abgeleitet werden, sie habe mit Bewußtsein den Vorschriften des Hebammenlehrbuchs zuwider gehandelt? **25**, 227. — 4) Sind die Vorschriften, welche in Preußen in der Ministerialanweisung für Hebammen vom 22. November 1888 ergangen sind, Absperrungs- und Aufsichtsmaßregeln zur Verhütung der ansteckenden Krankheit des Kindbettfiebers? **25**, 201. — 5) Liegt die Übertretung einer Amts-, Berufs- oder Gewerbspflicht vor, wenn eine Hebamme ein 10 Monate altes Kind behandelt (eine Tätigkeit, die durch bindende Instruktion von ihrem Beruf ausgeschlossen ist)? **5**, 75.

Hehlerei und **Partiererei.** 1) S. St.G.B. §§ 258—261 S. 169 flg. — 2) Darf gemäß St.P.O. § 111 die bei dem Hehler beschlagnahmte gestohlene Sache unmittelbar an den Bestohlenen zurückgegeben werden? **19**, 98.

Heildiener. Ist „Heildiener" ein arztähnlicher Titel? **1**, 127.

Heilkunde. Ist „praktischer Vertreter der arzneilosen Heilkunde" ein arztähnlicher Titel? **27**, 335.

Heilzwecke. Was versteht das Branntweinsteuergesetz vom $\frac{24/6\ 87}{16/6\ 95}$ § 1 unter der „Verwendung von Branntwein zu Heilzwecken"? **30**, 101.

Heiratsregister. 1) Intellektuelle Urkundenfälschung durch Bewirkung falscher Eintragungen im Heiratsregister. S. St.G.B. § 271 Nr. 11, 13, 16, 17, 21, 22 S. 204 flg. — Führung des Heiratsregisters. S. Gesetz vom 6/2 75 §§ 41—55 S. 500

Herausforderung zum Zweikampf. S. St.G.B. §§ 201—204 S. 127 flg.

Herbeigeschaffte Beweismittel. S. St.P.O. § 244 Nr. 1—18 S. 340 flg.

Hessen-Darmstadt. S. syst. Reg. S. 572 flg. Vgl. auch das Gesetzesverzeichnis.

Hessen-Kassel. Vgl. das Gesetzesverzeichnis (Preußen).

Hilfsfrage. Stellung von Hilfsfragen an die Geschworenen. S. St.P.O § 294 S. 379, § 296 Nr. 2, 4, 7—10 S. 380 flg.

Hilfskassen, eingeschriebene. Was versteht das Reichsgesetz vom $\frac{7/4\ 76}{1/6\ 84}$ § 34 unter „absichtlichem Handeln zum Nachteil" der eingeschriebenen Hilfskassen durch die Vorstandsmitglieder? Ist das Vergehen noch möglich, nachdem die Auflösung der eingeschriebenen Hilfskassen beschlossen ist? **14**, 401.

Hilfsrichter. Zulässigkeit der Mitwirkung von Hilfsrichtern. S. G.V.G. § 69 S. 426 flg.

Hingabe an Zahlungsstatt. 1) Gläubigerbegünstigung durch Hingabe an Zahlungsstatt. **6**, 149. — 2) Ist die Hingabe an Zahlungsstatt als Anschaffungsgeschäft stempelpflichtig? **20**, 50.

Hinterziehung von Steuern und Zöllen. S. Steuerdelikte und Zolldelikte.

Hinweisung auf die Veränderung des rechtlichen Gesichtspunktes. S. St.P.O. § 264 S. 359.

Hoch- und Landesverrat. S. St.G.B. §§ 80—92 S. 53 flg.

Hofbeamte. Sind sie Beamte im Sinne des St.G.B.'s? **21**, 381.

Holzdiebstahl. S. Forstdiebstahl.

Homöopath. Ist „Homöopath" ein arztähnlicher Titel? **15**, 170. Vgl. auch **31**, 164.

Hülfsfrage rc. S. Hilfsfrage rc.

Hund. Inwieweit ist der Jagdberechtigte zur Tötung fremder Hunde befugt? S. St.G.B. § 303 Nr. 9—13, 16 S. 233 flg.

Hundefänger. Ist ein Hundefänger Beamter? Ist er zur Beschlagnahme der Hunde befugt? **22**, 364; **30**, 29.

Hydra- oder Schneeballgeschäfte. Strafbarkeit als Ausspielung. Stempelpflicht. Unlauterer Wettbewerb. **34**, 140, 321, 390, 403.

Hypothekenforderung. Ist bei der Pfändung einer Hypothekenforderung die Hypothekenurkunde mit Beschlag belegt? **7**, 360; **24**, 161.

Hypothekenschätzer. Ist die schriftliche Erklärung eines Hypothekenschätzers in Bayern eine beweiserhebliche Urkunde? **13**, 112.

J

Idealkonkurrenz. S. St.G.B. § 73 S. 46 flg.

Identität. 1) Identität der Tat. S. St.P.O. Buch II, Abschnitt 1 „ne bis in idem" Nr. 17—55 S. 319 flg., § 263 Nr. 5—25 S. 357 flg., Anhang zu Buch I, Abschnitt 9 „Auslieferung" S. 312 flg. — 2) Identität der Behörde beim Widerruf eines Meineids oder Falscheids. S. St.G.B. § 163 Nr. 26—31 S. 93 flg.

Illaten und Invekten. Pfandrecht oder Zurückbehaltungsrecht des Vermieters an den Illaten und Invekten des Mieters. S. St.G.B. § 289 Nr. 2—30, 33, 35—42, 45—48, 50—52 S. 220 flg.

Digitized by Google

Immunität. 1) Der Reichstagsabgeordneten. S. Verfassung vom 16/4 71 Art. 31 S. 476 flg. — 2) Fremder Konsuln. **17**, 51.
Impfliste und Impfschein. 1) Sind sie öffentliche Urkunden (Register)? **28**, 332. — 2) Ist der Impfschein ein Zeugnis über den Gesundheitszustand gemäß St.G.B. § 278? **24**, 284.
Indebitum. Wann kann in der stillschweigenden Annahme eines Indebitum ein Betrug liegen? **1**, 314; **25**, 95.
Indigenat. S. Gesetz vom 1/6 70 S. 470.
Indossament. Urkundenfälschung durch fälschliche Herstellung eines Blankoindossaments. **24**, 192.
Inhaberpapier. 1) Stempelpflicht der Inhaberpapiere mit Prämien. S. Gesetz vom 8/6 71 S. 477. — 2) Beseitigung des Außerkurssetzungsvermerks auf einem Inhaberpapier als Urkundenfälschung. **20**, 6. — 3) Unbefugte Ausgabe von Inhaberpapieren (St.G.B. § 145a). **33**, 329.
Inhabilität des Richters. S. St.P.O. §§ 22, 23 S. 290 flg., § 32 S. 295. Vgl. auch Assessor.
Inkassobureau. Inwieweit gewährt St.G.B. § 193 einem Inkassobureau Schutz gegen Bestrafung wegen Nötigung durch Androhung einer Beleidigung. **6**, 406; **10**, 361.
Inklave. Begriff im Sinne des bayerischen Jagdausübungsgesetzes vom 30/3 50. **18**, 265.
Inkompetenzerklärung des Gerichts. S. St.P.O. § 270 S. 367 flg.
Inland. Wann ist eine strafbare Handlung im Inland, wann im Ausland begangen? S. St.G.B. §§ 3, 4 S. 6 flg.
Instruktionen. Sind die den Beamten für den Dienst gegebenen Instruktionen Rechtsnormen im Sinne der St.P.O. § 376? **1**, 125.
Intellektuelle Urkundenfälschung. S. St.G.B. §§ 271, 272 S. 203 flg.
Interesse. 1) Wahrnehmung berechtigter Interessen bei der Beleidigung. S. St.G.B. § 193 S. 118 flg. — 2) Was sind bei der Sendung an eine Militärperson „ausschließliche gewerbliche Interessen des Absenders", deren Vorliegen die Portofreiheit aufhebt? **28**, 327; **35**, 410.
Invaliditäts- und Altersversicherung. S. Gesetz vom 22/6 89 S. 543.
Invekten und Illaten. S. Illaten.
Inventar. 1) Beschlagnahme des Inventars eines Grundstücks. S. St.G.B. § 137 Nr. 26—31 S. 81. — 2) Wie ist ein Arrest in das Inventar eines Gutes zu vollziehen? **6**, 227. — 3) Eigentum an den Ersatzstücken des unter einer Taxe mit der Verpflichtung dereinstiger Rückgewähr übergebenen Inventars eines Gutes nach Pr.A.L.R. **7**, 41. — 4) Stempelpflicht der Inventarien in Preußen. **1**, 419.
Inverkehrbringen. Begriff. S. Patentgesetz vom 25/5 77 § 34 Nr. 4, 5 S. 510 flg.; Nahrungsmittelgesetz vom 14/5 79 § 10 Nr. 53, 54 S. 520, § 12 Nr. 8—15, 20 S. 521 flg.; Gesetz, betr. den Verkehr mit Handfeuerwaffen, vom 19/5 91 Nr. 1—3 S. 544.
Irrenanstalt. Unterbringung des Angeklagten in einer Irrenanstalt zwecks Untersuchung seines Geisteszustandes. S. St.P.O. § 81 S. 308 flg.

Irrtum. 1) Irrtum als Schuldausschließungsgrund. S. St.G.B. § 59 Nr. 1—20, 25—28 S. 31 flg., Gesetz vom 11/6 70 §§ 18—20 Nr. 3—6 S. 473. Bezüglich Irrtums über einzelne Tatbestandsmerkmale s. auch die einzelnen Delikte im syst. Reg. — 2) Erregung und Unterhaltung eines Irrtums als Tatbestandsmerkmal beim Betrug. S. St.G.B. § 263 Nr. 25—55 S. 176 flg.

Italien. Auslieferung. S. Vertrag vom 31/10 71 S. 481.

Jagdaufseher (Forstaufseher). 1) Begriff. S. St.G.B. § 117 Nr. 7—10 S. 65. — 2) Dienstkreis; rechtmäßige Rechtsausübung. S. St.G.B. § 117 Nr. 19—30 S. 66 flg.

Jagdbeamter (Forstbeamter). 1) Begriff. S. St.G.B. § 117 Nr. 2—4 S. 64 flg., § 359 Nr. 28 S. 265. — 2) Dienstkreis; rechtmäßige Amtsausübung. S. St.G.B. § 117 Nr. 11—18 S. 65 flg.

Jagdberechtigter (Forstberechtigter). 1) Begriff. S. St.G.B. § 117, Nr. 5, 6 S. 65. — 2) Was ist rechtmäßige Rechtsausübung des Jagdberechtigten? S. St.G.B. § 117 Nr. 19—30 S. 66 flg. — 3) Inwieweit ist der Jagdberechtigte zur Tötung fremder Hunde befugt? S. St.G.B. § 303 Nr. 9—13, 16 S. 233 flg.

Jagddelikte. S. St.G.B. §§ 292—294 S. 225 flg., § 368[10] S. 273; bayerisches Gesetz vom 30/3 50 S. 562; hessisches Gesetz vom 26/7 48 S. 572; preußisches Gesetz vom 7/3 50, S. 585 flg.

Jagdgerätschaften. 1) Einziehung der Jagdgerätschaften, welche bei einem Jagdvergehen benutzt worden sind. S. St.G.B. § 295 S. 228 flg. — 2) Ist Einziehung von Jagdgerätschaften lediglich deshalb zulässig, weil feststeht, daß sie demnächst zu Jagdvergehen würden benutzt werden? **27**, 243.

Jahresbilanzen der Aktiengesellschaften. S. H.G.B. vom 5/6 69 mit Novellen. Art. 239b S. 441.

Jahrmarkt. Ist der Verkauf geistiger Getränke auf einem Jahrmarkt ohne Genehmigung der Ortspolizeibehörde ein stehender Schankgewerbebetrieb und als solcher zu bestrafen? **1**, 102.

Juden. 1) S. preußisches Gesetz vom 23/7 47 S. 584. — 2) Ist das Judentum in Preußen eine anerkannte Religionsgesellschaft? **6**, 77.

Jugendliche Arbeiter. 1) Im allgemeinen. S. Gew.O. vom 21/6 69 § 136 S. 453. — 2) Bei Anfertigung von Zündhölzern. **17**, 349.

Jugendliches Alter. S. „Alter".

Juristische Personen. Strafrechtliche Verantwortlichkeit. S. St.G.B. §§ 51—72 Nr. 2, 3 S. 27.

K

Kaffee, Verfälschung. S. Reichsgesetz vom 14/5 79 § 10 Nr. 23, 24 S. 517.

Kaninchen. Ist das Kaninchen ein jagdbares Tier? S. St.G.B. § 292 Nr. 35—37 S. 227.

Kanzel. Kann in beschimpfenden Äußerungen gegen die Kanzel einer Kirche der Tatbestand des St.G.B.'s § 166 gefunden werden? **26**, 39.

Kapitalrentensteuer. S. badisches Gesetz vom 29/6 74 S. 560; bayerisches

Gesetz vom 19/5 81 S. 566; württembergisches Gesetz vom 19/9 52 S. 607.

Karfreitag. Ist der Karfreitag in Bayern und speziell in der Rheinpfalz ein allgemeiner Feiertag? **4**, 240; **24**, 268.

Kartellträger. Strafbarkeit des Kartellträgers. S. St.G.B. §§ 203, 204, 209 S. 128.

Kartoffeln. Können rohe Kartoffeln, die zur Aussaat bestimmt sind, Gegenstand eines Mundraubs sein? **1**, 223.

Kassenbeamter. 1) Wann ist der Angestellte einer Kasse Beamter? S. St.G.B. § 359 Nr. 33, 34, 36 S. 265. — 2) Erhebung unberechtigter Steuern, Gebühren und anderer Abgaben in die eigene Tasche des Kassenbeamten. S. St.G.B. § 353 S. 262.

Kassenrevisionsprotokoll. Ist ein von einem Bürgermeister in Baden aufgenommenes Kassenrevisionsprotokoll eine öffentliche Urkunde? **5**, 246; **10**, 36.

Kauffahrteischiff. Voraussetzung des Rechtes zur Führung der deutschen Flagge; Art der Eintragung ins Schiffsregister. **7**, 65.

Kaufgeschäft. Stempelpflicht. 1) Nach Reichsrecht. S. Gesetz vom 1/7 81 Tarifpos. II Nr. 2—9 S. 529; vom 1/7 81 / 29/5 85 Tarifpos. II S. 531; vom 1/7 81 / 27/4 94 Tarif Nr. 4 S. 532. — 2) In Preußen. S. preußisches Gesetz vom 7/3 22 Tarif unter „Kaufverträge" S. 579 flg.

Kaufmann. Wer ist ein Kaufmann, insbesondere ein zur Führung von Handelsbüchern verpflichteter Vollkaufmann? S. K.O. von 1877 § 210 Nr. 16—44 S. 278 flg.; von 1898 § 240 Nr. 4, 5 S. 286.

Kaufmannschaft von Berlin. Sind die Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin eine Behörde, deren Zeugnisse in der Hauptverhandlung verlesen werden dürfen? **11**, 132.

Kaufvertrag. S. Kaufgeschäft.

Kausalität. S. St.G.B. §§ 47—50 Nr. 1—18 S. 16 flg.

Kaution. Ist nach gemeinem Recht die in barem Geld bestellte Kaution für den Kautionsnehmer eine fremde Sache, an der er eine Unterschlagung begehen kann? **22**, 354.

Kautionspflicht der Presse in Elsaß-Lothringen. S. französisches Gesetz vom 16/7 50; vom 17/2 52 S. 570.

Kenntnis von der Handlung und von der Person des Täters, als Beginn der Antragsfrist. Was ist darunter zu verstehen? S. St.G.B. § 61 Nr. 21—31 S. 37.

Kerkerregister (Gefangenenregister, -buch, -verzeichnis) als öffentliche Urkunde. S. St.G.B. § 271 Nr. 25—32 S. 205 flg.

Kinder. 1) Recht der Eltern zur Stellung des Strafantrags bei Verletzung der Kinder. S. St.G.B. § 65 Nr. 1, 3, 7—11 S. 41. — 2) Verkuppelung der Kinder durch die Eltern. S. St.G.B. § 181 Nr. 4—12 S. 109 flg. — 3) Strafrechtliche Verantwortlichkeit der Kinder. S. St.G.B. §§ 55—57 S. 29 flg. — 4) Unrichtige Anerkennung der Vaterschaft eines unehelichen Kindes als Unterdrückung des Personenstandes oder intellektuelle Urkundenfälschung. S. St.G.B.

§ 169 Nr. 3, 4, 9 S. 101, § 271 Nr. 14, 15, 47 S. 204 flg. — 5) Vornahme unzüchtiger Handlungen mit Kindern unter 14 Jahren. S. St.G.B. § 176³ Nr. 8—17 S. 106 flg. — 6) Vornahme unzüchtiger Handlungen von seiten der Adoptiv- und Pflegeeltern mit ihren Kindern. S. St.G.B. § 174¹ Nr. 5—10 S. 104. — Ist die Verleitung eines strafunmündigen Kindes zu einer objektiv strafbaren Handlung als Anstiftung oder als Täterschaft zu bestrafen? **6**, 186, 336; **25**, 397.

Kindesabtreibung. S. St.G.B. §§ 218—220 S. 130 flg.

Kindesaussetzung. S. St.G.B. § 221 S. 132.

Kindesmord, Kindestötung. S. St.G.B. § 217 S. 130.

Kindesraub. S. St.G.B. § 235 S. 141.

Kirche. Beschimpfung einer Kirche. S. St.G.B. § 166 Nr. 13, 14, 19, 25 S. 98 flg.

Kirchenbücher. Sind die Kirchenbücher im Gebiet des Pr.A.L.R. noch jetzt öffentliche Urkunden? **22**, 118.

Kirchengesetze in Preußen. S. preußisches Gesetz vom 11/5 73 S. 593; vom 20/5 74 S. 594.

Kirchenkassen. Sind die Angestellten an Kirchenkassen Beamte? S. St.G.B. § 359 Nr. 34, 36 S. 265.

Kirchhof. Grabschändung auf dem Kirchhof. S. St.G.B. § 168 S. 100.

Kirchliche Einrichtungen und Gebräuche. Beschimpfung. S. St.G.B. § 166 Nr. 14—26 S. 98 flg.

Klage, öffentliche, und deren Vorbereitung. S. St.P.O. §§ 151—170 S. 323 flg., §§ 416, 417 S. 410 flg.

Klassen der Bevölkerung. Anreizung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander. S. St.G.B. § 130 Nr. 7—10 S. 74 flg.

Klassen- und Einkommensteuer. S. preußisches Gesetz vom 1/5 51. S. 588.

Kleidungsstück. 1) Kann Freiheitsberaubung durch Wegnahme der Kleidungsstücke begangen werden? **6**, 231. — 2) Begriff „gebrauchte Kleidungsstücke" im Sinne des Zolltarifgesetzes vom 15/7 79 § 5 Nr. 2. **12**, 342. — 3) Kann ein aus gestohlenem Stoffe hergestelltes Kleidungsstück Gegenstand der Partiererei (St.G.B. § 259) sein? **25**, 402.

Kleie. Unterschied von Kleie und Mehl im Sinne des Zolltarifgesetzes vom $\frac{15/7\ 79}{21/5\ 85}$ Tarifsatz 25 q 2. **26**, 86.

Kleingewerbe. Gewerbe der Minderkaufleute. S. K.O. von 1877 § 210 Nr. 16, 17, 24 flg. S. 278 flg., K.O. von 1898 § 240 Nr. 4, 5 S. 286.

Koalitionsfreiheit der Arbeiter. 1) S. Gewerbeordnung vom 21/6 69 §§ 152, 153 S. 456. — 2) Kann die öffentliche Aufforderung zum Bruch des Arbeitsverhältnisses nach St.G.B. § 110 strafbar sein? **20**, 63, 150; **21**, 299, 304.

Kochherd. Kann ein erhitzter Kochherd als gefährliches Werkzeug betrachtet werden? **24**, 372.

Kohlen. Ist in Preußen das unberechtigie Einsammeln und Mitnehmen von Kohle aus der Halde eines im Betrieb befindlichen Bergwerks als

Digitized by Google

unbefugte Aneignung anstehender Mineralien, oder als Diebstahl zu strafen? **18**, 188.

Kollektieren, verbotenes. **18**, 58.

Kollektivbeleidigung. S. St.G.B. §§ 185—200 Nr. 2—6 S. 113 flg.

Kollektivbezeichnung als Unterschrift unter einer Privaturkunde. **35**, 94.

Kollektivdelikte (gewerbs- und gewohnheitsmäßige Delikte). S. St.G.B. § 73 Nr. 58 flg. S. 50; St.P.O. Buch II Abschnitt 1 „ne bis in idem" Nr. 35—44 S. 320 flg.

Kombinationspatent. S. Patentgesetz vom 7/4 91 § 4 S. 511.

Kommanditgesellschaft. 1) Kann der persönlich haftende Gesellschafter einer Kommanditgesellschaft an den der Kommanditgesellschaft gehörigen Geldern Unterschlagung begehen? **18**, 123. — 2) Kann der persönlich haftende Gesellschafter einer Kommanditgesellschaft auf Aktien eine Unterschlagung durch Aneignung zu gunsten der Kommanditgesellschaft begehen? **34**, 374. — 3) Kann der persönlich haftende Gesellschafter einer Kommanditgesellschaft auf Aktien aus § 210 K.O. von 1877 verantwortlich gemacht werden? **34**, 374. — 4) Im übrigen s. Aktiengesellschaft.

Kommissarische Vernehmung. 1) Kommissarische Vernehmung von Zeugen, Sachverständigen (und Mitbeschuldigten). S. St.P.O. §§ 222, 223 S. 330 flg., § 250 Nr. 12—23 S. 346 flg. — 2) Kommissarische Vernehmung des Angeklagten. S. St.P.O. § 232 Nr. 11—13 S. 333 flg.

Kommissionär. 1) Unter welchen Voraussetzungen sind Wertpapiere, welche ein (Einkaufs-) Kommissionär auf eigenen Namen bei einem Dritten für den Kommittenten angekauft und bei dem Verkäufer liegen hatte, für ihn fremde Sachen, welche er im Gewahrsam hatte? **13**, 178. — 2) Bedeutung des gesetzlichen Selbsteintrittsrechts des (Verkaufs-) Kommissionärs für den Tatbestand der Unterschlagung. **34**, 374. — 3) Bedeutung der Bestimmung im A.D.H.G.B. Art. 368 Abs. 2 für die Frage, ob der Kommissionär durch Verfügung über die Forderung aus einem für den Kommittenten abgeschlossenen Geschäfte eine Untreue begehen kann. **20**, 358. — 4) Stempelpflicht des von einem Kommissionär geschlossenen Geschäfts. Wann liegt ein solches vor? **20**, 364. — 5) Stempelpflicht eines Briefs, der die zwischen dem Kommissionär und Kommittenten über eine Verkaufskommission gewechselten Telegramme zusammenfaßt. **11**, 339.

Kommunalabgaben. S. preußisches Gesetz vom 14/7 93 S. 603.

Kommunalbeamter. S. preußisches Gesetz vom 30/7 99 S. 605.

Kompensation von Beleidigungen und leichten Körperverletzungen. S. St.G.B. § 199 S. 126 und § 233 S. 141.

Komplott. 1) Komplott beim Diebstahl. Begriff. **9**, 296; **16**, 173; **25**, 421. — 2) Komplott bei den Zolldelikten. S. V.Z.G. vom 1/7 69 § 146 S. 465.

Konfiskation. S. St.G.B. §§ 40—42 S. 11 flg., § 295 S. 228, § 335 S. 247; V.Z.G. vom 1/7 69 § 135 Nr. 24—27 S. 462 flg., §§ 154—156 S. 468; Gesetz vom 11/6 70 §§ 21, 35, 36 S. 474 flg.;

Digitized by Google

vom 14/5 79 § 15 S. 523; vom 19/5 91 Nr. 5 S. 544; St.P.O §§ 477—479 S. 419 flg.

Konkubinat. Sind die landesgesetzlichen Bestimmungen, welche das Konkubinat mit Strafe bedrohen, neben dem St.G.B. gültig? **33**, 273.

Konkurrenz strafbarer Handlungen. S. St.G.B. §§ 73—79 S. 46 flg.

Konkurs. 1) S. K.O. von 1877 und 1898 S. 276 flg. — 2) Bruch der Beschlagnahme im Konkurs. S. St.G.B. § 137 Nr. 23—25 S. 80 flg. — 3) Werden dem Gemeinschuldner durch die Eröffnung des Konkurses strafrechtliche Befugnisse, insbesondere das Recht, auf Grund von St.G.B. § 288 Strafantrag zu stellen, entzogen? **23**, 221.

Konkursverwalter. 1) Ist der Konkursverwalter Beamter? **19**, 85. — 2) Ist der Konkursverwalter als Bevollmächtigter des Gemeinschuldners im Sinne des St.G.B.'s § 266 Nr. 2 anzusehen? **26**, 106. — 3) Ist der Konkursverwalter berechtigt, wegen eines die Konkursmasse verkürzenden Vergehens gegen § 288 St.G.B.'s Strafantrag zu stellen? **33**, 433; **35**, 149.

Konnexität mehrerer Strafsachen. S. St.P.O. §§ 2—5, 13 S. 288 flg.

Konstatierungen. Inwieweit kann die Verlesung von Beweisurkunden durch Konstatierungen des Vorsitzenden daraus ersetzt werden? S. St.P.O. § 248 Nr. 2, 3 S. 343.

Konsuln. Immunität fremder Konsuln. **17**, 51.

Konsulargerichtsbarkeit. S. Gesetz vom 10/7 79 S. 523.

Konsumtion der Strafklage. S. St.P.O. II. Buch 1. Abschnitt „ne bis in idem" und „Abolition" S. 317 flg.

Konsumverein. Dürfen Konsumvereine Branntwein an ihre Mitglieder verkaufen, ohne Konzession zum Kleinhandel mit Branntwein zu haben? **5**, 112.

Konterbande. S. Vereinszollgesetz vom 1/7 69 §§ 134, 136—164 S. 459 flg.

Kontobuch. Fälschung. S. St.G.B. § 267 Nr. 133 S. 198.

Kontrollversammlung. Sind Personen des Beurlaubtenstandes, welche zu einer Kontrollversammlung einberufen sind, den ganzen Tag, an dem die Kontrollversammlung stattfindet, auch nach deren Abschluß den Militärgesetzen unterworfen? Inwieweit sind für ein von ihnen an diesem Tage begangenes gemeines Delikt die Civilgerichte zuständig? **12**, 319; **14**, 328.

Konventionalstrafe. Ist die im Eisenbahnbetriebsreglement vom 11/5 74 § 50 Nr. 4 angedrohte Konventionalstrafe eine öffentliche Strafe, welche die Betrugsstrafe ausschließt? **15**, 266.

Körperverletzung. 1) S. St.G.B. §§ 223—233 S. 134 flg. — 2) Körperverletzung im Amt. S. St.G.B. § 340 S. 248 flg. — 3) Körperverletzung als Qualifikationsgrund beim Widerstand gegen die Staatsgewalt. S. St.G.B. § 118 S. 68.

Kosten. 1) Kosten des Verfahrens im allgemeinen. S. St.P.O. §§ 496 bis 505 S. 421 flg.; Gesetz vom 18/6 78 S. 513. — 2) Im Wiederaufnahmeverfahren. S. St.P.O. § 413 Nr. 6 S. 409. — 3) Bei der

Nebenklage. S. St.P.O. § 437 Nr. 6—8 S. 413. — 4) Im objektiven Verfahren. S. St.P.O. § 478 Nr. 6 S. 420. — 5) Wann entsteht der Anspruch des Fiskus bezw. des Privatklägers auf Zahlung der Kosten? Kann die Vereitelung der Zwangsvollstreckung wegen der Kosten aus einem bevorstehenden Strafurteil das Vergehen des St.G.B.'s § 288 sein? **13**, 138; **32**, 298 — 6) Ist die Rechtshülfe abgelehnt, wenn das ersuchte Gericht lediglich die Tragung der Kosten verweigert? Hat das Gericht, welches nur um Entgegennahme und Beförderung eines schriftlichen Gutachtens ersucht worden ist, die durch Abgabe des Gutachtens entstehenden Kosten zu tragen? **24**, 1. — 7) Was versteht das Preßgesetz vom 7. Mai 1874 in § 16 unter „Kosten"? **26**, 91. — 8) Unnötige Anhäufung von Kosten. S. St.G.B. § 352 Nr. 5 S. 261.

Krammetsvogel. Ist der Krammetsvogel ein jagdbares Tier? S. St.G.B. § 292 Nr. 38, 39 S. 227.

Krankenversicherung. S. Gesetz vom 15/6 83 S. 534.

Krankenwärter. 1) Ist der Krankenwärter in einer Gefangenanstalt, in der sich in Untersuchungshaft befindliche Personen aufhalten, mit der Beaufsichtigung von Gefangenen beauftragt im Sinne des St.G.B.'s § 121? **19**, 330. — 2) Ist der Krankenwärter in einer provinzialständischen Irrenanstalt eine Medizinalperson oder Beamter im Sinne des St.G.B.'s § 174? **31**, 246.

Krankheit. 1) Kann starke Angetrunkenheit als Krankheit im Sinne des St.G.B.'s § 221 aufgefaßt werden? **5**, 393. — 2) Verletzung von Vorschriften, die zur Verhütung des Einführens oder Verbreitens einer ansteckenden Krankheit erlassen sind. S. St.G.B. § 327. S. 242.

Krebsen und Fischen, unbefugtes. S. St.G.B. § 296 S. 229, § 370[4] S. 274.

Kreditbetrug. S. St.G.B. § 263 Nr. 25, 27, 31, 32, 35 S. 176.

Kreisarzt in Preußen. Gültigkeit von vorläufigen Anordnungen. **35**, 430.

Kreisausschuß. Ist der Kreisausschuß in Preußen befugt, Strafantrag wegen Beleidigung des Amtsvorstehers zu stellen? **4**, 220.

Kreisphysikus in Preußen. 1) Ist der Kreisphysikus zur Erstattung ärztlicher Gutachten auf den allgemeinen Diensteid berechtigt? **3**, 321. — 2) Ist der Kreisphysikus befugt, Absperrungs- und Aufsichtsmaßregeln gegen ansteckende Krankheiten anzuordnen? **24**, 436. — 3) Ist der Kreisphysikus berechtigt, bei Revisionen in Drogenhandlungen Waren, deren Feilhaltung dort nicht gestattet ist, ohne Zuziehung der Polizei mit Beschlag zu belegen? **33**, 171.

Kreissynode. Sind die Kreissynoden in Altpreußen als Behörden und die Konsistorien als deren Vorgesetzte im Sinne des St.G.B.'s § 196 aufzufassen? **23**, 202.

Kreiswundarzt. 1) Ist der Kreiswundarzt in Anhalt zur Erstattung ärztlicher Gutachten auf den allgemeinen Diensteid berechtigt? **4**, 388. — 2) Desgleichen in Preußen? **8**, 357.

Kriegsminister in Preußen. 1) Ist er amtlicher Vorgesetzter der dem preußischen stehenden Heere angehörigen Personen im Sinne des St.G.B.'s § 196? **15**, 75. — 2) Ist er strafantragsberechtigt wegen

einer Beleidigung, die sich gegen einen verabschiedeten Offizier in Bezug auf seinen früheren Beruf richtet? **27**, 193. — 3) Ist er strafantragsberechtigt wegen Beleidigung des deutschen ostasiatischen Expeditionskorps? **35**, 227.

Kümmelblättchen. Ist Kümmelblättchen ein Glücksspiel? Wann ist es begonnen? **1**, 118.

Kundgebung. 1) Kundgebung des Geschworenenspruches. S. St.P.O. § 308 S. 385. — 2) Was sind „ähnliche Kundgebungen“ im Sinne des Patentgesetzes vom $\frac{25/5\ 77}{7/4\ 91}$ § 40? **25**, 78. — 3) Was ist Kundgebung der Anklageschrift im Sinne des Preßgesetzes vom 7/5 74? **28**, 411.

Kundschaft als Vermögenswert. Entziehung der Kundschaft als Vermögensbeschädigung. **6**, 75; **26**, 227.

Künste, bildende. Urheberrecht von Werken der bildenden Künste. S. Gesetz vom 9/1 76 S. 501.

Kunstwein. 1) Gehört Kunstwein zu den „weinähnlichen Getränken“ im Sinne des Reichsgesetzes vom 20. April 1892 § 1? **27**, 8. — 2) Ist Herstellung von Kunstwein entgegen den gesetzlichen Bestimmungen auch dann strafbar, wenn die Beschaffenheit beim Verkaufe bekannt gegeben wird? **34**, 230.

Kuppelei. S. St.G.B. §§ 180, 181 S. 107 flg.

Kurator. S. St.G.B. § 266[1] Nr. 15 flg. S. 186.

Kurhessen. Vgl. das Gesetzesverzeichnis (Preußen).

L

Ladengehülfe. Begeht ein Ladengehülfe durch Zueignung von im Laden befindlichen Gegenständen Diebstahl oder Unterschlagung? S. St.G.B. § 242 Nr. 28–30 S. 147.

Ladung. 1) Ist die vom Gerichte oder dem Gerichtsvorsitzenden anstatt der Staatsanwaltschaft ausgefertigte Ladung des Angeklagten zur Hauptverhandlung eine öffentliche Urkunde? **18**, 76. — 2) Ladung zur Hauptverhandlung. S. St.P.O. §§ 213, 217 S. 329. — 3) Öffentliche Ladung des Angeklagten zur Hauptverhandlung. S. St.P.O. § 473 S. 418 flg.

Lähmung. Begriff in § 224 St.G.B.'s. **6**, 4, 65; **21**, 223.

Landesgesetz, allgemeines. Was bedeutet „allgemeines Landesgesetz“ in § 2 des preußischen Patentes vom 15. November 1816 wegen Einführung des Allgemeinen Landrechts in den ehemals sächsischen Provinzen? **8**, 378; **11**, 192.

Landesgrenze. Staatshoheit über Gewässer, welche die Landesgrenze bilden, und die darüber führenden Brücken. **9**, 370.

Landesherr. 1) Beleidigung des Landesherrn. S. St.G.B. §§ 95—97 S. 54 flg. — 2) Kann ein deutscher Landesherr noch wirksam Abolition verfügen, nachdem die Strafsache zur Kognition des Reichsgerichts gelangt ist? **33**, 204 (vgl. **28**, 419).

Landesrecht. Gültigkeit neben dem Reichsrechte. S. E.G.St.G.B. §§ 2—6 S. 3 flg., E.G.St.P.O. § 6 S. 287.
Landesverrat. S. St.G.B. §§ 80—92 S. 53 flg.
Landesverweisung. 1) Welche Behörde ist zur Landesverweisung eines Ausländers befugt? **12**, 154. — 2) Wirkung der Landesverweisung eines Deutschen aus dem Gebiete eines Bundesstaats auf Grund des Freizügigkeitsgesetzes § 3. **6**, 378.
Landfriedensbruch. S. St.G.B. § 125 S. 73.
Landgericht. 1) S. G.V.G. §§ 59—78 S. 425 flg. — 2) Kann die Strafkammer Sitzungen außerhalb des Sitzes des Landgerichts, aber innerhalb des Landgerichts-Bezirks abhalten? **11**, 352; **22**, 396.
Landgerichtspräsident. 1) Ist in Preußen der Landgerichtspräsident zur Stellung des Strafantrags wegen Beleidigung eines zu seinem Bezirk gehörigen Schöffengerichts befugt? **19**, 260. — 2) Desgleichen in Hessen wegen Beleidigung eines Amtsrichters? **24**, 340.
Landrat in Preußen. 1) Wer ist Vorgesetzter des Landrats im Sinne des St.G.B.'s § 196? **21**, 430. — 2) Ist der Landrat oder der Kreisausschuß Vorgesetzter des Amtsvorstehers im Sinne des St.G.B.'s § 196? **4**, 220. — 3) Ist der Landrat, der Amtsvorsteher oder der Kreisphysikus zuständig, Absperrungsmaßregeln gegen ansteckende Krankheiten zu erlassen? **24**, 436. — 4) Ist der Landrat zuständig, Ausnahmen von den Verboten der Gewerbeordnung §§ 55a, 56c zuzulassen? **27**, 31. — 5) Sind die Büreaugehülfen des Landrats Beamte? **28**, 239.
Landstreicherei. S. St.G.B. § 361^{3} S. 269.
Landtagsverhandlungen. Wahrheitsgetreue Berichte über Landtagsverhandlungen. **15**, 32; **18**, 207.
Landwirtschaft. Inwieweit findet die Gewerbeordnung auf ein landwirtschaftliches Nebengewerbe, insbesondere eine Flachsschwingerei Anwendung? **18**, 371.
Landwirtschaftliche Erzeugnisse. Inbrandsetzen eines Vorrats landwirtschaftlicher Erzeugnisse. S. St.G.B. § 308 Nr. 3—5 S. 236.
Lärm, ruhestörender. S. St.G.B. § 360^{11} S. 267 flg.
Leben. Verbrechen und Vergehen gegen das Leben. S. St.G.B. §§ 211—222 S. 129 flg.
Lebensalter. Berechnung der im Strafrechte erheblichen Abschnitte. **35**, 37.
Lebensfähigkeit. Ist Lebensfähigkeit Voraussetzung für den Tatbestand der (fahrlässigen) Tötung? **2**, 404.
Lebensgefährliche Behandlung als Qualifikationsgrund der Körperverletzung. S. St.G.B. § 223a Nr. 8—10 S. 136.
Lebensmittel. Begriff im Sinne der Gewerbeordnung § 115. **15**, 437; **20**, 217; **30**, 253.
Lebensunterhalt. Was versteht § 181a St.G.B.'s darunter? **35**, 92.
Legitimation durch nachfolgende Ehe. 1) Einwirkung der Legitimation auf die über das zu legitimierende Kind geführte Vormundschaft, insbesondere auf die Gültigkeit eines vom Vormund gestellten Strafantrags. **15**, 176. — 2) Personenstandsunterdrückung und intellektuelle

Urkundenfälschung durch Abgabe einer unrichtigen Legitimationserklärung vor dem Standesamt. **1**, 9.

Legitimationspapier. Fälschung zum Zwecke besseren Fortkommens S. St.G.B. § 363 S. 270 flg.

Lehrer. 1) Begriff „Lehrer und Erzieher". S. St.G.B. § 174[1] Nr. 11—15 S. 104 flg., § 247 Nr. 4 S. 162. — 2) Züchtigungsrecht des Lehrers. S. St.G.B. § 340 Nr. 5—20 S. 248 flg., § 223 Nr. 14, 15 S. 134. — 3) Ist in Altpreußen das Konsistorium befugt, Strafantrag zu stellen wegen Beleidigung des Lehrers einer evangelischen Sonntagsschule in Bezug auf seine Berufstätigkeit? **4**, 205.

Lehrling. 1) Sind die Lehrlinge als Zöglinge, ihre Prinzipale (Lehrherren ꝛc) als Erzieher anzusehen? S. St.G.B. § 174[1] Nr. 13—15 S. 104 flg., § 247 Nr. 4 S. 162. — 2) Was ist unter „Beschäftigung" von Fabriklehrlingen zu verstehen? **21**, 152. — 3) Ist der Handlungslehrling Lehrling im Sinne des St.G.B.'s § 247? **22**, 243. — 4) Vgl. auch H a n d l u n g s l e h r l i n g.

Leibesfrucht. Abtreibung der Leibesfrucht. S. St.G.B. §§ 218—220 S. 130 flg.

Leiche. 1) Beiseiteschaffen einer Leiche ohne Vorwissen der Behörde. **28**, 119. — 2) Kann in dem Herausnehmen einer Leiche aus der noch offenen Gruft, in der sie beigesetzt war, ein Vergehen gegen St.G.B. § 168 gefunden werden? **28**, 139.

Leichenschau und Leichenöffnung. 1) Darf das Protokoll über die Leichenöffnung im Gegensatz zu dem über die Leichenschau in der Hauptverhandlung verlesen werden? **2**, 153. — 2) Muß der Arzt, welcher sich in der Hauptverhandlung auch über seine tatsächlichen Wahrnehmungen ausläßt, neben dem Sachverständigeneid den Zeugeneid leisten? **2**, 389.

Leichtsinn. Was versteht St.G.B. § 302a unter Leichtsinn? **27**, 18.

Leitungsbeamter im Sinne des preußischen Berggesetzes vom 24/6 65 §§ 73 flg. **5**, 182.

Leumund. Verlesung von Zeugnissen über den Leumund des Angeklagten oder eines Zeugen in der Hauptverhandlung; sonstige Ermittlung des Leumunds. S. St.P.O. § 255 Nr. 12—15 S. 350.

Liegenschaftsveräußerungen. S. württembergisches Gesetz vom 23/6 53 S. 607.

Lippe. Vgl. das Gesetzesverzeichnis.

Liquidator. 1) Ist der Liquidator einer in Konkurs geratenen Genossenschaft als deren Bevollmächtigter im Sinne des St.G.B.'s § 266 Nr. 2 anzusehen? **19**, 184. — 2) Pflicht des Liquidators einer Genossenschaft zur Bilanzziehung. **35**, 137.

List. Was ist unter List im Sinne des St.G.B.'s §§ 234 flg. zu verstehen? **15**, 340; **17**, 90.

Lithophanien. Gehören Lithophanien der zeichnenden oder malenden, oder gehören sie der plastischen Kunst im Sinne des Gesetzes vom 9. Januar 1876 an? **18**, 321.

Lizenzsteuer in Elsaß-Lothringen. S. elsaß-lothringisches Gesetz vom 5/5 80 S. 571.

Lohnabzüge. Delikte durch Lohnabzüge auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes ohne Beobachtung der Vorschriften des Gesetzes. S. Gesetz vom $\frac{15/6\ 83}{10/4\ 92}$ §§ 81—82b S. 534.

Lohnauszahlung an die Arbeiter. S. Gesetz vom 21/6 69 §§ 115—119b S. 448 flg.

Lohnschreiber. 1) Ist der Lohnschreiber bei Gericht und Staatsanwaltschaft in Preußen Beamter? **5**, 337; **23**, 405. — 2) Desgleichen in der städtischen Verwaltung? **31**, 293.

Lotterie und Ausspielung. 1) Veranstaltung ohne obrigkeitliche Erlaubnis. S. St.G.B. §§ 284—286 S 212, § 286 S. 214. — 2) Spielen in auswärtigen Lotterien. S. preußisches Gesetz vom 29/7 85 S. 600 flg. — 3) Feilbieten geringerer als der genehmigten Anteile von Lotterielosen. S. hessisches Gesetz vom 11/4 96 S. 573. — 4) Ankündigung einer Lotterie in Elsaß-Lothringen. **21**, 3.

Lotterielos. 1) Stempelpflicht. S. Gesetz vom 1/7 81 §§ 12—16 S. 528, vom $\frac{1/7\ 81}{3/6\ 85}$ § 33 S. 530, Tarifposition III S. 531; vom $\frac{1/7\ 81}{27/4\ 94}$ §§ 22, 24, 26 S. 531, Tarif Nr. 5 S. 532. — 2) Unter welchen Voraussetzungen ist eine Unterschlagung an dem Gewinn möglich, der auf ein von mehreren gemeinschaftlich gespieltes Lotterielos entfallen und von einem der Mitspielenden eingezogen ist? **24**, 146. — 3) Findet § 7 des Gesetzes, betreffend die Abzahlungsgeschäfte, Anwendung, wenn bei Abschluß des Vertrags über eine Mehrheit von Losen die monatliche Lieferung je eines Loses und die monatliche Zahlung eines bestimmten Geldbetrages vereinbart wird? **30**, 165.

Lotto. Gehört das Lotto zu den Glücksspielen, oder fällt es unter den Begriff der Lotterie? **18**, 342.

Lübeck. Vgl. das Gesetzesverzeichnis.

Lustbarkeiten. Kann die Veranstaltung einer öffentlichen Ausspielung als „Darbieten von Lustbarkeiten" im Sinne der Gew.O. § 55 aufgefaßt werden? **14**, 89.

Luther. Kann in der Beschimpfung Luthers eine Beschimpfung der protestantischen Kirche gefunden werden? **9**, 158.

M

Magazin. Was ist unter Magazin im St.G.B § 308 zu verstehen? **13**, 407.

Magistrat. Ist in Altpreußen der Bürgermeister Vorgesetzter des Magistrats im Sinne des St.G.B.'s § 196? **24**, 179.

Magistratsrat. Ist der Magistratsrat in Bayern, insoweit ihm die Überwachung einer städtischen Anstalt übertragen ist, Beamter? **29**, 273.

Mahnlisten. Sind die sog. Mahnlisten, welche in Preußen auf Grund des § 14 der Ministerialanweisung vom 15. September 1879 zur

Digitized by Google

Verordnung vom 7. September 1879, betreffend das Verwaltungszwangsverfahren, geführt werden, öffentliche Urkunden? **21**, 104.

Mahnverfahren. Ist die im Mahnverfahren erfolgte Ladung zur mündlichen Verhandlung eine beweiserhebliche Urkunde? **14**, 1.

Maischsteuer. S. Branntweinsteuer.

Majestätsbeleidigung. S. St.G.B. §§ 94—101 S. 54 flg.

Makler. S. Handelsmakler.

Maler. Inwiefern ist ein Maler, besonders wenn er zugleich Bauunternehmer ist, ein zur Buchführung verpflichteter Kaufmann? **28**, 58.

Malzsteuer. S. bayerisches Gesetz vom $\frac{16/5\ 68}{18/8\ 79}$ S. 563; R.Ges. vom 31/5 72 S. 482; Bundesratsverordnung vom 5/7 88 S. 542.

Margarine. S. Gesetz vom 12/7 87 S. 541; vom 15/6 97 S. 558; vom 14/5 79 § 10 Nr. 27 S. 518.

Mariä Verkündigung. Ist Mariä Verkündigung in Rheinpreußen ein allgemeiner Feiertag? **31**, 221.

Marinearzt. Ist das Militärgericht für Zweikämpfe der Assistenzärzte der Marinereserve auch nach deren Verabschiedung zuständig? **12**, 231.

Markenschutz. S. Gesetz vom 30/11 74 S. 495; vom 12/5 94 S. 547.

Materien des Landesstrafrechts, welche durch das Strafgesetzbuch außer Kraft gesetzt sind. Begriff. S. E.G.St.G.B. § 2 S. 3.

Mecklenburg. S. Syst. Reg. S. 573. Vgl. auch das Gesetzesverzeichnis.

Medizinalkomitee. Ist das Medizinalkomitee einer bayerischen Universität eine Behörde, deren Gutachten in der Hauptverhandlung verlesen werden darf? **27**, 359.

Medizinalperson. Begriff. S. St.G.B. § 277 Nr. 4, § 278 Nr. 2, 3 S. 211.

Medizinalverfassungen der Bundesstaaten. Verhältnis zur Gewerbeordnung. **6**, 261; **13**, 259.

Mehl. 1) Was versteht das Regulativ des Bundesrats vom 27. Juni 1882 unter „gebeuteltem Mehl"? **19**, 302. — 2) Was ist der Unterschied zwischen Mehl und Kleie im Sinne des Zolltarifs vom $\frac{\text{15. Juli 1879}}{\text{24. Mai 1885}}$? **26**, 86.

Meineid. 1) S. St.G.B. §§ 153—163 S. 85 flg. — 2) Begriff von „Meineid". **32**, 118.

Menado. Ist die Herstellung von Fabrikmenado aus brasilianischen Kaffeebohnen Nahrungsmittelfälschung? **25**, 117.

Mensch. Von welchem Zeitpunkt an ist ein Mensch, bis zu welchem eine menschliche Frucht vorhanden? **1**, 446; **9**, 131; **26**, 178.

Menschenmenge. Was versteht das St.G.B. § 125 unter Menschenmenge? **9**, 143; **20**, 303.

Menschenraub. S. St.G.B. § 235 S. 141.

Messer. Was bedeutet „mittels eines Messers" im St.G.B. § 223a? Genügt ein zugeklapptes Messer? **30**, 176.

Met. Ist Met Gegenstand der Reichsbrausteuer? **21**, 346.

Meuterei. S. St.G.B. § 122 S. 69.

Digitized by Google

Miete. Ist nach Pr.A.L.R. ein Vertrag dahin zulässig, daß eine Mobilie zunächst vermietet wird, und daß nach Zahlung des in bestimmten Terminen zu entrichtenden Mietgeldes der abgeschlossene Mietvertrag die Eigenschaft eines Kaufes erhalten und das Eigentum auf den bereits im Besitz befindlichen bisherigen Mieter übergehen soll? **2**, 21.

Mieter. 1) Pfandrecht oder Zurückbehaltungsrecht des Vermieters an den Invekten und Illaten des Mieters. S. St.G.B. § 289 Nr. 2 bis 29, 34—41, 44—47, 49—51 S. 220flg. — 2) Inwieweit hat der Mieter Besitz oder Gewahrsam an den im Mietraum befindlichen Sachen und an den Bestandteilen des gemieteten Gebäudes? S. St.G.B. § 242 Nr. 22—24 S. 147. — 3) Inwieweit kann in der Anwendung von Gewaltmitteln zu dem Zwecke, den Mieter aus der Mietwohnung auszutreiben, eine Nötigung gefunden werden? **7**, 269; **9**, 58; **20**, 354. — 4) Unter welchen Voraussetzungen kann der Mieter den Vermieter zur Freigabe von Sachen „nötigen", welche dieser in der irrigen Annahme, sie seien einem Pfandrecht unterworfen, zurückhält? **19**, 75.

Milchfälschung. S. Gesetz vom 14/5 79 § 10 Nr. 30, 31 S. 518.

Mildernde Umstände. 1) Stellung und Beantwortung der Frage nach mildernden Umständen im schwurgerichtlichen Verfahren. S. St.P.O. § 292 Nr. 7, 13 S. 375, § 297 S. 381, § 307 Nr. 6, 7 S. 384, § 309 Nr. 9, 10 S. 386. — 2) Begründung der Entscheidung über mildernde Umstände im Urteil. S. St.P.O. § 266 Nr. 24 S. 365. — 3) Ist bei Zurückverweisung einer Sache aus der Revisionsinstanz in die erste Instanz unter Aufrechterhaltung der Feststellungen die erste Instanz an die frühere Entscheidung über die mildernden Umstände gebunden? **9**, 98; **20**, 411. — 4) Strafzumessung für einen unter 18 Jahre alten Angeklagten bei Zubilligung mildernder Umstände wegen eines mit zeitlicher Zuchthausstrafe bedrohten Verbrechens. **6**, 98. — 5) Ist für das Verbrechen des St.G.B.'s § 214 die Annahme mildernder Umstände zugelassen? **25**, 178.

Mildestes Strafgesetz. Anwendung des mildesten Strafgesetzes bei Änderung der Gesetzgebung. S. St.G.B. § 2 Nr. 2—13 S. 5.

Militärgericht. 1) Darf im Falle des § 250 St.P.O. auch das Protokoll eines Militärgerichts über die Vernehmung eines nicht mehr zu ermittelnden Zeugen verlesen werden? **29**, 433. — 2) Ist eine einem Militärgericht erstattete gutgläubige schriftliche Anzeige über die strafbare Handlung einer Militärperson eine beweiserhebliche Urkunde? **28**, 75.

Militärgerichtsbarkeit, Militärstrafrecht, Militärstrafprozeß. 1) S. preußisches Gesetz vom 3/4 45 S. 583flg.; bayerisches Gesetz vom 29/4 69 S. 564; vom 18/8 79 S. 565; R.G. vom 20/6 72 S. 484; vom 2/5 74 S. 486; vom 3/5 90 S. 544; vom 1/12 98 S. 558. — 2) Können für die Frage, ob die Zuständigkeit des Militärgerichts oder die des Civilgerichts gegeben ist, Tatsachen noch in der Revisionsinstanz geltend gemacht werden? **12**, 125; **27**, 143. — 3) Inwieweit wird durch

die disziplinarische Bestrafung eines militärischen Delikts die Strafklage verbraucht? **22**, 1.

Militärische Delikte. Ist Teilnahme an militärischen Delikten und Begünstigung derselben durch Militärpersonen möglich? **15**, 396; **25**, 234; **27**, 158.

Militärische Geheimnisse. Verrat. S. Gesetz vom 3/7 93 S. 547.

Militärperson. 1) Beleidigung von Militärpersonen im Amte; Stellung des Strafantrags durch den Vorgesetzten. S. St.G.B. § 196 Nr. 12, 21, 24, 30, 45 S. 123 flg. — 2) Ist ein Standesbeamter nach dem Personenstandsgesetz vom 6. Februar 1875 § 69 strafbar, wenn er die Ehe einer Militärperson vollzieht unter schuldhafter Außerachtlassung der Vorschriften, welche die Ehe einer Militärperson von einer Erlaubnis abhängig machen? **15**, **47**; (**7**, 8).

Militärpflicht. 1) Vergehen gegen die Militärpflicht. S. St.G.B. §§ 140—143 S. 88 flg. — 2) Verfahren bei Vergehen gegen die Militärpflicht. S. St.P.O. §§ 471—475 S. 418 flg.

Minderjährige. 1) Ausbeutung von Minderjährigen. S. St.G.B. § 301 S. 230. — 2) Können Minderjährige, welche in der Handlungsfähigkeit beschränkt sind, als Bevollmächtigte Untreue im Sinne des St.G.B.'s § 266 Abs. 2 verüben? **20**, 262. — 3) Kann gegen einen bevormundeten Minderjährigen, der ohne vormundschaftliche Genehmigung ein kaufmännisches Geschäft betrieben hat, die Vorschrift der K.O. von 1877 § 210 Nr. 2 und 3 angewandt werden? **26**, 93. — 4) Hindert die Minderjährigkeit den Verlust der Reichs- und Staatsangehörigkeit nach dem Reichsgesetz vom 1. Juni 1870 § 21? **26**, 427; **28**, 25; **30**, 297, 326.

Minderkaufmann. S. K.O. von 1877 § 210 Nr. 16, 17, 24 flg. S. 278 flg.; K.O. von 1898 § 240 Nr. 4, 5 S. 286.

Mineralien. Unbefugte Gewinnung und Aneignung fremder Mineralien. S. preußisches Gesetz vom 26/3 56 S. 589.

Minister. 1) S. Kriegsminister in Preußen. — 2) Ist das bayerische Gesamtministerium eine Behörde, und wer kann für dasselbe Strafantrag stellen? **15**, 85. — 3) Genügt zur Verfolgung einer Beleidigung des preußischen Ministers der öffentlichen Arbeiten ein vom Ministerialdirektor dahin unterzeichneter Antrag: „Der Minister der öffentlichen Arbeiten. Im Auftrage . . . (Name)"? **21**, 231.

Mißhandlung. 1) S. St.G.B. §§ 223—233 S. 134 flg. — 2) Mißhandlung im Amt. S. St.G.B. § 340 S. 248. — 3) Mißhandlung als Qualifikationsgrund beim Widerstand gegen die Staatsgewalt. S. St.G.B. § 118 S. 68.

Mißverhältnis. Auffälliges Mißverhältnis zwischen Vermögensvorteil und Leistung als Tatbestandsmerkmal des Wuchers. S. St.G.B. § 302a Nr. 17—22 S. 231 flg.

Mitangeklagter, Mitbeschuldigter. 1) Vereidigung des als Zeugen vernommenen Mitangeklagten. S. St.P.O. § 56 Nr. 29—31 S. 303. — 2) Ist es zulässig, einen Mitangeklagten kommissarisch zu vernehmen? **16**, 232. — 3) Ist auch ein Mitangeklagter, welcher die Ladung des

demnächst kommissarisch vernommenen Zeugen nicht beantragt hatte, gemäß § 223 St.P.O. zu benachrichtigen? **1**, 210. — 4) Unter welchen Voraussetzungen wirkt ein von einem Angeklagten gestellter Beweisantrag auch zu gunsten des Mitangeklagten? **1**, 170. — 5) Darf von der Erhebung eines auf Antrag von mehreren Angeklagten herbeigeschafften Beweises nur dann abgesehen werden, wenn auch die Mitangeklagten sich damit einverstanden erklären? **10**, 300. — 6) Entfernung eines Angeklagten aus dem Sitzungszimmer während der Vernehmung eines Mitangeklagten. S. St.P.O. § 246 S. 342. — 7) Verlesung des Protokolls über die frühere Vernehmung eines nicht zu ermittelnden Mitangeklagten. S. St.P.O. § 250 Nr. 8 S. 346. — 8) Anhörung des Angeklagten zu jeder Vernehmung eines Mitangeklagten. S. St.P.O. § 256 S. 351. — 9) Unter welchen Voraussetzungen kann ein Angeklagter eine Revisionsbeschwerde darauf stützen, daß mit Gesetzesverletzung in Abwesenheit des Mitangeklagten verhandelt worden sei? **29**, 294. — 10) Haftung mehrerer Mitangeklagten für die Auslagen als Gesamtschuldner. S. St.P.O. § 498 Nr. 6—11 S. 422.

Mitbieten bei öffentlichen Versteigerungen. Inwieweit sind die partikularrechtlichen Vorschriften über das Abhalten vom Mitbieten neben dem St.G.B. in Kraft geblieben? **10**, 220; **17**, 203; **27**, 106.

Mitgewahrsam. Liegt eine wirksame, für die Anwendung des § 137 St.G.B.'s ausreichende Beschlagnahme vor, wenn ein Gerichtsvollzieher Sachen pfändet, die sich im Mitgewahrsam eines zur Herausgabe nicht bereiten Dritten befinden? **25**, 108

Mitglied des landesherrlichen Hauses. Begriff. S. St.G.B. § 97 S. 55.

— eines deutschen Parlaments. S. Abgeordneter.

Mittagspause für Kaufmannsgehülfen, Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter. S. Gewerbeordnung vom 21/6 69 §§ 137, 138, 139c S. 453 flg.

Mitteilung. 1) Mitteilungen aus nicht öffentlichen Gerichtsverhandlungen. S. St.G.B. § 184 Nr. 17—19 S. 113. — 2) Vorzeitige Mitteilung der Anklageschrift durch die Presse. S. Gesetz vom 7/5 74 § 17 S. 489.

Mittel. Versuch mit untauglichen Mitteln. S. St.G.B. § 43 Nr. 1 und 2 S. 13.

Mittelbare Täterschaft. S. St.G.B. §§ 47—50 Nr. 19—22 S. 18.

Mittäterschaft. S. St.G.B. §§ 47—50 Nr. 25 S. 18, § 47 S. 19.

Möbelleihvertrag. S. Miete.

Mobiliarfeuerversicherung, übermäßige. S. preußisches Gesetz vom 8/5 37 S. 582.

Modell. 1) Modell als Gegenstand des Geschmacksmusterschutzes. S. Gesetz vom 11/1 76 S. 504. — 2) Modell als Gegenstand des Gebrauchsmusterschutzes. S. Gesetz vom 1/6 91 S. 545.

Molkerei. Ist der Inhaber des Betriebs einer Molkerei als solcher ein zur Führung von Handelsbüchern verpflichteter Vollkaufmann? **26**, 37.

Molkereigenossenschaft. Finden die Vorschriften der Gewerbeordnung über die Verhältnisse der Fabrikarbeiter auf den Gewerbebetrieb einer Molkereigenossenschaft Anwendung? **22**, 288.

Moral insanity. Begriff und Bedeutung. **15**, 97.

Mord. S. St.G.B. § 211 S. 129, § 80 S. 53.

Moresnet. S. Neutral-Moresnet.

Motorwagen. Ist der Motorwagen einer für den öffentlichen Verkehr bestimmten, von einer Privatgesellschaft betriebenen Straßenbahn ein dem öffentlichen Nutzen dienender Gegenstand? **34**, 1.

Mühlenfabrikate. Umfang der Zollfreiheit für Mühlenfabrikate von nicht mehr als 3 kg im Grenzbezirk nach dem Zolltarif vom 24. Mai 1885 Nr. 25 q 2. **19**, 131; **23**, 29; **24**, 172.

Mundraub. S. St.G.B. § 370^5 S. 274.

Münzdelikte. S. St.G.B. §§ 146—152 S. 84 flg.

Muscheln. Gehört der Fang von Muscheln zum Fischen im Sinne des St.G.B.'s? **17**, 161.

Musterschutz. 1) Geschmacksmusterschutz. S. Gesetz vom 11/1 76 S. 504. — 2) Gebrauchsmusterschutz. S. Gesetz vom 1/6 91 S. 545.

Mutter, uneheliche. 1) Tötung des Kindes in oder gleich nach der Geburt durch die uneheliche Mutter. S. St.G.B. § 217 S. 130. — 2) Unterdrückung des Personenstands und intellektuelle Urkundenfälschung durch unrichtige Angaben bei der Anmeldung des Kindes zum Geburtsregister seitens der unehelichen Mutter. S. St.G.B. § 169 Nr. 4, 9 S. 101, § 271 Nr. 47 S. 207. — 3) Befugnis der unehelichen Mutter zur Stellung des Strafantrags für das Kind. S. St.G.B. § 65 Nr. 7—9 S. 41. — 4) Ist die uneheliche Mutter als Familienhaupt im Sinne des Personenstandsgesetzes vom 6. Februar 1875 § 57 anzusehen? **32**, 367.

N

Nachbildung. S. Gesetz vom 9/1, 10/1, 11/1 76 S. 501 flg.; vom 11/6 70 §§ 18—44 S. 473 flg.

Nachdruck. S. Gesetz vom 11/6 70 S. 471.

Nacheile. S. G.V.G. § 168 S. 430.

Nachlaßpfleger. Ist der Nachlaßpfleger in Preußen befugt, Strafantrag wegen eines auf den Nachlaß bezüglichen Delikts zu stellen? **8**, 112.

Nachschlüssel. Gebrauch eines Nachschlüssels als Qualifikationsgrund beim Diebstahl. S. St.G.B. § 243^3 Nr. 35—43 S. 153 flg.

Nachteil. 1) Handeln zum Nachteil einer anvertrauten Person, Sache oder Vermögensmasse. S. St.G.B. § 266^1 Nr. 1 flg. S. 185; H.G.B. vom $\frac{5/6\ 69}{18/7\ 84}$ Art. 249 S. 441; Gesetz vom $\frac{7/4\ 76}{1/6\ 84}$ § 34 S. 506; vom 1/5 89 § 140 S. 542. — 2) Verfügung über Vermögensstücke zum Nachteil des Auftraggebers. S. St.G.B. § 266^2 Nr. 32 flg. S. 187. — 3) Absicht, einem anderen Nachteile zuzufügen bei der Urkundenunterdrückung. S. St.G.B. § 274 Nr. 10 flg. S. 208.

Nachtwächter. Beamteneigenschaft. S. St.G.B. § 359 Nr. 50, 51 S. 266.

Nachtzeit. Was versteht St.G.B. § 243 Nr. 7 unter Nachtzeit? **3**, 209.

Nachweis des Verfassers eines Preßartikels oder eines Vormannes als Mittel, die Bestrafung nach dem Preßgesetze abzuwenden. S. Gesetz vom 7/5 74 § 21 Nr. 12—17 S. 493 flg.

Nahrungsmittel. 1) Entwendung von Nahrungsmitteln. S. St.G.B. § 370^{5} S. 274. — 2) Fälschung. S. Fälschung 3.

Name. 1) Gebrauch eines falschen Namens gegenüber einem zuständigen Beamten. S. St.G.B. § 360^{8} S. 267. — 2) Bewirkung der Aufnahme eines falschen Namens in öffentliche Urkunden als intellektuelle Urkundenfälschung. S. St.G.B. § 271 Nr. 23—34 S. 205 flg. — 3) Inwiefern kann in der Unterzeichnung einer Urkunde mit dem eigenen Namen oder mit dem Namen eines der Unterzeichnung zustimmenden anderen eine Urkundenfälschung gefunden werden? S. St.G.B. § 267 Nr. 102, 103 S. 195 flg. — 4) Bezeichnung von Waren mit dem Namen oder der Firma eines anderen. S. Gesetz vom 30/11 74 § 14 Nr. 1 S. 496, vom 12/5 94 § 14 Nr. 1—5, 8, 10 S. 548 flg. — 5) Kann die Staatsanwaltschaft die Anordnung der Namen mehrerer gleichzeitig angeklagter Personen nach freiem Ermessen vornehmen, wenn die Geschäftsverteilung unter die verschiedenen Strafkammern sich nach den Anfangsbuchstaben richtet? **28**, 215.

Nebenfrage. Stellung von Nebenfragen im schwurgerichtlichen Verfahren. S. St.P.O. §§ 295—298 S. 380 flg.

Nebenklage. 1) S. St.P.O. §§ 435—444 S. 412 flg., § 467 S. 417, § 504 S. 423. — 2) Gehört der Nebenkläger zu denjenigen Personen, deren Anwesenheit in der Hauptverhandlung das Gesetz vorschreibt? **28**, 220.

Nebenstrafe. 1) Erkennung auf Nebenstrafe beim Versuche. S. St.G.B. § 45 S. 15. — 2) Berücksichtigung der Nebenstrafen der verletzten Strafgesetze bei Entscheidung der Frage, welches Gesetz die schwerste Strafe androht? **5**, 420.

Ne bis in idem. S. St.P.O. Buch II Abschnitt 1 S. 317.

Neigenbier. Kann Zusatz von Neigenbier Bierverfälschung sein? **12**, 400.

Neutral-Moresnet (Rheinprovinz). Ist der Grenzbezirk von Neutral-Moresnet Ausland? Welches Recht gilt dort? **31**, 259.

Niederlage von Sprengstoffen. Begriff im Sinne der preußischen Ministerialverordnung vom 19. Oktober 1893 § 33. **28**, 292.

Niederschlagung des Strafverfahrens durch einen deutschen Landesherrn. Wirksamkeit für die in der Revisionsinstanz beim Reichsgericht anhängigen Sachen. **33**, 204 (**28**, 419).

Nordamerikanische Union. S. Amerika.

Notar. 1) Ist der Notar in Altpreußen eine Behörde? Ist er im Erblegitimationsverfahren zur Abnahme eidesstattlicher Versicherungen befugt? **17**, 341; **18**, 246. — 2) Urkundenfälschung nach St.G.B. § 348 Abs. 1 durch einen Notar. **24**, 230; **30**, 373. — 3) Gebührenüberhebung durch den Notar. S. St.G.B. § 352 spez. Nr. 12 S. 261. — 4) Ist der Bericht eines Richters über die Revision eines Notars eine öffentliche Urkunde einer öffentlichen Behörde? **26**, 138. —

Digitized by Google

5) Kann Betrug dadurch verübt werden, daß der Cedent einer Forderung bei der notariellen Cession dem Notar seine Verpflichtung zur Nichtübertragung der Forderung verschweigt? **21**, 67. — 6) Sind die Protestregister der Notare öffentliche Urkunden? **1**, 426. — 7) Stempelstrafe des Notars für unterlassene Einziehung des Stempels. **2**, 101. — 8) S. weiter bayerisches Gesetz vom 10/11 61 S. 563; hannövrisches Gesetz vom 18/9 53 S. 589; preußisches Gesetz vom 15/7 90 S. 601.

Nötigung. 1) S. St.G.B. § 240 S. 143. — 2) Nötigung eines Beamten zur Vornahme oder Unterlassung einer Amtshandlung. S. St.G.B. § 114 S. 63. — 3) Nötigung als Strafausschließungsgrund. S. St.G.B. § 52 Nr. 1, 9 S. 27flg.

Notlage. Ausbeutung einer Notlage beim Wucher, Begriff. S. St.G.B. § 302a Nr. 11, 12 S. 231.

Notorietät. S. St.P.O. § 260 Nr. 9—11 S. 354flg.

Notstand. S. St.G.B. § 54 S. 29.

Notweg. Kann ein Notweg, welcher beim zeitweisen Unpassierbarwerden des ordentlichen Weges von dem auf dessen Benutzung angewiesenen Publikum daneben hergestellt wird, ein Weg im Sinne des St.G.B.'s § 321 sein? **27**, 363.

Notwehr. S. St.G.B. § 53 S. 28.

Notzucht. S. St.G.B. § 177 S. 107.

Novellistisches Erzeugnis. Begriff. S. Gesetz vom 11/6 70 § 7 Nr. 4—6 S. 472.

Nummer. 1) Kann eine bloße Nummer eine beweiserhebliche Urkunde sein? **14**, 175; **28**, 152. — 2) Liegt ein Vergehen gegen das Patentgesetz § 40 vor, wenn eine Sache außer mit der Nummer eines noch bestehenden Patentes mit der Nummer eines anderen auf die Sache bezüglichen,, aber inzwischen erloschenen Patents bezeichnet wird? **28**, 14.

Nutzen. Welche Gegenstände dienen dem öffentlichen Nutzen? S. St.G.B. § 304 Nr. 1—4, 8 S. 234flg.

O

Oberlandesgericht. 1) Findet gemäß § 160 G.V.G.'s Beschwerde an das Oberlandesgericht statt, wenn dem Ersuchen eines Amtsgerichts an ein anderes um Strafvollstreckung nicht entsprochen wird? **20**, 101. — 2) Kann ein Richter, welcher bei einer gemäß § 170 St.P.O. die Erhebung der öffentlichen Klage anordnenden Entscheidung des Oberlandesgerichts mitgewirkt hat, als Mitglied des erkennenden Gerichts abgelehnt werden? **19**, 332. — 3) Wirkung eines Beschlusses des Oberlandesgerichts, durch welchen der Einwand des Angeklagten gegen die Zuständigkeit des ordentlichen Gerichts verworfen wird. **32**, 89. — 4) Ist der Beschluß, welcher ein Ablehnungsgesuch verwirft, gemäß § 28 Abs. 2 St.P.O. auch dann mit dem Urteil zusammen anfechtbar, wenn er vom Oberlandesgericht ergangen ist? **33**, 314. — 5) Über die bindende Kraft der Entscheidungen eines Oberlandesgerichts. S. weiter St.P.O. § 388 S. 404.

Obhut. Was bedeutet „der Obhut anvertraut"? S. St.G.B. § 174 Nr. 20 und 21 S. 105.

Objekt. Versuch am untauglichen Objekt. S. St.G.B. § 43 Nr. 3—5 S. 14.

Objektives Verfahren. S. St.G.B. § 42 S. 11; St.P.O. §§ 477—479 S. 419 flg.

Obmann der Geschworenen. Tätigkeit. S. St.P.O. §§ 304, 307 Nr. 1—3 S. 383 flg.

Obrigkeit. 1) Aufforderung zum Ungehorsam gegen Anordnungen der Obrigkeit. S. St.G.B. § 110 Nr. 2, 5, 7, 13 S. 57 flg. — 2) Verächtlichmachung von Anordnungen der Obrigkeit. S. St.G.B. § 131 Nr. 2, 8—10 S. 75 flg.

Observation. Gerichtliche Observation als Beschlagnahme im Sinne des St.G.B.'s § 137. **14**, 151.

Obstbäume. Sind veredelte Obstbäume in Württemberg Gegenstand des Felddiebstahls, oder des gemeinen Diebstahls? **24**, 124.

Ofenklappen. Enthält die polizeiliche Anordnung der Beseitigung von Ofenklappen in Preußen einen verfassungswidrigen Eingriff in das Privateigentum? **4**, 106.

Offenbaren fremder Privatgeheimnisse. S. St.G.B. §§ 299, 300 S. 229.

Offenbarungseid. 1) Eidesdelikt beim Offenbarungseid. S. St.G.B. § 153 Nr. 11, 14 S. 86, § 162, § 163 Nr. 12—16 S. 92 flg. — 2) Abschluß eines Scheinverkaufs und nachfolgende Ableistung des Offenbarungseides als Beiseiteschaffung von Vollstreckungsgegenständen im Sinne des St.G.B.'s § 288. **27**, 213.

Offene Handelsgesellschaft. Siehe Handelsgesellschaft.

Offene See. Begriff im Sinne des § 243 Nr. 4 St.G.B.'s. **33**, 57.

Offenkundige Benutzung eines Modells vor der Anmeldung des Gebrauchsmusters. S. Reichsgesetz vom 1/6 91 § 1 S. 545.

Öffentlich. 1) Öffentliche Abgaben und Gefälle; Verfahren in Strafsachen wegen Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über deren Erhebung. S. St.P.O. §§ 459—469 S. 416 flg.; G.V.G. § 136 Nr. 2—5 S. 429. — 2) Öffentliches Amt; Unfähigkeit zu dessen Bekleidung. S. St.G.B. §§ 31, 35 S. 10. Anmaßung eines öffentlichen Amtes. S. St.G.B. § 132 S. 76. — 3) Öffentliche Ankündigung. S. St.G.B. § 184 Nr. 21, 23 S. 113. — 4) Öffentliche Anlagen, Beschädigung. S. St.G.B. § 304 S. 234 flg. — 5) Öffentliches Anschlagen unzüchtiger Abbildungen. S. St.G.B. § 184 Nr. 11 S. 112. — 6) Öffentliches Ärgernisgeben durch unzüchtige Handlung. S. St.G.B. § 183 Nr. 5—9 S. 111. — 7) Öffentliche Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesetze und obrigkeitliche Anordnungen. S. St.G.B. §§ 110—112 S. 57 flg. — 8) Öffentliche Ausspielung. S. St.G.B. § 286 S. 214. — 9) Öffentliche Ausstellung unzüchtiger Schriften. S. St.G.B. § 184 Nr. 11, 13 S. 112. — 10) Öffentliche Behörden, deren Zeugnis in der Hauptverhandlung verlesen werden darf. S. St.P.O. § 255

Digitized by Google

Nr. 1—11 S. 350. — 11) Öffentliche **Bekanntmachung** des Urteils. S. St.G.B. § 165 S. 97, § 200 S. 126; Nahrungsmittelgesetz vom 14/5 79 § 16 S. 523; Markenschutzgesetz vom 30/11 74 § 17 S. 498. — 12) Öffentliche **Beschimpfung** von Kirchen, kirchlichen Einrichtungen und Gebräuchen. S. St.G.B. § 166 Nr. 10—12 S. 98. — 13) Öffentliche **Bücher und Register**. S. St.G.B. § 271 Nr. 24 flg. S. 205 flg. § 348 Nr. 9 flg. S. 252 flg. § 133 Nr. 3 S. 77 — 14) Öffentlicher **Frieden**, dessen Störung und Gefährdung. S. St.G.B. § 126 S. 73, § 130 Nr. 1—4 S. 74, 130a Nr. 3, 4 S. 75. — 15) Öffentliche **Klage** und deren Vorbereitung. S. St.P.O. §§ 151—170 S. 323 flg., §§ 416, 417 S. 410 flg. — 16) Öffentliche **Ladung** des Angeklagten zur Hauptverhandlung. S. St.P.O. § 473 S. 418. — 17) Öffentliche **Lotterie**. S. St.G.B. § 286 Nr. 7—9 S. 214. — 18) Öffentlicher **Nutzen**. Was sind Gegenstände, die dem öffentlichen Nutzen dienen? S. St.G.B. § 304 Nr. 1—4, 8 S. 234 flg. — 19) Öffentliche **Ordnung**. Delikte wider die öffentliche Ordnung. S. St.G.B. §§ 123—145a S. 70 flg. — 20) Öffentliche **Orte**. Sind Hausfluren dahin zu rechnen? **19**, 1. Begriff von „öffentlichem Ort" nach § 43 Gew.O. vom 21. Juni 1869 und § 10 des preußischen Preßgesetzes vom 12. Mai 1851. **35**, 54. — 21) Öffentlicher **Pfandleiher**. S. St.G.B. § 290 Nr. 1 S. 225. — 22) Öffentlicher **Platz**. S. St.G.B. § 116 Nr. 1 S. 64. — 23) Öffentliche **Urkunde**. S. St.G.B. § 267 Nr. 10—46 S. 189 flg., § 271 Nr. 10—45 S. 204 flg., § 348 Nr. 9—62, 73—77 S. 252 flg. — 24) Öffentliche **Versammlung**. S. französisches Gesetz vom 6. Juni 1868 S. 570. — 25) Öffentliche **Wasserstraße**. S. St.G.B. § 243[4] Nr. 54, 55 S. 154. — 26) Öffentlicher **Weg**. S. St.G.B. § 116 Nr. 1 S. 64, § 368[10] Nr. 3 S. 274. — 27) Öffentliche **Zeichen** der Autorität im Sinne des § 135 St.G.B.'s. **31**, 143. — 28) Öffentliche **Zusammenrottung**. S. St.G.B. § 115 Nr. 1, 2 S. 64 § 125 Nr. 1 S. 73.

Öffentlichkeit der Hauptverhandlung. S. G.V.G. §§ 170—176 S. 430 flg.; St.P.O. § 370[6] S. 398 flg.

Offizier. 1) Ist der Offizier Beamter im Sinne des Strafgesetzbuchs? **29**, 15. — 2) Ist dies bei einem Offizier a. D. zutreffend? **35**, 99. — 3) Ist die Berufspflicht des Offiziers eine Amtspflicht im Sinne des § 164 St.G.B.'s? **20**, 268. — 4) Beleidigung eines Offiziers in Bezug auf seinen Beruf; Strafantragsrecht des Vorgesetzten. S. St.G.B. § 196 Nr. 18, 24, 30, 31 S. 123 flg. — 5) Inwieweit sind in Preußen die Polizeibeamten zur Festnahme eines Offiziers befugt? **29**, 180.

Öl. Verzollung. **13**, 321; **22**, 370.

Olivenöl. Begriff im Sinne des deutsch-italienischen Handelsvertrags vom 4. Mai 1883. **22**, 370.

Onanie. Inwieweit ist wechselseitige Onanie als widernatürliche Unzucht aufzufassen? S. St.G.B. § 175 Nr. 3 S. 105.

Operativer Eingriff. Inwieweit sind Körperverletzungen, welche zum

Zwecke des Heilverfahrens von Ärzten bei operativen Eingriffen erfolgen, straflos? **25**, 375.

Ordnung, öffentliche. Delikte wider die öffentliche Ordnung. S. St.G.B. §§ 123—145a S. 70 flg.

Ort. 1) Ort der Begehung einer Straftat. S. St.G.B. § 3 S. 6; St.P.O. § 7 S. 289. — 2) Sind Hausfluren öffentliche Orte? **19**, 1. — 3) Inwieweit kann eine Angabe über den Ort der Herstellung einer Ware als Angabe über Beschaffenheit und Wert im Sinne des Warenzeichengesetzes vom 12. Mai 1894 aufgefaßt werden? **28**, 353.

Örtliche Zuständigkeit. S. St.P.O. §§ 7—18 S. 289 flg.

Ortskrankenkasse. Kann sich die Ortskrankenkasse einer öffentlichen Klage als Nebenklägerin anschließen, um einen Entschädigungsanspruch des Verletzten als Buße geltend zu machen? **28**, 301.

Ortsvorsteher. Inwieweit ist der Ortsvorsteher in Württemberg zur Ausstellung öffentlicher Urkunden befugt? S. St.G.B. § 348 Nr. 57—59 S. 256.

Österreich-Ungarn. S. Vertrag vom 2/3 77 S. 509; vom 23/5 81 S. 527; Gesetz vom 17/7 81 S. 533.

P

Pachtvertrag. 1) Form und Wirksamkeit eines von der Gemeinde über die Jagd abzuschließenden Pachtvertrages. **26**, 144. — 2) Wer hat Eigentum an den Ersatzstücken eines Gutsinventars, welches bei einem Pachtvertrage über ein Gut dem Pächter unter einer Taxe mit der Verpflichtung dereinstiger Rückgewähr übergeben wird? **7**, 41.

Pactum reservati dominii. Inwieweit läßt das Pr. A L R. ein solches zu? **2**, 21, 132; **3**, 114; **24**, 274.

Päderastie. S. St.G.B. § 175 Nr. 1—5 S. 105.

Paket. Unbefugte Eröffnung und Unterdrückung von Paketen. S. St.G.B. § 354 S. 262.

Papst. Kann die Beschimpfung des Dogmas der Unfehlbarkeit des Papstes nach St.G.B. § 166 strafbar sein? **26**, 294.

Parforcejagd. Ist die Parforcejagd Jagdausübung? **26**, 216.

Parlament. 1) Wahrheitsgetreue Berichte über Verhandlungen der Parlamente im Sinne der Reichsverfassung Art. 22 und des St.G.B.'s § 12. **15**, 32; **18**, 207. — 2) Unverantwortlichkeit und Immunität der Mitglieder des Parlaments. S. Reichsverfassung vom 16/4 71 Artt. 30, 31 S. 476; St G.B. § 11 S. 8. — 3) Zeugenvernehmung der Mitglieder des Parlaments außerhalb der Hauptverhandlung. S. St.P.O. § 49 S. 298. — 4) Ist die Wahl zum Parlamente eine Staatsangelegenheit im Sinne des St.G.B.'s § 130a? **13**, 169; **27**, 429.

Partiererei und **Hehlerei.** S. St.G.B. §§ 258—261 S. 169 flg.

Patentschutz. Patentanmaßung. S. Patentgesetz vom $\frac{25/5\ 77}{7/4\ 91}$ S. 509.

Patron. Ist der Patron (Schulvorstand) in Preußen Beamter, und hat er ein Züchtigungsrecht gegen Schulkinder? **9**, 204.

Periodische Druckschrift. Begriff. S. Preßgesetz vom 7/5 74 § 7 S. 488.

Personenstand. 1) Unterdrückung. S. St.G.B. § 169 S. 101. — 2) Beurkundung. S. Gesetz vom 6/2 75 S. 500.

Persönliche Eigenschaften, die nur dem, bei welchem sie vorliegen, zugerechnet werden dürfen. S. St.G.B. § 50 S. 26.

Pertinenz. 1) Einwirkung der Beschlagnahme einer Sache (insbesondere eines Grundstücks) auf deren Pertinenzen. S. St.G.B. § 137 Nr. 2, 26, 28, 30, 31 S. 79 flg. — 2) Sind Weinbergspfähle Pertinenzen des Weinbergs oder des Weinstocks? **18**, 128.

Pfandbruch. S. St.G.B. § 137 S. 79.

Pfandgebrauch. Unbefugter Gebrauch von Pfandsachen durch öffentliche Pfandleiher. S. St.G.B. § 290 S. 225.

Pfandleihgewerbe. S. St.G.B. § 360^{12} S. 268; preußisches Gesetz vom 17/3 81 S. 599.

Pfandrecht. Verletzung eines fremden Pfandrechts an der eigenen Sache. S. St.G.B. § 289, insbesondere Nr. 1—30 S. 220 flg.

Pfandschein. Kann Ansichbringen des über den Versatz der gestohlenen Sache ausgestellten Pfandscheins Hehlerei sein? **20**, 399; **23**, 27.

Pfändung. Rechtmäßige Amtsausübung des Gerichtsvollziehers bei Vornahme der Pfändung. S. St.G.B. § 113 Nr. 20, 35—41 S. 60 flg.

Pfandverbringung. S. St.G.B. § 137 S. 79.

Pfarrer. Ist der protestantische Pfarrer in Bayern Beamter? **2**, 316. S. im übrigen Geistliche.

Pferdelegitimationsattest. S. preußisches Gesetz vom 13/2 48 S. 583.

Pferderennen. 1) Ist das Buchmachen bei Pferderennen Glücksspiel? S. St.G.B. §§ 284—286 Nr. 12 S. 213. — 2) Stempelpflicht des Buchmachers bei Pferderennen. S. Gesetz vom $\frac{1/7\ 81}{27/4\ 94}$ §§ 24, 26 S. 531; Tarif Nr. 5 S. 532; vom $\frac{1/7\ 81}{14/6\ 00}$ Nr. 1, 2 S. 532.

Pflegeeltern. Begriff. S. St.G.B. § 52 Nr. 2, 3 S. 27 flg., § 174 Nr. 5—8 S. 104.

Pfleger. Bestellung eines Pflegers für Anbringung eines Strafantrags. S. St.G.B. § 65 Nr. 1—3 S. 41.

Pflichtexemplar. Liegt in der Abgabe des sogenannten Pflichtexemplars an die Polizeibehörde bereits die im Strafgesetzbuch § 166 geforderte „öffentliche" Begehung? **2**, 270.

Photographie. 1) Schutzrechte daran. S. Gesetz vom 10/1 76 S. 503. — 2) Ist die Photographie eine Druckschrift? **4**, 362.

Platz, öffentlicher. Begriff. **21**, 370.

Plombe, zollamtliche, als öffentliche Urkunde. **13**, 193; **15**, 214.

Politischer Verein. Begriff und Rechtsstellung. S. preußisches Vereinsgesetz vom 11/3 50 S. 586.

Politische Zeitung. Begriff. **28**, 45.

Polizei. 1) Die Polizei als Vollstreckungsbehörde. Rechtmäßigkeit der Amtsausübung. S. St.G.B. § 113 Nr. 11, 21 flg., 47 S. 59 flg. — 2) Befugnis der Polizei zum Erlaß von Absperrungs- und Aufsichtsmaßregeln gegen ansteckende Krankheiten und Viehseuchen. S. St.G.B. § 327 Nr. 6—8 S. 242, § 328 Nr. 8—11 S. 243; Gesetz vom

7/4 69 S. 438; vom $\frac{23/6\ 80}{1/5\ 94}$ §§ 2, 12, 31. S. 526. — 3) Befugnis der Polizei zu Vorladungen in Untersuchungssachen. **2**, 281. — 4) Besteht eine allgemeine Pflicht, sich von den Organen der Polizei in Untersuchungssachen als Zeuge vernehmen zu lassen? **9**, 433. — 5) Befugnisse der Sittenpolizei. S. St.G.B. § 361[6] S. 269. — 6) Durch welche Polizeibehörde hat die Ausweisung eines Ausländers aus einem Bundesstaat zu erfolgen? **12**, 154. — 7) Ist die Polizei in Preußen befugt, das Waffentragen durch Verordnungen einzuschränken? **20**, 43. — 8) Ist die Polizei in Preußen befugt, die Benutzung des Privateigentums aus sanitären Gründen Beschränkungen zu unterwerfen? **4**, 106. — 9) Über weitere Befugnis der Polizei in Preußen. S. preußisches Polizeigesetz vom 11/3 50 S. 587. — 10) Ist die Polizei in Sachsen befugt, die Fortsetzung eines ohne die erforderliche Genehmigung begonnenen Gewerbebetriebs durch Versiegelung der Geschäftsräume zu verhindern? **22**, 5. — 11) Geständniserpressung durch Organe der Polizei. S. St.G.B. § 343 S. 250. — 12) Entziehung eines Schuldigen aus der Verurteilung oder Strafvollstreckung durch Beamte der Polizei. S. St.G.B. § 346 S. 250. — 13) Inwieweit ist der Vertreter einer Polizeibehörde zur Aufnahme öffentlicher Urkunden befugt? **22**, 151. — 14) Überweisung an die Landespolizeibehörde als Nebenstrafe. S. St.G.B. § 362 S. 270.

Polizeiaufsicht. 1) Unterschied der Polizeiaufsicht im Sinne des St.G.B.'s § 39 von der sittenpolizeilichen Aufsicht über Weibspersonen. **11**, 286. — 2) Kommt die Nebenstrafe der Zulässigkeit der Polizeiaufsicht für die Frage in Betracht, welches das schwerste Strafgesetz ist? **17**, 193. — 3) Kann beim Versuch eines wahlweise mit lebenslänglichem oder zeitigem Zuchthaus bedrohten Verbrechens auf Zulässigkeit der Polizeiaufsicht erkannt werden? **16**, 400. — 4) Kann bei versuchtem Rückfallsdiebstahl auf Zulässigkeit der Polizeiaufsicht erkannt werden, wenn aus St.G.B. §§ 44, 21 Gefängnisstrafe ausgesprochen wird? **11**, 158.

Polizeibeamter. 1) Wann ist anzunehmen, daß jemand in einem Strafprozesse eine ihn zur Ausübung des Richteramts unfähig machende Tätigkeit als Polizeibeamter entfaltet hat? S. St.P.O. § 22 Nr. 9, 10 S. 291. — 2) Kann in der Tätigkeit eines Polizeibeamten als Privatdetektiv gegen Bezahlung das Delikt des § 332 St.G.B.'s gefunden werden? **16**, 42. — 3) Kann durch eine bei einem Polizeibeamten gemachte Anzeige das Vergehen der falschen Anschuldigung begangen werden? S. St.G.B. § 164 Nr. 2flg. S. 95.

Polizeibehörde. S. Polizei.

Polizeilicher Strafbescheid. 1) S. St.P.O. §§ 453—458 S. 416. — 2) Inwieweit wird durch einen polizeilichen Strafbescheid die Strafklage verbraucht? S. St.P.O. Buch II Abschn. 1 „ne bis in idem" Nr. 8flg. S. 318.

Polizeistunde. Aufforderung zum Nichteinhalten. **10**, 296.

Polizeiverordnungen in Preußen. 1) Des Regierungspräsidenten, Beginn der Gesetzeskraft, Form der Bekanntmachung. **15**, 198; **29**, 442;

34, 368. — 2) Der Oberbergämter. S. preußisches Berggesetz vom 24/6 1865 S. 590.

Polyphon. Ist in den auswechselbaren Notenscheiben zu einem Polyphon eine mechanische Vervielfältigung des zur Darstellung gebrachten Musikstücks zu finden? **32**, 41; vgl. **29**, 193.

Portoauslagen. Sind Portoauslagen Gebühren im des Sinne § 352 St.G.B.'s? **3**, 87; **17**, 169.

Portodefraudation. S. Gesetz vom 5/6 69 S. 438; vom 28/10 71, S. 477; preußische Kabinettsorder vom 28/1 68 S. 591.

Porträt, photographisches. Urheberrecht daran. S. Gesetz vom 10/1 76 §§ 1, 2, 6—8 S. 503 flg.

Postagenten. Beamteneigenschaft. **21**, 310.

Postannahmebuch. Fallen Einträge des Postagenten in das sogenannte Postannahmebuch unter St.G.B. § 348? **21**, 310.

Postanweisung. 1) Ist die Postanweisung eine öffentliche Urkunde? **24**, 130. — 2) Fallen die Bestellvermerke der Landbriefträger auf Postanweisungen unter St.G.B. § 348? **11**, 291. — 3) Ist das vom Absender auf den Abschnitt einer Postanweisung geschriebene Datum von rechtlicher Bedeutung? **35**, 80. — 4) Wie vollzieht sich der Eigentumsübergang bei Geldsendungen vermittels der Postanweisung. **20**, 436.

Postbeamter. 1) Welcher Angestellte der Post ist Beamter im Sinne des St.G.B.'s? S. St.G.B. § 359 Nr. 18—21 S. 264. — 2) Unterdrückung von Briefen und Paketen durch Postbeamte. S. St.G.B. § 354 S. 262.

Postbote. 1) Ist der Postbote ein zuständiger Beamter im Sinne des St.G.B.'s § 360 Nr. 8? **17**, 224. — 2) Unterschlagung von Postanweisungsgeldern durch den Postboten als Amtsunterschlagung. **16**, 437. — 3) Fällt die Bescheinigung des Postboten in der Zustellungsurkunde, daß er das zuzustellende Schriftstück dem Adressaten übergeben habe, unter St.G.B. § 348? **6**, 17. — 4) Fällt der Bestellvermerk eines Postboten auf einer Postanweisung unter St.G.B. § 348? **11**, 291.

Postdelikte. S. Gesetz vom 28/10 71 mit Novelle vom 20. Dezember 1899 S. 477; preußische Kabinettsorder vom 28/1 68 S. 591; Bundesgesetz vom 5/6 69 S. 438; St.G.B. § 354 S. 262.

Posteinlieferungsbuch. 1) Ist die von einem Postbeamten in einem Posteinlieferungsbuch ohne Namensunterschrift erteilte Quittung eine öffentliche Urkunde? **30**, 369. — 2) Ist die über den Tag der Einlieferung vom Absender selbst gemachte Eintragung in seinem Einlieferungsbuche eine beweiserhebliche Urkunde? **35**, 218.

Postfreimarken. Urkundenfälschung. S. St.G.B. § 275 Nr. 3, 4 S. 210.

Postkarten. Schutz der Photographien auf diesen. **35**, 78.

Postpaketbegleitadresse. 1) Ist die Postpaketbegleitadresse bezüglich der Angabe des Namens des Absenders eine beweiserhebliche Urkunde? **17**, 141. — 2) Ist der Abschnitt der Postpaketbegleitadresse zu einer unfrankierten Sendung mit dem Vermerk des Postbeamten über die

Höhe des Portobetrages wegen dieses Vermerkes eine öffentliche Urkunde? **12**, 323.

Poststempel. Ist der einem Briefumschlag aufgedruckte Poststempel eine öffentliche Urkunde? **30**, 381.

Prahme. Finden die Vorschriften der Verordnung vom 7. Januar 1880 zur Verhütung des Zusammenstoßes von Schiffen auch auf Prahme Anwendung? **20**, 372.

Prämienlose. 1) Stempelpflicht. S. Gesetz vom 8/6 71 S. 477. — 2) Unterliegen ausländische Prämienlose mit falschem Stempel der Einziehung im objektiven Verfahren? **23**, 50.

Präsident des Landgerichts. S. Landgerichtspräsident.

Prävarikation der Rechtsanwälte. S. St.G.B. § 356 S. 263.

Preisbemessung. Was versteht das Gesetz zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs § 4 unter Preisbemessung? **33**, 441.

Preisrätsel. Wann kann das Ausschreiben eines Preisrätsels als Veranstaltung einer Lotterie angesehen werden? S. St.G.B. § 286 Nr. 8, 9 S. 214.

Preßdelikte. S. Gesetz vom 7/5 74 S. 487; badisches Gesetz vom 3/3 79 § 6 S. 560; bayerisches Gesetz vom 23/2 79 S. 565; französische Gesetze vom 27/7 49, vom 16/7 50, vom 17/2 52 S. 569flg.; württembergisches Gesetz vom 24/1 79 S. 608.

Preußen. S. syst. Reg. S. 573flg; vgl. auch das Gesetzesverzeichnis.

Priester. Sind beschimpfende Äußerungen gegen die Priester oder den Priesterstand als Beschimpfungen einer Einrichtung der katholischen Kirche, nämlich des Priestertums aufzufassen? **27**, 284.

Privateigentum. S. Eigentum.

Privateisenbahngesellschaft. Sind ihre Bediensteten Beamte? **10**, 325.

Privatforst- und -jagdaufseher. 1) Begriff. S. St.G.B. § 117 Nr. 7 bis 10 S. 65. — 2) Was ist rechtmäßige Amtsausübung des Privatforst- und -jagdaufsehers? S. St.G.B. § 117 Nr. 19—30 S. 66flg.

Privatgeheimnisse. Verletzung. S. St.G.B. §§ 299, 300 S. 229.

Privatklage. S. St.P.O. §§ 414—431 S. 410flg., § 503 S. 423. — 2) Zuständigkeit des Konsuls in der Konsulargerichtsbarkeit. **28**, 31.

Privatpfändung. 1) Wird durch Privatpfändung von Vieh ein Zurückbehaltungsrecht erworben? **32**, 12 (Bremen); **13**, 405 (Mecklenburg-Schwerin); **7**, 302 (Preußen). — 2) Kann Anwendung von Gewalt bei einer Privatpfändung trotz deren Rechtmäßigkeit Nötigung sein? **28**, 298.

Privatpostanstalten. Begriff unzulässiger Privatpostanstalten. S. Postgesetz vom $\frac{28/10\ 71}{20/12\ 99}$ § 1 Nr. 18, § 2a S. 479, Novelle Art. 3 S. 481.

Privatunterrichtsanstalten. Sind sie öffentliche Unterrichtsanstalten im Sinne der C.P.O. § 715 Nr. 6? **28**, 348.

Privaturkunde. Unterschied von der öffentlichen Urkunde. S. St.G.B. § 267 Nr. 10—47 S. 189flg.; vgl. auch § 271 Nr. 10—45 S. 204flg., § 348 Nr. 9—62, 75—77 S. 252flg.

Privatweg. Steht auch ein Privatweg unter dem Strafschutz des St.G.B.'s § 321? **20**, 393.

Prokurist. 1) Ist der Prokurist einer offenen Handelsgesellschaft als

Digitized by Google

solcher berechtigt, Strafantrag wegen Verletzung eines der Gesellschaft zustehenden Patentes zu stellen? **15**, 144. — 2) Ist der Prokurist, welcher ein Handelsgeschäft in Wirklichkeit als eigenes betreibt, während es nur zum Schein auf fremden Namen geführt wird und im Handelsregister eingetragen ist, für ordnungsmäßige Buchführung im Konkursfalle strafrechtlich verantwortlich? **25**, 121.

Promessenverkauf. Verbot nach dem preußischen Gesetz vom 25. Juni 1867. **3**, 116.

Prospekt, gedruckter. Ist ein gedruckter Prospekt eine Druckschrift im Sinne des französischen Gesetzes vom 27. Juli 1849? **9**, 137.

Prostituierte. 1) S. St.G.B. §§ 180—181a S. 107flg., § 361[6] S. 269. — 2) Verabreichen von Getränken durch Prostituierte. S. Gew.O. vom 21/6 69 § 33 Nr. 6, 7 S. 445.

Protestregister. Ist das Protestregister eines Notars eine öffentliche Urkunde? **1**, 426.

Protokoll. 1) Protokoll über die Hauptverhandlung. S. St.P.O. §§ 271—274 S. 368flg., § 254 S. 350. — 2) Protokoll über Einnahme eines richterlichen Augenscheins. S. St.P.O. § 86 Nr. 2—5 S. 309. — 3) Protokoll über richterliche Untersuchungshandlungen. Dessen Vorlegung an den Angeklagten. S. St.P.O. § 186 S. 325, § 223 Nr. 1 S. 330. — 4) Protokoll über die Vernehmung des vom Erscheinen in der Hauptverhandlung entbundenen Angeklagten. S. St.P.O. § 232 Nr. 6, 11, 13 S. 333flg. — 5) Verlesung von Protokollen in der Hauptverhandlung. S. St.P.O. § 248 Nr. 10—12, 16—20, § 249 Nr. 8—10, § 250, § 251 Nr. 1, 5—7, 10, § 252, § 253 S. 343flg. — 6) Welche Form erfordert eine Erklärung zu Protokoll des Gerichtsschreibers? S. St.P.O. § 341 S. 390, § 381 Nr. 9 S. 401, § 385 Nr. 16—21 S. 403. — 7) Ist das Protokoll, welches der württembergische Ortsvorsteher im Verfahren bei Erlaß polizeilicher Strafverfügungen im Auftrage der Polizeibehörde über die Vernehmung eines Zeugen aufnimmt, eine öffentlicheUrkunde? **25**, 223.

Protokollführer. 1) Gibt die Mitwirkung eines gesetzlich ausgeschlossenen Protokollführers einen Revisionsgrund? **13**, 76. — 2) Dürfen Referendare in Preußen als Protokollführer fungieren? **1**, 138.

Provinzialfeuersozietät. Ist die Kasse drr Provinzialfeuersozietät für Schlesien eine öffentliche Kasse? **23**, 263.

Prozeßakten. Wann sind Prozeßakten herbeigeschaffte Beweismittel, deren Verlesung erfolgen muß? S. St.P.O. § 244 Nr. 11, 12, 14 S. 340flg.

Prozession. Sind die öffentlichen Straßen, durch welche sich herkömmlich kirchliche Prozessionen bewegen, während der betreffenden Zeit zu religiösen Versammlungen bestimmte Orte? **28**, 303.

Publikation des Urteils als Nebenstrafe. S. St.G.B. § 165 S. 97, § 200 S. 126flg.; Nahrungsmittelgesetz vom 14/5 79 § 16 S. 523; Markenschutzgesetz vom 30/11 74 § 17 S. 498.

Punktation. Stempelpflicht. S. preußisches Gesetz vom 7/3 22 Tarif unter „Kaufverträge“ Nr. 1, 2 S. 579.

Q

Quacksalberei. S. St.G.B § 367³ S. 272.
Querulieren. Strafbarkeit in Preußen. S. preußische A.G.O. vom 7/7 1793 Nr. 1—3 S. 573.
Quittungskarte der Invaliditäts- und Altersversicherung. 1) Unzulässige Einträge. S. Gesetz vom 22/6 89 § 151 S. 543. — 2) Wann müssen die Marken eingeklebt werden? **35**, 121. — 3) Kann die Fälschung unter St.G.B. § 363 fallen? **23**, 335; **24**, 348.

R

Rabbiner. Anstellung ausländischer Juden als Rabbiner. S. preußisches Gesetz vom 23/7 47 S. 584.
Rapier. Ist das Rapier eine Waffe im Sinne des Sozialistengesetzes § 28? **5**, 114.
Ratsschreiber. In welchem Umfang ist der Ratsschreiber in Baden ein zur Aufnahme öffentlicher Urkunden befugter Beamter? **5**, 246; **13**, 393.
Raub. S. St.G.B. §§ 249—252 S. 162 flg.
Raufhandel. S. St.G.B. § 227 S. 138, § 367¹⁰ S. 273.
Raum, umschlossener. Begriff. S. St.G.B. § 243 Nr. 8—15 S. 151.
Realkonkurrenz. S. St.G.B. §§ 74—79 S. 51 flg.
Rechte, staatsbürgerliche. Delikte in Beziehung auf die Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte. S. St.G.B. §§ 105—109 S. 56.
Rechtmäßige Amtsausübung des Vollstreckungsbeamten und des Forst- und Jagdbeamten. S. St.G.B. § 113 Nr. 9—47 S. 59 flg., § 117 Nr. 11—18 S. 65 flg., § 137 Nr. 4—7 S. 79.
Rechtmäßige Rechtsausübung der Waldeigentümers, des Forst- und Jagdberechtigten und des Forst- und Jagdaufsehers. S. St.G.B. § 117 Nr. 19—30 S. 66 flg.
Rechtsanwalt. 1) Berufstätigkeit; Ehrengerichtliches Verfahren. S. Gesetz vom 1/7 78 S. 514. — 2) Gebühren. S. Gesetz vom 7/7 79. S. 523. — 3) Übermäßige Gebührenerhebung durch einen Rechtsanwalt. S. St.G.B. § 352 Nr. 5—7, 10, 11, 14 S. 261 flg. — 4) Prävarikation. S. St.G.B. § 356 S. 263. — 5) Der Rechtsanwalt als Verteidiger. S. St.P.O. §§ 139, 144 S. 315 flg. — 6) Unterzeichnung der Revisionsanträge durch einen Rechtsanwalt. S. St.P.O. § 385 Nr. 6—12 S. 402 flg. — 7) Ist „Rechtsanwalt" ein Titel im Sinne des St.G.B.'s § 360 Nr. 8? **34**, 271.
Rechtsbelehrung der Geschworenen. S. St.P.O. § 300 S. 382.
Rechtsbeugung (St.G.B. § 336) durch Erlaß polizeilicher Strafverfügungen. **25**, 276.
Rechtserheblichkeit einer Beurkundung. S. St.G.B. § 271 Nr. 9—45 S. 204 flg., § 348 Nr. 4, 13—30, 65—67 S. 251 flg.
Rechtsgeschäft, welches denselben wirtschaftlichen Zwecken dient, wie ein Darlehn, Begriff. S. St.G.B. § 302a Nr. 6—10 S. 230 flg.

Rechtshängigkeit. S. St.P.O. Buch II Abschnitt 1 „ne bis in idem“ S. 317 flg.
Rechtshülfe. S. G.V.G. §§ 160—168 S. 429 flg.
Rechtsirrtum. S. Irrtum.
Rechtskraft. S. St.P.O. Buch II Abschnitt 1 „ne bis in idem“ S. 317 flg.
Rechtsmittel. S. St.P.O. §§ 338—398 S. 389 flg.
Rechtsnorm. Verletzung einer Rechtsnorm als Voraussetzung für die Revision. S. St.P.O. § 376 Nr. 1—9 S. 394.
Rechtssache. Ist auch eine durch polizeiliche Strafverfolgung zu erledigende Sache eine Rechtssache im Sinne des St.G.B.'s § 336? **25**, 276.
Rechtsverhältnisse, bürgerliche. Beurteilung durch den Strafrichter. S. St.P.O. § 261 S. 355 flg.
Rechtsweg. S. Gerichtsbarkeit.
Rechtswidrigkeit. 1) Inwieweit ist objektive Rechtswidrigkeit Voraussetzung für die Bestrafung? S. St.G.B. Teil I Abschnitt 4 Nr. 4, 5 S. 27. — 2) Inwieweit ist das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit für den Dolus erforderlich? S. St.G.B. § 59 Nr. 20 flg. S. 32 flg. — 3) Über die Rechtswidrigkeit und deren Bewußtsein bei einzelnen Delikten. S. die betr. Delikte im syst. Reg.
Redakteur, verantwortlicher. 1) Strafrechtliche Haftbarkeit. S. **Gesetz** vom 7/5 74 § 6 Nr. 3, §§ 11, 20, 21 S. 487 flg. — 2) Inwieweit ist der verantwortliche Redakteur zur Wahrnehmung von Interessen dritter Personen oder bestimmter Personenkreise befugt? **5**, 239; **15**, 15; **23**, 285; **24**, 223, 304; **25**, 67, 355; **30**, 41; **33**, 50.
Referendar. 1) Ist der Referendar in Preußen zur Führung des Sitzungsprotokolls befugt? **1**, 138. — 2) Kann in Preußen dem Angeklagten in Fällen der notwendigen Verteidigung ein Referendar als Verteidiger trotz seines Widerspruchs dagegen bestellt werden, oder ist der Angeklagte befugt, die Bestellung eines Rechtsanwalts zu fordern? **33**, 330. — 3) Ist in Preußen die Anwesenheit eines dem Gericht zur Beschäftigung überwiesenen Referendars bei der Beratung und Abstimmung zulässig? **18**, 161. — 4) Ist in Preußen der Referendar, welcher von einer armen Partei als Vertreter bestellt worden ist, bei Wahrnehmung dieser seiner Funktion in Ausübung seines Berufes begriffen? **27**, 176.
Reformatio in pejus. S. St.P.O. § 372 S. 392, § 398 Nr. 5—9 S. 407.
Regeln der Baukunst. Zuwiderhandeln. S. St.G.B. § 330 S. 244.
Regentenmord. S. St.G.B. § 80 S. 53.
Regierung. Ist die Regierung als Staatseinrichtung im Sinne des St.G.B.'s § 131 anzusehen? **29**, 318.
Regierungspräsident in Preußen. 1) Ist der Regierungspräsident der Vorgesetzte des Landrats im Sinne des St.G.B.'s § 196? **21**, 430. — 2) Ist der Regierungspräsident berechtigt, für den Fiskus aus St.G.B. § 288 Strafantrag zu stellen, wenn die Vollstreckung eines auf Einziehung eines Jagdgewehrs lautenden Urteils vereitelt worden

ist? **15**, 164. — 3) Ist der Regierungspräsident zur Anstellung staatlicher Fischereiaufseher befugt? **25**, 112.
Register und Bücher, öffentliche. S. St.G.B. § 271 Nr. 11 flg. S. 204 flg., § 348 Nr. 9 flg., 75 flg. S. 252 flg., § 133 Nr. 3 S. 77.
Reichsangehörigkeit. S. Bundesgesetz vom 1/6 70 S. 470 flg.
Reichsbankdepotschein. Rechtliche Natur. Kann der Bevollmächtigte durch Einräumung eines Besitz- und Zurückbehaltungsrechts an einem Reichsbankdepotschein des Auftraggebers Untreue begehen? **26**, 111.
Reichsdruckerei. Ist die Reichsdruckerei eine Behörde, deren Zeugnisse in der Hauptverhandlung verlesen werden dürfen? **19**, 264.
Reichsgericht. 1) Zuständigkeit des Reichsgerichts in Strafsachen wegen Zuwiderhandlung gegen Vorschriften über die Erhebung von in die Reichskasse fließenden Abgaben und Gefällen. S. G.V.G. § 136 Nr. 2—5 S. 429. — 2) Zuständigkeit des Reichsgerichts für Beschwerden in Rechtshülfesachen. S. G.V.G. § 160 S. 429 flg. — 3) Zuständigkeit des Reichsgerichts bei Verbindung verschiedener Strafsachen. **31**, 125. — 4) Über bindende Kraft der Entscheidungen des Oberlandesgerichts für das Reichsgericht. S. Oberlandesgericht. — 5) Unzuständigkeit des Reichsgerichts im Verfahren wegen Festsetzung der Zeugengebühren. **7**, 420. — 6) Zuständigkeit des Reichsgerichts im Konsulargerichtsverfahren. S. Reichsgesetz vom 10/7 79 §§ 21,35 S. 523. — 7) Unzuständigkeit des Reichsgerichts als Revisionsgericht zur Verhängung der Untersuchungshaft. **3**, 421. — 8) Zuständigkeit des Reichsgerichts zur Vorentscheidung bei Verfolgung elsaß-lothringischer Beamten. S. E.G.z.G.V.G. § 11 S. 424. — 9) Wirkt der Abolitionserlaß eines deutschen Landesherrn auch für Strafsachen, die in der Revisionsinstanz beim Reichsgericht anhängig sind? **33**, 204 (**28**, 419).
Reichsrecht. Verhältnis zum Landesrecht. S. E.G.z.St.G.B. S. 3 flg., E.G.z.St.P.O. S. 287.
Reichsstempelabgaben. S. Gesetz vom 10/6 69 S. 441 (Wechselstempel), vom 3/7 78 S. 514 (Spielkartenstempel), vom 1/7 81, 29/5 85, 27/4 94, 14/6 00 S. 528 (Urkundenstempel).
Reichstag. 1) Wahrheitsgetreue Berichte über Verhandlungen des Reichstags. **15**, 32; vgl. **18**, 207. — 2) Unverantwortlichkeit und Immunität der Mitglieder des Reichstags. S. Reichsverfassung vom 16/4 71 Artt. 30, 31 S. 476 flg.; vgl. St.G.B. § 11 S. 8. — 3) Zeugenvernehmung der Mitglieder des Reichstags außerhalb der Hauptverhandlung. S. St.P.O. § 49 S. 298. — 4) Ist der Reichstag als Staatseinrichtung im Sinne des St.G.B.'s § 131 anzusehen? **29**, 318. — 5) Ist die Wahl zum Reichstag eine Staatsangelegenheit im Sinne des St.G.B.'s § 130a? **13**, 169.
Rekrut. 1) Wann beginnt der Militärgerichtsstand für ausgehobene Rekruten? **12**, 85. — 2) Gehören die vorläufig in die Heimat beurlaubten Rekruten zu den Soldaten im Sinne des St.G.B.'s § 141? **26**, 314.
Religion. 1) Vergehen, welche sich auf die Religion beziehen. S. St.G.B. §§ 166—168 S. 97 flg. — 2) Liegt eine intellektuelle Urkunden-

fälschung vor, wenn durch unrichtige Anmeldung im Geburtsregister eine falsche Eintragung bezüglich der Religion der Eltern bewirkt wird? **26**, 347.
Religionsdiener. S. Geistliche.
Religionsgesellschaft. Begriff. S. St.G.B. § 166 Nr. 15 S. 98, § 167 Nr. 2 S. 99.
Religiöse Versammlungen. Was ist ein zu religiösen Versammlungen bestimmter Ort? S. St.G.B. § 166 Nr. 29—32 S. 99, § 167 Nr. 3 S. 100.
Reliquie. Kann in der Beschimpfung der Ausstellung einer Reliquie das Vergehen des St.G.B.'s § 166 liegen? **22**, 238; **24**, 12.
Rendant als Beamter. S. St.G.B. § 359 Nr. 33, 34 S. 265.
Rentamt. Ist das bayerische Rentamt zur Zwangsvollstreckung wegen ärarialischer Holzverkaufserlöse zuständig? **24**, 389.
Reportgeschäft. Stempelpflicht. **12**, 284.
Republikanische Abzeichen. Verbot des Tragens republikanischer Abzeichen in Sachsen. **25**, 288.
Reservist. 1) Kann ein zu militärischer Übung einberufener Reservist Desertion begehen, auch wenn seine persönliche Wiedereinstellung in den Truppenteil nicht erfolgt ist? **23**, 81. — 2) Ist der Reservist, welcher sich durch vorübergehende Gesundheitsstörung für eine vierzehntägige Reserveübung dienstunfähig macht, nach St.G.B. § 142 zu bestrafen? **33**, 280.
Res judicata. S. St.P.O. Buch II Abschnitt 1 „ne bis in idem". S. 317flg.
Restaurationsgeschäft. Muß ein Vollkaufmann auch hinsichtlich eines neben seinem Hauptgewerbe betriebenen Restaurationsgeschäfs Handelsbücher führen? **25**, 170.
Restitution (Wiedereinsetzung in den vorigen Stand). S. St.P.O. § 44 S. 297.
Retentionsrecht. Verletzung eines fremden Retentionsrechts an der eigenen Sache. S. St.G.B. § 289 Nr. 32—46 S. 222flg.
Reue, tätige. 1) Im allgemeinen. S. St.G.B. § 46 S. 15flg. — 2) Beim Meineid und fahrlässigen Falscheid. S. St.G.B. § 163 Nr. 22—37 S. 93flg. — 3) Bei Brandstiftung. S. St.G.B. § 310 S. 237.
Reuß. Vgl. das Gesetzesverzeichnis.
Revision. S. St.P.O. §§ 374—398 S. 393flg.
Richter. 1) Ausschließung und Ablehnung eines Richters. S. St.P.O. §§ 22—32 S. 290flg. — 2) Darf ein Richter über die Art und Weise, wie ein Urteil, bei dem er beteiligt war, zustande gekommen ist, als Zeuge vernommen werden? **26**, 202. — 3) Ist der Bericht eines Richters über eine im Auftrage des Oberlandesgerichtspräsidenten bei einem Notar vorgenommene Revision eine öffentliche Urkunde einer öffentlichen Behörde, die in der Hauptverhandlung verlesen werden darf? **26**, 138. — 4) Vgl. auch Assessor, Amtsrichter, Landgericht.

Richterliche Handlung, welche die Verjährung unterbricht. Begriff und Wirkung. S. St.G.B. § 68 S. 43 flg.

Rinderpest. S. Gesetz vom 7/4 69 S. 438, vom 21/5 78 S. 512.

Rock, heiliger, zu Trier als Reliquie. Kann die Beschimpfung ein Vergehen gegen St.G.B. § 166 sein? **22**, 238; **24**, 12.

Rohrpostanlagen. Waren Rohrpostanlagen schon vor dem Reichsgesetz vom 13. Mai 1891 durch St.G.B. §§ 317, 318 geschützt? **4**, 406.

Rostock. Ist die Universität Rostock zur Abnahme eidesstattlicher Versicherungen über die Autorschaft von Doktordissertationen befugt? **17**, 208.

Rückanwendung der Strafgesetze. S. St.G.B. § 2 S. 5 flg.

Rückfall. S. St.G.B. §§ 244, 245 S. 155 flg., § 264 S. 185; Gesetz vom 15/6 97 § 14 S. 558.

Rückkehr, unerlaubte, trotz Ausweisung. S. St.G.B. § 361 ^{2} S. 269.

Rücktritt vom Versuch. S. St.G.B. § 46 S. 15 flg.

Ruhen der Verjährung. S. St.G.B. § 69 S. 45 flg.

Ruhestörender Lärm. S. St.G.B. § 360 ^{11} S. 267 flg.

S

Sachbeschädigung. S. St.G.B. §§ 303—305 S. 233 flg.

Sache. 1) Fremde bewegliche Sache als Gegenstand des Diebstahls und der Unterschlagung. S. St.G.B. § 242 Nr. 1—19 S. 145 flg., § 246 Nr. 2—37 S. 156 flg. — 2) Gepfändete Sachen als Gegenstand des Arrestbruchs. S. St.G.B. § 137 Nr. 1—3 S. 79.

Sachsen. Königreich. S. syst. Reg. S. 605 flg. Vgl. auch das Gesetzesverzeichnis.

— Herzogtümer. S. syst. Reg. S. 606. Vgl. auch das Gesetzesverzeichnis.

Sachverständige. 1) S. St.P.O. §§ 72—81 S. 307 flg. — 2) Zulässigkeit der Verlesung ärztlicher Gutachten an Stelle der Vernehmung des Arztes als Sachverständigen. S. St.P.O. § 255 Nr. 16—21 S. 351. — 3) Darf ein Sachverständiger, welcher zugleich als Zeuge vernommen werden soll, bei der Verlesung des Eröffnungsbeschlusses und der Vernehmung des Angeklagten anwesend sein? **22**, 434. — 4) Darf dem Sachverständigen in der Hauptverhandlung bei seiner Vernehmung das von ihm früher erstattete Gutachten zur Einsichtnahme übergeben werden? **5**, 129. — 5) Ist das Gericht an das Gutachten der Sachverständigen bezüglich der Frage, ob Geisteskrankheit vorliegt, gebunden? **7**, 425. — 6) Darf die Vernehmung eines Sachverständigen, nachdem sich das Gericht zur Beratung des Urteils zurückgezogen hat, im Beratungszimmer ohne Zuziehung der Prozeßbeteiligten stattfinden? **17**, 287. — 7) Bildet das in einer gerichtlichen Voruntersuchung erstattete Gutachten eines Sachverständigen ein amtliches Schriftstück im Sinne des Preßgesetzes § 17? **9**, 193.

Sachverständigenverein. Ist der literarische Sachverständigenverein eine öffentliche Behörde, deren Gutachten in der Hauptverhandlung verlesen werden dürfen? **22**, 258.

Salizylsäure. Zusatz von Salizylsäure beim Bier als Fälschung. **13**, 97.
Salzabgabe. S. bayerisches Gesetz vom 16/11 67 S. 563.
Salzsteuer. S. Gesetz vom 12/10 67 S. 434.
Sammelwerk, Urheberrecht. S. Gesetz vom 11/6 70 § 2, § 7 Nr. 1, 2 S. 471 flg.
Schaden. 1) Vermögensschaden als Tatbestandsmerkmal beim Betrug. S. St.G.B. § 263 Nr. 56 flg. S. 178 flg. — 2) Schadenzufügung bei der Urkundenfälschung. S. St.G.B. § 268 Nr. 11, 12 S. 201. — 3) Was bedeutet „weiterer Schaden" im St.G.B. § 310? **1**, 375. — 4) Ist im St.G.B. § 326 unter Schaden nur solcher an Leben und Gesundheit oder auch sachlicher Schaden zu verstehen? **8**, 218.
Schankwirtschaft. S. Gewerbeordnung vom 21/6 69 § 33 S. 445.
Schatz. Eigentumserwerb daran; Möglichkeit einer Unterschlagung oder eines Diebstahls. 1) Nach P.A.L.R. **1**, 16; **31**, 317. — 2) Nach französischem Recht. **21**, 270.
Schaustellungen. Kann die Veranstaltung einer öffentlichen Ausspielung als „Darbietung von Schaustellungen" im Sinne der Gew.O. § 55 aufgefaßt werden? **14**, 89.
Scheck. 1) Voraussetzung der Stempelfreiheit. **18**, 154; **23**, 216. — 2) Über Urkundenfälschung durch Unterzeichnung mit falschem Namen. S. St.G.B. § 267 Nr. 110 S. 196.
Scheingeschäft. 1) Kann in dem Abschluß eines Scheinverkaufs in Verbindung mit nachfolgender Leistung des Offenbarungseides ein Beiseiteschaffen im Sinne des St.G.B.'s § 288 gefunden werden? **27**, 213. — 2) Wirkung einer simulierten Darlehns- und Hypothekenverschreibung. **3**, 344.
Scherz. Wird der Tatbestand der Beleidigung schon durch die Feststellung ausgeschlossen, daß der Täter im Scherz gehandelt hat? **12**, 140.
Schiedsmann. S. preußisches Gesetz vom 29/3 79 S. 596.
Schießen an bewohnten Orten. Verhältnis zur Körperverletzung und fahrlässigen Tötung. **4**, 243; vgl. **9**, 124.
Schießgewehr. 1) Drohung mit Schießgewehr als Qualifikationsgrund beim Widerstand gegen die Staatsgewalt. S. St.G.B. § 117 Nr. 37, 38 S. 68. — 2) Ist der Forstschutzbeamte im Königreich Sachsen befugt, das zum Forst gehörige Jagdrevier auch gegen den Willen des Jagdpächters mit einem Schießgewehr zu betreten? **3**, 14.
Schießmittel. Unterschied von sonstigen Sprengstoffen. **27**, 119.
Schiff. 1) Kann ein Schiff als Wohnung oder befriedetes Besitztum angesehen werden? **13**, 312. — 2) Ist ein Schiff oder eine verschlossene Schiffskajüte als Gebäude im Sinne des St.G.B.'s § 243 anzusehen? **4**, 433; **8**, 364; **33**, 371. — 3) Gewahrsam an den Sachen, die sich auf einem gestrandeten, von der Besatzung verlassenen Schiff befinden. Ist deren Aneignung Diebstahl, oder Unterschlagung? **10**, 84. — 4) Gefährdung eines Schiffes, Behinderung in der Fahrt 2c. S. St.G.B. § 321 Nr. 3, §§ 323, 326 S. 241. — 5) Vorschriften zur Verhütung des Zusammenstoßens von Schiffen. S. Gesetz vom $\frac{7/1\ 80}{9/5\ 97}$ S. 526.

Schiffer, Schiffsmannschaft. S. Gesetz vom 27/12 72 S. 485.

Schiffsregister. Art der Eintragung der Kauffahrteischiffe ins Schiffsregister. **7**, 65.

Schlächtermeister. Unter welchen Voraussetzungen kann ein Schlächtermeister auch ohne fabrikmäßigen Betrieb als Vollkaufmann angesehen werden? **31**, 178.

Schlachthäuser in Preußen. Befugnis durch städtisches Regulativ den Absatz auswärts geschlachteten Viehes zu beschränken. **18**, 351.

Schläger als tödliche Waffe beim Zweikampf. **1**, 443; **6**, 61; **7**, 29; **8**, 87.

Schlägerei. 1) S. St.G.B. § 227 S. 138, § 231 Nr. 2 S. 140, § 367[10] S. 273. — 2) Wer sind die bei einer Schlägerei Beteiligten im Sinne der St.P.O. § 56 Nr. 3? **17**, 116; **27**, 266; **7**, 331.

Schleppdampfer. Finden die Vorschriften der Verordnung vom 7. Januar 1880 zur Verhütung des Zusammenstoßes von Schiffen auch auf Schleppdampfer Anwendung? **27**, 36.

Schleswig-Holstein. Vgl. das Gesetzesverzeichnis (Preußen).

Schleusenmeister. Sind Schleusenmeister Beamte? **14**, 345.

Schlingen. Besonderheit des Kaninchenfangs mit Schlingen in Preußen. **24**, 326.

Schlüssel. Gebrauch falscher Schlüssel als Qualifikationsgrund beim Diebstahl. S. St.G.B. § 243[3] Nr. 35 flg. S. 153.

Schlußnoten. Stempelpflicht. S. Gesetz vom 1/7 81 Tarifpos. II S. 529; vom $\frac{1/7\ 81}{3/6\ 85}$ § 10 S. 530; vom $\frac{1/7\ 81}{27/4\ 94}$ Tarif Nr. 4 S. 532.

Schmalz. 1) Versteht das Reichsgesetz vom 12. Juli 1887 unter „Butter" und „Milchbutter" auch die unter dem Namen Schmalz im Verkehr befindliche gereinigte Butter? **20**, 14. — 2) Kann ein Kunstprodukt aus Talg und Speiseöl als „nachgemachtes Schweineschmalz" bezeichnet werden? **25**, 182.

Schmuggel. S. Vereinszollgesetz vom 1/7 69 §§ 134—164 S. 459 flg.

Schneider. Wann geht der Gewerbebetrieb eines Schneiders, der keinen Laden hält, über den Umfang des Handwerksbetriebs hinaus? **1**, 379.

Schöffengericht, Zuständigkeit. 1) Fällt unter Einziehung im Sinne des G.V.G.'s § 27 Nr 2 auch die Nebenstrafe der Verfallerklärung? **12**, 75. — 2) Verletzt das Landgericht durch Aburteilung einer zur absoluten Zuständigkeit des Schöffengerichts gehörigen Sache die Grenzen sachlicher Zuständigkeit? **16**, 39. — 3) Vgl. auch Amtsgericht.

Schornstein. Ist ein beim Brande eines Hauses stehen gebliebener Schornstein als Bauwerk im Sinne des St.G.B.'s § 305 anzusehen? **27**, 420.

Schrifteigentum. Gesetz vom 11/6 70 S. 471.

Schriften. 1) Verbreitung von Schriften beim Hochverrat. S. St.G.B. § 85 Nr. 2 S. 54 — bei der Aufforderung zum Ungehorsam. S. daselbst § 110 Nr. 10, 11 S. 57. — 2) Verbreiten, Ausstellen und Ankündigen von unzüchtigen Schriften. S. St.G.B. § 184 Nr. 11, 12, 21 S. 112 flg. — 3) Unbrauchbarmachung von Schriften, Urteil hierauf. S. St.G.B. §§ 41, 42 S. 11 flg.

Schriftliche Mitteilungen, Beschlagnahme. S. St.P.O. § 97 S. 310.

Schriftlichkeit. 1) Schriftlichkeit des Strafantrags. S. St.P.O. § 156 Nr. 4—6 S. 323. — 2) Schriftlichkeit der Einlegung und der Begründung der Revision und der Anschlußerklärung des Nebenklägers. S. St.P.O. § 381 Nr. 5, 6 S. 401, § 385 Nr. 15 S. 403, § 436 Nr. 2—4 S. 412 flg.
Schriftstück. 1) Zulässigkeit der Verlesung eines Schriftstücks in der Hauptverhandlung. S. St.P.O. §§ 248—253 S. 342 flg. — 2) Vorzeitige Veröffentlichung amtlicher Schriftstücke eines Strafprozesses. S. Preßgesetz vom 7/5 74 § 17 S. 489.
Schriftenvergleichung. S. St.P.O. § 93 S. 310.
Schriftwerke. Urheberrecht. S. Gesetz vom 11/6 70 S. 471, vom 19/6 01 S. 559.
Schuldausschließungsgründe. S. St.G.B. §§ 51 flg. S. 26 flg.
Schuldeneinziehungs- und Auskunftsbureau. Inwieweit gewährt St.G.B. § 193 einem Schuldeneinziehungs- und Auskunftsbureau Schutz gegen die Bestrafung wegen Nötigung durch Androhung einer Beleidigung? **6**, 406; **10**, 361.
Schuldschein. 1) Ist die Wegnahme eines Schuldscheins als Diebstahl, oder als Urkundenunterdrückung anzusehen? **8**, 79. — 2) Kann ein Schuldschein Gegenstand der Hehlerei sein? **12**, 313. — 3) Kann die Benutzung eines bezahlten aber nicht zurückgegebenen Schuldscheins als Beweismittel bei wiederholter Einklagung Betrug sein? **16**, 193.
Schuldverschreibung auf den Inhaber. 1) Unbefugte Ausgabe (St.G.B. § 145 a). **33**, 329. — 2) Beseitigung des Außerkurssetzungsverkehrs auf einer Schuldverschreibung als Urkundenfälschung. **20**, 6.
Schule. 1) Züchtigungsrecht des Lehrers. S. St.G.B. § 340 Nr. 5—20 S. 248 flg., § 223 Nr. 14 S. 135. — 2) Züchtigungsrecht des Schulpatrons (Schulvorsteher). **9**, 204.
Schulentschuldigungszettel. Ist der Schulentschuldigungszettel eine beweiserhebliche Urkunde? **21**, 187.
Schüler. Vornahme unzüchtiger Handlungen mit Schülern durch Geistliche, Lehrer und Erzieher. S. St.G.B. § 174 Nr. 11 flg. S. 104.
Schulkassenrendant. Ist der Schulkassenrendant in Preußen Beamter? **4**, 379; **15**, 244.
Schultheiß, Schulze. Befugnis zur Ausstellung öffentlicher Urkunden. **4**, 246 (Westpreußen); **25**, 69 (Württemberg).
Schulzeugnis. Ist das von der Schulinspektion über die geistige Kapazität ausgestellte Zeugnis ein Leumundszeugnis, das in der Hauptverhandlung nicht verlesen werden darf? **1**, 234.
Schutzmann. Kann durch eine einem Schutzmann erstattete Anzeige das Vergehen der falschen Anschuldigung begangen werden? S. St.G.B. § 164 Nr. 2—4 S. 95.
Schutzmarke. Gesetz vom 30/11 74 S. 495; vom 12/5 94 S. 547.
Schwägerschaft. Begriff. S. St.G.B. § 52 Nr. 6, 7 S. 28, § 173 Nr 1—3 S. 103; St.P.O. § 51 Nr. 13—15 S. 299; vgl. **21**, 257.
Schwan. Gehört der wilde Schwan in der Mark Brandenburg zu den jagdbaren Tieren? **21**, 341.

Schweinefleisch. Beschränkungen und Verbot der Einfuhr von Schweinefleisch. S. Gesetz vom $\frac{23/6\ 80}{1/5\ 94}$ § 7 Nr. 2, §§ 65—67 S. 527; V.O. vom 6/3 83 S. 533.

Schweineschmalz. Kann ein Kunstprodukt aus Talg und Speiseöl als „nachgemachtes Schweineschmalz" bezeichnet werden? **25**, 182.

Schweiz. Auslieferung S. Vertrag vom 24/1 74 S. 486.

Schwerhörigkeit. Wie ist die Hauptverhandlung mit einem schwerhörigen Angeklagten zu führen? **15**, 172.

Schwurgericht. S. Geschworene.

See. 1) Ist die „offene See" eine Wasserstraße im Sinne des St.G.B.'s § 243[4]. **33**, 57. — 2) Nach welchem Recht ist eine auf hoher See in einem deutschen Schiff begangene Körperverletzung zu bestrafen? **23**, 266.

Seemannsamt. Wird durch den Strafbescheid eines Seemannsamtes die Strafklage verbraucht? **22**, 232.

Seemannsordnung. S. Gesetz vom 27/12 72 S. 485.

Seestraßenrecht. S. Verordnung vom 7/1 80 S. 526.

Sehvermögen. Wann ist das Sehvermögen verloren im Sinne des St.G.B.'s § 224? **14**, 4, 118; **27**, 80.

Sektion. S. Leichenschau und Leichenöffnung.

Sekundant. Ist der, der im Auftrage des Herausgeforderten mit dem Beauftragten des Herausforderers die Bedingungen des Zweikampfs feststellt, Sekundant im Sinne des St.G.B.'s § 209? **25**, 81.

Selbstbefreiung. Erfüllt intellektuelle Beihülfe zur Selbstbefreiung eines Gefangenen den Tatbestand des St.G.B.'s § 120? **25**, 65.

Selbstgeschoß. Legen von Selbstgeschossen an bewohnten Orten (St.G.B. § 367[8]). **9**, 124.

Selbsthülfe. S. St.G.B. § 53 Nr. 14—22 S. 29.

Selbstkosten. Was ist unter Selbstkosten im Sinne der Gewerbeordnung § 115 zu verstehen? **27**, 321.

Sequester. Ist der Sequester zur Stellung des Strafantrages wegen eines Vergehens gegen St.G.B. § 289 berechtigt, wenn der Mietvertrag, auf dem das verletzte Pfandrecht beruht, vor Einleitung des Sequestrationsverfahrens geschlossen worden ist? **23**, 344.

Sequestration. Umfang der durch die Sequestration bewirkten Beschlagnahme. **28**, 307, 379.

Siechtum. Begriff im Sinne des St.G.B.'s § 224. **12**, 127.

Siegel. 1) Verletzung amtlicher Siegel. S. St.G.B. § 136 S. 78. — 2) Benutzung eines amtlichen Siegels als Amtsanmaßung. **27**, 418.

Silberwaren. Bestimmung des Feingehalts. S. Gesetz vom 16/7 84. S. 538.

Simuliertes Geschäft. S. Scheingeschäft.

Simultangründung. Erstreckt sich die Anzeigepflicht des Emittenten im Reichsstempelgesetz vom $\frac{1/7\ 81}{29/5\ 85}$ § 4 Abs. 1 auch auf den Fall der Simultangründung einer Aktiengesellschaft? **25**, 145.

Siphons. Sind Siphons Trinkgeschirre im Sinne des Nahrungsmittelgesetzes? **20**, 333.
Sistierung. S. Festnahme.
Sittliche Motive. Berechtigen sittliche Motive zur Wahrnehmung von Interessen Dritter im Sinne des St.G.B.'s § 193? **25**, 67 (**5**, 121).
Sittlichkeit. Delikte wider die Sittlichkeit. S. St.G.B. §§ 171—184 S. 102 flg.
Sitzungspolizei. S. G.V.G. §§ 177—181 S. 431.
Sitzungsprotokoll. 1) S. St.P.O. §§ 271—274 S. 368, § 254 S. 350. — 2) Vgl. Protokoll.
Sodomie. S. St.G.B. § 175 Nr. 6, 7 S. 106.
Soldatenbrief. Portofreiheit. S. preußische Kabinettsorder vom 28/1 68. S. 591.
Soldatenstand. Einfluß auf die Zuständigkeit des Civilgerichts oder Militärgerichts. 1) S. preußisches Gesetz vom 3/4 45 S. 583 flg.; bayerisches Gesetz vom 29/4 69 S. 564; vom 18/8 79 S. 565; Reichsgesetz vom 20/6 72 S. 484; vom 2/5 74 S. 486; vom 3/5 90 S. 544; vom 1/12 98 S. 558. — 2) Vgl. auch Militärgerichtsbarkeit Nr. 2 und 3.
Sonntagsruhe. S. Gewerbeordnung vom 21/6 69 §§ 105a—105c, 146a S. 448, 454; sächsisches Gesetz vom 10/9 70 S. 605.
Sonntagsschule. 1) Ist das Konsistorium in Altpreußen zum Strafantrag wegen einer Beleidigung gegen den Leiter oder Lehrer einer Sonntagsschule befugt? **4**, 205. — 2) Hat in Württemberg der Volksschullehrer ein Züchtigungsrecht gegenüber den Sonntags- und Winterabendschülern? **28**, 85.
Sozialdemokratie. 1) S. Sozialistengesetz vom 21/10 78 S. 515. — 2) Wann kann grober Unfug in der Beteiligung an einer sozialdemokratischen Kundgebung gefunden werden? **23**, 207. — 3) Kann die Aufforderung an vorläufig beurlaubte Rekruten, nach ihrem bevorstehenden Eintritt in das Heer, die sozialdemokratischen Lehren während ihrer Dienstzeit unter ihren Kameraden zu verbreiten, den Tatbestand des St.G.B.'s § 110 erfüllen? **27**, 407.
Sparkasse. 1) Kann der Vorstand einer städtischen Sparkasse in Preußen als Kurator im Sinne des St.G.B.'s § 266 Nr. 1 angesehen werden? **24**, 109. — 2) Ist die Verwaltung einer städtischen Sparkasse in Preußen eine beleidigungsfähige Behörde? **6**, 247.
Sparkassenbuch. 1) Diebstahl, Unterschlagung. S. St.G.B. § 242 Nr. 50—52 S. 149, § 246 Nr. 61 S. 161. — 2) Kann das vom Dieb eines Sparkassenbuchs durch Erhebung des Guthabens einkassierte Geld Gegenstand der Hehlerei werden? **26**, 317.
Spediteur. Haftet der Spediteur strafrechtlich für den Transport von Sprengstoffen, die er im Auftrage eines ausländischen Versenders zwecks weiterer Ausführung in Empfang genommen hat? **27**, 119.
Spiel. Begriff im Sinne der K.O. § 210 (240) Nr. 1. **15**, 277; **27**, 180.
Spielen in auswärtigen Lotterien. S. preußisches Gesetz vom 29/7 85 S. 600 flg.

Spielkartenstempel. S. preußisches Gesetz vom 23/12 67 S. 591; Reichsgesetz vom 3/7 78 S. 514 flg.

Spiritus. Wie ist der Stempel für Käufe von Spiritus zu berechnen, mit oder ohne Berücksichtigung des Preises für das Gebinde? **19**, 374.

Sprengstoff. S. Gesetz vom 9/6 84 S. 535; Bundesratsbeschluß vom 13/3 85 S. 538; preußische Verordnung vom 11/9 84 S. 600, vom 19/10 93 S. 603.

Spruchliste der Geschworenen. Mitteilung an den Angeklagten. S. St.P.O. § 277 S. 372.

Staatsangehörigkeit. S. Gesetz vom 1/6 70 S. 470.

Staatsangelegenheiten. Begriff. S. St.G.B. § 130a Nr. 1—3 S. 75.

Staatsanwaltschaft. 1) S. G.V.G. § 145 S. 429. — 2) Kann die Staatsanwaltschaft bei Verteilung der Geschäfte unter mehrere Strafkammern nach Anfangsbuchstaben der Beschuldigten die Anordnung der Namen mehrerer Beschuldigter nach eigenem Ermessen vornehmen? **28**, 215. — 3) Kann die Staatsanwaltschaft auf Entscheidung des Reichsgerichts im Falle des G.V.G.'s § 136 Abs. 2 auch antragen, wenn das Rechtsmittel weder von ihr eingelegt, noch gegen sie gerichtet ist? **7**, 326. — 4) Ist der Gerichtsassessor, welcher als Hülfsarbeiter der Staatsanwaltschaft Verfügungen ohne materielle Bedeutung entworfen oder getroffen hat, nach St.P.O. § 22 Nr. 4 inhabil? **7**, 236; **28**, 53. — 5) Kann der Beamte, der in der Hauptverhandlung die Staatsanwaltschaft vertritt, als Zeuge vernommen werden? **29**, 236. — 6) Kann der Strafantrag der beleidigten Staatsanwaltschaft von dem Ersten Staatsanwalt zu den eigenen Akten gestellt werden? **4**, 264. — 7) Muß die Ladung des Angeklagten zur Hauptverhandlung von der Staatsanwaltschaft, oder kann sie auch vom Gericht ausgehen? **18**, 76. — 8) Hat die Abwesenheit der Staatsanwaltschaft bei der Urteilsverkündung die Aufhebung des Urteils in der Revisionsinstanz zur Folge? **9**, 275. — 9) Ist es erforderlich, daß der erste Beamte der Staatsanwaltschaft, welcher im Laufe einer Hauptverhandlung neben dem während der ganzen Verhandlung fungierenden Beamten dieser Behörde auftritt, dem Gericht die Absicht der Mitwirkung zuvor erklärt hat und bei der vorangehenden Verhandlung amtlich gegenwärtig gewesen ist? **16**, 180. — 10) Wirken Beweisanträge der Staatsanwaltschaft auch zu gunsten des Angeklagten? **17**, 375. — 11) Darf ein gemäß St.P.O. § 169 von der Staatsanwaltschaft erlassener Bescheid seinem vollen Inhalte nach in der Hauptverhandlung verlesen werden? **24**, 263. — 12) Ist der Bericht eines Beamten der Staatsanwaltschaft über die Ergebnisse des Vorverfahrens ein nach St.P.O. § 255 verlesbares Zeugnis oder Gutachten? **2**, 301. — 13) Ist die Staatsanwaltschaft berechtigt, zu ihren Schlußausführungen das Wort so lange zu ergreifen, als es ihr angemessen erscheint? **11**, 135. — 14) Einlegung eines Rechtsmittels durch die Staatsanwaltschaft zu gunsten des Angeklagten. S. St.P.O. § 338 Nr. 1—3 S. 389, § 397 Nr. 3 S. 406. — 15) Beschränkung der Staatsanwaltschaft in der Befugnis zur Einlegung der Revision. S. St.P.O. §§ 378, 379 S. 399 flg. — 16) Sind die Revisions-

anträge nebst Begründung formgerecht angebracht, wenn die Staatsanwaltschaft dem Landgericht ein Schreiben übersendet, mit dem sie die durch den Sekretär der Staatsanwaltschaft beglaubigte Abschrift eines als „Revisionsschrift" bezeichneten, in Urschrift bei den Handakten der Staatsanwaltschaft verbliebenen Schriftsatzes überreicht? **34**, 137. — 17) Erhebung der öffentlichen Klage und Übernahme einer Privatklage durch die Staatsanwaltschaft bei Beleidigungen und Körperverletzungen. S. St.P.O. §§ 416, 417 S. 410 flg.

Staatsbürgerliche Rechte. Delikte in Beziehung auf die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte. S. St.G.B. §§ 105—109 S. 56.

Staatseinrichtungen. Verächtlichmachen. S. St.G.B. § 131 S. 75.

Staatsverträge. S. syst. Reg. und Gesetzesverzeichnis.

Stadtverordnetenversammlung. Ist die Stadtverordnetenversammlung eine politische Körperschaft im Sinne des St.G.B.'s § 197? **33**, 66.

Standesamt, Standesbeamter. S. Gesetz vom 6/2 75 S. 500.

Standesregister. 1) S. Gesetz vom 6/2 75 S. 500. — 2) Unterdrückung des Personenstandes durch unrichtige Anmeldung zum Standesregister. S. St.G.B. § 169 S. 101. — 3) Intellektuelle Urkundenfälschung durch Bewirkung falscher Eintragung zum Standesregister. S. St.G.B. § 271 Nr. 10—22, 47 S. 204 flg. — 4) Urkundenfälschung durch falsche Beurkundung im Standesregister. S. St.G.B. § 348 Nr. 32, 33 S. 254.

Stärkemehl. Ist Zusatz von Stärkemehl zu Würsten als Nahrungsmittelverfälschung anzusehen? **15**, 161.

Statistik des Warenverkehrs. S. Gesetz vom 20/7 79 S. 525.

Stauanlagen. 1) Wann ist die nach der Gewerbeordnung § 16 erforderliche Genehmigung einzuholen? **1**, 103. — 2) Ist die Herausnahme von Brettern einer Stauanlage ohne Substanzverlust Sachbeschädigung? **13**, 27.

Steine. 1) Begriff „bloß behauene Steine" und „grobe Steinmetzarbeiten" im Zolltarif. **26**, 170. — 2) Setzt das „Werfen von Steinen auf Menschen" im Sinne des St.G.B.'s § 366 Nr. 7 ein Treffen voraus? **3**, 306.

Stellvertreter. 1) Was gehört zum Eigentumserwerb durch Stellvertreter? **2**, 186; **26**, 389 (Pr.A.L.R.); **19**, 429 (sächsisches B.G.B.). — 2) Bedarf der Stellvertreter im Schankgewerbe einer Erlaubnis. Wann liegt Stellvertretung vor? **1**, 434; **3**, 418.

Stempel zur Entwertung von Postfreimarken, Stempelmarken, Versicherungsmarken ꝛc. Kann die Beseitigung Urkundenfälschung sein? **24**, 111; **18**, 286; **30**, 329; **32**, 116; vgl. **30**, 381.

Stempelabgaben. S. Gesetz vom 10/6 69 (Wechselstempel) S. 441; vom 3/7 78 (Spielkartenstempel) S. 514; vom 1/7 81, 29/5 85, 27/4 94, 14/6 00 (Urkundenstempel) S. 528; preußische Gesetze vom 7/3 22 S. 579 flg., 5/5 72 S. 592, 31/7 95 S. 604.

Stempelmarken. Verwendung falscher oder bereits verwendeter Stempelmarken. S. St.G.B. § 275 Nr. 1, 2, § 276 S. 210 flg.

Sterberegister. 1) S. Gesetz vom 5/2 75 §§ 56—60 S. 501. — 2) Unterdrückung des Personenstandes durch unrichtige Anmeldung zum Sterberegister. S. St.G.B. § 169 Nr. 1 S. 101. — 3) Intellektuelle Urkundenfälschung durch Bewirkung falscher Eintragungen

im Sterberegister. S. StGB. § 271 Nr. 12 S. 204. — 4) Urkundenfälschung durch unrichtige Eintragungen von seiten eines Beamten. S. St.G.B. § 348 Nr. 33 S. 254.

Steuerbeamter. Kann eine intellektuelle Urkundenfälschung darin gefunden werden, daß jemand durch unrichtige Angaben zu Protokoll des Steuerbeamten diesen veranlaßt, eine unwahre Bescheinigung über den Ursprung von Waren auszustellen. **27**, 350.

Steuerdelikte. 1) S. Reichsgesetze und Bundesratsverordnungen vom 8/7 68 S. 436flg., vom 19/7 79 S. 525, vom 24/6 87 S. 539flg., vom 27/9 87 S. 542, vom 18/11 92 S. 547 (Branntweinsteuer); vom 31/5 72 S. 482flg., vom 18/11 72 S. 485, vom 5/7 88 S. 532 (Brausteuer); vom 12/10 67 S. 434 (Salzsteuer); vom 10/6 69 S. 441, vom 3/7 78 S. 514, vom 1/7 81, 3/6 85, 27/4 94, 14/6 00 S. 528flg., vom 16/7 81 S. 533 (Stempelabgaben); vom 16/7 79 S. 525 (Tabaksteuer); vom 8/7 67 S. 434, vom 1/7 69 S. 457flg., vom 15/7 79 S. 523flg., vom 17/7 81 S. 533, vom 27/6 82 S. 533 (Zoll); vom 28/6 88 S. 542, vom 31/5 91 S. 544 (Zuckersteuer); badische Gesetze vom 28/2 45 S. 559 (Biersteuer) vom 20/6 84 S. 560 (Gewerbesteuer), vom 29/6 74 S. 560 (Kapitalrentensteuer); bayerische Gesetze vom 19/5 81 S. 566 (Gewerbesteuer), vom 15/8 28 S. 561 (Häusersteuer), vom 10/3 79 S. 565 (Hausierersteuer), vom 19/5 81 S. 566 (Kapitalrentensteuer), vom 16/5 68 S. 563 (Malzaufschlag), vom 16/11 67 S. 563 (Salzabgabe); elsaß-lothringisches Gesetz vom 5/5 80 S. 571 (Lizenzgebühren); hamburgisches Gesetz vom 5/5 76 S. 571 (Stempelabgabe); hessische Gesetze vom 24/9 87 S. 573 (Kapitalrentensteuer), vom 18/1 82 S. 572 (Wechselproteststempel); mecklenburg-schwerinisches Gesetz vom 8/6 87 S. 573 (Zinssteuer); preußische Gesetze und Kabinettsorders vom 8/2 19 S. 578, vom 10/1 24 S. 581 (Branntweinsteuer), vom 24/6 91 S. 602 (Einkommensteuer), vom 30/5 73 S. 593flg. (Erbschaftssteuer), vom 14/7 93 S. 603 (Ergänzungssteuer), vom 21/5 61 S. 590 (Gebäudesteuer), vom 30/5 20, S. 578, vom 24/6 91 S. 602 (Gewerbesteuer), vom 1/5 51 S. 588 (Klassen- und klassifizierte Einkommensteuer), vom 14/7 93 S. 603 (Kommunalabgaben), vom 23/12 67 S. 591 (Spielkartensteuer), vom 7/3 22 S. 578, vom 5/5 72 S. 592, vom 31/7 95 S. 604 (Stempelsteuer), vom 27/2 80 S. 597 (Wanderlagerbetrieb), vom 23/1 38 S. 582 (Zoll); Königlich sächsisches Gesetz vom 2/7 78 S. 606 (Einkommensteuer); sachsen-gothaisches Gesetz vom 12/12 33 S. 606 (Branntweinsteuer); württembergische Gesetze vom 19/9 52 S. 607 (Kapital-, Renten-, Dienst- und Berufseinkommensteuer), vom 9/7 27 S. 607 (Wirtschaftsabgaben). — 2) Verfahren. S. St.P.O. §§ 459—469 S. 416flg; G.V.G. § 136 Nr. 2—5 S. 429. — 3) Ist auf Nachentrichtung defraudierter Steuer zu erkennen? **32**, 304. — 4) Inwieweit wird für die Strafbarkeit der Verletzung von Steuergesetzen ein Verschulden erfordert? **35**, 309.

Steuererheber. Amtsunterschlagung durch den Steuererheber. S. St.G.B. § 350 Nr. 13, 14 S. 260.

Stimmzettel. Ist § 28 Abs. 2 des Sozialistengesetzes durch § 43 Abss. 3 u. 4 der Gewerbeordnung bezüglich des Verteilens von Stimmzetteln eingeschränkt? **21**, 33.
Stiefeltern. Vornahme unzüchtiger Handlungen mit den Stiefkindern. S. St.G.B. § 174 Nr. 7 flg. S. 104.
Störung des Gottesdienstes. S. St.G.B. § 167 S. 99.
Strafantrag. 1) S. Antrag auf Strafverfolgung. — 2) Welche ausländische Behörde ist zu dem nach St.G.B. § 4 Nr. 3 erforderlichen Antrage zuständig? **16**, 216.
Strafausschließungsgründe. S. St.G.B. §§ 51 flg. S. 26 flg.
Strafbare Handlung. S. Handlung.
Strafbarer Eigennutz. S. St.G.B. §§ 284—302e S. 212 flg.
Strafbefehl, Strafbescheid, Strafverfügung. 1) S. St.P.O. §§ 447—469 S. 416 flg. — 2) Verbrauch des Strafverfolgungsrechts durch amtsrichterlichen Strafbefehl ꝛc. S. St.P.O. Buch II Abschn. 1 „ne bis in idem“ Nr. 8—16 S. 318.
Strafen. S. St.G.B. §§ 13—42 S. 8 flg.
Straferhöhungsgrund. Wie muß eine Verneinung im Urteil festgestellt werden? **6**, 140.
Strafgesetz. 1) Änderung des Strafgesetzes. Anwendung des mildesten Strafgesetzes. S. St.G.B. § 2 S. 5. — 2) Wie ist das angewandte Strafgesetz im Urteil zu bezeichnen? Welche Bedeutung hat die Unterlassung? **19**, 213; **25**, 418; **32**, 351.
Strafgesetzbuch. Verhältnis zum Landesrecht. S. E.G.z.St.G.B. S. 3.
Strafkammer. 1) S. G.V.G. §§ 59—78, 98 S. 425 flg. — 2) Verletzt die Strafkammer durch Aburteilung einer zur absoluten Zuständigkeit des Schöffengerichts gehörigen Sache die Grenzen ihrer sachlichen Zuständigkeit? **16**, 39. — 3) Welchen Einfluß hat die Geschäftsverteilung auf die Zuständigkeit der Strafkammer? **23**, 234.
Strafklage. 1) Erhebung der Strafklage und deren Vorbereitung. S. St.P.O. §§ 151—170 S. 323 flg., §§ 416, 417 S. 410 flg. — 2) Verbrauch der Strafklage. S. St.P.O. Buch II Abschn. 1, „ne bis in idem“ S. 317 flg.
Strafmilderungsgrund. Jugendliches Alter als Strafmilderungsgrund. S. St.G.B. §§ 55—57 S. 29 flg.
Strafprozeßordnung. Verhältnis zum Landesgesetz. S. E.G.z.St.P.O. S. 287.
Strafregister. 1) Kann intellektuelle Urkundenfälschung durch falsche Einträge im Strafregister bewirkt werden? **3**, 204; **5**, 175. — 2) Sind die von den württembergischen Ortsvorstehern gefertigten Auszüge aus dem Strafregister öffentliche Urkunden? **26**, 413.
Strafumwandlung. S. St.G.B. §§ 21, 28, 29 S. 9 flg.
Strafurteil. 1) Beratung und Abstimmung. S. G.V.G. §§ 195, 196 S. 433. — 2) Abfassung und Verkündung. S. St.P.O. §§ 259, 266, 267, 275 S. 352, 364, 366, 371. — 3) Zuerkennung der Befugnis zur Bekanntmachung. S. St.G.B. § 165 S. 97, § 200 S. 126.

Strafverfahren, objektives. S. St.G.B. § 42; S. 11 St.P.O. §§ 477 bis 479 S. 419.
Strafverfügung. S. Strafbefehl.
Strafvollstreckung. S. St.P.O. §§ 483—494 S. 420.
Strafzumessung. 1) Dürfen bei der Strafzumessung auch solche Straffälle Berücksichtigung finden, wegen deren zwar freigesprochen wird, aber Verdacht bestehen bleibt? **23**, 91. — 2) Wann kann die Strafzumessung mittels Revision angefochten werden? **8**, 77; **23**, 91.
Strandung eines Schiffes. S. St.G.B. § 323 Nr. 3, § 326 Nr. 1 S. 241.
Streikpostenstehen. Ist ein Strafgesetz der Landesgesetzgebung gegen das Streikpostenstehen gültig? **34**, 121.
Subhastation. 1) Umfang der durch die Subhastation eintretenden Beschlagnahme. **1**, 368; **8**, 113 (Preußen); **8**, 422; **29**, 123 (Bayern). — 2) Dauer der durch die Subhastation eintretenden Beschlagnahme. **8**, 113; **31**, 80 (Preußen). — 3) Bedeutung der Subhastation für die Frage, ob die Zwangsvollstreckung droht. **1**, 37; **17**, 42.
Submission. Kann in dem Termin der Submission eine Erpressung durch Androhung der Unterbietung begangen werden? **3**, 429.
Submissionsverfahren. 1) Ist wegen Zolldelikten ein sog. Submissionsverfahren möglich, welches die weitere Bestrafung ausschließt? **26**, 319; **28**, 180. — 2) Muß im Falle des § 33 des preußischen Klassensteuergesetzes vom 1. Mai 1851 ein sog. Submissionsverfahren vorangehen? **14**, 293.
Subsidiäre Haftung für Steuer- und Zolldelikte. S. Vereinszollgesetz vom 21/6 69 § 153 S. 467; Branntweinsteuergesetz vom 8/7 68 § 66 S. 436; Gesetz betr. subsidiäre Haftung vom 8/7 68 S. 437; Gesetz vom 24/6 87 § 32 S. 540.
Surrogat. 1) Verwendung eines Tabakssurrogates. **14**, 145; **4**, 311. — 2) Verwendung von Stärkesirup statt Zuckers zum Einmachen von Früchten als Nahrungsmittelfälschung. **29**, 258.
Suspension eines katholischen Geistlichen. **9**, 305.
Süßstoffe. Verkehr mit künstlichen Süßstoffen. S. Gesetz vom 6/7 98 S. 558.
Sympathie. Ist die Aufforderung, einen Menschen durch Sympathiemittel zu töten, strafbar? **33**, 321.
Synagogenbeamte, Anstellung. S. preußisches Gesetz vom 23/7 47 S. 584.

T

Tabak. 1) Fälschung, Verwendung eines Surrogats. **4**, 311; **14**, 145. — 2) Ist Tabak ein Genußmittel im Sinne des § 370[5] St.G.B.'s? **5**, 289.
Tabaksteuer. S. Gesetz vom 16/7 79 S. 525.
Tagegelder der Notare in Hannover. **16**, 60.
Tanzverbot. Ist der Amtsvorsteher in Preußen zum Erlasse eines Tanzverbots befugt? **8**, 321.

Tat. 1) S. Handlung. — 2) Wer sind die Beteiligten an derselben Tat? S. St.P.O. § 56 Nr. 13—28 S. 302flg., § 498 Nr. 7, 8 S. 422.

Täterschaft. S. St.G.B. Teil I Abschnitt 3 Nr. 19—23 S. 18.

Tatsachen. 1) Behauptung erdichteter Tatsachen, um Staatseinrichtungen verächtlich zu machen. S. St.G.B. § 131 Nr. 1 S. 75. — 2) Behauptung ehrenrühriger Tatsachen in Bezug auf einen anderen. S. St.G.B. §§ 186, 187 S. 115flg. — 3) Vorspiegelung falscher Tatsachen beim Betrug. S. St.G.B. § 263 Nr. 25—54 S. 176flg.

Tatumstände, besondere, welche nur einem von mehreren Teilnehmern zuzurechnen sind. S. St.G.B. § 50 S. 26.

Tauben. Unter welchen Voraussetzungen ist im Gebiete des P.A.L.R.'s die Wegnahme frei umherfliegender Tauben Diebstahl? **12**, 308; **13**, 341; **20**, 271.

Taubstumme. 1) Wie ist die Verhandlung mit taubstummen Angeklagten zu führen? **3**, 29; **31**, 313. — 2) Muß bei Verurteilung eines Taubstummen ausdrücklich die zur Erkenntnis der Strafbarkeit erforderliche Einsicht festgestellt werden? **23**, 351.

Taufregister. Sind die Taufregister im Gebiete des P.A.L.R.'s noch jetzt öffentliche Urkunden? **22**, 118.

Taufzeugnis. 1) Das Taufzeugnis als Legitimationspapier im Sinne des St.G.B.'s § 363. **12**, 385; **13**, 65; **29**, 241. — 2) Ist das Taufzeugnis des Pfarrers einer katholischen Kirchengemeinde eine öffentliche Urkunde? **29**, 241.

Täuschung. 1) Täuschung beim Betrug. S. St.G.B. § 263 Nr. 25—55 S. 176flg. — 2) Gebrauchmachen von einer Urkunde zwecks Täuschung. S. St.G.B. § 267 Nr. 134—150 S. 198flg.

Täuschungsbezeichnungen. 1) Bezüglich eines Patentes. S. Gesetz vom 25/5 77 / 7/4 91 § 40 S. 512. — 2) Als unlauterer Wettbewerb. S. Gesetz vom 27/5 96 § 4 S. 552.

Taxe. 1) Ist die Taxe eines Grundstückes eine zum Beweise von Rechten erhebliche Privaturkunde? **24**, 114. — 2) Ist die Taxe eines bayerischen Hypothekenschätzers eine öffentliche Urkunde? **13**, 112.

Technische Fragen. Muß der Richter für technische Fragen notwendig Sachverständige heranziehen? **3**, 176; **25**, 326.

Teilnahme. 1) Teilnahme an einer strafbaren Handlung. S. St.G.B. §§ 47—50 S. 18flg. — 2) Teilnahme an einer unerlaubten Verbindung. S. St.G.B. §§ 128, 129 S. 73flg.

Telegramm. S. Depesche.

Telegraphenanlagen, Telephonanlagen. Beschädigung oder Veränderung. S. St.G.B. §§ 317—318a S. 240flg.

Tenor des Urteils, Fassung. S. St.P.O. § 259 Nr. 1—5 S. 352flg.

Testament. Kann einem mit Unterschrift versehenen Entwurfe eines Testaments durch Ausfüllung einer Lücke ein urkundlicher Inhalt gegeben werden? Liegt in der Übergabe dieses Entwurfs an den Testator

in Hinblick auf die voraussichtliche Niederlage bei Gericht ein Gebrauchmachen zum Zwecke der Täuschung? **26**, 138.

Ticket. Sind die von der Verwaltung eines Totalisators ausgegebenen Tickets beweiserhebliche Urkunden? **26**, 302; **28**, 401.

Tier, jagdbares. Begriff. S. St.G.B. § 292 Nr. 4—6, 9, 27—39 S. 225 flg.

Tierarzt. Befugnis zum Erlasse von Absperrungsmaßregeln gegen Viehseuchen, Mitwirkung bei deren Erlaß. S. St.G.B. § 328 Nr. 10, 11 S. 243; Gesetz vom 23/6 80 §§ 2, 12, 31 Nr. 3—5 S. 526.

Titel. 1) Unbefugtes Annehmen eines Titels. S. St.G.B. § 360[8] Nr. 4, 5 S. 267. — 2) Beilegung eines arztähnlichen Titels. S. Gewerbeordnung vom 21/6 69 § 147 Nr. 6—9 S. 454 flg. — 3) Kann der Titel einer Zeitung als Warenzeichen eingetragen werden? **28**, 275.

Tod des Verurteilten. Wiederaufnahme des Verfahrens nach dem Tode des Verurteilten. S. St.P.O. § 411 S. 408.

Topfpflanzen. Können Topfpflanzen als Bodenerzeugnisse Gegenstand eines Feldfrevels sein? **26**, 101.

Torf. 1) Kann Wegnahme von Torf Feldfrevel sein? **21**, 27. — 2) Kann Entwendung von Torf als Feuerungsmaterial Mundraub sein? **9**, 46.

Totalisator. Wetten am Totalisator bei Pferderennen. 1) Als Glücksspiel. S. St.G.B. §§ 284—286 Nr. 12 S. 213. — 2) Stempelpflicht. S. Gesetz vom $\frac{1/7\ 81}{27/4\ 94}$ §§ 24, 26, Tarif Nr. 5, vom $\frac{1/7\ 81}{14/6\ 00}$ Nr. 1, 2 S. 531 flg. — 3) Über die Eigenschaft der von der Verwaltung des Totalisators ausgegebenen Tickets als beweiserheblicher Urkunden. **26**, 302; **28**, 401.

Tötung. S. St.G.B. §§ 211—222 S. 129 flg.

Transportgefährdung auf der Eisenbahn. S. St.G.B. §§ 315, 316 S. 238 flg.

Transportkontrolle. S. Vereinszollgesetz vom 1/7 69 §§ 119—125 S. 459.

Transportmittel. Gehört das bei der Jagd gebrauchte Transportmittel zum Jagdgerät? **22**, 15 (vgl. **12**, 305).

Treppen. Unterlassung der Beleuchtung von Treppen als Verursachung fahrlässiger Körperverletzung. **14**, 362.

Trichinenhaltiges Fleisch. Verkauf ohne vorherige Untersuchung als Fahrlässigkeitsdelikt. S. Gesetz vom 14/5 79 § 14 Nr. 2, 3 S. 522.

Trichinenschauer. 1) Sind Trichinenschauer Beamte, sind ihre Bescheinigungen öffentliche Urkunden? S. St.G.B. § 359 Nr. 30, 53, 63, 65 S. 265 flg., § 348 Nr. 47—51 S. 255. — 2) Bedeutung der den Trichinenschauern gegebenen Instruktion für die Anwendung des St.G.B.'s § 348 Abs. 1. **24**, 400.

Trucksystem. S. Gewerbeordnung vom 21/6 69 § 115 S. 448 flg.

Trunkenheit. 1) Trunkenheit als Strafausschließungsgrund. **5**, 338; **22**, 413. — 2) Trunkenheit als Krankheit nach St.G.B. § 221. **5**, 393. — 3) Trunkenheit geladener Zeugen. **34**, 283; **35**, 398.

U

Überfall, hinterlistiger. Begriff. **2**, 74.
Überführungsstücke. 1) Verabfolgung von Überführungsstücken an die Geschworenen ins Beratungszimmer. S. St.P.O. § 302 S. 382. — 2) Rückgabe der dem Verletzten entzogenen Gegenstände. S. St.P.O. § 111 S. 311.
Übergabe. 1) Was erfordert das Pr.A.L.R. für die Übergabe zum Zwecke der Eigentumsübertragung? **31**, 321. — 2) Was sind „amtlich übergebene" Gegenstände? S. St.G.B. § 133 Nr. 5—11 S. 77.
Übergangsabgabe. Ist auf die Hinterziehung der Übergangsabgabe das Vereinszollgesetz oder das Landesgesetz anzuwenden? **7**, 326.
Überlassen an andere im Sinne des Sprengstoffgesetzes vom 9. Juni 1884 § 9. **14**, 231.
Überschwemmung. Ist Herbeiführung einer Überschwemmung auch die Vergrößerung einer vorhandenen Überschwemmung? Was gehört zur Fahrlässigkeit? **5**, 309.
Übertretung. 1) S. St.G.B. §§ 360—370 S. 267flg. — 2) Inwieweit sind strafbare Handlungen, welche ein in Kraft gebliebenes preußisches Gesetz mit Gefängnisstrafe bedroht, als Übertretung anzusehen? **13**, 93. — 3) Über Abgrenzung der Übertretung vom Vergehen. S. St.G.B. § 1 S. 4.
Überversicherung. S. preußisches Gesetz vom 8/5 37 S. 582.
Überweisung. 1) Überweisung an die Landespolizeibehörde wegen Bettelns oder Landstreicherei. S. St.G.B. § 362 S. 270. — 2) Überweisung eines jugendlichen Angeklagten an eine Erziehungs- oder Besserungsanstalt. S. St.G.B. § 56 Nr. 6 S. 30.
Umgang, unerlaubter. Welche Bedeutung hat die Ehescheidung wegen unerlaubten Umgangs nach P.A.L.R. für die Bestrafung wegen Ehebruchs? **5**, 266; **14**, 352; **21**, 21.
Umherziehen. 1) Gewerbebetrieb im Umherziehen. S. Gewerbeordnung vom 21/6 69 §§ 55—56c S. 446flg. — 2) Besteuerung des Handels im Umherziehen. S. bayerisches Gesetz vom 10/3 79 S. 565.
Umschlossener Raum. S. St.G.B. § 243 Nr. 8—15, 65 S. 151flg.
Umstände, besondere. 1) Besondere Umstände, welche nur einem von mehreren Teilnehmern zuzurechnen sind. S. St.G.B. § 50 S. 26. — 2) Besondere Umstände, wegen deren Nebenfragen an die Geschworenen zu stellen sind. S. St.P.O. § 295 S. 380. — 3) Besondere Umstände, welche die strafrechtliche Verantwortlichkeit des Redakteurs ausschließen. S. Preßgesetz vom 7/5 74 § 20 S. 491flg.
Umstände, mildernde. S. mildernde Umstände.
Umwandlung der Strafe. S. St.G.B. §§ 21, 28, 29 S. 9flg.
Unbescholtenheit. Begriff im Sinne des St.G.B.'s § 182. **32**, 437.

Unbrauchbarmachachung. S. St.G.B. §§ 41, 42 S. 11 flg.; Gesetz vom 11/6 70 §§ 21, 35, 36 S. 474 flg.; St.P.O. §§ 477—479 S. 419 flg. Vgl. Einziehung.
Uneheliches Kind. 1) Tötung des unehelichen Kindes in oder gleich nach der Geburt durch die Mutter. S. St.G.B. § 217 S. 130. — 2) Ist das Verhältnis zwischen dem unehelichen Kinde und dem Ehemann seiner Mutter für die Qualifikation der Kuppelei nach St.G.B. § 181 ausreichend? **21**, 257. — 3) Unterdrückung des Personenstandes und intellektuelle Urkundenfälschung durch unrichtige Anmeldung des unehelichen Kindes zum Standesregister. S. St.G.B. § 169 S. 101, § 271 Nr. 14, 15, 47 S. 204 flg. — 4) Befugnis zur Stellung des Strafantrags für ein verletztes uneheliches Kind. S. St.G.B. § 65 Nr. 7—10 S. 41.
Unerfahrenheit. Begriff im Sinne des St.G.B.'s § 302a. **25**, 315.
Unerlaubter Umgang. S. Umgang.
Unfähigkeit zur Wahrnehmung des Amtes eines Richters, Geschworenen, Schöffen, Gerichtsschreibers. S. St.P.O. §§ 22, 23, 31, 32 S. 290 flg., § 377 Nr. 1—23 S. 395 flg.
Unfallversicherung. S. Gesetz vom 6/7 84 S. 538.
Unfug. 1) Grober Unfug. S. St.G.B. § 360^{11} S. 267 flg. — 2) Beschimpfender Unfug an Gräbern u. s. w. S. St.G.B. § 168 S. 100.
Ungehorsam. Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesetze und obrigkeitliche Anordnungen. S. St.G.B. § 110—112 S. 57 flg.
Uniform. Erfordert die Amtsausübung des Fischereiaufsehers in Preußen zu ihrer Rechtmäßigkeit, daß er Uniform trägt? **25**, 112.
Universitäten. Inwieweit sind die Universitäten zur Abnahme eidesstattlicher Versicherungen über die Autorschaft von Doktordissertationen befugt? **17**, 208.
Unkenntnis des Gesetzes und Unkenntnis von Tatumständen. S. St.G.B. § 59 Nr. 1—20, 25—28 S. 31 flg.; Vereinszollgesetz vom 1/7 69 § 163 S. 470; Gesetz vom 11/6 70 §§ 18—20 Nr. 3—6 S. 473.
Unlauterer Wettbewerb. S. Gesetz vom 27/5 96 S. 552.
Unmittelbarkeit der Beweiserhebung. S. St.P.O. §§ 249, 250 S. 344 flg., § 260 S. 354 flg.
Unrat. Begriff im St.G.B. § 366^{7}. **21**, 314.
Untaugliches Mittel und untaugliches Objekt beim Versuche. S. St.G.B. § 43 Nr. 1—5 S. 13 flg.
Unteilbarkeit der Tat. S. St.P.O. § 263 S. 356 flg.
Unterbieten. Kann die Androhung des Unterbietens im Termin der Submission eine Erpressung sein? **3**, 429.
Unterbrechung. 1) Unterbrechung der Verjährung. S. St.G.B. § 68 S. 43 flg — 2) Unterbrechung der Hauptverhandlung. S. St.P.O. §§ 227, 228 S. 332.
Unterbringung in einer Erziehungs- oder Besserungsanstalt. S. St.G.B. § 56 Nr. 6 S. 30.
Unterdrückung. 1) Unterdrückung einer Urkunde. S. St.G.B. § 274

Nr. 7—12 S. 208 flg. — 2) Unterdrückung wahrer Tatsachen als Tatbestandsmerkmal des Betrugs. S. St.G.B. § 263 Nr. 39—54 S. 177 flg.

Unterhändler. Darf sich der Makler zur Vermittlung eines Unterhändlers bedienen. **26**, 398.

Unterlassene Anzeige. S. St.G.B. § 139 S. 82 flg.

Unterlassung. Kausalzusammenhang. S. St.G.B. Teil I Abschn. 3 Nr. 17, 18 S. 18.

Unternehmen. 1) Begriff. S. St.G.B. § 159 Nr. 2—11 S. 90 flg., ferner **17**, 257 (Sprengstoffgesetz § 9), **28**, 90 (Branntweinsteuergesetz vom 24/6 87 § 17). — 2) Begriff der ein hochverräterisches Unternehmen vorbereitenden Handlung. **5**, 60; **16**, 165.

Unterpunktieren gestrichener Worte im Sitzungsprotokoll zwecks Wiederherstellung. **27**, 169.

Unterschlagung. S. St.G.B. §§ 246, 247 S. 156 flg., §§ 350, 351 S. 259 flg.

Unterschrift. 1) Ist eine Unterschrift zum Begriff der Urkunde erforderlich? S. St.G.B. § 267 Nr. 2—9 S. 189. — 2) Inwiefern kann die Unterzeichnung einer Urkunde mit dem eigenen Namen oder mit dem Namen eines zustimmenden Anderen eine Urkundenfälschung begründen? S. St.G.B. § 267 Nr. 102, 103, 107 S. 195 flg. — 3) Ist auch die auf einer Monatskarte der Staatseisenbahn angebrachte Unterschrift des berechtigten Inhabers eine öffentliche Urkunde oder der Teil einer solchen? **28**, 42. — 4) Kann die bewußt unrichtige Legalisierung einer Unterschrift den Tatbestand des St.G.B.'s § 348 erfüllen? **15**, 19. — 5) Macht die bloße Unterschrift einer Ehefrau unter einem Kaufvertrag neben derjenigen ihres Ehemanns die Frau zur Teilnehmerin des Vertrags im Sinne des preußischen Gesetzes vom 7. März 1822 § 22 Abs. 3? **25**, 285. — 6) S. auch Unterzeichnung.

Untersuchung. 1) Gerichtliche Voruntersuchung im Strafverfahren. S. St.P.O. §§ 176—195 S. 325. — 2) Wann ist im Sinne des St.G.B.'s §§ 158, 163 Abs. 2 eine Untersuchung eingeleitet? **7**, 154; **21**, 8. — 3) Aussetzung des Verfahrens wegen falscher Anschuldigung und Beleidigung, so lange eine Untersuchung wegen der behaupteten strafbaren Handlung schwebt? S. St.G.B. §§ 164 Nr. 24—26 S. 96 flg., § 191 S. 117 flg. — 4) Geständniserpressung in einer Untersuchung. S. St.G.B. § 343 S. 250. — 5) Ist der Strafrichter berechtigt, behufs Verfolgung der Spuren einer Straftat unverdächtige Personen einer ärztlichen Untersuchung zu unterwerfen? **14**, 189. — — 6) Was versteht die Reichsverfassung Art. 31 unter dem Ausdruck „zur Untersuchung ziehen"? **24**, 205. — 7) Was versteht der Auslieferungsvertrag mit Brasilien vom 17. September 1877 Art. 6 unter demselben Ausdruck? **26**, 68.

Untersuchungshaft. 1) Ist das Reichsgericht befugt, in einer in der Revisionsinstanz schwebenden Sache selbständig Untersuchungshaft zu

verhängen? 3, 421. — 2) Anrechnung erlittener Untersuchungshaft auf die verhängte Strafe. S. St.G.B. § 60 S. 35.

Untersuchungsrichter. 1) Unfähigkeit des Untersuchungsrichters zur Mitwirkung bei der Entscheidung. S. St.P.O. § 23 Nr. 3—9 S. 292. — 2) Darf ein Untersuchungsrichter über die in der Voruntersuchung erstattete Aussage einer Person, die später ihr Zeugnis verweigert, vernommen werden? 5, 142; 8, 122.

Unterwerfung. Schließt die Unterwerfung unter die von der Steuerbehörde festgesetzte Strafe die weitere gerichtliche Verfolgung aus? 26, 319; 28, 180.

Unterzeichnung. 1) Unterzeichnung von Protokollen als Voraussetzung für ihre Gültigkeit. S. St.P.O. § 186 S. 325, § 271 Nr. 4 S. 368. — 2) Erfordernis der Unterzeichnung von Beschlüssen. S. St.P.O. § 33 Nr. 3 S. 295. — 3) Ist Abänderung eines Urteils nach einer Unterzeichnung möglich? S. St.P.O. § 275 Nr. 4—7 S. 371. — 4) Erfordernis der Unterzeichnung des Geschworenenspruchs durch den Obmann. S. St.P.O. § 307 Nr. 1—3 S. 384. — 5) Unterzeichnung der den Geschworenen übergebenen Frage durch den Vorsitzenden, Nachholung. S. St.P.O. § 301 S. 382. — 6) Erfordernis der Unterzeichnung der Revisionsbegründung und Revisionsanträge durch einen Rechtsanwalt. S. St.P.O. § 385 Nr. 6—12 S. 402flg. — 7) S. auch Unterschrift.

Untreue. S. St.G.B. § 266 S. 185flg.; H.G.B. vom $\frac{5/6\ 69}{18/7\ 84}$ Art. 249 S. 441; Gesetz vom $\frac{7/4\ 76}{1/6\ 81}$ S. 506; Gesetz vom 1/5 89 § 140 S. 542.

Unzucht. 1) Vornahme unzüchtiger Handlungen mit anvertrauten Personen. S. St.G.B. § 174 S. 104flg. — 2) Widernatürliche Unzucht. S. St.G.B. § 175 S. 105flg. — 3) Notzucht. S. St.G.B. § 176 Nr. 1—5 S. 106. — 4) Vornahme unzüchtiger Handlungen mit Kindern unter 14 Jahren. S. St.G.B. § 176 Nr. 1, 2, 8—17 S. 106flg. — 5) Vorschubleisten. S. St.G.B. §§ 180—181 S. 107flg. 6) Was heißt „um sie zur Unzucht zu bringen" im St.G.B. § 237? 16, 391.

Unzüchtigkeit einer Handlung, Schrift, Abbildung, Darstellung u. s. w. Begriff. S. St.G.B. § 183 Nr. 1—4, § 184 Nr. 1—10 S. 111flg.

Unzurechnungsfähigkeit. S. St.G.B. § 51, § 53 Nr. 1 S. 27flg.

Unzuständigkeit. 1) Einwand der Unzuständigkeit. S. St.P.O. § 16, S. 290, § 199 Nr. 7, 8 S. 326. — 2) Unzuständigkeitserklärung des Gerichts. S. St.P.O. §§ 269, 270 S. 367flg.

Urheberrecht. 1) An Schriftwerken. S. Gesetz vom 11/6 70 S. 471flg.; vom 19/6 01 S. 559. — 2) An Werken der bildenden Künste. S. Gesetz vom 9/1 76 S. 501flg. — 3) An Photographien. S. Gesetz vom 10/1 76 S. 503flg. — 4) An Mustern und Modellen. S. Gesetz vom 11/1 76 S. 504flg.

Urkunde. Begriff von Urkunde und öffentlicher Urkunde. S. St.G.B. § 267 Nr. 1—47 S. 189flg, § 271 Nr. 10—46 S. 204flg., § 348 Nr. 9—62, 75—77 S. 252flg.

Urkundenbeiseiteschaffung, -beschädigung, -vernichtung. S. St.G.B. § 133 insbesondere Nr. 11—13 S. 77 flg., § 274 insbesondere Nr. 6 S. 208, § 348 insbesondere Nr. 82—87 S. 258.

Urkundenfälschung. S. St.G.B. §§ 267—279 S. 189 flg., § 348 S. 251 flg., § 363 S. 270 flg.

Urkundenstempel. S. Stempelabgaben.

Urkundenunterdrückung. S. St.G.B. § 274 insbesondere Nr. 7—12 S. 208 flg.

Urkundenverlesung in der Hauptverhandlung. S. St.P.O. §§ 248—253 S. 342 flg.

Urkundenvernichtung. S. Urkundenbeiseiteschaffung.

Urlaubsüberschreitung nach Mil.St.G.B. § 64. Bis wann setzt sich das Delikt fort? **27**, 157.

Ursprungszeugnisse. 1) Sind die von Revisoren ausgestellten Ursprungszeugnisse, welche die Transporteure von Schweinen bei sich führen müssen, öffentliche Urkunden? **26**, 158. — 2) Zuständigkeit zur Ausstellung von Ursprungszeugnissen für den Verkehr mit Rumänien. **18**, 430.

Urteil in Civilsachen. Unabhängigkeit des Urteils in Strafsachen vom Civilurteil. S. St.P.O. § 261 S. 355 flg.

Urteil in Strafsachen. 1) Findung, Abfassung, Verkündung, nachträgliche Änderung des Urteils in Strafsachen. S. G.V.G. §§ 195, 196 S. 433 flg.; St.P.O. §§ 259, 266, 267 S. 352 flg., § 275 S. 371. — 2) Veröffentlichung des Urteils in Strafsachen als Strafe. S. St.G.B. § 165 S. 97, § 200 S. 126 flg.

V

Vater. 1) Inwiefern ist der Vater gesetzlicher Vormund seiner Kinder und als solcher möglicher Täter einer Untreue? S. St.G.B. § 266 Nr. 7, 8 S. 185. — 2) Unterdrückung des Personenstandes und intellektuelle Urkundenfälschung durch wahrheitswidrige Anerkennung der ehelichen oder unehelichen Vaterschaft gegenüber dem Standesamt. S. St.G.B. § 169 Nr. 3—5, 9 S. 101, § 271 Nr. 14, 15, 47 S. 204 flg. — 3) Wirkung der Legitimation durch nachfolgende Ehe. **15**, 176. — 4) Kann der Vater als gesetzlicher Vertreter seines Sohnes nach dessen Tode einen Bußanspruch des Sohnes geltend machen? **29**, 140.

Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen und obrigkeitlichen Anordnungen. S. St.G.B. § 131 S. 75 flg.

Veränderung. 1) Veränderung des rechtlichen Gesichtspunktes. S. St.P.O. § 264 S. 359 flg. — 2) Veränderung des Personenstandes. S. St.G.B. § 169 S. 101. — 3) Nachträgliche Veränderung des Urteilstenors und der Urteilsgründe. S. St.P.O. § 275 Nr. 2—7 S. 371.

Veranstaltung eines Nachdrucks. Begriff. S. Gesetz vom 11/6 70 §§ 18—20 Nr. 1—3 S. 473.

Verarbeitung. Ist die Verarbeitung eines gestohlenen Stoffes durch die Ehefrau des Diebes als Begünstigung aufzufassen? **26**, 119.

Veräußerung bei drohender Zwangsvollstreckung. Begriff. S. St.G.B. § 288 Nr. 17—21 S. 218.

Veräußerungsverbot. Hat ein allgemeines Veräußerungsverbot im Konkurs die Wirkung der Beschlagnahme? **20**, 244.

Verbindung. 1) Verbindung mehrerer zur fortgesetzten Begehung von Raub und Diebstahl. S. St.G.B. 243 Nr. 57, 58 S. 154 flg. — 2) Verbindung mehrerer zu gemeinschaftlicher Ausübung von Konterbande und Defraudation. S. Vereinszollgesetz vom 1/7 69 § 146 S. 465 flg. — 3) Teilnahme an einer unerlaubten Verbindung. S. St.G.B. §§ 128, 129 S. 73 flg. — 4) Verbindung zusammenhängender Strafsachen. S. St.P.O. §§ 2—5, 13 S. 288 flg., § 176 Nr. 2 S. 325, § 236 S. 334.

Verbrauch der Strafklage. S. St.P.O. Buch I Abschnitt 1 „ne bis in idem" S. 317 flg.

Verbrechen. 1) Über Abgrenzung des Verbrechens vom Vergehen. S. St.G.B. § 1 S. 4 flg. — 2) Begriff „Verbrechen" im preußischen Auslieferungsvertrag mit Nordamerika vom 16/6 52. **27**, 126.

Verbreitung. 1) Verbreitung von Druckschriften. S. St.G.B. § 110 Nr. 10, 11 S. 57; Preßgesetz vom 7/5 74 § 6 Nr. 5—7 S. 488, § 21 Nr. 18 S. 494. — 2) Verbreitung von Druckschriften als grober Unfug. **16**, 98; **19**, 294; **25**, 404; **27**, 292; **31**, 185; **32**, 100. — 3) Verbreitung eines nach geschütztem Muster oder Modell gefertigten Erzeugnisses. **5**, 347. — 4) Verbreitung ehrenrühriger Tatsachen als Beleidigung. S. St.G.B. § 186 Nr. 10—12 S. 116.

Verdorbenes Nahrungsmittel. Begriff. S. Gesetz vom 14/5 79 § 10 Nr. 49—52 S. 519.

Vereidigung. 1) Vereidigung des Zeugen. S. St.P.O. §§ 56—65 S. 301 flg., § 237 Nr. 3, 4 S. 334. — 2) Vereidigung des Sachverständigen. S. St.P.O. § 79 S. 307 flg.

Vereinigte Staaten von Amerika. S. Amerika.

Vereins- und Versammlungsrecht. S. bayerisches Gesetz vom 26/2 50 S. 562; preußisches Gesetz vom 11/3 50 S. 586.

Vereinszollgesetz. S. Gesetz vom 1/7 69 S. 457 flg.

Vereitelung drohender Zwangsvollstreckung. S. St.G.B § 288 S. 216 flg.

Verfahren. 1) Bezieht sich der Ausdruck „Verfahren" im E.G.St.P.O. § 3 auch auf die Vorschriften über Beschlagnahme? **11**, 321. — 2) Eröffnung des Hauptverfahrens. S. St.P.O. §§ 201—210 S. 327 flg. — 3) Vorläufige Einstellung des Verfahrens vor Eröffnung des Hauptverfahrens. S. St.P.O. § 203 S. 327. — 4) Einstellung des Verfahrens durch Urteil. S. St.P.O. § 259 S. 352 flg. — 5) Aussetzung des Verfahrens wegen falscher Anschuldigung und Beleidigung, solange eine Untersuchung wegen der behaupteten strafbaren Handlung schwebt. S. St.G.B. § 164 Nr. 24—26 S. 96 flg., § 191 S. 117 flg. — 6) Wiederaufnahme des Verfahrens. S. St.P.O. §§ 399—413

S. 407 flg. — 7) Objektives Verfahren. S. St.G.B. § 42 S 11 flg.; St.P.O. §§ 477—479 S. 419 flg.
Verfallerklärung. S. St.G.B. § 335 S. 247.
Verfälschung. S. Fälschung.
Verfolgung eines Flüchtigen in das Gebiet eines anderen Bundesstaates. S. G.V.G. § 168 S. 430.
Verfügung über Vermögensstücke des Auftraggebers durch den Bevollmächtigten. S. St.G.B. § 266 Nr. 40—42 S. 188.
Verführung zum Beischlaf. S. St.G.B. § 182 S. 110 flg.
Vergehen. Abgrenzung gegen Übertretung und Verbrechen. S. St.G.B. § 1 S. 4 flg.
Vergiftung. S. St.G.B. § 229 S. 139, § 324 S. 241.
Vergleich, schiedsmännischer, in Preußen. Vollstreckbarkeit. **21**, 237.
Verhaftung. S. Festnahme.
Verhör. 1) Verhör des Angeklagten in der Hauptverhandlung. S. St.P.O. § 242 Nr. 7, 8 S. 336. — 2) Verhör von Zeugen und Sachverständigen. S. St.P.O. §§ 239—241 S. 335 flg. — 3) Aufnahme der Ergebnisse des Verhörs in das Sitzungsprotokoll. S. St.P.O. § 273 Nr. 3—8, 12 S. 369.
Verhörbeamter. Vernehmung bei Zeugnisverweigerung. S. St.P.O. § 251 Nr. 2—5 S. 347.
Verjährung. 1) S. St.G.B. §§ 66—69 S. 42 flg., § 5 Nr. 2 S. 8; Gesetz vom 10/6 69 § 17 S. 443; vom 1/7 69 § 164 S. 470; vom 11/6 70 § 33 S. 475; vom 31/5 72 § 40 S. 484; vom 7/5 74 § 22 S. 494 flg.; vom 16/6 95 S. 541. — 2) Muß dem Antrag auf Stellung einer Hülfsfrage an die Geschworenen stattgegeben werden, wenn das Delikt, welches den Gegenstand der Hülfsfrage bildet, wegen Verjährung nicht mehr verfolgt werden kann? **23**, 327.
Verkehr der im Beratungszimmer versammelten Geschworenen mit anderen Personen. S. St.P.O. § 303 S. 383.
Verklarung. Ist der bei der Verklarung von den zugezogenen Personen der Schiffsbesatzung nach Art. 493 Abs. 2 H.G.B.'s vom 5. Juni 1869 zu leistende Eid ein auferlegter Eid oder ein Zeugeneid? **19**, 218.
Verkündung des Urteils in Strafsachen. S. St.P.O. § 267 S. 366 flg.
Verlagsbuchhandlung. Inwieweit haftet der in eine Verlagsbuchhandlung neu eintretende Inhaber für den strafbaren Inhalt von Druckschriften, die vor seinem Eintritt in der Verlagsbuchhandlung erschienen waren? **19**, 357.
Verlagsfähigkeit. Ist Verlagsfähigkeit eines Schriftwerkes Voraussetzung für seinen Schutz gegen Nachdruck? **27**, 21.
Verleger. 1) Angabe des Verlegers auf Druckschriften. S. Preßgesetz vom 7/5 74 § 6 S. 487 flg. — 2) Haftung des Verlegers für Preßdelikte. S. Preßgesetz vom 7/5 74 § 6 Nr. 3 S. 487, § 21 Nr. 4, 7, 8 S. 493.
Verleitung zu einem Meineid oder falschen Eid. S. St.G.B. §§ 159, 160 S. 90 flg.

Verlesung. 1) Zulässigkeit der Verlesung von Urkunden in der Hauptverhandlung. S. St.P.O. §§ 248—253 S. 342 flg. — 2) Verlesung der festgestellten Fragen im Schwurgerichtsverfahren. S. St.P.O. § 291 Nr. 1, 3, 4 S. 374.

Verletzter. 1) Wer ist der zur Stellung des Strafantrags berechtigte Verletzte? S. St.G.B. § 61 Nr. 37—53 S. 38 flg., § 123 Nr. 29 S. 72 (Hausfriedensbruch), § 179 S. 107 (Erschleichung des außerehelichen Beischlafs), § 194 Nr. 1—4 S. 122 (Beleidigung), § 247 Nr. 1, 5, 6 S. 162 (Diebstahl und Unterschlagung), § 288 Nr. 37—41 S. 219 flg. (Vereitelung der Zwangsvollstreckung), § 303 Nr. 18—20 S. 234 (Sachbeschädigung). — 2) Befugnis des Verletzten zur öffentlichen Bekanntmachung des Urteils. S. St.G.B. § 165 S. 97, § 200 S. 126 flg.; Gesetz vom 30/11 74 § 17 S. 498. — 2) Anspruch des Verletzten auf Buße. S. St.G.B. Anhang zu Teil I Abschnitt 1 S. 13, § 231 S. 140; Gesetz vom 11/6 70 §§ 18—20 Nr. 8 S. 473, vom 12/5 94 § 18 S. 550. — 4) Wer ist als Verletzter zum Richter- und Geschworenenamt unfähig? S. St.P.O. § 22 Nr. 1—6 S. 290 flg. — 5) Rückgabe der dem Verletzten entzogenen Gegenstände an den Verletzten. S. St.P.O. § 111 S. 311. — 6) Befugnis des Verletzten zur Herbeiführung der öffentlichen Klage. S. St.P.O. § 170 S. 324 flg. — 7) Wer ist als Verletzter zum Anschluß als Nebenkläger befugt? S. St.P.O. § 435 Nr. 6 S. 412.

Verleumdung. S. St.G.B. § 187 S. 117.

Verlobte. 1) Begriff. S. St.G.B. § 52 Nr. 4, 5 S. 28; St.P.O. § 51 Nr. 8—10 S. 299. — 2) Ist Beischlaf unter Verlobten als Unzucht anzusehen? **8**, 172.

Verlust. 1) Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. S. St.G.B. §§ 32—37 S. 10. — 2) Verlust eines wichtigen Gliedes, des Sehvermögens als Qualifikationsgrund der Körperverletzung. S. St.G.B. § 224 Nr. 1—3 S. 137. — 3) Verlust der Reichs- und Staatsangehörigkeit. Gesetz vom 1/6 70 S. 470 flg.

Vermieten. Kann in dem bloßen Vermieten einer Wohnung an Prostituierte Kuppelei gefunden werden? **25**, 142.

Vermieter. S. Mieter.

Vermischung. 1) Eigentumserwerb an Geld durch Vermischung. **26**, 43; **29**, 251 (gemeines Recht); **22**, 230 (gemeines, preußisches und sächsisches Recht). — 2) Wann liegt in der Vermischung fremden Geldes mit eigenem eine Zueignung? **26**, 437.

Vermittlung. 1) Ist die gewerbsmäßige Vermittlung von Grundstückskäufen ein kaufmännischer Gewerbebetrieb, in dem Bücher geführt werden müssen? **25**, 395. — 2) Ist die Vergütung für die Vermittlung eines Darlehns „mit Bezug auf ein Darlehn" im Sinne des St.G.B.'s § 302a gewährt? **28**, 288. — 3) Kann durch Vermittlung einer Cession Sachwucher (§ 302e) begangen werden? **29**, 78.

Vermögensbeschädigung beim Betrug. S. St.G.B. § 263 Nr. 56—105 S. 178 flg.

Vermögensbestandteil, Vermögensstück. Begriff. S. St.G.B. § 288 Nr. 16 S. 218, § 266 Nr. 34—38 S. 187 flg.

Vermögensverzeichnis beim Offenbarungseid. 1) Kann die Aufnahme eines dem Schuldner nicht gehörigen Vermögensstücks in das Vermögensverzeichnis ein Eidesdelikt begründen? **27**, 417. — 2) Sind Forderungen, die von einer Gegenleistung abhängen, und der Pfändung nicht unterworfene Sachen in das Vermögensverzeichnis aufzunehmen? **6**, 205. — 3) Ist eine Beteiligung an einer offenen Handelsgesellschaft im Vermögensverzeichnis anzugeben? **24**, 74.

Vermögensvorteil. 1) Erstrebung eines Vermögensvorteils als Tatbestandsmerkmal bei der Erpressung. S. St.G.B. § 253 Nr. 15—27 S. 165 flg. — 2) Erstrebung eines Vermögensvorteils als Tatbestandsmerkmal beim Betrug. S. St.G.B. § 263 Nr. 108—121 S. 183. — 3) Erstrebung eines Vermögensvorteils als Qualifikationsgrund der Urkundenfälschung. S. St.G.B. § 268 Nr. 2—8 S. 201, § 272 S. 208. — 4) Erstrebung eines Vermögensvorteils als Qualifikationsgrund des Vergehens gegen das Rinderpestgesetz. S. Gesetz vom 21/5 78 Nr. 8 S. 513. — 5) Auffälliges Mißverhältnis zwischen Vermögensvorteil und Leistung als Tatbestandsmerkmal des Wuchers. S. St.G.B. § 302a Nr. 17—22 S. 231 flg.

Vernehmung. S. Verhör.

Vernichtung von Urkunden ꝛc. S. St.G.B. § 133 S. 77, § 274 S. 208, § 348 Abs. 2 S. 257.

Veröffentlichung. Vorzeitige Veröffentlichung der Anklageschrift und anderer Urkunden eines Strafprozesses durch die Presse. S. Preßgesetz vom 7/5 74 § 17 S. 489 flg.

Verpfändung. 1) Wann ist Wegnahme einer Sache in der Absicht der Verpfändung Diebstahl? **9**, 382; **11**, 68. — 2) Wann ist in der unbefugten Verpfändung einer Sache Unterschlagung zu finden? **2**, 21; **5**, 4; **26**, 230. — 3) Wann ist Verpfändung einer Sache als Veräußerung im Sinne des St.G.B.'s § 288 aufzufassen? **7**, 237; **8**, 1; **12**, 129; **13**, 138.

Verrat. 1) Hoch- und Landesverrat, Verrat von Staatsgeheimnissen. S. St.G.B. §§ 80—92 S. 53 flg. — 2) Verrat militärischer Geheimnisse. S. Reichsgesetz vom 3/7 93 S. 547. — 3) Verrat von Privatgeheimnissen. S. St.G.B. §§ 299, 300 S. 229.

Versammlungs- und Vereinsrecht. S. Vereinsrecht.

Verschweigung wahrer Tatsachen als Tatbestandsmerkmal des Betrugs. S. St.G.B. § 263 Nr. 39—54 S. 177 flg.

Verschuldung. S. St.G.B. § 59 S. 31 flg.

Versetzung. Bezieht sich die Pflicht der Amtsverschwiegenheit eines Beamten auf die ihm von dem vorgesetzten Minister gemachten Eröffnungen über seine Versetzung (St.P.O. § 53)? **15**, 85.

Versicherung. 1) Versicherung an Eidesstatt. S. St.G.B. § 156 S. 87 flg., § 163 Nr. 17—20, 25, 31 S. 93 flg. — 2) Übermäßige Versicherung gegen Brandschaden. S. preußisches Gesetz vom 8/5 37 S. 582.

Versicherungsagent. Bedarf der Versicherungsagent in Preußen einer Konzession? **28**, 251.

Versicherungsbetrug. S. St.G.B. § 265 S. 185.
Versicherungsgesellschaft. Wann kann darin, daß jemand zum Eintritt in eine Versicherungsgesellschaft veranlaßt wird, ein Betrug gefunden werden? S. St.G.B. § 263 Nr. 56—58. S. 178 flg.
Versicherungsunternehmen. S. Reichsgesetz vom 12/5 01. S. 558.
Versteigerung. S. Auktion.
Versteigerungsprotokoll des Gerichtsvollziehers. Unrichtige Beurkundung. S. St.G.B. § 348 Nr. 21, 22 S. 253.
Verstorbene. 1) Wiederaufnahme des Verfahrens zu gunsten eines verstorbenen Verurteilten. S. St.P.O. § 411 S. 408. — 2) Ist der Vater eines verletzten Sohnes auch nach dessen Tod berechtigt, einen Bußanspruch des Sohnes als gesetzlicher Vertreter desselben geltend zu machen? **29**, 140. — 3) Ist der Ehemann berechtigt, wegen Beleidigungen, die seiner Ehefrau zugefügt sind, auch nach deren Tod auf Bestrafung anzutragen? **1**, 29.
Verstrickung. Entziehung von Gegenständen aus der Verstrickung. S. St.G.B. § 137 S. 79 flg.
Versuch. S. St.G.B. §§ 43—46 S. 13 flg.
Vertagung. S. St.P.O. §§ 227, 228 S. 332, § 264 Nr. 51, 52 S. 363.
Verteidiger. 1) Wahl und Bestellung des Verteidigers. S. St.P.O. §§ 137—149 S. 315 flg. — 2) Ladung des Verteidigers zur Hauptverhandlung. S. St.P.O. § 217 S. 329 flg. — 3) Steht dem Verteidiger das Recht zu, den Angeklagten während der Vernehmung darauf aufmerksam zu machen, daß er auf die an ihn gestellte Frage die Antwort verweigern könne? **32**, 276. — 3) Ist eine vom Verteidiger in Anwesenheit und ohne Widerspruch des Angeklagten abgegebene Verzichtleistung auf einen Zeugen auch für den Angeklagten bindend? **1**, 198. — 4) Ist der Verteidiger befugt, zu gunsten des Angeklagten auch gegen dessen Widerspruch Beweisanträge zu stellen? **17**, 315. — 5) Genügt die Zustimmung des Angeklagten zur Nichtvernehmung eines geladenen Zeugen, oder muß auch der Verteidiger damit einverstanden sein? **16**, 376. — 6) Kann in dem Falle, daß der Angeklagte vom persönlichen Erscheinen entbunden ist und sich durch einen Verteidiger vertreten läßt, der erforderliche Hinweis auf die Veränderung des rechtlichen Gesichtspunktes an den Verteidiger erfolgen, und welche Bedeutung haben in diesem Fall die Erklärungen des Verteidigers? **12**, 45. — 7) Über Beibringung einer Legitimation des Verteidigers, insbesondere bei Einlegung eines Rechtsmittels. S. St.P.O. § 339 S. 389, § 381 Nr. 3, 4 S. 400 flg., § 385 Nr. 12 S. 403, § 405 Nr. 1 S. 408. — 8) Inwieweit gehören die durch die Annahme eines Verteidigers entstandenen Kosten zu den notwendigen Auslagen? **6**, 429; **10**, 33.
Verteidigung. Unzulässige Beschränkung der Verteidigung. S. St.P.O. § 377 Nr. 50—53 S. 399.
Vertrag. 1) Über die Zulässigkeit eines Vertrags zu gunsten eines Dritten nach gemeinem Recht. **8**, 164. — 2) Über die Zulässigkeit

des Abschlusses eines Vertrags mit sich selbst als Vertreter eines anderen. **9**, 248, 337.

Vertreter einer eingetragenen Genossenschaft. Hat der Vertreter an einem für die Genossenschaft von einem Dritten ausgestellten, dem Vertreter ausgehändigten Depotwechsel Gewahrsam? **5**, 4.

— gesetzlicher. 1) Befugnis zur Stellung des Strafantrags. S. St.G.B. § 65 S. 41 flg., § 61 Nr. 25 S. 37. — 2) Befugnis zur Einlegung und Rücknahme von Rechtsmitteln. S. St.P.O. § 340, § 344 Nr. 2 S. 389 flg. — 3) Kann der Vater als gesetzlicher Vertreter seines Sohnes auch nach dessen Tode einen Bußanspruch des Sohnes geltend machen? **29**, 140.

Vertretung verhinderter Richter. S. G.V.G. § 62 Nr. 4, 5 §§ 65—69, § 78 Nr. 1, 2 S. 426 flg.

Verunstaltung als Folge der Körperverletzung. S. St.G.B. § 224 Nr. 4, 5 S. 137.

Verwahrungsmittel. Abschneiden oder Ablösen der Verwahrungsmittel als Qualifikationsgrund beim Diebstahl. S. St.G.B. § 243 Nr. 45—55 S. 154.

Verwaltungsbehörden. 1) Strafverfügungen der Verwaltungsbehörden. S. St.P.O. §§ 453—469 S. 416 flg., Buch II Abschnitt 1 „ne bis in idem“ Nr. 8—13 S. 318. — 2) Inwieweit ist der Strafrichter an Entscheidungen der Verwaltungsbehörden gebunden? S. St.P.O. § 261 Nr. 4—8 S. 355. — 3) Sind die Anordnungen der Verwaltungsbehörden zur Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen Rechtsnormen im Sinne der St.P.O. § 376? **20**, 177; **28**, 195.

Verwaltungszwangsverfahren in Preußen. 1) Ist das Verwaltungszwangsverfahren wegen rückständigen Domänenpachtzinses zulässig? **26**, 287. — 2) Ist die Rechtmäßigkeit einer Versteigerung im Verwaltungszwangsverfahren von der Einhaltung instruktioneller Vorschriften abhängig? **17**, 122. — 3) Über den schriftlichen Auftrag der Vollstreckungsbehörde an den Vollziehungsbeamten als Voraussetzung für die Rechtmäßigkeit einer Vollstreckung im Verwaltungszwangsverfahren. **27**, 297.

Verweigerung des Zeugnisses. S. St.P.O. §§ 51—54 S. 298 flg., § 251 S. 347.

Verweis. S. St.G.B. § 57 Nr. 7, 8 S. 31.

Verzicht. 1) Inwieweit ist Verzicht des Angeklagten auf Prozeßbefugnisse zulässig? S. St.P.O. § 250 Nr. 3, 8 S. 345 flg. — 2) Inwieweit ist im Stillschweigen ein Verzicht des Angeklagten auf Prozeßbefugnisse zu sehen? S. St.P.O. § 217 Nr. 5 S. 329, § 223 Nr. 1, 3 S. 330 flg. — 3) Verzicht des Angeklagten auf die Erhebung herbeigeschaffter Beweise. S. St.P.O. § 244 Nr. 21—24 S. 341. — 4) Inwieweit wirkt ein Verzicht des Verteidigers auch für den Angeklagten? **1**, 198, 210; **12**, 45. — 5) Verzicht auf Rechtsmittel. S. St.P.O. § 344 S. 390. — 6) Verzicht auf das Zeugnisverweigerungsrecht. S. St.P.O. § 51 Nr. 18 S. 300, § 251 Nr. 2, 3 S. 347.

Vieh. 1) Privatpfändung von Vieh. **32**, 12 (Bremen); **13**, 405 (Mecklenburg-Schwerin); **7**, 302 (Preußen). — 2) Viehseuchen; Verbote und

Beschränkungen der Einfuhr von Vieh. S. St.G.B. § 328 S. 242; Gesetz vom 7/4 69 S. 438; vom 21/5 78 S. 512; vom 23/6 80 / 1/5 94 S. 526; Bundesratsinstruktion vom 27/6 95 S. 551.

Viehhändler. Fallen sie beim Gewerbebetrieb im Umherziehen unter Art. 10 H.G.B.'s vom 5/6 69? **20**, 387.

Volenti non fit injuria. Inwieweit gilt dieser Satz, insbesondere bei Körperverletzungen? **2**, 442; **6**, 61; **29**, 398 (vgl. **24**, 369; **28**, 200).

Volksanwalt. Pflicht zur Anzeige seines Gewerbebetriebs. **16**, 393.

Volksschullehrer. Züchtigungsrecht des Volksschullehrers. S. St.G.B. § 340 Nr. 5—19 S. 248flg.

Vollendung. 1) Unterschied von Vollendung und Beendigung. Ist Beihülfe noch nach Vollendung und vor Beendigung möglich? **23**, 292; **8**, 177. — 2) Wann ist der Diebstahl vollendet? S. St.G.B. § 242 Nr. 39, 40 S. 148.

Vollkaufmann. S. Konkursordnung von 1877 § 210 Nr. 16, 17, 24flg. S. 278flg; Konkursordnung von 1898 § 240 Nr. 4, 5 S. 286.

Vollmacht. 1) Vollmacht des Verteidigers. S. St.P.O. § 339 S. 389, § 381 Nr. 3, 4 S. 400flg., § 385 Nr. 12 S. 403, § 405 Nr. 1 S. 408. — 2) Vollmacht zur Stellung des Strafantrags. S. St.G.B. § 61 Nr. 40—51 S. 38flg.

Vollstreckungsbeamter. 1) Begriff. S. St.G.B. § 113 Nr. 1—6 S. 58flg. — 2) Dienstkreis. Rechtmäßige Amtsausübung des Vollstreckungsbeamten. S. St.G.B. § 113 Nr. 9—47 S. 59flg.

Vorbehalt des Eigentums. Ist Vorbehalt des Eigentums nach P.A.L.R. möglich? **2**, 21, 132; **3**, 114; **24**, 274.

Vorbereitung der Hauptverhandlung. S. St.P.O. §§ 213—223 S. 329flg.

Vorbereitungshandlung. 1) Unterschied von Vorbereitungshandlung und Anfang der Ausführung. S. St.G.B. § 43 Nr. 6—14 S. 14. — 2) Kann die Mitwirkung bei einer Vorbereitungshandlung zur Annahme der Mittäterschaft oder Beihülfe ausreichen? S. St.G.B. §§ 47 Nr. 4 S. 20, 49 Nr. 3 S. 22.

Vorenthaltung von Krankenversicherungsbeiträgen. S. Gesetz vom 15/6 83 / 10/4 92 §§ 81—82b S. 534.

Vorentscheidung im Verfahren wegen strafrechtlicher Verfolgung öffentlicher Beamter. S. E.G. z. G.V.G. § 11 S. 424.

Vorfahren. Kann in Angriffen, die sich dem Wortlaut nach gegen Vorfahren des Monarchen richten, eine Majestätsbeleidigung gefunden werden? **28**, 171.

Vorgeladene Zeugen und **Sachverständige.** Begriff. S. St.P.O. § 244 Nr. 1—6 S. 340.

Vorgesetzter. 1) Strafantragsrecht des amtlich Vorgesetzten. Wer ist als solcher anzusehen? S. St.G.B. § 196 Nr. 18flg. S. 123flg. — 2) Vorgesetzter eines Schiffmanns im Sinne des § 96 der Seemannsordnung von 1872. **35**, 32.

Vorhersehbarkeit als Begriffsmerkmal der Fahrlässigkeit. St.G.B. § 59 Nr. 35—39 S. 33 flg.

Vormann. Nachweis eines Vormannes bei Preßdelikten. S. Gesetz vom 7/5 74 § 21 Nr. 12—17 S. 493 flg.

Vormund. 1) Handeln zum Nachteil des Mündels. S. St.G.B. § 266[1] Nr. 4—14 S. 185 flg. — 2) Stellung des Strafantrags durch den Vormund. S. St.G.B. § 65 Nr. 4, 10, 12, 14 S. 41 flg. — 3) Vornahme unzüchtiger Handlungen mit dem Mündel. S. St.G.B. § 174 Nr. 2—4 S. 104. — 4) Entziehung eines minderjährigen Kindes aus der Gewalt des Vormundes. S. St.G.B. § 235 Nr. 1, 2, 7 S. 141. — 5) Aneignung von Mündelgeldern von seiten des Vormundes als Unterschlagung bezw. Veruntreuung. **7**, 349; **9**, 337. — 6) Ist der Gegenvormund Vormund im Sinne des Strafgesetzbuchs und der Strafprozeßordnung? **2**, 345; **11**, 223. — 7) Haftet der Vormund, welcher eine seinen Mündeln gehörige Brauerei betreibt, für Brausteuervergehen? **24**, 353. — 8) S. weiter preußisches Gesetz vom 5/7 75 S. 594.

Vorrat an landwirtschaftlichen Erzeugnissen und an Brennmaterialien. Begriff. S. St.G.B. § 308 Nr. 3—6 S. 236.

Vorsatz. S. St.G.B. § 59 Nr. 18—29, 48 S. 32 flg. Vgl. auch die einzelnen Delikte.

Vorschubleisten der Unzucht. Begriff. S. St.G.B. § 180 Nr. 4—12 S. 108.

Vorsitzender. 1) Bestimmung des Vorsitzenden und dessen Stellvertreters. S. G.V.G. §§ 61, 65 S. 425 flg. — 2) Inwieweit kann die Verlesung von Beweisurkunden durch Konstatierungen des Vorsitzenden daraus ersetzt werden? S. St.P.O. § 248 Nr. 2, 3 S. 343. — 3) Über die sonstigen Befugnisse des Vorsitzenden. S. St.P.O. § 237 S. 334.

Vorspiegelung falscher Tatsachen als Tatbestandsmerkmal des Betrugs. S. St.G.B. § 263 Nr. 25 flg. S. 176 flg.

Vorstand einer Aktiengesellschaft und Genossenschaft. S. Aktiengesellschaft und Erwerbsgenossenschaft.

Vorteil. 1) Aufforderung oder Erbieten zur Begehung eines Verbrechens unter Verknüpfung an einen Vorteil. S. St.G.B. § 49a Nr. 10—17 S. 25 flg. — 2) Gewährung eines Vorteils für eine Wahlstimme. S. St.G.B. § 109 S. 56. — 3) Vorteil im Sinne der Vorschriften über Begünstigung und Hehlerei. S. St.G.B. § 257 Nr. 28 S. 169, § 259 Nr. 40—43 S. 172 flg. — 4) Vorteil im Sinne der Vorschriften über Bestechung. S. St.G.B. § 331 Nr. 4—8 S. 245, § 332 Nr. 6, 7 S. 246, § 333 Nr. 7, 8 S. 247. — 5) Vgl. auch Vermögensvorteil.

Voruntersuchung, gerichtliche. 1) S. St.P.O. §§ 176—195 S. 325. 2) Vgl. Untersuchung, Untersuchungsrichter.

Vorvieh. Begriff im Sinne des preußischen Gesetzes vom 1. Juni 1820. **1**, 360.

W

Wachposten. Sind die militärischen Wachposten in Preußen befugt, eine von ihnen festgenommene Person nach ihrem persönlichen Ermessen wieder freizulassen? Welche Bedeutung hat dies für eine Bestechung? **25**, 400.

Waffe. 1) Begriff. S. St.G.B. § 123 Nr. 30 S. 72, § 223a Nr. 1 flg. S. 136; vgl. **5**, 114. — 2) Was ist unter „Waffentragen", „Waffen bei sich führen" zu verstehen? S. St.G.B. § 123 Nr. 31—34 S. 72 flg., § 243[6] Nr. 56 S. 154; vgl. **18**, 367; **20**, 111. — 3) Was ist unter „tödlichen Waffen" beim Zweikampf zu verstehen? S. St.G.B. § 201 Nr. 2—4 S. 127 flg.

Wagen. 1) Zollpflichtigkeit. **21**, 176. — 2) Ist jeder bei der Jagdausübung benutzte Wagen als Jagdgerät anzusehen und bei Jagddelikten einzuziehen? **22**, 15; vgl. **12**, 305.

Wagmeister. Kommt in Bayern dem von einer Stadtgemeinde angestellten Wagmeister vor seiner Verpflichtung der amtliche Glaube öffentlicher Diener zu? **18**, 37.

Wahl. 1) Verhinderung an der Teilnahme an einer Wahl. S. St.G.B. § 107 S. 56. — 2) Fälschung des Ergebnisses einer Wahl (Wahlfälschung). S. St.G.B. § 108 S. 56. — 3) Stimmenkauf bei einer Wahl (Wahlbestechung). S. St.G.B. § 109 S. 56. — 4) Ist eine Wahl eine Staatsangelegenheit im Sinne des St.G.B.'s § 130a, insbesondere auch dann, wenn sie bereits beendet ist? **13**, 169; **27**, 429.

Wahlaufrufe. Verteilung von Wahlaufrufen in Elsaß-Lothringen. S. französisches Gesetz vom 27/7 49 S. 569.

Wahlversammlung in Elsaß-Lothringen. **32**, 106.

Wahlzettel. Sind Wahlzettel Druckschriften im Sinne des Sozialistengesetzes § 24? **6**, 85.

Wahnsinn. S. Geisteskrankheit.

Wahrheit. Beweis der Wahrheit einer ehrenrührigen Tatsache. S. St.G.B. § 186 Nr. 5—9 S. 116.

Wahrnehmung berechtigter Interessen. S. St.G.B. § 193 S. 118 flg.

Wald. 1) Brandstiftung an einem Wald. S. St.G.B. § 308 Nr. 7, 8 S. 236. — 2) Wann liegt Jagen in einem Wald vor? **25**, 120. — 3) Hat der Forstbeamte Gewahrsam am Wald und dessen Erzeugnissen? **5**, 180; **14**, 305.

Waldaufseher. 1) Begriff. S. St.G.B. § 117 Nr. 7—10 S. 65. — 2) Wann ist er in rechtmäßiger Rechtsausübung? S. St.G.B. § 117 Nr. 19—29 S. 66 flg.

Waldeck. S. syst. Reg. S. 606. Vgl. auch das Gesetzesverzeichnis.

Waldeigentümer. Was ist rechtmäßige Rechtsausübung desselben? S. St.G.B. § 117 Nr. 20—29 S. 66 flg.

Waldhammer. Kann durch Anschlag mit dem Waldhammer eine beweiserhebliche Urkunde hergestellt werden? **25**, 244.

Wanderlager. Besteuerung. S. preußisches Gesetz vom 27/2 80 S. 597.

Wappen als Warenzeichen. S. Gesetz vom 30/11 74 § 3 Nr. 2 S. 496, § 14 Nr. 12 S. 497; Gesetz vom 12/5 94 § 15 Nr. 5 S. 550.

Waren. Verbot des Kreditierens von Waren an Arbeiter. S. Gew.O. vom 21/6 69 § 115 Nr. 11—13 S. 449.

Warenführer. Haftung des Warenführers für Zolldelikte. S. Vereinszollgesetz vom 1/7 69 § 151 S. 466; S. Gesetz vom 24/6 87 § 26 S. 540.

Warenverkehr. Statistik. Gesetz vom 20/7 79 S. 525.

Warenverschluß. Unbefugte Beseitigung. S. Vereinszollgesetz vom 1/7 69 § 151 S. 466.

Warenzeichen. S. Gesetz vom 30/11 74 S. 495; vom 12/5 94 S. 547.

Wäscherei. 1) Wann ist eine Wäscherei als Fabrik anzusehen und den Vorschriften der Gewerbeordnung über Fabrikarbeiter zu unterstellen? **26**, 189. — 2) Wann ist der Inhaber einer Wäscherei als ein zur Führung von Handelsbüchern verpflichteter Kaufmann anzusehen? **22**, 271.

Wasser. 1) Ist unbefugte Entnahme von Wasser aus einer städtischen Wasserleitung Diebstahl oder Betrug? **14**, 121. — 2) Ist die Entnahme von Wasser aus dem Wasserleitungsrohr im eigenen Keller nach dessen gewaltsamer Öffnung schwerer Diebstahl gemäß St.G.B. § 243^2? **30**, 388.

Wasserdampf. Ist Wasserdampf als explodierender Stoff im Sinne des St.G.B.'s § 311 anzusehen? **22**, 304.

Wasserstraße, öffentliche. Begriff. S. St.G.B. § 243 Nr. 54, 55 S. 154.

Webstuhl. Ist ein Webstuhl zur Anfertigung von Rohrdecken für Gärtnereien gebrauchsmusterschutzfähig? **28**, 185.

Wechsel. 1) Sind Wechsel als Vermögensstücke im Sinne des St.G.B.'s § 266^2 anzusehen? Ist dies auch vor der Akzeptierung der Fall? **10**, 385; **13**, 376; **14**, 184; **23**, 315; **26**, 246. — 2) Wann ist Unterschlagung in der Weiterbegebung eines Depotwechsels zu sehen? **1**, 343; **3**, 35; **5**, 4; **7**, 93. — 3) Wann kann darin, daß Gefälligkeitswechsel bei der Weiterbegebung als Kundenwechsel bezeichnet werden, ein Betrug liegen? **3**, 35; **12**, 395; **22**, 20; **25**, 13; **27**, 75; **29**, 349. — 4) Ist durch das bei einem gezogenen Wechsel an eigene Order dem Blankogiro des Ausstellers beigefügte Blankogiro eines Dritten dessen Vermögen bereits beschädigt, noch bevor der Wechsel weiter begeben ist? **8**, 68. — 5) Ist ein Blankoakzept oder Blankoindossament auf einem Wechsel eine beweiserhebliche Urkunde? **7**, 183; **24**, 192. — 6) Ist der Nehmer eines Blankoakzeptes überhaupt und insbesondere nach der Präsentation des ausgefüllten Wechsels zur Domizilierung ermächtigt; kann Beifügung des Domizilvermerkes eine Urkundenfälschung begründen? **4**, 410. — 7) Ist unbefugte Ausfüllung eines mit Blankoakzept versehenen Wechselformulars unter St.G.B. § 267 oder § 269 zu subsumieren? **15**, 67. — 8) Kann in der Diskontierung von Wechseln die Gewährung von Darlehen gefunden werden? **18**, 181. — 9) Liegt Betrug vor, wenn der In-

Digitized by Google

haber eines noch nicht fälligen Wechsels sich aus dem Vermögen des zahlungsunfähigen Akzeptanten durch Täuschung Befriedigung schafft, oder steht der Annahme des Betrugs der Anspruch auf Sicherstellung aus W.O. Art. 29 entgegen? **21**, 237. — 10) Beschränkt sich der Regreß auf Sicherstellung wegen Unsicherheit des Akzeptanten auf nicht fällige Wechsel? **3**, 191. — 11) Vgl. W.O. vom 5/9 69 S. 438.

Wechselstempelsteuer. S. Gesetz vom 10/6 69 S. 441; hessisches Gesetz vom $\frac{18/1\ 82}{13/7\ 90}$ S. 572.

Weg. 1) Begriff des öffentlichen Weges. S. St.G.B. § 116 Nr. 1 S. 64, § 368[10] Nr. 3 S. 274. — 2) Beschädigung eines Weges. S. St.G.B. § 321 Nr. 1, 2 S. 241.

Wegepolizei in Preußen. **19**, 308.

Wegnahme. 1) Wegnahme der eigenen Sache. S. St.G.B. § 289 S. 220. — 2) Wegnahme als Tatbestandsmerkmal des Diebstahls. S. St.G.B. § 242 Nr. 39—41 S. 148.

Wehrpflicht. 1) Vergehen gegen die Wehrpflicht. S. St.G.B. §§ 140 bis 143 S. 83 flg. — 2) Verfahren bei Vergehen gegen die Wehrpflicht. S. St.P.O. §§ 471—475 S. 418 flg.

Weibliche Personen. Beschäftigung in Fabriken. S. Gew.O. vom 21/6 69 §§ 137, 138 S. 453.

Weinfälschung. S. Gesetz vom 14/5 79 § 10 Nr. 39—43 S. 518 flg.; vom 20/4 92 S. 546.

Weinbergspfähle. Ist die Wegnahme von Weinbergspfählen in Bayern Diebstahl oder Feldfrevel? **18**, 128.

Weitererscheinen einer Zeitung. Verbot in Elsaß-Lothringen. S. französisches Gesetz vom 17/2 52 S. 570.

Werfen mit Steinen oder Unrat auf Menschen. S. St.G.B. § 366[7] S. 272.

Werkmeister. Ist der Werkmeister Stellvertreter des Fabrikherrn im Sinne der Gewerbeordnung § 151? **2**, 321; **4**, 307; **11**, 304.

Werkzeug, gefährliches. Begriff. S. St.G.B. § 223a Nr. 3—5 S. 136.

Wettbewerb, unlauterer. S. Gesetz vom 27/5 96 S. 552.

Wetten bei Pferderennen. 1) Als Glücksspiel. S. St.G.B. §§ 284 bis 286 Nr. 12 S. 213. — 2) Stempelpflicht. S. Gesetz vom $\frac{1/7\ 81}{27/4\ 94}$ §§ 24, 26 S. 531, Tarif Nr. 5 S. 532; vom $\frac{1/7\ 81}{14/6\ 00}$ Nr. 1, 2 S. 532.

Widerrechtlichkeit. 1) Inwieweit ist objektive Rechtswidrigkeit Voraussetzung für die Bestrafung. S. St.G.B. §§ 51—72 Nr. 4, 5 S. 27. — 2) Inwieweit ist das Bewußtsein der Widerrechtlichkeit für den Dolus erforderlich? S. St.G.B. § 59 Nr. 20 S. 32. — 3) Über die Widerrechtlichkeit und deren Bewußtsein bei einzelnen Delikten. S. die betr. Delikte im syst. Reg.

Widerklage bei Beleidigungen. S. St.P.O. § 198 S. 126; St.P.O. § 428 S. 411.

Widerruf eines Meineids, fahrlässigen Falscheids und einer falschen eidesstattlichen Versicherung. S. St.G.B. § 163 Nr. 22—37 S. 93 flg.

Widerstand gegen die Staatsgewalt. S. St.G.B. §§ 110—122 S. 56 flg.
Wiederaufnahme des Verfahrens. S. St.P.O. §§ 399—413 S. 407 flg.
Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen Fristversäumnis. S. St.P.O. § 44 S. 297.
Wiederholungsfall. Begriff im Sinne des Gesetzes vom 15/6 97 § 14. **32**, 349.
Wild als Gegenstand des Jagdrechts. S. St.G.B. § 292 Nr. 4—6, 9, 27—39 S. 225 flg.
Wildpretzettel. Ist die Ausstellung eines Wildpretzettels durch einen Schöffen in Preußen öffentliche Beurkundung? **20**, 369.
Willensbestimmung, freie, als Voraussetzung für eine Verschuldung. S. St.G.B. § 51 S. 27.
Winkelkonsulent. Pflicht zur Anzeige des Gewerbebetriebs. **16**, 393.
Winterabendschüler. Hat der Volksschullehrer in Württemberg ein Züchtigungsrecht gegenüber dem Winterabendschüler? **28**, 85.
Wirtschaftsabgaben. S. württembergisches Gesetz vom 9/7 27 S. 607.
Wirtschaftsgenossenschaft. S. Erwerbsgenossenschaft.
Wirtshaus. Wann kann in dem Eindringen in ein dem Publikum öffentlich zugängiges Wirtshaus ein Hausfriedensbruch gefunden werden? **4**, 322.
Wissentlichkeit. 1) Wissentlichkeit im Sinne der Patent- und Markenschutzdelikte. S. Gesetz vom 25/5 77 § 34 Nr. 6—10 S. 511; vom 25/5 77 / 7/4 91 § 36 Nr. 2 S. 512; vom 30/11 74 § 14 Nr. 13 S. 497; vom 12/5 94 § 14 Nr. 14 S. 549. — 2) Wissentlichkeit im Sinne des St.G.B.'s §§ 327, 328. S. St.G.B. § 328 Nr. 5, 14, 15 S. 243 flg.
Wohnung. Begriff im Sinne des Hausfriedensbruchs. S. St.G.B. § 123 Nr. 1, 2 S. 70.
Wohnungswagen. Kann ein Wohnungswagen als Gebäude im Sinne des St.G.B.'s § 243 angesehen werden? **4**, 164.
Wort, letztes, des Angeklagten. S. St.P.O. § 257 S. 351.
Wortzeichen als Warenzeichen. S. Gesetz vom 30/11 74 § 1 Nr. 3 S. 495; vom 12/5 94 § 1, § 12 Nr. 1, 2, § 13 Nr. 3, § 14 Nr. 11, § 20 Nr. 2 S. 547 flg.
Wucher. S. St.G.B. §§ 302a—302e S. 230 flg.
Würfelautomat. Ist die Aufstellung eines Würfelautomaten in einem Schanklokal zur Benutzung der Gäste als Veranstaltung einer öffentlichen Ausspielung anzusehen? **29**, 66.
Wurst als Gegenstand der Nahrungsmittelfälschung. S. Reichsges. vom 14/5 79 § 10 Nr. 25, 26 S. 517.
Württemberg. S. syst. Reg. S. 607 flg. Vgl. auch das Gesetzesverzeichnis.

Z

Zahlungsbefehl. Ist der vom Richter nicht vollzogene Zahlungsbefehl im Mahnverfahren als öffentliche Urkunde anzusehen? Kann durch

Zusendung eines solchen Zahlungsbefehls an den Schuldner das Vergehen des St.G.B.'s § 132 (Amtsanmaßung) begangen werden? **23**, 205.

Zahlungseinstellung als Voraussetzung bei den Konkursdelikten. S. K.O. von 1877 § 210 Nr. 1—4 S. 277.

Zahlungsunfähigkeit. Wann liegt Zahlungsunfähigkeit im Sinne des Krankenversicherungsgesetzes vom $\frac{15/6\ 83}{10/4\ 92}$ §. 53 Abs. 3 vor? **25**, 258.

Zahntechniker. Ist die Bezeichnung „Zahntechniker Dr." ein arztähnlicher Titel? **1**, 117.

Zehn Gebote. Sind die zehn Gebote als Einrichtung der christlichen Kirchen und der jüdischen Religionsgesellschaft anzusehen? **26**, 435.

Zeichnungen. Wer hat das Urheberrecht an Zeichnungen, welche im Auftrage eines Fabrikbesitzers zur Ausführung technischer Einrichtungen der Fabrik angefertigt worden sind? **15**, 405.

Zeitschrift, Zeitung. 1) S. Preßgesetz vom 7/5 74 S. 487; französisches Gesetz vom 27/7 49, 16/7 50, 17/2 52 S. 569 flg. — 2) Postzwangspflicht. S. Gesetz vom 28/10 71 § 1 Nr. 7—14 S. 478 flg., § 27 Nr. 4 S. 480; vom 20/12 99 Art. 3 S. 481. — 3) Abdruck einzelner Artikel aus Zeitschriften. S. Gesetz vom 11/6 70 § 7 Nr. 4—8 S. 472. — 4) Darf eine Beweiserhebung über den Leumund oder das frühere Geschäftsgebaren des Angeklagten durch Verlesung oder Mitteilung von Zeitungsartikeln erfolgen? **25**, 125. — 5) Kann durch falsche Angaben in einer Zeitung über die Zeit ihres Bestehens und die Höhe ihrer Auflage gegen die dadurch zu Insertionen veranlaßten Personen ein Betrug begangen werden? **29**, 124. — 6) Vgl. auch Druckschrift.

Zelle im Gefängnis. Kann ein Strafgefangener einen Hausfriedensbruch dadurch begehen, daß er sich aus einer ihm zum Aufenthalte nicht angewiesenen Zelle auf die Aufforderung des Gefangenaufsehers nicht entfernt? **28**, 192.

Zerstörung. 1) Zerstörung einer Sache. S. St.G.B. §§ 303—305 S. 233 flg. — 2) Zerstörung einer Sache durch explodierende Stoffe. S. St.G.B. § 311 S. 237. — 3) Zerstörung von Gräbern. S. St.G.B. § 168 S. 100. — 4) Zerstörung von Autoritätszeichen. **31**, 143. — 5) Kann in der Zerstörung einer Sache ein „Beiseiteschaffen" im Sinne des St.G.B.'s § 288 liegen? **19**, 25; **27**, 122. — 6) Kann in der Zerstörung einer Sache eine „Wegnahme" im Sinne des St.G.B.'s § 289 liegen? **15**, 434.

Zeugen. 1) Im allgemeinen. S. St.P.O. §§ 48—69 S. 297 flg. — 2) Vernehmung der Zeugen in der Hauptverhandlung. S. St.P.O. §§ 239—241 S. 335, § 237 Nr. 3—5 S. 334. — 3) Anwesenheit des Zeugen bei der Vernehmung des Angeklagten. S. St.P.O. § 242 Nr. 9—11 S. 336. — 4) Protokollierung der Aussagen des Zeugen in der Hauptverhandlung. S. St.P.O. § 273 Nr. 3—5, 7, 12 S. 369. — 5) Verlesung eines Protokolls über eine frühere Vernehmung des Zeugen in der Hauptverhandlung. S. St.P.O. § 249 Nr. 9, 10, §§ 250—252 S. 345 flg. — 6) Was sind „vorgeladene Zeugen und

Sachverständige"? S. St.P.O. § 244 Nr. 1—6 S. 340. — 7) Vernehmung von Zeugen durch den Untersuchungsrichter und durch den Richterkommissar. S. St.P.O. § 186 S. 325, §§ 222, 223 S. 330. — 8) Kann ein Zeuge gleichzeitig Verteidiger sein? **24**, 104, 296. — 9) Kann ein als Zeuge vernommener Ehemann der Angeklagten gleichzeitig als deren Beistand fungieren? **22**, 198. — 10) Ist die Zeugnisablegung eines Beamten über amtliche Wahrnehmungen eine Amtshandlung (im Sinne des St.G.B.'s § 114)? **18**, 350. — 11) Meineid des Zeugen. Nebenstrafe der Unfähigkeit, als Zeuge vernommen zu werden. S. St.G.B. §§ 154, 157, 161 S. 86 flg. — 12) Trunkenheit von Zeugen. **34**, 283; **35**, 398.

Zeugengebühren. 1) Zur Auslegung der St.P.O. § 219. **16**, 212. — 2) Ist die Entscheidung des Oberlandesgerichts über Zeugengebühren anfechtbar? **7**, 420. — 3) Gehören Zeugengebühren für einen vom Angeklagten unmittelbar geladenen Zeugen zu den „Kosten" im Sinne des Preßgesetzes § 16? **26**, 91.

Zeugnis, ärztliches. 1) Verlesung in der Hauptverhandlung. S. St.P.O. § 255 Nr. 16—21 S. 351. — 2) Ausstellung unrichtiger ärztlicher Zeugnisse. S. St.G.B. § 278 S. 211. — 3) Fälschung eines Zeugnisses unter der falschen Bezeichnung als Arzt. S. St.G.B. § 277 S. 211.

— behördliches. Verlesung in der Hauptverhandlung. S. St.P.O. § 255 Nr. 1—11 S. 350.

Zeugnisverweigerung. S. St.P.O. §§ 51—54 S. 298 flg., § 251 S. 347.

Zimmermann. Wann ist der Zimmermann als buchführungsverpflichteter Kaufmann anzusehen? **33**, 419.

Zinkhaltige Gegenstände. Einziehung nach dem Gesetz vom 23. Juni 1887 § 6. **20**, 333.

Zinssteuer. S. mecklenburg-schwerinsches Gesetz vom 8/6 86 S. 573.

Zollbeamter als Vollstreckungsbeamter. Rechtmäßigkeit der Amtshandlung. S. St.G.B. § 113 Nr. 32—34 S. 61.

Zolldelikte. S. Vertrag vom 8/7 67 S. 434; Gesetz vom 1/7 69 S. 457; vom 17/7 81 S. 533; preußisches Gesetz vom 23/1 38 S. 582.

Zolltarif. S. Gesetz vom $\frac{15/7\ 79}{24/5\ 85}$ S. 523 flg.

Zubehör. 1) Einwirkung der Beschlagnahme einer Sache (insbesondere eines Grundstücks) auf deren Zubehör. S. St.G.B. § 137 Nr. 2, 26, 28, 30, 31 S. 79 flg. — 2) Sind Weinbergspfähle Zubehör des Weinbergs oder des Weinstocks? **18**, 128.

Zuchthausstrafe. S. St.G.B. §§ 14, 19, 21, § 28 Nr. 1 S. 9, § 60 Nr. 4 S. 35, § 74 Nr. 5 S. 51.

Züchtigungsrecht. S. St.G.B. § 223 Nr. 10—15 S. 135, § 340 Nr. 5—20 S. 248 flg.

Zuckersteuer. S. Gesetz vom 26/6 69 S. 457; vom 31/5 91 S. 544.

Zueignung. 1) Beim Diebstahl. S. St.G.B. § 242 Nr. 39—51 S. 148 flg. — 2) Bei der Unterschlagung. S. St.G.B. § 246 Nr. 46—65 S. 160 flg.

Zuhälter. S. St.G.B. § 181a S. 110.

Zündhölzer. Beschäftigung jugendlicher Arbeiter bei der Anfertigung von Zündhölzern. **17**, 349.

Zurechnungsfähigkeit. S. St.G.B. § 51 S. 27, §§ 55—58 S. 29 flg.

Zurückbehaltungsrecht. Verletzung eines fremden Zurückbehaltungsrechts an eigener Sache. S. St.G.B. § 289 Nr. 32—46 S. 222 flg.

Zurücknahme des Strafantrags. Ist ein Schriftstück, in dem die Zurücknahme des Strafantrags erklärt wird, auch dann eine beweiserhebliche Urkunde, wenn das Delikt ohne Antrag verfolgbar ist? **24**, 210.

Zusammenhang mehrerer Strafsachen. S. St.P.O. §§ 2—5, 13 S. 288 flg.

Zusammenrottung. S. St.G.B. § 115 S. 64, § 122 Nr. 2, 3 S. 69, § 125 Nr. 1, 2 S. 73.

Zusammenstoß von Schiffen. Verordnung zu deren Verhütung. S. Verordnung vom 7/1 80 S. 526.

Zusammentreffen strafbarer Handlungen. S. St.G.B. §§ 73—79 S. 46 flg.

Zuständigkeit. A) Zuständigkeit des Strafgerichts überhaupt (=Gerichtsbarkeit). 1) Zuständigkeit des Civilgerichts gegenüber dem Militärgericht. S. Militärgericht. — 2) Zuständigkeit des Strafgerichts zur Beurteilung bürgerlicher und administrativer Rechtsverhältnisse. S. St.P.O. § 261 S. 355. — 3) Zuständigkeit bei strafrechtlicher Verfolgung öffentlicher Beamten. S. E.G.G.V.G. § 11 S. 424. — 4) Zuständigkeit über ausländische Konsuln. S. G.V.G. § 21 S. 424. — 5) Gibt es in Zollsachen eine sofortige Unterwerfung unter die von der Verwaltungsbehörde ausgeworfene Strafe, durch welche die Zuständigkeit des Strafgerichts ausgeschlossen wird? **26**, 319; **28**, 180. — 6) Hat das ordentliche Gericht, wenn die zur Untersuchung stehende Tat in idealer Konkurrenz auch die Merkmale eines Delikts enthält, für dessen Aburteilung Sondergerichte ausschließliche Zuständigkeit haben, dennoch über die Tat auch nach diesem Gesichtspunkte hin zu entscheiden? **33**, 405. — 7) Sind die Forst- und Feldrügesachen, soweit die Landesgesetzgebung von der Befugnis in E.G.St.P.O. Gebrauch gemacht hat, der Gerichtsbarkeit der ordentlichen Gerichte entzogen? **3**, 157; **13**, 383. — B) Sachliche Zuständigkeit. S. G.V.G. §§ 27, 73, 75, 123, 136 S. 425 flg. — C) Örtliche Zuständigkeit. (=Gerichtsstand). 1) S. St.P.O. §§ 7—18 S. 289 flg. — 2) Zuständigkeit im objektiven Strafverfahren. S. St.P.O. § 477 Nr. 4, 5 S. 419.

Zustellung. 1) Zustellung von Entscheidungen im Strafprozesse. S. St.P.O. §§ 35—37 S. 296. — 2) Genießen Urkunden, welche gemäß § 181 C.P.O. zugestellt sind, den Schutz des § 133 St.G.B.'s? **35**, 28.

Zustellungsurkunde. Falsche Beurkundung in der Zustellungsurkunde. S. St.G.B. § 348 Abs. 1 Nr. 23, 28 S. 253.

Zwangsbeitreibungsverfahren. Begriff im Sinne des Krankenversicherungsgesetzes vom $\frac{15/6\ 83}{10/4\ 92}$ § 53 Abs. 2. **25**, 258.

Zwangserziehung. Ist die Entziehung eines Kindes aus der vom Vormundschaftsgerichte angeordneten Zwangserziehung als Gefangenenbefreiung nach St.G.B. § 120 zu bestrafen? **15**, 39.

Zwangsgestellung. Zulässigkeit; Unterschied von Festnahme. **2**, 262.

Zwangsversteigerung eines Grundstücks. 1) Umfang der durch die Zwangsversteigerung eines Grundstücks eintretenden Beschlagnahme. **1**, 368; **8**, 113 (Preußen); **8**, 422; **29**, 123 (Bayern). — 2) Dauer der durch die Zwangsversteigerung eines Grundstücks eintretenden Beschlagnahme. **8**, 113; **31**, 80 (Preußen). — 3) Bedeutung der Zwangsversteigerung eines Grundstücks für die Frage, ob die Zwangsversteigerung droht im Sinne des § 288 St.G.B.'s. **1**, 37; **17**, 42.

Zwangsverwaltung. Umfang der durch die Zwangsverwaltung eines Grundstücks eintretenden Beschlagnahme. **28**, 307, 379.

Zwangsvollstreckung. 1) S. C.P.O. vom 30/1 77 §§ 671—810 S. 506. — 2) Beiseiteschaffung von Vermögensstücken bei drohender Zwangsvollstreckung. S. St.G.B. § 288 S. 216. — 3) Rechtmäßige Amtsausübung bei Vornahme der Zwangsvollstreckung. S. St.G.B. § 113 Nr. 20, 35—44 S. 60 flg. — 4) Bewirkung einer Beschlagnahme durch Zwangsvollstreckung. S. St.G.B. § 137 Nr. 8—15 S. 79 flg. — 5) Hat der Pächter an den Früchten des Pachtgrundstücks auch nach deren Versteigerung bis zur Wegschaffung Gewahrsam? **20**, 428.

Zweck. Unterschied von Zweck, Absicht, Vorsatz. **5**, 314.

Zweikampf. S. St.G.B. §§ 201—210 S. 127 flg.

Gesetzesverzeichnis.

I. Reichsrecht.

	Entscheid. nach Band und Seite	Syst. Reg. Seite
A. Strafgesetzbuch	—	3
B. Konkursordnung		
I. Fassung vom 10. Februar 1877	—	276
II. Fassung vom 20. Mai 1898	—	286
C. Strafprozeßordnung	—	287
D. Gerichtsverfassungsgesetz	—	424
E. Andere Gesetze, Verordnungen rc	—	434
Verfassung des Norddeutschen Bundes vom 25. Juni 1867 (B.G.Bl. S. 1) Art. 66	**23**, 17	—
Vertrag zwischen dem Norddeutschen Bunde, Bayern, Württemberg, Baden und Hessen, die Fortdauer des Zoll- und Handelsvereins betreffend, vom 8. Juli 1867 (B.G.Bl. S. 81)	—	434
Gesetz über das Paßwesen vom 12. Oktober 1867 (B.G.Bl. S. 33)	**33**, 212	—
Gesetz, betreffend die Erhebung einer Abgabe von Salz, vom 12. Oktob. 1867 (B.G.Bl. S. 41)	—	434
Gesetz, betreffend die Nationalität der Kauffahrteischiffe rc, vom 25. Oktober 1867 (B.G.Bl. S. 35)	—	435
Gesetz über die Freizügigkeit vom 1. Nov. 1867 (B.G.Bl. S. 55)	**6**, 378	—
Gesetz, betreffend die Organisation der Bundeskonsulate rc, vom 8. November 1867 (B.G.Bl. S. 137) § 20	**26**, 97	—
Gesetz, betreffend die Verpflichtung zum Kriegsdienste, vom 9. Nov. 1867 (B.G.Bl. S. 131) § 3	**26**, 314	—
Vertrag zwischen dem Norddeutschen Bund und den Vereinigten Staaten von Amerika, betreffend die Staatsangehörigkeit rc, vom 22. Februar 1868 (B.G.Bl. S. 228)	—	435
Handels- und Zollvertrag zwischen dem Zollverein einerseits und Österreich andererseits vom 9. März 1868 (B.G.Bl. S. 239)	**13**, 410	—
Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen dem Norddeutschen Bund rc einerseits und Spanien andererseits vom 30. März / 24. Juni 1868 (B.G.Bl. S. 322, 464)	—	435
Gesetz wegen Abänderung einzelner Bestimmungen der Zollordnung rc vom 18. Mai 1868 (B.G.Bl. S. 225)	**7**, 327	—
Gesetz, betreffend die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, vom 4. Juli 1868 (B.G.Bl. S. 415)	—	436

Digitized by Google

	Entscheid. nach Band und Seite	Syst. Reg. Seite
Gesetz, betreffend die Besteuerung des Branntweins ꝛc, vom 8. Juli 1868 (B.G.Bl. S. 384)	—	436
Gesetz, betreffend die subsidiarische Haftung des Brennereiunternehmers für Zuwiderhandlungen gegen die Branntweinsteuergesetze durch Verwalter ꝛc, vom 8. Juli 1868 (B.G.Bl. S. 404)	—	437
Maß- und Gewichtsordnung vom 17. August 1868 (B.G.Bl. S. 473) Art. 19	**23**, 379	—
Gesetz, Maßregeln gegen die Rinderpest betreffend, vom 7. April 1869 (B.G.Bl. S. 105)	—	438
Wahlgesetz für den Reichstag des Norddeutschen Bundes vom 31. Mai 1869 (B.G.Bl. S. 145) § 17	**16**, 294 **26**, 18 **32**, 106	— — —
Gesetz, betreffend die Portofreiheiten im Gebiete des Norddeutschen Bundes, vom 5. Juni 1869 (B.G.Bl. S. 141)	—	438
Allgemeine Deutsche Wechselordnung, als Bundesgesetz eingeführt am 5. Juni 1869 (B.G.Bl. S. 382)	—	438
Allgemeines Deutsches Handelsgesetzbuch, als Bundesgesetz eingeführt am 5. Juni 1869 (B.G.Bl. S. 404), mit Novellen vom 11. Juni 1870 (S. 375) und 18. Juli 1884 (R.G.Bl. S. 123)	—	439
Gesetz, betreffend die Wechselstempelsteuer, vom 10. Juni 1869 (B.G.Bl. S. 193)	—	441
Gesetz, betreffend die Beschlagnahme des Arbeits- oder Dienstlohns, vom 21. Juni 1869 (B.G.Bl. S. 242) § 4	**35**, 62	—
Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869 (B.G.Bl. S. 245) nebst Novellen vom 17. Juli 1878 (R.G.Bl. S. 199), 23. Juli 1879 (S. 267), 1. Juli 1883 (S. 159, 177), 1. Juni 1891 (S. 261), 6. August 1896 (S. 685), 30. Juni 1900 (S. 321, 871) . .	—	444
Gesetz, die Besteuerung des Zuckers betreffend, vom 26. Juni 1869 (B.G.Bl. S. 282)	—	457
Vereinszollgesetz vom 1. Juli 1869 (B.G.Bl. S. 317)	—	457
Gesetz, betreffend die Gleichberechtigung der Konfessionen in bürgerlicher und staatsbürgerlicher Beziehung, vom 3. Juli 1869 (B.G.Bl. S. 292)	**13**, 207	—
Eichordnung vom 16. Juli 1869 (B.G.Bl. Nr. 32 Beil.) §§ 32 flg.	**23**, 379	—
Begleitscheinregulativ vom 23. Dezember 1869 (Centr.Bl. f. d. Abg.-Gesetzg. ꝛc in Preußen 1870 S. 25) / 5. Juli 1888 (Centr.Bl. f. d. D.R. S. 501)		
§ 31	**12**, 11 **18**, 424 **21**, 112, 377 **27**, 372 **34**, 151	— — — — —
§§ 1a, 33, 32 Abs. 4a	**21**, 399	—
§ 48 Abs. 2	**25**, 432	—

	Entscheid. nach Band und Seite	Syst. Reg. Seite
Gesetz wegen Beseitigung der Doppelbesteuerung vom 13. Mai 1870 (B.G.Bl. S. 119)	—	470
Reglement zur Ausführung des Wahlgesetzes für den Reichstag rc vom 18. Mai 1870 (B.G.Bl. S. 275) § 10	**6**, 351	—
Gesetz über die Erwerbung und den Verlust der Bundes- und Staatsangehörigkeit vom 1. Juni 1870 (B.G.Bl. S. 355)	—	470
Gesetz, betreffend das Urheberrecht an Schriftwerken, Abbildungen, musikalischen Kompositionen und dramatischen Werken, vom 11. Juni 1870 (B.G.Bl. S. 339)	—	471
Gesetz, betreffend die Kommanditgesellschaften auf Aktien und die Aktiengesellschaften, vom 11. Juni 1870 (B.G.Bl. S. 375)	—	439
Vertrag, betreffend den Beitritt Bayerns zur Verfassung des Deutschen Bundes, vom 23. November 1870 (B.G.Bl. 1871 S. 9) Nr. III	**32**, 204	—
Verfassung des Deutschen Reiches vom 16. April 1871 (B.G.Bl. S. 63)	—	476
Gesetz, betreffend die Inhaberpapiere mit Prämien, vom 8. Juni 1871 (R.G.Bl. S. 210)	—	477
Gesetz über das Postwesen des Deutschen Reiches vom 28. Oktober 1871 (R.G.Bl. S. 347) / 20. Dezember 1899 (R.G.Bl. S. 715)	—	477
Gesetz über das Posttaxwesen im Gebiete des Deutschen Reiches vom 28. Oktober 1871 (R.G.Bl. S. 358) § 1	**14**, 332	—
Auslieferungsvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und Italien vom 31. Oktober 1871 (R.G.Bl. S. 446)	—	481
Zusatzkonvention zu dem Friedensvertrage zwischen Deutschland und Frankreich vom 11. Dezember 1871 (R.G.Bl. 1872 S. 7)	—	481
Konsularkonvention zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika vom 11. Dezember 1871 (R.G.Bl. 1872 S. 95)	—	481
Verordnung, betreffend den Verkehr mit Apothekerwaren, vom 25. März 1872 (R.G.Bl. S. 85) § 1	**16**, 359	—
Auslieferungsvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und Großbritannien vom 14. Mai 1872 (R.G.Bl. S. 229)	—	482
Gesetz wegen Erhebung der Brausteuer vom 31. Mai 1872 (R.G.Bl. S. 153)	—	482
Militärstrafgesetzbuch vom 20. Juni 1872 (R.G.Bl. S. 174)	—	484
Disziplinarstrafordnung für das Heer vom 31. Oktober 1872 (Preußisches Armeeverordnungsblatt S. 330)		
§§ 2, 30	**35**, 99	—
§§ 5, 16	**3**, 246	—
§§ 34, 36	**7**, 80	—
Bestimmungen zur Ausführung des Gesetzes wegen Erhebung der Brausteuer rc, vom 18. November 1872 (Centr.Bl. f. d. Abg.-Gesetzgeb. rc in Preußen S. 364)	—	485
Seemannsordnung vom 27. Dezember 1872 (R.G.Bl. S. 409)	—	485

	Entscheid. nach Band und Seite	Erst. Reg. Seite
Gesetz, betreffend die Rechtsverhältnisse der Reichsbeamten, vom 31. März 1873 (R.G.Bl. S. 61)	—	486
Revidierte Instruktion zu dem Gesetze v. 7/4 69, Maßregeln gegen die Rinderpest betreffend, publiziert durch Erlaß vom 9. Juni 1873 (R.G.Bl. S. 147)		
§ 6	**12**, 37	—
§ 9	**1**, 213	—
§ 17	**2**, 113	—
Deklaration des Art. 11 der zusätzlichen Übereinkunft vom 12. Okt. 1871 zu dem Friedensvertrage ꝛc zwischen Deutschland und Frankreich, vom 8. Oktober 1873 (R.G.Bl. S. 365)	—	486
Vertrag zwischen Deutschland und der Schweiz wegen gegenseitiger Auslieferung der Verbrecher v. 24. Januar 1874 (R.G.Bl. S. 113)	—	486
Impfgesetz vom 8. April 1874 (R.G.Bl. S. 31)	—	486
Reichsmilitärgesetz vom 2. Mai 1874 (R.G.Bl. S. 45)	—	486
Gesetz über die Presse vom 7. Mai 1874 (R.G.Bl. S. 65) . . .	—	487
Betriebsreglement für die Eisenbahnen Deutschlands vom 11. Mai 1874 (Centr.Bl. S. 179)	—	495
Strandungsordnung vom 17. Mai 1874 (R.G.Bl. S. 73) §§ 7, 12	**10**, 84	—
Gesetz über den Markenschutz vom 30. November 1874 (R.G.Bl. S. 143)	—	495
Auslieferungsvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und Belgien vom 24. Dezember 1874 (R.G.Bl. 1875 S. 73)	—	499
Verordnung, betreffend den Verkehr mit Arzneimitteln, vom 8. Januar 1875 (R.G.Bl. S. 5)	**4**, 393	—
	5, 416	—
	6, 329	—
	16, 359	—
Bahnpolizeireglement für die Eisenbahnen Deutschlands vom 8. Januar 1875 (Centr.Bl. S. 57) §§ 53, 66—68	**10**, 325	—
Gesetz über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung vom 6. Februar 1875 (R.G.Bl. S. 23)	—	500
Deklaration des Art. 6 des Handelsvertrags zwischen dem Zollverein und Großbritannien ꝛc vom 14. April 1875 (R.G.Bl. S. 199)	**26**, 391	—
Deutsche Wehrordnung vom 28. September 1875 (Centr.Bl. S. 534)		
Teil I Ersatzordnung § 6	**23**, 81	—
§ 11 Nr. 4	**32**, 133	—
„ II Kontrollordnung § 2	**15**, 4	—
§§ 7, 9 Nr. 2, 11 Nr. 5, 6	**32**, 133	—
Heerordnung vom 28. September 1875 (vgl. Preußisches Armee-Verordnungsblatt S. 233)	**23**, 17	—
Verordnung über die Ehrengerichte der Offiziere der Kais. Marine vom 2. November 1875 (Marine-Verordnungsbl. S. 221) . .	**12**, 231	—
Gesetz, betreffend das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste, vom 9. Januar 1876 (R.G.Bl. S. 4)	—	501

	Entscheid. nach Band und Seite	Just. Reg. Seite
Gesetz, betreffend den Schutz der Photographien gegen unbefugte Nachbildung, vom 10. Januar 1876 (R.G.Bl. S. 8)	—	503
Gesetz, betreffend das Urheberrecht an Mustern und Modellen vom 11. Januar 1876 (R.G.Bl. S. 11)	—	504
Gesetz über die eingeschriebenen Hülfskassen vom 7. April 1876 (R.G.Bl. S. 125) / 1. Juni 1884 (R.G.Bl. S. 54)	—	506
Niederlassungsvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 27. April 1876 (R.G.Bl. 1877 S. 3)	—	506
Civilprozeßordnung vom 30. Januar 1877 (R.G.Bl. S. 83) / 17./20. Mai 1898 (R.G.Bl. S. 256, 410) . . .	—	506
Mit Einführungsgesetzen	—	508
Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn wegen Herstellung einer Eisenbahn von Altwasser nach Chotzen vom 2. März 1877 (R.G.Bl. S. 415)	—	509
Patentgesetz vom 25. Mai 1877 (R.G.Bl. S. 501) / 7. April 1891 (R.G.Bl. S. 79)	—	509
Verordnung, betreffend die Einrichtung, das Verfahren und den Geschäftsgang des Patentamts, vom 18. Juni 1877 (R.G.Bl. S. 533) §§ 2, 7, 8	**3**, 253	—
Auslieferungsvertrag zwischen Deutschland und Brasilien vom 17. September 1877 (R.G.Bl. 1878 S. 293)	—	512
Handelskonvention zwischen Deutschland und Rumänien vom 14. November 1877 (R.G.Bl. 1881 S. 199)	—	512
Gesetz, betreffend Zuwiderhandlungen gegen die zur Abwehr der Rinderpest erlassenen Vieh-Einfuhrverbote, vom 21. Mai 1878 (R.G.Bl. S. 95)	—	512
Übereinkommen, betreffend den Austausch von Postanweisungen rc, vom 4. Juni 1878 (R.G.Bl. 1879 S. 112) Art. 4	**20**, 436	—
Gerichtskostengesetz vom 18. Juni 1878 (R.G.Bl. S. 141) . . .	—	513
Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher vom 24. Juni 1878 (R.G.Bl. S. 166)	—	514
Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige vom 30. Juni 1878 (R.G.Bl. S. 173)		
§ 14	**32**, 273	—
§ 17	**7**, 420	—
Rechtsanwaltsordnung vom 1. Juli 1878 (R.G.Bl. S. 177) . .	—	514
Gesetz, betreffend den Spielkartenstempel, vom 3. Juli 1878 (R.G.Bl. S. 133)	—	514
Regulativ des Bundesrats, betreffend den Betrieb der Spielkartenfabriken, vom 6. Juli 1878 (Centr.Bl. S. 406) §§ 5, 7, 8 . .	**11**, 402	—
Gesetz, betreffend Abänderung der Gewerbeordnung, vom 17. Juli 1878 (R.G.Bl. S. 199)	—	444
Gesetz, betreffend die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie, vom 21. Oktober 1878 (R.G.Bl. S. 351)	—	515

	Entscheid. nach Band und Seite	Syst. Reg. Seite
Postordnung vom $\frac{\text{8. März}}{\text{24. August}}$ 1879 (Centr.Bl. S. 185, 538) . . .	—	515
Bekanntmachung des Bundesrats, betreffend die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Glashütten, vom 23. April 1879 (Centr.Bl. S. 304)	**9**, 102	—
Gesetz, betreffend den Verkehr mit Nahrungsmitteln, Genußmitteln und Gebrauchsgegenständen, vom 14. Mai 1879 (R.G.Bl. S. 145)	—	515
Gebührenordnung für Rechtsanwälte vom 7. Juli 1879 (R.G.Bl. S. 176)	—	523
Gesetz über die Konsulargerichtsbarkeit vom 10. Juli 1879 (R.G.Bl. S. 197)	—	523
Gesetz, betreffend den Zolltarif des Deutschen Zollgebietes und den Ertrag der Zölle und der Tabaksteuer vom $\frac{\text{15. Juli 1879 (R.G.Bl. S. 207)}}{\text{23. Juni 1882 (R.G.Bl. S. 59), 22./24. Mai 1885 (R.G.Bl. S. 111)}}$	—	523
Gesetz, betreffend die Besteuerung des Tabaks, vom 16. Juli 1879 (R.G.Bl. S. 245)	—	525
Gesetz, betreffend die Steuerfreiheit des Branntweins zu gewerblichen Zwecken, vom 19. Juli 1879 (R.G.Bl. S. 259)	—	525
Gesetz, betreffend die Statistik des Warenverkehrs rc, vom 20. Juli 1879 (R.G.Bl. S. 261)	—	525
Gesetz, betreffend die Abänderung einiger Bestimmungen der Gewerbeordnung, vom 23. Juli 1879 (R.G.Bl. S. 267) . . .	—	444
Bekanntmachung des Bundesrats zur Vollziehung des Gesetzes über die Statistik des Warenverkehrs vom 20. November 1879 (Centr.Bl. S. 676)	**19**, 79	—
Verordnung zur Verhütung des Zusammenstoßes der Schiffe auf See vom $\frac{\text{7. Januar 1880 (R.G.Bl. S. 1)}}{\text{9. Mai 1897 (R.G.Bl. S. 203)}}$	—	526
Bekanntmachung des Bundesrats, betreffend die Besteuerung des Tabaks, vom 25. März 1880 (Centr.Bl. S. 133)	**11**, 202, 288	—
Zusatzkonvention zu dem deutsch-chinesischen Freundschafts-, Schifffahrts- und Handelsvertrage rc, vom 31. März 1880 (R.G.Bl. 1881 S. 261)	**26**, 97	—
Regulativ für Privattransitläger rc vom 13. Mai 1880 (Centr.Bl. S. 285) §§ 14, 15	**18**, 231	—
Gesetz, betreffend die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen, vom $\frac{\text{23. Juni 1880 (R.G.Bl. S. 153)}}{\text{1. Mai 1894 (R.G.Bl. S. 410)}}$	—	526
Verordnung, betreffend das Verbot der Einfuhr von Schweinefleisch rc aus Amerika, vom 25. Juni 1880 (R.G.Bl. S. 151)	**21**, 121	—
Verordnung, betreffend die Klasseneinteilung der Militärbeamten rc, vom 29. Juni 1880 (R.G.Bl. S. 169)	—	527
Instruktion zur Ausführung der §§ 19—29 des Gesetzes, betreffend die Abwehr rc von Viehseuchen, vom 24. Februar 1881 (Centr.Bl. S. 36) § 32	**20**, 177	—

	Entscheid. nach Band und Seite	Syst. Reg. Seite
Zollkartell zu dem Handelsvertrag zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn vom 23. Mai 1881 (R.G.Bl. S. 133)) . .	—	527
Gesetz, betreffend die Erhebung von Reichsstempelabgaben (Reichsstempelgesetz) vom 1. Juli 1881 (R.G.Bl. 185) / 3. Juni 1885 (R.G.Bl. 179), 27. April 1894 (R.G.Bl. S. 381) / 14. Juni 1900 (R.G.Bl. S. 273) . .	—	528
Bekanntmachung des Reichskanzlers, betreffend die Abänderung der Vorschriften über die Verwendung der Wechselstempelmarken, vom 16. Juli 1881 (R.G.Bl. S. 245)	—	533
Gesetz, betreffend die Bestrafung von Zuwiderhandlungen gegen die österreichisch-ungarischen Zollgesetze, vom 17. Juli 1881 (R.G.Bl. S. 247)	—	533
Dienstanweisung für die Landbriefträger vom 1. Mai 1882 (amtliche Separatausgabe, Berlin 1882 Reichsdruckerei)	**10**, 123	—
Verordnung des Bundesrats, betreffend die Einrichtung von Strafregistern rc, vom 16. Juni 1882 (Centr.Bl. S. 309) §§ 1, 8, 17	**26**, 413	—
Gesetz, betreffend Abänderung des Zolltarifgesetzes rc. vom 23. Juni 1882 (R.G.Bl. S. 59)	—	523
Regulativ des Bundesrats, betreffend die Gewährung einer Zollerleichterung bei der Ausfuhr von Mühlenfabrikaten, vom 27. Juni 1882 (Centr.Bl. S. 290)	—	533
Verordnung, betreffend das Verbot der Einfuhr von Schweinen rc amerikanischen Ursprungs, vom 6. März 1883 (R.G.Bl. S. 31)	—	533
Ausführungsbestimmungen des Bundesrats zu dieser Verordnung vom 11. April 1883 (Centr.Bl. S. 92)	**22**, 45	—
Übereinkunft zwischen Deutschland und Frankreich, betreffend den Schutz von Werken der Literatur und Kunst, vom 19. April 1883 (R.G.Bl. S. 269)	—	534
Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und Italien vom 4. Mai 1883 (R.G.Bl. S. 118)	**22**, 370	—
Gesetz, betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter, (Krankenversicherungsgesetz) vom 15. Juni 1883 (R.G.Bl. S. 73) / 10. April 1892 (R.G.Bl. S. 417)	—	534
Gesetz, betreffend Abänderung der Gewerbeordnung, vom 1. Juli 1883 (R.G.Bl. S. 159)	—	444
Gesetz, betreffend die Anfertigung und Verzollung von Zündhölzern, vom 13. Mai 1884 (R.G.Bl. S. 49)	—	535
Gesetz, betreffend die Abänderung des Gesetzes über die eingeschriebenen Hülfskassen, vom 1. Juni 1884 (R.G.Bl. S. 54)	—	506
Gesetz gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen vom 9. Juni 1884 (R.G.Bl. S. 61) . . .	—	535
Unfallversicherungsgesetz vom 6. Juli 1884 (R.G.Bl. S. 69) . .	—	538
Gesetz über den Feingehalt von Gold- und Silberwaren vom 16. Juli 1884 (R.G.Bl. S. 120)	—	538
Gesetz, betreffend die Kommanditgesellschaften auf Aktien und die Aktiengesellschaften, vom 18. Juli 1884 (R.G.Bl. S. 123) . .	—	439

	Entscheid. nach Band und Seite	Ergb. Reg. Seite
Bekanntmachung, betreffend das Gesetz gegen den verbrecherischen ꝛc Gebrauch von Sprengstoffen, vom 13. März 1885 (R.G.Bl. S. 78)	—	535
Gesetz, betreffend die Abänderung des Zolltarifgesetzes ꝛc, vom 22. Mai 1885 (R.G.Bl. S. 73, 111)	—	523
Gesetz, betreffend die Abänderung des Gesetzes wegen Erhebung von Reichsstempelabgaben, vom 29. Mai 1885 (R.G.Bl. S. 171)	—	525
Bahnpolizeireglement für die Eisenbahnen Deutschlands vom 30. November 1885 (R.G.Bl. S. 289)		
§ 62	**24**, 163	—
§§ 66, 68	**17**, 415	—
Bekanntmachung, betreffend die Form des Stempelzeichens zur Angabe des Feingehalts auf goldenen und silbernen Geräten, vom 7. Januar 1886 (R.G.Bl. S. 1)	**18**, 376	—
Gesetz, betreffend die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen, vom 5. Mai 1886 (R.G.Bl. S. 132)		
§§ 26, 57, 62, 67	**29**, 291	—
§§ 116, 136, 137	**24**, 82	—
Übereinkunft, betreffend die Bildung eines internationalen Verbandes zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst, vom 9. September 1886 (R.G.Bl. 1887 S. 493) / 4. Mai 1896 (R.G.Bl. 1897 S. 759)	—	538
Gesetz, betreffend die Besteuerung des Branntweins, vom 24. Juni 1887 (R.G.Bl. S. 253) / 8. Juni 1891 (R.G.Bl. S. 338), 16. Juni 1895 (R.G.Bl. S. 276) .	—	539
Gesetz, betreffend den Verkehr mit blei- und zinkhaltigen Gegenständen, vom 25. Juni 1887 (R.G.Bl. S. 273)	—	541
Gesetz, die Besteuerung des Zuckers betreffend, vom 9. Juli 1887 (R.G.Bl. S. 308) § 49	**22**, 278	—
Gesetz, betreffend den Verkehr mit Ersatzmitteln für Butter, vom 12. Juli 1887 (R.G.Bl. S. 375)	—	541
Vorläufige Bestimmungen zur Ausführung der Reichsgesetze, betreffend die Besteuerung des Branntweins ꝛc, vom 27. September 1887 (Centr.Bl. S. 351)	—	542
Beschluß des Bundesrats zur Ausführung des Branntweinsteuergesetzes ꝛc vom 3. November 1887 (Centr.Bl. S 527) . . .	**28**, 90	—
Verordnung, betreffend das Verbot der Einfuhr von Schweinen ꝛc dänischen, schwedischen und norwegischen Ursprungs, vom 29. Nov. 1887 (R.G.Bl. S. 529)	**19**, 155	—
Beschluß des Bundesrats, betreffend das amtliche Warenverzeichnis zum Zolltarife vom 28. März 1888 (Centr.Bl. S. 183) . . .	**21**, 325; **25**, 8	—
Gesetz, betreffend die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfindenden Gerichtsverhandlungen, vom 5. April 1888 (R.G.Bl. S. 133)		
Art. I	—	431
„ III	**19**, 127	—

	Entscheid. nach Band und Seite	Syst. Reg. Seite
Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetz, die Besteuerung des Zuckers betreffend, vom 28. Juni 1888 (Centr.Bl. S. 267) . .	—	542
Begleitscheinregulativ vom 5 Juli 1888 (Centr.Bl. S. 484, 501). S. oben unterm 23/12 69	—	—
Ausführungsvorschriften zu dem Gesetz wegen Erhebung der Brausteuer vom 5. Juli 1888 (Centr.Bl. S. 484, 677).	—	542
Wehrordnung vom 22. November 1888 (Centr.Bl. 1889 S. 1)		
§ 21 Nr. 2	**34**, 408	—
§§ 105, 113	**34**, 302	—
§ 116	**23**, 17	—
Heerordnung vom 22. November 1888 (Preuß. Armeeverordnungsblatt S. 226) § 35	**34**, 302	—
Gesetz, betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, vom 1. Mai 1889 (R.G.Bl. S. 55) / 20. Mai 1898 (R.G.Bl. S. 810)	—	542
Gesetz, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung (Invalidenversicherungsgesetz), vom 22. Juni 1889 (R.G.Bl. S. 97) / 19. Juli 1899 (R.G.Bl. S. 463)	—	543
Verordnung, betreffend den Verkehr mit Arzneimitteln, vom 27. Januar 1890 (R.G.Bl. S. 9)	—	544
Gesetz, betreffend die Abänderung der Militärstrafgerichtsordnung, vom 3. Mai 1890 (R.G.Bl. S. 63)	—	544
Gesetz, betreffend die Gewerbegerichte, vom 29. Juli 1890 (R.G.Bl. S. 141)	—	544
Patentgesetz vom 7. April 1891 (R.G.Bl. S. 79)	—	509
Bekanntmachung, betreffend das Gesetz gegen den verbrecherischen &c. Gebrauch von Sprengstoffen, vom 16. April 1891 (R.G.Bl. S. 105)	**27**, 119	—
Gesetz, betreffend die Prüfung der Läufe und Verschlüsse der Handfeuerwaffen, vom 19. Mai 1891 (R.G.Bl. S. 109)	—	544
Gesetz, betreffend die Besteuerung des Zuckers, vom 31. Mai 1891 (R.G.Bl. S. 295) / 9. Juni 1895 (R.G.Bl. S. 255), 27./28. Mai 1896 (R.G.Bl. S. 109)	—	544
Gesetz, betreffend Abänderung der Gewerbeordnung, vom 1. Juni 1891 (R.G.Bl. S. 261)	—	444
Gesetz, betreffend den Schutz von Gebrauchsmustern, vom 1. Juni 1891 (R.G.Bl. S. 290)	—	545
Gesetz, betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Besteuerung des Branntweins, vom 8. Juni 1891 (R.G.Bl. S. 338). . .	—	539
Telegraphenordnung für das Deutsche Reich vom 15. Juni 1891 (Centr.Bl. S. 162) § 8b	**30**, 238	—
Übereinkommen des Weltpostvereins, betreffend den Austausch von Postpaketen, vom 4. Juli 1891 (R.G.Bl. 1892 S. 560) . . .	—	545
Handels- und Zollvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn vom 6. Dezember 1891 (R.G.Bl. 1892 S. 3)	—	546

	Entscheid. nach Band und Seite	Syst. Reg. Seite
Viehseuchen-Übereinkommen zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn vom 6. Dezember 1891 (R.G.Bl. 1892 S. 90)	**33**, 54	—
Handels-, Zoll- und Schiffahrtsvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und Italien vom 6. Dezember 1891 (R.G.Bl. 1892 S. 97)	**22**, 370	—
Handels- und Zollvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und der Schweiz vom 10. Dezember 1891 (R.G.Bl. 1892 S. 195) Art. 4 und Anl. C § 2	**34**, 223	—
Gesetz über die Abänderung des Gesetzes, betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter ꝛc, vom 10. April 1892 (R.G.Bl. S. 379)	—	534
Gesetz, betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung, vom 20. April 1892 (R.G.Bl. S. 477) / 20. Mai 1898 (R.G.Bl. S. 846)	—	546
Gesetz, betreffend den Verkehr mit Wein, weinhaltigen und weinähnlichen Getränken, vom 20. April 1892 (R.G.Bl. S. 597) .	—	546
Bekanntmachung, betreffend die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Walz- und Hammerwerken, vom 29. April 1892 (R.G.Bl. S. 602)	**33**, 219	—
Bekanntmachung, betreffend die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Hechelräumen und dergleichen, vom 29. April 1892 (R.G.Bl. S. 604)	—	546
Betriebsordnung für die Haupteisenbahnen Deutschlands vom 5. Juli 1892 (R.G.Bl. S. 691)	—	547
Verkehrsordnung für die Eisenbahnen Deutschlands vom 15. November 1892 (R.G.Bl. S. 923)	—	547
Vorschriften des Bundesrats für die steuerfreie Verwendung von undenaturiertem Branntwein zu Heil-, wissenschaftlichen und gewerblichen Zwecken vom 18. November 1892 (Centr.Bl. S. 694)	—	547
Gesetz gegen den Verrat militärischer Geheimnisse vom 3. Juli 1893 (R.G.Bl. S. 205)	—	547
Gesetz, betreffend Abänderung des Gesetzes, betreffend Erhebung von Rechsstempelabgaben ꝛc, vom 27. April 1894 (R.G.Bl. S. 369)	—	528
Gesetz, betreffend Abänderung des Gesetzes über die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen, vom 1. Mai 1894 (R.G.Bl. S. 405)	—	526
Gesetz zum Schutze der Warenbezeichnungen vom 12. Mai 1894 (R.G.Bl. S. 441)	—	547
Gesetz, betreffend die Abzahlungsgeschäfte, vom 16. Mai 1894 (R.G.Bl. S. 450)	—	551
Bekanntmachung, betreffend den Schutz deutscher Warenzeichnungen in auswärtigen Staaten, vom 22. September 1894 (R.G.Bl. S. 521)	**31**, 30	—
Bekanntmachung, betreffend die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter auf Steinkohlenbergwerken, vom 1. Februar 1895 (R.G.Bl. S. 5)	**33**, 261	—
Gesetz, betreffend die Ausführung des mit Österreich-Ungarn abgeschlossenen Zollkartells, vom 9. Juni 1895 (R.G.Bl. S. 253)	**32**, 110	—
Gesetz, betreffend Abänderung des Zuckersteuergesetzes, vom 9. Juni 1895 (R.G.Bl. S. 255)	—	544

	Entscheid. nach Band und Seite	Syst. Reg. Seite
Gesetz, betreffend die Abänderung des Branntweinsteuergesetzes rc. vom 16. Juni 1895 (R.G.Bl. S. 265)	—	539
Bekanntmachung, betreffend die Instruktion des Bundesrates zur Ausführung der §§ 19—29 des Gesetzes über Abwehr rc von Viehseuchen, vom 27. Juni 1895 (R.G.Bl. S. 357)	—	551
Bestimmungen des Bundesrats über Handel mit denaturiertem Branntwein vom 27. Februar 1896 (Centr.Bl. S. 67 Nr. 3)	**33**, 151	—
Zusatzakte, durch welche die Artt. 2, 3 rc der Übereinkunft vom 9. September 1886 rc abgeändert werden, vom 4. Mai 1896 (R.G.Bl. 1897 S. 759)	—	538
Gesetz zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes vom 27. Mai 1896 (R.G.Bl. S. 145)	—	552
Gesetz, betreffend Abänderung des Zuckersteuergesetzes, vom 27. Mai 1896 (R.G.Bl. S. 109)	—	544
Ausführungsbestimmungen des Bundesrats hierzu vom 9. Juli 1896 (Centr.Bl. S. 231) Nr. 112	**35**, 309	—
Börsengesetz vom 22. Juni 1896 (R.G.Bl. S. 157)	—	554
Gesetz, betreffend die Pflichten der Kaufleute bei Aufbewahrung fremder Wertpapiere, vom 5. Juli 1896 (R.G.Bl. S. 183) . .	—	554
Gesetz, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung, vom 6 August 1896 (R.G.Bl. S. 685)	—	444
Bürgerliches Gesetzbuch und Einführungsgesetz dazu vom 18. August 1896 (R.G.Bl. S. 195)	—	554
Auslieferungsvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und den Niederlanden vom 31. Dezember 1896 (R.G.Bl. 1897 S. 731) . .	—	556
Gesetz, betreffend die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung, vom $\frac{\text{24. März 1897 (R.G.Bl. S. 97)}}{\text{30. Mai 1878 (R.G.Bl. S. 713)}}$ §§ 9. 48	**34**, 3	—
Verordnung zur Verhütung des Zusammenstoßes der Schiffe auf See vom 9. Mai 1897 (R.G.Bl. S. 203)	—	526
Handelsgesetzbuch und Einführungsgesetz dazu vom 10. Mai 1897 (R.G.Bl. S. 219)	—	557
Gesetz über das Auswanderungswesen vom 9. Juni 1897 (R.G.Bl. S. 463)	—	557
Gesetz, betreffend den Verkehr mit Butter, Käse, Schmalz und deren Ersatzmitteln, vom 15. Juni 1897 (R.G.Bl. S. 475)	—	558
Bekanntmachung, betreffend Bestimmungen über den Geschäftsbetrieb der Auswanderungs-Unternehmer und -Agenten, vom 14. März 1898 (R.G.Bl. S. 39)	**32**, 432	—
Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17./20. Mai 1898 (R.G.Bl. S. 189, 771)		
§ 16	**35**, 28	—
§§ 16, 19, 20, 32, 51—53, 55, 57	**35**, 47	—
Gesetz, betreffend Änderung der Konkursordnung, vom 17./20. Mai 1898 (R.G.Bl. S. 230, 612)	—	286

	Entscheid. nach Band und Seite	Syst. Reg. Seite
Gesetz, betreffend Änderungen der Civilprozeßordnung, mit Einführungsgesetz dazu, vom 17./20. Mai 1898 (R.G.Bl. S. 256, 332, 410)	—	506
Bekanntmachung der Texte verschiedener Reichsgesetze in neuer Fassung (R.G.Bl. S. 369). S. die Gesetze vom 1. Mai 1889, 20. April 1892, 24. März 1897, 17. Mai 1898		
Gesetz, betreffend den Verkehr mit künstlichen Süßstoffen, vom 6. Juli 1898 (R.G.Bl. S. 919)	—	558
Bestimmungen des Patentamts über die Anmeldung von Gebrauchsmustern vom 22. November 1898 (Blatt für Patent-, Muster- und Zeichenwesen Bd. 4 S. 228) §§ 2, 6	**35**, 348	—
Militärstrafgerichtsordnung und Einführungsgesetz dazu vom 1. Dezember 1898 (R.G.Bl. S. 1189)	—	558
Invalidenversicherungsgesetz vom 13./19. Juli 1899 (R.G.Bl. S. 393, 463)	—	543
Eisenbahnverkehrsordnung vom 26. Oktober 1899 (R.G.Bl. S. 557) §§ 28—34	**35**, 220	—
Gesetz, betreffend einige Änderungen von Bestimmungen über das Postwesen, vom 20. Dezember 1899 (R.G.Bl. S. 715)	—	477
Gesetz, betreffend die Bestrafung der Entziehung elektrischer Arbeit, vom 9. April 1900 (R.G.Bl. S. 228)	—	558
Gesetz, betreffend Abänderungen des Reichsstempelgesetzes ꝛc, vom 14. Juni 1900 (R.G.Bl. S. 260)	—	528
Ausführungsbestimmungen zum Reichsstempelgesetze ꝛc vom 21. Juni 1900 (Centr.Bl. S. 335) Nr. 56	**35**, 344	—
Gesetz, betreffend Abänderungen der Gewerbeordnung, vom 30. Juni 1900 (R.G.Bl. S. 321, 871)	—	444
Gesetz, betreffend die Feststellung eines dritten Nachtrags zum Reichshaushaltetat für 1900, vom 25. Februar 1901 (R.G.Bl. S. 7) § 6	**35**, 227	—
Gesetz über die privaten Versicherungsunternehmungen vom 12. Mai 1901 (R.G.Bl. S. 139)	—	558
Gesetz, betreffend den Verkehr mit Wein, weinhaltigen und weinähnlichen Getränken, vom 24. Mai 1901 (R.G.Bl. S. 175) §§ 3 flg.	**35**, 169	—
Gesetz, betreffend das Urheberrecht an Werken der Literatur und Tonkunst, vom 29. Juni 1901 (R.G.Bl. S. 227)	—	559

II. Landesrecht.

	Entscheid. nach Band und Seite	Syst. Reg. Seite
A. Römisches und kanonisches Recht	—	559
B. Sonstiges Recht nachstehender in alphabetischer Ordnung aufgeführter Bundesstaaten.		
Anhalt.		
Gesetz, betreffend die Stellung der Hofverwaltungsbehörden und der Hofverwaltungsbeamten 2c, vom 10. Juli 1876 (G.S. S. 159)	**8**, 372	—
Gesetz, den Ersatz von Wildschaden betreffend, vom 21. April 1899 (G.S. S. 171)	**33**, 416	—
Baden.		
Landrecht vom 3. Februar 1809 (Reg.Bl. S. 77)		
Satz 390, 450 flg.	**32**, 103	—
„ 513, 1984 flg.	**2**, 173	—
„ 2279, 2280	**25**, 165	—
Gesetz über die Verfassung und Verwaltung der Gemeinden vom 31. Dezember 1831 (Reg.Bl. 1832 S. 81) / 14. Mai 1870 (G. u. V.Bl. S. 423) § 57	**5**, 247	—
Gesetz, die Bieraccise betreffend, vom 28. Februar 1845 (Reg.Bl. S. 50)	—	559
Strafgesetzbuch vom 6. März 1845 (Reg.Bl. Nr. XI Beilage) § 477	**8**, 418	—
Polizeistrafgesetzbuch vom 31. Oktober 1863 (Reg.Bl. S. 439) .	—	560
Bürgerliche Prozeßordnung vom 18. März 1864 (Reg.Bl. S. 263, amtl. Sep.-Ausgabe)	—	560
Staatsvertrag mit den Vereinigten Staaten von Amerika 2c vom 19. Juli 1868 (G. u. V.Bl. 1869 S. 579)	**4**, 271	—
Gesetz, die Abänderung einiger Bestimmungen des Gesetzes über die Verfassung 2c betreffend, vom 14. Mai 1870. S. Gesetz vom 31. Dezember 1831		
Verordnung des Ministeriums des Inneren, die Verwaltung- und Rechnungsführung bezüglich der weltlichen Ortsstiftungen betr., Anleitung dazu, vom 10. Juni 1874 (G.- u. V.Bl. S. 208) .	**10**, 35	—
Gesetz, die Kapitalrentensteuer betreffend, vom 29. Juni 1874 (G.- u. V.Bl. S. 361)	—	560
Gesetz zum Vollzuge der Einführung des Reichsgesetzes über die Beurkundung des Personenstandes 2c vom 9. Dezember 1875 (G.- u. V.Bl. S. 355)	**13**, 393	—
Gesetz, die Erwerbssteuer (Gewerbsteuer) betreffend, vom 25. August 1876 (G. u. V.Bl. S. 271) / 20. Juni 1884 (G. u. V.Bl. S. 321)	—	560
Verordnung des Ministeriums des Inneren, die Fleischschauordnung betreffend, mit Dienstanweisung für die Fleischbeschauer (G. u. V.Bl. S. 198)	**19**, 197	—
Gesetz, die Verwaltung der freiwilligen Gerichtsbarkeit und das Notariat betreffend, vom 6. Februar 1879 (G. u. V.Bl. S. 131) § 64	**32**, 365	—

	Entscheid. nach Band und Seite	Syst. Reg. Seite
Gesetz, die Einführung der Reichsjustizgesetze betreffend, vom 3. März 1879 (G.- u. V.Bl. S. 91)	—	560
Gesetz, die Einführung einer allgemeinen Einkommensteuer betreffend, vom 20. Juni 1884 (enthaltend Abänderungen des Gesetzes vom 25. August 1876). S. letzteres Gesetz	—	—
Gesetz, die staatliche Fürsorge für die Erziehung verwahrloster jugendlicher Personen betreffend, vom 4. Mai 1886 (G.- u. V.Bl. S. 225)	**31**, 203	—
Beamtengesetz vom 24. Juli 1888 (G. u. V.Bl. S. 399) § 8 . .	**28**, 41	—
Waisenrichterordnung vom 30. Oktober 1889 (G.- u. V.Bl. S. 427) §§ 3, 5, 6	**32**, 365	—
Verordnung, die Aufnahme in den staatlichen Dienst betreffend, vom 7. Februar 1890 (G.- u. V.Bl. S. 97) § 14	**28**, 41	—
Feldpolizeiordnung für das Amt Tauberbischofsheim, § 30 II 1 .	**7**, 396	—

Bayern.

	Entscheid. nach Band und Seite	Syst. Reg. Seite
Onolzbachsche Konkursordnung von 1731 Nr. XXIII	**23**, 60	—
Augsburgische Waisenordnung vom 31. Juli 1743	**21**, 314	—
Codex Juris Bavarici Judiciarii oder neuverbesserte kurbayerische Gerichtsordnung vom 14. Dezember 1753 Kap. 6 § 16 Nr. 2 .	**4**, 240	—
Codex Maximilianeus Bavaricus civilis oder neu verbessert und ergänzt kurbayerisches Landrecht vom 2. Januar 1756 . . .	—	560
Bamberger Landrecht von 1769 Kap. I Tit. 1 §§ 2—4, Teil I Anh. III Tit. II §§ 30flg.	**28**, 168	—
Reskript (betreffend einstweilige Einführung des Teils I Kap. VII des bayerischen Civilgesetzbuchs in Schwaben) vom 9. Dezemb. 1806	**21**, 314	—
Organisches Edikt über das Medizinalwesen vom 8. September 1808 (Reg.Bl. S. 2189)	**27**, 359	—
Amtsinstruktion für die Lokalschul-Inspektionen vom 15. September 1808 (Reg.Bl. S. 2493)	**5**, 193	—
Vollzugsverordnung zum Edikte über das Medizinalwesen vom 8 Dezember 1808 (Reg Bl. S. 2889)	**27**, 359	—
Strafgesetzbuch vom 16. Mai 1813 (Reg.Bl. S. 665) Teil II Art. 3 Abs. 2	**4**, 240	—
Verordnung, die Aufhebung der bisherigen Holzversteigerung in den Staatswaldungen betreffend, vom 25. September 1813 (Reg.Bl. S. 1249)	—	561
Entschließung des Staatsministeriums des Inneren, Schulstrafen betreffend, vom 20. Mai 1815 (Döllinger, S. die Verordnung Bd. IX S. 1459; Weber, neue G. u. V.S. Bd. I S. 473).	**5**, 193 **26**, 148 **34**, 95	— — —
Verordnung, die künftige Verfassung und Verwaltung der Gemeinden betreffend, vom 17. Mai 1818 (G.Bl. S. 49) / 1. Juli 1834 (G.Bl. S. 109) § 94 . . .	**2**, 316	—
Verfassungsurkunde vom 26. Mai 1818 (G.Bl. S. 101) . . .	—	561

	Entscheid. nach Band und Seite	Syst. Reg. Seite
Hypothekengesetz vom 1. Juni 1822 (G.Bl. S. 17)		
§ 17	**13**, 112	—
§ 84	**8**, 422	—
Instruktion für die Schätzungen und Schätzmänner in Hypothekensachen vom 18. März 1823 (Reg.Bl. S. 802) §§ 10, 20 . .	**13**, 112	—
Verordnung, die Formation der Ministerien betreffend, vom 9. Dezember 1825 (Reg.Bl. S. 977)	**15**, 85 **25**, 89	— —
Verordnung, die Formation und den Wirkungskreis der obersten Verwaltungsbehörden in den Kreisen betreffend, vom 17. Dezember 1825 (Reg.Bl. S. 1049) §§ 38, 46	**25**, 89	—
Gesetz, die allgemeine Häusersteuer betreffend, vom 15. August 1828 (G.Bl. S. 169) / 19. Mai 1881 (G. u. V.Bl. S. 657)	—	561
Gesetz, die Revision der Verordnung vom 17. Mai 1818 rc betreffend, vom 1. Juli 1834 (G.Bl. S. 109). S. diese Verordnung.		
Verordnung, die Auflösung der Medizinalkomiteen rc betreffend, vom 23. August 1843 (Reg.Bl. S. 585) § 4	**27**, 359	—
Gesetz, die Verantwortlichkeit der Minister betreffend, vom 4. Juni 1848 (G.Bl. S. 69)	**15**, 85	—
Gesetz, die Versammlungen und Vereine betreffend, vom 26. Februar 1850 (G.Bl. S. 53)	—	562
Gesetz, die Ausübung der Jagd betreffend, vom 30. März 1850 (G.Bl. S. 117)	—	562
Gesetz, die allgemeine deutsche Wechselordnung betreffend, vom 25. Juli 1850 (G.Bl. S. 358) Art. 5	**4**, 240	—
Forstgesetz vom 28. März 1852 (G.Bl. S. 69) / 26. September 1879 (G. u. V.Bl. S. 1313)	—	562
Instruktion zum Jagdgesetze vom 3. Februar 1857 (Weber, neue G. u. V.S. Bd. V S. 21)	**18**, 265	—
Verordnung, die Reorganisation des öffentlichen Bauwesens betreffend, vom 13. November 1857 (Reg.Bl. S. 1621) . . .	**25**, 140	—
Gesetz, das Notariat betreffend, vom 10. November 1861 (G.Bl. S. 129)	—	563
Bekanntmachung, die Instruktion zum Vollzuge des Notariatsgesetzes rc betreffend, vom 1. Juni 1862 (Reg.Bl. S. 961) § 46 und Beil. II	**24**, 230	—
Bekanntmachung des Ministeriums des Inneren die Ausfertigung der Totenscheine betreffend, vom 15. Juni 1862 (Reg.Bl. S. 1400)	**7**, 335	—
Verordnung, die Feier der Sonn- und Festtage betreffend, vom 30. Juli 1862 (Reg.Bl. S. 2069)	**17**, 56 **33**, 438	— —
Entschließung des Justizministeriums, die Anzeigen wegen körperlicher Mißhandlung durch Mißbrauch des Züchtigungsrechts der Schullehrer betreffend, vom 28. Mai 1863 (J.M.Bl. S. 6) .	**5**, 193 **34**, 95	— —
Verordnung, polizeiliche Vorschriften über Ausübung und Behandlung der Jagden betreffend, vom 5. Oktober 1863 (Reg.Bl. S. 1657)	—	563

	Entscheid. nach Band und Seite	Ergz. Reg. Seite
Entschließung des Ministeriums für Kirchen- und Schulangelegenheiten, die Aufrechterhaltung der Schuldisziplin betreffend, vom 8. Januar 1866 (Min.Bl. für K. u. Sch.A. S. 13)	5, 193 25, 89	— —
Internationale Schiffahrts- und Hafenordnung für den Bodensee vom 22. September 1867 (Reg.Bl. 1868 S. 385)	2, 17	—
Gesetz, die Erhebung einer Abgabe von Salz betreffend, vom 16. November 1867 (G.Bl. S. 217)	—	563
Gesetz über Heimat, Verehelichung und Aufenthalt vom 16. April 1868 (G.Bl. S. 357) / 17. März 1892 (G.- u. V.Bl. S. 51)	—	563
Gesetz, die Vermarkung der Grundstücke betreffend, vom 16. Mai 1868 (G.Bl. S. 573) §§ 1, 5, 16, 19	17, 10	—
Gesetz über den Malzaufschlag vom 16. Mai 1868 (G. 461) / 18. August 1879 (G.- u. V.Bl. S. 781, 792)	—	563
Vertrag über die Staatsangehörigkeit der wechselseitigen Einwanderer zwischen Bayern und Nordamerika vom 26. Mai 1868 (Reg.Bl. S. 2153)	—	564
Verordnung, die Verhältnisse der Bader betreffend, vom 25. Juni 1868 (Reg.Bl. S. 1129)	6, 260	—
Verordnung, die Organisation der Gendarmerie ꝛc betreffend, vom 24. Juli 1868 (Reg.Bl. S. 1385)	29, 211	—
Prozeßordnung in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten vom 29. April 1869 (G.Bl. S. 1233) Art. 208	4, 240	—
Gesetz, die Gemeindeordnung für die Landesteile diesseit des Rheins betreffend, vom 29. April 1869 (G.Bl. S. 865) / 19. Januar 1872 (G.Bl. S. 197)	—	564
Gesetz, die Gemeindeordnung für die Pfalz betreffend, vom 29. April 1869 (G.Bl. S. 1009) Art. 75	10, 64	—
Gesetz, die Einführung des Militärstrafgesetzbuchs und der Militärstrafgerichtsordnung für das Kgr. Bayern betreffend, vom 29. April 1869 (G.Bl. S. 1841)	—	564
Militärstrafgerichtsordnung vom 29. April 1869 (G.Bl. S. 1341 Beilage) Art. 4	13, 107	—
Verordnung, den Obermedizinalausschuß und die Kreismedizinalausschüsse betreffend, vom 24. Juli 1871 (Reg.Bl. S. 1489) .	27, 359	—
Polizeistrafgesetzbuch vom 26. Dezember 1871 (G.Bl. S. 9) . .	—	564
Gesetz, die Abänderung einiger Bestimmungen der Gemeindeordnung für die Landesteile diesseit des Rheins betreffend, vom 19. Januar 1872	—	564
Verordnung, die Organisation des Staatsbauwesens betreffend, vom 23. Januar 1872 (Reg.Bl. S. 337)	25, 140	—
Oberpolizeiliche Verfügungen der Regierung der Oberpfalz und von Regensburg vom 8. Oktober 1872	19, 180	—
Ministerialentschließung, die Stellung von Strafanträgen bei Beleidigungen der Gendarmerie betreffend, vom 23. November 1872 (Amtsbl. des Min. d. Inn. 1872/3 S. 131, J.Min.Bl. S. 294)	29, 211	—

	Entscheid. nach Band und Seite	Syst. Reg. Seite
Verordnung, die Ausübung der Heilkunde betreffend, vom 11. August 1873 (Reg.Bl. S. 1313) § 2	**6**, 260	—
Verordnung, die Vornahme der chemischen und mikroskopischen Untersuchung in strafrechtlichen Fällen betreffend, vom 29. September 1878 (G.= u. V.Bl. S. 435)	**27**, 359	—
Ausführungsgesetz zum Reichsgerichtsverfassungsgesetz vom 23. Februar 1879 (G.= u. V.Bl. S. 273)	—	565
Gesetz zur Ausführung der Reichscivilprozeßordnung und Konkursordnung vom 23. Februar 1879 (G.= u. V.Bl. S. 63) Art. 4	**24**, 389	—
Gesetz, die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen wegen Geldforderungen betreffend (Subhastationsordnung), vom 23. Februar 1879 (G.= u. V.Bl. S. 203) Art. 8	**8**, 422	—
Gesetz, betreffend die Besteuerung des Gewerbebetriebs im Umherziehen, vom 10. März 1879 (G.= u. V.Bl. S. 143)	—	565
Gesetz zur Ausführung der Reichs=Strafprozeßordnung vom 18. August 1879 (G.= u. V.Bl. S. 781)	—	565
Dienstvorschriften für die Gerichtsschreiber vom 14. September 1879 (J.Min.Bl. S. 743)	**22**, 124 **31**, 4	— —
Dienstinstruktion für die Gendarmeriemannschaft ꝛc vom 20. September 1879 (Amtsblatt des Min. d. J. S. 377)	**29**, 211	—
Dienstvorschriften für die Gerichtsvollzieher vom 22. September 1879 (J.Min.Bl. S. 1185) §§ 7, 16, 17, 25	**18**, 341	—
Bekanntmachung, das Forstgesetz vom 28. März 1852 betreffend, vom 26. September 1879 (G.= u. V.Bl. S. 1313)	—	562
Justizministerialbekanntmachung, die Ausführung der Zwangsvollstreckungen ꝛc betreffend, vom 30. September 1879 (J.Min.Bl. S. 1494)	**18**, 388 **19**, 287	— —
Anweisung zur Behandlung der Zoll= und Aufschlagstrafsachen im Verwaltungswege vom 2. Oktober 1879 (G.= u. V.Bl. S. 1381)	**31**, 9	—
Verordnung, den Vollzug des Reichsgesetzes über die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen ꝛc betreffend, vom 23. März 1881 (G.= u. V.Bl. S. 129)	—	566
Gesetz, einige Abänderungen an den Gesetzen über die allgemeine Grund= und Haussteuer betreffend, vom 19. Mai 1881 (G.= u. V.Bl. S. 657)	—	561
Gesetz, die Kapitalrentensteuer betreffend, vom 19. Mai 1881 (G.= u. V.Bl. S. 477)	—	566
Gesetz, die Gewerbssteuer betr., vom 19. Mai 1881 (G.= u. V.Bl. S. 495)	—	566
Bekanntmachung des Ministeriums des Inneren, Maßregeln gegen die Rinderpest betreffend, vom 2. Januar 1882 (G.= u. V.Bl. S. 29)	—	566
Ministerialbekanntmachung, den Vollzug des Haussteuergesetzes betreffend, vom 4. April 1882 (G.= u. V.Bl. S. 119)	**9**, 255	—
Ministerialentschließung, die körperliche Züchtigung als Schulstrafe betreffend, vom 9. Februar 1883 (Min.Bl. für K. u. Sch. Ang. S. 57, J.Min.Bl. S. 36)	**34**, 95	—

	Entscheid. nach Band und Seite	Syst. Reg. Seite
Dienst- und Hausordnung für die Gerichtsgefängnisse vom 10. April 1883 (J.Min.Bl. S. 77)	13, 334 17, 402	— —
Verordnung über die Verhältnisse der Bader vom 24. Juni 1884 (G.- u. V.Bl. S. 419)	13, 259	—
Oberpolizeiliche Vorschriften über die Leichenschau und die Zeit der Beerdigung vom 20. November 1885 (G.- u. V.Bl. S. 655)	17, 406	—
Verordnung, die Verwaltung und den Betrieb der kgl. Verkehrsanstalten betreffend, vom 17. Juli 1886 (G.- u. V.Bl. S. 487)	35, 80	—
Bekanntmachung des Ministeriums des Inneren, Maßregeln gegen die Rinderpest betreffend, vom 22. Januar 1887 (G.- u. V.Bl. S. 13)	—	566
Bekanntmachung des Ministeriums des Inneren, Maßregeln gegen die Maul- und Klauenseuche betreffend, vom 14. Februar 1890 (G.- u. V.Bl. S. 101)	32, 414	—
Bekanntmachung, die Einfuhr von lebendem Rindvieh aus Österreich-Ungarn betreffend, vom 5. Dezember 1890 (G.- u. V.Bl. S. 631)	33, 54	—
Bekanntmachung, die Einfuhr von Nutz- und Zuchtvieh aus Österreich rc betreffend, vom 30. Juni 1891 (G.- u. V.Bl. S. 201)	33, 54	—
Gesetz, die Auslegung und Abänderung einiger Bestimmungen des Gesetzes vom 16. April 1868 rc betreffend, vom 17. März 1892 (G.- u. V.Bl. S. 51)	—	563
Gesetz, die Entschädigung für Viehverlust infolge von Milzbrand betreffend, vom 26. Mai 1892 (G.- u. V.Bl. S. 142)	24, 332	—
Gebührengesetz vom 6. Juli 1892 (G.- u. V.Bl. S. 489)	—	566
Bekanntmachung, die Durchfuhr von lebendem Rindvieh aus Österreich-Ungarn betreffend, vom 18. Juli 1892 (G.- u. V.Bl. S. 557)	33, 54	—
Bekanntmachung des Ministeriums des Inneren, Maßregeln gegen Viehseuchen betreffend, vom 20. Februar 1893 (G.- u. V.Bl. S. 57)	—	567
Bekanntmachung, den Vollzug des § 105a Abs. 2 der Gewerbeordnung betreffend, vom 30. April 1895 (G.- u. V.Bl. S. 253)	33, 438	—
Gesetz, die Fortsetzung der Grundentlastung betreffend, vom 2. Februar 1898 (G.- u. V.Bl. S. 19)	—	567
Bekanntmachung des Ministeriums des Inneren, die Einfuhr von Nutz- und Zuchtvieh aus Österreich rc betreffend, vom 5. Juli 1898 (G.- u. V.Bl. S. 380)	33, 54	—

Braunschweig.

Gesetz, die Verpfändung von beweglichen Sachen und Forderungen betreffend, vom 8. März 1878 (G.- u. V.S. S. 75) §§ 1, 3	6, 321	—
Gesetz, die Jagdpolizei-Übertretungen betreffend, vom 1. April 1879 (G.- u. V.S. S. 237) §§ 18—21	11, 421	—
Gesetz, betreffend die Landgemeindeordnung, vom 18. Juni 1892 (G.- u. V.S. S. 357)	—	567

Bremen.

Vormundschaftsordnung vom 14. Mai 1882 (G.Bl. S. 81) § 8	18, 65	—
Feldpolizeiordnung vom 20. Oktober 1887 (G.Bl. S. 95)	—	567

Elsaß-Lothringen

(einschließlich des in anderen Teilen Deutschlands geltenden französischen Rechts).

	Entscheid. nach Band und Seite	Syst. Reg. Seite
Decret relatif à la constitution des assemblées primaires et des assemblées administratives du 22. décembre 1789 . .	—	567
Loi sur l'organisation judiciaire du 24. août 1790 (Coll. gén. des lois, 1. tome, 2. partie, p. 1362) titre XI, art. 3 . . .	**24**, 234	—
Loi qui autorise les notaires, greffiers et huissiers à faire les prisées et ventes des meubles, et qui fixe le pris de vocations, du 17. septembre 1793 (Coll. gén. des lois, 5. tome, p. 894) art. 1	**26**, 13	—
Arrêté du directoire exécutif portant défenses à tous autres que les notaires, greffiers et huissiers, de s'immiscer dans les prisées, estimations et ventes publiques de meubles et effets mobiliers, du 12. fructidor IV (Bull. des lois, 2. sér., 1. tome, no. 72 p. 9)	**26**, 13	—
Loi sur l'enregistrement, du 22. frimaire VII (Bull. des lois, 2. sér., no. 248 p. 2)	—	567
Loi qui prescrit des formalités pour les ventes d'objets mobiliers, du 22. pluviôse VII (Bull. des lois, 2. sér., no. 258 p. 6)	—	568
Loi relative à la perception des droits d'enregistrement, du 27. ventose IX (Bull. des lois, 3. sér. p. 427)	**26**, 13	—
Loi relative à l'établissement de bourses de commerce, du 28. ventose IX (Bull. des lois, 3. sér. p. 434)	**26**, 13	—
Convention entre le gouvernement français et sa Sainteté Pie VII du $\frac{\text{26. messidor}}{\text{23. fructidor}}$ IX (Bull. des lois de l'an X, 3. sér. p. 13) art. 1, 3	**26**, 294	—
Articles organiques de la convention du 26. messidor IX (Bull. des lois de l'an X, 3. sér. p. 17) art. 31	**9**, 305	—
Loi relative à l'organisation des cultes, du 18. germinal X (Bull. des lois, 3. sér. p. 13)	**26**, 294	—
Arrêté concernant les bourses de commerce, du 27. prairial X (Bull. des lois, 3. sér. p. 398)	**26**, 13	—
Loi contenant organisation des écoles de pharmacie, du 21. germinal XI (Bull. des lois, 3. sér. p. 121)	—	568
Loi interprétative de l'article 36 de celle du 21. germinal an XI sur la police de la pharmacie, du 29. pluviôse XIII (Bull. des lois, 4. sér., 2. tome p. 308)	**6**, 329	—
Décret impérial relatif à l'annonce et la vente des remèdes secrets, du 25. prairial XIII (Bull. des lois, 4. sér., 4. tome p. 227)	**6**, 329	—
Code Napoléon du 3. septembre 1807 (Bull. des lois no. 154)	—	568
Code d'instruction criminelle du 17. novembre 1808 (Bull. des lois, 4. sér., 9. tome, no. 214 bis)	**12**, 219	—

	Entscheid. nach Band und Seite	Syst. Reg. Seite
Code pénal du 12. février 1810 (Bull. des lois, no. 277 bis)	—	568
Decret impérial concernant les remèdes secrets, du 18. août 1810 (Bull. des lois, 4. sér., 13. tome p. 152)	**6**, 329	—
Loi sur la répression des crimes et délits commis par la voie de la presse, ou par tout autre moyen de publication, du 17. mai 1819 (Bull. des lois p. 465)	—	569
Loi rélative à la répression et la poursuite des délits commis par la voie de la presse ou par tout autre moyen de publication, du 25. mars 1822 (Bull. des lois p. 249) . .	—	569
Loi sur les journaux et écrits périodiques, du 18. juillet 1828 (Bull. des lois, 8. sér., 9. tome p. 33)	**30**, 1	—
Gesetz vom 21. April 1832 Art. 33 (Bull. des lois, 9. sér. no. 169)	**24**, 67	—
Loi sur les associations, du 10. avril 1834 (Bull. des lois p. 25)	—	569
Loi portant prohibition des loteries, du 21. mai 1836 (Bull. des lois p. 185)	—	569
Loi sur l'administration municipale, du 18. juillet 1837 (Bull. des lois, 9. sér., 15. tome p. 129)		
art. 11	**1**, 135	—
art. 45	**17**, 328	—
Loi sur la presse du 27. juillet 1849 (Bull. des lois p. 109)	—	569
Loi sur le cautionnement des journaux et le timbre des écrits périodiques et non périodiques, du 16. juillet 1850 (Bull. des lois p. 79)	—	570
Décret organique sur la presse, du 17. février 1852 (Bull. des lois p. 317)	—	570
Loi rélative à la presse, du 11. mai 1868 (Bull. des lois, 11. sér., 31 tome p. 397)		
art. 12	**28**, 45	—
art. 15	**27**, 108	—
	30, 1	—
Loi rélative aux réunions publiques du 6. juin 1868 (Bull. des lois p. 641)	—	570
Gesetz, betreffend die Einführung der deutschen Zoll- und Steuergesetzgebung, vom 17. Juli 1871 (G.Bl. S. 37) Art. 4 . . .	**18**, 241	—
Gesetz, betreffend die Einführung des Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich in Elsaß-Lothringen, vom 30. August 1871 (G.Bl. S. 255)	—	570
Gesetz, betreffend die Einrichtung der Verwaltung, vom 30. Dezember 1871 (G.Bl. S. 49) § 11	**24**, 234	—
Gesetz, betreffend die Ernennung der Untersuchungsrichter und der Ergänzungsrichter bei den Landgerichten, sowie die Bestellung zeitweiliger Vertreter ꝛc, vom 22. September 1873 (G.Bl. S. 247)	**27**, 343	—
Gesetz, betreffend Rechtsverhältnisse der Beamten und Lehrer, vom 23. Dezember 1873 (G.Bl. S. 479)	**32**, 322	—

	Entscheid. nach Band und Seite	Syst. Reg. Seite
Regulativ des Reichskanzlers für die Elementarschulen vom 4. Januar 1874 (Möllers Sammlung der Ges., V.O. rc in Elsaß-Lothringen Bd. 3 S. 452) § 4	**33**, 72	—
Verordnung des Oberpräsidenten, betr. die Ausführung des Regulativs für die Elementarschulen rc (Möllers Sammlung Bd. 3 S. 531)	**33**, 72	—
Verordnung, betreffend die Zuständigkeit der Kreisdirektoren, vom 28. August 1875 (G.Bl. S. 171) § 1	**17**, 328	—
Gesetz, betreffend die Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes, 4. November 1878 (G.Bl. S. 65)	—	571
Reichsgesetz, betreffend die Verfassung und die Verwaltung Elsaß-Lothringens, vom 4. Juli 1879 (R.G.Bl. S. 165)	—	571
Gesetz, betreffend die Ausführung der Civilprozeßordnung, der Konkursordnung und der Strafprozeßordnung, vom 8. Juli 1879 (G.Bl. S. 67) §§ 18, 19	**24**, 67	—
Geschäftsordnung für die Gerichtsschreiber vom 20. Dezember 1879 (Sammlung von Ges., V.O. rc betreffend die Just.-Verw. Bd. 4 S. 484) § 27	**34**, 208	—
Gesetz, betreffend die Erhöhung der Lizenzgebühren rc, vom 5. Mai 1880 (G.Bl. S. 115)	—	571
Gesetz zur Ausführung des Reichsgesetzes, betreffend die Abwehr rc von Viehseuchen, vom 27. März 1881 (G.Bl. S. 67) § 9	**24**, 234	—
Verordnung zum Vollzug dieses Gesetzes vom 28. März 1881 (G.Bl. S. 70)	—	571
Ministerialverfügung, betreffend die Aufsicht über die Amtsgefängnisse rc, vom 5. März 1883 (Sammlung von Ges. rc betreffend die Just.-Verw. Bd. 8 S. 84)	**27**, 343	—
Dienstordnung für die Gefängnisaufseher hierzu (daselbst S. 98) § 42	**34**, 208	—
Ministerialverfügung, betreffend das Verfahren bei Vollstreckung von Freiheitsstrafen, vom 4. Januar 1886 (daselbst Bd. 9 S. 5) Nr. 6	**34**, 208	—
Gesetz, betreffend die Strafsachen der Enregistrementsverwaltung, vom 28. Mai 1888 (G.Bl. S. 48)	**24**, 67	—
Ministerialverordnung, betreffend die veterinärpolizeiliche Beaufsichtigung des Viehverkehrs, vom 18. November 1889 (Centr. und Bez. Amtsbl. S. 297)	**33**, 217	—
Verordnung des Bezirkspräsidenten von Lothringen, betreffend die Beaufsichtigung des Metzgergewerbes und Fischhandels, vom 1. Januar 1895 (Centr. und Bez. Amtsbl. S. 7)	**33**, 217	—
Gemeindeordnung vom 6. Juni 1895 (G.Bl. S. 58) § 16	**32**, 228	—
Ministerialverfügung, betreffend die Verteilung und den öffentlichen Anschlag von Schriftstücken, die sich auf öffentliche Wahlen beziehen, vom 30. Juli 1895 (Sammlung von Ges. rc betreffend die Just. Verw. Bd. 20 S. 429)	**30**, 1	—
Ministerialverordnung, betreffend die veterinärpolizeiliche Beaufsichtigung des Viehverkehrs, vom 18. November 1895 (Centr. und Bez. Amtsbl. S. 228)	**33**, 217	—

	Entscheid. nach Band und Seite	Syst. Reg. Seite
Verordnung des Bezirkspräsidenten von Lothringen, betreffend die veterinärpolizeiliche Beaufsichtigung des Viehverkehrs, vom 6. Dezember 1895 (Centr. und Bez. Amtsbl. S. 294) . . .	**33**, 217	—
Gesetz, betreffend die Ausführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs, vom 17. April 1899 (G.Bl. S. 431) § 167	**32**, 322	—

Hamburg.

Hamburger Stadtrecht von 1603/5 Art. 12 (II, 4), Art. 4 (II, 5)	**14**, 321	—
Medizinalordnung vom 20. Februar 1818 (Anderson, Sammlung der V.O. seit 1814 Bd. 5 S. 44) § 99	**23**, 428	—
Revidierte Konsumtions-Accise-Verordnung vom 20. Dezember 1861 (Anderson, Sammlung Bd. 30 S. 154) § 84	**2**, 33	—
Einführungsgesetz zum Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuche vom 22. Dezember 1865 (Anderson, Sammlung Bd. 33 S. 533) § 6	**25**, 36	—
Gesetz, betreffend Abänderung Hamburgischer Gesetze bei Inkrafttreten des Strafgesetzbuchs 2c, vom 21. Dezember 1870 (G.S. S. 158) Abschnitt 2	**2**, 33	—
Gesetz, betreffend die Verjährung der Strafverfolgung in Hamburgischen Steuersachen, vom 20. Dezember 1872 (G.S. S. 124)	**2**, 33	—
Gesetz, betreffend die Stempelabgabe, vom 5. Mai 1876 (G.G. S. 9)	—	571
Gesetz, betreffend Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes, vom 23. April 1879 (G.S. S 83)		
§§ 4, 8, 12	**13**, 408	—
§§ 9, 79, 85	**20**, 40	—
Gesetz, betreffend Sicherung von Mieteforderungen, vom 14. April 1882 (G.S. S. 23)	**14**, 321	—

Hessen.

Forststrafgesetz vom 4. Februar 1837 (Reg.Bl. S. 133)	—	572
Forststrafgesetz vom 21. September 1841 (Reg.Bl. S. 537) . . .	—	572
Gesetz, die Ausübung der Jagd und Fischerei in den Provinzen Starkenburg und Oberhessen betreffend, vom 26. Juli 1848 (Reg.Bl. S. 209)	—	572
Polizeistrafgesetzbuch vom 30. Oktober 1855 (Reg.Bl. S. 449) . .	**25**, 54	—
Gesetz, die Rechtsverhältnisse der Standesherren des Großherzogtums betreffend, vom 18. Juli 1858 (Reg.Bl. S. 329)	—	572
Jagdstrafgesetz vom 19. Juli 1858 (Reg.Bl. S. 345) Art. 22 . .	**7**, 311	—
Gesetz, betreffend den Übergang zu dem Strafgesetzbuche für das Deutsche Reich 2c, vom 10. Oktober 1871 (Reg.Bl. S. 393) Artt. 2, 8	**25**, 54	—
Ministerialbekanntmachung zu diesem Gesetz vom 10. Oktober 1871 (Reg.Bl. Anl. zu Nr. 35)	**25**, 54	—
Gesetz, das Volksschulwesen betreffend, vom 16. Juni 1874 (Reg.Bl. S. 377) Artt. 15, 28, 75	**34**, 118	—

	Entscheid. nach Band und Seite	Syst. Reg. Seite
Ausschreiben des Ministeriums des Inneren, betreffend das Züchtigungsrecht der Lehrer, vom 31. März 1876	**25**, 196	—
Verordnung, die Aufhebung der Obermedizinaldirektion und die Organisation der Medizinalbehörden zc betreffend, vom 28. Dez. 1876 (Reg.Bl. S. 665) § 18	**29**, 26	—
Gesetz, die Ausführung des deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes betreffend, vom 3. September 1878 (Reg.Bl. S. 101) . . .	—	572
Gesetz, die Bildung und Zuständigkeit der obersten Verwaltungsgerichts betreffend, vom 16. April 1879 (Reg.Bl. S. 131) . .	—	572
Verordnung. die Vorbereitung für den Staatsdienst im Justiz- und Verwaltungsfache betreffend, vom 30. April 1879 (Reg.Bl. S. 189) Art. 16	**26**, 42	—
Gesetz, die Rechtsverhältnisse der Richter betreffend, vom 31. Mai 1879 (Reg.Bl. S. 235) Art. 6	**24**, 340	—
Verordnung, die Gerichtskosten und Gebühren betreffend, vom 18. Januar 1882 (Reg.Bl. S. 1) / 23. Juli 1890 (Reg.Bl. S. 127)	—	572
Gesetz, die Einführung einer Kapitalrentensteuer betreffend, vom 8. Juli 1884 (Reg.Bl. S. 85) Artt. 24 flg.	**27**, 141	—
Verordnung, die Vorbereitung für den Staatsdienst im Justiz- und Verwaltungsfache betreffend, vom 6. Dezember 1884 (Reg.Bl. S. 301)	**26**, 42	—
Gesetz, die Gemeindeumlagen betreffend, vom 24. September 1887 (Reg.Bl. S. 215)	—	573
Gesetz, die Abänderung einiger Bestimmungen der Verordnung über die Gerichtskosten und Gebühren zc betreffend, vom 23. Juli 1890 (Reg.Bl. S. 127)	—	572
Gesetz, den Handel mit Anteilen und Abschnitten von Losen zu Lotterien und Ausspielungen betreffend, vom 11. April 1896 (Reg.Bl. S. 47)	—	573
Dienstanweisung für die Standesbeamten vom 29. November 1899 (Reg.Bl. S. 1095) §§ 45 flg.	**35**, 265	—

Lippe-Detmold.

Gesetz über das Volksschulwesen vom 11. Dezember 1849 (G.S. S. 261) §§ 95, 96	**2**, 10	—

Lübeck.

Vertrag mit Oldenburg über die Errichtung eines gemeinschaftlichen Landgerichts zc vom 29./30. September 1878 (S. der V. u. B. 1879 S. 1) Art. 30	**32**, 283	—

Mecklenburg-Schwerin.

Landesherrliche Patentverordnung zu verbesserter Einrichtung des Landschulwesens vom 21. Juli 1821 (Off. Wochenbl. S. 177)	**31**, 267	—

	Entscheid. nach Band und Seite	Syst. Reg. Seite
Verordnung, die Organisation der Ministerien betreffend, vom 4. April 1853 (Reg.Bl. S. 81)	**31**, 267	—
Verordnung zur Ergänzung der Hypotheken-Gesetzgebung vom 3. Mai 1879 (Reg.Bl. S. 97)	**31**, 22	—
Verordnung, betreffend die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen wegen Geldforderungen vom 24. Mai 1879 (Reg.Bl. S. 253)	**31**, 22	—
Verordnung zur Ausführung der Strafprozeßordnung vom 28. Mai 1879 (Reg.Bl. S. 333) § 23	**12**, 270	—
Verordnung, betreffend die Bestrafung der Feldfrevel, vom 2. September 1879 (Reg.Bl. S. 503) §§ 29—31	**13**, 405	—
Ministerialverordnung über das Züchtigungsrecht der Lehrer vom 29. Juni 1885	—	573
Kontributions-Edikt vom 8. Juni 1886 (Reg.Bl. S. 161)	—	573
Ministerialverordnung über das Züchtigungsrecht der Lehrer vom 13. September 1897	—	573

Preußen.

	Entscheid. nach Band und Seite	Syst. Reg. Seite
Frankfurter Reformation von 1611 Teil II Titel 19	**25**, 220	—
Kurmärkische Holzordnung vom 1. Februar 1622	**21**, 341	—
Kurmärkisches Edikt vom 5. November 1683	**21**, 341	—
Kursächsisches Mandat vom 8. November 1717 (Codex Augusteus II 611)	**8**, 378 **11**, 192	— —
Kurmärkische Holz-, Maß- und Jagdordnung vom 20. Mai 1720 (Corpus Constitutionum Marchicarum Teil IV Abt. I Kap. I Nr. 104 S. 673) Titel 28	**21**, 341 **24**, 62	— —
Edikt, wie es mit den Hunden gehalten werden soll, damit selbige dem Wildprett keinen Schaden zufügen, vom 17. März 1725 (Corpus Constitutionum Marchicarum Teil IV Abt. I Kap. II Nr. 122 S. 750)	**24**, 62	—
Mandat des Herzogs von Sachsen-Merseburg vom 5. November 1736 (Neumann, Provinzialrecht der Niederlausitz S. 820)	**11**, 192	—
Holz-, Forst- und Jagdordnung für das Herzogtum Magdeburg und das Fürstentum Halberstadt vom 3. Oktober 1743 (Lentze, Provinzialrecht des Fürstentums Halberstadt ꝛc S. 180) Titel 32—34	**5**, 85	—
Pommersche Bauerordnung vom 30. Dezember 1764 § 32 Titel 14	**7**, 266	—
Ostpreußische Forstordnung vom 3. Dezember 1775		
§ 3 Titel X	**32**, 161	—
§ 43 Titel XIV	**23**, 296	—
Schlesische Cirkularverordnung vom 12. und 27. Oktober 1779 (Samml. der in dem Herzogtum Schlesien ergang. Verordn. Breslau, Korn Bd. 16 S. 199)	**7**, 128	—
Lübisches Recht (nach der Aufzeichnung vom 9. Oktober 1780) I 5 Artt. 8, 9	**7**, 226	—

	Entscheid. nach Band und Seite	Syst. Reg. Seite
Allgemeine Forst- und Jagdordnung für Schleswig-Holstein vom 2. Juli 1784 (Chronologische Samml. S. 85) §§ 148, 160, 161	**29**, 125	—
Allgemeine Gerichtsordnung vom 7. Juli 1793	—	573
Allgemeines Landrecht vom 5. Februar 1794 nebst Novellen . .	—	574
Verordnung, betreffend die Pflichten der Holz- und Hütungsberechtigten, vom 22. Juni 1800 Titel IV § 6	**7**, 128	—
Ostpreußisches Provinzialrecht (Zusatz 240) und Patente vom 4. August 1801 (Nr. II) und 6. März 1802 wegen Publikation desselben	**32**, 161	—
Kriminalordnung vom 11. Dezember 1805 § 356	**4**, 335	—
Verordnung wegen verbesserter Einrichtung der Provinzial-, Polizei- und Finanzbehörden vom 26. Dezember 1808 (S. der G. u. V. 1806—27 X 1810 S. 464) § 3	**2**, 113 151	—
Verordnung über die Erscheinung und den Verkauf der neuen Gesetzsammlung vom 27. Oktober 1810 (G.S. S. 1)	**2**, 101	—
Gemeindeordnung für sämtliche Provinzen ꝛc vom 8. November 1810 (G.S. S. 101)	—	577
Verordnung über die Einrichtung der Amtsblätter in den Regierungsdepartements und über die Publikation ꝛc vom 28. März 1811 (G.S. S. 165)	**2**, 101 **15**, 198	— —
Deklaration wegen des Anfangs der rechtlichen Wirkung der durch die Gesetzsammlung und durch die Amtsblätter bekannt gemachten Gesetze und Verfügungen vom 14. Januar 1813 (G.S. S. 2)	—	578
Grenzvertrag zwischen Preußen und den Niederlanden vom 26. Juni 1816 (G.S. 1818 Anhang S. 77) Artt. 2, 27 . .	**9**, 370	—
Verordnung, wodurch das Führen fremder oder erdichteter Namen verboten wird, vom 30. Oktober 1816 (G.S. S. 216) . . .	**28**, 344	—
Patent wegen Einführung des Allgemeinen Landrechts in die ehemals sächsischen Provinzen und Distrikte vom 15. November 1816 (G.S. S. 233) §§ 2, 3	**8**, 378 **11**, 192	— —
Verordnung wegen Organisation der Generalkommissionen ꝛc vom 20. Juni 1817 (G.S. S. 161) §§ 155, 163	**14**, 182	—
Instruktion zur Geschäftsführung der Regierungen ꝛc vom 23. Oktbr. 1817 (G.S. S. 248)	—	578
Ordnung zum Gesetz wegen Versteuerung des inländischen Branntweins, Braumalzes, Weinmostes und der Tabaksblätter vom 8. Februar 1819 (G.S. S. 102) / 21. September 1860 (G.S. S. 433)	—	578
Gesetz wegen Entrichtung der Gewerbesteuer vom 30. Mai 1820 (G.S. S. 147) / 19. Juli 1861 (G.S. S. 697), 3. Juli 1876 (G.S. S. 247)	—	578
Gesetz wegen der Löhnung und des Umzugs der Schäfer ꝛc in Neuvorpommern ꝛc vom 1. Juni 1820 (G.S. S. 109)	—	579

	Entscheid. nach Band und Seite	Syst. Reg. Seite
Regulativ des Finanzministeriums wegen anderweiter Besteuerung des inländischen Branntweins vom 1. Dezember 1820, bestätigt durch Kabinettsorder vom 20. Juni 1822 (v. Kamptz, Annalen zc Bd. 4 S. 714, G.S. 1822 S. 176) § 1	**4**, 367	—
Verordnung über die anderweite Organisation der Gendarmerie vom 30. Dezember 1820 (G.S. 1821 S. 1) §§ 12, 13	**23**, 226	—
Dienstinstruktion für die Gendarmerie vom 30. Dezember 1820 (G.S. 1821 S. 10) § 24	**21**, 47	—
§ 28	**11**, 175	—
Gesetz wegen der Stempelsteuer vom 7. März 1822 (G.S. S. 57) mit Ergänzungs- und Ausführungsbestimmungen vom 24. Febr. 1830, 14. April 1832, 19. Juni 1834, 24. November 1835, 28. Oktober 1836	—	579
Kabinettsorder, daß ohne landesherrliche Erlaubnis niemand seinen Familien- oder Geschlechtsnamen ändern dürfe, vom 15. April 1822 (G.S. S. 108)	—	579
Ausschreiben des kurhessischen Staatsministeriums, betreffend das Tragen von Feuergewehren zc, vom 1. Juni 1822 (Kurhessische G.S. S. 25)	**20**, 344	—
Polizeireglement für die Haupt- und Residenzstadt Berlin vom 18. September 1822 (v. Kamptz, Annalen zc Bd. 8 S. 491) .	**2**, 113	—
Kabinettsorder, die Brau- und Maischsteuer betreffend, vom 10. Januar 1824 (v. Kamptz, Jahrbücher zc Bd. 23 S. 95; v. Kamptz, Annalen zc Bd. 8 S. 48)	—	581
Regulativ über das Posttaxwesen vom 18. Dezember 1824 (G.S. S. 225) §§ 1, 14, 15, 17	**33**, 276	—
Kabinettsorder, betreffend die Schulzucht in den Provinzen, wo das Allgemeine Landrecht noch nicht eingeführt ist, vom 14. Mai 1825 (G.S. S. 149)	**9**, 302	—
Instruktion für die Oberpräsidenten vom 31. Dezember 1825 (G.S. 1826 S. 1)	—	582
Kabinettsorder, betreffend eine Abänderung in der bisherigen Organisation der Provinzialverwaltungsbehörden, vom 31. Dezember 1825 (G.S. 1826 S. 5) D II Nr. 3	**30**, 171	—
Kabinettsorder, betreffend die öffentliche Gültigkeit der ausschließlich durch die Amtsblätter bekannt gemachten Gesetze, vom 24. Juli 1826 (G.S. S. 73)	**2**, 101	—
Deklaration der Strafbestimmungen bei solchen Steuerdefraudationen, wo das defraudierte Objekt zugleich mit einer Kommunalabgabe belegt ist, vom 27. Januar 1828 (G.S. S. 19).	**19**, 116 **20**, 317	— —
Kabinettsorder, betreffend die Stempelsteuer, vom 24. Februar 1830 (v. Kamptz, Jahrbücher zc Bd. 35 S. 296)	**10**, 141	579
Kabinettsorder, betreffend die Polizeiverwaltung der Haupt- und Residenzstadt Berlin, vom 16. Mai 1830 (v. Kamptz, Annalen zc Bd. 14 S. 359)	**2**, 113	—

Google

	Entscheid. nach Band und Seite	Syst. Reg. Seite
Bekanntmachung des Oberpräsidiums der Mark Brandenburg wegen der Grenzen des engeren und weiteren Polizeibezirks von Berlin ꝛc vom 7. Juli 1830 (v. Kamptz, Annalen Bd. 14 S. 360) . .	**2,** 113	—
Militärkirchenordnung vom 12. Februar 1832 (G.S. S. 69) §§ 2, 21—25, 49, 69, 74	**7,** 80	—
Regulativ über die praktischen Vorbereitungen und die Prüfungen zum Justizdienst in der Rheinprovinz vom 16. Februar 1832 (Lottner, Samml. der f. d. Rheinprov. ergangenen Ges. Bd. 3 S. 431)	**1,** 327	—
Kabinettsorder wegen Abänderung der Bestimmungen im § 5a und b des Stempelgesetzes ꝛc vom 14. April 1832 (G.S. S. 137) . .	**8,** 225	—
Kabinettsorder, die gesetzlichen Festtage in der Rheinprovinz betreffend, vom 5. Juli 1832 (G.S. S. 197)	**31,** 221	—
Gesetz wegen Ausstellung von Papieren, welche eine Zahlungsverpflichtung an jeden Inhaber enthalten, vom 17. Juni 1833 (G.S. S. 75) § 5	**33,** 329	—
Kabinettsorder, betreffend Erläuterungen der Vorschriften des Tarifs zum Stempelgesetz ꝛc, wegen Stempelpflichtigkeit der Punktationen, vom 19. Juni 1834 (G.S. S. 81)	**2,** 101 **8,** 225 **10,** 141, 254 **19,** 382 **20,** 25	— — — — —
Kabinettsorder, womit das Regulativ über die sanitätspolizeilichen Vorschriften bei ansteckenden Krankheiten bestätigt wird, vom 8. August 1835 (G.S. S. 240)	—	582
Kabinettsorder, die Amtsverschwiegenheit der öffentlichen Beamten betreffend, vom 21. November 1835 (G.S. S. 237)	**28,** 424	—
Kabinettsorder, betreffend die Stempelsteuer, vom 24. November 1835 (Amtsbl. der Reg. zu Potsdam ꝛc 1836 S. 31) . . .	**2,** 101 **20,** 25	— —
Verordnung wegen Abänderung und näherer Bestimmungen einiger Vorschriften des Patents vom 2. April 1803 wegen Abwendung von Viehseuchen, vom 27. März 1836 (G.S. S. 173) . . .	**2,** 113, 151	— —
Kabinettsorder, betreffend die Abänderung des § 22 des Stempelgesetzes ꝛc, vom 28. Oktober 1836 (G.S. S. 308)	**10,** 141	—
Kabinettsorder wegen der gesetzlichen Feiertage der katholischen Kirche in der Rheinprovinz vom 7. Februar 1837 (G.S. S. 21)	**31,** 221	—
Gesetz über die Strafe der Widersetzlichkeiten bei Forst- und Jagdverbrechen vom 31. März 1837 (G.S. S. 67) § 1	**11,** 321	—
Gesetz über das Mobiliarfeuerversicherungswesen vom 8. Mai 1837 (G.S. S. 102)	—	582
Gesetz zum Schutze des Eigentums an Werken der Wissenschaft und Kunst gegen Nachdruck und Nachbildung vom 11. Juni 1837 (G.S. S. 165)		
§§ 26, 28	**8,** 261	—
§ 31	**5,** 79	—

	Entscheid. nach Band und Seite	[illegible]
Kabinettsorder, betreffend die Unanwendbarkeit der §§ 797—799 Titel 20 Teil II. des Allgemeinen Landrechts auf diejenigen vorsätzlichen Beschädigungen, welche den Tod des Beschädigten zur Folge gehabt haben, vom 10. Juli 1837 (G.S. S. 128) . . .	21, 180	—
Gesetz wegen Untersuchung und Bestrafung der Zollvergehen vom 23. Januar 1838 (G.S. S. 78). (Vgl. auch das gleichlautende sachs.-mein. Gesetz vom 1. Mai 1838)	—	582
Kabinettsorder, betreffend die Modifikationen der Strafen bei Defraudationen der inneren Steuern, vom 23. Januar 1838 (G.S. S. 92)	7, 368	—
Kabinettsorder, die Berichtigung des bei Erhebung der Branntweinsteuer zur Anwendung kommenden Maischsteuersatzes betreffend, vom 16. Juni 1838 (G.S. S. 358)	4, 367	—
Kabinettsorder über die Befugnisse des Richters zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung bei gerichtlichen Verhandlungen vom 24. Oktober 1838 (G.S. S. 504)	9, 357	—
Reglement, die Einrichtung des Sparkassenwesens betreffend, vom 12. Dezember 1838 (G.S. 1839 S. 5)	6, 247	—
Kabinettsorder, betreffend die Anwendung der in der Rheinprovinz über die Zulässigkeit von Amtshandlungen an Festtagen bestehenden gesetzlichen Bestimmungen auf den Karfreitag, vom 22. Juli 1839 (G.S. S. 249)	31, 221	—
Gesetz über die Verjährungsfristen bei öffentlichen Abgaben vom 18. Juni 1840 (G.S. S. 140) §§ 5, 10	8, 390	—
Justizministerialverfügung über die Zulassung oder Bestellung gerichtlicher Subalternbeamter als Bevollmächtigte oder Assistenten der Parteien vom 26. Dezember 1840 (Just.Min.Bl. 1841 S. 24)	27, 176	—
Armenordnung für die Herzogtümer Schleswig und Holstein vom 29. Dezember 1841 (G.S. für Schl. u. H. S. 267) § 17 . .	29, 89	—
Gesetz über die Erwerbung und den Verlust der Eigenschaft als preußischer Untertan &c vom 31. Dezember 1842 (G.S. 1843 S. 15)	—	583
Verordnung, betreffend die Legitimationsatteste bei Veräußerung von Pferden, vom 13. Februar 1843 (G.S. S. 75)	—	583
Verordnung über die Ehrengerichte vom 20. Juli 1843 (G.S. 1844 S. 299, 308)	12, 231	—
Allgemeine Gewerbeordnung vom 17. Januar 1845 (G.S. S. 41) / 22. Juni 1861 (G.S. S. 441) . .	—	583
Militärstrafgerichtsordnung vom 3. April 1845 (G.S. S. 287) .	—	583
Vertrag zwischen Preußen und Frankreich wegen gegenseitiger Auslieferung flüchtiger Verbrecher vom 21. Juni 1845 (G.S. S. 579)	29, 288	—
Gesetz über das Verfahren bei Aufnahme von Notariatsinstrumenten vom 11. Juli 1845 (G.S. S. 487) § 44	17, 342 26, 138	— —
Gemeindeordnung für die Rheinprovinz vom 23. Juli 1845 (G.S. S. 523)	—	584

	Entscheid. nach Band und Seite	Syst. Reg. Seite
Schulordnung für die Elementarschulen der Provinz Preußen vom 11. Dezember 1845 (G.S. 1846 S. 1) § 10	**15**, 376 **23**, 161	— —
Publikationspatent über den Beschluß der Deutschen Bundesversammlung vom 19. Juni 1845 wegen Erweiterung des Schutzes für Werke der Literatur und Kunst gegen Nachdruck rc vom 16. Januar 1846 (G.S. S. 149)	**8**, 261	—
Kabinettsorder, betreffend die Bestätigung des Regulativs über die Befähigung zu den höheren Ämtern der Verwaltung rc, vom 27. Februar 1846 (G.S. S. 199)	**13**, 215	—
Gesetz, betreffend die Publikation der Gesetze, vom 3. April 1846 (G.S. S. 151)	**2**, 101	—
Deklaration über die Anwendung des § 395 Titel 21 Teil I. des Allgemeinen Landrechts vom 21. Juli 1846 (G.S. S. 326) .	—	576
Verordnung wegen Einführung von Gesindedienstbüchern vom 29. September 1846 (G.S. S. 467) § 5	**30**, 439	—
Kabinettsorder, betreffend den Stempel zu Kauf- und Lieferungsverträgen im kaufmännischen Verkehr, vom 30. April 1847 (G.S. S. 201)	**25**, 161	—
Hannövrisches Polizeistrafgesetz vom 25. Mai 1847 (Hann. G.S. S. 111)	—	584
Verordnung, betreffend das Spielen in auswärtigen Lotterien rc, 5. Juli 1847 (G.S. S. 261). (Vgl. Gesetz vom 29. Juli 1885 S. 600)	**1**, 219	—
Gesetz über die Verhältnisse der Juden vom 23. Juli 1847 (G.S. S. 263)	—	584
Hannövrisches Gesetz über Entwässerung und Bewässerung der Grundstücke rc vom 22. August 1847 (Hann. G.S. S. 264) § 82	**5**, 309	—
Feldpolizeiordnung vom 1. November 1847 (G.S. S. 376) / 13. April 1856 (G.S. S. 205)	—	584
Gesetz über das Deichwesen vom 28. Januar 1848 (G.S. S. 54) § 1	**3**, 382	—
Gesetz, betreffend die Aufhebung des Jagdrechts auf fremdem Grund und Boden und die Ausübung der Jagd, vom 31. Oktober 1848 (G.S. S. 343) §§ 1, 3, 4, 8	**22**, 115	—
Verordnung über die Aufhebung der Privatgerichtsbarkeit rc vom 2. Januar 1849 (G.S. S. 1) §§ 30, 36	**17**, 342	—
Verordnung über die Einführung des mündlichen und öffentlichen Verfahrens mit Geschworenen in Untersuchungssachen vom 3. Januar 1849 (G.S. S. 14)		
§ 20	**2**, 263	—
§§ 1, 180	**9**, 357	—
Gesetz, betreffend die Ermäßigung der Briefportotaxen, vom 21. Dezember 1849 (G.S. S. 439) § 4	**33**, 276	—
Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 (G.S. S. 17) . . .	—	585
Gesetz zum Schutze der persönlichen Freiheit vom 12. Februar 1850 (G.S. S. 45)	—	585

	Entscheid. nach Band und Seite	Syst. Reg. Seite
Jagdpolizeigesetz vom 7. März 1850 (G.S. S. 165)	—	585
Gesetz, betreffend die Aufhebung der Cirkularverordnung ꝛc wegen Bestrafung der Diebstähle ꝛc und die Abänderung der Injurienstrafen, vom 11. März 1850 (G.S. S 174) § 5	2, 7	—
Verordnung über die Verhütung eines die gesetzliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbrauchs des Versammlungs- und Vereinigungsrechts vom 11. März 1850 (G.S. S. 277) . . .	—	586
Gesetz über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (G.S. S. 265)	—	587
Verfügung des Ministers des Inneren, betreffend die Ausführung des Jagdpolizeigesetzes, vom 14. März 1850 (Min.Bl. f. d. inn. Verw. S. 107) Nr. 6	2, 306 10, 106 20, 344	— — —
Justizministerialverfügung, betreffend die Ansetzung öffentlicher Verhandlungen an katholischen Feiertagen, vom 12. April 1850 (Just.Min.Bl. S. 127)	31, 221	—
Vertrag zwischen Preußen und den Niederlanden wegen gegenseitiger Auslieferung flüchtiger Verbrecher vom 17. November 1850 (G.S. S. 509)	—	587
Strafgesetzbuch vom 14. April 1851 nebst Einführungsgesetz (G.S. S. 93)	—	587
Gesetz, betreffend die Einführung einer Klassen- und klassifizierten Einkommensteuer, vom 1. Mai 1851 (G.S. S. 193) / 25. Mai 1873 (G.S. S. 213)	—	588
Gesetz über die Presse vom 12. Mai 1851 (G.S. S. 273) . . .	—	588
Gesetz, betreffend die Zusätze zu der Verordnung ꝛc über die Einführung des mündlichen und öffentlichen Verfahrens ꝛc, vom 3. Mai 1852 (G.S. S. 209) Artt. 106, 107 Nr. 1	3, 297	—
Gesetz, betreffend einige Ergänzungen des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuche, vom 22. Mai 1852 (G.S. S. 250) Art. V . .	6, 372 8, 390 30, 31	— — —
Gesetz, den Diebstahl an Holz und anderen Waldprodukten betreffend, vom 2. Juni 1852 (G.S. S. 305) §§ 31—33	2, 306	—
Vertrag zwischen Preußen ꝛc einerseits und den Vereinigten Staaten von Amerika andererseits wegen der ... Auslieferung der ... flüchtigen Verbrecher vom 16. Juni 1852 (G.S. 1853 S. 645). (Vgl. Vertrag des Norddeutschen Bundes vom 22. Februar 1868 S. 435)	29, 63	—
Gesetz, betreffend die Dienstvergehen der nichtrichterlichen Beamten ꝛc, vom 21. Juli 1852 (G.S. S. 465) § 32	25, 96	—
Gesetz, betreffend die Beförderung von Auswanderern, vom 7. Mai 1853 (G.S. S. 729)	—	589
Gesetz, betreffend den Geschäftsverkehr der Versicherungsanstalten, vom 17. Mai 1853 (G.S. S. 293)		
§ 1	35, 346	—
§§ 3—7	28, 251	—

	Entscheid. nach Band und Seite	Syst. Reg. Seite
Städteordnung für die sechs östlichen Provinzen vom 30. Mai 1853 (G.S. S. 251)		
§ 56	**22**, 39	—
§ 60	**3**, 420	—
Verordnung wegen exekutivischer Beitreibung der direkten und indirekten Steuern rc in den östlichen Provinzen vom 30. Juli 1853 (G.S. S. 909) § 31	**7**, 292	—
Hannöverische Notariatsordnung vom 18. September 1853 (Hann. G.S. S. 345)	—	589
Revidiertes Reglement für die Immobiliarfeuersozietät der Regierungsbezirke Marienwerder und Danzig rc vom 21. November 1853 (G.S. S. 969) § 64	**4**, 246	—
Gesetz, betreffend einige Änderungen der Vorschriften über das Prozeßverfahren und die Exekution in Civilsachen, vom 20. März 1854 (G.S. S. 115) §§ 17, 18	**7**, 292	—
Gesetz wegen Berichtigung des bei Erhebung der Branntweinsteuer zur Anwendung kommenden Maischsteuergesetzes vom 19. April 1854 (G.S. S. 263)	**4**, 368	—
Gesetz, betreffend die Verletzung der Dienstpflichten des Gesindes und der ländlichen Arbeiter, vom 24. April 1854 (G.S. S. 214)	—	589
Verordnung wegen Berichtigung des bei Erhebung der Branntweinsteuer zur Anwendung kommenden Maischsteuergesetzes vom 1. Juni 1854 (G.S. S. 266)	**4**, 368	—
Nassauische Gemeindeordnung vom 26. Juli 1854 (Nass. V.Bl. S. 166) § 62	**10**, 192	—
Konkursordnung vom 8. Mai 1855 (G.S. S. 321)		
§§ 113, 322, 323	**3**, 191	—
§ 307	**2**, 402	—
§ 308	**1**, 191	—
Kabinettsorder zur Regelung der Verhältnisse der exekutiven Polizei bei ihrem Einschreiten gegen Offiziere rc vom 6. Dezember 1855 (Friccius, Mil.G.S. Bd. 5 S. 371)	—	589
Gesetz über die Bestrafung unbefugter Gewinnung oder Aneignung von Mineralien vom 26. März 1856 (G.S. S. 208)	—	589
Gesetz, betreffend die Abänderung der §§ 41—46 der Feldpolizeiordnung rc, vom 13. April 1856 (G.S. S. 205)	—	584
Gesetz, betreffend die Landgemeindeverfassung in den sechs östlichen Provinzen, vom 14. April 1856 (G.S. S. 359)	—	589
Städteordnung für die Rheinprovinz vom 15. Mai 1856 (G.S. S. 406)	—	589
Gesetz, betreffend die Gemeindeverfassung in der Rheinprovinz, vom 15. Mai 1856 (G.S. S. 435) Art. 17	**26**, 165	—
Gesetz wegen Abänderung des § 83 der Steuerordnung rc vom 21. September 1860 (G.S. S. 433)	—	578

	Entscheid. nach Band und Seite	Erg. Reg. Seite
Gesetz, betreffend die Einführung einer allgemeinen Gebäudesteuer, vom 21. Mai 1861 (G.S. S. 317)	—	590
Gesetz, betreffend die Erweiterung des Rechtswegs, vom 24. Mai 1861 (G.S. S. 241)	—	590
Gesetz, betreffend die Abänderung einiger Bestimmungen der Allgemeinen Gewerbeordnung, vom 22. Juni 1861 (G.S. S. 441)	—	583
Einführungsgesetz zum Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuch vom 24. Juni 1861 (G.S. S. 449)	—	590
Gesetz, betreffend einige Abänderungen des Gesetzes wegen Entrichtung der Gewerbesteuer 2c, vom 19. Juli 1861 (G.S. S. 697) . .	—	578
Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen den Staaten des Deutschen Zoll- und Handelsvereins 2c einerseits und China andererseits vom 2. September 1861 (G.S. 1863 S. 265) Art. 38	**26**, 97	—
Instruktion für die nassauischen Gemeinderechner vom 2. Januar 1863 (Nass. V.Bl. S. 1) §§ 1, 7, 9	**10**, 192	—
Gesetz zur Verbesserung des Kontrakten- und Hypothekenwesens im Bezirke des Justizsenats zu Ehrenbreitstein vom 2. Februar 1864 (G.S. S. 34) § 5	**22**, 126	—
Gesetz, betreffend die Einführung der Konkursordnung 2c in dem Bezirke des Justizsenats zu Ehrenbreitstein, vom 3. Februar 1864 (G.S. S. 40) Art. VII	**22**, 126	—
Hannövrisches Gesetz, das Pfandrecht und die Befriedigung der Gläubiger im Konkurse betreffend, vom 14. Dezember 1864 (Hann. G.S. S. 556)	**6**, 300	—
Allgemeines Berggesetz vom 24. Juni 1865 (G.S. S. 705) / 24. Juni 1892 (G.S. S. 131)	—	590
Verordnung, betreffend die Vereidigung der Beamten in den . . . (neuen) Landesteilen, vom 27. Januar 1867 (G.S. S. 132) .	**17**, 375	—
Polizeiverordnung für Berlin, das Kollektenwesen betreffend, vom 19. Februar 1867 (Amtsbl. der Reg. zu Potsdam 2c S. 74) .	**18**, 58	—
Gesetz, betreffend die Bestrafung der unbefugten Aneignung von Bernstein 2c, vom 22. Februar 1867 (G.S. S. 272)	—	590
Gemeindeverfassungsgesetz für die Stadt Frankfurt a. M. vom 25. März 1867 (G.S. S. 401) § 62	**2**, 405	—
Verordnung, betreffend die Form der Diensteide, vom 6. Mai 1867 (G.S. S. 715)	**17**, 375	—
Verordnung, betreffend das Strafrecht und das Strafverfahren in den . . . (neuen) Landesteilen 2c, vom 25. Juni 1867 (G.S. S. 921)	—	591
Verordnung, betreffend die Verwaltung des Stempelwesens 2c in Hannover, Hessen 2c, nebst Stempeltarif, vom 19. Juli 1867 (G.S. S. 1191) § 14	**10**, 141	—
Verordnung, betreffend die Erhebung der Stempelsteuer in Schleswig-Holstein, nebst Stempeltarif, vom 7. August 1867 (G.S. S. 1277) § 14	**10**, 141	—

	Entscheid nach Band und Seite	Syst. Reg. Seite
Verordnung über die Polizeiverwaltung in den neu erworbenen Landesteilen vom 20. September 1867 (G.S. S. 1529)		
§ 4	23, 419	—
§§ 5, 6, 13, 15	7, 202	—
§§ 5, 13	2, 405	—
Gesetz, betreffend die Stempelsteuer von Spielkarten, vom 23. Dez. 1867 (G.S. S. 1921)	—	591
Kabinettsorder, betreffend Grundsätze über Portofreiheit und Portoermäßigung für Soldaten im norddeutschen Postbezirk, vom 28. Januar 1868 (Armeeverordnungsbl. S. 64)	—	591
Gesetz, betreffend die Errichtung öffentlicher, ausschließlich zu benutzender Schlachthäuser, vom 18. März 1868 (G.S. S. 277) / 9. März 1881 (G.S. S. 273)	—	591
Revidierte Rheinschiffahrtsakte rc vom 17. Oktober 1868 (G.S. 1869 S. 798) Art. 34	33, 405	—
Dienstinstruktion des Finanzministers für die Förster vom 23. Oktober 1868 (Min.-Bl. f. d. innere Verw. 1869 S. 95) § 37	20, 344	—
Erlaß, betreffend die Übertragung der Befugnis zur ausnahmsweisen Erteilung der Genehmigung zu öffentlichen inländischen Ausspielungen auf die Oberpräsidenten rc, vom 2. November 1868 (G.S. S. 991)	3, 123	—
	27, 31	—
Gesetz, betreffend die Ausstellung gerichtlicher Erbbescheinigungen, vom 12. März 1869 (G.S. S. 473)	—	591
Subhastationsordnung vom 15. März 1869 (G.S. S. 421)	—	591
Gesetz, betreffend die Eichungsbehörden, vom 26. November 1869 (G.S. S. 1165)	23, 379	—
Gesetz über die Handelskammern vom 24. Februar 1870 (G.S. S. 134) / 19. August 1897 (G.S. S. 355) § 1	35, 267	—
Gesetz über die Schonzeiten des Wildes vom 26. Februar 1870 (G.S. S. 120)		
§ 1	5, 85	—
§§ 1, 5, 6, 8	8, 71	—
Cirkularverfügung des Finanzministeriums, die zollfreie Wiedereinlassung von Retourwaren betreffend, vom 6. Juli 1870 (Centr.Bl. f. d. Abgabengesetzgeb. rc S. 327)	27, 350	—
Gesetz, betreffend die Ausführung des Bundesgesetzes über den Unterstützungswohnsitz, vom 8. März 1871 (G.S. S. 130)		
§§ 1, 2	26, 291	—
§§ 1, 74 Nr. 1b	6, 432	—
§§ 2—4	3, 420	—
Instruktion des Ministeriums des Inneren, betreffend die Ausführung des Bundesgesetzes über den Unterstützungswohnsitz, vom 10. April 1871 (Min.Bl. f. d. innere Verw. S. 132)	6, 432	—
Gesetz, betreffend die Aufhebung der Abgaben von Gesindedienstbüchern, vom 21. Februar 1872 (G.S. S. 160)	30, 439	—

	Entscheid. nach Band und Seite	Syst. Reg. Seite
Gesetz, betreffend die Beaufsichtigung des Unterrichts- und Erziehungswesens, vom 11. März 1872 (G.S. S. 183)	**4**, 379	—
Gesetz über den Eigentumserwerb und die dingliche Belastung der Grundstücke zc vom 5. Mai 1872 (G.S. S. 433)	—	592
Grundbuchordnung zc vom 5. Mai 1872 (G.S. S. 446) § 79 . .	**7**, 361	—
Gesetz, betreffend die Stempelabgabe von gewissen, bei dem Grundbuchamte anzubringenden Anträgen, vom 5. Mai 1872 (G.S. S. 509)	—	592
Cirkularverfügung des Finanzministeriums, die Ausführung des Gesetzes wegen Erhebung der Brausteuer zc betreffend, vom 28. November 1872 (Centr.Bl. f. d. Abgabengeb. S. 343) .	**10**, 167	—
Kreisordnung für die Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien und Sachsen vom 13. Dezember 1872 (G.S. S. 661) / 19. Mai 1881 (G.S. S. 179)	—	592
Gesetz, betreffend die Abänderung der Artt. 15 und 18 der Verfassungsurkunde zc, vom 5. April 1873 (G.S. S. 143) . . .	**22**, 118	—
Gesetz über die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen vom 11. Mai 1873 (G.S. S. 191) / 21. Mai 1874 (G.S. S. 139)	—	593
Gesetz wegen Abänderung des Gesetzes zc, betreffend die Einführung einer Klassen- und klassifizierten Einkommensteuer, vom 25. Mai 1873 (G.S. S. 213)	—	588
Gesetz, betreffend die Erbschaftssteuer, vom 30. Mai 1873 (G.S. S. 329) / 19. Mai 1891 (G.S. S. 72, 78)	—	593
Erlaß, betreffend Einführung einer evangelischen Kirchengemeinde- und Synodalordnung zc, vom 10. September 1873 (G.S. S. 417)		
§§ 1, 21, 22, 24, 46	**13**, 432	—
§§ 1, 22, 24, 27	**14**, 130	—
§ 53	**23**, 202	—
Gesetz über die Beurkundung des Personenstandes und der Form der Eheschließung vom 9. März 1874 (G.S. S. 95)		
§§ 1, 53, 56	**22**, 118	—
§ 11	**32**, 386	—
Verfügung des Ministeriums des Inneren, die seitens der Amtsverbände zu bewirkende Anstellung von Amtsdienern betreffend, vom 20. März 1874 (Min.Bl. f. d. innere Verw. S. 99) . .	**34**, 234 **35**, 210	— —
Verordnung über die Ehrengerichte der Offiziere im preußischen Heere vom 2. Mai 1874 (Helldorff, Dienstvorschr. der K. preuß. Armee IV 4 S. 227)	**12**, 231 **35**, 99	— —
Gesetz über die Verwaltung erledigter katholischer Bistümer vom 20. Mai 1874 (G.S. S. 135)	—	594
Gesetz wegen Deklaration und Ergänzung des Gesetzes zc über die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen vom 21. Mai 1874 (G.S. S. 139)	—	593
Gesetz, betreffend die evangelische Kirchengemeinde- und Synodalordnung, vom 25. Mai 1874 (G.S. S. 147) Art. 1	**14**, 130	—

	Entscheid. nach Band und Seite	Syst. Reg. Seite
Fischereigesetz vom 30. Mai 1874 (G.S. S. 197) § 46	**25**, 112	—
Bestimmungen über Ausbildung und Prüfung für den Kgl. Forstverwaltungsdienst vom 30. Juni 1874 (Min.Bl. f. d. innere Verw. S. 217)	**13**, 215	—
Gesetz über Aufhebung der Artt. 15, 16 und 18 der Verfassungsurkunde ꝛc vom 18. Juni 1875 (G.S. S. 259)	**22**, 118	—
Gesetz über die Vermögensverwaltung in den katholischen Kirchengemeinden vom 20. Juni 1875 (G.S. S. 241)	**3**, 258	—
Gesetz, betreffend die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen, vom 25. Juni 1875 (G.S. S. 306)		
§ 1 Abs. 2	**2**, 151	—
§ 74	**1**, 1	—
Vormundschaftsordnung vom 5. Juli 1875 (G.S. S. 431) . . .	—	594
Gesetz, betreffend die Geschäftsfähigkeit Minderjähriger ꝛc, vom 12. Juli 1875 (G.S. S. 518)		
§§ 2 flg.	**9**, 337	—
§§ 2, 6	**21**, 56	—
§§ 5, 7	**26**, 93	—
Gesetz, betreffend die evangelische Kirchenverfassung in den acht älteren Provinzen, vom 3. Juni 1876 (G.S. S. 125)		
Artt. 21, 28	**23**, 202	—
Artt. 23, 27	**13**, 432	—
Artt. 27 flg.	**14**, 130	—
Gesetz, betreffend die Besteuerung des Gewerbetriebs im Umherziehen ꝛc, vom 3. Juli 1876 (G.S. S. 247)	—	578
Gesetz, betreffend die Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden ꝛc, vom 26. Juli 1876 (G.S. S. 297)		
§§ 30, 31, 39, 59 flg., 70, 175	**4**, 220	—
§ 33	**2**, 411	—
§§ 46, 172	**6**, 305	—
§§ 82, 170	**2**, 113	—
Verordnung, betreffend den Übergang der Verwaltung der Angelegenheiten der evangelischen Landeskirche auf den evangelischen Oberkirchenrat ꝛc, vom 5. September 1877 (G.S. S. 215) . .	**23**, 202	—
Gesetz, betreffend die Unterbringung verwahrloster Kinder, vom 13. März 1878 (G.S. S. 132)	**15**, 39	—
Regulativ zur Ordnung des Geschäftsgangs und des Verfahrens bei den Kreis- (Stadt-) ausschüssen vom 2. April 1878 (Min.Bl. f. d. innere Verw. S. 73) § 12	**4**, 220	—
Gesetz, betreffend den Forstdiebstahl, vom 15. April 1878 (G.S. S. 222)	—	595
Ausführungsgesetz zum deutschen Gerichtsverfassungsgesetze, vom 24. April 1878 (G.S. S. 230)	—	595

	Entscheid. nach Band und Seite	Syst. Reg. Seite
Polizeiverordnung, betreffend das Halten von Leichenreden auf kirchlichen Totenhöfen seitens der Laien, vom 7. August 1878 (Amtsbl. f. d. Reg.-Bez. Cassel S. 193)	**34**, 264	—
Gesetz, betreffend die Dienstverhältnisse der Gerichtsschreiber, vom 3. März 1879 (G.S. S. 99) § 13	**1**, 138	—
Gesetz, betreffend die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen, vom 4. März 1879 (G.S. S. 102)		
§ 1	**8**, 113	—
§§ 1, 23	**6**, 227	—
§ 24	**3**, 174	—
Ausführungsgesetz zur deutschen Konkursordnung vom 6. März 1879 (G.S. S. 109)		
§ 7	**6**, 301	—
§ 56	**22**, 126	—
Ausführungsgesetz zur deutschen Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.S. S. 281) § 18	**7**, 361	—
Schiedsmannsordnung vom 29. März 1879 (G.S. S. 321)	—	596
Gesetz, betreffend die Abänderung von Bestimmungen der Disziplinargesetze, vom 9. April 1879 (G.S. S. 345) § 23	**7**, 404	—
Gerichtsvollzieherordnung vom 14. Juli 1879 (Just.Min.Bl. S. 194 und Anlage)		
§ 40	**7**, 253	—
§§ 41 flg.	**4**, 283	—
Geschäftsanweisung für die Gerichtsvollzieher vom 24. Juli 1879 (Just.Min.Bl. S. 206 und Anlage)	—	596
Geschäftsordnung für die Gerichtsschreibereien der Amtsgerichte vom 1. August 1879 (Just.Min.Bl. S. 230 und Anlage)		
§§ 13, 15	**25**, 127	—
§ 22	**23**, 205	—
Geschäftsordnung für die Sekretariate der Staatsanwaltschaften bei den Landgerichten vom 2. August 1879 (Just.Min.Bl. S. 230 und Anlage) § 3	**9**, 357	—
Geschäftsordnung für die Gerichtsschreibereien der Landgerichte vom 3. August 1879 (Just.Min.Bl. S. 230 und Anlage) § 5	**31**, 4	—
Justizministerialverfügung, betreffend die Strafvollstreckungen 2c, vom 14. August 1879 (Just.Min.Bl. S. 237)	**20**, 102 **21**, 424 **31**, 76	— — —
Ministerialanweisung, betreffend die Behandlung den bei den Justizbehörden entstehenden Einnahmen und Ausgaben, vom 30. August 1879 (Just.Min.Bl. S. 323) § 18	**4**, 283	—
Verordnung, betreffend das Verwaltungszwangsverfahren wegen Beitreibung von Geldbeträgen, vom 7. Sept 1879 (G.S. S. 591)	—	596
Geschäftsordnung für die Sekretariate der Staatsanwaltschaften bei den Oberlandesgerichten vom 8. September 1879 (Just.Min.Bl. S. 324 und Anlage) § 3	**9**, 357	—

	Entscheid. nach Band und Seite	Syst. Reg. Seite
Ministerialverfügung, betreffend die Hülfsbeamten der Staatsanwaltschaft, vom 15. September 1879 (Just.Min.Bl. S. 349) . . .	**11**, 175 **21**, 424	— —
Anweisung zur Ausführung der Verordnung, betreffend das Verwaltungsverfahren rc, vom 15. September 1879 (Centr.Bl. f. d. Abgabengesetzgeb. rc S. 287)	—	597
Polizeiverordnung der Regierung zu Arnsberg, betreffend den Verkehr mit Sprengstoffen, vom 17. September 1879 (Amtsblatt S. 316)	**15**, 245 **20**, 275	— —
Geschäftsanweisung für die Rechnungrevisoren vom 30. Oktober 1879 (Just.Min.Bl. S. 427) § 8	**7**, 253	—
Erlaß, betreffend die anderweite Organisation der Verwaltung der Staatseisenbahnen rc, vom 24. November 1879 (Eisenbahnverwaltungsblatt 1880 S. 85)	**25**, 205	—
Geschäftsordnung für die Eisenbahnbetriebsämter vom 4. Februar 1880 (Eisenbahnverwaltungsblatt S. 103)	**25**, 205	—
Gesetz, betreffend das Verfahren in Auseinandersetzungsangelegenheiten, vom 18. Februar 1880 (G.S. S. 59) § 2	**14**, 182	—
Gesetz, betreffend die Besteuerung des Wanderlagerbetriebes, vom 27. Februar 1880 (G.S. S. 174)	—	597
Gesetz, enthaltend Bestimmungen über das Notariat, vom 8. März 1880 (G.S. S. 177)		
§ 7 Nr. 2	**26**, 138	—
§ 9	**16**, 60	—
Feld- und Forstpolizeigesetz vom 1. April 1880 (G.S. S. 230) .	—	597
Schiffahrtsordnung des Oberpräsidenten von Pommern für das Stettin-Swinemünder Revier und die übrigen Binnengewässer des Regierungsbezirks Stettin vom 2. Juli 1880 (Amtsblatt, Extrabeilage zu Nr. 29; Naßius, die strom- rc polizeilichen Verordnungen, Stettin 1893 Abt. I S. 23) §§ 1, 3, 5, 7, 34, 36, 39	**31**, 225	—
Gesetz über die Organisation der allgemeinen Landesverwaltung vom 26. Juli 1880 (G.S. S. 291) § 91	**6**, 305	—
Justizministerialverfügung, betreffend die Anfertigung von Übersichten über die Diensteinnahmen der Gerichtsvollzieher und den Abschluß der allgemeinen Dienstregister, vom 21. Oktober 1880 (Just.Min.Bl. S. 242)	**7**, 253	—
Instruktion für die Wachen in Hinsicht der von ihnen vorzunehmenden Verhaftungen rc vom 29. Januar 1881 (Just.Min.Bl. S. 35)	**25**, 400	—
Gesetz zur Abänderung und Ergänzung des Gesetzes rc, betreffend die Einrichtung öffentlicher rc Schlachthäuser, vom 9. März 1881 (G.S. S. 273)	—	591
Gesetz, betreffend die Ausführung des Reichsgesetzes über Abwehr rc von Viehseuchen, vom 12. März 1881 (G.S. S. 128) . . .	—	598
Reglement für die Gefängnisse der Justizverwaltung vom 16. März 1881 (Just.Min.Bl. S. 50 und Anlage)	**7**, 373 **24**, 308 **33**, 29. 380	— — —

	Entscheid. nach Band und Seite	Erg. Reg. Seite
Gesetz, betreffend das Pfandleihgewerbe, vom 17. März 1881 (G.S. S. 265)	—	599
Gesetz, betreffend Abänderungen von Bestimmungen der Kreisordnung ꝛc, vom 19. März 1881 (G.S. S. 155)	—	592
Dienstinstruktion für die Schleußenmeister (des Berliner Landwehrkanals) vom 12. Septembter 1881 § 14	**14**, 345	—
Revidierte Instruktion des Evangelischen Oberkirchenrats zur Kirchengemeinde- und Synodalordnung vom 25. Januar 1882 (Kirchl. G.- und V.Bl. S. 1)	**23**, 202	—
Feld- und Forstpolizeiverordnung der Regierung zu Münster vom 6. Mai 1882 (Amtsbl. S. 89; Brenken, die f. d. Reg. Bez. Münster geltenden Polizeiverordnungen, Münster 1885 S. 339) § 18	**15**, 58	—
Kabinettsorder, enthaltend Grundsätze für die Besetzung der Subaltern- und Unterbeamtenstellen bei den Reichs- und Staatsbehörden mit Militäranwärtern ꝛc, vom 10. September 1882 (Die Militärgesetze des Deutschen Reiches, herausgegeben auf Veranlassung des preußischen Kriegsministeriums, Berlin 1890, 2. Bd. V S. 269) §§ 3 flg., 9 flg., 27	**27**, 56	—
Justizministerialverfügung, betreffend Bestellung von Kgl. Forstschutzbeamten zu Hülfsbeamten der Staatsanwaltschaft, vom 9. Oktober 1882 (Just.Min.Bl. S. 312)	**23**, 358	—
Regulativ, betreffend die juristischen Prüfungen und die Vorbereitung zum höheren Justizdienst, vom 1. Mai 1883 (Just.Min.Bl. S. 131)	—	599
Ministerialverfügung zur Ausführung des Gesetzes über den Erlaß polizeilicher Strafverfügungen vom 8. Juni 1883 (Just.Min.Bl. S. 223)	**27**, 401	—
Bergpolizeiverordnung des Oberbergamts zu Dortmund über die Behandlung von Sprengstoffen vom 12. Juli 1883 (Brassert, Zeitschr. für Bergr. S. 419)	—	599
Gesetz, betreffend die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen, vom 13. Juli 1883 (G.S. S. 131)	—	599
Polizeiverordnung des Regierungspräsidenten zu Bromberg, betreffend das Weiden des Viehes in den Forsten, vom 28. Juli 1883 (Amtsblatt, Extrabeilage zu Nr. 35; Piesinski, Zusammenstellung der im Reg. Bez. Bromberg geltenden Polizeigesetze S. 269) §§ 12, 14	**20**, 229	—
Gesetz über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G.S. S. 195)	—	599
Gesetz über die Zuständigkeit der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsbehörden vom 1. August 1883 (G.S. S. 237)	—	600
Gesetz, betreffend die Befugnisse der Strombauverwaltung gegenüber den Uferbesitzern an öffentlichen Flüssen, vom 20. August 1883 (G.S. S. 333)	—	600

	Entscheid. nach Band und Seite	Syst. Reg. Seite
Verordnung auf Grund des § 2 des Gesetzes gegen den verbrecherischen ꝛc Gebrauch von Sprengstoffen vom 11. September 1884 (Min.Bl. f. d. innere Verwaltung S. 237)	—	600
Polizeiverordnung des Oberpräsidenten von Ostpreußen über den Verkehr mit Mineralölen vom 27. November 1884 (Amtsblatt der Reg. zu K. 1885 S. 48; Eilsberger, Pol.-Vorschr. des Reg.-Bez. K. S. 225) §§ 1, 5	**30**, 108	—
Instruktion für die Verwaltung der Kassen bei den Justizbehörden vom 1. Dezember 1884 (Just.Min.Bl. S. 272 und Anlage)		
§§ 7, 16, 78	**23**, 237	—
§ 38 Nr. 3	**31**, 420	—
Justizministerialverfügung, betreffend die Abänderung der Geschäftsanweisung für die Gerichtsvollzieher, vom 23. Februar 1885 (Just.Min.Bl. S. 68) § 6 Nr. 3	**20**, 175	—
Kanzleireglement vom 23. März 1885 (Just.Min.Bl. S. 120 und Anlage) § 3	**23**, 405	—
Justizministerialverfügung, betreffend die Erteilung der Vollmachten in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten der Justizverwaltung, vom 24. März 1885 (Just.Min.Bl. S. 121)	**27**, 176	—
Gesetz, betreffend das Spiel in außerpreußischen Lotterien, vom 29. Juli 1885 (G.S. S. 317)	—	600
Cirkularverfügung des Ministeriums des Inneren, betreffend die Beibringung von Ursprungszeugnissen für nach Rumänien auszuführende Waren, vom 3. September 1885 (Min.Bl. für die innere Verwaltung S. 208)	**18**, 430	—
Verordnung, betreffend die Einrichtung einer ärztlichen Standesvertretung, vom 25. Mai 1887 (G.S. S. 169) §§ 2, 9 . . .	**35**, 267	—
Kreisordnung für die Rheinprovinz vom 30. Mai 1887 (G.S. S. 209)		
§ 24	**26**, 165	—
§ 28	**27**, 231	—
§ 33	**34**, 12	—
Verordnung, betreffend die Ausführung des Fischereigesetzes in der Provinz Schlesien, vom 8. August 1887 (G.S. S. 406) §§ 3, 18	**25**, 112	—
Polizeiverordnung des Regierungspräsidenten von Königsberg, betreffend den Gebrauch von Feuer und Licht (Feuerverhütungsvorschriften), vom 4. November 1887 (Amtsblatt S. 357; Eilsberger, Pol.-Vorschr. des Reg.-Bez. K. S. 225) §§ 3, 13, 28	**30**, 108	—
Bergpolizeiverordnung des Oberbergamts Dortmund, betreffend die Wetterversorgung, Wetterführung, Schießarbeit und Beleuchtung auf Steinkohlen- und Kohleneisensteinbergwerken, vom 12. Oktober 1887 / 4. Juli 1888 (Brassert, Zeitschr. f. Bergr. 1888 S. 27, 420)	**32**, 39	—
Verordnung des Regierungspräsidenten zu Königsberg, betreffend Maßregeln gegen den Schweineschmuggel aus Rußland, vom 16. Mai 1888 (Amtsblatt S. 161; Eilsberger, Pol.-Vorschr. des Reg.-Bez. K. S. 565)	**35**, 238	—

	Entscheid nach Band und Seite	Erg. Reg. Seite
Kreisordnung für die Provinz Schleswig-Holstein vom 26. Mai 1888 (G.S. S. 139) §§ 37, 40, 52, 56, 68, 122	**23**, 419	—
Cirkularverfügung des Kultusministers, betreffend Anweisung für die Hebammen zur Verhütung des Kindbettfiebers, vom 22. Nov. 1888 (Min.Bl. für die innere Verwaltung S. 207)	**25**, 201	—
Polizeiverordnung des Regierungspräsidenten zu Erfurt, die mikroskopische Untersuchung des Schweinefleisches auf Trichinen ꝛc betreffend, vom 8. Mai 1889 (Amtsbl. S. 90; Stuhrmann, Sammlung der im Reg.Bez. Erfurt geltenden Pol.-Vorschr. S. 134)	**20**, 313	—
Gesetz über die allgemeine Landesverwaltung und die Zuständigkeit der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsbehörden in der Provinz Posen vom 19. Mai 1889 (G.S. S. 108) Art. IV	**27**, 91	—
Anweisung zur Ausführung der §§ 18, 138, 156—161 des Gesetzes, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung, vom 20. Februar 1890	**27**, 231	—
Gesetz, enthaltend Bestimmungen über das Notariat und über die gerichtliche und notarielle Beglaubigung von Unterschriften oder Handzeichen, vom 15. Juli 1890 (G.S. S. 229)	—	601
Anweisung, betreffend das Verfahren bei Ausstellung ꝛc von Quittungskarten für die Invaliditäts- und Altersversicherung, vom 7. Oktober 1890 (Bosse und v. Woedtke, Das Reichsgesetz, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung, S. 361) Nr. 2—14	**23**, 335	—
Gesetz, betreffend Abänderung des Erbschaftssteuergesetzes, vom 19. Mai 1891 (G.S. S. 72)	—	593
Einkommensteuergesetz vom 24. Juni 1891 (G.S. S. 175) . . .	—	602
Gewerbesteuergesetz vom 24. Juni 1891 (G.S. S. 205)	—	602
Landgemeindeordnung für die sieben östlichen Provinzen der Monarchie vom 3. Juli 1891 (G.S. S. 233)	—	603
Wildschadengesetz vom 11. Juli 1891 (G.S. S. 307)	—	603
Anweisung des Finanzministers zur Ausführung des Einkommensteuergesetzes vom 5. August 1891 Art. 9	**35**, 305	—
Ministerialanweisung, betreffend die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, vom 10. Juni 1892 (Min.Bl f. d. innere Verwaltung S. 199) IV 2a	**27**, 31	—
Gesetz, betreffend die Abänderungen einzelner Bestimmungen des allgemeinen Berggesetzes ꝛc, vom 24. Juni 1892 (G.S. S. 131)	—	590
Gesetz wegen Aufhebung direkter Staatssteuern vom 14. Juli 1893 (G.S. S. 119) § 8	**35**, 377	—
Ergänzungssteuergesetz vom 14. Juli 1893 (G.S. S. 134) . . .	—	603
Kommunalabgabengesetz vom 14. Juli 1893 (G.S. S. 152) . .	—	603
Instruktion für die Kassenverwaltung bei den Justizbehörden vom 15. Juli 1893 (Just.Min.Bl. S. 324 und Anlage)		
§ 37	**31**, 76	—
§ 38	**31**, 420	—

	Entscheid. nach Band und Seite	Syst. Reg. Seite
Ministerial-Cirkularverfügung, betreffend Maßregeln gegen Weiterverbreitung der Cholera, vom 8. August 1893 (Min.Bl. für die innere Verwaltung S. 173)	**27**, 280	—
Anordnung des Regierungspräsidenten zu Königsberg, betreffend das Verbot der Einfuhr von Heu und Stroh aus Rußland, vom 19. August 1893 (Amtsbl. S. 279; Eilsberger, Pol.-Vorschr. des Reg.-Bez. Königsberg S. 495)	**35**, 425	—
Polizeiverordnung, betreffend den Verkehr mit Sprengstoffen, vom 19. Oktober 1893 (Min.Bl. für die innere Verwaltung S. 225)	—	603
Vorschriften über die Besichtigung (Revision) der Drogen- und ähnlichen Handlungen vom 1. Februar 1894 (Min.Bl. für die innere Verwaltung S. 32)	—	604
Gesetz, betreffend die Rechte des Vermieters ꝛc, vom 12. Juni 1894 (G.S. S. 113)	—	604
Stempelsteuergesetz vom 31. Juli 1895 (G.S. S. 413)	—	604
Kultusministerialerlaß, betreffend die Abgabe stark wirkender Arzneimittel, sowie die Beschaffenheit und Bezeichnung der Arzneigläser ꝛc in den Apotheken, vom 22. Juni 1896 (Min.Bl. für die innere Verwaltung S. 128) §§ 1, 3	**35**, 332	—
Anordnung des Regierungspräsidenten zur Ergänzung der Verordnung vom 19. August 1893, vom 27. Januar 1897 (Amtsblatt S. 26; Eilsberger, Pol.-Vorsch. des Reg.-Bez. K. S. 495)	**35**, 425	—
Rheinschiffahrtspolizeiordnung vom 3. Juli 1897 (Amtsblatt der Regierung zu Coblenz S. 241) §§ 1, 7, 44	**33**, 405	—
Gesetz, betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Handelskammern ꝛc, vom 19. August 1897 (G.S. S. 343, 355), s. Gesetz vom 24. Februar 1870.		
Ministerialerlaß vom 22. März 1898 (II S. 721), publiziert im Verordnungsblatt für die Strafanstaltsverwaltungen im Ressort des Min. des Inneren S. 29	**34**, 299	—
Ministerialverfügung, betreffend die Besichtigung der Drogen- und ähnlichen Handlungen, vom 5. Juli 1898 (Min.Bl. f. d. inn. Verw. S. 142)	**33**, 171	—
Gefängnisordnung für die Justizverwaltung vom 21. Dezember 1898 (Just.Min.Bl. S. 292) § 2 Abs. 3	**33**, 29	—
Gesetz, betreffend die Anstellung und Versorgung der Kommunalbeamten, vom 30. Juli 1899 (G.S. S. 141)	—	605
Verfügung des Handelsministers, betreffend Einführung der ortsstatutarischen Schulpflicht zum Besuche der gewerblichen Fortbildungsschulen, vom 31. August 1899 (Min.Bl. f. d. inn. Verw. S. 140)	**35**, 182	—
Gesetz, betreffend die Dienststellung des Kreisarztes und die Bildung von Gesundheitskommissionen, vom 16. September 1899 (G.S. S. 172)	—	605

	Entscheid. nach Band und Seite	Soft. Reg. Seite
Ausführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch vom 20. Septbr. 1899 (G.S. S. 177) Art. 44, 45	**35**, 201	—
Allgemeine Verfügung über die von Amtswegen zu bewirkenden Zustellungen und Bekanntmachungen gerichtlicher Verfügungen vom 10. Dezember 1899 (Just.Min.Bl. S. 728) § 2	**35**, 28	—
Polizeiverordnung des Polizeipräsidenten zu Berlin, betreffend das Verbot des öffentlichen Anpreisens von Mitteln gegen Geschlechtskrankheiten rc, vom 1. Januar 1900 (Amtsbl. der Reg. zu Potsdam rc S. 18)	**35**, 277	—
Ordnung für die Verwaltung der Kassen bei den Justizbehörden vom 31. März 1900 (Just.Min.Bl. S. 103) §§ 6, 31, 33, 38, 53, 59	**34**, 111	—
Kabinettsorder, betreffend provisorische Errichtung der „Ostasiatischen Abteilung" im Kriegsministerium, vom 16. August 1900 (Armeeverordnungsbl. S. 414)	**35**, 227	—
Bekanntmachung des Kriegsministers zu dieser Kabinettsorder vom 18. August 1900 (Armeeverordnungsbl. S. 415)	**35**, 227	—

Reuß ältere Linie.

Taxordnung zum Gesetz, die Grund- und Hypothekenbücher und das Hypothekenwesen betreffend, vom 27. Februar 1873 (G.S. S. 17) A. §§ 4, 5, 7	**10**, 48	—

Reuß jüngere Linie.

Gesetz, die Einführung des Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuchs betreffend, vom 23. Februar 1863 (G.S. 1862/3 S. 61) §§ 2, 5	**1**, 379	—
Volksschulgesetz vom 4. November 1870 (G.S. 1868/70 S. 251) §§ 96—102	**35**, 182	—
Gesetz, betreffend den Civilstaatsdienst vom 9. Oktober 1891 (G.S. 1891/5 S. 71) §§ 1, 2	**35**, 182	—
Volksschulgesetz vom 31. Juli 1900 (G.S. 1900/2 S. 139) §§ 27, 32, 68, 113—119	**35**, 182	—

Königreich Sachsen.

Gesetz (A) über Kompetenzverhältnisse zwischen Justiz- und Verwaltungsbehörden vom 28. Januar 1835 (G.- u. V.Bl. S. 55) § 2	**22**, 5	—
Verordnung sämtlicher Ministerien, die Verpflichtungen der Civilstaatsdiener und anderer in öffentlichen Funktionen stehenden Personen betreffend, vom 2. November 1837 (G.- u. V.Bl. S. 97)	**7**, 210	—
Zollstrafgesetz vom 3. April 1838 (G.- u. V.Bl. S. 337) § 44 .	**32**, 304	—
Verordnung, die Übergangsabgaben betreffend, vom 27. Dezember 1841 (G.- u. V.Bl. S. 287) § 3	**6**, 104	—
Verordnung, das Tragen republikanischer Abzeichen u. s. w. betreffend, vom 14. Juli 1849 (G.- u. V.Bl. S. 138	—	605

	Entscheid. nach Band und Seite	Syst. Reg. Seite
Bürgerliches Gesetzbuch vom 2. Januar 1863 (G.- u. V.Bl. S. 1)	—	605
Gesetz, die Sonn-, Fest- und Bußtagsfeier betreffend, vom 10. Sept. 1870 (G.- u. V.Bl. S. 313)	—	605
Gesetz über die Bestrafung des von Nichtkaufleuten begangenen betrüglichen und einfachen Bankerotts vom 20. April 1873 (G.- u. V.Bl. S. 400) § 3	**2**, 338	—
Revidierte Landgemeindeordnung vom 24. April 1873 (G.- u. V.Bl. S. 328) §§ 82, 84	**7**, 210	—
Gesetz, das Volksschulwesen betreffend, vom 26. April 1873 (G.- u. V.Bl. S. 350) §§ 12, 24, 25, 29	**28**, 19	—
Forststrafgesetz vom 30. April 1873 (G.- u. V.Bl. S. 401) . .	—	606
Verordnung des Kultusministeriums zur Ausführung des Gesetzes rc, das Volksschulwesen betreffend, vom 25. August 1874 (G.- u. V.Bl. S. 155) § 51	**28**, 19	—
Einkommensteuergesetz vom 2. Juli 1878 (G.- u. V.Bl. S. 129) / 10. März 1894 (G.- u. V.Bl. S. 53)	—	606
Verordnung des Kultusministeriums, weitere ausführende Bestimmungen für die Fortbildungsschule betreffend, vom 4. Novbr. 1878 (G.- u. V.Bl. S. 432) §§ 1, 2	**28**, 19	—
Gesetz, Bestimmungen zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes rc betreffend, vom 1. März 1879 (G.- u. V.Bl. S. 59) § 20	**3**, 231	—
Gesetz, das Verfahren in Verwaltungsstrafsachen betreffend, vom 8. März 1879 (G.- u. V.Bl. S. 87) §§ 1, 3, 5	**34**, 165	—
Verordnung der Ministerien rc zur Ausführung dieses Gesetzes vom 15. September 1879 (G.- u. V.Bl. S. 351) §§ 1, 4	**34**, 165	—
Verordnung, betreffend die Ein- und Durchfuhr von Vieh rc aus Österreich-Ungarn, vom 22. Februar 1882 §§ 1, 2, 11 . . .	**11**, 65	—
Verordnung der Ministerien rc zur Ausführung des Reichsgesetzes rc gegen den verbrecherischen rc Gebrauch von Sprengstoffen vom 8. August 1884 (G.- u. V.Bl. S. 199) § 5	**13**, 22	—
Verordnung des Ministeriums des Inneren, Maßregeln zum Schutze gegen die Trichinenkrankheit bei den Menschen betreffend, vom 21. Juli 1888 (G.- u. V.Bl. S. 184)	**20**, 70	—
Gesetz, die Abänderung des Einkommensteuergesetzes rc betreffend, vom 10. März 1894 (G.- u. V.Bl. S. 53)	—	606

Sachsen-Altenburg.

Allgemeine Vormundschaftsordnung vom 31. August 1875 (Dritte Samml. verschiedener Gesetze, Alt. 1820 S. 134) §§ 4, 13 . .	**15**, 72	—

Sachsen-Coburg-Gotha.

Gothaisches Gesetz wegen Besteuerung des Branntweins vom 12. Dezember 1833 (G.S. 1831/4 S. 397)	—	606
Gothaisches Jagdgesetz vom 17. August 1849 (G.S. 1848/51 S. 355) § 24	**13**, 84	—
Gothaisches Feld- und Forstpolizeigesetz vom 26. Mai 1880 (G.S. S. 49) § 26	**13**, 84	—

Sachsen-Meiningen.

	Entscheid. nach Band und Seite	Erg. Reg. Seite
Gesetz wegen Untersuchung und Bestrafung der Zollvergehen vom 1. Mai 1838 (S. d. V.O. 1837/8 S. 147)	7, 220	—
§ 5	7, 327	—
(Vgl. auch gleichlautendes preußisches Gesetz vom 23. Januar 1838.)		
Gesetz, die Erhebung der Übergangsabgaben betreffend, vom 1. Dezember 1841 (S. d. V.O. 1841/2 S. 80)	7, 220, 327	—
Gesetz, betreffend Ausführungsbestimmungen zum deutschen Gerichtsverfassungsgesetze rc, vom 16. Dezember 1878 (S. d. V.O. 1878/83 S. 43) § 22	2, 51	—

Waldeck.

Verfassungsurkunde vom 17. August 1852 (Reg.Bl. S. 141) §§ 5, 6 26	31, 47	—
Forstordnung vom 21. November 1853 (Reg.Bl. S. 139) Art. 1	31, 47	—
Jagdpolizeigesetz vom 29. April 1854 (Reg.Bl. S. 97) § 43 . .	31, 47	—
Staatsdienstgesetz vom 9. Juli 1855 (Reg.Bl. S. 191) §§ 1, 4 .	31, 47	—
Vertrag zwischen Preußen und Waldeck-Pyrmont, betreffend die Übertragung der Verwaltung der Fürstentümer Waldeck und Pyrmont an Preußen, vom 18. Juli 1867 (Reg.Bl. S. 133) .	—	606
Verordnung, die bei der Domanialverwaltung fungierenden Beamten rc betreffend, vom 18. Dezember 1867 (Reg.Bl. S. 118) . . .	31, 47	—
Verordnung, die Anstellung und Beförderung der Domanialforstbeamten betreffend, vom 12. Juni 1876 (Reg.Bl. S. 59) §§ 1, 4	31, 47	—
Neuere Accessionsverträge mit Preußen vom 24. November 1877 (Reg.Bl. 1878 S. 1) Artt. 1, 6, 9 und vom 2. März 1887 (Reg.Bl. S. 21) Artt. 1, 6, 10	31, 47	—

Württemberg.

Generalverordnung, das deutsche Elementarschulwesen in den evangelischen Orten betreffend, vom 26./31. Dezember 1810 (Reg.Bl. 1811 S. 1)	5, 129 20, 93	— —
Verwaltungsedikt für die Gemeinden, Oberämter und Stiftungen vom 1. März 1822 (Reg.Bl. S. 131) §§ 10, 14, 21, 22, 24, 30—32, 40, 42	25, 69	—
Prioritätsgesetz vom 15. April 1825 (Reg.Bl. S. 261) Art. 11 litt. e	27, 222	—
Gesetz über die Wirtschaftsabgaben vom 9. Juli 1827 (Reg.Bl. S. 269)	—	607
Verordnung, betreffend die Bekanntmachung der Hausordnung für die bezirksgerichtlichen Gefängnisse, vom 9. April 1840 (Reg.Bl. S. 181) § 44	14, 11	—
Gesetz, betreffend einige Abänderungen und Ergänzungen der Gemeindeordnung, vom 6. Juli 1849 (Reg.Bl. S. 277) Art 5 .	25, 69	—
Gesetz, betreffend die Steuer von Kapital-, Renten-, Dienst- und Berufseinkommen vom 19. September 1852 (Reg.Bl. S. 230) / 13. Juni 1883 (Reg.Bl. S. 181)	—	607
Gesetz, betreffend die Besteuerung des Einkommens von Apanagen, Kapitalien und Renten, sowie des Dienst- und Berufseinkommens für die Zwecke der Amtskörperschaften und Gemeinden, vom 15. Juni 1853 (Reg.Bl. S. 170 i)	18, 14	—

	Entscheid. nach Band und Seite	Syst. Reg. Seite
Gesetz, betreffend die Beseitigung der bei Liegenschaftsveräußerungen und insbesondere bei der Zerstückelung von Bauerngütern vorkommenden Mißbräuche, vom 23. Juni 1853 (Reg.Bl. S. 243)	—	607
Gesetz, betreffend die Abänderung einiger Bestimmungen des Volksschulgesetzes 2c, vom 6. November 1858 (Reg.Bl. S. 235) Art. 2	**28**, 85	—
Civilprozeßordnung vom 3. April 1868 (Reg.Bl. S. 191) Art. 822	**27**, 222	—
Gesetz, betreffend Änderungen des Polizeistrafrechts bei Einführung des Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich, vom 27. Dezember 1871 (Reg.Bl. S. 391	—	608
Verordnung, betreffend die Diensteide, vom 27. Oktober 1878 (Reg.Bl. S. 233) §§ 2, 6	**30**, 33	—
Ausführungsgesetz zum Reichs-Gerichtsverfassungsgesetze vom 24. Januar 1879 (Reg.Bl. S. 3)	—	608
Gesetz, betreffend Änderungen des Landespolizeigesetzes 2c und das Verfahren bei Erlassung polizeilicher Strafverfügungen, vom 12. August 1879 (Reg.Bl. S. 153)		
Artt. 2, 5	**26**, 56	—
Artt. 9, 18	**25**, 223	—
Gesetz, betreffend das Verfahren der Verwaltungsbehörden bei Zuwiderhandlungen gegen die Zoll- und Steuergesetze vom 25. August 1879 (Reg.Bl. S. 259)		
Artt. 11, 34 Abs. 2	**18**, 402	—
Art. 34	**25**, 206	
Forststrafgesetz vom 2. September 1879 (Reg.Bl. S. 277)		
Art. 14	**17**, 69	—
Art. 21	**24**, 344	
Justizministerialverfügung, betreffend die Vollziehung des Forststrafgesetzes, vom 22. September 1879 (Reg.Bl. S. 373) § 4 .	**24**, 344	—
Justizministerialverfügung, betreffend die Vollstreckung der von bürgerlichen Gerichten erkannten Freiheitsstrafen, vom 26. Septemper 1879 (Reg.Bl. S. 365) § 8	**14**, 11	—
Kultusministerialverordnung, betreffend die Handhabung der Schulzucht in den Volksschulen, vom 22. Mai 1880	**5**, 129 **20**, 93 **22**, 264 **28**, 85	— —
Ministerialverfügung, betreffend die Führung von Strafregistern 2c, vom 18. September 1882 (Reg.Bl. S. 298) § 1	**26**, 413	—
Gesetz, betreffend weitere Abänderungen des Gesetzes 2c über die Steuer von Kapital- 2c Einkommen, vom 13. Juni 1883 (Reg.Bl. S. 131)	—	607
Postordnung vom 27. Juni 1892 (Reg.Bl. S. 197)	**25**, 20	—
Kultusministerialverordnung, betreffend die Schulstrafe der körperlichen Züchtigung, vom 16. Juli 1892	**28**, 85	—

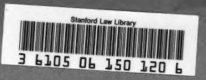
IV. Übersicht,

welchen Zeitraum die in jedem Bande aufgenommenen Entscheidungen umfassen, und wie sich diese auf die einzelnen Senate verteilen.

Entscheidungen sind enthalten:

in Band	vom Strafsenate I	II	III	IV	d. Fer. S.	II und III vereint	von den vereinigt. Senaten	in Summa	aus dem Zeitraume vom
1	73	70	64	—	—	—	1	208	21. Oktober 1879 bis 10. Juni 1880
2	64	65	50	—	4	—	1	184	8. Nov. 1879 „ 30. Nov. 1880
3	59	61	51	—	—	—	—	171	25. Sept. 1880 „ 29. März 1881
4	37	63	58	—	2	—	1	161	27. Januar 1881 „ 27. Sept. 1881
5	51	50	53	—	—	2	—	156	6. Juli 1881 „ 13. Febr. 1882
6	45	46	48	—	—	—	2	141	1. Dezemb. 1881 „ 11. Juli 1882
7	54	45	36	—	—	1	—	136	12. Juni 1882 „ 19. Jan. 1883
8	30	44	49	—	—	—	3	126	30. Oktober 1882 „ 5. Juli 1883
9	51	35	38	—	—	4	1	129	7. Mai 1883 „ 19. Jan. 1884
10	53	36	34	5	—	1	—	129	5. Dezemb. 1883 „ 20. Juni 1884
11	42	23	42	16	2	—	—	125	17. März 1884 „ 2. Febr. 1885
12	29	36	31	32	1	1	1	131	29. Januar 1885 „ 22. Okt. 1885
13	40	25	32	29	—	1	1	128	17. Sept. 1885 „ 23. März 1886
14	22	35	31	21	—	—	1	110	3. März 1886 „ 2. Nov. 1886
15	32	30	27	41	—	—	1	131	28. Sept. 1886 „ 29. April 1887
16	38	29	33	27	2	2	1	132	28. Februar 1887 „ 22. Dez. 1887
17	27	31	28	26	—	1	—	113	25. Nov. 1887 „ 18. Mai 1888
18	47	21	27	20	—	—	1	116	19. April 1888 „ 4. Febr. 1889
19	41	28	32	25	—	—	1	127	22. Nov. 1888 „ 23. Okt. 1889
20	47	26	30	51	—	—	—	154	26. Sept. 1889 „ 10. Juni 1890
21	38	42	33	36	—	—	—	149	10. Juni 1890 „ 15. März 1891
22	36	39	32	37	4	—	1	149	7. März 1891 „ 5. April 1892
23	57	36	30	28	3	—	—	154	11. März 1892 „ 21. Febr. 1893
24	53	40	25	39	1	1	—	159	13. Febr. 1893 „ 20. Dez. 1893
25	46	34	26	38	—	1	2	147	10. Juli 1893 „ 28. Juni 1894
26	52	38	33	39	4	—	—	166	21. Juni 1894 „ 8. Febr. 1895
27	50	28	28	48	—	—	1	155	31. Januar 1895 „ 29. Oktob. 1895
28	35	41	21	39	—	1	1	138	28. Oktober 1895 „ 23. Juni 1896
29	52	35	10	50	3	—	—	150	11. Juni 1896 „ 12. März 1897
30	46	37	17	37	3	—	—	140	28. Januar 1897 „ 8. Febr. 1898
31	50	38	13	35	5	—	—	141	14. Januar 1898 „ 20. Jan. 1899
32	50	26	22	41	1	—	1	141	19. Dez. 1898 „ 8. Dez. 1899
33	51	42	24	29	1	—	—	147	28. Nov. 1899 „ 12. Nov. 1900
34	44	26	12	53	3	—	—	138	12. Nov. 1900 „ 18. Nov. 1901
35	33	48	31	42	3	—	—	157	1. Oktober 1901 „ 21. Nov. 1902
1—35	1575	1349	1151	884	42	16	22	5039	21. Oktober 1879 „ 21. Nov. 1902

Digitized by Google


Stanford Law Library
3 6105 06 150 120 6

Digitized by Google